

STATISTISCHES JAHRBUCH

Deutschland und Internationales

2017

Statistisches Bundesamt

Herausgeber | Statistisches Bundesamt (Destatis)

Redaktionsleitung | Juliane Gude

Gestaltung | Statistisches Bundesamt (Destatis)

Internet | www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns | www.destatis.de/kontakt
Zentraler Auskunftsdienst | Tel. +49 (0) 611 / 75 24 05

Erschienen im Oktober 2017

Print

Preis | EUR 71,-
Bestellnummer | 1010110-17700-1
ISBN | 978-3-8246-1057-0

Download

Artikelnummer | 1010110-17700-4

Redaktionsschluss | 1. August 2017

Qualität | Sollte dem Statistischen Bundesamt nach Veröffentlichung dieser Ausgabe ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter www.destatis.de/jahrbuch

Archiv | Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch

Technische Herstellung | Westermann Druck Zwickau GmbH,
Crimmitschauer Str. 43, D-08058 Zwickau, www.westermann-zwickau.de

Vertriebspartner | IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
destatis@ibro.de
Telefon | +49 (0) 3 82 04 / 6 65 43
Telefax | +49 (0) 3 82 04 / 6 69 19

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie wollen Fakten statt Fake News? Dann haben Sie mit dem Statistischen Jahrbuch die richtige Wahl getroffen. Vor Ihnen liegen 700 Seiten voller sorgfältig aufbereiteter Daten. Von A wie Allein-erziehende bis Z wie Zeitverwendung, ob national oder international, grafisch oder tabellarisch, lassen Sie die Fakten sprechen.

In diesem Jahr fällt die Veröffentlichung des Jahrbuchs mit dem Europäischen Statistiktage am 20. Oktober 2017 zusammen. Neben unseren umfangreichen nationalen Daten bietet das Jahrbuch auch interessante Fakten über Europa und die Europäische Union (EU).

So lebten 2016 in den 28 Mitgliedstaaten der EU rund 510 Millionen Menschen, die meisten in Deutschland (16%) und die wenigsten auf Malta (0,1%). Rund jeder Fünfte in der EU ist 65 Jahre oder älter. Am höchsten ist dieser Anteil mit rund 23% in Italien, dicht gefolgt von Griechenland (22%) und Deutschland (21%). Die höchste Lebenserwartung in der EU hatten 2015 spanische Frauen (86,3 Jahre) beziehungsweise italienische Männer (81,1 Jahre). In Deutschland lag die Lebenserwartung jeweils mehr als zwei Jahre darunter. 2015 zogen 912 000 Menschen aus EU-Staaten nach Deutschland, 579 000 Menschen verließen Deutschland in ein anderes EU-Land. Der Deutschen beliebteste Ziele innerhalb der EU waren Österreich und das Vereinigte Königreich. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 in 17 der aktuell 28 EU-Staaten wahrscheinlich reduzieren wird, darunter auch Deutschland.

Der EU-Handel Deutschlands macht sowohl import- als auch exportseitig jeweils rund 60% des gesamten deutschen Außenhandels aus. 2016 exportierte Deutschland Waren im Wert von rund 708 Milliarden Euro in EU-Staaten, darunter rund 14% mit Ziel Frankreich. Die Importe aus EU-Ländern summierten sich auf rund 552 Milliarden Euro. Wichtigster Handelspartner war hier die Niederlande (15%).

Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2014 EU-weit 491 Personenkraftwagen (Pkw). Deutschland lag mit 547 Pkw über diesem Schnitt, jedoch im EU-Vergleich nur auf Platz sechs. Spitzenreiter war mit 662 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner Luxemburg.

Liebe Leserin, lieber Leser, das Statistische Jahrbuch soll Ihnen einen ersten Einblick in unser umfangreiches und vielfältiges Datenangebot geben. Weiterführende aktuelle Zahlen, Tabellen, Grafiken sowie interaktive Darstellungen finden Sie auch auf unserer Website und in unserer Datenbank GENESIS-Online.

Mein Dank gilt auch in diesem Jahr allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses, die zu diesem Buch beigetragen haben und den Organisationen, die uns ihre Daten zur Verfügung stellen.

Ihr



Dieter Sarreither

Präsident des Statistischen Bundesamtes














Einführung

Statistisches Bundesamt | Informationsdienstleister für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, *Seite 7*








Statistisches Bundesamt | Informationsangebot, *Seite 8*

Statistisches Jahrbuch | Inhalt, Aufbau und Gebrauch, *Seite 9*










Gesellschaft und Staat

- 1  Geografie und Klima, *Seite 11*
- 2  Bevölkerung, Familien, Lebensformen, *Seite 23*
- 3  Bildung, *Seite 81*
- 4  Gesundheit, *Seite 123*
- 5  Wohnen, *Seite 159*
- 6  Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, *Seite 171*
- 7  Kultur, Medien, Freizeit, *Seite 199*
- 8  Soziales, *Seite 229*
- 9  Finanzen und Steuern, *Seite 259*
- 10  Wahlen, *Seite 293*
- 11  Justiz, *Seite 309*

Gesamtwirtschaft und Umwelt

- 12  Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Seite 323*
- 13  Arbeitsmarkt, *Seite 349*
- 14  Verdienste und Arbeitskosten, *Seite 381*
- 15  Preise, *Seite 397*
- 16  Außenhandel, *Seite 419*
- 17  Zahlungsbilanz, *Seite 437*
- 18  Umwelt, *Seite 449*

Wirtschaftsbereiche

- 19  Land- und Forstwirtschaft, *Seite 481*
- 20  Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick, *Seite 513*
- 21  Verarbeitendes Gewerbe, *Seite 543*
- 22  Energie, *Seite 563*
- 23  Bauen, *Seite 573*
- 24  Binnenhandel, *Seite 585*
- 25  Transport und Verkehr, *Seite 595*
- 26  Gastgewerbe und Tourismus, *Seite 617*
- 27  Weitere Dienstleistungen, *Seite 629*

Internationales

- A  *Seite 641*

Sachregister, *Seite 697*



Nur wer die Fakten kennt, kann mitreden. Der Weg zu diesen Fakten ist kurz. Er führt zum **Statistischen Bundesamt**.

Das Statistische Bundesamt stellt als zentraler Informationsdienstleister das umfangreichste Angebot an statistischen Daten für Deutschland bereit. Hauptverbreitungskanal ist das Internet. Unter www.destatis.de finden Sie das gesamte Veröffentlichungsprogramm einschließlich des Zugangs zu den statistischen Datenbanken. Neben elektronischen Veröffentlichungen gibt es auch noch ausgewählte gedruckte Veröffentlichungen zu übergreifenden oder spezifischen Themen. Auf der folgenden Seite beschreiben wir Ihnen das Informationsangebot detailliert. In einem Informationsservice stehen Fachleute Auskunftssuchenden beratend zur Seite. Eine umfassende Statistik-Spezialbibliothek ist für Interessierte geöffnet.

Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik sind die breite Öffentlichkeit, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände, die Medien sowie die Wissenschaft. Sie alle brauchen statistische Informationen, um Entscheidungen vorzubereiten und zu bewerten, um aufzuklären, Thesen und Analysen empirisch zu begründen oder zu erläutern. Die **demokratische Willensbildung** lebt von öffentlich zugänglichen, objektiven statistischen Daten über die Lage von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Umwelt.

■ Aufgabe und Stellung

Das Statistische Bundesamt besteht seit 1950. Seine Grundlage ist das **Bundesstatistikgesetz** (BStatG). Danach hat die amtliche Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Statistiken bieten Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge. Sie werden nach den Prinzipien der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erarbeitet.

Bei der fachstatistischen Arbeit, der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung der Statistiken ist das Statistische Bundesamt unabhängig und nicht weisungsgebunden. Als **selbstständige Bundesoberbehörde** im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern untersteht es der **Dienstaufsicht** des **Bundesinnenministeriums**. Deshalb kann das Statistische Bundesamt wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Entscheidungen nur mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums treffen. In fachlichen Fragen ist das Statistische Bundesamt der Fachaufsicht der verschiedenen Bundesministerien unterstellt: Für jede der insgesamt fast 400 Einzelstatistiken übt ein Bundesministerium die Fachaufsicht aus. Das heißt, es achtet darauf, dass die von der Europäischen Union oder vom Bund vorgeschriebenen Statistiken so durchgeführt werden, wie es die anordnende Rechtsgrundlage vorsieht.

■ Keine Statistik ohne Gesetz

So lautet vereinfacht das **Prinzip der Gesetzmäßigkeit** – eines von drei Grundprinzipien, die das System der amtlichen Statistik in Deutschland prägen. Für die statistische Praxis bedeutet dies, dass Rechtsnormen der Europäischen Union, des Bundes oder eines Landes alle wesentlichen Parameter einer Erhebung vorschreiben, insbesondere Merkmale,

Berichtskreis und Periodizität. Ob zu einem Thema eine neue Statistik durchgeführt wird, entscheiden in Deutschland also nicht die Statistikerinnen und Statistiker, sondern der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Nur kleinere Erhebungen kann das Statistische Bundesamt aus eigenem Entschluss durchführen, z. B. um neue wissenschaftliche Methoden zu testen. Das Anpassen des statistischen Programms an neue Informationsbedarfe braucht daher immer eine gewisse Zeit. Umgekehrt gilt: Wenn Daten erhoben werden, wurden Nutzen und Aufwand im Vorhinein gründlich abgewogen. Befragte können sicher sein, dass ihre Daten umfassend geschützt sind.

■ Statistik von Spezialistinnen und Spezialisten

Das **Prinzip der fachlichen Konzentration** stellt sicher, dass die statistischen Arbeiten in Deutschland grundsätzlich in Fachbehörden geschehen, nämlich den statistischen Ämtern. Nur in Ausnahmefällen führen andere Stellen Bundesstatistiken durch. So stellt die Deutsche Bundesbank Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken bereit und die Bundesagentur für Arbeit einige Arbeitsmarktstatistiken. Diese Stellen gewinnen die Statistiken in der Regel dadurch, dass sie Datenmaterial auswerten, das als Nebenprodukt ihrer Geschäftstätigkeit anfällt. Alle Tabellen im Statistischen Jahrbuch, deren Material nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder zuliefern, sind mit einer entsprechenden Quellenangabe versehen.

■ Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Das **Prinzip der regionalen Dezentralisierung** folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern. Die Statistischen Ämter der Länder sind – von Ausnahmen abgesehen – für die Durchführung der statistischen Erhebungen und die Aufbereitung bis zum Landesergebnis zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten, so dass bundeseinheitliche Ergebnisse entstehen. Darüber hinaus stellt es die Ergebnisse für Deutschland in sachlicher und regionaler Gliederung zusammen und veröffentlicht sie. Etwa 140 Bundesstatistiken bearbeitet das Bundesamt zentral. Das heißt, es erhebt zum Teil auch die Daten, so zum Beispiel zur Außenhandelsstatistik.

■ Web-Angebot

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

■ Online-Datenbanken

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank **GENESIS-Online** des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Der Tabellenabruf ist kostenfrei. Die Tabellen können durch zeitliche, sachliche und gegebenenfalls regionale Auswahlmöglichkeiten an den individuellen Bedarf angepasst werden. Das Abspeichern der Ergebnisse ist in verschiedenen Formaten (Excel, CSV, HTML) möglich. Zur Visualisierung der Tabelleninhalte werden interaktive Diagramme und – bei regional gegliederten Tabellen – auch geografische Karten angeboten.

Zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten stehen registrierten Kunden gegen eine Jahresgebühr zur Verfügung: Mit dem **GENESIS-Webservice** bieten wir beispielsweise eine API (Application Programming Interface) zur automatisierten Verarbeitung unserer Datenbankinhalte.

Sie interessieren sich nur für bestimmte Statistiken? Am Ende der einzelnen Jahrbuchkapitel finden Sie unter dem Stichwort „Mehr zum Thema“ genaue Informationen dazu, wie Sie Tabellen zu einem bestimmten Thema aus der Datenbank herausfiltern können.

Regional tief gegliederte Daten liefert Ihnen die **Regionaldatenbank Deutschland** unter www.regionalstatistik.de. Die regionale Gliederung reicht bis zu den Gemeinden. Der Tabellenabruf kann durch zeitliche oder regionale Auswahl individuell modifiziert werden. Die Ergebnistabellen können in verschiedenen Formaten gespeichert werden.

Mit der **Tarifdatenbank** bieten wir Ihnen Informationen über die Tarifverdienste in einzelnen Branchen und Regionen sowie über wichtige tarifliche Regelungen (z. B. Arbeitszeit, Sonderzahlungen, Urlaubsdauer). Neue Tarifverträge sowie aktuelle Tarifinformationen werden laufend ergänzt. Alle Ergebnisse können Sie in verschiedene Formate exportieren und weiter verarbeiten.

Mit dem Zensus 2011 wurde zum Stichtag 9.5.2011 erstmals wieder im vereinten Deutschland eine Volkszählung und eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Die **Zensusdatenbank** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsentiert Ihnen detaillierte Ergebnisse zur Einwohnerzahl aller Gemeinden, Informationen aus der Gebäude- und Wohnungszählung und viele weitere Daten über die Bevölkerung Deutschlands. Die Zensusdatenbank bietet Ihnen zudem die Möglichkeit, Ergebnisse dynamisch und individuell zu erstellen.

■ Publikationen

Das Statistische Bundesamt bringt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Allesamt stehen sie Ihnen auf unserer Website gebührenfrei als PDF-Datei zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von sachlich tiefgehenden Datensammlungen bis zu Broschüren, die wir für die breite Öffentlichkeit aufbereiten.

Unter „Mehr zum Thema“ weisen wir auf bestimmte Produktkategorien unseres Veröffentlichungsprogramms hin. Diese erläutern wir Ihnen hier:

In **Fachserien und Tabellenbänden** präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse einzelner Statistiken in Form sachlich tief gegliederter Tabellen. Die einzelnen Ausgaben stehen in der Regel als PDF-Dokument und im XLS-Format zur Verfügung.

Fachberichte enthalten umfassende Ergebnisse aus einer oder mehreren Statistiken. Eine kurze Vorbemerkung führt in das Thema ein. Die Daten werden textlich kommentiert und grafisch veranschaulicht.

Wirtschaft und Statistik ist das Wissenschaftsmagazin des Statistischen Bundesamtes. Es bietet Fachbeiträge interner sowie externer Autorinnen und Autoren rund um die Themen der amtlichen Statistik. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Analysen statistischer Ergebnisse und auf der Dokumentation methodischer Fragen und Entwicklungen. Die wissenschaftlichen Beiträge werden ergänzt durch Kurznachrichten mit aktuellem Bezug, wie z. B. nationale und internationale Tagungsankündigungen sowie neue Publikationen.

Statistik und Wissenschaft war eine Schriftenreihe, die die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik dokumentierte. Sie stand für Themen, die sich aus der Kooperation der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft ergaben. Auch wissenschaftlich herausragende Nachwuchsarbeiten fanden in dieser Reihe ihren festen Platz. So wurden immer wieder Arbeiten von Preisträgern des vom Statistischen Bundesamt ausgelobten „Gerhard-Fürst-Preis“ für Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten veröffentlicht. Die Reihe wurde 2014 eingestellt.

In unseren **Broschüren** bereiten wir ausgewählte Themen für die breite Öffentlichkeit auf. Unter dem Motto „Kennzahlen auf einen Blick“ stellen wir Ihnen Schlüsselindikatoren zu einem Thema in Form von kurzen Texten, kleinen Tabellen und anschaulichen Grafiken zusammen. Die Broschüren werden in unserem Web-Angebot (neben PDF) auch als barrierefreies Format ePUB für Tablets und Smartphones bereitgestellt.

STATmagazin ist das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Es bietet aktuell aufbereitete Informationen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Sie erhalten statistisches Hintergrundwissen zu Themen, die im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen.

IM FOKUS – Meldungen liefern statistische Fakten zu Themen, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Über Verlinkungen bieten wir den Nutzerinnen und Nutzern weiterführende Informationen zum jeweiligen Thema an.

Gemeinschaftsveröffentlichungen werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegeben. Sie bieten bundesweit vergleichbare Ergebnisse in unterschiedlicher regionaler Tiefe von der Länderebene bis zur Gemeindeebene und können unter www.statistik-portal.de abgerufen werden.

■ Inhalt

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist das **umfassendste statistische Nachschlagewerk** auf dem deutschen Markt. Es beschreibt sowohl das gesellschaftliche Leben als auch den Zustand von Staat, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland. Es enthält Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik – ergänzt um Statistiken anderer Institutionen – und gibt so einen verlässlichen Überblick über die Lage der Nation.

Neben Statistiken über Deutschland stellt das Jahrbuch im Anhang „Internationales“ wichtige statistische Kennzahlen für Staaten aus allen Teilen der Welt zusammen.

Unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ist das Statistische Jahrbuch der Klassiker. Es erscheint seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe im Jahr 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch. Auch die Statistischen Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik (1955 bis 1990) und das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (1880 bis 1941/42) sind dort elektronisch archiviert.

Die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs bieten wir Ihnen unter www.destatis.de/jahrbuch komplett und kapitelweise zum Download (PDF) an.

■ Aufbau

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Die einzelnen Kapitel enthalten Informationen aus diversen Statistiken zum jeweils behandelten Thema sowie ggf. Querverweise auf thematisch benachbarte Kapitel.

Jedes Kapitel ist einheitlich in sechs Teile untergliedert:

1. Eine **erste Seite** führt Sie schlagzeilenartig in das jeweilige Thema ein.
2. Unter dem Titel **„Auf einen Blick“** finden Sie einen grafischen Einstieg in das Thema.
3. Der **Datenteil** ist der umfangreichste und entspricht dem klassischen Statistischen Jahrbuch. Neben Tabellen enthält er ergänzende Grafiken und erläuternde Anmerkungen.
4. Der Teil **„Methodik“** vermittelt die den jeweiligen Statistiken zugrunde liegende Methodik näher.
5. Das **„Glossar“** erläutert die wichtigsten verwendeten Begriffe.
6. In der Rubrik **„Mehr zum Thema“** nennen wir Ihnen weitere aktuelle Veröffentlichungen und tiefer gehende Datenquellen zum Thema des Kapitels.

Ein Anhang mit dem Titel „Internationales“ rundet das Datenangebot ab. Auch hier bieten wir Ihnen einen schlagzeilenartigen und grafischen Einstieg. Dieser ist um eine Tabelle mit Schlüsselzahlen zu sämtlichen Staaten der Welt ergänzt.

■ Gebrauch

Gebietsstand

Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich die Angaben zu **Deutschland** im Jahrbuch auf den Gebietsstand ab 3.10.1990. Dies gilt auch für den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse für Zeiträume davor.

Aus Vergleichsgründen weisen einige Kapitel Daten für das „frühere Bundesgebiet“ und die „neuen Länder“ getrennt nach. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich Angaben zum **„früheren Bundesgebiet“** auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990. Ergebnisse zu den **„neuen Ländern“** beziehen sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Umfasst dies auch Daten für Berlin-Ost, so ist dies mit dem Zusatz „Neue Länder und Berlin-Ost“ gekennzeichnet.

Staaten, Staatsangehörigkeit

Die Gebietsbezeichnungen und Schreibweisen der Staatennamen in den Jahrbuch-Tabellen basieren auf dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses Verzeichnis wird vom Auswärtigen Amt aktualisiert und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Die Form der Darstellung bedeutet keine Anerkennung des politischen Status eines Staates bzw. der Grenzen seines Gebietes.

Auf- und Ausgliederung bei Summen

Die Bezeichnung **„davon“** in einer Tabelle gibt an, dass die vorstehende Summe vollständig in Unterpositionen aufgegliedert ist. Zählt man diese Unterpositionen zusammen, addieren sie sich zu der Summe.

Die Bezeichnung **„darunter“** hingegen gibt an, dass nur Teilpositionen der Summe aufgelistet sind (Ausgliederung). Diese addieren sich nicht vollständig zur Summe.

Werden Merkmale angeführt, die nicht summierbar sind, ist dies durch die Bezeichnung **„und zwar“** gekennzeichnet.

Auf die Bezeichnungen **„davon“** und **„darunter“** wurde verzichtet, wenn unmissverständlich aus dem Zusammenhang hervorgeht, ob es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Plus- und Minuszeichen

Im Allgemeinen sind Pluszeichen (+) und Minuszeichen (–) in Tabellenvorspalten als Rechenvorschrift anzusehen, im Zahlenfeld hingegen als Vorzeichen. Treffen zwei Minuszeichen als Rechenvorschrift und als Vorzeichen aufeinander, errechnet sich das Ergebnis nach gängigen Rechenregeln durch Addition.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale bzw. Zahlenfelder der Tabelle beziehen, stehen als Fußnoten.

Quellen

Enthält ein Kapitel Ergebnisse aus mehreren internen Erhebungen, so ist die Erhebung in der Regel unter der jeweiligen Tabelle vermerkt. Daten, die nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder erarbeitet haben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Geheimhaltung

Wenn Einzelangaben nicht gemacht werden können, um die statistische Geheimhaltung zu wahren, ist dies ausdrücklich gekennzeichnet. Die Einzelangaben sind aber in den Zwischen- und Endsummen enthalten.

Aktualität

Die aktuellsten Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2017 beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2016. Redaktionsschluss ist der 1. August 2017. Folglich ist die Aktualität des Jahrbuchs nicht mit der Aktualität der Tagespresse und der Online-Medien vergleichbar. Vielmehr ermöglicht das Jahrbuch, neues Datenmaterial in größere sachliche und zeitliche Zusammenhänge zu stellen und einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Qualität

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Daten in höchst möglicher Qualität. Fehler lassen sich aber nie ganz ausschließen. Sollte uns nach Veröffentlichung des Jahrbuchs ein Fehler bekannt werden, weist die Online-Version des Jahrbuchs explizit auf diesen hin. Er wird in dieser Version umgehend korrigiert.

Vorschläge und Bemerkungen

Für zukünftige Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs nimmt das Statistische Bundesamt Vorschläge und Bemerkungen gerne entgegen. Bitte richten Sie diese an das Statistische Bundesamt, Redaktion Jahrbuch, 65180 Wiesbaden. Oder nutzen Sie unser Kontaktformular im Internet unter www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
‰	=	Promille
St	=	Stück
mm	=	Millimeter
cm	=	Zentimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
l	=	Liter
hl	=	Hektoliter
g	=	Gramm
kg	=	Kilogramm
dt	=	Dezitonne
t	=	Tonne
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
MW	=	Megawatt (= 10 ⁶ Watt)
MWh	=	Megawattstunde (= 10 ⁶ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (= 10 ⁹ Wattstunden)
TWh	=	Terawattstunde (= 10 ¹² Wattstunden)
TJ	=	Terajoule (= 10 ¹² Joule)
PJ	=	Petajoule (= 10 ¹⁵ Joule)
NN	=	Normalnull
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
cif	=	Kosten, Versicherungen und Fracht inbegriffen
foB	=	frei an Bord

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden
...	=	Angabe fällt später an
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt

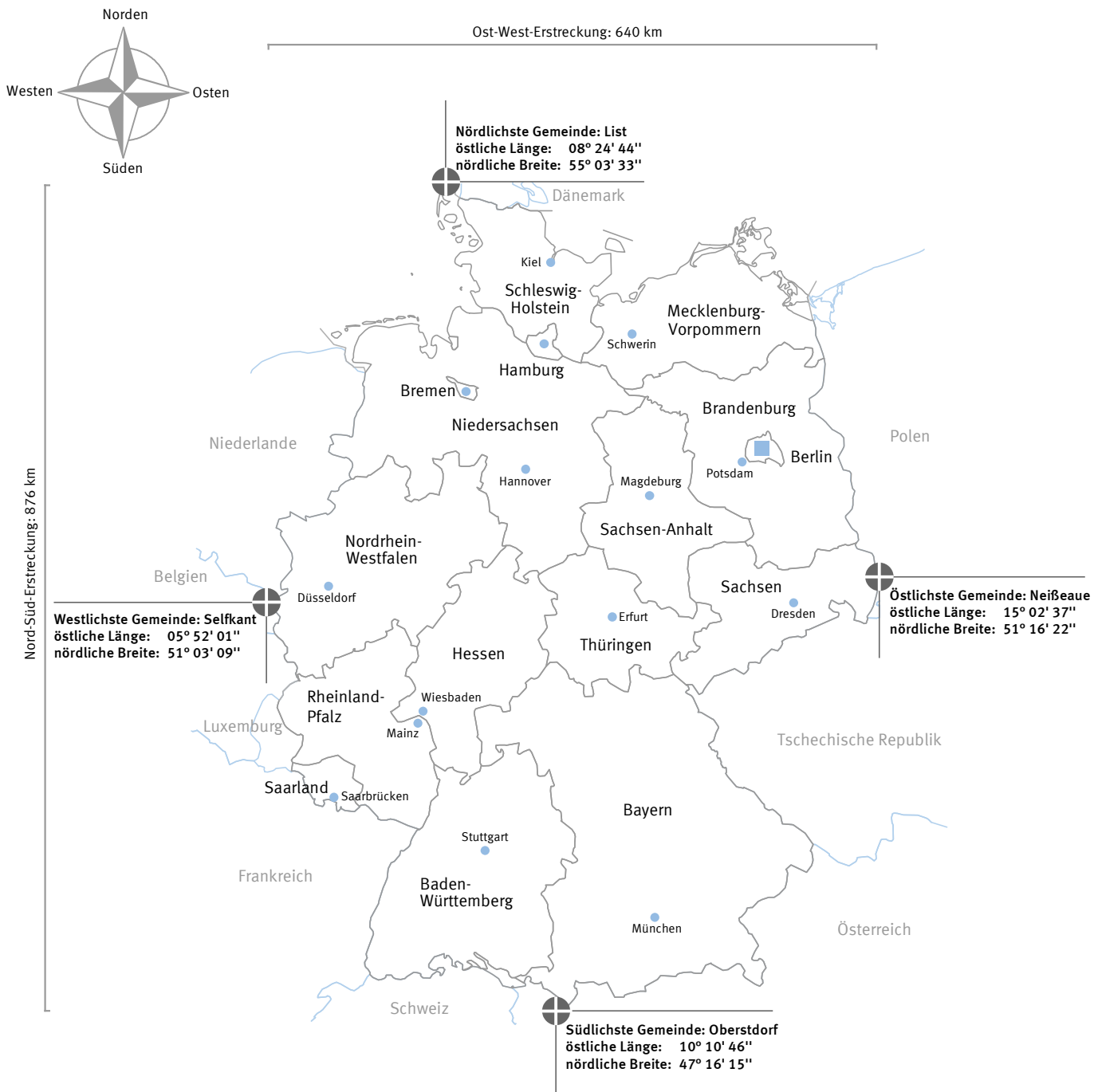


1 Geografie und Klima

Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund **357 000 km²** |
50 251 km **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen | Zunahme der **Sied-
lungs- und Verkehrsfläche** um 66 ha pro Tag von 2012 bis 2015 | Arkona
verzeichnete **1 988 Sonnenstunden** | **Sylt**, die größte deutsche Nordsee-
insel, hat **40 km** langen **Sandstrand**

<i>Seite</i>	
13	Auf einen Blick
	Tabellen
14	Geografische Übersicht Länge der Grenzen Fläche und Bevölkerung
14	Ausgewählte Bodenerhebungen Berge Höchste natürliche Erhebungen der Länder Ausgewählte Ortshöhenlagen
15	Wasserwege Schiffbare Flüsse Schifffahrtskanäle
16	Infrastruktur Straßen des überörtlichen Verkehrs Flugplätze Schienennetz
16	Seen Natürliche Seen Stauseen
17	Ausgewählte Inseln Größte Inseln Touristisch bekannte, kleinere Inseln
18	Naturschutz und Erholungsfläche Nationalparke Naturschutzgebiete Naturparke
18	Klimatische Verhältnisse Sonnenscheindauer Temperaturen und Niederschläge
20	Methodik
21	Glossar
22	Mehr zum Thema

Bundesrepublik Deutschland



1 Geografie und Klima

1.1 Geografische Übersicht

1.1.1 Länge der Grenzen

Grenze zu ...	Länge in km	Grenze zu ...	Länge in km
Insgesamt	3 876	Polen	469 ¹
Österreich	817 ¹²	Schweiz	333 ¹³
Tschechische Republik	817	Belgien	204 ¹⁴
Niederlande	576	Luxemburg	136
Frankreich	455	Dänemark	68

Die Berechnung der Grenzlängen basiert auf der Liniengeometrie der Aussengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die **Grenzlänge zu Dänemark** berücksichtigt nur die Landgrenze, ohne die Nord- und Ostsee. Die Angaben für die **Niederlande** beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne den Dollart, den Außenbereich der Ems und die Nordsee. Für die Grenzlänge zu **Österreich** wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Stand: 31.12.2015. – Abweichungen durch Rundungen.

1 Davon 20 km im Stettiner Haff; ohne Ostsee.

2 Davon 14 km Enklave Jungholz.

3 Davon 17 km Exklave Büsingen, 24 km im Untersee und 2 km in der Konstanzer Bucht des Bodensees.

4 Davon 47 km Grenze beiderseits der durch deutsches Gebiet führenden abgebauten belgischen Eisenbahn (Vennbahn).

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.2 Fläche und Bevölkerung 2015

Weitere Informationen zur Bodenfläche nach Nutzungsarten siehe Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Bevölkerung ¹		
	km ²		km ²	% der Bodenfläche	1 000	je km ² der Bodenfläche	je km ² der SuV
Deutschland	357 409	49 066	13,7		82 176	230	1 675
Baden-Württemberg	35 751	5 159	14,4		10 880	304	2 109
Bayern	70 550	8 399	11,9		12 844	182	1 529
Berlin	892	626	70,2		3 520	3 946	5 623
Brandenburg	29 654	2 800	9,4		2 485	84	888
Bremen	420	236	56,2		671	1 598	2 843
Hamburg	755	448	59,3		1 787	2 367	3 989
Hessen	21 115	3 324	15,7		6 176	292	1 858
Mecklenburg-Vorpommern	23 213	1 902	8,2		1 612	69	848
Niedersachsen	47 616	6 660	14,0		7 927	166	1 190
Nordrhein-Westfalen	34 113	7 828	22,9		17 866	524	2 282
Rheinland-Pfalz	19 854	2 836	14,3		4 053	204	1 429
Saarland	2 570	538	20,9		996	388	1 851
Sachsen	18 449	2 432	13,2		4 085	221	1 680
Sachsen-Anhalt	20 452	2 248	11,0		2 245	110	999
Schleswig-Holstein	15 803	2 042	12,9		2 859	181	1 400
Thüringen	16 202	1 588	9,8		2 171	134	1 367

Ergebnisse der Flächenerhebung sowie der Bevölkerungsstatistik.

1 Stand: 31.12.2015. – Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.1 Berge

	Höhe in m über NN	Gebirge bzw. Landschaft	Land
Hochgebirge (ab 1 500 m)			
Zugspitze	2 962	Wettersteingebirge	Bayern
Mittlere Höllentalspitze	2 743	Wettersteingebirge	Bayern
Watzmann	2 713	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochblassen	2 707	Wettersteingebirge	Bayern
Wetterwandeck	2 698	Wettersteingebirge	Bayern
Mädelegabel	2 645	Allgäuer Alpen	Bayern
Hochkalter	2 607	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochvogel	2 592	Allgäuer Alpen	Bayern
Östliche Karwendelspitze	2 537	Karwendelgebirge	Bayern
Hoher Göll	2 522	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Mittelgebirge (bis 1 499 m)			
Feldberg	1 493	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Großer Arber	1 456	Bayerischer Wald	Bayern
Großer Rachel	1 452	Bayerischer Wald	Bayern
Belchen	1 414	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Dreissesselberg	1 332	Bayerischer Wald	Bayern
Schauinsland	1 284	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Fichtelberg	1 215	Westerzgebirge	Sachsen
Homisgründe	1 163	Schwarzwald	Baden-Württemberg
Brocken	1 141	Oberharz	Sachsen-Anhalt
Einödriegel	1 121	Bayerischer Wald	Bayern

1.2.2 Höchste natürliche Erhebungen der Länder

	Höhe in m über NN	Bezeichnung
Baden-Württemberg	1 493	Feldberg
Bayern	2 962	Zugspitze
Berlin	115	Müggelberge
Brandenburg	201	Heidehöhe
Bremen ¹	33	Erhebung am Friedehorstpark
Hamburg ¹²	116	Hasselbrack
Hessen	950	Wasserkuppe
Mecklenburg-Vorpommern	179	Helpter Berge
Niedersachsen	971	Wurmberg
Nordrhein-Westfalen	843	Langenberg
Rheinland-Pfalz	816	Erbeskopf
Saarland	695	Dollberg
Sachsen	1 215	Fichtelberg
Sachsen-Anhalt	1 141	Brocken
Schleswig-Holstein	167	Bungsberg
Thüringen	982	Großer Beerberg

Stand: 31.12.2015.

1 Quelle: GeoInformation Bremen.

2 Quelle: Landesbetrieb GeoInformation und Vermessung – Stadt Hamburg.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Auswahl an Bodenerhebungen der Bundesrepublik Deutschland. – Stand: 31.12.2015.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.3 Ausgewählte Ortshöhenlagen

	m		m
Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz	
Freiburg im Breisgau	278	Kaiserslautern	233
Heilbronn	157	Koblenz	65
Heidelberg	116	Ludwigshafen am Rhein	96
Karlsruhe	115	Mainz	86
Mannheim	95	Trier	136
Stuttgart	245	Worms	97
Bayern		Saarland	
Augsburg	489	Saarbrücken	230
Bad Tölz	670	St. Wendel	300
München	519	Merzig	175
Nürnberg	298	Neunkirchen	252
Regensburg	337	Homburg	231
Würzburg	177	Saarlouis	181
Berlin	35	Sachsen	
Brandenburg		Chemnitz	297
Cottbus	75	Dresden	113
Frankfurt/Oder	27	Görlitz	201
Neuruppin	44	Leipzig	113
Potsdam	34	Plauen	412
Brandenburg/Havel	35	Zwickau	262
Oranienburg	36	Sachsen-Anhalt	
Bremen	11	Dessau-Roßlau	63
Bremerhaven	2	Halberstadt	125
Hamburg	6	Halle/Saale	87
Hessen		Magdeburg	56
Darmstadt	144	Merseburg	88
Frankfurt am Main	100	Wittenberg, Lutherstadt	70
Hanau	106	Schleswig-Holstein	
Kassel	163	Elmshorn	3
Offenbach am Main	100	Flensburg	12
Wiesbaden	115	Kiel	3
Mecklenburg-Vorpommern		Lübeck	11
Greifswald	7	Neumünster	22
Güstrow	14	Norderstedt	35
Neubrandenburg	18	Thüringen	
Neustrelitz	75	Eisenach	215
Schwerin	45	Erfurt	194
Stralsund	9	Gera	205
Niedersachsen		Jena	155
Göttingen	149	Nordhausen	206
Hannover	55	Weimar	209
Oldenburg (Oldenburg)	5		
Osnabrück	64		
Salzgitter	92		
Wolfsburg	64		
Nordrhein-Westfalen			
Bochum	95		
Dortmund	76		
Düsseldorf	38		
Essen	67		
Köln	55		
Wuppertal	155		

Mittlere Höhenlage des Ortskerns über Normal-Null. – Stand: 31.12.2015.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.3 Wasserwege

1.3.1 Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands

	Insgesamt	
	Darunter schiffbar ¹	
	Länge in km	
Rhein	865	694
Elbe	727	727
Donau	647	203
Main	527	387
Weser	452	430
Saale	413	124
Spree	382	64 ¹²
Ems	371 ¹³	206 ¹⁴
Neckar	367	203
Havel	334	295 ¹⁵
Werra	292	88
Leine	281	94
Aller	260	110 ¹⁶
Lahn	246	148
Mosel	242	242
Fulda	218	109
Ruhr	219	12
Elde	208	180 ¹⁷

Flüsse ab 200 km Länge. – Stand: 2017.

- 1 Bundeswasserstraßen.
- 2 Teil der Spree-Oder-Wasserstraße (Untere Spree, Berliner Spree, Treptower Spree, Müggelspree, Fürstenwalder Spree).
- 3 Bis zum Eintritt in den Dollart.
- 4 Einschl. Anteil Dortmund-Ems-Kanal (61 km).
- 5 Einschl. kanalisierte Flussstrecke Obere-Havel-Wasserstraße.
- 6 Einschl. Schleusenkanäle.
- 7 Müritz-Elde-Wasserstraße einschl. Elde-Seitenkanal.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1.3.2 Schifffahrtskanäle

	Gesamt-länge in km ¹	Eröffnung im Jahr	Verbindung
Mittellandkanal	325,3	1938	Bergeshövede – Anschluss EHK (Schleuse Hohenwarthe)
Dortmund-Ems-Kanal (benutzt streckenweise die Ems)	223,5	1899	Hafen Dortmund – Anschluss Unterems (bei Papenburg)
Main-Donau-Kanal	170,7	1992	Bamberg – Kelheim
Elbe-Seitenkanal (Nord-Süd-Kanal)	115,1	1976	Anschluss MLK – Anschluss Elbe; Artlenburg – Edesbüttel
Nord-Ostsee-Kanal	98,3	1895	Brunsbüttel – Kiel – Holtenua
Küstenkanal	69,6	1935	Oldenburg (Oldenburg) – Dörpen (Ems)
Oder-Spree-Kanal	64,7	1935	Teil der SOW – Westlicher Abschnitt rd. 24 km, östlicher Abschnitt rd. 41 km; Dahme – Eisenhüttenstadt
Elbe-Lübeck-Kanal	61,6	1900	Lauenburg/Elbe – Lübeck
Wesel-Datteln-Kanal	60,0	1929	Wesel – Datteln
Elbe-Havel-Kanal	55,2	1936	Niegripp (Elbe) – Anschluss UHW
Oder-Havel-Kanal	53,5	1914	Teil der HOW; von Mündung der Oranienburger Havel in die HOW bis Schiffshebewerk Niederfinow
Datteln-Hamm-Kanal	47,1	1915	Datteln – Schmehausen, östlich Hamm
Rhein-Herne-Kanal	45,4	1914	Duisburg – Ruhrort – Henrichenburg
Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße	42,5	1926	Hohensaaten – Westoder bei km 2,75

Schifffahrtskanäle ab 40 km Länge. – Stand: 2017.

- 1 Bezogen auf den Hauptschifffahrtsweg unter Berücksichtigung der Fehlstrecken.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1 Geografie und Klima

1.4 Infrastruktur

Weitere Informationen zur Infrastruktur siehe Kapitel „Transport und Verkehr“

1.4.1 Straßen des überörtlichen Verkehrs 2016

Deutschland ist auf **insgesamt 230 082 km** Straßen des sogenannten überörtlichen Verkehrs befahrbar.

Von diesen stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung

- 12 993 km Bundesautobahnen,
- 38 303 km Bundesstraßen,
- 86 850 km Land(es)-, Staatsstraßen und
- 91 936 km Kreisstraßen.

50 251 km dieser Straßen führen als **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

1.4.3 Schienennetz 2014

Für den Schienenverkehr stehen **insgesamt 41 161 km** ein- und mehrgleisige Strecken zur Verfügung.

Das Streckennetz teilt sich wie folgt auf:

- 37 775 km für den Eisenbahnverkehr,
- 2 359 km für Straßenbahnen und
- 1 026 km für Industrieanschlussbahnen.

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1.5 Seen

1.5.1 Natürliche Seen

	Wasseroberfläche in km ²	Tiefste Stelle in m	Seespiegelhöhe in m über NN	Lage
Bodensee	535,9 ¹	254	395	Baden-Württemberg/Bayern
Müritz	109,1	31	62	Mecklenburg-Vorpommern
Chiemsee	77,0	73	518	Bayern
Schweriner See	61,8	52	38	Mecklenburg-Vorpommern
Starnberger See	56,0	128	584	Bayern
Ammersee	46,2	81	533	Bayern
Plauer See	38,1	25	62	Mecklenburg-Vorpommern
Kummerower See	32,4	23	0,2	Mecklenburg-Vorpommern
Steinhuder Meer	29,1	3	38	Niedersachsen
Großer Plöner See	29,1	56,2	21	Schleswig-Holstein
Schaalsee	22,1	72	35	Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein
Selenter See	21,25	36,8	37	Schleswig-Holstein
Kölpinsee	20,1	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Tollensesee	17,7	31	15	Mecklenburg-Vorpommern
Walchensee	16,1	190	800	Bayern
Krakower See	15,5	29	48	Mecklenburg-Vorpommern
Dümmer	14,97	1,4	37	Niedersachsen
Malchiner See	13,8	10	0,6	Mecklenburg-Vorpommern
Schwielochsee	13,27	7,3	40,8	Brandenburg
Großer Ratzeburger See	12,6	24,4	3,4	Schleswig-Holstein
Scharmützelsee	12,1	31,3	38,3	Brandenburg
Fleesensee	10,6	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Unterueckersee	10,31	18,7	17,4	Brandenburg
Parsteiner See	10,09	30,2	44,2	Brandenburg
Wittensee	9,9	21,4	3,8	Schleswig-Holstein
Tegernsee	8,8	73	726	Bayern
Ruppiner See	8,07	24,3	36,5	Brandenburg
Beetzsee	8,01	8,9	28,1	Brandenburg
Werbellinsee	7,95	55	43,3	Brandenburg
Schwielowsee	7,83	9,1	29,3	Brandenburg
Grimnitzsee	7,83	10,3	64,7	Brandenburg
Staffelsee	7,5	39	649	Bayern
Westensee	6,9	17,5	6,6	Schleswig-Holstein
Waginger See	6,6	27	442	Bayern
Simssee	6,4	23	470	Bayern
Oberuckersee	6,18	28,5	17,8	Brandenburg

Alle natürlichen Seen mit einer Spiegelfläche von über 6 km². – Aktualisierung der Seeflächen aufgrund Erfassung mittels Geoinformationssystemen. – Stand: 30.4.2017.

1 Gesamtfläche einschl. 5,1 km² Inseln.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.4.2 Flugplätze 2016

Auf den **25 Flugplätzen** in Deutschland starteten rund **1,2 Millionen Flugzeuge**, einschl. Segel- und Ultraleichtflugzeugen.

Insgesamt wurden **201 Millionen Passagiere** und **4,5 Millionen Tonnen an Gütern** befördert.

Zu den **größten Flughäfen (gewerblicher Verkehr)** zählen

- Frankfurt am Main mit 228 000 Starts,
- München mit 193 000 Starts,
- Düsseldorf mit 106 000 Starts,
- Berlin-Tegel mit 90 000 Starts und
- Hamburg mit 73 000 Starts.

1 Geografie und Klima

1.5 Seen

1.5.2 Stauseen

	Stauraum bei Vollstau in Mill. m ³	Wasserfläche bei Vollstau in km ²	Gespeist von	Primäre Nutzung	Lage
Bleiloch	212,9	9,2	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saale-Orla-Kreis
Schwammenauel	202,6	7,8	Rur/Maas	Trinkwasserversorgung, Industrierwasserentnahme	Nordrhein-Westfalen, Aachen und Düren
Edersee	199,3	11,1	Eder-Fulda/Weser	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Hessen, Waldeck-Frankenberg
Hohenwarte	181,0	7,3	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saalfeld-Rudolstadt
Bigge	171,8	7,1	Bigge-Lenne-Ruhr/Rhein	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Nordrhein-Westfalen, Olpe
Forggensee ¹	154,0	15,3	Lech/Donau	Energiegewinnung, Hochwasserschutz	Bayern, Ostallgäu
Großer Brombachsee	143,7	8,6	Brombach-Rednitz-Regnitz-Main/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Bayern, Weißenburg-Gunzenhausen
Möhne	134,5	10,4	Möhne-Ruhr/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Soest
Rappbode	109,1	3,9	Rappbode-Bode-Saale/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen-Anhalt, Wernigerode
Schluchsee	108,0	5,1	Schwarza-Wutach/Rhein	Energiegewinnung, Erholung	Baden-Württemberg, Breisgau-Hochschwarzwald
Sylvensteinsee	92,6	6,0	Isar/Donau	Hochwasserschutz, Niedrigwasseraufhöhung	Bayern, Bad Tölz-Wolfratshausen
Große Dhünn	81,0	4,6	Dhünn/Rhein	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-Bergischer Kreis
Eibenstock	74,7	3,7	Zwickauer Mulde-Mulde/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen, Erzgebirgskreis

Talsperren mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Mill. m³ aufwärts, ohne Hochwasserrückhaltebecken und Speicherwerke. – Stand: 30.4.2017.

¹ Der Forggensee hat nur zeitweise (sommerlicher Vollstau) Seencharakter.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.6 Ausgewählte Inseln

1.6.1 Größte Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Rügen	930	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Usedom	373 ¹	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Greifswald
Fehmarn	185	Ostsee	Ostholstein
Sylt	102	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Föhr	82	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Nordstrand	48	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Pellworm	37	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Poel	34	Ostsee	Nordwestmecklenburg
Borkum	31	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Leer
Norderney	26	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Amrum	20	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Langeoog	20	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Ummanz	20	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Spiekeroog	18	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Hiddensee	17	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Juist	16	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich

Inseln ab einer Größe von über 15 km². – Stand: 31.12.2015.

¹ Anteil der Bundesrepublik Deutschland; Gesamtfläche 445 km².

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.6.2 Touristisch bekannte, kleinere Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Baltrum	6,6	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Wangerooge	8,5	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Friesland
Reichenau (Bodensee)	4,3 ¹	Binnenlandgewässer/ Bodanrück	Konstanz
Herreninsel (Chiemsee)	3,1	Binnenlandgewässer/ Chiemgau	Rosenheim
Helgoland (mit Düne)	1,8	Nordsee	Pinneberg
Lindau (Bodensee)	0,5	Binnenlandgewässer	Lindau/Bodensee
Mainau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Konstanz
Fraueninsel (Chiemsee)	0,1	Binnenlandgewässer/ Chiemgau	Rosenheim

Stand: 31.12.2015.

¹ Quelle: Gemeinde Reichenau.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.7 Naturschutz und Erholungsfläche

Weitere Informationen zu Umweltschutz siehe Kapitel „Umwelt“

1.7.1 Nationalparke

	Fläche in km ²	Gründung	Land
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer . . .	4 415	1985	Schleswig-Holstein
Niedersächsisches Wattenmeer	3 450	1986	Niedersachsen
Harz	247	2006	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Vorpommersche Boddenlandschaft	786	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Müritz-Nationalpark	322	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Bayerischer Wald	242	1970	Bayern
Berchtesgaden	208	1978	Bayern

Nationalparke mit einer Fläche von mindestens 200 km². – Stand: 1.5.2016.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Die einzelnen Schutzflächen in den Tabellen 1.7.1 bis 1.7.3 können nicht summiert werden, da sie sich zum Teil überschneiden.

Nationalparke sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands. In Deutschland gibt es 16 Nationalparke. Ihre Fläche beträgt insgesamt 10 479 km².

1.7.2 Naturschutzgebiete

	Anzahl der Natur- schutzgebiete	Gesamtfläche	
		km ²	% der Landesfläche
Nordrhein-Westfalen . . .	3 125	2 737	8,0
Brandenburg	466	2 369	8,0
Niedersachsen	783	2 058	3,9
Bayern	602	1 644	2,3

Länder mit einer Gesamtfläche für Naturschutzgebiete von mindestens 1 000 km². – Stand: 31.12.2014.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

In Deutschland gibt es 8 676 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 13 784 km². Das sind 3,9% der Landesfläche.

1.7.3 Naturparke

	Fläche in km ²	Gründung	Land
Schwarzwald Mitte/Nord . . .	3 740	2003	Baden-Württemberg
Südschwarzwald	3 940	2001	Baden-Württemberg
Altmühltal	2 966	1969	Bayern
Bayerischer Wald	2 783	1967	Bayern
Teutoburger Wald/ Eggegebirge	2 711	1965	Nordrhein-Westfalen
Fränkische Schweiz- Veldensteiner Forst	2 335	1968	Bayern
Bergstraße-Odenwald	2 238	1960	Hessen/Bayern
Bergisches Land	2 115	1973	Nordrhein-Westfalen
Thüringer Wald	2 082	2001	Thüringen
Hohes Venn (Nordeifel)	1 979	1960	Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz
Saar-Hunsrück	1 956	1980	Rheinland-Pfalz/Saarland

Naturparke mit einer Größe von mindestens 1 900 km². – Stand: 1.5.2016.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturparke sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

In Deutschland sind insgesamt 99 470 km² zur Erholung und für den Fremdenverkehr als Naturpark ausgewiesen. Davon stellen Bayern mit 22 445 km² und Nordrhein-Westfalen mit 14 109 km² flächenmäßig den größten Anteil.

1.8 Klimatische Verhältnisse

	Land	Sonnenstunden 2016
Stationen mit den meisten Sonnenstunden		
Arkona	Mecklenburg-Vorpommern	1 987,5
Potsdam (Säkularstation)	Brandenburg	1 873,4
Karlsruhe	Mecklenburg-Vorpommern	1 834,6
Barth	Mecklenburg-Vorpommern	1 832,9
Leipzig/Halle	Sachsen	1 825,1
Berlin-Dahlem (FU)	Berlin	1 820,9
Potsdam	Brandenburg	1 818,5
Rostock-Warnemünde	Mecklenburg-Vorpommern	1 811,0
Grambow-Schwennenz	Mecklenburg-Vorpommern	1 807,2
Grünow	Brandenburg	1 791,2

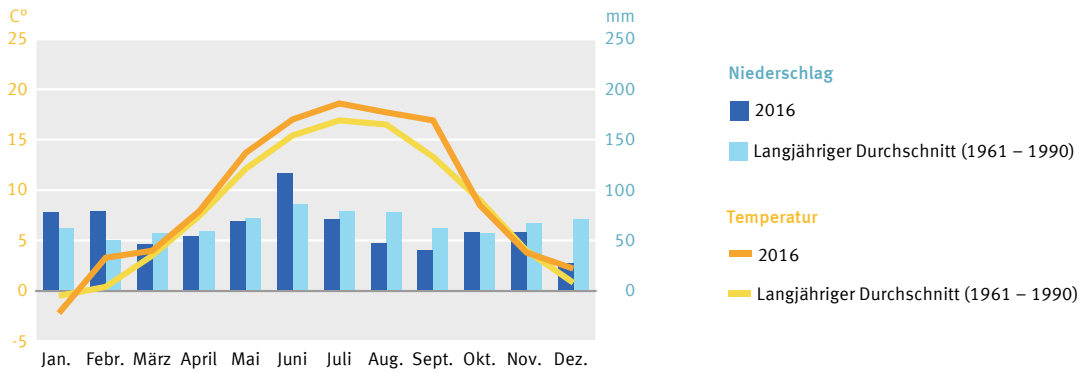
	Land	Sonnenstunden 2016
Stationen mit den wenigsten Sonnenstunden		
Schmücke	Thüringen	1 331,2
Kahler Asten	Nordrhein-Westfalen	1 355,1
Braunlage	Niedersachsen	1 371,8
Perl-Nennig	Saarland	1 384,7
Kleiner Feldberg/Taunus	Hessen	1 387,9
Runkel-Ennerich	Hessen	1 396,7
Schotten	Hessen	1 399,0
Manderscheid-Sonnenhof	Rheinland-Pfalz	1 405,0
Dillenburg	Hessen	1 406,6
Weiskirchen/Saar	Saarland	1 416,7

Summe der Sonnenscheinstunden im gesamten Jahr.

Quelle: Deutscher Wetterdienst

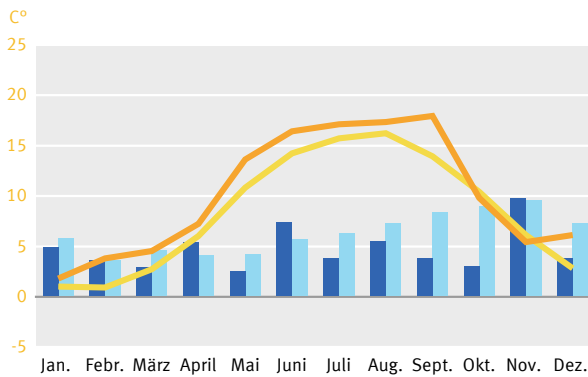
Temperaturen und Niederschläge 2016

Deutschland



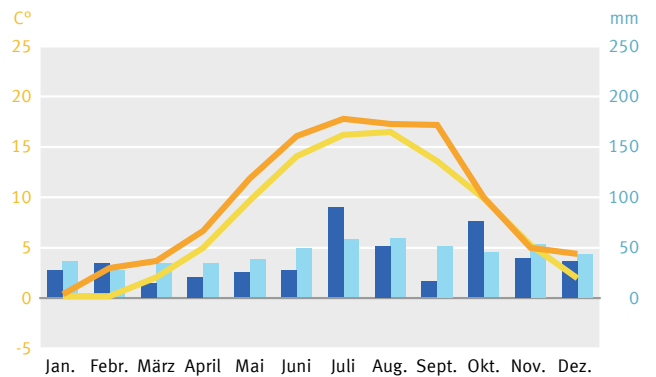
List auf Sylt

Lage 26 m ü. NN; N 55°01', O 08°41'



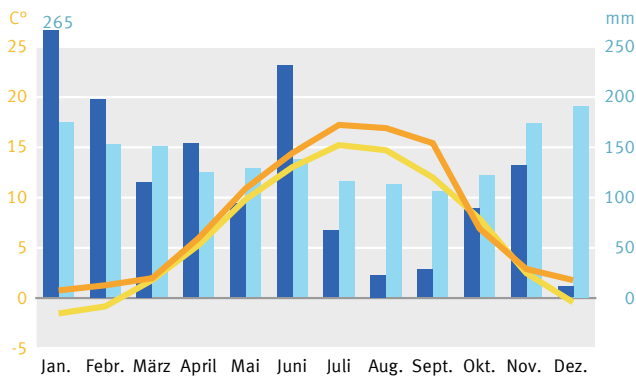
Kap Arkona (Rügen)

Lage 42 m ü. NN; N 54°68', O 13°43'



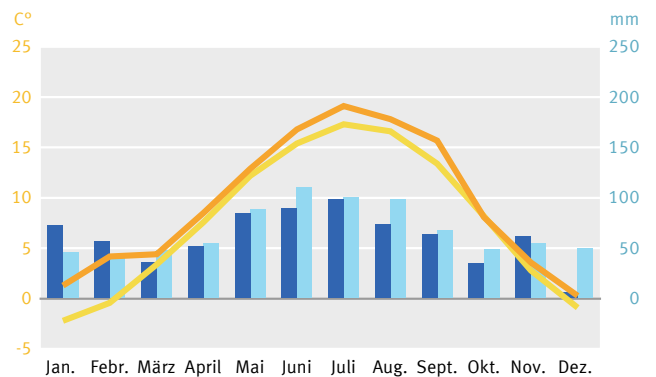
Freudenstadt

Lage 797m ü. NN; N 48°45', O 08°41'



München Flughafen

Lage 446 m ü. NN; N 48°35', O 11°81'



Quelle: Deutscher Wetterdienst

2017 - 01 - 0180

Methodik

Das Kapitel „Geografie und Klima“ präsentiert die wichtigsten Informationen rund um Deutschland als Land, geografisch und klimatisch. Ergänzt werden die Daten durch kleine Exkurse zur Infrastruktur. Verweise auf Kapitel mit detaillierten Informationen schaffen die Verbindung zu Statistiken im eigentlichen Sinne. Alle Daten basieren auf Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

■ Geografische Übersicht

Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Die **Gesamtfläche** Deutschlands beträgt rund 357 000 km². Wer die Bundesrepublik von Nord nach Süd durchqueren will, muss eine Distanz von 876 km überwinden, von Ost nach West dagegen 640 km. Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von neun **Nachbarstaaten** umgeben: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik. Der Grenzverlauf umfasst insgesamt 3 876 km. Mit 817,4 km teilen sich Österreich und die Bundesrepublik Deutschland das längste Teilstück des Grenzverlaufs, knapp vor der Tschechischen Republik. Die Berechnung der **Grenzlängen** basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Das Basis-DLM beschreibt die topografischen Objekte der Landschaft und das Relief der Erdoberfläche im Vektorformat. Der Erfassungsmaßstab beträgt 1:25 000 und enthält u. a. eine Objektart „Grenze“. Anhand dieser Informationen wird die Staatsgrenze Deutschlands vermessen. Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die Berechnung der Grenzlänge zu Dänemark berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die Niederlande beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne den Dollart, den Außenbereich der Ems und der Nordsee. Die Grenzlänge zur Schweiz berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich der Konstanzer Bucht, zuzüglich der Exklave Büsingen. Der Obersee des Bodensees zählt nicht dazu. Für die Grenzlänge zu Österreich wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** hat in den Jahren 2011 bis 2015 um durchschnittlich 66 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 18 „Umwelt“ (Tabelle 18.8.3) sowie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

■ Bodenerhebungen

Die Angaben basieren auf dem Datensatz „Geographische Namen GN250“. Dieser orientiert sich am Kartenmaßstab 1:250 000 und benutzt unter anderem das „Digitale Landschaftsmodell 1:250 000 (DLM 250)“ als grundlegende Quelle. Enthaltene geografische Namen sind z. B. Namen von Gemeinden, Gemeindeteilen, Landschaften, Verwaltungseinheiten und Bergen. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie erhebt die Daten.

■ Flüsse

Hydrografisch gehört der Süden der Bundesrepublik teilweise zum Einzugsgebiet der Donau, die in das Schwarze Meer mündet. Größere Teile des Ostholsteinischen Hügel- und Seenlandes sowie der Gebiete nördlich und nordöstlich der Mecklenburgischen Seenplatte zählen zum Wassereinzugsbereich der Ostsee. Alle übrigen Landschaften werden durch Rhein, Ems, Weser und Elbe zur Nordsee entwässert. Mit 865 km ist der Rhein Deutschlands längster Fluss und zugleich eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen Europas. Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands ab einer Länge von 200 km enthält Tabelle 1.3.1. Die Angaben basieren auf Daten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt.

■ Seen

Der flächengrößte und zugleich tiefste See Deutschlands ist der Bodensee, obgleich Teile davon in Österreich und in der Schweiz liegen. Die Müritz ist ein See innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist der größte See, der vollständig innerhalb Deutschlands liegt. Alle natürlichen Seen ab einer Spiegelfläche von über 6 km² zeigt Tabelle 1.5.1, alle Stauseen mit einem Stauinthalt bei Vollstau von etwa 70 Millionen m³ aufwärts enthält Tabelle 1.5.2. Die Daten stammen von der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

■ Inseln

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden. Rügen, Usedom, Fehmarn, Poel und Ummanz zählen zu den größten Inseln in der Ostsee. Sylt, Föhr und Nordstrand sind die größten deutschen Inseln in der Nordsee. Alle Inseln ab einer Spiegelfläche über 15 km² zeigt Tabelle 1.6.1.

Die „Klosterinsel“ Reichenau – seit 2000 Welterbestätte –, die „Blumeninsel“ Mainau und Lindau sind die größten und touristisch bekanntesten Inseln im Bodensee. Informationen über touristisch bekannte, kleinere Inseln enthält Tabelle 1.6.2. Die Daten erhebt das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Das deutsche Naturschutzgesetz (BNatSchG) unterscheidet zwischen **Schutzgebieten** unterschiedlicher Zielstellung und Schutzzwecken (z. B. Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke). Darüber hinaus regeln EG-Richtlinien und internationale Verträge die Unterschutzstellung von ökologisch wertvollen Gebieten. Die für die verschiedenen Schutzgebiet-Kategorien gemeldeten Gebiete überschneiden sich daher in erheblichem Maße oder sind sogar deckungsgleich. Eine Addition der Flächen ist daher nicht sinnvoll. Eine Auswahl der Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturparke in Deutschland enthält Tabelle 1.7. Die Daten werden vom Bundesamt für Naturschutz erhoben.

■ Klimatische Verhältnisse

Für das Klima in Deutschland ist die Lage in der gemäßigten Zone mit häufigem Wetterwechsel bestimmend. Charakteristisch sind Winde aus vorwiegend westlichen Richtungen, die das ganze Jahr über feuchte Luftmassen vom Atlantik heranführen. Die Folge sind Niederschläge zu allen Jahreszeiten. Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen im Norddeutschen Tiefland unter 500 bis 700 mm, in den Mittelgebirgen um 700 bis über 1 500 mm und in den Alpen bis über 2 000 mm. Vom Nordwesten nach Osten und Südosten fortschreitend, macht sich ein allmählicher Übergang vom mehr ozeanischen zum kontinentalen Klima bemerkbar. Dies sorgt für relativ milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Gelegentlich wird die Westströmung jedoch durch zum Teil recht langlebige Hochdruckgebiete blockiert. Dann kann es zu sehr kalten Wintern kommen. Aber auch die Sommer können dann heiß und trocken werden. Die Tagesschwankungen wie auch die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede sind jedoch nirgendwo extrem. Die Durchschnittstemperaturen des Januar, des kältesten Monats im Jahr, liegen im Tiefland um + 1,5°C bis – 0,5°C. In den Gebirgen erreichen sie je nach Höhenlage bis unter – 6°C. Die mittleren Julitemperaturen betragen im Norddeutschen Tiefland + 17°C bis + 18°C, im Oberrheintalgraben bis zu + 20°C. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei + 9°C. Die Daten stellt der Deutsche Wetterdienst bereit.

Glossar

Insel | Sie ist eine in einem Meer oder Binnengewässer liegende, auch bei Flut über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse, die vollständig von Wasser umgeben ist, aber nicht als Kontinent gilt.

Klima | Das Klima ist definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren. Es wird repräsentiert durch die statistischen Gesamteigenschaften (Mittelwerte, Extremwerte, Häufigkeiten, Andauerwerte u. a.) über einen genügend langen Zeitraum. Im Allgemeinen wird ein Zeitraum von 30 Jahren zugrunde gelegt, die sogenannte Normalperiode. Es sind jedoch auch kürze Zeitabschnitte üblich.

Nationalparke | Das sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands.

Naturparke | Das sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

Naturschutzgebiete | Dies sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

Niederschlag | Unter dem Begriff „Niederschlag“ versteht man in der Meteorologie die Ausscheidung von Wasser aus der Atmosphäre im flüssigen und/oder festen Aggregatzustand, die man am Erdboden messen oder beobachten kann. Dabei wird unterschieden zwischen fallenden Niederschlägen (z. B. Regen), aufgewirbelten Niederschlägen (z. B. Schneetreiben), abgelagerten Niederschlägen (z. B. Schneedecke) und abgesetzten Niederschlägen (z. B. Reif). Fallende Niederschläge sind definiert als das Ausscheiden von Wasser aus Wolken, das den Erdboden in flüssiger (z. B. Regen) und/oder fester Form (z. B. Hagel) erreicht.

Schiffbarkeit | Sie ist dann gegeben, wenn auf einem Gewässer Schifffahrt betrieben werden kann, und zwar Güterschifffahrt, Personenschifffahrt und/oder Sportschifffahrt. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit, dort kleinere Sportboote gebrauchen zu können.

Schiffahrtskanal | Hierunter versteht man eine Wasserstraße mit überwiegend künstlich hergestelltem Gewässerbett für die Schifffahrt (Quelle: DIN 4054). Gelegentlich haben kleinere Flüsse mit Fallstufen ein überwiegend künstliches Gewässerbett erhalten und zählen so zu den Schiffahrtskanälen wie z. B. der Finowkanal.

Seen, natürliche | Ein See ist ein Stillgewässer mit oder ohne Zu- und Abfluss durch Fließgewässer. Er ist vollständig von einer Landfläche umgeben. Natürliche Seen entstehen auf natürliche Weise. (Zur Definition siehe auch DIN 4049 – Teil 3.)

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbauter und nicht versiegelter Flächen.

Sonnenscheindauer | Als Sonnenscheindauer bezeichnet man die tatsächliche Dauer der direkten Sonneneinstrahlung an einem bestimmten Ort innerhalb eines definierten Zeitraums (Tag, Woche, Monat, Jahr). Die Sonnenscheindauer wird allgemein täglich gemessen und in zehntel Stunden angegeben. Die täglich festgestellte Sonnenscheindauer wird dann für größere Zeiträume aufsummiert.

Stauseen | Sie bilden sich durch künstlich aufgestautes Wasser. Stauseen werden aus zahlreichen Gründen errichtet, so z. B. als Trinkwasser- und Wasservorrat, zum Hochwasserschutz sowie zur Stromerzeugung. (Zur Definition siehe auch DIN 4049 – Teil 3.)

Temperatur | Die Temperatur bezeichnet den messbaren Wärmezustand von Materie, eines Stoffes oder eines Stoffsystems. Der Wärmezustand wird durch die mittlere kinetische Energie der ungeordneten Bewegung der Teilchen bestimmt. Für die Temperatur werden meist folgende Einheiten verwendet: Kelvin, Grad Celsius oder Grad Fahrenheit. In der Meteorologie spielt die Lufttemperatur eine große Rolle. Sie wird daher weltweit regelmäßig unter genau definierten Bedingungen gemessen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, die Internetadressen der jeweiligen Institutionen, die uns Daten zur Verfügung stellen. Ausführliche Informationen zu dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Geografie und Klima* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben auf Daten verschiedener Institutionen basieren.

Weitere Veröffentlichungen/Informationen zu den Themen

■ Ausgewählte Bodenerhebungen/Inseln

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie > www.bkg.bund.de

■ Wasserwege/Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur > www.bmvi.de
Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt > www.wsv.de

■ Seen

Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) > www.lawa.de

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Bundesamt für Naturschutz > www.bfn.de

■ Klimatische Verhältnisse

Deutscher Wetterdienst, Monatlicher Witterungsbericht > www.dwd.de



2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

82,2 Millionen Menschen lebten Ende 2015 in Deutschland, rund **77%** davon in dicht und mittelstark besiedeltem Gebiet | **Frauen** bekamen ihr **erstes Kind** im Schnitt mit **29,6 Jahren** | **1,5 Kinder** brachte eine **Frau** durchschnittlich zur Welt | **3 800 Kinder** wurden 2015 **adoptiert** | 2015 waren bei jeder **zweiten Ehescheidung** Kinder betroffen | 2015 war jede **vierte** verstorbene Frau **90 Jahre** oder älter | **Zwei von fünf** Haushalten sind **Einpersonenhaushalte** | **Rumänien** war **Top-Herkunftsland** der Zugewanderten

Seite

25 **Auf einen Blick**

Tabellen

26 **Bevölkerung**

Bevölkerungsstand und -entwicklung | Verwaltungsgliederung | Kreise und Gemeinden | Grad der Verstädterung | Die größten Städte Deutschlands | Bevölkerung nach Altersgruppen, Ländern und Familienstand

33 **Geborene und Gestorbene**

Entwicklung | Nach Ländern | Geburtziffern | Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt | Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern | Häufigste Vornamen | Gestorbene Säuglinge | Sterbetafeln | Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand | Sterbeziffern

41 **Migration**

Bevölkerung mit Migrationshintergrund | Zugewanderte | Ausländische Bevölkerung | Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft | Asylbewerberinnen und Asylbewerber

49 **Wanderungen**

Nach Bundesländern | Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern | Zwischen Deutschland und dem Ausland | Top 10-Zielländer der Deutschen | Top 10-Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer

54 **Bevölkerungsvorausberechnung**

Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 und Privathaushalte bis 2035 | Jugend- und Altenquotient

56 **Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende**

Privathaushalte | Haushaltsmitglieder | Eheschließungen | Begründung von Lebenspartnerschaften | Heiratsziffer | Durchschnittliches Heiratsalter | Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder | Gerichtliche Ehelösungen | Geschiedene Ehen | Scheidungsziffer | Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften | Aufhebung von Lebenspartnerschaften | Minderjährige Kinder | Kindertageseinrichtungen | Kinder- und Elterngeld | Adoptionen

70 **Kirchen und Jüdische Gemeinden**

Evangelische und Katholische Kirche | Kirchensteuer | Jüdische Gemeinden

71 **Methodik**

74 **Glossar**

78 **Mehr zum Thema**

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.1 Bevölkerungsstand

	Fläche	Bevölkerung ¹			Einwohner/-innen je km ²	Ausländische Bevölkerung ¹		
		insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
31.12.2015								
	km ²	1 000	%		Anzahl	1 000	%	
Deutschland	357 386	82 176	49,3	50,7	230	8 652	53,2	46,8
Baden-Württemberg	35 751	10 880	49,6	50,4	304	1 507	53,1	46,9
Bayern	70 550	12 844	49,5	50,5	182	1 471	53,0	47,0
Berlin	892	3 520	49,0	51,0	3 948	546	51,3	48,7
Brandenburg	29 654	2 485	49,4	50,6	84	90	57,4	42,6
Bremen	420	671	49,3	50,7	1 599	102	53,6	46,4
Hamburg	755	1 787	48,8	51,2	2 366	262	53,0	47,0
Hessen	21 115	6 176	49,3	50,7	293	883	52,0	48,0
Mecklenburg-Vorpommern	23 214	1 612	49,5	50,5	69	59	59,9	40,1
Niedersachsen	47 593	7 927	49,4	50,6	167	632	54,4	45,6
Nordrhein-Westfalen	34 113	17 866	49,1	50,9	524	2 115	52,7	47,3
Rheinland-Pfalz	19 854	4 053	49,3	50,7	204	383	52,8	47,2
Saarland	2 569	996	49,1	50,9	388	91	54,0	46,0
Sachsen	18 449	4 085	49,2	50,8	221	159	59,2	40,8
Sachsen-Anhalt	20 452	2 245	49,3	50,7	110	88	62,6	37,4
Schleswig-Holstein	15 802	2 859	49,0	51,0	181	180	52,9	47,1
Thüringen	16 202	2 171	49,5	50,5	134	83	59,6	40,4

1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

	Bevölkerung	
	1 000	je km ²
1871 ¹	41 059	76
1880 ¹	45 234	84
1890 ¹	49 428	91
1900 ¹	56 367	104
1910 ¹	64 926	120
1925 ¹	62 411	133
1933 ¹	65 218	139
1939 ^{1 2}	69 314	147
1950 ³	69 346	-
1960	73 147	-
1970	78 069	-
1980	78 397	-
1990	79 753	223
1995	81 817	229
2000	82 260	230
2002	82 537	231
2003	82 532	231
2004	82 501	231
2005	82 438	231
2006	82 315	231
2007	82 218	230
2008	82 002	230
2009	81 802	229
2010	81 752	229
2011 ⁴	80 328	225
2012	80 524	225
2013	80 767	226
2014	81 198	227
2015	82 176	230

1871 bis 1939 Reichsgebiet, ab 1950 Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 1871 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; 1947 bis 1949 Jahresdurchschnitte, ab 1950 Jahresende. – Aus methodischen Gründen können für 1950 bis 1988 keine Angaben „zur Bevölkerung je km²“ nachgewiesen werden.

1 Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung.

2 Gebietsstand: 31.12.1937.

3 Ab 1950 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

4 Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2.1.3 Bevölkerungsentwicklung nach Gebieten

	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder ²	
	1 000	je km ²	1 000	je km ²
1950	50 958	202	18 388	171
1960	55 958	227	17 188	159
1970	61 001	245	17 068	158
1980	61 658	248	16 740	155
1990	63 726	256	16 028	148
1995	66 342	266	15 476	143
2000	67 140	270	15 119	140
2005	65 698	264	16 740	154
2006	65 667	264	16 648	153
2007	65 664	264	16 554	152
2008	65 541	264	16 461	152
2009	65 422	263	16 380	151
2010	65 426	263	16 326	150
2011 ³	64 429	259	15 899	146
2012	64 619	260	15 905	146
2013	64 848	261	15 919	146
2014	65 223	262	15 974	147
2015	66 057	266	16 118	148

1 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, für 1970 bis 1986 auf der Basis der Volkszählung vom 27.5.1970 und ab 1987 auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. Bis 2000 einschl. Berlin-West.

2 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, ab 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 1.1.1971 und ab 1980 auf der Basis der Volkszählung vom 31.12.1981. Die Ergebnisse ab 1990 basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990. Bis 2000 einschl. Berlin-Ost, ab 2001 einschl. Gesamt-Berlin.

3 Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.4 Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

	1960 ¹	1970	1980	1990	2000	2010	2013 ²	2014	2015
1 000									
Deutschland	73 147	78 069	78 397	79 753	82 260	81 752	80 767	81 198	82 176
Baden-Württemberg	7 727	8 954	9 259	9 822	10 524	10 754	10 631	10 717	10 880
Bayern	9 495	10 561	10 928	11 449	12 230	12 539	12 604	12 692	12 844
Berlin	–	3 201	3 049	3 434	3 382	3 461	3 422	3 470	3 520
Brandenburg	–	2 657	2 660	2 578	2 602	2 503	2 449	2 458	2 485
Bremen	704	735	694	682	660	661	657	662	671
Hamburg	1 837	1 794	1 645	1 652	1 715	1 786	1 746	1 763	1 787
Hessen	4 783	5 425	5 601	5 763	6 068	6 067	6 045	6 094	6 176
Mecklenburg-Vorpommern	–	1 928	1 944	1 924	1 776	1 642	1 597	1 599	1 612
Niedersachsen	6 576	7 122	7 256	7 387	7 926	7 918	7 791	7 827	7 927
Nordrhein-Westfalen	15 852	17 005	17 058	17 350	18 010	17 845	17 572	17 638	17 866
Rheinland-Pfalz	3 411	3 659	3 642	3 764	4 035	4 004	3 994	4 012	4 053
Saarland	1 060	1 121	1 066	1 073	1 069	1 018	991	989	996
Sachsen	–	5 419	5 174	4 764	4 426	4 149	4 046	4 055	4 085
Sachsen-Anhalt	–	3 219	3 078	2 874	2 615	2 335	2 245	2 236	2 245
Schleswig-Holstein	2 309	2 511	2 611	2 626	2 790	2 834	2 816	2 831	2 859
Thüringen	–	2 759	2 730	2 611	2 431	2 235	2 161	2 157	2 171
%									
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Baden-Württemberg	10,6	11,5	11,8	12,3	12,8	13,2	13,2	13,2	13,2
Bayern	13,0	13,5	13,9	14,4	14,9	15,3	15,6	15,6	15,6
Berlin	–	4,1	3,9	4,3	4,1	4,2	4,2	4,3	4,3
Brandenburg	–	3,4	3,4	3,2	3,2	3,1	3,0	3,0	3,0
Bremen	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Hamburg	2,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
Hessen	6,5	6,9	7,1	7,2	7,4	7,4	7,5	7,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	–	2,5	2,5	2,4	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,0	9,1	9,3	9,3	9,6	9,7	9,6	9,6	9,6
Nordrhein-Westfalen	21,7	21,8	21,8	21,8	21,9	21,8	21,8	21,7	21,7
Rheinland-Pfalz	4,7	4,7	4,6	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachsen	–	6,9	6,6	6,0	5,4	5,1	5,0	5,0	5,0
Sachsen-Anhalt	–	4,1	3,9	3,6	3,2	2,9	2,8	2,8	2,7
Schleswig-Holstein	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5	3,5
Thüringen	–	3,5	3,5	3,3	3,0	2,7	2,7	2,7	2,6

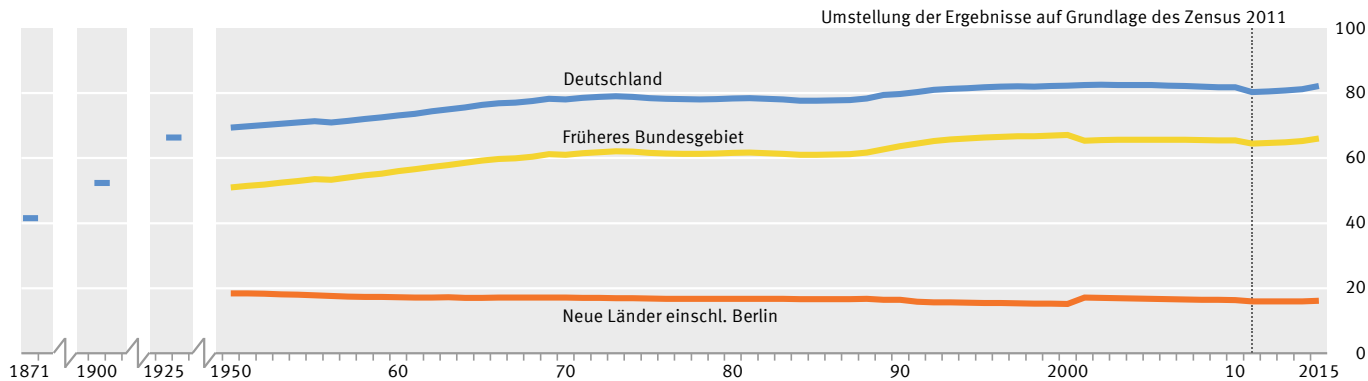
Stand: jeweils 31.12.

1 Ab 1960 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2 Ab 2013 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Bevölkerungsentwicklung

in Mill.



1871 bis 1939: Reichsgebiet. – Bevölkerung zur Jahresmitte.

1950 bis 2000: Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin-Ost. – Bevölkerung zum Jahresende.

2001 bis 2010: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin. – Bevölkerung zum Jahresende.

Seit 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011. – Bevölkerung zum Jahresende.

2017 - 01 - 0182

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.5 Bevölkerungsstand und -veränderung nach Ländern

	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuss der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ¹		Bevölkerung am Jahresende			
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			je 1 000 Einwohner/-innen	1 000	%			
2006	82 438,0	- 148,9	+ 22,8	- 123,1	- 1	82 314,9	49,0	51,0	
2008	82 217,8	- 161,9	- 55,7 ¹³	- 215,5	- 3	82 002,4	49,0	51,0	
2010	81 802,3	- 180,8	+ 127,9 ¹³	- 50,7	- 1	81 751,6	49,1	50,9	
2013 ¹²	80 523,7	- 211,8	+ 428,6	+ 243,8	+ 2	80 767,5	49,0	51,0	
2014	80 767,5	- 153,4	+ 550,5	+ 430,0	+ 4	81 197,5	49,1	50,9	
2015	81 197,5	- 187,6	+ 1 139,4	+ 978,2	+ 12	82 175,7	49,3	50,7	
2015 nach Ländern									
Baden-Württemberg	10 716,6	- 7,8	+ 170,5	+ 163,0	+ 15	10 879,6	49,6	50,4	
Bayern	12 691,6	- 15,3	+ 164,0	+ 151,9	+ 12	12 843,5	49,5	50,5	
Berlin	3 469,8	+ 3,8	+ 41,1	+ 50,2	+ 14	3 520,0	49,0	51,0	
Brandenburg	2 457,9	- 11,6	+ 37,7	+ 26,9	+ 11	2 484,8	49,4	50,6	
Bremen	661,9	- 1,3	+ 10,5	+ 9,6	+ 14	671,5	49,3	50,7	
Hamburg	1 762,8	+ 2,2	+ 20,0	+ 24,6	+ 14	1 787,4	48,8	51,2	
Hessen	6 093,9	- 9,6	+ 90,3	+ 82,3	+ 13	6 176,2	49,3	50,7	
Mecklenburg-Vorpommern	1 599,1	- 7,0	+ 20,0	+ 13,3	+ 8	1 612,4	49,5	50,5	
Niedersachsen	7 826,7	- 25,3	+ 123,3	+ 99,9	+ 13	7 926,6	49,4	50,6	
Nordrhein-Westfalen	17 638,1	- 43,9	+ 264,0	+ 227,4	+ 13	17 865,5	49,1	50,9	
Rheinland-Pfalz	4 011,6	- 11,8	+ 52,1	+ 41,2	+ 10	4 052,8	49,3	50,7	
Saarland	989,0	- 5,9	+ 12,4	+ 6,6	+ 7	995,6	49,1	50,9	
Sachsen	4 055,3	- 18,0	+ 47,1	+ 29,6	+ 7	4 084,9	49,2	50,8	
Sachsen-Anhalt	2 235,5	- 14,9	+ 24,5	+ 10,0	+ 4	2 245,5	49,3	50,7	
Schleswig-Holstein	2 830,9	- 10,1	+ 37,3	+ 27,8	+ 10	2 858,7	49,0	51,0	
Thüringen	2 156,8	- 10,9	+ 24,6	+ 13,9	+ 6	2 170,7	49,5	50,5	

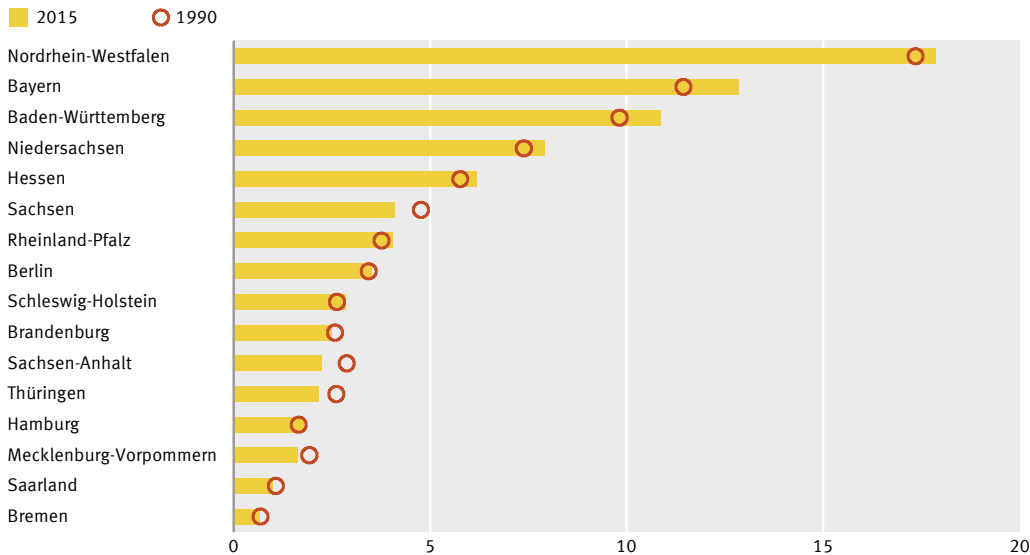
Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

- 1 Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ergibt sich aus dem Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen, dem Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge und aus bestandsrelevanten Korrekturen.
 2 Ab 2013 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

- 3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Bevölkerung nach Ländern

in Mill.



Stichtag: 31.12.

1990: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. 1990 (neue Länder und Berlin-Ost).

2015: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2017 - 01 - 0183

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.6 Verwaltungsgliederung Deutschlands 2016

	Regierungs- bezirke	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden ¹	Darunter Städte ²
			kreisfreie Städte	Landkreise		
Deutschland	19	401	107	294	11 059	2 059
Baden-Württemberg	4	44	9	35	1 101	313
Bayern	7	96	25	71	2 056	317
Berlin	–	1	1	–	1	1
Brandenburg	–	18	4	14	417	113
Bremen	–	2	2	–	2	2
Hamburg	–	1	1	–	1	1
Hessen	3	26	5	21	426	191
Mecklenburg-Vorpommern	–	8	2	6	753	84
Niedersachsen	–	45	8	37	946	158
Nordrhein-Westfalen	5	53	22	31	396	271
Rheinland-Pfalz	–	36	12	24	2 305	128
Saarland	–	6	–	6	52	17
Sachsen	–	13	3	10	426	170
Sachsen-Anhalt	–	14	3	11	218	104
Schleswig-Holstein	–	15	4	11	1 110	63
Thüringen	–	23	6	17	849	126
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	19	324	88	236	8 395	1 461
Neue Länder (ohne Berlin-Ost) ...	–	76	18	58	2 663	597
Berlin	–	1	1	–	1	1

Stand: 31.12.

1 Einschl. der bewohnten gemeindefreien Gebiete.

2 Einschl. kreisfreie Städte.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2.1.7 Kreise und Gemeinden

	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden
		kreisfreie Städte	Landkreise	
1990	543	117	426	16 128
1994	444	115	329	14 805
1998	440	117	323	14 197
2002	439	116	323	13 148
2006	439	116	323	12 312
2011	402	107	295	11 292
2012	402	107	295	11 220
2013	402	107	295	11 161
2014	402	107	295	11 116
2015	402	107	295	11 092
2016	401	107	294	11 059

Stand: jeweils 31.12.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2.1.8 Grad der Verstädterung

	Bevölkerung		
	2013	2014	2015
	Anzahl		
Insgesamt	80 767 463	81 197 537	82 175 684
Dicht besiedelt	28 610 552	28 869 321	29 306 883
Mittlere Besiedlungsdichte ..	33 535 474	33 746 537	34 103 836
Gering besiedelt	18 621 437	18 581 679	18 764 965
	%		
Insgesamt	100	100	100
Dicht besiedelt	35,4	35,6	35,7
Mittlere Besiedlungsdichte ..	41,5	41,6	41,5
Gering besiedelt	23,1	22,9	22,8

Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2011): Ab 2013 Stand: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsforschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

Der **Grad der Verstädterung** klassifiziert die Gemeinden wie folgt:

Dicht besiedelte Gebiete sind Städte oder Großstadtgebiete, in denen mindestens 50% der Bevölkerung in hochverdichteten Clustern lebt.

Gebiete mittlerer Besiedlungsdichte sind Städte und Vororte oder Kleinstadtgebiete, in denen weniger als 50% der Bevölkerung in ländlichen Rasterzellen und weniger als 50% der Bevölkerung in einem hochverdichteten Cluster leben.

Gering besiedelte Gebiete sind ländliche Gebiete, in denen mehr als 50% der Bevölkerung in ländlichen Rasterzellen lebt.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2015

Rang		Bevölkerung ¹				Fläche in km ²	Land
		insgesamt	männlich	weiblich	je km ²		
		Anzahl	%				
1	Berlin, Stadt	3 520 031	49,0	51,0	3 948	891,68	Berlin
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	1 787 408	48,8	51,2	2 366	755,30	Hamburg
3	München, Landeshauptstadt	1 450 381	48,8	51,2	4 668	310,70	Bayern
4	Köln, Stadt	1 060 582	48,7	51,3	2 619	405,02	Nordrhein-Westfalen
5	Frankfurt am Main, Stadt	732 688	49,5	50,5	2 951	248,31	Hessen
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	623 738	49,8	50,2	3 008	207,35	Baden-Württemberg
7	Düsseldorf, Stadt	612 178	48,3	51,7	2 816	217,41	Nordrhein-Westfalen
8	Dortmund, Stadt	586 181	49,1	50,9	2 088	280,71	Nordrhein-Westfalen
9	Essen, Stadt	582 624	48,5	51,5	2 770	210,34	Nordrhein-Westfalen
10	Leipzig, Stadt	560 472	49,0	51,0	1 882	297,80	Sachsen
11	Bremen, Stadt	557 464	49,2	50,8	1 709	326,18	Bremen
12	Dresden, Stadt	543 825	49,7	50,3	1 656	328,48	Sachsen
13	Hannover, Landeshauptstadt	532 163	48,8	51,2	2 607	204,14	Niedersachsen
14	Nürnberg	509 975	48,6	51,4	2 736	186,38	Bayern
15	Duisburg, Stadt	491 231	49,1	50,9	2 110	232,80	Nordrhein-Westfalen
16	Bochum, Stadt	364 742	48,6	51,4	2 504	145,66	Nordrhein-Westfalen
17	Wuppertal, Stadt	350 046	48,8	51,2	2 079	168,39	Nordrhein-Westfalen
18	Bielefeld, Stadt	333 090	48,4	51,6	1 287	258,82	Nordrhein-Westfalen
19	Bonn, Stadt	318 809	47,7	52,3	2 260	141,06	Nordrhein-Westfalen
20	Münster, Stadt	310 039	47,9	52,1	1 022	303,28	Nordrhein-Westfalen
21	Karlsruhe, Stadt	307 755	50,9	49,1	1 774	173,46	Baden-Württemberg
22	Mannheim, Universitätsstadt	305 780	50,0	50,0	2 109	144,96	Baden-Württemberg
23	Augsburg	286 374	49,0	51,0	1 950	146,86	Bayern
24	Wiesbaden, Landeshauptstadt	276 218	47,8	52,2	1 354	203,93	Hessen
25	Gelsenkirchen, Stadt	260 368	49,6	50,4	2 481	104,94	Nordrhein-Westfalen
26	Mönchengladbach, Stadt	259 996	49,0	51,0	1 525	170,47	Nordrhein-Westfalen
27	Braunschweig, Stadt	251 364	49,7	50,3	1 308	192,18	Niedersachsen
28	Chemnitz, Stadt	248 645	49,4	50,6	1 125	221,05	Sachsen
29	Kiel, Landeshauptstadt	246 306	48,7	51,3	2 076	118,65	Schleswig-Holstein
30	Aachen, Stadt	245 885	51,9	48,1	1 529	160,85	Nordrhein-Westfalen
31	Halle (Saale), Stadt	236 991	48,3	51,7	1 755	135,02	Sachsen-Anhalt
32	Magdeburg, Landeshauptstadt	235 723	49,1	50,9	1 173	201,00	Sachsen-Anhalt
33	Freiburg im Breisgau, Stadt	226 393	47,7	52,3	1 479	153,06	Baden-Württemberg
34	Krefeld, Stadt	225 144	48,6	51,4	1 634	137,77	Nordrhein-Westfalen
35	Lübeck, Hansestadt	216 253	47,9	52,1	1 010	214,21	Schleswig-Holstein
36	Oberhausen, Stadt	210 934	49,0	51,0	2 736	77,09	Nordrhein-Westfalen
37	Erfurt, Stadt	210 118	48,7	51,3	778	269,91	Thüringen
38	Mainz, Stadt	209 779	48,4	51,6	2 146	97,74	Rheinland-Pfalz
39	Rostock, Hansestadt	206 011	49,1	50,9	1 137	181,26	Mecklenburg-Vorpommern
40	Kassel, documenta-Stadt	197 984	48,8	51,2	1 854	106,78	Hessen
41	Hagen, Stadt der FernUniversität	189 044	48,8	51,2	1 178	160,45	Nordrhein-Westfalen
42	Hamm, Stadt	179 397	49,1	50,9	792	226,43	Nordrhein-Westfalen
43	Saarbrücken, Landeshauptstadt	178 151	49,4	50,6	1 066	167,09	Saarland
44	Mülheim an der Ruhr, Stadt	169 278	48,1	51,9	1 854	91,28	Nordrhein-Westfalen
45	Potsdam, Stadt	167 745	48,2	51,8	891	188,26	Brandenburg
46	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	164 718	49,5	50,5	2 124	77,55	Rheinland-Pfalz
47	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	163 830	47,8	52,2	1 591	102,99	Niedersachsen
48	Leverkusen, Stadt	163 487	48,7	51,3	2 073	78,87	Nordrhein-Westfalen
49	Osnabrück, Stadt	162 403	48,2	51,8	1 356	119,80	Niedersachsen
50	Solingen, Klingenstadt	158 726	48,5	51,5	1 773	89,54	Nordrhein-Westfalen
51	Heidelberg, Stadt	156 267	48,0	52,0	1 436	108,84	Baden-Württemberg
52	Herne, Stadt	155 851	48,7	51,3	3 031	51,42	Nordrhein-Westfalen
53	Neuss, Stadt	155 414	48,9	51,1	1 562	99,52	Nordrhein-Westfalen
54	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	155 353	50,8	49,2	1 272	122,09	Hessen
55	Paderborn, Stadt	148 126	49,7	50,3	825	179,59	Nordrhein-Westfalen
56	Regensburg	145 465	48,1	51,9	1 803	80,70	Bayern
57	Ingolstadt	132 438	50,5	49,5	993	133,37	Bayern
58	Würzburg	124 873	47,4	52,6	1 425	87,63	Bayern
59	Fürth	124 171	48,9	51,1	1 960	63,35	Bayern
60	Wolfsburg, Stadt	124 045	49,6	50,4	608	204,09	Niedersachsen

Fußnoten siehe nächste Seite.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2015

Rang		Bevölkerung ¹				Fläche in km ²	Land
		insgesamt	männlich	weiblich	je km ²		
		Anzahl	%				
61	Offenbach am Main, Stadt	123 734	49,8	50,2	2 756	44,89	Hessen
62	Ulm, Universitätsstadt	122 636	49,3	50,7	1 033	118,69	Baden-Württemberg
63	Heilbronn, Stadt	122 567	50,0	50,0	1 227	99,88	Baden-Württemberg
64	Pforzheim, Stadt	122 247	49,0	51,0	1 247	98,00	Baden-Württemberg
65	Göttingen, Stadt	118 914	48,5	51,5	1 017	116,89	Niedersachsen
66	Bottrop, Stadt	117 143	48,7	51,3	1 164	100,61	Nordrhein-Westfalen
67	Trier, Stadt	114 914	50,0	50,0	981	117,13	Rheinland-Pfalz
68	Recklinghausen, Stadt	114 330	48,7	51,3	1 719	66,50	Nordrhein-Westfalen
69	Reutlingen, Stadt	114 310	49,3	50,7	1 313	87,06	Baden-Württemberg
70	Bremerhaven, Stadt	114 025	49,8	50,2	1 217	93,66	Bremen
71	Koblenz, Stadt	112 586	48,3	51,7	1 071	105,16	Rheinland-Pfalz
72	Bergisch Gladbach, Stadt	111 366	48,0	52,0	1 340	83,09	Nordrhein-Westfalen
73	Jena, Stadt	109 527	49,7	50,3	954	114,76	Thüringen
74	Remscheidt, Stadt	109 499	49,1	50,9	1 469	74,52	Nordrhein-Westfalen
75	Erlangen	108 336	49,3	50,7	1 408	76,95	Bayern
76	Moers, Stadt	104 529	48,8	51,2	1 544	67,68	Nordrhein-Westfalen
77	Siegen, Universitätsstadt	102 355	48,8	51,2	892	114,69	Nordrhein-Westfalen
78	Hildesheim, Stadt	101 667	47,5	52,5	1 103	92,18	Niedersachsen
79	Salzgitter, Stadt	101 079	49,4	50,6	451	223,92	Niedersachsen

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12. – Die Städtebezeichnungen richten sich nach der amtlichen Schreibweise der Gemeinden, wie sie die Statistischen Ämter der Länder vorgeben.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem GV-ISys

2.1.10 Bevölkerung nach Altersgruppen

	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2013 ¹	2014	2015
Anzahl									
Insgesamt	73 146 809	78 069 482	78 397 483	79 753 227	82 259 540	81 751 602	80 767 463	81 197 537	82 175 684
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 1	1 226 255	1 015 658	859 531	911 442	766 554	678 233	683 070	716 419	744 721
1 – 6	5 614 730	6 089 572	3 974 333	4 432 548	3 951 030	3 421 388	3 425 429	3 457 843	3 585 688
6 – 15	8 903 050	10 968 353	9 439 911	7 593 513	8 059 658	6 841 580	6 533 933	6 512 461	6 550 717
15 – 18	2 752 605	3 205 352	4 057 829	2 406 208	2 722 944	2 399 688	2 433 097	2 425 297	2 444 551
18 – 21	3 614 380	3 211 025	3 925 930	3 066 450	2 852 894	2 727 805	2 459 518	2 480 664	2 610 272
21 – 25	4 955 972	3 833 050	4 801 025	5 214 968	3 680 851	4 008 892	3 809 913	3 747 155	3 723 019
25 – 40	14 536 724	16 655 053	15 836 647	18 905 576	18 855 926	14 759 996	14 711 500	14 999 523	15 507 285
40 – 60	18 811 081	17 523 879	20 328 474	20 959 571	21 957 504	25 420 290	24 763 243	24 616 487	24 507 197
60 – 65	4 261 871	4 787 899	3 009 768	4 350 811	5 718 165	4 649 437	5 094 950	5 152 977	5 202 056
65 und mehr	8 470 141	10 779 641	12 164 035	11 912 140	13 694 014	16 844 293	16 852 810	17 088 711	17 300 178
%									
unter 1	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9
1 – 6	7,7	7,8	5,1	5,6	4,8	4,2	4,2	4,3	4,4
6 – 15	12,2	14	12	9,5	9,8	8,4	8,1	8,0	8,0
15 – 18	3,8	4,1	5,2	3,0	3,3	2,9	3,0	3,0	3,0
18 – 21	4,9	4,1	5,0	3,8	3,5	3,3	3,0	3,1	3,2
21 – 25	6,8	4,9	6,1	6,5	4,5	4,9	4,7	4,6	4,5
25 – 40	19,9	21,3	20,2	23,7	22,9	18,1	18,2	18,5	18,9
40 – 60	25,7	22,4	25,9	26,3	26,7	31,1	30,7	30,3	29,8
60 – 65	5,8	6,1	3,8	5,5	7,0	5,7	6,3	6,3	6,3
65 und mehr	11,6	13,8	15,5	14,9	16,6	20,6	20,9	21,0	21,1

Stand: jeweils 31.12. – Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

1 Ab 2013 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.11 Bevölkerung nach Altersgruppen und Ländern 2015

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 6	6 – 15	15 – 18	18 – 25	25 – 40	40 – 60	60 – 65	65 und mehr
Anzahl									
Deutschland	82 175 684	4 330 409	6 550 717	2 444 551	6 333 291	15 507 285	24 507 197	5 202 056	17 300 178
Baden-Württemberg	10 879 618	585 539	909 734	348 012	930 481	2 085 158	3 224 368	644 523	2 151 803
Bayern	12 843 514	683 324	1 029 193	398 254	1 052 975	2 485 300	3 860 299	762 833	2 571 336
Berlin	3 520 031	211 208	262 923	82 476	249 827	858 326	981 090	196 046	678 135
Brandenburg	2 484 826	123 485	186 968	62 505	117 542	431 916	790 345	194 214	577 851
Bremen	671 489	35 493	50 917	19 399	57 456	137 380	189 019	39 336	142 489
Hamburg	1 787 408	105 066	136 790	46 918	141 664	427 820	506 646	88 095	334 409
Hessen	6 176 172	331 683	502 505	188 042	494 725	1 177 631	1 854 837	372 339	1 254 410
Mecklenburg-Vorpommern	1 612 362	80 594	117 600	38 058	83 363	300 784	489 431	131 434	371 098
Niedersachsen	7 926 599	405 829	656 935	259 556	645 444	1 378 166	2 386 731	495 576	1 698 362
Nordrhein-Westfalen	17 865 516	940 723	1 463 141	559 605	1 481 765	3 278 526	5 361 054	1 101 648	3 679 054
Rheinland-Pfalz	4 052 803	206 079	320 180	125 005	329 889	716 557	1 232 257	271 625	851 211
Saarland	995 597	44 573	70 510	28 260	77 027	171 590	303 514	72 493	227 630
Sachsen	4 084 851	218 380	299 844	93 928	217 233	786 442	1 139 122	304 538	1 025 364
Sachsen-Anhalt	2 245 470	106 461	155 474	51 918	118 539	395 457	673 882	179 117	564 622
Schleswig-Holstein	2 858 714	142 352	232 183	91 308	221 117	478 276	870 517	176 089	646 872
Thüringen	2 170 714	109 620	155 820	51 307	114 244	397 956	644 085	172 150	525 532
%									
Deutschland	100	5,3	8,0	3,0	7,7	18,9	29,8	6,3	21,1
Baden-Württemberg	100	5,4	8,4	3,2	8,6	19,2	29,6	5,9	19,8
Bayern	100	5,3	8,0	3,1	8,2	19,4	30,1	5,9	20,0
Berlin	100	6,0	7,5	2,3	7,1	24,4	27,9	5,6	19,3
Brandenburg	100	5,0	7,5	2,5	4,7	17,4	31,8	7,8	23,3
Bremen	100	5,3	7,6	2,9	8,6	20,5	28,1	5,9	21,2
Hamburg	100	5,9	7,7	2,6	7,9	23,9	28,3	4,9	18,7
Hessen	100	5,4	8,1	3,0	8,0	19,1	30,0	6,0	20,3
Mecklenburg-Vorpommern	100	5,0	7,3	2,4	5,2	18,7	30,4	8,2	23,0
Niedersachsen	100	5,1	8,3	3,3	8,1	17,4	30,1	6,3	21,4
Nordrhein-Westfalen	100	5,3	8,2	3,1	8,3	18,4	30,0	6,2	20,6
Rheinland-Pfalz	100	5,1	7,9	3,1	8,1	17,7	30,4	6,7	21,0
Saarland	100	4,5	7,1	2,8	7,7	17,2	30,5	7,3	22,9
Sachsen	100	5,3	7,3	2,3	5,3	19,3	27,9	7,5	25,1
Sachsen-Anhalt	100	4,7	6,9	2,3	5,3	17,6	30,0	8,0	25,1
Schleswig-Holstein	100	5,0	8,1	3,2	7,7	16,7	30,5	6,2	22,6
Thüringen	100	5,0	7,2	2,4	5,3	18,3	29,7	7,9	24,2

Stand: 31.12. – Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.12 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand 2015

	Ledig		Verheiratet		Verwitwet		Geschieden		Eingetragene Lebenspartnerschaft		Eingetragene Lebenspartner/-in verstorben		Eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000													
Insgesamt	18 685,1	15 498,3	17 995,7	17 998,2	1 084,3	4 618,2	2 675,6	3 487,4	64,5	52,3	2,1	0,9	6,9	6,3
	Alter von ... bis unter ... Jahren													
unter 15	5 594,1	5 287,0	–	0,0	–	–	–	0,0	–	–	–	–	–	0,0
15 – 20	2 187,5	1 992,4	1,9	8,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20 – 25	2 343,3	2 048,6	53,0	134,5	0,1	0,3	1,6	5,1	0,6	0,7	0,0	0,0	0,1	0,1
25 – 30	2 405,2	1 902,8	370,4	638,8	0,4	1,4	19,6	41,7	2,7	3,6	0,0	0,0	0,5	0,6
30 – 35	1 675,9	1 183,2	893,5	1 207,6	1,0	4,4	70,4	118,2	5,2	6,3	0,1	0,0	1,0	1,0
35 – 40	1 101,9	743,7	1 252,1	1 473,5	2,4	10,6	141,8	207,6	7,6	7,8	0,1	0,0	1,3	1,2
40 – 45	805,2	527,7	1 475,5	1 609,0	5,5	22,6	223,4	304,4	7,9	6,6	0,1	0,0	1,1	1,0
45 – 50	850,3	534,9	2 024,3	2 111,6	14,5	54,8	400,8	511,0	11,2	7,9	0,2	0,1	1,2	1,0
50 – 55	679,9	410,0	2 274,9	2 315,3	29,9	114,4	514,4	596,0	10,6	7,4	0,3	0,1	0,9	0,7
55 – 60	422,1	257,8	2 091,8	2 089,7	48,0	193,1	443,5	480,5	6,5	4,7	0,3	0,1	0,4	0,3
60 – 65	247,9	164,1	1 883,8	1 839,5	70,4	294,4	322,6	371,7	4,1	2,9	0,2	0,1	0,2	0,1
65 – 70	142,1	98,1	1 623,2	1 483,1	93,9	395,2	217,7	273,2	3,0	1,9	0,2	0,1	0,1	0,1
70 – 75	99,0	79,9	1 452,4	1 258,9	141,0	561,2	151,8	220,3	2,9	1,4	0,3	0,1	0,1	0,0
75 – 80	83,0	94,4	1 467,4	1 150,2	227,0	943,3	110,5	191,6	1,5	0,7	0,2	0,1	0,0	0,0
80 – 85	32,3	71,0	745,5	477,4	200,5	866,5	40,6	89,8	0,4	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0
85 – 90	11,9	59,9	312,3	165,0	166,8	708,1	13,3	49,0	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
90 und mehr	3,4	42,9	73,8	36,1	82,8	448,0	3,5	27,4	0,0	0,0	0,0	0,0	–	0,0

1 Stand: 31.12. – Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt

	Lebendgeborene		Totgeborene ¹²	Gestorbene ¹³			Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (–)
	insgesamt	darunter nichtehelich ¹¹		insgesamt	und zwar		
					im 1. Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen	
1950	1 116 701	117 934	24 857	748 329	67 175	.	+ 368 372
1960	1 261 614	95 321	19 814	876 721	44 105	24 900	+ 384 893
1970	1 047 737	75 802	10 853	975 664	23 547	15 958	+ 72 073
1980	865 789	102 921	4 954	952 371	10 779	5 582	– 86 582
1990	905 675	138 755	3 202	921 445	6 385	2 488	– 15 770
2000	766 999	179 574	3 084	838 797	3 362	1 594	– 71 798
2010	677 947	225 472	2 466	858 768	2 322	1 175	– 180 821
2011	662 685	224 744	2 387	852 328	2 408	1 250	– 189 643
2012	673 544	232 383	2 400	869 582	2 202	1 176	– 196 038
2013	682 069	237 562	2 556	893 825	2 250	1 173	– 211 756
2014	714 927	250 074	2 597	868 356	2 284	1 310	– 153 429
2015	737 575	257 903	2 787	925 200	2 405	1 352	– 187 625
	2015 nach Ländern						
Baden-Württemberg	100 269	24 767	313	108 066	293	185	– 7 797
Bayern	118 228	32 508	391	133 536	326	183	– 15 308
Berlin	38 030	18 996	179	34 278	121	68	+ 3 752
Brandenburg	19 112	11 672	81	30 750	49	18	– 11 638
Bremen	6 509	2 696	37	7 811	29	18	– 1 302
Hamburg	19 768	7 572	71	17 565	67	42	+ 2 203
Hessen	56 889	16 216	219	66 534	178	98	– 9 645
Mecklenburg-Vorpommern	13 298	8 276	50	20 315	34	17	– 7 017
Niedersachsen	67 183	21 882	337	92 460	239	135	– 25 277
Nordrhein-Westfalen	160 468	48 404	653	204 352	651	378	– 43 884
Rheinland-Pfalz	34 946	10 026	103	46 777	122	72	– 11 831
Saarland	7 511	2 368	34	13 427	25	9	– 5 916
Sachsen	36 466	21 653	124	54 467	86	40	– 18 001
Sachsen-Anhalt	17 415	10 972	64	32 369	65	29	– 14 954
Schleswig-Holstein	23 549	9 213	82	33 663	70	34	– 10 114
Thüringen	17 934	10 682	49	28 830	50	26	– 10 896

1 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

3 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.2 Geborene und Gestorbene – Verhältniszahlen

	Lebendgeborene	Gestorbene ¹	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nichtehelich Lebendgeborene ²	Gestorbene Säuglinge		Totgeborene ⁵
					im 1. Lebensjahr ³	in den ersten 7 Lebenstagen ⁴	
	je 1 000 Einwohner/-innen ⁶			je 1 000 Lebendgeborene			je 1 000 Lebend- und Totgeborene
1950	16,3	10,9	+ 5,4	105,6	60,2	.	21,8
1960	17,3	12,0	+ 5,3	75,6	35,0	19,7	15,5
1970	13,5	12,6	+ 0,9	72,3	22,5	15,2	10,3
1980	11,0	12,1	- 1,1	118,9	12,4	6,4	5,7
1990	11,4	11,6	- 0,2	153,2	7,1	2,7	3,5
2000	9,3	10,2	- 0,9	234,1	4,4	2,1	4,0
2010	8,3	10,5	- 2,2	332,6	3,4	1,7	3,6
2011	8,3	10,6	- 2,4	339,1	3,6	1,9	3,6
2012	8,4	10,8	- 2,4	345,0	3,3	1,7	3,6
2013	8,5	11,1	- 2,6	348,3	3,3	1,7	3,7
2014	8,8	10,7	- 1,9	349,8	3,2	1,8	3,6
2015	9,0	11,3	- 2,3	349,7	3,3	1,8	3,8
2015 nach Ländern							
Baden-Württemberg	9,3	10,0	- 0,7	247,0	3,0	1,8	3,1
Bayern	9,3	10,5	- 1,2	275,0	2,8	1,5	3,3
Berlin	10,9	9,8	+ 1,1	499,5	3,2	1,8	4,7
Brandenburg	7,7	12,4	- 4,7	610,7	2,6	0,9	4,2
Bremen	9,8	11,7	- 2,0	414,2	4,5	2,8	5,7
Hamburg	11,1	9,9	+ 1,2	383,0	3,4	2,1	3,6
Hessen	9,3	10,8	- 1,6	285,0	3,1	1,7	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	8,3	12,7	- 4,4	622,3	2,6	1,3	3,7
Niedersachsen	8,5	11,7	- 3,2	325,7	3,6	2,0	5,0
Nordrhein-Westfalen	9,0	11,5	- 2,5	301,6	4,1	2,4	4,1
Rheinland-Pfalz	8,7	11,6	- 2,9	286,9	3,5	2,1	2,9
Saarland	7,6	13,5	- 6,0	315,3	3,3	1,2	4,5
Sachsen	9,0	13,4	- 4,4	593,8	2,4	1,1	3,4
Sachsen-Anhalt	7,8	14,4	- 6,7	630,0	3,7	1,7	3,7
Schleswig-Holstein	8,3	11,8	- 3,6	391,2	3,0	1,4	3,5
Thüringen	8,3	13,3	- 5,0	595,6	2,8	1,4	2,7

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

3 Ab 1960 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

4 Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.

5 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Lebendgeborene und Gestorbene

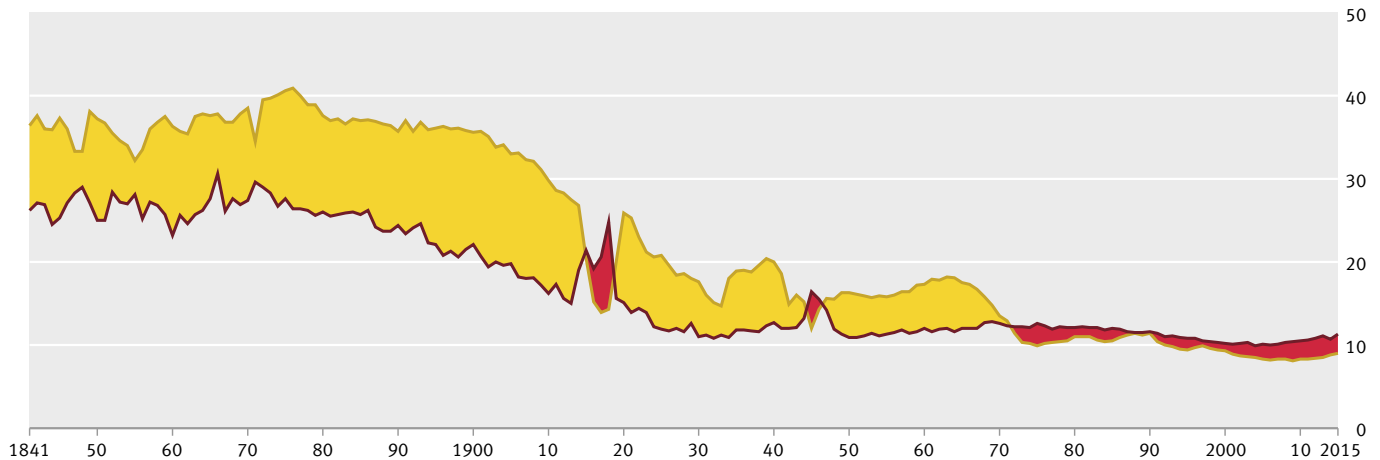
je 1 000 Einwohner/-innen

■ Überschuss der Lebendgeborenen

■ Überschuss der Gestorbenen

■ Lebendgeborene

■ Gestorbene



Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2017 - 01 - 0184

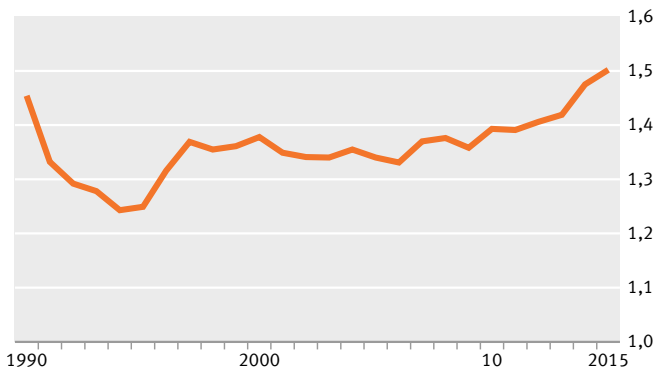
2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.3 Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter sowie Geburtenziffern

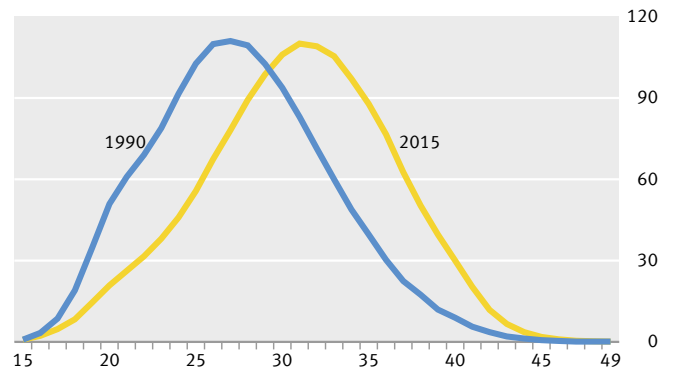
Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene 2015				Geburtenziffern	
	insgesamt	dar. mit ausländischer Staatsangehörigkeit ²	ehelich ³	nichtehelich ⁴	2015	2014
					Lebendgeborene je 1 000 Frauen	
Anzahl						
Insgesamt	737 575	67 981	479 672	257 903	52,4	50,8
unter 15	70	21	1	69	.	.
15	305	55	4	301	0,8	0,7
16	831	164	25	806	2,2	2,1
17	1 835	412	77	1 758	4,7	4,8
18	3 411	735	322	3 089	8,3	8,5
19	5 881	1 341	1 083	4 798	14,5	14,5
20	8 375	1 987	2 155	6 220	20,8	20,5
21	10 817	2 471	3 690	7 127	26,2	25,5
22	13 623	2 839	5 301	8 322	31,6	31,7
23	16 889	3 070	7 562	9 327	38,1	37,9
24	21 273	3 615	10 665	10 608	45,9	45,6
25	28 437	3 949	15 285	13 152	55,7	55,7
26	34 216	4 225	19 574	14 642	67,4	67,2
27	40 720	4 407	24 989	15 731	78,1	77,3
28	45 771	4 452	29 458	16 313	89,3	87,7
29	50 091	4 255	33 271	16 820	98,7	97,2
30	52 244	4 168	36 037	16 207	106,0	104,4
31	54 241	4 123	38 317	15 924	110,1	108,1
32	54 164	3 708	38 934	15 230	109,1	107,6
33	53 627	3 434	39 063	14 564	105,4	102,1
34	49 409	2 886	36 164	13 245	97,1	94,4
35	44 904	2 794	32 681	12 223	87,8	85,6
36	37 380	2 232	27 240	10 140	76,6	73,9
37	30 138	1 776	21 901	8 237	62,6	61,4
38	24 005	1 433	17 193	6 812	50,3	49,7
39	18 627	1 110	13 327	5 300	39,6	38,9
40	13 692	879	9 764	3 928	30,0	28,6
41	9 433	598	6 636	2 797	20,3	18,8
42	5 547	346	3 809	1 738	11,8	11,7
43	3 344	227	2 269	1 075	6,6	6,6
44	2 007	126	1 368	639	3,6	3,3
unter 45	735 307	67 838	478 165	257 142	1 498,9	1 471,9
45 und mehr	2 268	143	1 507	761	0,7	0,6

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z.B. 2015: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 2000, 16 = 1999 usw.
 2 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.
 3 Seit 1.7.1998 von miteinander verheirateten Eltern.
 4 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

Zusammengefasste Geburtenziffer je Frau



Altersspezifische Geburtenziffern je 1 000 Frauen



2017-01-0185

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.4 Lebendgeborene nach der Geburtenfolge 2015

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene				
	insgesamt	davon als ... Kind geboren			
		1.	2.	3.	4. oder weiteres
Anzahl					
Insgesamt	737 575	361 154	254 001	84 036	38 384
dar. Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit ²	67 981	29 523	20 909	10 316	7 233
unter 15	70	68	2	–	–
15	305	299	5	1	–
16	831	807	23	1	–
17	1 835	1 726	103	5	1
18	3 411	3 039	339	30	3
19	5 881	4 958	828	91	4
20	8 375	6 637	1 505	206	27
21	10 817	7 915	2 440	392	70
22	13 623	9 274	3 514	696	139
23	16 889	10 968	4 579	1 086	256
24	21 273	13 388	5 845	1 548	492
25	28 437	18 076	7 676	1 992	693
26	34 216	20 971	9 752	2 551	942
27	40 720	24 169	12 011	3 311	1 229
28	45 771	26 204	14 214	3 850	1 503
29	50 091	27 708	16 151	4 422	1 810
30	52 244	27 543	17 581	5 015	2 105
31	54 241	27 186	19 097	5 512	2 446
32	54 164	25 351	20 414	5 928	2 471
33	53 627	22 701	21 402	6 714	2 810
34	49 409	19 390	20 385	6 728	2 906
35	44 904	16 411	18 734	6 769	2 990
36	37 380	12 756	15 434	6 341	2 849
37	30 138	9 638	12 378	5 388	2 734
38	24 005	7 472	9 452	4 687	2 394
39	18 627	5 605	7 306	3 658	2 058
40	13 692	4 109	5 123	2 707	1 753
41	9 433	2 811	3 398	1 849	1 375
42	5 547	1 580	1 927	1 119	921
43	3 344	988	1 104	658	594
44	2 007	607	635	419	346
unter 45	735 307	360 355	253 357	83 674	37 921
45 und mehr	2 268	799	644	362	463

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr;

z. B. 2015: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 2000, 16 = 1999 usw.

2 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

2.2.5 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer lebend geborenen Kinder

	Durchschnittsalter in Jahren bei der Geburt des ... Kindes				
	insgesamt	1.	2.	3.	4. oder weiteren
2009	30,4	28,8	31,3	32,8	34,2
2010	30,5	28,9	31,4	32,8	34,2
2011	30,6	29,1	31,5	33,0	34,2
2012	30,7	29,2	31,6	33,0	34,2
2013	30,8	29,3	31,7	33,0	34,2
2014	30,9	29,5	31,8	33,0	34,2
2015	31,0	29,6	31,8	33,0	34,1

Alter der Mutter nach der Geburtsjahrmethode – biologische Geburtenfolge.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.6 Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

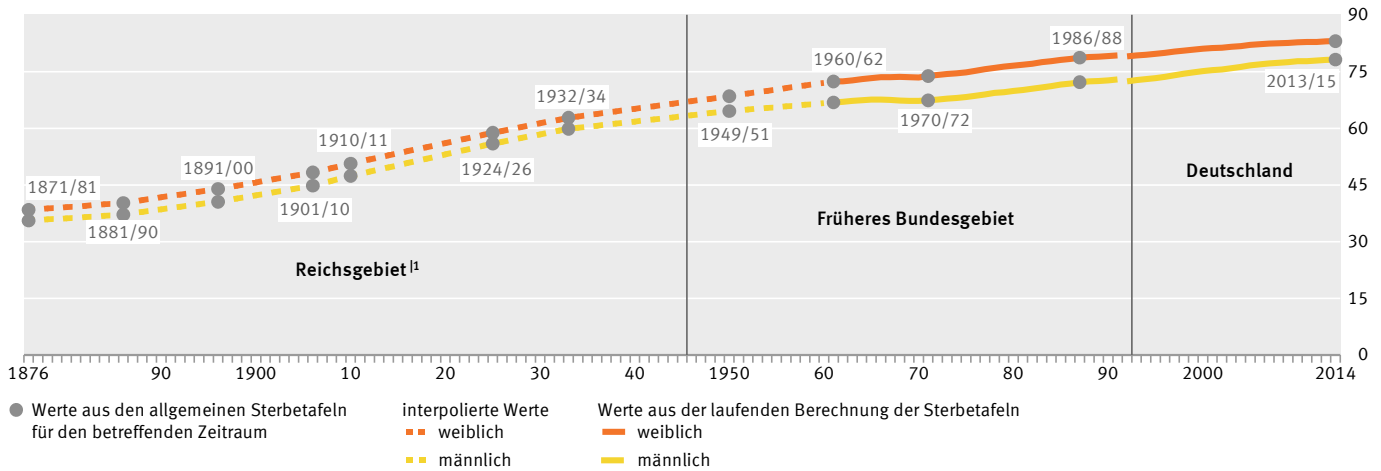
	Lebendgeborene								
	insgesamt		mit deutscher Staatsangehörigkeit					mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
			zusammen		und zwar				
					beide Eltern deutsch ¹	beide Eltern ausländisch ²	Vater deutsch/ Mutter ausländisch oder Mutter deutsch/ Vater ausländisch		
Anzahl	%	% der Lebendgeborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit		Anzahl	%				
1995	765 221	665 507	87,0	92,9	X	7,1	99 714	13,0	
2000	766 999	717 223	93,5	83,7	5,8	10,5	49 776	6,5	
2005	685 795	655 534	95,6	79,5	6,1	14,4	30 261	4,4	
2010	677 947	644 463	95,1	80,8	4,6	14,6	33 484	4,9	
2011	662 685	630 745	95,2	80,6	4,9	14,5	31 940	4,8	
2012	673 544	641 544	95,2	80,4	5,3	14,3	32 000	4,8	
2013 ^{1,3}	682 069	642 672	94,2	80,8	4,9	14,2	39 397	5,8	
2014 ^{1,3}	714 927	662 483	92,7	81,6	4,4	14,0	52 444	7,3	
2015 ^{1,3}	737 575	669 594	90,8	81,4	4,5	14,0	67 981	9,2	

1 Einschl. nicht verheirateter deutscher Mütter ohne Angabe zum Vater.

2 Kind hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz – Geburtsortprinzip (ius soli) – erworben, einschl. nicht verheirateter ausländischer Mütter ohne Angabe zum Vater („Optionskinder“).

3 Verfahrenstechnisch bedingt ist die Zahl der Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit auch die Zahl der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit überhöht.

Lebenserwartung bei Geburt in Jahren



1 Jeweiliger Gebietsstand.

2017 - 01 - 0186

2.2.7 Die 10 häufigsten Vornamen Neugeborener

	2016		2015	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
1.	Marie	Elias	Sophie/Sofie	Maximilian
2.	Sophie/Sofie	Alexander	Marie	Alexander
3.	Sophia/Sofia	Maximilian	Sophia/Sofia	Elias
4.	Maria	Paul	Maria	Paul
5.	Emma	Leon/Léon	Mia	Leon/Léon
6.	Emilia	Louis/Luis	Emma	Louis/Luis
7.	Mia	Ben	Hannah/Hanna	Ben
8.	Anna	Jonas	Emilia	Luca/Luka
9.	Hannah/Hanna	Noah/Noa	Anna	Noah/Noa
10.	Johanna	Luca/Luka	Johanna	Jonas

Diese Aufstellung zeigt die „Spitzenreiter“ der im jeweiligen Jahr am häufigsten vergebenen Mädchen- und Jungennamen. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) veröffentlicht diese jährlich. Weitere Informationen finden Sie unter www.gfds.de

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.8 Die häufigsten Vornamen Neugeborener 2016 – Spitzenreiter nach Ländern

	Mädchen	Jungen		Mädchen	Jungen
Deutschland	Marie Sophie/Sofie Sophia/Sofia	Elias Alexander Maximilian	Niedersachsen	Sophie/Sofie Marie Emma	Elias Paul Alexander
Baden-Württemberg	Marie Sophie/Sofie Sophia/Sofia	Elias Paul Maximilian	Nordrhein-Westfalen	Sophie/Sofie Marie Sophia/Sofia	Elias Alexander Ben
Bayern	Marie Sophie/Sofie Maria	Maximilian Alexander Lukas/Lucas	Rheinland-Pfalz	Marie Sophie/Sofie Sophia/Sofia	Elias Ben Paul
Berlin	Sophie/Sofie Marie Charlotte	Alexander Paul Elias	Saarland	Sophie/Sofie Marie Maria	Elias Paul Leon/Léon
Brandenburg	Sophie/Sofie Marie Charlotte	Paul Alexander Finn/Fynn	Sachsen	Sophie/Sofie Marie Hanna/Hannah	Paul Emil Karl/Carl
Bremen	Sophie/Sofie Marie Sophia/Sofia	Alexander Elias Noah/Noa	Sachsen-Anhalt	Sophie/Sofie Marie Mia	Paul Ben Finn/Fynn
Hamburg	Marie Sophie/Sofie Sophia/Sofia	Alexander Paul Maximilian	Schleswig-Holstein	Sophie/Sofie Marie Emma, Sophia/Sofia	Elias Finn/Fynn Luca/Luka
Hessen	Marie Sophie/Sofie Sophia/Sofia	Alexander Alexander Maximilian	Thüringen	Marie Sophie/Sofie Charlotte	Paul Oskar/Oscar Karl/Carl
Mecklenburg-Vorpommern	Marie Sophie/Sofie Emma	Oskar/Oscar, Paul Ben Finn/Fynn			

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2.2.9 Gestorbene Säuglinge nach dem Alter

	2015			2005		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	nach dem Alter¹					
0 Tage ²	846	431	415	770	433	337
1 Tag	202	109	93	231	127	104
2 Tage	107	56	51	135	85	50
3 Tage	66	35	31	74	52	22
4 Tage	59	32	27	41	21	20
5 Tage	33	14	19	46	34	12
6 Tage	39	24	15	33	16	17
In den ersten 7 Lebenstagen	1 352	701	651	1 330	768	562
7 bis unter 28 Tage	348	202	146	403	232	171
0 bis unter 1 Monat	1 723	915	808	1 746	1 012	734
1 bis unter 12 Monate	682	382	300	950	529	421
Im 1. Lebensjahr	2 405	1 297	1 108	2 696	1 541	1 155
	Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene³					
Insgesamt	3,3	3,4	3,1	3,9	4,4	3,4

1 Differenz zwischen Sterbetag und Geburtstag; z. B. 1 Tag = am Tag nach der Geburt gestorben.

2 Am Tag der Geburt gestorben.

3 Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vergangenen 12 Monaten.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.10 Sterbetafeln

Vollendetes Altersjahr ¹	Männlich						Weiblich					
	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder	
	1910/11	2013/15	1949/51	2013/15	1952/53	2013/15	1910/11	2013/15	1949/51	2013/15	1952/53	2013/15
Von 100 000 Lebendgeborenen erreichen das Alter x (Absterbeordnung)												
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	81 855	99 648	93 823	99 638	94 018	99 706	84 695	99 700	95 091	99 687	95 383	99 767
2	79 211	99 621	93 433	99 611	93 529	99 676	82 070	99 674	94 749	99 662	94 965	99 737
5	77 213	99 581	92 880	99 571	93 066	99 637	80 077	99 642	94 270	99 631	94 573	99 699
10	75 984	99 537	92 444	99 528	92 693	99 590	78 816	99 610	93 937	99 597	94 259	99 674
15	75 189	99 494	92 097	99 485	92 368	99 545	77 930	99 570	93 701	99 557	94 067	99 634
20	73 832	99 342	91 466	99 336	91 779	99 361	76 659	99 488	93 295	99 477	93 657	99 531
25	72 130	99 115	90 531	99 114	90 913	99 100	75 043	99 393	92 711	99 383	93 108	99 423
30	70 425	98 853	89 518	98 861	90 133	98 787	73 115	99 279	92 039	99 271	92 484	99 294
35	68 545	98 507	88 428	98 528	89 299	98 358	71 020	99 109	91 221	99 106	91 691	99 094
40	66 227	98 034	87 102	98 069	88 130	97 819	68 659	98 855	90 225	98 854	90 636	98 832
45	63 238	97 303	85 342	97 375	86 511	96 909	66 187	98 438	88 901	98 443	89 310	98 389
50	59 349	96 051	82 648	96 204	84 065	95 264	63 231	97 721	86 991	97 738	87 380	97 615
55	54 290	93 854	78 562	94 158	80 012	92 446	59 350	96 482	84 225	96 506	84 674	96 367
60	47 736	90 265	72 852	90 751	74 222	88 166	54 016	94 541	80 166	94 555	80 818	94 514
65	39 527	84 920	64 999	85 598	66 146	82 190	46 484	91 640	73 875	91 619	75 032	91 827
70	29 905	77 636	54 394	78 409	55 013	74 602	36 448	87 342	63 994	87 259	65 615	87 900
75	19 328	67 844	40 700	68 626	41 107	64 922	24 517	81 217	49 605	81 118	51 639	81 953
80	9 711	54 384	25 106	55 172	24 748	51 357	12 981	71 167	31 787	71 162	33 234	71 512
85	3 297	36 178	11 321	36 861	10 592	33 326	4 794	54 167	15 225	54 296	15 750	53 778
90	679	17 410	3 175	17 791	2 781	15 563	1 126	31 064	4 815	31 204	4 796	30 277
Lebenserwartung in Jahren im Alter x												
0	47,41	78,18	64,56	78,44	65,06	77,07	50,68	83,06	68,48	83,06	69,07	83,05
1	56,86	77,45	67,80	77,72	68,18	76,30	58,78	82,31	71,01	82,32	71,40	82,24
2	57,74	76,48	67,08	76,74	67,54	75,32	59,64	81,33	70,26	81,34	70,71	81,26
5	56,21	73,51	64,47	73,77	64,87	72,35	58,10	78,36	67,61	78,36	68,00	78,30
10	52,08	68,54	59,76	68,80	60,12	67,38	53,99	73,38	62,84	73,39	63,22	73,31
15	47,60	63,57	54,98	63,83	55,32	62,41	49,58	68,41	57,99	68,42	58,34	68,34
20	43,43	58,66	50,34	58,92	50,66	57,52	45,35	63,46	53,24	63,47	53,59	63,41
25	39,39	53,79	45,83	54,05	46,12	52,67	41,28	58,52	48,55	58,53	48,89	58,48
30	35,29	48,92	41,32	49,18	41,50	47,83	37,30	53,59	43,89	53,59	44,20	53,55
35	31,18	44,09	36,80	44,34	36,86	43,02	33,32	48,67	39,26	48,68	39,56	48,65
40	27,18	39,29	32,32	39,54	32,31	38,25	29,38	43,79	34,67	43,79	34,99	43,77
45	23,35	34,56	27,93	34,80	27,87	33,58	25,39	38,96	30,14	38,97	30,47	38,96
50	19,71	29,97	23,75	30,19	23,60	29,11	21,45	34,23	25,75	34,23	26,09	34,25
55	16,30	25,61	19,85	25,78	19,66	24,92	17,68	29,64	21,50	29,63	21,84	29,65
60	13,18	21,52	16,20	21,65	15,99	21,00	14,17	25,19	17,46	25,19	17,75	25,18
65	10,38	17,71	12,84	17,80	12,62	17,34	11,03	20,90	13,72	20,91	13,91	20,84
70	7,90	14,13	9,84	14,19	9,65	13,84	8,35	16,80	10,42	16,82	10,52	16,66
75	5,84	10,79	7,28	10,84	7,04	10,51	6,19	12,87	7,68	12,89	7,65	12,67
80	4,25	7,81	5,24	7,84	5,03	7,59	4,52	9,30	5,57	9,32	5,48	9,12
85	3,13	5,44	3,72	5,44	3,58	5,30	3,36	6,38	4,02	6,38	3,90	6,25
90	2,30	3,68	2,66	3,67	2,60	3,58	2,49	4,22	2,89	4,20	2,74	4,12

Abgekürzte Form. – 1910/11 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand; 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West) und das Saarland; 1952/53 Gebiet der ehem. DDR ohne Berlin (Ost); bis 1949/51 allgemeine Sterbetafeln; 2013/15 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Länder ohne Berlin-Ost.

1 Das Alter 0 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Geburt. Die anderen Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem jemand genau x Jahre alt geworden ist.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.11 Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand sowie Sterbeziffern

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene 2015 ¹						Sterbeziffern	
	insgesamt	dar. Ausländer/ -innen	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	2015	2014
	Anzahl						Gestorbene je 1 000 Personen neben- stehenden Alters und Geschlechts	
Männlich								
Insgesamt	449 512	16 621	51 969	256 702	95 506	45 335	11,2	10,6
dar. Ausländer	16 621	X	2 502	10 014	1 944	2 161	X	X
0 – 1	1 297	157	1 297	–	–	–	3,5	3,5
1 – 5	259	21	259	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	144	21	144	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	164	15	164	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	644	69	643	–	1	–	0,3	0,3
20 – 25	1 114	158	1 098	13	–	3	0,5	0,5
25 – 30	1 463	200	1 325	120	–	18	0,5	0,5
30 – 35	1 891	266	1 441	357	6	87	0,7	0,7
35 – 40	2 395	323	1 506	642	8	239	1,0	0,9
40 – 45	3 943	510	2 009	1 309	24	601	1,5	1,5
45 – 50	8 639	721	3 739	3 141	58	1 701	2,6	2,6
50 – 55	15 689	881	5 204	6 461	250	3 774	4,5	4,5
55 – 60	22 934	1 145	5 762	10 897	582	5 693	7,7	7,6
60 – 65	30 985	1 442	5 525	17 295	1 469	6 696	12,3	12,0
65 – 70	35 868	2 171	4 563	22 291	2 592	6 422	17,9	17,2
70 – 75	53 937	2 528	5 421	35 452	6 175	6 889	27,6	26,5
75 – 80	79 775	2 588	5 778	53 988	13 456	6 553	43,1	42,2
80 – 85	77 504	1 840	3 521	50 099	20 107	3 777	78,5	76,7
85 – 90	69 549	1 000	1 855	38 402	27 278	2 014	141,3	134,5
90 und mehr	41 318	565	715	16 235	23 500	868	262,1	250,3
Weiblich								
Insgesamt	475 688	10 496	40 466	110 291	283 740	41 191	11,5	10,8
dar. Ausländerinnen	10 496	X	1 233	3 737	4 142	1 384	X	X
0 – 1	1 108	150	1 108	–	–	–	3,1	3,0
1 – 5	205	26	205	–	–	–	0,1	0,1
5 – 10	106	12	106	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	159	13	159	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	345	32	343	2	–	–	0,2	0,2
20 – 25	421	56	390	28	–	3	0,2	0,2
25 – 30	602	52	489	96	1	16	0,2	0,2
30 – 35	897	121	536	290	2	69	0,4	0,3
35 – 40	1 218	178	547	520	17	134	0,5	0,5
40 – 45	2 140	263	677	1 033	40	390	0,8	0,8
45 – 50	4 770	363	1 168	2 465	137	1 000	1,5	1,4
50 – 55	8 524	452	1 591	4 510	466	1 957	2,5	2,5
55 – 60	12 006	539	1 656	6 616	1 142	2 592	4,0	4,0
60 – 65	16 773	898	1 794	8 884	2 748	3 347	6,3	6,1
65 – 70	20 788	1 201	1 590	10 626	5 113	3 459	9,6	9,3
70 – 75	33 896	1 227	2 126	15 358	11 571	4 841	15,1	14,3
75 – 80	60 190	1 383	3 583	22 140	28 427	6 040	25,7	25,3
80 – 85	78 499	1 236	4 691	18 715	49 727	5 366	53,3	51,8
85 – 90	106 457	1 181	7 516	13 637	79 580	5 724	108,6	103,5
90 und mehr	126 584	1 113	10 191	5 371	104 769	6 253	231,8	216,2

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

Weitere Informationen zum Bildungsstand der Bevölkerung mit Migrationshintergrund siehe Kapitel „Bildung“

2.3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016

Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Zu den Personen mit Migrationshintergrund gehören im Einzelnen alle Ausländerinnen und Ausländer, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler und Eingebürgerten. Ebenso dazu gehören Personen, die zwar mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind, bei denen aber mindestens ein Elternteil Ausländer/-in, (Spät-)Aussiedler/-in oder eingebürgert ist.

	Bevölkerung				Davon				
					Deutsche		Ausländer/-innen		
					mit	ohne	mit	ohne	
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund im engeren Sinn		eigene(r) Migrationserfahrung				
1 000			%	1 000					
Insgesamt	82 425	63 848	18 576	22,5	5 144	4 471	7 594	1 367	
Männer	40 683	31 124	9 559	23,5	2 435	2 333	4 033	758	
Frauen	41 742	32 725	9 018	21,6	2 709	2 138	3 562	608	
nach Altersgruppen									
von ... bis unter ... Jahren									
unter 5	3 642	2 254	1 388	38,1	19	1 025	152	191	
5 – 10	3 577	2 247	1 330	37,2	30	947	259	94	
10 – 15	3 728	2 458	1 270	34,1	42	898	225	105	
15 – 20	4 160	2 901	1 259	30,3	80	718	277	185	
20 – 25	4 418	3 185	1 233	27,9	170	380	508	175	
25 – 35	10 615	7 630	2 985	28,1	859	253	1 623	250	
35 – 45	10 107	7 136	2 971	29,4	995	155	1 595	226	
45 – 55	13 373	10 940	2 433	18,2	1 000	56	1 284	92	
55 – 65	11 428	9 582	1 846	16,2	957	19	849	21	
65 – 75	8 340	7 254	1 086	13,0	497	13	560	17	
75 – 85	6 894	6 269	625	9,1	382	7	230	7	
85 – 95	2 016	1 872	144	7,1	109	/	30	/	
95 und mehr	126	120	6	4,8	/	/	/	/	
nach Familienstand									
ledig	33 932	25 150	8 783	25,9	1 066	4 214	2 538	964	
verheiratet	37 032	28 947	8 085	21,8	3 289	224	4 235	337	
mit Deutschem/r ohne Migrationshintergrund	27 809	26 331	1 478	5,3	676	68	639	94	
mit Deutschem/r mit Migrationshintergrund	3 365	738	2 627	78,1	2 067	72	455	33	
mit Ausländer/-in	4 132	732	3 400	82,3	415	73	2 722	190	
verwitwet	5 763	5 101	662	11,5	369	7	277	9	
geschieden	5 698	4 651	1 047	18,4	420	26	544	57	
nach Ländern									
Baden-Württemberg	10 935	7 683	3 251	29,7	904	792	1 268	288	
Bayern	12 892	9 936	2 956	22,9	777	652	1 303	224	
Berlin	3 537	2 546	991	28,0	191	236	500	64	
Brandenburg	2 490	2 328	162	6,5	35	32	89	6	
Bremen	673	469	205	30,5	55	44	90	16	
Hamburg	1 794	1 256	538	30,0	143	127	231	36	
Hessen	6 202	4 332	1 870	30,2	497	463	760	150	
Mecklenburg-Vorpommern	1 614	1 512	102	6,3	25	13	61	/	
Niedersachsen	7 952	6 395	1 557	19,6	517	380	574	86	
Nordrhein-Westfalen	17 911	13 038	4 873	27,2	1 418	1 276	1 795	384	
Rheinland-Pfalz	4 064	3 144	920	22,6	287	235	343	55	
Saarland	996	797	199	20,0	53	51	78	16	
Sachsen	4 088	3 821	267	6,5	54	44	158	11	
Sachsen-Anhalt	2 242	2 101	140	6,2	31	15	91	/	
Schleswig-Holstein	2 866	2 452	414	14,4	130	96	170	18	
Thüringen	2 169	2 038	131	6,0	25	17	84	6	
nachrichtlich:									
Neue Länder ohne Berlin	12 603	11 800	802	6,4	171	121	482	29	
Früheres Bundesgebiet und Berlin	69 822	52 048	17 774	25,5	4 973	4 351	7 113	1 338	
nach höchstem Schulabschluss									
mit Schulabschluss	65 632	53 850	11 782	18,0	4 578	1 054	5 331	819	
Haupt- oder Volksschulabschluss	22 447	18 401	4 047	18,0	1 563	245	1 917	322	
Polytechnische Oberschule der ehem. DDR	4 816	4 721	95	2,0	62	/	29	/	
Realschulabschluss o. ä.	16 224	13 322	2 902	17,9	1 291	341	1 001	268	
Fachhochschulreife	5 358	4 423	935	17,5	406	125	325	79	
Abitur	16 635	12 881	3 754	22,6	1 239	339	2 028	147	
nach in Ausbildung/nicht schulpflichtig ..	13 550	8 730	4 821	35,6	151	3 367	810	492	
ohne Schulabschluss	2 833	976	1 857	65,5	396	47	1 359	55	
keine Angabe zum Schulabschluss	410	293	117	28,5	19	/	94	/	

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

Weitere Informationen zum Bildungsstand der Bevölkerung mit Migrationshintergrund siehe Kapitel „Bildung“

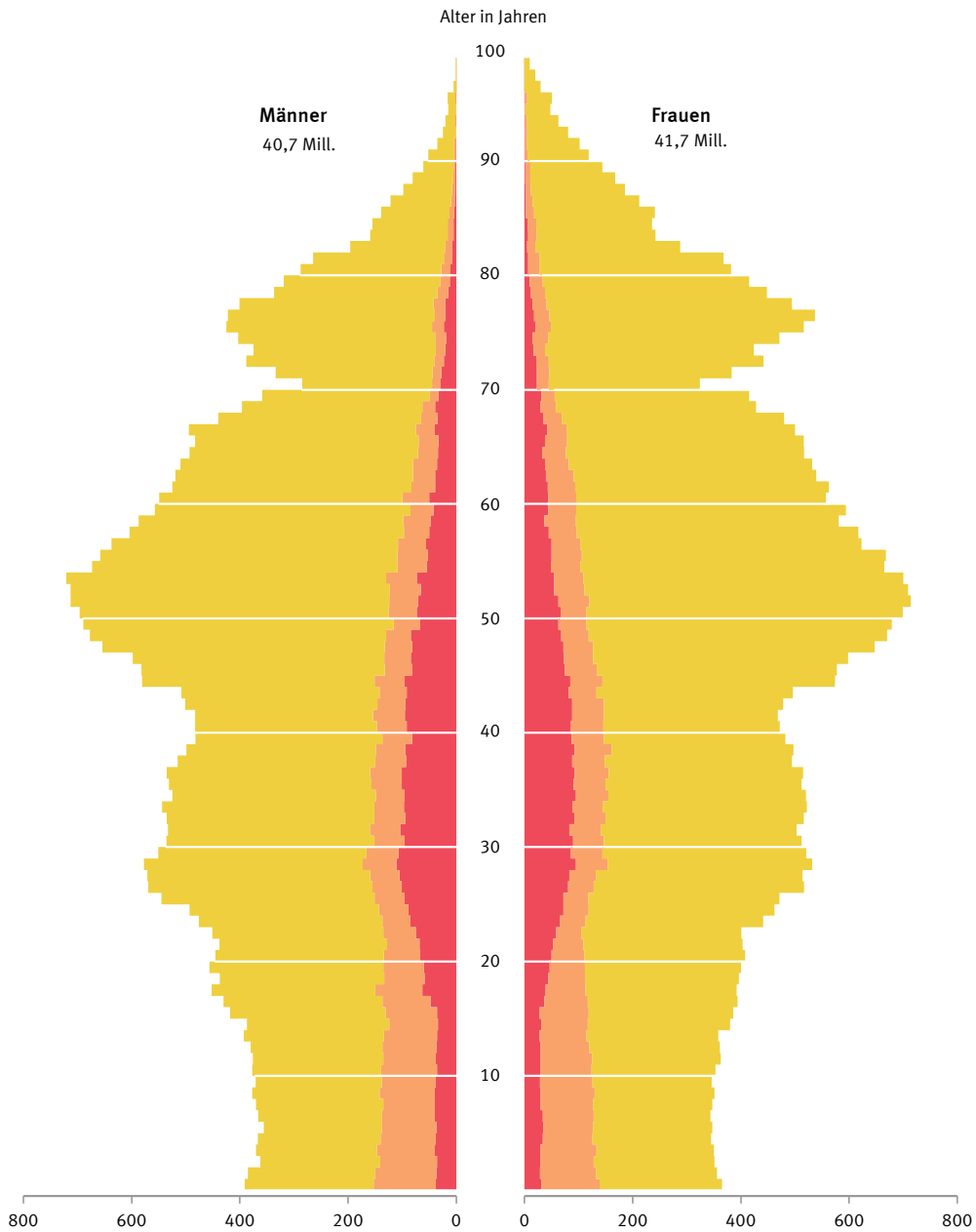
2.3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2016

	Bevölkerung				Davon			
					Deutsche		Ausländer/-innen	
					mit	ohne	mit	ohne
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund im engeren Sinn		eigene(r) Migrationserfahrung			
1 000			%	1 000				
nach höchstem beruflichen Abschluss oder (Fach-) Hochschulabschluss								
mit berufsqualifizierendem Abschluss . . .	52 289	44 655	7 635	14,6	3 424	483	3 249	479
Lehre o. ä.	33 772	29 237	4 535	13,4	2 178	323	1 671	362
Meister/Techniker o. ä.	5 558	4 869	689	12,4	367	47	234	41
Fachschulabschluss der ehem. DDR . . .	685	674	11	1,6	9	-	/	/
Berufsakademie	470	392	79	16,8	31	5	38	/
Bachelor	93	71	22	23,7	6	/	13	/
Master	15	9	5	/	/	/	/	/
Diplom/Magister/Staatsexamen	363	311	52	14,3	24	/	22	/
Fachhochschule	4 013	3 459	554	13,8	261	39	228	25
Bachelor	580	460	120	20,7	47	13	52	8
Master	170	124	46	27,1	14	/	28	/
Diplom/Magister/Staatsexamen	3 263	2 876	387	11,9	200	22	148	17
Universität	6 825	5 224	1 601	23,5	512	62	985	43
Bachelor	662	368	295	44,6	54	15	216	10
Master	654	384	269	41,1	46	8	210	5
Diplom/Magister/Staatsexamen	5 509	4 472	1 036	18,8	411	39	558	28
Promotion	829	693	136	16,4	54	/	75	/
nach in Ausbildung/nicht schulpflichtig . .	17 277	11 435	5 842	33,8	297	3 793	1 111	641
ohne berufsqualifizierenden Abschluss . .	12 261	7 321	4 940	40,3	1 391	190	3 114	245
keine Angabe zum Berufsabschluss	597	437	160	26,8	32	5	120	/
nach überwiegendem Lebensunterhalt								
Berufstätigkeit	37 348	29 875	7 473	20,0	2 880	616	3 422	555
Arbeitslosengeld	3 470	2 019	1 451	41,8	302	221	799	129
Arbeitslosengeld I	674	482	192	28,5	64	14	96	18
Arbeitslosengeld II (Hartz IV)	2 796	1 537	1 259	45,0	238	207	703	111
Renten, Pension	18 279	16 373	1 906	10,4	1 054	33	782	36
Vermögen, Vermietung, Zinsen	633	554	79	12,5	22	/	47	5
Unterstützung durch Angehörige	20 099	13 581	6 517	32,4	698	3 522	1 716	582
sonstige staatliche Unterstützung	2 596	1 445	1 151	44,3	188	74	828	60
nach monatlichem persönlichen Nettoeinkommen								
von . . . bis unter . . . EUR								
unter 500	7 768	5 251	2 518	32,4	506	539	1 263	210
500 – 900	10 653	7 947	2 706	25,4	924	229	1 391	163
900 – 1 300	12 208	9 885	2 323	19,0	886	121	1 191	125
1 300 – 1 500	5 873	4 844	1 029	17,5	402	62	502	64
1 500 – 2 000	11 486	9 531	1 955	17,0	855	121	847	131
2 000 – 2 600	8 234	6 931	1 303	15,8	606	80	531	86
2 600 – 3 200	3 905	3 381	524	13,4	236	34	217	37
3 200 und mehr	5 272	4 662	610	11,6	252	41	277	41
selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit	160	157	/	/	/	/	/	/
kein Einkommen	15 030	9 756	5 274	35,1	386	3 207	1 189	492
ohne Angabe	1 836	1 504	332	18,1	90	39	185	18
nach Beteiligung am Erwerbsleben								
Erwerbspersonen	43 113	34 140	8 974	20,8	3 330	794	4 174	675
Erwerbstätige	41 339	32 991	8 347	20,2	3 174	738	3 821	614
Erwerbslose	1 775	1 149	626	35,3	156	56	353	61
Nichterwerbspersonen	39 311	29 709	9 603	24,4	1 814	3 677	3 420	692
nach Stellung im Beruf								
Selbstständige ohne Beschäftigte	2 314	1 853	461	19,9	147	20	272	22
Selbstständige mit Beschäftigte	1 828	1 533	295	16,1	109	14	149	22
mithelfende Familienangehörige	157	130	27	17,2	6	/	14	/
Beamte/-innen	2 031	1 941	90	4,4	51	19	18	/
Angestellte	25 831	21 217	4 614	17,9	1 836	407	2 003	369
Arbeiter/-innen	7 696	5 186	2 510	32,6	968	120	1 289	133
Auszubildende o.ä.	1 482	1 130	352	23,8	57	154	77	64

Ergebnisse des Mikrozensus.

Altersaufbau der Bevölkerung nach Migrationshintergrund 2016
in 1 000 je Altersjahr

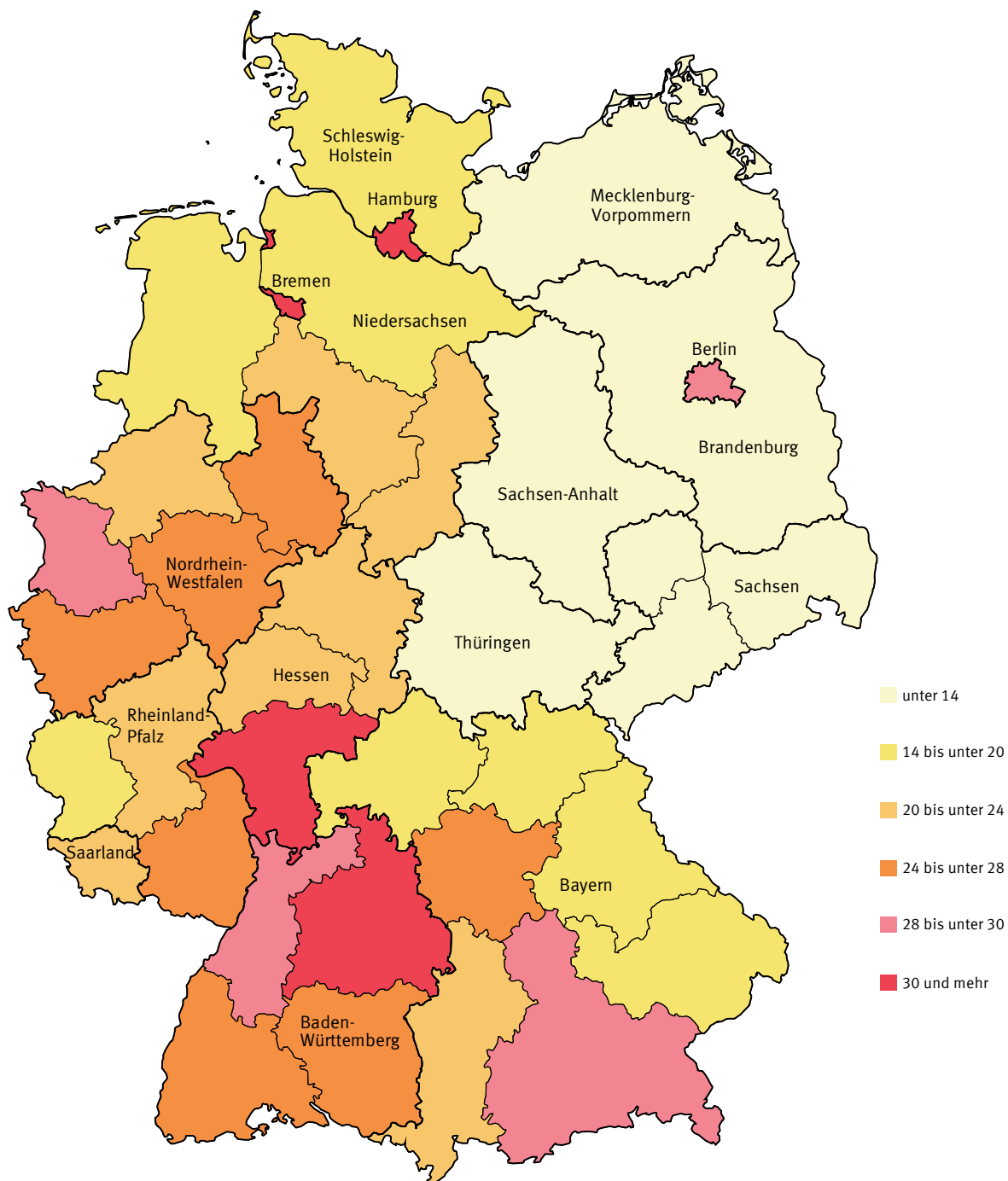
■ Ausländer/-innen ■ Deutsche mit Migrationshintergrund ■ Deutsche ohne Migrationshintergrund



Ergebnisse des Mikrozensus. – Daten auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet.

2017 - 01 - 0187

Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 2016
in (ehemaligen) Regierungsbezirken, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Daten auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet.
© GeoBasis-DE / BKG 2015 (Daten verändert)

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

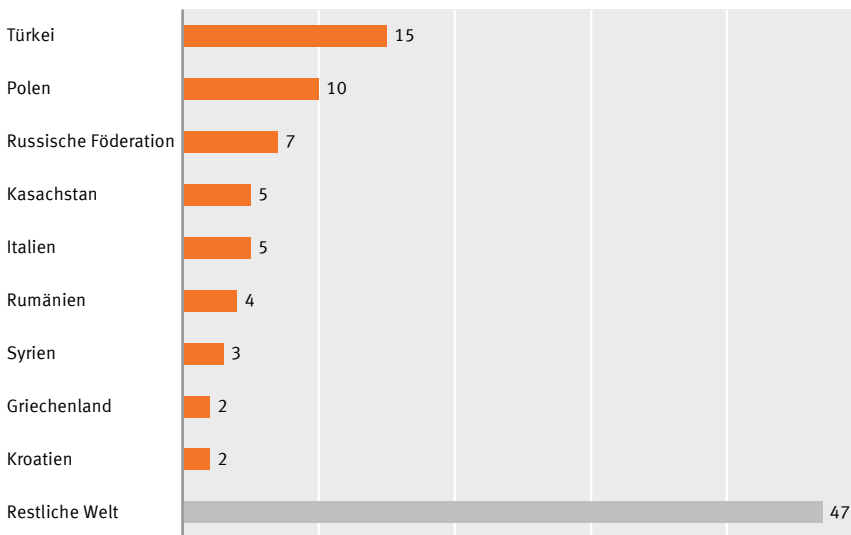
2.3 Migration

2.3.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf

	Bevölkerung				Davon			
				%	Deutsche		Ausländer/-innen	
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund im engeren Sinn		mit	ohne	mit	ohne
	1 000				eigene(r) Migrationserfahrung			
2005	81 337	66 851	14 210	17,5	4 765	2 967	4 901	1 577
2006	81 173	66 912	14 261	17,6	4 790	3 060	4 876	1 535
2007	80 992	66 521	14 472	17,9	4 873	3 254	4 845	1 500
2008	80 764	66 167	14 596	18,1	4 929	3 409	4 801	1 457
2009	80 483	65 440	14 662	18,2	4 917	3 600	4 734	1 410
2010	80 284	65 558	14 726	18,3	4 925	3 702	4 736	1 363
2011	80 249	65 393	14 856	18,5	4 899	3 728	4 907	1 321
2012	80 413	65 077	15 336	19,1	4 941	3 898	5 161	1 335
2013	80 611	63 987	15 919	19,7	4 976	4 115	5 489	1 338
2014	80 896	64 501	16 395	20,3	4 987	4 198	5 866	1 344
2015	81 404	64 286	17 118	21,0	5 023	4 323	6 430	1 342
2016	82 425	63 848	18 576	22,5	5 144	4 471	7 594	1 367

Ergebnisse des Mikrozensus. – Daten auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet.

Personen mit Migrationshintergrund 2016 nach Herkunftsländern, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Daten auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet.

2017 - 01 - 0189

2.3 Migration

2.3.3 Zugewanderte nach ausgewählten Merkmalen 2016

	Zugewanderte		Durchschnittliches Alter	Durchschnittliches Alter bei Einreise	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Akademischer Abschluss	Armutsgefährdungsquote	Durchschnittl. monatliches Nettoeinkommen
	insgesamt	dar. weiblich						
	1 000	%	Jahre	%	EUR			
Insgesamt	12 738	49,2	44,2	23,6	21,0	17,1	28,4	1 713
	nach Migrationsstatus							
Ausländer/-innen	7 594	46,9	40,6	24,7	16,3	17,4	35,0	1 644
Deutsche	5 144	52,7	49,4	21,9	28,0	16,7	18,7	1 796
(Spät-) Aussiedler/-innen	3 179	52,9	50,2	23,2	27,4	14,0	17,1	1 755
Eingebürgerte	1 925	52,4	48,9	20,1	29,2	21,4	21,6	1 869
	nach kulturellen Wurzeln							
Bosnien und Herzegowina	172	51,2	45,4	22,5	23,3	7,0	28,3	1 585
Griechenland	282	45,0	49,3	22,1	27,5	9,6	28,9	1 595
Italien	508	39,0	49,2	20,7	28,9	9,8	24,8	1 666
Kasachstan	737	52,0	45,8	25,8	20,4	9,6	21,4	1 525
Kosovo	220	45,0	37,9	20,9	17,5	5,0	38,7	1 514
Kroatien	306	50,3	47,3	22,8	24,9	8,5	18,7	1 669
Niederlande	132	44,7	50,5	29,5	21,3	29,5	12,4	2 350
Österreich	190	49,5	54,7	23,9	31,3	26,8	11,0	2 477
Polen	1 468	52,0	45,7	24,6	21,5	14,3	17,7	1 645
Rumänien	657	50,5	42,8	26,7	16,6	17,2	21,7	1 694
Russische Föderation	960	54,6	45,5	27,1	18,9	20,6	25,4	1 556
Serbien	189	51,3	44,1	21,0	23,4	9,5	35,9	1 587
Türkei	1 324	48,9	49,0	19,0	30,4	5,3	33,9	1 678
Ukraine	224	60,7	46,4	31,7	15,1	40,2	34,8	1 599
nachrichtlich:								
Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ...	1 101	49,8	44,9	21,7	23,6	7,7	29,1	1 614
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ...	2 476	54,5	45,3	26,8	18,9	19,7	24,8	1 558
Gastarbeiteranwerbestaaten ¹⁾	3 641	47,2	47,2	20,7	26,8	9,0	30,1	1 661

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Als Gastarbeiteranwerbestaaten werden die Staaten bezeichnet, die zwischen den 1950er und 1970er Jahren mit der Bundesrepublik Deutschland ein Anwerbeabkommen unterzeichnet hatten. Die angeworbenen Arbeiter wurden in Deutschland als „Gastarbeiter“ bezeichnet.

Besonders bedeutsame Gastarbeiteranwerbestaaten waren die Türkei, Italien, Griechenland, Portugal, Spanien und das ehemalige Jugoslawien.

2.3 Migration

2.3.4 Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2016

Die Zahl der im Ausländerzentralregister (AZR) geführten **Ausländerinnen und Ausländer** lag zum Zensusstichtag am 9.5.2011 deutlich höher als das Zensusergebnis. An dieser Abweichung wird sich kurzfristig nichts ändern, weil die Registrierung einer ausländischen Person im AZR in keinem Zusammenhang mit der Ausländerzahl im Zensus steht. Das Statistische Bundesamt und die Registerbehörde des AZR, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, werden die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen jedoch sorgfältig analysieren und, abhängig vom Analyseergebnis, weitere Schritte einleiten.

	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Durchschnittliches Alter	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
Insgesamt	10 039 080	100	5 429 425	100	4 609 655	100	37,6	15,4	10,2
Europa	7 073 980	70,5	3 715 935	68,4	3 358 045	72,8	40,5	18,8	3,6
davon:									
EU-Länder	4 279 770	42,6	2 335 520	43,0	1 944 245	42,2	39,8	16,0	6,6
dar.: Bulgarien	263 320	2,6	142 175	2,6	121 145	2,6	32,0	4,9	16,0
Frankreich	130 915	1,3	63 220	1,2	67 695	1,5	41,8	18,7	3,3
Griechenland	348 475	3,5	189 560	3,5	158 920	3,4	43,7	24,7	2,5
Italien	611 450	6,1	357 935	6,6	253 520	5,5	43,4	27,0	2,6
Kroatien	332 605	3,3	175 680	3,2	156 925	3,4	43,5	22,1	11,7
Niederlande	149 160	1,5	83 310	1,5	65 845	1,4	47,8	23,1	1,2
Österreich	183 625	1,8	95 240	1,8	88 385	1,9	50,7	28,8	1,0
Polen	783 085	7,8	422 470	7,8	360 615	7,8	37,1	8,9	5,7
Portugal	136 080	1,4	75 220	1,4	60 860	1,3	42,4	22,3	1,6
Rumänien	533 660	5,3	303 580	5,6	230 080	5,0	31,7	4,5	17,9
Slowakei	53 440	0,5	26 845	0,5	26 595	0,6	33,7	7,5	5,0
Spanien	163 560	1,6	84 890	1,6	78 670	1,7	40,4	20,0	4,9
Tschechien	56 085	0,6	24 205	0,4	31 880	0,7	37,2	10,7	4,0
Ungarn	192 340	1,9	113 965	2,1	78 375	1,7	36,3	7,0	7,9
Vereinigtes Königreich	107 005	1,1	65 975	1,2	41 035	0,9	46,6	20,3	1,0
EU-Kandidatenländer	1 944 195	19,4	1 002 610	18,5	941 585	20,4	42,5	26,6	- 2,2
dar.: Albanien	51 550	0,5	28 715	0,5	22 835	0,5	26,8	4,2	- 25,9
Mazedonien	95 570	1,0	49 275	0,9	46 295	1,0	35,7	17,2	- 0,4
Serbien	223 100	2,2	111 950	2,1	111 150	2,4	38,4	21,0	- 3,2
Türkei	1 492 580	14,9	769 155	14,2	723 425	15,7	44,0	28,8	- 0,9
EWR-Staaten¹/Schweiz	48 880	0,5	21 905	0,4	26 975	0,6	49,5	23,0	1,7
dar.: Schweiz	40 465	0,4	17 900	0,3	22 565	0,5	50,6	23,9	1,7
Sonstiges Europa	801 140	8,0	355 900	6,6	445 240	9,7	38,6	14,3	2,4
dar.: Bosnien und Herzegowina	172 560	1,7	90 390	1,7	82 170	1,8	42,6	22,1	2,7
Kosovo ²	202 905	2,0	107 375	2,0	95 530	2,1	32,7	14,8	- 2,7
Russische Föderation	245 380	2,4	92 625	1,7	152 755	3,3	38,4	10,6	6,2
Ukraine	136 340	1,4	49 700	0,9	86 640	1,9	42,6	11,1	1,9
Afrika	510 535	5,1	322 240	5,9	188 300	4,1	30,9	8,2	19,0
dar.: Eritrea	59 800	0,6	41 900	0,8	17 900	0,4	24,9	2,9	49,2
Nigeria	50 440	0,5	30 595	0,6	19 840	0,4	27,4	5,3	34,9
Marokko	75 855	0,8	41 850	0,8	34 005	0,7	38,5	15,0	5,2
Tunesien	32 900	0,3	21 840	0,4	11 060	0,2	35,6	11,7	7,2
Amerika	259 840	2,6	122 575	2,3	137 265	3,0	40,3	13,2	3,2
dar.: Brasilien	39 705	0,4	13 040	0,2	26 665	0,6	36,2	9,9	2,7
Vereinigte Staaten	114 145	1,1	63 885	1,2	50 260	1,1	44,4	16,7	2,3
Asien	2 077 330	20,7	1 197 135	22,0	880 195	19,1	29,3	6,0	38,6
dar.: Afghanistan	253 485	2,5	169 240	3,1	84 240	1,8	23,8	3,4	92,8
China	129 150	1,3	61 055	1,1	68 095	1,5	31,2	6,9	8,0
Indien	97 865	1,0	62 670	1,2	35 195	0,8	31,0	6,3	13,4
Irak	227 195	2,3	138 015	2,5	89 180	1,9	25,2	4,2	66,6
Iran	97 710	1,0	59 100	1,1	38 610	0,8	35,8	8,3	34,7
Kasachstan	46 540	0,5	21 070	0,4	25 470	0,6	43,0	12,9	0,4
Libanon	41 445	0,4	24 985	0,5	16 460	0,4	33,8	14,2	11,5
Pakistan	73 790	0,7	54 305	1,0	19 490	0,4	31,1	6,2	19,6
Syrien	637 845	6,4	406 745	7,5	231 095	5,0	24,3	2,0	74,0
Thailand	58 765	0,6	7 435	0,1	51 325	1,1	42,7	15,3	0,0
Vietnam	89 965	0,9	41 205	0,8	48 760	1,1	37,8	15,5	3,2
Australien und Ozeanien	16 805	0,2	9 300	0,2	7 505	0,2	38,7	10,8	6,3
Staatenlos	22 365	0,2	13 800	0,3	8 565	0,2	34,6	14,2	20,2
Ungeklärt und ohne Angabe	77 415	0,8	48 015	0,9	29 400	0,6	26,4	8,6	26,5

Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. – Stand 31.12.2016.

1 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

2 Ab 1.5.2008 wird der Kosovo getrennt nachgewiesen. Bürger/-innen des Kosovo können auch als „Altfälle“ in Serbien enthalten sein.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.5 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 2015

	Insgesamt	Davon		
		durch Einbürgerung	durch Adoption ¹	Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Kinder ²
Anzahl				
Insgesamt	110 128	104 874	506	4 748
Männer	51 367	48 942	266	2 159
Frauen	58 761	55 932	240	2 589
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 5	2 385	1 817	247	321
5 – 15	9 965	9 121	184	660
15 – 25	26 341	25 593	75	673
25 – 45	51 816	49 965	0	1 851
45 – 65	16 293	15 289	0	1 004
65 und mehr	3 328	3 089	0	239
darunter: nach ausgewählten Herkunftsgebieten bzw. ehemaliger Staatsangehörigkeit				
Afghanistan	2 571	2 571	0	0
Irak	3 450	3 450	0	0
Iran	2 535	2 533	2	0
Kasachstan	2 838	1 311	22	1 505
Marokko	2 551	2 551	0	0
Polen	5 984	5 957	14	13
Rumänien	3 027	3 001	19	7
Russische Föderation	4 539	2 327	65	2 147
Serbien, Montenegro, Kosovo	5 950	5 939	11	0
Türkei	19 707	19 695	12	0
Ukraine	4 917	4 168	16	733

1 Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adoption erfolgt, wenn mindestens ein adoptierendes Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

2 Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge im Sinne von §§ 4 und 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

2.3.6 Asyl-Erstanträge im Zeitverlauf

	Insgesamt
2005	28 914
2006	21 029
2007	19 164
2008	22 085
2009	27 649
2010	41 332
2011	45 741
2012	64 539
2013	109 580
2014	173 072
2015	441 899
2016	722 370

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2.3.7 Asyl-Erstanträge nach Herkunftsländern 2016

Herkunftsland	Asyl-Erstanträge	Anteil in %
Insgesamt	722 370	100
Syrien, Arabische Republik	266 250	36,9
Afghanistan	127 012	17,6
Irak	96 116	13,3
Iran, Islamische Republik	26 426	3,7
Eritrea	18 854	2,6
Albanien	14 853	2,1
Pakistan	14 484	2,0
Nigeria	12 709	1,8
Russische Föderation	10 985	1,5
Somalia	9 851	1,4
Restliche Welt	124 830	17,3

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2.4 Wanderungen

2.4.1 Wanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen 2015

	Über die Grenzen der Bundesländer								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	aus einem anderen Bundesland	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	in ein anderes Bundesland	insgesamt	aus den Wanderungen	
							über die Grenzen Deutschlands ¹	zwischen den Bundesländern	
Deutschland	3 263 023	2 136 954	1 126 069	2 123 621	997 552	1 126 069	1 139 402	1 139 402	X
Deutsche	1 020 658	120 713	899 945	1 038 218	138 273	899 945	- 17 560	- 17 560	X
Ausländer/-innen	2 242 365	2 016 241	226 124	1 085 403	859 279	226 124	1 156 962	1 156 962	X
Baden-Württemberg	471 549	341 516	130 033	301 038	172 278	128 760	170 511	169 238	1 273
Deutsche	118 028	20 574	97 454	123 091	24 136	98 955	- 5 063	- 3 562	- 1 501
Ausländer/-innen	353 521	320 942	32 579	177 947	148 142	29 805	175 574	172 800	2 774
Bayern	475 004	349 708	125 296	311 044	189 759	121 285	163 960	159 949	4 011
Deutsche	117 240	21 147	96 093	122 471	30 537	91 934	- 5 231	- 9 390	4 159
Ausländer/-innen	357 764	328 561	29 203	188 573	159 222	29 351	169 191	169 339	- 148
Berlin	182 778	108 195	74 583	141 693	62 482	79 211	41 085	45 713	- 4 628
Deutsche	68 440	8 328	60 112	74 557	8 753	65 804	- 6 117	- 425	- 5 692
Ausländer/-innen	114 338	99 867	14 471	67 136	53 729	13 407	47 202	46 138	1 064
Brandenburg	95 567	39 901	55 666	57 900	14 549	43 351	37 667	25 352	12 315
Deutsche	52 532	2 382	50 150	39 747	2 480	37 267	12 785	- 98	12 883
Ausländer/-innen	43 035	37 519	5 516	18 153	12 069	6 084	24 882	25 450	- 568
Bremen	41 921	21 539	20 382	31 456	7 892	23 564	10 465	13 647	- 3 182
Deutsche	17 441	1 074	16 367	20 833	1 116	19 717	- 3 392	- 42	- 3 350
Ausländer/-innen	24 480	20 465	4 015	10 623	6 776	3 847	13 857	13 689	168
Hamburg	110 070	48 173	61 897	90 072	30 757	59 315	19 998	17 416	2 582
Deutsche	54 706	3 748	50 958	54 369	4 316	50 053	337	- 568	905
Ausländer/-innen	55 364	44 425	10 939	35 703	26 441	9 262	19 661	17 984	1 677
Hessen	279 903	182 983	96 920	189 591	89 288	100 303	90 312	93 695	- 3 383
Deutsche	84 001	9 791	74 210	88 326	10 987	77 339	- 4 325	- 1 196	- 3 129
Ausländer/-innen	195 902	173 192	22 710	101 265	78 301	22 964	94 637	94 891	- 254
Mecklenburg-Vorpommern	58 222	31 386	26 836	38 249	10 935	27 314	19 973	20 451	- 478
Deutsche	25 328	1 213	24 115	23 113	1 391	21 722	2 215	- 178	2 393
Ausländer/-innen	32 894	30 173	2 721	15 136	9 544	5 592	17 758	20 629	- 2 871
Niedersachsen ¹²	332 720	206 650	126 070	209 373	87 051	122 322	123 347	119 599	3 748
Deutsche	117 852	13 242	104 610	107 874	9 108	98 766	9 978	4 134	5 844
Ausländer/-innen	214 868	193 408	21 460	101 499	77 943	23 556	113 369	115 465	- 2 096
Nordrhein-Westfalen	636 284	485 047	151 237	372 308	211 112	161 196	263 976	273 935	- 9 959
Deutsche	132 490	21 852	110 638	150 746	25 089	125 657	- 18 256	- 3 237	- 15 019
Ausländer/-innen	503 794	463 195	40 599	221 562	186 023	35 539	282 232	277 172	5 060
Rheinland-Pfalz	168 468	97 276	71 192	116 339	43 645	72 694	52 129	53 631	- 1 502
Deutsche	61 818	5 354	56 464	65 021	6 658	58 363	- 3 203	- 1 304	- 1 899
Ausländer/-innen	106 650	91 922	14 728	51 318	36 987	14 331	55 332	54 935	397
Saarland	35 352	23 539	11 813	22 903	8 362	14 541	12 449	15 177	- 2 728
Deutsche	11 036	1 811	9 225	13 019	1 747	11 272	- 1 983	64	- 2 047
Ausländer/-innen	24 316	21 728	2 588	9 884	6 615	3 269	14 432	15 113	- 681
Sachsen	117 324	64 641	52 683	70 228	23 206	47 022	47 096	41 435	5 661
Deutsche	48 755	3 515	45 240	42 929	4 405	38 524	5 826	- 890	6 716
Ausländer/-innen	68 569	61 126	7 443	27 299	18 801	8 498	41 270	42 325	- 1 055
Sachsen-Anhalt	74 365	43 692	30 673	49 908	13 857	36 051	24 457	29 835	- 5 378
Deutsche	27 855	1 442	26 413	31 065	1 594	29 471	- 3 210	- 152	- 3 058
Ausländer/-innen	46 510	42 250	4 260	18 843	12 263	6 580	27 667	29 987	- 2 320
Schleswig-Holstein	111 661	49 379	62 282	74 317	19 376	54 941	37 344	30 003	7 341
Deutsche	57 361	3 673	53 688	50 861	3 963	46 898	6 500	- 290	6 790
Ausländer/-innen	54 300	45 706	8 594	23 456	15 413	8 043	30 844	30 293	551
Thüringen	71 835	43 329	28 506	47 202	13 003	34 199	24 633	30 326	- 5 693
Deutsche	25 775	1 567	24 208	30 196	1 993	28 203	- 4 421	- 426	- 3 995
Ausländer/-innen	46 060	41 762	4 298	17 006	11 010	5 996	29 054	30 752	- 1 698

1 Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

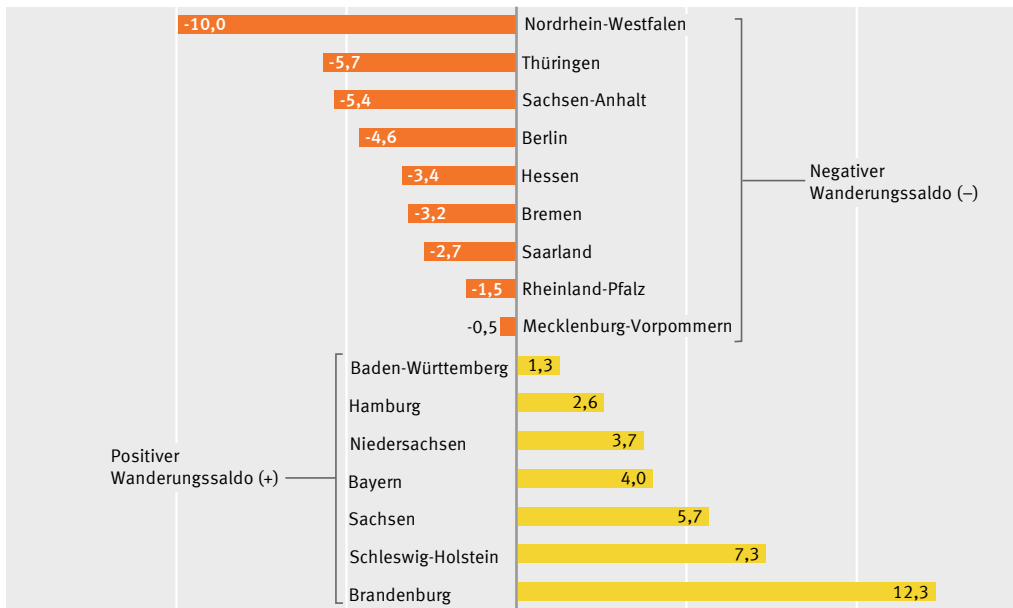
2 Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

2.4 Wanderungen

2.4.2 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet			Fortzüge in das frühere Bundesgebiet			Wanderungssaldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	- 539 999	- 4 777	- 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	- 68 766	7 185	- 75 951
2001	138 748	44 334	94 414	230 202	38 223	191 979	-91 454	6 111	- 97 565
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	- 76 756	4 071	- 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	- 57 699	653	- 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	- 52 529	- 854	- 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	- 47 092	1 884	- 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	- 50 684	3 460	- 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	- 48 780	6 025	- 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	- 41 421	9 587	- 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	- 18 508	13 811	- 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	- 9 883	13 696	- 23 579
2011	141 732	49 853	91 879	150 617	37 152	113 465	- 8 885	12 701	- 21 586
2012	141 017	50 286	90 731	143 680	38 047	105 633	- 2 663	12 239	- 14 902
2013	140 593	49 584	91 009	139 442	37 936	101 506	1 151	11 648	- 10 497
2014	141 966	48 247	93 719	134 765	37 720	97 045	7 201	10 527	- 3 326
2015	138 883	44 027	94 856	137 084	37 424	99 660	1 799	6 603	- 4 804

Wanderungssaldo der Bundesländer 2015
in 1 000



2017 - 01 - 0190

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.4 Wanderungen

2.4.3 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter	
		europäische Länder	außereuropäische Länder		europäische Länder	außereuropäische Länder
1 000						
2002	842,5	567,0	260,8	623,3	454,1	139,8
2003	769,0	520,3	225,6	626,3	434,9	143,6
2004 ¹² ...	780,2	530,0	199,1	697,6	479,5	155,3
2005	707,4	510,4	175,6	628,4	437,4	147,0
2006	661,9	479,8	163,3	639,1	439,6	148,9
2007	680,8	501,4	167,0	636,9	458,9	150,6
2008 ¹³ ...	682,1	495,0	178,9	737,9	547,5	181,5
2009 ¹³ ...	721,0	515,9	196,2	733,8	541,2	182,8
2010 ¹³ ...	798,3	585,1	205,8	670,6	493,3	169,5
2011	958,3	726,4	223,9	679,0	512,8	159,1
2012	1 080,9	838,0	236,7	712,0	544,8	160,2
2013	1 226,5	941,4	279,1	797,9	615,8	174,9
2014	1 464,7	1 081,2	375,5	914,2	713,2	186,1
2015	2 137,0	1 221,3	880,8	997,6	763,9	212,4
je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴						
2002	10,2	6,9	3,2	7,6	5,5	1,7
2003	9,3	6,3	2,7	7,6	5,3	1,7
2004 ¹² ...	9,5	6,4	2,4	8,5	5,8	1,9
2005	8,6	6,2	2,1	7,6	5,3	1,8
2006	8,0	5,8	2,0	7,8	5,3	1,8
2007	8,3	6,1	2,0	7,7	5,6	1,8
2008 ¹³ ...	8,3	6,0	2,2	9,0	6,7	2,2
2009 ¹³ ...	8,8	6,3	2,4	9,0	6,6	2,2
2010 ¹³ ...	9,8	7,2	2,5	8,2	6,0	2,1
2011	11,9	9,0	2,8	8,5	6,4	2,0
2012	13,4	10,4	2,9	8,8	6,8	2,0
2013	15,2	11,7	3,5	9,9	7,6	2,2
2014	18,0	13,3	4,6	11,3	8,8	2,3
2015	26,0	14,9	10,7	12,1	9,3	2,6

1 Einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

2 Überhöhte Außenwanderungsdaten deutscher Personen aufgrund von Korrekturen im Land Hessen.

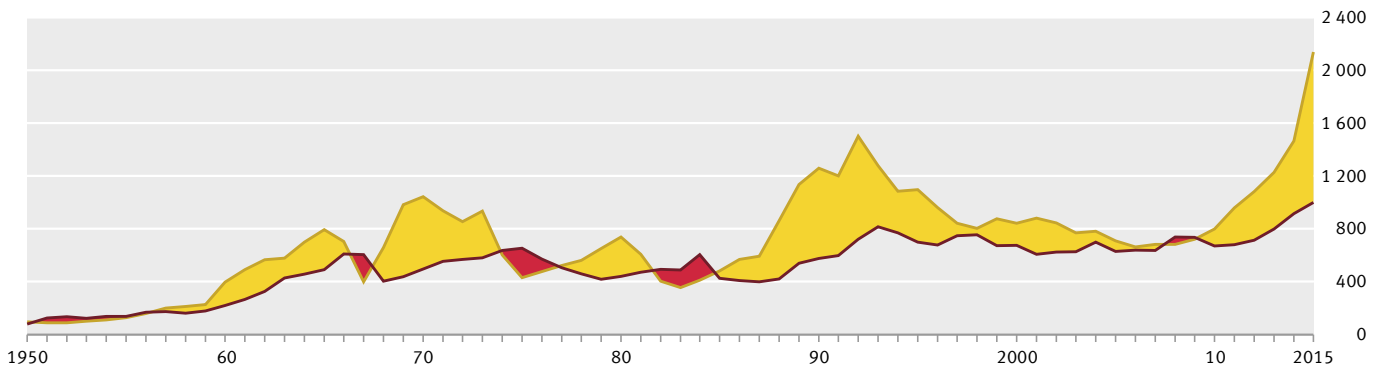
3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

4 Ab 2011 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

in 1 000

■ Überschuss an Zuzügen ■ Überschuss an Fortzügen ■ Zuzüge ■ Fortzüge



1950 bis 1956: Ohne Saarland.

Ab 1991: Deutschland. Zuvor früheres Bundesgebiet, einschl. Berlin-West sowie einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

Ab 2008: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2017 - 01 - 0191

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.4 Wanderungen

2.4.4 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern 2015

	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
Insgesamt	2 136 954	120 713	2 016 241	997 552	138 273	859 279	+1 139 402	- 17 560	+1 156 962
Europa	1 221 291	71 435	1 149 856	763 886	85 499	678 387	+ 457 405	- 14 064	+ 471 469
EU-Länder	911 720	46 737	864 983	579 209	55 644	523 565	+ 332 511	- 8 907	+ 341 418
darunter:									
Belgien	5 915	1 871	4 044	5 075	2 123	2 952	+ 840	- 252	+ 1 092
Bulgarien	83 579	353	83 226	45 729	331	45 398	+ 37 850	+ 22	+ 37 828
Dänemark	3 299	736	2 563	3 782	1 254	2 528	- 483	- 518	+ 35
Finnland	2 677	281	2 396	2 305	339	1 966	+ 372	- 58	+ 430
Frankreich	22 314	5 658	16 656	19 570	5 863	13 707	+ 2 744	- 205	+ 2 949
Griechenland	32 494	966	31 528	16 975	741	16 234	+ 15 519	+ 225	+ 15 294
Irland	2 914	705	2 209	2 488	1 017	1 471	+ 426	- 312	+ 738
Italien	74 105	2 600	71 505	38 235	2 297	35 938	+ 35 870	+ 303	+ 35 567
Kroatien	57 412	406	57 006	20 685	446	20 239	+ 36 727	- 40	+ 36 767
Lettland	6 623	87	6 536	4 878	84	4 794	+ 1 745	+ 3	+ 1 742
Litauen	9 720	103	9 617	5 802	111	5 691	+ 3 918	- 8	+ 3 926
Luxemburg	4 022	635	3 387	2 707	734	1 973	+ 1 315	- 99	+ 1 414
Niederlande	14 340	2 816	11 524	12 243	3 384	8 859	+ 2 097	- 568	+ 2 665
Österreich	20 312	6 832	13 480	19 907	10 239	9 668	+ 405	- 3 407	+ 3 812
Polen	195 666	5 898	189 768	132 387	5 536	126 851	+ 63 279	+ 362	+ 62 917
Portugal	10 654	782	9 872	8 181	868	7 313	+ 2 473	- 86	+ 2 559
Rumänien	213 037	855	212 182	126 763	829	125 934	+ 86 274	+ 26	+ 86 248
Schweden	4 337	1 060	3 277	4 686	1 771	2 915	- 349	- 711	+ 362
Slowakei	14 376	116	14 260	10 354	155	10 199	+ 4 022	- 39	+ 4 061
Spanien	35 717	6 088	29 629	24 462	6 216	18 246	+ 11 255	- 128	+ 11 383
Tschechische Republik	13 274	609	12 665	8 693	898	7 795	+ 4 581	- 289	+ 4 870
Ungarn	56 373	755	55 618	38 176	935	37 241	+ 18 197	- 180	+ 18 377
Vereinigtes Königreich	19 159	6 043	13 116	19 689	8 917	10 772	- 530	- 2 874	+ 2 344
Bosnien und Herzegowina	22 968	136	22 832	15 904	135	15 769	+ 7 064	+ 1	+ 7 063
Kosovo	41 492	175	41 317	21 355	135	21 220	+ 20 137	+ 40	+ 20 097
Mazedonien	24 694	99	24 595	12 272	65	12 207	+ 12 422	+ 34	+ 12 388
Russische Föderation	25 082	4 583	20 499	11 876	2 341	9 535	+ 13 206	+ 2 242	+ 10 964
Schweiz	18 466	12 064	6 402	24 042	18 266	5 776	- 5 576	- 6 202	+ 626
Serbien	42 594	259	42 335	34 352	233	34 119	+ 8 242	+ 26	+ 8 216
Türkei	32 684	4 732	27 952	30 540	6 750	23 790	+ 2 144	- 2 018	+ 4 162
Ukraine	16 073	1 236	14 837	4 893	273	4 620	+ 11 180	+ 963	+ 10 217
Übriges Europa	21	1	20	23	2	21	- 2	- 1	- 1
Außereuropa	880 820	47 080	833 740	212 399	46 007	166 392	+ 668 421	+ 1 073	+ 667 348
Afrika	115 905	5 693	110 212	33 385	4 574	28 811	+ 82 520	+ 1 119	+ 81 401
Amerika	69 171	19 159	50 012	60 942	21 496	39 446	+ 8 229	- 2 337	+ 10 566
Brasilien	10 513	1 925	8 588	8 296	1 338	6 958	+ 2 217	+ 587	+ 1 630
Kanada	5 511	1 846	3 665	5 058	2 200	2 858	+ 453	- 354	+ 807
Vereinigte Staaten	32 430	10 159	22 271	32 470	13 438	19 032	- 40	- 3 279	+ 3 239
Übriges Amerika	15	8	7	12	8	4	+ 3	-	+ 3
Asien	687 848	18 588	669 260	110 368	15 078	95 290	+ 577 480	+ 3 510	+ 573 970
Afghanistan	94 902	317	94 585	4 971	159	4 812	+ 89 931	+ 158	+ 89 773
China ¹⁾	28 193	2 991	25 202	17 878	2 729	15 149	+ 10 315	+ 262	+ 10 053
Indien	24 997	829	24 168	14 783	761	14 022	+ 10 214	+ 68	+ 10 146
Irak	73 122	1 418	71 704	5 777	1 033	4 744	+ 67 345	+ 385	+ 66 960
Übriges Asien	2 418	80	2 338	465	84	381	+ 1 953	- 4	+ 1 957
Australien und Ozeanien	7 896	3 640	4 256	7 704	4 859	2 845	+ 192	- 1 219	+ 1 411
Übrige und ohne Angabe	34 843	2 198	32 645	21 267	6 767	14 500	+ 13 576	- 4 569	+ 18 145

1 Ohne Taiwan.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

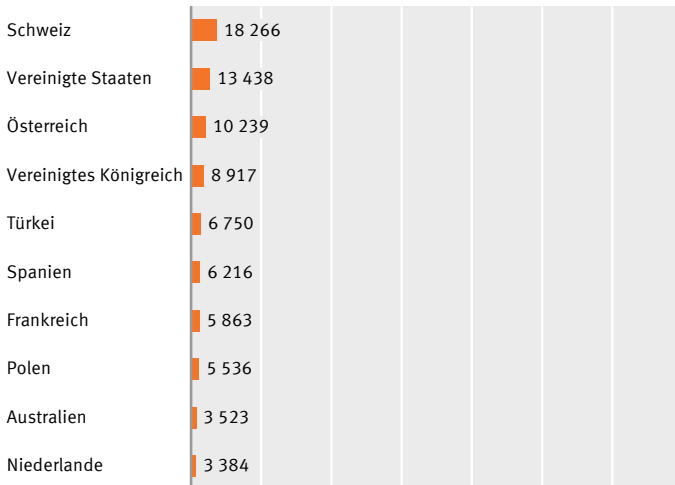
2.4 Wanderungen

2.4.5 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen und Geschlecht 2015

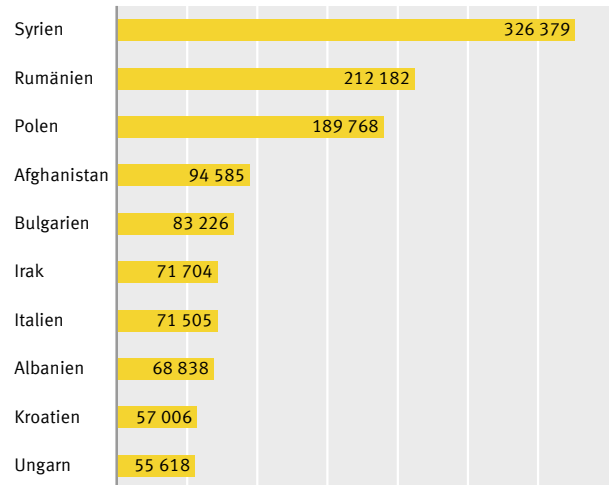
	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Anzahl									
Insgesamt	2 136 954	120 713	2 016 241	997 552	138 273	859 279	+ 1 139 402	- 17 560	+ 1 156 962
Männlich	1 366 230	65 469	1 300 761	633 806	73 987	559 819	+ 732 424	- 8 518	+ 740 942
Weiblich	770 724	55 244	715 480	363 746	64 286	299 460	+ 406 978	- 9 042	+ 416 020
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	421 176	28 836	392 340	111 005	25 224	85 781	+ 310 171	+ 3 612	+ 306 559
18 - 25	495 311	13 856	481 455	186 121	14 317	171 804	+ 309 190	- 461	+ 309 651
25 - 30	352 049	14 103	337 946	171 886	23 584	148 302	+ 180 163	- 9 481	+ 189 644
30 - 50	699 315	40 883	658 432	393 793	50 561	343 232	+ 305 522	- 9 678	+ 315 200
50 - 65	143 824	16 591	127 233	104 913	16 768	88 145	+ 38 911	- 177	+ 39 088
65 und mehr	25 279	6 444	18 835	29 834	7 819	22 015	- 4 555	- 1 375	- 3 180
je 1 000 Einwohner/-innen ¹									
Insgesamt	26,2	1,6	249,0	12,2	1,9	106,1	+ 13,9	- 0,2	+ 142,9
Männlich	34,0	1,8	306,6	15,8	2,1	132,0	+ 18,2	- 0,2	+ 174,7
Weiblich	18,6	1,5	185,7	8,8	1,7	77,7	+ 9,8	- 0,2	+ 108,0
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	31,9	2,4	370,2	8,4	2,1	80,9	+ 23,5	+ 0,3	+ 289,3
18 - 25	78,9	2,6	518,8	29,6	2,7	185,1	+ 49,2	- 0,1	+ 333,6
25 - 30	66,7	3,2	387,7	32,6	5,4	170,1	+ 34,1	- 2,2	+ 217,6
30 - 50	32,2	2,2	205,5	18,2	2,7	107,1	+ 14,1	- 0,5	+ 98,4
50 - 65	8,0	1,0	99,7	5,8	1,0	69,1	+ 2,2	+ 0,0	+ 30,6
65 und mehr	1,5	0,4	24,9	1,7	0,5	29,1	- 0,3	- 0,1	- 4,2

1 Bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner/-innen der gleichen Altersgruppe bzw. des gleichen Geschlechts (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

Top 10-Zielländer der ausgewanderten Deutschen 2015



Top 10-Herkunftsländer der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer 2015



2017 - 01 - 0192

2.5 Bevölkerungsvorausberechnung

2.5.1 Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

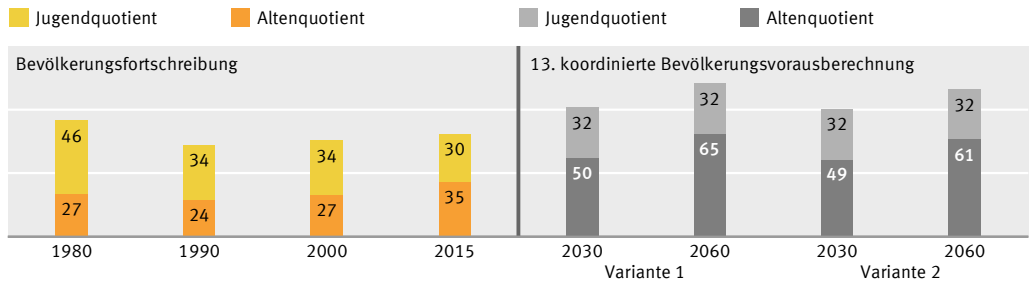
	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 65	65 – 80	80 und mehr
Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung ¹										
1 000										
2020	81 434	10 612	3 703	9 034	10 662	9 965	13 276	5 838	12 430	5 915
2030	79 230	10 244	3 597	7 747	9 304	10 669	9 742	6 132	15 579	6 215
2040	75 963	9 042	3 530	7 686	8 028	9 333	10 473	4 692	15 385	7 794
2050	71 902	8 373	3 056	7 283	7 972	8 076	9 191	5 214	12 940	9 798
2060	67 563	8 080	2 848	6 424	7 573	8 028	7 979	4 342	13 468	8 821
2013 = 100										
2020	100,8	99,7	91,6	93,0	110,3	80,6	107,1	114,6	99,5	135,5
2030	98,1	96,3	89,0	79,8	96,3	86,3	78,6	120,4	124,8	142,4
2040	94,1	85,0	87,3	79,2	83,1	75,5	84,5	92,1	123,2	178,6
2050	89,0	78,7	75,6	75,0	82,5	65,3	74,1	102,3	103,6	224,5
2060	83,7	75,9	70,5	66,2	78,4	64,9	64,4	85,2	107,9	202,1
Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung ¹										
1 000										
2020	81 953	10 685	3 726	9 208	10 787	10 040	13 314	5 845	12 433	5 915
2030	80 919	10 578	3 662	8 001	9 769	10 973	9 912	6 177	15 627	6 220
2040	78 906	9 584	3 688	8 053	8 572	9 976	10 868	4 810	15 540	7 815
2050	76 115	9 020	3 288	7 838	8 630	8 798	9 920	5 455	13 301	9 865
2060	73 079	8 882	3 107	7 092	8 419	8 864	8 787	4 745	14 191	8 990
2013 = 100										
2020	101,5	100,4	92,2	94,8	111,6	81,2	107,4	114,7	99,6	135,5
2030	100,2	99,4	90,6	82,4	101,1	88,7	79,9	121,2	125,2	142,5
2040	97,7	90,0	91,3	82,9	88,7	80,7	87,7	94,4	124,5	179,1
2050	94,2	84,7	81,4	80,7	89,3	71,1	80,0	107,1	106,5	226,0
2060	90,5	83,5	76,9	73,0	87,1	71,7	70,9	93,1	113,7	206,0
Variante 2-A: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung ^{1,2}										
1 000										
2020	83 450	11 223	3 841	9 580	11 088	10 179	13 364	5 851	12 426	5 899
2030	82 857	11 335	3 856	8 187	10 143	11 273	10 043	6 211	15 646	6 164
2040	81 286	10 306	3 947	8 489	8 761	10 350	11 157	4 885	15 628	7 763
2050	78 998	9 816	3 540	8 323	9 068	8 988	10 283	5 624	13 522	9 834
2060	76 506	9 815	3 385	7 559	8 906	9 303	8 971	4 897	14 640	9 030
2015 = 100										
2020	101,6	103,1	91,7	96,0	109,6	88,4	102,9	112,5	98,8	124,7
2030	100,8	104,2	92,0	82,1	100,2	97,9	77,3	119,4	124,5	130,3
2040	98,9	94,7	94,2	85,1	86,6	89,9	85,9	93,9	124,3	164,2
2050	96,1	90,2	84,5	83,4	89,6	78,1	79,1	108,1	107,6	208,0
2060	93,1	90,2	80,8	75,8	88,0	80,8	69,0	94,1	116,5	191,0

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

- 1 Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,4 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 84,8 Jahre bzw. für neugeborene Mädchen 88,8 Jahre; jährlicher Wanderungssaldo 100 000 (Variante 1) bzw. 200 000 (Variante 2).
- 2 Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,5 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 84,7 Jahre bzw. für neugeborene Mädchen 88,6 Jahre; Außenwanderungssaldo sinkt von 750 000 im Jahr 2016 auf 200 000 im Jahr 2021, danach konstant (Variante 2-A).

2.5 Bevölkerungsvorausberechnung

Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Der **Jugendquotient** gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an. Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Die Annahmen der Varianten beschreiben die Fußnoten 1 und 2 der Tabelle 2.5.1

2017 - 01 - 00193

2.5.2 Entwicklung der Privathaushalte bis 2035

	Insgesamt	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen				Durchschnittliche Haushaltsgröße
			2	3	4	5 und mehr	
							Anzahl
1 000							
2020 ...	42 202	17 621	14 683	4 957	3 659	1 283	1,97
2025 ...	42 646	17 998	15 134	4 759	3 540	1 215	1,95
2030 ...	42 936	18 422	15 377	4 555	3 428	1 154	1,93
2035 ...	43 170	18 985	15 413	4 377	3 308	1 087	1,90
%							
2020 ...	100	41,8	34,8	11,7	8,7	3,0	X
2025 ...	100	42,2	35,5	11,2	8,3	2,8	X
2030 ...	100	42,9	35,8	10,6	8,0	2,7	X
2035 ...	100	44,0	35,7	10,1	7,7	2,5	X

Trendvariante. – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

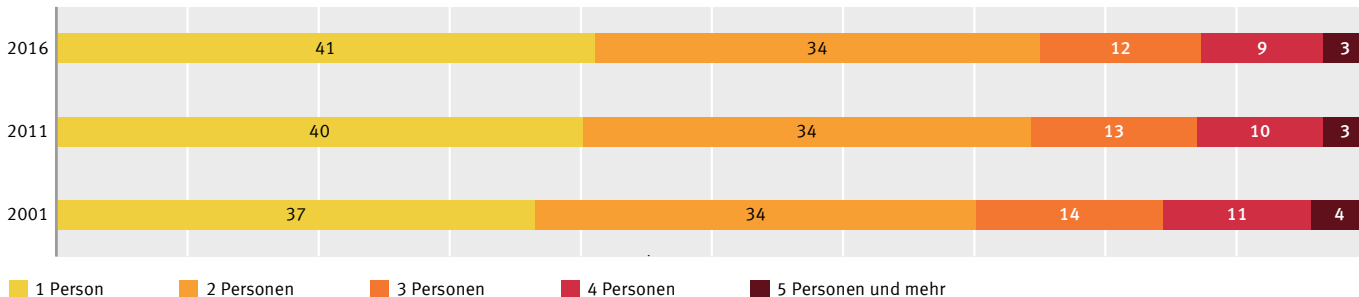
2.6.1 Privathaushalte nach Zahl der Personen, Ländern und Gemeindegrößenklassen

	Privathaushalte insgesamt		Einpersonenhaushalte	Mehrpersonen- haushalte	Haushaltsmitglieder	
	1 000	Veränderung gegenüber 1991 in %			% der Privathaushalte insgesamt	
					1 000	Anzahl
April 1991	35 256	X	33,6	66,4	80 152	2,27
April 1996	37 281	5,7	35,4	64,6	82 069	2,20
April 2001	38 456	9,1	36,6	63,4	82 575	2,15
2006	39 767	12,8	38,8	61,2	82 618	2,08
2011	39 509	12,1	40,2	59,8	80 211	2,03
2014	40 223	14,1	40,8	59,2	80 802	2,01
2015	40 774	15,7	41,4	58,6	81 385	2,00
2016	40 960	16,2	41,1	58,9	82 342	2,01
2016 nach Ländern						
Baden-Württemberg	5 201	18,7	38,9	61,1	10 938	2,10
Bayern	6 358	27,3	41,2	58,8	12 984	2,04
Berlin	1 965	12,0	51,7	48,3	3 530	1,80
Brandenburg	1 241	19,5	37,1	62,9	2 478	2,00
Bremen	359	5,7	49,2	50,8	671	1,87
Hamburg	974	12,2	49,3	50,7	1 801	1,85
Hessen	3 027	17,9	40,1	59,9	6 196	2,05
Mecklenburg-Vorpommern	838	12,9	40,5	59,5	1 613	1,92
Niedersachsen	3 941	21,6	41,1	58,9	7 950	2,02
Nordrhein-Westfalen	8 707	12,6	39,8	60,2	17 805	2,04
Rheinland-Pfalz	1 947	20,2	37,9	62,1	4 058	2,08
Saarland	495	0,6	40,8	59,2	992	2,00
Sachsen	2 174	6,1	43,4	56,6	4 079	1,88
Sachsen-Anhalt	1 175	-1,7	42,1	57,9	2 216	1,89
Schleswig-Holstein	1 437	21,4	40,4	59,6	2 868	2,00
Thüringen	1 120	6,2	40,9	59,1	2 163	1,93
2016 nach Gemeindegrößenklassen						
von ... bis unter ... Einwohner/-innen						
unter 5 000	5 382	-5,8	32,3	67,7	11 878	2,21
5 000 – 20 000	10 317	32,7	35,7	64,3	21 818	2,11
20 000 – 100 000	11 212	25,2	39,8	60,2	22 680	2,02
100 000 und mehr	14 048	9,7	49,4	50,6	25 965	1,85

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

Privathaushalte nach Haushaltsgröße

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz

2017-01-0194

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

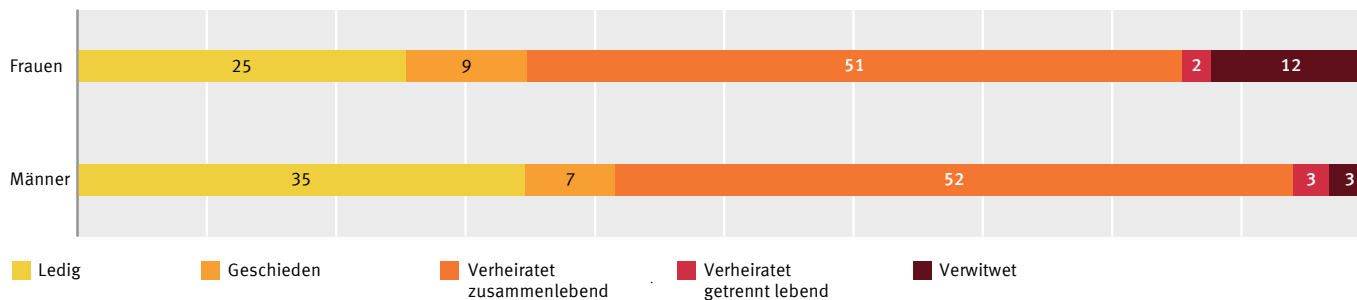
2.6.2 Bevölkerung in privaten Haushalten ab 18 Jahren nach Altersgruppen und Familienstand 2016

Alter von ... bis unter ... Jahren	Haushaltsmitglieder nach Familienstand						Darunter Einpersonenhaushalte nach Familienstand					
	insgesamt	ledig	verheiratet		geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend		geschieden	verwitwet
			zusammen- lebend	getrennt lebend								
1 000	% der Privathaushalte					1 000	% der Einpersonenhaushalte					
Insgesamt												
Insgesamt	68 936	30,0	51,4	2,5	8,2	7,8	16 817	49,9	6,3	18,5	25,3	
unter 25	6 278	95,9	3,5	0,5	0,1	/	1 343	99,0	0,8	/	/	
25 – 45	20 886	48,7	43,5	2,7	4,8	0,3	4 777	87,8	5,5	6,4	0,3	
45 – 65	24 905	14,8	64,8	3,4	13,7	3,4	5 045	44,1	10,4	36,0	9,5	
65 und mehr	16 868	4,7	59,4	1,9	7,4	26,7	5 652	11,3	4,6	17,5	66,6	
Männer												
unter 25	3 267	97,8	1,7	0,4	/	/	730	98,8	1,0	/	/	
25 – 45	10 694	55,3	38,2	2,8	3,6	0,1	3 114	87,1	6,5	6,3	/	
45 – 65	12 427	18,0	64,6	3,7	12,3	1,4	2 757	51,9	12,0	32,6	3,5	
65 und mehr	7 490	5,2	74,4	2,3	6,3	11,8	1 493	20,6	9,4	22,6	47,5	
Zusammen	33 879	34,6	52,4	2,8	7,0	3,2	8 094	63,9	8,4	17,7	10,0	
Frauen												
unter 25	3 010	93,8	5,4	0,5	0,2	/	613	99,2	/	/	/	
25 – 45	10 191	41,8	49,1	2,6	6,1	0,4	1 664	89,0	3,8	6,8	0,4	
45 – 65	12 478	11,5	65,0	3,0	15,1	5,3	2 287	34,6	8,5	40,1	16,8	
65 und mehr	9 377	4,2	47,4	1,5	8,2	38,6	4 159	8,0	2,9	15,6	73,5	
Zusammen	35 057	25,4	50,6	2,3	9,4	12,3	8 723	36,9	4,3	19,3	39,5	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Frauen und Männer ab 18 Jahren nach Familienstand 2016

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2017 - 01 - 0195

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.3 Eheschließungen, Begründungen von Lebenspartnerschaften

	Eheschließungen		Begründungen von Lebenspartnerschaften		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	insgesamt	Männer	Frauen
1950	750 452	11,0	-	-	-
1960	689 028	9,5	-	-	-
1970	575 233	7,4	-	-	-
1980	496 603	6,3	-	-	-
1990	516 388	6,5	-	-	-
2000	418 550	5,1	-	-	-
2010	382 047	4,7	-	-	-
2011	377 816	4,7	-	-	-
2012	387 423	4,8	-	-	-
2013	373 655	4,6	-	-	-
2014	385 952	4,8	7 112	3 558	3 554
2015	400 115	4,9	7 401	3 602	3 799
2015 nach Ländern					
Baden-Württemberg	52 627	4,9	745	346	399
Bayern	65 128	5,1	975	504	471
Berlin	13 759	3,9	834	492	342
Brandenburg	13 314	5,4	216	76	140
Bremen	2 708	4,1	56	25	31
Hamburg	6 422	3,6	251	160	91
Hessen	28 833	4,7	552	297	255
Mecklenburg-Vorpommern	11 106	6,9	189	66	123
Niedersachsen	40 241	5,1	622	263	359
Nordrhein-Westfalen	85 045	4,8	1 663	806	857
Rheinland-Pfalz	20 341	5,0	316	154	162
Saarland	4 861	4,9	104	48	56
Sachsen	18 541	4,6	277	122	155
Sachsen-Anhalt	10 575	4,7	138	56	82
Schleswig-Holstein	16 880	5,9	362	145	217
Thüringen	9 734	4,5	101	42	59

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2.6.4 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand sowie Heiratsziffern Lediger

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende 2015				Heiratsziffern Lediger			
	insgesamt	darunter Ausländer/-innen	Familienstand vor der Eheschließung		2000	2014 ¹³	2015 ¹³	
			ledig	verwitwet ¹¹				geschieden ¹²
Anzahl					Eheschließende Ledige je 1 000 Ledige gleichen Alters			
Männer								
Insgesamt	400 115	30 415	304 204	6 037	89 874	X	X	X
dar. Ausländer	30 415	X	24 772	219	5 424	X	X	X
unter 20	660	221	660	-	-	1	0	0
20 - 25	20 450	4 310	20 347	1	102	19	9	9
25 - 30	88 623	8 833	87 197	13	1 413	50	37	37
30 - 35	99 432	7 030	94 296	44	5 092	57	58	58
35 - 40	58 243	4 122	49 260	97	8 886	38	47	47
40 - 45	34 353	2 356	22 778	157	11 418	22	27	28
45 - 50	31 943	1 390	14 580	387	16 976	14	17	17
50 - 55	27 698	872	8 382	660	18 656	10	12	13
55 - 60	17 978	599	3 798	871	13 309	6	9	9
60 und mehr	20 735	682	2 906	3 807	14 022	0	0	0
Frauen								
Insgesamt	400 115	35 966	305 082	4 248	90 785	X	X	X
dar. Ausländerinnen ..	35 966	X	27 279	573	8 114	X	X	X
unter 20	3 551	878	3 550	-	1	7	2	2
20 - 25	42 750	7 098	42 315	6	429	40	21	20
25 - 30	115 844	9 704	111 973	36	3 835	76	60	60
30 - 35	92 114	7 402	82 667	139	9 308	64	71	71
35 - 40	45 351	4 351	33 428	259	11 664	36	46	47
40 - 45	25 477	2 529	12 851	361	12 265	21	24	24
45 - 50	26 968	1 742	9 057	546	17 365	13	16	17
50 - 55	23 812	1 124	5 309	797	17 706	9	13	13
55 - 60	13 259	606	2 408	730	10 121	5	9	10
60 und mehr	10 989	532	1 524	1 374	8 091	0	0	0

1 Einschl. Personen, deren frühere(r) Ehegatte/-gattin für tot erklärt worden ist.

2 Einschl. „Frühere Ehe aufgehoben“.

3 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.5 Durchschnittliches Heiratsalter

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1990	31,1	27,9	56,9	40,5	28,2	25,5	47,3	37,0
2000	35,0	31,2	60,8	44,4	31,9	28,4	50,2	40,8
2005	36,5	32,6	61,3	45,8	33,3	29,6	50,9	42,4
2010	37,3	33,2	62,6	48,0	34,1	30,3	52,9	44,7
2012	37,7	33,5	63,3	48,9	34,6	30,7	53,9	45,6
2013	37,8	33,6	63,8	49,3	34,7	30,9	54,4	46,0
2014	37,8	33,7	64,0	49,6	34,8	31,0	55,0	46,4
2015	37,9	33,8	64,2	50,1	35,0	31,2	55,4	46,7

2.6.6 Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder 2016

Geburtsjahrgänge (im Jahr 2016 erreichtes Alter von ... bis ... Jahren)	Frauen ohne Kind	Mütter	davon Mütter nach Zahl der Kinder			
			1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder
			%			
1992 – 1996 (20 – 24)	92	8	74	21	4	/
1987 – 1991 (25 – 29)	73	27	63	29	6	2
1982 – 1986 (30 – 34)	44	56	49	38	9	4
1977 – 1981 (35 – 39)	26	74	35	46	14	5
1972 – 1976 (40 – 44)	21	79	31	47	16	6
1967 – 1971 (45 – 49)	20	80	32	47	15	5
1962 – 1966 (50 – 54)	19	81	31	49	15	5
1957 – 1961 (55 – 59)	17	83	28	49	16	6
1952 – 1956 (60 – 64)	16	84	30	48	16	6
1947 – 1951 (65 – 69)	14	86	30	48	15	6
1942 – 1946 (70 – 75)	13	87	29	46	17	8

Ergebnisse des Mikrozensus, Hochrechnung auf Grundlage des Zensus 2011. – Bevölkerung am Hauptwohnsitz. – Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

2.6.7 Gerichtliche Ehelösungen

Gerichtliche Ehelösungen umfassen Ehescheidungen und Fälle, bei denen die Ehe aufgehoben wurde.

Die **Aufhebung der Ehe** bezeichnet die gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung.

	Gerichtliche Ehelösungen								Aufhebung der Ehe	Abweisung der Klage
	insgesamt	darunter Ehescheidungen						aufgrund anderer Vor- schriften ¹⁶		
		zusammen	je 1 000		davon Entscheidung in der Ehesache					
			Einwohner/ -innen ¹	bestehende Ehen ²	vor einjähriger Trennung ³	nach einjähri- ger Trennung ⁴	nach dreijähri- ger Trennung ⁵			
2000	194 630	194 408	2,4	10,1	3 527	171 668	18 316	897	222	254
2002	204 606	204 214	2,5	10,8	3 072	182 225	17 889	1 028	392	386
2003	214 274	213 975	2,6	11,4	3 950	186 618	22 169	1 238	299	322
2004	214 062	213 691	2,6	11,4	4 260	184 004	24 402	1 025	371	309
2005	202 072	201 693	2,4	10,9	4 013	172 308	24 320	1 052	379	323
2006	191 209	190 928	2,3	10,4	3 311	161 543	25 055	1 019	281	393
2007	187 321	187 072	2,3	10,3	2 971	157 537	25 556	1 008	249	350
2008	192 148	191 948	2,3	10,6	3 054	162 450	25 160	1 284	200	393
2009 ¹⁷	186 039	185 817	2,3	10,4	3 265	153 830	27 536	1 186	222	307
2010	187 248	187 027	2,3	10,6	3 093	151 108	31 589	1 237	221	338
2011	187 900	187 640	2,3	10,2 ¹⁸	2 600	153 688	29 922	1 430	260	315
2012	179 348	179 147	2,2	9,8	2 314	147 910	27 664	1 259	201	300
2013	170 033	169 833	2,1	9,3	1 904	141 201	26 072	656	200	302
2014	166 354	166 199	2,1	9,2	1 671	138 803	25 302	423	155	299
2015	163 504	163 335	2,0	9,1	1 770	135 358	25 831	376	169	216

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen am Jahresanfang.

3 § 1565 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 1565 Abs. 2 BGB.

4 § 1565 Abs. 1 BGB.

5 § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB.

6 U. a. ausländische Vorschriften.

7 Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

8 Bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen am 9.5.2011 (Stichtag des Zensus).

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

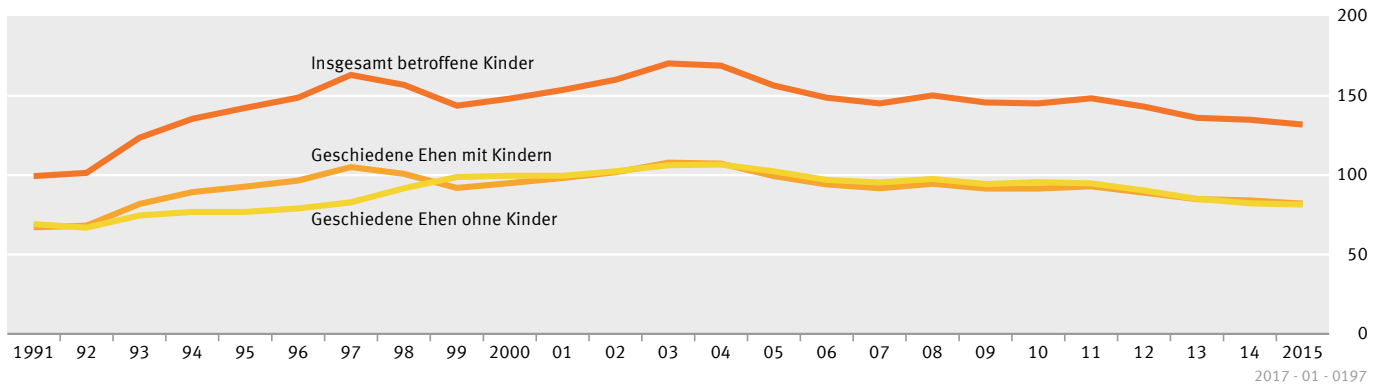
2.6.8 Geschiedene Ehen nach Ehedauer, Antragstellung und Kinderzahl 2015

Ehedauer in Jahren ¹	Ehescheidungen							
	insgesamt	und zwar			mit . . . betroffenen minderjährigen Kindern ²			
		nach Antragsteller/-in						
		Mann	Frau	beide	0	1	2	3 und mehr
Insgesamt	163 335	67 014	83 643	12 678	81 316	43 192	30 666	8 161
0	19	4	13	2	17	2	-	-
1	1 020	383	558	79	837	143	32	8
2	5 140	1 948	2 866	326	3 805	1 054	231	50
3	7 184	2 841	3 866	477	4 820	1 797	483	84
4	6 324	2 516	3 300	508	3 788	1 911	534	91
5	8 321	3 221	4 428	672	4 558	2 652	938	173
6	8 592	3 317	4 592	683	4 400	2 739	1 244	209
7	8 233	3 137	4 475	621	3 814	2 641	1 503	275
8	7 698	2 953	4 143	602	3 279	2 385	1 719	315
9	7 209	2 791	3 846	572	2 863	2 277	1 734	335
10	6 946	2 800	3 643	503	2 596	2 084	1 864	402
11	6 823	2 705	3 572	546	2 442	1 944	1 947	490
12	6 104	2 468	3 172	464	1 991	1 751	1 883	479
13	5 930	2 418	3 016	496	1 796	1 693	1 855	586
14	5 306	2 100	2 783	423	1 569	1 527	1 666	544
15	5 398	2 319	2 649	430	1 460	1 483	1 900	555
16 bis 20	23 525	10 056	11 565	1 904	6 291	7 033	7 706	2 495
21 bis 25	18 803	8 338	9 007	1 458	9 640	5 610	2 736	817
26 und mehr	24 760	10 699	12 149	1 912	21 350	2 466	691	253

1 Ermittelt als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2015: Ehedauer 0 = Eheschließung 2015, Ehedauer 1 = Eheschließung 2014 usw.

2 Zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung.

Ehescheidungen mit betroffenen minderjährigen Kindern in Tausend



2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.9 Ehescheidungen im Zeitvergleich

	Ehescheidungen		Durchschnittliches Alter Geschiedener ¹³		Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	Zusammengefasste ehedauer-spezifische Scheidungsziffer
	je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴	je 1 000 bestehende Ehen ¹²	Männer	Frauen		
Deutschland						
1991	1,7	7,0	39,1	36,2	11,7	240,1
1995	2,1	8,7	39,5	36,8	12,1	308,6
2000	2,4	10,1	41,2	38,6	12,9	373,1
2005	2,4	10,9	43,0	40,3	13,6	403,7
2010	2,3	10,6	44,7	41,8	14,2	389,0
2011	2,3	10,2 ¹⁵	45,1	42,2	14,5	391,0
2012	2,2	9,8	45,5	42,5	14,6	374,9
2013	2,1	9,3	45,7	42,8	14,7	357,1
2014	2,1	9,2	45,9	42,9	14,7	353,6
2015	2,0	9,1	46,3	43,3	14,9	347,1
Früheres Bundesgebiet¹³						
1991	2,0	8,3	39,3	36,4	11,9	302,3
1995	2,2	9,2	39,8	37,0	12,2	340,5
2000	2,4	10,4	41,2	38,6	12,6	384,5
2005	2,5	11,2	42,9	40,2	13,2	413,7
2010	2,4	11,0	44,6	41,7	13,9	400,0
2011	2,4	10,5 ¹⁵	45,0	42,1	14,2	400,8
2012	2,3	10,0	45,4	42,4	14,4	382,8
2013	2,1	9,5	45,7	42,7	14,5	362,9
2014	2,1	9,4	45,8	42,8	14,5	358,4
2015	2,0	9,2	46,3	43,2	14,8	352,3
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁴						
1991	0,6	2,3	36,1	33,6	9,5	63,9
1995	1,5	6,2	37,7	35,0	11,6	193,0
2000	2,1	8,9	41,1	38,6	14,4	323,1
2005	2,1	9,1	43,4	40,9	15,6	355,8
2010	1,9	8,4	45,0	42,4	15,8	328,8
2011	2,0	8,6 ¹⁵	45,5	42,8	16,0	337,3
2012	1,9	8,4	45,8	43,1	16,0	332,5
2013	1,9	8,3	46,2	43,3	15,9	325,2
2014	1,8	8,2	46,1	43,3	15,5	326,9
2015	1,8	8,1	46,4	43,6	15,6	316,4

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese erreichte 2015 einen Wert von 347 bzw. 35 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2015 mehr als jede dritte Ehe im Laufe von 25 Jahren geschieden wurde.

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.
 2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen (am Jahresanfang).
 3 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.
 4 Ab 1995 ohne Berlin-Ost.
 5 Bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen am 9.5.2011 (Stichtag des Zensus).

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.10 Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

Der Begriff der Familie umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein-erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesem Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

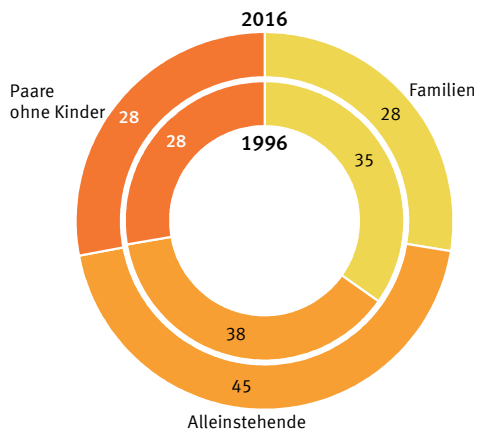
	Familien insgesamt				Alleinerziehende	Paare ohne Kinder insgesamt			Alleinstehende		
	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Ehepaare		Lebensgemeinschaften		insgesamt	darunter Frauen		
		gleichgeschlechtliche	nicht-eheliche			gleichgeschlechtliche	nicht-eheliche				
1 000	% der Familien insgesamt				1 000	% der Paare ohne Kinder insgesamt			1 000	%	
Deutschland											
April 1996	13 155	79,1	/	3,8	17,0	10 510	87,4	0,3	12,3	14 219	60,6
April 2001	12 672	76,2	/	5,2	18,6	11 244	86,3	0,4	13,3	14 995	58,1
2006	12 397	72,5	/	6,0	21,4	11 358	85,2	0,5	14,3	16 512	54,4
2011	11 614	69,5	/	7,4	23,1	11 440	83,6	0,5	15,9	17 074	54,1
2014	11 434	68,1	0,1	8,1	23,7	11 685	83,0	0,7	16,3	17 971	53,0
2015	11 408	67,7	0,1	8,2	24,0	11 772	83,2	0,7	16,1	18 500	52,5
2016	11 575	68,2	0,1	8,4	23,3	11 738	82,8	0,7	16,5	18 672	51,6
Früheres Bundesgebiet¹											
April 1996	10 156	81,2	/	2,6	16,1	8 266	87,2	0,4	12,4	11 327	75,9
April 2001	9 953	78,8	/	3,7	17,4	8 855	86,3	0,3	13,4	11 679	60,3
2006	9 948	75,4	/	4,5	20,1	8 896	85,0	0,5	14,5	12 727	54,9
2011	9 481	72,4	/	5,5	22,0	8 899	83,5	0,5	16,0	13 242	54,5
2014	9 356	71,3	0,1	6,2	22,4	9 105	82,9	0,7	16,4	14 020	53,4
2015	9 363	70,7	0,1	6,4	22,8	9 171	83,0	0,8	16,2	14 448	52,9
2016	9 496	71,5	0,1	6,3	22,2	9 135	82,7	0,7	16,6	14 653	51,9
Neue Länder und Berlin											
April 1996	2 999	72,1	/	8,0	19,9	2 244	87,9	0,2	11,9	2 891	61,7
April 2001	2 719	66,6	/	10,4	23,0	2 388	86,4	0,4	13,2	3 316	57,4
2006	2 449	60,8	/	12,2	26,9	2 462	86,1	0,5	13,3	3 785	52,6
2011	2 133	56,3	/	15,4	28,2	2 541	84,1	0,5	15,5	3 832	52,7
2014	2 078	53,6	/	16,6	29,7	2 580	83,6	0,5	15,9	3 952	51,8
2015	2 045	53,6	/	16,6	29,7	2 601	83,7	0,6	15,7	4 053	51,3
2016	2 079	53,2	/	18,1	28,6	2 603	82,9	0,8	16,3	4 019	50,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

2017 - 01 - 0196

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

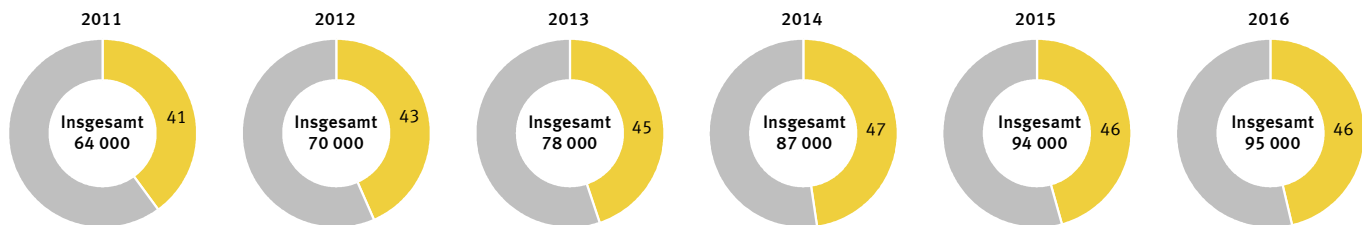
2.6.11 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften			Darunter eingetragene Lebenspartnerschaften		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1 000	%		1 000	%	
April 1996 ...	38	60,5	39,5	-	-	-
April 2001 ...	50	58,0	42,0	-	-	-
2006	62	62,9	37,1	12	66,7	33,3
2011	64	58,5	41,5	26	58,4	41,6
2014	87	54,7	45,3	41	57,9	42,1
2015	94	51,9	48,1	43	54,0	46,0
2016	95	56,1	43,9	44	56,9	43,1

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner/ einer Lebenspartnerin im Haushalt ist freiwillig. Die Angaben dürften daher als untere Grenze interpretiert werden. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Anteil an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

2017 - 01 - 0198

2.6.12 Aufhebung von Lebenspartnerschaften nach Dauer der Partnerschaft

	Insgesamt	Davon Lebenspartnerschaften							
		von Männern				von Frauen			
		zusammen	davon mit einer Dauer von ... bis unter ... Jahren			zusammen	davon mit einer Dauer von ... bis unter ... Jahren		
			unter 5	5 – 10	10 und mehr		unter 5	5 – 10	10 und mehr
2014	1 120	526	163	255	108	594	330	202	62
2015	1 136	526	180	218	128	610	308	230	72

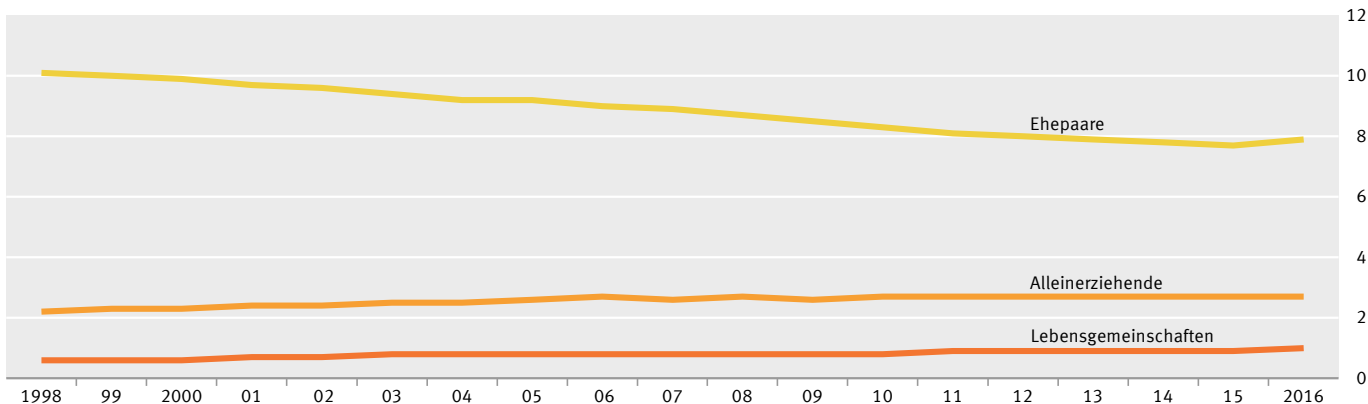
2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende
 2.6.13 Familien nach Familienform und Zahl der Kinder in der Familie

	Familien mit ... Kind(ern) ohne Altersbegrenzung						Darunter Familien mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren ¹				
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	1	2	3	4 und mehr	zusammen	1	2	3	4 und mehr
	1 000	%	% der Familien insgesamt			1 000	% der Familien mit minderjährigen Kindern				
April 1996											
Insgesamt	13 155	-	50,6	37,1	9,4	2,9	9 429	40,0	44,0	12,2	3,8
davon:											
Ehepaare	10 408	-	45,8	40,5	10,6	3,2	7 673	35,4	47,0	13,4	4,2
Lebensgemeinschaften ..	511	-	65,8	26,0	6,1	2,2	452	63,3	27,7	6,6	2,4
Alleinerziehende	2 236	-	69,6	23,9	5,0	1,5	1 304	58,5	31,6	7,4	2,4
2016											
Insgesamt	11 575	- 12,0	51,8	36,4	9,2	2,6	8 199	52,1	36,6	8,8	2,4
davon:											
Ehepaare	7 894	- 24,2	44,8	41,1	11,1	3,0	5 697	45,9	41,0	10,4	2,7
Lebensgemeinschaften ..	980	91,7	63,7	28,7	5,7	1,8	880	65,2	27,9	5,3	1,6
Alleinerziehende	2 701	20,8	68,0	25,3	5,2	1,6	1 622	67,1	26,0	5,3	1,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

1 Mögliche weitere Kinder der Familien im Alter ab 18 Jahren bleiben unberücksichtigt.

Lebensformen in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

2017 - 01 - 0199

2.6.14 Familien mit minderjährigen Kindern 2016

	Familien mit mindestens 1 minderjährigen Kind					
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
	1 000			%		
Insgesamt	8 199	5 496	2 703	100	100	100
1 Kind	3 428	2 448	980	41,8	44,5	36,3
2 Kinder	3 493	2 350	1 143	42,6	42,8	42,3
3 Kinder und mehr	1 277	698	579	15,6	12,7	21,4

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen
 2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende
 2.6.15 Minderjährige Kinder

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	2016	1996	2016	1996	2016	1996
	1 000					
Insgesamt	13 313	15 656	10 889	12 205	2 424	3 451
davon:						
Ehepaare	9 742	13 138	8 385	10 565	1 357	2 574
Lebensgemeinschaften	1 267	652	764	328	503	324
Alleinerziehende	2 304	1 866	1 741	1 312	564	554
	%					
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon:						
Ehepaare	73,2	83,9	77,0	86,6	56,0	74,6
Lebensgemeinschaften	9,5	4,2	7,0	2,7	20,7	9,4
Alleinerziehende	17,3	11,9	16,0	10,7	23,3	16,1

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Vergleichbarkeit der Zeitreihe ist eingeschränkt, da der Mikrozensus 2005 von einer Erhebung mit fester Berichtswoche auf eine Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt wurde, ab 2011 die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 realisiert wird und seit 2016 neue Vorratsstichproben verwendet werden.

2.6.16 Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach Erwerbsbeteiligung der Eltern 2016

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	%					
Insgesamt	100		100		100	
Beide Elternteile erwerbstätig	66,4		65,2		72,0	
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	27,7		29,1		20,7	
Kein Elternteil erwerbstätig	5,9		5,6		7,3	
Beide Elternteile erwerbstätig						
1 Elternteil vollzeittätig und 1 Elternteil teilzeittätig ..	71,4		76,3		49,6	
Beide Elternteile vollzeittätig	25,5		20,8		46,7	
Beide Elternteile teilzeittätig	3,1		2,9		3,7	
1 Elternteil erwerbstätig						
Elternteil vollzeittätig	87,1		88,3		78,8	
Elternteil teilzeittätig	12,9		11,7		21,2	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.6.17 Kindertageseinrichtungen am 1.3.2016

	Tageseinrichtungen		Davon		Kinder in Tageseinrichtungen		Davon		Pädagogisches Personal (ohne Leitung und Verwaltung)		Davon	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger
	Anzahl	%			Anzahl	%			Anzahl	%		
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren												
0 – 3	2 046	156,4	22,0	78,0	38 171	161,0	26,9	73,1	12 029	242,4	26,9	73,1
2 – 8 (ohne Schulkinder)	17 681	- 30,2	32,0	68,0	851 946	- 38,1	34,0	66,0	137 636	- 13,1	33,2	66,8
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 825	23,4	47,6	52,4	298 122	65,3	54,7	45,3	24 817	63,0	51,0	49,0
mit Kindern aller Altersgruppen ..	31 319	61,3	32,5	67,5	2 225 314	57,7	34,7	65,3	374 223	117,0	33,5	66,5
davon Tageseinrichtungen mit:												
Alterseinheitlichen Gruppen ..	11 707	118,9	35,2	64,8	910 474	95,3	35,5	64,5	143 257	176,2	34,5	65,5
Altersgemischten Gruppen ..	6 191	18,6	31,1	68,9	313 104	18,0	39,4	60,6	56 639	52,2	37,4	62,6
Alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	13 421	51,6	30,8	69,2	1 001 736	47,3	32,6	67,4	174 327	109,0	31,5	68,5
Insgesamt	54 871	12,8	33,0	67,0	3 413 553	14,5	36,2	63,8	548 705	57,0	34,1	65,9
darunter:												
Tageseinrichtungen mit integrativer Betreuung	19 209	43,2	31,8	68,2	1 427 922	45,7	34,2	65,8	242 324	94,7	33,0	67,0
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	252	- 27,2	9,5	90,5	7 153	- 47,2	10,6	89,4	3 311	- 14,1	7,6	92,4
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen ..	676	102,4	9,8	90,2	32 891	103,7	13,2	86,8	7 926	185,9	11,7	88,3
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 387	8,6	-	100	140 023	13,9	-	100	27 343	38,8	-	100

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.18 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1.3.2016

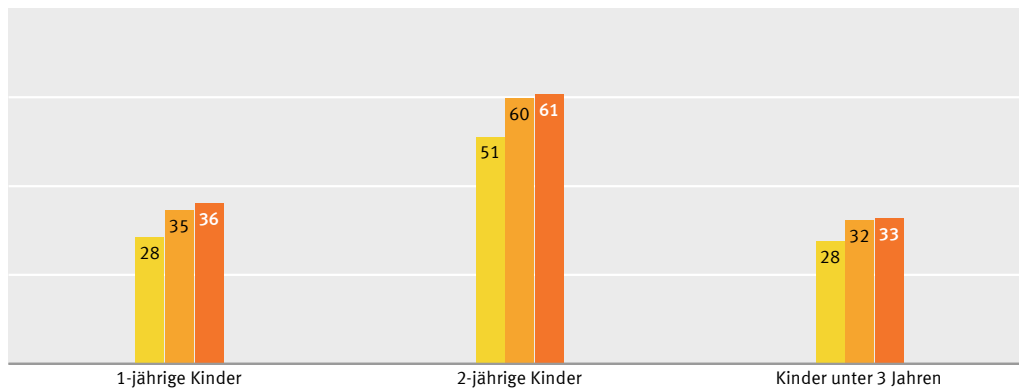
	Kinder unter 6 Jahren		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	0 – 3			3 – 6		
			zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹	zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland	2 712 556	20,2	719 558	32,7	18,3	1 992 998	93,6	44,8
Baden-Württemberg	354 543	12,5	82 534	27,7	10,7	272 009	94,7	22,7
Bayern	404 936	19,7	95 243	27,2	10,3	309 693	92,9	34,8
Berlin	146 316	33,3	50 589	45,9	30,3	95 727	94,9	60,8
Brandenburg	94 735	21,6	34 549	57,2	38,6	60 186	95,5	62,7
Bremen	19 833	28,8	5 033	27,0	16,5	14 800	87,8	37,3
Hamburg	68 188	46,4	23 977	42,9	22,9	44 211	90,0	45,6
Hessen	201 638	18,4	50 034	29,7	18,6	151 604	92,8	49,7
Mecklenburg-Vorpommern	61 148	17,2	22 367	56,0	41,2	38 781	95,4	67,6
Niedersachsen	245 807	21,8	58 176	28,4	11,7	187 631	93,2	29,1
Nordrhein-Westfalen	549 808	20,8	122 774	25,7	12,9	427 034	92,3	45,1
Rheinland-Pfalz	129 455	14,1	31 268	29,9	16,1	98 187	96,6	50,8
Saarland	27 574	9,6	6 389	28,6	22,5	21 185	95,4	48,7
Sachsen	159 069	28,8	55 657	50,6	42,5	103 412	95,5	81,1
Sachsen-Anhalt	80 367	7,9	30 368	57,0	46,2	49 999	94,1	81,5
Schleswig-Holstein	88 168	25,0	21 887	30,9	14,0	66 281	92,7	32,0
Thüringen	80 971	19,8	28 713	52,2	48,2	52 258	95,6	90,8

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

1 Anteil der durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe.

Betreuungsquoten¹ von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung, in %

■ 2012 ■ 2014 ■ 2016



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

1 Anteil der betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe. Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2017 - 01 - 0200

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.19 Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Betreuungsumfang am 1.3.2016

	Kinder in Tagesbetreuung		Davon mit einer vertraglich vereinbarten Betreuungszeit in Stunden pro Woche von					Durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	bis zu 25 Stunden	mehr als 25 bis 35 Stunden	mehr als 35 bis unter 40 Stunden	mehr als 40 bis unter 45 Stunden	45 und mehr Stunden	
	Anzahl	%						
Insgesamt	3 546 412	16,5	20,3	35,7	2,5	11,7	29,8	43,9
und zwar:								
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils ...	925 243	33,7	17,3	40,8	2,5	11,7	27,7	41,4
In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.	615 951	36,4	16,7	42,7	2,2	10,9	27,5	40,0
	nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	18 522	6,2	25,0	23,8	2,5	15,7	32,9	55,1
1 – 2	267 226	186,6	17,9	25,5	2,8	16,7	37,1	59,5
2 – 3	433 810	107,0	16,6	30,4	2,9	14,5	35,6	53,9
3 – 6	1 992 998	2,9	13,0	38,3	2,8	12,5	33,3	47,8
6 – 11	814 329	6,3	39,5	36,0	1,5	6,6	16,4	24,3
11 – 14	19 527	-3,1	70,4	24,1	0,7	1,3	3,4	6,1

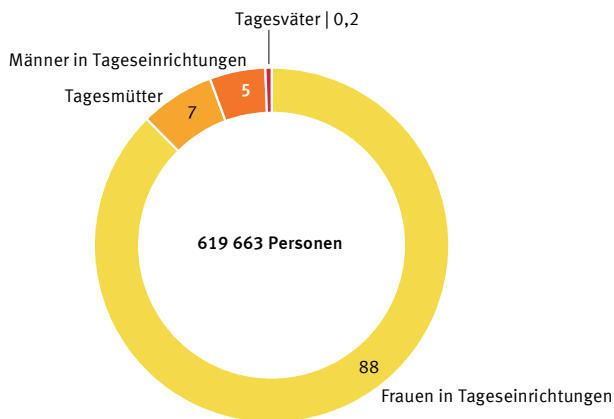
Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

2.6.20 Pädagogisch tätige Personen in der Kindertagesbetreuung am 1.3. 2016

	Pädagogisch tätige Personen			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	insgesamt	Männer	Frauen	unter 25	25 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr
	Anzahl	%						
In Kindertageseinrichtungen ...	576 193	5,5	94,5	12,3	35,5	23,3	23,4	5,4
darunter:								
Erzieher/-innen	385 456	4,2	95,8	7,0	36,0	25,2	26,1	5,8
Kinderpfleger/-innen	64 480	2,2	97,8	14,8	35,5	22,6	21,1	6,0
In öffentlich geförderter Kindertagespflege	43 470	3,3	96,7	1,2	29,2	29,5	29,0	11,1
darunter:								
Erzieher/-innen	5 556	1,6	98,4	1,6	34,6	27,1	26,5	10,2
Kinderpfleger/-innen	1 930	0,7	99,3	6,1	42,0	22,3	20,4	9,3

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

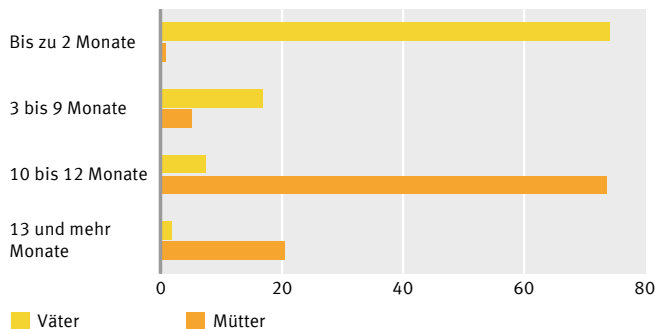
Pädagogisch tätige Personen in Kindertagesbetreuung 2016 in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. Stichtag: 1.3. – Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege.

Elterngeld nach voraussichtlicher Bezugsdauer der Erstmeldungen im 4. Quartal 2016 in %

Elterngeld für ab dem 1. Juli 2015 geborene Kinder kann bis zu 32 Monate lang in Anspruch genommen werden, wenn das neu eingeführte Elterngeld Plus (1 Monat Basiselterngeld = 2 Monate Elterngeld Plus) und der Partnerschaftsbonus (4 zusätzliche Monate bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit der Eltern) voll ausgeschöpft werden.



Ergebnisse der Elterngeldstatistik.

2017 - 01 - 0201

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.21 Kindergeld

	Empfangsberechtigte ¹			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹						Ausgezählte Beträge Mill. EUR
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt ²	davon waren ... Kind(er)					
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere	
	1 000	%		1 000	%					
2015	8 828	85,63	14,37	14 548	60,32	29,35	7,66	1,88	0,78	34 339
2016	8 919	84,18	15,82	14 718	60,24	29,33	7,72	1,91	0,88	35 208

Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.

1 Stand: Dezember.

2 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6.22 Elterngeld im 4. Quartal 2016

	Insgesamt		Davon		Höhe des durchschnittlichen Elterngeldanspruchs insgesamt	
	Anzahl	%	Mütter	Väter	Mütter	Väter
			EUR		EUR	
Deutschland	871 133		86,7	13,3	9 089	4 169
Baden-Württemberg	115 597		86,1	13,9	9 517	4 223
Bayern	142 707		85,7	14,3	9 672	4 015
Berlin	42 477		82,8	17,2	8 993	4 744
Brandenburg	23 653		86,6	13,4	9 197	3 729
Bremen	6 361		87,6	12,4	7 821	4 441
Hamburg	22 927		85,2	14,8	10 282	4 706
Hessen	65 943		87,2	12,8	9 230	4 408
Mecklenburg-Vorpommern ...	15 358		88,7	11,3	8 624	3 774
Niedersachsen	84 977		87,9	12,1	8 707	4 124
Nordrhein-Westfalen	186 574		87,5	12,5	8 661	4 343
Rheinland-Pfalz	41 419		89,1	10,9	8 791	4 229
Saarland	9 031		89,8	10,2	8 960	4 554
Sachsen	43 343		85,0	15,0	8 995	3 544
Sachsen-Anhalt	19 824		87,9	12,1	8 384	3 607
Schleswig-Holstein	28 168		87,9	12,1	8 997	4 182
Thüringen	22 774		86,4	13,6	8 962	3 272

Ergebnisse der Elterngeldstatistik.

2.6.23 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2015

Am Jahresende 2015 waren 744 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt. Dem gegenüber standen 5 370 Adoptionsbewerbungen.

	Adoptierte Kinder und Jugendliche							
	insgesamt		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
	Anzahl	%	verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ¹	Deutsche/ Nichtdeutsche ¹
Insgesamt	3 812	100	3,4	60,8	35,7	90,6	2,6	6,8
im Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 1	315	8,3	0,3	7,0	0,9	7,8	0,1	0,3
1 – 3	1 190	31,2	0,7	8,2	22,4	29,1	0,5	1,6
3 – 6	525	13,8	0,5	6,0	7,2	12,3	0,3	1,1
6 – 12	952	25,0	1,1	20,0	3,9	21,9	1,0	2,1
12 und mehr	830	21,8	0,8	19,6	1,3	19,5	0,6	1,7
nach Staatsangehörigkeit								
Deutsche	3 263	85,6	1,9	56,0	27,6	80,9	1,4	3,3
Nichtdeutsche ¹	549	14,4	1,5	4,8	8,1	9,7	1,1	3,6
nach Geschlecht								
Männlich	1 892	49,6	1,8	29,5	18,3	44,7	1,2	3,7
Weiblich	1 920	50,4	1,7	31,3	17,4	45,9	1,3	3,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Staatenloser.

2.6 Lebensformen: Familien, Paare ohne Kinder, Alleinstehende

2.6.24 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit 2015

	Adoptierte Kinder und Jugendliche			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Darunter mit den Adoptiv-eltern nicht verwandt
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	
Insgesamt	3 812	1 892	1 920	1 505	525	952	830	1 362
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	264	141	123	100	85	60	19	227
Europa	3 528	1 756	1 772	1 437	460	859	772	1 198
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	93	58	35	41	29	12	11	74
EU-Länder	3 397	1 683	1 714	1 399	437	841	720	1 138
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	38	23	15	16	14	7	1	33
Deutschland	3 263	1 606	1 657	1 337	407	816	703	1 054
Bulgarien	43	26	17	29	10	4	–	39
Griechenland	2	1	1	–	–	–	2	.
Italien	9	6	3	–	2	4	3	.
Polen	19	12	7	8	1	7	3	10
Portugal	2	1	1	1	–	–	1	.
Rumänien	20	11	9	12	6	1	1	15
Spanien	2	1	1	–	1	1	–	1
Sonstige EU-Länder	37	19	18	12	10	8	7	18
Bosnien und Herzegowina	4	–	4	–	3	–	1	3
Russische Föderation	67	42	25	23	16	7	21	37
Serbien	5	3	2	3	–	–	2	3
Türkei	12	7	5	5	1	3	3	9
Ukraine	17	8	9	1	–	4	12	–
Sonstige europäische Länder	26	13	13	6	3	4	13	8
Afrika	49	26	23	19	9	12	9	32
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	33	21	12	18	7	6	2	30
Äthiopien	3	–	3	–	–	3	–	.
Kamerun	4	–	4	–	–	2	2	.
Sonstige afrikanische Länder	42	26	16	19	9	7	7	29
Amerika	90	46	44	26	27	28	9	70
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	67	33	34	21	25	20	1	66
Brasilien	3	3	–	1	–	1	1	–
Chile	1	1	–	–	–	1	–	.
Kolumbien	21	14	7	9	5	7	–	20
Mexiko	1	–	1	–	–	–	1	.
Peru	4	2	2	–	–	–	4	–
Vereinigte Staaten	7	5	2	1	1	4	1	.
Sonstige amerikanische Länder	53	21	32	15	21	15	2	48
Asien	137	61	76	20	29	50	38	60
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	71	29	42	20	24	22	5	57
Armenien	1	–	1	–	–	–	1	.
Indien	9	4	5	5	2	1	1	.
Philippinen	12	4	8	–	1	4	7	–
Sri Lanka	2	1	1	–	1	1	–	.
Thailand	49	21	28	2	16	19	12	24
Vietnam	9	2	7	3	1	1	4	.
Sonstige asiatische Länder	55	29	26	10	8	24	13	23
Übrige	8	3	5	3	–	3	2	2
dar. im Zusammenhang mit der Adoption ins Inland geholt	–	–	–	–	–	–	–	–

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

2.7 Kirchen und Jüdische Gemeinden

2.7.1 Evangelische Kirche

	Kirchen- gemeinden	Theologen/ Theologinnen im aktiven Dienst	Kirchen- mitglieder	Äußerungen des kirchlichen Lebens						Gottesdienst- teilnehmende ^{1,3}
				Taufen ¹	Konfirmierte	Trauungen	Bestattungen	Aufnahmen ²	Austritte	
				Anzahl	1 000	Anzahl				
2010	15 129	.	23 896	174 164	231 891	51 882	292 602	56 905	145 250	841
2011	15 007	.	23 620	174 196	238 487	48 398	283 101	53 303	141 497	852
2012	14 769	.	23 356	168 048	227 211	48 833	282 926	51 414	138 195	827
2013	14 412	.	23 040	165 058	218 691	45 249	287 667	50 116	176 551	764
2014	14 251	.	22 629	160 764	209 933	45 508	270 273	44 151	270 003	761
2015	14 152	.	22 272	161 484	195 535	44 197	283 309	43 794	211 264	722

1 Kindertaufen ohne Taufen von Erwachsenen (Taufen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr).

2 Einschl. Übertritten, Wiederaufnahmen und Taufen von Erwachsenen.

3 Gottesdienste am Sonntag Invokavit einschl. Kindergottesdienste.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland

2.7.2 Katholische Kirche

	Pfarreien und sonstige Seel- sorgestellen	Katholiken ¹	Äußerungen des kirchlichen Lebens							Teilnehmer/ -innen am sonntäglichen Gottesdienst
			Taufen	Erst- kommunionen	Trauungen	Bestattungen	Eintritte	Wiederauf- nahmen	Austritte	
			Anzahl	1 000	Anzahl				1 000 ²	
2010	11 524	24 651	170 339	224 932	48 524	252 965	3 576	7 403	181 193	3 103
2011	11 398	24 473	169 599	210 608	46 021	247 762	3 217	7 163	126 488	3 011
2012	11 222	24 340	167 505	202 088	47 161	247 502	3 091	7 185	118 335	2 861
2013	11 085	24 171	164 664	191 169	43 728	252 344	3 062	6 980	178 805	2 603
2014	10 911	23 939	164 833	188 342	44 158	240 262	2 809	6 314	217 716	2 614
2015	10 817	23 761	167 226	178 746	44 298	254 260	2 685	6 474	181 925	2 464

1 Katholikenzahl nach Angaben der Pfarreien und Bistümer.

2 Durchschnittszahlen.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.3 Kirchensteuer und Kirchgeld

	Evangelische Kirche			Katholische Kirche		
	insgesamt	Kirchensteuern		insgesamt	Kirchensteuern	
		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld
	1 000 EUR					
2010	4 255 540	4 226 245	29 295	4 802 718	4 794 017	8 701
2011	4 379 657	4 350 281	29 376	4 924 611	4 917 887	6 724
2012	4 624 472	4 595 335	29 137	5 197 801	5 188 199	9 602
2013	4 842 390	4 812 714	29 676	5 460 209	5 450 133	10 075
2014	5 077 770	5 048 660	29 110	5 691 209	5 681 190	10 020
2015	5 365 280	5 335 416	29 864	6 096 170	6 085 643	10 527
2016	5 453 916	5 423 765	30 151	6 156 494	6 145 936	10 559

1 Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter.

Quellen: Evangelische Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.4 Jüdische Gemeinden

	Mitglieder	Gemeinden	Rabbiner/ -innen	Synagogen	Betsäle	Ritualbäder	Gemeinde- bibliotheken
2010	104 024	108	56	96	34	37	92
2011	102 797	108	67	98	32	36	99
2012	102 135	108	69	99	31	37	100
2013	101 338	108	70	99	31	38	100
2014	100 437	108	71	100	34	38	100
2015	99 695	105	69	100	32	39	100
2016	98 594	105	71	100	33	39	100

Quellen: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Zentralrat der Juden in Deutschland

Methodik

■ Bevölkerung

Zum ständigen Arbeitsprogramm der **Bevölkerungsstatistik** gehören die Bevölkerungsfortschreibung sowie die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge innerhalb und über die Grenzen Deutschlands). Des Weiteren umfasst die Bevölkerungsstatistik auch analytische Berechnungen, z. B. über Sterblichkeit, Ehedauer, Heirats-, Scheidungs- und Geburtenhäufigkeit sowie Bevölkerungsvorausberechnungen.

Bevölkerungsfortschreibung

Die **Bevölkerungsfortschreibung** weist die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Veränderungen nach. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG § 5 Abs. 1). Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf Gemeindeebene geführt. Die Ergebnisse der jeweiligen letzten Volkszählungen dienen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen. Die Bevölkerungszahlen werden anhand einer Bilanzierung der Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik fortgeschrieben. Ferner werden Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen, Gebietsänderungen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehescheidungen sowie ab 2011 der Begründung und der Aufhebung von Lebenspartnerschaften berücksichtigt. Die nachgewiesenen Bevölkerungszahlen gehen von den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aus.

Volkszählungen wurden im früheren Bundesgebiet 1950, 1956 (Gebäude- und Wohnungszählung), 1961, 1970 und 1987 durchgeführt. Auch in der ehemaligen DDR dienten die Ergebnisse von Volkszählungen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Diese Zählungen fanden hier 1950, 1964, 1970 und 1981 statt. Seit dem 3.10.1990 beruht die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf zum gleichen Stichtag. Die Ergebnisse des Zensus vom 9.5.2011, der die erste Zählung nach der Vereinigung Deutschlands darstellt, sind in den Fortschreibungszahlen ab dem 31.12.2011 berücksichtigt.

Erfasst wird die Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. – bei mehreren Wohnungen in Deutschland – am Ort der *Hauptwohnung*. Bis 1983 – vor Einführung neuer Meldegesetze in den Ländern – basierte die Bevölkerungsfortschreibung auf dem Konzept der *Wohnbevölkerung*. Die Wohnbevölkerung wurde berechnet, indem Personen mit mehreren Wohnungen der Gemeinde zugeordnet wurden, von der sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Seit 1984 zählen diese Personen zur Gemeinde der Hauptwohnung (siehe auch „*Glossar*“).

Die Ergebnisse dienen u. a. als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Insbesondere gilt dies für den Mikrozensus, einer jährlichen Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlgrad von 1 %.

Fläche

Die Flächenangaben beziehen sich auf die Landfläche Deutschlands bis zur sogenannten Küstenlinie – der Grenze zwischen Meer und Festland bei einem mittleren Wasserstand – einschließlich der Binnengewässer (ohne den Bodensee). Grundlage sind die Daten der Vermessungs- und Liegenschaftskatasterbehörden der Länder, die ab Ende 2016 dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®) entnommen werden. Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück. Die Gebietsänderungen werden von den Statistischen Ämtern der Länder monatlich zu einem Stichtag im Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys) eingepflegt. Danach werden die entsprechenden Ergebnisse für die Regionaleinheiten (Land, Regierungsbezirk, Region (nur in Baden-Württemberg), Kreis, Gemeindeverband, Gemeinde) als bundeseinheitlicher Gebietsstand regelmäßig auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt (www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Regionales > Gemeindeverzeichnis (GV-ISys)).

Verwaltungsgliederung

Deutschland ist in 16 Länder, 19 Regierungsbezirke, 401 Kreise (davon 107 kreisfreie Städte und 294 Landkreise) und 11 059 Gemeinden regional gegliedert (Stand: 31.12.2016). Als Gemeinden zählen auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen (2 Gemeinden) und Hamburg sowie alle Städte (einschl. kreisfreie Städte) und bewohnten gemeindefreien Gebiete. Baden-Württemberg weist unterhalb der Regierungsbezirksebene die Ebene der „Regionen“ aus. Das sind die Gebiete der 12 Regionalverbände, die nach dem Regionalverbandsgesetz vom 26.7.1971 als Körperschaften des öffentlichen Rechts als Träger der Regionalplanung gelten und bei der Landesplanung mitwirken. Die Tabelle in diesem Kapitel weist diese landesinterne Besonderheit nicht nach (Quelle: Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys)).

■ Geborene und Gestorbene

Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen – ebenso wie die Statistiken der Eheschließungen und der Begründungen von Lebenspartnerschaften – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Geburten und Sterbefälle von Personen, die nicht zur Bevölkerung Deutschlands gehören, werden hier nicht nachgewiesen.

■ Migration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht durch einen erweiterten Fragenkatalog seit 2005 Angaben zu **Personen mit Migrationshintergrund**. Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.

Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen:

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler,
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs und deren Nachkommen haben keinen Migrationshintergrund.

Eine Person, die aufgrund ihrer eigenen Merkmale eigentlich keinen Migrationshintergrund besitzt, jedoch Eltern hat, die Ausländerinnen und Ausländer, oder (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler sind, kann im Mikrozensus nur dann als Person mit Migrationshintergrund identifiziert werden, wenn sie mit ihren Eltern im gleichen Haushalt lebt. Die Eltern haben im Fragebogen die entsprechenden Angaben gemacht und können zweifelsfrei der Person zugeordnet werden. Lebt die Person jedoch nicht mehr im Haushalt der Eltern, fehlen die Angaben zu den Eltern. Für diese Person kann nur dann der Migrationshintergrund ermittelt werden, wenn diese Person explizit nach den Migrationsmerkmalen der Eltern gefragt wird. Dies geschieht nur in den Jahren 2005, 2009 und 2013. Daher können in diesen Jahren mehr Personen identifiziert werden, die nur aufgrund der Eltern einen Migrationshintergrund haben. Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte und (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler können in allen Jahren in gleicher Anzahl identifiziert werden, da sich ihr Migrationshintergrund bereits aus ihren persönlichen Eigenschaften ableitet.

Die Jahre 2005, 2009 und 2013 weisen also systematisch mehr Personen mit Migrationshintergrund auf. Um dennoch sinnvolle Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen, werden die Begriffe „Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn“ und „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn“ unterschieden. Der Migrationshintergrund im engeren Sinn bedeutet, dass nur die Informationen über die Eltern verwendet werden, die auch im gleichen Haushalt leben. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinn bedeutet, dass alle Informationen über die Eltern genutzt werden. Der Migrationshintergrund im weiteren Sinn kann also nur in den Jahren 2005, 2009 und 2013 ausgewiesen werden.

Ausländische Bevölkerung

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31.12. eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Daten melden die einzelnen Ausländerbehörden an das AZR. Ausgewiesen werden die Ausländerinnen und Ausländer, die am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässig sind, und zwar nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht. Die Zugänge in das Register schließen die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder mit ein. Die Abgänge aus dem Register enthalten u. a. die Sterbefälle ausländischer Personen. Die Auswertungen des Zensus 2011 basieren auf der Bevölkerung zum Zensusstichtag 9.5.2011. Zur ausländischen Bevölkerung Deutschlands zählen hier alle Bewohnerinnen und Bewohner, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer Vertretungen sowie deren Familienangehörige werden nicht erfasst.

Einbürgerungen

Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer **Bundesstatistik über die Einbürgerungen** ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) vom 15.7.1999, das am 1.1.2000 in Kraft getreten ist. Diese Bundesstatistik bezieht sich auf eingebürgerte ausländische Personen. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Wanderungen

Die **Wanderungsstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt die Zu- und Fortzüge bei einem Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung über Gemeindegrenzen. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (§ 4 BevStatG). Erhebungseinheit ist der Wanderungsfall, d. h. der Zu- oder Fortzug über die Gemeindegrenzen. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Bezug bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung und umgekehrt. Grundlage der Wanderungsstatistik sind die An- und Abmeldescheine, die nach dem Melderecht bei einem Wohnungswechsel in der Meldebehörde auszufüllen sind. Anschließend übermitteln die Meldebehörden diese an die Statistischen Ämter der Länder (Sekundärstatistik). Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die der Meldepflicht nicht unterliegen (Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und diplomatischen Vertretungen sowie deren Familienangehörige). An- und Abmeldungen von Amts wegen werden, sofern statistisch relevant, berücksichtigt.

Die Wanderungsstatistik weist die *Wanderungsfälle*, nicht die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr etwas größer sein als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen kann.

Die *Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland* beziehen sich bis 1990 auf die Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets – ohne die Wanderungen mit der ehemaligen DDR. Ab 1991 beziehen sie sich auf die Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Das *Herkunfts- bzw. Zielgebiet* bezeichnet das Gebiet, in dem eine Person unmittelbar vor ihrem Zugang nach Deutschland gewohnt hat bzw. wo sie von Deutschland aus fortgezogen ist.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die 13. koordinierte **Bevölkerungsvorausberechnung** basiert auf der fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31.12.2013. Sie stellt Ergebnisse bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. In dieser Berechnung wurden unterschiedliche Annahmen getroffen: zur künftigen Entwicklung der Geburten (Fertilität), der Lebenserwartung (Mortalität) sowie des Wanderungssaldos über die Grenze Deutschlands (Migration). Tabelle 2.5 zeigt wesentliche Ergebnisse zweier Varianten dieser Berechnung. Die ausführlichen Ergebnisse dieser Varianten und auch der weiteren auf Basis 31.12.2013 gerechneten Varianten finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung.

Außerdem enthält Tabelle 2.5 Ergebnisse der auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2015 aktualisierten Variante 2A. Sie schließt die Veränderung der Bevölkerung durch die außerordentlich hohe Zuwanderung 2015 ein.

Familien, Kinder und Lebensformen

Die Angaben über **Haushalte und Familien** basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Das Mikrozensusgesetz 2005 stellte den Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche um. Die Ergebnisse ab 2005 liefern somit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres.

Die Statistiken der Eheschließungen und der Begründungen von Lebenspartnerschaften beruhen – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamten und Standesbeamtinnen, die das Ereignis beurkunden. Begründungen eingetragener Lebenspartnerschaften werden ab dem Berichtsjahr 2014 nachgewiesen. Ihre Erhebung war mit der Novellierung des Bevölkerungsstatistikgesetzes vom 20.4.2013 geregelt worden.

Für die Angaben zu **gerichtlichen Ehelösungen** und die seit 2014 nachgewiesenen Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften, werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen in Eheaufhebungs- bzw. Lebenspartnerschaftssachen ausgewertet, die die Familiengerichte bei den Amtsgerichten abgeben müssen. Außerdem gilt die Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) vom 1.9.2009. Gerichtliche Ehelösungen sind vor allem Ehescheidungen

Kindertagesbetreuung

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie die Zahl der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe gilt in allen Erhebungen eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII). Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen fünf bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Methodik

Folgende Erhebungen werden in den amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken durchgeführt. Sie unterscheiden sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestands-erhebung zum 31.12.
- Teil II (ab 2015 alle zwei Jahre, zuletzt 2015): Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (ab 2014 alle zwei Jahre, zuletzt 2014): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009, jährlich): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Alleinerziehende | Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartnerin bzw. -partner im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende | Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutsam ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person, die als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Person in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen kann. Alleinstehende können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, z. B. Onkel, Tante, Bruder, Schwester. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Altenquotient | Er drückt hier das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften | Die gerichtliche Lösung eingetragener Lebenspartnerschaften ist im Lebenspartnerschaftsgesetz geregelt. Hier gibt es nur die Aufhebung, die aber im wesentlichen die den Scheidungen und Aufhebungen von Ehen (siehe Ehelösungen) analogen Tatbestände umfasst.

Ausländische Bevölkerung | Dazu zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländerinnen und Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes oder des Zensusgesetzes 2011. Sie werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Asylsuchende | Ausländerinnen und Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG beantragt haben und über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Begründungen eingetragener Lebenspartnerschaften | Es werden die von den Standesämtern registrierten Begründungen gezählt, auch diejenigen von Personen, die nicht in Deutschland wohnen. Die Begründungen von Lebenspartnerschaften sind im Lebenspartnerschaftsgesetz geregelt.

Bevölkerung | Zur Bevölkerung gehören alle Personen einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Melderechtsbestimmungen gemeldet sind bzw. gemeldet sein sollten. Personen, die mehrere Wohnungen in Deutschland haben, zählen zur Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung.

Bevölkerungsentwicklung | Damit wird zunächst die Veränderung des Bevölkerungsstandes zwischen dem Anfang und dem Ende eines Berichtszeitraums bezeichnet. Sie ergibt sich zum einen aus dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefällen) und dem Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegungen (Zu- und Fortzüge über die Gebietsgrenze hinweg). Darüber hinaus bezeichnet die Bevölkerungsentwicklung die langfristige Veränderung der Bevölkerungszahlen und -strukturen. Die Bevölkerungsentwicklung wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung abgebildet (siehe auch „Methodik“).

Bevölkerungsstand | Dieser umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Bevölkerung des ausgewiesenen Gebiets leben. Der Bevölkerungsstand wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt (siehe auch „Methodik“). Ferner wird die Zusammensetzung der Bevölkerung statistisch dargelegt.

Bevölkerungsvorausberechnung | Diese liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl und deren alters- und geschlechtsspezifische Struktur entwickeln

würden, wenn die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Wanderungen eintreffen.

Ehelösungen (Scheidungen) | Hierzu zählt die Lösung der Ehe durch gerichtliches Urteil, also durch Ehescheidung oder Aufhebung der Ehe. Bis zum 30.6.1998 konnten Ehen auch für nichtig erklärt werden. Die gerichtliche Ehelösung ist im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt. Des Weiteren zählt die Beendigung der Ehe durch Tod der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners (siehe Tabelle 2.2.11, Spalte „verheiratet“) zu den Ehelösungen.

Eheschließungen | Hier werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Paaren, die nicht in Deutschland wohnen. Eine Ausnahme bildeten bis 2013 die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den ausländischen Streitkräften gehören, die im früheren Bundesgebiet stationiert sind, bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen gehören und ihre Familienangehörigen. Die Ergebnisse der Eheschließungsstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. So wurden dort alle standesamtlichen Trauungen gezählt, bei denen mindestens ein Ehepartner seinen ständigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatte.

Eingetragene Lebenspartnerschaften | Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16.2.2001 ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Die Lebenspartner sind damit einander zur Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet (siehe auch Aufhebungen und Begründungen eingetragener Lebenspartnerschaften).

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig zwischen 65 % und 67 % des maßgeblichen Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro je Lebensmonat. Für Eltern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von mehr als 1 200 Euro vor der Geburt sinkt die Ersatzrate bis auf 65 %. Für Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro je Lebensmonat. Bei Mehrlingsgeburten wird ein Mehrlingszuschlag gewährt. Familien mit mehreren kleinen Kindern können einen Geschwisterbonus erhalten. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam grundsätzlich zwölf Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für die Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Mit dem Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit haben Eltern von Kindern, die ab dem 1.7.2015 geboren werden, die Möglichkeit, zwischen dem Bezug von ElterngeldPlus und dem Bezug vom bisherigen Elterngeld (Basiselterngeld) zu wählen oder beides zu kombinieren.

Das ElterngeldPlus berechnet sich wie das Basiselterngeld, beträgt aber maximal die Hälfte des Elterngeldbetrags, der Eltern ohne Teileinkommen nach der Geburt zustünde. Dafür wird es für den doppelten Zeitraum gezahlt: ein Elterngeldmonat = zwei ElterngeldPlus-Monate. Damit profitieren Eltern vom ElterngeldPlus auch über den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus und genießen mehr Zeit für sich und ihr Kind. Alleinerziehende können das neue ElterngeldPlus im gleichen Maß nutzen.

Darüber hinaus bietet der neu eingeführte Partnerschaftsbonus die Möglichkeit, für vier weitere Monate ElterngeldPlus zu nutzen: Wenn Mutter und Vater in vier aufeinanderfolgenden Monaten gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, bekommt jeder Elternteil vier zusätzliche Monatsbeträge ElterngeldPlus. Die Höhe des Elterngeldes in einem Partnerschaftsbonus-Monat wird genauso berechnet wie in einem ElterngeldPlus-Monat. Alleinerziehende können ebenso vier zusätzliche Bonusmonate beantragen, vorausgesetzt sie arbeiten an vier aufeinander folgenden Monaten pro Woche zwischen 25 und 30 Stunden.

Seit dem 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag berücksichtigt. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro).

Familie | Abweichend von früheren Veröffentlichungen umfasst diese im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern bzw. Elternteile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben. Nicht zu den Familien zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Familienstand | Die Bevölkerungsfortschreibung weist bis 2011 als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet nach. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden in der Bevölkerungsfortschreibung unter dem Familienstand ledig dargestellt. Mit der Umstellung der Berechnung der Bevölkerungszahlen auf die Ergebnisse des Zensus 2011 können zusätzlich die drei Familienstände „in Lebenspartnerschaft lebend“, „Lebenspartnerschaft aufgehoben“ und „Lebenspartner verstorben“ nachgewiesen werden.

Gebietsstand | Die Gesamtheit aller Regionaleinheiten zu einem Stichtag wird als Gebietsstand bezeichnet. In GV-ISys werden die Regionaleinheiten Deutschlands in ihrer hierarchischen Gliederung (Gemeinden, Verbandsgemeinden (nicht in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland), Kreise (Kreisfreie Städte und Landkreise), Regierungsbezirke (für Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen) und Bundesland zu definierten Stichtagen dargestellt.

Geborene | Zu den Geborenen zählen lebend- und totgeborene Kinder. Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen bzw. – seit 1.7.1998 – zwischen Kind miteinander verheirateter Eltern und Kind nicht miteinander verheirateter Eltern richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Kind miteinander verheirateter Eltern gilt ein Kind dann, wenn es nach Eingehen einer Ehe oder bis zu 300 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wurde. Zuvor hatten Kinder auch dann als ehelich gegolten, wenn sie bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod oder gerichtliches Urteil geboren worden waren. Die Ergebnisse der Geburtenstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten

Geburtenhäufigkeit | Die allgemeine Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Anzahl der Lebendgeborenen der Mütter bestimmten Alters je 1 000 Frauen

gleichen Alters. Tabelle 2.2.3 gibt die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, d. h. die zusammengefasste Geburtenziffer an. Die zusammengefasste Geburtenziffer bezieht sich auf das dargestellte Kalenderjahr. Änderungen im Altersaufbau beeinflussen die zusammengefasste Geburtenziffer nicht.

Geburtenziffern | siehe Geburtenhäufigkeit.

Gestorbene | Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. Die Ergebnisse der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten

Hauptwohnung | Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12.3.1994 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 11.3.1994 (BGBl. S. 529) ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung einer verheirateten Einwohnerin bzw. eines verheirateten Einwohners, die oder der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung einer minderjährigen Einwohnerin bzw. eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts | Ab 2005 ermittelt der Mikrozensus eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Dies ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt. Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, ist gleichzeitig Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts, wenn sie sich als selbstständige Landwirtin bzw. als selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit (Vollzeit) eingestuft hat oder wenn kein Haushaltsmitglied Angaben zum persönlichen monatlichen Nettoeinkommen gemacht hat.

Haushalt | Als (Privat-)Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammenwohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet (Mehrpersonenhaushalte). Des Weiteren umfasst der Begriff Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieterin bzw. -mieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt der Anstaltsleiterin bzw. des -leiters). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Familien bzw. Lebensformen leben (z. B. ein Ehepaar ohne Kinder sowie eine alleinerziehende Mutter mit Kindern). Mehrfach gezählt werden Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Hauptsitz und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen). Haushalte werden üblicherweise nicht nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden, da sie an jedem Wohnsitz Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen. Stehen ökonomische Fragestellungen im Vordergrund (Einkommen und Verbrauch), betrachtet der Mikrozensus ausschließlich Haushalte am Hauptwohnsitz, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Die Zuordnung der Haushalte nach Haupt- und Nebenwohnsitz erfolgte im Mikrozensus bis einschließlich 2004 über den Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson. Ab 2005 ist die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts ausschlaggebend. Zu den Personen, die in Privathaushalten am Hauptwohnsitz (Nebenwohnsitz) leben, zählen entsprechend alle Haushaltsmitglieder mit Bezugsperson bzw. Haupteinkommensbezieherin oder Haupteinkommensbezieher des Haushalts am Ort der Hauptwohnung (Nebenwohnung). Insofern kann der persönliche Wohnsitz einzelner Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten vom Wohnsitz der Einheit „Haushalt“ abweichen.

Haushaltsnettoeinkommen | Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z. B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützung, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, muss das Haushaltsnettoeinkommen in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstufen. Ist die Haushaltsbezugsperson selbstständige Landwirtin bzw. selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit, sind keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens erforderlich.

Heiratshäufigkeit | Die Heiratsziffer der Ledigen drückt die eheschließenden Ledigen bestimmten Alters je 1 000 Ledige gleichen Alters aus.

Heiratsziffer | siehe Heiratshäufigkeit.

Jugendquotient | Er gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an.

Kinder | Das sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt. Sie leben mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Kindergeld | Darunter fallen die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den – ab 1996 wirksamen – Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Das Kindergeld betrug für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro. Ab dem 1.1.2016 betrug das Kindergeld für das erste und zweite Kind 190 Euro, für das dritte Kind 196 Euro und darüber hinaus für jedes weitere Kind 221 Euro monatlich. Zum 1.1.2017 wurden diese Beträge nochmals um jeweils zwei Euro erhöht.

Kinder- und Jugendhilfe | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aechtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie für junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um beurteilen zu können, wie sich die Bestimmungen des SGB VIII auswirken, werden mehrere Bundesstatistiken durchgeführt (§§ 98ff. SGB VIII). Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dieses Kapitel bildet die Angaben zur Kindertagesbetreuung ab. Früher wurden in diesem Bereich vierjährlich Statistiken zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze erhoben (zuletzt 2002). An ihre Stelle traten neue Erhebungen: Zum 15.3.2006 wurden erstmals Daten ermittelt zu den Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und – ab 2009 – „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken werden seitdem jährlich durchgeführt.

Kirchensteuer | Das Besteuerungsrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Reichsverfassung). Die Religionsgesellschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, sind danach berechtigt, nach landesrechtlichen Bestimmungen (Kirchensteuergesetze, Steuerordnungen) Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Kirchensteuer wird als Zuschlagsteuer in unterschiedlicher Höhe und nach unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen erhoben. Die finanziell größte Bedeutung hat die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer. Sie beträgt 9 % bzw. 8 % der Einkommen- bzw. Lohnsteuerschuld. Alternativ oder ergänzend kann die Kirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer und zu den Grundsteuer-Messbeträgen erhoben werden sowie als Kirchgeld nach besonderen Tarifen. Die Kircheneinkommen- und Kirchenlohnsteuer wird nach einheitlichem Verfahren als Diözesan- oder Landeskirchensteuer erhoben. Für die übrigen Zuschlagsteuern und für das Kirchgeld gelten unterschiedliche landesrechtliche Regelungen. Die Finanzämter führen die Kirchenlohnsteuer und die Kircheneinkommensteuer gegen Erstattung der Verwaltungskosten an die zuständigen Kirchensteuergläubiger ab. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle getauften Kirchenmitglieder, die im Bereich einer steuerberechtigten Kirche oder Religionsgesellschaft ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Im Kirchenlohnsteuerabzugsverfahren wird die von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber einbehaltene Kirchenlohnsteuer unmittelbar zusammen mit der Lohnsteuer an das Betriebsstätten-Finanzamt der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers abgeführt.

Lebendgeborene | Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes – unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta – Herztätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren. Die Ergebnisse der Geburtenstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten.

Lebensformenkonzept | Seit 1996 stellt der Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin bzw. einem Lebenspartner im Haushalt. Die Beantwortung ist freiwillig. Bis 2004 richtete sich die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in der ersten Person?“ an alle Haushaltsmitglieder, die nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandt oder verschwägert waren. Der Mikrozensus 2005 stellte die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in einer Person dieses Haushalts?“ erstmals allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartnerin bzw. Ehepartner im Haushalt. Damit können ab 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden. Bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abzielte. Die Frage nach der Lebenspartnerschaft im Haushalt ist bewusst neutral formuliert und lässt das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Somit können auch gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebensgemeinschaft angeben. Dabei ist unerheblich, ob die Partnerschaft – nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 – als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Die seit 1996 erhobenen Informationen ermöglichen das sogenannte Lebensformenkonzept. Inhaltlich berücksichtigt es die traditionellen Lebensformen (Ehepaare) wie auch die „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen nach dem Lebensformenkonzept ist die Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften | Zu den nichtehelichen (gemischt-geschlechtlichen) oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zählt im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft, bei der zwei gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebenspartner ohne Trauschein bzw. zwei gleichgeschlechtliche Partner mit Trauschein oder notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. Bis einschließlich 2005 war es unerheblich, ob die Partnerschaft nach dem

Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 als eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft registriert wurde. Ab 2006 erhebt der Mikrozensus auch eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe hierzu auch „Lebensformenkonzept“).

Migrationshintergrund | Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.

Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen:

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler,
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.

Die Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs und deren Nachkommen haben keinen Migrationshintergrund.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften | siehe Lebensgemeinschaften.

Paare | Hierzu zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Dazu gehören Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paare ohne Kinder | Hierzu zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im befragten Haushalt. Neben noch kinderlosen und dauerhaft kinderlosen Paaren fallen darunter auch Paare, deren Kinder die Herkunftsfamilie bereits verlassen haben, etwa um einen eigenen Hausstand zu gründen. Ferner zählen zu den Paaren ohne Kinder auch solche Paare, deren Kinder noch im gemeinsamen Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Religionszugehörigkeit | Die Angaben beziehen sich nicht auf die religiöse Überzeugung, sondern auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Säuglingssterblichkeit | Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf die Lebendgeborenen eines gleich langen Berichtszeitraums, soweit möglich unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den Monaten, in denen die gestorbenen Säuglinge geboren sind.

Scheidungen | siehe Ehelösungen.

Scheidungshäufigkeit | Anzahl der Ehescheidungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. je 1 000 bestehende Ehen im Berichtsjahr.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige sowie deren Familienangehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ihre angestammte Heimat in den Staaten Ost- und Südosteuropas aufgegeben und ihren neuen Wohnsitz in Deutschland begründet haben.

Sterbetafel | Sie stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die in der Tabelle nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben.

Erläuterungen zur Methode finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung > Sterbefälle, Lebenserwartung

Sterblichkeit | Die Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht beschreiben die Gestorbenen bestimmten Alters und Geschlechts je 1 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts. Bei der „Standardisierten Sterbeziffer“ sind die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschlossen, da eine einheitliche Alters- und Geschlechtsgliederung zugrunde gelegt ist (hier: Europäische Standardbevölkerung 2013).

Sterbeziffern | siehe Sterblichkeit

Totgeborene | Hierzu zählen seit 1.4.1994 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt. Zuvor waren seit 1.7.1979 ein Mindestgewicht von 1 000 g erforderlich und davor mindestens 35 cm Körperlänge. Von der Standesbeamtin bzw. dem Standesbeamten nicht registriert werden Fehlgeburten (seit 1.4.1994 weniger als 500 g Geburtsgewicht). Sie bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung unberücksichtigt. Die Ergebnisse der Geburtenstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten

Wanderungen | Die Wanderungen ergeben sich aus der Gesamtheit der Wanderungsfälle, d.h. der Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen. Als Wanderungsfall gilt jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall (Änderung des Wohnungsstatus). Der Bezug einer Nebenwohnung bzw. der Auszug aus einer Nebenwohnung sowie Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge) gelten nicht als Wanderungen. Der Bezug einer Wohnung bzw. der Auszug aus einer Wohnung werden indirekt über die im Melderecht vorgeschriebenen An- und Abmeldungen bei den Meldebehörden ermittelt.

Wohnbevölkerung | Sie bildete bis Frühjahr 1983 die Grundlage für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft im früheren Bundesgebiet wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen. Bei Personen, die weder berufstätig noch in der Ausbildung waren, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Zensus 2011 | Im Jahr 2011 beteiligte sich Deutschland erstmalig an einer EU-weiten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung. Bei diesem Zensus wurden flächendeckend für ganz Deutschland demografische Basisdaten in der Form einer registergestützten Zählung mit ergänzender Haushaltsbefragung auf Stichprobenbasis erhoben. Im Gegensatz zu einer traditionellen Volkszählung mussten dementsprechend nicht mehr alle Bürgerinnen und Bürger befragt werden, vielmehr wurde – soweit möglich – auf Informationen bestehender Verwaltungsregister zurückgegriffen. Neben der Feststellung aktualisierter amtlicher Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Erfassung zentraler demografischer Strukturmerkmale für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wurde mit dem Zensus 2011 auch eine aktualisierte Grundlage für die laufende Fortschreibung der amtlichen Einwohnerzahl geschaffen. Bis zum nächsten Zensus (geplant für 2021), werden, auf der Grundlage der Basisdaten aus dem Zensus 2011, die Bevölkerungsbestände unter Berücksichtigung der seit dem Zählungstichtag (9.5.2011) beurkundeten Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Fortzüge bundesweit sämtlicher Gemeinden fortgeschrieben. Erste ausgewählte Ergebnisse wurden am 31.5.2013 publiziert, detailliertere Ergebnisse am 10.4.2014.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

www.zensus2011.de bietet Ihnen alle Ergebnisse sowie umfangreiche Informationen zur Methodik des Zensus 2011.

Unter www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Gemeindeverzeichnis.html finden Sie Informationen zu Gebietsständen und Gebietsänderungen, zur aktuellen Verwaltungsgliederung und eine komplette Merkmalsbeschreibung weiterer Daten im GV-ISys.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Bevölkerung, Familien, Lebensformen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 12, Daten zu *Familien, Kinder* unter Code 22521, 22541, 22911 und 22922

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen■ **Bevölkerung**

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.3 | Bevölkerungsfortschreibung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 4/15 | Die Ermittlung der Einwohnerzahlen und der demografischen Strukturen nach dem Zensus 2011

Broschüren

| Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2016)
Die Generation 65+ in Deutschland (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2015)

■ **Zensus 2011**

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 7/09 | Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011
Heft 4/11 | Das Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011
Heft 8/11 | Die Entwicklung des Fragebogens zur Haushaltsbefragung des Zensus 2011
Heft 6/12 | Methoden der Mehrfachfallprüfung im Zensus 2011
Heft 10/12 | Auswertung der Geburtsorte im Zensus 2011
Heft 11/12 | Qualitätsaspekte des Anschriften- und Gebäuderegisters im Zensus 2011
Heft 11/12 | Der Straßenthesaurus im Zensus 2011
Heft 11/12 | Nutzung von Geoinformationssystemen im Anschriften- und Gebäuderegister für den Zensus 2011
Heft 12/12 | Erhebung, Aufbereitung und Zusammenführung der Erwerbsregisterdaten im Zensus 2011
Heft 1/13 | Der Referenzdatenbestand im Zensus 2011
Heft 3/13 | Das Verfahren der Berufskodierung im Zensus 2011
Heft 7/13 | GIS-gestützte Ermittlung der „EU-Orte“ im Rahmen des Zensus 2011 für die Datenlieferung an Eurostat

Statistik und Wissenschaft

Band 21 | Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011 (2012)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Zensus Kompakt - Ergebnisse des Zensus 2011 (2014)
Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit (2013)

■ **Geborene und Gestorbene**

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1 | Natürliche Bevölkerungsbewegung

Mehr zum Thema

■ Geborene und Gestorbene

Fachberichte

- Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Mikrozensus 2016 (Tabellenband)
(Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2017)
- Allgemeine Sterbetafel 2010/2012 – Methodische Erläuterungen und Ergebnisse (2015)
- Sterbetafel 2013/2015 – Methoden- und Ergebnisbericht zur laufenden Berechnung von
Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer
- Kohortensterbetafeln für Deutschland - Methoden- und Ergebnisbericht zu den Modellrechnungen für
Sterbetafeln der Geburtsjahrgänge 1871-2017

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/11 Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit
- Heft 2/12 Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde
- Heft 9/12 Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen
- Heft 12/12 Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen 2011
- Heft 2/13 Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus
- Heft 1/16 Allgemeine Sterbetafeln 2010/12 – Neue Ansätze zur Glättung und Extrapolation der
Sterbewahrscheinlichkeiten

Broschüren

- Geburten in Deutschland (2012)

STATmagazin

- Von niedrigen Geburtenzahlen und fehlenden Müttern

■ Migration

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 2 Ausländische Bevölkerung
- Reihe 2.1 Einbürgerungen
- Reihe 2.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

■ Wanderungen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.2 Wanderungen

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Fachberichte

- Entwicklung der Privathaushalte bis 2035 – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 1/10 Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
- Heft 4/16 (Un-)Sicherheiten der Bevölkerungsvorausberechnungen

Broschüren

- Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
(Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2015)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Heft 1 Demografischer Wandel in Deutschland
- Heft 2 Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (2011)
- Heft 3 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Heft 3 Auswirkungen auf Schülerzahlen und Kindertagesbetreuung (2009)
- Heft 4 Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl (2009)

Mehr zum Thema

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.1 | Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 1.4 | Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) und Statistik der Aufhebung von Lebenspartnerschaften
- Reihe 3 | Haushalte und Familien

Fachberichte

- Elterngeld regional: Geburten 2014
- Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2016
- Geburtstrends und Familiensituation in Deutschland 2012 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im November 2013)
- Wie leben Kinder in Deutschland?, – Ergebnisse des Mikrozensus 2010 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2011)
- Alleinerziehende in Deutschland, – Ergebnisse des Mikrozensus 2009 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2010)
- Alleinlebende in Deutschland, – Ergebnisse des Mikrozensus 2011 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2012)
- Auf dem Weg zur Gleichstellung, Bildung, Arbeit und Soziales – Unterschiede zwischen Frauen und Männern 2014 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2014)
- Die Generation 65+ in Deutschland (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2015)
- Zusammenleben von Generationen (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im Juli 2016)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/11 | Ehescheidungen 2009
- Heft 11/13 | Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung
- Heft 12/14 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf

STATmagazin

- Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
- Paare in Deutschland: Gleich und gleich gesellt sich gern (2010)
- Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen 2012
- Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

■ Themenübergreifend

Broschüren

- Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen (2010)

Schriftenreihe

- Band 12 | Regionale Standards, Ausgabe 2013

IM FOKUS

- 15.2.2016 | Paare in Deutschland: Partner in ähnlichem Alter werden bevorzugt
- 9.3.2016 | Internationaler Frauentag: Bei 14 % der Paare hat die Frau das höhere Einkommen
- 6.5.2016 | Muttertag: Geburtenziffer in Deutschland unter EU-Durchschnitt
- 15.7.2016 | Ehescheidungen: Verflücht ist nicht immer das siebte Jahr
- 16.3.2017 | Doppelstaatler: Mikrozensus und Zensus zeigen unterschiedliche Ergebnisse

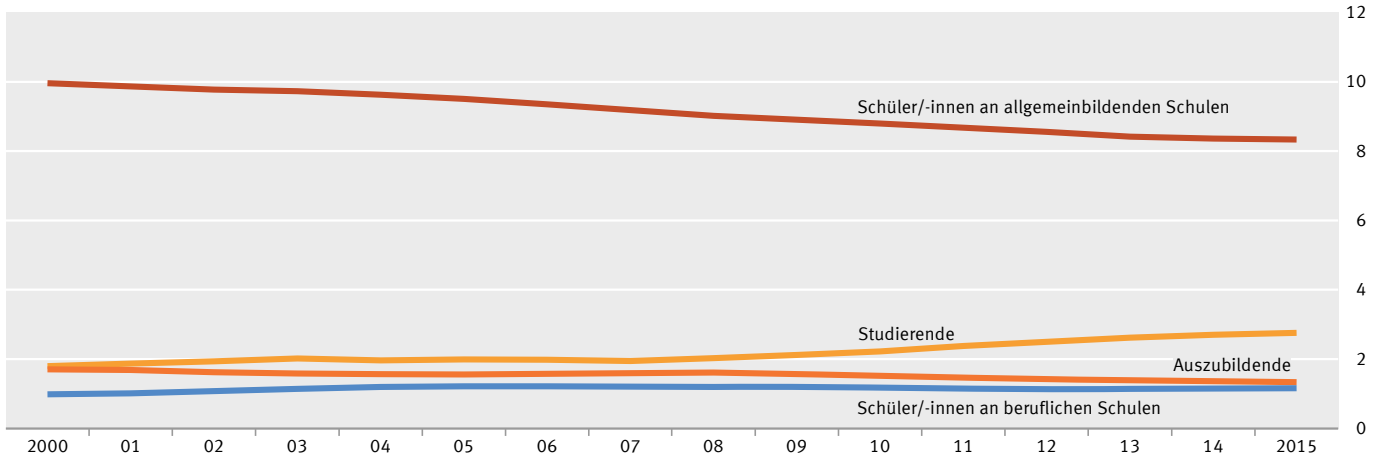
3 Bildung



Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in letzten zehn Jahren um **12 % zurückgegangen** | **Zwei von fünf** jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** haben **Abitur** | **Platz eins** der **Ausbildungsberufe** bei Männern belegte 2015 **Kfz-Mechatroniker**, bei Frauen **Kauffrau für Büromanagement** | **Studienberechtigtenquote** blieb bei **53 %** | **Jede fünfte Professur** übte eine **Frau** aus, bei **C4-Professuren** war es jede **neunte** | Knapp **7 %** des Bruttoinlandsprodukts waren **Bildungsausgaben**, **3 %** flossen in **Forschung und Entwicklung**

Seite	
83	Auf einen Blick
	Tabellen
84	Bildungsstand der Bevölkerung Allgemeiner Schulabschluss Beruflicher Bildungsabschluss Nach Migrationshintergrund Schulbesuch nach Bildungsabschluss der Eltern
88	Integrierte Ausbildungsberichterstattung Nach ausbildungsrelevanten Sektoren und Ländern
89	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Schularten Nach Ländern Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler Abschlüsse
95	Auszubildende Nach Berufsgruppen Nach Ländern
97	Hochschulen Hochschularten Nach Ländern Studierende Studienanfängerinnen und -anfänger Fächergruppen Prüfungen Personal
102	Weiterbildung Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten Berufliche Weiterbildung Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prüfungen Volkshochschulen
104	Ausbildungsförderung Geförderte nach BAföG und AFBG Förderungsleistungen
105	Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben der Hochschulen Monetäre Kennzahlen
109	Forschungsausgaben und Forschungspersonal Nach durchführenden Bereichen Nach Sektoren Nach Ländern
112	Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen Anerkennungsverfahren Bearbeitete Anträge
113	Weiterbildung in Unternehmen
114	Methodik
116	Glossar
119	Mehr zum Thema

Bildungsbeteiligung
in Mill.



Nationale Benchmarks 2006

Empfehlungen des Wissenschaftsrats, in %

● 2006 ● 2013 ● 2014 ● 2015 ● Benchmark

Studienberechtigtenquote (bis einschl. 2013 bereinigt) ¹ ¹²



Studienanfängerquote (bis einschl. 2014 bereinigt) ¹ ¹³ ¹⁴



Absolventenquote ¹



Ab 2012 Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, bis 2011 auf Basis früherer Zählungen.

- 1 Anteil der Studienberechtigten, Studienanfänger/-innen oder Absolventinnen/Absolventen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").
- 2 Bereinigte Studienberechtigte (ohne G8-Abgänger). Berlin: 2012 keine Trennung für G8 und G9 möglich.
- 3 Einschl. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.
- 4 Doppelter Abiturientenjahrgang in Nordrhein-Westfalen (2013). 2013 in Hessen 1,5-facher und 2014 1,3-facher Abiturientenjahrgang. Aussetzung der Wehrpflicht zum 1.7.2011. Für Berlin und Hessen keine Bereinigung möglich, da keine getrennten Schulabgängerzahlen für G8 und G9 vorliegen.

Benchmarks sind festgelegte Zielwerte, die in der Regel bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen.

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, wie hoch der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit einem Schulabschluss ist, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt also den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung.

Die **Studienanfängerquote** gibt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der ein Hochschulstudium aufnimmt. Die Quote beschreibt das Ausmaß des Zulaufs von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen.

Bedingt durch die Umstellung der gymnasialen Schulausbildung von 13 auf 12 Jahre in einer Vielzahl von Bundesländern kommt es – zeitlich versetzt – zu sogenannten Doppelabiturientenjahrgängen, d.h. Abiturientenjahrgänge mit gleichzeitig Absolventen aus Klassenstufe 12 und 13 (G8-Effekt).

Die **Absolventenquote** gibt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der ein Erststudium an einer Hochschule absolviert. Der Indikator misst den Output der Hochschulen in Form von Absolventinnen und Absolventen mit einem ersten akademischen Abschluss.

Nationale Benchmarks 2008

Ziele des Dresdner Bildungsgipfels, in %

● 2008 ● 2013 ● 2014 ● 2015 ● Benchmark

Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss



Anteil ausbildungsfähiger junger Erwachsener ohne Berufsabschluss



3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.1 Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluss 2016

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹		Darunter								ohne allgemeinen Schulabschluss ¹²	
	1 000	%	noch in schulischer Ausbildung	mit allgemeinem Schulabschluss		davon					1 000	%
				zusammen		Hauptschul- abschluss	Abschluss der poly- technischen Oberschule	Realschul- abschluss	Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses		
Insgesamt	71 478	2 603	3,6	65 632	91,8	34,2	7,3	24,7	33,5	0,2	2 833	4,0
15 – 25	8 578	2 561	29,9	5 695	66,4	17,5	–	35,0	47,3	0,2	296	3,5
25 – 35	10 615	30	0,3	10 140	95,5	18,6	–	30,6	50,6	0,2	404	3,8
35 – 45	10 107	8	0,1	9 606	95,0	22,7	3,7	31,3	42,1	0,2	456	4,5
45 – 55	13 373	/	/	12 801	95,7	26,7	13,4	26,6	33,1	0,2	525	3,9
55 – 65	11 428	/	/	10 962	95,9	36,1	15,2	21,0	27,5	0,2	430	3,8
65 und mehr	17 377	/	/	16 428	94,5	60,9	6,6	14,7	17,5	0,3	722	4,2
Männlich												
15 – 25	4 498	1 307	29,1	2 994	66,6	20,8	–	35,7	43,3	0,2	177	3,9
25 – 35	5 488	17	0,3	5 222	95,2	22,1	–	29,3	48,4	0,2	222	4,0
35 – 45	5 118	/	/	4 867	95,1	26,4	3,8	28,3	41,2	0,3	224	4,4
45 – 55	6 717	/	/	6 434	95,8	29,8	13,3	22,2	34,4	0,2	261	3,9
55 – 65	5 636	/	/	5 414	96,1	36,9	15,0	17,1	30,7	0,2	203	3,6
65 und mehr	7 597	/	/	7 259	95,5	56,1	6,4	12,3	25,0	0,2	275	3,6
Zusammen	35 054	1 331	3,8	32 190	91,8	34,3	7,2	22,4	35,8	0,2	1 363	3,9
Weiblich												
15 – 25	4 080	1 253	30,7	2 701	66,2	13,9	–	34,3	51,7	/	119	2,9
25 – 35	5 127	13	0,2	4 917	95,9	15,0	–	32,0	52,9	0,1	182	3,5
35 – 45	4 989	/	/	4 738	95,0	18,9	3,6	34,4	42,9	0,2	231	4,6
45 – 55	6 655	/	/	6 368	95,7	23,5	13,5	31,1	31,7	0,2	264	4,0
55 – 65	5 792	/	/	5 548	95,8	35,3	15,5	24,8	24,3	0,2	227	3,9
65 und mehr	9 780	/	/	9 169	93,8	64,8	6,7	16,6	11,6	0,4	447	4,6
Zusammen	36 424	1 272	3,5	33 442	91,8	34,1	7,5	26,9	31,3	0,2	1 470	4,0
darunter: Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	14 589	833	5,7	11 782	80,8	34,3	0,8	24,6	39,8	0,4	1 857	12,7
15 – 25	2 492	813	32,6	1 491	59,8	24,3	–	31,6	43,7	0,3	165	6,6
25 – 35	2 985	13	0,4	2 676	89,6	25,1	–	23,4	51,2	0,3	265	8,9
35 – 45	2 971	6	0,2	2 597	87,4	33,6	0,4	26,0	39,7	0,5	346	11,6
45 – 55	2 433	/	/	2 066	84,9	36,4	1,4	26,7	35,0	0,5	350	14,4
55 – 65	1 846	/	/	1 555	84,2	41,5	2,1	22,9	32,9	0,5	280	15,2
65 und mehr	1 862	–	–	1 397	75,0	53,2	1,6	15,9	28,7	0,5	451	24,2
Männlich												
15 – 25	1 364	428	31,4	817	59,8	27,3	–	31,5	40,8	/	103	7,6
25 – 35	1 570	7	0,5	1 401	89,2	28,5	–	22,2	48,9	0,4	141	9,0
35 – 45	1 492	/	/	1 310	87,9	37,9	0,4	23,8	37,4	0,5	163	10,9
45 – 55	1 254	/	/	1 082	86,3	40,2	1,4	25,4	32,6	0,5	163	13,0
55 – 65	909	/	/	778	85,6	43,7	2,2	21,1	32,4	/	125	13,7
65 und mehr	880	–	–	687	78,0	52,4	1,5	13,9	31,8	/	188	21,4
Zusammen	7 469	439	5,9	6 076	81,3	37,1	0,8	23,3	38,4	0,4	884	11,8
Weiblich												
15 – 25	1 128	386	34,2	675	59,8	20,6	–	31,7	47,4	/	62	5,5
25 – 35	1 414	5	0,4	1 274	90,1	21,4	–	24,8	53,6	/	124	8,8
35 – 45	1 479	/	/	1 286	87,0	29,1	/	28,1	42,0	0,5	183	12,4
45 – 55	1 179	/	/	983	83,4	32,3	1,5	28,1	37,7	/	187	15,9
55 – 65	937	/	/	777	82,9	39,3	2,1	24,8	33,4	/	155	16,5
65 und mehr	982	–	–	711	72,4	54,1	1,8	17,8	25,8	/	263	26,7
Zusammen	7 119	394	5,5	5 706	80,1	31,4	0,8	26,1	41,3	0,4	974	13,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

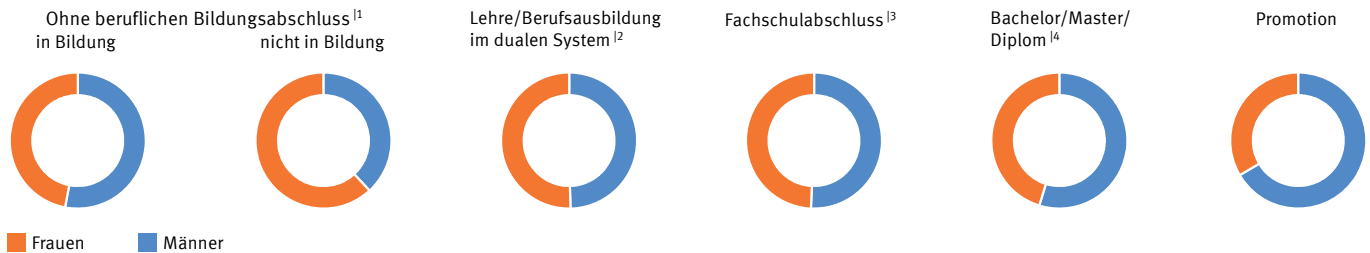
1 Einschl. 410 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Berufliche Bildungsabschlüsse nach Geschlecht 2016

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



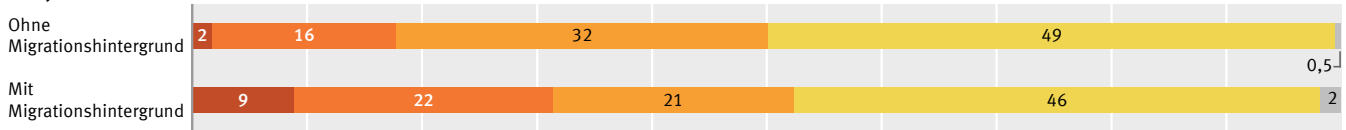
Ergebnisse des Mikrozensus.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 0,5 % mit Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

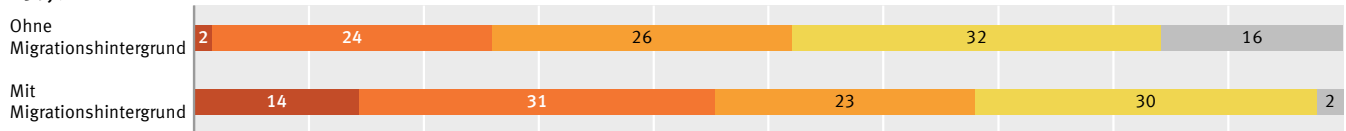
Bevölkerung nach Migrationshintergrund und allgemeinen Schulabschlüssen 2016

in %

25 – 34 Jahre

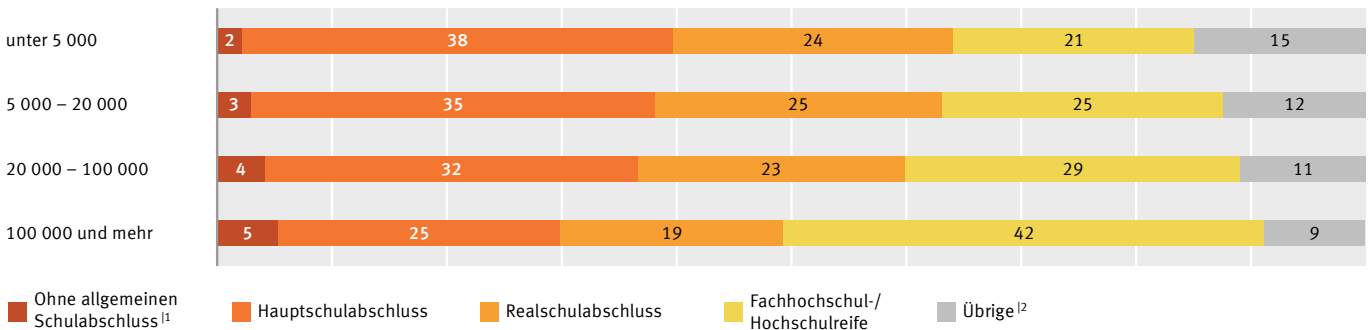


45 – 54 Jahre



Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen und allgemeinen Schulabschlüssen 2016

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

- 1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.
- 2 Einschl. Personen, die noch in schulischer Ausbildung sind, Personen mit Abschluss der polytechnischen Oberschule, Personen, die keine Angabe zur Art des allgemeinen Schulabschlusses gemacht haben sowie Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2017 - 01 - 0203

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung
3.1.2 Bevölkerung nach beruflichem Bildungsabschluss 2016

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹		Darunter								ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁶			
			mit beruflichem Bildungsabschluss								zusammen			
			zusammen ²		darunter								davon	
	1 000	%		Lehre/ Berufsaus- bildung im dualen System ³	Fach- schulab- schluss ⁴	Fach- schulab- schluss in der ehe- maligen DDR	Bachelor	Master	Diplom ⁵	Promotion	1 000	%	in schuli- scher/ beruflicher Ausbildung	nicht in schuli- scher/ beruf- licher Aus- bildung
Insgesamt	71 478	52 289	73,2	64,6	10,6	1,3	2,6	1,6	17,5	1,6	18 591	26,0	34,0	66,0
15 – 25	8 578	1 896	22,1	77,1	9,6	–	9,9	0,8	2,1	/	6 642	77,4	85,8	14,2
25 – 35	10 615	8 412	79,2	56,6	10,8	–	9,9	6,9	14,5	1,1	2 146	20,2	26,9	73,1
35 – 45	10 107	8 352	82,6	59,8	10,7	0,1	2,3	1,9	22,8	2,1	1 704	16,9	2,6	97,4
45 – 55	13 373	11 355	84,9	64,4	11,7	1,4	0,6	0,5	19,4	1,7	1 954	14,6	0,5	99,5
55 – 65	11 428	9 609	84,1	65,5	11,0	1,9	0,3	0,2	19,1	1,6	1 757	15,4	/	99,9
65 und mehr ..	17 377	12 666	72,9	70,7	9,4	2,6	0,1	0,1	15,3	1,6	4 389	25,3	/	100
Männlich														
15 – 25	4 498	979	21,8	83,6	5,1	–	8,5	0,5	1,9	/	3 493	77,6	85,3	14,7
25 – 35	5 488	4 269	77,8	60,4	8,9	–	10,0	7,0	12,4	1,1	1 183	21,6	29,8	70,2
35 – 45	5 118	4 244	82,9	60,4	9,8	/	2,4	2,1	22,4	2,5	843	16,5	2,6	97,4
45 – 55	6 717	5 800	86,4	62,2	12,4	0,7	0,6	0,5	21,1	2,2	884	13,2	/	99,6
55 – 65	5 636	4 925	87,4	62,8	11,9	1,1	0,3	0,3	21,3	2,2	680	12,1	/	99,9
65 und mehr ..	7 597	6 547	86,2	63,0	12,0	2,1	0,2	0,1	19,9	2,4	958	12,6	/	100
Zusammen	35 054	26 764	76,4	62,7	11,0	0,9	2,5	1,6	19,0	2,1	8 041	22,9	41,8	58,2
Weiblich														
15 – 25	4 080	917	22,5	70,1	14,5	–	11,3	1,0	2,4	/	3 149	77,2	86,3	13,7
25 – 35	5 127	4 143	80,8	52,8	12,8	–	9,8	6,7	16,5	1,1	963	18,8	23,5	76,5
35 – 45	4 989	4 108	82,3	59,2	11,6	0,2	2,2	1,8	23,2	1,7	861	17,3	2,5	97,5
45 – 55	6 655	5 554	83,5	66,7	11,0	2,2	0,6	0,4	17,6	1,2	1 069	16,1	0,5	99,5
55 – 65	5 792	4 683	80,9	68,4	10,1	2,8	0,3	0,2	16,9	1,0	1 077	18,6	/	99,9
65 und mehr ..	9 780	6 119	62,6	78,8	6,5	3,1	0,1	/	10,4	0,7	3 431	35,1	/	100
Zusammen	36 424	25 525	70,1	66,6	10,3	1,8	2,6	1,6	15,9	1,1	10 551	29,0	28,2	71,8
darunter: Bevölkerung mit Migrationshintergrund														
Insgesamt	14 589	7 635	52,3	59,4	9,0	0,1	5,7	4,2	19,3	1,8	6 794	46,6	27,3	72,7
15 – 25	2 492	386	15,5	74,8	7,2	–	12,0	1,5	3,7	/	2 077	83,3	78,9	21,1
25 – 35	2 985	1 872	62,7	52,2	7,5	–	12,8	10,1	15,6	1,4	1 072	35,9	17,7	82,3
35 – 45	2 971	1 853	62,4	58,2	8,4	/	4,6	4,4	21,6	2,4	1 089	36,6	2,1	97,9
45 – 55	2 433	1 436	59,0	62,1	10,4	/	2,5	1,7	21,1	1,6	974	40,0	/	99,6
55 – 65	1 846	1 114	60,3	62,6	10,7	/	1,5	1,3	21,5	1,8	715	38,7	/	99,9
65 und mehr ..	1 862	973	52,3	61,7	10,0	0,6	1,2	0,7	23,2	2,3	868	46,6	–	100
Männlich														
15 – 25	1 364	200	14,7	79,4	5,2	–	10,4	/	3,5	–	1 143	83,8	78,0	22,0
25 – 35	1 570	966	61,5	55,4	6,5	–	12,5	9,9	13,9	1,6	578	36,8	19,6	80,4
35 – 45	1 492	944	63,3	61,6	7,2	/	4,6	4,6	19,0	2,6	528	35,4	1,9	98,1
45 – 55	1 254	771	61,5	65,0	9,6	/	2,6	1,5	18,9	1,7	472	37,6	/	99,6
55 – 65	909	590	64,9	63,8	10,3	/	1,4	1,5	20,4	2,2	310	34,1	/	99,9
65 und mehr ..	880	548	62,3	60,4	10,1	/	1,2	/	23,7	3,1	324	36,9	–	100
Zusammen	7 469	4 019	53,8	61,8	8,2	/	5,5	4,1	17,8	2,0	3 355	44,9	30,3	69,7
Weiblich														
15 – 25	1 128	186	16,5	69,9	9,3	–	13,7	/	3,9	/	933	82,8	79,8	20,2
25 – 35	1 414	906	64,1	48,9	8,5	–	13,2	10,3	17,5	1,3	494	34,9	15,4	84,6
35 – 45	1 479	909	61,4	54,8	9,6	/	4,7	4,1	24,3	2,1	561	37,9	2,2	97,8
45 – 55	1 179	665	56,4	58,6	11,4	/	2,4	1,8	23,7	1,5	502	42,6	/	99,5
55 – 65	937	524	55,9	61,3	11,1	/	1,7	1,1	22,8	1,4	405	43,2	/	99,9
65 und mehr ..	982	425	43,3	63,4	9,9	/	/	/	22,5	1,4	544	55,4	–	100
Zusammen	7 119	3 616	50,8	56,7	9,9	0,2	6,0	4,3	21,0	1,5	3 439	48,3	24,3	75,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

- 1 Einschl. 597 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.
- 2 Einschl. 137 000 Personen, die keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.
- 3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie 330 000 Personen mit Anlernausbildung.

- 4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.
- 5 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.
- 6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

3.2 Schulbesuch nach allgemeinem Schulabschluss der Eltern 2016

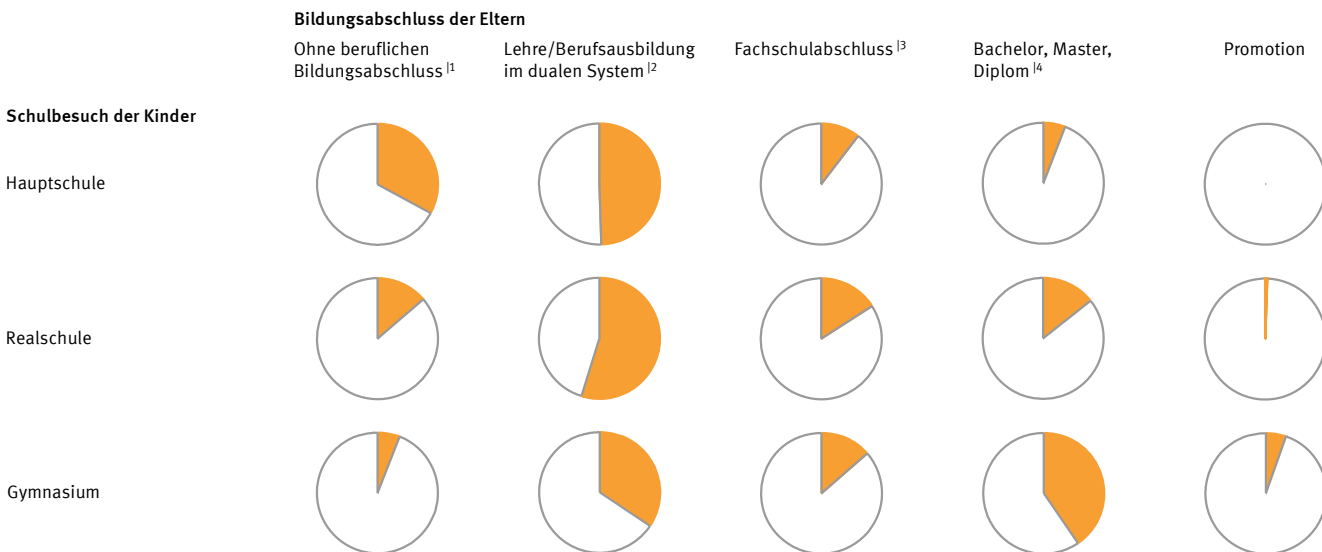
	Insgesamt ¹	Davon nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern ²					ohne allgemeinen Schulabschluss ³
		mit allgemeinem Schulabschluss					
		Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	1 000	%					
Insgesamt	10 316	18,0	5,0	29,6	42,8	0,2	4,2
Grundschule	2878	15,6	3,2	28,3	47,8	0,2	4,5
Hauptschule	386	43,4	1,9	26,8	14,9	/	12,2
Realschule	1274	21,8	6,1	38,6	29,0	/	4,0
Gymnasium	2552	7,1	4,3	22,6	64,2	/	1,6
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 542	21,7	6,5	31,0	34,1	/	5,8
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	50	36,4	/	29,9	18,6	/	10,9
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/ Hochschulreife führt	291	18,2	4,6	35,0	37,7	/	3,7
Berufsschule	1 069	28,0	8,0	35,6	23,8	/	4,1
Sonstige berufliche Schulen ⁵	274	27,2	8,4	32,4	26,9	/	4,4

Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen. Ohne Schüler an Fachschulen und Fachakademien (nur in Bayern).

- 1 Einschl. 38 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben.
- 2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.
- 3 Einschl. Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch bzw. einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.
- 4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
- 5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Schule für Erzieher/-innen.

Schulbesuch nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss der Eltern 2016

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

2017 - 01 - 0204

3.3 Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2015

	Insgesamt		Ausbildungsrelevante Sektoren							
			Berufsausbildung		Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)		Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sekundarstufe II)		Studium	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anfänger/-innen										
Deutschland	1 993 880	698 419	35,0	266 194	13,4	519 446	26,1	509 821	25,6	
Baden-Württemberg	312 202	95 256	30,5	61 618	19,7	78 986	25,3	76 342	24,5	
Bayern	268 631	104 656	39,0	24 716	9,2	65 036	24,2	74 223	27,6	
Berlin	91 679	29 234	31,9	6 633	7,2	21 623	23,6	34 189	37,3	
Brandenburg	39 260	14 027	35,7	2 647	6,7	14 402	36,7	8 184	20,8	
Bremen ¹⁾	21 964	7 389	33,6	3 171	14,4	4 141	18,9	7 263	33,1	
Hamburg	50 871	18 692	36,7	4 542	8,9	11 045	21,7	16 592	32,6	
Hessen	149 795	49 373	33,0	17 746	11,8	41 148	27,5	41 528	27,7	
Mecklenburg-Vorpommern	25 993	10 599	40,8	2 073	8,0	6 716	25,8	6 605	25,4	
Niedersachsen	209 189	76 931	36,8	38 920	18,6	54 096	25,9	39 242	18,8	
Nordrhein-Westfalen	479 445	156 193	32,6	59 689	12,4	138 940	29,0	124 623	26,0	
Rheinland-Pfalz	99 491	38 969	39,2	14 537	14,6	23 571	23,7	22 414	22,5	
Saarland	24 108	7 721	32,0	3 461	14,4	6 901	28,6	6 025	25,0	
Sachsen	76 349	29 405	38,5	6 539	8,6	17 856	23,4	22 549	29,5	
Sachsen-Anhalt	38 756	16 438	42,4	3 822	9,9	8 737	22,5	9 759	25,2	
Schleswig-Holstein	68 374	28 440	41,6	12 732	18,6	17 007	24,9	10 195	14,9	
Thüringen	37 776	15 099	40,0	3 348	8,9	9 241	24,5	10 088	26,7	
Bildungsteilnehmer/-innen										
Deutschland	6 319 698	1 877 733	29,7	302 090	4,8	1 372 812	21,7	2 767 063	43,8	
Baden-Württemberg	887 695	255 716	28,8	73 199	8,2	199 655	22,5	359 125	40,5	
Bayern	889 935	309 098	34,7	30 661	3,4	173 688	19,5	376 488	42,3	
Berlin	316 287	74 229	23,5	6 889	2,2	59 252	18,7	175 917	55,6	
Brandenburg	127 671	38 517	30,2	2 667	2,1	37 092	29,1	49 395	38,7	
Bremen ¹⁾	72 393	20 721	28,6	3 670	5,1	11 678	16,1	36 324	50,2	
Hamburg	184 899	47 839	25,9	5 469	3,0	33 526	18,1	98 065	53,0	
Hessen	509 520	132 181	25,9	24 093	4,7	107 415	21,1	245 831	48,2	
Mecklenburg-Vorpommern	87 151	28 053	32,2	2 199	2,5	18 358	21,1	38 541	44,2	
Niedersachsen	579 121	196 306	33,9	40 029	6,9	141 860	24,5	200 926	34,7	
Nordrhein-Westfalen	1 594 381	419 515	26,3	63 106	4,0	360 020	22,6	751 740	47,1	
Rheinland-Pfalz	298 404	98 106	32,9	14 720	4,9	64 119	21,5	121 459	40,7	
Saarland	79 469	24 062	30,3	5 389	6,8	18 375	23,1	31 643	39,8	
Sachsen	248 339	77 765	31,3	6 839	2,8	46 354	18,7	117 381	47,3	
Sachsen-Anhalt	123 731	42 245	34,1	3 924	3,2	22 608	18,3	54 954	44,4	
Schleswig-Holstein	199 607	72 359	36,3	15 037	7,5	54 294	27,2	57 917	29,0	
Thüringen	121 095	41 021	33,9	4 199	3,5	24 518	20,2	51 357	42,4	
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen										
Deutschland	1 674 029	644 031	38,5	240 918	14,4	471 978	28,2	317 102	18,9	
Baden-Württemberg	286 749	99 283	34,6	56 143	19,6	76 916	26,8	54 407	19,0	
Bayern	234 037	100 780	43,1	16 676	7,1	63 448	27,1	53 133	22,7	
Berlin	61 871	22 209	35,9	5 184	8,4	16 795	27,1	17 683	28,6	
Brandenburg	32 209	12 474	38,7	2 664	8,3	11 245	34,9	5 826	18,1	
Bremen ¹⁾	17 537	6 629	37,8	2 427	13,8	4 324	24,7	4 157	23,7	
Hamburg	40 323	15 243	37,8	3 766	9,3	11 181	27,7	10 133	25,1	
Hessen	115 250	40 435	35,1	13 926	12,1	35 774	31,0	25 115	21,8	
Mecklenburg-Vorpommern	20 601	9 177	44,5	1 847	9,0	5 354	26,0	4 223	20,5	
Niedersachsen	167 510	64 236	38,3	35 148	21,0	44 776	26,7	23 350	13,9	
Nordrhein-Westfalen	413 836	152 534	36,9	61 298	14,8	132 478	32,0	67 526	16,3	
Rheinland-Pfalz	80 574	32 732	40,6	13 617	16,9	19 194	23,8	15 031	18,7	
Saarland	21 955	7 993	36,4	3 553	16,2	6 603	30,1	3 806	17,3	
Sachsen	56 099	23 760	42,4	5 271	9,4	13 703	24,4	13 365	23,8	
Sachsen-Anhalt	30 494	13 842	45,4	3 664	12,0	6 889	22,6	6 099	20,0	
Schleswig-Holstein	64 827	29 377	45,3	13 016	20,1	15 676	24,2	6 758	10,4	
Thüringen	30 160	13 330	44,2	2 718	9,0	7 622	25,3	6 490	21,5	

1 Ergebnisse für das Schuljahr 2013/14.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen wählen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland unterschiedliche Wege, um den Einstieg ins Erwerbsleben zu finden.

Ein Weg ist die **Berufsausbildung** im dualen System oder in vollzeitschulischer Form.

Eine weitere Möglichkeit ist der Besuch von Bildungsangeboten, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern (**Integration in Ausbildung**, z. B. Nachholen des Haupt- oder Realschulabschlusses, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen etc.).

Der **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** ist eine Fortsetzung der Schullaufbahn, um an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Für das **Studium** ist die Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung. Da es einen weiteren Weg der beruflichen Qualifizierung darstellt und viele Studienberechtigte sich zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden, wird das Studium zum Ausbildungs-geschehen gerechnet.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

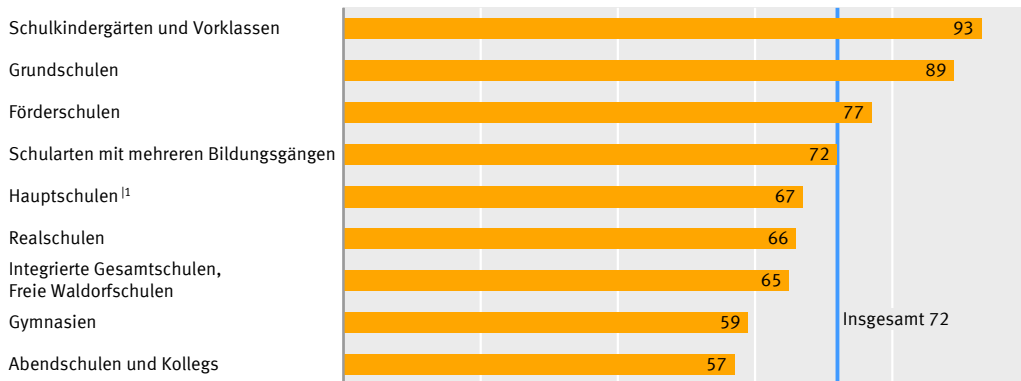
3.4.1 Allgemeinbildende Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2015/16

	Insgesamt	Schulkindergärten und Vorklassen	Grundschulen	Hauptschulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen	Abend-schulen und Kollegs
Schulen										
Deutschland	33 687	1 269	15 483	3 946	1 845	3 011	2 256	3 097	2 185	324
Baden-Württemberg	5 657	434	2 274	792	–	567	507	459	558	66
Bayern	4 678	–	2 404	998	–	355	456	426	24	15
Berlin	1 246	–	428	422	–	77	–	113	181	25
Brandenburg	1 431	–	502	495	151	109	–	102	40	32
Bremen	212	1	98	–	12	12	–	14	66	9
Hamburg	665	223	220	5	–	31	–	73	105	8
Hessen ²	3 085	326	1 157	352	19	246	261	287	127	39
Mecklenburg-Vorpommern	710	–	322	–	192	93	–	74	25	4
Niedersachsen	3 916	240	1 728	421	348	299	459	294	118	9
Nordrhein-Westfalen	5 663	25	2 846	457	124	580	559	625	361	86
Rheinland-Pfalz	1 536	16	965	4	192	132	9	151	63	4
Saarland	373	4	162	–	44	38	3	35	83	4
Sachsen	1 494	–	826	–	340	156	–	155	6	11
Sachsen-Anhalt	884	–	503	–	144	103	–	84	43	7
Schleswig-Holstein	1 229	–	597	–	69	132	2	105	321	3
Thüringen	908	–	451	–	210	81	–	100	64	2
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte										
Deutschland	667 358	2 658	192 547	40 529	43 437	68 757	59 491	177 087	79 128	3 485
Baden-Württemberg	92 466	1 332	30 690 ³	8	–	13 243	14 829	24 328	7 939	97
Bayern	96 291	–	26 354	17 214	–	8 988	16 903	25 788	873	171
Berlin	28 239	–	7 546	4 145	–	1 676	–	6 119	8 408	345
Brandenburg	18 220	–	5 063	2 894	2 861	1 696	–	4 032	1 609	65
Bremen ⁴	5 325	2	1 585	–	295	259	–	1 365	1 737	82
Hamburg	15 400	504	4 149	29	–	938	–	3 992	5 692	96
Hessen ²	50 377	415 ⁵	14 555	2 100	339	5 985	5 249	15 166	5 981	348
Mecklenburg-Vorpommern	10 967	–	3 095	–	3 482	1 225	–	2 465	672	28
Niedersachsen	67 410	190	20 067	4 150	6 376	5 133	6 679	18 485	6 171	159
Nordrhein-Westfalen	155 705	215	42 274	9 931	3 851	18 017	15 485	40 077	24 126	1 729
Rheinland-Pfalz ⁶	34 556	–	10 226	58	7 225	3 115	241	9 961	3 651	79
Saarland	7 647	– ⁷	2 190	–	420	766	101	2 133	2 022	15
Sachsen	28 823	–	8 361	–	8 760	3 311	–	8 076	146	169
Sachsen-Anhalt	15 413	–	4 600	–	4 089	1 771	–	4 264	637	52
Schleswig-Holstein	23 319	–	7 063	–	1 027	1 275	4	6 096	7 824	30
Thüringen	17 200	–	4 729	–	4 712	1 359	–	4 740	1 640	20

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

- 1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.
- 2 Einschl. keine Zuordnung zu einer Schulart möglich.
- 3 Einschl. Hauptschulen.
- 4 Ergebnisse für das Schuljahr 2013/14.
- 5 Vorklassen werden bei Grundschulen nachgewiesen.
- 6 Ohne pädagogische Fachkräfte.
- 7 Für Lehrkräfte kein Nachweis vorhanden.

Weibliche Lehrkräfte nach Schularten 2015/16
in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

- 1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2017 - 01 - 0205

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16

	Insgesamt	Schulkinder- gärten und Vorklassen	Grundschulen	Haupt- schulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungs- gängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen, Freie Waldorf- schulen	Abend- schulen und Kollegs
Insgesamt										
Deutschland	8 335 061	26 964	2 715 127	567 174	498 786	322 343	899 853	2 281 227	967 161	50 681
Baden-Württemberg	1 129 192	8 047	327 487	100 112	–	49 175	224 720	307 897	107 737	4 017
Bayern	1 276 307	–	424 286	202 808	–	54 079	251 128	330 995	10 289	2 722
Berlin	339 433	–	113 268	48 457	–	8 507	–	76 003	89 691	3 507
Brandenburg	231 910	–	81 582	36 418	32 397	8 594	–	52 933	18 088	1 898
Bremen	65 005	18	21 794	–	814	611	–	15 356	25 442	970
Hamburg	189 456	8 390	55 312	401	–	4 755	–	54 169	64 732	1 697
Hessen	627 082 ²	5 812	207 474	34 979	5 500	23 079	69 184	192 400	78 386	4 523
Mecklenburg-Vorpommern	143 146	–	51 781	–	42 139	8 232	–	32 733	7 825	436
Niedersachsen	846 609	2 651	280 444	40 074	74 564	26 968	101 236	241 636	77 275	1 761
Nordrhein-Westfalen	1 949 541	1 835	619 761	103 475	43 610	78 419	248 542	532 522	296 607	24 770
Rheinland-Pfalz	415 535	180	134 852	450	85 326	14 578	3 582	131 780	44 106	681
Saarland	90 370	31	29 871	–	5 248	3 498	1 392	25 124	24 644	562
Sachsen	353 872	–	131 991	–	103 762	18 745	–	95 417	1 785	2 172
Sachsen-Anhalt	188 245	–	69 198	–	46 033	10 401	–	54 105	7 969	539
Schleswig-Holstein	302 192	–	100 656	–	13 999	5 640	69	85 174	96 340	314
Thüringen	187 166	–	65 370	–	45 394	7 062	–	52 983	16 245	112
und zwar:										
Schülerinnen in %										
Deutschland	48,9	40,7	49,1	44,2	46,0	35,4	49,0	52,6	48,7	45,2
Baden-Württemberg	48,6	34,1	49,4	43,4	–	35,0	48,9	52,1	48,0	48,1
Bayern	48,9	–	49,3	44,5	–	37,1	50,2	51,9	50,2	48,6
Berlin	49,1	–	48,9	48,5	–	37,2	–	53,3	47,4	46,8
Brandenburg	49,2	–	49,4	48,6	44,4	37,5	–	54,2	49,2	44,3
Bremen	48,9	50,0	48,9	–	49,5	38,1	–	51,0	48,1	41,9
Hamburg	48,9	48,7	48,8	48,1	–	34,8	–	51,5	48,1	45,3
Hessen	48,9	41,4	49,1	43,1	44,7	35,7	47,9	52,6	48,3	45,4
Mecklenburg-Vorpommern	49,1	–	49,4	–	47,8	36,5	–	53,3	49,9	42,0
Niedersachsen	48,8	32,8	48,8	42,2	45,4	34,4	46,9	53,2	49,6	49,1
Nordrhein-Westfalen	49,0	42,7	49,2	42,0	44,4	33,7	48,4	52,9	49,7	44,4
Rheinland-Pfalz	49,0	33,9	48,3	38,4	45,1	35,6	78,2	53,3	48,5	43,2
Saarland	48,8	41,9	48,7	–	48,2	35,2	56,5	52,1	47,2	47,9
Sachsen	49,0	–	49,4	–	47,3	37,2	–	52,6	53,1	40,7
Sachsen-Anhalt	48,5	–	49,1	–	46,0	34,8	–	52,5	48,3	46,2
Schleswig-Holstein	48,9	–	48,2	–	46,1	34,9	47,8	52,6	47,4	51,9
Thüringen	49,1	–	49,1	–	46,8	35,9	–	53,2	48,0	37,5
Ausländer/-innen in %										
Deutschland	7,9	15,7	8,4	18,8	5,9	9,7	7,0	4,2	9,2	18,8
Baden-Württemberg	10,0	16,4	10,4	26,3	–	15,2	7,7	4,8	10,1	22,5
Bayern	8,0	–	8,8	17,0	–	9,9	4,2	3,9	3,3	21,9
Berlin	13,1	–	14,1	15,0	–	11,1	–	9,1	14,3	14,5
Brandenburg	2,9	–	3,3	3,2	4,2	1,3	–	1,7	2,0	6,4
Bremen	12,6	–	13,1	–	16,1	14,2	–	7,7	14,8	17,3
Hamburg	10,9	12,5	10,1	24,4	–	15,2	–	6,4	14,3	22,0
Hessen	10,5	18,3	8,7	17,7	15,8	14,1	11,9	6,5	11,4	24,7
Mecklenburg-Vorpommern	3,4	–	3,7	–	3,7	1,6	–	3,0	3,3	4,1
Niedersachsen	6,8	23,2	8,5	16,9	7,6	7,7	6,4	3,1	5,4	5,9
Nordrhein-Westfalen	8,6	8,0	9,0	23,8	6,8	11,2	8,1	4,5	9,1	21,4
Rheinland-Pfalz	6,6	17,2	7,8	4,7	10,6	7,3	2,3	3,5	4,6	4,4
Saarland	9,6	19,4	12,1	–	9,7	8,9	5,8	4,4	12,0	10,7
Sachsen	3,0	–	3,1	–	3,5	2,2	–	2,3	4,8	9,5
Sachsen-Anhalt	3,1	–	4,3	–	3,5	1,2	–	1,4	4,8	5,8
Schleswig-Holstein	4,4	–	5,3	–	5,3	5,1	1,4	2,0	5,3	4,8
Thüringen	2,7	–	3,5	–	3,3	1,4	–	1,4	2,8	–

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2 Einschl. keine Zuordnung zu einer Schulart möglich.

3 Bildung

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

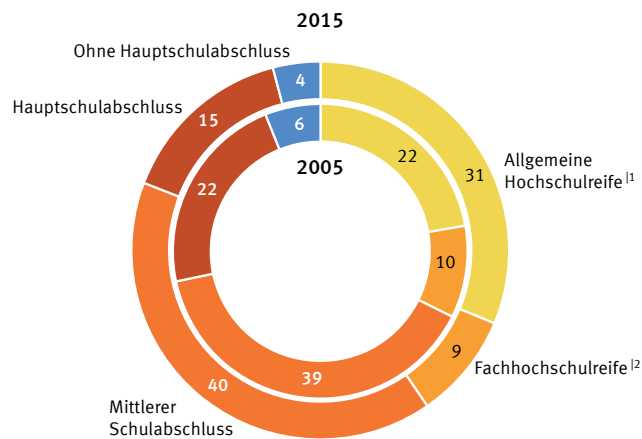
3.4.3 Erwerb von allgemeinbildenden Abschlüssen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

	2015		2014	
	Insgesamt	Weiblich	Insgesamt	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	47 435	38,7	46 950	39,6
Förderschulen	26 142	38,5	25 538	39,0
Hauptschulen	8 611	37,8	9 425	39,8
Übrige allgemeinbildende Schulen . .	12 682	39,6	11 987	40,8
Mit Hauptschulabschluss	170 731	40,4	177 140	40,8
Hauptschulen	72 878	40,9	76 918	41,5
Integrierte Gesamtschulen	22 759	43,7	22 796	43,2
Übrige allgemeinbildende Schulen . .	44 311	39,8	46 935	40,1
Berufliche Schulen	30 783	37,9	30 491	38,5
Mit mittlerem Abschluss	444 667	49,0	454 163	49,2
Hauptschulen	43 360	45,5	43 964	45,8
Realschulen	176 813	50,3	186 461	50,3
Übrige allgemeinbildende Schulen . .	149 921	48,4	145 366	48,5
Berufliche Schulen	74 573	49,1	78 372	49,6
Mit Fachhochschulreife	103 142	47,2	102 183	46,7
Allgemeinbildende Schulen	973	48,6	841	47,4
Berufliche Schulen	102 169	47,2	101 342	46,7
Mit allgemeiner Hochschulreife ¹ . .	342 284	54,3	333 072	54,5
Allgemeinbildende Schulen	287 862	54,5	280 490	54,7
Berufliche Schulen	54 422	53,6	52 582	53,2

Ergebnisse der Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – Allgemeinbildende Schulen einschl. Externe.

1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in %



1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.
2 Ohne schulischen Teil der Fachhochschulreife in 2015.

2017 - 01 - 0206

3.4.4 Altersverteilung der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen

	2015					2005				
	Alter von ... bis unter ... Jahren									
	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben
Deutschland	32,2	26,5	27,0	14,0	0,3	24,6	25,7	41,4	8,0	0,3
Baden-Württemberg	36,9	26,4	21,1	14,0	1,5	27,4	19,4	43,4	8,5	1,3
Bayern	33,0	28,4	25,2	13,4	–	30,4	24,7	38,5	6,4	–
Berlin	26,5	24,0	32,1	17,3	–	14,2	32,8	44,1	8,9	–
Brandenburg	18,2	23,0	44,1	14,7	–	16,2	39,8	38,7	5,2	–
Bremen ¹	31,2	24,8	24,2	19,8	–	16,6	20,1	52,3	11,0	–
Hamburg	40,0	27,9	21,5	10,6	–	24,8	21,8	39,9	13,6	–
Hessen	34,4	28,1	23,2	13,6	0,8	25,3	23,4	42,8	7,5	1,0
Mecklenburg-Vorpommern . .	16,5	24,1	48,6	10,8	–	17,9	42,0	37,5	2,5	–
Niedersachsen	37,5	26,6	23,3	12,6	–	23,9	21,1	44,6	10,3	–
Nordrhein-Westfalen	34,2	26,2	25,1	14,5	–	24,5	24,5	43,8	7,3	–
Rheinland-Pfalz ²	38,1	28,9	19,9	13,1	–	32,9	19,7	38,3	9,1	–
Saarland	37,8	26,3	18,6	14,7	2,7	26,4	18,6	43,4	11,7	–
Sachsen	17,9	22,2	44,4	15,5	–	17,3	39,0	34,4	9,2	–
Sachsen-Anhalt	13,9	24,1	50,8	11,2	–	17,2	39,3	35,0	8,5	–
Schleswig-Holstein	30,6	29,5	25,0	15,0	–	26,8	23,9	40,4	8,9	–
Thüringen	14,6	21,3	45,8	18,3	–	16,2	38,7	37,4	7,7	–

1 2015 enthält Ergebnisse für das Schuljahr 2013/14.

2 Ohne pädagogische Fachkräfte.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.5 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Ländern im Schuljahr 2015/16

	Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf					
	insgesamt	Förderschüler ¹	Integrations-schüler ²	davon		
				Förderquote insgesamt	Förderschul-besuchsquote	Integrations-quote ¹
Anzahl				%		
Deutschland	482 994	311 888	171 106	6,6	4,3	2,3
Baden-Württemberg	72 086	46 748	25 338	7,2	4,7	2,5
Bayern	71 796	51 496	20 300	6,3	4,5	1,8
Berlin	20 936	7 947	12 989	7,3	2,8	4,5
Brandenburg	16 364	8 594	7 770	8,1	4,3	3,8
Bremen	3 727	611	3 116	6,7	1,1	5,6
Hamburg	12 736	4 755	7 981	8,5	3,2	5,3
Hessen	28 853	21 045	7 808	5,3	3,9	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	13 562	8 105	5 457	10,7	6,4	4,3
Niedersachsen	26 968	26 968	-	3,6	3,6	-
Nordrhein-Westfalen	122 689	75 956	46 733	7,3	4,6	2,8
Rheinland-Pfalz	19 707	14 578	5 129	5,4	4,0	1,4
Saarland	3 237	3 237	-	4,4	4,1	-
Sachsen	27 450	18 745	8 705	8,5	5,9	2,6
Sachsen-Anhalt	15 521	10 401	5 120	9,1	6,1	3,0
Schleswig-Holstein	16 239	5 640	10 599	6,2	2,2	4,1
Thüringen	11 123	7 062	4 061	6,6	4,2	2,4

Von einem **sonderpädagogischen Förderbedarf** wird ausgegangen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie für ein erfolgreiches schulisches Lernen auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind.

Integrationsschüler/-innen werden integrativ an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Förderschüler/-innen dagegen nehmen ausschließlich am Unterricht in Förderschulen teil.

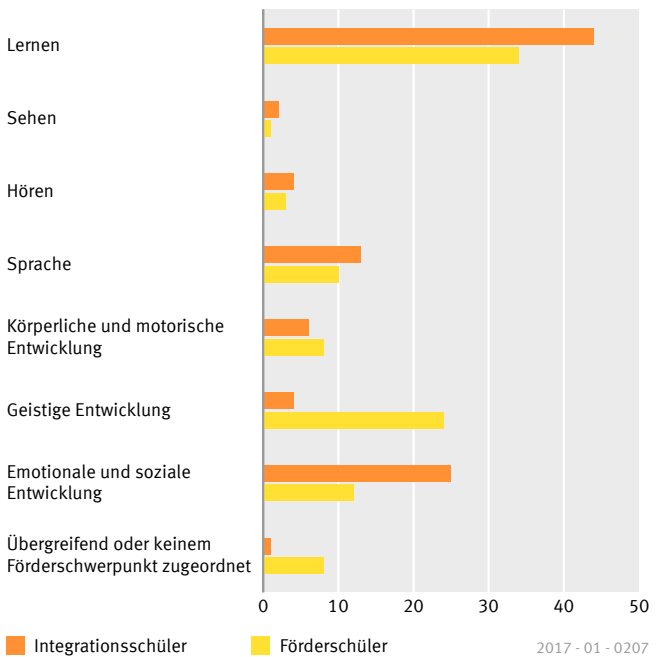
Die **Quoten** stellen die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der ersten bis zehnten Klasse an allen Schülerinnen und Schülern dieser Klassenstufe dar.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden nach **Förderschwerpunkten** nachgewiesen. Bei mehreren Förderschwerpunkten ist derjenige maßgebend, der den größten zeitlichen Anteil bei der sonderpädagogischen Förderung ausmacht.

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

- 1 Ohne Kranke.
- 2 Ohne Niedersachsen und Saarland.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 2015/16 in %



3 Bildung

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.6 Berufliche Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2015/16

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Schulen								
Deutschland	8 789	2 702	2 463	865	886	273	1 600	1 830
Baden-Württemberg	1 617	502	564	–	280	36	235	160
Bayern	1 062	228	309	110	–	69	346	468
Berlin	342	84	97	48	22	25	66	68
Brandenburg	154	36	39	25	18	–	36	75
Bremen ⁴	68	21	18	13	9	3	4	6
Hamburg	170	77	44	15	7	7	20	39
Hessen	591	205	121	92	53	–	120	121
Mecklenburg-Vorpommern	117	36	34	7	15	–	25	– ¹⁵
Niedersachsen	943	332	239	135	97	9	131	192 ¹⁶
Nordrhein-Westfalen	1 555	520	331	204	228	–	272	404
Rheinland-Pfalz	442	126	83	32	41	89	71	138
Saarland	188	89	38	38	9	–	14	35
Sachsen	647	270	170	55	46	–	106	– ¹⁵
Sachsen-Anhalt	294	58	136	36	8	–	56	40
Schleswig-Holstein ⁷	342	34	157	28	31	35	57	84
Thüringen	257	84	83	27	22	–	41	– ¹⁸
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Deutschland	122 455	51 977	32 483	7 755	15 863	1 281	13 094	9 439
Baden-Württemberg	22 595	6 907	8 990	–	5 289	150	1 258	1 369
Bayern	16 568	8 458	1 940	3 140	–	743	2 287	2 347
Berlin	4 856	1 912	1 405	325	478	93	643	473
Brandenburg	2 089	2 076 ⁹	–	–	–	–	13	354
Bremen ⁴	1 159	668	257	62	106	3	63	–
Hamburg	2 535	1 659	331	49	130	26	340	537
Hessen	9 538	4 408	1 372	1 009	1 796	–	953	–
Mecklenburg-Vorpommern ¹⁰ ..	1 462	–	–	–	–	–	1 462	–
Niedersachsen	12 688	5 324	3 685	947	1 799	17	916	–
Nordrhein-Westfalen	25 835	10 093	8 727	1 159	3 183	–	2 673	3 003
Rheinland-Pfalz	5 753	2 360	1 699	–	829	197	668	957
Saarland	1 530	704	240	318	183	–	84	196
Sachsen	5 741	2 561	1 300	410	788	–	682	–
Sachsen-Anhalt	2 279	1 109	635	121	175	–	239	203
Schleswig-Holstein	4 339	2 235	857	57	748	52	390	–
Thüringen	3 488	1 505	1 043	158	359	–	423	–

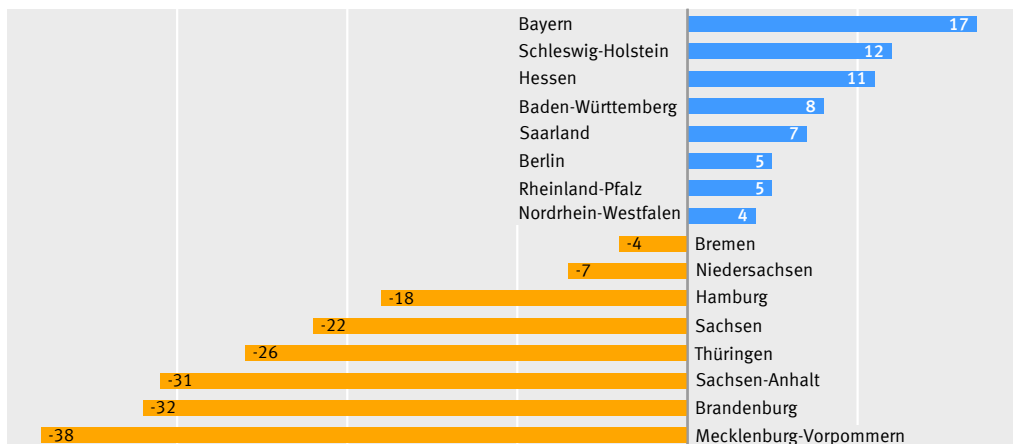
Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

- 1 Teilzeit-Berufsschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.
- 2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.
- 3 Einschl. Fachakademien in Bayern.
- 4 Ergebnisse für das Schuljahr 2013/14.
- 5 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen.

- 6 Ohne Schulen des Gesundheitswesens, die den Berufsfachschulen und Fachschulen zugeordnet wurden.
- 7 Nachweis für Berufsvorbereitungsjahr erfolgt bei den Berufsschulen.
- 8 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen und Fachschulen.
- 9 Einschl. Berufsfach-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Fchschulen.
- 10 Die Verteilung der Lehrkräfte erfolgt für alle Schularten unter Fachschulen.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Veränderungsrate 2015 gegenüber 2005, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2017 - 01 - 0208

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.7 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2015/16

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Insgesamt								
Deutschland	2 496 954	1 511 678	431 925	139 579	194 716	19 166	199 890	153 036
Baden-Württemberg	406 824	199 193	118 240	–	66 681	1 847	20 863	17 580
Bayern	374 278	270 699	20 214	46 494	–	11 204	25 667	29 799
Berlin	86 824	47 980	16 111	4 916	5 372	997	11 448	5 783
Brandenburg	43 225	27 469	3 148	2 624	4 159	–	5 825	4 616
Bremen ⁴	25 624	19 030	3 257	1 311	1 162	72	792	887
Hamburg	53 500	40 984	4 633	681	1 604	324	5 274	3 880
Hessen	186 681	111 215	21 133	22 095	15 884	–	16 354	11 208
Mecklenburg-Vorpommern ..	32 545	21 441	6 421	145	2 296	–	2 242	–
Niedersachsen	270 958	161 323	48 715	20 924	24 517	179	15 300	11 061
Nordrhein-Westfalen	569 396	344 577	113 292	22 091	37 954	–	51 482	48 721
Rheinland-Pfalz	122 215	72 074	20 007	2 170	10 218	3 580	14 166	7 732
Saarland	33 437	20 086	3 115	5 299	1 795	–	3 142	3 602
Sachsen	99 389	55 686	19 642	5 744	7 634	–	10 683	–
Sachsen-Anhalt	46 976	29 123	8 844	2 250	1 965	–	4 794	2 195
Schleswig-Holstein	94 730	62 750	13 434	1 147	10 211	963	6 225	5 972
Thüringen	50 352	28 048	11 719	1 688	3 264	–	5 633	–
und zwar:								
Schülerinnen in %								
Deutschland	44,3	37,7	56,3	52,4	53,0	41,2	54,1	77,0
Baden-Württemberg	44,7	37,3	54,0	–	54,2	40,4	33,6	78,6
Bayern	42,3	37,5	73,6	53,2	–	40,2	48,3	78,5
Berlin	48,8	43,2	53,0	49,5	47,7	49,2	66,8	72,3
Brandenburg	44,7	34,4	65,7	49,7	52,4	–	74,0	74,8
Bremen ⁴	44,6	42,4	46,9	52,2	53,3	48,6	64,3	80,6
Hamburg	45,0	42,1	59,3	37,4	45,8	52,2	54,9	75,7
Hessen	43,6	38,3	55,5	46,0	48,4	–	56,1	78,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	46,9	37,7	73,9	37,2	47,4	–	57,1	–
Niedersachsen	44,8	37,6	60,5	49,8	52,0	56,4	51,7	77,0
Nordrhein-Westfalen	43,1	37,6	47,8	64,7	54,5	–	52,3	76,2
Rheinland-Pfalz	43,0	36,4	50,0	48,8	48,3	39,7	63,1	76,9
Saarland	42,8	37,1	52,9	45,7	60,6	–	54,2	79,2
Sachsen	49,1	35,5	77,4	50,6	54,9	–	63,4	–
Sachsen-Anhalt	48,5	34,6	77,5	51,7	54,0	–	75,2	73,3
Schleswig-Holstein	44,1	39,2	53,4	33,1	54,6	43,9	58,1	73,6
Thüringen	47,7	33,6	72,6	47,9	54,4	–	62,1	–
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen im Abgangsjahr 2015								
Deutschland	1 010 221	569 993	227 568	67 338	57 453	13 615	74 254	49 227
Baden-Württemberg	190 398	75 637	82 354	–	21 596	1 214	9 597	5 734
Bayern	136 938	88 356	7 669	20 901	–	8 291	11 721	10 044
Berlin	28 577	15 630	5 862	2 182	899	495	3 509	1 730
Brandenburg	15 623	9 926	1 489	1 148	1 076	–	1 984	1 325
Bremen ⁴	9 327	6 124	1 790	619	302	77	415	242
Hamburg	19 103	13 657	2 166	661	505	231	1 883	1 368
Hessen	63 398	36 253	8 246	10 048	4 451	–	4 400	3 932
Mecklenburg-Vorpommern ..	11 451	7 652	2 260	185	538	–	816	–
Niedersachsen	109 531	55 351	30 436	10 182	6 748	174	6 640	3 741
Nordrhein-Westfalen	252 359	160 795	49 118	12 977	11 304	–	18 165	14 149
Rheinland-Pfalz	47 154	24 346	12 479	738	2 580	2 325	4 686	2 658
Saarland	12 798	7 918	1 290	2 505	408	–	677	1 144
Sachsen	33 687	18 749	6 840	2 322	1 915	–	3 861	–
Sachsen-Anhalt	16 178	10 041	3 448	929	438	–	1 322	1 072
Schleswig-Holstein	46 594	30 387	7 767	1 187	3 933	808	2 512	2 088
Thüringen	17 105	9 171	4 354	754	760	–	2 066	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

1 Teilzeit-Berufsschulen (einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sowie Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form).

2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg. Einschl. Schulen des Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und teilweise Thüringen.

3 Einschl. Fachakademien in Bayern. Teilweise einschl. Schulen des Gesundheitswesens in Thüringen.

4 Ergebnisse für das Schuljahr 2013/14. Absolventen/Absolventinnen des Abgangsjahres 2013.

3.5 Auszubildende

3.5.1 Auszubildende nach ausgewählten Berufsgruppen 2015

Kenn- ziffer	Berufsgruppe	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Veränderung gegenüber Vorjahr
		insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	
		Anzahl ¹	%		Anzahl ¹	%
	Insgesamt	1 337 004	61,9	38,1	516 639	- 0,3
	darunter:					
111	Landwirtschaft	10 680	87,5	12,5	4 737	4,1
121	Gartenbau	15 993	80,3	19,7	5 964	- 1,7
221	Kunststoff- und Kautschukherstellung und -verarbeitung	7 017	92,3	7,7	2 655	0,7
222	Farb- und Lacktechnik	5 826	83,1	16,9	2 370	- 3,3
223	Holzbe- und -verarbeitung	22 011	89,7	10,3	9 591	1,8
232	Technische Mediengestaltung	7 947	40,6	59,4	3 147	- 1,0
242	Metallbearbeitung	23 130	94,6	5,4	7 251	1,6
244	Metallbau und Schweißtechnik	29 163	97,9	2,1	9 390	- 4,2
245	Feinwerk- und Werkzeugtechnik	22 071	93,0	7,0	6 492	- 0,7
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	56 055	93,6	6,4	17 946	- 0,4
252	Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik	80 457	96,2	3,8	26 103	2,8
261	Mechatronik und Automatisierungstechnik	33 966	92,9	7,1	9 906	2,0
262	Energietechnik	57 099	97,1	2,9	18 543	3,1
263	Elektrotechnik	17 835	92,2	7,8	5 592	- 0,2
272	Technisches Zeichnen, Konstruktion und Modellbau	18 075	61,9	38,1	6 159	4,6
292	Lebensmittel- und Genussmittelherstellung	17 874	64,0	36,0	7 527	- 0,0
293	Speisenzubereitung	22 878	73,7	26,3	10 206	- 3,8
321	Hochbau	20 367	99,0	1,0	8 700	- 5,4
322	Tiefbau	7 458	99,1	0,9	3 495	- 0,7
332	Maler- und Lackierer-, Stuckateurarbeiten, Bauwerksabdichtung, Holz- und Bautenschutz	19 428	85,3	14,7	8 586	- 4,8
333	Aus- und Trockenbau, Isolierung, Zimmerei, Glaserei, Rollladen- und Jalousiebau	11 856	97,6	2,4	5 394	- 0,6
342	Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	37 377	98,7	1,3	12 723	0,3
343	Ver- und Entsorgung	6 882	96,4	3,6	2 181	- 8,0
413	Chemie	13 488	67,4	32,6	4 314	2,9
431	Informatik	20 070	93,2	6,8	7 452	0,5
432	IT-Systemanalyse, IT-Anwendungsberatung und IT-Vertrieb	4 008	82,0	18,0	1 530	- 0,3
434	Softwareentwicklung und Programmierung	12 075	90,8	9,2	4 764	6,4
513	Lagerwirtschaft, Post und Zustellung, Güterumschlag	38 259	87,6	12,4	17 997	2,1
516	Kaufleute – Verkehr und Logistik	15 369	59,2	40,8	6 021	4,3
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	8 241	94,1	5,9	3 594	- 1,3
531	Objekt-, Personen-, Brandschutz, Arbeitssicherheit	4 065	76,4	23,6	1 872	5,3
612	Handel	38 307	58,8	41,2	14 208	- 2,8
613	Immobilienwirtschaft und Facility-Management	7 227	39,5	60,5	2 811	2,1
621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	104 484	44,3	55,7	55 179	- 2,3
622	Verkauf von Bekleidung, Elektronik, Kraftfahrzeugen und Hartwaren ..	11 289	58,1	41,9	4 623	5,2
623	Verkauf von Lebensmitteln	17 310	11,8	88,2	7 008	- 7,9
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- und Medizinbedarf	6 897	6,5	93,5	2 649	0,8
631	Tourismus und Sport	10 146	32,8	67,2	4 146	- 1,2
632	Hotellerie	22 440	30,9	69,1	9 558	- 2,4
633	Gastronomie	13 800	41,8	58,2	6 816	- 6,0
634	Veranstaltungsservice und -management	4 512	34,9	65,1	1 935	3,5
713	Unternehmensorganisation und -strategie	50 301	39,9	60,1	17 922	- 1,4
714	Büro und Sekretariat	74 016	25,6	74,4	28 851	- 1,2
721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	46 599	48,8	51,2	16 407	- 7,3
723	Steuerberatung	18 159	28,7	71,3	7 038	3,1
731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	14 097	6,4	93,6	5 301	- 1,1
732	Verwaltung	31 515	25,8	74,2	11 427	6,4
811	Arzt- und Praxishilfe	73 416	1,7	98,3	28 416	3,9
823	Körperpflege	23 259	12,5	87,5	10 866	- 2,1
825	Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik	16 272	36,8	63,2	6 180	8,9
832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	7 545	9,3	90,7	2 769	- 6,2
921	Werbung und Marketing	7 122	32,3	67,7	3 078	0,6
945	Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik	4 752	86,3	13,7	1 860	5,1

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

3.5.2 Auszubildende nach Ländern 2016

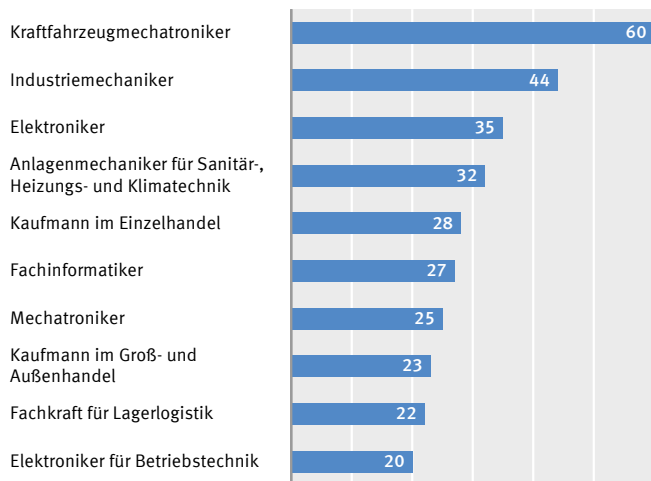
	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl ¹	%		Anzahl ¹	%
Deutschland	1 323 099	62,2	37,8	510 909	- 1,1
Baden-Württemberg	189 798	61,6	38,4	73 749	- 0,3
Bayern	240 354	61,4	38,6	92 343	- 0,1
Berlin ¹²	38 373	56,6	43,4	15 669	- 1,2
Brandenburg	25 875	66,4	33,6	10 026	- 1,9
Bremen ¹²	14 271	58,6	41,4	5 529	- 0,3
Hamburg	31 440	58,5	41,5	12 759	- 1,1
Hessen	94 071	62,0	38,0	36 015	- 2,0
Mecklenburg-Vorpommern	18 942	63,8	36,2	7 671	- 1,2
Niedersachsen ¹³	141 906	62,3	37,7	53 940	- 1,4
Nordrhein-Westfalen ¹²	296 277	62,6	37,4	113 502	- 2,1
Rheinland-Pfalz	65 853	63,8	36,2	25 248	- 1,8
Saarland	16 947	62,8	37,2	6 534	- 2,4
Sachsen	48 153	65,1	34,9	18 258	- 0,3
Sachsen-Anhalt	26 781	66,4	33,6	10 395	0,3
Schleswig-Holstein	48 651	61,6	38,4	19 458	0,6
Thüringen	25 410	67,2	32,8	9 816	- 2,1

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

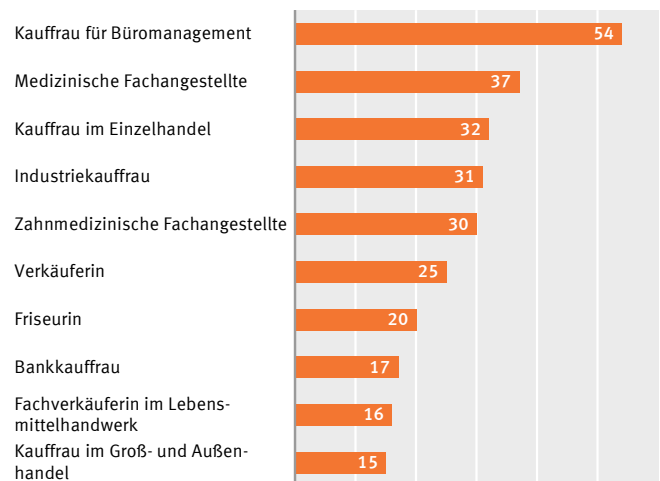
- 1 Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.
- 2 Die Meldungen liegen noch nicht vor, es wurden daher Ergebnisse des Vorjahres verwendet.
- 3 Die Meldungen liegen teilweise noch nicht vor, es wurden daher Ergebnisse des Vorjahres verwendet.

Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2015 in 1 000

Männer



Frauen



2017 - 01 - 0208

3.6 Hochschulen

3.6.1 Hochschulen, Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2016/17

	Insgesamt		Davon			
			Universitäten	Pädagogische, Theologische und Kunsthochschulen	Fachhochschulen	Verwaltungsfach- hochschulen ¹
	Anzahl	%	Anzahl			
Hochschulen						
Deutschland	427	100	106	75	216	30
Baden-Württemberg	70	16,4	12	14	40	4
Bayern	48	11,2	12	10	25	1
Berlin	42	9,8	11	6	25	–
Brandenburg	14	3,3	5	–	7	2
Bremen	8	1,9	2	1	4	1
Hamburg	20	4,7	6	2	10	2
Hessen	33	7,7	7	9	14	3
Mecklenburg-Vorpommern	7	1,6	2	1	3	1
Niedersachsen	29	6,8	11	2	14	2
Nordrhein-Westfalen	70	16,4	16	14	36	4
Rheinland-Pfalz	21	4,9	6	2	9	4
Saarland	6	1,4	1	2	2	1
Sachsen	25	5,9	6	6	11	2
Sachsen-Anhalt	10	2,3	2	3	4	1
Schleswig-Holstein	12	2,8	3	2	6	1
Thüringen	12	2,8	4	1	6	1
Studierende						
Deutschland	2 803 916	100	1 745 088	63 166	956 928	38 734
Baden-Württemberg	362 194	12,9	180 083	29 545	146 373	6 193
Bayern	378 203	13,5	243 419	3 896	126 008	4 880
Berlin	180 096	6,4	119 652	5 516	54 442	486
Brandenburg	49 017	1,7	35 581	–	12 249	1 187
Bremen	36 228	1,3	20 155	897	14 695	481
Hamburg	100 133	3,6	55 902	2 184	41 389	658
Hessen	249 810	8,9	155 755	2 548	87 410	4 097
Mecklenburg-Vorpommern	38 008	1,4	24 254	447	12 869	438
Niedersachsen	205 497	7,3	140 474	2 512	61 183	1 328
Nordrhein-Westfalen	776 114	27,7	494 515	8 171	261 301	12 127
Rheinland-Pfalz	122 119	4,4	78 025	605	40 470	3 019
Saarland	31 182	1,1	16 826	914	13 051	391
Sachsen	110 849	4,0	78 298	2 909	28 607	1 035
Sachsen-Anhalt	54 192	1,9	33 500	1 257	19 147	288
Schleswig-Holstein	59 758	2,1	35 377	955	21 722	1 704
Thüringen	50 516	1,8	33 272	810	16 012	422
darunter: Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester²						
Deutschland	433 446	100	248 951	8 596	164 946	10 953
Baden-Württemberg	64 767	14,9	31 037	4 066	28 490	1 174
Bayern	65 338	15,1	39 318	504	24 185	1 331
Berlin	26 409	6,1	16 653	716	8 851	189
Brandenburg	7 275	1,7	4 892	–	2 116	267
Bremen	6 327	1,5	3 319	145	2 718	145
Hamburg	13 292	3,1	8 454	242	4 449	147
Hessen	34 808	8,0	20 756	325	12 704	1 023
Mecklenburg-Vorpommern	6 131	1,4	3 897	67	1 988	179
Niedersachsen	32 930	7,6	21 695	377	10 352	506
Nordrhein-Westfalen	106 699	24,6	57 876	1 177	43 573	4 073
Rheinland-Pfalz	17 556	4,1	10 474	53	6 277	752
Saarland	5 150	1,2	2 677	92	2 226	155
Sachsen	17 863	4,1	11 033	444	6 098	288
Sachsen-Anhalt	8 687	2,0	5 269	158	3 189	71
Schleswig-Holstein	10 225	2,4	5 792	118	3 781	534
Thüringen	9 989	2,3	5 809	112	3 949	119

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

1 Hochschulen mit mehreren Standorten werden nur einmal im Land des Hauptsitzes gezählt.

2 Studierende, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Nähere Informationen hierzu siehe Erläuterungen bei Tabelle 3.6.2.

3 Bildung

3.6 Hochschulen

3.6.2 Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Fachsemester des Wintersemesters 2016/17

	Insgesamt	Darunter weiblich	Deutsche	Darunter weiblich	Ausländer/-innen	Darunter weiblich	Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester	Darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2 803 916	48,2	2 446 081	48,1	357 835	48,6	684 158	49,5
Geisteswissenschaften	346 463	67,2	303 070	66,7	43 393	70,6	87 128	68,6
Sport	27 736	38,1	26 520	38,3	1 216	33,3	6 003	43,1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	1 018 087	56,5	917 052	56,1	101 035	60,4	247 484	57,9
Mathematik, Naturwissenschaften	320 594	47,0	283 759	46,6	36 835	49,6	86 709	48,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	170 791	65,8	153 079	66,6	17 712	58,8	29 206	68,6
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	63 411	58,6	56 733	59,0	6 678	55,0	16 206	58,9
Ingenieurwissenschaften	757 173	22,6	626 807	21,5	130 366	28,2	187 946	24,7
Kunst, Kunstwissenschaft	94 148	62,5	75 928	62,4	18 220	62,9	21 239	63,3
Sonstige Fächer und ungeklärt	5 513	51,9	3 133	53,2	2 380	50,3	2 237	53,7

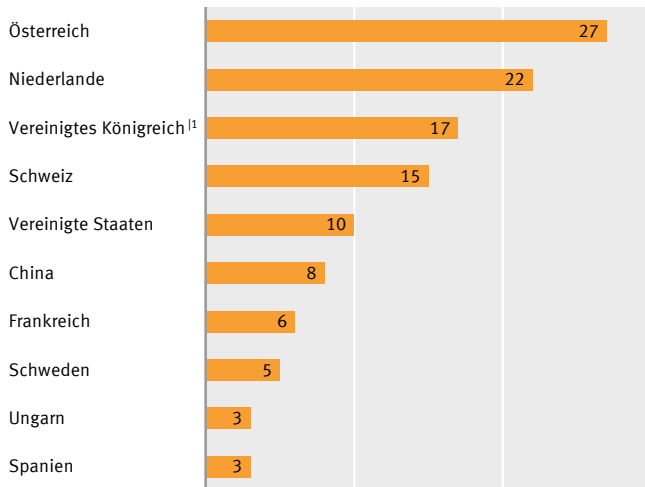
Bei Studienanfängerinnen und Studienanfängern wird zwischen Studierenden im ersten Hochschulsemester und Studierenden im ersten Fachsemester unterschieden.

Studierende im **ersten Hochschulsemester** sind zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Studierende, die bereits im Ausland studiert haben und sich zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden im ersten Hochschulsemester nachgewiesen und – falls ihre Fachsemester im Ausland angerechnet werden – in einem höheren Fachsemester.

Studierende im **ersten Fachsemester** belegen zum ersten Mal ein Studienfach. Studierende, die das Studienfach gewechselt haben, sind z. B. im ersten Fachsemester des neuen Studienfachs, aber in einem höheren Hochschulsemester.

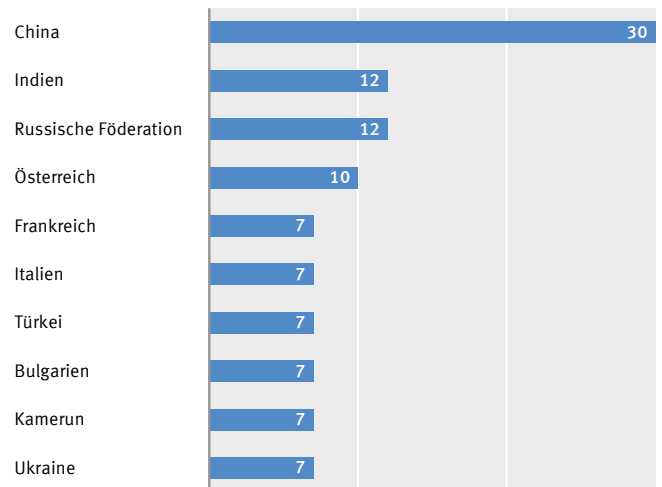
Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse. – Die ab Wintersemester 2015/16 gültige Fächersystematik bewirkt eine teilweise Neuordnung von Studienbereichen zu Fächergruppen. Die aktuellen Ergebnisse nach einzelnen Fächergruppen sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Deutsche Studierende im Ausland 2014 in 1 000



1 Großbritannien und Nordirland.

Ausländische Studierende in Deutschland 2014/15 in 1 000



Studierende mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung im Ausland (Bildungsausländer).

3 Bildung

3.6 Hochschulen

3.6.3 Prüfungen an Hochschulen 2015

	Erworbene Abschlüsse		Davon					
	insgesamt	darunter von Frauen	universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen ²	Fachhochschulabschluss ³	Bachelorabschluss	Masterabschluss
	Anzahl	%						
Insgesamt	481 588	50,2	8,1	6,1	9,1	2,1	51,0	23,6
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	84 071	76,5	5,3	3,6	33,6	0,0	39,6	17,8
Sport, Sportwissenschaft	5 169	46,2	1,8	2,9	36,0	–	44,7	14,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	153 991	54,2	6,8	2,4	1,5	4,1	61,3	23,9
Mathematik, Naturwissenschaften ..	80 473	38,8	5,7	12,4	10,8	0,4	44,8	25,9
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	28 133	66,1	40,2	26,0	0,9	1,0	23,2	8,7
Veterinärmedizin	1 469	84,0	66,2	31,9	–	–	–	1,9
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	10 677	57,1	0,8	5,1	2,5	0,1	59,0	32,4
Ingenieurwissenschaften	100 401	23,0	4,5	3,7	0,5	3,0	57,9	30,4
Kunst, Kunstwissenschaft	17 182	65,0	14,8	1,9	10,8	0,8	50,1	21,7
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	22	22,7	4,5	–	–	–	18,2	77,3

Ergebnisse der Prüfungsstatistik. – Bezogen auf die erworbenen Abschlüsse im Wintersemester 2014/15 und im Sommersemester 2015.

1 Einschl. der Prüfungsgruppen „Künstlerischer Abschluss“ und „Sonstiger Abschluss“. Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Einschl. Lehramts-Bachelor und Lehramts-Master.

3 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

3.6.4 Nichtmonetäre Kennzahlen für Hochschulen 2015

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, wie hoch der Anteil der Schulabsolventinnen und -absolventen mit einem Schulabschluss ist, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. Die Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der ein Erststudium an einer Hochschule absolviert. Der Indikator misst den Output der Hochschulen in Form von Absolventinnen und Absolventen mit einem ersten akademischen Abschluss.

	Studienberechtigte ¹		Studienanfänger/-innen ²		Absolventen/Absolventinnen (Erststudium)		Studierende	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal ³	Betreuerrelation ⁴
	Anzahl	Quote ⁵	Anzahl	Quote ⁵	Anzahl	Quote ⁵			
Deutschland	444 859	53,0	506 580 ⁶	58,2 ⁶	317 102	32,3	2 757 799	165 175	16,7
Baden-Württemberg	73 383	59,7	61 208	49,0	54 407	39,8	359 125	27 090	13,3
Bayern	64 488	46,5	59 359	42,0	53 133	33,2	376 488	25 577	14,7
Berlin	16 992	57,2	17 337	52,3	17 683	35,0	175 917	10 075	17,5
Brandenburg	9 673	53,7	7 856	42,8	5 826	26,0	49 395	2 646	18,7
Bremen	3 938	57,3	3 961	53,1	4 157	45,0	36 324	1 543	23,5
Hamburg	11 315	65,8	10 150	53,7	10 133	39,9	97 881	5 653	17,3
Hessen	36 697	56,6	36 241	54,6	25 115	33,4	244 322	12 316	19,8
Mecklenburg-Vorpommern ..	5 216	45,0	4 700	38,6	4 223	24,6	38 541	3 351	11,5
Niedersachsen	48 293	54,4	39 125	44,1	23 350	25,7	199 959	12 512	16,0
Nordrhein-Westfalen	105 241	53,8	101 301	50,7	67 526	31,2	751 740	34 994	21,5
Rheinland-Pfalz	21 156	47,9	19 599	43,7	15 031	31,0	121 459	6 734	18,0
Saarland	6 262	61,5	4 917	47,1	3 806	32,9	30 838	2 253	13,7
Sachsen	13 581	48,0	11 761	39,0	13 365	30,8	113 281	8 138	13,9
Sachsen-Anhalt	6 241	39,8	6 248	37,5	6 099	27,0	54 954	4 198	13,1
Schleswig-Holstein	14 446	46,7	12 905	41,8	6 758	21,6	57 412	4 095	14,0
Thüringen	7 937	50,7	6 632	40,8	6 490	31,0	50 163	4 001	12,5

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.1 „Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Ohne Studienberechtigte mit Externenprüfungen.

2 Nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB).

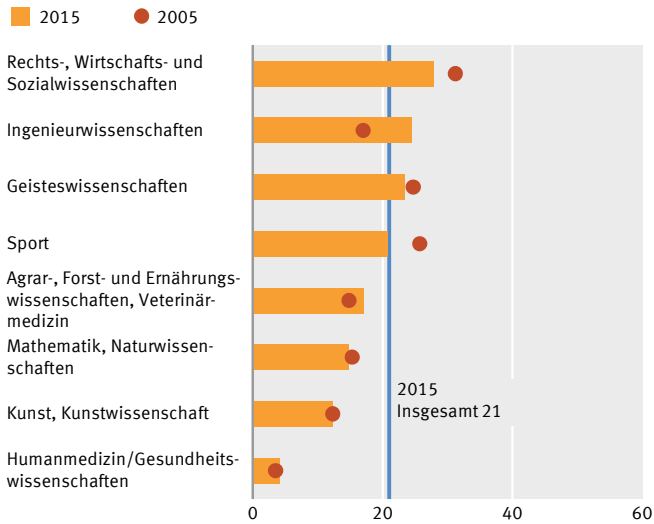
3 Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit. – Ein Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einer Vollzeitstellung/Vollzeitausbildung entspricht. Bei den Vollzeitäquivalenten wird die geleistete Arbeitszeit/Ausbildungszeit in Beziehung gesetzt zur Arbeitszeit/Ausbildungszeit, die einer Vollzeitstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

4 Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal.

5 Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung berechnet nach dem Quotensummenverfahren. Bevölkerung basiert auf Zensus 2011.

6 Einschl. Erwerb der HZB außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.

Betreuungsrelation der Studierenden nach Fächergruppen
Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen Personal in Vollzeitäquivalenten



Studierende im Wintersemester (WS). – Die ab WS 2015/16 gültige Fächersystematik bewirkt eine teilweise Neuordnung von Studienbereichen zu Fächergruppen. Die aktuellen Ergebnisse nach einzelnen Fächergruppen sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Frauenanteile
In verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, in %



- 1 Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.
- 2 Studierende insgesamt im Wintersemester.
- 3 Personal nach der organisatorischen Zugehörigkeit am 1. Dezember ohne studentische Hilfskräfte.

3.6.5 Personal an Hochschulen 2015

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹					Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal				
		zusammen		davon an			zusammen		davon an		
		Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³	Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³
Deutschland	684 385	385 311	56,3	40,6	1,6	14,1	299 074	43,7	38,4	0,4	4,9
dar. hauptberuflich Tätige											
Baden-Württemberg . .	82 690	36 551	44,2	35,8	0,8	7,6	46 139	55,8	49,1	0,3	6,4
Bayern	80 492	36 061	44,8	38,5	0,7	5,6	44 431	55,2	48,4	0,4	6,4
Berlin	32 843	15 370	46,8	39,7	2,2	4,9	17 473	53,2	46,5	1,4	5,3
Brandenburg ⁴	6 867	4 059	59,1	47,7	-	11,4	2 808	40,9	28,8	-	12,1
Bremen	4 751	2 920	61,5	51,0	1,9	8,6	1 831	38,5	27,6	1,6	9,3
Hamburg	17 283	7 860	45,5	38,8	0,8	5,9	9 423	54,5	48,9	0,7	4,9
Hessen	40 072	17 057	42,6	36,2	0,4	6,0	23 015	57,4	49,4	0,3	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	12 243	4 687	38,3	33,7	0,3	4,3	7 556	61,7	56,4	0,2	5,1
Niedersachsen	43 186	18 971	43,9	37,6	0,6	5,7	24 215	56,1	49,7	0,4	6,0
Nordrhein-Westfalen . .	109 687	51 400	46,9	38,0	0,6	8,3	58 287	53,1	47,0	0,6	5,5
Rheinland-Pfalz	20 897	8 988	43,0	34,3	-	8,8	11 909	57,0	49,3	-	7,7
Saarland	9 086	3 170	34,9	29,4	0,9	4,6	5 916	65,1	61,9	0,4	2,8
Sachsen	31 441	14 719	46,8	40,7	1,2	4,9	16 722	53,2	46,3	0,7	6,1
Sachsen-Anhalt	14 343	5 543	38,6	32,6	0,8	5,3	8 800	61,4	53,7	0,8	6,8
Schleswig-Holstein	15 005	5 820	38,8	33,4	0,5	4,9	9 185	61,2	55,3	0,5	5,5
Thüringen	13 125	6 024	45,9	39,3	0,9	5,7	7 101	54,1	48,3	0,7	5,1

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen.

- 1 Ohne studentische Hilfskräfte.
- 2 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.
- 3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.
- 4 Einschl. Personal für die Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg.

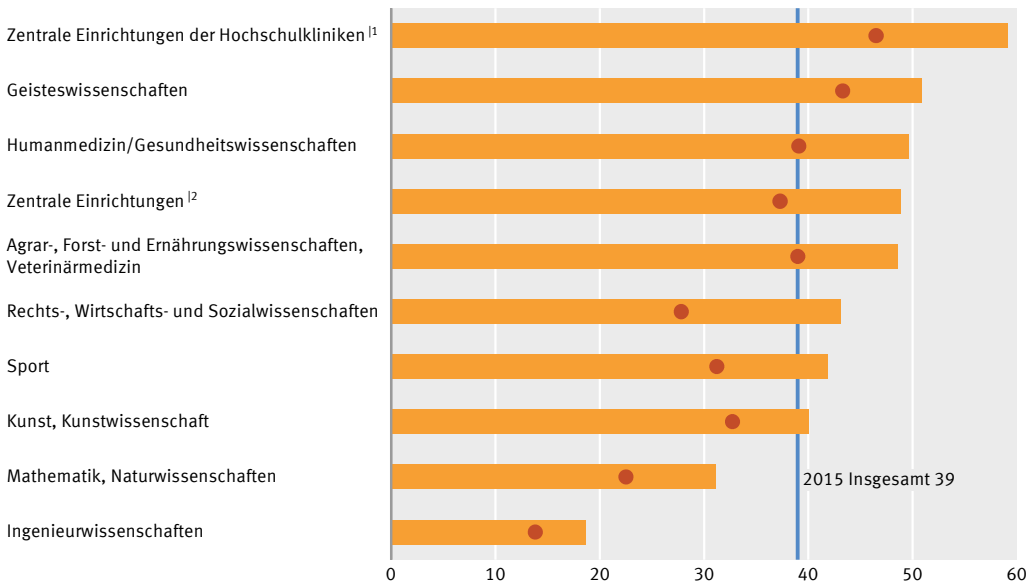
	Personal		Davon							
			Professoren/Professorinnen		Dozenten/Dozentinnen und Assistenten/Assistentinnen		wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen		Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	239 200	38,6	46 344	22,7	3 400	37,9	179 651	41,9	9 805	52,9
Geisteswissenschaften . . .	19 380	50,9	4 596	36,0	333	48,3	11 993	54,3	2 458	62,0
Sport, Sportwissenschaft . .	1 854	41,9	257	23,0	12	25,0	1 193	44,8	392	45,9
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften . . .	40 995	43,1	13 386	28,6	1 292	34,4	23 766	50,9	2 551	51,2
Mathematik, Naturwissenschaften	43 157	31,1	6 417	17,4	461	31,2	35 481	33,3	798	40,7
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	57 951	49,6	3 848	20,6	598	54,0	53 415	51,6	90	73,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	5 774	48,6	1 165	24,6	52	57,7	4 442	54,5	115	57,4
Ingenieurwissenschaften . .	48 529	18,6	12 216	11,6	423	16,5	35 099	20,8	791	32,4
Kunst, Kunstwissenschaft . .	7 159	40,0	3 706	31,8	138	39,9	2 350	53,2	965	39,3
Zentrale Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen)	13 119	48,9	727	25,7	54	48,1	10 808	48,2	1 530	64,5
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin)	1 282	59,1	26	38,5	37	81,1	1 104	56,1	115	86,1

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen. – Zuordnung des Personals nach fachlicher Zugehörigkeit. – Die ab Berichtsjahr 2015 gültige Fächersystematik bewirkt eine teilweise Neuordnung von Lehr- und Forschungsbereichen zu Fächergruppen. Die aktuellen Ergebnisse nach einzelnen Fächergruppen sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Weibliches Personal nach Fächergruppen

Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, in %

■ 2015 ● 2005



Die ab Wintersemester 2015/16 gültige Fächersystematik bewirkt eine teilweise Neuordnung von Studienbereichen zu Fächergruppen. Die aktuellen Ergebnisse nach einzelnen Fächergruppen sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

1 Nur Humanmedizin.
2 Ohne klinikspezifische Einrichtungen.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.1 Berufliche Weiterbildung von Erwerbspersonen 2016

	Teilnehmer/-innen			
	insgesamt		männlich	weiblich
	1 000	%		
Deutschland	7 714	100	51,9	48,1
	nach Altersgruppen			
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 25	441	5,7	52,4	47,6
25 – 35	1 862	24,1	52,3	47,7
35 – 45	1 837	23,8	53,0	47,0
45 – 55	2 271	29,4	50,6	49,4
55 und mehr	1 304	16,9	52,0	48,0
	nach Bildungsabschluss			
	Allgemeine Schulausbildung			
Haupt- (Volks-)schulabschluss	887	11,5	67,2	32,8
Abschluss der Polytechnischen Oberschule	472	6,1	47,4	52,6
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	2 070	26,8	48,1	51,9
Fachhochschulreife	974	12,6	57,3	42,7
Hochschulreife	3 248	42,1	49,1	50,9
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	6	0,1	/	/
Ohne allgemeinen Schulabschluss ¹ 12	56	0,7	57,8	42,2
	Berufliche Ausbildung			
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ¹³	3 111	40,3	54,7	45,3
Fachschulabschluss ¹⁴	1 184	15,3	43,6	56,4
Fachschule der ehemaligen DDR	91	1,2	20,5	79,5
Bachelor	264	3,4	50,9	49,1
Master	215	2,8	55,2	44,8
Diplom ¹⁵	2 072	26,9	51,4	48,6
Promotion	286	3,7	61,0	39,0
Ohne Berufsausbildung ¹ 16	491	6,4	56,0	44,0
	nach Stellung im Beruf			
Selbstständige	808	10,5	61,3	38,7
Mithelfende Familienangehörige	8	0,1	/	62,3
Beamte/Beamtinnen	731	9,5	50,8	49,2
Angestellte ¹⁷	5 356	69,4	46,8	53,2
Auszubildende	125	1,6	52,9	47,1
Arbeiter/-innen	669	8,7	82,7	17,3
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	17	0,2	67,2	32,8
	nach Wirtschaftsbereichen			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	74	1,0	76,3	23,7
Produzierendes Gewerbe	1 603	20,8	79,7	20,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	829	10,8	56,2	43,8
Sonstige Dienstleistungen	5 190	67,3	42,3	57,7
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	17	0,2	67,2	32,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. ohne Angabe.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, 1-jährige Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie einer geringen Anzahl von Personen mit Anlernausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule für Gesundheits- und Sozialberufe sowie Abschluss an einer Schule für Erzieher/-innen.

5 Einschl. Lehramtsprüfung, Staatsprüfung, Magister, künstlerischer Abschluss und vergleichbare Abschlüsse.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

7 Einschl. geringfügig Beschäftigte.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.2 Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen 2015

	Teilnahmen				Darunter in							
	insgesamt	männlich	weiblich	dar. mit bestände-ner Prüfung	Industrie und Handel				Handwerk			
					zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestände-ner Prüfung	zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestände-ner Prüfung
	Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%		
Insgesamt	115 830	65,3	34,7	84,5	63 744	60,1	39,9	75,7	41 988	81,3	18,7	96,9
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen												
Fachkaufmann/-kauffrau	10 527	49,4	50,6	83,6	6 924	31,5	68,5	77,5	3 582	84,1	15,9	95,1
Fachwirt/-in	36 153	50,6	49,4	78,6	27 507	44,3	55,7	72,7	7 320	78,0	22,0	98,1
Fachkraft für Daten- verarbeitung	1 623	77,5	22,5	91,4	756	94,6	5,4	83,2	864	62,5	37,5	98,6
Fremdsprachliche Fachkraft	2 271	23,1	76,9	77,2	2 271	23,1	76,9	77,2	-	-	-	-
Fachkraft für Schreibtechnik	273	30,7	69,3	84,3	273	30,7	69,3	84,3	-	-	-	-
Betriebswirt/-in	4 974	71,9	28,1	79,1	4 596	71,7	28,3	78,1	378	74,1	25,9	92,3
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	6 885	41,1	58,9	89,7	1 332	53,0	47,0	82,4	2 373	58,7	41,3	97,9
Zusammen	62 706	50,7	49,3	81,0	43 659	45,1	54,9	74,8	14 514	75,3	24,7	97,2
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen												
Industriemeister/-in	13 323	95,3	4,7	79,6	13 323	95,3	4,7	79,6	-	-	-	-
Fachmeister/-in	3 801	87,4	12,6	69,6	3 801	87,4	12,6	69,6	-	-	-	-
Handwerksmeister/-in	22 047	83,1	16,9	97,3	-	-	-	-	22 047	83,1	16,9	97,3
Sonstige Meisterprüfungen	2 547	74,6	25,4	81,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	7 989	89,6	10,4	88,5	2 961	87,7	12,3	79,1	4 941	91,3	8,7	94,2
Zusammen	49 710	87,3	12,7	88,3	20 085	92,7	7,3	77,7	26 988	84,6	15,4	96,7
Sonstige Fortbildungsprüfungen												
Fachhelfer im Gesundheitswesen ..	2 823	0,6	99,4	92,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Fortbildungsprüfungen ..	591	77,6	22,4	96,6	-	-	-	-	486	77,9	22,1	96,9
Zusammen	3 414	13,9	86,1	93,3	-	-	-	-	486	77,9	22,1	96,9

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3.7.3 Volkshochschulen 2015

	Volkshoch- schulen	Kursveranstaltungen				Einzelveranstaltungen			
		insgesamt		Belegungen ¹		insgesamt		Besucher/-innen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	905	591 603	100	6 479 573	100	97 332	100	2 339 496	100
Baden-Württemberg	171	122 793	20,8	1 295 903	20,0	23 163	23,8	520 368	22,2
Bayern	190	128 075	21,6	1 487 499	23,0	38 328	39,4	953 119	40,7
Berlin	12	19 343	3,3	226 660	3,5	938	1,0	11 449	0,5
Brandenburg	19	6 998	1,2	65 490	1,0	844	0,9	9 311	0,4
Bremen	2	4 285	0,7	55 131	0,9	709	0,7	17 037	0,7
Hamburg	1	8 144	1,4	99 967	1,5	78	0,1	1 139	0,0
Hessen	32	40 882	6,9	434 164	6,7	2 862	2,9	74 747	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	8	5 122	0,9	54 395	0,8	1 310	1,3	24 654	1,1
Niedersachsen	57	64 262	10,9	687 614	10,6	3 675	3,8	104 538	4,5
Nordrhein-Westfalen	130	97 339	16,5	1 087 686	16,8	14 087	14,5	355 943	15,2
Rheinland-Pfalz	68	28 648	4,8	304 070	4,7	3 532	3,6	86 841	3,7
Saarland	16	7 631	1,3	78 369	1,2	1 497	1,5	37 486	1,6
Sachsen	17	15 736	2,7	160 879	2,5	1 369	1,4	24 336	1,0
Sachsen-Anhalt	15	7 055	1,2	76 191	1,2	1 081	1,1	13 759	0,6
Schleswig-Holstein	144	26 024	4,4	271 510	4,2	2 912	3,0	87 287	3,7
Thüringen	23	9 266	1,6	94 045	1,5	947	1,0	17 482	0,7
nach Programmbereichen und Fachgebieten									
Politik, Gesellschaft, Umwelt	38 826	6,6	541 878	8,4	43 933	45,1	1 104 786	47,2
Kultur, Gestalten	91 941	15,5	913 202	14,1	21 374	22,0	811 973	34,7
Gesundheit	198 628	33,6	2 364 329	36,5	13 068	13,4	240 246	10,3
Arbeit, Beruf	55 768	9,4	473 294	7,3	5 774	5,9	51 454	2,2
Grundbildung, Schulabschlüsse	16 808	2,8	148 935	2,3	2 505	2,6	17 312	0,7
Sprachen	189 632	32,1	2 037 935	31,5	10 678	11,0	113 725	4,9

1 Mehrfachzählungen: Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin wird entsprechend der Zahl seiner/ihrer Belegungen gezählt.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

3.8 Ausbildungsförderung

3.8.1 Geförderte nach BAföG 2016

	Insgesamt	Schüler/-innen	Studierende
Anzahl			
Insgesamt	822 933	239 366	583 567
davon:			
Männlich	360 165	89 765	270 400
Weiblich	462 768	149 601	313 167
davon:			
Bei den Eltern wohnend	231 841	102 845	128 996
Nicht bei den Eltern wohnend ..	591 092	136 521	454 571
EUR			
Durchschnittliche monatliche Fördermittel pro Person	456	435	464

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Eine Förderung nach dem **BAföG** (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. auswärtige Unterbringung) sowie für Schülerinnen und Schüler an Abendschulen, Kollegs, Fach(ober-)schulen u. ä. gewährt.

Durch Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts wurden Nachzahlungen für die Kosten bei auswärtiger Unterbringung behinderter Auszubildender geleistet. Dies trug zum Teil zu einer wesentlichen Erhöhung des durchschnittlichen monatlichen Förderungsbetrages bei den Schülerinnen und Schülern bei.

3.8.2 Geförderte nach AFBG

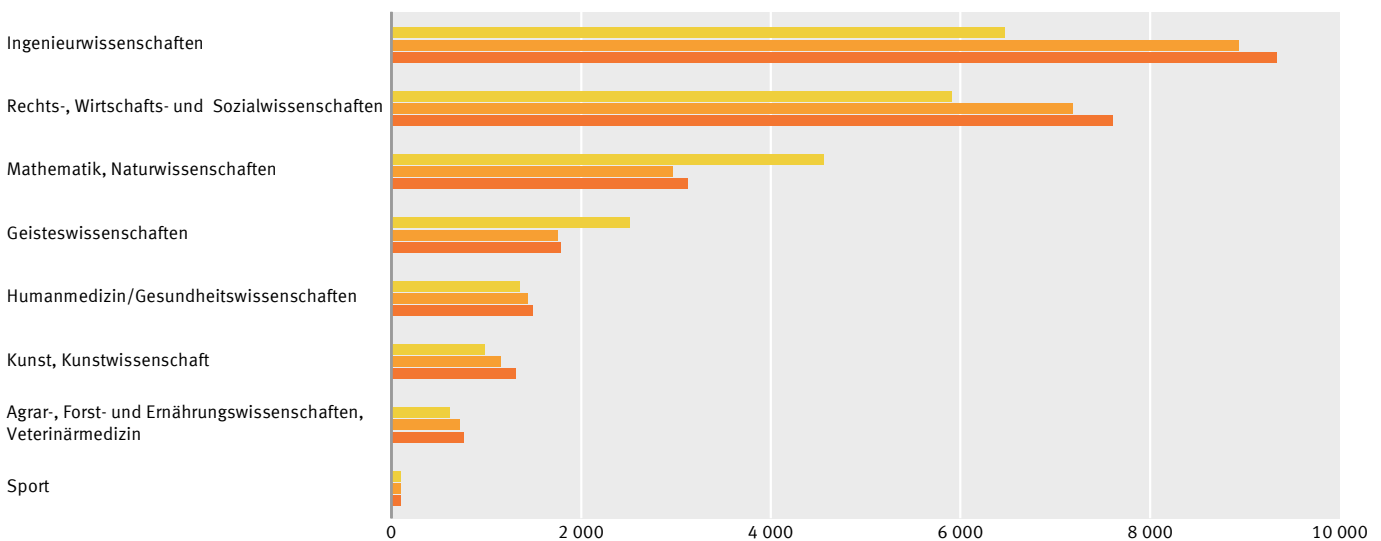
	Insgesamt	Davon	
		Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
Geförderte			
2015	162 013	71 557	90 456
2016	161 725	75 120	86 605
Finanzieller Aufwand in Mill. EUR			
Bewilligung insgesamt			
2015	558	412	146
2016	576	430	146
davon (2016):			
Darlehen			
Bewilligung	360	267	93
In Anspruch genommen ..	260	195	65
Zuschuss	216	163	53

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).

Förderleistungen nach dem **AFBG** (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) können Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten, die eine Fortbildungsmaßnahme über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-/Gehilfenprüfung bzw. eines Berufsfachschulabschlusses anstreben (z. B. Handwerksmeister/-in, Fachwirt/-in). Mit dem 3. Änderungsgesetz zum AFBG wurde ab dem 1.8.2016 auch die Möglichkeit für Bachelor- bzw. Fachhochschul-Absolventen geschaffen, eine Förderung nach dem AFBG aufzunehmen.

Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Fächergruppen

■ 2014 ■ 2015 ■ 2016



Die ab Wintersemester 2015/16 gültige Fächersystematik bewirkt eine teilweise Neuordnung von Studienbereichen zu Fächergruppen. Die aktuellen Ergebnisse nach einzelnen Fächergruppen sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

2017 - 01 - 0212

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung
3.9.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler für öffentliche Schulen nach Ländern

	Ausgaben je Schüler/-in							
	alle Schularten		allgemeinbildende Schulen		berufliche Schulen		dar. Berufsschulen im dualen System ¹	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	EUR							
Deutschland	6 700	6 500	7 400	7 100	4 600	4 500	2 900	2 800
Baden-Württemberg	6 600	6 400	7 100	6 900	5 300	5 100	3 000	2 900
Bayern	7 600	7 300	8 500	8 100	4 800	4 600	3 100	3 000
Berlin	8 500	7 800	9 200	8 500	5 600	5 100	3 500	3 200
Brandenburg	6 700	6 600	7 100	7 000	4 500	4 400	3 600	3 500
Bremen	6 500	6 400	7 600	7 400	4 000	3 900	2 600	2 600
Hamburg	8 500	8 000	9 500	8 900	5 200	5 100	3 600	3 400
Hessen	6 900	6 700	7 600	7 300	4 900	4 700	3 100	3 000
Mecklenburg-Vorpommern	6 800	6 400	7 700	7 100	3 300	3 600	2 700	2 900
Niedersachsen	6 400	6 200	7 100	6 900	4 200	4 000	2 500	2 400
Nordrhein-Westfalen	5 900	5 700	6 500	6 200	4 000	3 900	2 600	2 500
Rheinland-Pfalz	6 200	6 100	6 800	6 700	4 300	4 200	2 700	2 700
Saarland	6 200	5 700	7 100	6 500	4 000	3 700	2 700	2 500
Sachsen	7 000	6 700	7 400	7 100	5 300	5 100	3 700	3 400
Sachsen-Anhalt	7 600	7 400	8 300	8 200	4 800	4 500	3 200	3 100
Schleswig-Holstein	5 800	5 800	6 300	6 300	4 300	4 200	3 000	3 000
Thüringen	8 300	8 100	8 700	8 500	6 700	6 500	4 500	4 300

Einschl. Schulverwaltung.– Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Teilzeitunterricht.

3.9.2 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Finanzierungsbetrachtung 2014

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben in Mrd. EUR						
		öffentlicher Bereich				privater Bereich	Ausland	insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	zusammen			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	15,7	99,7	29,0	144,4	28,2	0,7	173,3
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	10,2	92,6	27,7	130,4	22,1	0,7	153,2
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	0,3	6,8	12,8	19,9	5,5	0,0	25,4
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	3,1	60,6	14,5	78,2	11,4	0,0	89,6
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	0,4	54,0	9,3	63,6	2,1	0,0	65,8
	Berufliche Bildungsgänge	0,7	6,3	2,6	9,5	1,2	0,0	10,7
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	2,0	0,3	0,3	2,6	8,0	0,0	10,6
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	6,6	23,3	0,1	30,1	5,2	0,7	36,0
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	3,7	8,4	0,0	12,1	2,1	0,7	14,9
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	0,1	1,9	0,2	2,2	0,0	0,0	2,2
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	6,1	0,0	6,1
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	5,6	7,1	1,3	14,0	0,0	0,0	14,0
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	3,2	3,1	1,9	8,2	10,5	0,0	18,7
A+B	Bildungsbudget insgesamt	18,9	102,8	30,9	152,7	38,7	0,7	192,1
C	Forschung und Entwicklung	12,6	11,4	0,2	24,2	55,9	4,2	84,2
C10	Wirtschaft	1,6	0,3	–	1,9	52,2	2,9	57,0
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,9	0,3	0,1	1,3	0,2	0,0	1,6
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	6,3	2,4	0,0	8,8	1,3	0,6	10,7
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	3,7	8,4	0,0	12,1	2,1	0,7	14,9
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	2,2	1,4	1,3	4,9	0,6	0,1	5,6
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	30,0	107,2	32,4	169,6	93,0	4,3	267,0
	nachrichtlich:							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte/-innen des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	0,0	11,8	0,0	11,8	0,0	0,0	11,8
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte/-innen des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Funktionen 118 und 138)	/	/	/	/	/	/	/

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. In den Ausgaben sind 11,8 Mrd. EUR unterstellte Sozialbeiträge für das aktive verbeamtete Personal enthalten. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2014/15“.

3 Bildung

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

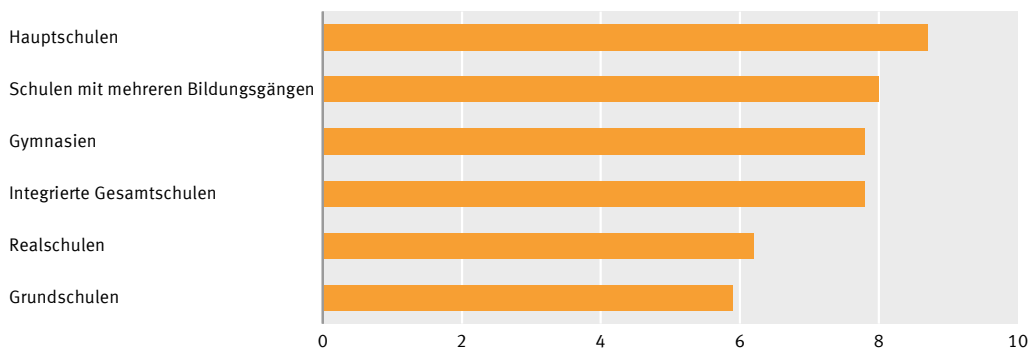
3.9.3 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Durchführungsbetrachtung

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben		Anteil am Bruttoinlandsprodukt	
		2015	2014	2015	2014
		Mrd. EUR		%	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	175,7	173,3	5,8	5,9
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	155,6	153,2	5,1	5,3
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	26,5	25,4	0,9	0,9
A32	ISCED 1 – 4 – Schulen und schulnaher Bereich	91,7	89,6	3,0	3,1
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	/	65,8	/	2,3
	Berufliche Bildungsgänge	/	10,8	/	0,4
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	/	10,6	/	0,4
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	35,1	36,0	1,2	1,2
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	15,1	14,9	0,5	0,5
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	2,2	2,2	0,1	0,1
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	6,2	6,1	0,2	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	13,9	14,0	0,5	0,5
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	19,4	18,7	0,6	0,6
A+B	Bildungsbudget insgesamt	195,1	192,1	6,4	6,6
C	Forschung und Entwicklung	90,0	84,2	3,0	2,9
C10	Wirtschaft	62,4	57,0	2,1	2,0
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,6	1,6	0,1	0,1
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	10,9	10,7	0,4	0,4
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	15,1	14,9	0,5	0,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	5,8	5,6	0,2	0,2
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	275,8	267,0	9,1	9,2

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2014/15“.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2014

in 1 000 EUR



Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben.

2017 - 01 - 0213

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.4 Ausgaben der Hochschulen

	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben	
			zusammen		davon					
					Personalausgaben		übrige laufende Ausgaben			
	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Deutschland	50 006	3,7	45 652	3,3	28 888	3,6	16 764	2,6	4 354	9,0
Baden-Württemberg	7 657	3,6	6 922	3,4	4 425	4,1	2 497	2,3	735	5,6
Bayern	7 518	3,7	6 726	4,0	4 335	4,3	2 391	3,6	792	1,2
Berlin	3 367	3,4	3 151	4,2	1 984	5,2	1 168	2,6	216	- 6,6
Brandenburg	512	- 3,3	481	2,7	365	2,4	116	3,6	31	- 48,6
Bremen	438	0,0	413	0,0	291	0,0	122	0,0	26	0,0
Hamburg	1 818	6,9	1 721	6,7	1 006	5,6	715	8,3	97	10,3
Hessen	3 977	8,9	3 453	3,4	2 249	2,2	1 204	5,9	524	66,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 078	1,6	957	1,7	624	2,6	333	0,1	121	0,2
Niedersachsen	4 019	3,2	3 711	3,1	2 372	3,2	1 339	3,0	309	4,6
Nordrhein-Westfalen	10 522	2,4	9 843	2,6	5 875	4,1	3 968	0,3	678	0,4
Rheinland-Pfalz	1 777	4,3	1 691	3,8	1 074	3,8	618	3,8	85	15,5
Saarland	825	10,3	728	5,1	451	2,0	276	10,5	98	74,7
Sachsen	2 531	1,4	2 219	1,7	1 519	2,0	700	1,2	312	- 1,0
Sachsen-Anhalt	1 256	3,5	1 179	3,2	771	2,2	407	5,1	77	8,3
Schleswig-Holstein	1 602	4,9	1 461	1,8	843	2,6	618	0,8	140	52,7
Thüringen	1 109	3,3	997	1,8	704	1,7	292	2,1	112	18,4
	nach Hochschularten									
Universitäten	42 901	3,5	39 183	2,8	24 346	3,2	14 837	2,2	3 718	11,3
Universitäten, ohne medizinische Einrichtungen	20 310	3,5	18 068	2,0	12 618	2,5	5 450	0,8	2 242	17,4
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	22 590	3,6	21 115	3,6	11 728	4,0	9 387	3,0	1 475	3,3
Pädagogische Hochschulen	143	2,0	137	3,5	112	4,1	24	0,5	6	- 23,0
Theologische Hochschulen	43	2,6	41	0,2	29	- 0,1	12	1,0	2	90,0
Kunsthochschulen	621	2,7	597	2,4	439	2,8	158	1,5	24	9,2
Fachhochschulen	5 923	5,3	5 332	6,3	3 716	6,1	1 615	6,9	591	- 2,9
Verwaltungsfachhochschulen	375	5,8	363	6,7	245	5,8	118	8,5	12	- 16,2
	nach Fächergruppen									
Geisteswissenschaften	1 588	2,5	1 563	2,5	1 322	2,8	240	0,9	25	- 1,3
Sport, Sportwissenschaft	190	3,3	180	2,7	137	4,8	43	- 3,5	10	15,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	3 902	5,7	3 744	5,0	2 963	5,0	781	5,1	158	22,9
Mathematik, Naturwissenschaften	4 302	0,9	3 798	0,8	2 976	0,9	822	0,2	503	1,5
Humanmedizin, Gesundheitswissen- schaften (einschl. zentrale Einrich- tungen der Hochschulkliniken)	22 688	3,6	21 210	3,6	11 789	4,1	9 421	3,1	1 478	3,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissen- schaften, Veterinärmedizin	723	- 0,9	667	- 0,9	528	0,6	139	- 6,4	56	- 0,2
Ingenieurwissenschaften	5 535	2,2	5 005	3,0	4 107	2,3	898	6,7	530	- 5,0
Kunst, Kunstwissenschaft	794	4,5	758	4,2	601	3,8	157	5,5	36	12,1
Hochschule insgesamt, zentrale Einrich- tungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	10 285	5,9	8 727	3,2	4 465	5,0	4 263	1,4	1 557	23,9

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.5 Monetäre Kennzahlen für Hochschulen

	Laufende Ausgaben (Grundmittel) ¹						Drittmittel je Professor/-in ¹³		Drittmittel je wissenschaftlichem Personal ¹²	
	je Studierende(n)		je wissenschaftl. Personal ¹²		je Professor/-in ¹³		2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr
	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	2014	Veränderung gegenüber Vorjahr				
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Deutschland (Hochschulen)	7 058	2,6	117 147	4,2	452 640	4,5	173 503	1,2	44 904	1,0
Deutschland (Hochschulen, ohne Medizinische Einrichtungen)	6 013	2,3	127 296	3,3	396 807	4,1	145 042	0,7	46 530	0,0
Hochschulen insgesamt ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen nach Ländern										
Baden-Württemberg	7 039	4,3	112 659	-1,5	381 393	4,8	139 390	-2,6	41 174	-8,5
Bayern	6 782	7,1	127 667	8,5	418 318	8,6	135 264	-5,0	41 281	-5,2
Berlin	5 793	7,3	132 024	11,3	359 157	10,2	171 787	6,0	63 148	7,2
Brandenburg	6 572	8,1	125 883	3,0	393 736	4,8	140 194	-0,9	44 822	-2,6
Bremen	5 305	1,2	114 552	-0,4	305 857	-1,2	201 021	-1,3	75 288	-0,6
Hamburg	5 581	-6,3	122 976	-3,4	388 910	-1,9	124 689	-7,9	39 427	-9,3
Hessen	5 737	-4,3	145 065	-1,2	426 812	-2,2	126 827	-1,8	43 106	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 553	-1,2	124 560	-2,7	339 611	-1,4	130 790	23,5	47 971	22,0
Niedersachsen	7 656	0,3	146 798	3,5	452 851	6,4	148 771	0,4	48 226	-2,4
Nordrhein-Westfalen	4 570	-0,9	123 360	5,9	406 789	2,7	156 975	8,9	47 603	12,3
Rheinland-Pfalz	5 443	3,0	120 185	1,1	344 105	1,7	87 602	0,4	30 596	-0,2
Saarland	5 685	-1,5	124 709	4,0	391 251	2,7	129 217	-7,2	41 187	-6,0
Sachsen	7 176	11,2	132 315	4,1	379 150	7,2	231 427	-1,7	80 763	-4,5
Sachsen-Anhalt	7 277	0,6	147 217	0,4	404 576	0,3	105 200	-6,2	38 280	-6,0
Schleswig-Holstein	5 878	3,9	135 651	0,2	364 664	1,5	101 598	-2,1	37 793	-3,4
Thüringen	8 037	5,2	131 429	3,8	386 281	3,4	135 522	1,8	46 110	2,2
Hochschulen nach Hochschularten										
Universitäten, ohne Medizinische Einrichtungen ¹⁴	6 955	4,4	139 420	5,4	577 343	5,6	256 367	0,4	61 909	0,2
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	32 943	5,8	84 805	7,2	1 134 627	6,0	564 279	2,5	42 176	3,6
Kunsthochschulen	14 867	-1,3	117 434	0,0	263 129	0,8	17 593	0,9	7 852	0,1
Fachhochschulen	3 962	-1,6	100 768	-1,3	207 081	1,6	33 298	9,8	16 203	6,7
Hochschulen nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	5 153	3,2	116 728	2,5	441 622	4,2	115 839	5,3	30 618	3,6
Sport, Sportwissenschaft	7 375	7,7	143 941	5,3	855 211	7,9	192 521	2,1	32 403	-0,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3 861	0,5	102 850	-0,6	304 605	0,9	59 900	4,9	20 225	3,3
Mathematik, Naturwissenschaften	8 836	1,9	149 277	4,1	521 737	5,6	254 355	-0,5	72 775	-1,9
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	22 002	1,5	83 541	7,4	1 022 207	6,2	505 795	2,6	41 337	3,8
Veterinärmedizin	19 179	2,4	185 255	-0,2	910 452	0,7	201 833	6,4	41 068	5,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 972	6,0	173 552	3,6	502 505	8,4	167 595	-4,8	57 883	-9,0
Ingenieurwissenschaften	6 809	3,3	142 988	7,9	395 845	5,3	194 107	0,4	70 115	2,9
Kunst, Kunstwissenschaft	9 597	1,4	112 540	1,7	273 123	3,1	29 009	4,5	11 953	3,0
Fächergruppen zusammen	7 058	2,6	117 147	4,2	452 640	4,5	173 503	1,2	44 904	1,0

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Laufende Ausgaben zuzüglich unterstellte Sozialbeiträge des verbeamteten Hochschulpersonals bezüglich der Einnahmen und Ausgaben für Mieten und Pachten.

2 Ohne Drittmittelpersonal.

3 Ohne drittmittelfinanzierte Professoren/Professorinnen.

4 Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.1 Nach durchführenden Bereichen

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	88 782	5,4	640 516	5,8	387 982	9,5
Öffentlicher Bereich und private Institutionen ohne Erwerbszweck	12 486	1,3	101 717	0,7	54 011	2,2
Bundes-, Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ¹	1 253	-1,5	11 321	-5,9	5 436	4,5
Überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen	11 232	1,7	90 396	1,6	48 575	1,9
Hochschulen	15 344	2,8	134 032	1,1	103 148	2,1
Unternehmensbereich	60 952	6,9	404 767	8,9	230 823	16,5

1 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

3.10.2 Im öffentlichen Bereich und privaten Institutionen ohne Erwerbszweck

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal ¹			
	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ²	
			2015	Veränderung gegenüber Vorjahr	2015	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	12 486	1,3	101 717	0,7	54 011	2,2
nach Institutionen						
Bundeseinrichtungen ³	1 034	-3,5	8 584	-10,9	3 987	0,1
Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ¹	219	8,9	2 737	13,8	1 449	18,8
Helmholtz-Zentren	4 178	1,3	31 909	0,6	18 045	0,7
Max-Planck-Institute	1 831	0,5	13 036	3,2	6 591	4,6
Fraunhofer-Institute	2 085	1,2	16 902	1,0	8 527	1,3
Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“)	1 344	2,7	11 979	-2,0	6 094	-1,2
Sonstige Forschungseinrichtungen ¹	1 355	4,2	13 211	7,4	8 147	6,0
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen ¹	440	1,3	3 360	-0,4	1 172	0,2
nach Wissenschaftszweigen ²						
Naturwissenschaften	5 609	-4,7	46 414	-6,2	24 632	-6,4
Ingenieurwissenschaften	3 419	16,4	27 445	18,7	15 480	22,0
Medizin	1 272	8,5	6 918	-13,8	3 395	-10,0
Agrarwissenschaften	577	3,8	6 311	0,7	2 763	4,3
Sozial- und Geisteswissenschaften	1 609	-9,2	14 629	3,6	7 742	4,4

Ohne Hochschulen.

1 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

2 Ab 2015 neue Systematik der Wissenschaftszweige.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.3 Unternehmensbereich 2015

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)			Forschungspersonal insgesamt	
	insgesamt	davon			darunter finanziert von der Wirtschaft
		interne FuE- Aufwendungen	externe FuE- Aufwendungen außer- halb des Wirtschafts- sektors		
Mill. EUR			%	Vollzeitäquivalent	
Insgesamt	67 122	60 952	6 170	89,2	404 767
	nach Wirtschaftszweigen				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	236	150	86	96,8	1 438
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	27	21	5	90,6	213
Verarbeitendes Gewerbe	57 432	51 913	5 519	90,1	324 061
H. v. Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	325	318	7	97,9	2 553
H. v. Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	95	91	4	86,6	1 089
H. v. Holzwaren, Papier, Pappe und Druckerzeugnissen	226	215	11	78,6	1 758
Kokerei und Mineralölverarbeitung	135	135	1	96,6	351
H. v. chemischen Erzeugnissen	4 093	3 786	307	89,7	23 618
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	5 731	3 956	1 775	76,0	18 357
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren sowie Glaswaren und Keramik	1 419	1 399	20	92,6	11 117
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metall- erzeugnissen	1 434	1 355	79	80,8	11 789
H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 801	7 541	259	90,3	60 351
H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 394	2 249	145	91,3	20 623
Maschinenbau	5 609	5 460	149	95,0	43 292
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	23 676	21 466	2 210	93,4	108 134
Sonstiger Fahrzeugbau	2 471	2 008	464	79,7	11 865
Sonst. H. v. Waren, Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	2 023	1 935	88	93,8	9 166
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung	178	162	17	85,3	793
Baugewerbe/Bau	82	75	7	81,9	1 002
Information und Kommunikation	3 304	3 185	119	91,2	23 307
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	294	284	10	99,9	1 395
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	5 069	4 685	384	78,5	47 829
dar. Institutionen für Gemeinschaftsforschung	432	295	138	39,3	3 536
Restliche Abschnitte	502	478	24	73,9	4 729

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Quellen: Stifterverband Wissenschaftsstatistik und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.4 Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2015

	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
	Mill. EUR				% des Bruttoinlandsprodukts ¹			
Deutschland ^{1,2}	88 782	12 486	15 344	60 952	2,9	0,4	0,5	2,0
Baden-Württemberg	22 733	1 894	2 328	18 511	4,9	0,4	0,5	4,0
Bayern	17 359	1 715	2 284	13 360	3,2	0,3	0,4	2,4
Berlin	4 411	1 481	1 111	1 819	3,6	1,2	0,9	1,5
Brandenburg	1 092	464	231	397	1,6	0,7	0,3	0,6
Bremen	873	340	215	318	2,8	1,1	0,7	1,0
Hamburg	2 423	499	559	1 365	2,2	0,5	0,5	1,3
Hessen	7 403	631	1 129	5 643	2,8	0,2	0,4	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	753	251	262	240	1,9	0,6	0,7	0,6
Niedersachsen	8 867	992	1 371	6 504	3,5	0,4	0,5	2,5
Nordrhein-Westfalen	12 689	2 059	3 278	7 352	2,0	0,3	0,5	1,1
Rheinland-Pfalz	3 188	209	556	2 423	2,4	0,2	0,4	1,8
Saarland	535	131	181	223	1,5	0,4	0,5	0,6
Sachsen	3 099	884	869	1 346	2,7	0,8	0,8	1,2
Sachsen-Anhalt	810	281	317	212	1,4	0,5	0,5	0,4
Schleswig-Holstein	1 277	296	309	671	1,5	0,3	0,4	0,8
Thüringen	1 183	270	344	569	2,0	0,5	0,6	1,0

1 BIP für Deutschland; Stand Mai 2017.

2 Einschl. nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

3.10.5 Personal für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2015

	Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
Deutschland ¹	640 516	101 717	134 032	404 767
Baden-Württemberg	151 051	15 884	21 149	114 018
Bayern	125 263	13 735	20 777	90 752
Berlin	34 785	11 325	10 128	13 332
Brandenburg	9 889	3 918	2 304	3 667
Bremen	7 045	2 479	2 046	2 520
Hamburg	16 176	3 342	4 522	8 312
Hessen	51 855	4 566	8 398	38 890
Mecklenburg-Vorpommern	6 005	2 129	2 200	1 676
Niedersachsen	51 888	8 308	11 326	32 254
Nordrhein-Westfalen	101 272	17 301	27 277	56 694
Rheinland-Pfalz	22 084	2 057	4 729	15 298
Saarland	4 635	1 160	1 525	1 950
Sachsen	28 628	7 530	8 805	12 294
Sachsen-Anhalt	7 640	2 588	2 675	2 378
Schleswig-Holstein	10 708	2 530	2 805	5 373
Thüringen	11 176	2 450	3 366	5 360

1 Einschl. nicht zuzuordnendem Personal.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.11 Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen 2015

3.11.1 Anerkennungsverfahren nach Entscheidung vor Rechtsbehelf in den zehn häufigsten Berufshauptgruppen

Berufshauptgruppe ¹	Insgesamt	Abgeschlossene Verfahren	Entscheidung vor Rechtsbehelf					Noch keine Entscheidung
			positiv, d. h. vollständig gleichwertig	Auflage einer Ausgleichsmaßnahme ²	positiv, jedoch beschränkter Berufszugang ³	teilweise Gleichwertigkeit ⁴	negativ	
Insgesamt	22 404	17 112	12 666	2 532	3	1 461	450	5 292
Medizinische Gesundheitsberufe	16 311	12 648	9 927	2 451	–	18	252	3 663
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	1 500	1 104	747	–	–	324	33	396
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	783	609	402	–	–	204	3	171
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	672	471	249	6	–	183	33	201
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe	444	321	210	–	–	99	12	123
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	396	234	117	42	–	42	33	162
Verkaufsberufe	306	243	195	–	–	45	3	63
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	276	207	120	–	–	84	3	69
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	258	192	120	–	–	66	6	63
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	195	126	60	–	–	57	9	69

Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

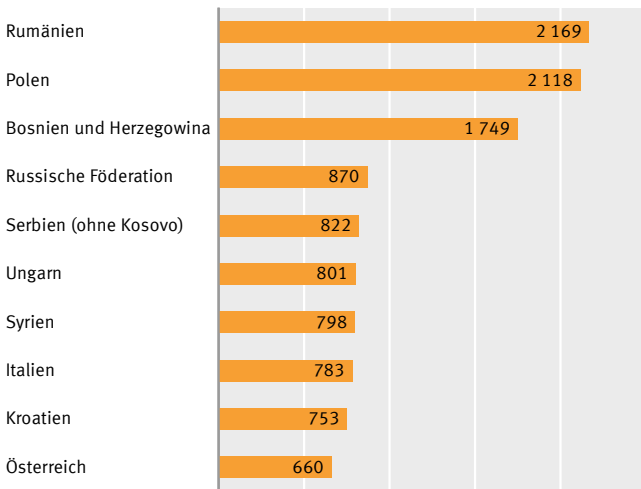
1 Klassifikation der Berufe 2010.

2 Bescheide mit Auflage einer Ausgleichsmaßnahme sind nur bei reglementierten Berufen möglich.

3 Bescheide mit beschränktem positivem Berufszugang nach Handwerksordnung (HwO) sind nur bei reglementierten Berufen im Handwerk möglich.

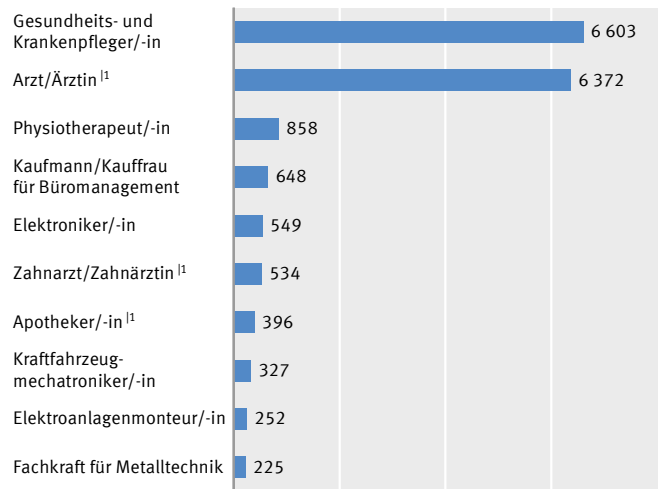
4 Bescheide mit teilweiser Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation sind nur bei nicht reglementierten Berufen möglich.

Anzahl der bearbeiteten Anträge der zehn häufigsten Ausbildungsstaaten 2015



Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Anzahl der bearbeiteten Anträge der zehn häufigsten Referenzberufe 2015



Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

1 Erteilung der Approbation.

3.12 Weiterbildung

3.12.1 Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten in Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen 2015

Wirtschaftsbereich (H. v. = Herstellung von)/ Größenklasse	Weiter- bildende Unter- nehmen	Angebotene Formen der Weiterbildung						Teilnahmequote in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen		
		Lehrver- anstaltungen	Weiterbil- dung am Arbeitsplatz	Job-Rotation, Austausch- programme, Abordnungen, Studien- besuche	Informations- veranstal- tungen	Lern- und Qualitäts- zirkel	Selbst- gesteuertes Lernen	insgesamt	Männer	Frauen
% aller Unternehmen								%		
Insgesamt	77,3	61,9	64,3	9,9	59,3	18,5	26,4	44,7	44,6	44,9
nach Wirtschaftsbereichen										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	83,4	69,0	65,5	12,7	58,2	13,5	17,0	63,1	66,0	44,6
Ernährungsgewerbe und Tabak- verarbeitung	72,1	49,8	52,4	11,2	49,0	15,1	12,1	44,6	45,1	44,2
Textil- und Bekleidungsgewerbe; Ledergewerbe	66,3	53,9	52,9	17,3	47,5	20,8	12,3	34,0	35,9	31,9
Papier- und Druckgewerbe, Vervielfältigung	76,7	53,2	58,9	17,2	55,1	10,9	19,9	40,1	38,6	43,8
Kokerei u. Mineralölverarbeitung, H. v. chem. u. pharmazeut. Erzeugn., Gummi- u. Kunststoff- waren; Glasgewerbe, Keramik; Verarbeitung von Steinen und Erden	81,8	68,5	73,8	13,7	72,4	28,1	15,1	52,5	57,0	38,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. von Metallerzeugnissen	78,8	63,4	62,4	13,0	49,4	18,2	14,0	52,8	54,0	46,0
H. v. von DV-Geräten, elektron. u. opt. Erzeugn., elektr. Ausrüstg., Maschinenbau; Rep. u. Inst. von Maschinen und Ausrüstungen	83,0	69,3	72,8	15,0	70,8	13,7	21,7	44,0	42,9	48,2
Fahrzeugbau	87,4	78,4	74,6	24,8	72,2	35,0	26,0	55,4	54,1	62,1
Holzgewerbe, H. v. von Möbeln, sonst. Waren	77,9	63,6	68,2	13,5	62,5	15,6	17,7	35,8	33,0	41,3
Energieversorgung, Wasserversor- gung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	90,6	81,7	69,6	14,5	80,6	29,0	27,8	50,7	51,3	48,4
Baugewerbe	72,8	57,4	49,5	2,0	55,5	7,4	13,1	49,7	51,7	36,0
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	93,1	79,9	74,8	15,3	82,5	37,7	63,1	53,1	56,6	39,7
Großhandel (ohne Kfz-Handel)	81,1	68,6	68,7	10,9	62,4	24,3	24,1	45,6	46,0	45,0
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)	79,8	60,7	70,3	12,8	60,4	19,6	38,9	49,3	55,1	46,9
Verkehr und Lagerei	65,6	52,4	51,4	5,2	31,8	12,5	11,8	49,9	46,6	64,5
Gastgewerbe	60,3	46,4	46,4	11,9	42,6	12,8	18,1	49,6	51,5	48,2
Information und Kommunikation	91,3	79,4	78,8	13,8	82,8	21,2	52,2	42,6	43,0	41,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	96,5	93,8	85,2	34,1	95,8	43,5	82,4	55,5	51,5	59,3
Mit Finanz- und Versicherungsdien- sten verbundene Tätigkeiten	94,2	83,2	81,9	20,3	85,4	31,9	54,4	49,4	50,6	48,2
Grundstücks- u. Wohnungswesen, freiberufliche, wiss. u. techn. Dienstleistungen	76,5	58,8	70,2	6,7	59,0	20,9	32,8	32,7	29,7	37,0
Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten										
10 – 19	68,5	52,6	53,0	5,8	49,8	13,6	22,7	56,7	55,1	59,5
20 – 49	78,1	61,4	64,0	6,6	56,7	17,6	24,8	53,3	52,8	54,1
50 – 249	87,3	72,4	78,9	16,5	72,7	24,7	28,3	43,5	45,4	40,4
250 – 499	97,9	94,8	93,4	26,0	94,0	28,0	55,5	34,8	32,9	38,9
500 – 999	99,4	94,8	91,1	47,1	91,3	47,0	56,3	45,5	48,8	41,1
1 000 und mehr	100	95,8	97,3	63,7	99,4	55,5	77,3	45,6	45,0	47,0

Ergebnisse der Fünften Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS). –
Nähere Informationen siehe Tabellenband „Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS)“.

Methodik

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten zum Bildungsstand geben wichtige Aufschlüsse über die Qualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Bildungs- bzw. Ausbildungspotenzial unserer Gesellschaft. Sie werden auf der Grundlage des **Mikrozensusgesetzes** 2005 gewonnen. Ca. 1 % der Bevölkerung, die nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren ausgewählt werden, geben Auskunft u. a. über Schulbesuch und Bildungsstand.

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) bildet das berufliche Ausbildungsgeschehen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen vollständig und systematisch ab. Hierzu wird neben der Schulstatistik auch auf die Hochschulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Personalstatistik und die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) sowie dem Hessischen Statistischen Landesamt bearbeitet.

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die **Bundes-Schulstatistik** veröffentlicht Daten über Lehrende und Lernende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Aufgrund der im Grundgesetz geregelten Kulturhoheit der Länder wird in jedem Land eine an der jeweiligen Bildungspolitik orientierte und damit länderspezifische Schulstatistik durchgeführt. Für Ländervergleiche sowie für Bundeszwecke hat die Ständige Konferenz der Kultusminister einheitliche Begriffe und Definitionen sowie ein einheitliches Mindesterhebungsprogramm vorgegeben.

■ Auszubildende

Die **Berufsbildungsstatistik** erhebt und analysiert Daten über Auszubildende im dualen System (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) sowie über das nicht schulische Ausbildungspersonal. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz in der Fassung vom 5.2.2009. Die Angaben werden dabei von den zuständigen Stellen, z. B. Industrie- und Handelskammern, gemeldet (Sekundärstatistik). Neben den Berufen, die im dualen System ausgebildet werden, gibt es auch rein schulische Berufsausbildungen, insbesondere die meisten Gesundheitsdienstberufe. Angaben hierüber erhebt die **Schulstatistik**.

■ Hochschulen

Die **Studenten-, Prüfungs-, Personal-, Stellen-, Gasthörer- und Habilitationsstatistik** sind Totalerhebungen, die auf der Grundlage der zum 1.6.1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes jährlich bzw. semesterweise durchgeführt werden. Die Daten entstammen den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen und Prüfungsämter (Sekundärstatistik) und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

Die endgültigen Ergebnisse liegen je nach Einzelstatistik etwa drei bis neun Monate nach Ende des Berichtszeitraumes bzw. -punktes vor, vorläufige Daten der Studenten- und Personalstatistik z. T. auch deutlich früher. Hochschulstatistische Informationen stehen seit Mitte der 1970er Jahre für das frühere Bundesgebiet und seit 1992 für Deutschland in differenzierter Form zur Verfügung und sind regional auf den Ebenen Bund, Länder und einzelne Hochschulen vergleichbar.

■ Deutsche Studierende im Ausland

Die Statistik Deutsche Studierende im Ausland stützt sich auf eine Reihe verschiedenartiger Quellen. Hierzu gehören Eurostat, die OECD, das UNESCO Institute for Statistics sowie die jährliche Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den mit der Bildungsstatistik befassten Institutionen ausgewählter Staaten. Diese Statistik dokumentiert die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland.

■ Weiterbildung

Daten zur **betrieblichen Weiterbildung von Beschäftigten** werden im Rahmen der Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS - Continuing Vocational Training Survey) im Auftrag der Europäischen Kommission alle fünf Jahre erhoben.

Angaben zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen erhebt ebenfalls der **Mikrozensus**.

Aus der **Berufsbildungsstatistik** werden auch Zahlen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsprüfungen der Wirtschaftsorganisationen übernommen, z. B. der Handwerkskammern.

Die **Volkshochschulstatistik** erhebt und veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung im Auftrag des Verbandes der Volkshochschulen. In der amtlichen Statistik gibt es keine vergleichbare Erhebung. Um das weite Spektrum, insbesondere der Erwachsenenbildung, wenigstens in Auszügen darstellen zu können, greift das Statistische Bundesamt auf die Volkshochschulstatistik zurück.

■ Ausbildungsförderung

Die Statistiken nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage der jeweiligen Leistungsgesetze jährlich durchgeführt werden. Die Angaben zum BAföG und AFBG werden der amtlichen Statistik von den Landesrechenzentren bzw. IT-Dienstleistern, die mit der Berechnung der Förderungsbeiträge beauftragt sind, als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt (Sekundärstatistik).

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Die Datenbasis für die **Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler** bilden die Jahresrechnungsstatistik der staatlichen Haushalte und die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

Die **Hochschulfinanzstatistik** liefert wichtige Informationen zur allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern. Sie sind die Basis für eine Vielzahl von bildungs- und forschungspolitischen Entscheidungen. Die Statistik ist eine Totalerhebung, die jährlich bzw. vierteljährlich durchgeführt wird. Dabei sind alle Hochschulen und Hochschulkliniken bzw. die Stellen, die für diese Mittel bewirtschaften, auskunftspflichtig. Die Angaben für die Statistik entstammen weitestgehend den vorliegenden Verwaltungsdaten der Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt erhoben. Rechtsgrundlagen sind das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) sowie das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

■ Deutschlandstipendium

Die Statistiken zum Deutschlandstipendium (Stipendien und Mittelgeber) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage des Stipendienprogramm-Gesetzes (StipG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) jährlich durchgeführt werden. Die Angaben stammen von den einzelnen Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

In der **Statistik über Forschung und Entwicklung (FuE)** werden auf Grundlage der Verordnung Nr. 753/2004 der Europäischen Kommission die Sektoren Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (außeruniversitäre Einrichtungen), Hochschulen und Wirtschaft getrennt dargestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Daten für außeruniversitäre Einrichtungen durch eine Erhebung und berechnet die Ausgaben und das Personal für Hochschulen auf Grundlage der Hochschulstatistiken. Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH ermittelt die Daten zu FuE im Wirtschaftssektor durch eine Erhebung bei Unternehmen. Nach der Zusammenführung der Daten ergibt sich das Gesamtergebnis für alle Sektoren. Die jeweiligen Erhebungs- und Berechnungsverfahren entsprechen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD.

■ Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen

Seit 1.4.2012 können Personen, die eine berufliche Ausbildung im Ausland abgeschlossen haben, auf Basis des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) einen Antrag auf Prüfung der Gleichwertigkeit ihrer Ausbildung zu einer deutschen Berufsausbildung stellen. Die Statistik nach § 17 des BQFG bildet das Anerkennungsgeschehen bundesrechtlich geregelter Berufe ab.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abendgymnasien | Sie ermöglichen es befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Für die Aufnahme muss eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens zweijährige geregelte Berufstätigkeit nachgewiesen werden. Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll das 19. Lebensjahr im Schuljahr der Anmeldung vollendet haben. Die Schülerinnen und Schüler der Abendgymnasien müssen in der Regel während des Schulbesuchs – mit Ausnahme der Prüfungsphase – berufstätig sein.

Abendhauptschulen | Der Besuch der Abendhauptschule führt in einem einjährigen Ausbildungsgang (zwei Semester) zum Hauptschulabschluss. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Regel die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und dürfen weder eine allgemeinbildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen.

Abendrealschulen | Sie führen Erwachsene in Abendkursen zum mittleren Schulabschluss. Die Schulbesuchsdauer beträgt in der Regel vier Semester.

Ausgaben der Hochschulen | Diese umfassen neben der Lehre und Forschung auch die Krankenbehandlung. Sie sind nach Ländern, Hochschularten und Fächergruppen sowie nach den Ausgabearten Personalausgaben, übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben dargestellt.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung | Hierbei handelt es sich um Ausgaben für systematische, schöpferische Arbeiten zur Erweiterung des Kenntnisstandes – einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft – sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Ausgaben je Schülerin bzw. je Schüler | Sie sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers an öffentlichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Sie sind nach Schularten, Ländern und Ausgabearten dargestellt.

Auszubildende | Hierzu zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bzw. in einer Regelung für Menschen mit Behinderungen durchlaufen. Dazu gehören auch Jugendliche, deren Ausbildung voll oder teilweise durch staatliche Programme finanziert wird. Nicht als Auszubildende gelten Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich in beruflichen Schulen erfolgt (z. B. Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst).

Benchmarks | Die nationalen Benchmarks verfolgen politische Ziele. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in seinen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“ eine Studienberechtigtenquote von 50 %, eine Studienanfängerquote von 40 % und eine Absolventenquote von 35 %, gemessen am jeweiligen Altersjahrgang. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % zu halbieren.

Berufsaufbauschulen | Das sind Schulen, die neben einer Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht von Jugendlichen besucht werden, die in einer Berufsausbildung stehen oder eine solche abgeschlossen haben. Diese Schulen vermitteln eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allgemeine fachtheoretische Bildung und führen zu einem dem „Mittleren Schulabschluss“ gleichwertigen Bildungsstand (Fachschulreife). Der Bildungsgang umfasst in Vollzeitform mindestens ein Jahr, in Teilzeitform einen entsprechend längeren Zeitraum.

Berufsfachschulen | Das sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer für deren Besuch keine Berufsausbildung oder berufliche

Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln allgemeine und fachliche Lerninhalte und befähigen die Schülerin bzw. den Schüler den Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (gemäß BBiG bzw. HwO) zu erlangen. Alternativ kann die Schülerin bzw. der Schüler einen Abschluss in einen Berufsausbildungsabschluss absolvieren, der nur in Schulen erworben werden kann (außerhalb BBiG bzw. HwO).

Berufsgrundbildungsjahr | Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes (z. B. Wirtschaft, Metall) – fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres kann auf die Berufsausbildung im dualen System angerechnet werden.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen | Diese Schulen vermitteln eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie bauen auf einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden Berufsausbildung oder Berufsausübung und einem mittleren Schulabschluss auf und verleihen nach bestandener Abschlussprüfung die fachgebundene Hochschulreife. Durch eine Ergänzungsprüfung in einer zweiten Fremdsprache kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden als Vollzeitschulen geführt.

Teilzeit-Berufsschulen | Dies sind Einrichtungen im Rahmen der Schulpflichtregelungen, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in der beruflichen Ausbildung befinden (Berufsschulen im dualen System), in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen im dualen System werden in der Regel von Jugendlichen nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder bis zum Abschluss der praktischen Berufsausbildung besucht. Der Unterricht wird in der Regel als Teilzeitunterricht an zwei Tagen in der Woche oder als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten in Vollzeitform erteilt; er steht in enger Beziehung zur Ausbildung im Betrieb. Die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres (duales System) wird entweder in Teilzeit- oder in Blockform geführt. Auf Bundesebene werden diese Schulen den Teilzeit-Berufsschulen zugeordnet.

Berufsvorbereitungsjahr | Dies ist ein besonderer einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform.

Drittmittel | Zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre werden von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundausrüstung) sogenannte Drittmittel eingeworben. Die Drittmittel je Professorin bzw. Professor geben an, wie viel Drittmittel je Professorin bzw. Professor eingeworben wurden. Beide Kennzahlen werden nach Ländern, nach Hochschularten und Fächergruppen dargestellt.

Fachakademien | Fachakademien sind berufliche Bildungseinrichtungen in Bayern, die den „Mittleren Schulabschluss“ voraussetzen und in der Regel im Anschluss an eine dem Ausbildungsziel dienende berufliche Ausbildung oder praktische Tätigkeit auf den Eintritt in eine angehobene Berufslaufbahn vorbereiten. Der Ausbildungsgang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre.

Fachgymnasien | Das sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch mindestens der „Mittlere Schulabschluss“ vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert in der Regel drei Jahre. Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Zugangsberechtigung für ein Studium an Hochschulen.

Fachhochschulen | Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieurinnen und Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung und Informatik. Das Studium ist in der Regel kürzer als das an wissenschaftlichen Hochschulen.

Fachhochschulreife | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachoberschulen.

Fachoberschulen | Aufbauend auf dem „Mittleren Schulabschluss“ vermitteln diese Schulen allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten. Sie führen zur Fachhochschulreife bzw. in drei Jahren auch zur allgemeinen Hochschulreife.

Fachschulen | Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Die Bildungsgänge in den Fachbereichen schließen an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen an. Sie führen in unterschiedlichen Organisationsformen des Unterrichts (Vollzeit- oder Teilzeitform) zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht. Sie können darüber hinaus Ergänzungs-/Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Nach bestandener Prüfung ist mit dem Abschlusszeugnis die Berechtigung verbunden, die Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter.../Staatlich geprüfte...“ bzw. „Staatlich anerkannter.../Staatlich anerkannte...“ zu führen. Nach Maßgabe der Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen kann zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden.

Förderschulen | Förderschulen haben in der Regel den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und emotional benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbstständigen allgemeinbildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z. B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sowie mit Gymnasien verbunden sind.

Forschungspersonal | Dazu zählen alle direkt in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitskräfte, ungeachtet ihrer Position.

Freie Waldorfschulen | Dies sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 bzw. 13 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie Höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschulen | Sie vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang in den Klassenstufen 1 bis 4. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In einigen Bundesländern umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufen an den Grundschulen der „Schulartunabhängigen Orientierungsstufe“ zugeordnet.

Gymnasien | Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sechs bzw. sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Zugangsberechtigung zum Studium an Hochschulen.

Hauptschulen | Hauptschulen vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor.

Hauptschulabschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Hauptschulabschluss sind Schülerinnen und Schüler nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht von derzeit neun bis zehn Schuljahren der Hauptschulen, Förderschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen.

Hochschulen | Dazu zählen alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Das Studium an Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Hochschulreife (Abitur) | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife sind insbesondere Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie der Fachgymnasien.

Integrierte Gesamtschulen | Das sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen (Grundstufe = Klassenstufe 1 – 4) und gymnasialen Oberstufen (Oberstufe = Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2) verbunden sein. Die Ergebnisse über die additiven und kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Kollegs | Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Für den Eintritt muss die Bewerberin bzw. der Bewerber – wie bei den Abendgymnasien – im Schuljahr der Anmeldung mindestens 19 Jahre alt werden. Zudem wird ebenfalls eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein gleichwertiger beruflicher Bildungsgang vorausgesetzt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mit einsemestrigem Vorkurs in der Regel sechs Semester. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten dürfen während der Schulbesuchszeit keine beruflichen Tätigkeiten ausüben.

Kunsthochschulen | Dies sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Laufende Ausgaben (Grundmittel) | Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende(n) geben an, wie viel der Träger je Studierende(n) an die Hochschulen zahlen muss, damit die Hochschulen ihre Ausgaben decken. Wichtige monetäre Kennzahlen im Hochschulbereich sind die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende(n) sowie die Drittmittel je Professorin bzw. Professor.

Lehrkräfte | Dazu zählen alle Personen, die ganz oder teilweise eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. eine Schule leiten. Damit Lehrkräfte, die an mehreren Schulen tätig sind, nicht mehrfach als Person gezählt werden, werden sie grundsätzlich an derjenigen Schule bzw. Schulart erfasst, an der sie überwiegend tätig sind. Lässt sich die überwiegende Tätigkeit nicht feststellen, wird ersatzweise der überwiegend erteilte Unterricht zugrunde gelegt. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenzahl beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt sind Lehrkräfte, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50 % der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist. Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare werden den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstundenzahl unterrichten.

Pädagogische Hochschulen | Pädagogische Hochschulen sind überwiegend wissenschaftliche Hochschulen, z. T. mit Promotionsrecht. Sie bestehen nur noch in Baden-Württemberg als selbstständige Einrichtungen. In den übrigen Ländern sind sie in die Universitäten einbezogen und werden bei diesen nachgewiesen.

Personal an Hochschulen | Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen besteht aus den Professorinnen und Professoren, den Dozentinnen und Dozenten, den Assistentinnen und Assistenten, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören u. a. Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti (entpflichtete oder pensionierte Professorinnen und Professoren, die noch in Lehre oder Forschung tätig sind), Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Hilfskräfte.

Prüfungen an Hochschulen | Prüfungen (Abschlussprüfungen) an Hochschulen werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen sofern sie ein Studium beenden. Promotionsprüfungen setzen in der Regel eine andere erste Abschlussprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluss sein.

Realschulen | Diese weiterführenden Schulen (Klassen 5 bzw. 7 bis 10) werden im Anschluss an die Grundschule oder die Orientierungsstufe besucht. Der „Mittlere Schulabschluss“ (Realschulabschluss) eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen; er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Außerdem besteht für Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit „Mittlerem Schulabschluss“ die Möglichkeit des Übergangs auf Gymnasien in Aufbauform.

Realschul- oder mittlerer Abschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Realschul- oder mittlerem Abschluss sind Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis einer Realschule, der Schularten mit mehreren Bildungsgängen, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als mittlerer Abschluss gilt insbesondere das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule sowie das Abschlusszeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Das sind weiterführende Schulen, die eine allgemeine Bildung vermitteln und die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung schaffen. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schüler/-innen erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den mittleren Schulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen | Hierbei handelt es sich um schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Schulen des Gesundheitswesens | Diese Einrichtungen vermitteln die Ausbildung für nicht akademische bundesrechtlich geregelte Gesundheitsfachberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Altenpfleger/-innen, Hebammen und Entbindungspfleger/-innen, Physiotherapeuten/-innen, Logopäden/-innen, Ergotherapeuten/-innen u. a. m.) und weitere landesrechtlich geregelte Berufe des Gesundheitswesens (z. B. Helferberufe). Die Ausbildungsgänge beruhen auf bundes- oder landesrechtlichen Regelungen und finden an staatlich anerkannten Schulen statt. Die Aufnahmebedingungen sind in den jeweiligen Berufsgesetzen geregelt. Vorausgesetzt wird generell ein allgemeinbildender Schulabschluss. Die Ausbildungen enden mit staatlichen Prüfungen. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das Voraussetzung für die Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung ist. In einigen Ländern findet die Ausbildung in nicht akademischen bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen und weiteren landesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens nicht in Schulen des Gesundheitswesens, sondern nach den Schulgesetzen der Länder in Teilzeit-Berufsschulen, Berufsfachschulen oder Fachschulen statt. In diesen Ländern werden die entsprechenden Ausbildungsgänge der betreffenden Schulart zugeordnet.

Schulkindergärten | Diese sind überwiegend den Grund- oder Förderschulen angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in diese Schulen vor.

Schulpflicht | Sie beträgt in nahezu allen Ländern zwölf Jahre. Sie gliedert sich in eine neunjährige, zum Teil auch zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht (siehe Teilzeit-Berufsschulen)). Die Teilzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Vollzeitschule erfüllt werden.

Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Das sind Studierende im 1. Hochschulsesemester (Erstimmatrikulierte, d. h. erstmals an einer Hochschule in Deutschland Immatrikulierte) oder im ersten Semester eines bestimmten Studienganges (1. Fachsemester).

Studierende | Das ist die Bezeichnung für in einem Fachstudium immatrikulierte/ eingeschriebene Personen, jedoch ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. In den Ergebnissen auch enthalten sind ab Wintersemester 1992/93 die Nebenhörerinnen und Nebenhörer, d. h. Studierende einer Hochschule, die gleichzeitig an einer anderen Hochschule eingeschrieben sind.

Theologische Hochschulen | Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen (ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten).

Universitäten | Dazu zählen die Technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den Pädagogischen- und Theologischen Hochschulen).

Verwaltungsfachhochschulen | An diesen verwaltungsinternen Fachhochschulen werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet.

Vorklassen | Vorklassen an Grund-, Förder- und Gesamtschulen werden von Kindern besucht, die schulfähig, jedoch noch nicht schulpflichtig sind.

Weiterbildung | Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfasst.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Bildung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 21 und 91

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Fachberichte

Bildung in Deutschland
Bildungsstand der Bevölkerung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 6/10 Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft auf den Bildungsstand der Bevölkerung
Heft 11/11 Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Bildungsvorausberechnung – Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 (2012)
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (2017)

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Fachberichte

Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2016)
Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2015)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer (2012)

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
Reihe 1.1 Private Schulen
Reihe 2 Berufliche Schulen

Fachberichte

Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2016)
Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2016)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern
Heft 5/13 Sonderpädagogische Förderung in Deutschland – eine Analyse der Datenlage in der Schulstatistik
Heft 10/14 Sonderpädagogischer Förderbedarf – eine differenzierte Analyse

Broschüren

Schulen auf einen Blick (2016)

Mehr zum Thema

■ **Auszubildende**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11 Die neue Berufsbildungsstatistik

Broschüren

Berufsbildung auf einen Blick (2013)

Fachberichte

Schnellmeldung Berufsbildungsstatistik (2017)

■ **Hochschulen**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen

Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen

Reihe 4.3.1 Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.4 Personal an Hochschulen

Fachberichte

Hochschulstandort Deutschland (2009)

Erfolgsquoten (2015)

Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik (2016)

Personal an Hochschulen (Vorbericht, 2016)

Studierende an Hochschulen (Vorbericht, 2016)

Private Hochschulen (2015)

Promovierende in Deutschland (2016)

Deutsche Studierende im Ausland

Hochqualifizierte in Deutschland (2011)

Indikatorenmodell für die Berichterstattung zum wissenschaftlichen Nachwuchs (2014)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 7/08 Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen seit 2000

Heft 4/09 Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen

Heft 6/10 Einfluss doppelter Abiturjahrgänge auf die Entwicklung der Studienanfängerquote

Heft 6/12 Promovierende in Deutschland

Heft 8/12 Von der Hochschulreife zum Studienabschluss

Heft 1/14 Erhebung zu Karriereverläufen und internationaler Mobilität von Hochqualifizierten

Heft 1/16 Private Hochschulen in Deutschland

Statistik und Wissenschaft

Band 11 Amtliche Statistik und Hochschulranking (2007)

Broschüren

Hochschulen auf einen Blick (2016)

STATmagazin

Neue Wege zum Studium (2009)

Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber (2010)

Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)

■ **Weiterbildung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

Mehr zum Thema

■ Weiterbildung

Fachberichte

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (2015)
Erhebung zu Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland (2010)
Weiterbildung (2016)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13 Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2010
Heft 12/13 Gestaltung der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen 2010

STATmagazin

Weiterbildung in kleinen innovativen Unternehmen (2014)

■ Ausbildungsförderung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.6 Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium)
Reihe 7 Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
Reihe 8 Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
Reihe 4.5 Finanzen der Hochschulen

Fachberichte

Bildungsfinanzbericht (2015)
Budget für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2013/2014)
Bildungsausgaben je Schülerinnen und Schüler (2013)
Finanzen der Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens (2009)
Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2010)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 11/08 Bildungsausgaben in Deutschland
Heft 3/10 Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget
Heft 5/15 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 3.6 Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 4/17 Personal in Forschung und Entwicklung

Themenübergreifend

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 7/11 Die Bildungspersonalrechnung
Heft 3/14 Kommunales Bildungsmonitoring – Möglichkeiten und Perspektiven
Heft 7/14 Aktuelle Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren – Auszug aus dem Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland 2014
Heft 8/14 Auf dem Weg zur Gleichstellung? – Bildung, Arbeit und Soziales – Unterschiede zwischen Frauen und Männern
Heft 3/17 Versuch einer Kreistypisierung für ein kommunales Bildungsmanagement

IM FOKUS

10.8.2016 Zahl der ABC-Schützen zuletzt nur leicht gesunken
13.2.2017 Zahl der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen steigt ständig



4 Gesundheit



Deutlich mehr **Hautkrebsbehandlungen** im **Krankenhaus** | Häufigste operative **Eingriffe** erfolgen an den **Bewegungsorganen** | Annähernd drei Viertel aller **Pflegebedürftigen** werden **zu Hause** versorgt | Mehrheit der **Pflegebedürftigen** ist **weiblich** | Mehr **Krankenhausentbindungen** bei leichtem Rückgang der **Kaiserschnitttrate** | Positiver **Beschäftigungstrend** im Gesundheitswesen hält an | Mehr als jeder **neunte Euro** wird für **Gesundheit** ausgegeben

<i>Seite</i>	
125	Auf einen Blick
	Tabellen
126	Gesundheitliche Lage Vollstationäre Patientinnen und Patienten Diagnosen und Operationen Schwerbehinderte Menschen Pflegebedürftige Schwangerschaftsabbrüche Sterbefälle
138	Gesundheitsversorgung Krankenhäuser Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Gesundheitspersonal Pflegeeinrichtungen
146	Kosten im Gesundheitswesen Gesundheitsausgaben Kostenstruktur der Krankenhäuser
149	Krankenversicherungsschutz
150	Methodik
153	Glossar
155	Mehr zum Thema

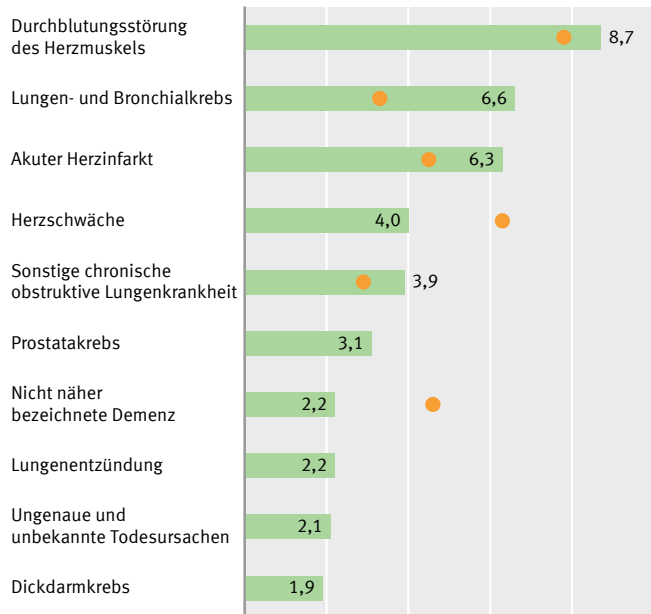
4.0 Auf einen Blick

Häufigste Todesursachen 2015

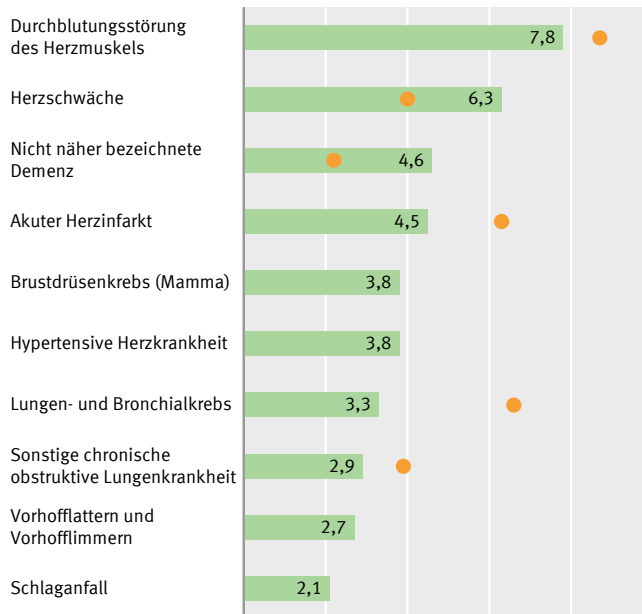
in %

● Vergleichswert des anderen Geschlechts

Männer

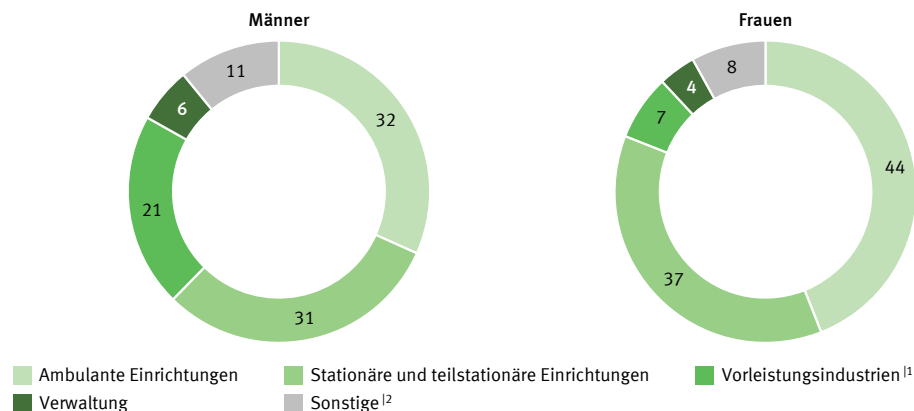


Frauen



Gesundheitspersonal nach Einrichtungen und Geschlecht 2015

in %



1 Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“ am Ende dieses Kapitels.
 2 Gesundheitsschutz, Rettungsdienste, sonstige Einrichtungen.

2017 - 01 - 0215

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.1 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patientinnen, Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	19 758 261	9,1	21,6	25,7	35,4	8,2	47,6	52,4	7,4	0,6
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	19 091 633	6,5	22,2	26,5	36,4	8,5	47,5	52,5	7,5	0,6
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	6 215 76	18,7	18,3	17,7	34,0	11,3	49,5	50,5	7,5	3,4
C00-D48	Neubildungen	1 837 989	1,6	8,8	35,0	49,1	5,5	50,8	49,2	7,7	-0,8
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	1 481 264	1,3	6,0	34,0	52,8	5,9	54,6	45,4	8,3	-0,3
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	55 172	0,1	3,5	54,5	39,4	2,6	73,3	26,7	8,8	-1,0
C15	des Ösophagus	28 689	-	1,8	40,7	53,7	3,8	79,9	20,1	9,1	-2,8
C16	des Magens	44 954	-	3,6	32,7	56,1	7,5	63,7	36,3	9,9	-1,8
C18	des Dickdarmes	80 293	0,1	2,9	25,8	61,8	9,5	53,6	46,4	11,7	-1,4
C19-C21	des Rektums und des Anus	70 746	-	3,2	35,4	56,0	5,4	61,9	38,1	10,3	-3,3
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	29 615	1,3	1,8	29,1	63,6	4,2	69,2	30,8	7,8	1,4
C25	des Pankreas	48 943	-	2,3	31,7	60,2	5,8	51,9	48,1	9,8	0,6
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	208 062	-	1,4	40,6	55,6	2,4	64,8	35,2	7,4	-1,0
C43	Bösartiges Melanom der Haut	23 172	0,1	10,7	33,2	49,6	6,4	54,9	45,1	4,9	-4,0
C50	der Brustdrüse (Mamma)	132 851	-	10,1	47,1	38,9	3,9	0,6	99,4	5,8	-0,1
C53	der Cervix uteri	14 022	0,2	25,3	49,8	22,2	2,5	-	100	7,6	-1,9
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	20 741	-	2,7	35,5	55,2	6,6	-	100	8,4	-1,0
C61	der Prostata	70 755	-	0,2	25,4	68,7	5,7	100	-	7,3	3,3
C67	der Harnblase	98 915	-	1,3	24,0	64,5	10,2	77,4	22,6	6,4	0,8
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	141 314	6,6	10,9	27,4	49,6	5,5	56,5	43,5	10,4	-1,3
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	135 304	6,7	11,4	19,3	45,8	16,8	43,6	56,4	6,6	-2,3
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	520 004	4,1	13,3	25,9	40,8	15,9	43,0	57,0	7,6	1,8
E10-E14	Diabetes mellitus	209 930	4,7	11,8	27,0	46,5	9,9	57,4	42,6	10,3	-1,3
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	1 230 330	4,0	44,7	34,3	13,9	3,1	53,8	46,2	20,9	-0,7
F10	durch Alkohol	326 971	0,8	42,4	49,6	7,0	0,1	73,0	27,0	7,7	-4,0
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	111 522	0,9	80,1	16,2	2,5	0,3	74,4	25,6	11,5	4,9
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	779 076	5,8	19,7	30,9	37,1	6,5	52,5	47,5	6,7	-
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhängegebilde	340 368	3,4	8,1	24,2	56,1	8,3	45,9	54,1	3,1	-0,7
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	158 303	10,4	21,4	34,8	30,2	3,3	46,8	53,2	4,0	0,4
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	2 899 638	0,4	4,7	25,1	56,0	13,8	53,9	46,1	7,8	0,3
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	657 817	-	2,8	32,5	57,3	7,4	67,7	32,3	5,8	-0,7
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	956 900	0,4	4,3	18,7	57,9	18,7	51,9	48,1	7,9	2,2
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	366 862	0,2	3,4	22,1	57,0	17,3	52,0	48,0	12,0	1,1
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	1 292 012	16,5	17,4	19,9	35,3	10,9	54,6	45,4	7,0	8,9
J09-J11	Grippe	16 793	28,2	16,5	16,7	28,9	9,7	52,3	47,7	6,2	357,9
J12-J18	Pneumonie	310 052	13,0	6,4	14,5	45,0	21,1	56,4	43,6	9,3	11,2
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	1 930 336	4,1	21,7	31,3	35,1	7,9	51,4	48,6	5,8	-1,2
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	294 146	8,6	33,7	27,1	24,5	6,1	54,2	45,8	7,0	-0,9
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	1 792 631	1,8	15,5	38,8	39,7	4,2	43,8	56,2	7,4	-1,1
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	1 041 001	3,3	23,8	28,5	36,1	8,3	46,3	53,7	5,4	-0,4
N00-N29	Krankheiten der Niere	433 007	3,3	22,5	31,3	34,7	8,3	57,0	43,0	6,0	2,0
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	1 015 451	-	99,7	0,2	-	-	-	100	3,9	3,2
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	191 515	100	-	-	-	-	54,5	45,5	9,1	2,4
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	105 629	63,6	22,9	9,7	3,7	0,2	54,6	45,4	5,6	0,8
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	949 612	9,0	24,7	24,4	33,0	9,0	46,9	53,1	4,0	-1,8
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	1 956 712	10,5	22,2	22,3	31,9	13,1	48,5	51,5	7,1	1,3
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	665 543	83,7	3,9	5,0	6,1	1,3	50,4	49,6	3,1	2,6
Z38	Gesunde Neugeborene	526 437	100	-	-	-	-	50,2	49,8	3,1	2,7

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Einschl. Sterbefälle und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.2 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten nach akuter Intoxikation (F10.0 Alkoholrausch)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
Insgesamt											
2000	54 041	62	9 514	6 906	12 220	13 075	6 979	3 939	1 097	221	28
2005	88 938	31	19 449	12 231	13 353	21 564	12 410	6 968	2 391	505	36
2006	87 535	18	19 423	12 768	12 283	20 730	12 960	6 447	2 390	478	38
2007	98 562	10	23 165	14 966	12 899	22 457	14 731	6 930	2 841	526	37
2008	109 283	21	25 709	16 976	13 805	24 368	17 097	7 437	3 209	620	41
2009	114 520	24	26 428	18 417	14 011	25 085	18 575	7 709	3 548	696	27
2010	115 436	21	25 995	19 074	13 876	24 742	19 383	7 719	3 857	723	46
2011	116 517	5	26 351	19 784	13 963	23 738	19 798	8 001	4 156	674	47
2012	121 595	56	26 673	20 843	14 749	24 008	21 504	8 833	4 137	733	59
2013	116 503	8	23 267	19 735	14 797	23 013	21 810	8 713	4 299	797	64
2014	118 562	22	22 391	19 848	16 170	22 497	22 628	9 802	4 271	884	49
2015	113 996	14	21 907	19 290	16 107	20 397	21 765	9 484	4 076	891	65
Männlich											
2000	38 843	39	5 957	5 069	9 231	9 825	4 959	2 904	740	109	10
2005	62 895	21	12 079	8 601	10 055	16 028	9 133	4 992	1 670	295	21
2006	62 139	12	12 201	9 094	9 141	15 452	9 658	4 620	1 680	265	16
2007	69 171	9	14 356	10 525	9 681	16 486	10 852	4 961	1 988	296	17
2008	76 654	14	15 797	11 902	10 318	17 949	12 759	5 320	2 249	329	17
2009	80 455	17	16 489	12 782	10 435	18 486	13 805	5 573	2 460	395	13
2010	81 175	19	16 163	13 248	10 317	18 307	14 469	5 577	2 632	423	20
2011	81 775	4	16 253	13 747	10 362	17 434	14 928	5 793	2 838	388	28
2012	84 972	34	16 203	14 311	11 020	17 536	16 125	6 417	2 856	443	27
2013	81 071	6	13 593	13 479	11 017	16 790	16 466	6 383	2 809	496	32
2014	83 301	19	13 071	13 761	12 002	16 606	17 084	7 322	2 866	554	16
2015	80 401	13	12 763	13 551	12 007	15 202	16 346	7 182	2 750	551	36
Weiblich											
2000	15 198	23	3 557	1 837	2 989	3 250	2 020	1 035	357	112	18
2005	26 041	10	7 369	3 630	3 297	5 536	3 277	1 976	721	210	15
2006	25 394	6	7 221	3 674	3 141	5 278	3 302	1 827	710	213	22
2007	29 390	1	8 808	4 441	3 218	5 971	3 879	1 969	853	230	20
2008	32 629	7	9 912	5 074	3 487	6 419	4 338	2 117	960	291	24
2009	34 065	7	9 939	5 635	3 576	6 599	4 770	2 136	1 088	301	14
2010	34 261	2	9 832	5 826	3 559	6 435	4 914	2 142	1 225	300	26
2011	34 742	1	10 098	6 037	3 601	6 304	4 870	2 208	1 318	286	19
2012	36 622	22	10 470	6 532	3 728	6 472	5 379	2 416	1 281	290	32
2013	35 432	2	9 674	6 256	3 780	6 223	5 344	2 330	1 490	301	32
2014	35 261	3	9 320	6 087	4 168	5 891	5 544	2 480	1 405	330	33
2015	33 595	1	9 144	5 739	4 100	5 195	5 419	2 302	1 326	340	29

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Die akute Intoxikation (Alkoholrausch) entspricht der Pos.-Nr. F10.0 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.3 Aus der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patientinnen, Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	1 666 968	5,4	14,2	45,1	32,6	2,6	45,8	54,2	25,0	0,3
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	1 534 325	4,8	14,8	46,2	31,5	2,6	45,6	54,4	25,3	- 0,3
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	4 499	4,4	12,1	39,4	38,9	5,2	52,1	47,9	24,3	4,9
C00-D48	Neubildungen	176 594	0,3	6,8	48,7	42,8	1,5	43,8	56,2	22,5	- 0,8
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	164 498	0,2	6,3	48,3	43,6	1,5	44,9	55,1	22,3	- 0,9
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	4 850	-	4,0	64,4	30,9	0,6	70,6	29,4	22,6	- 1,3
C15	des Ösophagus	2 101	-	2,4	52,9	44,0	0,7	79,1	20,9	22,1	4,8
C16	des Magens	4 242	-	3,3	38,0	55,5	3,2	58,0	42,0	21,9	- 4,9
C18	des Dickdarmes	11 148	0,0	2,8	34,4	57,0	5,8	49,7	50,3	21,9	- 2,1
C19-C21	des Rektums und des Anus	7 448	-	3,4	47,2	46,8	-	56,1	43,9	22,0	- 6,0
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	997	0,7	2,2	37,0	58,9	1,2	65,9	34,1	22,1	- 1,0
C25	des Pankreas	2 698	-	2,3	36,4	60,2	1,1	47,6	52,4	21,8	- 1,4
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	11 920	-	1,7	47,5	50,0	0,7	60,2	39,8	22,2	0,8
C43	Bösartiges Melanom der Haut	1 936	0,1	11,9	56,3	30,7	1,1	43,0	57,0	22,3	0,4
C50	der Brustdrüse (Mamma)	44 171	-	8,2	58,4	32,3	1,2	0,4	99,6	22,3	- 1,7
C53	der Cervix uteri	1 657	-	27,6	57,0	14,7	0,8	-	100	22,4	- 1,0
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	3 462	-	3,4	52,1	42,8	1,7	-	100	22,3	0,0
C61	der Prostata	23 932	-	0,1	40,3	59,3	0,3	100	-	22,1	1,2
C67	der Harnblase	6 225	-	1,2	37,0	59,2	2,6	75,6	24,4	21,7	- 1,4
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	10 167	1,7	14,2	50,0	33,3	0,8	51,7	48,3	22,6	0,0
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	6 483	68,4	10,2	15,6	5,0	0,7	49,5	50,5	21,6	- 4,5
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	39 273	20,3	23,5	46,6	9,2	0,4	56,3	43,7	23,9	0,2
E10-E14	Diabetes mellitus	15 152	5,0	14,7	64,8	15,1	0,5	63,6	36,4	23,1	- 4,7
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	258 319	6,6	39,1	51,4	2,7	0,1	34,3	65,7	35,0	3,0
F10	durch Alkohol	16 176	0,0	36,6	60,3	3,1	0,0	71,3	28,7	79,6	- 5,4
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	3 770	-	85,6	13,3	1,0	0,1	74,3	25,7	90,3	6,6
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	50 688	4,2	20,2	46,2	28,0	1,5	50,2	49,8	30,6	1,4
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenangegebilde	998	17,9	16,9	49,3	14,4	1,4	50,0	50,0	24,2	7,4
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4 826	4,8	15,9	70,3	8,3	0,7	53,8	46,2	28,1	5,3
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	248 639	0,1	4,8	41,0	49,2	4,9	63,4	36,6	25,0	- 0,6
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	89 230	0,0	3,8	46,8	46,7	2,7	73,8	26,2	21,2	- 3,1
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	14 479	0,5	8,5	49,2	36,2	5,6	62,9	37,1	22,1	- 3,2
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	97 081	0,1	4,5	34,3	54,1	6,9	57,1	42,9	30,4	2,2
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	69 650	35,3	8,5	35,4	19,7	1,1	53,0	47,0	22,8	1,0
J09-J11	Grippe	82	6,1	9,8	31,7	48,8	3,7	52,4	47,6	22,1	148,5
J12-J18	Pneumonie	3 445	2,1	7,8	36,5	45,9	7,8	54,2	45,8	21,2	8,4
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	17 284	3,3	19,9	48,3	25,3	3,2	46,3	53,7	22,3	- 5,6
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	19 865	39,9	17,7	35,6	6,4	0,3	46,4	53,6	23,3	4,6
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	508 315	0,5	10,0	51,9	35,8	1,8	42,2	57,8	22,1	- 1,9
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	4 409	3,0	21,4	44,6	27,4	3,6	38,1	61,9	22,1	2,8
N00-N29	Krankheiten der Niere	2 366	2,5	14,0	48,1	31,3	4,1	53,6	46,4	21,8	- 0,1
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	47	-	85,1	14,9	0,0	0,0	-	100	19,4	- 6,0
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	164	81,1	7,3	6,1	4,9	0,6	59,1	40,9	33,6	- 1,8
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4 443	37,2	28,5	28,4	5,7	0,2	45,0	55,0	26,0	- 1,5
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	21 193	14,0	29,2	25,5	24,8	6,5	33,0	67,0	22,0	12,8
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	98 636	0,7	8,7	27,8	51,1	11,7	40,9	59,1	23,9	- 3,3
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	129 214	11,2	7,4	33,4	45,2	2,7	47,3	52,7	21,4	9,4

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.4 Operationen und Prozeduren bei vollstationären Patientinnen und Patienten 2015

Operationen- und Prozeduren-schlüssel (OPS)	Prozedur ¹	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Männlich	Weiblich	Veränderung gegenüber Vorjahr
			unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr			
			Häufigkeit ¹²	%							
	Insgesamt	55 365 452	3,3	2,2	15,2	28,8	43,2	7,3	51,1	48,9	2,2
1	Diagnostische Maßnahmen	10 381 193	4,9	2,5	12,5	28,9	44,6	6,6	53,0	47,0	0,0
3	Bildgebende Diagnostik	11 547 515	0,3	1,1	11,9	29,1	48,3	9,4	52,0	48,0	4,6
5	Operationen	16 422 693	0,4	2,7	22,5	32,1	37,3	4,9	47,7	52,3	1,4
5-01 – 5-05	Operationen am Nervensystem	761 733	0,7	1,7	17,2	37,8	39,6	3,0	50,7	49,3	1,7
5-06 – 5-07	Operationen an endokrinen Drüsen	166 022	0,1	0,6	24,3	50,8	23,8	0,5	28,6	71,4	-2,3
5-08 – 5-16	Operationen an den Augen	604 525	0,3	2,1	6,8	25,9	56,6	8,4	49,9	50,1	2,3
5-18 – 5-20	Operationen an den Ohren	159 948	1,0	30,3	22,5	24,4	19,3	2,5	57,6	42,4	2,3
5-21 – 5-22	Operationen an Nase und Nasennebenhöhlen	444 250	0,1	1,9	53,9	30,7	12,1	1,3	60,0	40,0	0,9
5-23 – 5-28	Operationen an Mundhöhle und Gesicht	325 066	1,8	26,2	31,0	20,0	18,2	2,8	54,5	45,5	-2,3
5-29 – 5-31	Operationen an Pharynx, Larynx und Trachea	116 538	0,3	1,1	11,1	41,4	43,5	2,5	65,3	34,7	0,4
5-32 – 5-34	Operationen an Lunge und Bronchus	180 130	0,7	1,0	11,9	36,2	47,6	2,6	63,4	36,6	3,5
5-35 – 5-37	Operationen am Herzen	423 561	1,6	1,0	3,4	22,8	62,6	8,5	65,9	34,1	1,7
5-38 – 5-39	Operationen an den Blutgefäßen	767 339	0,3	0,6	7,3	34,6	51,8	5,4	56,5	43,5	1,8
5-40 – 5-41	Operationen am hämatopoetischen und Lymphgefäßsystem	189 497	0,1	1,1	12,0	42,0	41,8	3,0	31,6	68,4	0,1
5-42 – 5-54	Operationen am Verdauungstrakt	2 452 976	0,8	1,4	15,9	32,5	42,8	6,6	52,8	47,2	0,2
5-55 – 5-59	Operationen an den Harnorganen	581 923	0,4	1,4	11,5	30,9	49,0	6,8	66,0	34,0	0,8
5-60 – 5-64	Operationen an den männlichen Geschlechtsorganen	216 508	2,1	13,3	12,7	22,2	45,4	4,3	99,4	/	1,2
5-65 – 5-71	Operationen an den weiblichen Geschlechtsorganen	632 888	0,0	0,4	42,6	36,8	19,0	1,2	/	99,8	-2,9
5-72 – 5-75	Geburtshilfliche Operationen	866 690	-	0,0	99,8	0,2	-	-	-	100	3,4
5-76 – 5-77	Operationen an Kiefer- und Gesichtsschädelknochen	80 760	0,2	2,9	47,7	25,8	20,4	3,1	58,3	41,7	2,3
5-78 – 5-86	Operationen an den Bewegungsorganen	4 630 269	0,1	2,4	18,4	37,9	36,6	4,7	46,7	53,3	1,7
5-87 – 5-88	Operationen an der Mamma	162 637	0,0	0,1	20,3	48,4	28,8	2,3	3,3	96,7	-2,0
5-89 – 5-92	Operationen an Haut und Unterhaut	1 328 039	0,5	3,6	17,9	27,0	41,1	9,8	56,4	43,6	2,4
5-93 – 5-99	Zusatzinformationen zu Operationen	1 331 394	0,3	2,1	15,4	35,8	42,2	4,3	55,1	44,9	3,3
6	Medikamente	294 779	3,9	3,2	11,1	36,1	43,3	2,5	57,4	42,6	2,8
8	Nichtoperative therapeutische Maßnahmen	14 531 586	3,4	2,4	9,6	27,5	48,2	9,0	55,2	44,8	2,5
9	Ergänzende Maßnahmen	2 183 196	32,6	1,5	28,4	9,2	20,8	7,5	36,3	63,7	5,0

Ergebnisse der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik). – Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen.

1 Ohne Duplikate.

2 Für die Abbildung komplexer Eingriffe und Teilmaßnahmen ist bei Operationen in verschiedenen Bereichen eine Zuordnung von mehreren Codes (ohne Duplikate auf Ebene des kodierbaren Endpunktes) vorgesehen. Dementsprechend sind gegebenenfalls Mehrfachkodierungen je Behandlungsfall nachgewiesen.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.5 Schwerbehinderte Menschen nach Art, Ursache und Grad der schwersten Behinderung am 31.12.2015

	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung gegenüber 2013 insgesamt
			50	60	70	80	90	100	
	Anzahl	%							
Insgesamt	7 615 560	100	32,6	15,8	10,9	12,0	5,1	23,6	0,9
nach der Art der schwersten Behinderung									
Körperliche Behinderungen									
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	59 625	0,8	19,0	11,5	14,2	15,0	9,1	31,3	- 4,4
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	959 762	12,6	34,6	19,9	13,6	11,3	5,6	15,0	- 2,6
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	886 920	11,6	45,7	19,7	11,9	8,6	4,1	10,0	- 2,1
Querschnittslähmung	17 119	0,2	1,3	1,4	2,1	4,9	2,7	87,6	0,5
Blindheit und Sehbehinderung	354 569	4,7	14,9	8,5	8,5	8,4	6,9	52,9	- 0,7
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹	297 764	3,9	28,7	16,8	14,8	13,4	6,8	19,5	1,2
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	179 436	2,4	40,4	21,7	8,6	12,2	3,7	13,4	- 0,7
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 899 752	24,9	32,5	16,5	10,4	13,5	5,2	21,9	1,6
Zusammen	4 654 947	61,1	33,9	17,3	11,4	11,6	5,3	20,4	- 0,4
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen									
Hirnorganische Anfälle	153 512	2,0	23,7	14,1	11,0	13,1	5,7	32,3	- 1,8
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen ..	526 159	6,9	14,6	9,2	9,9	14,3	6,9	45,0	1,0
Störungen der geistigen Entwicklung ²	329 883	4,3	13,0	6,0	7,6	16,3	3,2	53,9	2,9
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	535 381	7,0	52,4	17,4	10,0	9,2	2,4	8,6	9,5
Suchtkrankheiten	57 808	0,8	32,2	20,2	15,1	14,0	4,8	13,7	1,2
Zusammen	1 602 743	21,0	28,4	12,1	9,8	12,9	4,5	32,3	3,8
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen									
Zusammen	1 357 870	17,8	32,8	15,0	10,7	12,3	5,1	24,1	1,9
nach der Ursache der schwersten Behinderung									
Angeborene Behinderung	290 248	3,8	12,9	6,5	6,5	13,0	3,3	57,8	- 2,7
Allgemeine Krankheit ³	6 583 463	86,4	33,2	16,1	11,1	12,1	5,2	22,4	2,6
Arbeitsunfall ⁴ , Berufskrankheit	63 585	0,8	38,2	19,4	12,8	9,8	4,5	15,3	- 5,4
Verkehrsunfall	36 594	0,5	28,5	15,6	12,1	12,6	5,0	26,2	- 4,1
Häuslicher Unfall	6 870	0,1	37,1	16,1	10,8	9,7	3,7	22,7	- 4,6
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	23 688	0,3	34,8	15,7	11,4	10,2	4,4	23,6	- 4,2
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung ..	24 425	0,3	23,4	15,1	13,0	12,8	7,8	27,9	- 28,5
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	586 687	7,7	34,9	16,5	11,6	11,4	5,1	20,5	- 11,4

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

- 1 Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.
2 Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

- 3 Einschl. Impfschäden.
4 Einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.6 Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht am 31.12.2015

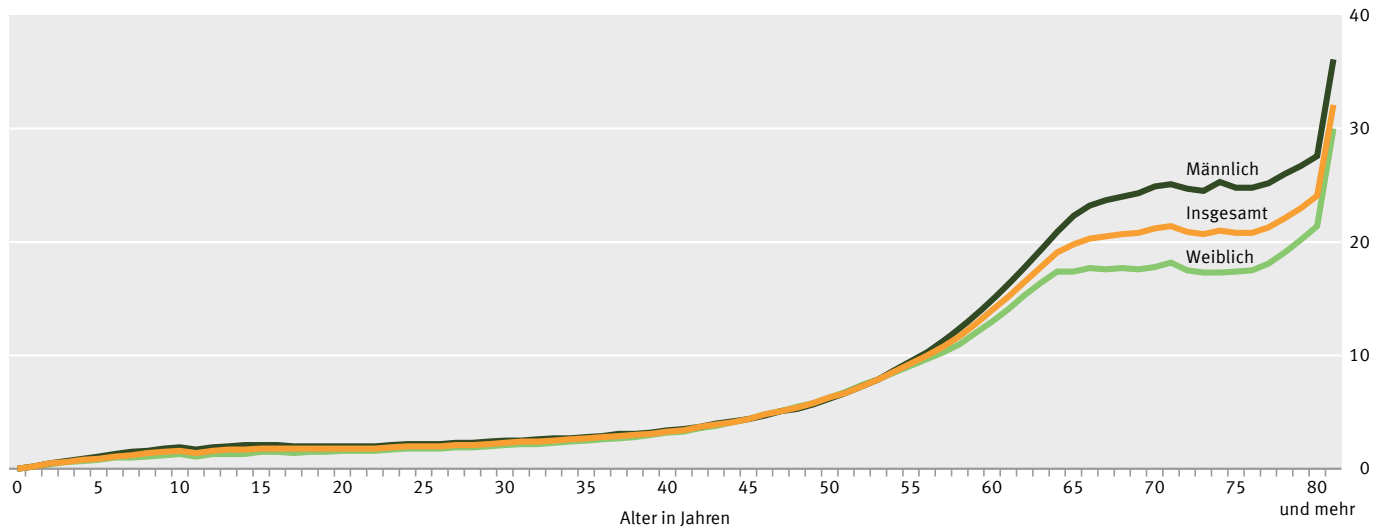
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹
Insgesamt	7 615 560	9	3 866 994	10	3 748 566	9
unter 4	14 703	1	8 249	1	6 454	0
4 – 6	14 626	1	8 485	1	6 141	1
6 – 15	101 493	2	62 217	2	39 276	1
15 – 18	43 128	2	26 025	2	17 103	1
18 – 25	118 560	2	68 633	2	49 927	2
25 – 35	245 741	2	136 799	3	108 942	2
35 – 45	345 138	3	179 254	4	165 884	3
45 – 55	910 665	7	460 037	7	450 628	7
55 – 60	712 128	12	374 121	12	338 007	11
60 – 62	341 575	16	179 768	17	161 807	15
62 – 65	575 511	19	307 279	21	268 232	17
65 – 70	895 871	21	498 121	24	397 750	18
70 – 75	830 890	21	459 507	25	371 383	18
75 – 80	945 191	22	490 061	26	455 130	19
80 und mehr	1 520 340	32	608 438	36	911 902	30

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

1 Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Bevölkerungsstand: 31.12.2015, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011), in %.

Schwerbehindertenquote am 31.12.2015

Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



Bevölkerungsstand: 31.12.2015, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

2017 - 01 - 0216

4 Gesundheit
 4.1 Gesundheitliche Lage
 4.1.7 Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2015

Weitere Informationen zur Pflegeversicherung siehe Kapitel „Soziales“

	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt	Jeweiliger Anteil der Pflegebedürftigen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz
	insgesamt	darunter weiblich	I	II	III ¹			
	Anzahl	%						
Insgesamt	2 860 293	64,0	57,2	31,1	11,3	0,3	100	42,0
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	2 076 877	61,1	64,2	27,9	7,9	–	72,6	31,2
davon:								
Allein durch Angehörige ¹²	1 384 604	58,3	66,7	26,4	6,9	–	48,4	30,4
Zusammen mit/durch ambulante(n) Pflegedienste(n) ...	692 273	66,7	59,1	31,1	9,8	–	24,2	32,9
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen	783 416	71,8	38,8	39,6	20,5	1,1	27,4	70,8

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

1 Einschl. Härtefälle.

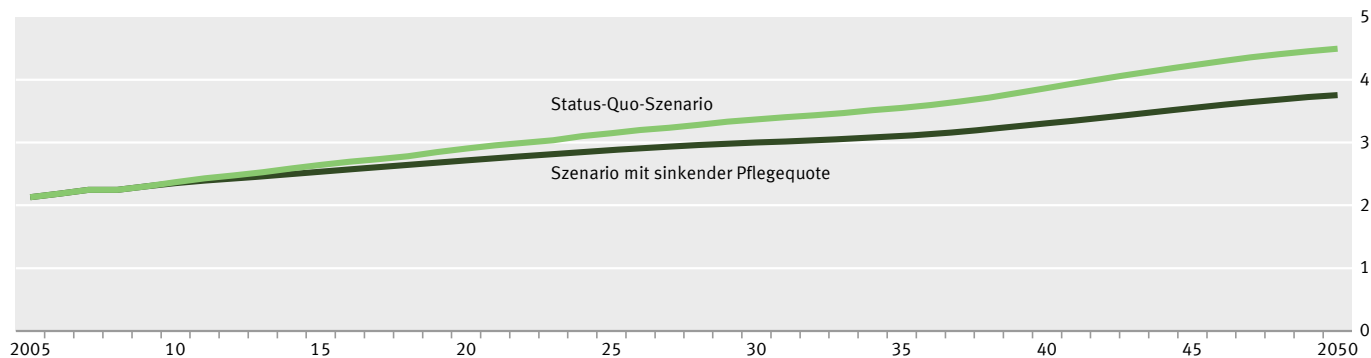
2 Entspricht den Empfängern/Empfängerinnen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 Abs. 1 SGB XI. Empfänger/Empfängerinnen von Kombinationsleistungen nach § 38 Satz 1 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

4.1.8 Pflegebedürftige nach dem Alter 2015

Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
	Anzahl		%				
Insgesamt	2 076 877	783 416	2 860 293	64,0	3,5	2,5	4,4
unter 15	80 338	201	80 539	38,2	0,7	0,9	0,6
15 – 60	270 266	35 083	305 349	47,2	0,6	0,6	0,6
60 – 65	81 413	21 152	102 565	48,8	2,0	2,1	1,9
65 – 70	108 281	28 695	136 976	49,6	3,2	3,3	3,0
70 – 75	165 612	48 815	214 427	53,5	5,4	5,4	5,4
75 – 80	318 259	103 834	422 093	59,2	9,9	9,1	10,5
80 – 85	387 938	145 799	533 737	66,5	21,1	17,5	23,6
85 – 90	395 202	194 463	589 665	73,2	39,7	31,3	44,0
90 und mehr ..	269 568	205 374	474 942	81,6	66,1	53,5	69,9

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

Pflegebedürftige bis 2050
 in Mill.



2017 - 01 - 0217

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.9 Schwangerschaftsabbrüche

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	%										
2014	99 715	100	0,4	3,2	5,3	21,8	24,1	21,8	15,9	6,8	0,7	0,0
2015	99 237	100	0,3	3,0	5,3	20,8	24,5	22,0	16,5	6,8	0,7	0,0
2016	98 721	100	0,3	2,8	5,0	20,1	24,7	22,6	17,0	6,8	0,7	0,0
2016												
Begründung des Abbruchs												
Medizinische Indikation	3 785	3,8	0,9	1,2	1,6	1,7	3,1	4,8	6,0	6,7	4,9	7,7
Kriminologische Indikation	28	0,0	0,3	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–
Beratungsregelung	94 908	96,1	98,8	98,8	98,4	98,3	96,8	95,1	94,0	93,2	95,1	92,3
Art des Eingriffs												
Curetage	13 488	13,7	14,8	14,8	16,2	13,8	13,4	13,5	13,3	13,3	13,6	23,1
Vakuumaspiration	61 622	62,4	63,6	69,0	66,9	65,9	62,5	59,9	59,9	60,8	61,3	53,8
Hysterotomie/Hysterektomie	5	0,0	–	–	–	0,0	0,0	0,0	–	0,0	–	–
Mifegyne	19 978	20,2	19,7	14,9	15,5	18,6	21,0	22,0	21,2	19,7	20,1	15,4
Medikamentös	2 982	3,0	1,8	1,3	1,2	1,4	2,4	3,6	4,7	5,6	4,9	–
Fetozid bei Mehrlings- schwangerschaften	64	0,1	–	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	–
Fetozid bei sonstigen Fällen	582	0,6	–	0,0	0,2	0,2	0,7	0,9	0,8	0,5	–	7,7
Vorangegangene Lebendgeborene												
Keine	38 506	39,0	100	98,2	84,3	62,8	40,4	24,3	15,7	12,2	13,3	23,1
1	24 259	24,6	–	1,8	13,2	23,8	28,1	27,6	24,6	23,3	21,4	7,7
2	22 863	23,2	–	–	2,4	10,2	21,2	30,5	35,8	36,9	38,6	38,5
3	8 895	9,0	–	–	0,1	2,4	7,5	11,9	15,7	17,6	17,4	23,1
4 und mehr	4 198	4,3	–	–	–	0,7	2,8	5,7	8,1	9,9	9,3	7,7
Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft von ... bis ... vollendete Wochen												
unter 5	7 109	7,2	4,8	3,6	5,1	6,3	7,5	7,9	7,9	8,2	9,3	–
5 – 6	29 107	29,5	26,1	26,7	24,8	28,5	29,6	30,2	30,6	31,5	33,2	30,8
7 – 8	35 079	35,5	33,3	36,0	37,2	36,3	35,6	35,4	34,7	34,7	34,0	38,5
9 – 11	24 597	24,9	35,2	33,2	32,2	27,9	25,1	22,9	22,0	20,3	20,1	23,1
12 – 21	2 199	2,2	0,6	0,4	0,6	0,7	1,6	2,7	4,1	4,9	3,0	–
22 und mehr	630	0,6	–	0,1	0,2	0,3	0,7	1,0	0,8	0,4	0,4	7,7

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

4.1.10 Schwangerschaftsabbrüche nach Land des Wohnsitzes der Frauen 2016

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Frauen der gleichen Altersgruppe (Quote) ¹										
Insgesamt ohne Ausland	97 773	56	.	23	61	89	95	88	69	26	2	.
Baden-Württemberg	9 661	40	.	15	41	64	63	65	54	21	1	.
Bayern	11 483	40	.	15	44	58	67	64	54	22	2	.
Berlin	8 871	108	.	49	139	167	152	149	122	54	3	.
Brandenburg	3 343	73	.	36	89	140	137	123	81	29	2	.
Bremen	1 484	100	.	47	113	161	165	140	103	51	4	.
Hamburg	3 090	71	.	37	99	127	103	81	81	37	3	.
Hessen	7 984	59	.	24	71	98	98	94	69	27	2	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 774	93	.	44	90	155	150	157	118	33	4	.
Niedersachsen	7 830	47	.	17	52	81	88	71	57	21	1	.
Nordrhein-Westfalen	21 041	54	.	22	61	90	94	86	67	24	2	.
Rheinland-Pfalz	3 801	45	.	19	51	71	80	71	53	21	2	.
Saarland	1 164	58	.	27	41	105	106	89	70	26	1	.
Sachsen	5 368	70	.	38	76	102	109	111	89	33	3	.
Sachsen-Anhalt	3 399	84	.	49	106	130	149	135	105	32	2	.
Schleswig-Holstein	3 314	55	.	23	68	101	103	83	66	27	2	.
Thüringen	3 166	79	.	46	77	119	125	135	100	38	2	.
Ausland	948	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

1 Vorläufige Berechnung mit durchschnittlicher Bevölkerung 2015 auf der Basis der Bevölkerungsfortschreibung gemäß Zensus 2011.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.11 Gestorbene Säuglinge 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Anzahl ²												%	
A00-R99	Krankheiten insgesamt	2 359	1 266	1 093	468	456	231	192	199	145	368	300	5,6
A00-B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	28	19	9	–	–	1	1	3	1	15	7	12,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechsellkrankheiten	36	25	11	–	2	7	–	7	–	11	9	63,6
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	56	28	28	–	1	2	–	1	2	25	25	7,7
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1 256	676	580	320	315	154	132	123	74	79	59	4,2
	darunter:												
P00-P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	347	178	169	135	129	25	29	15	10	3	1	1,5
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	427	226	201	126	128	46	37	34	21	20	15	9,8
P21	Asphyxie unter der Geburt	74	38	36	8	14	11	16	12	2	7	4	10,4
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	41	25	16	4	3	14	8	4	4	3	1	7,9
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	43	26	17	8	5	3	6	12	4	3	2	–24,6
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	53	29	24	8	4	13	9	5	8	3	3	–13,1
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	635	324	311	115	109	49	47	50	45	110	110	–2,6
	darunter:												
Q00-Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	62	28	34	14	15	2	6	1	1	11	12	21,6
Q20-Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	190	96	94	9	15	16	11	26	27	45	41	–4,5
Q30-Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	48	22	26	11	12	6	8	2	1	3	5	–9,4
Q90-Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	126	61	65	26	27	9	8	7	11	19	19	–3,8
R95	Plötzlicher Kindstod	127	67	60	2	1	–	–	7	8	58	51	6,7
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	46	31	15	–	1	2	2	3	1	26	11	–9,8

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.12 Gestorbene Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
je 100 000 Lebendgeborene des jeweiligen Geschlechts ²												%	
A00-R99	Krankheiten insgesamt	319,8	334,5	304,4	123,7	127,0	61,0	53,5	52,6	40,4	97,2	83,5	2,4
A00-B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	3,8	5,0	2,5	–	–	0,3	0,3	0,8	0,3	4,0	1,9	8,5
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechsellkrankheiten	4,9	6,6	3,1	–	0,6	1,8	–	1,8	–	2,9	2,5	57,4
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	7,6	7,4	7,8	–	0,3	0,5	–	0,3	0,6	6,6	7,0	4,0
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	170,3	178,6	161,5	84,5	87,7	40,7	36,8	32,5	20,6	20,9	16,4	1,1
	darunter:												
P00-P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	47,0	47,0	47,1	35,7	35,9	6,6	8,1	4,0	2,8	0,8	0,3	– 1,6
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	57,9	59,7	56,0	33,3	35,6	12,2	10,3	9,0	5,8	5,3	4,2	6,4
P21	Asphyxie unter der Geburt	10,0	10,0	10,0	2,1	3,9	2,9	4,5	3,2	0,6	1,8	1,1	6,7
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	5,6	6,6	4,5	1,1	0,8	3,7	2,2	1,1	1,1	0,8	0,3	4,9
P35-P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	5,8	6,9	4,7	2,1	1,4	0,8	1,7	3,2	1,1	0,8	0,6	– 27,1
P50-P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	7,2	7,7	6,7	2,1	1,1	3,4	2,5	1,3	2,2	0,8	0,8	– 15,5
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	86,1	85,6	86,6	30,4	30,4	12,9	13,1	13,2	12,5	29,1	30,6	– 5,6
	darunter:												
Q00-Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	8,4	7,4	9,5	3,7	4,2	0,5	1,7	0,3	0,3	2,9	3,3	18,4
Q20-Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	25,8	25,4	26,2	2,4	4,2	4,2	3,1	6,9	7,5	11,9	11,4	– 7,3
Q30-Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	6,5	5,8	7,2	2,9	3,3	1,6	2,2	0,5	0,3	0,8	1,4	– 12,1
Q90-Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	17,1	16,1	18,1	6,9	7,5	2,4	2,2	1,8	3,1	5,0	5,3	– 6,7
R95	Plötzlicher Kindstod	17,2	17,7	16,7	0,5	0,3	0,0	0,0	1,8	2,2	15,3	14,2	3,7
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	6,2	8,2	4,2	–	0,3	0,5	0,6	0,8	0,3	6,9	3,1	– 12,2

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65		65 und mehr
Anzahl	je 100 000 Einwohner ²	Anzahl					%		
Männlich									
A00-T98	Todesursachen insgesamt	449 512	1 118,9	1 297	567	11 450	78 247	357 951	6,5
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	9 271	23,1	19	26	260	1 466	7 500	11,0
	darunter:								
A15-A19	Tuberkulose	162	0,4	–	–	12	45	105	11,0
B20-B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	306	0,8	–	–	69	166	71	0,3
C00-C97	Bösartige Neubildungen	122 916	306,0	3	118	1 692	27 113	93 990	0,9
	darunter:								
C15-C26	der Verdauungsorgane	39 528	98,4	–	3	481	8 996	30 048	1,3
C30-C39	der Atmungsorgane und sonstiger intrathorakaler Organe	30 980	77,1	–	1	202	8 496	22 281	–0,7
C50	der Brustdrüse (Mamma)	159	0,4	–	–	4	35	120	18,7
C60-C63	der männlichen Genitalorgane	14 264	35,5	–	–	71	1 112	13 081	1,5
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	10 266	25,6	1	38	259	1 613	8 355	2,6
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	14 084	35,1	25	20	300	2 235	11 504	11,4
	darunter:								
E10-E14	Diabetes mellitus	10 871	27,1	–	1	130	1 506	9 234	9,4
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	17 263	43,0	–	2	786	3 070	13 405	23,5
	darunter:								
F10-F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	5 097	12,7	–	–	745	2 811	1 541	8,5
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	14 368	35,8	28	63	469	1 873	11 935	13,7
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	157 996	393,3	19	32	1 497	19 278	137 170	6,4
	darunter:								
I10-I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	12 925	32,2	–	1	71	1 098	11 755	14,2
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	68 464	170,4	1	–	485	9 569	58 409	6,2
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	29 016	72,2	1	–	372	6 149	22 494	1,8
I30-I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	40 275	100,2	13	23	514	4 311	35 414	9,1
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	23 398	58,2	3	2	201	2 229	20 963	6,3
I70-I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	7 011	17,5	–	2	74	946	5 989	–15,1
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	36 600	91,1	8	29	245	3 915	32 403	15,3
	darunter:								
J09-J18	Grippe und Pneumonie	10 559	26,3	2	18	109	831	9 599	24,0
J45-J46	Asthma bronchiale	393	1,0	–	1	26	106	260	–5,3
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	20 689	51,5	4	9	637	6 489	13 550	3,5
	darunter:								
K70-K77	Krankheiten der Leber	9 964	24,8	1	2	438	4 738	4 785	3,9
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	10 864	27,0	–	2	40	642	10 180	11,1
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	709	1,8	676	7	10	11	5	0,4
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	931	2,3	324	71	142	237	157	7,5
R00-R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	15 378	38,3	142	34	1 106	5 324	8 772	8,8
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	67	0,2	67	–	–	–	–	–10,7
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	21 591	53,7	31	140	4 155	5 719	11 546	3,6
	darunter:								
V01-V99	Transportmittelunfälle	2 758	6,9	1	48	1 108	843	758	–1,4
W00-W19	Stürze	6 027	15,0	–	10	178	700	5 139	12,4
X60-X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	7 397	18,4	–	6	1 910	2 766	2 715	–3,0
X85-Y09	Tätlicher Angriff	214	0,5	10	16	88	53	47	23,0

Fußnoten siehe nächste Seite.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2015

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene					Veränderung gegenüber Vorjahr		
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45		45 – 65	65 und mehr
Anzahl	je 100 000 Ein- wohnerinnen ²	Anzahl					%		
Weiblich									
A00-T98	Todesursachen insgesamt	475 688	1 145,9	1 108	470	5 623	42 073	426 414	6,6
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	10 672	25,7	9	24	119	750	9 770	10,7
	darunter:								
A15-A19	Tuberkulose	99	0,2	–	1	6	12	80	– 13,9
B20-B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	64	0,2	–	1	23	29	11	– 22,9
C00-C97	Bösartige Neubildungen	103 421	249,1	7	86	1 810	21 052	80 466	1,4
	darunter:								
C15-C26	der Verdauungsorgane	30 999	74,7	1	4	321	4 751	25 922	0,0
C30-C39	der Atmungsorgane u. sonstiger intrathorakaler Organe	16 313	39,3	–	3	130	5 045	11 135	2,4
C50	der Brustdrüse (Mamma)	18 136	43,7	–	–	527	4 351	13 258	2,6
C51-C58	der weiblichen Genitalorgane	10 915	26,3	–	–	246	2 519	8 150	2,6
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	8 660	20,9	1	23	151	970	7 515	0,7
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselerkrankungen	18 390	44,3	11	26	170	1 055	17 128	10,6
	darunter:								
E10-E14	Diabetes mellitus	13 529	32,6	–	2	49	609	12 869	6,5
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	27 327	65,8	–	2	221	849	26 255	24,4
	darunter:								
F10-F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	1 495	3,6	–	–	167	684	644	5,3
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	14 745	35,5	28	65	281	1 417	12 954	11,5
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	198 620	478,5	8	33	671	6 765	191 143	4,8
	darunter:								
I10-I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	28 847	69,5	–	1	16	437	28 393	11,5
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	59 766	144,0	1	–	116	2 315	57 334	5,4
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	21 932	52,8	1	–	81	1 505	20 345	1,5
I30-I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	59 376	143,0	5	20	204	1 615	57 532	6,5
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	33 584	80,9	1	8	158	1 331	32 086	1,1
I70-I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	8 220	19,8	–	–	30	400	7 790	– 14,6
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	31 700	76,4	7	20	155	2 269	29 249	18,0
	darunter:								
J09-J18	Grippe und Pneumonie	10 314	24,8	2	13	73	373	9 853	24,6
J45-J46	Asthma bronchiale	659	1,6	–	–	13	89	557	10,0
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	19 155	46,1	4	6	340	2 758	16 047	3,3
	darunter:								
K70-K77	Krankheiten der Leber	5 226	12,6	–	2	230	1 893	3 101	1,4
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	14 035	33,8	–	1	28	430	13 576	12,6
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	24	0,1	–	–	24	–	–	– 17,2
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	611	1,5	580	4	2	10	15	15,1
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	885	2,1	311	83	108	190	193	10,8
R00-R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	12 059	29,0	119	28	409	1 847	9 656	3,3
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	60	0,1	60	–	–	–	–	36,4
V01-Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	14 905	35,9	15	78	1 190	2 050	11 572	7,8
	darunter:								
V01-V99	Transportmittelunfälle	930	2,2	2	24	254	237	413	0,3
W00-W19	Stürze	6 840	16,5	3	6	38	230	6 563	10,0
X60-X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	2 681	6,5	–	13	601	1 002	1 065	3,7
X85-Y09	Tätlicher Angriff	219	0,5	4	10	90	51	64	12,9

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. – Ohne Totgeborene und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.1 Ausgewählte Kennzahlen zu Krankenhäusern

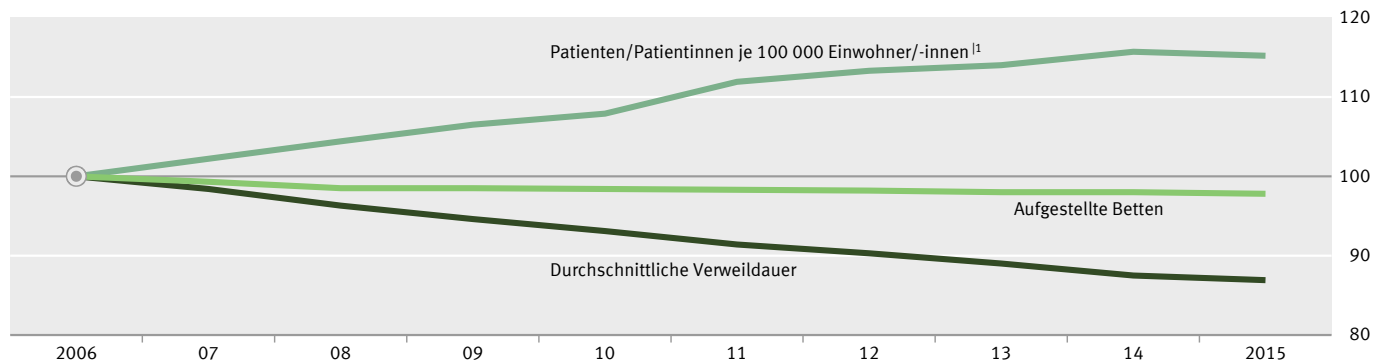
	Krankenhäuser	Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Berechnungstage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	1 000	Tage	%
2011	2 045	502 029	626	18 344 156	22 870	141 676	7,7	77,3
2012	2 017	501 475	624	18 620 442	23 152	142 024	7,6	77,4
2013	1 996	500 671	621	18 787 168	23 296	141 340	7,5	77,3
2014	1 980	500 680	618	19 148 626	23 645	141 534	7,4	77,4
2015	1 956	499 351	611	19 239 574	23 553	141 281	7,3	77,5
2015 nach Ländern								
Baden-Württemberg	268	56 154	520	2 138 825	19 807	15 795	7,4	77,1
Bayern	360	76 000	595	2 959 312	23 178	21 416	7,2	77,2
Berlin	81	19 975	572	825 288	23 614	6 124	7,4	84,0
Brandenburg	56	15 305	619	564 722	22 851	4 438	7,9	79,4
Bremen	14	5 074	761	211 268	31 689	1 453	6,9	78,5
Hamburg	54	12 407	699	502 375	28 301	3 793	7,5	83,7
Hessen	162	36 130	589	1 369 768	22 327	10 244	7,5	77,7
Mecklenburg-Vorpommern	39	10 458	651	411 767	25 643	2 880	7,0	75,5
Niedersachsen	191	42 178	535	1 694 548	21 514	12 208	7,2	79,3
Nordrhein-Westfalen	352	119 900	675	4 546 310	25 610	33 321	7,3	76,1
Rheinland-Pfalz	90	25 282	627	942 187	23 367	6 761	7,2	73,3
Saarland	22	6 427	648	279 997	28 217	2 012	7,2	85,8
Sachsen	78	25 825	635	1 006 930	24 740	7 476	7,4	79,3
Sachsen-Anhalt	48	16 069	717	603 769	26 948	4 350	7,2	74,2
Schleswig-Holstein	97	16 150	568	599 675	21 080	4 523	7,5	76,7
Thüringen	44	16 017	740	582 837	26 937	4 487	7,7	76,7

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

1 Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Krankenhäuser

2006 = 100



1 Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet, bis 2010 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser

2017 - 01 - 0218

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

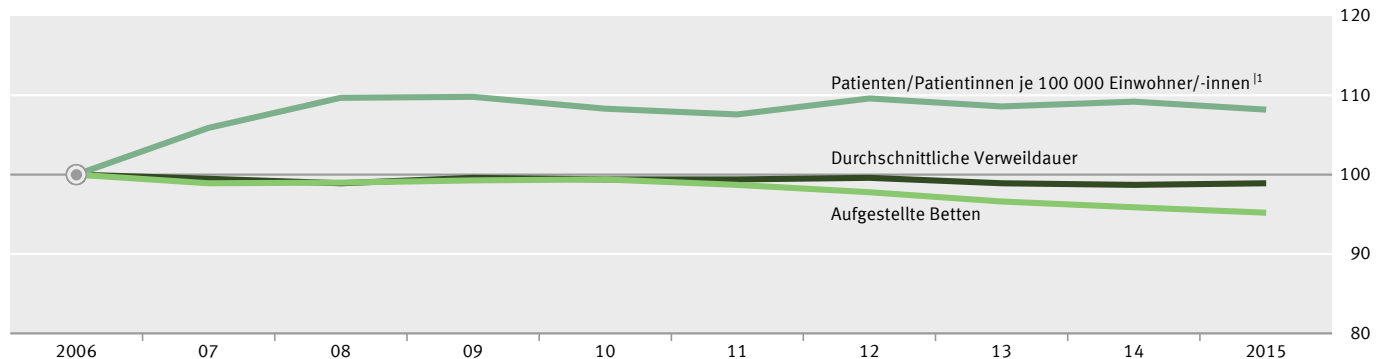
4.2.2 Vor-, nach- und teilstationäre Behandlungen in Krankenhäusern 2015

Bezeichnung der Fachabteilung	Kranken- häuser mit entsprechender Fachabteilung	Krankenhäuser mit						
		vorstationären Behandlungen		nachstationären Behandlungen		teilstationären Behandlungen		
		Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Berechnungs- tage
	Anzahl							
Fachabteilungen insgesamt	X	X	4 656 886	X	1 057 015	X	764 745	7 144 952
davon:								
Allgemeine Fachabteilungen zusammen . .	X	X	4 585 239	X	1 045 567	X	578 681	2 254 972
davon:								
Augenheilkunde	146	141	92 480	108	39 300	11	14 724	14 728
Chirurgie	995	995	1 588 573	907	397 845	16	4 299	44 680
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	691	687	430 906	612	107 337	34	13 513	40 446
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	361	352	249 636	194	106 461	22	16 364	34 667
Haut- und Geschlechtskrankheiten	99	97	57 671	89	26 245	46	37 173	176 515
Herzchirurgie	63	62	11 216	53	3 900	5	176	180
Innere Medizin	1 075	1 061	1 085 239	925	140 457	261	338 942	1 127 534
Geriatric	238	146	2 925	129	733	154	38 087	462 575
Kinderchirurgie	83	83	33 145	78	14 667	13	2 457	2 956
Kinderheilkunde	331	321	132 884	304	42 910	79	59 541	135 541
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	99	98	27 147	70	26 967	6	752	761
Neurochirurgie	152	149	78 167	130	10 844	6	1 409	5 311
Neurologie	357	350	116 415	296	19 252	41	15 890	54 210
Nuklearmedizin	86	84	24 951	71	3 250	9	5 207	5 519
Orthopädie	288	285	299 366	217	30 856	12	3 493	18 574
Plastische Chirurgie	81	79	31 536	71	20 009	1	.	.
Strahlentherapie	124	118	16 790	91	4 806	14	6 052	54 679
Urologie	397	391	284 269	338	46 981	17	2 396	4 232
Sonstige Fachbereiche/Allgemein- betten	113	89	21 923	59	2 747	27	18 184	71 842
Psychiatrische Fachabteilungen zusammen	X	X	71 647	X	11 448	X	186 064	4 889 980
davon:								
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	156	56	3 049	31	387	153	23 434	817 489
Psychiatrie und Psychotherapie	419	257	40 539	147	8 939	405	145 003	3 657 596
Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik	174	117	28 059	67	2 122	114	17 627	414 895

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2006 = 100



1 Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet, bis 2010 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

Quelle: Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2017 - 01 - 0219

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.3 Krankenhausentbindungen

	Entbundene Frauen				Im Krankenhaus geborene Kinder		
	insgesamt	darunter durch			insgesamt	davon	
		Kaiserschnitt	Zangengeburt	Vakuumentraktion (Saugglocke)		lebend geboren	tot geboren
Anzahl	%			Anzahl	%		
2011	642 976	32,2	0,5	5,5	654 243	99,7	0,3
2012	653 215	31,9	0,5	5,7	665 780	99,7	0,3
2013	661 138	31,8	0,5	5,8	674 245	99,7	0,3
2014	692 794	31,8	0,4	5,8	706 874	99,7	0,3
2015	716 539	31,1	0,4	5,9	730 800	99,7	0,3
2015 nach Ländern							
Baden-Württemberg	97 059	31,7	0,2	6,9	99 153	99,8	0,2
Bayern	114 909	31,8	0,2	6,4	117 231	99,7	0,3
Berlin	39 140	27,8	0,1	8,2	39 995	99,6	0,4
Brandenburg	15 097	25,6	0,4	4,2	15 320	99,7	0,3
Bremen	8 985	30,5	0,1	5,8	9 188	99,3	0,7
Hamburg	23 512	33,7	0,2	6,6	24 111	99,6	0,4
Hessen	53 455	32,8	0,8	5,4	54 543	99,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	13 013	29,1	0,6	4,4	13 216	99,6	0,4
Niedersachsen	63 075	30,9	0,3	5,5	64 232	99,7	0,3
Nordrhein-Westfalen	157 065	31,9	0,6	5,9	160 341	99,6	0,4
Rheinland-Pfalz	33 065	33,5	0,5	5,6	33 677	99,8	0,2
Saarland	8 057	38,5	0,5	5,8	8 223	99,7	0,3
Sachsen	35 792	24,0	0,5	4,5	36 307	99,6	0,4
Sachsen-Anhalt	16 786	30,1	0,4	3,6	17 087	99,7	0,3
Schleswig-Holstein	20 612	32,9	0,1	5,5	20 967	99,7	0,3
Thüringen	16 917	26,6	0,7	3,7	17 209	99,8	0,2

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4.2.4 Ausgewählte Kennzahlen zu Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Einrichtungen	Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Pflegetage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	1 000	Tage	%
2011	1 233	170 544	213	1 926 055	2 401	48 981	25,4	78,7
2012	1 212	168 968	210	1 964 711	2 443	50 094	25,5	81,0
2013	1 187	166 889	207	1 953 636	2 422	49 455	25,3	81,2
2014	1 158	165 657	205	1 972 853	2 436	49 837	25,3	82,4
2015	1 152	165 013	202	1 970 595	2 412	49 877	25,3	82,8
2015 nach Ländern								
Baden-Württemberg	196	25 766	239	311 555	2 885	7 553	24,2	80,3
Bayern	253	29 290	229	353 853	2 772	8 520	24,1	79,7
Berlin	3	586	17	7 154	205	198	27,7	92,5
Brandenburg	27	5 258	213	66 448	2 689	1 783	26,8	92,9
Bremen	3	384	58	3 703	555	118	32,0	84,5
Hamburg	8	384	22	2 868	162	117	40,9	83,7
Hessen	94	16 222	264	173 173	2 823	4 685	27,1	79,1
Mecklenburg-Vorpommern	60	10 442	650	129 870	8 088	3 095	23,8	81,2
Niedersachsen	121	17 414	221	225 420	2 862	5 399	23,9	84,9
Nordrhein-Westfalen	145	20 737	117	233 793	1 317	6 580	28,1	86,9
Rheinland-Pfalz	55	7 366	183	86 418	2 143	2 350	27,2	87,4
Saarland	18	2 737	276	30 040	3 027	842	28,0	84,2
Sachsen	52	8 659	213	101 474	2 493	2 660	26,2	84,2
Sachsen-Anhalt	20	3 576	160	46 281	2 066	1 125	24,3	86,2
Schleswig-Holstein	63	10 448	367	137 071	4 818	3 201	23,4	83,9
Thüringen	34	5 744	265	61 477	2 841	1 650	26,8	78,7

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

1 Ab 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.5 Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

	2000	2005	2010	2014	2015	2000	2005	2010	2014	2015
	1 000					%				
Beschäftigte insgesamt										
Insgesamt	4 007	4 345	4 843	5 221	5 333	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	39	39	35	35	35	1,0	0,9	0,7	0,7	0,7
Ambulante Einrichtungen	1 567	1 760	1 986	2 157	2 198	39,1	40,5	41,0	41,3	41,2
Arztpraxen	586	634	651	675	678	14,6	14,6	13,4	12,9	12,7
Zahnarztpraxen	284	310	325	344	346	7,1	7,1	6,7	6,6	6,5
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	246	317	414	477	489	6,1	7,3	8,5	9,1	9,2
Apotheken	186	205	217	222	224	4,6	4,7	4,5	4,3	4,2
Einzelhandel	79	84	103	113	118	2,0	1,9	2,1	2,2	2,2
Ambulante Pflege	185	211	275	326	344	4,6	4,9	5,7	6,3	6,4
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 579	1 620	1 764	1 866	1 911	39,4	37,3	36,4	35,7	35,8
Krankenhäuser	1 021	992	1 038	1 099	1 113	25,5	22,8	21,4	21,1	20,9
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	115	111	118	117	119	2,9	2,6	2,4	2,2	2,2
Stationäre/teilstationäre Pflege	443	517	608	650	679	11,0	11,9	12,5	12,4	12,7
Rettungsdienste	44	45	48	55	59	1,1	1,0	1,0	1,1	1,1
Verwaltung	226	220	220	221	221	5,6	5,1	4,5	4,2	4,1
Sonstige Einrichtungen	168	239	309	354	369	4,2	5,5	6,4	6,8	6,9
Vorleistungsindustrien	384	422	482	532	540	9,6	9,7	10,0	10,2	10,1
Pharmazeutische Industrie	93	104	122	147	153	2,3	2,4	2,5	2,8	2,9
Medizintechnische/augenoptische Industrie	111	121	134	153	155	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
Großhandel/Handelsvermittlung	99	116	133	136	135	2,5	2,7	2,7	2,6	2,5
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	82	81	93	97	97	2,0	1,9	1,9	1,9	1,8
darunter Frauen										
Zusammen	2 971	3 256	3 650	3 962	4 045	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	26	26	24	25	24	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6
Ambulante Einrichtungen	1 257	1 422	1 607	1 758	1 792	42,3	43,7	44,0	44,4	44,3
Arztpraxen	477	517	529	551	555	16,0	15,9	14,5	13,9	13,7
Zahnarztpraxen	228	251	264	282	286	7,7	7,7	7,2	7,1	7,1
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	193	249	328	385	393	6,5	7,6	9,0	9,7	9,7
Apotheken	156	172	181	184	185	5,3	5,3	5,0	4,7	4,6
Einzelhandel	45	48	63	71	73	1,5	1,5	1,7	1,8	1,8
Ambulante Pflege	158	185	241	285	300	5,3	5,7	6,6	7,2	7,4
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 223	1 264	1 385	1 477	1 512	41,2	38,8	38,0	37,3	37,4
Krankenhäuser	762	739	779	832	842	25,7	22,7	21,3	21,0	20,8
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	88	84	90	90	92	2,9	2,6	2,5	2,3	2,3
Stationäre/teilstationäre Pflege	373	441	517	555	578	12,6	13,5	14,2	14,0	14,3
Rettungsdienste	10	11	12	16	18	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Verwaltung	139	135	139	144	144	4,7	4,2	3,8	3,6	3,6
Sonstige Einrichtungen	121	181	235	270	281	4,1	5,6	6,4	6,8	7,0
Vorleistungsindustrien	196	217	247	272	274	6,6	6,7	6,8	6,9	6,8
Pharmazeutische Industrie	43	50	60	73	76	1,5	1,5	1,7	1,8	1,9
Medizintechnische/augenoptische Industrie	51	55	59	68	68	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7
Großhandel/Handelsvermittlung	52	62	71	72	71	1,7	1,9	2,0	1,8	1,8
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	50	49	56	59	59	1,7	1,5	1,5	1,5	1,5

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.6 Gesundheitspersonal nach Berufen, Alter und Geschlecht

Nr. der Klassifikation ¹	Alter von ... bis unter ... Jahren Beruf	Beschäftigte			Darunter Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte			Vollzeitäquivalente		
		2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
		Insgesamt								
		5 119	5 221	5 333	2 542	2 623	2 704	3 728	3 789	3 875
nach Altersgruppen										
unter 30		844	853	861	312	318	322	661	667	676
30 – 40		1 051	1 077	1 114	495	511	529	784	803	835
40 – 50		1 385	1 348	1 323	749	738	729	988	958	941
50 – 60		1 356	1 421	1 485	695	741	787	992	1 034	1 079
60 und mehr		483	522	550	290	315	337	303	327	344
darunter Frauen										
unter 30		661	664	667	243	247	249	523	525	528
30 – 40		800	820	847	442	454	470	563	579	601
40 – 50		1 065	1 037	1 018	686	674	665	705	684	673
50 – 60		1 035	1 089	1 142	633	674	716	708	741	778
60 und mehr		320	351	371	220	241	257	187	206	219
Zusammen		3 881	3 962	4 045	2 224	2 291	2 357	2 686	2 735	2 798
nach Berufen										
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- u. Medizinbedarf	52	52	52	28	28	28	35	35	35
732	Verwaltung ²	76	78	78	39	41	42	54	55	54
733	Medien-, Dokumentations- und Informationsdienste ³	5	5	5	2	2	2	4	4	4
811	Arzt- und Praxishilfe ⁴	626	639	649	325	337	345	432	440	446
812	Medizinisches Laboratorium ⁵	100	101	101	45	46	47	75	76	76
813	Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe	1 006	1 026	1 042	529	542	549	740	754	766
814	Human- und Zahnmedizin ⁶	427	436	443	82	88	94	384	390	394
816	Psychologie und nichtärztliche Psychotherapie ⁷	38	40	41	12	14	15	32	33	33
817	Nichtärztliche Therapie und Heilkunde	372	382	392	198	205	212	260	266	273
818	Pharmazie ⁸	157	160	163	61	64	66	124	125	127
821	Altenpflege	522	544	568	334	352	367	385	397	419
822	Ernährungs- und Gesundheitsberatung, Wellness	16	15	16	9	8	9	11	11	11
825	Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik	149	151	153	38	40	41	126	127	128
831	Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege ⁹	48	48	49	27	28	29	35	35	36
999	Andere Berufe	1 526	1 543	1 581	813	828	858	1 031	1 040	1 070
darunter Frauen										
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- u. Medizinbedarf	48	49	48	27	27	27	32	33	32
732	Verwaltung ²	67	69	69	37	38	39	47	48	47
733	Medien-, Dokumentations- und Informationsdienste ³	4	4	5	2	2	2	3	3	4
811	Arzt- und Praxishilfe ⁴	614	627	636	318	329	338	425	433	439
812	Medizinisches Laboratorium ⁵	90	91	91	43	44	44	67	68	68
813	Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe	821	836	845	474	484	488	587	597	604
814	Human- und Zahnmedizin ⁶	191	197	202	56	60	64	162	166	170
816	Psychologie und nichtärztliche Psychotherapie ⁷	27	29	30	10	11	12	22	23	23
817	Nichtärztliche Therapie und Heilkunde	294	303	309	172	179	184	198	203	207
818	Pharmazie ⁸	127	130	132	57	59	62	96	97	99
821	Altenpflege	448	465	484	300	315	327	325	335	351
822	Ernährungs- und Gesundheitsberatung, Wellness	13	12	13	8	7	8	8	8	9
825	Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik	76	78	79	29	31	32	59	60	61
831	Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege ⁹	38	38	39	24	24	25	27	27	28
999	Andere Berufe	1 024	1 035	1 064	668	680	705	629	635	657

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

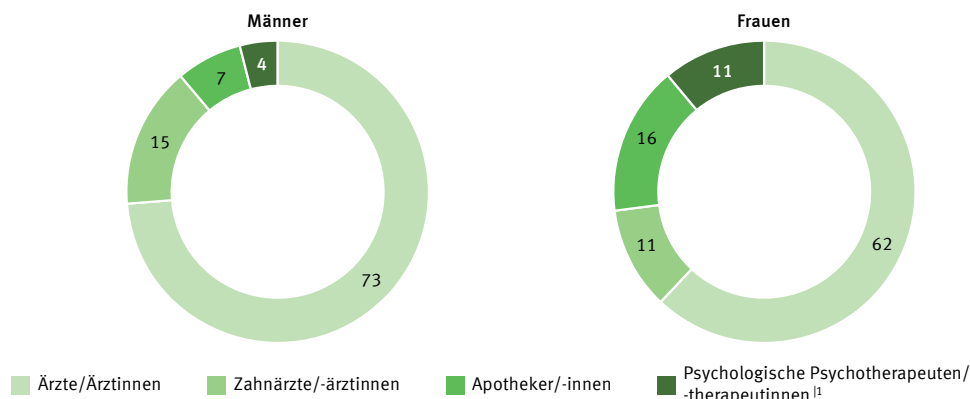
- 1 Klassifikation der Berufe, Ausgabe 2010.
- 2 Ohne 7320, 7321, 7323, 7324, 7325, 7328, 7329.
- 3 Ohne 7331, 7332, 7333, 73393.
- 4 Ohne 8114.
- 5 Ohne 8124, 81214, 81234, 8129.

- 6 Beinhaltet 814 und 81214, 81234, 8129, 8181.
- 7 Ohne 81614.
- 8 Ohne 8181, 81884.
- 9 Ohne 8311, 8315, 8319.

4.2 Gesundheitsversorgung

Gesundheitspersonal nach Berufen 2015

Beschäftigte mit Approbation, in %



Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

1 Einschl. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/-therapeutinnen.

2017 - 01 - 0220

4.2.7 Zugelassene Pflegeheime

	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
Anzahl	%				Anzahl	%	EUR pro Person und Tag				Anzahl	
2001	9 165	90,9	35,9	56,0	8,2	674 292	96,2	39,00	52,00	66,00	19,00	475 368
2005	10 424	90,3	38,1	55,1	6,7	757 186	95,9	42,00	56,00	70,00	19,00	546 397
2009 ²	11 634	89,3	39,9	54,8	5,4	845 007	95,6	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392
2011	12 354	86,7	40,5	54,4	5,1	875 549	94,9	45,03	59,57	74,92	20,69	661 179
2013	13 030	84,0	41,1	54,2	4,7	902 882	93,9	46,51	61,69	77,80	21,43	685 447
2015	13 596	82,1	42,2	53,0	4,8	928 939	93,3	49,02	64,89	81,73	22,39	730 145

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

2 Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und – nicht mehr wie zuvor – in gerundeten Beträgen.

4.2.8 Zugelassene ambulante Pflegedienste

	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹			Personal insgesamt	
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege/Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen		
	Anzahl	%			Anzahl	% der Pflegedienste insgesamt	%		Anzahl	
2001	10 594	51,9	46,2	1,9	10 463	98,8	96,7	68,7	49,8	189 567
2005	10 977	57,6	40,6	1,8	10 866	99,0	97,0	53,2	43,1	214 307
2009	12 026	61,5	36,9	1,6	11 950	99,4	97,2	60,8	44,9	268 891
2011	12 349	62,9	35,7	1,4	12 238	99,1	97,2	61,6	41,7	290 714
2013	12 745	63,9	34,7	1,4	12 606	98,9	97,1	60,1	39,3	320 077
2015	13 323	65,1	33,5	1,4	13 156	98,7	96,9	60,8	40,3	355 613

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Mehrfachnennungen möglich.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.9 Personal in Pflegeheimen 2015

Berufsabschluss	Personal		Darunter		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim					
	insgesamt	weiblich	50 Jahre und älter	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%								
Insgesamt	730 145	84,5	40,5	64,2	4,1	6,8	16,0	2,3	5,1	1,6
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	168 131	83,0	32,3	95,4	1,3	0,7	0,1	0,0	2,2	0,3
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	46 422	86,4	35,7	96,1	1,0	1,6	0,6	0,1	0,3	0,2
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	52 570	89,4	45,3	90,7	1,7	1,1	0,3	0,0	5,7	0,6
Krankenpflegehelfer/-in	16 581	87,8	44,7	95,8	1,3	1,6	0,9	0,0	0,2	0,2
Gesundheits- und Kinder- krankenpfleger/-in	3 503	96,6	53,7	86,3	3,3	2,3	1,0	0,1	6,3	0,8
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 778	79,7	25,4	70,9	17,9	7,2	1,2	0,1	2,1	0,7
Heilerziehungspflegehelfer/-in	441	81,2	30,8	73,7	15,0	8,2	1,6	–	0,5	1,1
Heilpädagogin, Heilpädagoge	316	84,2	49,7	25,0	54,1	7,3	1,3	0,3	11,4	0,6
Ergotherapeut/-in	7 460	89,8	27,5	16,7	66,5	12,9	0,3	0,1	0,6	2,9
Physiotherapeut/-in (Kranken- gymnast/-in)	985	81,4	43,2	37,7	35,4	7,4	1,2	0,3	2,3	15,6
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 948	88,7	46,9	57,3	13,6	11,0	5,9	1,2	8,7	2,3
Sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	7 108	81,2	51,2	12,4	62,4	6,0	1,0	0,1	16,4	1,7
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 106	96,6	54,2	81,0	8,4	6,1	2,9	0,2	0,7	0,6
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	109	94,5	60,6	50,5	10,1	13,8	18,3	1,8	5,5	–
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	3 074	69,1	35,6	27,3	8,7	1,6	1,0	0,0	58,9	2,5
Sonstiger pflegerischer Beruf	64 563	90,7	50,8	44,7	5,8	47,3	1,6	0,0	0,2	0,5
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	2 049	93,0	46,2	7,7	1,0	1,6	85,8	1,3	2,2	0,4
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	34 484	87,2	47,2	7,6	0,8	1,0	87,1	1,7	0,9	0,9
Sonstiger Berufsabschluss	178 838	81,6	53,0	36,4	4,3	6,2	27,5	7,8	13,8	4,0
Ohne Berufsabschluss	84 555	87,4	40,8	50,6	3,2	2,5	37,9	2,1	1,4	2,3
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in	51 124	76,4	3,4	95,5	0,3	0,2	2,3	0,1	1,1	0,5

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag ist der 15.12. eines Jahres.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.10 Personal in Pflegediensten 2015

Berufsabschluss	Personal		Darunter		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst					
	insgesamt	Veränderung 2015 gegenüber 2005	weiblich	50 Jahre und älter	Pflegedienstleitung	Grundpflege	häusliche Betreuung	hauswirtschaftliche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%								
Insgesamt	355 613	65,9	86,9	38,4	5,1	67,2	4,2	12,5	4,7	6,4
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	78 281	114,6	84,2	31,5	7,6	83,3	1,3	0,6	1,7	5,5
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	17 705	253,4	89,2	35,8	1,0	90,1	2,4	3,7	0,6	2,3
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	81 969	14,8	87,3	38,8	12,2	74,7	2,0	0,6	3,1	7,3
Krankenpflegehelfer/-in	14 591	67,8	88,0	39,6	0,5	89,8	2,9	4,1	0,9	1,8
Gesundheits- und Kinder- krankenpfleger/-in	8 098	28,4	96,8	40,9	10,2	72,3	1,9	1,0	2,5	12,1
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 452	99,2	78,8	17,1	1,4	76,2	7,9	4,4	2,0	8,1
Heilerziehungspflegehelfer/-in	261	37,4	82,8	27,2	0,8	71,6	11,1	6,9	1,5	8,0
Heilpädagogin, Heilpädagogin	75	- 22,7	88,0	46,7	-	52,0	13,3	12,0	4,0	18,7
Ergotherapeut/-in	477	108,3	85,7	21,4	-	45,7	28,3	5,5	1,5	19,1
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	263	X ¹	76,4	27,4	-	55,9	11,8	6,8	11,8	13,7
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	5 063	64,9	92,5	38,4	0,7	69,8	4,4	12,5	6,8	5,8
Sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	1 526	2,8	82,6	40,9	1,6	30,2	12,4	7,5	24,0	24,3
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 311	- 27,9	97,3	51,2	0,6	69,1	6,6	18,7	1,0	4,0
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	153	17,7	97,4	62,1	1,3	46,4	5,2	39,2	3,3	4,6
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	1 219	85,3	73,6	27,7	45,9	17,4	1,1	1,7	29,8	4,2
Sonstiger pflegerischer Beruf	25 413	34,3	90,5	45,6	0,3	74,6	10,9	10,3	0,7	3,2
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	851	- 2,4	97,8	49,7	0,5	30,9	6,9	58,4	1,3	2,0
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	7 462	68,3	96,4	47,7	0,1	18,1	5,5	72,0	1,1	3,1
Sonstiger Berufsabschluss	79 402	118,2	87,2	47,9	0,4	38,2	7,4	32,6	12,9	8,4
Ohne Berufsabschluss	18 314	X ¹²	83,5	34,7	0,0	48,4	6,6	34,1	2,1	8,8
Auszubildende/-r, (Um-)Schüler/-in	11 727	X ¹²	81,0	5,2	-	92,1	0,9	1,2	1,9	3,9

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag ist der 15.12. eines Jahres.

1 Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in) wurde bis 2005 unter „sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe“ erhoben.

2 Vor 2013 wurden „ohne Berufsabschluss“ und „noch in Ausbildung“ zusammen dargestellt.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.1 Gesundheitsausgaben im Zeitvergleich

Weitere Informationen zu Sozialversicherungen siehe Kapitel „Soziales“

	2000	2005	2010	2014	2015	2000	2005	2010	2014	2015
	Mill. EUR					%				
Ausgaben insgesamt	214 305	242 409	291 115	329 198	344 153	100	100	100	100	100
nach Ausgabenträgern										
Öffentliche Haushalte	13 614	13 583	14 224	14 812	15 230	6,4	5,6	4,9	4,5	4,4
Gesetzliche Krankenversicherung	123 914	135 877	165 835	191 767	200 032	57,8	56,1	57,0	58,3	58,1
Soziale Pflegeversicherung	16 706	17 888	21 535	25 452	27 995	7,8	7,4	7,4	7,7	8,1
Gesetzliche Rentenversicherung	3 528	3 598	4 054	4 363	4 439	1,6	1,5	1,4	1,3	1,3
Gesetzliche Unfallversicherung	3 687	3 998	4 613	5 213	5 366	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6
Private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	17 487	21 790	26 623	29 084	30 536	8,2	9,0	9,1	8,8	8,9
Arbeitgeber/-innen	8 692	10 185	12 130	13 818	14 464	4,1	4,2	4,2	4,2	4,2
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	26 677	35 491	42 100	44 688	46 091	12,4	14,6	14,5	13,6	13,4
nach Leistungsarten										
Prävention, Gesundheitsschutz	7 136	8 521	10 486	10 926	11 270	3,3	3,5	3,6	3,3	3,3
Ärztliche Leistungen	57 103	64 263	78 594	88 993	92 905	26,6	26,5	27,0	27,0	27,0
Grundleistungen	19 557	20 227	22 846	25 376	26 363	9,1	8,3	7,8	7,7	7,7
Sonderleistungen	26 803	31 649	40 492	46 383	48 544	12,5	13,1	13,9	14,1	14,1
Laborleistungen	5 366	5 971	7 163	8 219	8 574	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Strahlendiagnostische Leistungen	5 378	6 415	8 093	9 015	9 424	2,5	2,6	2,8	2,7	2,7
Pflegerische und therapeutische Leistungen	53 357	59 097	71 094	84 994	90 572	24,9	24,4	24,4	25,8	26,3
Pflegerische Leistungen	41 996	45 516	53 479	63 194	67 461	19,6	18,8	18,4	19,2	19,6
Therapeutische Leistungen	10 757	12 912	16 775	20 772	22 031	5,0	5,3	5,8	6,3	6,4
Mutterschaftsleistungen	604	669	839	1 029	1 081	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unterkunft und Verpflegung	18 298	20 473	23 761	26 490	26 837	8,5	8,4	8,2	8,0	7,8
Waren	57 557	66 950	80 622	90 165	93 750	26,9	27,6	27,7	27,4	27,2
Arzneimittel	32 108	39 637	46 635	51 038	53 220	15,0	16,4	16,0	15,5	15,5
Hilfsmittel	11 512	12 138	15 023	18 069	18 860	5,4	5,0	5,2	5,5	5,5
Zahnersatz	5 678	5 625	6 736	7 188	7 388	2,6	2,3	2,3	2,2	2,1
Sonstiger medizinischer Bedarf	8 259	9 550	12 228	13 869	14 283	3,9	3,9	4,2	4,2	4,2
Transporte	3 473	4 020	5 058	6 266	6 816	1,6	1,7	1,7	1,9	2,0
Verwaltungsleistungen	11 332	13 095	15 091	15 270	16 057	5,3	5,4	5,2	4,6	4,7
Laufende Gesundheitsausgaben	208 255	236 418	284 707	323 105	338 207	97,2	97,5	97,8	98,1	98,3
Investitionen	6 050	5 991	6 408	6 094	5 946	2,8	2,5	2,2	1,9	1,7
nach Einrichtungen										
Gesundheitsschutz	1 816	1 979	2 228	1 973	1 975	0,8	0,8	0,8	0,6	0,6
Ambulante Einrichtungen	102 663	118 281	144 331	164 424	172 276	47,9	48,8	49,6	49,9	50,1
Arztpraxen	31 301	35 849	44 657	49 332	51 575	14,6	14,8	15,3	15,0	15,0
Zahnarztpraxen	18 507	19 290	22 363	24 967	25 755	8,6	8,0	7,7	7,6	7,5
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5 919	7 263	9 604	11 578	12 312	2,8	3,0	3,3	3,5	3,6
Apotheken	29 034	35 864	41 179	44 556	46 291	13,5	14,8	14,1	13,5	13,5
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	11 312	11 987	15 389	18 776	19 654	5,3	4,9	5,3	5,7	5,7
Ambulante Pflege	6 590	8 028	11 140	15 215	16 690	3,1	3,3	3,8	4,6	4,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	80 954	90 758	108 280	123 759	128 739	37,8	37,4	37,2	37,6	37,4
Krankenhäuser	56 415	62 265	74 815	86 178	89 479	26,3	25,7	25,7	26,2	26,0
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	7 539	7 350	8 189	9 005	9 302	3,5	3,0	2,8	2,7	2,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	17 000	21 143	25 276	28 576	29 958	7,9	8,7	8,7	8,7	8,7
Rettungsdienste	2 101	2 619	3 162	4 003	4 330	1,0	1,1	1,1	1,2	1,3
Verwaltung	12 649	14 597	16 773	17 278	18 113	5,9	6,0	5,8	5,2	5,3
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 438	7 266	8 440	10 194	11 195	3,5	3,0	2,9	3,1	3,3
Ausland	634	918	1 494	1 474	1 578	0,3	0,4	0,5	0,4	0,5
Laufende Gesundheitsausgaben	208 255	236 418	284 707	323 105	338 207	97,2	97,5	97,8	98,1	98,3
Investitionen	6 050	5 991	6 408	6 094	5 946	2,8	2,5	2,2	1,9	1,7

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2015

	Insgesamt	Ausgabenträger							
		öffentliche Haushalte	gesetzliche Krankenversicherung	soziale Pflegeversicherung	gesetzliche Rentenversicherung	gesetzliche Unfallversicherung	private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	Arbeitgeber/-innen	private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. EUR	%							
Ausgaben insgesamt	344 153	4,4	58,1	8,1	1,3	1,6	8,9	4,2	13,4
	nach Leistungsarten								
Prävention, Gesundheitsschutz	11 270	18,7	49,5	3,4	1,9	11,2	1,6	8,8	4,9
Ärztliche Leistungen	92 905	0,9	70,3	–	0,9	1,2	14,4	6,8	5,6
Grundleistungen	26 363	0,7	78,9	–	0,1	1,3	10,4	6,3	2,2
Sonderleistungen	48 544	1,0	65,7	–	1,4	1,2	15,8	6,6	8,4
Laborleistungen	8 574	0,8	68,9	–	0,8	1,4	16,8	8,1	3,1
Strahlendiagnostische Leistungen	9 424	0,6	71,5	–	0,2	1,3	15,8	7,8	2,8
Pflegerische und therapeutische Leistungen	90 572	4,9	45,1	28,6	1,6	1,1	4,8	2,9	11,0
Pflegerische Leistungen	67 461	5,4	38,2	38,4	0,6	0,9	3,7	2,8	9,9
Therapeutische Leistungen	22 031	3,4	63,6	–	5,0	1,7	8,1	3,5	14,7
Mutterschaftsleistungen	1 081	0,8	93,5	–	–	–	3,0	1,7	1,1
Unterkunft und Verpflegung	26 837	5,0	39,1	–	4,8	0,9	5,2	3,8	41,3
Waren	93 750	0,6	65,9	0,8	0,2	0,8	7,6	3,6	20,5
Arzneimittel	53 220	0,7	73,5	–	0,1	0,5	6,9	3,9	14,5
Hilfsmittel	18 860	0,5	43,4	4,1	0,1	1,6	5,9	2,8	41,7
Zahnersatz	7 388	0,3	29,6	–	0,0	0,1	21,3	4,0	44,7
Sonstiger medizinischer Bedarf	14 283	0,9	86,3	–	0,6	1,2	5,8	3,3	2,0
Transporte	6 816	1,2	83,7	–	1,6	3,9	5,0	2,0	2,6
Verwaltungsleistungen	16 057	–	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	338 207	2,8	59,1	8,3	1,3	1,6	9,0	4,3	13,6
Investitionen	5 946	98,6	0,0	–	1,4	–	–	–	–
	nach Einrichtungen								
Gesundheitsschutz	1 975	97,4	2,6	–	–	–	–	–	–
Ambulante Einrichtungen	172 276	1,3	61,5	3,5	0,2	1,0	9,6	4,8	18,3
Arztpraxen	51 575	0,8	73,3	–	0,3	1,7	12,2	7,2	4,5
Zahnarztpraxen	25 755	0,4	52,6	–	0,0	0,2	16,6	6,3	23,9
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	12 312	3,7	55,1	–	1,0	2,3	11,1	2,0	24,9
Apotheken	46 291	0,6	69,4	–	0,0	0,4	7,2	4,1	18,4
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	19 654	0,6	52,4	2,3	0,0	1,5	5,2	2,6	35,4
Ambulante Pflege	16 690	4,9	31,8	33,1	–	0,4	1,2	1,9	26,7
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	128 739	3,9	59,8	10,1	2,8	1,0	7,2	4,0	11,2
Krankenhäuser	89 479	0,7	82,8	–	–	1,2	9,7	3,6	2,1
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	9 302	12,5	30,8	–	38,5	1,5	1,5	13,1	2,1
Stationäre und teilstationäre Pflege	29 958	10,6	0,3	43,4	–	0,5	1,4	2,3	41,5
Rettungsdienste	4 330	1,4	85,3	–	–	4,4	3,9	1,8	3,2
Verwaltung	18 113	–	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	11 195	2,2	14,6	68,8	0,8	1,7	2,9	8,9	0,2
Ausland	1 578	–	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	338 207	2,8	59,1	8,3	1,3	1,6	9,0	4,3	13,6
Investitionen	5 946	98,6	0,0	–	1,4	–	–	–	–

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.3 Kostenstruktur der Krankenhäuser

	Bruttogesamtkosten ¹	Kosten der Ausbildungsstätten	Aufwendungen für den Ausbildungsfonds ¹	Kosten der Krankenhäuser insgesamt	Darunter				Abzüge	Bereinigte Kosten ¹	
					Personalkosten			Sachkosten		zusammen	je Fall
					zusammen ²	ärztliches Personal	nicht-ärztliches Personal				
1 000 EUR ³											EUR
2011	83 415 795	581 880	1 076 525	81 757 390	49 485 917	14 729 248	34 756 669	31 647 443	10 774 653	72 641 142	3 960
2012	86 825 988	616 040	1 117 062	85 092 885	51 860 879	15 768 032	36 092 848	32 557 940	11 234 746	75 591 241	4 060
2013	88 231 645	623 585	1 179 393	90 034 623	53 825 553	16 671 295	37 154 258	33 760 283	12 029 802	78 004 821	4 152
2014	93 701 479	643 306	1 219 514	91 838 659	56 152 134	17 578 470	38 573 664	34 998 158	12 526 707	81 174 771	4 239
2015	97 343 748	675 443	1 271 438	95 396 867	58 487 602	18 536 897	39 950 704	36 207 001	13 112 701	84 231 047	4 378
2015 nach Ländern											
Baden-Württemberg	12 256 168	79 355	194 904	11 981 908	7 516 620	2 279 103	5 237 517	4 365 758	2 156 959	10 099 209	4 722
Bayern	15 168 870	91 935	224 780	14 852 154	9 144 497	2 767 377	6 377 120	5 608 074	2 007 015	13 161 854	4 448
Berlin	4 610 896	33 234	43 568	4 534 094	2 582 733	883 422	1 699 311	1 905 150	705 455	3 905 440	4 732
Brandenburg	2 346 909	20 025	–	2 326 884	1 348 845	468 861	879 984	963 034	114 686	2 232 223	3 953
Bremen	1 057 786	9 187	11 111	1 037 488	594 686	197 332	397 353	430 520	52 250	1 005 536	4 760
Hamburg	3 072 327	27 306	7 849	3 037 172	1 703 329	587 987	1 115 342	1 290 409	554 141	2 518 187	5 013
Hessen	6 756 643	51 456	90 547	6 614 640	3 969 826	1 262 497	2 707 330	2 576 880	676 082	6 080 561	4 439
Mecklenburg-Vorpommern	1 979 075	8 877	–	1 970 198	1 167 704	397 135	770 569	788 748	281 029	1 698 046	4 124
Niedersachsen	8 464 885	54 981	164 890	8 245 015	5 126 634	1 584 574	3 542 060	3 060 916	1 264 804	7 200 080	4 249
Nordrhein-Westfalen	22 828 375	167 161	369 089	22 292 125	13 892 056	4 407 133	9 484 924	8 248 557	3 358 688	19 469 687	4 283
Rheinland-Pfalz	4 464 005	33 340	72 309	4 358 356	2 851 670	865 574	1 986 096	1 484 231	480 800	3 983 205	4 228
Saarland	1 407 701	13 601	23 938	1 370 162	861 606	259 162	602 444	501 645	142 626	1 265 075	4 518
Sachsen	4 467 920	31 077	–	4 436 843	2 646 222	896 189	1 750 033	1 772 963	324 492	4 143 428	4 115
Sachsen-Anhalt	2 645 903	15 935	–	2 629 968	1 641 740	540 058	1 101 683	975 803	237 456	2 408 447	3 989
Schleswig-Holstein	3 195 938	33 274	44 945	3 117 719	1 806 323	588 571	1 217 752	1 286 824	496 998	2 698 940	4 501
Thüringen	2 620 347	4 699	23 508	2 592 140	1 633 112	551 923	1 081 189	947 490	259 221	2 361 126	4 051

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Kostennachweis der Krankenhäuser.

1 Werte bereinigt um Fehlkodierungen beim Ausbildungsfonds seit 2007 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2 Einschl. der nicht zurechenbaren Personalkosten.

3 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der absoluten Kostenangaben in Euro berechnet werden.

4.4 Krankenversicherungsschutz 2015

	Bevölkerung			Darunter Erwerbstätige		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	1 000	%		1 000	%	
Krankenversicherungsschutz						
Insgesamt ¹	79 022	49,0	51,0	38 998	53,3	46,7
Krankenversicherte	78 943	49,0	51,0	38 967	53,3	46,7
Gesetzlich krankenversichert	69 252	47,7	52,3	33 777	51,5	48,5
Selbst versichert	52 745	50,0	50,0	31 966	53,4	46,6
davon:						
Pflichtversichert	49 371	49,0	51,0	29 340	52,1	47,9
Freiwillig versichert in der GKV	3 374	64,5	35,5	2 626	67,8	32,2
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	16 507	40,3	59,7	1 811	19,3	80,7
Privat versichert	9 093	58,5	41,5	4 914	64,4	35,6
Ausschl. sonstiger Anspruch auf Krankenversorgung ¹²	143	82,5	17,5	131	86,3	13,7
Keine Angabe zur Art des Versicherungsverhältnisses	455	52,3	47,7	145	62,8	37,9
Nicht Krankenversicherte ¹³	79	62,0	38,0	31	71,0	29,0
nachrichtlich:						
Gesetzlich Krankenversicherte						
mit einer Zusatzkrankenversicherung	16 349	45,8	54,2	10 238	48,0	52,0
mit Inanspruchnahme eines Wahltarifs	1 723	46,5	53,5	935	49,9	50,1
Sonstiger Anspruch auf Krankenversorgung insgesamt ¹⁴	4 786	52,3	47,7	2 611	53,5	46,4
Krankenkasse¹⁵						
Ortskrankenkasse¹⁶	25 254	48,3	51,7	11 045	53,8	46,2
Selbst versichert	19 232	50,9	49,1	10 437	55,9	44,1
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	6 022	40,1	59,9	608	17,8	82,2
Betriebskrankenkasse¹⁷	9 975	50,2	49,8	5 361	54,2	45,8
Selbst versichert	7 340	54,5	45,5	5 045	56,5	43,4
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	2 635	38,1	61,9	316	15,8	84,2
Innungskrankenkasse	4 099	53,5	46,5	2 210	57,8	42,2
Selbst versichert	3 099	57,5	42,5	2 100	60,0	40,0
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	1 001	41,2	58,8	110	17,3	81,8
Landwirtschaftliche Krankenkasse	708	54,4	45,8	305	66,6	33,4
Selbst versichert	533	62,9	37,1	254	76,8	22,8
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	175	28,6	71,4	51	15,7	84,3
Bundesknappschaft, See-Krankenkasse	1 645	49,6	50,4	565	55,4	44,6
Selbst versichert	1 331	54,5	45,5	523	58,9	41,3
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	314	28,7	71,3	42	11,9	88,1
Ersatzkasse	27 281	45,0	55,0	14 172	47,3	52,7
Selbst versichert	20 978	45,9	54,1	13 491	48,5	51,5
Als Familienangehöriger/- angehörige mitversichert	6 303	42,2	57,8	681	23,2	76,7

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung am Hauptwohnsitz, Angaben von zur Krankenversicherung befragten Personen.

1 Zur Krankenversicherung befragte Personen.

2 Anspruch auf Krankenversorgung als Sozialhilfeempfänger/-in, Kriegsschadenrentner/-in oder Empfänger/-in von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Freie Heilfürsorge der Polizei und Bundeswehr.

3 Hierzu zählen Personen, die die Frage „Sind Sie krankenversichert?“ verneint und keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung haben.

4 Anspruch auf Krankenversorgung als Sozialhilfeempfänger/-in, Kriegsschadenrentner/-in oder Empfänger/-in von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Freie Heilfürsorge der Polizei und Bundeswehr sowie Personen mit gesetzlichem oder privaten Krankenversicherungsschutz und zusätzlichem Anspruch auf Krankenversorgung.

5 Gesetzlich Krankenversicherte mit Angaben zur Art der Krankenkasse.

6 Einschl. ausländische Krankenkasse.

7 Einschl. Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums, des Bundeseisenbahnvermögens und gemäß Postsozialversicherungsorganisationsgesetz.

Methodik

Die gesundheitsbezogenen Statistiken und Rechensysteme sammeln und analysieren Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland, über Aspekte der gesundheitlichen Lage und der Gesundheitsversorgung sowie über die Ausgaben und Kosten im Gesundheitswesen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie unter www.gbe-bund.de

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Ergebnisse der **Krankenhausstatistik** bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsleistungen. Sie dient damit auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Seit 1991 werden die Daten der Krankenhausstatistik auf einer bundeseinheitlichen **Rechtsgrundlage** erhoben, der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.4.1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 534). Auskunftspflichtig sind Krankenhäuser und Vorsorge- oder **Rehabilitationseinrichtungen**. Das Erhebungsprogramm ist in drei Bereiche untergliedert: Die **Grunddaten** der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liefern Informationen über die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Einrichtungen und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen). Die **Diagnosedaten** geben Aufschluss u. a. über die Art der Erkrankung und ausgewählte sozio-demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. Die **Kostendaten** der Krankenhäuser stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Personal und Sachmittel dar.

Nach § 11a Bundesstatistikgesetz vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.7.2016 (BGBl. I S. 1768) geändert worden ist, sind alle Betriebe und Unternehmen gesetzlich verpflichtet, ihre Angaben auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann auf formlosen Antrag eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden.

Für die Datenlieferung auf elektronischem Weg stehen XML-Liefervereinbarungen zur Verfügung, die das Format der Datenlieferung beschreiben. Diese Daten können dann über einen sicheren Online-Zugang den Statistischen Ämtern der Länder übermittelt werden.

Zur Unterstützung der Generierung der XML-Daten steht den Berichtspflichtigen das Modul der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG e. V.) zur Verfügung.

Die Befragten berichten bis zum 1.4. (Grund- und Diagnosedaten) bzw. 30.6. (Kostendaten) des dem Berichtsjahr folgenden Jahres. Vorläufige Ergebnisse stehen in der Regel Ende August bzw. Anfang November zur Verfügung, endgültige Ergebnisse etwa drei Monate später.

Infolge mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlage ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt, da einzelne Merkmale nicht mehr, verändert oder neu erhoben werden. Ein zeitlicher Vergleich der Kostendaten ist auf die bereinigten Kosten beschränkt, da das Kostenermittlungsprinzip mehrfach wechselte. Die geänderte Erhebung der Ausbildungskosten ab 2007 schränkt die Vergleichbarkeit zusätzlich ein. Die seit 1991 bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gewährleistet die räumliche Vergleichbarkeit innerhalb des Erhebungsgebietes. Auf internationaler Ebene gibt es derzeit keine einheitliche Rechtsgrundlage, sodass die Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Merkmalsdefinitionen und Erhebungsabgrenzungen stark eingeschränkt ist.

■ Diagnosen, Operationen und Prozeduren

Seit 2005 ergänzt die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (**DRG-Statistik**) die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für „Diagnosis Related Groups“). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die ihre Leistungen nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) unterliegen (ohne psychiatrische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist, wie auch die Diagnosestatistik, eine jährliche Vollerhebung. Diese Daten erheben nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK). Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken. Das InEK stellt diese Datensätze wiederum dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (**Sekundärstatistik**).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette), unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Im Vordergrund stehen insbesondere Angaben zu Operationen und Behandlungsmaßnahmen, Art und Höhe der abgerechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen. Die Fallpauschalen (DRGs) werden nach Hauptdiagnosegruppen, den sogenannten „Major Diagnostic Categories“ (MDCs), ausgewiesen. Dies sind Kategorien, die grundsätzlich auf einem Körpersystem oder einer Erkrankungsätiologie aufbauen, die mit einem speziellen medizinischen Fachgebiet verbunden sind.

■ Schwerbehinderte Menschen

Zweck der **Statistik der schwerbehinderten Menschen** ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die **Rechtsgrundlage** ist § 131 des SGB IX.

Die Versorgungsämter liefern die Daten an die Statistischen Landesämter ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2015 wurden im Oktober 2016 veröffentlicht.

Inhaltliche und formale Prüfungen in der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden insbesondere in den Statistischen Ämtern der Länder statt. Da die Landesämter auf Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter zurückgreifen, ist die Qualität auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob die gemeldete schwerbehinderte Person aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten in der Regel nur alle fünf Jahre, wenn die Person einen neuen Schwerbehindertenausweis beantragt. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen durch, um den Bestand zu aktualisieren.

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen

zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Niedersachsen (Rückgang von 4 % bzw. 30 000 Personen von 2011 im Vergleich zu 2009), Bayern (Rückgang von 3 % bzw. 35 000 Personen von 2011 im Vergleich zu 2009), Baden-Württemberg (Rückgang von 5 % bzw. 52 000 Personen von 2015 im Vergleich zu 2013), Rheinland-Pfalz (Rückgang von 6 % bzw. 19 000 Personen von 2015 im Vergleich zu 2013).

■ Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen, Personal

Ziel der **Pflegestatistik** ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen die Pflegestatistik seit Dezember 1999 zweijährlich durch. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet die Pflegestatistik-Verordnung in Verbindung mit § 109 Abs. 1 SGB XI. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen befragen die Statistischen Landesämter die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger organisatorisch bedingt der 31.12. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2015 wurden im Januar 2017 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen kann mit Hilfe der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen sowie der Statistik über die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl von rund 2,86 Millionen weicht etwas von der Zahl der Pflegebedürftigen, die in der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wurde (2,84 Millionen), ab. Die grundsätzlichen methodischen Unterschiede der Statistiken wurden in früheren Berichten zur Pflegestatistik beschrieben. Ausführlicher zuletzt in dem Bericht „Pflegestatistik 2009: Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse“. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort „Pflegestatistik“.

Das Statistische Bundesamt verwendet die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

■ Schwangerschaftsabbrüche

Die **Schwangerschaftsabbruchstatistik** gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Sie liefert damit wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die Statistik wird in Deutschland vierteljährlich durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Artikel 14 Nummer 1 des Gesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722). Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber der Arztpraxen und die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen. Ab 2010 ist die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften in vollendeten Wochen anzugeben.

■ Sterbefälle

Die **Todesursachenstatistik** ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 20. 4. 2013 (BGBl. I S. 826). Diese Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die die Einflussfaktoren der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, ihre regionalen Besonderheiten und Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht. Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen und Strategien abgeleitet, z. B. für die Gesundheitspolitik und die epidemiologische Forschung. Im Kern geht es um die Frage, durch welche präventiven und medizinisch-kurativen Maßnahmen die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Die Todesursachenstatistik ist eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland. Grundlage ist die von den Ärztinnen bzw. Ärzten ausgestellte Todesbescheinigung, auf der die Krankheiten aufgelistet sind, die zum Tode geführt haben. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, Begleiterkrankungen zu vermerken, die nicht direkt mit dem Tod in Verbindung stehen. Dabei unterscheidet man zwischen denjenigen Krankheiten, die unmittelbar und mittelbar zum Tode geführt haben, einschließlich derjenigen Krankheit, welche alle anderen bedingt (sogenanntes „Grundleiden“). Nur dieses Grundleiden als Auslöser aller anderen Krankheiten fließt als Todesursache in die Todesursachenstatistik ein (sogenannte „monokausale Aufbereitung“). Ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen existiert seit 1905, die ersten vorliegenden Aufzeichnungen stammen aus dem Jahre 1877.

Durch das einheitliche methodische Vorgehen (Vollerhebung, einheitliche Systematik der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision – ICD-10) und die Kontinuität der Erhebung wird sichergestellt, dass diese Daten der wissenschaftlichen Forschung zuverlässig zur Verfügung stehen.

■ Ausgaben und Personal im Gesundheitswesen

Die **Gesundheitsausgabenrechnung** misst die Ausgaben für den letzten Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen im Gesundheitswesen sowie die Investitionen in den stationären Gesundheitseinrichtungen. Zu den Gesundheitsausgaben zählen insbesondere diejenigen Aufwendungen, die unmittelbar mit einer medizinischen Heilbehandlung, einer Präventions-, Rehabilitations- oder Pflegemaßnahme verbunden sind. Die Abgrenzung von gesundheitsrelevanten Gütern und Dienstleistungen folgt weitestgehend den international empfohlenen Definitionen des „System of Health Accounts 2011“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dabei handelt es sich um ein inhaltlich-klassifikatorisches Rahmenwerk mit konkreten Definitionen und Empfehlungen für eine konsistente, international vergleichbare und umfassende gesundheitsökonomische Berichterstattung. Die Ausgaben werden dreidimensional – nach Ausgabenträgern, Leistungsarten und Einrichtungen des Gesundheitswesens – gegliedert. Über die Gesundheitsausgaben hinaus werden zusätzlich solche Leistungen ermittelt, die zum erweiterten Gesundheitsbereich zählen. Dies sind Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich, Ausgaben zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen und Einkommensleistungen, die bei Krankheit oder Invalidität an die Bevölkerung ausgezahlt werden.

Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler und internationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. Die Erfassung der Kosten und der Finanzierung der Gesundheitsversorgung sind in der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2015/359 der Europäischen Kommission vom 4. März 2015 festgelegt.

Methodik

Die Gesundheitspersonalrechnung erfasst die Beschäftigten im Gesundheitswesen zum 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres nach Alter, Geschlecht, Berufen, Einrichtungen und Art der Beschäftigung sowie Vollzeitäquivalente nach Alter, Geschlecht, Berufen und Einrichtungen (jeweils in 1 000).

Zu den Beschäftigten rechnen im Einzelnen Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Beamtinnen/Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen/Arbeiter, Personen im Bundesfreiwilligendienst, Zivildienst oder freiwilligen sozialen Jahr sowie Praktikantinnen/Praktikanten. Den Beschäftigten werden auch zugeordnet: Erkrankte, Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist.

Nicht zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen gezählt werden Personen in einem Ausbildungsverhältnis, ehrenamtlich Tätige sowie Beschäftigte, die als Beauftragte aus anderen Wirtschaftsbereichen (zum Beispiel Reinigungskräfte) in Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zeitlich vergleichbare Daten zu den Beschäftigten im Gesundheitswesen liegen seit dem Berichtsjahr 2000 nach den Dimensionen „Einrichtung und Geschlecht“ vor. Tief gegliederte Daten nach den Merkmalen „Beruf“, „Alter“ und „Beschäftigungsart“ stehen ab dem Berichtsjahr 2012 zur Verfügung.

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung ist die Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Glossar

Ambulante Pflegedienste | Erfasst werden die ambulanten Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Art der Behandlung | Niedergelassene Allgemein- oder Gebietsärztinnen bzw. -ärzte sowie das Personal in der Ambulanz eines Krankenhauses (Poliklinik) können eine **ambulante ärztliche Behandlung** vornehmen. Eine **stationäre Behandlung** liegt vor, sofern die Patientin oder der Patient mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus/eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z. B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altenheime, Pflegeheime).

Aufwendungen für den Ausbildungsfonds (Ausbildungszuschlag) | Die in zahlreichen Bundesländern existierenden Ausbildungsfonds setzen sich zusammen aus Einzahlungen aller Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes. Die in den Fonds angesammelten Mittel dienen der Finanzierung der Ausbildungsbudgets der Krankenhäuser. Die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds werden seit 2007 erhoben. Sie erhöhen sowohl die Brutto-Gesamtkosten als auch die bereinigten Kosten; deshalb ist ein Vergleich mit vorangegangenen Jahren nur eingeschränkt möglich.

Ausgabenträger | Sie umfassen sämtliche öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (z. B. Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung).

Berechnungs-/Belegungstage, Pflagestage | Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage im Krankenhaus bzw. der Pflagestage in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entspricht der Summe der Patientinnen und Patienten, die an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24 Uhr vollstationär untergebracht sind (Summe der Mitternachtsbestände). Als Berechnungs-/Belegungstag bzw. Pflagestag zählt der Aufnahmetag sowie jeder weitere Tag des Aufenthaltes ohne den Verlegungs- oder Entlassungstag aus der stationären Einrichtung. Wird eine Patientin oder ein Patient am gleichen Tag aufgenommen und entlassen (sogenannter „Stundenfall“), gilt dieser Tag als Aufnahmetag; somit verursacht ein Stundenfall einen Belegungstag.

Berufen, Klassifikation nach | In der Gesundheitspersonalrechnung werden die Beschäftigten nach Berufen ab dem Berichtsjahr 2012 auf Grundlage der Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht. Die Gliederung der KldB 2010 sowie weiterführende Hinweise zu ihrer Entwicklung und Anwendung sind auf der Homepage der Bundesagentur für Arbeit zu finden.

Beschäftigte | Bei den Angaben handelt es sich um Beschäftigungsfälle, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt.

Einrichtungen, Klassifikation nach | Sie gibt Aufschluss über den Leistungserbringer. Beispielhafte Einrichtungen sind die ambulanten Einrichtungen, die u. a. die Arztpraxen und Apotheken enthalten oder die stationären Einrichtungen, die u. a. die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen umfassen.

Fallzahl | Die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ermitteln diese in den Grunddaten anhand des Patientenzu- und -abgangs. Zu unterscheiden ist zwischen einrichtungs- und fachabteilungsbezogener Fallzahl. Letztergenannte berücksichtigt (nur in Krankenhäusern) die internen Verlegungen. Die Ermittlung der Fallzahl enthält auch die Sterbefälle, seit 2002 ebenso die Stundenfälle innerhalb eines Tages. Vergleiche mit früheren Jahren sind auf der Basis neu berechneter Fallzahlen möglich.

Die Formel für die **einrichtungsbezogene Fallzahl** lautet:

$$= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2}$$

$$= \frac{\text{Vollstationäre Aufnahmen}}{2} + \frac{\text{Vollstationäre Entlassungen} + \text{Sterbefälle}}{2}$$

Die Formel für die **fachabteilungsbezogene Fallzahl** berücksichtigt demgegenüber interne Verlegungen:

$$= \frac{\text{Vollst. Aufn. + Verlegungen aus anderen Abteilungen}}{2} + \frac{\text{Vollst. Entl. + Verlegungen in andere Abt. + Sterbefälle}}{2}$$

Grundleiden | In der Todesursachenstatistik ist das Grundleiden diejenige Erkrankung/Diagnose, die ursächlich für den Tod einer Person ist. Eine solche Krankheit kann zwar weitere, ebenfalls auf der Todesbescheinigung vermerkte Erkrankungen auslösen, das Grundleiden ist jedoch die für die Statistik entscheidende Erkrankung. Beispiel: Seit fünf Jahren ist eine Frau an Brustkrebs erkrankt. Aufgrund dieser Erkrankung haben sich Hirnmetastasen gebildet, die am Ende zu einer Hirnblutung geführt haben. Alle diese Diagnosen (Brustkrebs, Hirnmetastasen, Hirnblutung) würden auf einer Todesbescheinigung vermerkt sein. Für die Statistik relevant wäre nur der Brustkrebs, da dieser alle folgenden Erkrankungen ausgelöst hat. Da sie sich bisher nur auf das Grundleiden beschränkt, heißt die Todesursachenstatistik auch „monokausale Statistik“. Im Gegensatz dazu wird zukünftig die elektronische Kodierung der Todesursachen ermöglichen, alle auf der Todesbescheinigung vermerkten Erkrankungen statistisch auszuwerten („multi-kausale Todesursachenstatistik“).

Kosten der Krankenhäuser | Diese werden seit 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt (wie schon in den Jahren 1991 bis 1995). Dabei werden zunächst die gesamten Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres für Personal und Sachmittel auf Basis der Krankenhaus-Buchführungsverordnung erfasst und später bereinigt um die nichtstationären Kosten, z. B. für Ambulanzen sowie Forschung und Lehre.

Krankenhäuser | Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, in denen das Personal durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden feststellen, heilen oder lindern soll oder Geburtshilfe leistet. In Krankenhäusern erfolgt die Unterbringung und Verpflegung der zu versorgenden Personen.

Krankheiten, Abgrenzung der | Grundlage für die Abgrenzung der Krankheiten in der Krankenhausdiagnosestatistik und der Todesursachenstatistik ist die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD). Sie ist Teil der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Leistungsarten, Klassifikation nach | Sie ermöglicht die Unterteilung der Gesundheitsausgaben nach der Form der von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen Leistungen. Als Leistungsarten zählen z. B. die Prävention, ärztliche Leistungen, pflegerische und therapeutische Leistungen und Leistungen für Waren (u. a. Arznei- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

Nutzungsgrad der Betten bzw. Bettenauslastung | Sie gibt die durchschnittliche Auslastung der Betten in vom Hundert an. Hierzu wird die tatsächliche mit der maximalen Bettenbelegung in Relation gesetzt. Die maximale Bettenkapazität ergibt sich aus dem Produkt der aufgestellten Betten und der Anzahl der Kalendertage im Berichtsjahr. Die tatsächliche Bettenbelegung entspricht der Summe der Berechnungs- und Belegungstage/der Pfl egetage, da jede Patientin bzw. jeder Patient pro vollstationären Tag in der Einrichtung ein Bett belegt.

$$\text{Durchschnittliche Bettenauslastung} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Aufgestellte Betten} \times \text{Kalendertage}} \times 100$$

Pflegebedürftige | Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als pflegebedürftige Person ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen).

Pflegeheime | Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Schwerbehinderte Menschen | Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem SGB IX, z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Verweildauer | Sie gibt die Zahl der Tage an, die eine Patientin oder ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen/Pfl egetagen und der Fallzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. der Einrichtung.

$$\text{Durchschnittliche Verweildauer} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Patientinnen und Patienten (Fälle)}}$$

Vollzeitäquivalente (FTE = Full-Time Equivalents) | Sie geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einer vollzeitbeschäftigten Person, in den Grunddaten der Krankenhausstatistik als Vollkräfte bezeichnet.

Vorleistungsindustrie | In diesem Sektor werden Vorleistungen ausschließlich für das Gesundheitswesen produziert. Ihm gehören die pharmazeutische, die medizintechnische und die augenoptische Industrie, der Großhandel und die Handelsvermittlung sowie die medizinischen und zahnmedizinischen Laboratorien an.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | In diesen Einrichtungen wird der Gesundheitszustand der dort untergebrachten und gepflegten Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan verbessert. Dies geschieht vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen. Den Patientinnen und Patienten wird bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte geholfen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Gesundheit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 23, Daten zur *Pflege (Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen)* unter Code 224

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gesundheitliche Lage

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 3 | Schwangerschaftsabbrüche
- Reihe 4 | Todesursachen in Deutschland
- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fachserie 13 Sozialeleistungen

- Reihe 5 | Schwerbehinderte Menschen

Fachberichte

- Schwerbehinderte Menschen 2015
- Fragen zur Gesundheit – Körpermaße der Bevölkerung – Mikrozensus 2013
- Fragen zur Gesundheit – Kranke und Unfallverletzte – Mikrozensus 2013
- Fragen zur Gesundheit – Rauchgewohnheiten der Bevölkerung – Mikrozensus 2013
- Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen (2015)
- Pflegestatistik 2013 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse (2015)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 | Morbidität in den Arztpraxen
- Heft 2/10 | Schwerbehinderte Menschen 2007
- Heft 3/12 | Lebenslagen der behinderten Menschen, Ergebnis des Mikrozensus 2009

STATmagazin

- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2008)
- Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang (2010)
- Familienzuwachs: Mutter und Kind wohlauf? (2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich (2013)

■ Gesundheitsversorgung

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
- Reihe 7.3 | Gesundheitspersonal

Fachberichte

- Pflegestatistik 2015 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Deutschlandergebnisse (2017)
- Ländervergleich - Ambulante Pflegedienste (2017)
- Ländervergleich - Pflegeheime (2017)

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsversorgung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/10 | Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025
- Heft 4/11 | Krankenhäuser in Deutschland
- Heft 2/12 | 20 Jahre Krankenhausstatistik
- Heft 3/14 | Können Pflegekräfte aus dem Ausland den wachsenden Pflegebedarf decken?

STATmagazin

- | Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen (2009)
- | Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern (2010)

■ Kosten im Gesundheitswesen

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser
- Reihe 7.1 | Gesundheitsausgaben
- Reihe 7.2 | Krankheitskosten

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 | Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?
- Heft 5/15 | Die revidierte Gesundheitsausgabenrechnung

STATmagazin

- | Männer und Frauen im Gesundheitswesen: Ein Kostenvergleich (2009)

■ Krankenversicherungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

- Reihe 1.1 | Angaben zur Krankenversicherung

■ Themenübergreifend

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/09 | Onlinerecherche von Gesundheitsdaten

Broschüren

- | Gesundheit auf einen Blick (2010)

IM FOKUS

- 1.2.2016 | Weltkrebstag: 2014 starben rund 18 000 Frauen an Brustkrebs
- 8.4.2016 | Höherer Anteil an Typ-2-Diabetikern in Ostdeutschland
- 30.5.2016 | Schockfotos auf Zigarettenschachteln: jede vierte Person raucht
- 2.2.2017 | Weltkrebstag: Männer leiden und sterben häufiger an Lungenkrebs
- 4.4.2017 | Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden an Depressionen

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei tief gegliederte Datentabellen aus über 100 Datenquellen sowohl der amtlichen Statistik als auch einer Vielzahl anderer Institutionen. Aber auch Berichte und Analysen, insbesondere die Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, sind dort bequem verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter www.gbe-bund.de

Im Rahmen der GBE des Bundes sind u. a. folgende Berichte erschienen:

- Gesundheit in Deutschland 2015
- Gesundheit und Krankheit im Alter (2009)
- Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (2011)

Themenhefte der Gesundheitsberichterstattung

- Heft 53 Rückenschmerzen
- Heft 54 Arthrose
- Heft 55 Gastritis, Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre
- Heft C Hepatitis – Blindheit und Sehbehinderung



5 Wohnen



Durchschnittlich bewohnten ca. **2,1 Personen** eine **Wohnung** |
46 % aller bewohnten **Wohnungen** wurden vom Eigentümer selbst bewohnt |
Bruttokaltmiete im Mittel bei **6,72 Euro** je m² | Rund 17 % der **Haushalte**
verwendeten mehr als **40 %** ihres monatlich verfügbaren **Einkommens** für
Mietkosten | **14 % aller Personen** fühlten sich durch Wohnkosten stark
belastet | **Wohngeldausgaben** in Höhe von **681 Millionen Euro**, die sich
auf 460 080 Wohngeldhaushalte verteilten

Seite

161 **Auf einen Blick**

Tabellen

162 **Wohnsituation allgemein**

Bewohnt/leerstehend, nach Fläche und Belegung | Nach Migrationsstatus | Nach Mietkomponenten

163 **Wohnsituation und Haushalte**

Nach Haushaltsstruktur und Mietbelastung | Nach Haus- und Grundbesitz, Hypothekenrestschuld | Finanzielle Belastung durch Wohnkosten | Probleme im Wohnumfeld | Mängel in der Wohnung/dem Haus

165 **Wohngeld**

Nach Ländern | Nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung

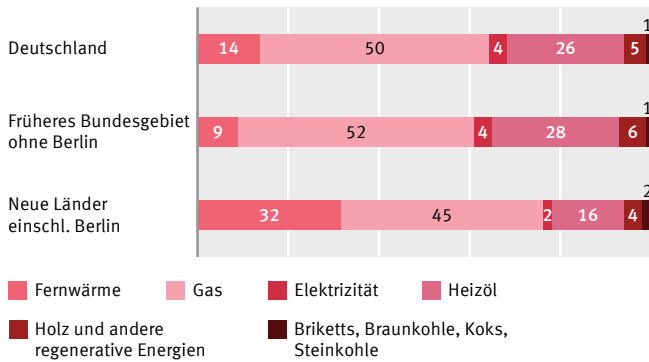
166 **Methodik**

168 **Glossar**

170 **Mehr zum Thema**

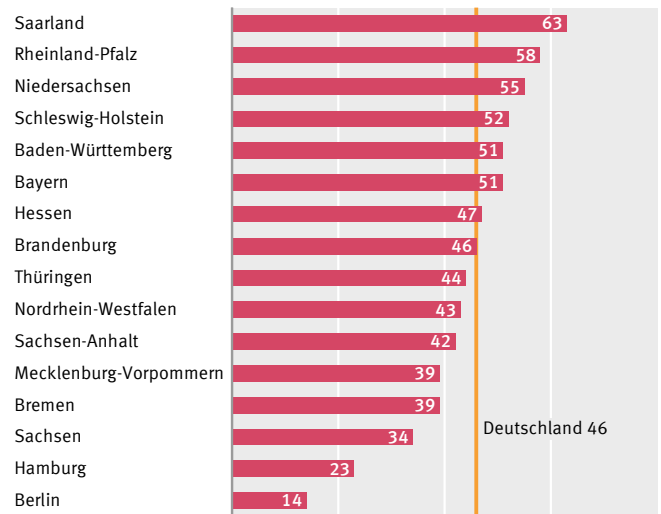
5.0 Auf einen Blick

Bewohnte Wohnungen nach überwiegender verwendeter Energieart der Beheizung 2014
in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

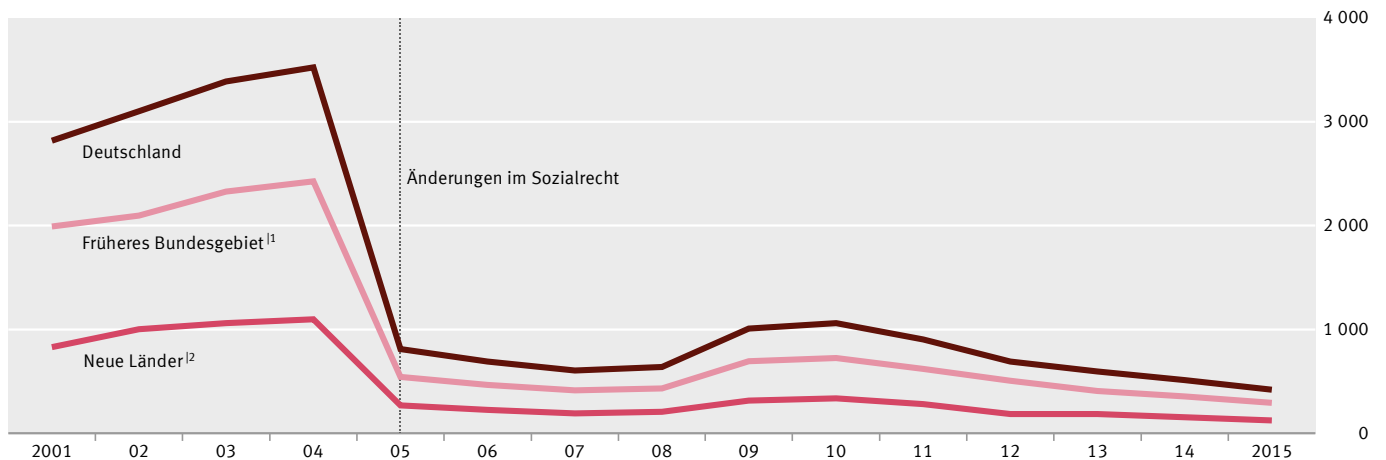
Anteil der von Eigentümern bewohnten Wohnungen (Eigentümerquote) nach Ländern 2014
in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Haushalte mit Wohngeld
in 1 000

Infolge der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – „Hartz IV“) hat sich der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit der statistisch erfassten **Wohngeldhaushalte** zunächst deutlich reduziert. Für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II) entfiel ab diesem Zeitpunkt der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt. Außerdem entfiel der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.



Am Jahresende. – Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

1 Bis 2001 einschl. Berlin-West, ab 2002 mit Berlin, ab 2013 ohne Berlin.
2 Bis 2001 einschl. Berlin-Ost, ab 2002 ohne Berlin, ab 2013 mit Berlin.

2017 - 01 - 0221

5.1 Wohnsituation allgemein

5.1.1 Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum: bewohnt/unbewohnt, Fläche und Belegung 2014

	Wohnungen						
	insgesamt	unbewohnt	bewohnt		durchschnittliche Fläche		durchschnittliche Anzahl Personen je Wohnung
			belegt mit		je Wohnung	je Person	
			Haushalten	Personen			
1 000				m ²		Anzahl	
Deutschland	41 037	3 272	38 419	78 800	92,9	44,6	2,1
Baden-Württemberg	5 126	354	4 883	10 489	97,3	44,2	2,2
Bayern	6 165	452	5 840	12 419	97,5	44,9	2,2
Berlin	1 884	133	1 821	3 183	69,6	38,6	1,8
Brandenburg	1 287	130	1 170	2 375	88,0	42,8	2,1
Bremen	351	24	336	628	82,8	43,0	1,9
Hamburg	919	42	909	1 649	73,5	39,2	1,9
Hessen	2 956	193	2 815	5 869	96,5	45,5	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	887	98	800	1 597	81,3	40,1	2,0
Niedersachsen	3 867	256	3 656	7 629	103,0	48,8	2,1
Nordrhein-Westfalen	8 816	662	8 221	16 888	92,1	44,5	2,1
Rheinland-Pfalz	2 039	186	1 867	3 979	106,8	49,8	2,1
Saarland	508	40	472	957	106,7	52,5	2,0
Sachsen	2 345	332	2 057	3 978	78,4	39,7	2,0
Sachsen-Anhalt	1 286	170	1 126	2 199	83,4	42,3	2,0
Schleswig-Holstein	1 435	75	1 374	2 795	96,0	46,8	2,1
Thüringen	1 167	127	1 072	2 167	85,9	41,3	2,1
nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	32 181	2 283	30 373	63 302	96,4	45,6	2,1
Neue Länder einschl. Berlin	8 856	989	8 046	15 498	79,9	40,6	2,0

Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne Wohnheime.

5.1.2 Bevölkerung 2014 nach Migrationsstatus, Wohngebäudegröße und Nutzungsart

	Bevölkerung insgesamt	Davon lebend in Wohngebäuden mit ... bis ... Wohnungen						Nutzungsart	
		1	2	3 – 6	7 – 12	13 – 20	21 und mehr	selbstgenutztes Wohneigentum	Miete
		%							
	1 000	%							
Bevölkerung insgesamt	80 896	38,0	16,7	22,0	19,6	1,5	2,1	50,7	49,3
Personen ohne Migrationshintergrund	64 501	41,6	18,1	20,3	17,1	1,3	1,7	54,8	45,2
Personen mit Migrationshintergrund	16 395	24,1	11,3	28,9	29,6	2,4	3,7	34,5	65,5
Personen mit eigener Migrationserfahrung	10 853	21,5	11,2	29,6	30,8	2,6	4,3	31,7	68,3
Ausländer/-innen	5 866	16,4	10,3	31,1	34,2	2,9	5,1	23,4	76,6
Deutsche	4 987	27,3	12,3	27,8	26,9	2,2	3,4	41,3	58,7
Personen ohne eigene Migrationserfahrung	5 542	29,2	11,3	27,6	27,3	2,0	2,6	40,0	60,0
Ausländer/-innen	1 344	19,0	10,4	32,7	32,3	2,3	3,2	29,4	70,6
Deutsche	4 198	32,4	11,6	25,9	25,8	1,9	2,4	43,4	56,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne Wohnheime.

5.1.3 Bewohnte Mietwohnungen nach Fläche und monatlichen Mietkomponenten 2014

von ... bis unter ... m ²	Bruttokaltmiete		Nettokaltmiete		Kalte Nebenkosten		Warme Nebenkosten		Warmmiete	
	insgesamt	je m ²	insgesamt	je m ²	insgesamt	je m ²	insgesamt	je m ²	insgesamt	je m ²
	durchschnittlicher Betrag in EUR									
Wohnfläche insgesamt	473	6,72	409	5,85	80	1,14	94	1,33	557	7,91
unter 40	273	8,40	231	7,13	47	1,45	47	1,45	313	9,65
40 – 60	357	7,09	304	6,02	62	1,23	69	1,38	420	8,33
60 – 80	463	6,82	397	5,85	80	1,18	91	1,35	545	8,03
80 – 100	573	6,62	501	5,79	96	1,11	113	1,31	673	7,78
100 – 120	662	6,29	594	5,65	107	1,02	136	1,29	781	7,43
120 und mehr	803	5,86	744	5,43	127	0,93	175	1,27	958	6,99

Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne Wohnheime. – Ohne Mietwohnungen, bei denen Mieter angeben, keine der genannten Kostenpositionen zu haben (v. a. mietfreies Wohnen).

5.2 Wohnsituation und Haushalte

5.2.1 Hauptmieterhaushalte nach Haushaltsstruktur und Mietbelastung in Mietwohnungen 2014

	Insgesamt ¹	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung ² von ... bis unter ... % des Haushaltsnettoeinkommens							
		unter 10	10 – 15	15 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 und mehr
	1 000	%							
Haushalte insgesamt	18 805	4,7	9,3	16,1	17,4	15,0	11,6	8,8	17,0
davon mit:									
1 Person	9 866	3,7	5,8	11,2	15,2	15,4	13,3	11,0	24,5
dar. weiblich	5 103	3,1	3,7	8,6	14,0	16,4	14,6	12,5	27,1
2 Personen	5 536	6,1	13,4	21,6	19,4	14,0	9,6	6,5	9,4
3 Personen	1 892	5,4	13,7	22,3	19,8	14,3	9,9	6,1	8,5
4 Personen	1 101	5,5	13,2	21,8	21,8	16,3	9,7	5,7	6,1
5 und mehr Personen	410	4,3	9,5	17,3	23,1	18,9	12,7	6,0	8,2
Haushalte									
mit Kind(ern) unter 18 Jahren	3 394	3,8	9,6	18,1	19,6	16,6	12,4	8,1	11,8
ohne Kind(er) unter 18 Jahren	15 410	4,9	9,3	15,7	17,0	14,6	11,5	8,9	18,1
Personen ohne Migrationshintergrund ...	15 001	5,1	9,7	16,6	17,8	14,9	11,3	8,5	16,0
Personen mit Migrationshintergrund	3 804	2,8	8,1	14,1	16,1	15,1	13,0	9,9	20,8
Personen									
mit eigener Migrationserfahrung	3 439	2,7	7,9	13,8	15,9	15,1	13,3	10,1	21,2
Ausländer/-innen	1 920	2,9	8,2	12,9	15,4	14,6	13,2	10,3	22,5
Deutsche	1 518	2,5	7,6	15,0	16,6	15,8	13,3	9,8	19,5
Personen									
ohne eigene Migrationserfahrung	365	3,7	10,4	17,0	17,7	14,9	10,9	8,2	17,3
Ausländer/-innen	227	3,3	10,4	16,2	17,2	14,1	11,2	9,0	18,6
Deutsche	138	4,3	10,5	18,4	18,3	16,2	10,3	6,9	15,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne Wohnheime. – Ohne Haushalte, die angeben keine Bruttokaltmiete zu zahlen (mietfrei oder mietreduziert wohnende Haushalte).

1 Nur Haushalte mit Angabe der Bruttokaltmiete und Einkommen.

2 Mietbelastung berechnet auf Grundlage der Bruttokaltmiete.

5.2.2 Haus- und Grundbesitz sowie Hypothekenrestschuld privater Haushalte nach dem Alter der Haupteinkommensperson am 1.1.2013

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Alter der Haupteinkommensperson von ... bis unter ... Jahren							
		18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Haushalte in 1 000									
Haushalte insgesamt	40 032	1 889	5 512	6 940	7 884	6 591	2 408	6 938	1 869
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	19 015	(104)	1 130	3 463	4 418	3 816	1 297	3 895	891
Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	18 912	(101)	1 122	3 453	4 399	3 791	1 296	3 866	885
und zwar:									
unbebaute Grundstücke	1 573	/	129	281	320	343	112	302	(70)
Einfamilienhäuser	12 051	(55)	639	2 300	2 905	2 449	781	2 364	559
Zweifamilienhäuser	2 140	/	102	332	497	467	164	465	104
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	786	–	(31)	131	172	200	54	156	(41)
Eigentumswohnungen	5 513	/	337	922	1 260	1 141	433	1 166	223
sonstige Gebäude	1 210	/	(61)	187	278	248	90	294	(45)
keine Angaben zur Art des Haus- und Grundbesitzes	102	/	/	/	(19)	(24)	/	(30)	/
100 EUR									
Durchschnittswert je Haushalt ¹									
Einheitswert	157	(13)	82	182	193	191	170	162	127
Verkehrswert	1 036	(63)	408	1 161	1 266	1 309	1 248	1 147	791
Restschuld	248	(13)	194	496	371	223	143	82	34
Durchschnittswert je Haushalt mit jeweiliger Angabe zur Höhe des/der Einheitswertes	445	(328)	582	499	466	437	414	380	363
Verkehrswertes	2 439	(1 362)	2 169	2 493	2 471	2 526	2 604	2 385	2 095
Restschuld	1 014	(656)	1 286	1 269	1 008	803	769	631	620
Haushalte in %									
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz ¹	47,5	(5,5)	20,5	49,9	56,0	57,9	53,9	56,1	47,7
Haushalte mit Restschuld ¹	25,5	(2,2)	15,4	40,1	38,1	29,4	19,7	14,4	6,3

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

1 Bezogen auf Haushalte insgesamt.

5 Wohnen

5.2 Wohnsituation und Haushalte

5.2.3 Subjektiv wahrgenommene finanzielle Belastung durch Wohnkosten 2015

Lesebeispiel: 14,2% aller Personen empfinden die monatlichen Wohnkosten als eine große Belastung.

	Anteil der Personen, die die monatlichen Wohnkosten als ... ¹ empfinden		
	eine große Belastung	eine gewisse Belastung	keine Belastung
	%		
Personen insgesamt	14,2	58,9	26,9
nach dem Haushaltstyp			
Haushalte ohne Kind ²	12,3	55,7	32,0
Alleinlebende	15,1	51,4	33,5
2 Erwachsene ohne Kind	10,1	56,8	33,1
Haushalte mit Kind(ern) ²	16,9	63,3	19,9
Alleinerziehende	24,1	58,1	17,8
2 Erwachsene mit Kind(ern)	15,2	64,4	20,5
nach dem Wohnstatus ³			
Eigentümerhaushalte	11,8	60,3	27,9
Mieterhaushalte	17,0	57,2	25,7

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

- 1 Selbsteinschätzung der Haushalte.
- 2 Als Kind(er) gelten Personen bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.
- 3 Die Klassifizierung eines Haushalts als „Mieterhaushalt“ beinhaltet auch die Fälle von Wohnen mit reduzierter Miete. Mietfrei wohnende Haushalte zählen als Eigentümerhaushalte. In Einzelfällen war keine Zuordnung möglich.

5.2.5 Subjektiv wahrgenommene Mängel in der Wohnung/dem Haus 2015

Lesebeispiel: 6,5% der Personen, die in Mieterhaushalten leben, empfinden die Tageslichtzufuhr als zu gering.

	Anteil der Personen in Haushalten, für die es ... in der Wohnung/dem Haus, in der/dem der Haushalt lebt, gibt ¹		
	Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung
	%		
Personen insgesamt	12,8	4,0	25,8
nach dem Haushaltstyp			
Haushalte ohne Kind ²	12,0	3,9	27,2
Alleinlebende	13,3	5,9	31,5
2 Erwachsene ohne Kind	11,2	3,2	25,5
Haushalte mit Kind(ern) ²	13,9	4,1	23,9
Alleinerziehende	22,3	(7,0)	33,3
2 Erwachsene mit Kind(ern)	12,9	3,5	23,2
nach dem Wohnstatus ³			
Eigentümerhaushalte	7,2	1,9	18,9
Mieterhaushalte	19,4	6,5	34,0

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

Fußnoten siehe Tabelle 5.2.3

5.2.4 Subjektiv wahrgenommene Probleme im Wohnumfeld 2015

Lesebeispiel: 13,7% der Personen, die in Haushalten mit 2 Erwachsenen und Kind(ern) leben, nehmen Kriminalität und Gewalt im Wohnumfeld wahr.

	Anteil der Personen in Haushalten, die ... im Wohnumfeld wahrnehmen ¹	
	Verschmutzung, Ruß u. a. Umweltbelastungen	Kriminalität und Gewalt
	%	
Personen insgesamt	23,4	13,8
nach dem Haushaltstyp		
Haushalte ohne Kind ²	23,8	14,0
Alleinlebende	26,3	17,4
2 Erwachsene ohne Kind	22,7	11,9
Haushalte mit Kind(ern) ²	22,9	13,6
Alleinerziehende	28,2	17,2
2 Erwachsene mit Kind(ern)	22,6	13,7
nach dem Wohnstatus ³		
Eigentümerhaushalte	18,3	9,0
Mieterhaushalte	29,5	19,5

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

Fußnoten siehe Tabelle 5.2.3

5.3 Wohngeld

5.3.1 Wohngeldhaushalte und Wohngeldausgaben am 31.12.2015

	Wohngeldhaushalte				Davon				Wohngeldausgaben	
	insgesamt	davon		Anteil an allen Privat-haushalten	reine Wohngeldhaushalte		wohngeldrechtliche Teilhaushalte		insgesamt	Durchschnitt je Einwohner
		Miet-zuschuss	Lasten-zuschuss		insgesamt	Anteil an allen Privat-haushalten	insgesamt	Anteil an allen Privat-haushalten		
	1 000	%			1 000	%	1 000	%	1 000 EUR	EUR
Deutschland	460,1	423,3	36,8	1,1	419,1	1,0	41,0	0,1	680 803	8
Baden-Württemberg	46,6	44,0	2,6	0,9	44,0	0,9	2,6	0,1	78 362	7
Bayern	39,0	36,6	2,4	0,6	35,9	0,6	3,1	0,0	57 475	5
Berlin	18,0	17,8	0,2	0,9	17,3	0,9	0,7	0,0	26 688	8
Brandenburg	19,3	17,5	1,8	1,5	18,2	1,5	1,1	0,1	22 319	9
Bremen	4,4	4,0	0,3	1,2	4,2	1,1	0,2	0,1	6 981	10
Hamburg	9,9	9,6	0,2	1,0	9,4	0,9	0,5	0,1	13 995	8
Hessen	27,7	25,8	1,8	0,9	25,9	0,9	1,8	0,1	42 370	7
Mecklenburg-Vorpommern	20,8	18,9	1,9	2,5	17,9	2,1	2,9	0,3	25 653	16
Niedersachsen	46,3	40,3	6,1	1,2	39,9	1,0	6,4	0,2	72 520	9
Nordrhein-Westfalen	107,1	98,6	8,4	1,2	96,7	1,1	10,4	0,1	174 277	10
Rheinland-Pfalz	21,4	18,8	2,6	1,1	19,8	1,0	1,6	0,1	29 154	7
Saarland	3,3	2,7	0,6	0,7	3,1	0,6	0,3	0,1	4 576	5
Sachsen	42,1	39,3	2,8	1,9	38,7	1,8	3,4	0,2	51 883	13
Sachsen-Anhalt	18,2	16,7	1,5	1,6	15,9	1,4	2,3	0,2	21 529	10
Schleswig-Holstein	16,9	15,2	1,7	1,2	15,1	1,1	1,8	0,1	30 151	11
Thüringen	19,2	17,4	1,8	1,7	17,2	1,5	2,0	0,2	22 869	11
nachrichtlich:										
Früheres Bundesgebiet	322,5	295,7	26,9	1,0	293,9	0,9	28,7	0,1	509 862	8
Neue Länder einschl. Berlin ...	137,5	127,6	10,0	1,6	125,3	1,5	12,3	0,1	170 941	11

Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

5.3.2 Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.2015

	Wohngeldhaushalte								davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte
	insgesamt	davon reine Wohngeldhaushalte							
		insgesamt	Erwerbstätige		Arbeitslose	Nicht-erwerbstätige			
			Selbstständige	abhängig Beschäftigte		Pensionäre/ Pensionärin- nen, Rentner/ Rentnerinnen	Studierende	Sonstige	
1 000	%							1 000	
Insgesamt	460,1	419,1	1,9	38,1	5,6	42,8	7,3	4,3	41,0
davon:									
Zahl der Personen im Haushalt									
1	246,0	218,4	1,0	8,7	5,2	72,8	9,6	2,6	27,7
2	58,7	49,3	2,5	41,7	6,7	29,9	11,3	7,9	9,4
3	35,6	33,2	3,5	65,2	6,9	7,5	7,5	9,4	2,4
4	52,6	51,8	3,0	79,4	6,7	3,4	2,2	5,2	0,9
5 und mehr	67,2	66,5	2,8	86,2	4,5	2,1	0,7	3,7	0,7

Ergebnisse der Wohngeldstatistik.

Methodik

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Dieses Kapitel präsentiert die amtlichen Statistiken zum Thema Wohnen in Deutschland. Dabei soll ein möglichst umfangreiches und aktuelles Bild dieses Lebens- und Wirtschaftsbereichs entstehen. Der Fokus dieses Kapitels liegt auf den Ergebnissen der Statistiken, die eine Verbindung von Wohn- und Haushaltsinformationen erlauben.

■ Mikrozensus: Wohnsituation

Der Mikrozensus befragt jährlich **1 % der deutschen Bevölkerung**, um umfassende, aktuelle und zuverlässige Ergebnisse über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, die Erwerbstätigkeit, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung sowie die Wohnverhältnisse für Parlamente, Regierungen und Verwaltung in Bund und Ländern bereitzustellen. Damit die Ergebnisse möglichst unverzerrt sind, sieht der Gesetzgeber eine **Auskunftspflicht** für die Mehrheit der Merkmale vor.

Zum Thema Wohnen werden **alle vier Jahre** (zuletzt 2014) Angaben zur Struktur der bewohnten Gebäude und der bewohnten Wohnungen, den verwendeten Energieträgern, dem Eigentumsstatus sowie den Wohnkosten erhoben. Im Zusammenhang mit den weiteren im Mikrozensus erhobenen Merkmalen können tiefreichende fachliche und regionale Analysemöglichkeiten über die Wohnverhältnisse und -kosten für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Haushaltskonstellationen erstellt werden.

Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Erhebung ist das Mikrozensusgesetz. Wohnungsbezogene Ergebnisse des Mikrozensus werden anhand der Eckzahlen aus der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung auf den Gesamtbestand an Wohnungen in Deutschland hochgerechnet. Für haushaltsbezogene Ergebnisse wird der reguläre Hochrechnungsfaktor des Mikrozensus verwendet. Die Ergebnisse stehen normalerweise rund zwölf Monate nach Ende eines Berichtsjahres zur Verfügung.

■ Leben in Europa: Belastungen durch die Wohnsituation

Die **jährlich** europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen LEBEN IN EUROPA (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt **auf freiwilliger** Basis neben verschiedenen Bestandteilen des Einkommens auch Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe. Ziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Zu LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland rund **13 000 bis 14 000 private Haushalte** schriftlich befragt.

Bezogen auf das Thema Wohnen stehen die Belastungen privater Haushalte durch die Wohnkosten, wahrgenommene Probleme im Wohnumfeld sowie Wohnungsmangel im Fokus.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Verbindung mit weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission. Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG). Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE). Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Etwa ein Jahr nach Ende des Berichtsjahres werden erste endgültige Ergebnisse veröffentlicht. Detaillierte Informationen zur Methodik sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Haus- und Grundbesitz, Immobilienvermögen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erhebt **alle fünf Jahre** (zuletzt 2013) statistische Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Wohnsituation, die Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte. Einbezogen werden dabei repräsentativ ausgewählte private Haushalte. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über deren Lebensverhältnisse getroffen werden können. Mit der resultierenden Stichprobengröße von rund **60 000 Haushalten** ist die EVS die größte Haushaltserhebung der amtlichen Statistik auf **freiwilliger Basis**.

Informationen zu Haus- und Grundbesitz privater Haushalte liefert die EVS. Durch die Stichprobengröße ist es möglich, die Ergebnisse fachlich tief gegliedert für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden.

Gesetzliche Grundlage für die Durchführung der EVS ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in Verbindung mit dem BStatG. Für die Bestimmung des Quotenplans sowie als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung wird der Mikrozensus verwendet. Die ersten Ergebnisse der EVS 2013 wurden im Oktober 2013 veröffentlicht. Die Ergebnisse zu Haus- und Grundbesitz sowie zur Hypothekenrestschuld privater Haushalte (Tabelle 5.2.2) basieren auf den Haushaltsangaben in der Erhebungsunterlage „Geld- und Sachvermögen“ der EVS 2013.

■ Wohngeldstatistik

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (WoGG) beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen Wohngeldstatistik Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Es handelt sich dabei um **jährliche Vollerhebungen**, die Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, liefern sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen. Die Erhebung wird bei den Wohngeldbehörden durchgeführt und es besteht **Auskunftspflicht**.

Mithilfe der Statistik zum Wohngeld soll u.a. die Entwicklung der Wohngeldempfänger sowie die gezahlten Wohngeldbeträge statistisch erfasst werden. Die Statistik leistet im Bereich Wohnen damit einen wichtigen Beitrag zur Analyse der staatsseitigen Wohnkosten. Weiterhin kann mittels der Statistik der Effekt von Gesetzesänderungen im Wohnkostenbereich direkt untersucht werden. So hat sich durch das 2005 in Kraft getretene „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Nach Reformen in den Jahren 2009 und 2011 hat sich der Kreis der Bezugsberechtigten wiederum deutlich erhöht, was sich entsprechend auch in der Statistik niederschlägt. Ausgabenseitig ist beispielsweise der Effekt der von 2009 bis 2011 einbezogenen Heizkosten sichtbar. Einen Überblick über die Entwicklung des Wohngeldgesetzes finden Sie in den Erläuterungen zur Fachserie 13, Reihe 4.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistik sind die §§ 34–36 des WoGG. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistik in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraums. Auf Ebene der Bundesländer erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

■ **Gebäude- und Wohnungszählung/Bautätigkeitsstatistik**

Neben den in diesem Kapitel vorgestellten Statistiken liefern die totalen Gebäude- und Wohnungszählungen wichtige Gesamtübersichten des Gebäude- und Wohnungsbestands in tiefer regionaler Gliederung. Diese totalen Zählungen finden allerdings nur in längerfristigen Zeitabständen (seit 2011 alle 10 Jahre) statt. Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung wurde mit dem Stichtag 9.5.2011 im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt.

In der Ausgabe 2014 des Jahrbuchs wurden Ergebnisse dieser Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) zum Stichtag 9.5.2011 veröffentlicht. Weitere Ergebnisse finden sich auf der Homepage des Zensus unter www.zensus2011.de

Zwischen den Totalzählungen werden die Wohnungsbestände mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik fortgeschrieben. Eine Übersicht der Statistiken aus dem Baubereich findet sich im Kapitel 23 dieses Jahrbuchs.

Eigentümeranteil | Im Mikrozensus weist der Eigentümeranteil den Anteil an Wohnungen aus, der von den Eigentümerinnen bzw. den Eigentümern selbst genutzt wird. Der Anteil wird berechnet mit Bezug auf die Gesamtzahl der bewohnten Wohnungen im betrachteten Gebiet.

Eigentümerhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushalts in Eigentümerhaushalt auch die Fälle von mietfrei wohnenden Haushalten.

Haupteinkommensperson | *EVS* | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensperson gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt | *EVS* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammen wohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensanteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. gepflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden.

Die Ergebnisse privater Haushalte lassen sich nach unterschiedlichsten Merkmalen darstellen. Die personenbezogenen Merkmale „Alter“, „Geschlecht“ und „soziale Stellung“ beziehen sich dabei auf die Haupteinkommenspersonen.

EU-SILC | Gemäß der EU-Verordnung für EU-SILC ist ein Haushalt definiert als Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Nicht befragt werden Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.).

Mikrozensus | Als Haushalt werden Personen betrachtet, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Alleinlebende bilden einen Haushalt. In der Regel bilden die Personen in Wohngemeinschaften Einzelhaushalte.

Haus- und Grundbesitz | *EVS* | Die Angaben zum Haus- und Grundbesitz erstrecken sich auf das gesamte Eigentum an unbebauten Grundstücken, Gebäuden und Eigentumswohnungen im In- und Ausland, unabhängig davon, ob diese Immobilien selbst errichtet, gekauft oder durch Schenkung beziehungsweise Erbschaft erworben wurden oder ob sie selbst genutzt oder vermietet werden. Die Frage nach dem Haus- und Grundbesitz umfasst folgende Immobilienarten:

- Einfamilienhäuser (auch mit Einliegerwohnung)
- Zweifamilienhäuser
- Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen
- Eigentumswohnungen (auch Zweit- und Freizeitwohnungen)
- Sonstige Gebäude (Wochenend- und Ferienhäuser, Lauben und Datschen in Kleingärten, kombinierte Wohn- und Geschäftsgebäude sowie Betriebsgebäude, die nicht für eigene geschäftliche Zwecke genutzt werden)
- Unbebaute Grundstücke (ohne landwirtschaftlich genutzte Flächen).

Zur Ermittlung des Immobilienvermögens machen die Haushalte folgende Angaben:

- Einheitswert: Steuerlicher Richtwert für Grundstücke und Gebäude, der durch das zuständige Finanzamt festgelegt wird. Er liegt in der Regel erheblich unter dem Verkehrswert. Dieser Wert sollte dem letzten Einheitswertbescheid entnommen werden.
- Verkehrswert: Der geschätzte Preis, der im Falle des Verkaufes zum Erhebungszeitpunkt unter Berücksichtigung des Kaufpreises, der Wohnlage und Investitionen erzielt werden könnte.
- Immobilienkredite/Hypothekenrestschuld: Die Restschuld ist die Summe der tatsächlich noch zu leistenden Gesamtilgungen für Darlehen (Hypotheken, Baudarlehen u. Ä.), die von den Haushalten für den Erwerb beziehungsweise die Instandsetzung des Haus- und Grundvermögens aufgenommen wurden.

Mängel (in der Wohnung/dem Haus) | *EU-SILC* | Diese umfassen ein undichtes Dach, feuchte Wände, Fußböden oder Fundamente, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, zu wenig Tageslicht in den Räumen, Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehr, Geschäfte, Industrie).

Miete, Mietkomponenten, Mieterin bzw. Mieter | Als *Miete* gilt ein monatlicher Geldbetrag, der einer Vermieterin bzw. einem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der Wohnung bezahlt wird. Dabei ist es für die Erfassung gleichgültig, ob der Geldbetrag tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Sie setzt sich aus folgenden *Mietkomponenten* zusammen

- Nettokaltmiete: Die sogenannte Grundmiete ist das eigentliche Entgelt für die Überlassung der Wohnung (bzw. eines Teils davon) zum Gebrauch durch die Mieter.
- kalte Nebenkosten: Als solche gelten die sogenannten Betriebskosten. Beispiele sind die auf die Mieterin bzw. den Mieter umgelegte Kosten für Wasserversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Straßen-, Haus- und Schornsteinreinigung o. Ä.
- Bruttokaltmiete: Das ist die Summe aus Nettokaltmiete und den Betriebskosten.
- warme Nebenkosten: Das sind die Kosten für Heizung und Warmwasserbereitung.
- Bruttowarmmiete (Gesamtmiete): Das ist die Summe aus Bruttokaltmiete und den warmen Nebenkosten.

Mieterin bzw. Mieter sind Personen, die die Miete schulden und dafür ein Nutzungsrecht für einen Raum in der Wohnung oder für die ganze Wohnung erhalten.

Mietbelastungsquote | Das ist der Anteil der Bruttokaltmiete am verfügbaren Nettoeinkommen des Haushalts.

Wohngeld | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Dieser wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Mit der am 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch diese Änderungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Wohngebäude (ohne Wohnheime) | Gebäude, die mindestens zur Hälfte der Gesamtnutzfläche zu Wohnzwecken genutzt werden. Wohnheime sind hier nicht berücksichtigt.

Wohngeldhaushalte | Als Wohngeldhaushalte gelten Haushalte mit Wohngeldbezug, in denen alle Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt sind.

Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten | Seit dem Jahr 2005 gibt es neben den Wohngeldhaushalten die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten. In diesen Haushalten ist lediglich ein Teil der Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt, da mindestens ein Haushaltsmitglied Transferleistungen, etwa Arbeitslosengeld II, bezieht und deshalb nicht selbst wohngeldberechtigt ist.

Wohnkosten | *EU-SILC* | Es handelt sich hierbei um die monatlichen Wohnkosten des Haushalts. Bei Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. mietfrei wohnenden Haushalten zählen hierzu:

- Grundsteuer
- Laufende Kosten (z. B. Ausgaben für Gebäudeversicherung, Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Instandhaltungsrücklagen, Schornsteinfeger, bei Eigentumswohnungen regelmäßige Pauschalzahlungen wie Hausgeld oder Wohngeld, Ausgaben für Hausverwaltung, Aufzug)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl und sonstige Brennstoffe).

Bei Mieterinnen und Mietern zählen hierzu:

- Nettokaltmiete
- Betriebskosten (z. B. Ausgaben für Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, gemeinschaftliche Umlagen)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl, sonstige Brennstoffe, sofern nicht bereits in den Betriebskosten enthalten).

Der Haushalt beantwortet bei EU-SILC die Frage, wie stark die Belastung durch die monatlichen Wohnkosten für den Haushalt ist, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Wohnen (Gebäude und Wohnen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 31, Daten zum *Wohngeld* unter Code 22

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wohnungen

Fachserie 5 Bauen und Wohnen

- Reihe 3 | Bestand an Wohnungen
 Mikrozensus-Zusatzerhebung 2014
 Heft 1 | Bestand und Struktur der Wohneinheiten sowie Wohnsituation der Haushalte

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- Heft 2 | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013
 Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte
 Sonderheft 1 | Wohnverhältnisse privater Haushalte

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/09 | Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)
 Heft 10/09 | Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte (EVS 2008)

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/11 | Wer muss worauf verzichten? Einschätzungen zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte (LEBEN IN EUROPA 2009)
 Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
 Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011
 Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2012

■ Wohngeld

Fachserie 13 Sozialleistungen

- Reihe 4 | Wohngeld

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/12 | Wohngeld in Deutschland 2010
 Heft 3/14 | Wohngeld in Deutschland 2012



6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

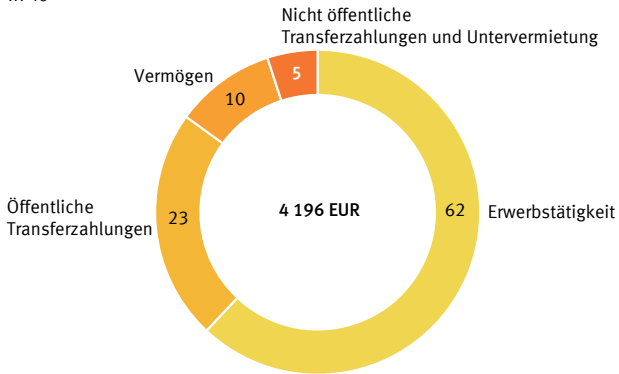
Haushalte verfügten 2015 durchschnittlich über **3 276 Euro** monatlich | **Drei Viertel** (73 %) davon entfallen auf **Konsum** | **Mobiltelefone** in **95 %** aller Haushalte | Durchschnittlich **3 Stunden** nutzte jede Person 2012/2013 täglich **Medien** | Pro Kopf werden jährlich ca. **99 kg Gemüse** und **233 Eier** verbraucht | **Urlaubsreisen** 2015 für jeden Fünften **unerschwinglich** | Jede **sechste Person** 2015 von **Armut** bedroht | 2016 knapp **75 200** Verfahren für **Verbraucherinsolvenzen** eröffnet | Fast die **Hälfte** der beratenen Personen hat **Schulden** bei **Telekommunikationsunternehmen**

<i>Seite</i>	
173	Auf einen Blick
	Tabellen
174	Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte Konsumausgaben privater Haushalte Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
178	Ausstattung Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern
180	Zeitverwendung Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag
183	Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln Pflanzliche und tierische Erzeugnisse Tiefkühlkost Genussmittel
184	Einschätzung der Lebenssituation Finanzielle Kapazitäten Zurechtkommen mit dem Einkommen
185	Armut Median-Äquivalenzeinkommen Armutsgefährdungsquote Schwellenwert für Armutsgefährdung
187	Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen Hauptauslöser der Überschuldung Durchschnittliche Schulden Verbraucherinsolvenzen nach Ländern
190	Methodik
192	Glossar
195	Mehr zum Thema

6.0 Auf einen Blick

Haushaltsbruttoeinkommen 2015

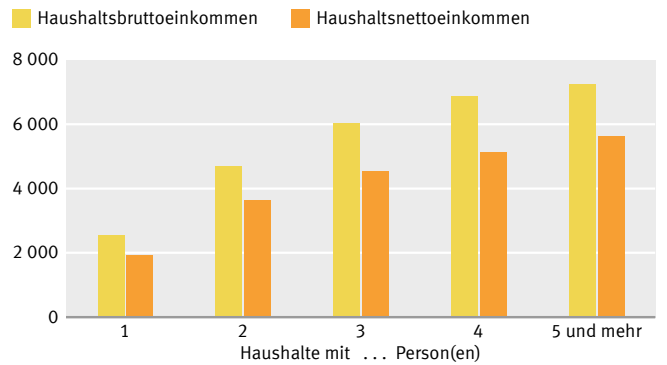
in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Einkommen nach der Haushaltsgröße 2015

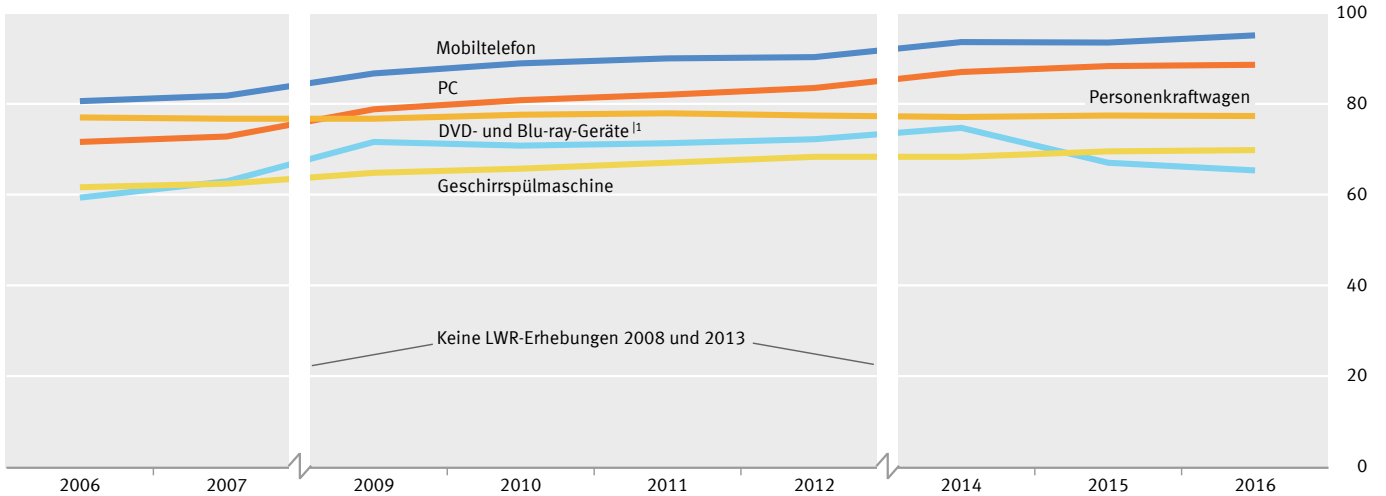
in EUR



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1.1. des jeweiligen Jahres

in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Bis 2014 DVD-Player/-Recorder.

2017 - 01 - 0223

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Zeitvergleich

	2005	2006	2007 ¹	2009	2010	2011	2012 ¹	2014	2015
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR									
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 489	3 584	3 711	3 758	3 871	3 989	4 101	4 196
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 087	2 062	2 147	2 198	2 274	2 381	2 462	2 522	2 590
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	16	20	19	19	19	20	30	30
Einnahmen aus Vermögen	334	337	364	373	363	385	403	404	414
dar. aus Vermietung und Verpachtung	59	58	60	66	68	66	65	63	63
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	869	872	864	924	904	884	896	947	960
darunter:									
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	446	448	451	471	473	472	476	473	493
(Brutto) Pensionen	113	123	126	128	119	117	128	144	149
Arbeitslosengeld I	39	31	23	20	19	16	17	19	20
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	42	47	47	51	48	50	50	50	45
Wohngeld	6	4	3	5	4	4	4	3	2
Kindergeld/-zuschlag	76	75	73	78	81	79	79	82	81
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	186	203	189	198	199	202	209	200	202
darunter:									
Leistungen aus privaten Versicherungen	28	33	30	35	36	37	43	37	36
Unterstützung von privaten Haushalten	107	118	107	101	103	105	104	101	103
abzüglich:									
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	343	364	390	377	398	424	446	458
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	376	382	381	475	488	519	532	543	556
zusätzlich:									
Arbeitgeberzuschüsse zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Kranken- versicherung	—	—	—	25	27	31	34	33	33
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	—	—	—	2	2	2	2	2	3
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 764	2 839	2 873	2 922	2 988	3 069	3 147	3 218
zusätzlich:									
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	34	34	25	30	32	30	29	24
Sonstige Einnahmen	23	29	27	27	29	31	34	32	34
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 816	2 826	2 900	2 925	2 981	3 052	3 133	3 208	3 276
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	782	909	988	949	813	830	867	924	933
Private Konsumausgaben	1 996	2 089	2 067	2 156	2 168	2 252	2 310	2 375	2 391
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	268	287	297	302	305	312	321	326	332
Bekleidung und Schuhe	95	93	94	98	100	104	106	107	105
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	662	684	693	724	738	775	796	856	859
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	129	119	116	118	125	128	132	127
Gesundheit	83	83	82	91	91	93	96	92	100
Verkehr	270	321	291	326	305	319	329	325	314
Post und Telekommunikation	62	62	60	57	56	57	57	61	61
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	233	229	231	236	244	245	248	252
Bildungswesen	13	14	14	17	16	16	16	17	16
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	106	106	110	113	113	119	127	129	135
Andere Waren und Dienstleistungen	81	78	78	83	88	88	90	82	89
Andere Ausgaben	1 564	1 629	1 763	1 633	1 547	1 563	1 624	1 669	1 711
Sonstige Steuern	16	16	14	12	13	13	13	12	2
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	7	7	7	8	8	8	8	8	8
Versicherungsbeiträge	120	122	124	85	86	90	96	110	114
darunter:									
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	—	—	—	13	13	14	15	15	16
Beiträge für Kfz-Versicherungen	35	35	35	32	30	32	34	37	38
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	141	145	148	135	158	156	151	158	158
Tilgung und Verzinsung von Krediten	241	251	259	256	256	274	295	307	274
darunter:									
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	80	81	78	79	80	77	72	65
Zinsen für Konsumentenkredite	7	7	8	9	10	8	8	9	9
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	171	178	116	135	78	132	123	156	202
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	830	876	1 060	1 001	948	890	938	928	953

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 In den Jahren 2008 und 2013 fanden keine LWR-Erhebungen statt.

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.2 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2015

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Haushaltsbruttoeinkommen	4 196	2 549	2 724	4 964	6 258	6 284	(1 818)	3 698	5 182	5 247	4 363	3 065	2 870	2 652
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 590	1 435	1 523	2 656	4 726	4 452	(1 204)	2 912	4 022	4 062	2 945	408	90	/
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	30	(7)	/	46	54	56	/	(24)	(34)	39	40	(23)	(9)	/
Einnahmen aus Vermögen	414	224	(162)	561	573	621	/	148	427	466	457	442	445	321
dar. aus Vermietung und Verpachtung	63	46	/	90	52	78	–	(14)	56	63	77	83	72	(31)
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	960	737	740	1 430	727	921	(269)	427	541	494	724	1 914	2 095	2 069
darunter:														
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	493	442	/	891	(41)	314	/	/	(55)	90	318	1 204	1 522	1 579
(Brutto) Pensionen	149	103	/	289	/	146	–	/	/	(29)	113	499	391	(285)
Arbeitslosengeld I	20	(18)	/	(22)	(24)	(18)	/	(26)	(21)	(30)	(28)	/	/	–
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	45	(46)	(213)	(22)	(52)	(47)	/	(66)	(54)	59	63	/	/	/
Wohngeld	2	(2)	/	/	(6)	/	–	/	(7)	/	/	/	/	/
Kindergeld/-zuschlag	81	(5)	256	10	347	187	(80)	97	205	142	36	(8)	(3)	/
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	202	146	296	271	177	232	(305)	183	157	184	196	274	231	204
darunter:														
Leistungen aus privaten Versicherungen	36	25	(31)	53	42	34	/	(28)	26	30	40	50	49	(43)
Unterstützung von privaten Haushalten	103	80	254	96	113	148	(266)	138	113	135	103	51	49	(45)
abzüglich:														
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	458	286	197	505	750	703	(121)	435	688	711	512	132	74	(54)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	556	329	301	642	861	877	(208)	572	746	758	592	280	250	239
zugänglich:														
Arbeitgeberzuschüsse zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Kranken- versicherung	33	16	/	37	66	50	–	(19)	54	58	38	/	–	–
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	3	(2)	/	5	/	(1)	–	/	/	/	(1)	8	9	(5)
Haushaltsnettoeinkommen	3 218	1 953	2 235	3 859	4 713	4 755	(1 488)	2 709	3 802	3 835	3 298	2 662	2 555	2 363
zugänglich:														
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	24	11	(23)	34	43	28	/	26	29	30	26	(16)	(16)	/
Sonstige Einnahmen	34	24	23	37	47	47	(29)	36	43	42	34	22	21	15
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 276	1 988	2 281	3 929	4 803	4 830	(1 538)	2 772	3 874	3 908	3 358	2 700	2 592	2 381
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	933	646	(302)	1 246	1 170	1 107	/	948	1 483	864	900	929	827	430
Private Konsumausgaben	2 391	1 531	1 876	2 894	3 353	3 293	(1 191)	2 023	2 679	2 691	2 424	2 232	2 162	1 817
Andere Ausgaben	1 711	1 070	667	2 148	2 447	2 395	(392)	1 601	2 575	1 904	1 733	1 361	1 187	928
Sonstige Steuern	2	(1)	/	3	(3)	(4)	/	(2)	(2)	2	3	(3)	(2)	/
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	8	6	(5)	9	11	12	/	8	11	12	12	(2)	/	/
Versicherungsbeiträge	114	66	67	136	172	180	(52)	105	141	148	114	88	74	62
darunter:														
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	16	9	(10)	23	17	18	/	8	13	15	16	22	19	(16)
Beiträge für Kfz-Versicherungen	38	20	(22)	47	53	68	/	35	43	46	38	33	28	(22)
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	158	107	101	229	142	194	(31)	54	125	171	194	162	167	178
dar. Geldspenden	12	9	(3)	14	20	14	/	6	14	10	11	13	18	22
Tilgung und Verzinsung von Krediten	274	125	150	291	642	400	/	193	491	404	270	126	91	(45)
darunter:														
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	65	25	(33)	69	175	88	/	48	137	95	54	30	20	/
Zinsen für Konsumentenkredite	9	5	(6)	9	16	13	/	8	14	11	9	(5)	3	(3)
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	202	(71)	/	321	389	229	–	(565)	(442)	153	177	(55)	(54)	/
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	953	694	333	1 159	1 089	1 375	(269)	674	1 364	1 015	963	926	799	633

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2015

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Private Konsumausgaben	2 391	1 531	1 876	2 894	3 353	3 293	(1 191)	2 023	2 679	2 691	2 424	2 232	2 162	1 817
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	332	195	284	390	505	498	(175)	275	380	383	334	312	286	247
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	290	165	261	336	463	441	(147)	244	343	336	283	270	251	226
Alkoholische Getränke, Tabakwaren u. Ä.	42	31	22	54	41	57	(28)	31	37	47	51	42	35	22
Bekleidung und Schuhe	105	61	101	117	175	158	(57)	102	134	134	102	82	71	57
Herrenbekleidung	23	11	(7)	32	33	40	(13)	23	27	31	23	17	16	10
Damenbekleidung	45	32	39	51	50	68	(28)	38	45	55	48	37	34	29
Bekleidung für Kinder (unter 14 Jahren)	7	1	18	3	38	5	/	10	22	10	2	3	2	(1)
Sonstige Bekleidung und Zubehör	8	4	10	9	13	11	(4)	9	10	9	7	8	5	3
Schuhe und Schuhzubehör	21	12	27	21	39	32	(11)	20	29	27	20	15	13	11
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	2	1	/	2	1	1	/	(1)	1	2	2	2	2	(2)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	859	628	715	999	1 108	1 104	(439)	725	893	919	874	850	850	791
Wohnungsmieten u. Ä.	680	506	569	779	871	871	(364)	566	725	728	685	670	672	617
Energie	146	103	132	171	184	198	(73)	117	143	157	150	146	147	153
Wohnungsinstandhaltung	33	18	(15)	48	53	35	/	42	24	34	39	33	31	(22)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	127	69	90	168	187	180	(28)	107	145	150	130	135	96	88
Möbel und Einrichtungsgegenstände	47	25	33	60	76	62	/	47	59	60	47	44	26	(13)
Teppiche und elastische Bodenbeläge	4	(2)	/	6	4	7	/	(4)	(3)	5	5	(5)	(2)	/
Kühl- und Gefriergeräte	2	/	/	(3)	/	(4)	/	/	/	(2)	(2)	/	/	/
Sonstige größere Haushaltsgeräte	10	5	/	15	12	15	/	(8)	10	9	12	(12)	11	(7)
Kleine elektrische Haushaltsgeräte	4	2	(4)	6	6	7	/	4	5	6	4	4	3	(2)
Heimtextilien	11	6	8	13	15	15	(2)	7	12	13	11	13	8	7
Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	27	13	18	36	40	42	(9)	21	32	32	28	30	21	15
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	15	9	13	19	22	22	(7)	12	17	18	15	15	13	12
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	7	6	(4)	9	8	6	/	(4)	6	6	6	9	9	(26)
Gesundheit	100	70	39	145	96	118	(16)	48	77	86	114	119	136	145
Gebrauchsgüter für die Gesundheit	15	8	(6)	26	13	20	/	6	9	17	19	15	17	(22)
Verbrauchsgüter für die Gesundheit	25	17	11	34	24	30	(8)	13	22	22	25	29	34	39
Dienstleistungen für die Gesundheit	60	44	(21)	85	60	68	/	28	45	48	71	75	86	84
Verkehr	314	165	205	390	466	515	(167)	262	387	399	324	242	234	96
Kraftfahrzeuge (auch Leasing)	97	(38)	/	138	(140)	170	/	(68)	(117)	124	104	(74)	(80)	/
Kraft- und Fahrräder (auch Leasing)	8	(4)	/	(10)	16	(11)	/	(6)	(10)	(15)	(7)	/	/	/
Ersatzteile und Zubehör	13	7	(6)	15	20	26	/	10	17	19	15	7	7	(4)
Kraftstoffe und Schmiermittel	86	44	66	100	144	144	(45)	83	113	111	88	64	53	29
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	39	23	19	50	48	62	/	27	43	43	40	39	40	25
Sonstige Dienstleistungen	27	12	14	31	48	47	(6)	23	34	36	28	18	15	9
Personen- und Güterbeförderung	44	37	49	46	49	56	(38)	45	52	52	43	37	36	25
Post und Telekommunikation	61	46	65	63	84	84	(58)	70	71	72	58	51	45	39
Telefone und andere Kommunikationsgeräte einschl. Reparaturen	5	3	(6)	5	10	10	/	(8)	7	8	4	(3)	(2)	/
Dienstleistungen für Post und Telekommunikation	56	43	59	58	74	74	(51)	62	65	64	54	48	43	38
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	252	153	186	325	351	336	(128)	199	278	281	260	238	243	166
Tonempfangs-, -aufnahme- und -wiedergabegeräte	2	(1)	/	2	4	(2)	/	(1)	(3)	2	2	(3)	(1)	/
Ton- und Bildempfangs-, -aufnahme- und -wiedergabe- geräte	5	(3)	/	7	(7)	(8)	/	(4)	(6)	5	6	(7)	(6)	/
Tragbare Bild- und Tonplayer, tragbare Fernsehempfangs- geräte, z. B. MP3-Player	(0)	/	-	/	/	/	-	/	/	/	/	/	/	/
Andere Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton, Bild und Text	1	1	/	1	1	1	/	(1)	(1)	1	1	(1)	(0)	/
Foto-, Filmausrüstungen und optische Geräte	2	(1)	/	3	5	(2)	/	(3)	(4)	3	2	(2)	(1)	/
Informationsverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	11	7	(12)	12	16	18	/	13	13	16	9	10	7	(4)
Ton-, Bild- und andere Datenträger (einschl. Downloads)	6	4	6	6	11	9	(4)	8	9	7	6	4	3	(2)
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	13	3	(9)	25	20	12	/	7	12	15	17	10	11	(0)
Spielwaren und Hobbys	15	7	18	13	39	21	(8)	18	26	17	11	12	9	11
Blumen und Gärten	16	9	8	23	17	21	(2)	8	14	15	18	17	19	17
Haustiere	14	10	10	15	16	22	/	11	16	19	15	12	7	(5)
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	62	41	63	65	102	84	(42)	58	80	76	56	53	46	39
Bücher	10	8	8	9	14	14	(8)	10	11	11	10	8	8	7
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	20	15	9	28	18	26	(2)	9	14	19	22	25	30	28
Sonstige Verbrauchsgüter	5	3	6	4	10	7	(3)	4	7	6	4	4	3	2
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	3	(2)	/	3	(4)	(5)	/	/	(4)	4	(3)	(3)	(2)	/
Pauschalreisen	68	38	(32)	110	68	84	/	(41)	58	66	81	66	91	(42)

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2015

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haushalte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Bildungswesen	16	5	29	5	67	26	/	30	43	20	8	(4)	(4)	/
Nachhilfeunterricht	1	/	/	/	(3)	(1)	–	–	(1)	(2)	/	/	/	–
Gebühren, Kinderbetreuung	15	5	25	5	64	24	/	30	42	18	8	(3)	(4)	/
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	135	81	88	187	186	161	(77)	129	157	151	133	124	122	91
Gaststättendienstleistungen	96	62	61	127	129	117	(67)	103	112	106	92	90	82	67
Übernachtungen	39	19	(27)	60	57	45	/	26	45	45	40	34	40	(24)
Andere Waren und Dienstleistungen	89	60	75	105	126	113	(34)	77	114	96	87	78	74	94
Schmuck, Uhren	7	4	(4)	9	10	10	/	6	10	8	8	7	4	(3)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	9	6	10	10	15	11	(4)	10	13	10	10	6	6	7
Dienstleistungen für die Körperpflege	20	14	16	27	19	25	(7)	13	17	21	21	21	25	24
Körperpflegeartikel und -geräte	28	18	28	30	46	40	(18)	32	36	33	26	23	21	18
Sonstige Dienstleistungen	24	18	16	29	36	27	(5)	17	38	25	23	20	18	42

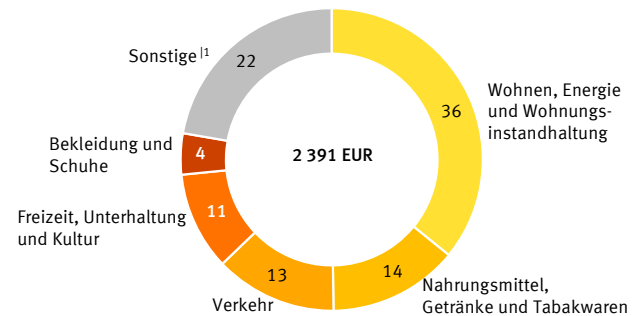
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.1.4 Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Zeitvergleich

	2003	2008	2013
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	272	290	300
Brot- und Getreideerzeugnisse	37	40	41
Fleisch, Fleischwaren	47	49	50
Fisch, Fischwaren, Meeresfrüchte	7	8	8
Molkereiprodukte und Eier	32	37	37
Speisefette und -öle	6	6	7
Obst	20	21	23
Gemüse, Kartoffeln	23	26	29
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren ...	17	18	18
Nahrungsmittel (anderweitig nicht genannt) ...	9	10	12
alkoholfreie Getränke	31	32	32
alkoholische Getränke	27	26	26
Tabakwaren	18	18	17
Durchschnitt je Haushalt und Monat in %			
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	100	100	100
Brot- und Getreideerzeugnisse	13,4	13,9	13,5
Fleisch, Fleischwaren	17,3	16,9	16,6
Fisch, Fischwaren, Meeresfrüchte	2,5	2,7	2,7
Molkereiprodukte und Eier	11,7	12,6	12,4
Speisefette und -öle	2,1	2,0	2,2
Obst	7,3	7,2	7,6
Gemüse, Kartoffeln	8,6	8,9	9,7
Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren ...	6,2	6,1	6,0
Nahrungsmittel (anderweitig nicht genannt) ...	3,2	3,4	4,0
alkoholfreie Getränke	11,3	11,0	10,5
alkoholische Getränke	10,0	9,1	8,8
Tabakwaren	6,5	6,2	5,8

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS).

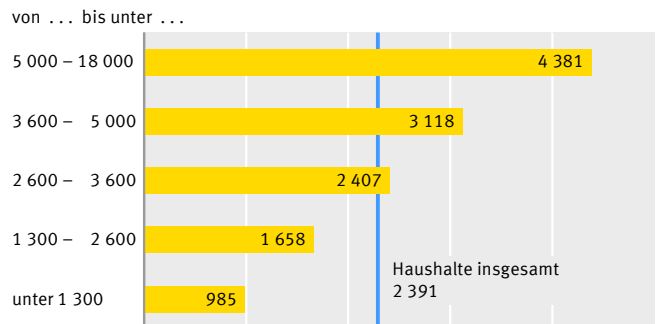
Private Konsumausgaben 2015 in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, andere Waren und Dienstleistungen, Post und Telekommunikation sowie Bildungswesen.

Private Konsumausgaben nach Nettoeinkommensklassen 2015 je Haushalt und Monat, in EUR



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2017 - 01 - 0224

6.2 Ausstattung

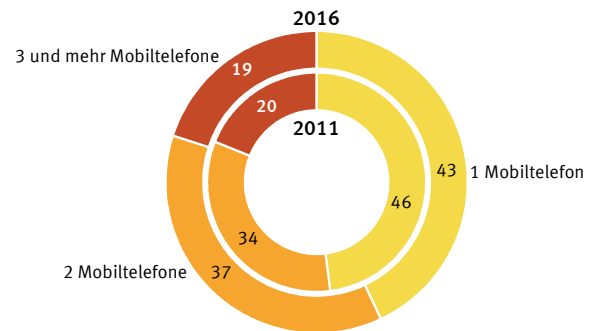
6.2.1 Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Gebrauchsgütern am 1.1.2016

	Ausstattungsgrad	Ausstattungsbestand
	Anteil der Haushalte in %	Anzahl der Güter je 100 Haushalte
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	77,3	104,9
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,3	14,4
Fahrrad	80,7	184,4
dar. E-Bike (Elektrofahrrad)	5,1	6,8
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	97,9	169,8
dar. Flachbildfernseher	84,4	132,6
Satelliten-TV-Anschluss	47,3	. ¹
Kabel-TV-Anschluss	46,2	. ¹
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	15,8	. ¹
Pay-TV-Receiver	19,1	23,4
DVD- und Blu-ray-Geräte	65,3	88,4
dar. Blu-ray-Geräte	20,4	23,5
Videokamera (Camcorder)	17,8	20,5
Fotoapparat	83,5	145,7
analog	32,7	40,6
digital	73,6	105,1
MP3-Player	40,3	59,7
Spielkonsole (auch tragbar)	25,8	46,6
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	88,6	204,4
stationär	49,4	61,5
mobil	75,4	142,9
Laptop/Notebook, Netbook	68,5	94,9
Tablet	37,6	48,0
PC-Drucker (auch Kombigeräte)	76,3	86,8
Internetanschluss	89,3	. ¹
stationär (z. B. DSL oder Kabel)	84,3	. ¹
mobil (z. B. Smartphone, Surfstick)	48,9	. ¹
Festnetztelefon	91,0	122,7
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	95,1	176,5
Navigationsgerät	50,8	59,4
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	100	124,7
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,3	56,7
Geschirrspülmaschine	69,8	71,2
Mikrowellengerät	73,3	75,8
Waschmaschine	96,2	99,1
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	41,1	41,5
Kaffeemaschine	84,7	119,4
dar. Kaffeevollautomat	14,3	14,5
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	25,6	29,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

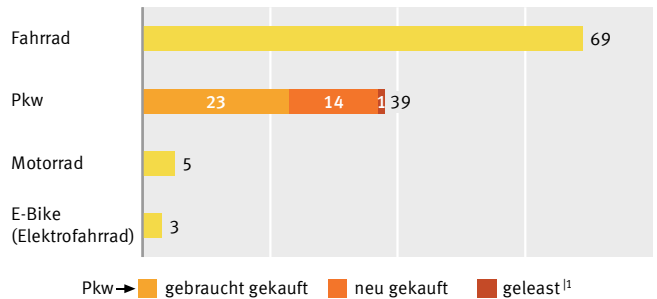
1 Vor 2013 wurden die jeweiligen Geräte erfasst, ab 2014 wird nur noch das Vorhandensein des jeweiligen Anschlusses erfragt.

Private Haushalte mit Mobiltelefon(en) am 1.1. in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Fahrzeuge in privaten Haushalten am 1.1.2016 in Mill.



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Einschl. Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen. – Keine Ratenkäufe.

2017 - 01 - 0224

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.2 Ausstattung

6.2.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Gebrauchsgütern nach dem Haushaltstyp am 1.1.2016

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Anteil der Haushalte in %									
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	77,3	59,4	60,0	59,1	71,6	91,9	90,9	94,3	89,6
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,3	4,9	(9,3)	(2,6)	/	14,5	12,5	19,3	22,4
Fahrrad	80,7	70,7	74,3	68,8	92,9	86,8	83,4	94,6	90,6
dar. E-Bike (Elektrofahrrad)	5,1	(3,5)	(4,3)	(3,1)	/	7,2	9,2	(2,5)	(5,0)
Unterhaltungselektronik									
Fernseher	97,9	96,5	96,5	96,5	97,3	99,1	99,3	98,7	98,9
dar. Flachbildfernseher	84,4	75,7	74,1	76,5	83,3	91,1	90,6	92,2	91,4
Satelliten-TV-Anschluss	47,3	34,9	37,8	33,4	(39,2)	58,0	55,9	63,2	54,9
Kabel-TV-Anschluss	46,2	54,3	54,5	54,1	52,2	39,1	42,1	32,1	41,5
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	15,8	16,3	15,7	16,6	(13,9)	15,2	15,2	15,3	16,3
Pay-TV-Receiver	19,1	13,6	16,4	12,1	(15,9)	23,7	24,3	22,3	22,7
DVD- und Blu-ray-Geräte	65,3	52,4	61,8	47,3	76,1	73,5	68,7	84,7	78,0
dar. Blu-ray-Geräte	20,4	12,7	19,6	9,0	(17,5)	25,7	20,6	37,7	28,3
Videokamera (Camcorder)	17,8	7,4	12,0	(5,0)	(19,2)	25,0	20,2	36,3	27,9
Fotoapparat	83,5	73,2	77,2	71,0	87,0	91,2	90,2	93,4	91,6
analogue	32,7	31,1	34,8	29,1	(22,7)	33,8	39,0	21,6	36,4
digital	73,6	59,2	62,5	57,5	82,7	83,6	80,2	91,6	85,8
MP3-Player	40,3	30,3	32,0	29,4	46,3	43,4	33,8	65,9	59,7
Spielkonsole (auch tragbar)	25,8	9,1	(12,0)	(7,6)	71,0	29,5	13,6	66,7	54,8
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	88,6	79,6	82,0	78,3	97,7	94,1	91,6	99,8	97,6
stationär	49,4	35,0	45,9	29,1	(38,9)	58,4	58,1	59,2	69,0
mobil	75,4	63,0	65,4	61,7	90,4	81,9	76,4	94,9	90,4
Laptop/Notebook, Netbook	68,5	57,2	59,0	56,2	83,8	72,9	67,5	85,4	86,6
Tablet	37,6	21,1	24,8	19,1	45,5	48,7	40,5	68,0	52,8
PC-Drucker (auch Kombigeräte)	76,3	61,5	66,1	59,0	76,1	86,5	84,4	91,5	91,1
Internetanschluss	89,3	81,3	84,6	79,5	99,2	93,9	91,4	99,8	97,5
stationär (z. B. DSL oder Kabel)	84,3	74,0	76,1	72,8	92,0	91,0	88,4	96,9	94,6
mobil (z. B. Smartphone, Surfstick)	48,9	38,7	44,7	35,5	68,9	53,0	45,6	70,1	63,2
Festnetztelefon	91,0	83,9	77,5	87,4	90,6	96,2	97,4	93,3	97,2
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	95,1	90,6	92,6	89,6	100	97,9	97,1	99,7	99,3
Navigationsgerät	50,8	31,5	36,9	28,6	(36,6)	66,4	66,9	65,4	66,8
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	100	99,9	99,9	99,9	100	100	100	100	100
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,3	31,9	26,6	34,8	(38,6)	64,4	66,9	58,6	67,2
Geschirrspülmaschine	69,8	50,2	42,2	54,5	75,3	84,8	82,4	90,5	83,6
Mikrowellengerät	73,3	64,8	67,2	63,4	75,2	79,2	77,5	83,2	81,7
Waschmaschine	96,2	92,0	86,6	94,9	99,2	99,2	99,3	99,0	99,4
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	41,1	24,4	20,7	26,4	(35,3)	54,3	51,2	61,4	53,9
Kaffeemaschine	84,7	77,6	76,6	78,1	72,8	91,5	92,2	89,8	89,1
dar. Kaffeevollautomat	14,3	7,4	(6,5)	8,0	/	20,2	18,0	25,3	19,1
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	25,6	15,8	17,2	15,0	(15,3)	33,5	36,5	26,5	34,8

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.3 Zeitverwendung

6.3.1 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Geschlecht 2012/2013

	Insgesamt		Davon			
	alle Personen	ausübende Personen	männlich		weiblich	
			alle Personen	ausübende Personen	alle Personen	ausübende Personen
Std : Min						
Persönlicher Bereich, physiologische Regeneration	11:07	11:07	10:57	10:57	11:16	11:16
Schlafen	8:29	8:29	8:26	8:26	8:32	8:32
Essen und Trinken	1:41	1:43	1:40	1:41	1:43	1:44
Andere Tätigkeiten im persönlichen Bereich	0:57	0:58	0:52	0:54	1:01	1:03
Erwerbstätigkeit	2:43	7:52	3:19	8:25	2:09	7:11
darunter:						
Haupterwerbstätigkeit	2:18	7:01	2:49	7:30	1:48	6:25
Nebenerwerbstätigkeit	0:02	2:57	(0:02)	(2:46)	(0:02)	(3:07)
Andere Aktivitäten in Verbindung mit Erwerbstätigkeit	0:05	1:03	0:07	1:03	0:04	1:04
Wegezeiten Erwerbstätigkeit	0:18	1:01	0:22	1:05	0:14	0:56
Qualifikation, Bildung	0:32	5:17	0:33	5:21	0:32	5:13
Unterricht in der Schule	0:14	4:49	0:14	4:51	0:14	4:48
Betreuung in der Schule	0:01	2:33	(0:01)	(2:35)	(0:01)	(2:31)
Arbeitsgemeinschaften in der Schule	(0:00)	(1:29)	(0:00)	(1:27)	(0:00)	(1:30)
Hochschule	0:02	3:55	(0:03)	(3:55)	(0:02)	(3:55)
Vor- und Nachbereitung von Unterricht in Schule und Hochschule	0:07	1:53	0:07	1:56	0:06	1:51
Andere Aktivitäten im Bereich Qualifikation, Bildung	0:04	1:30	0:03	1:25	0:04	1:34
Wegezeiten Qualifikation, Bildung	0:05	1:09	0:05	1:08	0:05	1:09
Haushaltsführung und Betreuung der Familie	3:07	3:27	2:24	2:47	3:49	4:02
Zubereitung von Mahlzeiten, Hausarbeit in der Küche	0:40	1:02	0:24	0:46	0:55	1:12
Instandhaltung von Haus und Wohnung	0:27	0:58	0:19	0:55	0:35	1:00
Herstellen, Ausbessern, Ändern und Pflegen von Textilien	0:12	0:53	0:03	0:35	0:20	0:57
Gartenarbeit, Pflanzen- und Tierpflege	0:20	1:14	0:20	1:23	0:20	1:07
Bauen und handwerkliche Tätigkeiten	0:06	1:18	0:10	1:25	0:03	1:00
Einkaufen und Inanspruchnahme von Fremdleistungen	0:34	1:11	0:30	1:08	0:38	1:14
Betreuung von Kindern im Haushalt	0:13	1:43	0:08	1:19	0:18	1:58
Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen Haushaltsmitgliedern	0:01	0:53	0:01	0:56	0:01	0:51
Andere Aktivitäten im Bereich Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:46	0:15	0:45	0:19	0:47
Wegezeiten Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:47	0:14	0:46	0:19	0:47
Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:21	2:07	0:21	2:14	0:21	2:02
Ehrenamt, freiwilliges Engagement	0:07	2:32	0:08	2:37	0:06	2:27
Unterstützung anderer Haushalte	0:07	1:34	0:07	1:40	0:08	1:29
Teilnahme an Versammlungen	0:03	1:14	0:03	1:17	0:03	1:11
Wegezeiten Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:04	0:43	0:04	0:43	0:04	0:43
Soziales Leben und Unterhaltung	1:50	2:22	1:46	2:24	1:55	2:20
darunter:						
Soziale Kontakte	0:36	1:06	0:32	1:05	0:40	1:07
Unterhaltung und Kultur	0:19	2:47	0:20	2:52	0:19	2:43
Ausruhen, Zeit überbrücken	0:22	1:09	0:22	1:10	0:23	1:07
Wegezeiten soziales Leben und Unterhaltung	0:15	0:59	0:15	0:58	0:16	0:59
Sport, Hobbys, Spiele	0:59	2:07	1:08	2:23	0:51	1:52
darunter:						
Sport, körperliche Bewegung	0:27	1:35	0:29	1:42	0:25	1:28
Jagen, Fischen, Sammeln	(0:00)	(1:59)	(0:01)	(2:23)	/	/
Rüstzeiten für sportliche Aktivitäten	0:01	0:26	0:01	0:28	0:01	0:24
Bildende, darstellende und literarische Kunst, Musizieren	0:03	1:23	0:03	1:26	0:03	1:20
Technische und andere Hobbys	0:04	1:07	0:04	1:21	0:03	0:54
Spiele	0:19	1:49	0:24	2:07	0:13	1:27
Wegezeiten Sport, Hobbys, Spiele	0:05	0:41	0:05	0:42	0:04	0:39
Mediennutzung	3:03	3:19	3:15	3:33	2:52	3:07
Lesen (auch elektronisch)	0:32	1:09	0:31	1:10	0:34	1:08
Fernsehen, Video und DVD	2:04	2:35	2:10	2:43	1:58	2:28
Radio, Musik oder andere Tonaufnahmen hören	0:04	0:54	0:05	0:56	0:04	0:52
Computer und Smartphone	0:23	1:15	0:29	1:25	0:16	1:03

Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.3 Zeitverwendung

6.3.2 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Alter 2012/2013

	Insgesamt		Davon nach dem Alter von ... bis ... Jahren									
	alle Personen	aus-übende Personen	10 – 17		18 – 29		30 – 44		45 – 64		65 und mehr	
			alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen
Std : Min												
Persönlicher Bereich, physiologische Regeneration . . .	11:07	11:07	11:48	11:48	10:57	10:57	10:36	10:36	10:52	10:52	11:50	11:50
Schlafen	8:29	8:29	9:35	9:35	8:41	8:42	8:11	8:11	8:10	8:10	8:40	8:40
Essen und Trinken	1:41	1:43	1:24	1:25	1:22	1:24	1:33	1:35	1:44	1:45	2:06	2:06
Andere Tätigkeiten im persönlichen Bereich	0:57	0:58	0:50	0:52	0:54	0:56	0:52	0:54	0:57	0:58	1:04	1:06
Erwerbstätigkeit	2:43	7:52	0:18	5:45	3:34	8:11	4:15	8:04	3:38	7:49	0:14	5:12
darunter:												
Haupterwerbstätigkeit	2:18	7:01	(0:13)	(6:28)	2:55	7:19	3:37	7:10	3:07	6:59	0:12	4:35
Nebenerwerbstätigkeit	0:02	2:57	/	/	/	/	(0:02)	(2:54)	(0:02)	(2:39)	/	/
Andere Aktivitäten in Verbindung mit Erwerbstätigkeit	0:05	1:03	(0:02)	(1:50)	0:11	1:21	0:08	1:05	0:05	0:49	/	/
Wegezeiten Erwerbstätigkeit	0:18	1:01	(0:02)	(0:58)	0:25	1:03	0:28	1:00	0:24	1:00	(0:01)	(1:01)
Qualifikation, Bildung	0:32	5:17	3:48	6:04	1:11	5:11	0:06	3:37	0:03	2:38	(0:01)	(1:29)
Unterricht in der Schule	0:14	4:49	2:16	4:47	0:17	4:57	/	/	/	/	/	/
Betreuung in der Schule	0:01	2:33	0:08	2:27	/	/	/	/	/	/	/	/
Arbeitsgemeinschaften in der Schule	(0:00)	(1:29)	(0:02)	(1:26)	/	/	/	/	/	/	/	/
Hochschule	0:02	3:55	/	/	0:13	4:01	/	/	/	/	/	/
Vor- und Nachbereitung von Unterricht in Schule und Hochschule	0:07	1:53	0:39	1:26	0:22	2:39	(0:01)	(3:18)	/	/	/	/
Andere Aktivitäten im Bereich Qualifikation, Bildung	0:04	1:30	0:10	0:47	0:07	1:50	(0:03)	(3:00)	(0:02)	(2:23)	(0:01)	(1:14)
Wegezeiten Qualifikation, Bildung	0:05	1:09	0:33	1:07	0:11	1:21	(0:01)	(0:52)	(0:00)	(0:49)	/	/
Haushaltsführung und Betreuung der Familie	3:07	3:27	1:04	1:29	1:50	2:20	3:36	3:49	3:19	3:33	4:01	4:10
Zubereitung von Mahlzeiten, Hausarbeit in der Küche	0:40	1:02	0:10	0:35	0:21	0:44	0:38	0:56	0:43	1:02	1:02	1:17
Instandhaltung von Haus und Wohnung	0:27	0:58	0:09	0:46	0:13	0:51	0:28	0:58	0:30	0:59	0:38	1:02
Herstellen, Ausbessern, Ändern und Pflegen von Textilien	0:12	0:53	(0:01)	(0:39)	0:04	0:34	0:12	0:44	0:15	0:55	0:18	1:04
Gartenarbeit, Pflanzen- und Tierpflege	0:20	1:14	0:08	0:51	0:08	0:56	0:16	1:06	0:24	1:17	0:30	1:24
Bauen und handwerkliche Tätigkeiten	0:06	1:18	(0:02)	(1:20)	0:05	1:23	0:06	1:19	0:08	1:20	0:07	1:13
Einkaufen und Inanspruchnahme von Fremdleistungen	0:34	1:11	0:16	1:14	0:24	1:03	0:31	1:04	0:38	1:12	0:45	1:19
Betreuung von Kindern im Haushalt	0:13	1:43	(0:01)	(0:47)	0:11	2:40	0:46	1:47	0:04	1:04	/	/
Unterstützung, Pflege und Betreuung von erwachsenen Haushaltsmitgliedern	0:01	0:53	(0:01)	(0:52)	(0:01)	(0:40)	(0:01)	(0:47)	0:01	0:54	(0:02)	(0:59)
Andere Aktivitäten im Bereich Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:46	0:10	0:31	0:11	0:39	0:18	0:45	0:19	0:48	0:22	0:52
Wegezeiten Haushaltsführung und Betreuung der Familie	0:17	0:47	0:07	0:43	0:13	0:48	0:21	0:48	0:17	0:45	0:17	0:47
Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:21	2:07	0:11	1:59	0:14	2:07	0:16	1:57	0:23	2:06	0:31	2:16
Ehrenamt, freiwilliges Engagement	0:07	2:32	(0:03)	(2:10)	(0:06)	(2:53)	0:06	2:27	0:07	2:27	0:10	2:36
Unterstützung anderer Haushalte	0:07	1:34	(0:02)	(1:26)	(0:04)	(1:28)	0:05	1:20	0:09	1:33	0:11	1:44
Teilnahme an Versammlungen	0:03	1:14	0:04	1:39	(0:02)	(1:19)	0:02	1:09	0:03	1:18	0:05	1:06
Wegezeiten Ehrenamt, freiwilliges Engagement, Unterstützung anderer Haushalte, Versammlungen	0:04	0:43	0:02	0:32	0:03	0:42	0:03	0:39	0:04	0:44	0:05	0:46
Soziales Leben und Unterhaltung	1:50	2:22	1:52	2:21	2:11	2:52	1:41	2:15	1:38	2:09	2:03	2:26
darunter:												
Soziale Kontakte	0:36	1:06	0:37	1:05	0:40	1:17	0:33	1:02	0:34	1:04	0:38	1:07
Unterhaltung und Kultur	0:19	2:47	0:20	3:07	0:27	3:10	0:19	2:47	0:16	2:44	0:17	2:26
Ausruhen, Zeit überbrücken	0:22	1:09	0:20	1:06	0:18	1:10	0:18	1:07	0:20	1:05	0:35	1:13
Wegezeiten soziales Leben und Unterhaltung	0:15	0:59	0:14	0:53	0:21	0:59	0:15	0:58	0:13	0:56	0:15	1:07

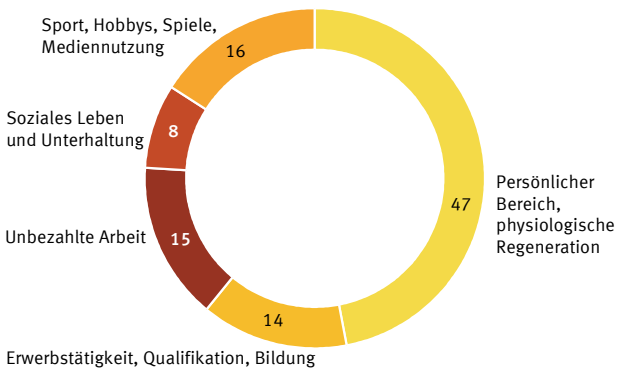
6.3 Zeitverwendung

6.3.2 Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen je Tag nach ausgewählten Aktivitäten und Alter 2012/2013

	Insgesamt		Davon nach dem Alter von ... bis ... Jahren									
			10 – 17		18 – 29		30 – 44		45 – 64		65 und mehr	
	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen	alle Personen	aus-übende Personen
	Std : Min											
Sport, Hobbys, Spiele	0:59	2:07	2:08	2:59	1:05	2:35	0:41	1:55	0:46	1:51	1:05	1:54
darunter:												
Sport, körperliche Bewegung	0:27	1:35	0:37	1:56	0:24	1:46	0:21	1:34	0:25	1:32	0:33	1:27
Jagen, Fischen, Sammeln	(0:00)	(1:59)	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Rüstzeiten für sportliche Aktivitäten	0:01	0:26	0:01	0:27	(0:01)	(0:25)	(0:01)	(0:27)	0:01	0:28	(0:01)	(0:24)
Bildende, darstellende und literarische Kunst, Musizieren	0:03	1:23	0:08	1:07	(0:03)	(1:30)	(0:02)	(1:25)	0:02	1:28	(0:03)	(1:32)
Technische und andere Hobbys	0:04	1:07	0:02	1:01	(0:02)	(1:20)	0:02	0:57	0:03	1:03	0:07	1:11
Spiele	0:19	1:49	1:10	2:20	0:29	2:36	0:10	1:41	0:10	1:24	0:15	1:14
Wegezeiten Sport, Hobbys, Spiele	0:05	0:41	0:08	0:40	0:04	0:38	0:04	0:40	0:04	0:40	0:05	0:43
Mediennutzung	3:03	3:19	2:34	2:53	2:40	3:04	2:33	2:48	3:04	3:19	3:59	4:07
Lesen (auch elektronisch)	0:32	1:09	0:21	1:08	0:14	1:06	0:22	0:56	0:34	1:05	0:57	1:21
Fernsehen, Video und DVD	2:04	2:35	1:39	2:14	1:48	2:31	1:46	2:19	2:05	2:34	2:39	3:00
Radio, Musik oder andere Tonaufnahmen hören ...	0:04	0:54	0:09	0:57	0:05	1:04	0:03	0:53	0:03	0:49	0:06	0:52
Computer und Smartphone	0:23	1:15	0:24	1:29	0:33	1:29	0:22	1:04	0:23	1:13	0:16	1:16

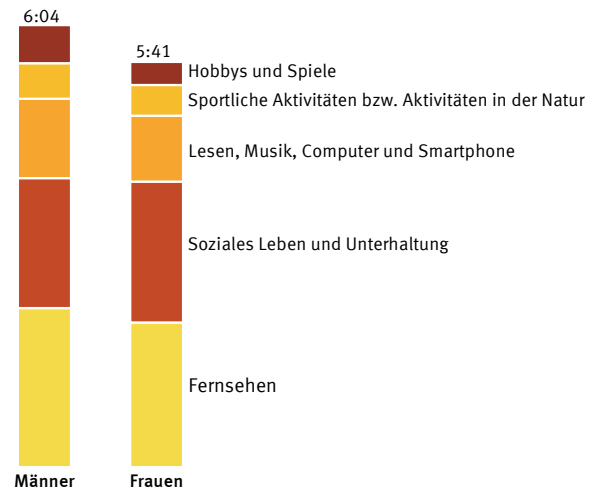
Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Zeitverwendung von Personen je Tag 2012/2013
nach ausgewählten Aktivitäten, in %



Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten.

Durchschnittliche Zeitverwendung von Personen 2012/2013
für Freizeitaktivitäten je Tag nach Geschlecht, Std : Min



Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. – Bevölkerung ab 10 Jahren in Privathaushalten.

2017 - 01 - 0226

6.4 Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

6.4.1 Pflanzliche Erzeugnisse

	2000/01	2012/13	2013/14	2014/15 ¹
kg je Einwohner/-in und Jahr				
Getreide einschl. Körnermais (in Mehlwert) ..	76,0	81,2	83,8	79,0
Weizen (in Mehlwert)	58,7	69,0	69,3	64,6
Roggen (in Mehlwert)	9,6	8,6	8,2	8,0
Erzeugnisse aus sonstigem Getreide ^{1,2}	7,7	3,6	6,3	6,4
Reis (als geschälter Reis)	3,7	5,5	5,4	5,4
Hülsenfrüchte	1,2	1,1	0,5	0,9
Kartoffeln (Frischgewicht)	70,0	59,8	58,1	58,0
Kartoffelstärke	0,8	12,3	11,1	13,7
Zucker (Weißzuckerwert)	35,3	32,5	33,3	33,6
Honig	1,1	1,0	1,1	1,0
Kakaomasse	2,6	3,3	3,2	3,5
Marktobstbau ^{1,3}	75,2	69,2	71,3	66,5
Zitrusfrüchte (Frischgewicht) ^{1,3,14}	40,1	35,9	33,1	35,1
Schalenfrüchte ^{1,3,14}	3,9	4,3	4,8	4,7
Trockenobst ^{1,3,14}	1,4	1,4	1,5	1,4
Gemüse (Frischgewicht) ^{1,3,15}	94,0	98,3	96,7	98,6

Bevölkerung zum Stichtag 31.12. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Glukose und Isoglukose auf Getreidegrundlage.

3 Einschl. verarbeiteter Ware und nicht abgesetzte Mengen.

4 Ab 2009/10 Berechnungszeitraum Juli bis Juni.

5 Ab 2009/10 ohne Selbstversorger/-innen.

Quellen: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V., Bund Deutscher Champignon- und Kulturpilzanbauer e. V.

6.4.3 Tiefkühlkost

	2005	2013	2014	2015 ¹
1 000 t				
Gemüse ^{1,2}	444,3	476,1	488,1	495,0
Obst und Fruchtsäfte	64,2	66,2	66,9	71,4
Kartoffelerzeugnisse	406,2	422,0	411,2	425,7
Fleisch einschl. Wild und Geflügel ^{1,2} ..	506,9	415,3	416,0	422,7
Fische und Fischerzeugnisse ^{1,2}	274,6	291,6	294,3	303,8
Milcherzeugnisse und Süßspeisen	10,1	10,4	10,4	10,7
Fertiggerichte ^{1,2}	570,0	657,6	662,5	686,6
Beilagen ^{1,3}	13,8	14,9	15,0	15,4
Backwaren einschl. Teige	534,5	715,4	749,1	791,8
Mill. l				
Eiskrem ^{1,4}	535,4	627,0	617,0	646,9

Revidierte Angaben infolge veränderter Berichterstattung.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Eingeschränkte Vergleichbarkeit zu vorhergehenden Jahren; einschl. Teilfertiggerichte.

3 Getreide- und Mehlerzeugnisse.

4 Ab 2013 nur Markeneis. Mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Quellen: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsches Tiefkühlinstitut e. V., Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V., Eis Info Service (EIS) der deutschen Markeneishersteller

6.4.2 Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette

	2001	2013	2014	2015 ¹
kg je Einwohner/-in und Jahr				
Fleisch und Fleischerzeugnisse ^{1,2}	87,9	89,0	89,3	88,2
Rindfleisch, Kalbfleisch	9,9	13,1	13,3	13,5
Schweinefleisch	54,0	53,5	53,6	52,1
Schaf- und Ziegenfleisch	1,1	0,9	0,8	0,9
Pferdefleisch	0,1	0,0	0,0	0,0
Innereien	3,0	0,6	0,6	0,6
Geflügelfleisch	18,2	19,4	19,5	19,8
Sonstiges Fleisch (Wild, Kaninchen)	1,6	1,4	1,5	1,4
Fische und Fischerzeugnisse (Fanggewicht)	15,3	13,5	14,3	13,9
Frischmilcherzeugnisse ^{1,3}	81,7	85,1	87,3	85,2
dar. Sauermilch und Milchlischgetränke ..	26,1	29,7	29,9	30,2
Sahne ^{1,4}	6,5	5,5	5,8	5,9
Kondensmilch (Produktgewicht) ^{1,5}	5,4	2,1	1,5	1,1
Käse einschl. Schmelzkäse (Produktgewicht) ..	21,5	23,7	24,1	24,5
dar. Frischkäse einschl. Speisequark	8,6	6,7	6,4	8,1
Butter (Produktgewicht)	6,7	6,0	5,7	6,0
Pflanzliche Fette (Reinfett)	16,9	14,6	14,5	14,5
St je Einwohner/-in und Jahr				
darunter in Produktgewicht:				
Margarine	6,5	3,2	3,1	3,1
Speisefette	0,9	–	–	–
Speiseöle	11,3	11,4	11,4	11,4
Eier, auch verarbeitet	223,0	224,0	232,0	233,0

Bevölkerung zum Stichtag 30.6. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Schlachtgewicht (Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste).

3 Einschl. Sauermilch- und Milchlischgetränken sowie Eigenverbrauch und Direktverkauf der landwirtschaftlichen Betriebe.

4 Ohne Sauermilch-, Kefir-, Joghurt-, Milchlischerzeugnisse und Milchlischgetränke aus Sahne hergestellt.

5 Ab 2006 geänderte Berechnungsmethodik, Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quellen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

6.4.4 Ausgewählte Genussmittel

	Einheit	2005	2014	2015	2016 ¹
		je Einwohner/-in ^{1,2} und Jahr			
Zigaretten	St	1 162	982	995	918
Zigarren/Zigarillos	St	49	48	36	37
Feinschnitt	g	403	317	312	308
Pfeifentabak	g	10	17	21	31
Bier ^{1,3}	l	111	99	98	97
Branntwein zu Trinkzwecken	l Alkohol	1,98	2,15	2,14	2,18
Schaumwein ^{1,4}	l	3,79	3,92	3,69	3,69
Trinkwein einschl. Schaumwein ^{1,5}	l	24,5	24,8	24,0	21,9

Dem Verbrauch liegen – mit Ausnahme von Trinkweinen – versteuerte Mengen zugrunde.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Daten ab 2013 basieren auf Grundlage des Zensus 2011, Daten davor berechnet mit den Daten der Bevölkerungsforschung auf Grundlage früherer Zählungen.

3 Ohne alkoholfreies Bier.

4 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Satz.

5 Für Wirtschaftsjahre (August des Vorjahres bis Juli des angegebenen Jahres); ohne Verarbeitungswein für Brennereien und Essigerstellung. – Quelle: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

6.5 Einschätzung der Lebenssituation

Deprivation bezeichnet einen Zustand des unfreiwilligen Mangels oder der Benachteiligung in wesentlichen Bereichen des Lebens. Die aus LEBEN IN EUROPA ermittelten, nicht monetären (d. h. nicht in Euro messbaren) Deprivationsindikatoren stellen dar, wie die Haushalte ihre Situation in Bezug auf materielle und/oder soziale Entbehrung in verschiedenen Lebensbereichen selbst einschätzen.

Lebeispiel für Tabelle 6.5.1: 80,1 % der Bevölkerung leben in Haushalten, die sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise leisten können. 40,2 % der Alleinerziehenden leben in Haushalten, die unerwartet anfallende Ausgaben bestreiten können.

6.5.1 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Finanzielle Kapazitäten

	Der Haushalt hat die finanzielle Kapazität, um . . .									
	sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise zu leisten		sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten		unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten		die Wohnung angemessen zu heizen		Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
	%									
Personen insgesamt	80,1	78,8	92,6	92,3	69,2	67,1	95,7	95,0	94,0	–
in Haushalten nach Haushaltstyp										
Haushalte ohne Kind	80,8	79,9	91,1	91,0	70,2	69,2	95,9	95,0	94,0	–
Alleinlebende	70,1	67,8	84,8	83,9	55,6	53,5	93,6	92,2	93,3	–
2 Erwachsene ohne Kind	87,2	–	94,7	–	78,1	–	97,4	–	94,6	–
Haushalte mit Kind(ern) ¹	79,1	77,3	94,8	94,1	67,6	64,0	95,4	94,9	94,0	–
Alleinerziehende	57,2	56,6	85,9	84,3	40,2	34,1	89,4	87,5	92,7	–
2 Erwachsene mit Kind(ern)	82,9	81,2	96,4	95,5	71,9	68,2	96,1	96,0	94,0	–

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC). – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5.2 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Zurechtkommen mit dem Einkommen

	Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen . . . zurecht											
	sehr schlecht		schlecht		relativ schlecht		relativ gut		gut		sehr gut	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
	%											
Personen insgesamt	2,6	2,8	5,0	5,6	10,2	11,4	40,6	40,5	30,4	29,7	11,3	10,1
in Haushalten nach Haushaltstyp												
Haushalte ohne Kind	2,7	2,8	5,0	5,5	9,2	10,4	38,5	38,8	32,4	31,6	12,2	10,9
Alleinlebende	5,0	4,9	8,1	8,9	13,2	14,8	36,9	36,3	27,2	25,7	9,5	9,4
2 Erwachsene ohne Kind	(1,2)	–	3,0	–	6,9	–	39,1	–	35,9	–	13,9	–
Haushalte mit Kind(ern) ¹	2,4	2,7	5,1	5,9	11,6	12,7	43,5	43,0	27,3	26,9	10,1	8,9
Alleinerziehende	(5,1)	(7,4)	10,4	11,5	19,5	20,8	46,5	41,8	14,6	14,5	(3,9)	(4,2)
2 Erwachsene mit Kind(ern)	1,6	2,0	4,2	4,9	10,2	11,6	42,8	42,8	30,0	29,1	11,2	9,6

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC). – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.6 Armut
6.6.1 Median-Äquivalenzeinkommen

	Median des Äquivalenzeinkommens pro Jahr			
	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung
	2015		2014	
Insgesamt	20 668	100	19 733	100
Männer	21 194	102,5	20 228	102,5
Frauen	20 238	97,9	19 319	97,9
	nach dem Alter			
von ... bis ... Jahren				
bis 17	19 954	96,5	18 943	96,0
18 – 24	19 829	95,9	18 583	94,2
25 – 49	22 197	107,4	21 167	107,3
50 – 64	22 404	108,4	21 389	108,4
65 und mehr	18 609	90,0	18 181	92,1
	nach dem Haushaltstyp			
Haushalte ohne Kind	20 673	100	19 768	100,2
Alleinlebende	16 980	82,2	15 877	80,5
2 Erwachsene ohne Kind	21 978	106,3	–	–
Haushalte mit Kind(ern) ¹	20 605	99,7	19 673	99,7
Alleinerziehende	14 954	72,4	15 327	77,7
2 Erwachsene mit Kind(ern)	21 792	105,4	20 342	103,1
	Höchster erworbener Bildungsstatus (Personen ab 16 Jahren)			
ISCED 1 bis 2 (niedrig) ²	16 467	79,7	15 948	80,8
ISCED 3 bis 4 (mittel)	20 027	96,9	19 265	97,6
ISCED 5 bis 8 (hoch)	25 725	124,5	24 797	125,7
	Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 16 Jahren)			
Erwerbstätig	23 142	112,0	22 295	113,0
Arbeitslos	10 224	49,5	9 780	49,6

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

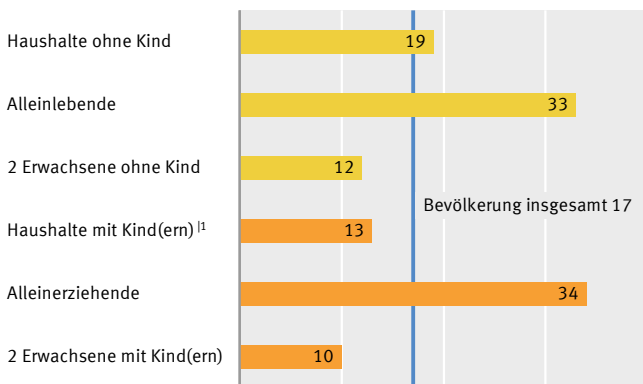
- 1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.
- 2 ISCED = Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen.

Der **Median** ist der „mittlere Wert“ in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten. Das Medianeinkommen ist demnach der Einkommenswert, der die Menge aller Einkommen in genau zwei Hälften teilt: eine Hälfte, die über dem Medianeinkommen liegt, eine Hälfte, die darunter liegt.

Das **Äquivalenzeinkommen** ist ein personenbezogenes Nettoeinkommen, das der besseren Vergleichbarkeit von Einkommen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung dient. Es basiert auf der Annahme, dass das Haushaltseinkommen selbst kein ausreichender Indikator für den Lebensstandard ist, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum). Aus diesem Grund erhalten die einzelnen Mitglieder des Haushalts sogenannte Äquivalenzgewichte: Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird das Gewicht 1, Kindern unter 14 Jahren das Gewicht 0,3 und weiteren Personen ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 zugeordnet. Grundlage für die Gewichtung ist nach EU-Definition die modifizierte OECD-Skala. Das Konzept des Äquivalenzeinkommens dient der Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Ein Beispiel: Das Äquivalenzeinkommen in einem Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren läge bei einem verfügbaren Einkommen von 4 500 Euro monatlich bei 2 142,86 Euro (4 500/(1,0+0,5+0,3+0,3)). Eine alleinstehende Person mit einem verfügbaren Einkommen von 2 142,86 Euro würde demnach als diesem Haushalt gleichwertig eingestuft.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers 2015
Personen in Haushalten nach dem Haushaltstyp, in %



Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

- 1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

2017-01 - 0227

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.6 Armut

6.6.2 Armutsgefährdungsquote

	Armutsgefährdung	
	2015	2014
Ausgewählte Schwellenwerte für Armutsgefährdung		
EUR/Jahr		
Alleinlebende	12 401	11 840
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	26 041	24 864
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers		
%		
Insgesamt	16,7	16,7
Männer	15,9	15,9
Frauen	17,4	17,4
im Alter von ... bis ... Jahren		
bis 17	14,6	15,1
18 – 24	21,1	20,6
25 – 49	14,7	15,5
50 – 64	19,9	18,7
65 und mehr	16,5	16,3
nach Haushaltstyp		
Haushalte ohne Kind	19,2	18,9
Alleinlebende	33,1	32,9
2 Erwachsene ohne Kind	12,3	–
Haushalte mit Kind(ern) ¹	13,2	13,7
Alleinerziehende	33,7	29,4
2 Erwachsene mit Kind(ern)	10,4	11,7
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 16 Jahren)		
Erwerbstätig	9,7	9,9
Arbeitslos	69,0	67,4

Allgemein bezeichnet **Armut** eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, wird hier – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – meist die „relative Armut“ bzw. Armutsgefährdung betrachtet.

Der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** ist der Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Diese liegt nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze, wird Armutsgefährdung angenommen.

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung liegt, gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC).

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.6.3 Schwellenwert für Armutsgefährdung nach Ländern

	Einpersonenhaushalt		Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren	
	2015	2014	2015	2014
	EUR			
Deutschland	942	917	1 978	1 926
Baden-Württemberg	1033	1009	2 169	2 119
Bayern	1025	998	2 153	2 096
Berlin	851	841	1 786	1 767
Brandenburg	882	848	1 853	1 781
Bremen	829	822	1 741	1 727
Hamburg	1010	964	2 120	2 025
Hessen	988	961	2 074	2 018
Mecklenburg-Vorpommern	799	769	1 677	1 615
Niedersachsen	930	907	1 952	1 905
Nordrhein-Westfalen	918	895	1 929	1 879
Rheinland-Pfalz	967	942	2 031	1 979
Saarland	908	890	1 907	1 870
Sachsen	834	803	1 752	1 686
Sachsen-Anhalt	832	800	1 747	1 680
Schleswig-Holstein	965	952	2 027	2 000
Thüringen	833	815	1 750	1 712
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	974	949	2 045	1 992
Neue Länder einschl. Berlin	841	815	1 765	1 711

Ergebnisse des Mikrozensus. Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.6.4 Armutsgefährdungsquote nach Ländern

	Nationalkonzept (gemessen am Bundesmedian)		Regionalkonzept (gemessen am Landes- bzw. regionalen Median)	
	2015	2014	2015	2014
	%			
Deutschland	15,7	15,4	X	X
Baden-Württemberg	11,8	11,4	15,3	15,0
Bayern	11,6	11,5	15,0	14,8
Berlin	22,4	20,0	15,3	14,1
Brandenburg	16,8	16,9	13,9	13,4
Bremen	24,8	24,1	17,8	17,3
Hamburg	15,7	15,6	19,0	18,0
Hessen	14,4	13,8	16,5	15,9
Mecklenburg-Vorpommern	21,7	21,3	13,6	12,0
Niedersachsen	16,5	15,8	15,9	15,3
Nordrhein-Westfalen	17,5	17,5	16,3	16,2
Rheinland-Pfalz	15,2	15,5	16,3	16,7
Saarland	17,2	17,5	15,4	16,1
Sachsen	18,6	18,5	12,9	11,6
Sachsen-Anhalt	20,1	21,3	14,5	14,1
Schleswig-Holstein	14,6	13,8	15,7	15,4
Thüringen	18,9	17,8	12,4	11,6
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	14,7	14,5	16,2	16,0
Neue Länder einschl. Berlin	19,7	19,2	13,7	12,6

Ergebnisse des Mikrozensus. Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.7.1 Hauptauslöser der Überschuldung 2016

	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	Unwirtschaftliche Haushaltsführung	Gescheiterte Selbstständigkeit	Längerfristiges Niedrigeinkommen	Gescheiterte Immobilienfinanzierung	Sonstiges
Anteil an den beratenen Personen in %								
Beratene Personen								
Insgesamt	21,1	13,0	14,7	10,9	8,4	5,6	(2,8)	23,5
nach der Haushaltsgröße								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	21,9	12,7	19,7	8,9	7,7	5,1	(1,7)	22,3
2	18,6	14,2	12,8	11,6	8,8	6,0	(3,7)	24,3
3	21,2	14,4	9,1	12,8	8,4	5,5	/	24,6
4	21,4	10,9	6,9	13,5	10,5	6,3	/	25,3
5 und mehr	23,1	10,2	6,5	14,9	8,9	6,9	(2,7)	26,8
nach dem Haushaltstyp								
Alleinlebende Frau	19,1	15,3	18,2	9,5	6,3	5,3	(2,0)	24,3
Alleinerziehende Frau								
mit 1 Kind	19,5	24,4	9,2	11,2	(3,5)	5,1	/	25,7
mit 2 Kindern	20,6	28,7	6,2	10,9	(2,8)	5,5	/	23,9
mit 3 und mehr Kindern	17,1	35,6	(3,6)	10,4	/	/	/	22,3
Alleinlebender Mann	23,8	11,5	20,0	8,6	8,6	5,1	(1,5)	20,9
Alleinerziehender Mann								
mit 1 Kind	(18,0)	21,7	(11,8)	(9,3)	(10,5)	/	/	20,0
mit 2 Kindern	(17,8)	(35,6)	/	/	/	/	/	/
mit 3 und mehr Kindern	/	/	/	/	/	/	/	/
Paar								
ohne Kind	18,0	7,5	14,7	11,4	12,3	6,6	(5,7)	23,8
mit 1 Kind	22,3	7,0	8,6	13,8	11,3	5,9	/	25,7
mit 2 Kindern	22,6	6,4	7,3	13,5	12,0	6,3	(5,8)	26,1
mit 3 und mehr Kindern	24,2	5,5	6,8	15,8	9,5	7,4	(2,9)	27,9
Sonstige Lebensform	17,6	9,5	20,1	14,8	6,7	(5,0)	/	25,2
nach dem Geschlecht								
Weiblich	19,4	16,3	12,4	11,6	5,7	6,0	2,7	25,9
Männlich	22,6	10,0	16,7	10,1	10,8	5,3	/	21,6
nach dem Familienstand								
Ledig	25,3	5,6	17,1	13,4	5,8	5,7	/	26,1
Verheiratet ¹	20,3	4,4	10,5	12,0	13,2	6,7	(6,6)	26,3
Verheiratet, getrennt lebend	14,4	32,8	10,7	6,3	9,7	(3,2)	(3,2)	19,7
Verwitwet	8,2	36,0	11,5	7,0	(4,6)	(4,7)	/	24,8
Geschieden	17,6	26,6	16,2	6,5	8,6	5,3	2,4	16,8
nach dem Alter								
von ... bis unter ... Jahren								
unter 20	/	/	/	(15,4)	/	/	/	41,3
20 – 25	21,5	(4,2)	10,8	22,0	/	7,7	/	32,3
25 – 35	24,6	8,8	11,4	15,9	4,0	5,8	/	28,5
35 – 45	22,1	16,1	14,3	9,5	8,5	4,6	2,6	22,3
45 – 55	20,8	16,3	16,9	7,3	11,9	5,0	(4,4)	17,4
55 – 65	19,4	13,2	19,9	6,2	12,2	5,3	/	19,1
65 – 70	10,8	13,8	14,1	(5,9)	12,9	(9,5)	(4,6)	28,4
70 und mehr	(4,9)	15,1	13,9	8,7	10,4	(9,0)	(4,1)	33,9
nach der Staatsangehörigkeit								
Deutschland	20,7	13,3	15,5	11,2	7,5	5,4	(3,0)	23,4
Anderer Mitgliedstaat der EU ..	22,7	10,9	10,8	9,5	15,1	8,4	/	21,3
Sonstige Staatsangehörigkeit ..	23,1	11,4	10,4	8,8	11,5	5,8	/	26,5
Unbekannt, staatenlos	/	/	/	/	/	/	/	/

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.7.2 Durchschnittliche Schulden je Gläubigerart 2016

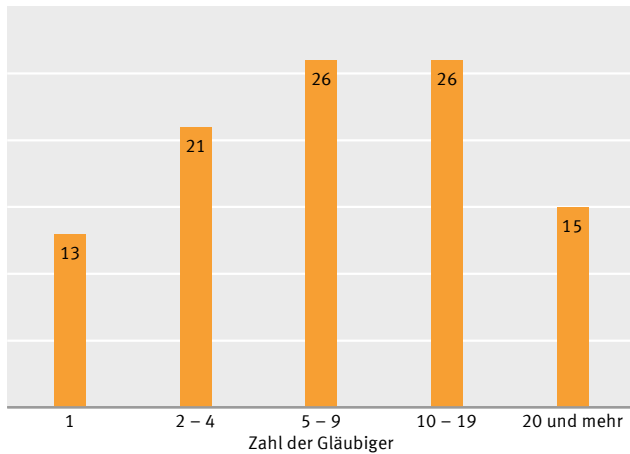
	Insgesamt		Durchschnittliche Schulden bei/aus							
	Kredit- instituten	Versand- häusern	öffentlichen Gläubigern	Inkasso- büros	Telefonges- ellschaften	Vermietern/ Vermieter- innen	Unterhalts- verpflich- tungen	Privat- personen	anderen Gläubigern	
EUR										
Beratene Personen										
Insgesamt	31 613	14 839	510	(4 266)	2 966	964	871	479	582	6 157
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte mit ... Person(en)										
1	27 444	11 894	415	(3 394)	2 863	913	787	623	608	5 937
2	34 524	18 298	622	3 385	3 367	854	877	343	(574)	6 342
3	/	16 466	516	/	2 856	1 081	938	(354)	(600)	5 859
4	37 171	19 178	558	4 049	2 944	1 087	985	(357)	(547)	7 482
5 und mehr	34 063	15 763	781	5 726	2 626	1 325	1 206	(266)	(412)	5 901
nach dem Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	23 904	11 842	593	(2 054)	2 492	800	738	(64)	(406)	4 901
Alleinerziehende Frau										
mit 1 Kind	19 892	9 390	633	1 728	2 604	1 042	896	/	/	3 268
mit 2 Kindern	22 430	10 184	688	1 990	2 630	1 100	1 114	/	/	4 124
mit 3 und mehr Kindern	24 623	(10 355)	1 022	/	2 657	1 712	1 274	/	/	4 848
Alleinlebender Mann	29 223	11 949	311	3 825	3 123	971	799	960	703	6 569
Alleinerziehender Mann										
mit 1 Kind	(42 689)	(19 468)	/	(3 903)	/	(1 144)	/	/	/	9 450
mit 2 Kindern	/	(21 721)	(250)	/	/	(730)	/	/	/	6 217
mit 3 und mehr Kindern	/	/	/	/	/	/	/	/	/	6 984
Paar										
ohne Kind	(50 093)	25 150	(597)	/	3 937	710	859	497	/	8 129
mit 1 Kind	35 856	19 163	455	3 682	3 014	1 027	862	538	(571)	6 488
mit 2 Kindern	39 450	20 383	463	(4 584)	(2 971)	956	999	(342)	/	8 080
mit 3 und mehr Kindern	35 375	16 767	(789)	5 997	2 479	(1 277)	(1 186)	/	/	6 173
Sonstige Lebensform	(28 347)	(11 775)	(478)	/	1 620	1 264	855	/	/	5 501
nach dem Geschlecht										
Weiblich	26 000	13 261	679	(2 300)	2 733	971	883	(63)	425	4 704
Männlich	36 607	16 241	359	(6 012)	3 172	958	861	848	722	7 448
nach dem Familienstand										
Ledig	19 118	6 724	401	(2 839)	2 081	1 149	827	437	401	4 262
Verheiratet ¹	47 668	25 346	579	/	3 466	802	909	323	(629)	7 982
Verheiratet, getrennt lebend	41 671	22 135	500	/	(3 933)	808	840	(377)	(873)	8 062
Verwitwet	37 908	20 877	/	(2 821)	(4 180)	540	761	/	/	6 982
Geschieden	35 338	16 485	603	3 817	3 708	883	956	847	775	7 266
nach dem Alter										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 20	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2 939
20 – 25	7 488	1 297	360	807	859	1 459	447	/	/	2 067
25 – 35	16 989	6 076	396	2 183	1 662	1 281	822	293	326	3 961
35 – 45	29 511	13 338	514	3 572	2 782	1 063	953	715	617	6 044
45 – 55	45 961	21 349	560	/	4 130	775	1 081	775	747	7 777
55 – 65	43 652	24 446	622	3 869	3 686	542	795	(288)	(716)	8 673
65 – 70	48 349	25 021	/	/	(5 211)	347	(765)	/	/	10 005
70 und mehr	46 754	28 944	(567)	(2 487)	(5 600)	323	(447)	/	/	7 254
nach der Staatsangehörigkeit										
Deutschland	32 120	15 373	544	/	3 040	949	893	481	606	6 166
Anderer Mitgliedstaat der EU	27 217	11 255	(345)	(3 923)	(2 439)	949	776	/	/	6 676
Sonstige Staatsangehörigkeit	30 234	12 518	(338)	5 996	2 701	1 085	749	(516)	(464)	5 867
Unbekannt, staatenlos	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1 608

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

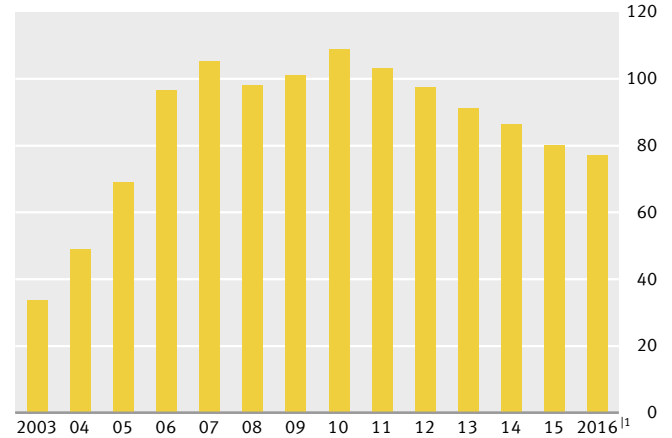
6.7 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Beratene Personen nach der Zahl der Gläubiger 2016
in %



Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

Verbraucherinsolvenzen
in 1 000



Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2017 - 01 - 0228

6.7.3 Verbraucherinsolvenzen nach Ländern 2016

	Insolvenzverfahren				Veränderung gegenüber Vorjahr	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt		
	Anzahl				%	1 000 EUR
Deutschland	75 169	282	1 787	77 238	- 3,6	3 597 339
Baden-Württemberg	6 006	19	324	6 349	- 5,7	349 911
Bayern	7 657	25	170	7 852	- 3,0	429 743
Berlin	3 345	8	139	3 492	1,1	183 754
Brandenburg	2 870	16	27	2 913	- 6,7	109 448
Bremen	1 230	5	19	1 254	15,9	36 315
Hamburg	2 084	3	12	2 099	- 5,8	64 578
Hessen	4 527	19	201	4 747	- 4,9	220 288
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 618	9	38	1 665	- 4,0	62 143
Niedersachsen	10 818	36	205	11 059	- 1,4	415 174
Nordrhein-Westfalen	19 323	96	385	19 804	- 5,3	1 009 420
Rheinland-Pfalz	3 207	6	96	3 309	- 2,4	168 154
Saarland	1 461	2	14	1 477	- 2,4	69 146
Sachsen	3 352	24	11	3 387	- 6,6	138 949
Sachsen-Anhalt	2 641	4	40	2 685	- 4,1	101 538
Schleswig-Holstein	3 256	3	65	3 324	- 6,9	148 571
Thüringen	1 774	7	41	1 822	8,6	90 206

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse).

Ein Verfahren wird **mangels Masse** eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts die Gläubiger mittels eines **Schuldenbereinigungsplans** zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Methodik

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Die privaten Haushalte erhalten ihre monatlichen Einkommen und Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen. Im Wesentlichen sind dies Erwerbstätigkeit, Vermögen sowie öffentliche und nicht öffentliche Transferzahlungen. Von ihren Einnahmen müssen die Haushalte vielfältige Ausgaben bestreiten. Neben den Konsumausgaben gehören dazu auch Steuern und Sozialabgaben, Ausgaben für Versicherungen und Vermögensbildung sowie Kreditrückzahlungen. Einen großen Teil der monatlichen Ausgaben privater Haushalte machen die Aufwendungen für Käufe von Waren und Dienstleistungen – die privaten Konsumausgaben – aus. Diese umfassen neben den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Wohnung und Bekleidung auch die Aufwendungen für Gesundheit, Freizeit, Bildung, Telekommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Ergebnisse zu Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte liegen aus unterschiedlichen Erhebungen vor: der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Die Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden ausschließlich aus der EVS gewonnen. Bei den **Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)** werden jährlich rund 8 000 Haushalte befragt. Diese Haushalte werden als Unterstichprobe aus den Haushalten der letzten EVS ausgewählt. In den EVS-Jahren 2008 und 2013 fanden keine LWR-Erhebungen statt.

An beiden Erhebungen beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Für die LWR ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht zulässig. Zwischen der EVS, den LWR und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans von EVS und LWR herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung von EVS und LWR.

Die Ergebnisse zu den Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte einschließlich deren Konsumausgaben (Tabellen 6.1.1 bis 6.1.3) resultieren aus den Angaben des „Haushaltsbuches“ der LWR 2015. Die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Tabelle 6.1.4) stammen aus dem Feinaufzeichnungsheft der EVS 2013.

■ Ausstattung

Die privaten Haushalte besitzen unterschiedliche Gebrauchsgüter. Die Palette reicht von Fahrzeugen über Geräte der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zu Haushalts- und Sportgeräten. Die Ergebnisse werden dargestellt als **Ausstattungsgrad** (Anteil der Haushalte, die über das jeweilige Gut verfügen) und als **Ausstattungsbestand** (Anzahl des jeweiligen Gutes in 100 Haushalten). Die technologische Entwicklung beeinflusst die Auswahl der erfragten Güter. „Traditionelle“ Güter wie Pkw, Fernseher, Telefon und Waschmaschine werden bereits seit vielen Jahren erfasst. Bei Bedarf werden neue Güter in die Abfrage bei den Haushalten aufgenommen oder näher differenziert, wie z. B. die Tablets bei den mobilen PC. Ergebnisse zur Ausstattung liefern die beiden Erhebungen EVS und LWR (siehe „Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben“).

Die Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (Tabellen 6.2) stammen aus den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der LWR 2016.

■ Zeitverwendung

Erhebungen über die Zeitverwendung geben Aufschluss darüber, wie viel Zeit Menschen für verschiedene Lebensbereiche und Aktivitäten aufbringen. Die **Zeitverwendungserhebung 2012/2013** wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Zur Vermeidung saisonaler Schwankungen wurden von August 2012 bis Juli 2013 gut 5 000 Haushalte auf freiwilliger Basis befragt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach einem Quotenverfahren. Um ein möglichst exaktes Bild der Zeitverwendung zu erhalten, hielten über 11 000 Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren an jeweils drei vorgegebenen Tagen ihren Tagesablauf in einem Tagebuch fest. Eine tabellarische Gliederung strukturierte und vereinfachte die Eintragungen. Die 24 Stunden des Tages waren in einzelne Zeilen zu je zehn Minuten aufgeteilt. In verschiedenen Spalten beschrieben die Teilnehmenden mit eigenen Worten sowohl Hauptaktivitäten als auch gleichzeitige Aktivitäten, die nebenher erfolgten. Auch Wegezeiten und die dafür verwendeten Verkehrsmittel waren einzutragen. Zusätzlich gaben die Befragten durch einfaches Ankreuzen an, mit wem die Zeit verbracht wurde. Jeder Anschreibetag schloss mit Fragen zur subjektiven Einschätzung des konkreten Tagesverlaufs. Um die vielen verschiedenen Tagebucheintragungen für die Datenauswertung zu vereinheitlichen, wurde ein Aktivitätenverzeichnis mit 165 verschiedenen Aktivitäten für die Datenerfassung genutzt. Zusätzlich machte jeder teilnehmende Haushalt in einem Haushaltsfragebogen Angaben über die Zusammensetzung des Haushalts, die Wohnsituation, das Einkommen, von privater Seite erhaltene Unterstützungsleistungen sowie zu Betreuungs- und Bildungsangeboten, die von Kindern unter zehn Jahren in Anspruch genommen wurden. Alle Haushaltsmitglieder ab zehn Jahren füllten einen Personenfragebogen aus, in dem Informationen über ihre persönliche Situation abgefragt wurden, beispielsweise über Erwerbsbeteiligung, Bildung, ehrenamtliches und freiwilliges Engagement sowie Hilfeleistungen für andere Haushalte. Daneben enthielt der Personenfragebogen auch Fragen zur Inanspruchnahme von Freizeitangeboten und zum subjektiven Zeitempfinden.

■ Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

Den in Tabelle 6.4.2 dargestellten **Nahrungsmittelverbrauch** an ausgewählten tierischen Erzeugnissen sowie Ölen und Fetten ermittelt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bzw. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) anhand der sogenannten Versorgungsbilanzen. Die Daten zu Tabelle 6.4.3 sind dem Deutschen Tiefkühlinstitut e. V., dem Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) bzw. dem Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und dem Eis-Info Service der deutschen Markeneishersteller entnommen.

Tabelle 6.4.4 enthält, mit Ausnahme der Angaben für Wein, Ergebnisse der **Verbrauchssteuerstatistiken** über die versteuerten Mengen ausgewählter Genussmittel. Bei Tabakerzeugnissen und Bier fließen in die Berechnung des Verbrauchs auch solche Naturalien ein, die an die Beschäftigten der betreffenden Branchen steuerfrei gewährt wurden (Deputate, Haustrunk). Der tatsächliche Verbrauch differiert von den versteuerten Mengen um die Veränderungen der Bestände beim Handel und auf dem Transport.

■ Einschätzung der Lebenssituation, Armut

Einkommen, Armut und finanzielle Kapazitäten werden in der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt. In Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung **LEBEN IN EUROPA** durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen, sehr differenziert erfassten Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen) weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG). Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007), in denen ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert wurde, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Armut nach Ländern

Zur Berechnung der Armut nach Ländern wird der **Mikrozensus** herangezogen. Der Mikrozensus („kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und dient dazu, die Lücke zwischen zwei Volkszählungen zu schließen. Die Erhebung basiert auf einer 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands und findet kontinuierlich über das Jahr verteilt statt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung (siehe hierzu auch „Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung“ in der „*Methodik*“ des Kapitels 13 „Arbeitsmarkt“).

Im Gegensatz zur deutschen EU-SILC-Erhebung, deren Ziel die präzise Ermittlung von nationalen Sozialindikatoren für das gesamte Bundesgebiet ist, erlaubt der Mikrozensus aufgrund seines großen Stichprobenumfangs auch für die Länder Analysen zur relativen Einkommensarmut in tiefer fachlicher Gliederung. Mit der Bereitstellung solcher Indikatoren aus dem Mikrozensus kann daher dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Indikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die **Armuts- und Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus** stehen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder auf dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung.

Wenngleich den Berechnungen zur Ermittlung von Armutsindikatoren aus beiden Erhebungen (EU-SILC, Mikrozensus) dieselben europäischen Definitionen zugrunde liegen, sind die in diesem Kapitel dargestellten Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus dennoch grundsätzlich **nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar**. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Erhebungen mit unterschiedlichen Erhebungszwecken, bei denen insbesondere die für die Armutsberechnungen bedeutsame Art der Einkommenserfassung völlig unterschiedlich ist. Nähere Informationen zur Einkommenserfassung im Mikrozensus und den daraus resultierenden Berechnungsmethoden bei der Ermittlung von Armutsgefährdung enthält das „Glossar“ dieses Kapitels.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Die **Überschuldungsstatistik** ist eine freiwillige Erhebung, die auf den Angaben von Schuldnerberatungsstellen basiert. Die Erhebung hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die beratenen Personen müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind die Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Für die Erhebung ausgewählt wurden die rund 1 400 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen werden die privaten und kommerziellen Beratungsstellen. Im Beratungsjahr 2016 haben über 450 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen.

Die Überschuldungsstatistik liefert Angaben über die sozioökonomischen Strukturen der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen. Ferner erfasst sie Daten über die Art und Höhe des Einkommens und der Schulden sowie über die Auslöser der Überschuldung privater Personen.

Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen in Deutschland lassen sich aus der Überschuldungsstatistik nicht ableiten.

Insolvenzstatistik

Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Es wird im Wesentlichen zwischen Regelinsolvenzverfahren für Unternehmen sowie vereinfachten Verfahren für Verbraucherinnen und Verbraucher und ehemals selbstständig Tätigen mit überschaubaren Verhältnissen unterschieden. Das vorliegende Kapitel stellt lediglich Angaben zu den Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Informationen zu den Unternehmensinsolvenzen sowie den übrigen Arten von Insolvenzverfahren finden Sie im Kapitel 20 „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

In Bezug auf Verbraucherinsolvenzverfahren erfasst die **Insolvenzstatistik** Merkmale wie die Anzahl der bei den Gerichten angemeldeten Verfahren und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Neben den im vorliegenden Kapitel dargestellten Jahresergebnissen liegen auch monatliche Angaben vor. Die Statistik beruht auf den Angaben der Gerichte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Äquivalenzeinkommen | *EU-SILC* | Das Äquivalenzeinkommen ist eine fiktive Rechengröße. Sie wird verwendet, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Jeder einzelnen Person im Haushalt wird ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet. Dazu wird das Haushaltseinkommen auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). EU-SILC verwendet als Gewichtungsskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen, indem dieses durch die Summe der Gewichte dividiert wird. Es bildet die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Mikrozensus | Um Indikatoren zur Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsschwelle und -quote) zu ermitteln, verwendet der Mikrozensus dieselben Definitionen wie EU-SILC. Auch hier wird das Median-Äquivalenzeinkommen berechnet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu ermitteln. Zunächst wird jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen, indem man die Ober- und Untergrenze der Klasse, in der das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen liegt, durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder („Äquivalenzgewicht“) teilt. Das personenbezogene Äquivalenzeinkommen liegt zwischen den so ermittelten Grenzen. Unter Annahme der Gleichverteilung innerhalb der Äquivalenzklassen werden die in eine Klasse fallenden Personen gleichmäßig zwischen den ermittelten Grenzen verteilt. Ihnen wird als Hilfswert ein spitzer Eurobetrag zugewiesen, über den dann der Median berechnet werden kann. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt, wie bei EU-SILC, bei 60 % des Medianwertes. Eine spezifische Armutsgefährdungsschwelle für jeden Haushaltstyp erhält man, indem man den Schwellenwert mit dem jeweiligen Äquivalenzgewicht des Haushalts multipliziert.

Armutsgefährdung | *EU-SILC* | Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, betrachtet man in Deutschland und der EU meist „relative Armut“. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze (Schwellenwert) unterschreitet. Bei der Erhebung EU-SILC ist der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** definiert als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das unter diesem Schwellenwert liegt, gelten als armutsgefährdet. Das Äquivalenzeinkommen ist dabei ein aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen abgeleitetes Netto-Äquivalenzeinkommen. Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen geringer ist als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Sind staatliche Sozialleistungen im zugrunde liegenden Einkommen mit enthalten, so spricht man von der **Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers**, sonst von der **Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers**.

Mikrozensus | Der Mikrozensus ermittelt die Armutsgefährdungsquote über den Hilfswert der **Armutswahrscheinlichkeit**. Als „armutsgefährdet“ gelten alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegt, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle. Ihnen wird eine Armutswahrscheinlichkeit von „1“ zugewiesen. Als „nicht armutsgefährdet“ gelten dagegen alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Armutswahrscheinlichkeit = 0). Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in der Einkommensklasse liegt, in die auch die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle fällt, können weder pauschal als „einkommensarm“ noch als „nicht einkommensarm“ klassifiziert werden. In diesen Fällen liegt die Armutswahrscheinlichkeit – je nach Abstand zu den Klassen Grenzen – zwischen 0 und 1.

Armutsmessung, regionalisierte | *Mikrozensus* | Grundlage der Armutsmessung nach dem **Nationalkonzept** ist eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für alle Länder, die 60 % des Bundesmedians entspricht. Der Bundesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Regionen (hier Länder) wider.

Nach dem **Regionalkonzept** wird die Armutsgefährdung an einer landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des jeweiligen Landesmedians gemessen. Der Landesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im jeweiligen Land errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau innerhalb der Region (hier Land) wider.

Auf- und Abrundungen | *LWR* | *EVS* | Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | *LWR* | Diese werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Einnahmen aus der Rückgabe von Leergut und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattung, Einnahmen aus Spesen) addiert werden. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Ausstattungsbestand | *LWR* | Der Ausstattungsbestand gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Zum Beispiel bedeutet ein Ausstattungsbestand von 184 bei Fahrrädern, dass einige Haushalte mehr als ein Fahrrad besitzen. Im Falle einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

Ausstattungsgrad | *LWR* | Der Ausstattungsgrad beschreibt, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Ein Ausstattungsgrad von 81 % bei Fahrrädern bedeutet zum Beispiel, dass 81 von 100 Haushalten mindestens ein Fahrrad besitzen.

Auswahlgrundlage | Die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Deprivationsindikatoren, haushaltsbezogene nicht monetäre | Dies sind in EU-SILC subjektive, nicht monetär (d. h. in Euro) gemessene Indikatoren zur Abbildung materieller und/oder sozialer Entbehrung (Deprivation) der Privathaushalte in verschiedenen Lebensbereichen (z. B. „selbst eingeschätzte Wohnsituation des Haushalts“ und „selbst eingeschätzte finanzielle Situation des Haushalts“).

Einkommenserfassung | Die Einkommenserfassung im Mikrozensus erfolgt über sogenannte Klassen und unterscheidet sich hierin erheblich von der Einkommenserfassung in EU-SILC. Das persönliche Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie die Summe sämtlicher Einkommen des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder (Haushaltsnettoeinkommen) werden im Mikrozensus durch Selbsteinschätzung in 24 Einkommensklassen erhoben. Bei dieser Art der Erfassung berücksichtigen die Befragten vor allem umfangreichere und regelmäßig eingehende Einkommensbestandteile, während sie unregelmäßig eingehende und anteilmäßig geringe Einkommensbestandteile eher vernachlässigen. Diese Unterschätzung des Nettoeinkommens ist bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens und den weiteren, darauf basierenden Berechnungen zur Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Das Verfahren zur Ermittlung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle muss daher diesen klassierten Einkommensdaten gerecht werden.

Erwerbsstatus | *EU-SILC* | Die Zuweisung des Erwerbsstatus erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Es gilt der Erwerbsstatus, den die oder der Befragte überwiegend, das heißt über einen Zeitraum von insgesamt mehr als sechs Monaten im Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr) innehatte.

Die Unterteilung erfolgt in:

- Vollzeitbeschäftigt: auch in Altersteilzeit und in Berufsausbildung
- Teilzeiterbeschäftigt: auch in Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird
- Arbeitslos: Personen, die arbeitslos oder arbeitsuchend bei der Agentur für Arbeit gemeldet sind
- Ruhestand: Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre
- Sonstige Nichterbeschäftigte: Personen in Ausbildung (Schule, Studium), Hausfrauen oder -männer oder aus anderen Gründen Nichterbeschäftigte.

Haupteinkommensperson | *LWR* | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt, Haushaltsgröße | *LWR* | *EVS* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammenwohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensanteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. gepflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben.

EU-SILC | Ein Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen (Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC). Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.), werden nicht befragt.

Haushaltsbruttoeinkommen | *LWR* | Alle Einnahmen des Haushalts aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen. Die Erfassung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, das heißt für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine sogenannte unterstellte Eigentümermiete. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentümermietwert abgezogen. In Einzelfällen kann dies bei entsprechend hohen Instandhaltungsaufwendungen einzelner Haushalte zur Nachweisung negativer Eigentümermietwerte bzw. Vermögenseinnahmen führen.

EU-SILC | Das Haushaltsbruttoeinkommen besteht aus den haushaltsbezogenen Komponenten des Bruttoeinkommens und der Summe der Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder.

Zum Haushaltsbruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen (z. B. Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung
- Regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten (z. B. Unterhaltszahlungen)
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Zum Personenbruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren)
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen
- Ausbildungsbezogene Leistungen.

Haushaltsnettoeinkommen | *LWR* | Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommen-/Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen und seit dem 1.1.2009 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur sozialen und privaten Pflegeversicherung. Zum Haushaltsbruttoeinkommen addiert werden seit dem 1.1.2009 die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung bei freiwilliger und privater Krankenversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung.

EU-SILC | Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich aus dem gesamten Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug von regelmäßigen Vermögenssteuern, regelmäßig geleisteten Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen.

Haushaltstyp | *LWR* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder).

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder deren (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Im vorliegenden Kapitel werden Ergebnisse für Personen in folgenden Haushaltstypen nachgewiesen:

Haushalte ohne Kind

- Alleinlebende
 - Zwei Erwachsene ohne Kind
- Haushalte mit Kind(ern)
- Alleinerziehende
 - Zwei Erwachsene mit Kind(ern)

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mangels Masse abgewiesen | Ein Verfahren wird mangels Masse eingestellt, wenn das Vermögen eines Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Die Verfahrenskostenstundung ist nur bei natürlichen Personen möglich.

Nahrungsverbrauch | Der Nahrungsverbrauch bezeichnet die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende, nicht aber die tatsächlich verzehrte Menge.

Private Konsumausgaben | *LWR* | Den größten Teil ihres ausgabefähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Telekommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Die Ermittlung der privaten Konsumausgaben in den Wirtschaftsrechnungen erfolgt auf Grundlage des sogenannten Marktentnahmekonzepts. Das bedeutet, es werden ausschließlich die Ausgaben für Käufe von Waren und Dienstleistungen nachgewiesen, die am Markt realisiert werden (können). Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Gunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb. Der private Konsum nach dem Marktentnahmekonzept umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den eigenen Garten und für die Kleintierhaltung (z. B. für den Kauf von Sämereien oder von Futter).

Bei im Haushalt selbst produzierten oder zubereiteten Gütern erscheint dem Marktentnahmekonzept zufolge nur der Wert der bezogenen Materialien, Substanzen, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs durch die Be- oder Verarbeitung im Haushalt. Ebenfalls nicht erfasst werden Sachgeschenke anderer privater Haushalte. Eine Ausnahme bilden lediglich sogenannte Deputate (z. B. Bier für Brauereibeschäftigte, Energie/Brennstoffe für Beschäftigte im Bergbau und in Energieunternehmen). Diese Sachleistungen werden mit Durchschnittspreisen bewertet und den entsprechenden Ausgaben für den privaten Konsum hinzugerechnet. Güter, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Beschäftigten zu Vorzugspreisen abgeben, werden auch nur in dieser Höhe verbucht.

Die privaten Konsumausgaben enthalten keine Zahlung von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Das Gleiche gilt für die Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie für die Ausgaben zur Bildung von Geldvermögen.

Schulabschluss, höchster | *EU-SILC* | Die Bildungsabschlüsse der Personen werden nach der internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) wie folgt dargestellt:

ISCED 1 bis 2 (niedriger Bildungsabschluss):

- Ohne allgemeinen Schulabschluss, Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch, Haupt-, Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR

ISCED 3 bis 4 (mittlerer Bildungsabschluss):

- Fachhochschulreife, Hochschulreife, Lehrausbildung, Berufsfachschule, Berufsausbildung, Fachoberschule, Berufs-/Technische Oberschule, Duale Berufsausbildung

ISCED 5 bis 8 (hoher Bildungsabschluss):

- Meisterausbildung, Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens, Promotion

Schuldenbereinigungsplan | Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Sozialtransfers | *EU-SILC* | Laufende Transferleistungen, die während des Einkommensbezugszeitraums von staatlichen Einheiten oder von Organisationen ohne Erwerbszweck an private Haushalte gezahlt werden. Hierzu zählen beispielsweise

Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld I, Umschulungszuschüsse, Leistungen für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Bezug oder bei bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsgeld, Rente, Pension, Pflegegeld.

Überschuldete Personen | Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor. Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Unbezahlte Arbeit | *ZVE* | Zur unbezahlten Arbeit zählen zum einen Tätigkeiten der Haushaltsführung wie das Zubereiten von Mahlzeiten, die Instandhaltung von Haus und Wohnung, die Textilpflege, handwerkliche Tätigkeiten und das Einkaufen. Darüber hinaus umfassen die unbezahlten Arbeiten auch die Betreuung von Kindern des Haushalts und von anderen Haushaltsmitgliedern, die Unterstützung von Personen in anderen Haushalten sowie ehrenamtliches und freiwilliges Engagement.

Unerwartet anfallende Ausgaben | *EU-SILC* | Unerwartet anfallende, hohe Ausgaben von mehreren hundert Euro, z. B. Anschaffungskosten für eine neue Waschmaschine oder Beerdigungskosten. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, ob solche Kosten aus eigenen Finanzmitteln bewältigt werden können, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Verbraucherinsolvenzverfahren | Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse).

Ein Verfahren wird *mangels Masse* eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Zeitverwendung aller Personen | *ZVE* | Durchschnittliche Dauer einer Tätigkeit je Tag bezogen auf alle Personen ab zehn Jahren bzw. alle Personen der betrachteten Altersgruppe.

Zeitverwendung von Ausübenden | *ZVE* | Durchschnittliche Dauer einer Tätigkeit je Tag bezogen auf diejenigen Personen, die diese Tätigkeit tatsächlich ausüben. Im Unterschied zu den Durchschnittszeiten aller Personen können die Durchschnittszeiten der Ausübenden nicht addiert oder subtrahiert werden, weil sich diese Zeitangaben auf unterschiedliche Personengruppen beziehen.

Zurechtkommen mit dem Einkommen | *EU-SILC* | Zurechtkommen des Haushalts mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Einbezogen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, wie gut bzw. schlecht er mit dem monatlichen Einkommen zurechtkommt, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Ausstattung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 63211 (EVS) und 63111 (LWR), Daten zu *Einnahmen und Ausgaben* unter Code 63121, Daten zu *Armut* unter Code 63400, Daten zu *Verbraucherinsolvenzen* unter Code 52411, Daten zur *Überschuldung privater Personen* unter Code 63511

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen■ **Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 1	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (LWR)
	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)
Heft 3	Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
Heft 4	Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
Heft 5	Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/15 | Das elektronische Haushaltsbuch in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2015

Datenreport 2016

Kapitel 6.1 | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

■ **Ausstattung**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 2	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (LWR)
Heft 1	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (EVS)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/15 | Das elektronische Haushaltsbuch in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2015

Datenreport 2016

Kapitel 6.1 | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

■ **Zeitverwendung**

Zeitverwendungserhebung – Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen 2012/2013 (Tabellenband)
 Zeitverwendung für Kultur und kulturelle Aktivitäten in Deutschland – Sonderauswertung der ZVE 2012/2013 – Ausgabe 2016
 Wie die Zeit vergeht – Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/13 am 05./06. Oktober 2016 in Wiesbaden.

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 11/14 | Methodik und Durchführung der Zeitverwendungserhebung 2012/2013
 Heft 2/16 | Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte

Mehr zum Thema

■ **Einschätzung der Lebenssituation**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/11 | Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte
LEBEN IN EUROPA 2009
- Heft 2/12 | Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung LEBEN IN EUROPA
- Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011
- Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012
- Heft 10/14 | Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte als Auswahlgrundlage für EU-SILC

STATmagazin

| Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Datenreport 2016

- Kapitel 6.2 | Armutsgefährdung und materielle Entbehrung
- Kapitel 9.1 | Subjektive Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation

■ **Armut**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/12 | Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung „LEBEN IN EUROPA“
- Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
- Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2011
- Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union
Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012
- Heft 10/14 | Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte als Auswahlgrundlage für EU-SILC

STATmagazin

| Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Datenreport 2016

Kapitel 6.2 | Armutsgefährdung und materielle Entbehrung

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt. Sie sind unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abrufbar.

■ **Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen**

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

- Reihe 4.1 | Insolvenzverfahren
- Reihe 4.1.1 | Beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 5 | Statistik zur Überschuldung privater Personen 2016

Mehr zum Thema

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/07 | Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006
- Heft 4/08 | Insolvenzen in Deutschland 2007
- Heft 11/08 | Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen
- Heft 11/13 | Überschuldungsstatistik 2012: die amtliche Statistik zur Situation überschuldeter Personen in Deutschland
- Heft 2/16 | Erstmals hochgerechnete Ergebnisse der Überschuldungsstatistik

STATmagazin

- | Überschuldung – letzter Ausweg die Privatinsolvenz (2008)
- | Überschuldung – mehr als ein gesellschaftliches Randphänomen (2014)

Datenreport 2016

- Kapitel 6.1 | Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung





7 Kultur, Medien, Freizeit

327 Veranstaltungen wurden in der Spielzeit 2014/15 im Schnitt täglich an **Theatern** aufgeführt | In **930 Musikschulen** werden **1,4 Millionen Schülerinnen und Schüler** unterrichtet | Private Haushalte gaben 2015 im Schnitt **252 Euro** monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus | **54 %** der Internetnutzerinnen und Internetnutzer nutzten 2016 **Online-Banking** | Rund **41 000 Menschen** engagieren sich im Bundesfreiwilligendienst, **54 %** davon sind Frauen | **Bund, Länder und Gemeinden** gaben 2013 **9,9 Mrd. Euro** für Kultur aus

*Seite***201 Auf einen Blick****Tabellen****202 Kulturstätten**

Museen | Theater | Buchproduktion | Bibliotheken | Staatliche Archive | Musikschulen | Deutscher Chorverband | UNESCO-Welterbestätten | Goethe-Institut

211 Kulturausgaben

Nach Kulturbereichen | Nach Körperschaften | Nach Ländern | Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

213 Mediennutzung

Internetzugang und Breitbandanschluss | Internetnutzung und -aktivitäten | Fernsehen und Sendeformate | Hörfunk- und Landesrundfunkanstalten | Deutsche Welle und Deutschlandradio

218 Bürgerschaftliches Engagement

Bundesfreiwilligendienst | Stiftungen | Seelsorge

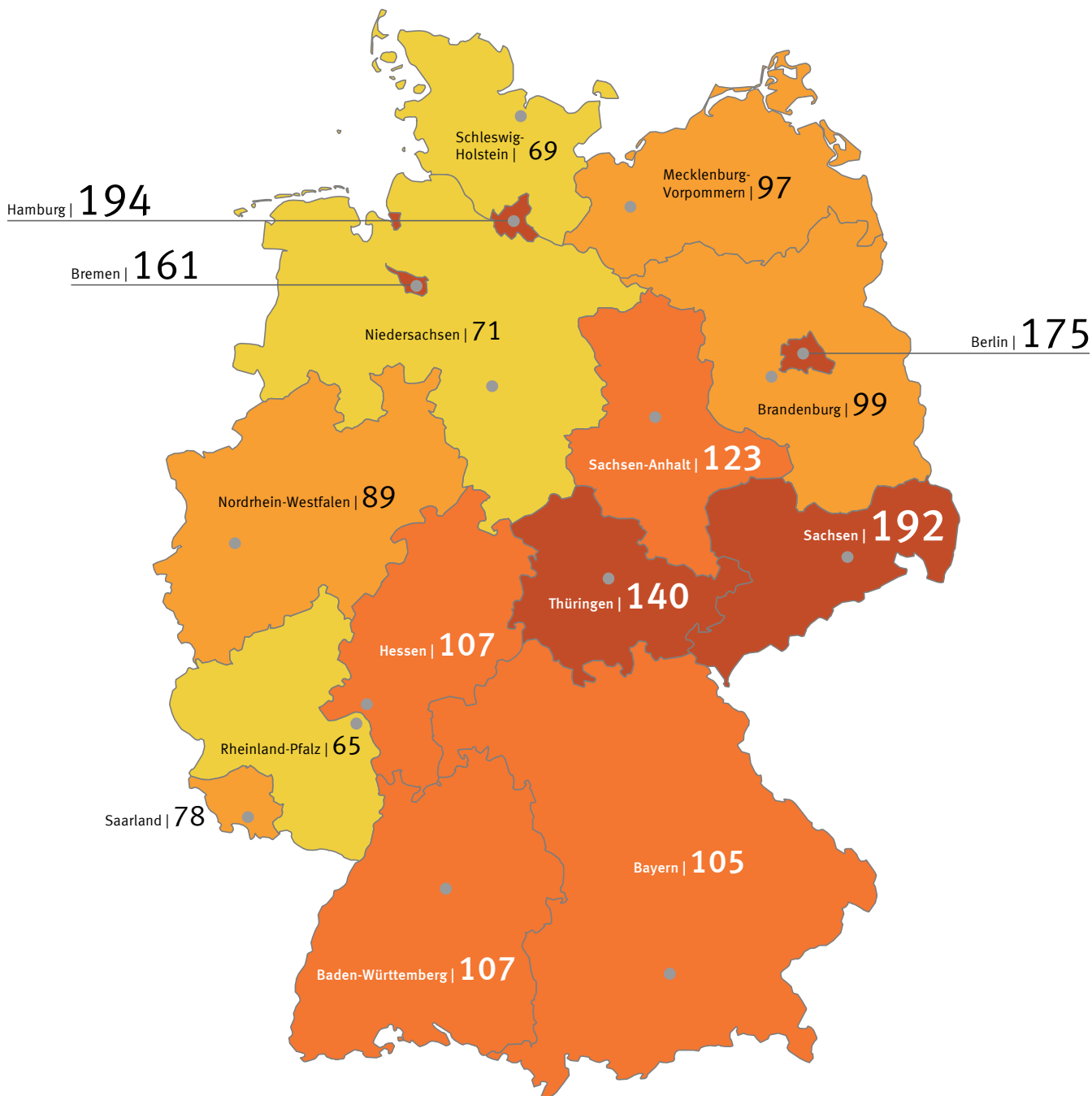
219 Sport

Deutscher Olympischer Sportbund | Spitzenverbände und Mitgliedschaften | Sportabzeichen | Deutsche Sporthilfe | Olympische Spiele | Paralympische Spiele

223 Methodik**226 Glossar****228 Mehr zum Thema**

Öffentliche Ausgaben der Länder (einschl. Gemeinden) für Kultur 2013
 Grundmittel, je Einwohner/-in

■ unter 75 EUR
 ■ 75 bis unter 100 EUR
 ■ 100 bis unter 125 EUR
 ■ 125 EUR und mehr



7.1 Kulturstätten

7.1.1 Museen und Ausstellungen – Träger, Museumsarten und Besuche

	Museen	Ausstellungen	Besuche	Museen	Ausstellungen	Besuche
	2015			2014		
	Anzahl		1 000	Anzahl		1 000
Insgesamt	4 932	9 025	114 423	4 846	9 058	111 984
Träger						
Staatliche Träger	360	591	23 101	387	725	24 024
Lokale Gebietskörperschaften	1 998	4 604	22 685	1 970	4 525	21 936
Andere Formen des öffentlichen Rechts	357	682	26 170	359	748	26 102
Vereine	1 358	1 787	13 134	1 305	1 771	12 861
Gesellschaften/Genossenschaften	239	427	15 065	231	402	13 980
Stiftungen des privaten Rechts	190	442	8 231	182	434	7 554
Privatpersonen	226	147	2 652	215	138	2 419
Mischformen, privat und öffentlich	204	345	3 385	197	315	3 108
Museumsarten						
Historische und archäologische Museen	399	531	21 736	379	534	21 490
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	716	925	11 768	687	920	10 940
Kunstmuseen	540	1 902	19 672	526	1 883	18 800
Naturkundliche Museen	227	345	6 916	212	323	6 884
Naturwissenschaftliche und technische Museen	593	708	18 539	575	728	18 071
Schloss- und Burgmuseen	244	244	13 957	237	248	13 662
Volks- und Heimatkundemuseen	2 110	3 999	15 209	2 126	4 080	15 414
Sonstige museale Einrichtungen	103	371	6 626	104	342	6 723

Alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten **musealen Einrichtungen** werden erfasst. Diese müssen über eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung verfügen. Weitere Informationen finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de

Ohne Museen, die keine Angaben über Besuche machen konnten bzw. geschlossen waren.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

7.1.2 Öffentliche Theater 2014/15

	Gemeinden mit Theatern	Theaterunternehmen		Veranstaltungen am Ort	Gastspiele nach außen	Plätze	Betriebszuschuss je Besuch
		insgesamt	Spielstätten				
	Anzahl						
Deutschland	129	142	814	67 437	7 270	263 706	121,10
Baden-Württemberg	15	14	100	8 043	1 177	33 485	124,60
Bayern	18	21	108	7 700	581	34 705	107,30
Berlin	1	10	41	4 537	203	20 229	114,85
Brandenburg	5	6	29	2 302	297	6 706	112,49
Bremen	2	2	12	1 513	21	1 885	136,00
Hamburg	1	3	12	1 791	105	5 081	118,39
Hessen	6	6	44	3 789	150	12 826	142,48
Mecklenburg-Vorpommern	9	6	49	3 367	321	15 887	98,38
Niedersachsen	9	9	48	5 322	627	16 610	110,47
Nordrhein-Westfalen	22	26	132	9 925	1 067	45 563	125,11
Rheinland-Pfalz	6	6	29	2 047	254	8 613	125,01
Saarland	1	1	5	557	17	2 397	149,60
Sachsen	12	14	80	7 419	984	27 491	131,57
Sachsen-Anhalt	8	8	59	3 937	677	10 319	123,52
Schleswig-Holstein	5	3	20	1 885	323	9 313	116,94
Thüringen	9	7	46	3 303	466	12 596	127,86

Weitere Informationen finden Sie unter www.buehnenverein.de

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V.

7.1 Kulturstätten

7.1.3 Besuchszahlen öffentlicher Theater 2014/15

	Besuche insgesamt	Opern und Tanz	Operetten, Musicals	Schauspiele	Kinder- und Jugendtheater	Konzerte	Sonstige Veranstaltungen ¹
	1 000						
Deutschland	19 143	5 611	2 018	5 385	2 842	1 678	1 608
Baden-Württemberg	2 231	745	146	696	368	168	109
Bayern	2 708	895	279	896	331	161	145
Berlin	1 791	531	477	335	211	135	101
Brandenburg	415	38	40	101	104	51	80
Bremen	293	98	31	94	40	14	17
Hamburg	834	338	–	356	42	28	71
Hessen	1 250	472	76	360	191	104	46
Mecklenburg-Vorpommern	618	109	49	160	113	100	88
Niedersachsen	1 316	308	139	417	230	134	88
Nordrhein-Westfalen	3 077	962	207	900	468	258	282
Rheinland-Pfalz	537	139	78	153	97	39	31
Saarland	192	65	15	45	31	22	13
Sachsen	1 911	479	247	480	280	177	248
Sachsen-Anhalt	702	127	96	102	139	110	128
Schleswig-Holstein	519	129	53	149	90	60	38
Thüringen	749	175	86	140	107	117	124

Die **Besuchszahlen** umfassen die Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort, auch geschlossene Veranstaltungen.

Ohne Theater, die keine Angaben über Besuche machen konnten.

1 Umfasst Figurentheater sowie sonstige Veranstaltungen.

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V.

7.1.4 Privattheater 2014/15

	Gemeinden mit Theater	Privattheater	Veranstaltungen	Besuche ¹	Plätze
	Anzahl			1 000	Anzahl
Deutschland	82	221	51 789	11 449	90 935
Baden-Württemberg	16	34	8 136	1 771	18 731
Bayern	16	33	5 646	699	10 089
Berlin	1	23	7 170	2 291	12 800
Brandenburg	3	6	1 567	92	735
Bremen	1	2	427	42	449
Hamburg	1	23	7 771	3 036	16 732
Hessen	3	17	3 365	593	9 400
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	353	27	328
Niedersachsen	6	12	1 825	189	2 256
Nordrhein-Westfalen	19	47	10 597	2 108	15 263
Rheinland-Pfalz	5	5	1 042	117	888
Saarland	1	1	203	15	159
Sachsen	3	9	2 396	355	1 990
Sachsen-Anhalt	1	1	191	17	90
Schleswig-Holstein	2	4	473	33	333
Thüringen	3	3	627	63	692

1 In der Spielzeit 2014/15 wurden erstmals die STAGE Musicalbetriebe mit erfasst. Der Vergleich von Besuchszahlen ist daher nur eingeschränkt möglich.

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V.

7.1 Kulturstätten

7.1.5 Buchproduktion nach Sachgruppen 2016

	Erstauflage				
	insgesamt	darunter Taschenbücher	Anteil der Taschenbücher	Übersetzungen ins Deutsche	Anteil an allen Übersetzungen
	Anzahl		%	Anzahl	%
Insgesamt ¹	72 820	9 077	12,5	9 882	100
Allgemeines, Informatik, Informationswissenschaft	1 813	72	4,0	91	0,9
Philosophie und Psychologie	4 324	420	9,7	528	5,3
Religion	4 864	482	9,9	543	5,5
Sozialwissenschaften	12 997	828	6,4	444	4,5
Sprache	1 975	107	5,4	20	0,2
Naturwissenschaften und Mathematik	1 656	71	4,3	118	1,2
Technik, Medizin, angew. Wissenschaften	12 164	540	4,4	839	8,5
Künste und Unterhaltung	9 918	958	9,7	1 994	20,2
Literatur	29 706	5 812	19,6	5 737	58,1
Belletristik	13 891	4 781	34,4	3 682	37,3
Kinder- und Jugendliteratur	8 961	840	9,4	1 961	19,8
Schulbücher	4 966	27	0,5	7	0,1
Geschichte und Geografie	6 488	586	9,0	340	3,4

Nur im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen sind hier berücksichtigt. Informationen zur **Buchproduktion** finden Sie unter www.boersenverein.de

1 Die Summe der Sachgruppen ergibt nicht die Gesamtsumme (Doppelzählungen).

Quelle: Deutsche Nationalbibliographie, VLB 2016; Berechnungen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels

7.1.6 Bibliotheken

	Bibliotheken	Bestand ¹	Benutzer/-innen	Entleihungen	Stellen lt. Stellenplan	Ausgaben	
						insgesamt	darunter für Erwerbung
	Anzahl	1 000			Anzahl	1 000 EUR	
Öffentliche Bibliotheken							
2014	7 757	119 000	7 310	354 930	11 036	925 000	101 000
2015	7 623	119 000	7 370	363 220	11 474	972 000	105 000
Wissenschaftliche Bibliotheken							
2014	250	248 189	2 900	88 272	11 396	969 735	316 287
2015	254	256 000	2 940	86 770	11 001	1 013 000	327 000
Wissenschaftliche Bibliotheken 2015 nach Arten							
Hoch-/Fachhochschulbibliotheken	142	18 000	710	16 960	1 281	85 000	41 000
Nationalbibliotheken ²	5	49 000	160	3 520	1 234	152 000	35 000
Regionalbibliotheken	26	22 000	220	8 170	1 093	96 000	15 000
Universitätsbibliotheken	81	167 000	1 850	58 120	7 393	680 000	237 000

Die **Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS)** umfasst alle Bibliothekssparten. Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten. Weitere Informationen finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

1 Bei öffentlichen Bibliotheken: Medien, bei wissenschaftlichen Bibliotheken: Bände und Dissertationen.

2 Einschl. Zentraler Fachbibliotheken.

Quelle: Hochschulbibliothekszentrum, Rechenstand: 31.08.2017

7.1 Kulturstätten

7.1.7 Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2016

	Standorte	Benutzungstage	Personal	Archivalien	
				Zeitraum	Umfang
	Anzahl			Jahrhundert	lfd. Meter
Deutschland	69	179 668	2 206	7.-21.	1 765 745
	Archive des Bundes				
Bundesarchiv	9	37 068	641	15.-21.	338 738
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	4 224	29	19.-21.	27 368
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ..	1	8 453	85	12.-21.	38 000
Zusammen	11	49 745	755	12.-21.	404 106
	Archive der Länder				
Baden-Württemberg	8	11 667	179	9.-21.	152 284
Bayern	9	24 911	200	8.-21.	253 322
Berlin	1	12 118	70	13.-21.	46 900
Brandenburg	1	3 298	54	12.-21.	53 950
Bremen	1	5 233	22	12.-21.	12 850
Hamburg	2	8 157	48	12.-21.	39 526
Hessen	3	7 683	103	8.-21.	163 582
Mecklenburg-Vorpommern	2	2 943	34	12.-21.	34 000
Niedersachsen	7	12 712	165	9.-21.	98 703
Nordrhein-Westfalen	4	10 656	186	7.-21.	154 368
Rheinland-Pfalz	2	4 078	99	9.-21.	74 328
Saarland	1	892	9	12.-21.	15 685
Sachsen	6	12 669	106	10.-21.	104 184
Sachsen-Anhalt	4	4 172	65	10.-21.	51 110
Schleswig-Holstein	1	2 339	38	11.-21.	43 686
Thüringen	6	6 395	73	8.-21.	63 161
Zusammen	58	129 923	1 451	7.-21.	1 361 639

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Quelle: Bundesarchiv

7.1.8 Öffentliche Musikschulen nach Trägerschaft und Finanzierung 2016

	Musikschulen				Finanzierung erfolgt durch			Ausgaben	
	insgesamt	davon in Trägerschaft			Unterrichts- gebühren	öffentliche Mittel	sonstige Einnahmen	insgesamt	darunter Personalkosten
		Kommune	eingetragener Verein	sonstige					
Anzahl	%						1 000 EUR	%	
Deutschland	930	63,4	34,5	2,0	439 883	483 757	29 646	990 835	89,4
Baden-Württemberg	217	61,3	37,3	1,4	108 679	95 863	6 248	218 633	90,9
Bayern	213	64,3	34,7	0,9	63 924	83 209	5 241	152 745	90,4
Berlin	12	100	0,0	0,0	18 088	18 025	333	38 308	93,2
Brandenburg	25	80,0	12,0	8,0	11 796	21 021	381	33 399	87,2
Bremen	2	100	0,0	0,0	1 161	1 958	125	3 676	76,4
Hamburg	2	50,0	50,0	0,0	4 262	9 837	330	14 429	82,4
Hessen	66	16,7	80,3	3,0	35 463	19 850	2 380	58 386	87,5
Mecklenburg-Vorpommern	18	77,8	22,2	0,0	7 343	13 438	317	21 114	86,1
Niedersachsen	74	43,2	55,4	1,4	36 699	38 085	2 561	77 932	88,0
Nordrhein-Westfalen	159	79,9	19,5	0,6	86 259	98 249	6 350	208 928	90,6
Rheinland-Pfalz	42	73,8	21,4	4,8	17 767	17 173	1 878	39 538	92,9
Saarland	8	75,0	25,0	0,0	2 620	2 609	110	5 434	90,8
Sachsen	25	60,0	36,0	4,0	17 707	26 901	1 839	47 479	83,7
Sachsen-Anhalt	21	95,2	4,8	0,0	6 224	16 848	238	23 351	87,6
Schleswig-Holstein	21	19,1	57,1	23,8	13 325	6 804	746	21 468	86,2
Thüringen	25	100	0,0	0,0	8 566	13 888	568	26 015	88,4

Die Zahlen werden auf Basis eines vollständigen Kalenderjahres erhoben.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e. V.

7.1 Kulturstätten

7.1.9 Lehrende und Lernende in öffentlichen Musikschulen 2016

	Lehrkräfte ¹	Schüler/-innen insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren					19 und mehr	ohne Altersangaben
			unter 6	6 – 10	10 – 15	15 – 19			
	Anzahl		%						
Deutschland	38 969	1 412 838	16,9	31,8	26,0	10,6	9,8	4,8	
Baden-Württemberg	7 934	291 039	20,3	29,5	27,2	11,2	6,5	5,4	
Bayern	5 049	191 808	15,0	32,5	27,1	11,3	10,2	4,0	
Berlin	2 334	54 470	22,3	22,2	21,0	10,0	22,1	2,4	
Brandenburg	1 458	47 152	18,6	25,5	28,5	12,3	11,8	3,4	
Bremen	150	4 272	9,6	25,6	31,0	13,6	10,7	9,6	
Hamburg	512	17 883	6,7	56,6	23,0	7,8	4,6	1,4	
Hessen	2 723	93 448	16,3	28,9	27,8	10,2	13,6	3,1	
Mecklenburg-Vorpommern ..	847	23 373	18,1	26,2	27,5	13,9	13,3	0,9	
Niedersachsen	2 833	142 750	23,0	29,3	24,2	9,1	9,1	5,4	
Nordrhein-Westfalen	7 678	324 523	12,0	40,0	24,2	8,6	8,3	6,9	
Rheinland-Pfalz	1 759	57 030	19,2	25,6	27,2	12,0	11,5	4,5	
Saarland	256	7 981	24,3	31,2	22,5	10,2	11,2	0,7	
Sachsen	2 266	67 730	17,7	30,6	25,8	13,0	7,5	5,5	
Sachsen-Anhalt	908	23 440	15,8	26,1	30,2	14,0	11,9	2,1	
Schleswig-Holstein	1 251	37 187	14,0	24,6	28,7	11,5	18,2	3,0	
Thüringen	1 011	28 752	14,2	29,3	29,2	14,8	11,9	0,7	

Die Zahlen werden auf Basis eines vollständigen Kalenderjahres erhoben.

1 Haupt- und nebenberuflich Beschäftigte.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e. V.

7.1.10 Lehrende und Lernende in Freien Musikschulen 2016

Verwaltungsbereich	Freie Musikschulen insgesamt	Lehrkräfte	Schüler/-innen
	Anzahl		
Deutschland	340	6 300	158 000
Nord/Ost ¹	107	1 900	46 000
Süd ²	73	1 400	31 000
Süd/West ³	74	1 000	21 000
West ⁴	86	2 000	60 000

Die Angaben beziehen sich auf die im Bundesverband der Freien Musikschulen e. V. organisierten Musikschulen in Deutschland.

1 Umfasst die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen-Bremen, Nord, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

2 Umfasst den Landesverband Bayern.

3 Umfasst die Landesverbände Baden-Württemberg und Hessen.

4 Umfasst die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

7.1 Kulturstätten

7.1.11 Deutscher Chorverband 2016/17

	Chöre ¹		Mitglieder	
	insgesamt		darunter Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre	
	Anzahl			%
Insgesamt	21 258	1 358 032	150 746	11,1
darunter:				
ACHORDAS	4	114	0	0,0
Baden-Württembergischer Sängerbund e. V.	64	3 000	259	8,6
Badischer Chorverband	2 016	191 547	17 880	9,3
Bayerischer Sängerbund e. V.	680	41 217	8 386	20,4
Brandenburgischer Chorverband e. V.	226	8 997	2 010	22,3
Chorverband Bayerisch-Schwaben e. V.	639	33 316	8 608	25,8
Chorverband Berlin e. V.	292	13 927	3 735	26,8
Chorverband der Pfalz	832	73 218	4 114	5,6
Chorverband Hamburg e. V.	112	5 078	744	14,7
Chorverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.	107	4 425	1 255	28,3
Chorverband Niedersachsen-Bremen e. V.	1 832	71 109	10 400	14,5
Chorverband Nordrhein-Westfalen e. V.	2 760	173 100	17 612	10,1
Chorverband Rheinland-Pfalz e. V.	1 723	113 908	10 401	9,1
Chorverband Sachsen-Anhalt e. V.	456	12 669	2 681	21,1
Deutsche Sängerschaft	22	404	0	0,0
Fachverband Shantychöre Deutschland e. V.	87	3 426	14	0,4
Fränkischer Sängerbund e. V.	1 666	114 329	10 507	9,2
Hessischer Chorverband e. V.	143	8 058	593	7,4
Hessischer Sängerbund e. V.	2 055	151 410	10 943	7,2
Maintal-Sängerbund e. V.	174	21 940	4 498	20,5
Mitteldeutscher Sängerbund e. V.	610	34 274	2 934	8,6
Niedersächsischer Chorverband e. V.	425	22 102	3 920	17,7
Rheinland-Pfälzischer Chorverband e. V. ¹²	45	3 570	54	1,5
Saarländischer Chorverband	324	20 760	2 055	9,9
Sächsischer Chorverband e. V.	277	10 999	1 637	14,9
Sängerbund Schleswig-Holstein e. V.	360	19 000	1 562	8,2
Schwäbischer Chorverband e. V.	2 827	185 350	22 226	12,0
Thüringer Sängerbund	350	11 535	1 717	14,9
Auslandschöre des DCV ¹³	150	5 250	0	0,0

Die Daten werden vom Deutschen Chorverband e. V. nach Angaben seiner Mitgliedsverbände und der zugehörigen Vereine zusammengestellt und berechnet. In die Berechnungen einbezogen werden aktive und fördernde Mitglieder in den Vereinen sowie alle regelmäßig singenden Kinder und Erzieher/-innen in den vom Deutschen Chorverband mit den Qualitätssiegeln „Carusos“ und „Felix“ ausgezeichneten Kindertagesstätten. Diese werden nicht gesondert ausgewiesen, da sie alle einem Mitgliedsverband zugeordnet werden konnten.

1 Einschl. Instrumental- und Tanzgruppen, Instrumentalgruppen, Neigungsgruppen, Pop- und Jazzchöre.
 2 Die Angaben des Rheinland-Pfälzischen Chorverbands e. V. beziehen sich auf 2015/2016.
 3 Die Mitgliedszahlen der Auslandschöre des DCV sind geschätzt: der DCV geht von 35 Sängerinnen und Sängern pro Chor aus.
 Quelle: Deutscher Chorverband e. V.

7.1.12 Versicherte in der Künstlersozialkasse

	Anzahl der Versicherten				
	insgesamt	in den Kunstbereichen			
		Wort	Bildende Kunst	Musik	Darstellende Kunst
2010 ...	168 883	41 830	59 507	46 129	21 417
2011 ...	173 284	42 599	60 767	47 613	22 305
2012 ...	177 219	43 222	62 001	48 856	23 140
2013 ...	179 593	43 358	62 542	49 957	23 736
2014 ...	181 550	43 382	63 131	50 715	24 322
2015 ...	184 046	43 477	63 962	51 527	25 080
2016 ...	185 503	43 029	64 567	52 305	25 602

Die **Künstlersozialkasse** führt das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) durch, das 1983 in Kraft trat. Dieses bietet selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

Quelle: Künstlersozialkasse, Stand: 31.12.2016

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

In Deutschland werden 38 Denkmäler auf der **Welterbeliste der UNESCO** geführt. Sie stehen damit unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die 1972 von der UNESCO verabschiedete Konvention ist das international bedeutendste Instrument, um Kultur- und Naturstätten zu erhalten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen. Denkmäler werden nur dann in die Liste des Welterbes aufgenommen, wenn sie die in der Konvention festgelegten Kriterien der **Einzigartigkeit** und der **Authentizität** (bei Kulturstätten) bzw. der **Integrität** (bei Naturstätten) erfüllen und wenn ein überzeugender **Erhaltungsplan** vorliegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.unesco.de

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Dom zu Aachen	1978	Sakrale Kulturschätze aus spätantiker, karolingischer, ottonischer und staufischer Zeit	Kaiser Karl der Große	790 bis 800	Klassische Antike, Gotik, byzantinische Architektur
Dom zu Speyer	1981	Dom als Hauptwerk romanischer Baukunst in Deutschland	Kaiser Konrad II., Heinrich IV.	1025 bis 1106	Romanische Architektur
Residenz Würzburg	1981	Deckenbild, Wandgemälde, Spiegelkabinett	L. von Hildebrandt, Robert de Cotte, G. Boffrand, B. Neumann, G.B. Tiepolo	1740 bis 1780	Synthese des europäischen Barock, Raumkunstwerk des Rokoko
Wieskirche	1983	Stuckverzierungen, Deckengemälde	D. Zimmermann, J.B. Zimmermann	1745 bis 1754	Bayerisches Rokoko
Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl	1984	Ornamente, Treppe	K. Schlaun, F. Cuvilliers, B. Neumann	1725 bis 1728	Rokoko, herausragende Schlossbaukunst
Dom und St. Michael zu Hildesheim	1985	Historische Ausstattungsstücke, Stuckreliefs	Bischof Bernward von Hildesheim	1010 bis 1022	Religiöse, mittelalterliche Kunst, ottonische u. romanische Kunst
Römerbauten, Dom und Liebfrauenkirche in Trier	1986	Aula Palatina, Kaiserthermen, Porta Nigra	Kaiser Augustus	16 v. Chr. bis ca. 380 n. Chr.	Römerbauten, christliche Nachfolgebauten
Altstadt von Lübeck	1987	Rathaus, Burgkloster, Koberg, Holstentor, Salzspeicher	Heinrich der Löwe	1143 bis 1159	Stadtarchitektur/hochgotische Strukturen des Stadtkerns aus dem 13. Jh.
Schlösser und Parks von Potsdam-Sanssouci	1990, 1999	Bildgalerie, Orangerie, Schloss Charlottenhof, romantische Parks, Schloss Cäcilienhof, russische Kolonie Alexandrowska	Georg Wenzelslaus von Knobelsdorff, Karl-Friedrich Schinkel	1730 bis 1916	Rokokostil, Klassizismus sowie Synthese der Kunstrichtungen des 18. Jh.
Kloster Lorsch	1991	Begräbnisplatz der ostkarolingischen Könige	Gaugraf Cancor	751 bis 768	Vorromanische, karolingische Baukunst
Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar	1992	47 Kirchen und Kapellen, Gildehäuser, historisches Rathaus, Bürgerhäuser mit kunstvoll beschnitztem Fachwerk	Kaiser Heinrich II.	10. Jh. bis 1988	Altstadtkern im romanischen Stil
Altstadt von Bamberg	1993	Domstift, Stadtensemble, u. a. »klein Venedig«, 1 000 Häuser stehen unter Denkmalschutz	Kaiser Heinrich II.	11. bis 18. Jh.	Mittelalterliche Kirchen, barocke Bürgerhäuser
Kloster Maulbronn	1993	Aufwendigster Speisesaal des 13. Jh., Brunnenhaus als Glanzstück der Maulbronner Klosterarchitektur	Zisterzienserorden	1147 gegründet	Oberrheinische Spätromanik, frühgotische Baukunst, Spätgotik
Quedlinburger Altstadt	1994	Stiftskirche Servatii, Fachwerkbau „Alte Klopstock“	Sachsenherzog Heinrich	10. Jh., 1330 verschmolzen Alt- und Neustadt	Romanik, Fachwerkhäuser aus sechs Jahrhunderten, Jugendstilbauten
Völklinger Eisenhütte	1994	Einzigartige industrielle Anlagen zur Veranschaulichung der Roheisenproduktion	Ingenieur Julius Buch	1873	Industrieanlagen aus dem 19. und 20. Jh.
Kölner Dom	1996	Reliquienschrein für Gebeine der Heiligen Drei Könige, Flügelaltäre, ottonisches Gerokreuz	Stephan Lochner schuf Altar der Stadtpatrone	1248 – 1880 einst das größte Gebäude der Welt	Gotische und neogotische Baukunst, Originalbaupläne blieben unverändert
Bauhausstätten in Weimar und Dessau	1996	Haus am Horn in Weimar, Dessauer Bauhaus, Meisterhäuser in Dessau	Walter Gropius, Hannes Meyer, Lazlo Moholy-Nagy, Wassily Kandinsky, Georg Muches	1919 – 1933	Weimarer Bauhaus-Architektur
Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg	1996	Geburts- und Sterbehäuser von Luther, Gedenkstätte als ältestes Geschichtsmuseum im deutschsprachigen Raum	Martin Luther, Philipp Melanchthon	16. Jh.	Spätgotik, Barock
Klassisches Weimar	1998	Goethes und Schillers Wohnhaus, Stadtschloss, Herzogin Anna Amalia Bibliothek	Herzog Karl August, Johann Wolfgang von Goethe	18. – 19. Jh.	Weimarer Klassik
Wartburg	1999	Lutherstube, Bergfried, romanischer Palas, Dürerschrank, Werke von L. Cranach d. Ä.	Graf Ludwig der Springer, Geschlecht der Ludowinger	11. Jh.	Romanik, Gotik, Renaissance und Historismus

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welt-erbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Museumsinsel in Berlin	1999	Pergamon-Museum, Altes und Neues Museum, Bode-Museum, Kunst von Antike bis 19. Jh.	König Friedrich Wilhelm III., König Friedrich Wilhelm IV., Karl Friedrich Schinkel, Friedrich August Stüler	1810 – 1930	Neu-Klassizismus, Renaissance, Barock
Gartenreich Dessau-Wörlitz	2000	Venustempel, Pantheon, Werke von Rubens, van Dyck, Gemälde der Dürerzeit, Werke von Lucas Cranach	Fürst Leopold III., Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Friedrich W. von Erdmannsdorff	1765 – 1800	Klassizismus, Rokoko, Neugotik
Klosterinsel Reichenau	2000	Marienmünster, ottonische Wandmalereien, Handschriften aus 9. – 11. Jh., 40 Codices der Reichenauer Malerschule	Bischof Pirmin, Abt Heito I.	724 – 11. Jh.	Frühmittelalterliche Architektur, Romanik
Industrielle Kulturlandschaft Zollverein in Essen	2001	Bergwerk über Jahrzehnte größte und modernste Steinkohleförderanlage der Welt	Architekten Fritz Schupp, Martin Kremmer	1847	Bauhausstil, Industriekomplex
Altstädte von Stralsund und Wismar	2002	Stralsund: gotisches Rathaus, mächtige Kirchbauten, Katherinenkloster; Wismar: klassizistisches Rathaus, typische Handelshäuser (»Alter Schwede«, »Dielenhaus«)	–	14. Jh.	Hansestädte aus der Blütezeit des Städtebundes mit mittelalterlichen Stadtkernen und zum Teil einzigartigen Sakralbauten
Oberes Mittelrheintal	2002	Enges Flusstal zwischen Bingen, Rudesheim und Koblenz, über dem bei St. Goarshausen die Loreley thront, im Wechselspiel von Natur und Mensch geformte Kulturlandschaft mit Weinterrassen und Burgen	–	–	Seit zwei Jahrtausenden einer der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen Mittelmeerregion und dem Norden Europas, Kulturlandschaft von großer Vielfalt und Schönheit
Rathaus und Rolandstatue in Bremen	2004	Rathaus als Saalgeschossbau und Fassade gehört zur eindrucksvollsten Schöpfung deutscher Renaissance, Rolandstatue ist die älteste noch am Platz erhaltene Statue in Deutschland	Lüder von Bentheim, Vredemann de Vries	15. – 17. Jh.	Gotik und Weser-Renaissance
Muskauer Park (Park Muzakowski)	2004	Das gemeinsame polnisch-deutsche Kulturerbe umfasst Schloss-, Bade- und Bergpark, Arboretum und Braunsdorfer Felder	Fürst Hermann von Pückler-Muskau	1815 – 1844	Durch Mittel der „Naturmalerei“ beeinflusste Landschaftsarchitektur
Obergermanisch-rätischer Limes	2005	Überreste antiker Grenzanlagen, u. a. Kastell Saalburg, Wachtürme, Erdwall, Graben und Holzpalisaden etc.	Römisches Imperium schuf in Süd- und Südwestdeutschland eine 550 km lange Militärgrenze von der Donau bis zum Rhein	100 – 160 n. Chr.	Römische Bauten und Grenzanlagen als technisches Bauwerk von z. T. hoher Ingenieurkunst
Altstadt von Regensburg mit Stadttamhof	2006	Patrizierhäuser, Geschlechtertürme, Dom, alte Steinbrücke, Minoriten- und Dominikanerkirche, größtes Ensemble und am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland	Patrizierfamilien	11. – 14. Jh.	Französische Kathedralgotik, mittelalterliche Glasmalerei, überragende Ingenieurleistung mit der steinernen Brücke über die Donau
Sechs Wohnsiedlungen der Berliner Moderne aus dem frühen 20. Jh.	2008	Gartenstadt Falkenberg (Trepow), Schillerpark-Siedlung (Wedding), Großsiedlung Britz (Neukölln), Wohnstadt Carl Legien (Prenzlauer Berg), Weiße Stadt (Reinickendorf), Großsiedlung Siemensstadt (Charlottenburg und Spandau)	Bruno Taut, Ludwig Lesser, Leberecht Migge und andere	1914 – 1934	Wendepunkt im Städtebau nach dem ersten Weltkrieg. Ästhetische Vorstellungen von Avantgarde aus Kunst und Kultur verbunden mit sozialen Ideen
Fagus-Werk in Alfeld	2011	Fabrikanlage, gilt als Ursprungswerk der modernen Industriearchitektur	Architekten Walter Gropius, Adolf Meyer, Peter Neufert (Erweiterung)	1911 – 1925, Erweiterung 1938	Moderne
Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen	2011	Grenzüberschreitendes archäologisches Erbe von 111 Pfahlbaufundstellen in sechs Alpenländern, davon 18 Fundstellen in Baden-Württemberg und Bayern, bedeutendste Funde sind älteste Textilien und Radfunde Europas aus der Zeit um 3000 v. Chr.	–	ab ca. 5000 v. Chr.	Erkenntnisse zu Handel und Mobilität in Siedelgemeinschaften der Jungsteinzeit wie der Metallzeiten
Markgräfliches Opernhaus Bayreuth	2012	Einzigartiges Monument der europäischen Fest- und Musikkultur des Barock	Theaterarchitekt Giuseppe Galli Bibiena	1746 – 1750	Barocke Theaterkultur
Bergpark Wilhelmshöhe	2013	Größter Bergpark Europas, u. a. mit Herkules, Wasserspielen, Schloss Wilhelmshöhe und seinen Sammlungen, Löwenburg	Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, Baumeister: v. a. Giovanni Francesco Guerniero	von 1696 bis ins 19. Jh.	Barockes Gesamtkunstwerk der Gartenarchitektur, Kunst- und Technikgeschichte, einzigartiges Beispiel für die Landschaftsarchitektur des Europäischen Absolutismus

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschatzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Karolingisches Westwerk und Civitas Corvey	2014	Kloster, ein der Basilika westlich vorgesetzter Kirchenraum aus roten Bruchsteinmauerwerk mit zwei Fassadentürmen und einem zentralen mittleren Turm, farbige Wandmalereien u. a. mit Ornamentbändern, Zeichnungen und Mustern, mythologische Figuren mit Bezug zur Antike sowie zur Kirche, Wiederaufbau im barocken Stil nach der Zerstörung der Stadt Corvey in 1265	Herrscherfamilie der Karolinger	822 gegründet, 873 bis 995 durch Westwerk erweitert	Einziges Modell karolingischer Architektur mit antiken Vorbildern, Barock
Hamburger Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus . . .	2015	Das größte zusammenhängende, einheitlich geprägte Speicherensemble der Welt vermittelt in einzigartiger Weise die maritime Industriearchitektur des Historismus und Modernismus. Das benachbarte Kontorhausviertel steht für moderne Architektur und Städtebau. Architektonisch bedeutsam ist das von Fritz Höger errichtete Chilehaus	Fritz Höger, Franz Andreas Meyer, Architekten Hanssen und Meyer	1885 bis 1927	Moderne Backsteinarchitektur, neugotische Form der Hannoverschen Bauschule
Stuttgarter Weissenhof-Siedlung	2016	Die beiden Häuser gehören zu einer Serie von 17 Bauten und Ensembles des Werkes von Le Corbusier, die sich u. a. in Frankreich, Indien, Japan und Argentinien befinden. Zentrale Merkmale sind der Dachgarten, ein verschiebbares Langfenster, freie Grundrissgestaltung, Stützen statt massiver Mauern als tragende Konstruktion, freie Fassadengestaltung	Le Corbusier (Charles-Edouard Jeanneret-Gris)	1927	Werke verkörpern typologisch den radikalen Bruch mit vormals verwendeten Stilen, Designs, Methoden, Technologien und Bautechniken; Symbol für damalige Erfindung einer neuen Architektursprache auf globaler Ebene

Stand: Juli 2016.
Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1.14 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Naturstätten

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Integrität	Charakteristika	Beschreibung
Grube Messel	1995	Eine der weltweit ergiebigsten Fossilienlagerstätten	Fundstelle dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde vor 49 Millionen Jahren	Aufnahme durch die UNESCO in die Welterbeliste als erstes deutsches Naturdenkmal
Deutsches Wattenmeer	2009	Das Wattenmeer bietet Lebensraum für ca. 10 000 Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen auf der weltweit größten zusammenhängenden Sand- und Schlickfläche	Das Wattenmeer entstand vor ca. 7 500 Jahren. Es ist mit rund 11 500 Quadratkilometern eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde	Das Wattenmeer wurde als grenzüberschreitende Weltnaturerbestätte in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Es umfasst Gebiete der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands; deutsche Nordseeküste (die Wattenmeer-Nationalparks Niedersachsens, Schleswig-Holsteins, Hamburgs (Erweiterung 2011) und zusätzlicher deutscher Offshore-Gebiete (2014)) sowie das niederländische und das dänische Wattenmeer-Schutzgebiet
Alte Buchenwälder Deutschlands	2011	Wertvollste verbliebene Reste naturnaher Tiefland-Buchenwälder	Die fünf deutschen Buchenwaldgebiete wurden als serielle Erweiterung der Naturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten“ in die Welterbeliste aufgenommen. Sie repräsentieren die unterschiedlichen Formen, Standorte und biogeografische Geschichte der Buchenwälder in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel	Grumsiner Forst (Brandenburg), Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen), Nationalpark Jasmund und Serrahner Buchenwald im Müritznationalpark (Mecklenburg-Vorpommern), Nationalpark Hainich (Thüringen)

Stand: Juni 2016.
Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten
7.1.15 Goethe-Institut 2016

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

	Institute und Verbindungsbüros ¹⁾	Personal ²⁾	Kultur und Information: Veranstaltungen und Seminare	Bildungs Kooperation Deutsch: Veranstaltungen und Seminare	Deutschkurse und Prüfungen		
					verkaufte Unterrichtseinheiten ³⁾	Kurseinschreibungen	Prüfungsteilnehmende gesamt
Insgesamt	159	2 493	29 798	17 695	20 603 913	277 533	459 520
Mitteleuropa	9	130	2 378	1 616	617 732	11 823	9 707
Nordafrika/Nahost	15	242	3 002	876	2 019 564	26 852	39 453
Nordamerika	11	122	3 157	571	524 742	11 228	9 684
Nordwesteuropa	9	96	2 634	1 202	318 150	6 838	9 406
Ostasien (mit China)	9	159	1 329	1 189	1 378 004	23 379	33 661
Osteuropa/Zentralasien	8	230	2 515	3 064	1 590 561	22 155	35 621
Region Deutschland	12	282	46	109	2 377 295	35 776	36 584 ⁴⁾
Subsahara-Afrika	15	142	1 632	764	1 516 340	12 746	27 009
Südamerika	13	237	2 560	781	1 551 353	26 117	10 651
Südostasien	11	187	2 094	729	3 080 512	20 505	70 047
Südostasien/Australien/Neuseeland ..	12	199	2 317	1 015	2 812 393	33 774	33 384
Südosteuropa	12	216	2 582	1 793	1 727 790	25 235	86 498
Südwesteuropa	23	251	3 552	3 986	1 089 477	21 105	57 815

1 Zur Vereinheitlichung der Zählweise beinhaltet die Gesamtzahl die Gesamtzahl der Goethe-Institute und Verbindungsbüros im Ausland sowie die Goethe-Institute in Deutschland. Präsenzen, die sich ausschließlich im Arbeitsfeld Deutschkurse und Prüfungen betätigen, sind keine Vollinstitute und werden bei der Gesamtzahl der Goethe-Institute nicht berücksichtigt. Abweichende Angaben in früheren Darstellungen erklären sich aus der angepassten Zählweise.

2 In Beschäftigungsumfängen (ohne Zentrale).

3 Anzahl der insgesamt an Kursteilnehmende verkauften Unterrichtseinheiten. Bsp.: In einem Deutschkurs, der 50 Unterrichtseinheiten umfasst und von 10 Kursteilnehmenden besucht wird, werden 500 Unterrichtseinheiten verkauft (50 Unterrichtseinheiten * 10 Kursteilnehmende).

4 Ohne Prüfungskooperationspartner in Deutschland und in der Schweiz.

Quelle: Goethe-Institut e. V.

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

	2006	2010	2011	2012	2014	2015
EUR je Haushalt und Monat						
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	233	236	244	245	248	252
darunter:						
Ton- und Bildempfangs-, -aufnahme- und -wiedergabegeräte	8	10	9	8	6	5
Foto-, Filmausrüstungen und optische Geräte	3	3	3	3	3	2
Informationsverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads) ..	13	15	12	11	13	11
Ton-, Bild- u. a. Datenträger (einschl. Downloads)	8	7	7	7	6	6
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	53	54	56	58	61	62
darunter:						
Besuch von Kino-, Theater-, Konzert-, Zirkus- u. ä. Veranstaltungen ..	8	8	9	9	10	11
Besuch von Museen, Bibliotheken, zoologischen und botanischen Gärten u. ä.	2	3	3	3	3	3
Bücher	13	11	12	12	10	10
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	21	22	22	20	20
%						
Anteil der privaten Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten privaten Konsumausgaben	11,1	10,9	10,8	10,6	10,4	10,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). – 2008 und 2013 fand keine LWR-Erhebung statt.

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Kulturbereichen, Körperschaften und Ländern 2013

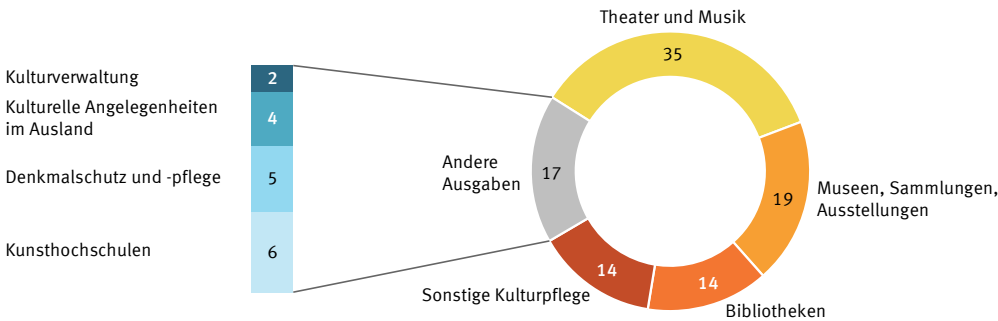
Die Kulturausgaben werden nach dem **Grundmittelkonzept** berechnet. Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich.

	Kulturausgaben									
	je Einwohner/-in ¹	insgesamt	davon für die Bereiche							
			Theater und Musik	Bibliotheken	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	Denkmalschutz und Denkmalpflege	Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	Kunsthochschulen	Sonstige Kulturpflege	Kulturverwaltung
EUR	Mill. EUR	%								
Deutschland	122,50	9 892,0	35,0	14,4	19,4	5,0	4,0	5,6	14,1	2,5
nach Körperschaftsgruppen										
Bund	16,65	1 344,4	2,0	22,6	22,8	6,3	29,5	0,0	16,8	0,0
Länder	50,16	4 051,7	38,8	10,3	14,1	5,8	0,1	13,7	12,8	4,3
Gemeinden/Zweckverbände ..	55,66	4 495,9	41,4	15,7	23,1	3,8	0,0	0,0	14,5	1,5
nach Ländern (einschl. Gemeinden/Zweckverbänden)										
Baden-Württemberg	107,08	1 138,5	40,4	13,4	18,7	4,2	0,3	7,4	13,8	1,8
Bayern	104,72	1 319,9	38,3	14,3	20,4	6,1	0,0	5,1	10,0	5,8
Berlin	175,06	599,0	51,8	10,9	12,3	5,3	-0,7	12,8	4,9	2,8
Brandenburg ²	99,30	243,2	15,6	14,2	10,2	11,5	0,0	5,6	42,0	1,0
Bremen	160,64	105,6	49,3	11,5	17,6	0,4	0,0	11,9	7,1	2,1
Hamburg	193,91	338,6	53,7	14,5	14,0	2,0	0,0	7,5	6,0	2,2
Hessen	106,60	644,4	35,8	13,8	16,2	1,9	0,0	4,5	18,1	9,8
Mecklenburg-Vorpommern	97,32	155,4	41,2	9,9	23,4	-2,0	0,2	4,2	16,5	6,6
Niedersachsen	71,44	556,6	38,7	18,5	19,9	4,2	0,1	6,0	11,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	88,83	1 560,9	42,0	12,6	22,6	4,0	0,0	7,2	11,5	0,1
Rheinland-Pfalz	64,88	259,1	37,9	18,1	21,3	6,6	0,1	0,0	16,0	0,0
Saarland	77,84	77,1	37,4	8,1	15,4	4,9	0,3	11,5	22,4	0,0
Sachsen	191,73	775,8	36,0	9,6	18,2	6,4	0,0	5,6	22,3	1,9
Sachsen-Anhalt	123,26	276,7	41,1	9,8	21,8	4,7	0,0	5,5	16,9	0,2
Schleswig-Holstein	68,71	193,5	37,3	17,5	14,5	4,6	1,1	7,4	17,2	0,5
Thüringen	140,36	303,3	42,8	9,1	20,9	8,5	0,0	4,6	7,7	6,4

1 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 31.12.2015.
 2 Im Landeshaushalt Brandenburg wird ein Teil der Fördermittel für Theater im Kulturbereich „sonstige Kulturpflege“ nachgewiesen.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht 2016

Öffentliche Ausgaben für Kultur 2013

Grundmittel, in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht 2016

2017 - 01 - 0231

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.3 Mediennutzung

Weitere Informationen zu IKT in Unternehmen siehe Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“

7.3.1 Ausstattung privater Haushalte mit Internetzugang und Breitbandanschluss 2016

	Haushalte	Haushalte mit Internetzugang 2016	Haushalte mit Breitbandanschluss (z. B. DSL) 2016
	1 000	%	%
Deutschland	40 255	87	85
Früheres Bundesgebiet ¹	31 796	88	85
Neue Länder einschl. Berlin	8 459	86	83
Haushalte mit ... und ohne Kind^{1,2}			
1 Person	16 531	78	74
2 Personen	13 141	89	87
3 und mehr Personen	3 404	99	97
Haushalte mit ... und mindestens einem Kind^{1,2}			
1 Person	1 055	98	97
2 Personen	4 885	100	98
3 und mehr Personen	1 239	100	98
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR			
unter 1 300	9 418	74	70
1 300 – 2 000	9 367	83	80
2 000 – 3 200	10 729	92	89
3 200 und mehr	10 742	99	97

Haushalte mit **Breitbandanschluss** nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrates, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z. B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsggebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

- 1 Ohne Angaben für Berlin.
- 2 Kind/er unter 16 Jahren.

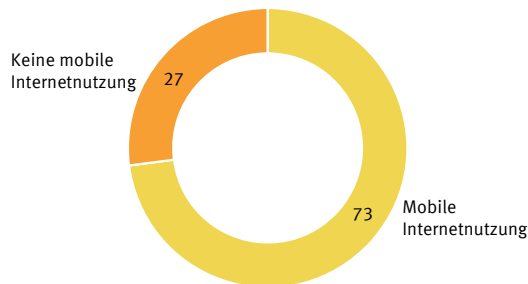
7.3.2 Private Internetnutzung von Personen

	2011	2013	2014	2015	2016
	%				
Insgesamt	76	79	80	82	84
Männlich	81	83	85	86	87
10 bis 15 Jahre	95	96	97	97	97
16 bis 24 Jahre	98	98	98	99	99
25 bis 44 Jahre	96	96	97	97	98
45 bis 64 Jahre	82	84	87	88	90
65 und mehr	43	48	51	55	60
Weiblich	72	75	76	78	81
10 bis 15 Jahre	96	96	97	97	98
16 bis 24 Jahre	99	99	99	99	99
25 bis 44 Jahre	96	97	98	98	98
45 bis 64 Jahre	75	80	82	86	90
65 und mehr	22	28	32	35	42
nach sozialer Stellung					
Erwerbstätige ¹	93	94	95	95	97
Arbeitslose	75	79	77	82	79
Schüler/-innen und Studierende	99	99	99	99	100
Rentner/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ^{1,2}	42	46	50	53	59

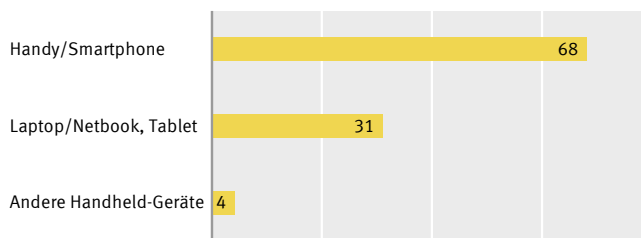
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nichterwerbstätige Personen.

Personen mit Internetnutzung im 1. Quartal 2016 in %



Verwendete Geräte für die mobile Internetnutzung¹ 2016 in %



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

- 1 Mehrfachnennungen möglich.

2017 - 01 - 0232

7.3 Mediennutzung
7.3.3 Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2016

	Personen	Internetaktivitäten zu privaten Zwecken in den letzten drei Monaten						
		Senden oder Empfangen von E-Mails	Teilnahme an sozialen Netzwerken im Internet für private Kommunikation	Telefonieren/ Videotelefonate	Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen	Nutzung von Reisedienstleistungen	Verkauf von Waren und Dienstleistungen	Online-Banking
	1 000	%						
Insgesamt	61 970	90	55	32	89	57	30	54
Männlich	31 501	90	54	35	89	56	32	57
10 bis 15 Jahre	2 198	56	58	44	56	9	(5)	/
16 bis 24 Jahre	3 896	93	89	53	88	39	24	43
25 bis 44 Jahre	10 023	95	67	38	94	62	43	75
45 bis 64 Jahre	10 846	91	42	27	92	63	33	60
65 und mehr	4 538	91	23	24	89	63	21	50
Weiblich	30 469	90	56	29	89	58	28	51
10 bis 15 Jahre	2 075	57	67	38	58	11	(5)	/
16 bis 24 Jahre	3 628	95	89	48	88	57	22	41
25 bis 44 Jahre	9 855	96	71	29	95	67	43	72
45 bis 64 Jahre	10 896	91	41	23	91	63	28	52
65 und mehr	4 015	88	20	19	82	53	11	34
nach sozialer Stellung								
Erwerbstätige ¹	37 820	94	58	31	94	65	37	65
Arbeitslose	2 144	87	60	23	81	38	29	51
Schüler/-innen und Studierende	4 274	95	89	55	90	54	23	42
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	13 459	88	33	24	87	55	21	45

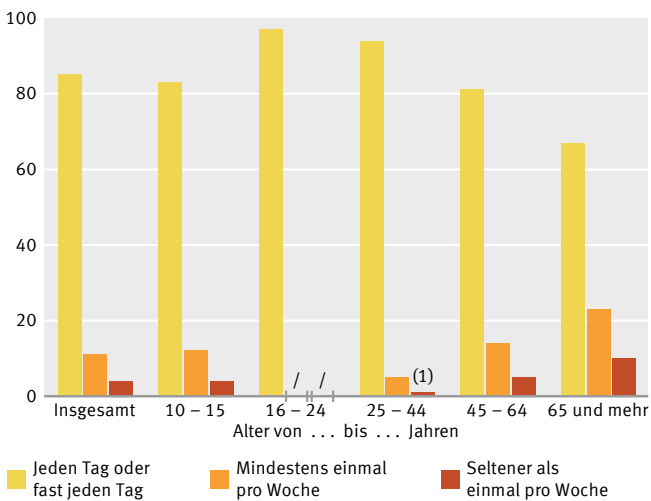
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

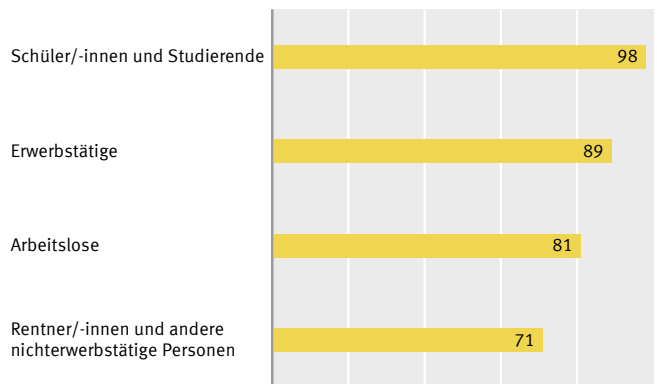
Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2016

in %

Insgesamt und nach Altersgruppen



Nach der sozialen Stellung



Nutzung „Jeden Tag oder fast jeden Tag“.

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

2017 - 01- 0233

7.3 Mediennutzung

7.3.4 Private Einkäufe und Bestellungen über das Internet 2016

	Personen	Art der Waren und Dienstleistungen, die für den privaten Gebrauch in den letzten zwölf Monaten gekauft/bestellt wurden									
		Private Ge- brauchsgüter (z. B. Möbel, Spielzeug)	Filme, Musik	Bücher (auch elek- tronische), Zeitungen, Zeitschriften	Computer und Zubehör	Kleidung, Sportartikel	Elektronika- rtikel (einschl. Kameras)	Telekom- munikations- dienste	Urlaubsunter- künfte (z. B. Zimmerreser- vierung in Hotels)	Andere Dienstleis- tungen für Urlaubsrei- sen (z. B. Fahrkarten)	Arzneimittel
	1 000	%									
Insgesamt	47 769	52	29	41	21	64	24	22	41	28	29
10 bis 15 Jahre	1 143	21	32	24	(12)	55	17	(10)	/	/	/
16 bis 24 Jahre	6 104	28	35	28	21	70	25	18	24	23	9
25 bis 44 Jahre	18 110	62	38	47	24	72	31	25	44	31	31
45 bis 64 Jahre	17 231	53	23	42	19	60	21	21	47	30	34
65 und mehr	5 181	46	9	38	18	45	13	19	41	26	40
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹	32 676	56	32	43	22	68	27	23	47	32	30
Arbeitslose	1 546	48	28	34	23	55	22	24	16	(14)	21
Schüler/-innen und Studierende	3 484	31	33	41	26	66	26	22	26	27	11
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	8 920	51	15	39	17	53	16	19	37	23	38

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

7.3.5 Leinwände und Filmbesuche

Alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft werden durch die Filmförderungsanstalt erfasst und ausgewertet. Die Ergebnisse werden im FFA Info sowie im Geschäftsbericht veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.ffa.de

	Einheit	2014	2015	2016
Leinwände	Anzahl	4 637	4 692	4 739
Sitzplätze	Anzahl	782 742	786 356	787 755
Filmbesuche insgesamt	Mill.	121,7	139,2	121,1
Filmbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	1,50	1,71	1,47
Durchschnittlicher Eintrittspreis	EUR	8,05	8,39	8,45
Bruttoeinnahmen	Mill. EUR	979,7	1 167,1	1 023,0
Filmabgabe	Mill. EUR	24,5	28,4	26,3
Nettoeinnahmen (einschl. Mehrwertsteuer)	Mill. EUR	955,1	1 138,7	996,6

Quelle: Filmförderungsanstalt

7.3.6 Filmproduktion

	2014	2015	2016
Spielfilme ¹ insgesamt	149	145	166
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	31	32	34
wertvoll	7	11	13
Dokumentarfilme	85	91	90
Deutsche Kurzfilme ² insgesamt	109	105	116
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	45	38	57
wertvoll	29	28	34
Deutsche Werbefilme ³	1 118	2 012	2 074

Die Steigerung der deutschen Werbefilme in den Jahren 2014 und 2015 erklärt sich durch die vermehrte Einreichung von Ortswerbung bei der FSK.

- 1 Abendfüllende Filme, einschl. deutsch/ausländischer Koproduktionen sowie Kinder- und Jugendfilme.
- 2 Kultur-, Dokumentar-, Spiel- und Wirtschaftsfilme, die der Filmbewertungsstelle Wiesbaden vorgelegt wurden.
- 3 Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) geprüfte Filme.

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V.

7.3 Mediennutzung

7.3.7 Fernsehen ARD: Dritte Programme und Das Erste 2016

	BR	HR	MDR	NDR/RB	RBB	SR/SWR	WDR	Durchschnitt der Sendezeiten aller Dritten Programme zusammen ¹	Das Erste ²
Sendezeit in %									
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Politik und Gesellschaft ..	16,0	22,4	28,5	53,4	36,7	34,9	53,9	35,1	30,6
Kultur und Wissenschaft ..	19,0	5,5	13,9	12,4	7,2	14,5	9,4	11,7	2,6
Religion	1,2	0,9	1,5	0,1	1,1	0,4	0,4	0,8	0,5
Sport	4,2	1,7	4,1	1,6	1,1	2,7	1,0	2,4	8,9
Fernsehspiel	17,5	4,7	9,8	5,8	13,8	4,1	6,4	8,9	5,5
Spielfilme	16,2	17,5	10,9	6,0	6,0	5,2	2,0	9,1	17,5
Unterhaltung	7,9	16,3	11,3	9,9	9,3	20,9	9,8	12,2	8,2
Musik	1,0	0,0	0,3	0,6	0,3	0,5	2,0	0,7	0,1
Familie	13,7	15,6	16,0	7,5	15,0	10,8	5,7	12,1	21,7
Bildung und Beratung ...	0,4	13,6	0,5	0,2	5,6	2,9	8,0	4,5	0,0
Spot/Überleitung	2,8	1,7	3,2	2,6	3,9	3,0	1,3	2,6	3,4
Werbung ³	-	-	-	-	-	-	-	-	1,1

Aus rechentechnischen Gründen kann es in der Tabelle zu Rundungsdifferenzen kommen.

1 Da die Zahl der Sendeminuten der Dritten Programme unterschiedlich ist, bestimmt sich der Durchschnitt der Sendezeiten aller Dritten Programme für die jeweiligen Sparten als das gewogene arithmetische Mittel der anteiligen Sendezeiten der Dritten Programme.

2 Einschl. Vormittags- und Vorabend-Programm.

3 „Werbung“ betrifft nur Das Erste, da die Dritten Programme keine Werbung ausstrahlen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.8 ZDF nach Sendeformaten 2016

	Sendezeit in %	Weitere Informationen finden Sie unter www.zdf.de
Insgesamt	100	
Information	42,1	
Fiction (ohne Kinderprogramm)	31,6	
Unterhaltung	8,9	
Sport	7,1	
Kinderprogramm	5,8	
Programmpräsentation ...	2,2	
Werbung	1,2	
Übertragungen	0,6	
Konzert- und Bühnendarbietung	0,3	
Mainzelmänncheninserts ..	0,2	
Sponsorenhinweise	0,1	

Quelle: Zweites Deutsches Fernsehen

7.3.9 Marktanteile der Fernsehsender 2016

	%	Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de
ZDF	13,0	
ARD Dritte ¹	12,1	
ARD Das Erste	12,1	
RTL	9,7	
SAT 1	7,3	
VOX	5,2	
Pro Sieben	5,0	
kabel eins	3,8	
RTL II	3,5	
ZDFneo	2,1	
SUPER RTL	1,8	
SAT 1 Gold	1,4	
RTL Nitro	1,3	
3SAT	1,2	
ZDFinfo	1,2	
N24	1,2	
SKY-Sender ²	1,2	
ARD/ZDF Kinderkanal	1,1	
Phoenix	1,1	
n-tv	1,1	
arte	1,0	
Sonstige ³	1,0	

Marktanteile im Tagesdurchschnitt.

1 Weitere 37 Sender und alle Dritten einschl. Regionalsender.

2 Weitere 36 Sender.

3 Unter anderem DMAX, Tele 5, sixx, Sport 1, Eurosport, ProSieben MAXX, COMEDY CENTRAL, Deluxe Music, N24 Doku.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), TV Scope

7 Kultur, Medien, Freizeit
 7.3 Mediennutzung
 7.3.10 Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer nach Altersgruppen

	Zuschauer/-innen insgesamt	Davon im Alter von ... bis ...		
		3 – 13 Jahre	14 – 49 Jahre	50 Jahre und mehr
	Minuten			
1995 ...	175	95	156	225
2000 ...	190	97	169	247
2005 ...	211	91	185	277
2006 ...	212	90	184	278
2007 ...	208	87	178	275
2008 ...	207	86	178	273
2009 ...	212	88	182	279
2010 ...	223	93	192	290
2011 ...	225	93	192	293
2012 ...	222	90	187	291
2013 ...	221	89	182	291
2014 ...	221	88	181	291
2015 ...	223	82	176	301
2016 ...	223	79	171	311

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), TV Scope, ab 1992 = Deutschland insgesamt, ab 2001 Fernsehpanel D+EU

7.3.11 Landesrundfunkanstalten 2016

Jede der Landesrundfunkanstalten bietet in ihrem Sendegebiet mehrere Hörfunkprogramme an. Weitere Informationen finden Sie unter www.ard.de

	Insgesamt	Musiksendungen				Wortsendungen				Werbefunk
		zusammen	Rock-/Popmusik	Unterhaltungsmusik	Klassik	zusammen	Information und Service	Kultur und Bildung	Unterhaltung	
		Stunden	%	% der Musiksendungen		%	% der Wortsendungen			
Insgesamt	501 333	55,0	26,8	17,0	11,2	44,2	29,8	7,6	6,8	0,8
Bayerischer Rundfunk	45 582	47,7	22,1	6,5	19,1	51,6	37,8	10,7	3,1	0,7
Hessischer Rundfunk	52 875	60,1	36,2	12,4	11,5	38,6	26,6	4,7	7,3	1,2
Mitteldeutscher Rundfunk	65 233	60,9	20,6	35,0	5,3	38,4	28,2	3,6	6,6	0,7
Norddeutscher Rundfunk	71 466	28,0	16,5	4,8	6,7	71,7	36,5	11,7	23,5	0,3
Radio Bremen	35 136	52,7	31,7	12,2	8,8	46,1	28,4	14,9	2,8	1,1
Rundfunk Berlin-Brandenburg ..	65 551	50,1	21,7	13,7	14,7	49,1	43,9	3,6	1,6	0,8
Saarländischer Rundfunk	35 136	81,6	43,8	19,0	18,8	17,2	13,1	4,0	0,1	1,2
Südwestfunk	76 911	65,2	36,0	22,5	6,7	33,8	23,0	4,8	6,0	0,9
Westdeutscher Rundfunk	53 443	60,5	21,8	22,5	16,2	38,8	23,2	14,1	1,5	0,8

Aus rechentechnischen Gründen kann es in der Tabelle zu Rundungsdifferenzen kommen.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.12 Deutsche Welle und Deutschlandradio 2016

	Deutsche Welle ¹		Deutschlandradio ^{1,2}					
	fremdsprachiges Programm		Deutschlandradio Kultur		Deutschlandfunk		DRadio Wissen	
	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%
Insgesamt	4 547	100	9 353	100	9 353	100	8 784	100
Wortsendungen ...	4 547	100	5 753	62	7 676	82	3 139	36
Musiksendungen ..	0	0	3 600	38	1 677	18	5 645	64

Deutschlandradio mit seinen Programmen Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova sendet bundesweit. Die Deutsche Welle sendet Programme in fremden Sprachen sowohl in Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

1 Bundesrundfunkanstalt.

2 Bei Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk sind es mehr Sendestunden als bei Deutschlandfunk Nova, weil dort auch die Sondersendungen mitberechnet werden; 2016 auch Mittelwelle+Langwelle, sowie der Livestream unter www.deutschlandradio.de und im Digitalradio: DAB+ und DVB-S (ZDFvision).

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.1 Bundesfreiwilligendienst – Freiwillige im Mai 2017

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren.

	Freiwillige		Davon		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	je 100 000 Einwohner/-innen ¹			unter 27		27 – 51		51 – 65		65 und mehr	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
Deutschland	40 613	49	18 838	21 775	13 184	15 720	3 339	3 754	2 109	2 150	206	151
Baden-Württemberg	5 339	49	2 535	2 804	2 171	2 452	306	283	49	64	9	5
Bayern	3 656	28	1 697	1 959	1 515	1 762	143	161	33	32	6	4
Berlin	1 700	48	844	856	413	454	229	235	192	158	10	9
Brandenburg	1 735	70	847	888	282	220	292	363	257	287	16	18
Bremen	395	59	191	204	166	176	19	22	5	4	1	2
Hamburg	864	48	342	522	285	446	39	63	14	10	4	3
Hessen	1 820	29	813	1 007	680	849	97	135	32	22	4	1
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 521	94	791	730	230	265	266	237	281	219	14	9
Niedersachsen	4 199	53	1 884	2 315	1 639	2 132	166	130	72	47	7	6
Nordrhein-Westfalen	8 904	50	4 123	4 781	3 606	4 320	377	334	130	117	10	10
Rheinland-Pfalz	1 207	30	539	668	440	553	72	101	20	11	7	3
Saarland	334	34	163	171	130	153	28	17	4	1	1	0
Sachsen	3 505	86	1 566	1 939	494	617	552	734	464	539	56	49
Sachsen-Anhalt	2 096	93	924	1 172	293	338	347	484	264	335	20	15
Schleswig-Holstein	1 568	55	727	841	619	756	80	61	24	22	4	2
Thüringen	1 770	82	852	918	221	227	326	394	268	282	37	15

Freiwillige im Dienst. – Stand: 31.5.2017.

1 Eigene Berechnung; Bevölkerungsstand: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

7.4.2 Stiftungen 2016

Kernstück einer Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt. Es ist dauerhaft der Realisierung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

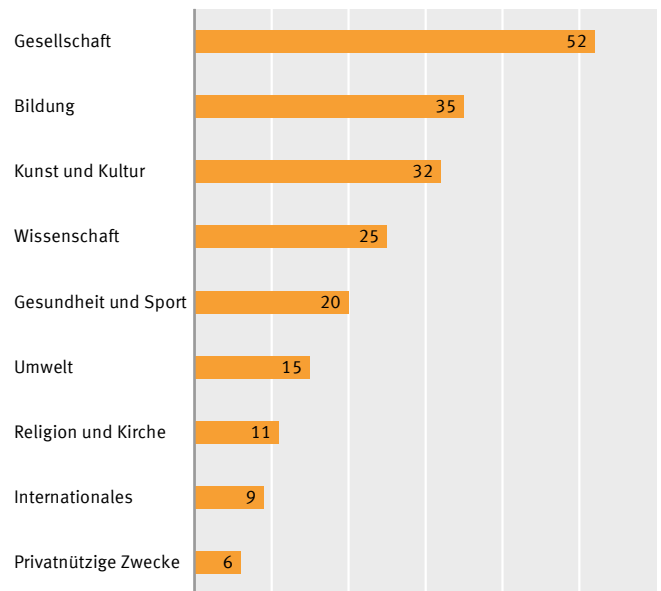
	Stiftungen je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Errichtungen	Bestand	Veränderung gegenüber 2015 in %
Deutschland	27	582	21 806	2,4
Baden-Württemberg	30	80	3 255	2,1
Bayern	31	100	3 938	2,4
Berlin	26	29	900	2,7
Brandenburg	9	11	212	5,5
Bremen	49	7	331	0,9
Hamburg	78	20	1 393	1,3
Hessen	32	60	1 970	2,8
Mecklenburg-Vorpommern ..	10	2	165	0,0
Niedersachsen	29	54	2 265	2,6
Nordrhein-Westfalen	24	134	4 258	2,4
Rheinland-Pfalz	26	32	1 045	2,9
Saarland	18	5	177	2,9
Sachsen	13	16	528	3,7
Sachsen-Anhalt	13	6	289	2,5
Schleswig-Holstein	27	17	761	1,1
Thüringen	15	9	319	2,9

Verteilung nach dem Sitz der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts. – Ergebnisse einer Umfrage bei den Stiftungsaufsichtsbehörden 2016 und eigener Berechnungen.

1 Bevölkerungsstand: 31.12.2015 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand: 10.4.2014).

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts 2017 nach Stiftungszweckhauptgruppen, in %



Mehrfachnennungen möglich, n (Anzahl der Stiftungen) = 19 570.

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e. V., Stand: Mai 2017

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.3 Seelsorge der evangelischen und katholischen Kirchen

	Beratungsstellen insgesamt	Anrufe bzw. Erstanfragen ¹				Beratung suchende Personen		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		zusammen	Telefon	E-Mail	Chat	männlich	weiblich	unter 20	20 – 30	30 – 45	45 – 65	65 und mehr
2010 ...	106	2 020 142	2 012 000	3 744	4 398	22	44	19	21	13	17	9
2011 ...	106	2 016 510	2 007 000	3 054	6 456	19	63	16	22	13	18	12
2012 ...	106	2 015 933	2 004 500	3 933 ³	7 501	24	47	16	8	{ 76 ¹⁴ }		
2013 ...	108	2 313 813	2 300 000	5 991 ³	7 822	27	45	15	8	{ 70 ¹⁴ }		6
2014 ...	106	1 901 979	1 886 876	6 011 ³	9 092	34	66	7	8	{ 73 ¹⁴ }		
2015 ...	106	1 811 590	1 795 485	6 266 ³	9 839	35	65	6	8	{ 70 ¹⁴ }		6
2016 ...	105	1 660 901	1 644 410	6 803 ³	9 688	34	66	5	8	{ 70 ¹⁴ }		6

1 Telefonanrufe generell und Erstanfragen per Telefon können leider nicht unterschieden werden. Bei E-Mail und Chat wurden nur die Erstanfragen aufgenommen.

2 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Geschlecht bzw. Alter ergibt die Summe der Prozente nicht 100.

3 Die Zahl in der Tabelle gibt die Zahl der Ratsuchenden an. Von denen wurden an Erst- u. Folge-mails gesandt: Im Jahr 2012: 16 392.

Im Jahr 2013: 21 306. Im Jahr 2014: 25 596. Im Jahr 2015: 24 305. Im Jahr 2016: 27 053.

4 Wegen geänderter Altersklassifizierung nur als Summe verfügbar.

Quelle: Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e. V.

7.5 Sport

7.5.1 Landessportbünde und Mitgliedschaften 2016

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wurde als Nachfolgeorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) gegründet. Die Angaben in den Tabellen 7.5.1 bis 7.5.3 beruhen auf Erhebungen des DOSB. Weitere Informationen finden Sie unter www.dosb.de

	Vereine	Aktive und passive Mitgliedschaften			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
Deutschland	90 025	23 814 122	60,0	40,0	22,7	18,2	14,2	44,9
Baden-Württemberg	11 386	3 711 719	59,8	40,2	22,4	17,8	13,3	46,4
Bayern	11 996	4 389 269	61,9	38,1	21,8	21,1	14,8	42,3
Berlin	2 443	630 587	62,7	37,3	21,0	19,1	17,9	42,0
Brandenburg	3 002	332 303	62,0	38,0	25,0	15,5	15,5	44,0
Bremen	407	158 732	60,1	39,9	24,7	17,3	13,3	44,7
Hamburg	817	585 487	59,1	40,9	19,0	15,7	20,8	44,5
Hessen	7 723	2 071 228	58,6	41,4	22,2	16,9	13,8	47,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 912	245 251	61,1	38,9	26,0	15,4	15,7	42,9
Niedersachsen	9 559	2 645 110	56,3	43,7	23,4	18,3	12,6	45,7
Nordrhein-Westfalen	18 843	5 108 051	61,0	39,0	23,9	17,7	13,8	44,7
Rheinland-Pfalz ¹	6 212	1 423 450	60,1	39,9	21,1	18,3	13,9	46,7
Saarland	2 075	370 877	60,4	39,6	19,0	17,5	14,1	49,4
Sachsen	4 486	641 293	60,2	39,8	24,9	14,7	16,4	44,0
Sachsen-Anhalt ¹	3 154	346 690	60,2	39,8	22,4	14,3	15,5	47,8
Schleswig-Holstein	2 588	784 605	55,5	44,5	25,6	18,6	12,0	43,8
Thüringen	3 422	369 470	62,4	37,6	22,0	15,3	16,3	46,5

1 Einschl. Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.2 Spitzenverbände und Mitgliedschaften 2016

	Aktive und passive Mitglieder ¹			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 15		15 – 27		27 – 41		41 und mehr	
				männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Anzahl	%									
Insgesamt¹²	24 793 301	60,5	39,5	13,3	9,6	12,6	7,0	7,7	5,1	26,9	17,8
Fußball	6 969 464	84,0	16,0	19,8	3,8	23,6	4,3	10,0	1,9	30,6	6,0
Turnen	4 963 252	31,5	68,5	12,6	19,0	3,6	7,8	2,6	8,8	12,7	33,0
Tennis	1 400 940	60,1	39,9	9,9	7,1	10,1	7,8	6,6	4,2	33,4	20,8
Schützen	1 342 915	75,5	24,5	5,4	2,6	7,3	3,1	15,3	5,7	47,4	13,1
Alpenverein	1 095 889	58,8	41,2	5,6	5,0	8,8	6,5	10,4	7,6	34,1	22,2
Leichtathletik	819 960	49,3	50,7	13,8	16,2	8,7	9,6	4,8	5,1	22,1	19,8
Handball	756 987	62,4	37,6	15,3	11,7	17,1	12,4	9,1	5,5	20,9	8,1
Reiten	690 995	22,4	77,6	2,1	20,1	2,4	23,7	2,6	14,0	15,3	19,8
Behindertensport	642 954	39,5	60,5	1,9	1,4	2,8	3,1	3,8	5,8	31,0	50,2
Golf	640 181	63,0	37,0	2,8	1,4	5,2	2,0	7,0	3,0	48,0	30,6
Tischtennis	560 644	79,6	20,4	11,5	3,8	16,9	4,5	12,3	3,2	38,8	9,0
Schwimmen	559 958	48,0	52,0	23,9	24,5	7,4	7,5	3,7	4,4	12,9	15,5
Ski	554 443	54,2	45,8	9,3	8,2	13,9	11,2	2,2	1,8	28,9	24,5
DLRG	548 439	53,6	46,4	20,1	19,4	11,5	10,3	6,0	5,4	16,0	11,2
Volleyball	430 098	46,6	53,4	4,5	9,3	8,7	17,1	10,0	10,1	23,4	16,9
Tanzen	210 327	31,6	68,4	2,4	22,3	3,5	12,9	3,9	6,6	21,8	26,5
Basketball	195 453	73,7	26,3	21,8	9,0	25,6	9,3	14,3	3,8	11,9	4,2
Badminton	188 380	62,3	37,7	9,7	7,5	15,5	11,9	12,7	7,0	24,4	11,3
Segeln	187 610	72,8	27,2	5,3	3,3	8,6	4,3	8,2	3,1	50,7	16,5
Karate	157 426	64,6	35,4	28,7	16,3	12,9	7,8	7,4	4,2	15,6	7,1
Judo	150 279	72,0	28,0	41,4	16,9	14,8	6,2	6,1	2,2	9,7	2,6
Radsport	137 884	73,2	26,8	6,2	4,8	10,7	4,4	11,3	3,6	45,0	13,9
Kanu	118 406	61,5	38,5	7,4	5,1	10,4	6,4	8,4	5,4	35,3	21,6
Moderner Fünfkampf	115 110	39,6	60,4	12,4	12,9	4,6	5,4	3,9	7,7	18,7	34,4
Motoryacht	107 998	71,8	28,2	2,3	1,9	4,2	2,3	6,2	2,5	59,1	21,4
Aero	102 888	91,1	8,9	1,4	0,6	10,7	1,7	18,3	2,8	60,6	3,9
Schach	89 165	92,0	8,0	16,4	3,1	15,1	1,8	10,2	1,0	50,4	2,0
Rudern	83 830	66,4	33,6	6,0	2,8	13,3	6,1	9,6	5,4	37,5	19,3
Hockey	82 627	56,7	43,3	22,7	22,0	13,2	10,6	6,5	3,6	14,4	7,0
Kegeln	81 380	74,5	25,5	2,7	1,3	8,8	3,6	11,9	4,3	51,1	16,3
Boxsport	71 075	80,8	19,2	14,7	4,1	32,1	7,6	17,2	3,7	16,8	3,8
Ringen	63 631	79,0	21,0	17,0	4,7	15,9	3,6	10,8	3,0	35,3	9,7
Sporttauchen	62 153	69,2	30,8	5,5	4,1	10,5	6,0	12,1	6,2	41,0	14,6
American Football	55 305	61,7	38,3	10,0	13,8	31,7	18,5	13,3	3,8	6,6	2,3
Triathlon	55 270	70,1	29,9	5,0	4,1	8,4	5,3	18,6	8,6	38,1	12,0
Taekwondo	55 009	64,0	36,0	34,3	20,1	15,8	9,8	6,0	3,0	7,9	3,0
Ju-Jitsu	43 575	69,8	30,2	25,5	13,8	17,5	8,0	11,9	4,1	14,9	4,3
Snowboard	38 015	52,9	47,1	9,3	8,4	14,3	11,6	1,9	1,6	27,4	25,5
Rollsport	34 628	53,6	46,4	12,0	20,6	14,1	8,5	12,5	7,6	15,0	9,7
Eisstockschießen	28 367	85,4	14,6	1,8	0,4	11,0	2,1	10,7	1,9	61,9	10,1
Billard	27 837	90,5	9,5	2,1	0,5	11,9	1,7	22,9	2,8	53,6	4,5
Eishockey	24 741	90,5	9,5	37,2	3,6	35,1	4,1	13,2	1,1	5,0	0,6
Fechten	24 511	65,0	35,0	22,8	11,7	18,3	11,4	7,7	4,1	16,2	7,8
Baseball/Softball	22 842	81,3	18,7	9,7	2,0	43,3	9,0	25,0	6,6	3,4	1,0
Gewichtheben	20 891	71,9	28,1	3,6	1,7	19,8	5,3	15,1	5,8	33,5	15,3
Motorsport	20 885	93,6	6,4	7,2	0,7	23,1	2,4	20,9	1,6	42,4	1,8
Boccia, Boule	20 607	72,0	28,0	1,3	0,7	4,8	1,8	5,7	2,2	60,3	23,2
Kraftdreikampf	19 340	66,8	33,2	2,6	1,7	21,5	7,4	15,3	6,2	27,4	17,9
Eislaufen	18 651	21,1	78,9	9,8	44,0	4,3	18,0	1,8	6,1	5,3	10,8
Rugby	14 304	84,5	15,5	19,5	3,1	27,0	4,9	19,2	4,4	18,8	3,0
Sportakrobatik	14 035	26,4	73,6	10,8	42,1	6,0	14,9	2,7	5,4	7,0	11,2
Floorball	11 512	76,1	23,9	28,9	8,6	25,0	7,3	13,6	3,9	8,7	4,1
Squash	11 412	71,2	28,8	5,4	4,2	13,5	7,9	16,1	7,7	36,2	8,9
Dart	10 005	88,2	11,8	1,8	0,3	12,9	2,0	25,0	3,6	48,6	5,9

1 Einschl. Mitglieder, die nicht in den Zahlen der Landessportbünde enthalten sind. – Ranking der Spitzenverbände nach Zahl der Mitglieder.

2 „Insgesamt“ umfasst auch „sonstige Sportarten von Spitzenverbänden, deren Mitgliederanzahl unter 10 000 Personen beträgt. Zum Beispiel: Dart, Minigolf oder Gehörlosensport.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.3 Förderleistung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

Die 1967 gegründete **Stiftung Deutsche Sporthilfe** unterstützt erfolgreich den Nachwuchs- und Spitzensport in Deutschland. Aktuell werden rund 3 800 Athleten aus fast allen olympischen Disziplinen, traditionsreichen nicht olympischen Sportarten sowie dem Behinderten- und Gehörlosensport materiell und ideell unterstützt. Weitere Informationen finden Sie unter www.sporthilfe.de

	Geförderte Athletinnen/ Athleten	Verbandsspezifische Förderleistungen										
		insgesamt ¹	Deutscher Leichtathletikverband	Deutscher Schwimmverband	Deutscher Ruderverband	Deutscher Fechter-Bund	Deutscher Ski-Verband	Bund Deutscher Radfahrer	Deutscher Kanu-Verband	Deutscher Turner-Bund	Deutscher Schützen-Bund	Deutscher Hockey-Bund
	Anzahl	1 000 EUR										
2011 ...	3 360	11 609	724	641	856	480	683	443	501	338	365	859
2012 ...	3 523	11 749	696	652	939	380	682	478	591	409	466	638
2013 ...	3 591	11 890	705	659	862	383	610	503	532	392	339	724
2014 ...	3 707	11 468	661	527	593	298	689	424	429	345	393	510
2015 ...	3 814	13 586	751	528	709	335	744	418	451	346	514	642

1 Die Summe der aufgelisteten Verbände ergibt nicht „insgesamt“, da für die Berechnung weitere verbandspezifische Förderleistungen einbezogen wurden.

Quelle: Stiftung Deutsche Sporthilfe

7.5.4 Medaillenspiegel bei den Olympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
Sotschi 2014			
Insgesamt	8	6	5
Rodeln	4	1	–
Skispringen	2	–	–
Ski Alpin	1	1	1
Nordische Kombination	1	1	1
Biathlon	–	2	–
Snowboard	–	1	1
Langlauf	–	–	1
Eiskunstlauf	–	–	1
Rio de Janeiro 2016			
Insgesamt	17	10	15
Beachvolleyball	1	–	–
Bogenschießen	–	1	–
Boxen	–	–	1
Fußball	1	1	–
Handball	–	–	1
Hockey	–	–	2
Judo	–	–	1
Kanu	4	2	1
Turnen/RSG/Trampolin	1	–	1
Leichtathletik	2	–	1
Radsport	1	–	1
Reiten	2	2	2
Ringern	–	–	1
Rudern	2	1	–
Schießen	3	1	–
Segeln	–	–	1
Tennis	–	1	–
Tischtennis	–	1	1
Wasserspringen	–	–	1

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.5 Medaillenspiegel bei den Paralympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
Sotschi 2014			
Insgesamt	9	5	1
Ski Alpin	6	4	1
Biathlon	2	1	–
Langlauf	1	–	–
Rio de Janeiro 2016			
Insgesamt	18	25	14
Rollstuhlbasketball	–	1	–
Judo	–	2	1
Kanu	–	2	–
Leichtathletik	9	9	7
Radsport	8	3	4
Reiten	–	1	1
Schwimmen	–	2	1
Sportschießen	–	1	–
Tischtennis	–	4	–
Triathlon	1	–	–

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e. V.

7.5 Sport

7.5.6 Olympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl		%	Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	110	35	31,8	26	10	10	6
Lillehammer 1994	112	33	29,5	24	9	7	8
Nagano 1998	125	47	37,6	29	12	9	8
Salt Lake City 2002	149	67	45,0	36	12	16	8
Turin 2006	153	61	39,9	29	11	12	6
Vancouver 2010	150	57	38,0	30	10	13	7
Sotschi 2014	153	77	50,3	19	8	6	5
Sommerspiele							
Barcelona 1992	489	164	33,5	82	33	21	28
Atlanta 1996	479	191	39,9	65	20	18	27
Sydney 2000	444	196	44,1	56	13	17	26
Athen 2004	449	195	43,4	49	13	16	20
Peking 2008	421	188	44,7	41	16	10	15
London 2012	391	176	45,0	44	11	19	14
Rio 2016	424	198	46,7	42	17	10	15

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.7 Paralympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl		%	Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	38	.	.	38	12	17	9
Lillehammer 1994	43	.	.	64	25	21	18
Nagano 1998	41	8	19,5	44	14	17	13
Salt Lake City 2002	26	4	15,4	33	17	1	15
Turin 2006	35	5	14,3	18	8	5	5
Vancouver 2010	21	6	28,6	24	13	5	6
Sotschi 2014	13	6	46,2	15	9	5	1
Sommerspiele							
Barcelona 1992	237	.	.	171	61	51	59
Atlanta 1996	227	77	33,9	149	40	58	51
Sydney 2000	251	66	26,3	95	16	41	38
Athen 2004	210	69	32,9	78	19	28	31
Peking 2008	174	66	37,9	59	14	25	20
London 2012	150	61	40,7	66	18	26	22
Rio 2016	155	66	42,6	57	18	25	14

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e. V.

Methodik

Dieses Kapitel präsentiert die wichtigsten Daten für den Bereich Kultur, Medien und Freizeit. Eine bundeseinheitliche Statistik zu diesem Themengebiet existiert bisher nicht. Um dennoch einen möglichst umfassenden Überblick zu geben, sind im Folgenden unterschiedliche Statistiken zusammengestellt. Sie stammen aus den Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

Für das Themengebiet Kultur sind Statistiken dargestellt, die den Kulturbereichen gemäß der europäischen Kulturdefinition zugeordnet werden. Zusätzlich werden in diesem Kapitel Informationen zu Sport, bürgerschaftlichem Engagement, Seelsorge und privater Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlicht.

■ Kulturstätten

Museen

Die „Statistische Gesamterhebung an den Museen in der Bundesrepublik Deutschland“ wird jährlich bei allen Museen in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Museumsforschung durchgeführt. Die Erhebung ist freiwillig und umfasst u. a. Fragen zu den Besuchszahlen, Öffnungszeiten und Eintrittspreisen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de/ifm

Theater

Die Theaterstatistik wird jährlich vom Deutschen Bühnenverein e. V., dem Bundesverband der Theater und Orchester, herausgegeben. Sie enthält Daten zu öffentlichen und privaten Theatern, Kulturorchestern, Rundfunkorchestern und Festspielunternehmen in Deutschland sowie zu Theatern in Österreich und der Schweiz. Erfasst werden für jeden einzelnen Betrieb u. a. Angaben zu Veranstaltungen, Besucherinnen und Besuchern, Personal und Finanzen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.buehnenverein.de

Buchproduktion

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. gibt einen aktuellen und umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels (Kennzahlen, Daten zur Buchproduktion und -distribution). Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.boersenverein.de

Bibliotheken

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) ist die einzige, alle Bibliothekssparten umfassende und auf einheitlichen Definitionen basierende nationale Statistik für den Bereich der Bibliotheken. Für die Erstellung der DBS ist das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) zuständig. Die Durchführung und Auswertung von Erhebungen sowie die Betreuung der Statistik verantwortet das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen. Die DBS enthält Angaben der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken sowie der wissenschaftlichen Spezialbibliotheken in Deutschland zu den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Finanzen und Personal. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bibliothekstatistik.de

Staatliche Archive des Bundes und der Länder

Die Angaben über die staatlichen Archive des Bundes und der Länder werden vom Bundesarchiv auf Grundlage einer Abfrage zusammengestellt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Öffentliche Musikschulen

Die Daten zu den öffentlichen Musikschulen werden vom Verband Deutscher Musikschulen e. V. jährlich durch Befragungen der Mitgliedsschulen erhoben. Der Verband engagiert sich als Fachpartner für die bundesweite Entwicklung und Umsetzung musikalischer Jugend- und Erwachsenenbildung und vertritt die gemeinsamen Belange der öffentlichen Musikschulen gegenüber der Politik. Weitere Informationen finden Sie unter www.musikschulen.de

Deutscher Chorverband e. V.

Der Deutsche Chorverband e. V. ist der mitgliederstärkste Verband der vokalen Amateurmusik. Der Mitgliederbestand wird jährlich bei allen zugehörigen Vereinen ermittelt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.deutscher-chorverband.de

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse (KSK) sorgt mit der Durchführung des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) dafür, dass selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten einen ähnlichen Schutz in der gesetzlichen Sozialversicherung genießen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihre Statistiken bieten u.a. Informationen zur Entwicklung der Versicherungszahlen nach Berufsgruppen, Geschlecht, Alter und Einkommen sowie zur Entwicklung des Haushaltsvolumens und des Bundeszuschusses.

Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.kuenstlersozialkasse.de

UNESCO-Welterbestätten in Deutschland

1972 hat die UNESCO das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbekonvention) verabschiedet. Demnach sollen die Verantwortung und der Schutz eines Kultur- oder Naturgutes mit universellem Wert nicht allein in der Hand des Staates liegen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, sich an diesen Aufgaben unterstützend zu beteiligen. Ein zwischenstaatlich eingerichtete Komitee prüft jährlich, welche Kultur- oder Naturstätten neu in die Liste des „Welterbes“ aufgenommen werden. Dazu müssen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Stätten die festgelegten Kriterien der „Einzigartigkeit“ und der „Authentizität“ (historische Echtheit) eines Kulturdenkmals oder der „Integrität“ einer Naturerbestätte erfüllen. Ebenso muss neben dem aktuellen „Erhaltungszustand“ auch ein Erhaltungsplan vorgelegt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.unesco.de

Goethe-Institut e. V.

Das Goethe-Institut e. V. ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Die vorliegenden Informationen stammen vom Goethe-Institut e. V. Die Zentrale in München berät, koordiniert und sichert die Qualität der Arbeit im Ausland. Hier werden alle Daten ausgewertet, die im weltweiten Netzwerk des Goethe-Instituts generiert werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

■ Kulturausgaben

Öffentliche Ausgaben für Kultur

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur werden nach dem „Grundmittelkonzept“ abgegrenzt. Bei den „Grundmitteln“ handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich, Krediten und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

Die Datenbasis für die Berechnung der Kulturausgaben bildet die Jahresrechnungstatistik der staatlichen Haushalte sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Informationen zur Methodik dieser Statistiken finden Sie im Kapitel „Finanzen und Steuern“ und in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Die Kennzahl „Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner“ gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Bundesland (einschließlich der Gemeinden/ Zweckverbände) aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt.

Methodik

Weitere Informationen zur Berechnung der öffentlichen Kulturausgaben enthält der „Kulturfinanzbericht“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, unter www.destatis.de/publikationen als Download abrufbar.

Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), einer jährlichen Erhebung im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Bei den LWR handelt es sich um eine Stichprobe, für die jährlich bundesweit 8 000 Haushalte freiwillig zu ihren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, ihren privaten Konsumausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die LWR werden am jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet.

Weitere Informationen zur Methodik der LWR-Erhebung finden Sie im Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“ und dem Qualitätsbericht (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Mediennutzung

Die Erhebung zur **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten** bildet die Basis für europaweit vergleichbare Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie zu Art und Umfang der Nutzung von Computer und Internet. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Ausstattung mit IKT und verschiedene Nutzungsaspekte des Internets bei den Haushaltsmitgliedern. Ergänzend werden soziodemografische Merkmale erfasst.

Hauptnutzer auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft. Nationale Hauptnutzer sind die Bundesministerien und die amtliche Statistik.

Nationale Rechtsgrundlage ist das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22.12.2005 (BGBl. I S. 3685). Europäische Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 vom 30. 4.2004, S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 (ABl. EU Nr. L 286 vom 31.10.2009, S. 31), und die Verordnung (EU) Nr. 2015/2003 der Kommission vom 10.11.2015 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 294 vom 11.11.2015, S. 32) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.7.2016 (BGBl. I S. 1768). Freiwillige Auskunftserteilung nach § 5 InfoGesStatG.

Die methodische Konzeption der IKT-Erhebung folgt den in der europäischen Rechtsgrundlage festgelegten methodischen Vorgaben. Allgemeines Ziel der Vorgaben ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Auskunftserteilung erfolgt bei der IKT-Erhebung schriftlich. Die Erhebung wird dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Befragten erhalten die Fragebogen auf postalischem Weg vom jeweiligen Statistischen Landesamt und füllen sie selbstständig aus. Jeder Haushalt füllt einen Haushaltsfragebogen und jedes Haushaltsmitglied im Alter ab 10 Jahren (Stichtag für das Erhebungsjahr 2016: 31.12.2015) einen Personenfragebogen aus. Die Befragung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als repräsentative Quotenstichprobe mit bundesweit 12 000 Haushalten durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse des Erhebungsjahres 2016 wurden auf Basis des Mikrozensus 2015 auf die Grundgesamtheiten von ca. 40,2 Millionen Haushalten und ca. 73,6 Millionen Personen ab 10 Jahren frei hochgerechnet und mittels einer nichtlinearen Regressionsschätzung an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst.

Der Bezugszeitraum umfasst die letzten drei Monate (bei einigen Merkmalen die letzten zwölf Monate) vor der Erhebung. Der Erhebungszeitraum der IKT-Erhebung umfasst die Monate April und Mai des gleichen Jahres.

Weitere Informationen zur Methodik der IKT-Erhebung finden Sie in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Filmwirtschaft

Die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) erfasst alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft, wertet sie aus und stellt die Ergebnisse im Filmstatistischen Jahrbuch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter www.spio.de, ergänzende Angaben zur Filmförderungsanstalt (FFA) und zum Deutschen Filmförderfonds (DFFF) sind erhältlich unter www.ffa.de

Fernsehen

Auf ihren Internetseiten veröffentlicht die ARD Mediadaten und statistische Informationen über das Erste Deutsche Fernsehen, die Dritten Fernsehprogramme und die Partnerprogramme PHOENIX, Ki.KA, 3sat und ARTE. Die Programmstatistiken werden nach verschiedenen Kriterien systematisiert. Darüber hinaus stellt die ARD ihre Finanz- und Werbestatistik ins Netz. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) veröffentlicht seine Programm-, Finanz- und Unternehmensdaten im Netz. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de/intern bzw. www.zdf.de

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) ist der Zusammenschluss der Sender ARD, ProSiebenSat.1 Media AG, der Mediengruppe RTL Deutschland und ZDF zur gemeinsamen Durchführung und Weiterentwicklung der kontinuierlichen quantitativen Erfassung der Nutzung von Bewegtbildinhalten in Deutschland, einschließlich der Erhebung und Auswertung der Daten. Seit dem 1.7.2012 besteht das Fernsehpanel aus 5 000 täglich berichtenden Haushalten (Fernsehpanel deutschsprachig), in denen fast 10 500 Personen leben. Damit wird die Fernsehnutzung von 75 Millionen Personen ab 3 Jahre bzw. 38 Millionen Fernsehhaushalten abgebildet (Stand: 1.1.2017). Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de

Hörfunk

Die ARD veröffentlicht in ihrem Jahrbuch jährlich eine statistische Übersicht über die Hörfunkprogramme aller ARD-Rundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR, WDR und Deutsche Welle) und des Deutschlandradios. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de

■ Bürgerschaftliches Engagement

Bundesfreiwilligendienst

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer aller Generationen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. Er fördert damit das lebenslange Lernen; jungen Freiwilligen bietet er die Chance, praktische und soziale Kompetenzen zu erwerben und erhöht für benachteiligte Jugendliche die Chancen des Einstiegs in ein geregelteres Berufsleben. Ältere Freiwillige werden ermutigt, ihre bereits vorhandenen Kompetenzen sowie ihre Lebens- und Berufserfahrung einzubringen und weiterzuvermitteln. Die Ausgestaltung des Bundesfreiwilligendienstes erfolgt arbeitsmarktneutral. In der Regel dauert der BFD zwölf Monate, mindestens jedoch sechs und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesfreiwilligendienst.de

Methodik

Stiftungen

Die Informationen über deutsche Stiftungen aller Rechtsformen werden in der umfassenden „Datenbank Deutscher Stiftungen“ erfasst. Diese Datenbank des Bundesverbands Deutscher Stiftungen – der Dachverband der Stiftungen – ermöglicht Analysen, Studien und Trendaussagen über das Stiftungswesen in Deutschland. Neben der eigenen Recherche ist die Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens Grundlage der Daten. Da die Beantwortung der Fragen freiwillig ist, sind die Informationen über die einzelnen Stiftungen unterschiedlich umfangreich. Seit 1991 werden Daten zu Stiftungen systematisch erfasst. Ende 2016 existierten 21 806 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Einen Überblick geben die aktuellen Publikationen „Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen“ und „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“, die im September 2017 erschienen sind.

Die individuelle Gestaltungsfreiheit für Stiftungen in Deutschland äußert sich in einer Vielfalt an Formen, Typen und einer großen Heterogenität. Für die Abbildung der Stiftungstätigkeit wurden 42 Bereiche in Anlehnung an die §§ 52 – 54 AO definiert, die wiederum zu folgenden Hauptgruppen zusammengefasst wurden: Gesellschaft, Bildung, Kunst und Kultur, Wissenschaft, Gesundheit und Sport, Umwelt, Religion und Kirche sowie Internationales. Daneben gibt es noch „Privatnützige Zwecke“. Die Auswertung der Angaben rechtsfähiger Stiftungen des bürgerlichen Rechts erfolgte über Mehrfachantworten. Stiftungen finden sich in Deutschland flächendeckend, doch gibt es erkennbare regionale Konzentrationen. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

Telefonseelsorge

Die Telefonseelsorge ist eine bundesweite Organisation. Umfassend ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielseitigen Lebens- und Berufskompetenzen stehen Ratsuchenden in 105 Telefonseelsorgestellen vor Ort zur Verfügung. Träger sind die Evangelische Kirche (www.ekd.de; www.diakonie.de) und die Katholische Kirche (www.dbk.de). Seit 1997 besteht eine Partnerschaft zwischen der Telefonseelsorge in Deutschland und der Deutschen TelekomAG, die sämtliche Gebühren für die unter den Sonderrufnummern geführten Gespräche trägt. Weitere Informationen finden Sie unter www.telefonseelsorge.de

■ **Sport**

Die Angaben zum Sport beruhen auf Erhebungen des Deutschen Olympischen Sportbunds e. V. (DOSB) und der Deutschen Sporthilfe. Daten über Förderleistungen der Deutschen Sporthilfe für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowie Angaben über die Teilnahme und Medaillengewinne bei Olympischen Spielen stellen den Bereich des Leistungs- bzw. Spitzensports dar. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de und www.sporthilfe.de

Olympische Spiele

Die Olympischen Spiele sind Wettkämpfe zwischen Athletinnen und Athleten in Einzel- oder Mannschaftswettbewerben, nicht zwischen Ländern. Die teilnehmenden Aktiven werden von ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) ausgewählt. In Deutschland übernimmt der Deutsche Olympische Sportbund e. V. seit 2006 diese Funktion. Die Meldungen der Aktiven werden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) entgegengenommen. Die Wettkämpfe finden unter der fachlichen Leitung der jeweiligen internationalen Fachverbände statt. Die Olympischen Spiele bestehen aus den Spielen der Olympiade und den Olympischen Winterspielen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Paralympische Spiele

Das Internationale Paralympic Komitee (IPC) wurde 1989 gegründet und ist eine der größten Sportorganisationen der Welt. Es repräsentiert eine große Zahl der Aktiven mit Behinderung und sorgt für vergleichbare Bedingungen des Leistungssports der Behinderten und Nicht-Behinderten. Eine Vereinbarung zwischen dem IOC und dem IPC garantiert seit 2001 die Durchführung der Paralympics. Sie sichert ferner, dass die Paralympics seit 2008 kurz nach den Olympischen Spielen und in den gleichen Wettkampfstätten und Einrichtungen wie die Olympischen Spiele stattfinden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Glossar

Bibliotheken | Die Bibliothek ist eine Einrichtung in öffentlicher, privater oder kirchlicher Trägerschaft, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Informationen für die Benutzerinnen und Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht. Die Palette der Dienstleistungen reicht vom Buch in gedruckter oder digitalisierter Form über Zeitungen, Zeitschriften, Tonträger und Bildmaterial bis hin zum Internetzugang für Online-Recherchen. Indem sie ihre Bestände zur Verfügung stellen: DSL-Anschlüsse, dienen Bibliotheken der Versorgung der breiten Öffentlichkeit (Öffentliche Bibliotheken) und der Forschung (wissenschaftliche Bibliotheken und wissenschaftliche Spezialbibliotheken) mit Literatur und Informationen.

Breitbandanschluss | Haushalte mit Breitbandanschluss nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Buchproduktion | Daten zur Buchproduktion (Titelproduktion) werden anhand der im „Wöchentlichen Verzeichnis der Deutschen Bibliographie“ angezeigten Titel erstellt. Dabei werden nur Veröffentlichungen berücksichtigt, die im Buchhandel erhältlich sind.

Bürgerschaftliches Engagement | Als „Bürgerschaftliches Engagement“ gilt nach Definition des Deutschen Bundestages eine Tätigkeit, die freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und gemeinwohlorientiert ist. Das Engagement findet im öffentlichen Bereich statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.

Computer | Der Begriff „Computer“ umfasst sowohl stationäre Computer (PC) als auch mobile Computer (z. B. Laptop/Notebook, Netbook, Tablet).

DOSB | Der Deutsche Olympische Sportbund e. V. (DOSB) ist die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports. Er wurde am 20.5.2006 durch den Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Landesportbünde, olympische und nicht-olympische Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderen Aufgaben (z.B. der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband) sowie IOC- und persönliche Mitglieder. Er umfasst Breitensport bis Spitzensport und ist die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Goethe-Institut e. V. | Das Goethe-Institut e. V. ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Bildungsangebote ermöglichen Mobilität in einer weltweiten Lerngemeinschaft. Mit einem Netzwerk aus Goethe-Instituten e. V., Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren nimmt das Goethe-Institut e. V. seit über sechzig Jahren weltweit zentrale Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahr.

Haushalte | Als Haushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften und in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Nicht zum Haushalt gehören Untermieterinnen und Untermieter, Gäste sowie Hausangestellte.

Haushaltstyp | Die Haushalte werden unterschieden nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren mit zusätzlich mindestens einem Kind (Person unter 16 Jahren) oder ohne Kind.

Internetzugang/-nutzung | In der Erhebung „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ (IKT-Erhebung) werden als Haushalte mit Internetzugang alle Haushalte erfasst, die einen Internetzugang zu Hause besitzen – unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Die Internetnutzung von Personen ist dagegen nicht ortsgebunden und umfasst auch die Nutzung außerhalb von zu Hause (z. B. Arbeitsplatz, Schule/Universität, Flughafen, Hotel).

Kauf/Bestellungen von Waren oder Dienstleistungen über das Internet | Unter Kauf oder Bestellungen über das Internet wird der Erwerb von Waren und Dienstleistungen auf elektronischem Weg über das Internet verstanden (z. B. über die Webseite der Verkäuferin bzw. des Verkäufers oder über einen Web-/Onlineshop). Nicht erforderlich ist hierbei die Bezahlung oder die Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung auf elektronischem Weg.

Künstlersozialkasse | Die Künstlersozialkasse (KSK) sorgt mit der Durchführung des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) dafür, dass selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten einen ähnlichen Schutz in der gesetzlichen Sozialversicherung genießen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie ist selbst kein Leistungsträger, sondern sie koordiniert die Beitragsabführung für ihre Mitglieder zu einer Krankenversicherung freier Wahl und zur gesetzlichen Renten- und Pflegeversicherung.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften aller Haushaltsmitglieder abzüglich Steuern und Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch Zwölf.

Museen | Museen erfüllen die Aufgaben des Sammelns, Bewahrens, des Forschens sowie des Ausstellens und Vermittelns des Kultur- und Naturerbes der Menschen. Die Museumsstatistik des Instituts für Museumsforschung (IfM) erfasst alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen (Museen, Museumseinrichtungen bzw. -komplexe, Ausstellungshäuser), bei denen eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung.

Öffentliche Musikschulen | Musikschulen sind öffentliche gemeinnützige Einrichtungen der musikalischen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und erfüllen einen öffentlichen Bildungsauftrag. Sie bieten eine musikalische Früherziehung und geben qualifizierten Instrumental- und Vokalunterricht. Ferner ermöglichen sie das gemeinsame Musizieren in Orchestern, Chören und Ensembles. Der Verband Deutscher Musikschulen e. V. (VdM) ist der Fach- und Trägerverband der öffentlichen gemeinnützigen Musikschulen in Deutschland.

Rundfunk | Das Rundfunksystem in Deutschland hat eine duale Struktur, bestehend aus öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Programmanbietern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfasst die Hörfunk-, Fernseh- und Telemedienangebote von ARD, ZDF, Deutschlandradio, die Deutsche Welle sowie seit 2010 das DRadio Wissen.

Die in der ARD vereinten neun Landesrundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR und WDR) produzieren für ein oder mehrere Bundesländer regional ausgerichtete Hörfunk- und Fernsehangebote sowie gemeinsam das nationale Erste Deutsche Fernsehen.

Das ZDF ist im Unterschied zur ARD zentral organisiert. Als nationaler Fernsehsender aller deutschen Bundesländer veranstaltet es ein bundesweit einheitliches Vollprogramm. Auch das von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltete Deutschlandradio bietet ein Programm für ganz Deutschland an.

Zum Gesamtangebot von ARD und ZDF gehören außerdem der Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX, der Kinderkanal Ki.KA sowie die Partnerprogramme 3sat und ARTE. Zusätzlich sind ARD und ZDF mit der Verbreitung von jeweils drei ausschließlich digital verbreiteten Spartenkanälen beauftragt.

Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland. Sie verbreitet weltweit multimediale Angebote in Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Die DW ist Mitglied der ARD.

Staatliche Archive des Bundes und der Länder | Die staatlichen Archive des Bundes (Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) und der Länder verwalten die Unterlagen von Verfassungsorganen, Behörden, Gerichten, Streitkräften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder und können diese Überlieferung durch Unterlagen privater Herkunft ergänzen. Neben der Verwaltung der Unterlagen ist eine weitere Aufgabe der Staatlichen Archive des Bundes und der Länder die Nutzbarmachung der schutzwürdigen Materialien.

Stiftung | Die Stiftung steht als Oberbegriff für eine Institution, die im privaten, öffentlichen und kirchlichen Recht verankert und ausgestaltet ist und in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sein kann. Kernstück der Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt und das dauerhaft der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist. Was die Ausgestaltung der Stiftungszwecke und die historische Ausprägung der Stiftung betrifft, weist das deutsche Stiftungswesen eine komplexe Vielfalt auf. Noch heute sind Stiftungen aus dem 10. Jahrhundert aktiv. Der Prototyp der Stiftung ist die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

UNESCO-Welterbestätten | Die Welterbestätten der UNESCO stehen unter dem besonderen Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes folgt strengen Kriterien, die in der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention festgelegt sind. Die UNESCO-Welterbestätten in Deutschland umfassen u. a. Baudenkmäler, Städteteenssembles und Kulturlandschaften.

Sporthilfe, Deutsche | Die Stiftung hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Förderung sportlicher Eliten. Einnahmen, die durch Spenden, Events, Vermarktung, Erlöse aus der Lotterie „GlücksSpirale“ und den Sport-Briefmarken erzielt werden, dienen Förderkonzepten für junge Talente und Top-Athletinnen und -Athleten sowie der Zukunftssicherung deutscher Spitzensportlerinnen und Spitzensportler.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Kultur, Medien, Freizeit* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 216 und 913, Daten zur *Informations- und Kommunikationstechnologie* unter Code 63931, Daten zu den *Laufenden Wirtschaftsrechnungen* unter Code 63121

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Kulturausgaben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturfinanzbericht 2016

■ Mediennutzung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 4 | Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 8/11 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 5/12 | Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 1/14 | Mobile Internetnutzung in Deutschland und Europa 2012
 Heft 8/14 | E-Commerce in privaten Haushalten 2013

Themenübergreifend

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturindikatoren auf einen Blick (erschieden 2008)

Fachberichte

| Beschäftigung in Kultur und Kulturwirtschaft (erschieden 2015)
 | Zeitverwendung für Kultur und kulturelle Aktivitäten in Deutschland (erschieden 2016)
 | Spartenbericht Musik (erschieden 2017)

8 Soziales



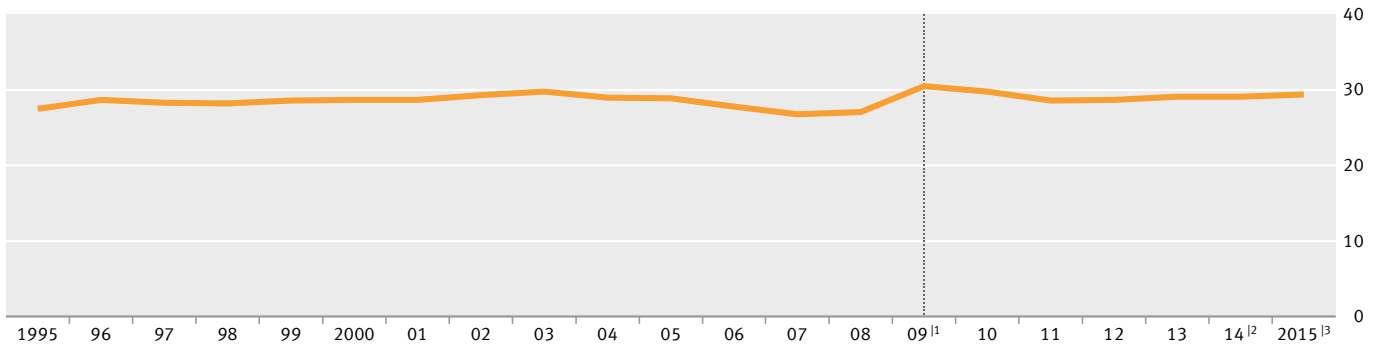
Rund jede **zehnte Person** Ende 2015 auf **Mindestsicherungsleistungen** angewiesen | **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung 2016 für rund **1 026 000 Personen** | Staat gab 2015 netto je Einwohnerin bzw. je Einwohner **340 Euro Sozialhilfe** aus | **129 500 Gefährdungseinschätzungen** für Minderjährige im Jahr 2015 | Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinder- und Jugendhilfe stiegen 2015 auf **40,7 Milliarden Euro** | 2015 begannen rund **49 500** junge Menschen eine **Erziehung in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform**

Seite	
231	Auf einen Blick
	Tabellen
232	Sozialbudget nach Institutionen Sozialversicherungssysteme Sondersysteme Systeme des öffentlichen Dienstes Arbeitgebersysteme Entschädigungssysteme Förder- und Fürsorgesysteme
233	Sozialversicherungen Gesetzliche Rentenversicherung Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge Gesetzliche Krankenversicherung Soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung Gesetzliche Unfallversicherung
237	Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Witwergeld, Waisengeld Durchschnittliche Versorgungsbezüge Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt
238	Sozialleistungen Mindestsicherungsquote nach Ländern Hilfe zum Lebensunterhalt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII Ausgaben der Sozialhilfe Grundsicherung für Arbeit- suchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kriegsopferfürsorge Hilfen zur Erziehung Sozialpädagogische Familienhilfe Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung Gefährdungsein- schätzung Maßnahmen des Familiengerichts auf Grund einer Gefährdung des Kindeswohls Vorläufige Schutz- maßnahmen Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe Angebote der Jugendarbeit
248	Methodik
251	Glossar
257	Mehr zum Thema

8.0 Auf einen Blick

Sozialleistungsquote

in %



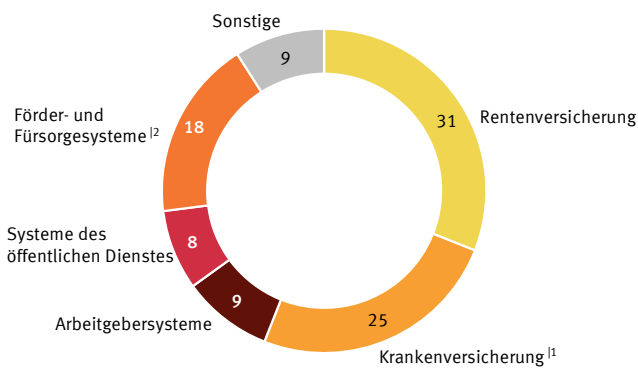
Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. – Stand: Mai 2016.

- 1 Der Anstieg 2009 ist in erster Linie Folge der durch die Finanzmarktkrise gesunkenen Wirtschaftskraft, verbunden mit höheren Ausgaben im Bereich des SGB II und des SGB III. Dazu kommt die erstmalige Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung ab 2009. Deshalb sind die Quoten vor und ab 2009 nicht miteinander vergleichbar.
- 2 Vorläufiges Ergebnis.
- 3 Geschätztes Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sozialbudget 2015

Leistungen nach Institutionen, in %



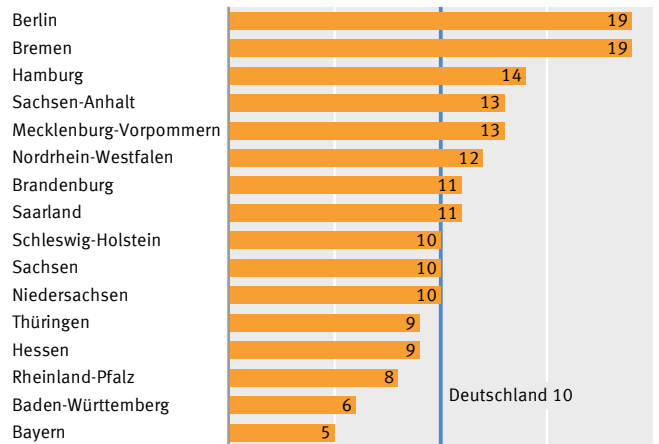
Sozialbudget einschl. Beiträge des Staates, ohne Verrechnungen. – Berechnungsstand: Mai 2016, geschätzt.

- 1 Einschl. private Krankenversicherung.
- 2 Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe etc.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Mindestsicherungsquote 2015

in %



Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. – Bevölkerungsstand: 31.12.2015 (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011). Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, z. B. Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende, an der Gesamtbevölkerung dar.

2017 - 01 - 0235

8.1 Sozialbudget nach Institutionen 2015

	Leistungen						Finanzierung							
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	Sonstige Einnahmen	Verrechnungen	
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten	der Arbeitgeber/-innen					Beiträge des Staates
Mill. EUR							tatsächlich	unterstellt						
Sozialleistungen insgesamt ¹⁾	888 243	524 281	325 761	-	38 201	-	935 479	283 771	243 662	78 652	-	313 007	16 387	-
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates	923 356	524 281	325 761	35 113	38 201	-	970 592	283 771	243 662	78 652	35 113	313 007	16 387	-
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung	283 049	255 807	4 656	18 063	3 955	568	281 716	93 549	94 281	-	7 591	85 744	453	99
Krankenversicherung	212 977	9 915	189 529	2 025	10 393	1 115	209 489	104 036	66 025	-	25 613	13 002	516	297
Pflegeversicherung	28 950	-	25 622	958	2 347	23	30 636	17 966	11 014	-	1 612	-	45	-
Unfallversicherung	12 680	6 247	3 341	262	2 674	156	13 702	1 585	10 951	-	42	819	292	14
Arbeitslosenversicherung	28 001	12 769	3 483	7 077	4 050	623	32 052	15 120	16 269	-	255	17	391	-
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte	2 717	2 611	23	3	59	22	2 783	588	-	-	-	2 194	1	-
Versorgungswerke	5 480	5 159	-	-	321	-	17 100	8 167	833	-	-	-	8 099	-
Private Altersvorsorge	390	390	-	-	-	-	14 290	11 370	-	-	-	2 920	-	-
Private Krankenversicherung	22 086	780	17 140	-	4 166	-	24 003	21 956	2 047	-	-	-	-	-
Private Pflegeversicherung	1 023	-	823	28	171	-	2 098	1 748	350	-	-	-	-	-
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen	52 949	52 669	-	-	280	-	54 240	251	-	20 963	-	30 247	1 028	1 751
Familienzuschläge	3 295	3 263	-	-	32	-	3 295	-	-	-	-	2 536	699	60
Beihilfen	14 768	5	14 615	-	147	-	14 921	-	-	11 422	-	2 938	274	288
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung	44 955	44 955	-	-	-	-	44 955	-	-	44 955	-	-	-	-
Betriebliche Altersversorgung	26 780	26 001	-	-	779	-	36 145	5 490	30 655	-	-	-	-	-
Zusatzversorgung	11 847	10 718	-	-	1 128	-	17 756	1 946	11 237	-	-	473	4 100	-
Sonstige Arbeitgeberleistungen	1 312	721	590	-	-	-	1 312	-	-	1 312	-	-	-	-
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung	1 172	717	306	-	65	84	1 172	-	-	-	-	1 172	-	-
Lastenausgleich	16	13	0	-	1	1	16	-	-	-	-	16	0	-
Wiedergutmachung	1 043	979	4	-	59	-	1 043	-	-	-	-	1 043	-	-
Sonstige Entschädigungen	472	200	263	-	9	-	472	-	-	-	-	472	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	43 096	42 804	-	-	292	-	43 096	-	-	-	-	43 096	-	-
Erziehungsgeld/Elterngeld	6 807	6 785	-	-	22	-	6 807	-	-	-	-	6 807	-	-
Grundsicherung für Arbeitssuchende	42 162	17 944	13 910	5 488	4 820	-	42 162	-	-	-	-	42 162	-	-
Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung	758	7	586	3	162	-	758	-	-	-	-	190	486	82
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2 369	2 252	-	-	117	-	2 369	-	-	-	-	2 366	3	-
Sozialhilfe	37 820	20 570	14 205	1 206	1 839	-	37 820	-	-	-	-	37 819	-	1
Kinder- und Jugendhilfe	36 239	-	35 983	-	256	-	36 239	-	-	-	-	36 239	-	-
Wohngeld	737	-	681	-	57	-	737	-	-	-	-	737	-	-

Berechnungsstand: Mai 2016, geschätzt.

1 Konsolidiert um Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung – Renten der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2016

	Renten insgesamt ¹	Renten an Versicherte							Renten an Hinterbliebene	
		zusammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zusammen	darunter Witwen- und Witwerrenten
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		
		1 000	%			1 000	%		1 000	%
Insgesamt	25 397	19 787	1 783	48,9	51,1	18 004	44,5	55,5	5 610	94,3
Allgemeine Rentenversicherung	24 386	19 175	1 721	47,6	52,4	17 454	43,4	56,6	5 211	94,0
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 011	612	62	83,9	16,1	549	79,6	20,4	400	97,8

1 Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.2 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge

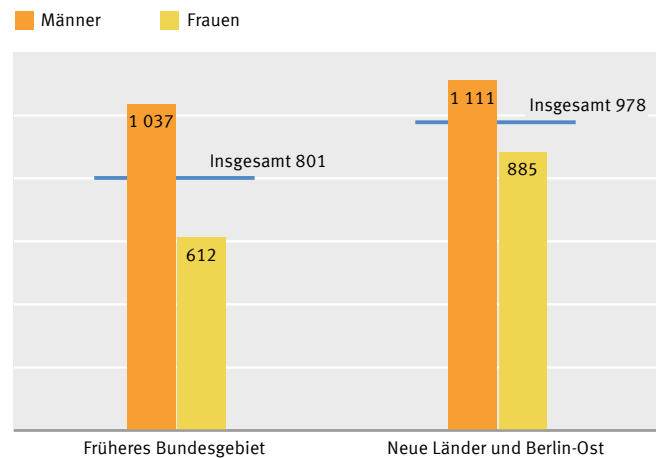
	Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung ¹	
	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente
	EUR			
Früheres Bundesgebiet				
Insgesamt				
2014	731	533	1 209	761
2015	769	542	1 231	771
2016	801	562	1 273	795
Männer				
2014	979	243	1 271	340
2015	998	272	1 291	373
2016	1 037	282	1 336	385
Frauen				
2014	531	567	755	767
2015	585	575	814	776
2016	612	597	847	800
Neue Länder und Berlin-Ost				
Insgesamt				
2014	881	561	1 088	702
2015	928	569	1 124	709
2016	978	599	1 180	744
Männer				
2014	1 046	311	1 207	373
2015	1 061	347	1 225	409
2016	1 111	369	1 281	430
Frauen				
2014	768	617	843	720
2015	835	620	914	725
2016	885	652	968	762

Stichtag: 1.7. – Nach Abzug des Beitrags der Rentner/-innen an Kranken- und Pflegeversicherung.

1 Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge 2016 in EUR



Stichtag: 1.7. – Allgemeine Rentenversicherung. – Versichertenrente.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2017 - 01 - 0236

8.2 Sozialversicherungen

8.2.3 Gesetzliche Rentenversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2015

	Einnahmen			Ausgaben				Vermögen ¹³
	insgesamt	darunter		insgesamt ¹²	Aufwendungen für Leistungen		sonstige Ausgaben ¹²	
		Beiträge	Bundes-zuschüsse ¹¹		zusammen	darunter Renten-ausgaben		
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	Mill. EUR		
Insgesamt¹⁴	276 161	75,1	24,5	277 749	273 508	89,9	4 241	38 415
davon:								
Allgemeine Rentenversicherung ¹⁵	270 377	76,4	23,1	271 965	268 126	86,8	3 839	38 264
Knappschaftliche Rentenversicherung ¹⁵ ..	15 081	4,5	35,9	15 081	14 680	88,7	402	151

1 Allgemeiner Bundeszuschuss nach §§ 213 und 215 SGB VI, einschl. zusätzlicher Bundeszuschuss.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

3 Bzw. Bar- und Anlagevermögen = Nachhaltigkeitsrücklage (für KnRV Rücklage nach § 293 SGB VI) zuzüglich Verwaltungsvermögen.

4 Ohne Ausgleichszahlungen zwischen der Allgemeinen Rentenversicherung und der Knappschaftlichen Rentenversicherung. – Ohne Finanzausgleich.

5 Einschl. Ausgleichszahlungen zwischen der Allgemeinen Rentenversicherung und der Knappschaftlichen Rentenversicherung. – Ohne Finanzausgleich.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rechnungsergebnisse der Rentenversicherung

8.2.4 Gesetzliche Krankenversicherung – Kassen und Versicherte

Weitere Informationen zu Gesundheitsausgaben und Krankenversicherungsschutz siehe Kapitel „Gesundheit“

	Kassen ¹¹	Versicherte ¹²			Darunter					
		insgesamt		weiblich	pflichtversichert ¹³		freiwillig versichert		Rentner/-innen	
		1 000	%		1 000	%	1 000	%	1 000	%
2014	132	70 290	47,4	52,6	30 846	43,9	5 507	7,8	16 653	23,7
2015	123	70 728	47,5	52,5	31 241	44,2	5 672	8,0	16 747	23,7
2016	117	71405	47,7	52,3	32 582	45,6	5 832	8,2	16 802	23,5
davon (2016):										
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	11	25 145	48,7	51,3	11 816	47,0	1 282	5,1	6 469	25,7
Betriebskrankenkassen (BKK)	92	11 806	49,7	50,3	5 452	46,2	1 189	10,1	2 193	18,6
Innungskrankenkassen (IKK)	6	5 342	52,5	47,5	2 816	52,7	350	6,6	907	17,0
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	1	674	54,0	46,0	180	26,7	31	4,6	299	44,4
Knappschaft-Bahn-See (KBS)	1	1 680	48,4	51,6	532	31,6	85	5,0	788	46,9
Ersatzkassen (EK)	6	26 757	44,8	55,2	11 787	44,1	2 896	10,8	6 146	23,0

Durchschnitt errechnet aus zwölf Monatswerten.

1 Anzahl der Kassen am Jahresende.

2 Versicherte = Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige zusammen.

3 Pflichtmitglieder einschl. Studierende, ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.5 Gesetzliche Krankenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen ¹¹		Ausgaben				Sonstige Ausgaben ¹⁴	Leistungen je versicherte Person	
	insgesamt	Aufwen-dungen für Leistungen	darunter						
			Behandlungen durch Ärzte/Ärztinnen ¹²	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel ¹³	Krankengeld			
Mill. EUR			%			Mill. EUR	EUR		
2014	204 237	205 540	193 631	22,3	35,1	25,7	5,5	34 107	2 755
2015	212 558	213 675	202 048	22,3	34,8	25,7	5,6	35 313	2 857
2016 ¹⁵	224 151	222 768	210 502	22,4	34,7	25,6	5,6	37 171	2 948
davon (2016) ¹⁵ :									
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	84 657	83 721	78 736	20,9	36,9	25,1	4,6	14 901	3 131
Betriebskrankenkassen (BKK)	33 154	33 125	31 382	24,4	32,3	24,4	7,3	5 321	2 658
Innungskrankenkassen (IKK)	15 120	15 153	14 369	22,3	33,7	25,2	7,3	2 439	2 690
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	2 568	2 537	2 324	19,8	38,9	25,7	0,1	574	3 447
Knappschaft Bahn-See (KBS)	7 300	7 200	6 863	18,4	40,3	24,8	3,5	1 230	4 085
Ersatzkassen (EK)	81 353	81 032	76 828	23,5	33,0	26,6	5,9	12 707	2 871

1 Ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

2 Einschl. Zahnärzte/-ärztinnen.

3 Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

4 Einschl. Verwaltungskosten.

5 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8 Soziales

8.2.6 Soziale Pflegeversicherung

Weitere Informationen zu Pflege siehe Kapitel „Gesundheit“

	Versicherte zum 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben					sonstige Ausgaben ^{1 2 3}	
			insgesamt	darunter Beitrags-einnahmen	insgesamt	Leistungs-ausgaben	davon				
							Pflegegeld	Pflegesach-leistung	stationäre Pflege ¹		übrige Leistungs-ausgaben
1 000	Mill. EUR					%			Mill. EUR		
2014	70 458	2 569	25 910	25 831	25 455	24 240	24,5	14,7	49,1	11,7	1 215
2015	70 892	2 665	30 687	30 609	29 007	26 637	24,2	13,9	48,7	13,2	2 370
2016	71 603	2 749	32 025	31 956	30 998	28 289	24,2	13,5	47,8	14,5	2 709

1 Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

2 Einschl. Verwaltungsausgaben.

3 Ab 2015 einschl. Zuführung zum Pflegevorsorgefonds.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.7 Arbeitslosenversicherung – Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III

	Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld (SGB III)	Davon bei					
		Arbeitslosigkeit			Weiterbildung		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1 000	%		1 000	%			
2014 ..	952	888	55,9	44,1	64	52,8	47,2
2015 ..	898	834	55,8	44,2	64	52,9	47,1
2016 ..	851	787	55,7	44,3	64	53,8	46,2

Bestandsdaten im Jahresdurchschnitt.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen **Arbeitslosengeld** als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

8.2.8 Arbeitslosenversicherung – Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter

	Kurzarbeiter/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%	
2014	134	87,5	12,5
2015	130	90,8	9,2
2016	128	90,6	9,4

Bestandsdaten im Jahresdurchschnitt. – Revidierte Ergebnisse. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter sind beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Leistung der Arbeitslosenversicherung an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unterschieden wird zwischen der „konjunkturellen Kurzarbeit“, dem „Transferkurzarbeitergeld“ und dem „Saison-Kurzarbeitergeld“.

8.2.9 Arbeitslosenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen		Ausgaben			
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	davon		
				Leistungen der aktiven Arbeitsförderung ¹	Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts ^{2 3}	sonstige Ausgaben ⁴
Mrd. EUR	%	Mrd. EUR				
2014	34	85	32	8	16	8
2015	35	85	31	8	16	8
2016	36	86	31	8	15	8

Jahressummen.

1 Darunter Leistungen zur Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen am Arbeitsleben, Eingliederungstitel etc.

2 Bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung.

3 Darunter Arbeitslosen- und Insolvenzgeld.

4 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

8.2 Sozialversicherungen

8.2.10 Gesetzliche Unfallversicherung – Versicherte und Rentenbestand

	Versicherte	Rentenbestand am Jahresende			
		insgesamt	darunter		
			Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten
1 000	Anzahl	%			
2013	64 217	917 265	86,3	12,3	1,4
2014	65 048	902 236	86,4	12,3	1,3
2015	65 898	884 361	86,4	12,3	1,3
davon (2015):					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	52 551	718 164	85,8	12,9	1,3
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 285	86 698	89,6	9,3	1,1
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ¹	10 063	79 499	89,2	9,7	1,1

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.11 Gesetzliche Unfallversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen

	Einnahmen		Ausgaben						Vermögen am Jahresende	
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					sonstige Ausgaben ²
					Renten	Heilbehandlung ¹	Verletztengeld	Unfallverhütung		
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%					Mill. EUR		
2013	14 652	87,3	14 675	10 884	51,5	30,3	6,2	10,1	3 791	19 830
2014	14 776	87,8	14 758	11 082	50,7	30,8	6,2	10,4	3 676	20 278
2015	14 976	88,0	14 989	11 293	50,1	31,2	6,3	10,5	3 696	20 572

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

² Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.3 Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

8.3.1 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und durchschnittliche Versorgungsbezüge

	Versorgungsempfänger/-innen am 1.1.2016				Versorgungsbezüge ¹ im Januar 2016		
	insgesamt	von Ruhegehalt	von Witwen-/Witwergeld	von Waisengeld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	1 000				EUR		
Bundesbereich	618,5	446,0	163,9	8,5	2 390	1 360	400
Bund	182,4	135,4	44,1	2,9	2 980	1 740	430
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	90,5	64,7	24,1	1,7	2 980	1 740	420
Berufssoldaten/-soldatinnen ..	91,9	70,8	20,0	1,2	2 970	1 750	440
Bundeseisenbahnvermögen	157,8	95,1	60,4	2,4	2 210	1 230	430
Post ²	271,2	209,9	58,0	3,2	2 080	1 210	340
Rechtlich selbstständige Einrichtungen ³	7,1	5,6	1,3	0,1	2 910	1 730	390
Landesbereich	852,9	684,1	155,6	13,2	3 010	1 780	400
Schuldienst	450,8	386,7	58,5	5,5	3 050	1 880	410
Vollzugsdienst	159,9	118,2	38,7	3,0	2 470	1 400	340
Übrige Bereiche	242,2	179,1	58,4	4,7	3 300	1 930	430
Kommunaler Bereich	120,5	86,9	31,4	2,2	2 960	1 740	390
Sozialversicherung ⁴	22,5	17,0	5,1	0,4	2 830	1 730	390
Insgesamt	1 614,3	1 234,0	356,0	24,3	2 780	1 580	400
	nachrichtlich: Versorgung nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes ⁵						
Insgesamt	7,7	0,1	7,1	0,5	1 470	1 070	700
	nachrichtlich: Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen						
Insgesamt	23,9	17,1	6,5	0,4	2 970	1 660	420

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik. – Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie Versorgung nach Artikel G131 des Grundgesetzes.

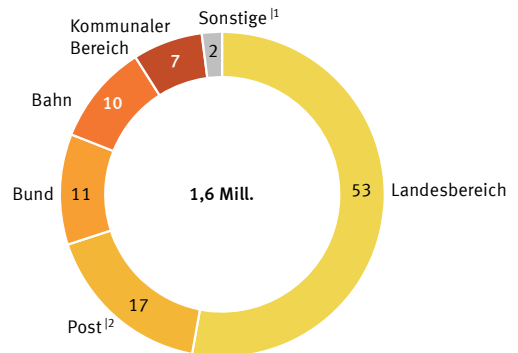
- 1 Bruttodurchschnittsbezüge.
- 2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.
- 3 Ohne Forschungseinrichtungen.
- 4 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.
- 5 Nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene Bedienstete mit Beamtenversorgung des Deutschen Reiches.

8.3.2 Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im öffentlichen Dienst

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	2000		2005		2015	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	66,2	100	45,4	100	64,2	100
Dienstunfähigkeit	40,8	61,7	13,0	28,7	10,5	16,3
Erreichen einer Altersgrenze ..	21,6	32,6	28,7	63,2	51,1	79,6
Besondere Altersgrenze ..	6,6	9,9	5,7	12,5	8,1	12,6
Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung oder bei besonderer Altersgrenze	3,1	4,6	2,4	5,2	5,7	8,9
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7,7	11,6	6,8	14,9	20,5	31,9
Regelaltersgrenze	4,3	6,5	13,9	30,6	16,8	26,2
Vorruhestandsregelung	3,2	4,9	2,5	5,6	1,8	2,9
Sonstige Gründe	0,6	0,8	1,1	2,5	0,8	1,2

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1.1.2016 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz, in %



Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

- 1 Rechtlich selbstständige Einrichtungen unter Bundesaufsicht und Sozialversicherung.
- 2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.

8.4 Sozialleistungen

8.4.1 Mindestsicherungsquote nach Ländern

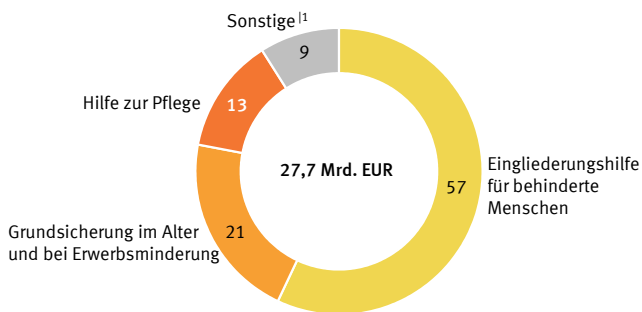
	2007 ^{1 2}	2008 ^{1 2}	2009 ^{1 2}	2010 ^{1 2}	2011 ^{2 3}	2012 ^{2 3}	2013 ^{2 3}	2014 ^{2 3}	2015 ^{2 3}
	%								
Deutschland	9,5	9,1	9,2	8,8	8,7	8,7	8,9	9,1	9,7
Baden-Württemberg	5,2	4,9	5,2	5,0	4,8	4,8	5,0	5,2	6,0
Bayern	4,8	4,5	4,7	4,3	4,2	4,2	4,3	4,6	5,2
Berlin	19,7	19,1	19,3	18,9	19,6	19,2	19,2	19,0	19,4
Brandenburg	13,7	12,8	12,4	11,5	11,3	11,1	11,1	10,8	11,0
Bremen	16,7	16,1	16,5	16,4	16,4	16,4	16,8	17,2	18,5
Hamburg	13,3	12,9	13,1	12,8	13,0	12,9	13,0	13,2	13,9
Hessen	8,5	8,3	8,5	8,1	8,0	8,1	8,4	8,7	9,3
Mecklenburg-Vorpommern	16,5	15,1	14,3	13,3	13,1	13,1	13,2	13,0	13,1
Niedersachsen	9,7	9,3	9,2	8,8	8,6	8,6	8,8	9,0	9,8
Nordrhein-Westfalen	10,5	10,0	10,4	10,2	10,2	10,4	10,8	11,1	12,0
Rheinland-Pfalz	7,0	6,7	6,9	6,5	6,3	6,4	6,6	6,9	7,8
Saarland	9,3	8,8	9,0	8,7	8,6	8,8	9,2	9,5	10,7
Sachsen	13,3	12,4	12,2	11,2	10,8	10,6	10,5	10,2	10,3
Sachsen-Anhalt	16,0	15,0	14,6	13,6	13,4	13,4	13,4	13,3	13,4
Schleswig-Holstein	9,8	9,4	9,3	8,9	9,0	9,1	9,3	9,5	10,3
Thüringen	11,8	10,7	10,5	9,5	9,2	9,1	9,0	8,9	9,4
nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet	8,1	7,8	8,0	7,7	7,6	7,6	7,9	8,2	8,9
Neue Länder einschl. Berlin	15,2	14,3	14,0	13,2	13,1	13,0	12,9	12,8	13,0

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Zu diesen Leistungen zählen **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem SGB XII, Gesamtleistung (**Arbeitslosengeld II/Sozialgeld**) nach dem SGB II sowie Regelleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**.

Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

- 1 Bevölkerungsstand (2007 – 2010): 31.12. des jeweiligen Jahres auf Grundlage früherer Zählungen (Volkszählung 1987 im ehemaligen Bundesgebiet und Registerzählung 1990 in der ehemaligen DDR).
- 2 Gesamtleistung (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ auf Basis der revidierten Daten der Bundesagentur für Arbeit vom April 2016. Die Revision erstreckt sich über die Jahre 2005 bis einschließlich 2015 und wurde bei der Berechnung der Mindestsicherungsquote ab dem Jahr 2006 berücksichtigt.
- 3 Bevölkerungsstand (ab 2011): 31.12. des jeweiligen Jahres (Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011). Die Ergebnisse von 2007 bis 2010 sind nur eingeschränkt mit den Ergebnissen ab 2011 vergleichbar.

Nettoausgaben der Sozialhilfe 2015 nach Hilfearten in %



Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung sowie Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.

2017 - 01 - 0238

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2015

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	398	210	188
unter 15	26	14	12
15 – 65	278	161	117
65 und mehr	93	35	58
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	4,8	5,2	4,5
unter 15	2,4	2,5	2,3
15 – 65	5,2	5,9	4,4
65 und mehr	5,4	4,6	6,0
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
unter 15	20	10	10
15 – 65	110	58	52
65 und mehr	7	3	4
Zusammen	137	71	66
In Einrichtungen ²			
unter 15	6	4	2
15 – 65	168	103	65
65 und mehr	86	32	55
Zusammen	260	139	122

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. – Empfänger/-innen am 31.12.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; Bevölkerungsstand: 31.12.2015 (Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).
- 2 Als Einrichtungen zählen z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime.

8.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII 2015

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt ¹	1 418	729	689
Hilfen zur Gesundheit	27	12	15
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	883	523	360
Hilfe zur Pflege ¹	451	159	291
Sonstige Hilfen ²	101	55	46
je 1 000 Einwohner/-innen³			
Insgesamt ¹	17,4	18,2	16,6
Hilfen zur Gesundheit	0,3	0,3	0,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	10,8	13,0	8,7
Hilfe zur Pflege ¹	5,5	4,0	7,0
Sonstige Hilfen ²	1,2	1,4	1,1
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	21	9	11
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	429	249	180
Hilfe zur Pflege ¹	129	53	77
Sonstige Hilfen ²	81	42	39
Zusammen¹	639	344	295
In Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	7	3	4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	549	331	218
Hilfe zur Pflege ¹	327	109	218
Sonstige Hilfen ²	20	13	7
Zusammen¹	888	449	439

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (im Laufe des Berichtsjahres).

- 1 Mehrfachzählungen sind ausgeschlossen soweit aus den Meldungen erkennbar.
- 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
- 3 Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung; Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2015 (Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).

8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Alter und bei Erwerbsminderung im Dezember 2016

Personen, die vor dem Jahr 1947 geboren sind, erreichten die Altersgrenze mit 65 Jahren. Für Personen, die im Jahr 1947 oder später geboren sind, wird die Altersgrenze seit 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben.

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	1 026	500	526
18 Jahre bis unter die Altersgrenze	500	283	217
Altersgrenze und älter	526	217	309
Außerhalb von Einrichtungen			
18 Jahre bis unter die Altersgrenze	373	206	167
Altersgrenze und älter	460	190	269
Zusammen	833	397	436
In Einrichtungen			
18 Jahre bis unter die Altersgrenze	127	77	50
Altersgrenze und älter	66	26	39
Zusammen	193	103	90

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

8.4.5 Ausgaben der Sozialhilfe 2015

Weitere Informationen zu Pflege und Behinderung siehe Kapitel „Gesundheit“

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen ¹	In Einrichtungen ¹
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	30 306	9 995	19 635
davon:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 574	796	779
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	6 370	4 818	1 551
Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	22 362	4 337	17 272
davon:			
Hilfen zur Gesundheit	77	.	.
Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung	676	.	.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	17 044	3 078	13 965
Hilfe zur Pflege	4 081	1 001	3 079
Sonstige Hilfen ²	486	258	228
darunter:			
Nettoausgaben	27 742	9 625	17 375
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ³	340	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Ohne Hilfen zur Gesundheit und Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.
- 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
- 3 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2015 (Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011).

8.4 Sozialleistungen

8.4.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Bedarfsgemeinschaften

	Bedarfs- gemein- schaften	Personen in Bedarfs- gemein- schaften	Darunter Leistungsberechtigte					
			zusammen	darunter Regelleistungsberechtigte				
	zusammen	davon			nicht erwerbs- fähige Leistungs- berechtigte			
		erwerbsfähige Leistungsberechtigte		zusammen		Männer	Frauen	
insgesamt								
Anzahl				%		Anzahl		
2013	3 337 194	6 277 867	5 995 764	5 939 233	4 389 820	48,4	51,6	1 549 413
2014	3 317 377	6 257 673	5 997 087	5 934 719	4 354 239	48,4	51,6	1 580 481
2015	3 288 220	6 245 123	6 000 050	5 929 693	4 327 206	48,6	51,4	1 602 487
2016	3 267 466	6 226 825	5 991 198	5 925 234	4 311 782	49,5	50,5	1 613 451

Eine **Bedarfsgemeinschaft (BG)** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Von jedem Mitglied der BG – mit Ausnahme der Kinder – wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der BG einsetzt. Es besteht eine sogenannte bedingte Einstandspflicht. Eine BG hat mindestens eine Person, die leistungsberechtigt ist.

Bestandsdaten im Jahresdurchschnitt. – Das seit 2005 angewandte Zähl- und Gültigkeitskonzept wurde mit der Revision zum Berichtsmonat Januar 2016 geändert. – Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Homepage der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Zahlungsansprüche

	Zahlungsansprüche der Bedarfsgemein- schaften insgesamt	Darunter für Gesamtregelung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)				Durchschnittlicher monatlicher Zahlungs- anspruch je Bedarfs- gemeinschaft
		zusammen	darunter für			
			Regelbedarf Arbeits- losengeld II	Regelbedarf Sozialgeld	Kosten der Unterkunft	
1 000 EUR						EUR
2013	33 702 170	28 161 625	12 933 097	561 533	13 820 677	842
2014	34 362 168	28 690 529	13 122 690	627 304	14 071 539	863
2015	34 863 883	28 944 761	13 254 014	691 075	14 117 617	884
2016	35 221 885	29 368 455	13 490 674	766 080	14 236 227	898

Jahressummen. – Das seit 2005 angewandte Zähl- und Gültigkeitskonzept wurde mit der Revision zum Berichtsmonat Januar 2016 geändert. – Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Homepage der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.8 Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelungen am 31.12.2015

Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
Insgesamt	974 551	100	655 705	318 846
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 7	135 777	13,9	71 498	64 279
7 – 11	61 108	6,3	33 232	27 876
11 – 15	49 564	5,1	27 981	21 583
15 – 18	41 005	4,2	26 192	14 813
18 – 21	109 796	11,3	88 470	21 326
21 – 25	130 840	13,4	101 544	29 296
25 – 30	150 692	15,5	111 588	39 104
30 – 40	176 754	18,1	121 085	55 669
40 – 50	76 449	7,8	50 037	26 412
50 – 60	29 955	3,1	17 715	12 240
60 – 65	6 388	0,7	3 474	2 914
65 und mehr	6 223	0,6	2 889	3 334
Staatsangehörigkeit (Zuordnung gemäß Staatenliste)				
Afrika	126 195	12,9	97 869	28 326
Amerika	768	0,1	440	328
Asien	616 444	63,3	430 803	185 641
Europa	211 871	21,7	113 411	98 460
Übrige Staaten, staatenlos ...	3 564	0,4	2 409	1 155
Ungeklärt, ohne Angabe	15 709	1,6	10 773	4 936

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Asylbewerberregelungen.

8.4 Sozialleistungen

8.4.9 Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2015

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	5 294,8	2 548,8	2 746,0
davon:			
Regelleistungen	4 248,9	1 981,9	2 267,0
Besondere Leistungen ¹	1 045,9	566,9	478,9
Nettoausgaben	5 230,7	2 497,7	2 733,0
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ²	64,03	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

1 U. a. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

2 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2015 auf Grundlage des Zensus 2011.

8.4.10 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Art der Leistung 2016

	Schulausflüge	Mehrtägige Klassenfahrten	Schulbedarf	Schülerbeförderung	Lernförderung	Mittagsverpflegung	Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben
Anzahl der Personen							
1. Quartal	6 162	2 975	69 909	6 763	6 888	22 134	6 991
2. Quartal	11 092	6 327	9 967	8 216	5 796	25 857	9 884
3. Quartal	9 555	4 475	93 246	8 626	5 193	29 835	11 851
4. Quartal	10 558	3 584	11 516	8 924	5 632	31 365	11 133
Leistungen in EUR							
1. Quartal	196 159	750 481	2 680 736	606 518	2 224 027	2 014 861	216 185
2. Quartal	311 324	1 148 231	572 365	779 954	2 807 900	2 528 747	316 908
3. Quartal	336 312	805 773	6 539 281	559 582	2 381 537	2 452 767	357 536
4. Quartal	263 334	795 791	787 578	857 685	2 891 406	2 975 482	336 488

8.4.11 Kriegsopferfürsorge

	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12. ¹											
2010	42 204	491	–	15 277	795	1 581	249	4 583	–	–	19 025
2012	34 406	493	–	12 552	748	1 229	243	3 709	–	–	15 294
2014	29 331	608	–	9 756	582	1 013	273	3 918	–	–	13 108
Empfänger/-innen einmaliger Leistungen bis zum 31.12. (im Laufe des Jahres) ¹											
2010	19 232	383	864	870	405	7 154	200	1 048	3 402	592	3 397
2012	14 198	413	669	792	362	4 493	179	851	2 654	588	3 151
2014	9 916	385	511	588	271	2 432	121	684	1 662	504	2 726
Ausgaben in 1 000 EUR ²											
2010	478 252	6 904	346	226 700	2 479	3 684	4 623	21 960	4 153	2 062	202 866
2012	430 959	7 151	215	200 844	1 764	3 401	3 117	18 066	2 898	1 926	190 901
2014	388 723	6 411	227	156 407	1 647	2 794	4 831	18 178	2 074	1 393	194 304

Ergebnisse der Statistik der Kriegsopferfürsorge. – Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland. – Ab 2010 einschl. der Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG). Außerdem sind ab 2010 bei den einzelnen Leistungsarten nur Leistungen im Inland dargestellt. Daher ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt.

1 Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Den Ausgaben stehen 2010 Einnahmen in Höhe von 134 Mill. Euro gegenüber, 2012 von 113 Mill. Euro und 2014 von 98 Mill. Euro.

8 Soziales
8.4 Sozialeleistungen
8.4.12 Hilfen zur Erziehung 2015

Weitere Informationen zu Kinderbetreuung, Kinder- und Elterngeld sowie Adoptionen siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Personen insgesamt im Alter von ... bis unter ... Jahren						
				unter 6	6 – 9	9 – 12	12 – 15	15 – 18	18 und mehr	
	Anzahl	%								
Ambulante Hilfen										
Flexible Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ¹										
Begonnene Hilfen	30 497	56,0	44,0	28,3	17,1	16,5	17,1	15,2	5,7	
Beendete Hilfen	29 851	55,5	44,5	22,6	13,9	17,4	17,7	17,9	10,4	
Hilfen am 31.12.	41 278	56,5	43,5	21,9	17,0	20,3	17,7	15,3	7,8	
Erziehungsberatung										
Begonnene Hilfen	305 922	53,3	46,7	27,1	20,2	17,9	15,7	12,8	6,3	
Beendete Hilfen	305 535	53,3	46,7	23,6	19,4	18,6	16,4	14,2	7,8	
Hilfen am 31.12.	141 825	53,6	46,4	23,3	20,4	20,2	16,4	12,8	7,0	
Soziale Gruppenarbeit										
Begonnene Hilfen	7 100	71,1	28,9	–	25,8	28,8	22,1	14,9	8,4	
Beendete Hilfen	7 105	73,0	27,0	–	9,9	28,1	28,4	22,4	11,2	
Hilfen am 31.12.	9 197	67,8	32,2	–	19,0	35,2	28,3	13,1	4,4	
Erziehungsbeistand										
Begonnene Hilfen	21 597	57,6	42,4	2,8	4,0	10,9	27,3	37,4	17,6	
Beendete Hilfen	20 756	57,4	42,6	2,0	2,8	7,3	20,4	37,9	29,6	
Hilfen am 31.12.	25 219	60,1	39,9	2,6	4,1	10,2	25,4	38,0	19,7	
Betreuungshelfer/-innen										
Begonnene Hilfen	5 479	64,2	35,8	–	3,6	6,0	14,3	32,5	43,7	
Beendete Hilfen	5 454	64,6	35,4	–	1,7	4,6	10,6	29,0	54,1	
Hilfen am 31.12.	5 024	63,2	36,8	–	3,1	8,6	16,3	31,1	40,9	
Stationäre/teilstationäre Hilfen										
Erziehung in einer Tagesgruppe										
Begonnene Hilfen	7 715	75,1	24,9	3,8	40,2	38,4	14,9	2,7	–	
Beendete Hilfen	8 110	74,6	25,4	2,5	11,8	43,4	30,5	11,8	–	
Hilfen am 31.12.	16 204	75,1	24,9	2,0	22,1	46,1	23,0	6,8	–	
Vollzeitpflege in einer anderen Familie										
Begonnene Hilfen	16 250	52,8	47,2	47,4	12,4	9,5	11,6	14,7	4,4	
Beendete Hilfen	14 715	50,3	49,7	28,5	12,0	9,0	11,3	15,6	23,6	
Hilfen am 31.12.	71 501	51,4	48,6	23,3	18,3	17,7	17,3	17,3	6,1	
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform										
Begonnene Hilfen	49 457	66,3	33,7	5,9	5,6	8,3	19,1	51,2	9,9	
Beendete Hilfen	40 648	59,0	41,0	4,7	3,9	6,4	15,5	38,2	31,3	
Hilfen am 31.12.	81 310	62,3	37,7	4,4	6,8	12,0	19,9	40,6	16,2	
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung										
Begonnene Hilfen	3 820	65,0	35,0	–	–	2,9	11,2	49,7	36,3	
Beendete Hilfen	3 592	64,3	35,7	–	–	1,0	8,3	32,8	57,9	
Hilfen am 31.12.	4 213	65,7	34,3	–	–	2,4	11,2	40,4	46,0	

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. stationärer Hilfen gemäß § 27 SGB VIII. – Zu den flexiblen Hilfen gemäß § 27 Absatz 2 SGB VIII gehören Hilfen, die keine Verbindung zu den Hilfearten der §§ 28 bis 35 SGB VIII aufweisen. Diese Hilfen sollen eine besonders individuelle Ausgestaltung und Kombination unterschiedlichster Unterstützungskomponenten gewährleisten, um so einem besonderen erzieherischen Bedarf gerecht zu werden.

8.4 Sozialleistungen

8.4.13 Sozialpädagogische Familienhilfe 2015

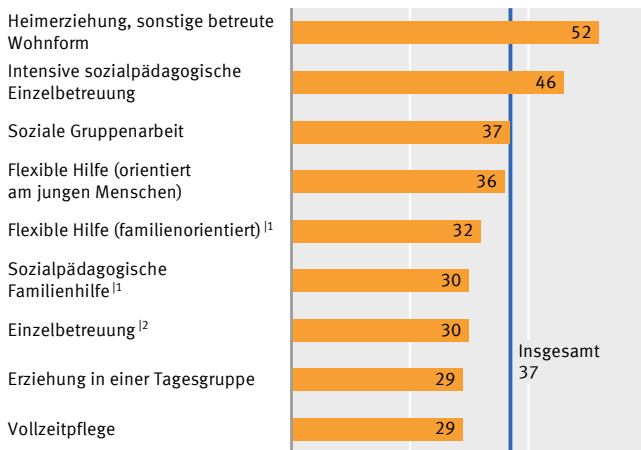
	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	durchschnittliche Dauer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Monate
Familien insgesamt	45 379	63,6	71 525	66,6	44 543	16
davon mit:						
1 Kind	22 011	63,0	32 081	65,7	20 576	15
2 Kindern	12 240	60,6	19 348	63,7	12 439	17
3 Kindern	6 430	64,2	11 152	67,1	6 497	18
4 und mehr Kindern	4 698	73,7	8 944	75,6	5 031	20
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	82 587	64,6	137 751	67,8	83 023	X
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	43 479	63,6	68 774	66,6	42 728	16
davon:						
Eltern leben zusammen	14 157	51,3	23 133	54,7	13 773	17
Elternteil lebt alleine	22 608	72,9	35 641	75,5	22 015	16
Elternteil lebt mit neuem Partner/neuer Partnerin zusammen	6 714	58,0	10 000	62,3	6 940	16
in einer Verwandtenfamilie	936	69,4	1 375	71,9	931	14
in einer nicht verwandten Familie	460	66,5	621	70,0	398	13

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

Begonnene erzieherische Hilfen für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund 2015

Anteil an allen unter 18-Jährigen mit begonnenen erzieherischen Hilfen, in %

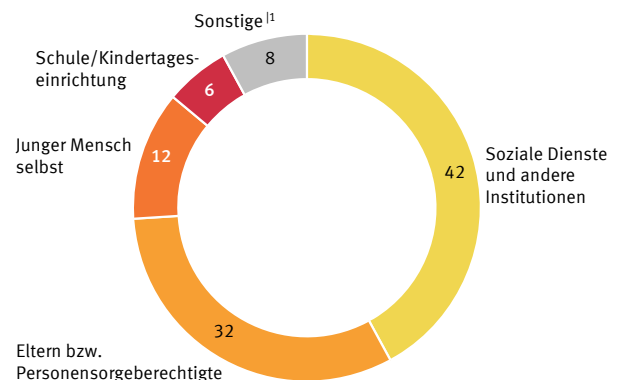


Ohne Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII.

- 1 Anteil der betreuten Familien.
- 2 Unterstützung durch Erziehungsbeistände und Betreuungshelfer/-innen.

Begonnene Hilfen zur Erziehung junger Menschen 2015

nach anregenden Institutionen oder Personen, in %



Ohne Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII.

- 1 Z. B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Arzt/Ärztin, Klinik, Gesundheitsamt, ehemalige Klienten/Klientinnen oder Bekannte.

2017 - 01 - 0239

8.4 Sozialleistungen

8.4.14 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung 2015

	Begonnene Hilfen			Hilfen am 31.12.			Beendete Hilfen		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	27 624	69,1	30,9	64 073	71,7	28,3	24 357	67,9	32,1
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	1 338	72,6	27,4	1 579	70,6	29,4	381	74,0	26,0
6 – 9	6 708	74,7	25,3	8 247	76,7	23,3	2 378	77,4	22,6
9 – 12	8 752	70,7	29,3	20 581	71,9	28,1	6 514	70,0	30,0
12 – 15	4 957	72,9	27,1	16 442	74,9	25,1	6 106	71,5	28,5
15 – 18	3 224	57,4	42,6	9 981	71,1	28,9	4 209	68,3	31,7
18 und mehr	2 645	55,1	44,9	7 243	58,9	41,1	4 769	54,6	45,4

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII.

8.4.15 Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 SGB VIII 2015

	Verfahren insgesamt	Davon nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung			
		akute Kindeswohlgefährdung	latente Kindeswohlgefährdung	keine Kindeswohlgefährdung aber Hilfebedarf	keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf
	Anzahl	%			
Insgesamt	129 485	16,1	18,7	33,4	31,9
Alter von ... bis unter ... Jahren					
unter 3	30 263	15,0	16,5	34,1	34,3
3 – 6	25 171	12,2	17,7	33,6	36,5
6 – 9	21 878	13,4	19,8	34,3	32,5
9 – 12	18 535	14,6	20,1	34,6	30,7
12 – 15	17 982	18,6	20,6	32,4	28,4
15 – 18	15 656	26,8	19,1	29,8	24,4

Eine **Kindeswohlgefährdung** liegt vor, wenn als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung eine Situation zu bejahen ist, in der eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes/Jugendlichen bereits eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist und diese Situation von den Sorgeberechtigten nicht abgewendet wird oder werden kann.

Kann die Frage nach der gegenwärtig tatsächlich bestehenden Gefahr nicht eindeutig beantwortet werden, besteht aber der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bzw. kann eine Kindeswohlgefährdung nicht ausgeschlossen werden, ist von einer „latenten Kindeswohlgefährdung“ auszugehen.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4.16 Maßnahmen des Familiengerichts aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls 2015

	Kinder und Jugendliche im Berichtsjahr					
	insgesamt	davon nach Geschlecht		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren		
		männlich	weiblich	unter 6	6 – 14	14 – 18
	Anzahl	%				
Insgesamt	29 405	55,0	45,0	40,9	37,6	21,4
davon:						
Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 1666 Abs. 3 BGB	8 730	53,1	46,9	45,8	40,7	13,5
Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gegenüber Personensorgeberechtigten oder Dritten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	3 637	53,2	46,8	42,3	43,4	14,2
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB	1 635	52,4	47,6	39,2	39,6	21,2
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	7 585	60,5	39,5	34,7	29,0	36,4
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB	7 818	53,2	46,8	41,2	39,5	19,3

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4 Sozialleistungen

8.4.17 Vorläufige Schutzmaßnahmen 2015

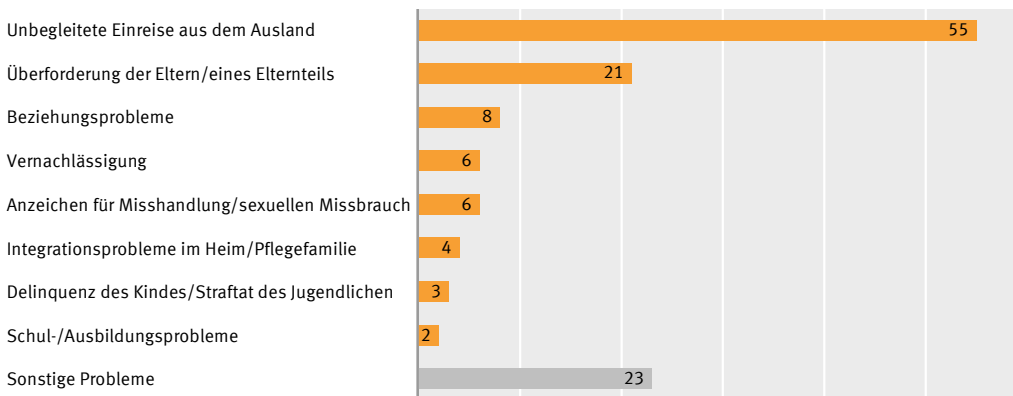
	Inobhutnahme			
	insgesamt		auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung
	Anzahl	%		
Insgesamt	77 645	100	19,4	80,6
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 3	4 471	5,8	–	5,8
3 – 6	2 722	3,5	–	3,5
6 – 9	2 729	3,5	0,1	3,4
9 – 12	3 579	4,6	0,5	4,1
12 – 14	6 444	8,3	1,5	6,8
14 – 16	19 673	25,3	6,0	19,4
16 – 18	38 027	49,0	11,4	37,6
	Männlich			
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 3	2 409	3,1	–	3,1
3 – 6	1 441	1,9	–	1,9
6 – 9	1 456	1,9	0,0	1,8
9 – 12	2 083	2,7	0,2	2,5
12 – 14	3 536	4,6	0,6	3,9
14 – 16	12 824	16,5	3,0	13,6
16 – 18	31 365	40,4	8,4	32,0
Zusammen	55 114	71,0	12,3	58,7
	Weiblich			
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 3	2 062	2,7	–	2,7
3 – 6	1 281	1,6	–	1,6
6 – 9	1 273	1,6	0,0	1,6
9 – 12	1 496	1,9	0,2	1,7
12 – 14	2 908	3,7	0,9	2,9
14 – 16	6 849	8,8	3,0	5,8
16 – 18	6 662	8,6	3,0	5,6
Zusammen	22 531	29,0	7,2	21,8

Eine **vorläufige Schutzmaßnahme** ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einer akuten, sie gefährdenden Situation. Minderjährige werden auf eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern) in Obhut genommen und – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung untergebracht, etwa in einem Heim.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Anlässe für vorläufige Schutzmaßnahmen 2015

in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Für jedes Kind oder jede(n) Jugendliche(n) konnten bis zu zwei Anlässe für die Maßnahme angegeben werden.

2017 - 01 - 0240

8.4 Sozialleistungen

8.4.18 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

	2013	2014	2015
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	660 668	645 563	650 977
davon unter:			
Gesetzlicher Amtsvormundschaft	5 171	5 323	5 502
Bestellter Amtsvormundschaft	32 219	35 825	59 501
Bestellter Amtspflegschaft	33 774	32 808	33 883
Beistandschaften nach § 1712 BGB	589 504	571 607	552 091
Sorgeerklärungen nicht miteinander verheirateter Eltern	161 376	173 986	180 006
davon:			
Abgegebene Sorgeerklärungen	160 644	172 531	178 689
Ersetzte Sorgeerklärungen	732	1 455	1 317
Tagespflegepersonen, für die eine Pflege-erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	55 130	55 014	54 849

Mit der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund (**gesetzliche Amtsvormundschaft**).

Die **bestellte Amtsvormundschaft** setzt voraus, dass ein(e) Minderjährige(r) nicht unter elterlicher Sorge steht. Dies kann durch Tod der Eltern eintreten, oder wenn die Eltern nicht in der Lage sind, die elterliche Sorge verantwortlich zu übernehmen.

Bei der **bestellten Amtspflegschaft** wird nur für Teile der elterlichen Sorge Amtspflege bestellt. Die verbleibenden Teile der elterlichen Sorge werden weiterhin durch die Eltern oder einen Elternteil wahrgenommen.

Mit der Einrichtung einer **Beistandschaft** für minderjährige Kinder (§ 1712 BGB) wird das Jugendamt zum Beistand des Kindes, um z. B. die Vaterschaft festzustellen oder/und Unterhaltsansprüche des Kindes geltend zu machen.

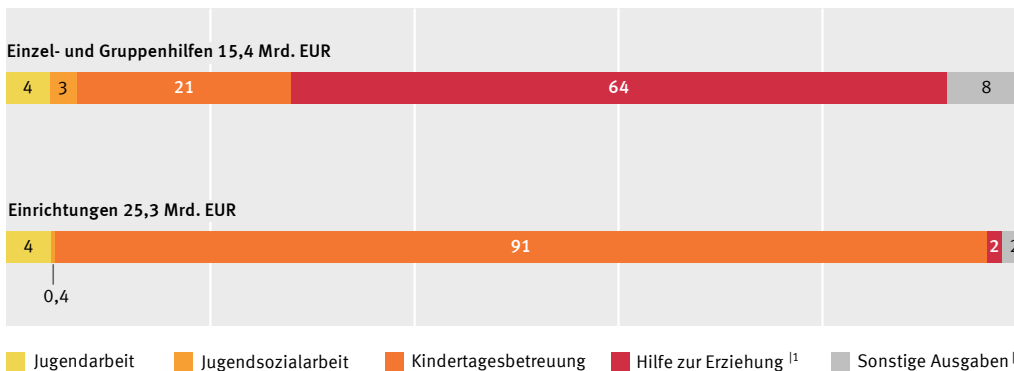
Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4.19 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2015

	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	1 000 EUR		
Jugendarbeit	1 768 271	656 858	1 111 413
Jugendsozialarbeit	513 020	410 649	102 371
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	673 641	615 682	57 958
dar. Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	319 600	317 248	2 352
Kindertagesbetreuung	26 354 952	3 222 456	23 132 496
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	10 260 262	9 890 561	369 701
Mitarbeiterfortbildung	25 368	15 265	10 103
Sonstige Aufgaben	961 699	579 854	381 845
Ausgaben zusammen	40 557 212	15 391 326	25 165 886
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	160 543	-	160 543
Ausgaben insgesamt	40 717 755	15 391 326	25 326 429
davon:			
Öffentliche Träger	25 202 228	14 222 347	10 979 881
Förderung von freien Trägern	15 515 526	1 168 979	14 346 548
Einnahmen insgesamt	2 990 822	1 004 437	1 986 385
Reine Ausgaben insgesamt	37 726 932	14 386 889	23 340 043

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2015 in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.
 2 Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

8.4 Sozialleistungen

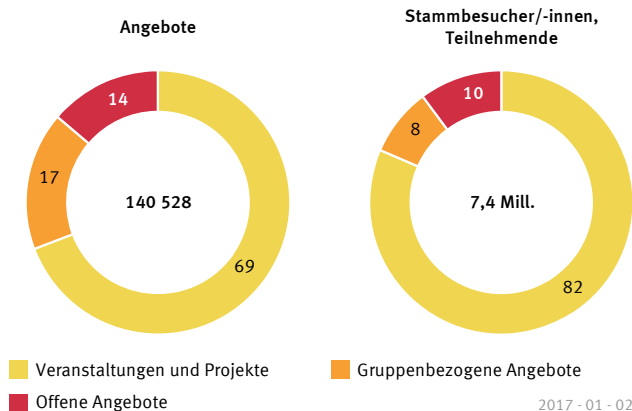
8.4.20 Angebote der Jugendarbeit 2015

Angebotstyp	Angebote der Jugendarbeit				Ehrenamtlich pädagogisch tätige Personen insgesamt	Stammbesucher/-innen offener Angebote/ Teilnehmende an gruppenbezogenen Angeboten sowie Veranstaltungen und Projekten
	insgesamt	darunter Angebote mit Mitarbeit von ... ¹				
		ehrenamtlich pädagogisch tätigen Personen	haupt- und nebenberuflich pädagogisch tätigen Personen	sonstigen pädagogisch tätigen Personen		
	Anzahl					
Insgesamt	140 528	84 333	88 485	53 511	576 310	7 422 781
	Offene Angebote					
Jugendzentrum/ zentrale (Groß-)Einrichtung . . .	4 685	2 285	4 195	3 147	14 985	–
Jugendclub, Jugendtreff/ Stadttreff	8 168	4 213	6 724	4 118	21 524	–
Jugendfarm, Abenteuerspielplatz	543	223	503	423	1 824	–
Jugendkulturzentrum, Jugendkunst- oder Musikschule	344	186	259	245	1 505	–
Sonstiges einrichtungsbezogenes Angebot . . .	3 075	1 896	2 128	1 415	13 745	–
Spiel- und/oder Sportmobil	956	416	545	602	1 995	–
Einrichtung/ Initiative der mobilen Jugendarbeit	541	185	494	230	900	–
Sonstiges aufsuchendes Angebot	1 027	550	655	392	4 972	–
Gruppenbezogene Angebote	23 841	13 689	13 271	8 248	72 696	619 983
Zusammen	19 339	9 954	15 503	10 572	61 450	753 182
	Veranstaltungen und Projekte					
Freizeit	30 282	22 528	16 312	7 891	198 735	–
Aus-, Fort-, Weiterbildung, Seminar	26 182	15 405	15 122	9 091	66 631	–
Projekt	14 088	6 445	10 400	6 767	43 935	–
Fest, Feier, Konzert	9 160	5 841	7 036	4 775	65 838	–
Sportveranstaltung	3 952	2 459	2 371	1 656	19 576	–
Sonstiges	13 684	8 012	8 470	4 511	47 449	–
Zusammen	97 348	60 690	59 711	34 691	442 164	6 049 616

1 Mehrfachnennungen möglich.

Angebote der Jugendarbeit 2015

in %



2017 - 01 - 0242

Methodik

■ Sozialbudget nach Institutionen

Um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, zeigt die Tabelle 8.1 dieses Kapitels die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen sowie nach Leistungs- und Finanzierungsarten. Detaillierte Informationen aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken der **Sozialleistungen** runden das Kapitel ab. Da die Zahlen des Sozialbudgets zum Teil definitiv anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind, besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 9 dieses Jahrbuchs. Die Definitionen zum Sozialbudget, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2017.

Das „Glossar“ enthält Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt bereinigt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Dieses Kapitel enthält – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialleistungen in Deutschland zu geben. Daten, die nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Im Folgenden werden die Methodiken der Erhebungen dargestellt, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen. Es handelt sich bei diesen Bundesstatistiken um dezentrale Statistiken. Dies bedeutet, dass das Statistische Bundesamt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept entwickelt und Organisation sowie EDV-Technik vorbereitet. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen stellt das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität. Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 „Sozialleistungen“ (siehe hierzu „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Die **Versorgungsempfängerstatistik** liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar. Anspruch auf eine Leistung nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht haben Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze, aus Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind (Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt).

Leistungsberechtigt sind des Weiteren Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten oder von verstorbenen Pensionärinnen und Pensionären (Empfängerinnen und Empfänger von Witwen- und Witwergeld, Waisengeld). Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beschäftigten des Deutschen Reiches regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G131), soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.

Der *öffentliche Dienst* wird in der Versorgungsempfängerstatistik in den vier Ebenen Bundesbereich, Landesbereich, kommunaler Bereich und Sozialversicherung (einschl. Bundesagentur für Arbeit) dargestellt.

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts. Sie bildet zusammen mit der Personalstandstatistik die Basis für Berechnungen über die Höhe der bestehenden Versorgungsansparungen und der zukünftigen Versorgungsausgaben. Sie wird für die Ermittlung der Zuweisungssätze zum Versorgungsfonds des Bundes verwendet und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Sozialleistungen

Sozialhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden in der amtlichen **Sozialhilfestatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–128h des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII bzw. gemäß § 128g eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke).

Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik hat sich mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend geändert. Es gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempängerinnen und Kurzzeitempänger) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, quartalsweise Erhebung, insbesondere Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen; bis Ende 2004

Methodik

wurden diese Leistungen als „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.

- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der dezentralen Statistiken der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt, der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII und der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe in der Regel spätestens rund acht bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht. Die Bundesergebnisse der zentralen Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden in der Regel spätestens rund drei Monate nach Ablauf des Erhebungsquartals veröffentlicht.

Asylbewerberleistungsstatistik

Um die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beurteilen sowie das Gesetz fortentwickeln zu können, werden auch in der amtlichen **Asylbewerberleistungsstatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um Vollerhebungen. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Die Bundesergebnisse der jährlichen Asylbewerberleistungsstatistiken veröffentlicht das Statistische Bundesamt in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Die im Jahr 2016 erstmals durchgeführte Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wird quartalsweise erhoben und in der Regel zwei Monate nach Ablauf des Erhebungsquartals veröffentlicht. Durch die Leistungen soll das menschenwürdige Existenzminimum von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildungsteilhabe sichergestellt werden.

Im Einzelnen umfasst die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik die folgenden Erhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Bestandserhebung zum Quartalsende.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 6 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die Stellen, die für die Durchführung des AsylbLG zuständig sind.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der **Kriegsopferfürsorgestatistik** ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird als zweijährliche Vollerhebung durchgeführt. Die Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten erheben die Statistischen Landesämter bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2014 lagen im September 2015 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfeängerinnen und Hilfeempfänger sowie über die finanziellen Aufwendungen, die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbunden sind.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe gemäß § 102 SGB VIII eine Auskunftspflicht, die nach Erhebungen differenziert ist.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfassen die amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage unterscheiden:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle zwei Jahre, zuletzt 2015): Statistik der Angebote der Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010, ab 2014 alle zwei Jahre): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind, z. B. über die Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** ersetzt. Diese ist im SGB II geregelt.

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird gemäß § 53 SGB II von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt und berichtet über Bedarfsgemeinschaften im Sinne des SGB II und alle Personen, die diesen Bedarfsgemeinschaften angehören. Das sind in erster Linie erwerbsfähige Leistungsberechtigte und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten Arbeitslosengeld II, nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte Sozialgeld. Die Statistik stellt Informationen über die Bedarfsgemeinschaften und ihre Zusammensetzungen, über deren einzelne Mitglieder sowie über die betreffenden monetären Größen (Bedarfe, Einkommen, Zahlungs- und Leistungsansprüche) bereit.

Die Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind; sie besteht aus mindestens einem Leistungsberechtigten. Die jeweilige Haushaltsgemeinschaft kann noch weitere Personen außerhalb des SGB II umfassen.

Die Höhe der Zahlungsansprüche, die tatsächlich an die Bedarfsgemeinschaften gezahlt werden, orientiert sich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger. Dabei wird – unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen – vorhandenes Einkommen und Vermögen der Personen angerechnet.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende berichtet über folgende Größen:

- Statistik der Gesamtregelleistung, diese setzt sich zusammen aus Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) und beinhaltet den Regelbedarf, Leistungen für Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft,
- Sozialversicherungsleistungen,
- weitere Zahlungsansprüche in besonderen Lebenssituationen.

Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Sie ergänzt die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III, hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodische-Hinweise/Grundsicherung-Meth-Hinweise/Grundsicherung-Meth-Hinweise-Nav.html
www.statistik.arbeitsagentur.de

Die „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ zählt alle Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld und weiteren Leistungen nach Sondertatbeständen des SGB II zu den Bezieherinnen und Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen.

Glossar

Altersgrenze | Die *Altersgrenze der Beamtenversorgung* des Bundes ist der gesetzlich bestimmte Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Die allgemeine Antragsaltersgrenze liegt für Personen, die vor 1947 geboren wurden bei 65 Jahren. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze ab dem 1.1.2012 bis zum Jahr 2031 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Im Falle einer Schwerbehinderung ist ab dem 60. bzw. 62. Lebensjahr ein Antrag auf den vorgezogenen Ruhestand möglich.

Alterssicherung der Landwirte (AdL, Sozialbudget) | Dieses berufsspezifisch ausgerichtete Sondersystem der Alterssicherung regelt für selbstständig tätige landwirtschaftliche Unternehmer und ihre Familienangehörigen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit. Zu diesem Zweck gewährt die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Bundesträger der AdL bei Erfüllung der Voraussetzungen Renten wegen Alters und wegen Erwerbsminderung, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten und Leistungen zur Teilhabe. Die gewährten Leistungen entsprechen weitgehend denen der gesetzlichen Rentenversicherung. Als besondere Leistung gibt es die sogenannte Betriebs- und Haushaltshilfe, die sicherstellt, dass der Hof bei Krankheit des Landwirts weitergeführt werden kann. Beitragspflichtig sind selbstständig tätige landwirtschaftliche Unternehmer und (ab 1995) deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt der landwirtschaftliche Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Einheitsbeitrags. Befreiung von der Versicherungspflicht ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere landwirtschaftliche Unternehmer erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Arbeitslosengeld | Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosengeld als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird auf Antrag bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Arbeitslosengeld als Lohnersatzleistung wird Arbeitslosen anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 % bzw. 67 % des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens 180 Kalendertage, bei älteren Arbeitslosen kann sie bis zu 720 Kalendertage betragen. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war, sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtversichert hatte.

Arbeitslosenhilfe / sonstige Arbeitsförderung (Sozialbudget) | Unter der sonstigen Arbeitsförderung werden im Sozialbudget Leistungen in Verbindung mit der Ausgleichsabgabe nach § 77 Abs.1 Satz 1 SGB IX sowie sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie z. B. die berufsbezogene Deutschsprachförderung und Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen erfasst. Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 1. 1. 2005 ist die ehemalige Arbeitslosenhilfe entfallen.

Arbeitslosenversicherung (Sozialbudget) | Die Leistungen der Arbeitsförderung setzen sich aus den Leistungen der aktiven Arbeitsförderung nach dem Dritten Kapitel des SGB III einerseits und den Entgeltersatzleistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB III andererseits zusammen. Hauptziele der Arbeitsförderung sind die Verhinderung von Arbeitslosigkeit sowie, wenn diese bereits eingetreten ist, ihre schnellstmögliche Beendigung. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung dienen die Beratung und Vermittlung sowie die sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (z. B. die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung). Während die Beratung für alle Personengruppen (junge Menschen, Erwachsene und Arbeitgeber) zugänglich ist und die Vermittlung für alle Ausbildungssuchenden, Arbeitsuchenden und Arbeitgeber, sind bei den sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung die jeweiligen Voraussetzungen zu erfüllen. Das Arbeitslosengeld und das Insolvenzgeld sind ebenfalls an besondere Voraussetzungen geknüpft.

Asylbewerberleistungen | Diese Leistungen werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährt, das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Die Leistungsberechtigten erhalten Regelleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts). Diese werden entweder in Form von Grundleistungen gewährt (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Daneben erhalten die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Die Bedarfe für Bildung und Teilhabe sind seit dem 1.1.2016 im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben und werden neben den bereits genannten Leistungen entsprechend nach den §§ 34, 34a und 34b SGB XII gesondert berücksichtigt. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution „Sozialhilfe“ ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung (Sozialbudget) | Das *Bundesausbildungsförderungsgesetz* (BAföG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 23. BAföG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/11 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstfördersatz für Studierende beträgt 670 Euro monatlich. Im Zuge des 25. BAföG-Änderungsgesetzes wurde bereits eine Erhöhung der Freibeträge und Bedarfssätze ab 1. August 2016 bzw. zum Wintersemester 2016/17 beschlossen. Der neue Höchstfördersatz für Studierende wird dann 735 Euro monatlich betragen. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn der auszubildende Person bzw. ihren unterhaltsverpflichteten Eltern oder ihrer Ehegattin bzw. Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen. Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person sowie das Einkommen der Eltern und der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Die Geldleistungen nach dem BAföG werden infolge des 25. BAföG-ÄndG seit dem 1.1.2015 vollständig vom Bund erbracht. Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im *Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz* (AFBG) geregelt. Mit dem „Aufstiegs-BAföG“ werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, wie z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen wie z. B. zur Erzieherin oder zum Erzieher, durch Beiträge zu den Kosten der Qualifizierungsmaßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell unterstützt. Ziel des AFBG ist die Erweiterung und der Ausbau beruflicher Höherqualifizierung, die Stärkung der Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses in Deutschland sowie die Verbesserung der beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Gefördert werden sowohl Voll- wie auch Teilzeitmaßnahmen. Die Förderung selbst besteht aus Zuschüssen und zinsungünstigen Darlehensanteilen. Mit dem 25. BAföG-ÄndG wurden zum 1.8.2016 auch im AFBG die Freibeträge und Bedarfssätze erhöht. Mit dem 3. AFBGÄndG wurden die Förderleistungen, insbesondere die der Familienkomponente und Zuschussanteile, verbessert und der Förderbereich ausgeweitet. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen (Sozialbudget) | Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstanfällen.

Betriebliche Altersversorgung (Sozialbudget) | Hierbei handelt es sich klassischerweise um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber direkt erfolgen – über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse – oder über externe Versorgungsträger erbracht werden (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Bundesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen des Bundes, Deutsche Bundesbank, Bundeseisenbahnvermögen und Versorgungsempfänger/-innen des Bundespensionservice für Post und Telekommunikation, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht des Bundes, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Dienstunfähigkeit | Sie liegt vor, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, eine Richterin oder ein Richter sowie eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform | Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter der Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen einschließlich Zweckverbände aber ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig zwischen 65 % und 67 % des maßgeblichen Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro je Lebensmonat. Für Eltern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von mehr als 1 200 Euro vor der Geburt sinkt die Ersatzrate bis auf 65 %. Für Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro je Lebensmonat. Bei Mehrlingsgeburten wird ein Mehrlingszuschlag gewährt. Familien mit mehreren kleinen Kindern können einen Geschwisterbonus erhalten. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam grundsätzlich zwölf Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für die Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Mit dem Gesetz zur Einführung des ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit haben Eltern von Kindern, die ab dem 1.7.2015 geboren werden, die Möglichkeit, zwischen dem Bezug von ElterngeldPlus und dem Bezug vom bisherigen Elterngeld (Basiselterngeld) zu wählen oder beides zu kombinieren.

Das ElterngeldPlus berechnet sich wie das Basiselterngeld, beträgt aber maximal die Hälfte des Elterngeldbetrags, der Eltern ohne Teilzeiteinkommen nach der Geburt zustünde. Dafür wird es für den doppelten Zeitraum gezahlt: ein Elterngeldmonat = zwei ElterngeldPlus-Monate. Damit profitieren Eltern vom ElterngeldPlus auch über

den 14. Lebensmonat des Kindes hinaus und genießen mehr Zeit für sich und ihr Kind. Alleinerziehende können das neue ElterngeldPlus im gleichen Maß nutzen.

Darüber hinaus bietet der neu eingeführte Partnerschaftsbonus die Möglichkeit, für vier weitere Monate ElterngeldPlus zu nutzen: Wenn Mutter und Vater in vier aufeinanderfolgenden Monaten gleichzeitig zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, bekommt jeder Elternteil vier zusätzliche Monatsbeträge ElterngeldPlus. Die Höhe des Elterngeldes in einem Partnerschaftsbonus-Monat wird genauso berechnet wie in einem ElterngeldPlus-Monat. Alleinerziehende können ebenso vier zusätzliche Bonusmonate beantragen, vorausgesetzt sie arbeiten an vier aufeinander folgenden Monaten pro Woche zwischen 25 und 30 Stunden.

Seit dem 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag berücksichtigt. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro).

Entgeltfortzahlung (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge (Sozialbudget) | Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung (Sozialbudget) | *Pflichtmitglieder* der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze liegt. Des Weiteren zählen dazu Auszubildende, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieherinnen und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), Bezieherinnen und Bezieher einer Waisenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer vergleichbaren Leistung eines berufsständischen Versorgungswerkes (unabhängig von der Länge der Vorversicherungszeiten), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirtinnen und Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteilerinnen und Altenteiler sowie Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden je zur Hälfte von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnerinnen und Rentnern und den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Zusätzlich können Krankenkassen von ihren Mitgliedern einen Zusatzbeitrag erheben. Die Zusatzbeitragssätze können von Krankenkasse zu Krankenkasse variieren. Eine Übersicht über die aktuellen Zusatzbeitragssätze der Krankenkassen kann auf der Homepage des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen unter www.gkv-spitzenverband.de abgerufen werden.

Die *freiwillige Mitgliedschaft* in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei *familienversichert* sind die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 425 Euro monatlich regelmäßig nicht übersteigt, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 450 Euro monatlich.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt. In Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld gezahlt. Das Mutterschaftsgeld gleicht zusammen mit dem Arbeitgeberzuschuss den Verdienstausfall für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung aus. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung (Sozialbudget) | Versicherungspflichtig sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Gruppen von Selbstständigen (z. B. selbstständig tätige Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, Handwerkerinnen und Handwerker, Hebammen und Entbindungspfleger). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern bzw. durch eine Versicherungspflicht auf Antrag versicherungspflichtig zu werden. Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod der bzw. des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod der oder des Versicherten sind den Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe. Das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung (Sozialbudget) | Versichert sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine Ausnahme bilden Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirtinnen und Landwirte), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schülerinnen und Schüler und Studierende, häusliche Pflegepersonen sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, z. B. für Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletzengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten). Die Beiträge für die Versicherten trägt allein die Unternehmerin bzw. der Unternehmer.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialbudget) | Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit diesen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung stellt.

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) sichert den Lebensunterhalt erwerbsfähiger Personen, soweit sie hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht durch Einkommen oder Vermögen sichern kann. Anspruch auf Arbeitslosengeld II können daher auch Personen haben, die mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen. Sozialgeld erhalten hilfebedürftige nicht erwerbsfähige Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Innerhalb der Bedarfsgemeinschaft ist wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | Die Leistung wurde durch das Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt, das zum 1.1.2003 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Sozialhilfe, die zum 1.1.2005 in Kraft getreten ist, wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort „Sozialhilfe“ im „Glossar“ sowie zur „Sozialhilfestatistik“ in der „Methodik“). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen mit Erreichen der Altersgrenze gem. § 41 SGB XII sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wird – wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – angerechnet, z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie Partnerinnen und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte „verschämte Armut“ verhindern. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Kinder- und Jugendhilfe (Sozialbudget) | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um die Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII beurteilen zu können, werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von den in Kindertageseinrichtungen geförderten Kinder über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII). Sie reichen von flexiblen Erziehungshilfen, Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelferinnen und Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und

sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten. Hierzu werden die Erhebungsmerkmale jährlich erhoben, die seit 2007 für alle Hilfearten gleich sind. Auch die Erhebungen zu *Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, sowie Pflegeerlaubnis*. Maßnahmen des Familiengerichts wie Sorgerechtsentzüge werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst. Seit 2012 findet ergänzend jährlich eine Erhebung zu den Gefährdungseinschätzungen durch die Jugendämter nach § 8a Abs. 1 SGB VIII statt. Die statistischen Erhebungen zu ausgewählten, mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) wurden für das Jahr 2012 ausgesetzt. Seit dem Berichtsjahr 2015 sind die öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nach einer neuen Erfassungssystematik gezählt worden. Diese Erhebung wird alle zwei Jahre durchgeführt. Die Kindertagesbetreuung gemäß §§ 22ff. SGB VIII wird seit 2006 jährlich mit folgenden Statistiken erhoben: „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und ab 2009 „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März (vorher 15. März). Ebenfalls regelmäßig erfasst und befragt – zuletzt am 31.12.2014 – werden die *übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe*, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Beratungsstellen, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen sowie Geschäftsstellen freier Träger und die für die Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Behörden wie die kommunalen Jugendämter. Die Teilerhebung liefert Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen. Diese Erhebung wurde bis 2014 alle vier Jahre durchgeführt, findet zukünftig aber alle zwei Jahre statt.

Die *Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe* werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst. Sie geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch „*Methodik*“).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich (Sozialbudget) | Sie zeigen die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Auf diese Weise ist die gebotene Steuerfreistellung in jedem Fall gewährleistet. Soweit das Kindergeld dazu nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familien, und zwar vornehmlich der Familien mit geringem Einkommen. Das Kindergeld betrug von 2010 bis 2014 für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro. Ab 2015 betrug es für das erste und zweite Kind jeweils 188 Euro, für das dritte Kind 194 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 219 Euro. Seit 1.1.2016 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 190 Euro, für das dritte Kind 196 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 221 Euro.

Kommunaler Bereich | Behörden, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Gemeinden, Gemeindeverbände, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Gemeinden einschl. Zweckverbände.

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter | Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben (§§ 95 ff. SGB III). Die Statistik über Kurzarbeit wurde im Mai 2017 rückwirkend für alle Berichtsmonate ab November 2011 revidiert. Die

Kurzarbeit insgesamt war, wegen den fehlenden Angaben zur witterungsbedingten Saison-Kurzarbeit, bisher als Summe aus konjunktureller Kurzarbeit, Transfer-Kurzarbeit und wirtschaftlich bedingter Saison-Kurzarbeit definiert. Nach der Revision setzt sie sich aus der konjunkturellen Kurzarbeit, der Transfer-Kurzarbeit und der Saison-Kurzarbeit insgesamt zusammen. Einen Revisionseffekt gibt es nur in den Schlechtwettermonaten von Dezember bis März. Die Berücksichtigung der witterungsbedingten Saison-Kurzarbeit führt allerdings in diesen Zeiträumen zu einem Anstieg von durchschnittlich etwa 90 % gegenüber bisher berichteten Werten zur Kurzarbeit insgesamt.

Landesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Länder, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Länder, ohne Sozialversicherungsträger.

Lastenausgleich (Sozialbudget) | Er umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ergeben haben: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparserschäden und Schäden in der ehemaligen DDR. Der Ausgleich wurde gewährt als Leistung mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistung ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen). Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet. Infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – Lastenausgleich von den Lastenausgleichsempfängerinnen und -empfängern oder ihren Erben zurück.

Mindestsicherungsquote | Sie stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausbezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Gesamtregelleistung (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“)
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Pensionen (Sozialbudget) | Das sind Ruhegehälter sowie Witwen-, Witwer- und Waisengelder, die Gebietskörperschaften, ihre Wirtschaftsunternehmen und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften zahlen. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfängerinnen und Empfänger einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch andere bedürfen. Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbstständig kompensieren oder bewältigen können. Die Pflegebedürftigkeit muss auf Dauer,

voraussichtlich für mindestens sechs Monate, und in mindestens der gesetzlich festgelegten Schwere bestehen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach der Schwere der Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten fünf Pflegegraden zugeordnet. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat die bzw. der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996. Sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber je zur Hälfte finanziert (außer Sachsen). Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages kompensiert (außer Sachsen).

Seit dem 1.1.2013 betrug der Beitragssatz 2,05 % (für Kinderlose 2,3 %). Mit Einführung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes zum 1.1.2013 haben Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erstmals Anspruch auf Regelleistungen der Pflegeversicherung (sog. Pflegestufe „0“) bzw. auf verbesserte Leistungen nach § 123 SGB XI (Pflegestufe I und II).

Seit dem 1.1.2015 beträgt der Beitragssatz 2,35 % (für Kinderlose 2,6 %). Durch das erste Pflegestärkungsgesetz wurden seit dem 1.1.2015 die Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ausgeweitet und die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöht. Zudem wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

Seit dem 1.1.2017 beträgt der Beitragssatz 2,55 % (für Kinderlose 2,8 %). Durch das zweite und dritte Pflegestärkungsgesetz wurde seit dem 1.1.2017 der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, mit dem körperliche, geistige und psychische Einschränkungen bei der Einstufung gleichermaßen berücksichtigt werden; dies verhilft z. B. demenziell Erkrankten zu deutlich mehr Leistungen.

Private Altersvorsorge (Sozialbudget) | Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamtinnen und Beamte und Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen. In den begünstigten Personenkreis aufgenommen wurden 2008 auch Bezieherinnen und Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist gestiegen von 1 % in 2002/03 (über 2 % in 2004/05 und 3 % in 2006/07) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Private Krankenversicherung (Sozialbudget) | Ab dem Jahr 2009 ist die Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung im Sozialbudget erforderlich. Dies ist eine Folge der im Rahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007 ab dem 1.1.2009 für den Bereich der privaten Krankenversicherung eingeführten Krankenversicherungspflicht und – im Zusammenhang damit – der Einführung eines Basisstarfs mit Kontrahierungszwang und Beitragsbegrenzung. Die Änderung erfolgt gemäß den europäischen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)). Sie entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

Private Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Die Zugehörigkeit zu dem Versicherungszweig private Pflegepflichtversicherung (PPV) erfolgt ohne Wahlmöglichkeit abhängig von der Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung wird der sozialen Pflegeversicherung (SPV) zugewiesen. Das Sozialgesetzbuch schreibt vor, dass sich die Leistungen der PPV und der SPV „nach Art und Umfang“ entsprechen müssen. Konzipiert ist die Pflegeversicherung generell als Teilleistungsversicherung; sie soll nur einen Teil der Pflegekosten abdecken.

Die PPV wird grundsätzlich im Kapitaldeckungsverfahren finanziert. Sie enthält aber auch Komponenten einer Ex-ante-Umverteilung (zum Beispiel Kontrahierungszwang, kein Ausschluss von Versicherten auf Grund von Vorerkrankungen, keine Staffelung der Prämien nach dem Geschlecht). SPV und PPV sind voneinander unabhängig.

Ruhegehalt | Bezüge pensionierter Beamtinnen und Beamter, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten.

Sonstige Arbeitgeberleistungen (Sozialbudget) | Beihilfen im Krankheitsfall, freiwillige Familienzulagen und Wohnungsbeihilfen der privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Sonstige Entschädigungen (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende sowie deren Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach der Kriegsgefangenenentschädigung, dem Häftlingshilfegesetz (bzw. dem Heimkehrerentschädigungsgesetz) und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz und dem Schwerbehindertengesetz (Erstattung von Fahrgeldausfällen), sowie die Zuweisungen des Bundes an die Conterganstiftung für behinderte Menschen.

Soziale Entschädigung (Sozialbudget) | Es umfasst Leistungen für Kriegsopfer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen zusammen (Geld- und Sachleistungen). Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinischen Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt vom Einkommen der Berechtigten ab – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die Kriegsopferfürsorge mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig. Für die Durchführung der Sozialen Entschädigung für Wehrdienstopfer und ihre Hinterbliebenen ist die Bundeswehrverwaltung zuständig.

Sozialhilfe (Sozialbudget) | Sie schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Das SGB XII „Sozialhilfe“ unterscheidet im Einzelnen folgende Leistungen:

- 3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40)
- 4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46b)
- 5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52)
- 6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60)
- 7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66)
- 8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69)
- 9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Zu weitreichenden Änderungen für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten seit 2005 bisherige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne) – sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind – sowie deren Familienangehörige. Deshalb wurden erwerbsfähige Hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (insbesondere Einkommen und Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerberinnen und Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Sozialversicherung | Umfasst die Bundesagentur für Arbeit, die gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Rentenversicherung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform nach SGB unter Aufsicht des Bundes und der Länder und die Knappschaftsversicherung.

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen | Dies betrifft Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt (Bundespräsidentin bzw. Bundespräsident, Bundeskanzlerin bzw. Bundeskanzler, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Richterinnen und Richter beim Bundesverfassungsgericht) sowie Angestellte bzw. Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund einer Dienstordnung beschäftigt waren, und ihre Hinterbliebenen.

Versorgungsbezüge | Es wird der Bruttobetrag der laufenden Versorgungsbezüge für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen. Enthalten sind das Ruhegehalt der ehemaligen Bediensteten, das Witwen- und Witwergeld und das Waisengeld. Einmalige Zahlungen und Übergangsgelder sind nicht enthalten.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger | *Versorgungsempfängerinnen* und *Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht* sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten und Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern. *Versorgungsempfängerinnen* und *Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes* sind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene ehemalige Bedienstete sowie ihre Hinterbliebenen.

Versorgungswerke (Sozialbudget) | Sie basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammervorfassung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Architektinnen und Architekten. Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Vorruhestand | Ausscheiden aus dem Dienst vor einer gesetzlichen Altersgrenze aufgrund einer speziellen gesetzlichen Regelung.

Waisengeld | Bezüge hinterbliebener Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhegehalt hatten.

Wiedergutmachung (Sozialbudget) | Sie enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Witwen- und Witwergeld | Bezüge hinterbliebener Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhegehalt hatten.

Wohngeld (Sozialbudget) | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Eigentümerinnen oder Eigentümer von Wohnraum, den sie selbst nutzen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 2011 Personen auch für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Zusatzversorgung (Sozialbudget) | Dies ist die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte öffentlicher Arbeitgeber. Die Personen sind z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Soziales* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 22, bzw. zur Kinder- und Jugendhilfe unter Code 225, Daten zum *Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes* unter Code 742

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Sozialbudget nach Institutionen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Statistik (www.bmas.de)

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6.1 | Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 | Entwicklung im Bereich der Beamtenversorgung

■ Sozialleistungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1 | Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 6 | Jugendhilfe

Reihe 7 | Leistungen an Asylbewerber

Fachberichte

| Elterngeld regional: Geburten 2014
| Einnahmen und Ausgaben der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft 2010
| Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2016
| Kriegsopferfürsorge 2014

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 | Das neue Bundeskinderschutzgesetz und dessen Umsetzung in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Heft 3/16 | Neukonzeption der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

IM FOKUS

29.11.2016 | Altersarmut: Frauen besonders von Grundsicherung im Alter betroffen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kindertagesbetreuung regional 2016

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie stehen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download zur Verfügung.





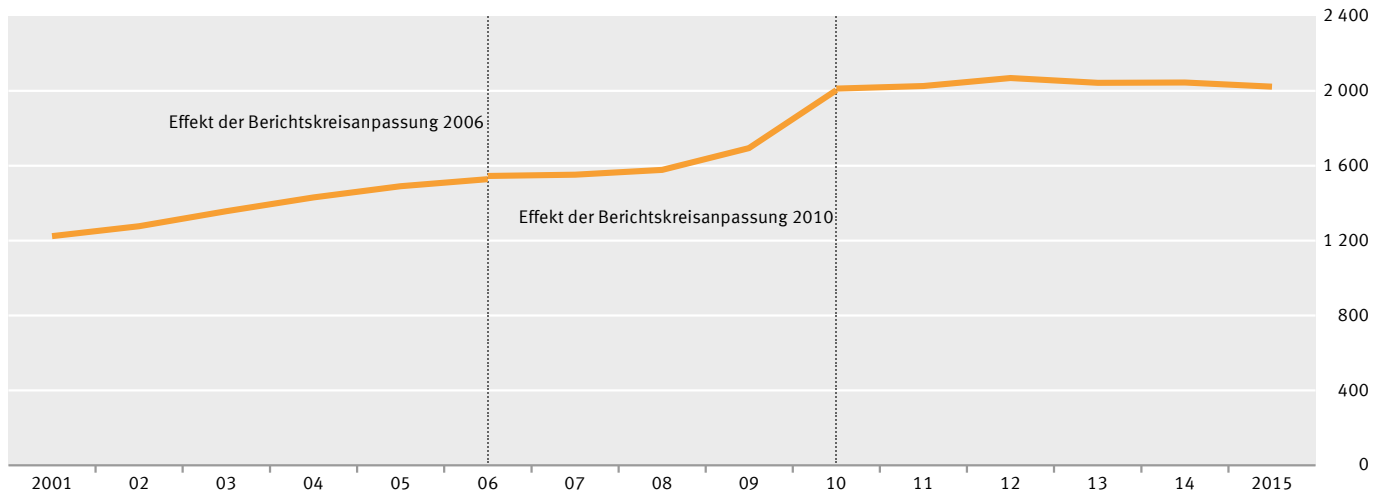
9 Finanzen und Steuern

Öffentlicher Gesamthaushalt im Jahr 2016 mit **25,8 Milliarden Euro**
Finanzierungsüberschuss | **Verschuldung** Deutschlands 2015
auf 2 023 Milliarden Euro gesunken | **17 400** Einkommensteuer-
pflichtige hatten 2013 Einkünfte von **1 Million Euro und mehr** |
2012 wurden mehr als **6 Millionen** umsatzsteuerpflichtige Unternehmen
erfasst | **527 Unternehmen** waren 2015 **Umsatzmilliardäre** |
2016 pro Kopf rund **97 Liter Bier** und **918 Zigaretten** abgesetzt

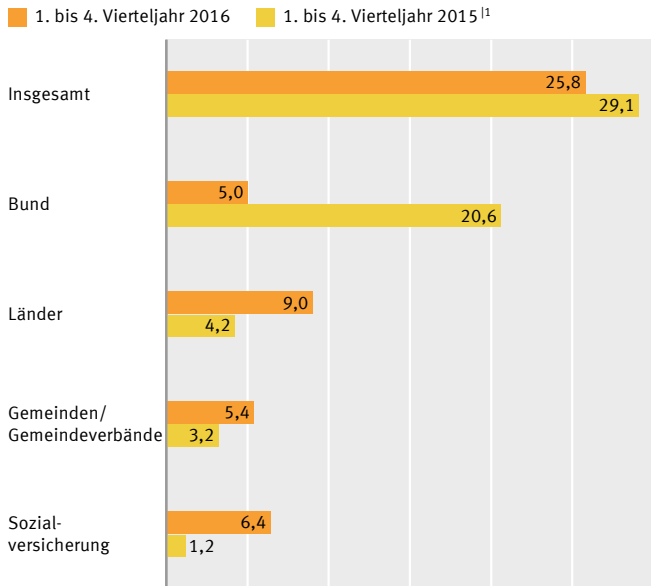
Seite	
261	Auf einen Blick
	Tabellen
262	Öffentliche Finanzen Entwicklung der öffentlichen Finanzen Länderfinanzausgleich Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen Schulden und Finanzvermögen Jahresabschlüsse der kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
275	Steuern Steueraufkommen nach Steuerarten Lohn- und Einkommensteuer Körperschaftsteuer Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb Gewerbesteuer Erbschaft- und Schenkungsteuer Umsatz- steuer Verbrauchsteuern
285	Methodik
287	Glossar
290	Mehr zum Thema

9.0 Auf einen Blick

Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR

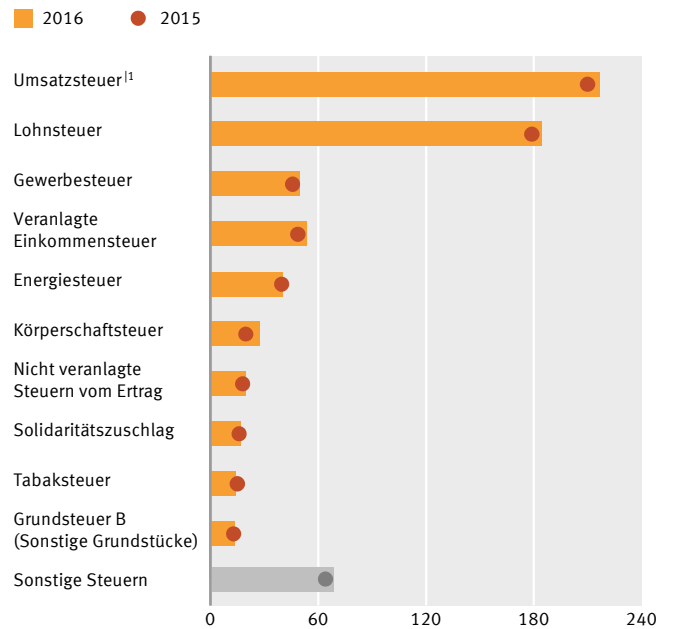


Finanzierungssalden der Ebenen des Öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



1 Revidiertes Ergebnis.

Steueraufkommen nach ausgewählten Steuerarten
in Mrd. EUR



Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten vor der Verteilung.
1 Einschl. Einfuhrumsatzsteuer.

2017 - 01 - 0243

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

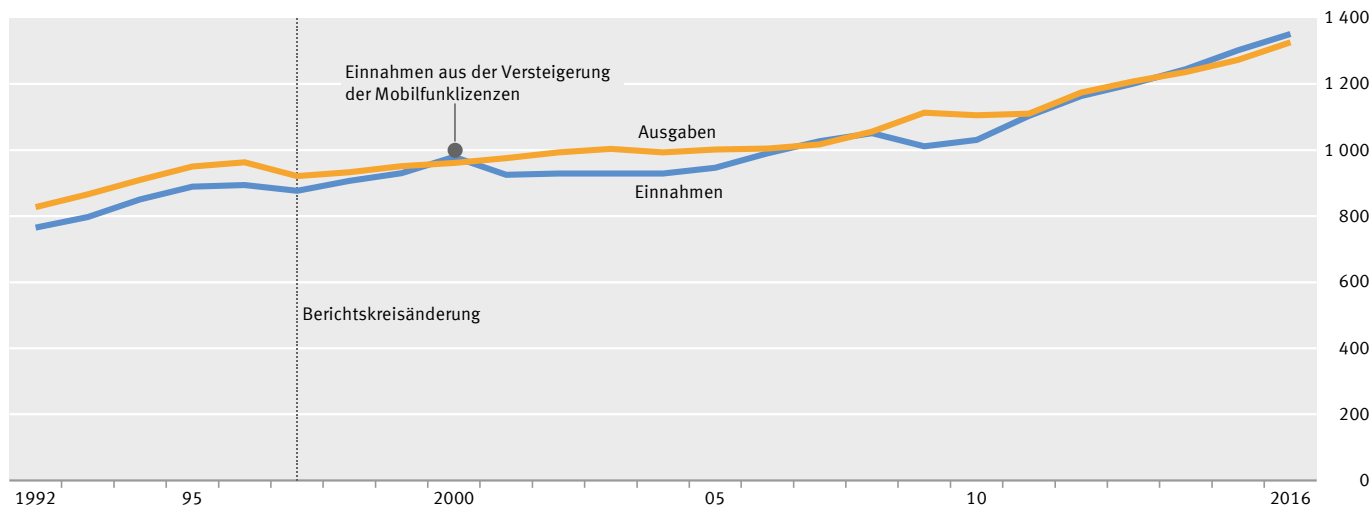
9.1.1 Ausgaben, Einnahmen, Finanzierungssaldo und Schulden

	2000	2005	2010 ¹	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR								
Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts²	960 788	1 002 244	1 105 876	1 110 165	1 174 449	1 208 297	1 236 659	1 272 757	1 326 142
darunter:									
Bund	265 508	281 483	333 062	324 852	357 503	348 117	345 366	341 224	362 651
Länder	250 791	259 968	287 269	295 907	321 459	329 347	341 189	355 219	370 757
Gemeinden/Gemeindeverbände	146 074	153 183	182 267	184 878	196 864	206 272	214 978	227 695	241 687
Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts²	979 322	946 460	1 030 908	1 103 862	1 163 357	1 201 058	1 244 589	1 301 816	1 351 851
darunter:									
Bund	292 433	250 043	288 698	307 144	335 455	335 222	348 927	361 759	367 645
Länder	240 376	237 235	266 782	286 486	315 642	328 753	342 820	359 375	379 692
Gemeinden/Gemeindeverbände	148 009	150 945	175 392	183 908	197 770	207 764	214 416	230 846	247 064
Steuereinnahmen³	467 413	452 380	530 673	573 372	600 214	619 515	643 496	673 511	705 748
darunter:									
Bund	198 790	190 176	225 811	247 984	256 303	259 866	270 746	281 608	289 018
Länder	189 493	180 457	210 052	224 291	236 344	244 206	254 276	267 939	288 674
Gemeinden/Gemeindeverbände	57 297	60 036	70 442	76 633	81 251	84 342	87 488	93 066	98 783
Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts² ..	18 552	- 55 787	- 74 989	- 6 418	- 11 031	- 7 179	8 080	29 149	25 797
darunter:									
Bund	26 943	- 31 402	- 44 323	- 17 667	- 22 004	- 12 852	3 620	20 573	5 017
Länder	- 10 375	- 22 728	- 20 560	- 9 558	- 5 787	- 561	1 682	4 198	8 991
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 934	- 2 237	- 6 875	- 970	906	1 493	- 563	3 151	5 377
Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts⁴	1 210 918	1 489 853	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 043 918	2 022 562	.
darunter:									
Bund	774 834	903 282	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 854	1 264 995	.
Länder	338 073	471 339	600 110	615 399	644 929	624 915	614 055	612 909	.
Gemeinden/Gemeindeverbände	98 011	115 232	123 569	129 633	135 178	135 116	139 448	144 169	.
Sozialversicherung	539	823	665	631	561	489	.

- 1 Für die Schuldenstatistik ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.
- 2 Von 2000 bis 2011 Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik, ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse mit erweitertem Berichtskreis. Um Zahlungen zwischen den Einheiten bereinigt. 2000 einschl. einmaliger Versteigerungserlöse des Bundes aus den Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro. 2012 bis 2015 revidierte Ergebnisse.
- 3 Kassenmäßige Steuereinnahmen, nach der Steuerverteilung. – Ab 1994 Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder beim Bund abgesetzt und bei den Ländern entsprechend zugesetzt.
- 4 Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts

in Mrd. EUR



Ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse.

2017-01-0244

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.2 Länderfinanzausgleich

	2000	2005	2010	2015 ¹	2016 ¹
	Mill. EUR				
Baden-Württemberg	- 1 957	- 2 235	- 1 709	- 2 313	- 2 538
Bayern	- 1 884	- 2 234	- 3 511	- 5 449	- 5 821
Berlin	+ 2 812	+ 2 456	+ 2 900	+ 3 613	+ 3 919
Brandenburg	+ 644	+ 588	+ 401	+ 495	+ 543
Bremen	+ 442	+ 366	+ 445	+ 626	+ 694
Hamburg	- 556	- 383	- 66	- 112	+ 65
Hessen	- 2 734	- 1 606	- 1 752	- 1 720	- 2 261
Mecklenburg-Vorpommern	+ 500	+ 434	+ 399	+ 473	+ 493
Niedersachsen	+ 568	+ 363	+ 259	+ 418	+ 681
Nordrhein-Westfalen	- 1 141	- 490	+ 354	+ 1 021	+ 1 107
Rheinland-Pfalz	+ 392	+ 294	+ 267	+ 349	+ 388
Saarland	+ 167	+ 113	+ 89	+ 152	+ 174
Sachsen	+ 1 182	+ 1 020	+ 854	+ 1 023	+ 1 089
Sachsen-Anhalt	+ 711	+ 587	+ 497	+ 597	+ 645
Schleswig-Holstein	+ 185	+ 146	+ 101	+ 248	+ 226
Thüringen	+ 670	+ 581	+ 472	+ 581	+ 598

Damit die Länder die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen können, müssen sie frei und unabhängig über ausreichende Finanzmittel verfügen. Der **Länderfinanzausgleich**, als eine von vier Stufen des grundgesetzlich geregelten bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dient der Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern mit dem Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+).

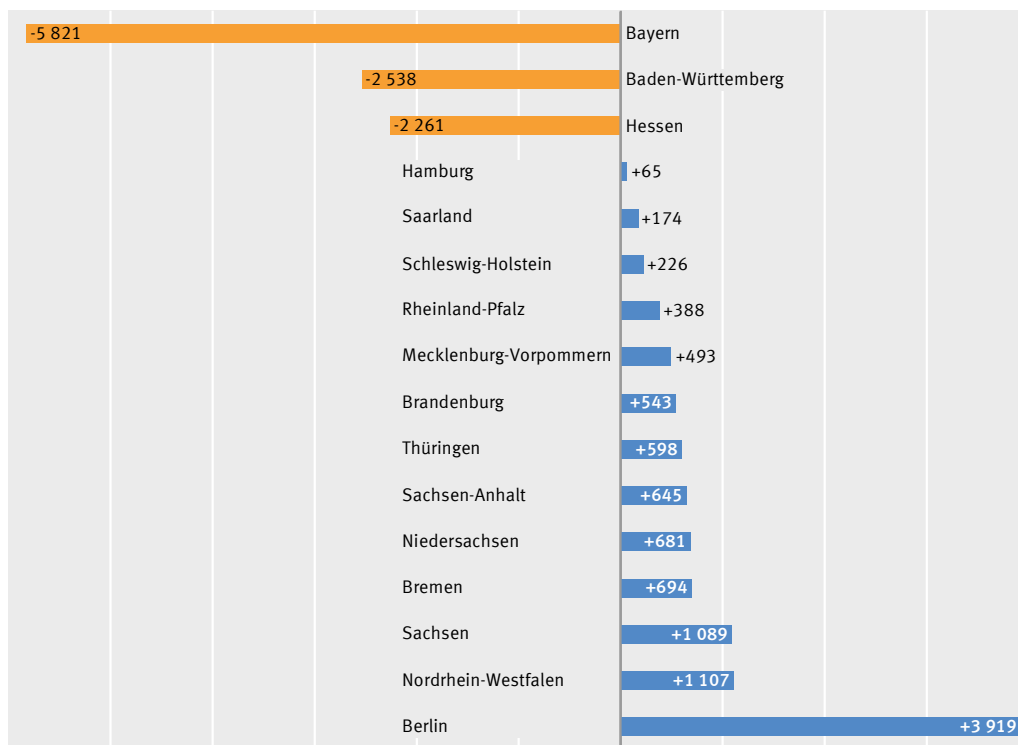
1 Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Länderfinanzausgleich 2016

in Mill. EUR

■ Ausgleichspflichtig (-), Geberländer ■ Ausgleichsberechtigt (+), Nehmerländer



Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2017 - 01 - 0245

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

Die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnisse). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die EU-Anteile.

9.2.1 Kassenergebnisse nach Ebenen

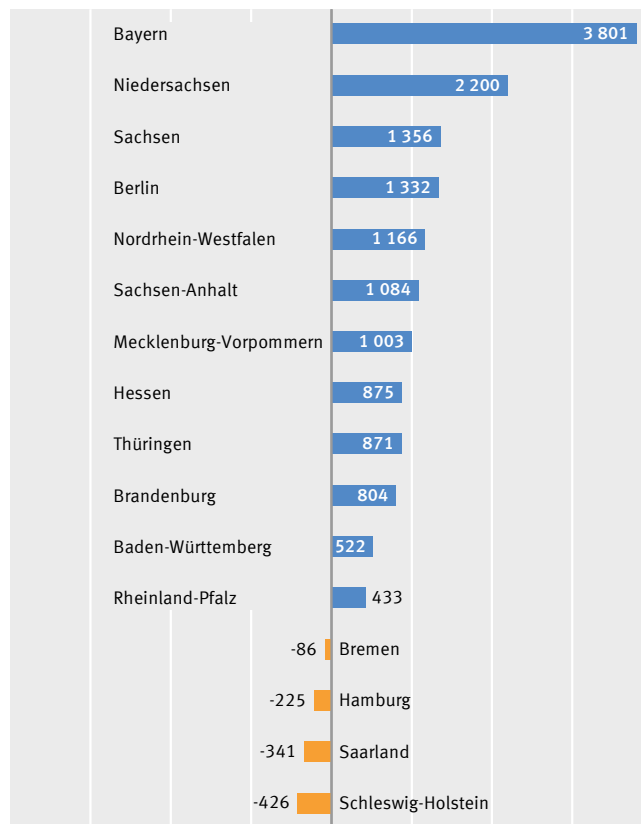
	Insgesamt		Veränderung 2016 gegen- über Vorjahr	Davon				
	2015 revidiert	2016		Bund	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR				
Ausgaben								
Personalausgaben	263 324	270 812	2,8	48 737	–	139 404	62 840	19 831
Laufender Sachaufwand	354 657	374 606	5,6	33 056	–	50 507	55 026	236 016
Zinsausgaben	50 513	46 783	– 7,4	28 092	–	14 963	3 645	83
an Öffentlichen Gesamthaushalt	747	649	– 13,2	30	–	389	187	43
an andere Bereiche	49 766	46 135	– 7,3	28 063	–	14 574	3 458	40
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	1 086 343	1 143 590	5,3	240 807	28 116	159 465	141 340	573 862
an Öffentlichen Gesamthaushalt	569 067	601 139	5,6	178 467	–	122 433	64 209	236 029
an andere Bereiche	517 276	542 452	4,9	62 340	28 116	37 032	77 131	337 833
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	569 557	600 544	5,4	20 616	–	34 201	52 238	234 729
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 185 280	1 235 247	4,2	330 078	28 116	330 138	210 613	595 063
Baumaßnahmen	33 101	35 393	6,9	7 712	–	8 366	19 042	273
Erwerb von Sachvermögen	13 605	13 902	2,2	2 551	–	4 097	6 788	466
Vermögensübertragungen	49 912	51 177	2,5	24 966	–	23 538	2 672	2
an Öffentlichen Gesamthaushalt	26 105	25 868	– 0,9	10 420	–	13 932	1 506	11
an andere Bereiche	23 806	25 309	6,3	14 546	–	9 606	1 166	– 9
Darlehen	7 608	7 592	– 0,2	1 083	–	4 372	2 137	1
an Öffentlichen Gesamthaushalt	2 054	2 146	4,5	0	–	433	1 713	–
an andere Bereiche	5 553	5 446	– 1,9	1 083	–	3 939	423	1
Erwerb von Beteiligungen	8 543	7 831	– 8,3	501	–	3 214	2 471	1 645
Tilgungsausgaben an Öffentlichen Gesamthaushalt	2 231	2 206	– 1,1	14	–	772	1 420	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	27 522	27 207	– 1,1	4 254	–	3 739	3 455	11
Ausgaben der Kapitalrechnung	87 477	90 895	3,9	32 573	–	40 620	31 075	2 375
Bereinigte Ausgaben	1 272 757	1 326 142	4,2	362 651	28 116	370 757	241 687	597 439
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 141 707	1 196 156	4,8	318 612	29 337	270 717	89 751	487 739
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	28 458	25 085	– 11,9	6 104	–	6 892	11 831	258
Zinsereinnahmen	13 343	12 454	– 6,7	8 118	–	2 524	1 038	774
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	1 217	1 165	– 4,3	122	–	590	406	47
von anderen Bereichen	12 126	11 290	– 6,9	7 997	–	1 934	633	726
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	593 639	625 509	5,4	31 646	– 1 222	96 967	151 633	346 484
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	568 251	599 300	5,5	25 245	–	87 609	142 258	344 187
von anderen Bereichen	25 387	26 209	3,2	6 400	– 1 222	9 358	9 375	2 297
Sonstige laufende Einnahmen	67 003	72 925	8,8	17 718	–	21 845	30 205	3 157
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	569 557	600 544	5,4	20 616	–	34 201	52 238	234 729
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 274 593	1 331 585	4,5	361 582	28 116	364 744	232 220	603 683
Veräußerung von Vermögen	15 705	10 287	– 34,5	2 774	–	2 147	5 250	117
Vermögensübertragungen	28 578	27 495	– 3,8	4 589	–	12 976	9 919	11
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	23 170	22 886	– 1,2	4 311	–	10 509	8 056	11
von anderen Bereichen	5 408	4 609	– 14,8	278	–	2 467	1 864	–
Darlehensrückflüsse	8 954	7 992	– 10,7	2 954	–	3 233	1 763	43
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	2 834	2 613	– 7,8	641	–	600	1 372	–
von anderen Bereichen	6 120	5 379	– 12,1	2 313	–	2 632	391	43
Schuldenaufnahme beim Öffentlichen Gesamthaushalt	1 508	1 699	12,6	–	–	332	1 367	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	27 522	27 207	– 1,1	4 254	–	3 739	3 455	11
Einnahmen der Kapitalrechnung	27 223	20 267	– 25,6	6 063	–	14 948	14 845	160
Bereinigte Einnahmen	1 301 816	1 351 851	3,8	367 645	28 116	379 692	247 064	603 843
Finanzierungssaldo	29 149	25 797	X	5 017	0	8 991	5 377	6 412

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.2 Kassenergebnisse nach Ländern 2016

	Insgesamt	Länder	Gemeinden/ Gemeindeverbände
	Mill. EUR		
Bereinigte Ausgaben			
Deutschland	512 817	370 757	241 687
Baden-Württemberg	68 050	50 171	36 736
Bayern	81 145	55 785	38 898
Berlin	26 977	26 977	-
Brandenburg	15 246	11 749	7 478
Bremen	6 007	6 007	-
Hamburg	18 313	18 313	-
Hessen	43 199	28 734	20 748
Mecklenburg-Vorpommern	9 854	7 776	4 700
Niedersachsen	44 484	31 045	22 895
Nordrhein-Westfalen	114 030	72 739	64 198
Rheinland-Pfalz	23 066	17 231	11 430
Saarland	6 057	4 421	2 510
Sachsen	23 383	17 680	11 697
Sachsen-Anhalt	13 916	10 670	6 324
Schleswig-Holstein	18 034	12 902	8 583
Thüringen	12 155	9 531	5 490
Bereinigte Einnahmen			
Deutschland	527 129	379 692	247 064
Baden-Württemberg	68 521	49 656	37 723
Bayern	84 947	57 680	40 806
Berlin	28 309	28 309	-
Brandenburg	16 050	12 350	7 681
Bremen	5 921	5 921	-
Hamburg	18 087	18 087	-
Hessen	44 079	29 413	20 949
Mecklenburg-Vorpommern	10 856	8 599	4 880
Niedersachsen	46 683	32 429	23 711
Nordrhein-Westfalen	115 196	73 255	64 848
Rheinland-Pfalz	23 506	17 712	11 389
Saarland	5 716	4 248	2 341
Sachsen	24 720	18 772	11 942
Sachsen-Anhalt	15 000	11 393	6 686
Schleswig-Holstein	17 608	12 605	8 455
Thüringen	13 026	10 237	5 655
Finanzierungssaldo			
Deutschland	14 368	8 991	5 377
Baden-Württemberg	522	- 465	986
Bayern	3 801	1 894	1 907
Berlin	1 332	1 332	-
Brandenburg	804	600	204
Bremen	- 86	- 86	-
Hamburg	- 225	- 225	-
Hessen	875	674	201
Mecklenburg-Vorpommern	1 003	823	180
Niedersachsen	2 200	1 383	816
Nordrhein-Westfalen	1 166	516	649
Rheinland-Pfalz	433	474	- 41
Saarland	- 341	- 173	- 168
Sachsen	1 356	1 111	245
Sachsen-Anhalt	1 084	723	361
Schleswig-Holstein	- 426	- 298	- 128
Thüringen	871	706	165

Finanzierungssalden der Länder und Gemeinden/Gv. 2016 in Mill. EUR



2017 - 01 - 0246

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.3 Kassenergebnisse nach Arten und Ländern 2016

	Insgesamt	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen
	Mill. EUR							
Ausgaben								
Personalausgaben	202 244	27 733	31 197	9 622	5 533	2 020	5 921	16 152
Laufender Sachaufwand	105 533	11 631	12 855	8 353	2 898	1 444	5 545	8 889
Zinsausgaben	18 608	1 985	1 142	1 401	419	679	840	1 573
an Öffentlichen Gesamthaushalt	575	29	24	1	4	47	89	47
an andere Bereiche	18 032	1 956	1 117	1 399	415	631	751	1 526
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	300 805	41 093	45 279	7 002	10 786	1 731	4 451	25 778
an Öffentlichen Gesamthaushalt	186 642	27 549	28 579	2 218	7 368	576	1 276	16 789
an andere Bereiche	114 162	13 543	16 700	4 784	3 418	1 154	3 175	8 988
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	177 955	25 713	21 720	1 623	6 324	458	1 218	13 437
Ausgaben der laufenden Rechnung	449 235	56 728	68 753	24 754	13 312	5 415	15 539	38 955
Baumaßnahmen	27 408	5 351	6 585	628	647	127	911	1 743
Erwerb von Sachvermögen	10 886	1 994	2 322	215	214	65	514	695
Vermögensübertragungen	26 210	3 868	4 266	1 127	971	372	540	1 258
an Öffentlichen Gesamthaushalt	15 437	2 242	2 347	237	427	172	260	886
an andere Bereiche	10 773	1 626	1 919	890	544	201	280	372
Darlehen	6 508	385	358	289	169	18	975	275
an Öffentlichen Gesamthaushalt	2 146	207	88	–	4	–	–	86
an andere Bereiche	4 362	178	271	289	164	18	975	189
Erwerb von Beteiligungen	5 684	895	829	91	338	73	93	850
Tilgungsausgaben an Öffentlichen Gesamthaushalt	2 192	66	217	26	5	2	0	38
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	15 306	1 236	2 183	153	410	66	259	614
Ausgaben der Kapitalrechnung	63 582	11 322	12 393	2 223	1 934	592	2 774	4 245
Bereinigte Ausgaben	512 817	68 050	81 145	26 977	15 246	6 007	18 313	43 199
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	360 468	50 883	63 717	14 790	9 179	3 055	10 815	31 267
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	18 723	2 533	2 428	688	522	116	1 025	1 752
Zinseinnahmen	3 563	296	254	37	50	115	441	130
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	996	52	50	16	18	51	162	47
von anderen Bereichen	2 567	244	205	21	32	64	279	83
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	248 601	32 842	30 334	10 780	10 003	2 348	2 683	18 307
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	229 868	30 296	27 357	10 114	9 559	2 122	2 418	16 756
von anderen Bereichen	18 733	2 547	2 977	666	443	227	265	1 551
Sonstige laufende Einnahmen	52 050	4 873	6 142	2 724	1 665	482	3 717	4 641
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	177 955	25 713	21 720	1 623	6 324	458	1 218	13 437
Einnahmen der laufenden Rechnung	505 448	65 714	81 155	27 395	15 095	5 657	17 462	42 661
Veräußerung von Vermögen	7 397	1 308	1 811	70	209	51	435	759
Vermögensübertragungen	22 895	2 394	3 784	633	903	260	433	1 086
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	18 564	1 800	2 963	528	729	254	357	851
von anderen Bereichen	4 331	595	821	105	174	7	76	234
Darlehensrückflüsse	4 996	295	317	365	252	19	17	183
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	1 972	176	83	–	12	13	–	92
von anderen Bereichen	3 023	118	234	365	241	6	17	91
Schuldenaufnahme beim Öffentlichen Gesamthaushalt	1 699	46	64	–	–	–	–	6
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	15 306	1 236	2 183	153	410	66	259	614
Einnahmen der Kapitalrechnung	21 680	2 807	3 792	915	955	265	625	1 419
Bereinigte Einnahmen	527 129	68 521	84 947	28 309	16 050	5 921	18 087	44 079
Finanzierungssaldo	14 368	522	3 801	1 332	804	– 86	– 225	875

Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände.

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.3 Kassenergebnisse nach Arten und Ländern 2016

	Mecklenburg- Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
	Mill. EUR								
Ausgaben									
Personalausgaben	3 564	19 039	43 480	9 979	2 636	9 081	5 069	6 507	4 712
Laufender Sachaufwand	2 016	7 816	25 254	4 757	1 343	4 448	3 280	2 952	2 055
Zinsausgaben	304	1 726	4 690	1 258	485	284	567	744	512
an Öffentlichen Gesamthaushalt	3	9	162	135	1	12	1	6	3
an andere Bereiche	301	1 717	4 527	1 124	484	271	567	737	509
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	6 498	28 601	70 431	14 565	3 276	15 197	8 201	10 669	7 247
an Öffentlichen Gesamthaushalt	4 194	17 745	42 767	9 616	2 097	9 938	5 167	6 413	4 349
an andere Bereiche	2 304	10 856	27 664	4 949	1 179	5 259	3 035	4 256	2 898
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	3 911	16 874	40 354	9 631	2 055	9 425	4 609	5 640	3 874
Ausgaben der laufenden Rechnung	8 471	40 309	103 501	20 928	5 685	19 584	12 507	15 232	10 652
Baumaßnahmen	565	1 899	3 887	978	174	1 746	592	913	664
Erwerb von Sachvermögen	174	1 184	1 769	430	81	430	220	356	223
Vermögensübertragungen	683	1 681	5 427	815	287	2 483	958	613	860
an Öffentlichen Gesamthaushalt	599	1 016	3 512	562	209	1 563	529	417	459
an andere Bereiche	84	664	1 916	253	78	920	429	196	402
Darlehen	505	293	1 026	305	57	744	6	975	127
an Öffentlichen Gesamthaushalt	344	181	581	79	50	493	4	2	26
an andere Bereiche	160	112	445	226	8	251	2	973	102
Erwerb von Beteiligungen	205	80	1 604	32	51	188	74	239	42
Tilgungsausgaben an Öffentlichen Gesamthaushalt	40	39	1 286	57	5	387	0	17	8
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	789	1 000	4 470	478	283	2 180	443	311	422
Ausgaben der Kapitalrechnung	1 383	4 175	10 529	2 138	373	3 799	1 409	2 802	1 502
Bereinigte Ausgaben	9 854	44 484	114 030	23 066	6 057	23 383	13 916	18 034	12 155
Einnahmen									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	5 692	32 363	76 155	16 206	3 826	14 767	8 202	11 744	7 807
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	390	1 877	3 815	765	170	987	574	664	418
Zinseinnahmen	66	132	1 165	261	15	213	41	287	60
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	3	43	326	77	9	117	1	17	6
von anderen Bereichen	63	89	839	184	6	96	40	270	54
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	6 583	24 315	54 722	12 927	3 228	15 111	8 960	8 323	7 134
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	6 299	21 903	50 563	12 045	3 111	14 317	8 519	7 780	6 709
von anderen Bereichen	285	2 412	4 159	883	117	794	441	544	425
Sonstige laufende Einnahmen	855	3 463	15 809	2 104	468	1 737	989	1 513	867
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	3 911	16 874	40 354	9 631	2 055	9 425	4 609	5 640	3 874
Einnahmen der laufenden Rechnung	9 675	45 276	111 313	22 632	5 652	23 391	14 156	16 890	12 413
Veräußerung von Vermögen	343	391	990	326	26	204	132	216	124
Vermögensübertragungen	1 047	1 741	4 518	837	241	2 346	1 099	714	861
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	735	1 323	3 887	566	222	2 123	923	586	718
von anderen Bereichen	312	419	630	271	19	223	176	127	142
Darlehensrückflüsse	249	254	1 635	183	78	959	55	87	49
vom Öffentlichen Gesamthaushalt	8	172	313	73	74	885	4	63	6
von anderen Bereichen	241	82	1 323	110	4	74	52	24	43
Schuldenaufnahme beim Öffentlichen Gesamthaushalt	332	21	1 210	5	1	1	-	12	2
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	789	1 000	4 470	478	283	2 180	443	311	422
Einnahmen der Kapitalrechnung	1 181	1 407	3 883	874	64	1 330	844	718	613
Bereinigte Einnahmen	10 856	46 683	115 196	23 506	5 716	24 720	15 000	17 608	13 026
Finanzierungssaldo	1 003	2 200	1 166	433	- 341	1 356	1 084	- 426	871

Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände.

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.4 Investitionsausgaben nach Arten 2016

	Insgesamt	Darunter					
		Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen	Darlehen an andere Bereiche	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche
	Mill. EUR						
Insgesamt	86 366	35 393	5 003	8 899	7 831	5 446	23 794
Bund	25 191	7 712	530	2 021	501	1 083	13 344
Sozialversicherung	2 376	273	22	444	1 645	1	- 9
Länder ¹	58 800	27 408	4 451	6 435	5 684	4 362	10 459
Baden-Württemberg	10 034	5 351	1 101	893	895	178	1 616
Bayern	11 822	6 585	1 103	1 219	829	271	1 816
Berlin	2 084	628	51	163	91	289	861
Brandenburg	1 906	647	44	170	338	164	542
Bremen	483	127	7	59	73	18	200
Hamburg	2 773	911	336	178	93	975	280
Hessen	3 813	1 743	251	444	850	189	336
Mecklenburg-Vorpommern	1 189	565	76	98	205	160	84
Niedersachsen	3 938	1 899	478	706	80	112	663
Nordrhein-Westfalen	9 563	3 887	492	1 277	1 604	445	1 859
Rheinland-Pfalz	1 869	978	174	256	32	226	203
Saarland	382	174	21	60	51	8	68
Sachsen	3 536	1 746	98	331	188	251	921
Sachsen-Anhalt	1 318	592	32	189	74	2	429
Schleswig-Holstein	2 663	913	114	242	239	973	182
Thüringen	1 428	664	72	151	42	102	398

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände.

9.3 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.1 Entwicklung des Schuldenstandes des Öffentlichen Gesamthaushalts

	Schuldenstand		Veränderung des Schuldenstandes gegenüber Vorjahr		Als Schuldenstand gilt die Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht öffentlichen Bereich zählen: – Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich, – Wertpapiersschulden, – Kredite beim nicht öffentlichen Bereich.
	insgesamt	je Einwohner/-in ¹	absolut	Veränderungsrate	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	%	
31.12.2007	1 552 371	18 871	7 008	0,5	
31.12.2008	1 577 881	19 213	25 510	1,6	
31.12.2009	1 694 368	20 698	116 487	7,4	
31.12.2010 ²	2 011 677	24 607	317 309	18,7	
31.12.2011	2 025 438	25 244	13 761	0,7	
31.12.2012	2 068 289	25 725	42 851	2,1	
31.12.2013	2 043 344	25 356	- 24 945	- 1,2	
31.12.2014	2 043 918	25 257	573	0,0	
31.12.2015	2 022 562	24 829	- 21 356	- 1,0	

Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

1 Ab 2011 berechnet jeweils mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie der Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

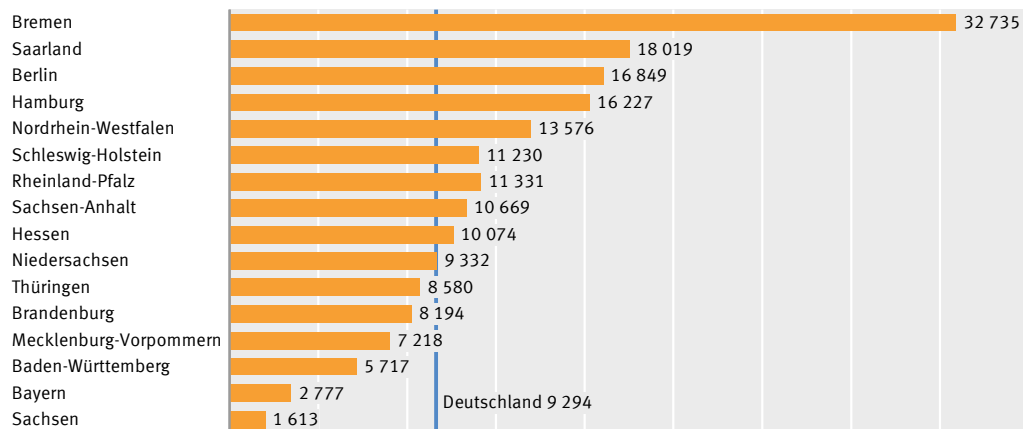
9.3 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.2 Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts nach Körperschaftsgruppen am 31.12.2015

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
Mill. EUR							
Schulden beim nicht öffentlichen Bereich	2 022 562	1 264 995	612 909	503 741	109 168	144 169	489
Kassenkredite	69 235	14 236	7 343	6 490	853	47 656	0
bei Kreditinstituten	59 087	5 753	5 804	4 952	852	47 530	0
beim sonstigen inländischen Bereich	8 722	8 467	141	140	0	114	-
beim sonstigen ausländischen Bereich	1 426	16	1 398	1 398	-	12	-
Wertpapierschulden	1 572 517	1 187 785	382 685	315 380	67 305	2 047	-
Geldmarktpapiere	36 496	19 606	16 890	16 890	-	-	-
Kapitalmarktpapiere	1 536 021	1 168 179	365 795	298 490	67 305	2 047	-
Kredite	380 810	62 974	222 881	181 871	41 010	94 466	488
bei Kreditinstituten	247 424	38 802	116 141	94 554	21 587	91 994	487
beim sonstigen inländischen Bereich	119 065	11 602	104 999	85 583	19 416	2 462	2
beim sonstigen ausländischen Bereich	14 321	12 569	1 741	1 734	7	11	-
Schulden beim öffentlichen Bereich	68 439	12 130	37 025	31 397	5 628	11 353	7 931
Kassenkredite	21 541	3 221	7 581	5 601	1 980	3 076	7 663
beim Bund	2 365	6	2 350	1 638	712	0	9
bei Ländern	498	1	348	173	175	149	-
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	1 612	-	8	1	7	1 604	-
bei Zweckverbänden und dgl.	59	-	1	1	-	58	-
bei der Sozialversicherung	7 678	41	0	-	0	50	7 587
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	8 313	2 996	4 135	3 050	1 086	1 125	57
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	1 016	177	739	739	-	90	11
Kredite	46 897	8 909	29 444	25 796	3 648	8 277	268
beim Bund	11 818	5 610	6 152	5 308	844	56	0
bei Ländern	10 932	1 870	8 871	6 557	2 314	191	0
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	2 618	-	18	18	-	2 600	-
bei Zweckverbänden und dgl.	1 861	-	-	-	-	1 861	-
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	213	9	35	22	13	4	165
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	12 447	712	10 226	9 985	240	1 509	0
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	7 009	708	4 142	3 905	237	2 056	102
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33 980	3 027	2 229	1 569	660	4 216	24 509
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2 112	127	914	692	222	1 011	60
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	187	10	10	3	8	123	44
Restkaufgelder	720	-	219	219	0	500	-
Finanzierungsleasing	1 205	117	684	470	214	388	16
ÖPP-Projekte nach ESVG¹	33 478	26 631	3 244	3 003	241	3 603	0
Bürgschaften	600 674	468 664	102 354	79 938	22 416	29 624	33

1 Bei ÖPP-Projekten nach ESVG handelt es sich um Projekte, bei denen der öffentliche Partner das Baurisiko oder der private Partner nur das Baurisiko und kein weiteres Risiko (Ausfallrisiko oder Nachfragerisiko) trägt. Nachgewiesen wird der Bauwert entsprechend dem Baufortschritt der Investitionsmaßnahmen aus den ÖPP-Projekten abzüglich der bis zum Ende des Berichtsjahres geleisteten Zahlungen an die Auftragnehmer.

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2015¹
je Einwohner/-in, in EUR²



1 Schulden beim nicht öffentlichen Bereich. – Stichtag: 31.12.

2 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

9.3 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.3 Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2015

	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich	Davon		Schulden beim öffentlichen Bereich	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Bürgschaften	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner/-in ¹
		Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht öffentlichen Bereich	Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich					
Mill. EUR								EUR
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen								
Deutschland	757 078	702 080	54 999	48 377	6 445	1 925	131 978	9 294
Baden-Württemberg	61 613	61 328	285	4 325	956	148	31 254	5 717
Bayern	35 386	35 190	197	1 537	361	241	8 912	2 777
Berlin	58 719	58 544	175	1 909	138	14	7 185	16 849
Brandenburg	20 194	19 395	799	290	207	29	1 517	8 194
Bremen	21 723	21 478	245	1 562	46	0	1 022	32 735
Hamburg	28 725	28 292	433	2 157	476	208	14 209	16 227
Hessen	61 616	55 114	6 502	3 544	785	250	6 039	10 074
Mecklenburg-Vorpommern ..	11 552	10 879	674	573	98	92	1 045	7 218
Niedersachsen	73 356	70 563	2 793	2 399	626	196	7 317	9 332
Nordrhein-Westfalen	240 065	209 348	30 717	8 617	1 818	181	29 095	13 576
Rheinland-Pfalz	45 564	38 943	6 621	11 533	338	106	3 014	11 331
Saarland	17 826	15 612	2 214	548	43	8	1 585	18 019
Sachsen	6 542	6 442	100	7 565	235	40	3 480	1 613
Sachsen-Anhalt	23 803	21 615	2 188	487	137	86	2 222	10 669
Schleswig-Holstein	31 905	31 012	893	777	124	39	11 711	11 230
Thüringen	18 488	18 326	163	554	57	286	2 371	8 580
Länder								
Deutschland	612 909	605 566	7 343	37 025	2 229	914	102 354	7 524
Baden-Württemberg	53 107	53 030	78	2 311	511	84	23 859	4 928
Bayern	21 234	21 234	–	1 026	1	0	5 456	1 666
Berlin	58 719	58 544	175	1 909	138	14	7 185	16 849
Brandenburg	18 128	18 078	50	189	43	0	1 126	7 356
Bremen	21 723	21 478	245	1 562	46	0	1 022	32 735
Hamburg	28 725	28 292	433	2 157	476	208	14 209	16 227
Hessen	42 620	42 620	0	2 034	356	9	1 197	6 968
Mecklenburg-Vorpommern ..	9 510	9 510	–	46	26	75	663	5 942
Niedersachsen	60 820	60 820	0	729	139	86	4 971	7 737
Nordrhein-Westfalen	184 956	180 500	4 456	6 791	257	3	22 214	10 459
Rheinland-Pfalz	32 967	32 297	670	9 813	78	100	2 007	8 198
Saarland	14 053	13 941	111	481	3	0	1 199	14 205
Sachsen	2 294	2 294	0	6 932	68	12	1 869	566
Sachsen-Anhalt	20 741	19 824	917	259	44	82	1 905	9 297
Schleswig-Holstein	27 661	27 453	208	365	25	18	11 302	9 736
Thüringen	15 650	15 650	–	422	18	223	2 170	7 263
Gemeinden/Gemeindeverbände								
Deutschland	144 169	96 513	47 656	11 353	4 216	1 011	29 624	1 909
Baden-Württemberg	8 506	8 298	208	2 014	445	64	7 395	789
Bayern	14 152	13 955	197	512	360	241	3 456	1 110
Brandenburg	2 066	1 317	749	100	164	29	391	838
Hessen	18 996	12 494	6 502	1 510	429	242	4 842	3 106
Mecklenburg-Vorpommern ..	2 042	1 368	674	527	72	17	382	1 276
Niedersachsen	12 535	9 743	2 793	1 670	487	110	2 346	1 595
Nordrhein-Westfalen	55 109	28 849	26 260	1 826	1 561	178	6 880	3 116
Rheinland-Pfalz	12 597	6 646	5 952	1 720	260	5	1 007	3 133
Saarland	3 773	1 670	2 103	67	40	8	386	3 814
Sachsen	4 248	4 147	100	633	168	28	1 611	1 047
Sachsen-Anhalt	3 061	1 791	1 271	229	93	5	317	1 372
Schleswig-Holstein	4 244	3 559	685	413	99	21	409	1 494
Thüringen	2 839	2 676	163	133	39	63	202	1 317

1 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

9.3 Schulden und Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.4 Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31.12.2015

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich ¹	555 548	220 564	133 614	114 917	18 697	75 723	125 647
Bargeld und Einlagen	235 499	69 522	33 864	28 692	5 171	43 233	88 881
Bargeld	464	8	102	85	18	339	16
Sichteinlagen	72 712	20 348	8 932	6 957	1 975	23 978	19 454
Sonstige Einlagen	162 323	49 166	24 829	21 651	3 178	18 916	69 411
Wertpapiere	154 491	97 094	31 408	30 003	1 405	6 548	19 440
Geldmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	4 340	46	577	500	77	1 147	2 570
Kapitalmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	150 151	97 049	30 832	29 504	1 328	5 402	16 869
Ausleihungen	94 743	43 412	44 736	39 780	4 956	4 285	2 311
Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	13 893	2 537	11 034	10 688	346	107	215
Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	80 850	40 875	33 701	29 092	4 609	4 178	2 096
Sonstige Forderungen ²	70 815	10 537	23 606	16 442	7 165	21 657	15 015

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

9.3.5 Finanzvermögen der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2015

	Insgesamt ¹	Bargeld und Einlagen	Wertpapiere		Ausleihungen		Sonstige Forderungen ²	Finanzvermögen beim nicht öffent- lichen Bereich je Einwohner/-in ³
			Ursprungslaufzeit		bis 1 Jahr	über 1 Jahr		
			bis 1 Jahr	über 1 Jahr				
	Mill. EUR							EUR
Deutschland	209 337	77 096	1 724	36 233	11 142	37 879	45 263	2 570
Baden-Württemberg	28 786	18 321	698	4 832	9	509	4 416	2 671
Bayern	27 340	14 459	71	2 297	11	5 568	4 933	2 145
Berlin	9 470	915	44	358	346	4 013	3 792	2 717
Brandenburg	6 736	2 539	3	786	0	2 550	859	2 733
Bremen	3 402	2 352	11	0	–	595	444	5 127
Hamburg	5 825	1 904	21	970	–	1	2 929	3 290
Hessen	15 465	7 455	32	1 404	539	1 681	4 355	2 529
Mecklenburg-Vorpommern	3 981	2 051	3	62	4	1 242	618	2 487
Niedersachsen	9 413	4 512	31	275	2	1 564	3 029	1 197
Nordrhein-Westfalen	70 098	9 690	576	22 872	10 216	17 716	9 028	3 964
Rheinland-Pfalz	6 961	1 851	91	158	4	1 267	3 590	1 731
Saarland	971	276	1	8	2	166	518	982
Sachsen	10 162	4 071	6	2 115	7	458	3 505	2 506
Sachsen-Anhalt	3 968	2 489	5	45	0	350	1 078	1 778
Schleswig-Holstein	3 640	2 231	127	22	1	171	1 089	1 281
Thüringen	3 119	1 981	2	29	0	27	1 081	1 448

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

3 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit dem Bevölkerungsstand zum 30.6.; Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

9.4 Jahresabschlüsse der kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.4.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2014

	Insgesamt	Grundstücks- und Wohnungswesen	Wasser- versorgung	Abwasser- entsorgung	Energie- versorgung	Öffentliche Verwal- tung, Verteidigung, Sozialversicherung
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	15 707	1 857	1 776	1 395	1 651	1 200
Beschäftigte	2 001 572	54 965	36 063	31 590	134 965	118 084
dar. weiblich	994 312	27 912	10 332	7 158	36 455	45 180
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	1 059 550	144 183	42 489	70 181	115 363	163 809
Immaterielle Vermögensgegenstände	9 798	97	649	942	2 752	248
Sachanlagen	529 574	136 767	39 159	67 315	59 277	27 763
Finanzanlagen	520 178	7 319	2 681	1 923	53 335	135 798
Umlaufvermögen	793 150	20 989	5 396	4 358	43 637	168 938
Vorräte zusammen	23 440	10 245	196	163	3 058	1 382
Forderungen	617 046	6 166	3 626	2 463	30 079	92 450
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	516 188	599	2 048	978	14 534	78 953
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	13 532	773	417	847	849	1 180
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	152 664	4 578	1 574	1 732	10 500	75 106
Sonstige Aktiva	46 795	3 290	89	185	1 422	3 998
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	430 904	73 580	16 747	20 788	51 974	38 198
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	135 610	23 954	5 961	4 379	14 512	27 294
Rücklagen	293 251	54 255	10 232	15 473	33 359	13 094
Gewinn/Verlust	2 044	- 4 630	554	936	4 103	- 2 190
Empfangene Ertragszuschüsse	21 304	194	5 663	9 292	4 114	894
Rückstellungen	193 748	7 432	1 725	2 522	32 696	6 973
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	26 800	749	481	715	8 534	4 066
Sonstige Rückstellungen	163 896	6 482	1 185	1 769	23 074	2 807
Verbindlichkeiten	1 152 103	81 413	19 966	35 183	68 010	267 508
Sonstige Passiva	101 435	5 842	3 873	6 939	3 628	23 172
Bilanzsumme	1 899 495	168 461	47 973	74 724	160 423	336 745
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	419 299	25 390	9 840	9 885	169 130	15 234
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	34 956	6 833	636	1 248	806	4 152
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 5 035	- 3	0	- 1	- 9	- 4 897
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 412	115	153	111	428	52
Sonstige betriebliche Erträge	65 105	2 464	748	797	7 108	13 060
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	24 650	444	79	110	44	9 011
Betriebsertrag ¹⁾	483 588	27 982	10 743	10 793	176 657	23 448
Materialaufwand	247 984	11 499	4 346	3 282	145 468	3 531
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	158 772	2 222	2 622	801	123 277	1 329
Personalaufwand	103 977	2 845	1 945	1 737	9 036	10 015
Löhne und Gehälter	79 625	2 261	1 523	1 318	7 218	4 187
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	24 352	584	421	419	1 818	5 828
Abschreibungen	33 335	6 020	1 970	2 648	5 479	909
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	32 218	5 762	1 931	2 622	5 419	902
Betriebsaufwand ¹⁾	466 779	23 070	9 558	9 060	170 747	21 878
Betriebsfremde Erträge	43 944	648	335	103	5 140	9 964
Betriebsfremde Aufwendungen	39 732	2 666	760	1 253	5 186	9 871
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4 461	60	12	15	694	1 320
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21 022	2 894	760	582	5 864	1 663
Außerordentliches Ergebnis	2 148	14	- 1	- 11	2 202	- 84
Steueraufwand	3 816	384	122	37	1 422	103
Erträge aus Verlustübernahmen	3 432	193	16	13	536	103
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	12 442	3 395	324	56	3 109	62
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	10 344	- 677	329	490	4 070	1 516

Fußnoten siehe nächste Seite.

9.4 Jahresabschlüsse der kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.4.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2014

	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	Gesundheitswesen	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	Landverkehr und Transport in Rohrleitungen	Übrige
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	1 134	855	559	520	483	4 277
Beschäftigte	35 028	646 728	63 076	18 153	163 731	699 189
dar. weiblich	17 913	469 978	11 432	9 609	28 534	329 809
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	117 724	43 970	12 897	5 423	30 475	313 036
Immaterielle Vermögensgegenstände	2 236	410	65	9	143	2 246
Sachanlagen	6 215	42 339	9 765	4 307	26 153	110 514
Finanzanlagen	109 273	1 221	3 067	1 107	4 179	200 276
Umlaufvermögen	22 969	18 728	6 541	960	8 048	492 587
Vorräte zusammen	315	1 568	433	50	842	5 188
Forderungen	15 161	12 313	2 544	594	6 112	445 538
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	720	7 142	653	79	1 004	409 476
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungsträger	349	3 529	815	231	489	4 052
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	7 494	4 846	3 564	316	1 094	41 860
Sonstige Aktiva	741	2 003	242	45	119	34 660
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	77 650	13 360	5 233	2 898	12 331	118 146
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	14 148	4 233	1 360	692	6 228	32 850
Rücklagen	55 144	11 138	3 123	2 654	7 193	87 585
Gewinn/Verlust	8 359	- 2 010	750	- 448	- 1 090	- 2 289
Empfangene Ertragszuschüsse	34	164	185	127	322	315
Rückstellungen	6 701	6 407	7 365	251	5 536	116 140
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	1 340	1 235	462	14	1 786	7 419
Sonstige Rückstellungen	4 790	5 066	6 812	212	3 626	108 071
Verbindlichkeiten	55 903	16 798	6 059	2 446	15 600	583 217
Sonstige Passiva	1 146	27 972	839	706	4 854	22 464
Bilanzsumme	141 435	64 701	19 680	6 428	38 642	840 282
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	5 597	45 261	11 266	1 114	25 906	100 677
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	426	2 004	2 653	133	5 168	10 896
Bestandserhöhung oder -verminderung	45	63	50	0	31	- 315
Andere aktivierte Eigenleistungen	16	17	9	3	137	1 371
Sonstige betriebliche Erträge	3 481	9 813	1 080	402	3 310	22 844
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	168	3 116	143	248	800	10 486
Betriebsertrag ¹⁾	9 162	56 911	12 405	1 519	29 384	124 585
Materialaufwand	3 924	14 836	5 950	669	15 612	38 867
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2 583	10 058	780	259	3 007	11 834
Personalaufwand	1 967	31 544	2 974	566	8 179	33 168
Löhne und Gehälter	1 592	25 555	2 320	449	6 530	26 673
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	376	5 989	654	117	1 649	6 495
Abschreibungen	354	3 184	1 045	235	2 365	9 127
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	349	3 112	1 025	232	2 355	8 507
Betriebsaufwand ²⁾	8 877	56 789	11 654	1 897	29 840	123 409
Betriebsfremde Erträge	6 693	134	197	180	625	19 926
Betriebsfremde Aufwendungen	4 142	365	417	93	592	14 385
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	894	17	8	12	10	1 417
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2 836	- 110	531	- 292	- 423	6 717
Außerordentliches Ergebnis	154	- 1	7	- 11	15	- 135
Steueraufwand	94	51	129	23	39	1 412
Erträge aus Verlustübernahmen	155	41	22	193	1 564	597
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	1 290	29	113	18	1 112	2 934
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	1 761	- 150	317	- 151	6	2 833

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.4 Jahresabschlüsse der kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.4.2 Nach Rechtsformen 2014

	Insgesamt		Privatrechtlich		Öffentlich-rechtlich		
			zusammen	darunter GmbH	zusammen	darunter	
						Eigenbetriebe	Zweckverbände
Anzahl							
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	15 707	10 318	9 200		5 389	3 688	1 108
Beschäftigte	2 001 572	1 194 013	925 814		807 559	364 821	38 124
dar. weiblich	994 312	579 337	497 306		414 975	171 870	14 655
Mill. EUR							
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis							
Anlagevermögen	1 059 550	592 827	292 528		466 723	255 646	41 606
Immaterielle Vermögensgegenstände	9 798	7 299	4 876		2 499	1 491	364
Sachanlagen	529 574	276 276	179 508		253 298	133 167	36 104
Finanzanlagen	520 178	309 252	108 144		210 926	120 989	5 138
Umlaufvermögen	793 150	161 692	88 393		631 458	172 973	6 150
Vorräte zusammen	23 440	15 816	11 810		7 624	3 207	285
Forderungen	617 046	93 486	53 696		523 560	98 720	3 122
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	516 188	28 503	18 122		487 685	80 315	923
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	13 532	6 247	5 562		7 285	4 764	405
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	152 664	52 390	22 888		100 274	71 046	2 743
Sonstige Aktiva	46 795	6 882	4 074		39 913	14 759	193
Bilanz Passivseite							
Eigenkapital	430 904	256 472	147 061		174 432	61 569	16 838
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	135 610	61 505	29 561		74 105	28 592	3 813
Rücklagen	293 251	185 917	115 679		107 334	37 710	12 174
Gewinn/Verlust	2 044	9 051	1 821		- 7 007	- 4 733	852
Empfangene Ertragszuschüsse	21 304	5 227	3 732		16 077	8 631	5 282
Rückstellungen	193 748	139 944	31 505		53 804	11 337	2 847
dar.: Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen	26 800	18 205	7 055		8 595	1 123	594
Sonstige Rückstellungen	163 896	119 065	23 142		44 831	10 046	2 223
Verbindlichkeiten	1 152 103	324 098	177 044		828 006	323 811	17 964
Sonstige Passiva	101 435	35 661	25 653		65 774	38 030	5 018
Bilanzsumme	1 899 495	761 401	384 995		1 138 093	443 378	47 949
Gewinn- und Verlustrechnung							
Umsatzerlöse	419 299	325 788	198 931		93 511	46 661	7 604
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	34 956	15 858	10 603		19 097	9 782	1 695
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 5 035	97	86		- 5 131	114	- 10
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 412	2 003	1 192		409	206	77
Sonstige betriebliche Erträge	65 105	28 154	16 412		36 951	18 620	952
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	24 650	3 576	3 289		21 074	12 646	149
Betriebsbeitrag ¹	483 588	356 940	217 491		126 649	65 835	8 650
Materialaufwand	247 984	217 575	128 252		30 409	15 140	3 172
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	158 772	145 525	84 727		13 247	6 283	984
Personalaufwand	103 977	60 103	43 659		43 874	22 029	1 953
Löhne und Gehälter	79 625	48 621	35 375		31 005	13 620	1 494
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	24 352	11 483	8 284		12 869	8 409	459
Abschreibungen	33 335	20 727	11 963		12 608	6 180	1 661
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	32 218	19 967	11 301		12 251	6 101	1 636
Betriebsaufwand ²	466 779	346 625	208 464		120 153	62 004	7 955
Betriebsfremde Erträge	43 944	21 528	8 290		22 416	9 485	566
Betriebsfremde Aufwendungen	39 732	17 224	8 943		22 508	11 861	628
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4 461	2 335	1 179		2 126	1 343	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	21 022	14 619	8 375		6 403	1 455	632
Außerordentliches Ergebnis	2 148	2 311	109		- 163	- 61	- 16
Steueraufwand	3 816	3 099	2 148		717	405	37
Erträge aus Verlustübernahmen	3 432	3 155	2 252		278	233	18
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	12 442	9 141	5 367		3 301	256	11
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	10 344	7 845	3 220		2 499	966	586

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.5 Kassenmäßige Steuereinnahmen – Steueraufkommen nach Steuerarten

	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR				%			
Insgesamt	619 708	643 617	673 261	705 791	100	100	100	100
Gemeinschaftsteuern (netto) nach Art. 106 Abs. 3 GG	442 752	461 985	483 178	508 582	71,4	71,8	71,8	72,1
Lohnsteuer ¹	158 198	167 983	178 891	184 826	25,5	26,1	26,6	26,2
Veranlagte Einkommensteuer ²	42 280	45 613	48 580	53 833	6,8	7,1	7,2	7,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	17 259	17 423	17 945	19 452	2,8	2,7	2,7	2,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	8 664	7 812	8 259	5 940	1,4	1,2	1,2	0,8
Körperschaftsteuer ²	19 508	20 044	19 583	27 442	3,1	3,1	2,9	3,9
Umsatzsteuer	148 315	154 228	159 015	165 932	23,9	24,0	23,6	23,5
Einfuhrumsatzsteuer	48 528	48 883	50 905	51 157	7,8	7,6	7,6	7,2
Bundessteuern³	100 454	101 804	104 204	104 441	16,2	15,8	15,5	14,8
Versicherungsteuer	11 553	12 046	12 419	12 763	1,9	1,9	1,8	1,8
Tabaksteuer	13 820	14 612	14 921	14 186	2,2	2,3	2,2	2,0
Kaffeesteuer	1 021	1 016	1 032	1 040	0,2	0,2	0,2	0,1
Branntweinsteuer	2 102	2 060	2 070	2 070	0,3	0,3	0,3	0,3
Alcopopsteuer	2	1	2	1	0,0	0,0	0,0	0,0
Schaumweinsteuer	434	412	429	401	0,1	0,1	0,1	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	14	15	14	15	0,0	0,0	0,0	0,0
Stromsteuer	7 009	6 638	6 593	6 569	1,1	1,0	1,0	0,9
Energiesteuer	39 364	39 758	39 594	40 091	6,4	6,2	5,9	5,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	8 501	8 805	8 952	1,4	1,3	1,3	1,3
Luftverkehrssteuer	978	990	1 023	1 074	0,2	0,2	0,2	0,2
Kernbrennstoffsteuer ⁴	1 285	708	1 371	422	0,2	0,1	0,2	0,1
Solidaritätszuschlag	14 378	15 047	15 930	16 855	2,3	2,3	2,4	2,4
Pauschalierte Eingangsabgaben	2	2	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0,0	2,8	0,0	0,0
Landessteuern³	15 723	17 556	20 339	22 342	2,5	2,7	3,0	3,2
Vermögensteuer	- 1	- 3	- 1	- 0	X	X	X	X
Erbschaftsteuer	4 633	5 452	6 290	7 006	0,7	0,8	0,9	1,0
Grunderwerbsteuer	8 394	9 339	11 249	12 408	1,4	1,5	1,7	1,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 635	1 673	1 712	1 809	0,3	0,3	0,3	0,3
Feuerschutzsteuer	392	409	413	442	0,1	0,1	0,1	0,1
Biersteuer	669	684	676	678	0,1	0,1	0,1	0,1
Zölle	4 231	4 552	5 159	5 113	0,7	0,7	0,8	0,7
Gemeindesteuern⁵	56 549	57 721	60 381	65 313	9,1	9,0	9,0	9,3
Grundsteuer A	385	383	394	394	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	11 992	12 308	12 821	13 260	1,9	1,9	1,9	1,9
Gewerbesteuer (brutto)	43 027	43 756	45 737	50 097	6,9	6,8	6,8	7,1
Sonstige Steuern der Gemeinden	1 145	1 275	1 429	1 562	0,2	0,2	0,2	0,2

Vor der Verteilung.

1 Nach Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld), ausschl. Pauschsteuer Mini-Jobs und Altersvorsorge.

2 Nach Abzug von Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt).

3 Ohne den gemeindlichen Bereich der Stadtstaaten.

4 Diese wurde nachträglich für verfassungswidrig erklärt und muss zurückgezahlt werden.

5 Einschl. des gemeindlichen Bereichs der Stadtstaaten, ohne steuerähnliche Einnahmen.

9.6 Lohn- und Einkommensteuer

9.6.1 Besteuerungsgrundlagen der Einkommensteuer

	2013	2010	Veränderung 2013 gegen- über 2010
	Mrd. EUR		%
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft ¹	10,8	8,7	23,5
+ Gewerbebetrieb ¹	129,6	114,1	13,6
+ selbstständiger Arbeit ¹	77,1	70,9	8,7
+ nichtselbstständiger Arbeit ²	1 113,2	982,2	13,3
+ Kapitalvermögen ²	8,8	9,9	- 10,8
+ Vermietung und Verpachtung ²	23,2	17,0	36,9
+ Sonstige ²	54,7	47,5	15,2
= Summe der Einkünfte	1 417,4	1 250,3	13,4
- Altersentlastungsbetrag	4,1	4,0	0,7
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1,5	1,5	- 0,2
= Gesamtbetrag der Einkünfte	1 411,5	1 244,3	13,4
- Verlustabzug	4,9	5,8	- 15,3
- Sonderausgaben	182,1	159,4	14,3
- außergewöhnliche Belastungen	12,3	11,6	6,1
- Altersvorsorgebeiträge	5,4	4,6	17,7
- Steuerbegünstigungen	0,4	0,4	4,7
= Einkommen	1 206,3	1 062,5	13,5
- Kinderfreibetrag	26,1	21,4	21,7
= zu versteuerndes Einkommen	1 180,0	1 040,9	13,4
= tarifliche Einkommensteuer	243,1	204,7	18,7
- Steuerermäßigungen	12,4	10,7	15,9
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	8,4	7,0	20,6
+ Anspruch auf Altersvorsorgezulage	0,7	0,6	16,2
+ hinzuzurechnende Steuer nach § 32d EStG ..	6,7	5,1	32,0
= festzusetzende Einkommensteuer ³	246,3	206,4	19,3

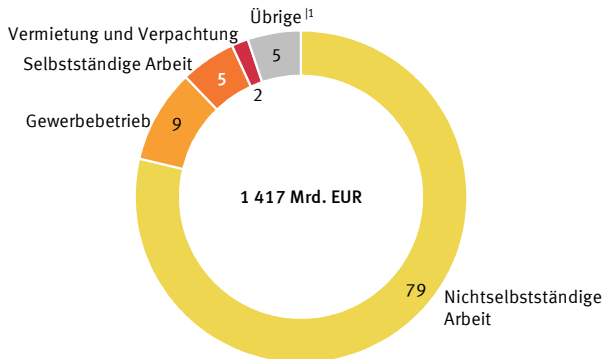
Die **Einkommensteuer** wird auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben. Bei bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer bei der Einkommensentstehung durch Steuerabzug (z. B. Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag) erhoben. Rechtsgrundlage ist das Einkommensteuergesetz (EStG).

Die **Lohnsteuer** ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben.

- 1 Gewinneinkünfte.
- 2 Überschusseinkünfte.
- 3 Für Fälle ohne Einkommensteuer-Veranlagung: Einbehaltene Lohnsteuer.

Einkunftsarten 2013

Anteil an den Einkünften insgesamt, in %



1 Kapitalvermögen, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstige Einkünfte.

9.6 Lohn- und Einkommensteuer

9.6.2 Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien Berufen 2013

Berufsgruppe ¹	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit					
	insgesamt			darunter überwiegende Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit ²		
	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
Freie Berufe insgesamt	2 049 445	74 178 973	36 195	1 272 566	70 913 887	55 725
Rechtsanwälte/-anwältinnen, Notare/Notarinnen (einschl. Patentanwälte/-anwältinnen)	87 228	6 214 547	71 245	69 758	6 095 882	87 386
Rechtsanwälte/-anwältinnen ohne Notariat	73 741	4 594 789	62 310	58 789	4 501 126	76 564
Rechtsanwälte/-anwältinnen mit Notariat ³	8 920	688 421	77 177	7 422	677 298	91 255
Notare/Notarinnen	2 256	564 635	250 282	1 675	553 709	330 572
Patentanwälte/-anwältinnen	2 311	366 702	158 677	1 872	363 749	194 310
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich sonstiger Rechtsberatung	11 435	559 211	48 903	7 014	531 208	75 735
Wirtschaftsprüfer/-innen und vereidigte Buchprüfer/-innen	2 703	194 279	71 875	1 757	184 822	105 192
Wirtschaftsprüfer/-innen	2 323	173 984	74 896	1 507	165 262	109 663
Vereidigte Buchprüfer/-innen	380	20 295	53 409	250	19 561	78 243
Steuerberater/-innen und Steuerbevollmächtigte	46 609	3 727 675	79 978	36 868	3 643 277	98 819
Sonstige Wirtschaftsberater/-innen (ohne Vermögensberater/-innen und -verwalter/-innen)	77 996	3 063 455	39 277	48 416	2 798 725	57 806
Markt- und Meinungsforschung	1 999	24 717	12 365	1 156	22 041	19 067
Unternehmens- und Public-Relations-Berater/-innen	75 997	3 038 737	39 985	47 260	2 776 684	58 753
Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung zusammen	43 027	1 651 761	38 389	27 939	1 585 670	56 755
Programmierungstätigkeiten	22 588	780 693	34 562	14 597	750 023	51 382
Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	17 533	798 403	45 537	11 750	768 085	65 369
Sonstige Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung	2 906	72 664	25 005	1 592	67 562	42 439
Forschungs- und Entwicklungstätigkeit	15 918	460 974	28 959	8 476	418 218	49 341
Werbung	8 351	100 905	12 083	4 890	92 101	18 835
Lehrstätigkeit	226 475	3 026 827	13 365	128 083	2 662 692	20 789
Sonstige Lehrstätigkeit	215 900	2 681 071	12 418	118 889	2 322 501	19 535
Fahr- und Flugschulen	10 575	345 756	32 696	9 194	340 191	37 001
Ärzte/Ärztinnen (Ärzte/Ärztinnen für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte/Ärztinnen und Fachärzte/-ärztinnen)	156 024	18 646 534	119 511	124 700	18 163 472	145 657
Zahnärzte/Zahnärztinnen (einschl. Dentisten/Dentistinnen), ohne Zahntechniker/-innen	49 265	7 350 356	149 200	47 501	7 332 076	154 356
Tierärzte/Tierärztinnen	11 430	603 624	52 810	9 637	591 176	61 344
Sonstiges Veterinärwesen	2 703	30 903	11 433	1 294	29 914	23 117
Sonstige Heilberufe	216 853	6 391 855	29 476	152 253	6 083 805	39 959
Heilpraktiker/-innen	35 867	521 489	14 540	24 378	516 900	21 204
Psychologische Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen	43 253	1 599 260	36 975	31 632	1 546 172	48 880
Masseur/Masseurinnen, medizinische Bademeister/-innen, Krankengymnasten/-gymnastinnen, Entbindungspfleger/Hebammen und verwandte Berufe	66 608	2 156 647	32 378	53 599	2 100 931	39 197
Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	71 125	2 114 459	29 729	42 644	1 919 802	45 019
Architekten/Architektinnen, Innenarchitekten/-architektinnen, Vermessungs- und Bauingenieure/-ingenieurinnen (ohne Film- und Bühnenarchitekten/-architektinnen)	130 518	5 407 352	41 430	96 213	5 193 245	53 977
Tätigkeiten im Bereich Hochbau und Innenarchitektur	45 670	1 741 044	38 122	35 982	1 695 279	47 115
Tätigkeiten im Bereich Orts-, Regional- und Landesplanung	7 327	278 562	38 019	5 605	270 592	48 277
Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsgestaltung	4 185	140 478	33 567	3 175	136 415	42 965
Bautechnische Gesamtplanung	45 128	2 048 176	45 386	33 293	1 965 711	59 043
Sonstige Ingenieurbüros	25 602	1 045 301	40 829	15 969	973 372	60 954
Vermessungsingenieure/-ingenieurinnen	2 606	153 792	59 014	2 189	151 877	69 382
Ingenieure/Ingenieurinnen für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	39 487	1 656 112	41 941	27 766	1 581 275	56 950
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	2 136	85 131	39 855	1 222	79 468	65 031
Künstlerische Berufe	187 477	2 613 910	13 943	108 108	2 354 416	21 778
Bildende Künstler/-innen	43 976	505 916	11 504	32 249	490 370	15 206
Restauratoren/Restauratorinnen	2 511	42 990	17 121	2 002	41 649	20 804
Komponisten/Komponistinnen und Musikbearbeiter/-innen	13 657	249 544	18 272	8 316	228 641	27 494
Schriftsteller/-innen	49 315	772 486	15 664	19 925	666 880	33 470
Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler/-innen	72 837	962 421	13 213	42 308	851 897	20 136
Artisten/Artistinnen	2 218	27 731	12 503	1 532	25 748	16 807
Filmhersteller/-innen, Kameramann/-frau (einschl. Tonstudio)	2 963	52 822	17 827	1 776	49 230	27 719
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus	61 743	1 046 510	16 949	38 526	962 783	24 990
Tätigkeit für/in Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	899	11 392	12 672	501	10 262	20 482
Journalisten/Journalistinnen und Pressefotografen/-fotografinnen	60 844	1 035 118	17 013	38 025	952 521	25 050
Freiberuflich tätige Fotografen/Fotografinnen	17 335	270 759	15 619	11 531	262 534	22 768
Übersetzer/-innen und Dolmetscher/-innen	28 731	461 919	16 077	20 360	435 243	21 377
Textil-, Schmuck- und Möbeldesigner	38 561	667 460	17 309	28 326	641 849	22 659
Freiberuflich tätige Sachverständige	63 017	1 468 431	23 302	34 385	1 313 779	38 208
Lotsen/Lotsinnen	1 011	139 586	138 067	954	139 207	145 919
Sonstige	523 412	8 338 899	15 932	236 589	7 737 049	32 702

1 Die Daten sind aufgrund von Änderungen der Wirtschaftszweigsystematik zum Teil mit den vorherigen Erhebungen nicht vergleichbar.

2 Die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit überwiegen die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus nicht-selbstständiger Arbeit.

3 Diese Kombination ist nicht in allen Bundesländern vertreten.

9.6 Lohn- und Einkommensteuer
9.6.3 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige 2013

Einkommensteuerpflichtige sind alle natürlichen Personen, soweit sie Einkünfte aus einer der im Einkommensteuergesetz bezeichneten sieben Einkunftsarten beziehen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständige Arbeit, nichtselbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte). Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht betrifft Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland. Die Gruppe der veranlagten Steuerpflichtigen umfasst die gesetzlich zur Veranlagung verpflichteten und freiwillig veranlagten Personen.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen				Festgesetzte Einkommensteuer ¹			
	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%
Insgesamt	39 780 671	X	1 411 478 634	X	37 204 574	X	1 179 996 342	X	29 726 791	X	246 267 710	X
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)												
Zusammen	242 090	100	- 4 410 026	100	242 087	100	- 5 156 700	100	3 239	100	192 830	100
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR)												
0 – 7 500 ...	8 015 802	20,3	17 919 947	1,3	5 440 264	14,7	12 054 376	1,0	1 458 384	4,9	410 160	0,2
7 500 – 15 000 ...	5 086 465	12,9	57 536 984	4,1	5 086 168	13,8	43 253 949	3,6	2 981 361	10,0	1 548 446	0,6
15 000 – 25 000 ...	6 532 199	16,5	130 236 109	9,2	6 532 090	17,7	104 865 796	8,8	5 529 087	18,6	9 294 559	3,8
25 000 – 50 000 ...	11 707 883	29,6	418 708 358	29,6	11 707 807	31,7	349 883 280	29,5	11 576 070	38,9	52 609 446	21,4
50 000 – 100 000 ...	6 303 278	15,9	427 498 738	30,2	6 303 235	17,1	357 429 653	30,2	6 291 481	21,2	77 187 954	31,4
100 000 – 250 000 ...	1 653 269	4,2	228 784 244	16,2	1 653 250	4,5	193 323 327	16,3	1 649 072	5,5	58 981 631	24,0
250 000 – 500 000 ...	179 175	0,5	59 526 950	4,2	179 171	0,5	53 542 857	4,5	178 202	0,6	19 747 929	8,0
500 000 – 1 000 000 ...	43 081	0,1	28 738 860	2,0	43 077	0,1	26 524 308	2,2	42 619	0,1	10 309 239	4,2
1 000 000 – 2 500 000 ...	13 353	0,0	19 293 553	1,4	13 349	0,0	18 038 229	1,5	13 208	0,0	6 880 063	2,8
2 500 000 – 5 000 000 ...	2 667	0,0	9 074 911	0,6	2 667	0,0	8 539 692	0,7	2 659	0,0	3 116 547	1,3
5 000 000 und mehr	1 409	0,0	18 570 007	1,3	1 409	0,0	17 697 577	1,5	1 409	0,0	5 988 908	2,4
Zusammen	39 538 581	100	1 415 888 660	100	36 962 487	100	1 185 153 043	100	29 723 552	100	246 074 880	100

1 Für Fälle ohne Einkommensteuer-Veranlagung: Einbehaltene Lohnsteuer.

9.7 Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2012

Bestimmte juristische Personen, z. B. Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaften (AG) oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), unterliegen der **Körperschaftsteuer**. Es handelt sich hierbei um eine besondere Art der Einkommensteuer und eine Gemeinschaftsteuer nach Art. 106 Absatz 3 GG. Dies bedeutet, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer Bund und Ländern gemeinsam zusteht. Die Körperschaftsteuer erheben die Länder.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt ¹									
	Gesamtbetrag der Einkünfte		zu versteuerndes Einkommen/Verlust		festgesetzte Körperschaftsteuer				verbleibender Verlustvortrag zum 31.12. des Berichtsjahres	
	Steuerpflichtige	1 000 EUR	Steuerpflichtige	1 000 EUR	positiv		negativ		Steuerpflichtige	1 000 EUR
Insgesamt	1 087 177	147 080 480	833 421	123 293 573	457 999	25 989 667	–	–	530 496	602 596 962
dar. Nichtsteuerbelastete ..	629 178	- 47 800 457	375 507	- 53 563 048	–	–	–	–	528 595	476 721 594
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
unter – 25 Mill.	193	- 23 181 938	191	- 22 815 702	4	3 891	–	–	188	112 809 819
– 25 Mill. – – 5 Mill.	975	- 9 856 345	961	- 9 616 402	9	1 366	–	–	955	54 607 323
– 5 Mill. – – 1 Mill.	4 725	- 9 632 877	4 679	- 9 483 576	43	5 103	–	–	4 660	61 901 825
– 1 Mill. – – 500 000	5 110	- 3 590 985	5 091	- 3 563 482	42	3 311	–	–	5 073	23 913 682
– 500 000 – – 100 000	29 292	- 6 197 735	29 261	- 6 184 771	67	2 625	–	–	28 032	45 237 422
– 100 000 – – 50 000	26 959	- 1 899 782	26 955	- 1 899 145	13	172	–	–	25 539	12 698 346
– 50 000 – – 25 000	38 695	- 1 374 141	38 693	- 1 373 931	4	19	–	–	36 309	11 823 191
– 25 000 – 0	257 462	- 1 576 885	257 459	- 1 576 393	9	210	–	–	242 993	31 559 482
Zusammen	363 411	- 57 310 687	363 290	- 56 513 403	191	16 697	–	–	343 749	354 551 089
dar. Nichtsteuerbelastete ..	363 220	- 56 899 859	363 099	- 56 449 441	–	–	–	–	343 621	351 124 080
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
0 – 25 000	469 267	2 530 288	254 798	1 511 088	245 951	227 326	–	–	148 517	57 413 152
25 000 – 50 000	73 694	2 634 783	57 089	1 798 285	55 476	269 514	–	–	15 428	7 043 703
50 000 – 100 000	61 343	4 343 069	50 878	3 283 266	49 956	492 368	–	–	9 719	19 392 942
100 000 – 500 000	83 428	18 408 722	73 263	15 337 618	72 464	2 298 672	–	–	9 521	24 990 290
500 000 – 1 Mill.	16 498	11 564 015	14 651	9 804 750	14 576	1 468 144	–	–	1 751	15 108 207
1 Mill. – 5 Mill.	14 979	31 071 270	14 901	27 851 026	14 845	4 162 146	–	–	1 354	21 496 929
5 Mill. – 25 Mill.	3 652	37 594 292	3 646	34 558 820	3 638	5 133 654	–	–	358	26 075 330
25 Mill. und mehr	905	96 244 728	905	85 662 123	902	11 921 145	–	–	99	76 525 319
Zusammen	723 766	204 391 168	470 131	179 806 976	457 808	25 972 969	–	–	186 747	248 045 873
dar. Nichtsteuerbelastete ..	265 958	9 099 402	12 408	2 886 394	–	–	–	–	184 974	125 597 513

1 Ohne steuerbefreite Körperschaften, die zur Gliederung ihres verwendbaren Eigenkapitals verpflichtet sind, und ohne Organgesellschaften.

9.8 Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2012

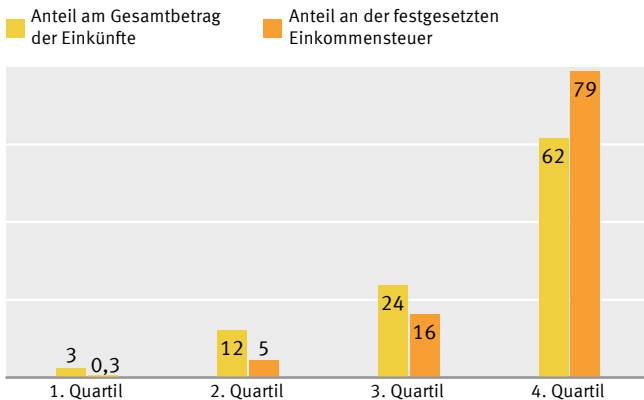
Personengesellschaften und Gemeinschaften sind selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabschnitt	Einkünfte aus Gewerbebetrieb ²						Summe der Einkünfte neben Einkünften aus Gewerbebetrieb		Beteiligte
		insgesamt		davon				Anzahl	1 000 EUR	
		Anzahl	1 000 EUR	Negative Einkünfte		Positive Einkünfte				
				Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	
A-N, P-S	Wirtschaftsabschnitte insgesamt³	526 875	99 694 324	140 185	- 24 053 351	386 690	123 747 676	20 972	2 201 973	3 501 856
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7 063	283 520	1 966	- 77 248	5 097	360 768	823	38 472	23 782
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 040	819 774	254	- 59 831	786	879 605	20	59	4 885
C	Verarbeitendes Gewerbe	43 430	33 864 110	8 775	- 4 591 906	34 655	38 456 016	884	12 445	133 696
D	Energieversorgung	79 665	2 451 581	27 868	- 1 515 853	51 797	3 967 434	2 847	20 700	424 563
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 602	601 098	357	- 95 690	1 245	696 789	37	279	10 193
F	Baugewerbe	38 836	4 305 713	5 482	- 885 815	33 354	5 191 529	679	- 4 411	105 384
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	88 145	18 217 854	21 114	- 2 408 098	67 031	20 625 952	1 533	15 068	236 977
H	Verkehr und Lagerei	14 902	2 525 960	2 978	- 1 217 193	11 924	3 743 153	206	1 950	471 081
I	Gastgewerbe	25 746	1 048 746	6 762	- 304 288	18 984	1 353 034	922	7 562	74 852
J	Information und Kommunikation	20 506	- 15 362	5 888	- 4 219 932	14 618	4 204 570	281	6 209	83 762
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	21 521	8 768 150	6 603	- 3 101 595	14 918	11 869 745	2 234	1 119 272	1 109 514
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	86 825	10 994 116	25 856	- 3 383 810	60 969	14 377 926	7 840	748 679	403 580
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	27 846	9 469 175	7 278	- 941 145	20 568	10 410 320	889	113 131	95 846
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	25 911	3 095 882	6 739	- 456 361	19 172	3 552 243	483	12 601	158 267
P	Erziehung und Unterricht	2 716	145 355	822	- 31 442	1 894	176 797	64	1 933	7 610
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	6 250	871 085	1 778	- 298 062	4 472	1 169 147	444	85 581	27 996
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 196	490 245	4 686	- 147 317	10 510	637 561	228	7 506	65 926
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	19 675	1 757 320	4 979	- 317 765	14 696	2 075 085	558	14 937	63 942

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefgliederung für die Steuerstatistiken.
 2 Einschl. Einkommen der Organgesellschaften.
 3 Ohne Abschnitt O „Öffentliche Verwaltung“.

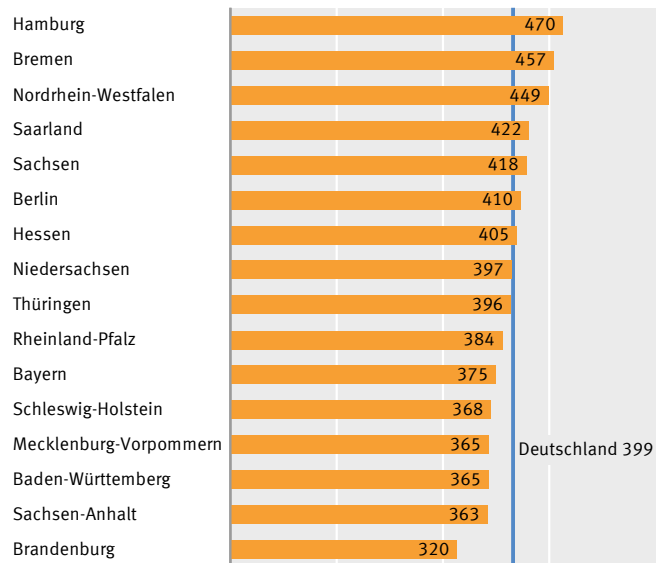
Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer¹ 2013 nach Einkunftshöhe der Steuerpflichtigen in Quartilen, in %

Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (4. Quartil) erzielten 61,5 % der Einkünfte und zahlten 78,8 % der gesamten festgesetzten Einkommensteuer. Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den niedrigsten Einkünften (1. Quartil) vereinigten 2,5 % der Einkünfte auf sich und trugen 0,3 % zur festgesetzten Einkommensteuer bei.



1 Für Fälle ohne Einkommensteuer-Veranlagung: Einbehaltene Lohnsteuer.

Durchschnittliche Hebesätze der Gewerbesteuer 2015 in %



9.9 Gewerbesteuer 2012

Die Gewerbesteuer ist eine von den Gemeinden erhobene Realsteuer, der inländische Gewerbebetriebe unterliegen. Die Höhe richtet sich nach dem Gewerbebeitrag und dem örtlichen Hebesatz.

	Steuerpflichtige		Gewinn		Verlust		Abgerundeter Gewerbebeitrag ¹	Steuermessbetrag ¹		
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR			%	
nach der Höhe des abgerundeten Gewerbebeitrags										
Insgesamt	3 500 484	100	2 669 018	333 477 554	831 466	- 98 397 914	254 187 079	10 182 118	100	
mit Steuermessbetrag von 0										
mit negativem Gewerbebeitrag	924 206	26,4	103 509	18 702 820	820 697	- 74 814 810	- 69 118 928	-	-	
ohne Gewerbebeitrag	499 289	14,3	493 666	15 852 373	5 623	- 2 112 525	-	-	-	
mit positivem Gewerbebeitrag	734 265	21,0	733 787	10 437 911	478	- 131 901	8 404 669	-	-	
Zusammen	2 157 760	61,6	1 330 962	44 993 104	826 798	- 77 059 235	- 60 714 259	-	-	
mit positivem Steuermessbetrag										
Gewerbebeitrag von ... bis unter ... EUR										
unter 5 000	62 895	1,8	62 449	475 993	446	- 14 179	127 316	4 439	0,0	
5 000 – 10 000	38 442	1,1	38 184	520 027	258	- 17 788	276 623	8 936	0,1	
10 000 – 15 000	27 695	0,8	27 517	504 122	178	- 69 726	338 131	11 427	0,1	
15 000 – 24 500	36 482	1,0	36 240	931 623	242	- 27 608	705 178	24 269	0,2	
24 500 – 50 000	551 707	15,8	551 206	20 749 266	501	- 110 810	19 429 183	252 462	2,5	
50 000 – 100 000	334 779	9,6	334 348	24 833 026	431	- 105 758	23 244 050	566 562	5,6	
100 000 – 500 000	236 324	6,8	235 443	49 787 905	881	- 620 905	45 826 350	1 460 207	14,3	
500 000 – 1 000 000	26 110	0,7	25 741	20 607 759	369	- 495 918	18 114 251	623 844	6,1	
1 000 000 – 5 000 000	22 131	0,6	21 422	47 290 278	709	- 1 436 993	45 363 744	1 580 171	15,5	
5 000 000 und mehr	6 159	0,2	5 506	122 784 451	653	- 18 438 993	161 476 512	5 649 801	55,5	
Zusammen	1 342 724	38,4	1 338 056	288 484 450	4 668	- 21 338 679	314 901 337	10 182 118	100	
nach Rechtsformgruppen										
Einzelgewerbetreibende	2 032 059	58,1	1 667 366	64 283 553	364 693	- 3 940 721	57 620 997	1 191 741	11,7	
Personengesellschaften u. Ä.	412 222	11,8	305 918	105 655 846	106 304	- 22 059 941	67 447 315	2 769 137	27,2	
Kapitalgesellschaften ¹²	1 007 347	28,8	662 194	150 705 262	345 153	- 65 501 572	121 774 606	5 754 267	56,5	
Übrige juristische Personen	48 856	1,4	33 540	12 832 892	15 316	- 6 895 679	7 344 161	466 972	4,6	
nach Wirtschaftsabschnitten¹³										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	35 225	1,0	25 625	1 754 945	9 600	- 349 612	1 241 471	44 288	0,4	
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	2 827	0,1	2 019	3 925 803	808	- 252 342	2 034 919	75 326	0,7	
C Verarbeitendes Gewerbe	279 209	8,0	216 134	78 090 272	63 075	- 19 838 214	70 357 601	2 880 233	28,3	
D Energieversorgung	186 004	5,3	119 138	9 307 628	66 866	- 5 428 281	7 914 236	346 900	3,4	
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ..	11 142	0,3	8 308	2 387 257	2 834	- 686 283	1 736 979	79 663	0,8	
F Baugewerbe	398 525	11,4	339 283	20 923 709	59 242	- 3 119 675	15 889 987	480 907	4,7	
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	739 484	21,1	557 854	56 568 549	181 630	- 10 388 415	46 389 043	1 657 454	16,3	
H Verkehr und Lagerei	114 578	3,3	93 931	8 514 772	20 647	- 4 012 783	6 950 668	273 011	2,7	
I Gastgewerbe	214 091	6,1	167 531	6 711 590	46 560	- 1 316 735	5 228 724	138 303	1,4	
J Information und Kommunikation	150 533	4,3	106 371	16 355 664	44 162	- 8 794 618	11 123 162	507 604	5,0	
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	187 893	5,4	151 331	57 440 390	36 562	- 21 176 902	43 162 139	1 887 084	18,5	
L Grundstücks- und Wohnungswesen	213 316	6,1	146 848	21 993 303	66 468	- 7 706 781	5 002 579	361 280	3,5	
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	372 307	10,6	278 780	25 542 959	93 527	- 9 319 012	18 796 127	822 105	8,1	
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	217 908	6,2	170 897	11 372 021	47 011	- 2 276 463	10 167 214	342 049	3,4	
P Erziehung und Unterricht	20 406	0,6	13 814	517 312	6 592	- 190 115	267 930	11 700	0,1	
Q Gesundheits- und Sozialwesen	34 477	1,0	23 326	1 357 555	11 151	- 630 935	630 170	37 590	0,4	
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	68 177	1,9	49 235	2 532 830	18 942	- 1 233 618	1 169 563	63 622	0,6	
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	254 382	7,3	198 593	8 180 995	55 789	- 1 677 128	6 124 566	172 998	1,7	

1 Anzahl der Fälle = Steuerpflichtige aus Spalte 1.

2 Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

3 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

9.10 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die **Erbschaftsteuer** wird als Erbanfallsteuer erhoben. Sie knüpft an den Erwerb der einzelnen Erbin bzw. des einzelnen Erben oder der sonstigen Erwerberin bzw. des sonstigen Erwerbers an. Schenkungsteuerpflichtig ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern die Schenkenden oder die Beschenkten Inländerinnen oder Inländer sind.

9.10.1 Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2015

Reinnachlass von ... bis unter ... EUR ¹	Nachlassgegenstände insgesamt	Vermögensarten ²				Nachlassverbindlichkeiten	Reinnachlass
		land- und forstwirtschaftliches Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen	übriges Vermögen		
Anzahl ³							
Insgesamt	61 560	8 563	38 170	4 334	60 366	59 957	62 131
unter 5 000 ...	1 337	172	499	111	1 221	1 353	1 908
5 000 – 10 000 ...	380	37	95	4	358	314	380
10 000 – 50 000 ...	6 745	520	1 979	82	6 511	6 567	6 745
50 000 – 100 000 ...	9 410	901	4 036	148	9 129	9 098	9 410
100 000 – 200 000 ...	12 560	1 576	7 282	296	12 298	12 147	12 560
200 000 – 300 000 ...	7 089	1 003	4 840	251	6 994	6 826	7 089
300 000 – 500 000 ...	8 507	1 466	6 375	576	8 423	8 312	8 507
500 000 – 2,5 Mill. ...	14 037	2 617	11 797	2 250	13 949	13 853	14 037
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	994	177	843	358	986	988	994
5 Mill. und mehr ...	501	94	424	258	497	499	501
1 000 EUR							
Insgesamt	38 773 483	361 777	12 567 480	3 629 120	22 215 107	7 497 561	31 275 923
unter 5 000 ...	458 743	5 647	175 824	86 136	191 136	566 735	- 107 992
5 000 – 10 000 ...	47 755	205	18 412	1 630	27 507	44 903	2 852
10 000 – 50 000 ...	488 402	5 911	149 924	15 427	317 139	266 553	221 850
50 000 – 100 000 ...	1 030 454	10 562	340 610	11 374	667 909	333 422	697 032
100 000 – 200 000 ...	2 381 785	35 597	898 270	22 954	1 424 963	562 271	1 819 514
200 000 – 300 000 ...	2 167 987	32 927	852 676	39 862	1 242 521	424 306	1 743 680
300 000 – 500 000 ...	3 993 082	67 937	1 555 694	69 911	2 299 541	650 231	3 342 851
500 000 – 2,5 Mill. ...	15 867 064	148 125	6 035 768	711 438	8 971 733	2 419 545	13 447 519
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	4 138 466	30 659	1 216 931	401 567	2 489 310	769 465	3 369 001
5 Mill. und mehr ...	8 199 746	24 208	1 323 370	2 268 821	4 583 347	1 460 130	6 739 616

Enthalten ist das im Rahmen einer Erstfestsetzung ermittelte vererbte Vermögen im Festsetzungsjahr.

- 1 Ausgenommen sind Fälle ohne Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten (sonstige Erwerbe, z. B. Vermächtnisse).
- 2 Die summierte Anzahl der Fälle der Vermögensarten kann größer sein als die Anzahl der Fälle beim Gesamtwert der Nachlassgegenstände.
- 3 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.10.2 Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe 2015

Steuerpflichtige Erwerbe ¹	Wert des anteiligen Reinerwerbs durch Erbanfall ²	Wert der sonstigen Erwerbe	Wert der Erwerbe vor Abzug ² ³	Wert der Erwerbe nach Abzug ² ³	Gesamtwert der Vorerwerbe	Freibetrag § 16 ErbStG	Steuerpflichtiger Erwerb	Tatsächlich festgesetzte Steuer
Anzahl ⁴								
Insgesamt	X	X	140 862	140 297	24 122	141 280	141 303	136 665
Erwerb von Todes wegen ...	101 125	28 678	111 121	111 113	9 295	111 474	111 496	110 546
Schenkungen ...	X	X	29 741	29 184	14 827	29 806	29 807	26 119
nachrichtlich: Steuerpflichtiger Erwerb von 0	X	X	45 911	38 780	10 085	39 149	46 525	-
1 000 EUR								
Insgesamt	X	X	64 816 861	33 718 599	13 638 100	12 665 532	35 040 133	5 487 088
Erwerb von Todes wegen ...	27 178 764	5 018 006	32 171 270	26 789 930	2 130 625	8 252 658	20 773 921	4 406 895
Schenkungen ...	X	X	32 645 592	6 928 668	11 507 474	4 412 874	14 266 212	1 080 193
nachrichtlich: Steuerpflichtiger Erwerb von 0	X	X	37 193 615	4 251 193	1 364 565	5 904 267	-	-

- 1 Erstfestsetzungen mit steuerpflichtigem Erwerb > 0 Euro, sowie nachrichtlich mit steuerpflichtigem Erwerb = 0 Euro.
- 2 Erwerbe von Todes wegen: Nachweis nur für maschinell gelieferte Fälle.
- 3 Vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen nach § 13 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG), Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG, Zugewinnausgleichsforderungen nach § 5 ErbStG, Freibetrag nach § 17 ErbStG, Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsaufgaben sowie abzugsfähigen Erwerbsnebenkosten und DBA-Vermögen (Doppelbesteuerungsabkommen).
- 4 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.11 Umsatzsteuer – Veranlagungen 2012

Die **Umsatzsteuer**, auch Mehrwertsteuer genannt, besteuert den Austausch von Lieferungen und Leistungen (= Umsatz). Sie zählt zu den indirekten Steuern, da Steuerschuldner (= Unternehmen) und wirtschaftlich Belastete (= Leistungsempfänger/-innen) nicht identisch sind. Seit dem 1.1.2007 beträgt der Steuersatz in Deutschland 19%, der ermäßigte Steuersatz 7%. Letzterer wird u. a. auf Lebensmittel, Zeitschriften und Bücher sowie künstlerische Leistungen angewandt.

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Innergemeinschaftliche Erwerbe		Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge ²	Abziehbare Vorsteuerbeträge ³	Verbleibende Umsatzsteuer/Überschuss
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%			
Insgesamt ⁴	6 339 242	100	5 926 163	100	530 333	100	950 570	808 388	142 181
unter 17 501	2 648 333	41,8	11 439	0,2	920	0,2	2 888	4 323	- 1 435
17 501 – 50 000	1 138 986	18,0	35 708	0,6	325	0,1	5 946	3 531	2 415
50 000 – 100 000	733 840	11,6	52 468	0,9	542	0,1	8 695	4 826	3 869
100 000 – 250 000	774 818	12,2	123 153	2,1	1 689	0,3	20 200	11 661	8 540
250 000 – 500 000	400 873	6,3	141 685	2,4	2 630	0,5	22 638	14 059	8 579
500 000 – 1 Mill.	268 726	4,2	188 820	3,2	4 385	0,8	30 150	19 276	10 874
1 Mill. – 2 Mill.	165 169	2,6	231 072	3,9	6 719	1,3	37 788	25 524	12 264
2 Mill. – 5 Mill.	115 015	1,8	355 198	6,0	14 676	2,8	57 400	40 812	16 589
5 Mill. – 10 Mill.	43 146	0,7	300 335	5,1	17 375	3,3	47 520	35 775	11 745
10 Mill. – 25 Mill.	28 260	0,4	433 635	7,3	33 322	6,3	71 146	57 200	13 946
25 Mill. – 50 Mill.	10 402	0,2	362 008	6,1	33 462	6,3	54 916	45 865	9 051
50 Mill. – 100 Mill.	5 726	0,1	397 650	6,7	41 339	7,8	58 689	50 729	7 960
100 Mill. – 250 Mill.	3 598	0,1	549 656	9,3	59 475	11,2	79 238	70 220	9 018
250 Mill. und mehr	2 350	0,0	2 743 336	46,3	313 473	59,1	453 353	424 586	28 767

1 Umsätze der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Umsatzsteuer insgesamt für alle steuerpflichtigen Umsätze.

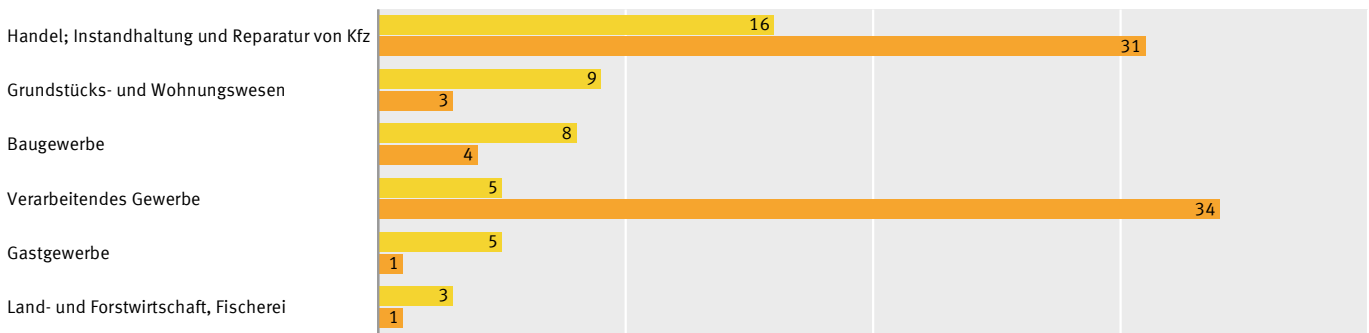
3 Einschl. Vorsteuerberichtigungsbeträge.

4 Einschl. 7 420 Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis in Höhe von insgesamt – 1 260 Mill. Euro.

Umsatzsteuer – Veranlagungen 2012

Steuerpflichtige sowie Lieferungen und Leistungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen ¹, in %

■ Steuerpflichtige ■ Lieferungen und Leistungen



1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – Einschl. Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

9.12 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.12.1 Umsatzsteuerpflichtige sowie deren Lieferungen und Leistungen 2015

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%
Alle Rechtsformen												
Insgesamt	3 255 537	100	5 989 743	100	2 181 285	100	574 640	100	274 730	100	193 843	100
über 17 500 – 50 000	873 041	26,8	27 875	0,5	712 414	32,7	22 748	4,0	73 090	26,6	2 288	1,2
50 000 – 100 000	643 516	19,8	46 244	0,8	508 917	23,3	36 460	6,3	50 633	18,4	3 653	1,9
100 000 – 250 000	722 279	22,2	115 397	1,9	519 727	23,8	82 059	14,3	62 971	22,9	10 193	5,3
250 000 – 500 000	382 619	11,8	135 306	2,3	227 305	10,4	79 365	13,8	38 137	13,9	13 550	7,0
500 000 – 1 Mill.	259 730	8,0	182 639	3,0	119 527	5,5	82 578	14,4	25 625	9,3	17 945	9,3
1 Mill. – 2 Mill.	162 717	5,0	227 906	3,8	55 504	2,5	76 431	13,3	13 779	5,0	19 004	9,8
2 Mill. – 5 Mill.	116 007	3,6	358 347	6,0	28 126	1,3	83 899	14,6	6 929	2,5	21 048	10,9
5 Mill. – 10 Mill.	44 494	1,4	309 584	5,2	6 810	0,3	46 450	8,1	2 302	0,8	15 650	8,1
10 Mill. – 25 Mill.	28 502	0,9	438 335	7,3	2 388	0,1	34 462	6,0	834	0,3	12 289	6,3
25 Mill. – 50 Mill.	10 574	0,3	368 595	6,2	405	0,0	13 660	2,4	237	0,1	8 004	4,1
50 Mill. – 100 Mill.	5 904	0,2	411 088	6,9	120	0,0	7 943	1,4	104	0,0	7 229	3,7
100 Mill. – 250 Mill.	3 700	0,1	563 540	9,4	35	0,0	5 156	0,9	37	0,0	5 618	2,9
250 Mill. und mehr	2 454	0,1	2 804 888	46,8	7	0,0	3 429	0,6	52	0,0	57 372	29,6
Einzelunternehmen												
Insgesamt	2 181 285	100	574 640	100	274 730	100	193 843	100	Gesellschaft bürgerlichen Rechts u. a. Personengesellschaften¹²			
über 17 500 – 50 000	712 414	32,7	22 748	4,0	73 090	26,6	2 288	1,2				
50 000 – 100 000	508 917	23,3	36 460	6,3	50 633	18,4	3 653	1,9				
100 000 – 250 000	519 727	23,8	82 059	14,3	62 971	22,9	10 193	5,3				
250 000 – 500 000	227 305	10,4	79 365	13,8	38 137	13,9	13 550	7,0				
500 000 – 1 Mill.	119 527	5,5	82 578	14,4	25 625	9,3	17 945	9,3				
1 Mill. – 2 Mill.	55 504	2,5	76 431	13,3	13 779	5,0	19 004	9,8				
2 Mill. – 5 Mill.	28 126	1,3	83 899	14,6	6 929	2,5	21 048	10,9				
5 Mill. – 10 Mill.	6 810	0,3	46 450	8,1	2 302	0,8	15 650	8,1				
10 Mill. – 25 Mill.	2 388	0,1	34 462	6,0	834	0,3	12 289	6,3				
25 Mill. – 50 Mill.	405	0,0	13 660	2,4	237	0,1	8 004	4,1				
50 Mill. – 100 Mill.	120	0,0	7 943	1,4	104	0,0	7 229	3,7				
100 Mill. – 250 Mill.	35	0,0	5 156	0,9	37	0,0	5 618	2,9				
250 Mill. und mehr	7	0,0	3 429	0,6	52	0,0	57 372	29,6				
Kommanditgesellschaften¹³												
Insgesamt	158 090	100	1 345 840	100	8 063	100	1 062 024	100	555 792	100	2 299 322	100
über 17 500 – 50 000	11 778	7,5	394	0,0	520	6,4	16	0,0	54 749	9,9	1 783	0,1
50 000 – 100 000	14 082	8,9	1 035	0,1	519	6,4	37	0,0	57 077	10,3	4 187	0,2
100 000 – 250 000	24 709	15,6	4 108	0,3	835	10,4	138	0,0	101 337	18,2	16 859	0,7
250 000 – 500 000	21 352	13,5	7 739	0,6	755	9,4	275	0,0	87 358	15,7	31 624	1,4
500 000 – 1 Mill.	22 172	14,0	15 967	1,2	887	11,0	639	0,1	84 973	15,3	60 829	2,6
1 Mill. – 2 Mill.	19 973	12,6	28 457	2,1	830	10,3	1 184	0,1	67 173	12,1	95 015	4,1
2 Mill. – 5 Mill.	19 637	12,4	62 058	4,6	1 046	13,0	3 359	0,3	54 911	9,9	171 027	7,4
5 Mill. – 10 Mill.	9 582	6,1	67 615	5,0	719	8,9	5 048	0,5	22 429	4,0	156 236	6,8
10 Mill. – 25 Mill.	7 640	4,8	119 297	8,9	680	8,4	10 795	1,0	14 829	2,7	228 539	9,9
25 Mill. – 50 Mill.	3 308	2,1	115 554	8,6	352	4,4	12 501	1,2	5 326	1,0	185 253	8,1
50 Mill. – 100 Mill.	1 933	1,2	135 145	10,0	296	3,7	20 854	2,0	2 896	0,5	201 256	8,8
100 Mill. – 250 Mill.	1 159	0,7	177 080	13,2	271	3,4	43 273	4,1	1 771	0,3	268 296	11,7
250 Mill. und mehr	765	0,5	611 391	45,4	353	4,4	963 903	90,8	963	0,2	878 418	38,2
Aktiengesellschaften¹⁴												
Insgesamt	8 063	100	1 062 024	100	555 792	100	2 299 322	100	Gesellschaften mit beschränkter Haftung¹⁵			
über 17 500 – 50 000	520	6,4	16	0,0	54 749	9,9	1 783	0,1				
50 000 – 100 000	519	6,4	37	0,0	57 077	10,3	4 187	0,2				
100 000 – 250 000	835	10,4	138	0,0	101 337	18,2	16 859	0,7				
250 000 – 500 000	755	9,4	275	0,0	87 358	15,7	31 624	1,4				
500 000 – 1 Mill.	887	11,0	639	0,1	84 973	15,3	60 829	2,6				
1 Mill. – 2 Mill.	830	10,3	1 184	0,1	67 173	12,1	95 015	4,1				
2 Mill. – 5 Mill.	1 046	13,0	3 359	0,3	54 911	9,9	171 027	7,4				
5 Mill. – 10 Mill.	719	8,9	5 048	0,5	22 429	4,0	156 236	6,8				
10 Mill. – 25 Mill.	680	8,4	10 795	1,0	14 829	2,7	228 539	9,9				
25 Mill. – 50 Mill.	352	4,4	12 501	1,2	5 326	1,0	185 253	8,1				
50 Mill. – 100 Mill.	296	3,7	20 854	2,0	2 896	0,5	201 256	8,8				
100 Mill. – 250 Mill.	271	3,4	43 273	4,1	1 771	0,3	268 296	11,7				
250 Mill. und mehr	353	4,4	963 903	90,8	963	0,2	878 418	38,2				
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften												
Insgesamt	5 567	100	67 682	100	6 342	100	40 931	100	65 668	100	405 461	100
über 17 500 – 50 000	566	10,2	18	0,0	595	9,4	19	0,0	19 329	29,4	608	0,1
50 000 – 100 000	515	9,3	38	0,1	585	9,2	43	0,1	11 188	17,0	791	0,2
100 000 – 250 000	708	12,7	115	0,2	1 119	17,6	184	0,4	10 873	16,6	1 741	0,4
250 000 – 500 000	482	8,7	172	0,3	951	15,0	346	0,8	6 279	9,6	2 234	0,6
500 000 – 1 Mill.	547	9,8	401	0,6	910	14,3	650	1,6	5 089	7,7	3 629	0,9
1 Mill. – 2 Mill.	594	10,7	875	1,3	760	12,0	1 088	2,7	4 104	6,2	5 852	1,4
2 Mill. – 5 Mill.	919	16,5	2 955	4,4	650	10,2	2 035	5,0	3 789	5,8	11 966	3,0
5 Mill. – 10 Mill.	447	8,0	3 195	4,7	342	5,4	2 423	5,9	1 863	2,8	12 967	3,2
10 Mill. – 25 Mill.	409	7,3	6 397	9,5	228	3,6	3 481	8,5	1 494	2,3	23 075	5,7
25 Mill. – 50 Mill.	177	3,2	6 185	9,1	105	1,7	3 735	9,1	664	1,0	23 704	5,8
50 Mill. – 100 Mill.	98	1,8	6 804	10,1	34	0,5	2 446	6,0	423	0,6	29 411	7,3
100 Mill. – 250 Mill.	73	1,3	10 851	16,0	29	0,5	4 292	10,5	325	0,5	48 972	12,1
250 Mill. und mehr	32	0,6	29 676	43,8	34	0,5	20 189	49,3	248	0,4	240 511	59,3
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts												
Insgesamt	6 342	100	40 931	100	65 668	100	405 461	100	Sonstige Rechtsformen¹⁶			
über 17 500 – 50 000	595	9,4	19	0,0	19 329	29,4	608	0,1				
50 000 – 100 000	585	9,2	43	0,1	11 188	17,0	791	0,2				
100 000 – 250 000	1 119	17,6	184	0,4	10 873	16,6	1 741	0,4				
250 000 – 500 000	951	15,0	346	0,8	6 279	9,6	2 234	0,6				
500 000 – 1 Mill.	910	14,3	650	1,6	5 089	7,7	3 629	0,9				
1 Mill. – 2 Mill.	760	12,0	1 088	2,7	4 104	6,2	5 852	1,4				
2 Mill. – 5 Mill.	650	10,2	2 035	5,0	3 789	5,8	11 966	3,0				
5 Mill. – 10 Mill.	342	5,4	2 423	5,9	1 863	2,8	12 967	3,2				
10 Mill. – 25 Mill.	228	3,6	3 481	8,5	1 494	2,3	23 075	5,7				
25 Mill. – 50 Mill.	105	1,7	3 735	9,1	664	1,0	23 704	5,8				
50 Mill. – 100 Mill.	34	0,5	2 446	6,0	423	0,6	29 411	7,3				
100 Mill. – 250 Mill.	29	0,5	4 292	10,5	325	0,5	48 972	12,1				
250 Mill. und mehr	34	0,5	20 189	49,3	248	0,4	240 511	59,3				

1 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Einschl. Offene Handelsgesellschaften und ähnlicher Gesellschaften.

3 Einschl. GmbH & Co. KG.

4 Einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien, Europäische AG und sonstige Kapitalgesellschaften.

5 Einschl. Unternehmungsgesellschaft haftungsbeschränkt.

6 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts, ausländische Rechtsformen.

9.12 Umsatzsteuer – Voranmeldungen
9.12.2 Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer

Nr. der Klassifikation ¹		Steuerpflichtige ²	Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer		
			Lieferungen und Leistungen ³	innergemeinschaftliche Erwerbe	vor Abzug der Vorsteuerbeträge	abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer-vorauszahlung ⁴
			Anzahl	Mill. EUR			
	2012	3 250 319	5 752 249	524 684	938 810	797 362	142 437
	2013	3 243 538	5 765 567	523 320	938 447	791 246	148 698
	2014	3 240 221	5 870 875	539 666	953 279	799 718	154 989
	2015	3 255 537	5 989 743	565 634	973 266	814 484	158 783
2015 nach Wirtschaftsabschnitten							
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁵	99 012	40 455	1 411	4 522	4 570	- 48
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 899	19 920	589	3 452	2 888	565
C	Verarbeitendes Gewerbe	231 164	2 090 345	294 762	287 550	286 211	1 339
D	Energieversorgung	79 136	307 248	1 991	90 023	78 026	11 998
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 181	44 120	1 295	7 129	5 867	1 262
F	Baugewerbe	364 476	266 872	3 086	48 079	30 680	17 399
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	610 531	1 927 134	240 909	319 550	274 800	44 750
H	Verkehr und Lagerei	104 075	216 036	3 003	34 234	26 649	7 585
I	Gastgewerbe	221 309	78 687	504	11 562	6 765	4 797
J	Information und Kommunikation	123 473	206 144	6 000	41 481	26 060	15 421
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ⁶	25 153	61 348	1 353	18 375	14 595	3 780
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	302 264	144 763	1 103	18 928	10 519	8 409
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	479 777	238 080	4 603	44 191	22 425	21 766
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	187 893	150 331	3 380	26 863	14 597	12 266
P	Erziehung und Unterricht	45 594	11 247	121	1 336	550	786
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	51 663	97 476	466	2 666	1 669	997
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	102 820	39 911	264	5 132	3 127	2 005
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	214 117	49 624	794	8 194	4 488	3 706

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
2 Voranmeldungspflichtige mit Jahresumsätzen über 17 500 Euro.
3 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

4 Negativer Vorauszahlungsbetrag (-) bedeutet Überschuss zugunsten der Steuerpflichtigen.
5 Ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die eine Umsatzsteuer-Zahllast nicht entsteht.
6 Ohne steuerfreie Umsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

9.13 Ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken

Weitere Informationen zum Verbrauch ausgewählter Genussmittel siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr		Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
		2016	2015				2016	2015	
Energieerzeugnisse					Bier				
Absatz ausgewählter Energieerzeugnisse ¹				%	Braustätten	Anzahl	1 408	1 392	1,1
Kraftstoffe:					Bierabsatz ⁵				
Benzin ²	1 000 hl	242 514	245 562	- 1,2	Insgesamt	1 000 hl	95 837	95 772	0,1
Gasöle (Dieselkraftstoff) ³	1 000 hl	442 924	432 796	2,3	Versteuert	1 000 hl	79 011	79 534	- 0,7
Flüssiggase	1 000 t	518	543	- 4,6	Steuerfrei	1 000 hl	16 826	16 238	3,6
Heizstoffe:					darunter:				
Heizöl leicht	1 000 hl	189 804	196 068	- 3,2	in andere EU-Länder	1 000 hl	9 894	9 890	0,0
Heizöl schwer	1 000 t	739	877	- 15,7	in Drittländer	1 000 hl	6 795	6 207	9,5
Flüssiggase	1 000 t	2 052	1 626	26,2	Branntwein ^{6/7}		2015/16	2014/15	%
Tabak					Erzeugung insgesamt	hl Alkohol	11 220 386	11 488 475	- 2,3
Versteuerung von Tabakwaren ⁴					Brennereien insgesamt	Anzahl	18 443	19 151	- 3,7
Versteuerte Mengen:					Schaumwein ⁸		2016	2015	%
Zigaretten	Mill. St	75 016	81 267	- 7,7	Versteuerte Menge insgesamt ...	hl	3 018 867	3 015 238	0,1
Zigarillos, Zigarren	Mill. St	3 049	2 956	3,2					
Feinschnitt	t	25 188	25 471	- 1,1					
Pfeifentabak	t	2 521	1 732	45,6					

2016 vorläufiges Ergebnis.

1 Netto, d. h. nach Abzug von Steuerentlastungen.
2 Ohne Flugbenzin.
3 Und ihnen im Siedeverhalten entsprechende Energieerzeugnisse.
4 Berechnet aus den gegen Entgelt ausgelieferten Tabaksteuerzeichen (Nettowerte; Rücknahme von Steuerzeichen berücksichtigt).

5 Ohne alkoholfreies Bier und ohne Malztrunk.
6 Quelle: Bundesmonopolverwaltung für Branntwein.
7 Angaben umfassen Brennereien innerhalb und außerhalb des Branntweinmonopols.
8 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Steuersatz.

Methodik

■ Öffentliche Finanzen

Die Daten der **Finanzstatistiken zum Öffentlichen Gesamthaushalt** bieten ein umfassendes, detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen, welche Einnahmen den Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert werden konnten und in welchem Umfang zurückgegriffen werden musste auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen). Künftige Belastungen der Einheiten des Öffentlichen Gesamthaushalts aus aufgenommenen Fremdmitteln ergeben sich aus dem Stand der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken sind eine bedeutende Informationsquelle zur Kennzeichnung der Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Für Analysen und Vergleiche auf nationaler Ebene liefern die Finanzstatistiken relevante Informationen über die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand. Für die Abbildung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind sie eine bedeutende Basisstatistik. Mit der Statistik der Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der öffentlichen Verschuldung bereit. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte. Die Erfassung der **öffentlichen Finanzen der Kernhaushalte** der Gebietskörperschaften erfolgt in Verbindung mit der Haushaltsaufstellung, dem Haushaltsvollzug und der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte. Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen beeinträchtigen die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen werden daher neben den Kernhaushalten auch die **Finanzen der Extrahaushalte** berücksichtigt. Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen **Kassenstatistik** (Tabelle 9.2.1), der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnissen). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des aktuellen Berichtsjahres.

Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt grundsätzlich nach der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte. In der vierteljährlichen **Kassenstatistik** werden die Ausgaben und Einnahmen nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. Bei den Ausgabe- und Einnahmearten wird unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten unterschieden zwischen laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen (periodenübergreifenden Transaktionen). Die Zahlungen der Kern- und Extrahaushalte untereinander werden bei der Zusammenfassung zu Körperschaftsgruppen bzw. zum Öffentlichen Gesamthaushalt zur Vermeidung von Doppelzählungen bereinigt. Die Ausgabe- und Einnahmesummen der einzelnen Haushaltsebenen lassen sich deshalb nicht zum Gesamtergebnis addieren. Die Finanzen der Stadtstaaten sind in der finanzstatistischen Darstellung grundsätzlich den Länderhaushalten zugerechnet.

In der jährlichen **Schulden- und Finanzvermögenstatistik** sind bereits ab dem Berichtsjahr 2010 mit den Kern- und Extrahaushalten alle Einheiten des Staatssektors einbezogen. Damit ist neben den bereits in den Vorjahren erhobenen Kernhaushalten Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auch der Kernhaushalt der Sozialversicherung Bestandteil der Erhebung. Alle Extrahaushalte der vier Kernhaushalte komplettieren den Berichtskreis der Schulden- und Finanzvermögenstatistik.

Die Ergebnisse der **Schuldenstatistik** sind nach Körperschaftsgruppen, Schuldarten sowie den jeweiligen Gläubigern differenziert dargestellt. Aus der Summe der Schulden aller Körperschaftsgruppen beim nicht öffentlichen Bereich resultiert der nationale Schuldenstand (Tabelle 9.3.2). Für eine vergleichende Analyse der Verschuldung der Länder (Tabelle 9.3.3) sollten sowohl die Verschuldung der Länder als auch die der kommunalen Ebene – aufgrund unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade – herangezogen werden (siehe hierzu Abbildung „Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2015“). Bedingt durch die Ausweitung des Berichtskreises und einer gleichzeitigen Anpassung der Erhebungsinhalte an die Anforderungen des ESVG 2010 im Berichtsjahr 2010, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen (Tabelle 9.3.1) nur eingeschränkt aussagefähig.

Die **Finanzvermögenstatistik** erhebt das Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen (Bund, Länder) und kommunalen Haushalte (Gemeinden, Gemeindeverbände), die Träger der Sozialversicherung und die Bundesagentur für Arbeit sowie alle Extrahaushalte (öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors). Nachgewiesen wird nur das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich; dieses wird untergliedert in Bargeld und Einlagen, Wertpapiere, Ausleihungen und Sonstige Forderungen (Tabellen 9.3.4 und 9.3.5).

Die **Jahresabschlussstatistik** liefert für die kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen die für die Darstellung der Finanzen des Öffentlichen Bereichs zentralen Kennziffern (Tabellen 9.4.1 und 9.4.2). Erhoben werden Angaben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagenachweises sowie zur Verwendung des Jahresergebnisses.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPSatG).

■ Steuern

Bei den Steuerstatistiken ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die **kassenmäßigen Steuereinnahmen**, den jährlichen **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** (Vorankündigungen und Veranlagungen) und den laufenden Angaben über die **Verbrauchssteuern**.

Rechtsgrundlage der Steuerstatistiken ist das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG, Art. 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.11.1995, BGBl. I S. 1250) in seiner jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565) in seiner jeweils geltenden Fassung.

Die **Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen** (Tabelle 9.5) bildet die vierteljährlich und jährlich bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten ab. Neben dem Steueraufkommen sind auch die Steueranteile enthalten, die nach den Verteilungsvorgängen den Gebietskörperschaften verbleiben, sowie die Finanzanteile für die Europäische Union.

Die kommunalen Körperschaften bestimmen autonom **Hebesätze** (Abbildung S. 279). Sie dienen der Festsetzung der Steuern, die die Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (**Grundsteuer A**), für sonstige Grundstücke (**Grundsteuer B**) bzw. als Gewerbetreibende (**Gewerbesteuer**) zu entrichten haben. Daher ist das Istaufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer durch den Einfluss der Hebesätze als bundesweiter Vergleichsmaßstab ungeeignet. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Realsteuervergleich ermöglicht eine Vergleichbarkeit (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen).

Methodik

Die **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** werden jährlich durchgeführt. Sie betreffen die Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die Gewerbesteuerstatistik und die Umsatzsteuerstatistiken (Vor Anmeldungen und Veranlagungen). Grundlage für die Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen sind die aus dem Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Daher kann von einer sehr hohen Genauigkeit dieser Statistiken ausgegangen werden. Die Aktualität ist jedoch eingeschränkt. Gründe hierfür sind die lange Veranlagungsdauer, die anspruchsvolle Aufbereitung und die großen Datenmengen. Aufgrund periodenfremder Erstattungen oder Vorauszahlungen weicht das Steueraufkommen, das in den Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen nachgewiesen wird, von den auf das Kalenderjahr bezogenen kassenmäßigen Steuereinnahmen (Tabelle 9.5) ab.

Die **Einkommensteuerstatistik** (Tabellen 9.6.1 bis 9.6.3) enthält die Steuerpflichtigen mit Angaben über die Einkünfte, das Einkommen, die Einkommensteuer sowie Steuervergünstigungen der natürlichen Personen. Dazu zählen auch die Einkommensverhältnisse ausgewählter freier Berufe. Das Wohnsitzfinanzamt verschlüsselt die Art der freiberuflichen Tätigkeit anhand der von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben zum ausgeübten Beruf. Über die Einkommensteuerstatistik sind auch Angaben über die **Personengesellschaften und Gemeinschaften** (Tabelle 9.8) möglich, für die eine besondere Feststellung der Einkünfte erfolgt. Mit entsprechenden Angaben gehen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen in die **Körperschaftsteuerstatistik** (Tabelle 9.7) ein.

Die **Gewerbesteuerstatistik** (Tabelle 9.9) weist die Bemessungsgrundlagen für den Gewerbeertrag nach. Aus diesen Bemessungsgrundlagen leitet sich der Steuermessbetrag ab. Die Erhebung der Gewerbesteuer mittels Hebesatz durch die Gemeinden bildet die Gewerbesteuerstatistik nicht ab. Angaben zu den Gewerbesteuerhebesätzen liegen jedoch im Rahmen des Realsteuervergleichs vor oder können der Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ entnommen werden.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** (Tabellen 9.10.1 und 9.10.2) gibt einen Überblick über alle steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde.

In der **Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** werden die Unternehmen erfasst, die zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet sind (Tabelle 9.11). Somit werden auch – im Gegensatz zur Umsatzsteuerstatistik (Vor Anmeldungen) – Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro abgebildet. Aufgrund der geltenden Abgabefristen für die Umsatzsteuererklärung, liegen die Daten der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) im Vergleich zu den Daten der Umsatzsteuerstatistik (Vor Anmeldungen) erst später vor. Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und verbleibende Umsatzsteuer, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig, in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform.

Die **Umsatzsteuerstatistik (Vor Anmeldungen)** bildet die Angaben der Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro ab, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind (Tabellen 9.12.1 und 9.12.2). Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und Umsatzsteuer-Vorauszahlung, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig (Tabelle 9.12.2), in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform (Tabelle 9.12.1).

Aus den **Verbrauchsteuerstatistiken** (Tabelle 9.13) gehen unter anderem die Verbrauchsteuer-Belastung und die versteuerten Mengen bestimmter Genussmittel (Bier, Schaumwein, Branntwein, Tabakwaren) sowie von Energieerzeugnissen hervor. Die Steuer bemisst sich bei den Tabakwaren nach Menge und Kleinverkaufspreis, bei den übrigen verbrauchsteuerpflichtigen Waren nach der abgesetzten Menge der Erzeugnisse. Die Periodizität ist bei den einzelnen Verbrauchsteuerstatistiken unterschiedlich, aber in allen Fällen sind Jahresangaben verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die der Finanzierung von eigenen Investitionen und denen anderer Träger dienen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreneinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts | Sie sind nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. Die Gliederung basiert auf der Systematik der kameralen staatlichen und kommunalen Haushalte.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen | Summe der Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Besondere Finanzierungsvorgänge | Nicht saldenrelevante Ausgaben und Einnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anlagenachweis, Ergebnisverwendung | Ausgewählte Angaben aus den Jahresabschlüssen der kaufmännisch buchenden öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Inhaltlich entsprechen diese Positionen der Mindestgliederung, die durch HGB, für große Kapitalgesellschaften vorgegeben ist. Es werden auch Positionen spezialrechtlicher Vorschriften erhoben (z.B. Eigenbetriebsrecht, Krankenhaus-/Pflegebuchführungsverordnung).

Braustätte | Wird durch die Herstellungsgeräte und die sie umschließenden Räume gebildet und somit nicht als wirtschaftliche, sondern als technische und räumliche Betriebseinheit verstanden. Dargestellt werden die tatsächlich betriebenen Braustätten, die auch als Herstellungs-, Brauereibetrieb oder Brauerei bezeichnet werden.

Bundessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 GG dem Bund zusteht. Die Bundessteuern umfassen z. B. die Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (u. a. Energie-, Strom-, Tabak-, Kaffee-, Schaumweinsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer (seit 1.7.2009, davor Landessteuer) und die Versicherungssteuer.

Einkommen | Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Altersvorsorgebeiträge, Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke und Verlustabzug.

Erbanfall | Mit dem Tode (Erbfall) einer Person (Erblasserin bzw. Erblasser) geht deren Vermögen (Nachlass oder Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere Personen (Erbinnen und Erben) über (§ 1922 BGB).

Erbschaftsteuer bzw. Schenkungsteuer | Der Steuer unterliegen die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen sowie das Vermögen bestimmter Stiftungen in Zeitabständen von 30 Jahren (§ 1 ErbStG).

Erwerbe vor/nach Abzug | Erwerbe vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen, Steuerbegünstigungen und Freibeträgen (außer persönlicher Freibetrag nach § 16 ErbStG) usw.

Eventualverbindlichkeiten | Darunter fallen Bürgschaften und Gewährleistungen der öffentlichen Haushalte, die lediglich die übernommenen Haftungssummen enthalten. Obligatorisch kraft Gesetz übertragene Bürgschaften bleiben unberücksichtigt.

Extrahaushalte | Alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Finanzierungssaldo | Der Finanzierungssaldo des Öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik ist der Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen. Dieser weicht von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Finanzierungssaldo des Staates aufgrund methodischer Unterschiede ab.

Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts | Nachgewiesen wird das Finanzvermögen entsprechend dem Schuldnerprinzip beim nicht öffentlichen Bereich. Dazu zählen Wertpapiere und Ausleihungen jeweils bei Kreditinstituten, beim sonstigen inländischen Bereich oder beim sonstigen ausländischen Bereich sowie Bargeld und Einlagen und alle sonstigen Forderungen.

Freiberuflich Tätige | Einkommensteuerpflichtige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit. Damit sind wissenschaftliche, künstlerische, erzieherische oder schriftstellerische Tätigkeiten gemeint, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen. Zu den Freien Berufen zählen beispielsweise Ärztinnen und Ärzte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Steuerberaterinnen und Steuerberater, Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher.

Gemeindesteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG den Gemeinden/Gemeindeverbänden zusteht. Dazu gehören die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

Gemeinschaftsteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht. Sie umfassen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungsteuer und Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die Steuern vom Einkommen) sowie Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte | Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert u. a. um den Altersentlastungsbetrag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. In der Körperschaftsteuer ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der Einkünfte vermindert um den Freibetrag für Land- und Forstwirten bzw. -wirte und abziehbare Spenden und Beiträge sowie im Falle der Organschaft korrigiert um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaft.

Gesellschafter/Beteiligter | Eine Personengesellschaft/Gemeinschaft entsteht, wenn sich mindestens zwei natürliche und/oder juristische Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes zusammenschließen. Die natürlichen und/oder juristischen Personen werden als Gesellschafter oder Mitunternehmer bezeichnet. Der Begriff „Beteiligter“ ist diesen Begriffen gleichzusetzen. Im Gegensatz zur Kapitalgesellschaft haften die Gesellschafter einer Personengesellschaft unbeschränkt, das heißt sowohl mit dem Gesellschaftsvermögen als auch mit ihrem Privatvermögen soweit nicht einzelne Gesellschafter mit ihrer Haftung beschränkt sind (z. B. Kommanditisten einer KG).

Gewerbebetrieb | Das ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (§ 15 EStG). Die Betätigung darf weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbstständige Arbeit anzusehen sein. Ein Gewerbebetrieb liegt auch dann vor, wenn die Gewinnerzielungsabsicht nur ein Nebenzweck ist und seine Voraussetzungen im Übrigen gegeben sind.

Gewerbeertrag | Gewinn aus Gewerbebetrieb, modifiziert um eine Reihe von Hinzu- und Kürzungen gemäß Gewerbesteuergesetz.

Gewinnfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Haushaltstechnische Verrechnungen | Interne Verrechnungen, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden.

Hebesatz | Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Messbeträge der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) angewandt wird (sog. Hebesatzanspannung) und der für die einzelnen Realsteuerarten in aller Regel unterschiedlich hoch ist. Für einen Vergleich von Gemeindegruppen (z.B. eines Bundeslandes) nutzt man den gewogenen Durchschnittshebesatz. Er wird nach der Formel $\sum \text{Istaufkommen} \times 100 / \sum \text{Grundbeträge}$ berechnet, wobei $\text{Grundbetrag} = \text{Istaufkommen} \times 100 / \text{Hebesatz}$.

Innergemeinschaftliche Erwerbe | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Ein innergemeinschaftlicher Erwerb liegt vor, wenn die Lieferung aus dem Gemeinschaftsgebiet der EU erfolgt. Die Lieferung muss von einem Unternehmer durch sein Unternehmen gegen Entgelt erfolgen. Die erworbene Lieferung unterliegt dann der Umsatzsteuer. Der innergemeinschaftliche Erwerb ist in § 1a UStG geregelt.

Kassenkredite (bzw. Kassenverstärkungskredite) | Kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

Kernhaushalte | Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung (in der jährlichen Schulden- und Finanzvermögenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010, in der vierteljährlichen Kassenstatistik und vierteljährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2011).

Körperschaftsteuer | Eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen (insbesondere Kapitalgesellschaften, z. B. AG und GmbH), andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen, das die Körperschaft innerhalb des Kalenderjahres bezogen hat.

Körperschaftsteuerpflichtige | Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen nach den §§ 1 und 2 KStG.

Landessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 2 GG den Ländern zusteht. Die Landessteuern umfassen die Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterie-, Feuerschutz- und Biersteuer.

Lieferungen und Leistungen (Umsätze) | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Umsätze im Sinne der Umsatzsteuerstatistiken (Voranmeldungen und Veranlagungen) sind Lieferungen, sonstige Leistungen (Ausgangsumsätze) und der Eigenverbrauch der Unternehmen, abgekürzt „Lieferungen und Leistungen“. Die Lieferungen und Leistungen werden nach dem Entgelt bemessen. Entgelt ist alles, was der Leistungsempfänger aufwendet, um die Leistung zu erhalten, jedoch abzüglich der Umsatzsteuer. Verbrauch- und Verkehrssteuern, öffentliche Gebühren und Abgaben sind Teil des Entgelts.

Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer | Im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG ist Mitunternehmerin bzw. Mitunternehmer, wer als zivilrechtliche Gesellschafterin bzw. als zivilrechtlicher Gesellschafter einer Personengesellschaft unternehmerisches Risiko trägt und unternehmerische Initiative entfalten kann.

Nachlassgegenstände | Das Guthaben/Vermögen, das die Erblasserin oder der Erblasser hinterlässt. Nachlassgegenstände sind land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen sowie das übrige Vermögen (z. B. Kapitalforderungen, Wertpapiere, Bankguthaben, Versicherungen, Renten, Bargeld, Hausrat usw.).

Nachlassverbindlichkeiten | Erwerbslasten, die den Erwerb aus der Sicht der steuerpflichtigen Person schmälern. Dies sind z. B. Hypotheken, Steuerschulden, Verbindlichkeiten, Erbfallkosten und Schulden, die mit dem erworbenen Vermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Negative Einkünfte | Ausgaben und Abzüge überwiegen die Einnahmen, so dass sich für die Einkünfte ein negativer Wert ergibt.

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen | Sie entstehen durch Aufgabenauslagerungen, Neugründung oder Beteiligungserwerb. Es sind Einheiten, deren Eigner mehrheitlich – unmittelbar oder mittelbar – die Kernhaushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherung) sind.

Öffentlicher Gesamthaushalt | Er umfasst

- in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in der jährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.

Personengesellschaften/Gemeinschaften | Gesellschaften/Gemeinschaften, die selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten sind. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Positive Einkünfte | Einkünfte, die größer bzw. gleich Null sind.

Reinerwerb | Anteiliger Reinnachlass je Erwerberin bzw. Erwerber.

Reinnachlass | Nachlassgegenstände abzüglich Nachlassverbindlichkeiten.

Schulden beim nicht öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- bei Kreditinstituten,
- beim sonstigen inländischen Bereich sowie
- beim sonstigen ausländischen Bereich.

Der ausgewiesene **nationale Schuldenstand** entspricht ab dem Berichtsjahr 2010 der Summe der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich des Öffentlichen Gesamthaushalts. Bis zum Berichtsjahr 2009 basierte der nationale Schuldenstand auf den Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite. Aufgrund dieser methodischen Umstellung und der Berichtskreiserweiterung zum Berichtsjahr 2010 ist ein Vergleich des Schuldenstandes zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Schulden beim öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- beim Bund,
- bei den Ländern,
- bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden,
- bei den Zweckverbänden,
- bei der Sozialversicherung,
- bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie
- bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen.

Zu beachten ist, dass die Schulden beim öffentlichen Bereich unkonsolidiert ausgewiesen werden.

Sonstiger Erwerb | Erwerb durch Vermächtnisse, Verträge zugunsten Dritter, geltend gemachte Pflichtteilsansprüche usw.

Steuerbarer Umsatz | Gem. § 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umfasst der steuerbare Umsatz

- die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,
- die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandgebiet in das Inland (= Einfuhrumsatzsteuer, nicht Bestandteil der Umsatzsteuerstatistiken) und
- die innergemeinschaftlichen Erwerbe im Inland gegen Entgelt.

Steuermessbetrag nach dem Gewerbeertrag | Abgerundeter Gewerbeertrag, nach Anwendung einer bundeseinheitlichen sogenannten Steuermesszahl von 3,5 %. Bei natürlichen Personen/Personengesellschaften gilt vorab ein Freibetrag von 24 500 Euro. Für bestimmte Körperschaften gilt ein Freibetrag von 5 000 Euro.

Steuerpflichtiger Erwerb | Gemäß § 10 ErbStG die Bereicherung der Erwerberin oder des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist.

Summe der Einkünfte | Bei Personengesellschaften und Gemeinschaften ist dies die Addition aus den Einkunftsarten: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Sonstige Einkünfte. In der Einkommensteuerstatistik werden zudem die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit berücksichtigt.

Umsatzsteuerpflichtige | Im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG ist ein Unternehmer umsatzsteuerpflichtig, wenn er eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Das Unternehmen umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt oder eine Personenvereinigung nur ihren Mitgliedern gegenüber tätig wird. Der Kreis der in der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erfassten Steuerpflichtigen umfasst die Unternehmen, die im Statistikjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben, mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro. Nicht erfasst sind Jahreszahler (Unternehmer, die keine Voranmeldung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgeben müssen) und Unternehmer mit jährlichen Umsätzen unter 17 501 Euro. Die Abbildung der Unternehmen, die im Statistikjahr nach § 2 Abs. 1 UStG eine Umsatzsteuererklärung abgegeben haben (darunter fallen auch die Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro), erfolgt in der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht | Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz im Inland haben. Der Steuer unterliegen in diesem Fall sowohl das inländische als auch das ausländische Einkommen oder Vermögen. Beschränkte Steuerpflicht liegt vor, wenn der gewöhnliche Aufenthalt und der Wohnsitz der/des Steuerpflichtigen (bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch der Erblasserin bzw. des Erblassers oder der Schenkerin bzw. des Schenkers) bzw. der Sitz einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse nicht im Inland liegen. Zu versteuern ist hier nur das inländische Einkommen oder Vermögen. Zusammenveranlagte Ehegatten gelten als ein Steuerpflichtiger.

Verbrauchssteuern | Verbrauchssteuern werden auf ausgewählte Waren erhoben, die im Inland zum Ver- oder Gebrauch in den Wirtschaftskreislauf treten. Steuergegenstand ist das verbrauchsfähige Gut. Dazu zählen: Alkohols, Bier, Branntwein, Energie, Kaffee, Schaumwein, Strom, Tabak und Zwischenerzeugnisse.

Verlustfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Vorerwerb | Dem Erbfall vorangegangene Schenkung von der Erblasserin oder dem Erblasser an die Erwerberin oder den Erwerber.

Wirtschaftszweig | Die Wirtschaftszweigklassifikation dient der Zuordnung der Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Grundsätzlich wird ein Unternehmen einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Maßgebend für die Zuordnung ist dabei die Haupttätigkeit des Unternehmens. Mit dem Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Steuerstatistiken der Umstieg von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Zu versteuerndes Einkommen | In der Körperschaftsteuerstatistik das Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 1 KStG, vermindert um die Freibeträge der §§ 24 und 25 KStG. In der Einkommensteuerstatistik wird das Einkommen um Kinderfreibeträge und den Härteausgleich gem. § 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV gemindert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Finanzen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 71, Daten zu *Steuern* unter Code 73

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Öffentliche Finanzen

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.1	Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte
Reihe 3.3	Rechnungsergebnisse der kommunalen Kern- und Extrahaushalte
Reihe 3.3.1	Rechnungsergebnisse der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände
Reihe 5	Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 5.1	Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 5.2	Vorläufiger Schuldenstand des Öffentlichen Gesamthaushalts

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11	Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 7/11	Die gesetzliche Sozialversicherung in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 11/11	Integration in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 5/14	Jahresabschlussstatistik öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 10/14	Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2013
Heft 12/14	Finanzvermögen des Öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2013

■ Steuern

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt
Reihe 7.1	Lohn- und Einkommensteuer
Reihe 7.1.1	Jährliche Einkommensteuer
Reihe 7.2	Körperschaftsteuer
Reihe 8.1	Umsatzsteuer (Vorankündigungen)
Reihe 8.2	Umsatzsteuer (Veranlagungen)
Reihe 9.1	Tabaksteuer
Reihe 9.2	Biersteuer
Reihe 9.3	Energiesteuer
Reihe 9.5	Schaumweinsteuer
Reihe 9.6	Luftverkehrssteuer
Reihe 9.7	Stromsteuer
Reihe 10.1	Realsteuervergleich
Reihe 10.2	Gewerbesteuer

Fachberichte

Jährliche Körperschaftsteuerstatistik (2012)
Staatliche Förderung der Riesterrente (2010)
Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften (2012)
Erbschaft- und Schenkungsteuer (2015)
Verbrauchssteuern (2000 – 2016)
Branntweinsteuer (2016)

Mehr zum Thema

■ Steuern

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10	Statistische Auswertung der Riester-Förderung
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/10	Jährliche Körperschaftsteuerstatistik – Methodik und erste Ergebnisse
Heft 4/11	Die neue Umsatzsteuerstatistik nach Veranlagungen
Heft 11/11	Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission
Heft 8/12	Weiterentwicklung der Gewerbesteuerstatistik
Heft 10/13	Das Taxpayer-Panel 2001 – 2008
Heft 10/14	Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) 2012
Heft 11/14	Analyse der Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Veranlagungen 2009
Heft 1/17	Rentenbezugsmitteilungen als neue Datenquelle

IM FOKUS

22.9.2016	Erbschaftsteuer 2015: Betriebsvermögen in Höhe von 42,4 Milliarden Euro übertragen
16.2.2017	Steuererklärung: Durchschnittliche Rückerstattung lag bei 901 Euro

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Hebesätze der Realsteuern (auch in Form interaktiver Karten unter www.destatis.de abrufbar)
Steuern regional – Ergebnisse der Steuerstatistiken





10 Wahlen

In **18. Legislaturperiode** regiert eine **Koalition** aus **CDU/CSU** und **SPD** | Zusammen hatte sie **504 von insgesamt 631 Sitzen** im Bundestag | An Wahl zum 18. Deutschen Bundestag nahmen **71,5 %** der Wahlberechtigten teil | Im **Europäischen Parlament** ist Deutschland mit **96 Sitzen** vertreten | Stärkste deutsche Fraktion ist derzeit die **CDU/CSU** mit **34 Sitzen** | **48 %** der deutschen Wahlberechtigten **beteiligten** sich 2014 an Wahl zum Europäischen Parlament

Seite

295 **Auf einen Blick**

Tabellen

296 **Wahl zum Deutschen Bundestag**

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

300 **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland**

Deutsche Sitze im Europäischen Parlament | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

301 **Landtagswahlen**

Sitzverteilung in den Länderparlamenten | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

302 **Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmenzahl der Länder im Bundesrat**

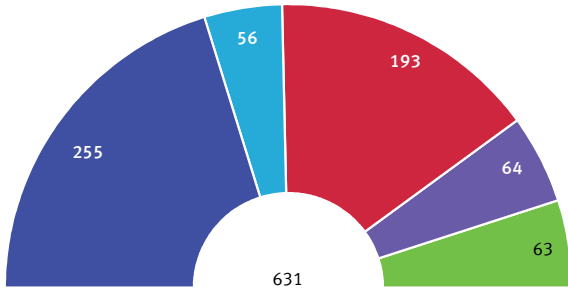
303 **Methodik**

304 **Glossar**

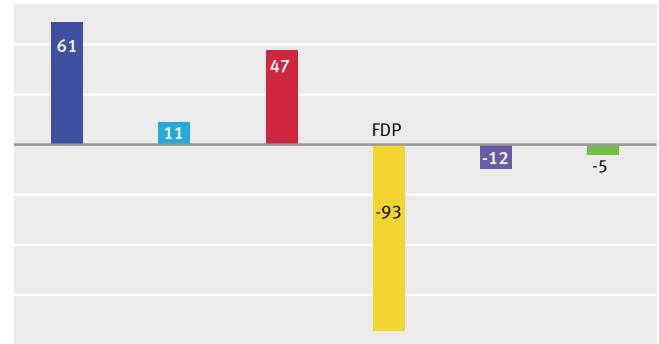
306 **Mehr zum Thema**

■ CDU ■ CSU ■ SPD ■ DIE LINKE ■ GRÜNE

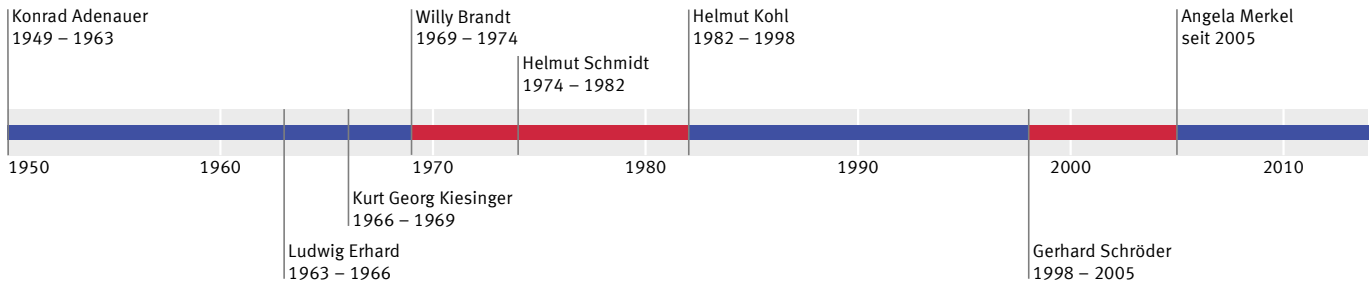
Sitzverteilung im 18. Deutschen Bundestag, Wahl am 22.9.2013



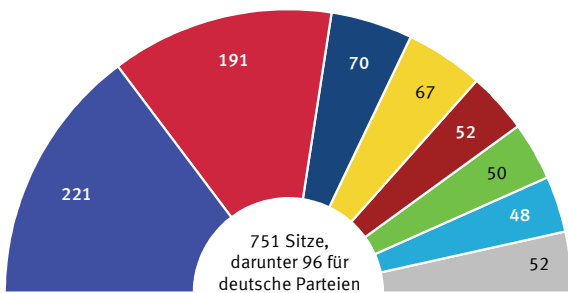
Gewinne und Verluste von Sitzen gegenüber der letzten Wahl



Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



Sitzverteilung im Europäischen Parlament, Wahl am 25.5.2014
Sitze der Fraktionen insgesamt und der deutschen Parteien



Fraktion

- EVP
- S&D
- EKR
- ALDE
- GUE/NGL
- Grüne/EFA
- EFDD
- Fraktionslose

Sitze (darunter Sitze für deutsche Parteien)

- 221 (29 CDU, 5 CSU)
- 191 (27 SPD)
- 70 (7 AfD, 1 FAMILIE)
- 67 (3 FDP, 1 FREIE WÄHLER)
- 52 (7 DIE LINKE, 1 Tierschutzpartei)
- 50 (11 GRÜNE, 1 PIRATEN, 1 ÖDP)
- 48 (Ohne Beteiligung einer deutschen Partei)
- 52 (1 Die PARTEI, 1 NPD)

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.1 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

	Sitze insgesamt	Davon entfielen auf					
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Bundestagswahl am 22.9.2013							
Deutschland	631	255	193	-	64	63	56
dar. Frauen	229	63	81	-	36	35	14
Baden-Württemberg	78	43	20	-	5	10	-
Bayern	91	-	22	-	4	9	56
Berlin	27	9	8	-	6	4	-
Brandenburg	20	9	5	-	5	1	-
Bremen	6	2	2	-	1	1	-
Hamburg	13	5	5	-	1	2	-
Hessen	45	21	16	-	3	5	-
Mecklenburg-Vorpommern ...	13	6	3	-	3	1	-
Niedersachsen	66	31	25	-	4	6	-
Nordrhein-Westfalen	138	63	52	-	10	13	-
Rheinland-Pfalz	31	16	10	-	2	3	-
Saarland	9	4	3	-	1	1	-
Sachsen	33	17	6	-	8	2	-
Sachsen-Anhalt	19	9	4	-	5	1	-
Schleswig-Holstein	24	11	9	-	1	3	-
Thüringen	18	9	3	-	5	1	-
Bundestagswahl am 27.9.2009							
Deutschland	622 ¹	194	146	93	76	68	45
dar. Frauen	204	42	56	23	40	37	6
Baden-Württemberg	84	37	15	15	6	11	-
Bayern	91	-	16	14	6	10	45
Berlin	23	6	5	3	5	4	-
Brandenburg	19	5	5	2	6	1	-
Bremen	6	1	2	1	1	1	-
Hamburg	13	4	4	2	1	2	-
Hessen	45	15	12	8	4	6	-
Mecklenburg-Vorpommern ...	14	6	2	1	4	1	-
Niedersachsen	62	21	19	9	6	7	-
Nordrhein-Westfalen	129	45	39	20	11	14	-
Rheinland-Pfalz	32	13	8	5	3	3	-
Saarland	10	4	2	1	2	1	-
Sachsen	35	16	5	4	8	2	-
Sachsen-Anhalt	17	5	3	2	6	1	-
Schleswig-Holstein	24	9	6	4	2	3	-
Thüringen	18	7	3	2	5	1	-

1 Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
	1 000	%						
Bundestagswahl am 22.9.2013								
Deutschland	61 946,9	71,5	41,5 ¹	25,7	4,8	8,6	8,4	10,9
Baden-Württemberg	7 689,9	74,3	45,7	20,6	6,2	4,8	11,0	11,7
Bayern	9 472,7	70,0	49,3	20,0	5,1	3,8	8,4	13,5
Berlin	2 505,7	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Brandenburg	2 065,9	68,4	34,8	23,1	2,5	22,4	4,7	12,4
Bremen	483,8	68,8	29,3	35,6	3,4	10,1	12,1	9,5
Hamburg	1 281,9	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
Hessen	4 413,3	73,2	39,2	28,8	5,6	6,0	9,9	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 350,7	65,3	42,5	17,8	2,2	21,5	4,3	11,6
Niedersachsen	6 117,5	73,4	41,1	33,1	4,2	5,0	8,8	7,8
Nordrhein-Westfalen	13 253,6	72,5	39,8	31,9	5,2	6,1	8,0	9,0
Rheinland-Pfalz	3 092,4	72,8	43,3	27,5	5,5	5,4	7,6	10,6
Saarland	796,1	72,5	37,8	31,0	3,8	10,0	5,7	11,7
Sachsen	3 406,4	69,5	42,6	14,6	3,1	20,0	4,9	14,8
Sachsen-Anhalt	1 930,9	62,1	41,2	18,2	2,6	23,9	4,0	10,0
Schleswig-Holstein	2 251,8	73,1	39,2	31,5	5,6	5,2	9,4	9,0
Thüringen	1 834,3	68,2	38,8	16,1	2,6	23,4	4,9	14,2
Bundestagswahl am 27.9.2009								
Deutschland	62 168,5	70,8	33,8 ¹²	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
Baden-Württemberg	7 633,8	72,4	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	9 382,6	71,6	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	2 471,7	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	2 128,7	67,0	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	488,0	70,3	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 256,6	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	4 398,9	73,8	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 400,3	63,0	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	6 112,1	73,3	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	13 288,3	71,4	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	3 103,9	72,0	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	808,6	73,7	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	3 518,2	65,0	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	2 028,6	60,5	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	2 234,7	73,6	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 913,6	65,2	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7

1 CDU: 34,1%, CSU: 7,4%.

2 CDU: 27,3%, CSU: 6,5%.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte 1 000	Wahl- beteiligung ¹ %	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
			1 000	1 000	%						
Bundestagswahl am 22.9.2013											
Insgesamt											
Insgesamt	61 947	72,4	44 310	43 727	34,1	25,7	4,8	8,6	8,4	7,4	10,9
18 – 25	5 380	61,8	3 234	3 203	25,1	24,5	4,9	7,4	11,9	6,5	19,7
25 – 35	8 696	63,9	5 427	5 373	29,6	21,9	4,7	8,6	10,7	6,9	17,5
35 – 45	8 699	70,7	6 129	6 071	32,9	21,7	4,9	8,0	11,2	7,5	13,7
45 – 60	17 841	75,2	13 323	13 177	31,4	26,3	4,4	9,8	10,4	6,9	10,9
60 – 70	8 504	79,8	6 461	6 377	35,1	28,4	4,9	10,1	5,8	8,0	7,8
70 und mehr	12 827	74,8	9 736	9 526	43,6	28,3	5,2	6,7	3,3	8,3	4,6
Männer											
18 – 25	2 731	61,6	1 657	1 642	23,4	25,2	5,7	7,3	8,7	6,3	23,3
25 – 35	4 408	63,0	2 711	2 684	27,6	22,1	5,4	8,7	8,6	6,8	20,8
35 – 45	4 395	69,6	3 041	3 014	31,0	22,1	5,6	8,3	9,5	7,4	16,2
45 – 60	8 933	74,7	6 647	6 580	29,6	27,2	5,0	10,1	9,0	6,8	12,3
60 – 70	4 108	79,9	3 133	3 095	31,7	29,7	5,6	11,1	5,3	7,5	9,1
70 und mehr	5 284	79,9	4 290	4 210	39,9	29,8	5,9	7,7	3,0	8,0	5,7
Zusammen	29 859	72,7	21 479	21 225	31,4	26,6	5,5	9,1	7,3	7,2	13,0
Frauen											
18 – 25	2 649	62,0	1 577	1 561	27,0	23,8	4,0	7,5	15,3	6,7	15,8
25 – 35	4 288	64,9	2 717	2 690	31,7	21,8	4,1	8,5	12,8	7,0	14,2
35 – 45	4 304	71,8	3 088	3 057	34,9	21,4	4,1	7,8	12,9	7,7	11,2
45 – 60	8 908	75,7	6 676	6 597	33,2	25,3	3,7	9,4	11,8	6,9	9,6
60 – 70	4 396	79,7	3 328	3 281	38,3	27,2	4,2	9,0	6,3	8,4	6,5
70 und mehr	7 542	71,3	5 446	5 315	46,5	27,1	4,6	5,9	3,6	8,6	3,8
Zusammen	32 088	72,1	22 831	22 502	36,7	25,0	4,1	8,1	9,6	7,6	9,0

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.4 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

	Bevölkerung am 30.9.2013 ¹	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Anzahl			%						
Bundestagswahl am 22.9.2013									
Berlin	3 407 614	2 505 718	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Hamburg	1 748 788	1 281 918	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
München	1 402 455	917 148	71,2	37,8	23,9	7,7	4,6	14,1	11,9
Köln	1 028 952	722 435	72,5	33,0	29,8	6,0	8,1	14,1	9,0
Frankfurt am Main	698 570	414 972	70,7	33,7	26,6	7,0	8,5	14,4	9,8
Stuttgart	602 811	374 255	76,7	38,3	21,9	7,5	6,4	15,8	10,0
Düsseldorf	597 808	415 139	73,3	38,8	28,2	7,6	7,0	9,6	8,8
Dortmund	574 671	420 647	68,1	29,0	39,5	4,0	7,8	9,6	10,1
Essen	568 706	428 928	71,3	32,9	37,3	4,6	7,1	8,2	9,9
Bremen	547 157	400 633	69,9	29,1	34,9	3,5	10,3	12,8	9,4
Leipzig	526 909	430 321	67,9	34,6	18,7	3,0	21,9	9,2	12,6
Dresden	527 340	430 136	74,1	38,6	14,9	3,1	18,7	9,1	15,5
Hannover	517 201	374 279	72,4	31,6	35,1	4,5	7,2	13,9	7,7
Nürnberg	497 843	348 914	66,9	37,1	27,7	4,9	6,6	10,9	12,8
Duisburg	486 172	337 326	67,4	28,4	40,9	3,1	8,3	6,1	13,1
Bochum	361 186	279 860	72,3	29,8	39,7	3,6	8,0	9,2	9,7
Wuppertal	343 229	246 429	69,6	33,9	32,1	5,8	8,3	9,9	10,1
Bielefeld	328 502	238 358	72,5	35,2	32,7	4,0	8,5	11,6	8,1
Bonn	310 646	226 487	77,3	36,3	25,9	8,3	6,3	13,7	9,5
Karlsruhe	298 542	205 735	72,9	37,5	22,7	6,0	6,0	15,0	12,7
Münster	297 401	227 762	79,1	37,8	27,2	6,8	6,3	15,2	6,8
Mannheim	297 098	198 525	69,4	35,1	27,5	5,5	7,5	11,1	13,3
Augsburg	275 207	187 230	63,7	42,8	22,6	4,6	5,8	11,0	13,3
Wiesbaden	273 778	189 698	69,8	38,7	27,8	6,8	5,9	11,7	9,1
Gelsenkirchen	257 595	181 476	65,3	27,7	44,0	3,0	7,6	5,5	12,2
Mönchengladbach	255 407	192 676	66,2	43,7	28,1	5,9	6,4	6,2	9,7

Gemeinden mit 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr.

1 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.1 Deutsche Sitze im Europäischen Parlament

	Sitze insgesamt	Verteilung auf die Parteien						
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Europawahl am 25.5.2014								
Deutschland	96	29	27	11	3	7	5	14 ¹
dar. Frauen	35	5	13	6	1	4	2	4 ²
Europawahl am 7.6.2009								
Deutschland	99	34	23	14	12	8	8	-
dar. Frauen	37	8	10	7	5	4	3	-

1 AfD 7 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER, Tierschutzpartei, FAMILIE, PIRATEN, ÖDP, NPD und Die Partei.

2 AfD 2 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER und PIRATEN.

10.2.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern am 25.5.2014

	Wahlberechtigte	Wähler/-innen bzw. Wahlbeteiligung	Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig	gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Anzahl											
Deutschland	61 998 824	29 843 798	488 706	29 355 092	8 812 653	8 003 628	3 139 274	986 841	2 168 455	1 567 448	4 676 793
Baden-Württemberg	7 713 126	4 015 264	89 490	3 925 774	1 542 244	902 720	517 842	161 669	142 360	-	658 939
Bayern	9 503 690	3 886 041	14 589	3 871 452	-	779 399	466 916	118 364	113 914	1 567 448	825 411
Berlin	2 519 758	1 177 832	18 166	1 159 666	232 274	278 694	220 998	31 953	188 344	-	207 403
Brandenburg	2 060 156	961 109	26 563	934 546	233 468	251 482	57 057	20 051	183 727	-	188 761
Bremen	483 728	195 029	1 466	193 563	43 353	66 536	33 997	6 301	18 499	-	24 877
Hamburg	1 283 323	558 277	5 406	552 871	135 780	186 638	95 169	20 513	47 630	-	67 141
Hessen	4 422 994	1 867 868	24 314	1 843 554	564 294	558 541	238 657	74 773	103 573	-	303 716
Mecklenburg-Vorpommern	1 344 770	629 039	21 086	607 953	210 268	129 112	30 780	11 464	119 198	-	107 131
Niedersachsen	6 126 291	3 006 852	28 617	2 978 235	1 174 739	967 811	324 221	75 347	118 385	-	317 732
Nordrhein-Westfalen	13 265 031	6 941 739	95 723	6 846 016	2 439 979	2 307 234	688 410	274 991	322 197	-	813 205
Rheinland-Pfalz	3 093 894	1 763 166	41 702	1 721 464	661 339	529 232	139 047	63 988	62 977	-	264 881
Saarland	793 193	429 269	13 695	415 574	145 182	143 009	24 762	9 281	27 630	-	65 710
Sachsen	3 392 983	1 669 244	47 487	1 621 757	559 899	252 388	97 256	41 589	296 853	-	373 772
Sachsen-Anhalt	1 916 865	824 614	26 609	798 005	245 010	173 082	38 485	21 007	174 103	-	146 318
Schleswig-Holstein	2 257 089	978 082	7 697	970 385	334 121	309 934	120 245	36 394	43 302	-	126 389
Thüringen	1 821 933	940 373	26 096	914 277	290 703	167 816	45 432	19 156	205 763	-	185 407
%											
Deutschland	X	48,1	1,6	98,4	30,0	27,3	10,7	3,4	7,4	5,3	15,9
Baden-Württemberg	X	52,1	2,2	97,8	39,3	23,0	13,2	4,1	3,6	-	16,8
Bayern	X	40,9	0,4	99,6	-	20,1	12,1	3,1	2,9	40,5	21,3
Berlin	X	46,7	1,5	98,5	20,0	24,0	19,1	2,8	16,2	-	17,9
Brandenburg	X	46,7	2,8	97,2	25,0	26,9	6,1	2,1	19,7	-	20,2
Bremen	X	40,3	0,8	99,2	22,4	34,4	17,6	3,3	9,6	-	12,9
Hamburg	X	43,5	1,0	99,0	24,6	33,8	17,2	3,7	8,6	-	12,1
Hessen	X	42,2	1,3	98,7	30,6	30,3	12,9	4,1	5,6	-	16,5
Mecklenburg-Vorpommern	X	46,8	3,4	96,6	34,6	21,2	5,1	1,9	19,6	-	17,6
Niedersachsen	X	49,1	1,0	99,0	39,4	32,5	10,9	2,5	4,0	-	10,7
Nordrhein-Westfalen	X	52,3	1,4	98,6	35,6	33,7	10,1	4,0	4,7	-	11,9
Rheinland-Pfalz	X	57,0	2,4	97,6	38,4	30,7	8,1	3,7	3,7	-	15,4
Saarland	X	54,1	3,2	96,8	34,9	34,4	6,0	2,2	6,6	-	15,8
Sachsen	X	49,2	2,8	97,2	34,5	15,6	6,0	2,6	18,3	-	23,0
Sachsen-Anhalt	X	43,0	3,2	96,8	30,7	21,7	4,8	2,6	21,8	-	18,3
Schleswig-Holstein	X	43,3	0,8	99,2	34,4	31,9	12,4	3,8	4,5	-	13,0
Thüringen	X	51,6	2,8	97,2	31,8	18,4	5,0	2,1	22,5	-	20,3

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
			1 000	%	1 000	%					
Europawahl am 25.5.2014											
Insgesamt											
Insgesamt	61 999	49,2	29 844	29 355	30,0	27,3	10,7	3,4	7,4	5,3	15,9
18 – 25	4 956	36,8	1 793	1 771	24,1	21,3	17,0	3,0	7,0	4,1	23,6
25 – 35	8 703	37,3	3 145	3 110	25,4	20,0	15,6	3,1	8,1	4,1	23,7
35 – 45	8 420	44,1	3 706	3 667	28,5	21,3	15,6	3,5	6,7	4,6	19,8
45 – 60	17 939	50,7	9 014	8 900	26,7	27,0	14,0	3,2	7,9	4,6	16,7
60 – 70	8 697	58,2	4 953	4 870	29,4	32,3	6,9	3,5	8,5	5,8	13,6
70 und mehr	13 284	56,8	7 233	7 038	39,1	31,9	2,9	3,6	6,0	7,2	9,2
Männer											
18 – 25	2 538	37,0	927	916	23,8	21,2	12,1	3,6	7,3	4,1	27,8
25 – 35	4 433	36,8	1 581	1 565	24,6	19,4	12,3	3,7	8,5	4,1	27,3
35 – 45	4 250	43,5	1 845	1 826	27,2	21,0	12,7	4,2	7,2	4,8	22,9
45 – 60	9 001	50,2	4 511	4 455	25,7	27,4	11,8	3,6	8,3	4,7	18,6
60 – 70	4 207	58,6	2 428	2 387	26,6	32,9	6,3	3,7	9,5	5,6	15,5
70 und mehr	5 516	61,8	3 289	3 201	35,7	32,9	2,6	3,9	6,9	7,2	10,9
Zusammen	29 946	49,5	14 582	14 350	28,0	27,5	9,0	3,8	8,0	5,3	18,4
Frauen											
18 – 25	2 418	36,7	866	855	24,4	21,3	22,1	2,3	6,7	4,0	19,1
25 – 35	4 270	37,9	1 564	1 545	26,2	20,7	19,0	2,5	7,7	4,0	20,0
35 – 45	4 170	44,8	1 861	1 841	29,8	21,6	18,4	2,9	6,2	4,5	16,7
45 – 60	8 939	51,2	4 502	4 445	27,6	26,6	16,1	2,8	7,6	4,5	14,8
60 – 70	4 490	57,8	2 525	2 484	32,0	31,8	7,6	3,3	7,6	6,0	11,8
70 und mehr	7 767	53,2	3 944	3 836	41,9	31,1	3,1	3,4	5,4	7,3	7,9
Zusammen	32 053	48,9	15 262	15 005	31,9	27,1	12,3	3,0	6,8	5,4	13,5

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.3 Landtagswahlen

10.3.1 Sitzverteilung in den Länderparlamenten

	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
Baden-Württemberg	13.3.2016	143	42	19	12	–	47	23 ¹²
Bayern	15.9.2013	180	101	42	–	–	18	19 ¹³
Berlin	18.9.2016	160	31	38	12	27	27	25 ¹²
Brandenburg	14.9.2014	88	21	30	–	17	6	14 ¹⁴
Bremen	10.5.2015	83	20	30	6	8	14	5 ¹⁵
Hamburg	15.2.2015	121	20	58	9	11	15	8 ¹²
Hessen	22.9.2013	110	47	37	6	6	14	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	4.9.2016	71	16	26	–	11	–	18 ¹²
Niedersachsen	20.1.2013	137	54	49	14	–	20	–
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	199	72	69	28	–	14	16 ¹²
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	101	35	39	7	–	6	14 ¹²
Saarland	26.3.2017	51	24	17	–	7	–	3 ¹²
Sachsen	31.8.2014	126	59	18	–	27	8	14 ¹²
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	87	30	11	–	16	5	25 ¹²
Schleswig-Holstein	7.5.2017	73	25	21	9	–	10	8 ¹⁶
Thüringen	14.9.2014	91	34	12	–	28	6	11 ¹²

Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg (GRÜNE).

2 Alternative für Deutschland (AfD).

3 FW FREIE WÄHLER Bayern e. V. (FW FREIE WÄHLER).

4 Alternative für Deutschland (AfD) 11 Sitze und Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ Freie Wähler (BVB/FREIE WÄHLER) 3 Sitze.

5 Alternative für Deutschland (AfD) 4 Sitze und Bürger in Wut (BIW) 1 Sitz.

6 Alternative für Deutschland (AfD) 5 Sitze und Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 3 Sitze.

10.3 Landtagswahlen

10.3.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

	Datum der Landtagswahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
		1 000	%						
Baden-Württemberg	13.3.2016	7 683,5	70,4	27,0	12,7	8,3	2,9	30,3	18,8
Bayern	15.9.2013	9 442,0	63,6	47,7	20,6	3,3	2,1	8,6	17,7
Berlin	18.9.2016	2 485,4	66,9	17,6	21,6	6,7	15,6	15,2	23,3
Brandenburg	14.9.2014	2 094,5	47,9	23,0	31,9	1,5	18,6	6,2	18,9
Bremen	10.5.2015	487,6	50,2	22,4	32,8	6,6	9,5	15,1	13,5
Hamburg	15.2.2015	1 299,4	56,5	15,9	45,6	7,4	8,5	12,3	10,3
Hessen	22.9.2013	4 392,2	73,2	38,3	30,7	5,0	5,2	11,1	9,6
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2016	1 328,3	61,9	19,0	30,6	3,0	13,2	4,8	29,4
Niedersachsen	20.1.2013	6 097,7	59,4	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	13 164,9	65,2	33,0	31,2	12,6	4,9	6,4	12,0
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	3 072,0	70,4	31,8	36,2	6,2	2,8	5,3	17,6
Saarland	26.3.2017	775,0	69,7	40,7	29,6	3,3	12,8	4,0	9,6
Sachsen	31.8.2014	3 376,6	49,1	39,4	12,4	3,8	18,9	5,7	19,8
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	1 877,6	61,1	29,8	10,6	4,9	16,3	5,2	33,2
Schleswig-Holstein	7.5.2017	2 318,0	64,2	32,0	27,3	11,5	3,8	12,9	12,6
Thüringen	14.9.2014	1 812,4	52,7	33,5	12,4	2,5	28,2	5,7	17,8

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg (GRÜNE).

10.4 Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Ministerpräsi- denten ¹	Parteizugehörigkeit der Minister/-innen ²						Stimmzahl im Bundesrat
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ³	Sonstige	
Bundesregierung	22.9.2013	CDU	9	6	–	–	–	–	X
Baden-Württemberg	13.3.2016	GRÜNE	5	–	–	–	5	–	6
Bayern	15.9.2013	CSU	11	–	–	–	–	–	6
Berlin	18.9.2016	SPD	–	4	–	3	2	1 ⁴	4
Brandenburg	14.9.2014	SPD	–	5	–	3	–	1 ⁴	4
Bremen	10.5.2015	SPD	–	4	–	–	3	–	3
Hamburg	15.2.2015	SPD	–	6	–	–	3	2 ⁴	3
Hessen	22.9.2013	CDU	8	–	–	–	2	–	5
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2016	SPD	3	5	–	–	–	–	3
Niedersachsen	20.1.2013	SPD	–	5	–	–	4	–	6
Nordrhein-Westfalen	14.5.2017	CDU	8	–	3	–	–	1 ⁴	6
Rheinland-Pfalz	13.3.2016	SPD	–	4	2	–	2	1 ⁴	4
Saarland	26.3.2017	CDU	3	3	–	–	–	–	3
Sachsen	31.8.2014	CDU	7	3	–	–	–	–	4
Sachsen-Anhalt	13.3.2016	CDU	5	2	–	–	1	–	4
Schleswig-Holstein	7.5.2017	CDU	3	–	2	–	2	–	4
Thüringen	14.9.2014	DIE LINKE	–	3	–	4	2	–	4

1 Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

2 In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

3 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg (GRÜNE).

4 Parteilos.

Methodik

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Ausübung des Wahlrechts, mit der Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in der Europäischen Union sowie in Bund, Land und Gemeinde entscheiden.

■ Wahl zum Deutschen Bundestag, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsgrundlage der Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023)), geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 27.4.2013 (BGBl. I S. 962). Für die Europa- und Bundestagswahlen sind danach allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis. Sie erfasst alle Wahlberechtigten, die Wählerinnen und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel dienen hier als Grundlage. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses in der Wahlnacht bekannt gegeben. Das endgültige amtliche Wahlergebnis liegt etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag vor. Auf Bundes- und Landesebene ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die repräsentative Wahlstatistik ergänzt die Ergebnisse.

Die **repräsentative Wahlstatistik** ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, der altersspezifischen Unterschiede und der Struktur der Wählerinnen und Wähler sowie Nichtwählerinnen und -wähler. Der Bundeswahlleiter trifft, im Einvernehmen mit den Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder, eine Auswahl der Stichprobenwahlbezirke. Dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip auf der Basis mathematischer Grundsätze unter strikter Wahrung des Wahlgeheimnisses. Auf der Grundlage von Wählerverzeichnissen und Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck werden Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler erfasst. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz 2002 wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz durchgeführt und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben. Mit Änderung des Gesetzes am 27.4.2013 wurde die Anzahl der Geburtsjahresgruppen für die Stimmabgabe von fünf auf sechs erhöht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien für die Bundestagswahlen in den Tabellen orientiert sich an dem Ergebnis der Zweitstimmen der jeweils letzten Bundestagswahl, für die Europawahlen an dem Ergebnis der jeweils letzten Europawahl.

Abgeordnete | Die von den Wahlberechtigten ins Parlament gewählten Personen. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Wählbar ist, wer am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher (bzw. bei Europawahlen Unionsbürger/-in) ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Näheres regeln das Grundgesetz (Artikel 38) sowie das Bundes- bzw. Europawahlgesetz. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt. Bei der Europawahl 2014 waren 96 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählen.

Bundesrat | Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Deutscher Bundestag | Er ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Als zentrales Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands hat er eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die Gesetzgebungsfunktion. Dies bedeutet, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreativitätsfunktion wählt er etwa die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten, der Bundesrichterrinnen und Bundesrichter und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus. Ferner kontrolliert er den Einsatz der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 22.9.2013.

Europäisches Parlament | Es ist das einzige, direkt vom Volk der Mitgliedstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Durch die Europawahl als demokratischer Akt können die Bürgerinnen und Bürger somit unmittelbar Einfluss auf die Unionspolitik nehmen. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, neben dem Rat (EU-Ministerrat) als Staatenkammer. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem für fünf Jahre gewählt. Die letzte Direktwahl der insgesamt 751 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 28 Mitgliedstaaten der EU vom 22. bis 25.5.2014 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 25.5.2014. Ein einheitliches Wahlgesetz auf EU-Ebene besteht nicht. Die Abgeordneten werden daher nach den verschiedenen nationalen Verfahren gewählt. Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU in fünfjährigem Turnus die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Landtage | Sie sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. In den Landtagswahlen wird ihre Zusammensetzung festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: In Berlin heißt der Landtag „Abgeordnetenhaus“, in Bremen und Hamburg „Bürgerschaft“. Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Parteien | Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Verfassungswidrig sind solche Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Parteien in einem besonderen Verfahren verbieten. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Rechtsgrundlage | *Bundestagswahl* | Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8.6.2017 (BGBl. I S. 1570), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 8.8.2017 (BGBl. I S. 1570).

Europawahl | In allen Mitgliedstaaten gelten grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts: Artikel 14 des Vertrages über die Europäische Union und Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassungen ABl 2012 Nr. C326/13 und C326/47), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 34-38), geändert durch Artikel 1 der Richtlinie 2013/1/EU des Rates vom 20.12.2012 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 27-29) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und -bürger. Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedstaat nach den innerstaatlichen Bestimmungen. Maßgebend in der Bundesrepublik Deutschland ist das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 7.10.2013 (BGBl. I S. 3749), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 16.12.2013 (BGBl. I S. 4335).

Sitzverteilung | *Bundestagswahl* | Für die Sitzverteilung wurde erstmals 2013 ein neues zweistufiges Sitzverteilungsverfahren eingesetzt. In der ersten Stufe werden in einem ersten Schritt für jedes Land anhand der dortigen deutschen Bevölkerung Sitzkontingente ermittelt. Hierbei ist die Bedingung einzuhalten, dass insgesamt 598 Sitze zu vergeben sind. Im zweiten Schritt erfolgt sodann eine vorläufige Verteilung der ermittelten Sitzkontingente im jeweiligen Land auf die Parteien anhand der Zahl der Zweitstimmen pro Partei. Als Ergebnis der ersten Stufe wird für jede Partei das Maximum aus den nach Sitzkontingenten errechneten Sitzen und den direkt gewonnenen Wahlkreissitzen gebildet. Diese Sitzzahl stellt die auf Bundesebene garantierte Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei dar. In der zweiten Stufe werden die jeder Partei nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen zustehenden Sitze auf Bundesebene ermittelt. Da hierbei die Bedingung gilt, dass die in der ersten Stufe jeweils garantierte Mindestsitzzahl zu erreichen ist, muss in der Regel die Gesamtsitzzahl von 598 erhöht werden. Alsdann erfolgt die Verteilung der so ermittelten Sitze der Parteien auf ihre Landeslisten wiederum nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen unter der Bedingung, dass ihre errungenen Direktmandate garantiert sind.

Seit der Bundestagswahl 2009 wird das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zur Berechnung eingesetzt. Durch die Sperrklausel sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Europawahl | Bei der Verteilung der Sitze zur Europawahl 2014 wurden erstmals alle Wahlvorschläge berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Anwendung einer Sperrklausel bei Europawahlen für nichtig erklärt. Zunächst werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder gelten dabei als verbunden und werden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden, wie auch erstmals bei der Europawahl 2009, nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdivisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Verhältnswahl | *Bundestagswahl* | Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer – mit der Personenwahl verbundenen – Verhältniswahl. Seit 1953 hat jede Wählerin bzw. jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der sogenannten Erststimme kann die Wählerin oder der Wähler nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten im Wahlkreis seines ersten Wohnsitzes wählen, mit der sogenannten Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Europawahl | Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Listenwahlvorschläge können für ein Bundesland aufgestellt werden oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Von den insgesamt 25 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der Europawahl 2014 nahmen 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land an der Wahl teil, 23 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder.

Wahlberechtigte | *Bundestagswahl* | Wahlberechtigt und wählbar sind nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wählbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren.

Europawahl | Alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sind wahlberechtigt. Auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union leben, sind unter bestimmten Voraussetzungen wahlberechtigt. In Deutschland lebende Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union können unter den gleichen Voraussetzungen wie Deutsche an der Wahl der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen.

Wahlkreise | Das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist für Bundestagswahlen in Wahlkreise eingeteilt. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlkreise gesetzlich auf 299 festgelegt.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags-, Europa- bzw. Landtagswahlen stehen zum Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Wahlen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 14

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wahl zum Deutschen Bundestag

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009
	Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 8/13	Grundlagen und Daten der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013
Heft 12/13	Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013
Heft 12/14	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Mehr zum Thema

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2009
	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014
Heft 1	Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2014

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/14	Europawahl 2014
Heft 7/14	Achte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014
Heft 12/14	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 – ein Vergleich





11 Justiz

2015 Anträge für rund **1,1 Millionen Zivilprozesse** neu bei Amtsgerichten eingereicht | **Einstellungsquote** staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren betrug **67 %** | In gerichtlichen Strafverfahren wurden rund **739 000** Personen **verurteilt** | **567 000** Verurteilte erhielten eine **Geldstrafe**, **107 000** eine **Freiheitsstrafe**, **11 000** eine **Jugendstrafe** | **69 %** der verhängten Freiheits- und Jugendstrafen wurden **zur Bewährung** ausgesetzt | Ende März 2016 saßen knapp **50 000 Strafgefangene** im Justizvollzug ein

Seite

311 **Auf einen Blick**

Tabellen

312 **Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften**

Bundesverfassungsgericht | Zivilgerichte | Familiengerichte | Staatsanwaltschaften |
Strafgerichte | Fachgerichte

315 **Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung**

Abgeurteilte und Verurteilte | Angewandtes Strafrecht | Entziehung der Fahrerlaubnis |
Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

318 **Justizvollzug**

Belegung und Belegungsfähigkeit in den Justizvollzugsanstalten | Strafgefangene

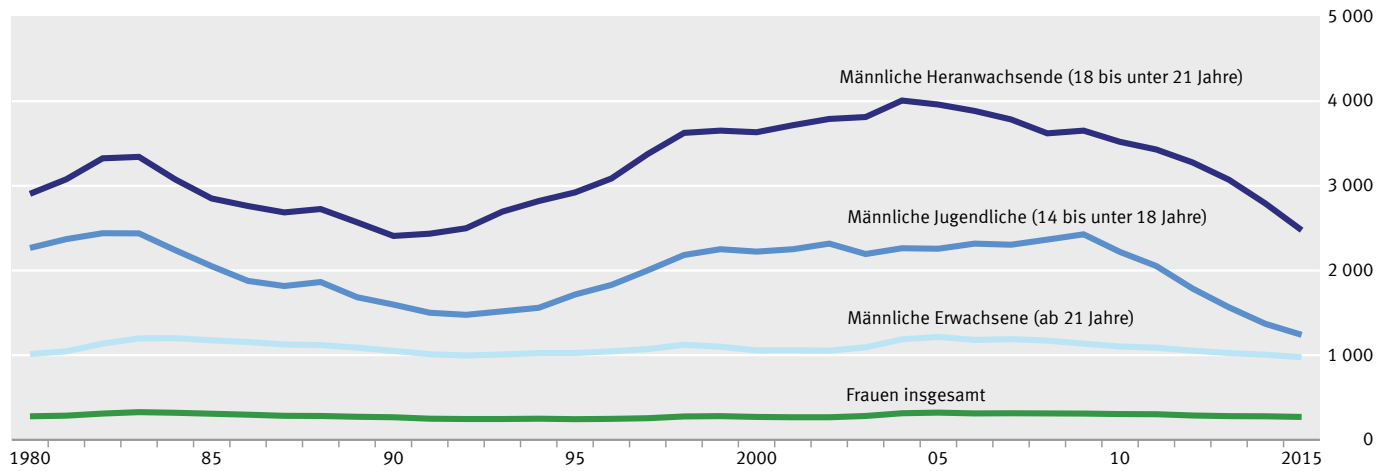
319 **Methodik**

320 **Glossar**

321 **Mehr zum Thema**

Verurteilte Deutsche

je 100 000 Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe ab 14 Jahren



Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Gesamt-Berlin; seit 2007 Deutschland. – Ohne Straßenverkehrsdelikte.

2017 - 01 - 0252

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.1 Bundesverfassungsgericht

	2014	2015	2016
Neuzugänge	6 811	5 891	5 754
Erledigte Verfahren	6 589	6 133	6 181
Verfassungsbeschwerden	6 400	5 739	5 986
Normenkontrollverfahren	37	14	19
Andere Verfahren	152	138	176
Erledigt durch			
Senatsentscheidungen	39	43	70
Kammerentscheidungen	6 169	5 755	5 775
darunter:			
Nichtannahme	6 062	5 660	5 692
Stattgabe	97	92	83
Andere Erledigungsart	381	335	336

Quelle: Bundesverfassungsgericht

Mit **Verfassungsbeschwerden** können Bürgerinnen und Bürger eine Verletzung ihrer Grundrechte geltend machen; in **Normenkontrollverfahren** wird in der Regel auf Antrag von Gerichten die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft.

Entscheidungen, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sind den **Senaten** vorbehalten. Die **Kammern** befinden vor allem darüber, ob eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung angenommen wird.

11.1.2 Zivilgerichte

	2013	2014	2015
Erstinstanzliche Verfahren			
Amtsgerichte¹			
Neuzugänge	1 138 419	1 107 028	1 093 454
Erledigte Verfahren	1 138 823	1 107 215	1 119 504
davon:			
Nachbarschaftssachen	8 320	8 605	8 447
Verkehrsunfallsachen	129 486	131 921	133 903
Wohnungsmietsachen	266 273	260 680	250 303
Kaufsachen	150 534	142 584	139 929
Andere Sachgebiete	584 210	563 425	586 922
Landgerichte			
Neuzugänge	358 792	332 044	330 035
Erledigte Verfahren	348 651	334 499	332 085
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	28 828	28 406	27 943
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	38 407	37 171	38 814
Verkehrsunfallsachen	21 398	21 748	22 978
Kaufsachen	24 523	24 024	24 074
Andere Sachgebiete	235 495	223 150	218 276
Rechtsmittelverfahren			
Landgerichte			
Neuzugänge	55 374	54 981	52 742
Erledigte Verfahren	55 716	55 386	52 932
davon:			
Nachbarschaftssachen	1 034	957	1 037
Verkehrsunfallsachen	9 635	9 411	9 063
Wohnungsmietsachen	11 295	11 100	10 687
Kaufsachen	3 584	3 787	3 575
Andere Sachgebiete	30 168	30 131	28 570
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	51 363	49 444	48 656
Erledigte Verfahren	51 460	49 790	48 492
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	4 330	4 304	4 319
Verkehrsunfallsachen	3 195	3 260	3 403
Kaufsachen	3 787	3 868	3 353
Andere Sachgebiete	40 148	38 358	37 581
Bundesgerichtshof²			
Neuzugänge	6 743	6 230	6 466
Erledigte Verfahren	6 623	6 443	6 228
dar. Revisionen	4 228	4 246	4 219

1 Ohne Mahnsachen und ohne freiwillige Gerichtsbarkeit.
2 Einschl. Familiensachen.

11.1.3 Familiengerichte

	2013	2014	2015
Amtsgerichte			
Neuzugänge	650 309	628 886	654 382
Erledigte Verfahren	668 713	648 930	657 600
davon:			
Scheidungsverfahren	195 335	190 917	185 853
Andere Eheverfahren	546	411	383
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	21 329	13 724	10 284
Übrige Verfahren	451 503	443 878	461 080
Oberlandesgerichte			
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen			
Neuzugänge	29 742	30 312	27 309
Erledigte Verfahren	30 338	30 148	28 430

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.4 Staatsanwaltschaften

	2013	2014	2015
Staatsanwaltschaften beim Landgericht¹			
Neuzugänge	4 564 505	4 710 995	5 016 541
Erledigte Verfahren	4 537 363	4 696 112	4 989 559
Einleitende Stelle			
Polizeibehörde	3 729 121	3 865 925	4 116 456
Staats- bzw. Staatsanwaltschaft	671 919	678 417	718 476
Steuer- bzw. Zollfahndungsstelle	93 143	100 156	104 458
Verwaltungsbehörde	43 180	51 614	50 169
Art der Strafsache			
Vorsätzliche Körperverletzung	429 668	430 365	428 556
Diebstahl (einschl. Unterschlagung)	668 600	684 237	703 587
Betrug (einschl. Untreue)	887 302	980 370	1 041 986
Straßenverkehrsdelikte	801 190	821 395	827 000
Betäubungsmitteldelikte	283 545	316 966	328 457
Sonstige Straftaten	1 467 058	1 462 779	1 659 973

1 Einschl. Amtsanwaltschaften.

Von der Staatsanwaltschaft erledigte Ermittlungsverfahren 2015

in %

Opportunitätseinstellung, z. B. bei geringfügigen Straftaten

36

Einstellung wegen mangelnden Tatverdachts bzw. Schuldunfähigkeit des Beschuldigten

31

Antrag auf Strafbefehl

12

Anklage, Antrag auf besonderes Verfahren

10

Abgabe an Verwaltungsbehörde oder Verweis auf Privatklage

10

Ohne durch Abgabe, Verbindung mit einer anderen Sache, vorläufige Einstellung oder „anderweitig“ erledigte Verfahren.

2017-01-0253

11.1.5 Strafgerichte

	2013	2014	2015
Erstinstanzliche Verfahren¹			
Amtsgerichte²			
Neuzugänge	700 679	679 438	664 867
Erledigte Strafverfahren	700 394	679 123	670 787
dar. Straftaten im Straßenverkehr	117 494	114 198	109 857
Art der Einleitung			
Anklage	512 928	494 190	489 993
Einspruch gegen einen Strafbefehl	151 532	148 266	144 532
Andere Einleitungsart	35 934	36 667	36 262
Art der Erledigung			
Urteil	304 830	286 593	275 049
Einstellung gemäß § 153a StPO	54 385	53 770	52 699
Einstellung gemäß § 47 JGG	36 295	35 498	34 859
Einstellung aus anderen Gründen	88 496	89 207	91 479
Zurücknahme der Klage/Anklage, des Antrags/Einspruchs	49 041	48 494	47 582
Verbindung mit einer anderen Sache	91 808	94 360	94 583
Andere Erledigungsart	75 539	71 201	74 536
Landgerichte			
Neuzugänge	13 350	12 932	12 783
Erledigte Strafverfahren	13 077	12 860	12 786
dar. eingeleitet durch Anklage	11 006	10 664	10 406
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	17	19	32
Erledigte Strafverfahren	24	17	23
dar. eingeleitet durch Anklage	20	16	19
Rechtsmittelverfahren¹			
Landgerichte			
Neuzugänge	47 254	45 943	44 234
Erledigte Berufungen	46 936	45 727	44 099
dar. Straftaten im Straßenverkehr	6 852	6 511	6 286
Berufung wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	42 795	41 634	40 091
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	186	200	186
zuungunsten des/der Beschuldigten	10 134	9 718	9 456
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	362	412	370
Art der Erledigung			
Urteil	23 709	23 044	21 867
Einstellung gemäß § 153a StPO	2 091	2 097	2 105
Einstellung aus anderen Gründen	2 350	2 335	2 321
Zurücknahme der Berufung	16 319	15 867	15 243
Andere Erledigungsart	2 467	2 384	2 563
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	5 863	5 986	5 911
Erledigte Revisionen	5 907	6 002	5 869
Revision wurde eingelegt durch den/die Beschuldigte(n)	5 725	5 834	5 731
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	8	10	12
zuungunsten des/der Beschuldigten	168	140	125
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	36	44	23
Bundesgerichtshof			
Neuzugänge	3 480	3 412	3 328
Erledigte Verfahren	3 489	3 294	3 325
dar. Revisionen	2 998	2 856	2 920

1 Ohne Bußgeldverfahren.

2 Ohne Strafbefehlsverfahren, die ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind.

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.6 Fachgerichte

	2013	2014	2015		2013	2014	2015
Arbeitsgerichtsbarkeit				Verwaltungsgerichtsbarkeit			
Arbeitsgerichte				Erstinstanzliche Hauptverfahren			
				Verwaltungsgerichte			
Neuzugänge	403 486	381 965	369 584	Neuzugänge	151 463	142 947	144 628
Erledigte Klagen	403 457	392 061	374 095	Erledigte Verfahren	146 278	128 703	147 293
darunter:				Gegenstand des Verfahrens			
Klagen von Arbeitnehmern/-nehmerinnen ¹	379 574	368 223	353 531	Polizei-, Ordnungs-, Wohnrecht	13 081	12 749	12 400
Klagen von Arbeitgebern/-geberinnen ²	23 804	23 791	20 513	Asylrecht	23 572	30 683	48 097
Gegenstand der Klage ³				Abgabenrecht	16 957	15 482	20 268
Arbeitsentgelt	162 128	152 049	143 217	Recht des öffentlichen Dienstes	13 480	12 465	12 415
Bestandsstreitigkeiten	222 433	211 149	204 498	Sonstige Sachgebiete	79 188	57 324	54 113
Tarifliche Einstufungen	3 539	2 927	2 875	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	125 875	118 086	111 084	Urteil	33 386	33 711	38 969
Art der Erledigung				Beschluss	94 002	74 475	87 971
Streitiges Urteil	27 960	28 762	26 997	Andere Erledigungsart	18 890	20 517	20 353
Sonstiges Urteil	34 110	33 436	30 248	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Vergleich	242 399	236 689	230 626	Neuzugänge	1 061	928	930
Andere Erledigungsart	98 988	93 174	86 224	Erledigte Verfahren	881	912	1 040
Landesarbeitsgerichte				Rechtsmittelverfahren			
Neuzugänge	15 632	16 484	15 458	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Erledigte Berufungen	16 229	15 631	15 122	Neuzugänge	14 043	13 057	14 000
Bundesarbeitsgericht				Erledigte Verfahren	14 644	13 723	13 451
Neuzugänge	2 684	2 332	2 313	Art des Verfahrens			
Erledigte Verfahren	2 646	2 644	2 457	Berufungen	3 064	3 089	3 144
darunter:				Anträge auf Zulassung der Berufung	11 415	10 509	10 167
Revisionen	943	1 100	1 003	Beschwerden und Prozesskostenhilfeanträge	165	125	140
Nichtzulassungsbeschwerden	1 538	1 262	1 262	Bundesverwaltungsgericht, Revisionssenate			
Sozialgerichtsbarkeit				Neuzugänge	1 327	1 256	1 360
Sozialgerichte				Erledigte Verfahren	1 373	1 283	1 295
Neuzugänge	392 999	371 388	361 816	Finanzgerichtsbarkeit			
Erledigte Klagen	392 252	386 193	372 291	Finanzgerichte			
Gegenstand der Klage				Neuzugänge	37 488	35 914	35 016
Rentenversicherung	68 066	66 564	64 494	Erledigte Klagen	39 364	39 564	37 777
Angelegenheit nach dem SGB II ⁴	149 986	144 365	138 780	Art der Erledigung			
Sonstige Sachgebiete	174 200	175 264	169 017	Urteil bzw. Vorbescheid	9 671	9 179	8 869
Art der Erledigung				Beschluss	12 922	13 897	13 019
Entscheidung	65 414	65 708	66 826	Zurücknahme der Klage	13 125	12 986	12 226
Gerichtlicher Vergleich	39 265	35 382	34 204	Andere Erledigungsart	3 646	3 502	3 663
Übereinstimmende Erledigungserklärung	36 633	37 925	34 261	Bundesfinanzhof			
Anerkenntnis	61 765	56 223	54 272	Neuzugänge	3 069	2 736	2 632
Zurücknahme	153 850	155 388	150 106	Erledigte Verfahren	3 046	3 049	2 721
Andere Erledigungsart	35 325	35 567	32 622	Art der Entscheidung			
Landessozialgerichte				Rechtsmittel war erfolglos	2 065	1 966	1 889
Neuzugänge	27 991	27 370	27 729	Verworfen als unzulässig	800	748	688
Erledigte Berufungen	26 845	27 032	28 394	Zurückgewiesen als unbegründet	1 265	1 218	1 201
Gegenstand				Rechtsmittel war erfolgreich	566	572	444
Rentenversicherung	8 088	8 295	8 234	Zurückgewiesen an Vorinstanz	198	191	166
Angelegenheit nach dem SGB II ⁴	4 640	4 840	5 661	Eigene Sachentscheidung getroffen	368	381	278
Sonstige Sachgebiete	14 117	13 897	14 499	Rücknahme	415	511	388
Bundessozialgericht							
Neuzugänge	2 604	2 400	2 854				
Erledigte Verfahren	2 568	2 539	2 529				
Art des Verfahrens							
Revisionen	417	419	362				
Nichtzulassungsbeschwerden	2 151	2 120	2 167				

1 Einschl. der von Gewerkschaften und Betriebsräten eingereichten Klagen.

2 Und deren Organisationen.

3 Mehrere Gegenstände in einem Verfahren sind mehrfach gezählt.

4 § 6a, b SGB II und BGG.

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

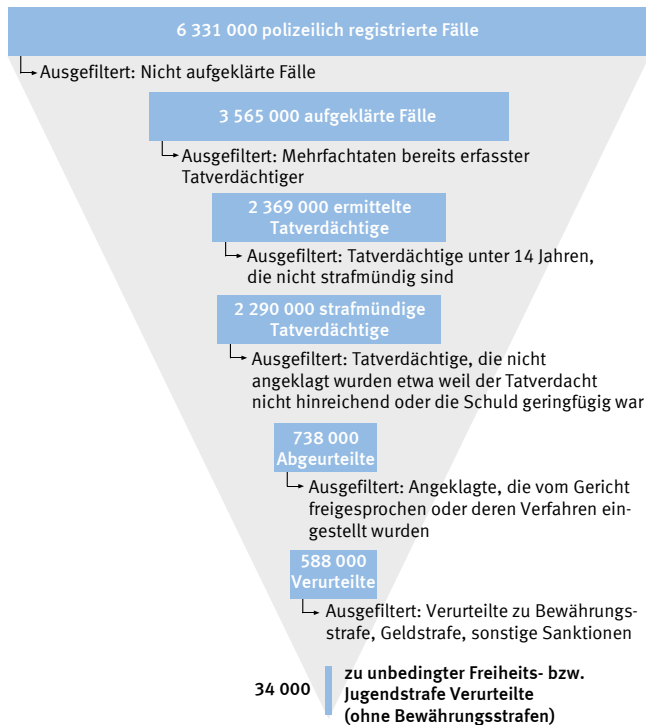
11.2.1 Abgeurteilte und Verurteilte

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus den Personen, gegen die andere Entscheidungen (u. a. Freispruch) getroffen worden sind.

	Abgeurteilte		Verurteilte					Ausländer/-innen ¹						
	insgesamt	Deutsche					zusammen	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene	zusammen	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
		Anzahl	je 100 000 Strafmündige ²	%										
Früheres Bundesgebiet³														
1980	928 906	732 481	648 899	1 352	12	14	74	83 582	6	9	85			
1990	878 305	692 363	569 323	1 141	5	10	86	123 040	7	9	84			
2000	908 261	732 733	550 890	1 055	7	10	83	181 843	6	10	84			
Deutschland														
2012	960 225	773 901	596 959	918	6	10	84	176 942	5	7	88			
2013	935 788	755 938	570 896	885	6	9	86	185 042	4	7	89			
2014	923 384	748 782	554 109	860	5	8	87	194 673	3	7	90			
2015	910 681	739 487	529 884	823	5	8	88	209 603	3	7	90			
davon:														
Männer ..	729 348	593 254	419 158	1 343	5	8	87	174 096	3	7	90			
Frauen ..	181 333	146 233	110 726	334	5	6	89	35 507	3	7	90			

1 Einschl. Staatenloser sowie Verurteilter, die den Stationierungsstreitkräften angehören.
 2 Ab 14 Jahren.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Ausfilterung im Strafverfahren 2015



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik),
 Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

2017 - 01 - 0254

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

11.2.2 Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Strafarrrest	Geldstrafe ¹
			Freiheitsstrafe								
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewahrung ausgesetzt	bis einschl. 9 Monate	mehr als ... bis einschlieBlich ...			lebenslange		
						9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre		5 – 15 Jahre	
2013											
Heranwachsende	21 830	923	86	597	146	142	34	4	–	1	20 906
Erwachsene	652 371	114 957	70	69 216	15 771	20 497	7 868	1 513	92	8	537 406
2014											
Heranwachsende	21 242	823	85	530	125	127	32	9	–	–	20 419
Erwachsene	655 446	109 223	69	64 565	15 399	19 996	7 729	1 440	94	7	546 216
2015											
Heranwachsende	20 534	790	85	512	143	106	26	3	–	–	19 744
Erwachsene	653 611	106 299	70	62 379	15 231	19 918	7 250	1 431	90	2	547 310

1 Soweit nicht neben oder in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt.

11.2.3 Nach Jugendstrafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Erziehungsmaßregeln		
			Jugendstrafe				Zuchtmitteln					
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewahrung ausgesetzt	6 Monate (Mindeststrafe) bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	zusammen	Jugend-arrest	Auferlegung besonderer Pflichten	Ver-warnung nach § 14 JGG	zusammen	darunter Erteilung von Weisungen
2013												
Jugendliche	39 518	4 323	64	2 296	2 027	43 295	7 554	23 514	12 227	15 017	14 896	
Heranwachsende	42 219	8 864	59	4 169	4 695	42 252	6 927	24 209	11 116	12 931	12 839	
2014												
Jugendliche	34 812	3 909	63	2 109	1 800	37 665	6 790	20 278	10 597	13 975	13 844	
Heranwachsende	37 282	7 863	60	3 736	4 127	36 892	5 916	21 369	9 607	12 113	12 045	
2015												
Jugendliche	31 341	3 566	63	1 904	1 662	33 781	5 951	18 287	9 543	12 842	12 728	
Heranwachsende	34 001	6 984	59	3 269	3 715	33 970	5 495	19 466	9 009	11 455	11 399	

Zuchtmittel bzw. Erziehungsmaßregeln können nebeneinander angeordnet sein. Die Werte können nicht zum „Insgesamt“ addiert werden.

11.2.4 Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbote

	Entziehung der Fahrerlaubnis				Fahrverbote				
	insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer		insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer von		
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis einschli. ... Monaten	
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	1 – 2	2 – 3
2012	99 126	13	19 871	79 255	27 307	7	11 049	5 071	11 187
2013	94 213	13	19 388	74 825	26 232	7	10 664	4 981	10 587
2014	90 740	13	18 475	72 265	25 977	7	10 531	5 096	10 350
2015	88 189	13	18 226	69 963	25 106	6	10 525	4 882	9 699
davon (2015):									
Jugendliche	472	X	188	284	381	X	151	78	152
Heranwachsende	4 096	3	1 599	2 497	1 643	4	738	354	551
Erwachsene	83 621	13	16 439	67 182	23 082	7	9 636	4 450	8 996

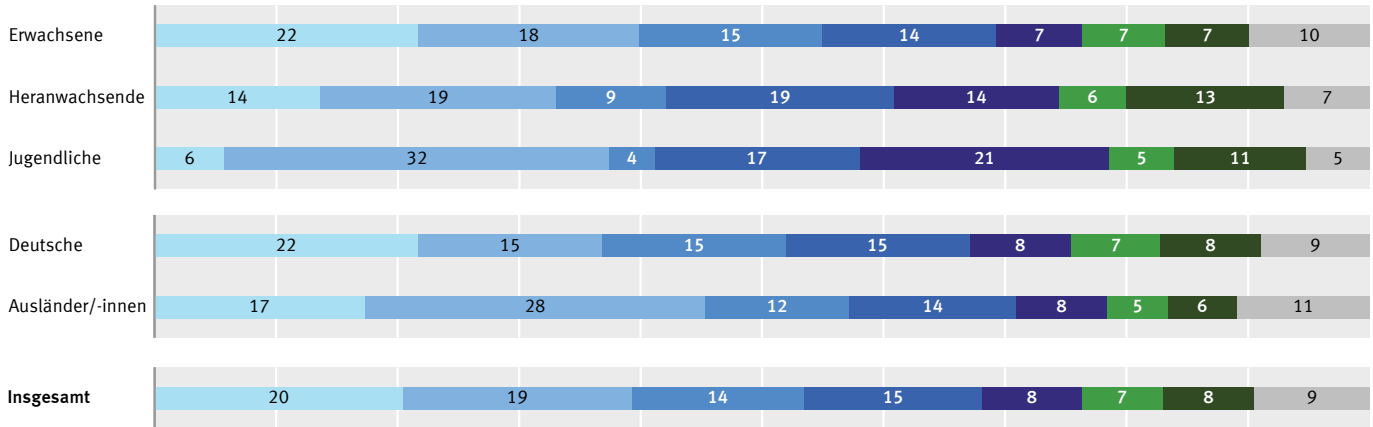
11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
 11.2.5 Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

	Verurteilte			Verstöße gegen das Strafgesetzbuch (§§ des StGB)					Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz
	insgesamt	davon mit Vergehen		unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (142)	fahrlässige Tötung i. V. m. Verkehrsunfall (222)	fahrlässige Körperverletzung i. V. m. Verkehrsunfall (229) ¹	Volltrunkenheit i. V. m. Verkehrsunfall (323a) ²	Gefährdung des Straßenverkehrs (315b-c, 316)	
		ohne Trunkenheit	in Trunkenheit						
Anzahl	%			Anzahl					
Früheres Bundesgebiet³									
1980	329 300	46	54	43 338	3 113	64 981	2 611	155 139	60 118
1990	258 681	40	60	41 219	1 698	39 971	2 089	139 324	34 380
2000	209 894	45	55	31 610	1 229	21 967	1 038	108 280	45 770
Deutschland									
2012	166 688	49	51	31 200	644	12 356	251	79 102	43 135
2013	159 664	50	50	30 715	596	11 556	231	74 029	42 537
2014	156 725	51	49	29 595	585	11 375	230	71 980	42 960
2015	151 039	51	49	29 633	506	10 103	233	68 042	42 522
davon (2015):									
Jugendliche	1 798	80	20	186	2	72	3	335	1 200
Heranwachsende	7 424	57	43	1 864	38	831	13	2 929	1 749
Erwachsene	141 817	51	49	27 583	466	9 200	217	64 778	39 573

1 Bis 1997: § 230 StGB.
 2 Bis einschl. 1980 § 330a StGB – Vollrausch in Verbindung mit Verkehrsunfall.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Verurteilte nach Deliktgruppen 2015

in %



■ Straftaten im Straßenverkehr
 ■ Diebstahl und Unterschlagung
 ■ Betrug und Urkundenfälschung
 ■ Andere gegen das Vermögen (Raub und Erpressung, Begünstigung und Hehlerei, Sachbeschädigung usw.)
■ Körperverletzung (auch schwere)
 ■ Andere gegen die Person (Mord, Totschlag, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Beleidigung usw.)
 ■ Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz
 ■ Übrige Straftaten (gegen die öffentliche Ordnung, gemeingefährliche usw.)

11.3 Justizvollzug

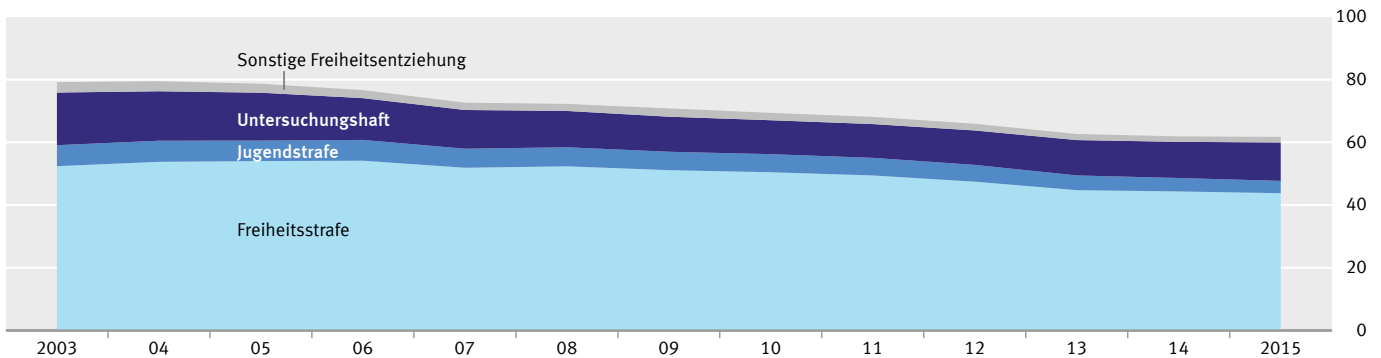
11.3.1 Belegungsfähigkeit und Belegung der Justizvollzugsanstalten am 30.11.2015

	Anstalten	Belegungsfähigkeit			Belegung ¹					
		insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
			Einzel-	gemeinsame		Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer
			Unterbringung			Unterbringung			Unterbringung	
Anzahl							% der Belegungsfähigkeit			
Deutschland	183	73 916	54 655	19 261	61 737	46 578	15 159	84	85	79
Baden-Württemberg	19	7 438	4 602	2 836	6 264	3 822	2 442	84	83	86
Bayern	36	12 062	8 007	4 055	11 080	7 127	3 953	92	89	97
Berlin	7	4 573	3 963	610	3 748	3 427	321	82	86	53
Brandenburg	5	1 810	1 486	324	1 289	1 154	135	71	78	42
Bremen	1	724	628	96	511	486	25	71	77	26
Hamburg	6	2 001	1 848	153	1 580	1 425	155	79	77	101
Hessen	16	5 441	4 125	1 316	4 507	3 898	609	83	94	46
Mecklenburg-Vorpommern	5	1 351	1 035	316	1 028	813	215	76	79	68
Niedersachsen	13	6 024	4 974	1 050	4 807	4 294	513	80	86	49
Nordrhein-Westfalen	36	18 588	12 769	5 819	15 266	11 270	3 996	82	88	69
Rheinland-Pfalz	10	3 403	3 343	60	3 051	2 609	442	90	78	737
Saarland	2	973	907	66	733	669	64	75	74	97
Sachsen	10	3 959	2 737	1 222	3 475	2 114	1 361	88	77	111
Sachsen-Anhalt	5	1 951	1 624	327	1 600	1 399	201	82	86	61
Schleswig-Holstein	6	1 589	1 438	151	1 134	1 080	54	71	75	36
Thüringen	6	2 029	1 169	860	1 664	991	673	82	85	78

1 Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber/-innen).

Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs

in 1 000



Stichtag: jeweils 30.11.

2017 - 01 - 0256

11.3.2 Strafgefängene am 31.3.2016

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Jugendstrafe			Freiheitsstrafe mehr als ... bis einschließlich ...					
		bis einschl. 1 Jahr	mehr als 1 bis einschl. 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	bis einschl. 9 Monate	9 Monate - 1 Jahr	1 - 2 Jahre	2 - 5 Jahre	5 - 15 Jahre	lebenslange
	Anzahl									
Insgesamt	50 318	1 059	1 464	1 487	17 764	4 198	8 423	10 317	3 743	1 863
14 - 18	399	117	165	117	-	-	-	-	-	-
18 - 21	2 027	424	700	677	121	14	37	48	6	-
21 - 25	4 998	498	593	679	1 375	278	654	790	124	7
25 - 30	9 579	20	5	13	3 968	979	1 951	2 072	496	75
30 - 40	16 483	-	1	1	6 824	1 656	3 264	3 286	1 100	351
40 und mehr	16 832	-	-	-	5 476	1 271	2 517	4 121	2 017	1 430
	%									
Männeranteil	94	93	96	99	91	94	95	95	97	94
Frauenanteil	6	7	4	1	9	6	5	5	3	6

Methodik

Die Justizgeschäftsstatistiken liefern verfahrensbezogene Informationen zu Geschäftsanfall und Geschäftserledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Strafverfolgungsstatistik berichtet über Abgeurteilte und Verurteilte, die Strafvollzugsstatistik über Gefangene. Die Erhebungen in der Justiz werden als koordinierte Länderstatistiken auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen geführt. Das Statistische Bundesamt bereitet die Landesergebnisse zum Bundesergebnis auf. Dabei liegen aus der Strafverfolgungsstatistik erst seit 2007 flächendeckende Angaben für Deutschland vor. Soweit in diesem Kapitel Zeitreihen zur Strafverfolgungsstatistik präsentiert werden, beziehen sich die Ergebnisse bis 2006 auf das frühere Bundesgebiet.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die verfahrensbezogenen Justizstatistiken über **Geschäftsanfall** und **Geschäftserledigung** bei Gerichten und Staatsanwaltschaften dienen in erster Linie der Kapazitätsmessung bei den Justizorganen. Dazu führen die Justizministerien der Länder bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften der Länder Verfahrenserhebungen durch. Die Statistischen Ämter der Länder erstellen auf dieser Datenbasis Landesergebnisse. Das Statistische Bundesamt bereitet die Landesergebnisse zum Bundesergebnis auf. Die Geschäftsstatistiken über das Bundesverfassungsgericht sowie über die anderen Bundesgerichte, die nicht Gegenstand der Erhebungen der Justizministerien der Länder sind, ergänzen die Ergebnisse dieser Justizstatistiken.

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Die personenbezogenen **Statistiken der Strafrechtspflege** dienen der Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen und der Messung der gerichtlich registrierten Kriminalität. Um ein vollständigeres Bild über Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität entwerfen zu können, werden zusätzlich Ergebnisse der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen. Diese führen die Kriminalämter des Bundes und der Länder durch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik informiert über die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten (mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr) sowie über die polizeilich ermittelten **Tatverdächtigen**.

Die Strafverfolgungsstatistik weist die **Abgeurteilten** (Angeklagten) und **Verurteilten** nach. Erwachsene (21 Jahre und mehr) werden nach allgemeinem Strafrecht, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugendstrafrecht behandelt. Bei Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) kann – je nach Grad der sittlichen Reife der Angeklagten – entweder allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Große Differenzen ergeben sich zwischen den Zahlen für die bekannt gewordenen bzw. aufgeklärten **Straftaten** sowie für die Tatverdächtigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik und die Verurteilten aus der Strafverfolgungsstatistik. Der Grund hierfür ist vor allem, dass nicht alle bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt werden. Ferner wird nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen Anklage erhoben und nicht jedes Strafverfahren endet mit einer Verurteilung, sondern auch mit einer anderen Entscheidung wie Verfahrenseinstellung oder Freispruch.

■ Justizvollzug

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegungskapazität und tatsächliche Belegung in ausgewählten Kalendermonaten (Gefangenenbestand nach Vollzugsarten) sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsmonats (Gefangenenbewegung). Demografische Merkmale, d. h. Alter und Familienstand, sowie kriminologische Merkmale, wie Straftat, Art und Höhe der Strafe oder Vorstrafen, erfasst die Statistik nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag 31.3.

Abgeurteilte | In der Terminologie der Strafverfolgungsstatistik sind Abgeurteilte Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgeschlossen worden sind – durch Urteil oder Einstellungsbeschluss. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten sowie aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden (u. a. Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens). Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit oder in Tatmehrheit begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfasst, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Aufgeklärte Straftat | Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt eine Straftat dann als aufgeklärt, wenn nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis eine mindestens namentlich bekannte oder auf frischer Tat ergriffene tatverdächtige Person festgestellt worden ist.

Berufung | Sie richtet sich gegen die tatsächliche Würdigung eines Falles.

Beschwerde | Sie ist das Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung, die kein Urteil ist.

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten | Dazu zählen alle Gefangenen und Verurteilten, die sich zu einem bestimmten Stichtag in einer Einrichtung des Justizvollzugs befinden. Die Justizvollzugsstatistik erfasst die Strafgefangenen (Vollzug von Freiheits- und Jugendstrafe), die Sicherungsverwahrten sowie die Einsitzenden in Untersuchungs-, Abschiebehaft und sonstiger Freiheitsentziehung getrennt.

Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) | Begeht eine Person eine Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten, sieht das Strafgesetzbuch die Entziehung der Fahrerlaubnis vor. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden, wenn eine Verurteilung der Person wegen Schuldunfähigkeit nicht möglich ist.

Fahrverbot | Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Person die Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten begangen hat. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Maßnahmen | Im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes handelt es sich hierbei um Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln. Diese können nebeneinander angeordnet werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit | Dazu zählen die Zivil-, Familien- und Strafgerichte, deren erste Instanz die Amtsgerichte darstellen. Die übergeordneten Landgerichte bzw. Oberlandesgerichte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in erster Instanz urteilen. Ansonsten haben sie die Funktion der Rechtsmittelinstanz. Die Landgerichte entscheiden über Berufungen/Beschwerden, die Oberlandesgerichte über Berufungen/Beschwerden und Revisionen.

Revision | Sie richtet sich gegen die rechtliche Würdigung eines Falles.

Tatverdächtige | Jede Person ist tatverdächtig, die aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben.

Verurteilte | Das sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht eine Freiheitsstrafe, Strafhaft und/oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe und/oder Maßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann eine Person nur dann, wenn sie zum Zeitpunkt der Tat strafmündig war, d. h. 14 Jahre und mehr (§ 19 StGB).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Justiz (Rechtspflege)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 24

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 2.1	Zivilgerichte
Reihe 2.2	Familiengerichte
Reihe 2.3	Strafgerichte
Reihe 2.4	Verwaltungsgerichte
Reihe 2.5	Finanzgerichte
Reihe 2.6	Staatsanwaltschaften
Reihe 2.7	Sozialgerichte
Reihe 2.8	Arbeitsgerichte

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3	Strafverfolgung
---------	-----------------

■ Justizvollzug

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 4.1	Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen
-----------	--

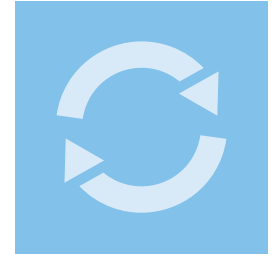
WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 3/15	Staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit in Deutschland – Umfang und Struktur der Verfahrenserledigung
Heft 4/15	Konzepte eines internationalen statistischen Vergleichs von Straftaten
Heft 5/16	Nationale Implementation der neuen internationalen statistischen Straftatenklassifikation

Broschüren

	Justiz auf einen Blick (2015)
--	-------------------------------





12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Deutsche Wirtschaft 2016 weiter im Aufschwung | **Bruttoinlandsprodukt** stieg auf 3 134 Milliarden Euro | **Staat** erzielt Finanzierungsüberschuss | Fast **70 %** der **Wertschöpfung** entstand in **Dienstleistungsbereichen** | Inländischer **Konsum** stützt Konjunktur | **Arbeitnehmerentgelte** legten **kräftig zu** | Niedrigste **Erwerbslosenquote** seit der Vereinigung

Seite	
325	Auf einen Blick
	Tabellen
326	Inlandsproduktberechnung (Stand: Mai 2017) Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen Erwerbstätigkeit, Arbeitsstunden Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbe- reichen Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwen- dungszwecken Bruttoinvestitionen
333	Vermögensrechnung (Stand: Mai 2017) Kapitalproduktivität, Kapitalintensität Anlagevermögen nach Vermögensarten
335	Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Stand: Mai 2017) Hauptaggregate der Sektoren Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften Produk- tionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt
340	Güterbilanzen zu Herstellungspreisen (Stand: Mai 2017) Inländische Produktion und Importe Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
342	Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte (Stand: Mai 2017)
342	VGR der Länder (Stand: November 2016/Februar 2017) Bruttoinlandsprodukt nach Ländern
343	Methodik
345	Glossar
348	Mehr zum Thema

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd EUR	EUR	Mrd EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd EUR ¹³	EUR ¹³	Mrd EUR ¹³	%	Mrd EUR ¹³	EUR ¹³
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin und Saarland)												
1925	-	-	-	-	41,6	1 170	34,0	540	20,4	59,9	19,0	140
1926	-	-	-	-	43,6	1 210	35,6	560	21,0	59,0	19,4	150
1927	-	-	-	-	48,7	1 350	39,9	620	23,5	58,8	21,7	160
1928	-	-	-	-	52,1	1 430	42,9	670	25,9	60,3	24,0	170
1929	-	-	-	-	52,3	1 430	42,9	660	26,5	61,9	24,6	180
1930	-	-	-	-	48,8	1 330	39,3	600	24,9	63,3	23,0	170
1931	-	-	-	-	40,8	1 100	31,9	490	20,6	64,6	18,9	160
1932	-	-	-	-	33,6	900	25,3	380	15,6	61,8	14,3	130
1933	-	-	-	-	34,5	920	26,1	400	15,6	59,8	14,3	130
1934	-	-	-	-	38,8	1 030	29,9	450	17,5	58,7	16,1	130
1935	-	-	-	-	43,2	1 140	33,7	500	19,2	56,9	17,6	140
1936	-	-	-	-	47,9	1 260	37,9	560	21,1	55,6	19,4	140
1937	-	-	-	-	53,8	1 400	42,4	630	23,4	55,2	21,5	150
1938	-	-	-	-	59,2	1 520	47,3	690	26,0	54,9	24,0	160
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)												
1950	218,2	-	49,7	1 059	50,4	1 075	40,1	856	23,4	58,2	20,4	124
1951	239,3	9,7	61,0	1 287	61,7	1 302	48,7	1 028	28,3	58,0	24,8	145
1952	261,7	9,3	69,8	1 461	70,5	1 477	55,4	1 160	31,6	57,1	27,6	156
1953	285,0	8,9	74,9	1 555	75,6	1 570	59,2	1 230	34,8	58,8	30,4	165
1954	307,1	7,8	80,4	1 651	80,8	1 660	63,4	1 301	38,1	60,1	33,3	174
1955	344,3	12,1	91,9	1 868	92,3	1 876	72,7	1 477	43,4	59,7	37,9	188
1956	370,9	7,7	101,6	2 040	102,0	2 048	80,7	1 621	48,7	60,3	42,5	202
1957	393,4	6,1	110,7	2 195	111,2	2 204	88,5	1 754	53,4	60,4	46,0	213
1958	410,9	4,5	119,0	2 330	119,2	2 335	94,7	1 855	57,7	60,9	49,6	227
1959	443,2	7,9	130,3	2 524	130,3	2 524	103,1	1 996	62,0	60,2	53,2	240
1960	481,4	8,6	146,0	2 799	146,2	2 802	116,1	2 226	69,4	59,7	59,8	262
Früheres Bundesgebiet												
1960	511,3	-	154,8	2 792	154,9	2 795	122,8	2 215	73,8	60,1	63,7	262
1961	535,0	4,6	169,6	3 019	169,4	3 016	133,3	2 373	83,2	62,4	71,8	289
1962	559,9	4,7	184,5	3 245	184,3	3 243	144,2	2 538	92,1	63,9	79,5	315
1963	575,7	2,8	195,5	3 407	195,4	3 404	152,3	2 653	98,8	64,9	85,3	334
1964	614,0	6,7	214,8	3 706	214,5	3 701	167,3	2 886	108,0	64,5	94,0	365
1965	646,9	5,4	234,8	4 005	234,3	3 997	183,3	3 127	119,7	65,3	103,9	398
1966	664,9	2,8	249,6	4 220	249,2	4 213	194,2	3 283	128,9	66,4	111,4	427
1967	662,9	-0,3	252,8	4 263	252,4	4 258	194,7	3 284	128,8	66,1	111,4	441
1968	699,0	5,5	272,7	4 583	272,9	4 586	213,8	3 593	138,2	64,7	119,0	468
1969	751,2	7,5	305,2	5 081	305,7	5 088	236,7	3 941	155,5	65,7	133,5	511
1970	789,0	5,0	345,3	5 693	345,5	5 696	271,2	4 471	184,4	68,0	157,4	590
1970	56,8	-	360,6	5 945	361,6	5 963	282,1	4 652	185,1	65,6	158,4	591
1971	58,6	3,1	400,2	6 529	400,8	6 539	311,4	5 080	209,9	67,4	179,0	657
1972	61,1	4,3	436,4	7 076	436,6	7 080	339,6	5 507	232,6	68,5	197,3	715
1973	64,0	4,8	486,0	7 842	486,2	7 845	380,3	6 136	264,6	69,6	222,9	794
1974	64,6	0,9	526,0	8 477	526,3	8 481	411,4	6 630	292,7	71,1	245,3	878
1975	64,1	-0,9	551,0	8 912	552,0	8 928	430,5	6 962	306,0	71,1	254,3	932
1976	67,2	4,9	597,4	9 709	599,0	9 735	467,7	7 602	330,7	70,7	272,9	997
1977	69,5	3,3	636,5	10 367	637,2	10 378	497,2	8 097	355,0	71,4	293,4	1 064
1978	71,6	3,0	678,9	11 071	682,1	11 122	531,6	8 667	379,0	71,3	312,6	1 118
1979	74,5	4,2	737,4	12 017	738,6	12 038	573,3	9 343	410,3	71,6	337,9	1 179
1980	75,6	1,4	788,5	12 808	790,0	12 831	609,3	9 897	445,9	73,2	366,7	1 255
1981	76,0	0,5	825,8	13 388	825,9	13 390	635,5	10 302	467,8	73,6	384,7	1 313
1982	75,7	-0,4	860,2	13 956	859,6	13 945	659,6	10 701	482,8	73,2	395,8	1 361
1983	76,9	1,6	898,3	14 624	900,4	14 659	689,5	11 226	493,5	71,6	403,1	1 398
1984	79,0	2,8	942,0	15 398	947,9	15 495	726,5	11 876	512,8	70,6	417,3	1 433
1985	80,9	2,3	984,4	16 132	990,7	16 234	762,4	12 493	533,5	70,0	434,2	1 468
1986	82,7	2,3	1 037,1	16 984	1 041,2	17 050	805,7	13 194	561,7	69,7	457,2	1 515
1987	83,9	1,4	1 065,1	17 439	1 067,8	17 482	825,4	13 514	587,3	71,2	478,0	1 558
1988	87,0	3,7	1 123,3	18 280	1 131,7	18 416	878,2	14 290	611,8	69,2	498,2	1 598
1989	90,4	3,9	1 200,7	19 346	1 211,1	19 514	938,7	15 125	639,9	68,2	521,8	1 641
1990	95,1	5,3	1 306,7	20 658	1 317,9	20 836	1 017,9	16 092	690,0	67,8	562,5	1 717
1991	100	5,1	1 415,8	22 096	1 417,8	22 128	1 089,0	16 996	747,4	68,6	609,2	1 822

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

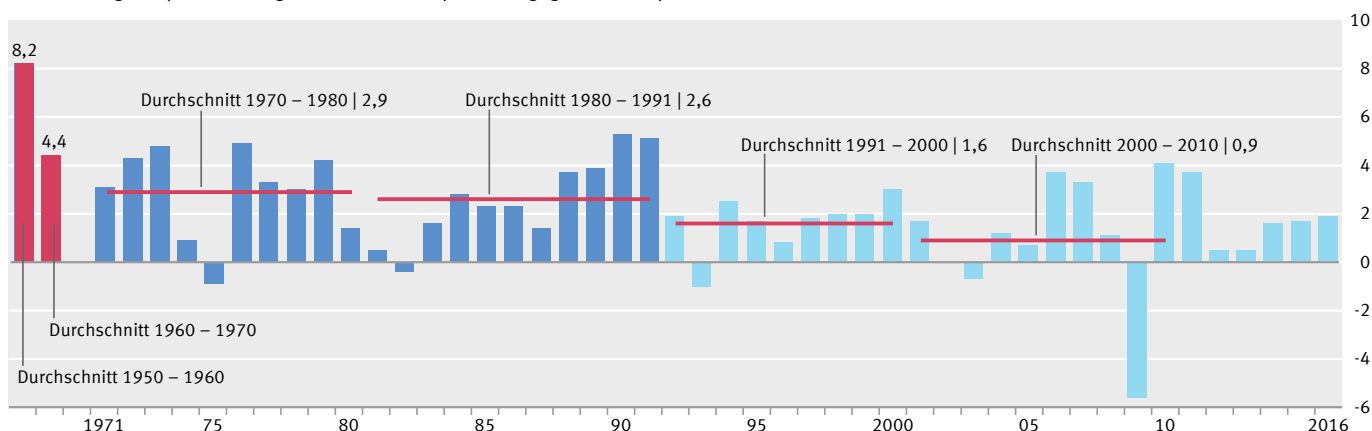
	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd EUR	EUR	Mrd EUR ³	EUR ³	Mrd EUR ³	EUR ³	Mrd EUR ³	%	Mrd EUR ³	EUR ³
Deutschland												
1991	79,0	-	1 579,8	19 754	1 595,8	19 954	1 226,5	15 337	856,8	69,9	702,6	1 659
1992	80,5	1,9	1 695,3	21 060	1 710,7	21 251	1 306,6	16 231	928,7	71,1	761,4	1 829
1993	79,8	- 1,0	1 748,6	21 601	1 759,7	21 739	1 326,8	16 391	950,6	71,6	780,8	1 907
1994	81,7	2,5	1 830,3	22 555	1 830,8	22 562	1 375,5	16 951	975,5	70,9	793,6	1 943
1995	83,1	1,7	1 898,9	23 354	1 895,1	23 308	1 429,2	17 577	1 010,7	70,7	818,5	2 001
1996	83,8	0,8	1 926,3	23 646	1 924,5	23 624	1 449,0	17 787	1 019,8	70,4	826,9	2 025
1997	85,4	1,8	1 967,1	24 133	1 961,2	24 061	1 471,8	18 057	1 024,2	69,6	825,1	2 025
1998	87,1	2,0	2 018,2	24 780	2 004,8	24 615	1 501,2	18 432	1 045,8	69,7	842,1	2 043
1999	88,8	2,0	2 064,9	25 360	2 047,5	25 146	1 520,2	18 671	1 076,0	70,8	867,5	2 069
2000	91,4	3,0	2 116,5	25 983	2 102,4	25 810	1 554,9	19 089	1 117,4	71,9	897,9	2 090
2001	93,0	1,7	2 179,9	26 741	2 161,5	26 516	1 596,8	19 589	1 134,3	71,0	914,8	2 138
2002	93,0	0,0	2 209,3	27 082	2 182,8	26 757	1 606,7	19 695	1 141,9	71,1	921,9	2 168
2003	92,3	- 0,7	2 220,1	27 224	2 200,0	26 978	1 612,7	19 776	1 143,6	70,9	920,5	2 195
2004	93,4	1,2	2 270,6	27 875	2 286,6	28 071	1 692,5	20 779	1 146,1	67,7	925,4	2 206
2005	94,1	0,7	2 300,9	28 288	2 321,3	28 539	1 716,8	21 108	1 144,0	66,6	924,1	2 212
2006	97,5	3,7	2 393,3	29 483	2 434,5	29 991	1 811,1	22 312	1 164,4	64,3	938,1	2 229
2007	100,7	3,3	2 513,2	31 031	2 550,2	31 487	1 882,3	23 241	1 197,2	63,6	969,3	2 261
2008	101,8	1,1	2 561,7	31 719	2 586,4	32 025	1 896,9	23 487	1 241,6	65,5	1 008,1	2 314
2009	96,1	- 5,6	2 460,3	30 569	2 515,6	31 256	1 821,5	22 633	1 246,7	68,4	1 009,5	2 314
2010	100	4,1	2 580,1	32 137	2 630,9	32 770	1 923,2	23 955	1 283,8	66,8	1 039,0	2 372
2011	103,7	3,7	2 703,1	33 673	2 771,3	34 523	2 028,1	25 264	1 339,7	66,1	1 088,6	2 454
2012	104,2	0,5	2 758,3	34 296	2 822,9	35 100	2 054,5	25 546	1 391,2	67,7	1 133,0	2 521
2013	104,7	0,5	2 826,2	35 045	2 893,9	35 884	2 107,8	26 136	1 430,0	67,8	1 167,5	2 573
2014	106,4	1,6	2 923,9	36 105	2 988,9	36 908	2 179,5	26 914	1 485,5	68,2	1 213,0	2 646
2015	108,2	1,7	3 032,8	37 127	3 098,8	37 935	2 263,2	27 706	1 539,9	68,0	1 260,6	2 719
2016	110,2	1,9	3 134,1	37 997	3 198,7	38 781	2 339,2	28 360	1 598,4	68,3	1 311,0	2 787

Die Ergebnisse von 1925 bis erste Angabe 1970, von zweite Angabe 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll vergleichbar.

- 1 Preisbereinigte Ergebnisse bis erste Angabe 1970 in Preisen von 1991 (jeweils in Mrd. EUR); preisbereinigte Ergebnisse ab zweite Angabe 1970 in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex (1991 = 100 bzw. 2010 = 100).
- 2 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
- 3 Für den Zeitraum 1925 bis 1938 auf das frühere Bundesgebiet umgerechnete Ergebnisse des Statistischen Reichsamtes in Mrd. RM bzw. Reichsmark.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr, in %



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

2017 - 01 - 0258

12.2 Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen

	2013	2014	2015	2016
in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR				
Wertschöpfung und Inlandsprodukt				
Bruttowertschöpfung	2 542,6	2 631,3	2 729,7	2 822,2
+ Nettogütersteuern	283,6	292,7	303,2	311,9
Gütersteuern	290,3	299,4	310,9	319,3
abzügl.: Gütersubventionen	6,7	6,7	7,8	7,4
= Bruttoinlandsprodukt	2 826,2	2 923,9	3 032,8	3 134,1
- Abschreibungen	506,2	520,6	535,7	552,0
= Nettoinlandsprodukt	2 320,0	2 403,3	2 497,1	2 582,0
Nettoproduktionsabgaben ¹	278,8	288,1	300,7	308,8
Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 427,5	1 482,8	1 537,0	1 595,3
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	613,7	632,4	659,4	677,9
Nationaleinkommen und Volkseinkommen				
Bruttoinlandsprodukt	2 826,2	2 923,9	3 032,8	3 134,1
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	191,9	191,3	194,5	194,5
- Primäreinkommen an die übrige Welt	124,3	126,3	128,5	129,9
= Bruttonationaleinkommen	2 893,9	2 988,9	3 098,8	3 198,7
- Abschreibungen	506,2	520,6	535,7	552,0
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 387,7	2 468,3	2 563,1	2 646,7
- Produktions- und Importabgaben ²	305,4	314,7	327,4	334,5
+ Subventionen ³	25,5	26,0	27,5	27,0
= Volkseinkommen	2 107,8	2 179,5	2 263,2	2 339,2
Arbeitnehmerentgelt (Inländer/-innen)	1 430,0	1 485,5	1 539,9	1 598,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	677,7	694,1	723,4	740,8
Nationaleinkommen und verfügbares Einkommen				
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 387,7	2 468,3	2 563,1	2 646,7
+ Laufende Transfers aus der übrigen Welt	60,9	62,1	64,6	64,3
- Laufende Transfers an die übrige Welt	103,0	98,5	103,1	100,9
= Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft	2 345,6	2 431,9	2 524,6	2 610,1

1 Produktions- und Importabgaben abzügl. Subventionen.

2 Vom Staat empfangen.

3 Vom Staat geleistet.

12.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	2013	2014	2015	2016
Durchschnitt in 1 000				
Bevölkerung ¹	80 646	80 983	81 687	82 482
- Nichterwerbspersonen	36 193	36 291	36 758	37 198
= Erwerbspersonen	44 453	44 692	44 929	45 284
- Erwerbslose ²	2 182	2 090	1 950	1 771
= Erwerbstätige (Inländer/-innen)	42 271	42 602	42 979	43 513
- Selbstständige ³	4 458	4 402	4 336	4 305
= Arbeitnehmer (Inländer/-innen)	37 813	38 200	38 643	39 208
+ Pendlersaldo	57	60	78	82
= Arbeitnehmer/-innen im Inland	37 870	38 260	38 721	39 290
+ Selbstständige ³	4 458	4 402	4 336	4 305
= Erwerbstätige im Inland	42 328	42 662	43 057	43 595
Mill. Stunden				
Geleistete Arbeitsstunden im Inland ⁴				
der Erwerbstätigen	57 657	58 343	58 895	59 444
der Arbeitnehmer/-innen	48 893	49 737	50 393	50 988

1 Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011 (Ergebnis zum Stichtag 9. Mai 2011: 80 219 695 Einwohner).

2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung; Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

3 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

4 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

12.4 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

	2013	2014	2015	2016
Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet) ¹	0,5	1,6	1,7	1,9
Erwerbsquote (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)	55,1	55,2	55,0	54,9
Erwerbslosenquote (Erwerbslose in % der Erwerbspersonen)	4,9	4,7	4,3	3,9
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je erwerbstätige Person in EUR	66 770	68 537	70 437	71 891
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR	49,0	50,1	51,5	52,7
Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je erwerbstätige Person) ¹¹	-0,1	0,8	0,8	0,6
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ¹¹	0,8	0,4	0,8	0,9
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	3 141	3 230	3 308	3 384
Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	29,2	29,8	30,5	31,3
Lohnstückkosten (Personenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-innen in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	1,9	2,0	1,6	1,7
Lohnstückkosten (Stundenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	1,7	1,7	1,5	1,6
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 563	2 636	2 706	2 774
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat (ohne marginal Beschäftigte) ¹²	2 968	3 041	3 104	3 167
Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	23,8	24,3	25,0	25,7
Lohnquote (unbereinigt; Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens)	67,8	68,2	68,0	68,3
Lohnquote (bereinigt) ¹³	68,9	69,0	68,7	68,9
Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in % des Volkseinkommens je erwerbstätige Person)	75,8	76,0	75,7	75,8
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte) ¹⁴	9,0	9,4	9,7	9,7
Staatsquote (Ausgaben des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	44,7	44,4	44,0	44,3
Defizitquote (Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	-0,2	0,3	0,7	0,8

Die **Defizitquote** wird definiert als negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Die **Sparquote** wird definiert als Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil (Ausgabenkonzept) in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Die **Arbeitsproduktivität** wird berechnet als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde.

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

2 Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“).

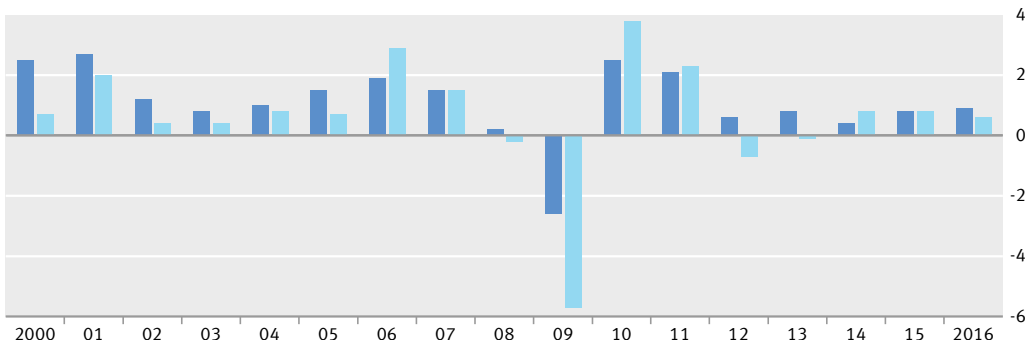
3 Arbeitseinkommensquote multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr, hier 1991.

4 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %

■ Je Stunde ■ Je Kopf



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person bzw. je geleistete Erwerbstätigenstunde.

2017 - 01 - 0259

12.5 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			% der Bruttowertschöpfung insgesamt		
Alle Wirtschaftsbereiche	2 631,3	2 729,7	2 822,2	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20,4	17,4	18,0	0,8	0,6	0,6
Produzierendes Gewerbe	803,3	832,2	857,0	30,5	30,5	30,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	685,1	707,5	722,3	26,0	25,9	25,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5,0	4,2	...	0,2	0,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	604,5	622,6	637,3	23,0	22,8	22,6
Energieversorgung	47,2	51,0	...	1,8	1,9	...
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	28,4	29,7	...	1,1	1,1	...
Baugewerbe	118,2	124,8	134,6	4,5	4,6	4,8
Dienstleistungsbereiche	1 807,5	1 880,1	1 947,2	68,7	68,9	69,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	413,9	430,2	443,1	15,7	15,8	15,7
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	256,3	267,3	275,6	9,7	9,8	9,8
Verkehr und Lagerei	118,0	120,4	122,7	4,5	4,4	4,3
Gastgewerbe	39,7	42,5	44,8	1,5	1,6	1,6
Information und Kommunikation	125,4	131,6	136,9	4,8	4,8	4,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	110,0	110,9	110,8	4,2	4,1	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	286,0	297,3	307,0	10,9	10,9	10,9
Unternehmensdienstleister	289,6	303,3	316,4	11,0	11,1	11,2
Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleister ..	156,6	163,0	...	6,0	6,0	...
Sonstige Unternehmensdienstleister	133,1	140,3	...	5,1	5,1	...
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit ...	476,6	497,2	519,0	18,1	18,2	18,4
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung ..	161,3	164,9	...	6,1	6,0	...
Erziehung und Unterricht	119,0	121,9	...	4,5	4,5	...
Gesundheits- und Sozialwesen	196,3	210,3	...	7,5	7,7	...
Sonstige Dienstleister	106,0	109,7	114,1	4,0	4,0	4,0
Kunst, Unterhaltung und Erholung	36,3	38,2	...	1,4	1,4	...
Sonstige Dienstleister a. n. g.	62,4	63,8	...	2,4	2,3	...
Häusliche Dienste	7,3	7,7	...	0,3	0,3	...

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wirtschaftsstruktur in Deutschland in %



Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

2017 - 01 - 0260

12.6 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	2 155,4	2 219,7	2 296,8	2,3	3,0	3,5
Private Konsumausgaben	1 594,4	1 636,0	1 681,5	1,8	2,6	2,8
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	1 541,0	1 581,6	1 623,8	1,8	2,6	2,7
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	53,4	54,4	57,7	3,5	1,9	6,0
Konsumausgaben des Staates	561,1	583,7	615,3	3,5	4,0	5,4
Bruttoinvestitionen	577,8	583,6	598,5	5,1	1,0	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	585,1	603,8	626,1	5,0	3,2	3,7
Ausrüstungen ¹	191,5	200,2	204,4	6,1	4,6	2,1
Bauten	288,7	295,0	308,7	4,2	2,2	4,7
Sonstige Anlagen ²	105,0	108,6	112,9	5,5	3,5	3,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	- 7,4	- 20,2	- 27,6	X	X	X
Inländische Verwendung	2 733,2	2 803,3	2 895,3	2,8	2,6	3,3
Außenbeitrag	190,7	229,5	238,8	X	X	X
Exporte	1 334,8	1 418,8	1 442,2	3,9	6,3	1,7
abzüglich: Importe	1 144,1	1 189,3	1 203,5	2,5	3,9	1,2
Bruttoinlandsprodukt	2 923,9	3 032,8	3 134,1	3,5	3,7	3,3

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.
2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

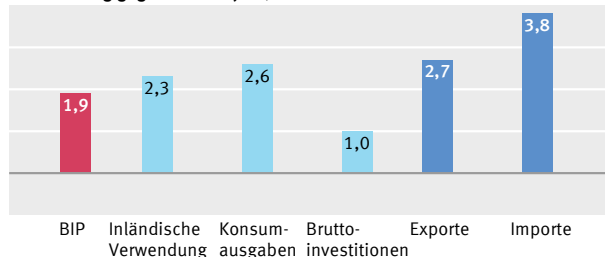
12.7 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Index 2010 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	104,4	106,7	109,5	1,0	2,2	2,6
Private Konsumausgaben	104,4	106,5	108,7	0,9	2,0	2,1
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	103,8	106,0	108,2	0,9	2,1	2,1
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	123,2	123,9	128,4	1,3	0,6	3,6
Konsumausgaben des Staates	104,5	107,4	111,7	1,2	2,7	4,0
Bruttoinvestitionen	104,8	104,1	105,2	3,2	- 0,6	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	108,9	110,7	113,1	3,4	1,7	2,2
Ausrüstungen ¹	106,8	110,7	111,9	5,5	3,7	1,1
Bauten	109,5	109,8	112,9	1,9	0,3	2,8
Sonstige Anlagen ²	111,4	113,5	116,5	4,0	1,9	2,6
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	X	X	X	X	X	X
Inländische Verwendung	104,5	106,2	108,6	1,4	1,6	2,3
Außenbeitrag	X	X	X	X	X	X
Exporte	118,0	124,1	127,4	4,1	5,2	2,7
abzüglich: Importe	114,8	121,0	125,6	4,0	5,5	3,8
Bruttoinlandsprodukt	106,4	108,2	110,2	1,6	1,7	1,9

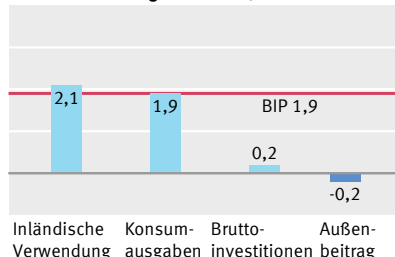
1 Einschl. militärischer Waffensysteme.
2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2016
Preisbereinigt

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Wachstumsbeiträge zum BIP¹, in %-Punkten



Der **Wachstumsbeitrag** ist definiert als rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

1 Die Wachstumsbeiträge sind – abgesehen von Rundungsdifferenzen – jeweils additiv: Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen ergeben die inländische Verwendung, welche wiederum zusammen mit dem Außenbeitrag das BIP ergibt.

12.8 Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken in jeweiligen Preisen

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland insgesamt		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	157,1	161,5	165,6	10,5	10,5	10,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen	47,9	49,9	49,8	3,2	3,2	3,2
Bekleidung und Schuhe	73,1	74,4	75,2	4,9	4,8	4,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	363,3	368,3	374,1	24,2	24,0	23,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Aus- rüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	97,9	101,5	104,2	6,5	6,6	6,6
Gesundheitspflege	79,3	83,2	86,5	5,3	5,4	5,5
Verkehr	217,6	221,2	230,1	14,5	14,4	14,6
Nachrichtenübermittlung	41,4	42,6	43,1	2,8	2,8	2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	132,8	136,4	141,1	8,9	8,9	9,0
Bildungswesen	12,6	12,8	13,4	0,8	0,8	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	78,3	82,7	86,0	5,2	5,4	5,5
Andere Waren und Dienstleistungen	197,7	202,6	206,9	13,2	13,2	13,1
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	1 499,0	1 537,1	1 575,8	100	100	100
Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt	71,1	74,2	78,6	X	X	X
abzügl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	29,0	29,8	30,6	X	X	X
Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 541,0	1 581,6	1 623,8	X	X	X

12.9 Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bruttoinvestitionen insgesamt	577,8	583,6	598,5	5,1	1,0	2,6
Bruttoanlageinvestitionen	585,1	603,8	626,1	5,0	3,2	3,7
Ausstattungsinvestitionen	191,5	200,2	204,4	6,1	4,6	2,1
Maschinen und Geräte ¹	135,6	144,4	...	4,5	6,5	...
Fahrzeuge	55,9	55,8	...	10,1	-0,2	...
Staat	10,2	12,4	12,9	-12,1	22,1	4,0
Übrige Sektoren	181,3	187,7	191,5	7,3	3,6	2,0
Bauinvestitionen	288,7	295,0	308,7	4,2	2,2	4,7
Wohnbauten	172,4	178,2	189,1	5,4	3,4	6,1
Staat	0,6	0,6	0,6	8,4	-11,0	5,9
Übrige Sektoren	171,8	177,7	188,5	5,3	3,4	6,1
Nichtwohnbauten	116,3	116,8	119,7	2,4	0,4	2,4
Hochbau (Nichtwohngebäude)	77,1	77,4	79,0	1,7	0,4	2,0
Tiefbau (sonstige Bauten)	39,2	39,4	40,7	3,9	0,4	3,3
Staat	33,9	34,3	35,7	4,1	1,1	4,2
Übrige Sektoren	82,4	82,5	84,0	1,8	0,1	1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	105,0	108,6	112,9	5,5	3,5	3,9
Nutztiere und Nutzpflanzungen	0,3	0,3	0,4	0,0	1,2	0,9
Geistiges Eigentum	104,7	108,3	112,6	5,6	3,5	4,0
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	-7,4	-20,2	-27,6	X	X	X

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.

12.10 Kapitalproduktivität, Kapitalintensität

	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoanlagevermögen ¹	Erwerbstätige	Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100		Messzahl 2010 = 100	Index 2010 = 100	
1991	79,0	68,5	94,6	115,3	72,5
1992	80,5	70,8	93,3	113,8	75,8
1993	79,8	72,8	92,1	109,6	79,0
1994	81,7	74,8	92,1	109,2	81,2
1995	83,1	76,8	92,5	108,2	83,0
1996	83,8	78,7	92,6	106,5	85,1
1997	85,4	80,6	92,5	105,9	87,1
1998	87,1	82,5	93,6	105,5	88,1
1999	88,8	84,5	95,2	105,0	88,8
2000	91,4	86,5	97,3	105,6	88,9
2001	93,0	88,4	97,0	105,2	91,1
2002	93,0	89,8	96,6	103,5	93,0
2003	92,3	91,2	95,6	101,2	95,4
2004	93,4	92,4	95,9	101,0	96,4
2005	94,1	93,6	95,9	100,4	97,7
2006	97,5	95,0	96,6	102,6	98,3
2007	100,7	96,5	98,3	104,4	98,1
2008	101,8	97,9	99,6	104,0	98,3
2009	96,1	98,9	99,7	97,2	99,2
2010	100	100	100	100	100
2011	103,7	101,2	101,4	102,4	99,8
2012	104,2	102,4	102,5	101,7	99,9
2013	104,7	103,5	103,2	101,2	100,3
2014	106,4	104,7	104,0	101,6	100,7
2015	108,2	105,9	105,0	102,1	100,9
2016	110,2	107,2	106,3	102,8	100,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1992	1,9	3,2	-1,3	-1,3	4,6
1993	-1,0	2,8	-1,3	-3,7	4,2
1994	2,5	2,8	0,0	-0,4	2,8
1995	1,7	2,7	2,7	-0,9	2,2
1996	0,8	2,5	0,0	-1,6	2,5
1997	1,8	2,4	-0,1	-0,5	2,4
1998	2,0	2,4	1,2	-0,4	1,2
1999	2,0	2,4	1,6	-0,4	0,8
2000	3,0	2,4	2,3	0,6	0,1
2001	1,7	2,1	-0,3	-0,4	2,4
2002	0,0	1,7	-0,4	-1,6	2,1
2003	-0,7	1,5	-1,1	-2,2	2,6
2004	1,2	1,4	0,3	-0,2	1,0
2005	0,7	1,3	-0,0	-0,6	1,3
2006	3,7	1,5	0,8	2,2	0,7
2007	3,3	1,5	1,7	1,7	-0,2
2008	1,1	1,5	1,3	-0,4	0,2
2009	-5,6	1,0	0,1	-6,6	0,9
2010	4,1	1,1	0,3	2,9	0,8
2011	3,7	1,2	1,4	2,4	-0,2
2012	0,5	1,2	1,2	-0,7	0,0
2013	0,5	1,1	0,6	-0,6	0,4
2014	1,6	1,2	0,8	0,4	0,4
2015	1,7	1,2	0,9	0,5	0,2
2016	1,9	1,2	1,2	0,6	-0,0

Unter **Kapitalintensität** versteht man das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Unter **Kapitalproduktivität** versteht man das Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.

3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2010 = 100).

12.11 Anlagevermögen nach Vermögensarten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. EUR									
Brutto									
Sachanlagen	13 250,3	13 539,8	13 846,4	14 380,4	14 918,5	15 421,7	15 902,6	16 339,6	16 825,6
Nutztiere und Nutzpflanzungen	10,9	10,5	10,8	11,9	12,8	12,8	12,3	12,5	12,3
Ausrüstungen ¹	2 195,2	2 220,0	2 253,4	2 293,8	2 340,1	2 364,5	2 405,1	2 455,2	2 505,4
Maschinen und Geräte ¹	1 664,4	1 679,7	1 693,3	1 711,5	1 743,8	1 761,4	1 787,9	1 825,1	1 860,6
Fahrzeuge	530,8	540,4	560,1	582,3	596,3	603,1	617,2	630,1	644,8
Bauten	11 044,2	11 309,2	11 582,2	12 074,7	12 565,7	13 044,4	13 485,3	13 871,8	14 307,9
Wohnbauten	6 225,0	6 387,5	6 567,5	6 862,7	7 174,3	7 493,4	7 790,3	8 052,6	8 350,1
Nichtwohnbauten	4 819,2	4 921,7	5 014,6	5 212,0	5 391,4	5 550,9	5 694,9	5 819,2	5 957,8
Geistiges Eigentum	724,3	741,1	767,2	807,6	841,6	869,5	904,8	940,8	976,3
Alle Anlagegüter	13 974,6	14 280,9	14 613,6	15 188,0	15 760,1	16 291,2	16 807,4	17 280,3	17 801,9
Netto									
Sachanlagen	7 792,3	7 899,5	8 028,4	8 302,4	8 570,6	8 814,5	9 046,5	9 252,0	9 483,0
Nutztiere und Nutzpflanzungen	8,5	8,1	8,3	9,3	10,1	10,1	9,6	9,8	9,5
Ausrüstungen ¹	1 139,6	1 141,0	1 156,6	1 181,3	1 203,8	1 213,0	1 234,2	1 262,1	1 286,7
Maschinen und Geräte ¹	839,0	840,8	844,8	856,7	875,1	883,9	898,9	922,0	943,5
Fahrzeuge	300,6	300,2	311,8	324,6	328,7	329,1	335,3	340,1	343,1
Bauten	6 644,2	6 750,4	6 863,5	7 111,9	7 356,7	7 591,4	7 802,7	7 980,2	8 186,8
Wohnbauten	3 907,5	3 974,9	4 053,6	4 205,8	4 367,5	4 530,9	4 679,7	4 806,3	4 953,8
Nichtwohnbauten	2 736,7	2 775,6	2 809,9	2 906,0	2 989,2	3 060,6	3 123,0	3 173,8	3 233,0
Geistiges Eigentum	379,3	387,8	400,8	422,4	440,0	453,7	472,2	491,0	509,8
Alle Anlagegüter	8 171,5	8 287,3	8 429,2	8 724,8	9 010,6	9 268,2	9 518,7	9 743,0	9 992,7
Preisbereinigt, Kettenindex (2010 = 100)									
Brutto									
Sachanlagen	98,1	99,0	100	101,1	102,3	103,3	104,4	105,6	106,7
Nutztiere und Nutzpflanzungen	101,2	100,7	100	98,9	98,6	98,9	99,0	98,5	98,2
Ausrüstungen ¹	99,3	99,3	100	100,6	101,4	101,8	102,6	103,7	104,7
Maschinen und Geräte ¹	100,1	100,0	100	100,1	100,6	101,0	101,5	102,4	103,4
Fahrzeuge	96,8	97,4	100	102,3	103,6	104,4	106,1	107,5	108,9
Bauten	97,8	98,9	100	101,2	102,4	103,6	104,8	105,9	107,1
Wohnbauten	97,2	98,6	100	101,6	103,3	104,9	106,5	108,2	109,9
Nichtwohnbauten	98,6	99,3	100	100,7	101,3	101,8	102,4	102,9	103,5
Geistiges Eigentum	95,4	97,8	100	102,6	105,1	107,3	109,9	112,4	114,9
Alle Anlagegüter	97,9	98,9	100	101,2	102,4	103,5	104,7	105,9	107,2
Netto									
Sachanlagen	99,4	99,6	100	100,7	101,3	101,7	102,3	103,0	103,6
Nutztiere und Nutzpflanzungen	101,5	100,8	100	98,6	98,2	98,6	98,7	98,2	97,9
Ausrüstungen ¹	100,3	99,4	100	101,0	101,7	101,9	102,7	104,0	104,9
Maschinen und Geräte ¹	101,0	100,3	100	100,5	101,4	101,7	102,5	103,9	105,3
Fahrzeuge	98,4	97,2	100	102,4	102,4	102,2	103,4	104,1	103,9
Bauten	99,3	99,6	100	100,6	101,2	101,7	102,3	102,8	103,4
Wohnbauten	98,8	99,4	100	100,9	101,9	102,7	103,7	104,6	105,6
Nichtwohnbauten	100,0	100,0	100	100,1	100,2	100,2	100,2	100,2	100,2
Geistiges Eigentum	95,6	97,9	100	102,7	105,1	107,2	109,7	112,2	114,9
Alle Anlagegüter	99,3	99,5	100	100,8	101,5	102,0	102,7	103,4	104,1

Bestand am Jahresende

1 Einschl. militärischer Waffensysteme.

12.12 Hauptaggregate der Sektoren 2016

	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	Mrd. EUR					
Produktionswert	5 566,5	3 930,4	246,2	451,8	938,1	-
dar. FISIM ¹	82,0	-	82,0	-	-	-
- Vorleistungen	2 744,3	2 135,4	138,8	150,1	319,9	-
dar. FISIM ¹	53,0	19,3	1,6	2,6	29,4	-
= Bruttowertschöpfung	2 822,2	1 794,9	107,4	301,7	618,2	-
- Abschreibungen	552,0	306,7	10,7	68,6	166,1	-
= Nettowertschöpfung ²	2 270,2	1 488,2	96,7	233,1	452,1	- 238,8
- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 595,3	1 065,1	70,3	236,7	223,2	14,1
- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,1	10,2	2,5	0,2	9,2	-
+ Empfangene sonstige Subventionen	25,2	23,5	-	0,2	1,5	-
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	677,9	436,4	23,9	- 3,6	221,2	- 252,9
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 598,4	-	-	-	1 598,4	11,0
- Geleistete Subventionen	27,0	-	-	27,0	-	5,6
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	334,5	-	-	334,5	-	6,9
- Geleistete Vermögenseinkommen	717,9	371,7	275,2	43,2	27,8	174,8
+ Empfangene Vermögenseinkommen	780,8	134,8	230,5	19,3	396,3	111,9
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 646,7	199,5	- 20,8	280,0	2 188,0	- 303,4
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	387,6	73,4	10,2	-	304,0	10,1
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	397,2	-	-	397,2	-	0,4
- Geleistete Nettosozialbeiträge ³	642,2	-	-	-	642,2	3,7
+ Empfangene Nettosozialbeiträge ³	643,1	22,2	96,8	523,3	0,8	2,8
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	549,2	16,7	44,4	487,3	0,8	0,5
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	542,4	-	-	-	542,4	7,3
- Geleistete sonstige laufende Transfers	307,5	27,6	129,8	75,5	74,6	50,1
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	267,2	12,6	130,0	20,3	104,3	90,4
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 610,1	116,5	21,6	658,0	1 813,9	- 266,8
- Konsumausgaben	2 296,8	-	-	615,3	1 681,5	-
dar. FISIM ¹	29,4	-	-	2,6	26,8	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 5,1	- 43,4	-	48,5	-
= Sparen	313,3	111,4	- 21,8	42,7	180,9	- 266,8
- Geleistete Vermögenstransfers	52,9	1,9	7,1	35,4	8,6	4,9
+ Empfangene Vermögenstransfers	50,1	20,8	2,8	15,4	11,0	7,8
- Bruttoinvestitionen	598,5	326,3	11,5	66,3	194,4	-
+ Abschreibungen	552,0	306,7	10,7	68,6	166,1	-
- Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ..	- 3,3	- 2,8	-	- 1,3	0,9	3,3
= Finanzierungssaldo	267,2	113,6	- 26,9	26,4	154,1	- 267,2

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

2 Für den Sektor „übrige Welt“ Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt.

3 Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

12.13 Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften

	2013	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			
Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 409,2	1 473,0	1 536,0	1 585,0
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 014,6	1 055,2	1 095,5	1 135,4
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 11,5	– 11,6	– 9,8	– 10,8
= Betriebsüberschuss	406,1	429,4	450,4	460,3
+ Empfangene Vermögenseinkommen	398,5	381,9	374,4	365,3
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	319,3	298,1	291,1	277,7
= Unternehmensgewinne	485,3	513,1	533,7	547,9
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	344,7	353,0	353,5	360,2
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 4,5	3,7	5,8	9,0
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	145,2	156,5	174,4	178,7
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 312,9	1 376,4	1 438,8	1 488,2
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	947,2	985,7	1 025,7	1 065,1
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 12,5	– 12,6	– 12,1	– 13,3
= Betriebsüberschuss	378,2	403,3	425,3	436,4
+ Empfangene Vermögenseinkommen	129,9	129,2	132,8	134,8
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	33,6	33,8	32,0	28,2
= Unternehmensgewinne	474,5	498,6	526,1	543,0
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	324,3	329,7	330,7	338,3
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 3,7	3,4	5,0	5,2
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	153,9	165,5	190,3	199,5
Finanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	96,3	96,6	97,1	96,7
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	67,4	69,5	69,8	70,3
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	1,1	1,1	2,3	2,5
= Betriebsüberschuss	27,9	26,1	25,1	23,9
+ Empfangene Vermögenseinkommen	268,6	252,7	241,6	230,5
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	285,7	264,3	259,1	249,5
= Unternehmensgewinne	10,8	14,5	7,6	4,9
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	20,3	23,2	22,7	21,8
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 0,8	0,2	0,8	3,8
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	– 8,7	– 9,0	– 15,9	– 20,8

12.14 Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben

	Staat insgesamt			Gebietskörperschaften			Sozialversicherung		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR								
Marktproduktion	17,5	17,8	18,7	17,5	17,8	18,7	–	–	–
+ Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	403,1	413,8	433,1	372,0	381,2	399,2	31,1	32,6	34,0
= Produktionswert	420,6	431,7	451,8	389,5	399,0	417,9	31,1	32,6	34,0
– Vorleistungen	134,3	139,5	150,1	125,1	129,5	139,3	9,2	10,0	10,8
= Bruttowertschöpfung	286,3	292,1	301,7	264,4	269,6	278,5	21,9	22,6	23,2
– Abschreibungen	65,0	66,7	68,6	63,9	65,6	67,4	1,1	1,2	1,2
= Nettowertschöpfung	221,2	225,4	233,1	200,5	204,0	211,1	20,7	21,4	22,0
– Arbeitnehmerentgelt	224,1	228,6	236,7	203,4	207,2	214,7	20,7	21,4	22,0
– Sonstige Nettoproduktionsabgaben ²	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,0	0,0	0,0	0,0
= Betriebsüberschuss ³	– 2,8	– 3,2	– 3,6	– 2,8	– 3,2	– 3,6	–	–	–
Sonstige Nichtmarktproduktion	388,8	399,2	418,2	357,8	366,6	384,3	31,0	32,5	33,9
– Verkäufe aus Nichtmarktproduktion	67,8	67,9	70,9	65,4	64,9	67,9	2,4	3,0	3,0
+ Soziale Sachleistungen	240,0	252,4	268,0	33,5	36,0	42,6	206,5	216,4	225,4
= Konsumausgaben des Staates	561,1	583,7	615,3	325,9	337,8	359,1	235,2	245,9	256,3

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen.

3 Aus Marktproduktion.

12.15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen	1 306,8	1 354,8	1 414,7	3,8	3,7	4,4
Verkäufe	99,6	100,4	104,5	3,6	0,8	4,2
Marktproduktion (ohne Gütersteuern)	17,5	17,8	18,7	0,9	1,9	4,9
Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	82,1	82,5	85,8	4,2	0,6	4,0
Sonstige Subventionen	0,3	0,2	0,2	- 13,1	- 19,4	- 12,4
Vermögenseinkommen	25,1	21,8	19,3	19,5	- 12,9	- 11,6
Zinsen	12,5	11,8	11,2	1,9	- 5,8	- 4,8
Sonstiges (Kapitalerträge, Nettopachten u. Ä.)	1,5	1,6	1,4	- 1,0	1,2	- 8,5
Ausschüttungen	11,0	8,5	6,7	53,8	- 22,9	- 21,6
Steuern ²	668,6	700,0	731,8	3,5	4,7	4,5
Produktions- und Importabgaben	314,7	327,4	334,5	3,0	4,0	2,2
Gütersteuern	294,8	305,5	314,2	3,1	3,6	2,8
Sonstige Produktionsabgaben	20,0	21,9	20,4	2,9	9,7	- 7,2
Einkommen- und Vermögensteuern	353,9	372,6	397,2	3,9	5,3	6,6
Nettosozialbeiträge	482,0	500,8	523,3	3,7	3,9	4,5
Tatsächliche Sozialbeiträge	447,9	466,3	487,7	3,8	4,1	4,6
Unterstellte Sozialbeiträge	34,1	34,5	35,7	1,9	1,3	3,3
Sonstige laufende Transfers	19,1	19,5	20,3	- 2,8	2,1	4,2
Nichtlebensversicherungsleistungen	0,3	0,3	0,3	- 3,8	0,8	2,0
Laufende Transfers innerhalb des Staatesektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler						
Zusammenarbeit	1,3	1,4	1,0	- 23,9	11,7	- 32,2
Übrige laufende Transfers	17,6	17,8	19,1	- 0,8	1,4	7,2
Vermögenstransfers	12,2	12,2	15,4	17,1	0,0	26,2
Vermögenswirksame Steuern	5,5	6,3	7,0	17,7	15,4	11,4
Investitionszuschüsse	3,2	3,6	2,0	- 9,2	10,7	- 45,8
Sonstige Vermögenstransfers	3,5	2,3	6,4	59,0	- 34,2	180,6
- Ausgaben	1 298,2	1 333,9	1 388,4	2,7	2,7	4,1
Vorleistungen	134,3	139,5	150,1	0,9	3,9	7,6
Arbeitnehmerentgelt	224,1	228,6	236,7	2,8	2,0	3,5
Sonstige Produktionsabgaben	0,2	0,2	0,2	4,5	0,0	- 1,6
Vermögenseinkommen	52,0	47,3	43,2	- 7,2	- 9,1	- 8,6
Subventionen ³	26,0	27,5	27,0	2,0	5,8	- 1,7
Gütersubventionen	6,7	7,8	7,4	0,3	15,5	- 4,2
Sonstige Subventionen	19,3	19,7	19,6	2,6	2,5	- 0,7
Monetäre Sozialleistungen	452,5	471,0	487,3	2,9	4,1	3,5
Soziale Sachleistungen	240,0	252,4	268,0	5,8	5,2	6,2
Sonstige laufende Transfers	72,3	75,2	75,5	- 1,8	4,1	0,3
Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen	0,3	0,3	0,3	- 3,8	0,8	2,0
Laufende Transfers innerhalb des Staatesektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler						
Zusammenarbeit	5,4	4,7	6,8	- 1,4	- 12,7	44,9
Übrige laufende Transfers	66,6	70,3	68,4	- 1,8	5,5	- 2,7
Vermögenstransfers	37,2	29,7	35,4	17,3	- 20,2	19,0
Investitionszuschüsse	24,6	25,9	27,7	0,8	5,3	7,0
Sonstige Vermögenstransfers	12,6	3,8	7,6	72,3	- 70,0	101,1
Bruttoinvestitionen	60,9	64,3	66,3	0,4	5,4	3,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 1,8	- 1,3	- 12,4	36,5	- 27,3
= Finanzierungssaldo	8,6	20,9	26,4	X	X	X
nachrichtlich:						
Konsumausgaben	561,1	583,7	615,3	3,5	4,0	5,4
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	362,6	377,9	399,3	4,5	4,2	5,7
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	198,5	205,8	216,0	1,7	3,7	5,0

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.

3 Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

12.16 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

	2013	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	210,3	205,8	212,3	221,2
- Saldo der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten	27,4	24,3	21,7	19,9
= Unternehmensgewinne	183,0	181,4	190,6	201,2
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 430,0	1 485,5	1 539,9	1 598,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 167,5	1 213,0	1 260,6	1 311,0
Nettolöhne und -gehälter	778,4	807,1	836,6	868,7
Abzüge der Arbeitnehmer/-innen	389,1	405,9	424,1	442,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	262,5	272,5	279,2	287,3
+ Empfangene Vermögenseinkommen	393,9	391,7	392,2	393,2
Übrige Zinsen, Pachteinkommen	50,5	45,4	40,8	37,0
Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	271,5	276,2	276,8	282,5
Sonstige Kapitalerträge	71,9	70,1	74,6	73,6
- Geleistete übrige Zinsen	6,5	5,8	5,2	4,8
= Primäreinkommen	2 000,4	2 052,7	2 117,4	2 188,0
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	493,1	506,9	526,0	542,4
Geldleistungen der Sozialversicherung	297,2	304,9	316,9	328,4
Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen ...	57,3	58,5	59,3	59,4
Beamtenpensionen. Leistungen der Unterstützungs-				
kassen, Beihilfen und Vorruhestandsgeld	62,7	65,6	68,4	71,1
Monetäre Sozialleistungen der Gebiets-				
körperschaften	75,9	77,8	81,4	83,5
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	99,5	101,0	103,1	105,1
Nichtlebensversicherungsleistungen	57,8	57,1	57,5	58,2
Sozialbeiträge ¹	0,7	0,8	0,8	0,8
Übrige laufende Transfers	40,9	43,2	44,8	46,1
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	265,7	276,7	291,1	304,0
Einkommensteuer	251,4	261,7	276,0	288,8
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	14,3	15,0	15,1	15,1
- Geleistete Sozialbeiträge	562,6	582,2	600,1	622,3
Tatsächliche Sozialbeiträge	526,2	545,2	562,6	583,8
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-				
innen	226,2	235,5	241,8	248,8
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen	201,7	209,3	216,9	227,4
Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nicht-				
erwerbstätigen, Beiträge für Empfänger sozialer				
Leistungen einschließlich deren Eigenbeiträge ...	98,3	100,4	104,0	107,6
Unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen ...	36,3	37,0	37,4	38,6
- Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienst-				
leistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme	18,2	19,1	19,4	19,9
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	0,7	0,8	0,8	0,8
- Geleistete sonstige laufende Transfers	73,1	71,8	72,1	74,6
Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen	58,8	57,7	58,0	58,8
Übrige laufende Transfers	14,3	14,2	14,2	15,8
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 672,5	1 710,1	1 763,1	1 813,9
- Private Konsumausgaben	1 565,7	1 594,4	1 636,0	1 681,5
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	47,3	49,3	48,1	48,5
= Sparen	154,1	165,1	175,2	180,9
nachrichtlich:				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 672,5	1 710,1	1 763,1	1 813,9
+ Soziale Sachleistungen	347,0	362,6	377,9	399,3
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 019,5	2 072,7	2 140,9	2 213,2
- Individualkonsum	1 912,7	1 957,0	2 013,8	2 080,8
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	47,3	49,3	48,1	48,5
= Sparen	154,1	165,1	175,2	180,9

Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

1 Unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfen, Unterstützungen u. Ä., welche private Organisationen ohne Erwerbszweck von privaten Haushalten empfangen.

12.17 Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen aus der übrigen Welt . . .	1 605,6	1 700,9	1 727,4	3,3	5,9	1,6
Experte	1 334,8	1 418,8	1 442,2	3,9	6,3	1,7
Waren	1 114,8	1 180,1	1 197,2	3,2	5,9	1,4
Dienstleistungen	220,0	238,7	245,1	7,4	8,5	2,7
dar. FISIM ¹	8,2	8,2	7,7	2,9	-0,1	-6,2
Primäreinkommen	191,3	194,5	194,5	-0,3	1,7	0,0
Arbeitnehmerentgelt	12,6	13,6	14,1	5,0	8,1	3,9
Vermögenseinkommen	173,4	176,2	174,8	-0,7	1,6	-0,8
Subventionen	5,3	4,7	5,6	-2,2	-12,3	19,1
Laufende Transfers	62,1	64,6	64,3	1,9	4,1	-0,4
Vermögenstransfers	17,4	23,0	26,4	8,0	32,2	14,7
Ausgaben an die übrige Welt	1 386,4	1 445,6	1 460,2	1,9	4,3	1,0
Importe	1 144,1	1 189,3	1 203,5	2,5	3,9	1,2
Waren	888,3	916,9	921,1	2,3	3,2	0,5
Dienstleistungen	255,8	272,4	282,4	3,1	6,5	3,7
dar. FISIM ¹	4,9	4,8	4,5	4,7	-1,6	-6,0
Primäreinkommen	126,3	128,5	129,9	1,6	1,7	1,1
Arbeitnehmerentgelt	10,0	10,7	11,0	5,1	7,6	2,7
Vermögenseinkommen	111,7	112,3	111,9	1,1	0,6	-0,3
Produktions- und Import- abgaben	4,6	5,4	6,9	7,4	17,6	27,2
Laufende Transfers	98,5	103,1	100,9	-4,4	4,7	-2,1
Vermögenstransfers	17,5	24,8	26,0	X	X	X
Finanzierungssaldo	219,2	255,3	267,2	X	X	X
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	190,7	229,5	238,8	X	X	X
Waren	226,5	263,2	276,1	X	X	X
Dienstleistungen	-35,8	-33,6	-37,3	X	X	X
Primäreinkommen	65,0	66,0	64,6	X	X	X
Laufende Transfers	-36,4	-38,5	-36,6	X	X	X
Vermögenstransfers	-0,1	-1,8	0,4	X	X	X

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

12.18 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Inländische Produktion und Importe 2013

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern					
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	private Konsumausgaben im Inland	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR									
Alle Gütergruppen	5 201,4	1 049,1	6 250,6	2 592,3	1 352,5	535,7	510,6	1 259,5	6 250,6
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	54,9	30,3	85,2	55,8	18,9	0,0	0,3	10,2	85,2
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	11,4	102,4	113,8	100,8	4,8	0,1	0,1	8,0	113,8
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	175,2	50,8	226,0	64,2	108,5	0,5	0,0	52,9	226,0
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	20,5	46,2	66,8	7,4	32,1	0,0	0,1	27,1	66,8
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	79,8	22,7	102,5	62,4	9,6	0,0	4,1	26,5	102,5
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	71,2	48,3	119,5	60,5	34,5	0,1	0,0	24,4	119,5
Chemische Erzeugnisse	125,9	79,7	205,6	93,3	9,9	0,1	0,0	102,3	205,6
Pharmazeutische Erzeugnisse	34,4	32,7	67,1	-8,5	11,2	17,9	0,0	46,4	67,1
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	111,2	37,0	148,2	82,9	9,7	0,0	4,6	51,0	148,2
Metalle und Metallerzeugnisse	217,7	80,6	298,3	186,7	5,0	0,0	18,7	87,9	298,3
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	62,6	89,0	151,5	30,8	16,7	0,4	20,9	82,7	151,5
Elektrische Ausrüstungen	85,7	45,6	131,3	48,4	8,5	0,0	12,0	62,3	131,3
Maschinen	222,6	70,1	292,8	79,1	1,3	0,0	50,3	162,1	292,8
Fahrzeuge	320,2	106,5	426,8	97,8	56,7	0,1	45,4	226,7	426,8
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	93,5	35,4	128,9	44,4	25,8	0,6	26,2	31,9	128,9
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	111,7	2,6	114,3	68,3	41,0	0,3	0,0	4,8	114,3
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	56,7	8,5	65,3	36,1	19,3	0,7	0,0	9,1	65,3
Bauarbeiten	276,9	0,0	276,9	95,2	5,1	0,0	176,5	0,0	276,9
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	845,9	50,7	896,7	430,8	317,4	11,6	20,0	116,9	896,7
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen	245,9	31,8	277,7	164,1	56,6	0,0	27,5	29,4	277,7
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	1 089,2	72,4	1 161,6	617,0	355,1	5,4	95,3	88,8	1 161,6
darunter:									
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	82,0	11,1	93,1	1,3	1,8	5,0	69,7	15,2	93,1
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	888,3	5,6	893,9	174,7	204,8	497,9	8,5	8,1	893,9
%									
Alle Gütergruppen	83,2	16,8	100	41,5	21,6	8,6	8,2	20,1	100
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	64,4	35,6	100	65,5	22,2	0,0	0,4	11,9	100
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	10,0	90,0	100	88,6	4,2	0,1	0,1	7,0	100
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	77,5	22,5	100	28,4	48,0	0,2	0,0	23,4	100
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	30,7	69,3	100	11,1	48,0	0,0	0,2	40,6	100
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	77,8	22,2	100	60,9	9,4	0,0	4,0	25,8	100
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	59,6	40,4	100	50,6	28,9	0,1	0,0	20,4	100
Chemische Erzeugnisse	61,3	38,7	100	45,4	4,8	0,0	0,0	49,8	100
Pharmazeutische Erzeugnisse	51,3	48,7	100	-12,6	16,8	26,7	0,0	69,2	100
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	75,0	25,0	100	56,0	6,6	0,0	3,1	34,4	100
Metalle und Metallerzeugnisse	73,0	27,0	100	62,6	1,7	0,0	6,3	29,5	100
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	41,3	58,7	100	20,3	11,0	0,3	13,8	54,6	100
Elektrische Ausrüstungen	65,3	34,7	100	36,9	6,5	0,0	9,2	47,5	100
Maschinen	76,0	24,0	100	27,0	0,5	0,0	17,2	55,4	100
Fahrzeuge	75,0	25,0	100	22,9	13,3	0,0	10,6	53,1	100
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	72,5	27,5	100	34,5	20,0	0,5	20,3	24,7	100
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	97,7	2,3	100	59,7	35,9	0,2	0,0	4,2	100
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	86,9	13,1	100	55,3	29,6	1,1	0,0	14,0	100
Bauarbeiten	100,0	0,0	100	34,4	1,8	0,0	63,8	0,0	100
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	94,3	5,7	100	48,0	35,4	1,3	2,2	13,0	100
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen	88,5	11,5	100	59,1	20,4	0,0	9,9	10,6	100
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	93,8	6,2	100	53,1	30,6	0,5	8,2	7,6	100
darunter:									
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	88,1	11,9	100	1,4	1,9	5,4	74,9	16,3	100
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	99,4	0,6	100	19,5	22,9	55,7	0,9	0,9	100

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), Ausgabe 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

12.19 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2013

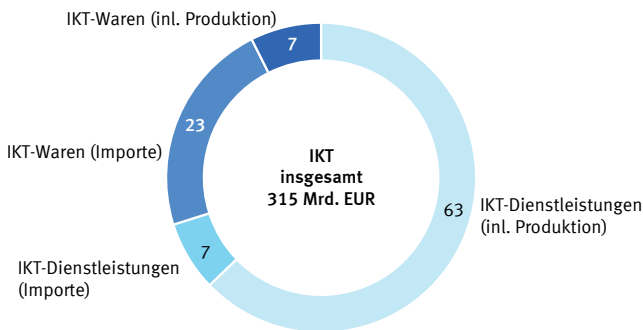
	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern				
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	Konsumausgaben im Inland	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR								
Volkswirtschaft insgesamt	5 201,4	1 049,1	6 250,6	2 592,3	1 888,2	510,6	1 259,5	6 250,6
1.–7. IKT-Gütergruppen insgesamt	221,1	94,1	315,2	157,4	48,9	39,2	69,7	315,2
1.–4. IKT-Waren	23,3	71,0	94,3	22,1	11,9	14,3	45,9	94,3
1. Computer und Zubehör	3,7	20,5	24,1	2,8	1,9	8,0	11,5	24,1
2. Telekommunikationsgeräte und -einrichtungen	4,0	16,5	20,6	3,5	2,4	4,2	10,5	20,6
3. Unterhaltungselektronik	2,2	10,4	12,6	-0,1	6,9	1,4	4,3	12,6
4. Sonstige Informations- und Kommunikationstechnik	13,4	23,6	37,0	16,0	0,7	0,7	19,6	37,0
5.–7. IKT-Dienstleistungen	197,8	23,0	220,9	135,3	37,0	24,8	23,8	220,9
5. Software und IT-Beratung	102,4	17,0	119,4	79,6	2,1	20,3	17,3	119,4
6. Telekommunikationsdienstleistungen	62,2	4,4	66,6	35,1	28,3	0,0	3,2	66,6
7. Sonstige IKT-Dienstleistungen	33,2	1,7	34,9	20,5	6,7	4,5	3,3	34,9
%								
Anteil der IKT-Gütergruppen zur Volkswirtschaft insgesamt	4,3	9,0	5,0	6,1	2,6	7,7	5,5	5,0

Zusammengefasste IKT-Gütergruppen auf Basis der detaillierten IKT-Güterliste der OECD 2008.

¹ Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

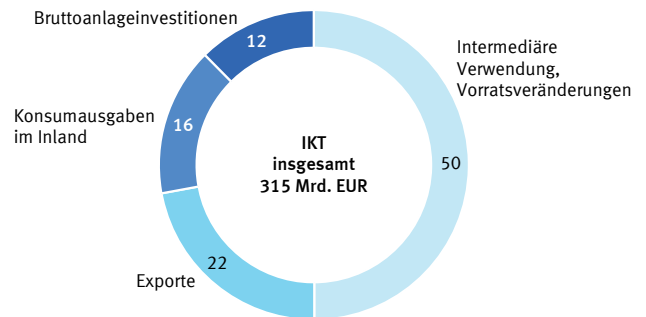
Aufkommensstruktur der IKT 2013

in %



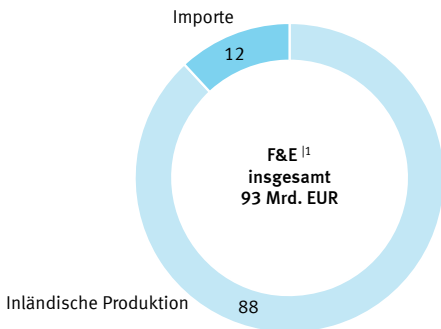
Verwendungsstruktur der IKT 2013

in %



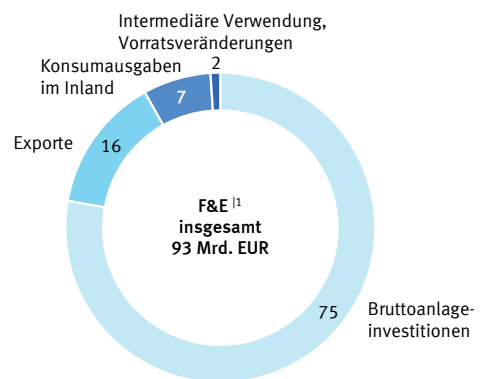
Aufkommensstruktur der F&E ¹ 2013

in %



Verwendungsstruktur der F&E ¹ 2013

in %



¹ Forschungs- und Entwicklungsleistungen.

2017 - 01 - 0262

12.20 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte

	Einheit	2011	2012	2013
Exporte	Mrd. EUR	1 211,5	1 266,9	1 284,7
Exportinduzierte Importe	Mrd. EUR	495,5	515,6	517,8
	in % der Exporte	40,9	40,7	40,3
Exportinduziertes BIP	Mrd. EUR	716,0	751,3	767,0
	in % des BIP	26,5	27,3	27,1
Exportabhängige Erwerbstätige	Mill.	9,8	10,3	10,4
	Anteil ¹ in %	23,6	24,5	24,6
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. EUR	2 703,1	2 754,9	2 826,2
Erwerbstätige	Mill.	41,6	42,1	42,3

1 Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt.

Die **exportinduzierten Importe** sind Waren ausländischen Ursprungs, sowie bei der inländischen Produktion für den Export eingesetzte importierte Vorleistungen (Waren und Dienstleistungen).

Das **exportinduzierte Bruttoinlandsprodukt** umfasst das Bruttoinlandsprodukt, das bei der inländischen Produktion von Exportgütern direkt oder bei der Produktion von Vorleistungsgütern für die Exportgüterproduktion im Inland entstanden ist.

Die **exportabhängigen Erwerbstätigen** umfassen neben den Erwerbstätigen die direkt in der Exportgüterproduktion arbeiten, auch die Erwerbstätigen, die Vorleistungsgüter für die Exportgüterproduktion im Inland produzieren.

Der **Importanteil** ist der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Gütern für die letzte Verwendung (Konsum, Investitionen und Exporte).

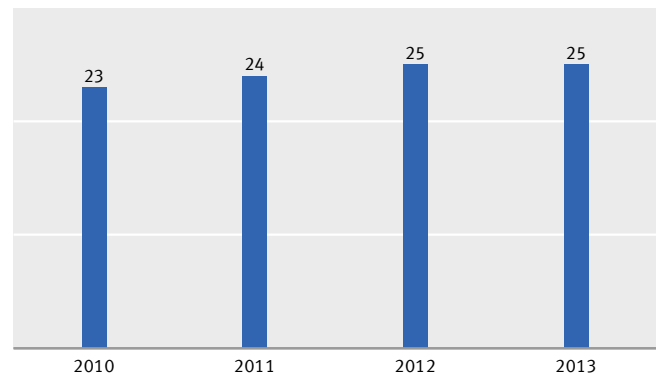
12.21 Bruttoinlandsprodukt nach Ländern 2016

	In jeweiligen Preisen	
	Wert	Anteil an Deutschland
	Mrd. EUR	%
Deutschland	3 132,67	100
Baden-Württemberg	476,8	15,2
Bayern	568,0	18,1
Berlin	129,5	4,1
Brandenburg	68,5	2,2
Bremen	32,3	1,0
Hamburg	110,7	3,5
Hessen	269,4	8,6
Mecklenburg-Vorpommern	41,4	1,3
Niedersachsen	264,1	8,4
Nordrhein-Westfalen	669,7	21,4
Rheinland-Pfalz	139,5	4,5
Saarland	35,1	1,1
Sachsen	118,5	3,8
Sachsen-Anhalt	59,4	1,9
Schleswig-Holstein	89,2	2,8
Thüringen	60,8	1,9
nachrichtlich:		
Früheres Bundesgebiet		
ohne Berlin	2 654,6	84,7
einschl. Berlin	2 784,1	88,9
Neue Länder		
ohne Berlin	348,6	11,1
einschl. Berlin	478,1	15,3

Berechnungsstand: November 2016/Februar 2017.

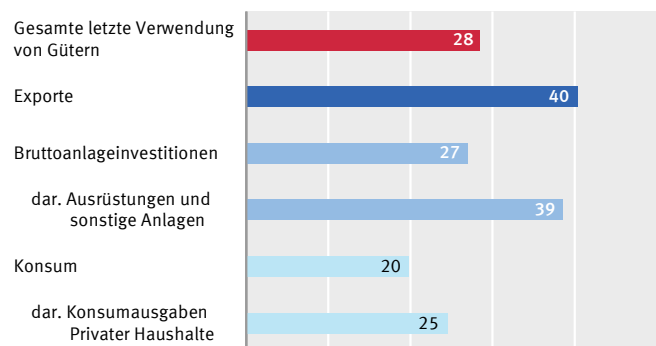
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Exportabhängigkeitsquote der Erwerbstätigen in %



Exportabhängige Erwerbstätige in % aller Erwerbstätigen im Inland.

Importanteil der letzten Verwendung von Gütern 2013 in %



Einbezogen sind direkt für die letzte Verwendung importierte Güter und bei der inländischen Produktion eingesetzte importierte Vorleistungen.

Methodik

■ Zweck und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland zu geben. Dabei werden alle Wirtschaftseinheiten (Personen, Institutionen) mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren) einbezogen. Die Wirtschaftseinheiten und ihre Tätigkeiten werden zu großen Gruppen (Wirtschaftsbereiche, Sektoren) zusammengefasst.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen. Die Ergebnisse werden in der gesamten EU in gleicher Weise berechnet, basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). So ist sichergestellt, dass europaweit vergleichbare harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen. Innerhalb der EU dienen die Angaben zum Bruttonationaleinkommen (BNE) beispielsweise zur Berechnung der Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die EU.

Zur Volkswirtschaft gehören alle Gebietsansässigen, die während eines längeren Zeitraums (ein Jahr oder länger) wirtschaftliche Tätigkeiten in diesem (Wirtschafts-) Gebiet ausüben. Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft sein (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland). Die Region außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebiets wird nicht als Ausland bezeichnet, sondern als „übrige Welt“. Die Staatsangehörigkeit ist im Allgemeinen für die Abgrenzung ohne Bedeutung. Ebenso ist es unerheblich, welche Rechtsform die Wirtschaftseinheiten haben.

Die deutschen VGR bestehen aus der Inlandsproduktsberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Vermögensrechnung, der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitsvolumenrechnung und der Finanzierungsrechnung.

Die **Inlandsproduktsberechnung** ist vor allem auf die zahlenmäßige Darstellung von Marktvorgängen ausgerichtet. Berechnet und veröffentlicht werden vierteljährliche und jährliche Angaben zur Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoninlandsprodukts (BIP) in jeweiligen Preisen sowie preisbereinigt. Ebenfalls werden Ergebnisse für die Produktionsfaktoren nachgewiesen, z. B. Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbspersonen (**Erwerbstätigenrechnung**) und zum Anlagevermögen bzw. Kapitalstock (**Vermögensrechnung**). Die ermittelten Größen – allen voran das BIP – sind wichtige Daten für die laufende Wirtschaftsbeobachtung sowie für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Die Tabellen der **Input-Output-Rechnung (IOR)** geben einen detaillierten und tief gegliederten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Modell- und Simulationsrechnungen sowie Prognosen. Die Input-Output-Rechnung ist ein integraler Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dies bedeutet, dass ihre Eckdaten vollständig mit den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung abgestimmt sind. Als Darstellungseinheiten werden in den Input-Output-Tabellen nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzte „homogene Produktionseinheiten“ verwendet. Sie werden zu Produktionsbereichen zusammengefasst, die jeweils ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

■ Berechnungsmethode

Für die Berechnung der Ergebnisse der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Revisionszeitpunkt vorliegen. Zusätzlich werden weitere Datenquellen

ausgewertet wie administrative Daten (z. B. Finanz- und Steuerstatistiken, Daten der Bundesagentur für Arbeit), Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen (z. B. Lufthansa, Telekom, Kreditinstitute), Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus) sowie Informationen von Verbänden. Hinzu kommen Expertenschätzungen und Fortschreibungen von Zeitreihen.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird durch zwei Ansätze berechnet: den Entstehungs- und den Verwendungsansatz. Zwischen den beiden daraus resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis des BIP und seiner Aggregate führt.

Auf der **Entstehungsseite** (Produktionsansatz) wird die wirtschaftliche Leistung aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt, basierend auf allen zum Zeitpunkt der Berechnung verfügbaren Produktionsstatistiken (z. B. Kostenstrukturerhebung, Monaterhebung im Einzelhandel). Ausgehend von den Produktionswerten der Wirtschaftseinheiten wird bei Marktproduzenten durch Abzug der Vorleistungen (intermediärer Verbrauch) die Bruttowertschöpfung errechnet, die die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche misst und die zentrale Kennzahl der Entstehungsrechnung ist. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann das BIP, indem – als Bewertungskorrektur beim Übergang von Herstellungspreisen zu Marktpreisen – die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Auf der **Verwendungsseite** (Ausgabenansatz) wird die wirtschaftliche Leistung mit Hilfe der Verwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen ermittelt: Sie können im Inland konsumiert oder investiert oder ins Ausland exportiert werden. Zu bestimmen sind daher private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe), aus deren Summe sich das BIP des Verwendungsansatzes ergibt. In die verwendungsseitige Rechnung werden insbesondere Daten des Einzelhandels, der Investitionserhebung und der Außenhandelsstatistik mit einbezogen.

Die wirtschaftliche Leistung kann im Wirtschaftskreislauf als dritte Möglichkeit mit Hilfe der **Verteilungsrechnung** ermittelt werden, d. h. anhand der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. In Deutschland ist allerdings bis jetzt eine eigenständige Berechnung über die Verteilungsseite nicht möglich, da keine ausreichenden Basisdaten über die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorliegen.

Die **Preisbereinigung** erfolgt in den deutschen VGR seit der großen Revision 2005 entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Anders als bei der früheren Festpreisbasis wird dabei nicht für die gesamte Zeitreihe ein festes Jahr verwendet, sondern jeweils das Vorjahr als Basisjahr (also z. B. die jahresdurchschnittlichen Preise von 2015 für Ergebnisse von 2016). Dadurch werden bei der Vorjahrespreismethode immer aktuelle Preisrelationen berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten genauer macht (insbesondere das Wachstum des BIP). Durch Verkettung („Chain-linking“) werden für jedes Merkmal vergleichbare Zeitreihen gebildet.

■ Struktur der Darstellung

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Form eines geschlossenen **Kontensystems** mit doppelter Verbuchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Sie werden in einer Reihe von **Tabellen** dargestellt, die das Kontensystem ergänzen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teils tiefer untergliedert, teils nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst, teils in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. preisbereinigte Angaben, Angaben je Einwohnerin und Einwohner).

Als kleinste **Darstellungseinheit** dienen Institutionen, die entweder selbst bilanzieren oder bei denen es aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht möglich

Methodik

wäre, eine vollständige Rechnungsführung zu erstellen. Die Zusammenfassung der kleinsten Darstellungseinheiten zu Gruppen richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. In den VGR werden die folgenden **Sektoren** unterschieden:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Kapital- und Personengesellschaften wie AGs, GmbHs, OHGs und KGs; sonstige öffentliche Einheiten (z. B. Eigenbetriebe), die nach den Regeln des ESVG 2010 als Marktproduzenten angesehen werden; rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Krankenhäuser und Pflegeheime),
- Finanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Banken, Versicherungen),
- Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung sowie deren Extrahaushalte, d. h. aus den Kernhaushalten ausgegliederte öffentliche Einheiten, die nach den Regeln des ESVG 2010 als Nichtmarktproduzenten angesehen werden),
- Private Haushalte (als Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch als Produzentinnen und Produzenten, z. B. selbstständige Landwirtinnen und Landwirte),
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine).

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben, wird als „übrige Welt“ bezeichnet (siehe auch Abschnitt „Zweck und Abgrenzung der VGR“).

■ Aktualität und Genauigkeit

Das **Jahresergebnis** des Bruttoinlandsprodukts und seiner wichtigsten Komponenten wird in Deutschland bereits sehr früh veröffentlicht, nämlich ca. 15 Tage nach Ende der Berichtsperiode, also Mitte Januar, in einer Pressekonferenz. Alle Veröffentlichungstermine der deutschen VGR werden im Voraus festgelegt und publiziert.

Die aktuellen Ergebnisse der VGR werden zu jedem dieser Veröffentlichungstermine überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Diese **Revisionen** finden in der laufenden Rechnung kontinuierlich statt, um aktuelle Informationen in das Zahlenwerk einzubeziehen, die von den bisherigen Datengrundlagen signifikant abweichen. Jeweils im August geschieht dies für die zurückliegenden vier Jahre. Darüber hinaus findet etwa alle fünf Jahre eine sogenannte Generalrevision statt, bei der neue Methoden, neue Basisstatistiken etc. in die VGR eingearbeitet werden. Bei diesen umfassenden Revisionen werden die gesamten Zeitreihen – aktuell bis 1991 zurück – überarbeitet und bei Bedarf revidiert.

Die Ergebnisse der letzten Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden im September 2014 veröffentlicht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abschreibungen | Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Das Risiko für Verluste durch versicherbare Schadensfälle ist dabei mit eingeschlossen. Abschreibungen werden auf das gesamte Anlagevermögen berechnet, also sowohl auf Sachanlagen als auch auf geistiges Eigentum, jedoch nicht auf Tiere. Die Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu Wiederbeschaffungspreisen (jeweiligen Preisen) bewertet. Sie ermöglichen den Übergang vom Brutto- zum Nettokonzept bei Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Betriebsüberschuss.

Anlagevermögen | Bestand aller produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Sachanlagen und geistiges Eigentum. Zu den Sachanlagen zählen Nutztiere und Nutzpflanzen, Ausrüstungen einschließlich militärischer Waffensysteme, Wohnbauten und Nichtwohnbauten. Als geistiges Eigentum werden Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, Urheberrechte und Suchbohrungen zusammengefasst. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Kumulationsmethode, ausgehend von den Bruttoanlageinvestitionen und Angaben über die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegütergruppen. Bei der Anwendung des Bruttokonzepts (Bruttoanlagevermögen) werden die Anlagen mit ihrem Neuwert – ohne Berücksichtigung der Wertminderung – dargestellt, während beim Nettokonzept (Nettoanlagevermögen) die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und eine Vergütung erhalten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Sozialdienstleistende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontäre). Auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie geringfügig Beschäftigte zählen dazu.

Arbeitnehmerentgelt | Von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern geleistete Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dazu gehören neben den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an private Sozialschutzsysteme auch unterstellte Sozialbeiträge, die den Gegenwert der sozialen Leistungen darstellen, die direkt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden.

Arbeitseinkommensquote | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person.

Arbeitsproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde. Diese Definition für Arbeitsproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird – ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Außenbeitrag | Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Da in Deutschland traditionell mehr exportiert als importiert wird, ist der Saldo in den meisten Perioden positiv. In diesem Fall ist auch von Exportüberschuss die Rede.

Betriebsüberschuss | Selbstständigeneinkommen, das sich nach Abzug des Arbeitnehmerentgelts von der Nettowertschöpfung ergibt. Dabei sind ein kalkulatorischer Unternehmerlohn sowie das Entgelt für das eingesetzte eigene und fremde Sach- und Geldkapital der jeweiligen Wirtschaftseinheit eingeschlossen.

Bruttoanlageinvestitionen | Erwerb abzüglich Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem Zeitraum. Dazu zählen die Käufe neuer Anlagegüter (einschließlich aller eingeführten und selbsterstellten Anlagegüter) sowie die Käufe abzüglich der Verkäufe gebrauchter Anlagegüter. Die Käufe

und Verkäufe von gebrauchten Anlagegütern saldieren sich weitgehend in der Volkswirtschaft, mit Ausnahme der Verkäufe von Anlagenschrott und gebrauchten Anlagegütern an private Haushalte (Kraftwagen) und an die übrige Welt (Kraftwagen, Schiffe usw.) Ausgenommen sind geringwertige nicht aktivierte Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden (z. B. kleinere Werkzeuge und Reifen). Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen und/oder deren Nutzungsdauer verlängern, sind dagegen Bestandteile der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden untergliedert in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge) einschließlich militärischer Waffensysteme, Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten einschließlich Bodenverbesserungen und Grundstücksübertragungskosten) und sonstige Anlagen (geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen).

Bruttoinlandsprodukt | Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer Periode. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum und ist damit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei der Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts wird zwischen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung unterschieden.

Bruttolöhne und -gehälter | Alle Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus ihrem Arbeits- oder Dienstverhältnis zufließen. Dazu gehören auch die Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bruttonationaleinkommen | Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich der Primäreinkommen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Zu den Primäreinkommen zählen neben den Arbeitseinkommen von Pendlerinnen und Pendlern vor allem Zinsen und andere grenzüberschreitende Vermögenseinkommen sowie Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen an die bzw. von der EU. Es handelt sich in erster Linie um einen Einkommensindikator.

Bruttowertschöpfung | Produktionswert abzüglich Vorleistungen für einzelne Wirtschaftsbereiche; umfasst also nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, da die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte abgezogen werden. Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, d. h. ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Defizitquote | Negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Entstehungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her berechnet und dargestellt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich dabei als Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Erwerbslose | Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aber für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einer Arbeit suchen (Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).

Erwerbslosenquote | Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Erwerbslose und Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.

Erwerbsquote | Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Erwerbstätige | Alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

Exporte | Alle Verkäufe von Waren und Dienstleistungen an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. Anders als in der Außenhandelsstatistik ist nicht der physische Grenzüberschritt der Ware ausschlaggebend für die Erfassung, sondern der Eigentumsübergang zwischen inländischen und gebietsfremden Wirtschaftseinheiten. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Finanzierungssaldo des Staates | Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, so ist der Finanzierungssaldo negativ und man spricht von einem Staatsdefizit. Bei einem positiven Finanzierungssaldo spricht man dagegen von einem Staatsüberschuss.

FISIM | Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, unterstellte Bankgebühren. Kreditinstitute stellen ihren Kunden traditionell nur einen Teil der erbrachten Dienstleistung direkt in Rechnung, z. B. in Form von Kontoführungs- und Safegebühren. Einen Großteil der Dienstleistung begleichen die Kunden jedoch indirekt, indem sie für ihre Einlagen geringere Zinsen erhalten und für ihre Kredite höhere Zinsen zahlen müssen, als der dienstleistungsfreie Referenzzinssatz. Diese indirekten Entgelte, die Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft erzielen, werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen modellmäßig ermittelt und als einen Teil des Produktionswertes erfasst.

Güterbilanz | In der Input-Output-Tabelle nachgewiesene Güterströme, gegliedert nach zusammengefassten Gütergruppen. Die Güterbilanz zeigt das Aufkommen von Waren und Dienstleistungen aus inländischer Produktion und aus Importen sowie die Verwendung der Waren und Dienstleistungen nach Verwendungskategorien. Für jede Gütergruppe entspricht das gesamte Güteraufkommen der gesamten Güterverwendung.

Gütersteuern | Alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Dazu zählen Mehrwertsteuer, Importabgaben (Zölle und Importsteuern), sonstige Gütersteuern (z. B. Verbrauchsteuern, Vergnügungssteuern, Versicherungssteuer).

Gütersubventionen | Alle Subventionen, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Dazu gehören Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen.

Herstellungspreis | Betrag, den Produzenten je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen von Käufern erhalten – ohne die zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer) und zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Handelsspannen werden als Dienstleistungen des Handels nachgewiesen.

Importe | Alle Käufe von Waren und Dienstleistungen bei Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben inländischer Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt. Die eingeführten Waren werden in der Güterbilanz zudem zum Grenzwert (cif – cost, insurance, freight) dargestellt.

Input-Output-Tabelle | Sie zeigt, wie sich die inländische Produktion und die Importe nach Gütergruppen zusammensetzen und wie diese Güter verwendet werden. Dabei wird zwischen der intermediären Verwendung der einzelnen Produktionsbereiche (Verbrauch von Vorleistungsgütern) und der letzten Verwendung (Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen, Exporte) unterschieden. Außerdem beschreibt sie, welche intermediären Inputs (Vorleistungen) und Primärinputs (Wertschöpfungskomponenten) bei der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden. Zudem bildet sie die Grundlage für die Input-Output-Analysen zu

der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Exporte, der Exportabhängigkeitsquote der Erwerbstätigen sowie dem Importanteil der letzten Verwendung von Gütern.

Intermediäre Verwendung | Verbrauch von Vorleistungen.

Kapitalintensität | Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, berechnet als Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2010 = 100).

Kapitalproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock). Diese Definition für Kapitalproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit analog zur Arbeitsproduktivität ausschließlich auf einen Produktionsfaktor (hier das Kapital) bezogen wird – ohne Berücksichtigung der Arbeit und der unternehmerischen Leistung

Kettenindex | Zeitliche Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes, die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema haben. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zurzeit 2010 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem Preisbasisjahr bei der früheren Festpreisrechnung.

Konsumausgaben der privaten Haushalte | Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, z. B. der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte. Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck | Wert der Güter, die von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und ohne Verkäufe, sowie von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck auf dem Markt gekaufte Güter, die ohne Umwandlung als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben des Staates | Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben im Inland | Konsumausgaben, bei denen auch die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland einbezogen und die Konsumausgaben der inländischen Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt ausgeschlossen werden.

Laufende Transfers | Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen sowie sonstige laufende Transfers.

Lohnquote (bereinigt) | Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person) multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr.

Lohnquote (unbereinigt) | Arbeitnehmerentgelt in Prozent des Volkseinkommens.

Lohnstückkosten | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Personenkonzept) bzw. je Erwerbstätigenstunde (Stundenkonzept).

Nettogütersteuern | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Nettoinlandsprodukt | Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen.

Nettonationaleinkommen | Zu Marktpreisen: Bruttonationaleinkommen abzüglich Abschreibungen. Zu Faktorkosten: Abzüglich des Saldos aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen; wird als Volkseinkommen bezeichnet.

Nettowertschöpfung | Bruttowertschöpfung abzüglich Abschreibungen.

Nettozugang an Wertsachen | Käufe abzüglich Verkäufe von Goldbarren und nichtumlaufähigen Goldmünzen sowie Schmuck, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten zum Zweck der Werterhaltung. Wird nur zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen veröffentlicht.

Nichterwerbspersonen | Bevölkerungsgruppe, die weder als Erwerbstätige noch als arbeitsuchende Erwerbslose aktiv am Erwerbsleben beteiligt ist und damit nicht zu den Erwerbspersonen zählt.

Pendlersaldo | Übergangsposition vom Inländerkonzept (Wohnortprinzip) zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip), bei der zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Pendlerinnen und Pendler hinzugezählt („einpendeln“) beziehungsweise davon abgezogen werden („auspendeln“).

Private Konsumausgaben | Summe aus Konsumausgaben der privaten Haushalte und Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktions- und Importabgaben | Indirekte Steuern, die sich aus den Gütersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern) und sonstigen Produktionsabgaben (z. B. Grundsteuer) zusammensetzen.

Produktionswert | Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten getätigten Verkäufe von Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, ohne Gütersteuern, aber zuzüglich der produzierten und noch nicht verkauften Waren sowie bei Unternehmen auch zuzüglich der selbst erstellten Anlagen. Der Produktionswert der sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden stattdessen durch Addition der Aufwandsposten (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Abschreibungen) dieser Institutionen ermittelt.

Sachanlagen | Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Ausrüstungen einschließlich militärischer Waffensysteme und Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sektoren in den VGR | Gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, übrige Welt.

Sonstige Anlagen | Geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sparquote | Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Staat | Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatsquote | Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Subventionen | Laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Übrige Welt | Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Ausgangspunkt für die Ermittlung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist der im Rahmen der Entstehungsrechnung als Saldo ermittelte Nettobetriebsüberschuss einschl. des Selbstständigeneinkommens aller Wirtschaftseinheiten. Durch Addition des Saldos der aus dem Ausland empfangenen Vermögenseinkommen abzüglich der an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen erhält man die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Sie bilden zusammen mit dem Arbeitnehmerentgelt das Volkseinkommen.

Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft | Volkseinkommen erhöht um die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen sowie um die empfangenen laufenden Transfers aus der übrigen Welt und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers an die übrige Welt.

Verteilungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung anhand der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen berechnet und dargestellt wird. Allerdings ist in Deutschland bisher keine eigenständige, komplette Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf diesem Wege möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur lückenhafte statistische Basisdaten vorliegen, sodass diese Größen als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet werden.

Verwendungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Ausgabenseite her berechnet und dargestellt wird. Sie zeigt, wie die Güter aus der Inlandsproduktion und den Importen verwendet werden, wobei der Vorleistungsverbrauch bereits abgezogen ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird dabei ermittelt aus den privaten Konsumausgaben, den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen sowie dem Außenbeitrag.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten) | Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländischen Haushalten letztlich zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Das Volkseinkommen ist eine häufig genutzte Größe der Verteilungsrechnung.

Vorleistungen | Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen), die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen (in- und ausländischen) Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt haben. Die Vorleistungen umfassen neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, Transportkosten, Post- und Telekommunikationsgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. Die Vorleistungen schließen nicht die eingesetzte Handelsware ein.

Vorratsveränderungen | Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet und anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet werden. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die durch reine Preisverschiebungen der Buchwerte während der Lagerzeit entstehen. Zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen wird der Nettozugang an Wertsachen veröffentlicht.

Wachstumsbeitrag | Rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

Wirtschaftswachstum | Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 81

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Inlandsproduktberechnung

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.1	Inlandsproduktberechnung – Erste Jahresergebnisse
Reihe 1.2	Inlandsproduktberechnung – Vierteljahresergebnisse
Reihe 1.3	Inlandsproduktberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1
Reihe 1.4	Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
Reihe 1.5	Inlandsproduktberechnung – Lange Reihen ab 1970

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/16	Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2016
Heft 5/16	Hoffersche Formel
Heft 1/17	Die Abgrenzung des Staatssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Heft 1/17	Bruttoinlandsprodukt 2016

■ Input-Output-Rechnung/Güterbilanz

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 2	Input-Output-Rechnung
---------	-----------------------

IM FOKUS

12.1.2017	Bruttoinlandsprodukt wuchs 2016 um 1,9%
-----------	---



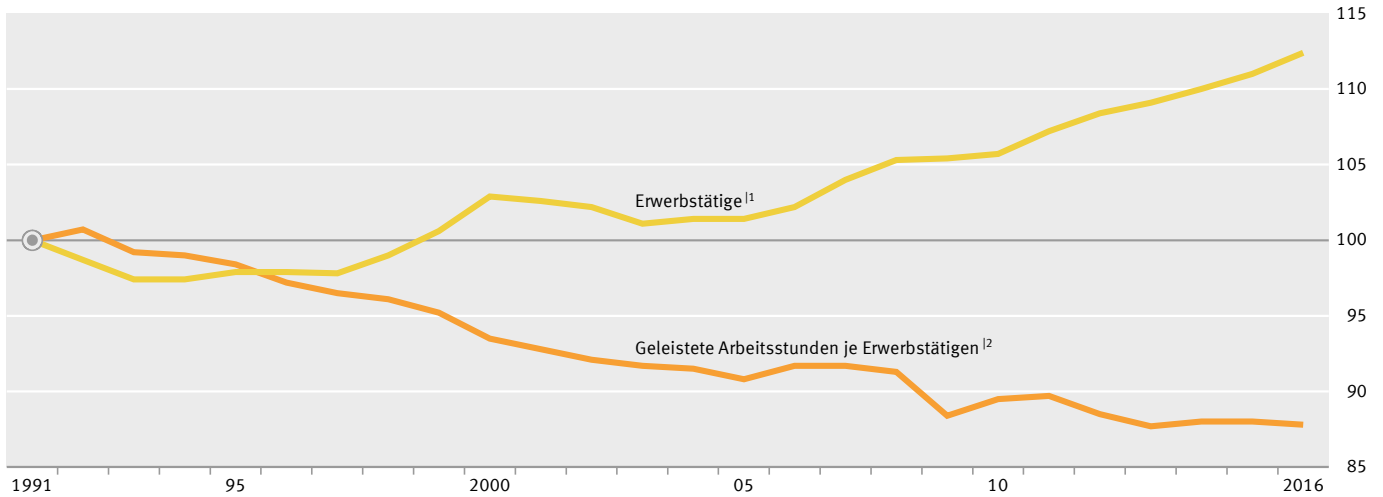
13 Arbeitsmarkt

Zahl der **Erwerbspersonen** erstmals über **45 Millionen** | **Fast drei Viertel** aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig | Weniger **Selbstständige**: Quote seit 5 Jahren rückläufig (**2016: 10,0%**) | **Frauenanteil** in atypischen Beschäftigungsverhältnissen in den letzten 10 Jahren unverändert hoch (**2016: 69%**) | **Öffentlicher Dienst** 2016: Mehr Beschäftigte im sozialen Bereich sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und an Hochschulen

Seite	
351	Auf einen Blick
	Tabellen
352	Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung Entwicklung im Zeitverlauf Nach Ländern Überwiegender Lebensunterhalt
355	Erwerbstätige und Erwerbslose Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Ländern Nach Alter Geleistete Arbeitsstunden Nach Erwerbsform Atypisch Beschäftigte Freiberuflerinnen und Freiberufler Erwerbstätigenquote Erwerbslosenquote Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial
364	Generation 55 Plus Ältere Erwerbstätige nach Stellung im Beruf Erwerbstätigenquote
365	Personal des öffentlichen Dienstes Nach Arbeitgebern Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte Nach Besoldungs- und Entgeltgruppen Nach Aufgabenbereichen
367	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach ausgewählten Personengruppen Nach Berufshaupt- gruppen und ausgewählten Berufsgruppen
370	Arbeitslose Nach ausgewählten Personengruppen Ländern Arbeitslosenquote Gemeldete Arbeitsstellen
372	Methodik
376	Glossar
379	Mehr zum Thema

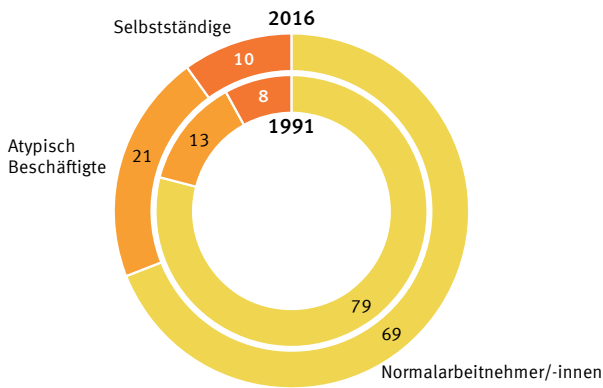
13.0 Auf einen Blick

Entwicklung der Erwerbstätigen und geleisteten Arbeitsstunden
1991 = 100



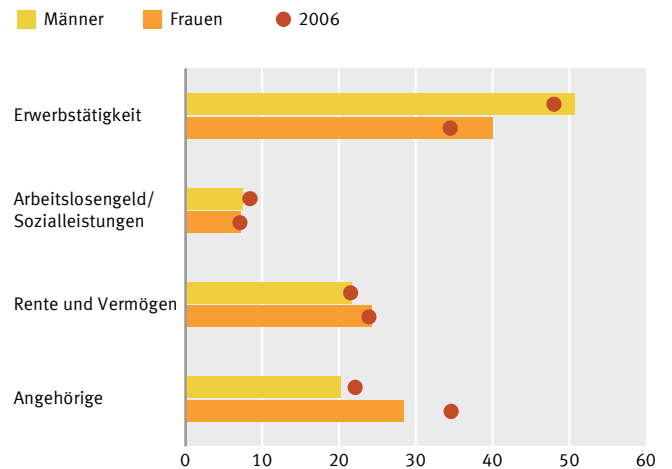
1 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland. - Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung.
2 Quelle für geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Erwerbstätige nach Erwerbsform
in %



Ergebnisse des Mikrozensus. - Ohne mithelfende Familienangehörige.

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2016
in %



Ergebnisse des Mikrozensus. 2017 - 01 - 0264

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

13.1.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

	Bevölkerung ¹	Erwerbs- personen ² ³	Davon			
			Erwerbslose ³	Erwerbstätige ¹²		
				zusammen	davon	
1 000				Arbeitnehmer/ -innen ¹²	Selbstständige ¹² ¹⁴	%
Früheres Bundesgebiet						
1970	60 651	26 798	103	26 695	83,7	16,3
1971	61 302	26 943	132	26 811	84,7	15,3
1972	61 672	27 131	177	26 954	85,3	14,7
1973	61 976	27 479	208	27 271	85,8	14,2
1974	62 054	27 358	346	27 012	86,2	13,8
1975	61 829	26 947	613	26 334	86,3	13,7
1976	61 531	26 861	634	26 227	86,9	13,1
1977	61 400	26 884	600	26 284	87,5	12,5
1978	61 327	27 109	566	26 543	87,8	12,2
1979	61 359	27 533	484	27 049	88,3	11,7
1980	61 566	27 978	483	27 495	88,5	11,5
1981	61 682	28 329	798	27 531	88,7	11,3
1982	61 638	28 634	1 302	27 332	88,7	11,3
1983	61 423	28 934	1 850	27 084	88,7	11,3
1984	61 175	29 251	1 930	27 321	88,8	11,2
1985	61 024	29 683	1 976	27 707	89,0	11,0
1986	61 066	30 044	1 807	28 237	89,1	10,9
1987	61 077	30 391	1 759	28 632	89,3	10,7
1988	61 450	30 795	1 760	29 035	89,5	10,5
1989	62 063	31 170	1 595	29 575	89,6	10,4
1990	63 254	31 829	1 423	30 406	89,8	10,2
1991	64 074	32 279	1 266	31 013	89,9	10,1
Deutschland						
1991	79 973	41 023	2 172	38 851	90,8	9,2
1992	80 500	40 879	2 573	38 306	90,6	9,4
1993	80 946	40 836	3 050	37 786	90,3	9,7
1994	81 147	41 086	3 306	37 780	90,1	9,9
1995	81 308	41 090	3 205	37 885	90,0	10,0
1996	81 466	41 361	3 471	37 890	89,8	10,2
1997	81 510	41 625	3 764	37 861	89,7	10,3
1998	81 446	41 997	3 682	38 315	89,7	10,3
1999	81 422	42 293	3 366	38 927	89,8	10,2
2000	81 457	42 906	3 114	39 792	90,0	10,0
2001	81 517	42 726	3 059	39 667	89,9	10,1
2002	81 578	42 874	3 376	39 498	89,7	10,3
2003	81 549	42 885	3 810	39 075	89,5	10,5
2004	81 456	43 345	4 127	39 218	89,1	10,9
2005	81 337	43 726	4 506	39 220	88,8	11,2
2006	81 173	43 663	4 104	39 559	88,7	11,3
2007	80 992	43 732	3 473	40 259	88,8	11,2
2008	80 764	43 823	3 018	40 805	89,0	11,0
2009	80 483	43 943	3 098	40 845	89,0	11,0
2010	80 284	43 804	2 821	40 983	89,1	10,9
2011	80 275	43 933	2 399	41 534	89,0	11,0
2012	80 426	44 230	2 224	42 006	89,1	10,9
2013	80 646	44 453	2 182	42 271	89,5	10,5
2014	80 983	44 692	2 090	42 602	89,7	10,3
2015	81 687	44 929	1 950	42 979	89,9	10,1
2016	82 482	45 284	1 771	43 513	90,1	9,9

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept).

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Zu den **Erwerbslosen** zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik auf Basis des Zensus 2011, Jahresdurchschnitte.

2 Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept (Wohnort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2017.

3 Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der ILO. – Angaben vor 1991 basieren auf einer Schätzung unter Einbezug verschiedener Quellen. Zwischen 1991 und 2004 geschätzte Jahresdurchschnittswerte auf Basis des Mikrozensus. Ab 2005 Jahresdurchschnittswerte aus dem unterjährig erhobenen Mikrozensus. Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

4 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

13 Arbeitsmarkt

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

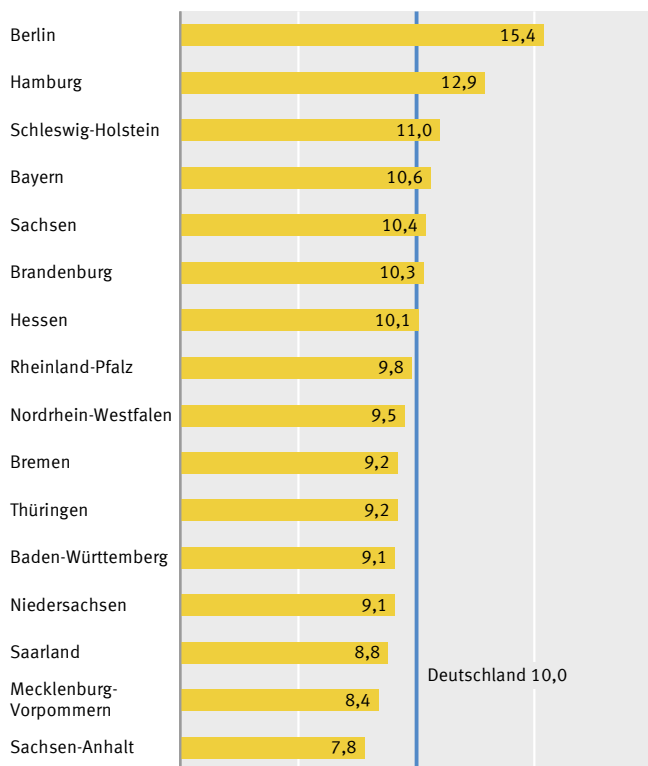
13.1.2 Erwerbsbeteiligung nach Ländern 2016

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen	Davon		Nichterwerbspersonen
			Erwerbstätige	Erwerbslose	
	1 000				
Deutschland	82 425	43 113	41 339	1 775	39 311
Baden-Württemberg	10 935	5 973	5 790	182	4 962
Bayern	12 892	7 069	6 889	180	5 823
Berlin	3 537	1 887	1 740	147	1 650
Brandenburg	2 490	1 311	1 251	60	1 180
Bremen	673	346	327	18	327
Hamburg	1 794	979	939	40	815
Hessen	6 202	3 248	3 121	127	2 954
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 614	811	760	51	804
Niedersachsen	7 952	4 064	3 900	164	3 888
Nordrhein-Westfalen	17 911	9 020	8 619	402	8 891
Rheinland-Pfalz	4 064	2 132	2 055	77	1 932
Saarland	996	505	481	24	491
Sachsen	4 088	2 086	1 982	104	2 002
Sachsen-Anhalt	2 242	1 128	1 044	84	1 113
Schleswig-Holstein	2 866	1 446	1 389	57	1 421
Thüringen	2 169	1 110	1 053	57	1 059

Ergebnisse des Mikrozensus.

Selbständigenquote nach Ländern 2016

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2017 - 01 - 0265

13 Arbeitsmarkt
 13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
 13.1.3 Erwerbsbeteiligung und überwiegender Lebensunterhalt 2016

Weitere Informationen zu Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialleistungen siehe Kapitel „Soziales“

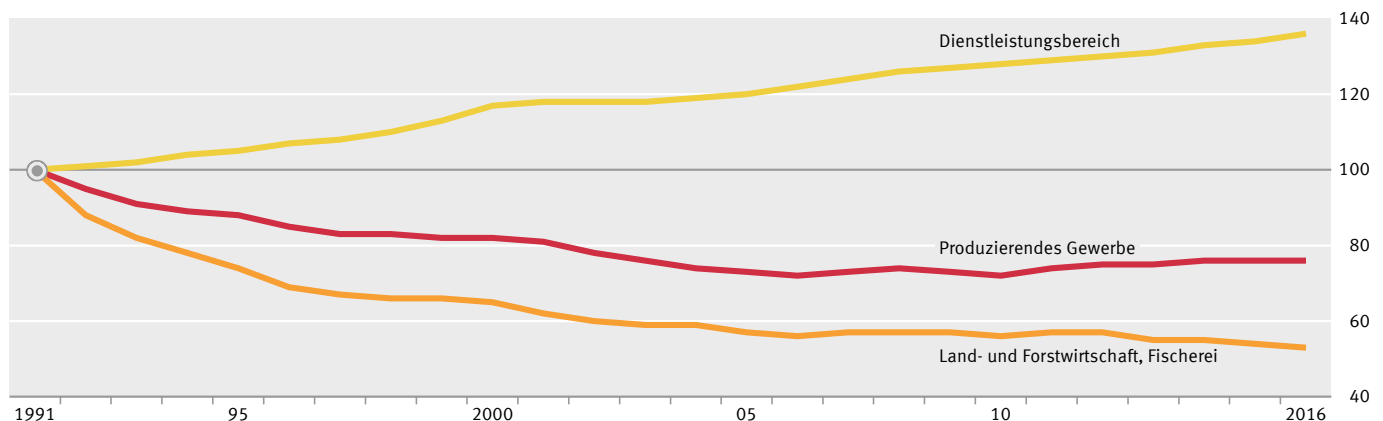
	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbs-/Berufstätigkeit		Arbeitslosengeld I, II und sonstige Sozialleistungen ¹		Rente und Vermögen		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bevölkerung	82 425	100	37 348	45,3	6 066	7,4	18 912	22,9	20 099	24,4
Männer	40 683	100	20 628	50,7	3 055	7,5	8 788	21,6	8 212	20,2
Frauen	41 742	100	16 720	40,1	3 011	7,2	10 124	24,3	11 887	28,5
Erwerbspersonen	43 113	100	37 317	86,6	2 322	5,4	1 234	2,9	2 239	5,2
Männer	23 136	100	20 611	89,1	1 222	5,3	698	3,0	605	2,6
Frauen	19 977	100	16 706	83,6	1 101	5,5	536	2,7	1 634	8,2
davon:										
Erwerbstätige	41 339	100	37 301	90,2	1 029	2,5	1 168	2,8	1 841	4,5
Männer	22 107	100	20 603	93,2	420	1,9	658	3,0	426	1,9
Frauen	19 232	100	16 698	86,8	609	3,2	509	2,6	1 415	7,4
Erwerbslose	1 775	100	X	X	1 294	72,9	66	3,7	399	22,5
Männer	1 029	100	X	X	802	77,9	39	3,8	179	17,4
Frauen	746	100	X	X	492	66,0	27	3,6	219	19,4
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	8 332	100	7 254	87,1	695	8,3	222	2,7	160	1,9
Männer	4 430	100	3 873	87,4	359	8,1	130	2,9	68	1,5
Frauen	3 902	100	3 381	86,6	336	8,6	92	2,4	93	2,4
Nichterwerbspersonen	39 311	100	X	X	3 743	9,5	17 678	45,0	17 859	45,4
Männer	17 547	100	X	X	1 833	10,4	8 090	46,1	7 607	43,4
Frauen	21 765	100	X	X	1 910	8,8	9 588	44,1	10 252	47,1
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	7 808	100	X	X	854	10,9	4 226	54,1	2 722	34,9
Männer	3 533	100	X	X	421	11,9	1 802	51,0	1 308	37,0
Frauen	4 274	100	X	X	433	10,1	2 424	56,7	1 414	33,1

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Sonstige Sozialleistungen sind u. a. Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld/Erziehungsgeld, Pflegeversicherung, BAföG.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

1991 = 100



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

2017 - 01 - 0266

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.1 Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010	2015 ¹²	2016 ¹²
		Durchschnitt in 1 000						
Erwerbstätige								
A – T	Alle Wirtschaftsbereiche	38 790	37 958	39 917	39 326	41 020	43 057	43 595
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 174	866	758	668	661	637	617
B – F	Produzierendes Gewerbe	13 856	12 128	11 358	10 095	10 036	10 517	10 560
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	301	182	120	87	71	58	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	10 064	8 040	7 828	7 243	7 138	7 512	7 531
D	Energieversorgung	378	335	264	247	249	250	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	225	251	252	241	247	267	...
F	Baugewerbe	2 888	3 320	2 894	2 277	2 331	2 430	2 456
G – T	Dienstleistungsbereiche	23 760	24 964	27 801	28 563	30 323	31 903	32 418
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 576	5 673	6 037	5 797	5 813	5 887	5 950
H	Verkehr und Lagerei	2 195	1 955	1 897	1 897	1 983	2 132	2 168
I	Gastgewerbe	1 043	1 157	1 445	1 514	1 680	1 837	1 873
J	Information und Kommunikation	959	948	1 081	1 149	1 162	1 213	1 233
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 206	1 259	1 288	1 260	1 214	1 187	1 181
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	253	331	439	444	463	467	468
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister ..	1 113	1 357	1 860	2 148	2 408	2 669	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 195	1 339	1 950	2 187	2 764	3 088	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 280	3 109	2 943	2 769	2 741	2 538	...
P	Erziehung und Unterricht	1 696	1 827	1 977	2 098	2 292	2 406	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 114	3 605	4 138	4 449	4 882	5 518	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	382	420	520	571	621	669	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 128	1 262	1 400	1 443	1 509	1 441	...
T	Häusliche Dienste	620	722	826	837	791	851	...
darunter: Arbeitnehmer/-innen								
A – T	Alle Wirtschaftsbereiche	35 227	34 161	35 922	34 916	36 533	38 721	39 290
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	509	340	330	302	309	350	348
B – F	Produzierendes Gewerbe	13 264	11 450	10 650	9 329	9 259	9 759	9 809
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	297	178	117	84	69	57	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	9 756	7 717	7 539	6 941	6 857	7 255	7 273
D	Energieversorgung	378	335	264	247	249	250	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	221	247	248	235	241	260	...
F	Baugewerbe	2 612	2 973	2 482	1 822	1 843	1 937	1 971
G – T	Dienstleistungsbereiche	21 454	22 371	24 942	25 285	26 965	28 612	29 133
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 892	4 936	5 300	5 045	5 127	5 275	5 333
H	Verkehr und Lagerei	2 076	1 820	1 746	1 749	1 845	1 995	2 035
I	Gastgewerbe	746	845	1 134	1 217	1 383	1 557	1 593
J	Information und Kommunikation	918	886	989	1 004	1 018	1 077	1 101
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 098	1 143	1 154	1 101	1 061	1 039	1 028
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	207	275	373	381	393	409	414
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister ..	868	1 046	1 475	1 634	1 836	2 095	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 016	1 163	1 768	1 982	2 535	2 838	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 280	3 109	2 943	2 769	2 741	2 538	...
P	Erziehung und Unterricht	1 629	1 742	1 867	1 944	2 123	2 218	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 896	3 330	3 811	4 041	4 449	5 062	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	302	319	396	420	440	481	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	906	1 035	1 160	1 161	1 223	1 177	...
T	Häusliche Dienste	620	722	826	837	791	851	...

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2017.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.2 Geleistete Arbeitsstunden im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010	2015 ¹²	2016 ¹²
		Durchschnitt in Mill. Stunden						
Erwerbstätige								
A – T	Alle Wirtschaftsbereiche	60 261	57 999	57 960	55 500	57 013	58 895	59 444
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 284	1 822	1 488	1 212	1 148	1 037	1 009
B – F	Produzierendes Gewerbe	21 429	19 067	17 386	15 260	15 003	15 743	15 759
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	424	279	187	136	112	89	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	15 184	12 326	11 659	10 676	10 246	10 941	10 939
D	Energieversorgung	601	528	408	372	372	375	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	355	400	391	377	381	415	...
F	Baugewerbe	4 865	5 533	4 742	3 698	3 892	3 923	3 948
G – T	Dienstleistungsbereiche	36 547	37 111	39 085	39 028	40 862	42 115	42 675
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 723	8 635	8 639	8 113	7 991	7 872	7 936
H	Verkehr und Lagerei	3 599	3 144	2 901	2 803	2 871	3 026	3 067
I	Gastgewerbe	1 829	2 064	2 258	2 171	2 289	2 306	2 347
J	Information und Kommunikation	1 433	1 422	1 572	1 675	1 717	1 823	1 854
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	2 061	2 046	2 039	1 921	1 814	1 769	1 756
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	416	494	598	564	569	552	553
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 780	2 131	2 769	3 150	3 599	3 882	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 832	1 971	2 580	2 791	3 453	3 782	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 855	4 541	4 225	3 917	3 814	3 595	...
P	Erziehung und Unterricht	2 434	2 531	2 633	2 749	2 940	3 116	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 741	5 200	5 679	5 959	6 506	7 230	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	627	662	775	812	882	904	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 787	1 834	1 930	1 922	1 963	1 806	...
T	Häusliche Dienste	429	437	487	481	456	450	...
darunter: Arbeitnehmer/-innen								
A – T	Alle Wirtschaftsbereiche	52 089	49 252	48 837	46 215	47 845	50 393	50 988
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	718	532	478	421	429	462	460
B – F	Produzierendes Gewerbe	20 098	17 539	15 746	13 576	13 281	14 116	14 150
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	415	271	180	130	107	86	...
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 499	11 606	10 994	10 015	9 628	10 393	10 395
D	Energieversorgung	601	528	408	372	372	375	...
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	343	390	379	363	369	400	...
F	Baugewerbe	4 240	4 744	3 784	2 696	2 805	3 862	2 899
G – T	Dienstleistungsbereiche	31 273	31 180	32 613	32 218	34 136	35 814	36 378
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	7 150	6 935	6 919	6 464	6 506	6 600	6 656
H	Verkehr und Lagerei	3 312	2 817	2 534	2 461	2 560	2 730	2 778
I	Gastgewerbe	1 192	1 224	1 399	1 424	1 564	1 639	1 679
J	Information und Kommunikation	1 336	1 285	1 369	1 377	1 420	1 557	1 594
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 813	1 772	1 731	1 572	1 480	1 466	1 443
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	314	372	451	439	433	445	452
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 227	1 441	1 923	2 101	2 442	2 774	...
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 379	1 531	2 133	2 331	2 999	3 307	...
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 855	4 541	4 225	3 917	3 814	3 595	...
P	Erziehung und Unterricht	2 276	2 390	2 464	2 540	2 719	2 876	...
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 239	4 603	5 000	5 169	5 694	6 405	...
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	451	457	516	529	555	582	...
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 299	1 375	1 460	1 412	1 493	1 388	...
T	Häusliche Dienste	429	437	487	481	456	450	...

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2017.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.3 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden nach Ländern 2016

	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Wirtschaftsbereich			insgesamt	Wirtschaftsbereich		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
	Durchschnitt in 1 000	%			Durchschnitt in Mill. Stunden	%		
Erwerbstätige								
Deutschland	43 595,0	1,4	24,2	74,4	59 443,6	1,7	26,5	71,8
Baden-Württemberg	6 158,6	1,1	30,9	68,0	8 374,1	1,3	33,2	65,5
Bayern	7 389,8	1,7	27,4	70,9	10 114,0	2,3	29,5	68,3
Berlin	1 892,5	0,0	11,6	88,4	2 629,0	0,0	12,7	87,3
Brandenburg	1 100,5	2,9	22,4	74,8	1 575,6	3,0	24,5	72,4
Bremen	424,3	0,1	19,2	80,7	563,8	0,1	21,2	78,7
Hamburg	1 224,3	0,1	12,7	87,2	1 709,9	0,1	13,7	86,2
Hessen	3 376,0	0,9	21,2	77,9	4 607,1	1,0	23,3	75,6
Mecklenburg-Vorpommern	744,2	3,1	18,7	78,3	1 055,9	3,3	20,8	75,9
Niedersachsen	4 002,5	2,6	23,5	73,9	5 405,0	3,1	26,1	70,8
Nordrhein-Westfalen	9 291,8	0,9	22,5	76,5	12 344,1	1,1	25,2	73,7
Rheinland-Pfalz	2 000,8	2,1	25,6	72,3	2 670,5	2,5	28,3	69,2
Saarland	523,2	0,4	26,8	72,8	692,6	0,5	29,5	70,0
Sachsen	2 037,4	1,4	26,9	71,7	2 888,4	1,6	29,6	68,9
Sachsen-Anhalt	1 007,9	2,2	25,8	72,0	1 434,6	2,4	28,4	69,2
Schleswig-Holstein	1 375,8	2,4	19,3	78,2	1 873,7	2,9	21,6	75,5
Thüringen	1 045,4	1,9	29,7	68,4	1 505,4	2,0	32,0	66,0
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	35 767,0	1,4	24,7	73,9	48 354,7	1,7	27,0	71,3
Neue Länder einschl. Berlin	7 828,0	1,6	22,0	76,4	11 088,9	1,7	24,2	74,1
darunter: Arbeitnehmer/-innen								
Deutschland	39 290,0	0,9	25,0	74,1	50 987,8	0,9	27,8	71,3
Baden-Württemberg	5 578,5	0,6	32,2	67,2	7 237,1	0,6	35,3	64,2
Bayern	6 605,5	0,7	28,6	70,8	8 562,0	0,6	31,4	68,0
Berlin	1 669,0	0,0	11,9	88,1	2 204,0	0,0	13,0	86,9
Brandenburg	968,4	2,7	22,2	75,2	1 314,0	2,8	24,4	72,8
Bremen	393,6	0,1	19,7	80,2	504,1	0,1	22,0	77,9
Hamburg	1 106,1	0,1	13,2	86,7	1 482,0	0,1	14,5	85,4
Hessen	3 051,0	0,5	21,6	77,9	3 971,0	0,5	23,9	75,6
Mecklenburg-Vorpommern	670,1	2,9	18,7	78,5	908,1	3,1	20,9	75,9
Niedersachsen	3 627,1	1,6	24,5	73,9	4 664,6	1,6	27,8	70,7
Nordrhein-Westfalen	8 441,0	0,6	23,2	76,2	10 681,8	0,6	26,3	73,1
Rheinland-Pfalz	1 798,5	1,3	26,6	72,1	2 271,3	1,2	30,1	68,7
Saarland	481,9	0,3	27,6	72,1	611,4	0,3	30,9	68,8
Sachsen	1 821,7	1,3	26,8	71,9	2 460,0	1,4	29,7	68,9
Sachsen-Anhalt	917,9	2,0	25,9	72,1	1 254,9	2,2	28,7	69,1
Schleswig-Holstein	1 221,3	1,6	19,7	78,8	1 569,6	1,6	22,3	76,1
Thüringen	938,4	1,7	29,9	68,4	1 292,0	1,9	32,4	65,7
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	32 304,4	0,8	25,6	73,7	41 554,9	0,7	28,5	70,8
Neue Länder einschl. Berlin	6 985,6	1,5	22,1	76,4	9 432,9	1,6	24,5	73,9

Jahresdurchschnitt 2016; Stand: Mai 2017. – Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
13.2.4 Erwerbstätige nach Erwerbsform

	Ins-gesamt ¹	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte						
		zusammen	darunter ohne Beschäftigte	zusammen	davon					
					Normal-arbeitnehmer/-innen	atypisch Beschäftigte				
						zu-sammen ²	darunter ³			Zeitarbeit
1 000	%	1 000	befristet	Teilzeit	gering-fügig					
2000	33 530	3 418	49,6	29 862	23 850	6 012	2 265	3 944	1 749	.
Männer	18 862	2 465	46,2	16 354	14 785	1 569	1 201	390	254	.
Frauen	14 667	952	58,6	13 507	9 065	4 442	1 063	3 554	1 495	.
2005	33 116	3 795	55,6	28 992	22 138	6 854	2 498	4 673	2 416	.
Männer	18 159	2 641	51,7	15 463	13 615	1 848	1 327	591	448	.
Frauen	14 956	1 154	64,4	13 529	8 523	5 006	1 171	4 082	1 968	.
2010	35 145	3 917	55,4	31 076	23 131	7 945	2 858	4 942	2 517	743
Männer	18 918	2 669	50,8	16 223	13 821	2 402	1 411	670	575	504
Frauen	16 227	1 248	65,1	14 853	9 309	5 543	1 447	4 272	1 942	238
2012 ¹⁴	35 444	3 917	55,9	31 391	23 682	7 709	2 640	4 937	2 489	717
Männer	18 983	2 662	50,9	16 295	13 993	2 302	1 312	694	546	494
Frauen	16 461	1 255	66,4	15 096	9 689	5 406	1 328	4 243	1 943	223
2013	35 631	3 810	54,9	31 701	24 063	7 638	2 524	4 969	2 444	679
Männer	19 002	2 574	49,9	16 409	14 177	2 232	1 240	711	551	460
Frauen	16 628	1 235	65,3	15 291	9 886	5 405	1 284	4 259	1 893	219
2014	35 879	3 744	54,7	32 021	24 515	7 506	2 464	4 868	2 335	666
Männer	19 095	2 515	49,7	16 562	14 357	2 206	1 203	706	533	451
Frauen	16 783	1 229	64,8	15 459	10 159	5 300	1 261	4 162	1 801	215
2015	36 155	3 688	54,0	32 367	24 832	7 534	2 531	4 844	2 339	666
Männer	19 211	2 477	49,1	16 716	14 476	2 240	1 243	699	536	455
Frauen	16 944	1 211	64,0	15 651	10 356	5 295	1 288	4 144	1 803	212
2016 ¹⁵	37 051	3 653	54,4	33 296	25 641	7 655	2 655	4 807	2 169	737
Männer	19 716	2 431	49,2	17 265	14 923	2 342	1 322	709	523	499
Frauen	17 335	1 222	64,9	16 031	10 717	5 313	1 333	4 098	1 465	237

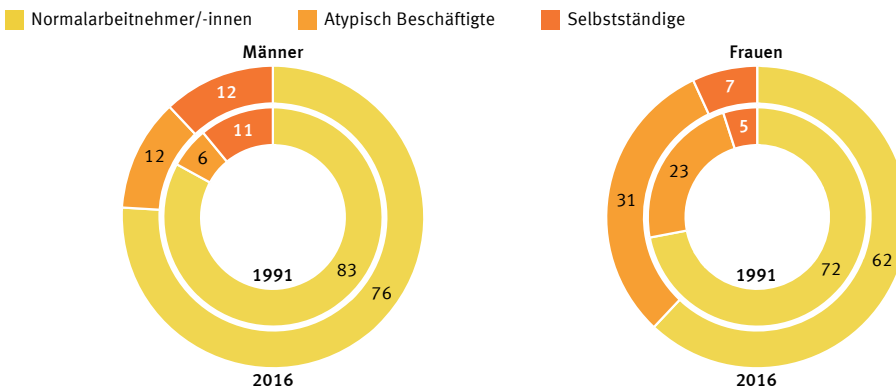
Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird und die direkt in dem Unternehmen arbeiten, mit dem ein Arbeitsvertrag besteht.

Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne Wehr-/Zivil- oder Freiwilligendienstleistende. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

- 1 Einschl. mithelfender Familienangehöriger.
- 2 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.
- 3 Überschneidungen möglich.
- 4 Ab 2012 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.
- 5 Ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011.

Erwerbstätige nach Erwerbsform und Geschlecht in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige.

2017 - 01 - 0267

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.5 Freiberuflerinnen und Freiberufler

Neukonzeption auf Basis der Klassifikation der Berufe 2010 (Ebene der Berufsgattungen) in Verbindung mit dem für den freien Beruf erforderlichen Bildungsniveau. Dabei wird unterstellt, dass die gegenwärtige Tätigkeit mit dem dafür erforderlichen Bildungsabschluss übereinstimmt. Die Berufsgruppenzugehörigkeit und die Berufe orientieren sich an der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie herausgegebenen und vom Institut für Freie Berufe unterstützten Broschüre „Existenzgründungen durch freie Berufe“ (Berlin 2010).

Ausgewählte Berufe	2013		2014		2015		2016 ¹	
	Selbstständige	Darunter ohne Beschäftigte	Selbstständige	Darunter ohne Beschäftigte	Selbstständige	Darunter ohne Beschäftigte	Selbstständige	Darunter ohne Beschäftigte
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Selbstständige insgesamt	4 239	56,0	4 192	55,9	4 161	55,4	4 142	55,9
dar. in freien Berufen	955	57,2	984	57,7	992	57,5	989	57,2
Heil- und heilpädagogische Berufe	264	29,7	283	31,7	294	31,0	292	30,2
darunter:								
Ärzte/Ärztinnen	121	17,4	121	15,4	124	14,2	127	17,1
Zahnärzte/-ärztinnen	48	/	51	/	53	/	56	/
Tierärzte/-ärztinnen	13	40,4	13	44,0	14	38,9	13	42,2
Physiotherapeuten/-therapeutinnen	32	44,1	38	45,3	37	41,8	37	45,1
Psychotherapeuten/-therapeutinnen	20	89,7	25	8,8	24	93,5	23	82,7
Sozialberufe	49	85,0	49	85,7	53	84,2	55	86,7
darunter:								
Erzieher/-innen	14	76,1	19	74,9	17	73,3	18	76,8
Pädagogen/Pädagoginnen	27	91,5	24	93,4	28	91,9	28	94,1
Rechts-, steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	191	42,3	192	43,8	189	45,1	189	43,8
darunter:								
Rechtsanwälte/Rechtsanwältinnen	87	36,2	90	37,2	82	37,6	80	34,1
Steuerbevollmächtigte	49	27,6	45	29,6	46	29,0	45	29,1
Unternehmensberater/-innen	21	75,1	22	76,1	24	77,8	27	73,2
Vermögens-, Finanz-, Anlagen-, Rentenberater/-innen	16	67,3	16	71,6	17	69,7	17	67,4
Kulturberufe	156	91,4	169	91,8	171	91,5	165	92,3
darunter:								
Journalisten/Journalistinnen	33	94,4	34	93,3	30	92,7	26	94,4
Dolmetscher/-innen, Übersetzer/-innen	19	94,4	20	95,7	21	91,5	22	95,7
Schauspieler/-innen	7	97,3	7	94,8	9	92,0	8	95,1
Grafiker/-innen	18	80,3	22	89,7	21	87,5	21	91,2
Kunsthandwerker/-innen	18	96,2	15	92,5	20	93,3	21	95,7
Autoren/Autorinnen, Schriftsteller/-innen, Werbetexter/-innen, Dichter/-innen	14	98,5	15	96,6	14	92,5	13	95,4
Medien-, Informations- und Kommunikationberufe	73	90,7	70	91,4	70	91,3	73	90,0
darunter:								
Seminarleiter/-innen	12	93,6	12	96,6	11	96,8	10	96,4
Lehrer/-innen (soweit anders nicht genannt)	38	89,4	36	89,9	38	89,0	37	87,0
Erwachsenenbildner/-innen an IHK's, VHS und anderen Bildungseinrichtungen	22	91,3	21	90,6	20	92,9	25	91,4
Naturwissenschaftliche/technische und Umweltberufe	212	60,4	211	59,2	203	58,4	205	58,8
darunter:								
Ingenieure/Ingenieurinnen	60	55,1	57	51,6	59	54,7	57	54,5
Architekten/Architektinnen	51	63,4	49	61,4	49	59,8	45	60,2
Baustatiker/-innen	23	49,4	21	51,9	21	48,6	21	50,3
Fahrschulinhaber/-innen	12	44,4	13	/	14	/	11	/
Wissenschaftler/-innen (soweit anders nicht genannt)	11	82,8	11	84,7	11	85,2	10	78,8

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.6 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2005			2010			2015			2016		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	36 566	20 135	16 432	38 938	21 048	17 891	40 279	21 491	18 788	41 339	22 107	19 232
dar. 15 – 65	36 047	19 806	16 240	38 270	20 637	17 633	39 242	20 845	18 398	40 236	21 417	18 818
15 – 20	1 266	728	537	1 162	664	499	1 030	573	457	1 100	619	481
20 – 25	2 916	1 545	1 371	3 127	1 643	1 484	2 774	1 450	1 324	2 798	1 471	1 327
25 – 30	3 348	1 808	1 541	3 743	1 975	1 768	3 989	2 102	1 888	4 182	2 255	1 927
30 – 35	3 854	2 192	1 661	3 841	2 111	1 730	4 192	2 278	1 915	4 297	2 346	1 952
35 – 40	5 288	2 959	2 330	4 181	2 286	1 895	4 144	2 219	1 926	4 229	2 294	1 935
40 – 45	5 835	3 174	2 662	5 804	3 131	2 674	4 459	2 382	2 076	4 339	2 298	2 040
45 – 50	4 896	2 595	2 301	5 746	3 060	2 686	5 629	2 993	2 636	5 569	2 899	2 669
50 – 55	4 202	2 222	1 980	4 908	2 568	2 341	5 680	2 974	2 705	5 925	3 104	2 821
55 – 60	3 039	1 707	1 332	3 904	2 106	1 798	4 568	2 389	2 179	4 843	2 547	2 296
60 – 65	1 402	877	526	1 854	1 094	759	2 776	1 485	1 292	2 954	1 584	1 369
65 und mehr	520	328	191	668	411	258	1 037	647	390	1 103	689	414
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	29 380	16 310	13 070	31 221	16 952	14 269	32 667	17 487	15 180	33 509	17 962	15 547
Neue Länder einschl. Berlin ..	7 187	3 825	3 362	7 718	4 095	3 622	7 612	4 004	3 608	7 830	4 145	3 685
%												
Insgesamt	51,5	58,4	45,0	54,8	60,9	49,1	56,8	62,2	51,7	57,8	63,1	52,8
dar. 15 – 65	65,4	71,2	59,5	71,0	75,9	66,0	73,8	77,7	69,8	74,4	78,0	70,6
15 – 20	25,7	28,6	22,7	27,3	30,0	24,3	25,4	27,0	23,6	26,4	28,2	24,4
20 – 25	59,3	61,2	57,4	63,6	65,4	61,8	63,5	64,5	62,5	63,3	63,9	62,8
25 – 30	69,7	74,0	65,2	75,4	78,5	72,3	77,9	80,4	75,4	77,9	80,1	75,4
30 – 35	75,7	84,6	66,4	79,8	86,8	72,6	82,3	88,2	76,2	81,9	87,7	75,8
35 – 40	79,3	87,2	71,2	81,7	88,6	74,8	84,1	89,9	78,3	83,5	89,5	77,4
40 – 45	80,9	86,5	75,1	84,7	89,6	79,6	85,6	90,4	80,7	86,0	89,9	82,0
45 – 50	79,8	84,7	74,8	84,0	88,1	79,6	86,5	90,3	82,6	87,4	90,6	84,3
50 – 55	75,2	80,8	69,7	80,2	84,5	76,0	83,9	87,6	80,1	84,6	88,3	80,9
55 – 60	63,3	71,3	55,3	71,3	77,7	65,0	77,2	81,5	73,1	79,0	83,7	74,4
60 – 65	28,1	35,8	20,7	40,8	48,9	32,9	53,1	58,8	47,8	55,7	61,1	50,6
65 und mehr	3,3	5,0	2,1	3,9	5,6	2,6	5,9	8,4	3,9	6,3	9,1	4,2
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	52,5	60,1	45,3	55,3	61,7	49,2	57,5	63,1	52,1	58,3	63,8	53,2
Neue Länder einschl. Berlin ..	47,8	52,2	43,7	53,0	57,6	48,7	54,3	58,5	50,3	55,6	60,0	51,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.7 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2005			2010			2015			2016		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	4 583	2 574	2 009	2 948	1 698	1 250	1 949	1 125	824	1 775	1 029	746
dar. 15 – 65	4 578	2 572	2 007	2 944	1 695	1 249	1 940	1 119	821	1 767	1 025	742
15 – 20	218	120	98	139	78	61	88	48	40	95	54	40
20 – 25	529	316	213	322	191	130	208	125	83	201	124	77
25 – 30	479	285	194	343	211	132	246	149	98	235	144	91
30 – 35	458	262	196	307	178	129	228	137	91	213	124	90
35 – 40	547	304	243	304	176	128	191	113	78	183	106	77
40 – 45	628	333	295	353	200	154	177	96	81	156	89	66
45 – 50	544	296	247	363	198	165	214	115	99	167	93	74
50 – 55	527	284	243	334	184	149	226	124	102	204	114	90
55 – 60	475	254	221	324	181	143	210	123	87	178	99	79
60 – 65	173	117	57	156	99	57	151	90	61	136	79	57
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	9	5	/	8	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	2 900	1 646	1 254	1 977	1 144	832	1 356	788	567	1 272	744	528
Neue Länder einschl. Berlin ..	1 683	929	754	972	554	418	593	336	257	502	285	217
%												
Insgesamt	11,1	11,3	10,9	7,0	7,5	6,5	4,6	5,0	4,2	4,1	4,4	3,7
dar. 15 – 65	11,3	11,5	11,0	7,1	7,6	6,6	4,7	5,1	4,3	4,2	4,6	3,4
15 – 20	14,7	14,2	15,4	10,7	10,5	10,9	7,9	7,8	8,0	7,9	8,1	7,8
20 – 25	15,4	17,0	13,4	9,3	10,4	8,1	7,0	7,9	5,9	6,7	7,8	5,5
25 – 30	12,5	13,6	11,2	8,4	9,7	6,9	5,8	6,6	4,9	5,3	6,0	4,5
30 – 35	10,6	10,7	10,6	7,4	7,8	7,0	5,2	5,7	4,5	4,7	5,0	4,4
35 – 40	9,4	9,3	9,5	6,8	7,2	6,3	4,4	4,9	3,9	4,1	4,4	3,8
40 – 45	9,7	9,5	10,0	5,7	6,0	5,4	3,8	3,9	3,8	3,5	3,7	3,2
45 – 50	10,0	10,3	9,7	5,9	6,1	5,8	3,7	3,7	3,6	2,9	3,1	2,7
50 – 55	11,1	11,3	10,9	6,4	6,7	6,0	3,8	4,0	3,6	3,3	3,5	3,1
55 – 60	13,5	13,0	14,2	7,7	7,9	7,4	4,4	4,9	3,9	3,5	3,7	3,3
60 – 65	11,0	11,7	9,7	7,8	8,3	7,0	5,2	5,7	4,5	4,4	4,8	4,0
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	0,8	0,8	/	0,7	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	9,0	9,2	8,8	6,0	6,3	5,5	4,0	4,3	3,6	3,7	4,0	3,3
Neue Länder einschl. Berlin ..	19,0	19,5	18,3	11,2	11,9	10,3	7,2	7,8	6,6	6,0	6,4	5,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2011 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.8 Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial bei Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren

Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren	2013			2014			2015			2016		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Bevölkerung	61 375	30 555	30 821	61 364	30 607	30 757	61 544	30 747	30 797	62 061	31 181	30 880
Erwerbstätige	39 407	21 061	18 346	39 735	21 209	18 525	40 058	21 353	18 705	41 107	21 956	19 151
Teilzeit	10 855	2 186	8 669	10 908	2 223	8 685	11 124	2 282	8 843	11 406	2 378	9 028
Vollzeit	28 551	18 875	9 677	28 826	18 986	9 840	28 933	19 071	9 862	29 701	19 577	10 124
Erwerbslose	2 179	1 230	949	2 090	1 188	902	1 950	1 123	827	1 774	1 028	746
Erwerbspersonen	41 586	22 291	19 295	41 825	22 397	19 427	42 008	22 476	19 532	42 881	22 983	19 898
Unterbeschäftigte	3 104	1 478	1 626	2 902	1 376	1 525	2 726	1 299	1 427	2 623	1 274	1 349
Teilzeit	1 738	472	1 266	1 626	440	1 187	1 553	434	1 119	1 443	401	1 042
Vollzeit	1 366	1 006	360	1 275	937	339	1 173	865	308	1 180	873	307
Überbeschäftigte	870	487	383	915	506	409	1 013	552	461	1 160	628	532
Teilzeit	81	13	68	92	15	78	110	20	90	130	21	109
Vollzeit	790	474	316	823	491	331	902	532	370	1 030	606	423
Stille Reserve	1 032	471	561	990	465	525	1 009	484	525	1 032	514	518
Suchend, aber kurzfristig nicht verfügbar	501	246	255	480	245	234	476	244	232	494	262	232
Verfügbar, aber nicht suchend	532	225	306	510	219	291	533	240	293	539	252	286
Sonstige Nichterwerbspersonen mit Arbeitswunsch	1 136	435	701	1 144	440	704	1 196	465	731	1 295	539	756
Sonstige Nichterwerbspersonen ohne Arbeitswunsch	17 618	7 357	10 262	17 405	7 305	10 101	17 332	7 323	10 008	16 853	7 145	9 708
Nichterwerbspersonen	19 786	8 262	11 524	19 539	8 209	11 330	19 537	8 272	11 265	19 180	8 198	10 982
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial	6 315	3 179	3 136	5 981	3 029	2 952	5 684	2 905	2 779	5 429	2 815	2 614
%												
Unterbeschäftigungsquote ¹	7,9	7,0	8,9	7,3	6,5	8,2	6,8	6,1	7,6	6,4	5,8	7,0
Teilzeit	16,0	21,6	14,6	14,9	19,8	13,7	14,0	19,0	12,7	12,6	16,9	11,5
Vollzeit	4,8	5,3	3,7	4,4	4,9	3,4	4,1	4,5	3,1	4,0	4,5	3,0
Überbeschäftigungsquote ²	2,2	2,3	2,1	2,3	2,4	2,2	2,5	2,6	2,5	2,8	2,9	2,8
Anteil der Stillen Reserve an den Nichterwerbspersonen	5,2	5,7	4,9	5,1	5,7	4,6	5,2	5,8	4,7	5,4	6,3	4,7
Anteil ungenutztes Arbeitskräftepotenzial an der Bevölkerung	10,3	10,4	10,2	9,7	9,9	9,6	9,2	9,4	9,0	8,7	9,0	8,5
Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials³	14,8	14,0	15,8	14,0	13,2	14,8	13,2	12,7	13,9	12,4	12,0	12,8

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011.

1 Anteil der Unterbeschäftigten an den Erwerbstätigen.

2 Anteil der Überbeschäftigten an den Erwerbstätigen.

3 Anteil der Summe aus Erwerbslosen, Unterbeschäftigten und Stiller Reserve an der Gesamtheit der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) und Stiller Reserve.

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial 2016

62,1 Mill. Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren					
42,9 Mill. Erwerbspersonen			19,2 Mill. Nichterwerbspersonen		
41,1 Mill. Erwerbstätige		1,8 Mill. Erwerbslose	1,0 Mill. in Stiller Reserve		18,1 Mill. sonstige Nichterwerbspersonen
2,6 Mill. Unterbeschäftigte			0,5 Mill. suchend aber nicht verfügbar	0,5 Mill. verfügbar aber nicht suchend	
1,2 Mill. Vollzeit	1,4 Mill. Teilzeit			1,3 Mill. mit Arbeitswunsch	16,9 Mill. ohne Arbeitswunsch
ungenutztes Arbeitskräftepotenzial: 5,4 Mill. Personen					

Unterbeschäftigte sind Erwerbstätige mit Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden und stehen für diese auch innerhalb von zwei Wochen zur Verfügung.

Unter **Stiller Reserve** versteht man Nichterwerbspersonen, die zwar Arbeit suchen, jedoch kurzfristig, d. h. innerhalb von zwei Wochen nicht zur Verfügung stehen und Nichterwerbspersonen, die aus anderen Gründen keine Arbeit suchen, aber grundsätzlich arbeiten würden und für diese auch verfügbar sind.

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
 13.2.9 Entwicklung der Erwerbslosen und Erwerbslosenquoten

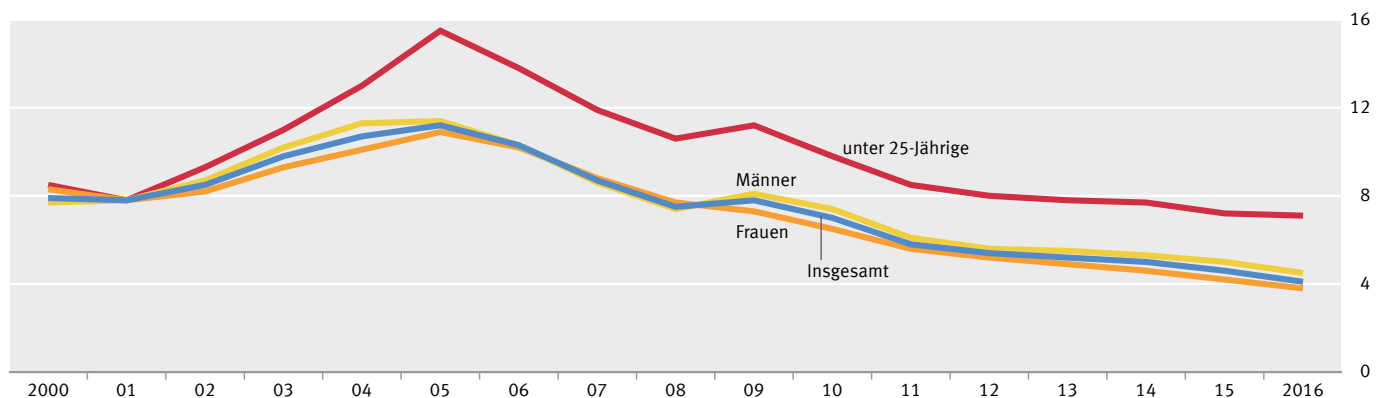
	Erwerbslose			Erwerbslosenquoten ¹		
	und zwar im Alter von ... bis ... Jahre			und zwar von Personen im Alter von ... bis ... Jahre		
	15 – 74	15 – 24	25 – 74	15 – 74	15 – 24	25 – 74
	1 000			%		
2000	3 123	382	2 741	7,9	8,5	7,8
Männer	1 689	228	1 462	7,7	9,5	7,4
Frauen	1 434	154	1 279	8,3	7,4	8,4
2005	4 571	745	3 826	11,2	15,5	10,6
Männer	2 567	435	2 133	11,4	16,8	10,7
Frauen	2 004	311	1 693	10,9	14,0	10,5
2010	2 845	442	2 403	7,0	9,8	6,6
Männer	1 624	257	1 368	7,4	10,7	7,0
Frauen	1 221	185	1 036	6,5	8,8	6,2
2012	2 224	353	1 872	5,4	8,0	5,1
Männer	1 236	205	1 031	5,6	8,7	5,2
Frauen	989	147	841	5,2	7,3	4,9
2013	2 182	340	1 842	5,2	7,8	4,9
Männer	1 231	197	1 034	5,5	8,5	5,2
Frauen	951	143	808	4,9	7,1	4,7
2014	2 090	328	1 762	5,0	7,7	4,7
Männer	1 188	190	999	5,3	8,3	5,0
Frauen	902	138	764	4,6	7,1	4,4
2015	1 950	296	1 653	4,6	7,2	4,4
Männer	1 123	173	950	5,0	7,9	4,7
Frauen	827	123	703	4,2	6,5	4,0
2016	1 774	295	1 479	4,1	7,1	3,8
Männer	1 028	178	850	4,5	7,8	4,1
Frauen	746	118	629	3,8	6,1	3,5

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2010 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

1 Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen nach europäischer Abgrenzung (Personen in Privathaushalten).

Erwerbslosenquoten nach Personenkreisen

in %



Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren, ab 2010 Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

2017 - 01 - 0268

13.3 Generation 55 Plus – Ältere Erwerbstätige

Unsere Gesellschaft altert. Zum einen nimmt die Lebenserwartung des Einzelnen zu, zum anderen stagniert die Geburtenrate. Dieser Prozess verändert in zunehmendem Maße auch die Erwerbstätigkeit. So hat in den vergangenen Jahren die Erwerbstätigkeit älterer Menschen immer weiter zugenommen. 48% der 55- bis unter 65-Jährigen gingen 2006 einer Erwerbstätigkeit nach, 2016 waren bereits mehr als zwei Drittel dieser Altersgruppe erwerbstätig.

Die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen im fortgeschrittenen Alter differiert stark voneinander. So waren 2016 von den 60- bis unter 65-Jährigen Männern 61% erwerbstätig, aber nur 51% der Frauen. In der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen gingen noch 19% der Männer und 12% der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach.

13.3.1 Ältere Erwerbstätige nach Stellung im Beruf

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätige	Darunter	
		Selbstständige ¹	Abhängig Beschäftigte
	1000		
2006			
50 – 55	4 326	563	3 719
55 – 60	3 310	449	2 819
60 – 65	1 344	280	1 032
65 – 70	366	144	190
70 – 75	117	50	49
2016			
50 – 55	5 925	725	5 181
55 – 60	4 843	591	4 233
60 – 65	2 954	444	2 492
65 – 70	693	235	441
70 – 75	249	105	132

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Ohne mithelfende Familienangehörige.

13.3.2 Erwerbstätigenquote Älterer

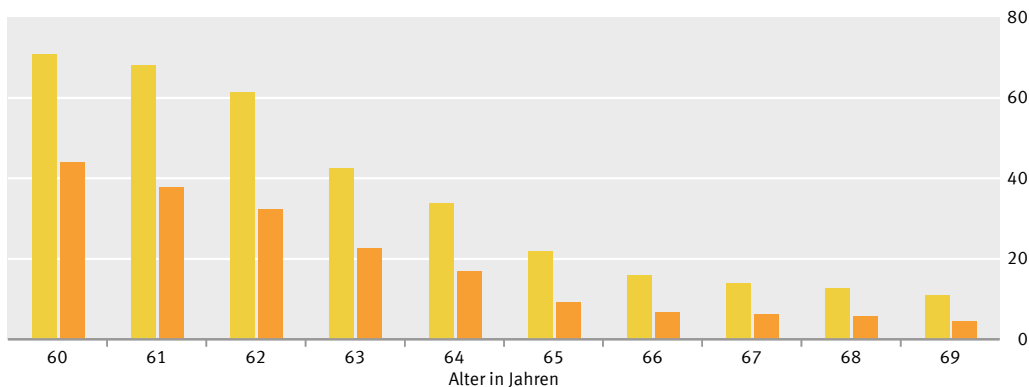
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt %	Männer	Frauen
2006			
55 – 60	64,2	71,9	56,6
60 – 65	29,6	37,6	21,8
65 – 70	6,6	8,4	4,9
2016			
55 – 60	79,0	83,7	74,4
60 – 65	55,7	61,1	50,6
65 – 70	15,4	19,2	11,8

Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätigenquote nach ausgewählten Altersjahren

in %

■ 2016 ■ 2006



Ergebnisse des Mikrozensus.

2017 - 01 - 0269

13.4 Personal des öffentlichen Dienstes

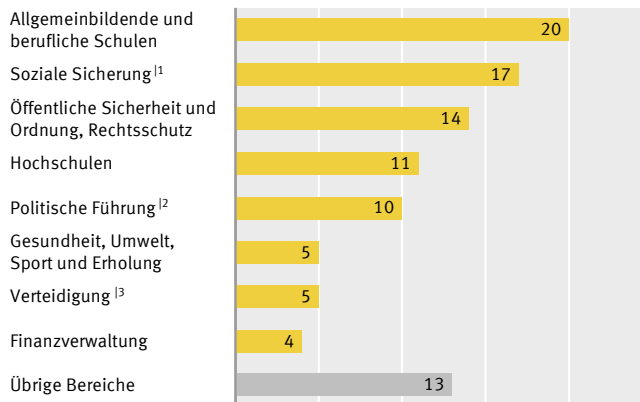
13.4.1 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

	Insgesamt	Davon			
		Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung ¹
	1 000				
Insgesamt					
2000	4 908,9	597,7	2 390,7	1 572,0	348,6
2010	4 586,1	530,3	2 317,8	1 355,3	382,8
2015	4 645,5	489,4	2 346,9	1 439,5	369,6
2016	4 689,0	489,5	2 364,1	1 464,4	371,1
Vollzeitbeschäftigte					
2000	3 697,0	555,2	1 804,8	1 066,0	271,1
2010	3 106,7	461,2	1 567,5	819,6	258,4
2015	3 158,7	432,0	1 603,9	878,2	244,7
2016	3 185,5	432,5	1 613,9	894,3	244,8
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	1 153,6	33,1	564,1	485,6	70,8
2010	1 189,5	38,5	609,8	444,8	96,3
2015	1 377,8	45,0	692,5	527,4	112,8
2016	1 425,0	47,4	714,6	545,6	117,3
Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	58,2	9,4	21,7	20,5	6,6
2010	290,0	30,6	140,5	90,9	28,1
2015	109,0	12,4	50,5	33,9	12,1
2016	78,5	9,5	35,6	24,5	8,9

Ergebnisse der Personalstandstatistik. – Stichtag 30.6.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2016 in %



Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.

3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

2017 - 01 - 0270

13.4.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Besoldungs- und Entgeltgruppen am 30.6.2016

Einstufungen	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 689,0	100	489,5	100	2 364,1	100	1 464,4	100	371,1	100
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen	1 836,5	39,2	343,8	70,2	1 275,1	53,9	186,3	12,7	31,2	8,4
Besoldungsordnung B	11,5	0,2	3,2	0,7	4,3	0,2	3,9	0,3	0,1	0,0
Besoldungsordnung R	28,6	0,6	0,5	0,1	28,0	1,2	X	X	X	X
Besoldungsordnung C, W	38,0	0,8	0,3	0,1	37,7	1,6	X	X	0,0	0,0
Besoldungsordnung A	1 649,8	35,2	332,0	67,8	1 113,0	47,1	174,3	11,9	30,5	8,2
davon:										
A16 – A13	526,9	11,2	44,1	9,0	444,1	18,8	34,3	2,3	4,5	1,2
A12 – A9	805,9	17,2	116,5	23,8	561,8	23,8	102,6	7,0	25,0	6,8
A8 – A5	298,9	6,4	155,0	31,7	105,5	4,5	37,4	2,6	1,0	0,3
A4 – A2	18,1	0,4	16,5	3,4	1,6	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
In Ausbildung	108,5	2,3	7,7	1,6	92,0	3,9	8,2	0,6	0,6	0,2
Arbeitnehmer/-innen	2 852,6	60,8	145,7	29,8	1 089,0	46,1	1 278,1	87,3	339,8	91,6
E15Ü – E13 TVöD/TV-L ²	357,1	7,6	11,9	2,4	287,5	12,2	43,7	3,0	13,9	3,7
E12 – E9 TVöD/TV-L	803,5	17,1	34,6	7,1	306,1	12,9	313,1	21,4	149,8	40,4
E8 – E5 TVöD/TV-L	1 171,0	25,0	67,8	13,8	346,5	14,7	642,3	43,9	114,5	30,9
E4 – E1 TVöD/TV-L	299,2	6,4	18,6	3,8	60,8	2,6	209,0	14,3	10,7	2,9
Sonstige ³	119,8	2,6	5,8	1,2	47,1	2,0	27,8	1,9	39,1	10,5
In Ausbildung	101,9	2,2	7,0	1,4	41,0	1,7	42,2	2,9	11,7	3,2

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. außertarifliche Angestellte.

3 Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD/TV-L zugeordnet wurden und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte (Angestellte in der Sozialversicherung, die aufgrund einer Dienstordnung ein Gehalt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten).

Bei Beamtinnen und Beamten ist das Grundgehalt der Hauptbestandteil der Dienstbezüge. Es bestimmt sich nach der **Besoldungsgruppe** des verliehenen Amtes. Die Besoldungsordnungen A und B regeln die Besoldung für den Beamten- und Soldatenbereich, die Besoldungsordnungen W und C die der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Die Besoldungsordnung R regelt die Besoldung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht überwiegend auf den **Entgeltgruppen** (E1 bis E15 Ü) des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) und des Tarifvertrags der Länder (TV-L).

13.4 Personal des öffentlichen Dienstes

13.4.3 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2016

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2012)	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 689,0	100	489,5	100	2 364,1	100	1 464,4	100	371,1	100
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	487,5	10,4	44,7	9,1	135,2	5,7	307,6	21,0	X	X
Verteidigung	235,9	5,0	235,9	48,2	X	X	X	X	X	X
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	461,9	9,9	49,3	10,1	285,4	12,1	127,2	8,7	X	X
dar. Polizei	313,3	6,7	45,1	9,2	268,2	11,3	X	X	X	X
Rechtsschutz	178,4	3,8	5,0	1,0	173,5	7,3	X	X	X	X
Finanzverwaltung	188,0	4,0	45,7	9,3	141,8	6,0	0,5	0,0	X	X
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 613,6	34,4	15,6	3,2	1 418,1	60,0	179,9	12,3	X	X
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	939,7	20,0	–	–	832,3	35,2	107,4	7,3	X	X
Hochschulen	526,8	11,2	0,4	0,1	526,4	22,3	X	X	X	X
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	798,9	17,0	7,5	1,5	32,0	1,4	388,3	26,5	371,1	100
dar. Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	217,8	4,6	–	–	8,8	0,4	209,0	14,3	X	X
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	250,8	5,3	7,9	1,6	48,5	2,1	194,4	13,3	X	X
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	143,2	3,1	–	–	24,0	1,0	119,2	8,1	X	X
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	129,1	2,8	0,0	0,0	17,9	0,8	111,2	7,6	X	X
Sonstiges	345,0	7,4	77,9	15,9	111,7	4,7	155,4	10,6	X	X
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	150,1	8,2	22,7	6,6	60,4	4,7	67,0	36,0	X	X
Verteidigung	185,6	10,1	185,6	54,0	X	X	X	X	X	X
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	331,4	18,0	39,9	11,6	241,9	19,0	49,6	26,6	X	X
dar. Polizei	268,8	14,6	37,7	11,0	231,1	18,1	X	X	X	X
Rechtsschutz	117,0	6,4	2,9	0,9	114,1	8,9	X	X	X	X
Finanzverwaltung	158,0	8,6	38,7	11,3	119,3	9,4	0,0	0,0	X	X
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	716,1	39,0	3,3	1,0	699,2	54,8	13,5	7,3	X	X
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	636,1	34,6	–	–	625,7	49,1	10,5	5,6	X	X
Hochschulen	58,4	3,2	0,3	0,1	58,0	4,6	X	X	X	X
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	70,9	3,9	2,0	0,6	6,9	0,5	30,8	16,5	31,2	100
dar. Kindertagesbetreuung	1,6	0,1	–	–	0,2	0,0	1,4	0,8	X	X
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	14,8	0,8	1,6	0,5	7,4	0,6	5,8	3,1	X	X
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	1,0	0,1	–	–	0,2	0,0	0,8	0,4	X	X
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	18,4	1,0	–	–	7,0	0,5	11,4	6,1	X	X
Sonstiges	74,2	4,0	47,0	13,7	19,0	1,5	8,2	4,4	X	X
Zusammen	1 836,5	100	343,8	100	1 275,1	100	186,3	100	31,2	100
Arbeitnehmer/-innen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	337,4	11,8	22,0	15,1	74,8	6,9	240,6	18,8	X	X
Verteidigung	50,3	1,8	50,3	34,5	X	X	X	X	X	X
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	130,5	4,6	9,4	6,5	43,6	4,0	77,5	6,1	X	X
dar. Polizei	44,5	1,6	7,4	5,1	37,1	3,4	X	X	X	X
Rechtsschutz	61,4	2,2	2,0	1,4	59,4	5,5	X	X	X	X
Finanzverwaltung	30,0	1,1	7,0	4,8	22,6	2,1	0,5	0,0	X	X
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	897,5	31,5	12,3	8,4	718,9	66,0	166,3	13,0	X	X
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	303,5	10,6	–	–	206,6	19,0	96,9	7,6	X	X
Hochschulen	468,4	16,4	0,1	0,0	468,3	43,0	X	X	X	X
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	728,0	25,5	5,5	3,8	25,2	2,3	357,4	28,0	339,8	100
dar. Kindertagesbetreuung	216,2	7,6	–	–	8,6	0,8	207,6	16,2	X	X
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	236,1	8,3	6,3	4,3	41,1	3,8	188,7	14,8	X	X
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	142,2	5,0	–	–	23,8	2,2	118,4	9,3	X	X
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	110,7	3,9	0,0	0,0	10,9	1,0	99,8	7,8	X	X
Sonstiges	270,8	9,5	30,9	21,2	92,7	8,5	147,3	11,5	X	X
Zusammen	2 852,6	100	145,7	100	1 089,0	100	1 278,1	100	339,8	100

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.5.1 Am Arbeitsort nach Ländern am 30.6.2016

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Darunter Ausländer/-innen			Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	darunter aus		insgesamt	darunter Frauen
					EU-Mitgliedstaaten	sonstigen europäischen Staaten		
	1 000	%		1 000	%		%	
Deutschland ¹	31 374	53,6	46,4	3 129	56,4	28,0	4 864	62,9
Baden-Württemberg	4 451	54,8	45,2	629	59,4	28,9	701	64,4
Bayern	5 309	54,2	45,8	670	60,9	25,2	771	66,4
Berlin	1 366	49,4	50,6	162	47,4	29,0	147	54,5
Brandenburg	817	51,6	48,4	36	68,8	15,3	92	54,5
Bremen	319	56,2	43,8	29	46,7	32,2	46	59,2
Hamburg	932	53,4	46,6	98	47,2	27,0	104	60,2
Hessen	2 458	54,5	45,5	336	53,2	28,0	378	63,1
Mecklenburg-Vorpommern	560	48,7	51,3	17	71,4	11,9	64	52,7
Niedersachsen	2 820	54,2	45,8	201	59,2	24,7	510	64,0
Nordrhein-Westfalen	6 533	54,8	45,2	630	49,4	35,4	1 221	63,8
Rheinland-Pfalz	1 362	53,4	46,6	128	59,0	25,9	264	64,1
Saarland	378	54,7	45,3	42	73,1	15,9	69	63,4
Sachsen	1 554	51,0	49,0	50	64,0	14,4	160	55,2
Sachsen-Anhalt	783	50,4	49,6	20	63,2	16,5	79	56,5
Schleswig-Holstein	939	52,1	47,9	55	56,4	25,4	176	61,1
Thüringen	793	51,4	48,6	26	66,5	14,5	82	55,5

1 Die Summe der Beschäftigten in den Regionen ergibt nicht die Gesamtzahl für Deutschland, da zum Auswertungszeitpunkt einzelne Anschriften von Betrieben regional nicht zugeordnet werden können.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Februar 2017 wurden Fehler in der Datenverarbeitung zur Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit festgestellt. Aufgrund eines technischen Problems im Datenverarbeitungsprozess sind Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung in größerem Umfang nicht in die Statistik-Datenverarbeitung eingeflossen. Die Nichtverarbeitung dieser Meldungen hat Auswirkungen auf die Ergebnisse des Berichtsjahres 2016 und damit auch auf die publizierten Daten in diesem Kapitel. Nach vorliegenden Erkenntnissen sind die endgültigen Werte des Berichtsmontats Juni 2016 leicht untererfasst. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird eine rückwirkende Korrektur der Beschäftigungsstatistik vornehmen, deren Veröffentlichung für Januar 2018 vorgesehen ist. Weitere Informationen finden Sie unter www.statistik.arbeitsagentur.de

13.5.2 Am Arbeitsort nach wirtschaftlicher Gliederung am 30.6.2016

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%	
	Insgesamt	31 374	46,4	10,0
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	246	32,1	21,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	71	12,0	6,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 710	25,4	9,0
D	Energieversorgung	226	26,0	2,6
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	237	19,0	7,0
F	Baugewerbe	1 747	13,1	13,1
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 304	52,1	8,2
H	Verkehr und Lagerei	1 655	24,8	14,1
I	Gastgewerbe	1 026	55,4	30,2
J	Information und Kommunikation	973	34,2	8,1
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	988	55,9	3,4
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	248	51,1	6,7
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	2 045	51,8	7,0
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	2 271	40,8	23,4
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1 729	63,8	2,4
P	Erziehung und Unterricht	1 204	71,1	6,3
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 532	76,9	6,1
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	276	52,1	12,5
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	815	68,5	8,5
T	Häusliche Dienste	48	85,9	28,2
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	20	42,7	19,0
	Keine Zuordnung möglich	2	48,6	17,4

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
 13.5.3 Am Arbeitsort nach ausgewählten Personengruppen

	Insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer/ -innen ¹	Vollzeit- beschäftigte ¹	Teilzeit- beschäftigte ¹
	1 000						
2000	27 842	15 608	12 233	25 927	1 899	.	.
2001	27 798	15 497	12 301	25 830	1 949	23 026	4 501
2002	27 660	15 288	12 372	25 713	1 930	22 741	4 633
2003	26 949	14 834	12 116	25 123	1 813	22 072	4 579
2004	26 548	14 618	11 930	24 799	1 739	21 587	4 654
2005	26 300	14 404	11 895	24 578	1 712	21 210	4 775
2006	26 534	14 563	11 971	24 785	1 739	21 269	4 946
2007	27 050	14 916	12 134	25 247	1 788	21 595	5 129
2008	27 695	15 226	12 470	25 826	1 854	22 030	5 331
2009	27 603	14 988	12 615	25 756	1 830	21 721	5 538
2010	27 967	15 149	12 817	26 071	1 879	21 774	5 841
2011	28 644	15 531	13 112	26 608	2 019	.	.
2012	29 280	15 838	13 442	27 070	2 193	.	.
2013	29 616	15 966	13 650	27 257	2 341	21 841	7 424
2014	30 175	16 241	13 934	27 595	2 563	22 091	7 740
2015	30 771	16 504	14 267	27 926	2 829	22 578	8 186
2016	31 374	16 829	14 545	28 228	3 129	22 825	8 548

Die Bundesagentur für Arbeit hat im August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik bis 1999 durchgeführt. Weitere Informationen siehe Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit „Beschäftigungsstatistik – Revision 2014“ (www.statistik.arbeitsagentur.de).

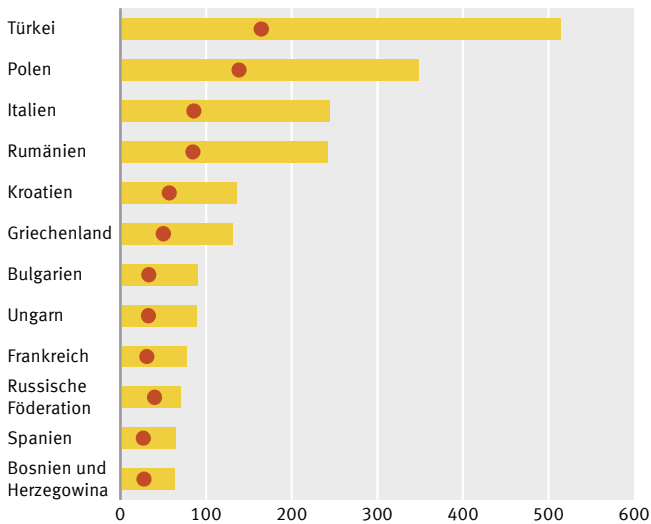
Stand: jeweils 30.6.

1 Die Merkmale „Staatsangehörigkeit“ und „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung“ enthalten nicht die Fälle „Ohne Angabe“.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 30.6.2016
 in 1 000

● darunter Frauen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2017 - 01 - 0271

13.5 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.5.4 Am Arbeitsort nach Berufshauptgruppen und ausgewählten Berufsgruppen am 30.6.2016

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen	Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%				1 000	%	
	Insgesamt	31 373,7	46,4	10,0	53	Schutz-, Sicherheits-, Überwachungsberufe	347,3	27,4	10,3
11	Land-, Tier-, Forstwirtschaftsberufe	230,7	27,1	20,6	531	Obj., Pers., Brandschutz, Arbeitssicherh.	328,4	26,4	10,7
111	Landwirtschaft	138,7	22,9	27,4	533	Gewerbe, Gesundheitsaufsicht, Desinfektion ...	12,7	47,9	3,7
12	Gartenbauberufe, Floristik	262,3	30,3	12,8	54	Reinigungsberufe	820,1	75,8	29,5
121	Gartenbau	229,1	20,8	14,3	61	Einkauf-, Vertriebs- und Handelsberufe	935,3	37,5	4,9
21	Rohstoffgewinnung, Glas-, Keramikverarbeitung ..	124,2	11,1	12,2	611	Einkauf und Vertrieb	700,2	34,7	5,2
211	Berg-, Tagebau und Sprengtechnik	26,2	6,3	9,9	612	Handel	167,0	42,9	4,7
22	Kunststoff- und Holzherst., -verarbeitung	539,9	15,3	14,1	62	Verkaufsberufe	2 077,9	73,3	8,6
221	Kunststoff, Kautschukherstell., -verarbeitung ...	244,7	25,1	19,5	621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	1 224,0	72,1	9,0
23	Papier-, Druckberufe, tech. Mediengestalt.	278,4	35,6	9,7	622	Verkauf Bekleid., Elektro, Kfz, Hartwaren	400,4	59,5	7,4
232	Technische Mediengestaltung	111,9	49,7	7,4	623	Verkauf von Lebensmitteln	340,3	87,3	9,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau	1 309,1	8,9	13,5	63	Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	761,7	66,7	24,3
241	Metallerzeugung	98,4	6,0	19,2	631	Tourismus und Sport	80,3	73,6	6,5
242	Metallbearbeitung	659,6	12,7	15,2	632	Hotellerie	172,4	76,9	23,3
25	Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	1 768,8	10,0	9,4	633	Gastronomie	478,7	62,5	28,6
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	1 266,6	12,3	10,1	71	Berufe Unternehmensführung, -organisation ...	4 024,1	64,5	5,0
26	Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	1 000,7	10,6	7,5	711	Geschäftsführung und Vorstand	191,1	21,5	7,4
262	Energietechnik	437,3	3,8	6,8	713	Unternehmensorganisation und -strategie	1 537,9	48,9	4,9
263	Elektrotechnik	462,5	17,9	8,7	714	Büro und Sekretariat	2 066,7	79,8	5,0
27	Techn. Entwickl., Konstr., Produktionssteuer.	1 047,5	19,8	6,7	72	Finanzdienstl. Rechnungsw., Steuerberatung ...	1 376,8	61,7	3,3
271	Technische Forschung und Entwicklung	248,6	12,6	8,9	721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen ...	761,9	56,0	3,0
272	Techn. Zeichnen, Konstruktion, Modellbau	230,5	32,2	4,1	722	Rechnungswesen, Controlling und Revision	439,5	65,8	4,2
28	Textil- und Lederberufe	128,7	54,6	15,8	723	Steuerberatung	175,4	76,1	2,9
281	Textiltechnik und -produktion	42,8	37,8	16,8	73	Berufe in Recht und Verwaltung	1 008,4	75,7	2,3
282	Textilverarbeitung	64,1	69,8	15,9	731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	175,7	74,8	3,2
29	Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	824,6	42,1	27,3	732	Verwaltung	779,2	75,9	2,0
291	Getränkeherstellung	14,3	8,2	5,9	733	Medien-Dokumentations-Informationsdienst ...	53,6	75,7	3,2
292	Lebensmittel- u. Genussmittelherstellung	323,2	30,2	26,8	81	Medizinische Gesundheitsberufe	2 398,1	82,8	6,0
293	Speisenzubereitung	487,1	50,9	28,3	811	Arzt- und Praxishilfe	615,0	98,4	5,0
31	Bauplanung, Architektur, Vermessungsberufe	245,5	27,7	5,7	813	Gesundh., Krankenpf., Rettungsd., Geburtsh. ...	1 017,1	80,9	5,9
311	Bauplanung u. -überwachung, Architektur	211,5	27,5	6,3	814	Human- und Zahnmedizin	253,2	52,6	12,8
32	Hoch- und Tiefbauberufe	565,9	1,5	20,8	817	Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde	225,7	80,9	3,2
321	Hochbau	435,9	1,3	23,8	818	Pharmazie	141,5	84,6	4,0
33	(Innen-) Ausbauberufe	372,4	3,2	15,2	82	Nichtmed. Gesundheit, Körperpf., Medizintech. ...	858,4	81,5	9,1
331	Bodenverlegung	51,3	0,9	19,7	821	Altenpflege	535,2	84,5	9,6
332	Maler-, Stuckat., Bauwerksabd., Bautenschutz ...	171,5	5,0	14,0	822	Ernährungs-, Gesundheitsberatung, Wellness ...	15,4	77,3	4,0
333	Aus-, Trockenbau. Iso. Zimmer. Glas. Roll.bau ...	149,6	1,9	15,1	823	Körperpflege	174,9	91,4	12,4
34	Gebäude- u. versorgungstechnische Berufe	687,8	4,2	8,2	825	Medizin-, Orthopädie- und Rehatechnik	123,8	59,3	3,5
341	Gebäudetechnik	290,8	6,9	8,0	83	Erziehung, soz., hauswirt. Berufe, Theologie ...	1 624,3	83,7	5,4
342	Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik	229,2	0,8	8,0	831	Erziehung, Sozialarb., Heilerziehungspf.	1 370,3	83,1	4,0
343	Ver- und Entsorgung	167,8	4,3	9,1	832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	214,0	93,5	14,1
41	Mathematik-Biologie-Chemie-, Physikberufe	389,5	37,0	8,5	833	Theologie und Gemeindeführung	40,0	53,4	8,0
412	Biologie	47,6	66,7	8,3	84	Lehrende und auszubildende Berufe	617,1	55,4	8,3
413	Chemie	290,1	34,4	8,3	841	Lehrtätigkeit an allgemeinbild. Schulen	201,9	73,0	5,1
414	Physik	42,5	20,3	10,5	843	Lehr-, Forschungstätigkeit an Hochschulen	196,3	43,2	15,2
42	Geologie-, Geografie-, Umweltschutzberufe	40,9	27,9	3,7	844	Lehrtätigk. außerschul. Bildungseinricht.	69,3	56,3	7,6
422	Umweltschutztechnik	16,8	17,7	1,9	91	Geistes-Gesellschafts-Wirtschaftswissen.	83,0	62,5	6,7
43	Informatik- und andere IKT-Berufe	716,2	15,9	8,0	912	Geisteswissenschaften	7,8	49,7	8,6
431	Informatik	218	17,7	6,8	914	Wirtschaftswissenschaften	8,3	45,7	7,2
434	Softwareentwicklung und Programmierung	189,5	12,5	11,4	92	Werbung, Marketing, kaufm., red. Medienberufe ..	557,6	54,2	6,6
51	Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführ.)	1 908,6	28,7	16,7	921	Werbung und Marketing	418,0	53,5	7,4
513	Lagerwirt., Post, Zustellung, Güterumschlag ...	1 557,2	27,5	18,4	924	Redaktion und Journalismus	81,6	51,4	4,6
516	Kaufleute – Verkehr und Logistik	183,3	35,8	8,2	93	Produktdesign, Kunsthandwerk	63,3	49,6	7,4
52	Führer von Fahrzeug- und Transportgeräten	1 076,2	5,0	14,1	94	Darstellende, unterhaltende Berufe	116,5	34,8	13,6
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	882,2	5,6	14,8	1	Angehörige der regulären Streitkräfte	2,5	42,8	15,9
522	Fahrzeugführung im Eisenbahnverkehr	28,8	3,8	3,8		keine Zuordnung möglich	183,5	40,7	4,1
525	Bau- und Transportgeräteführung	145,4	1,5	11,9					

1 Klassifikation der Berufe (KldB 2010).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

13.6 Arbeitslose
13.6.1 Nach ausgewählten Personengruppen

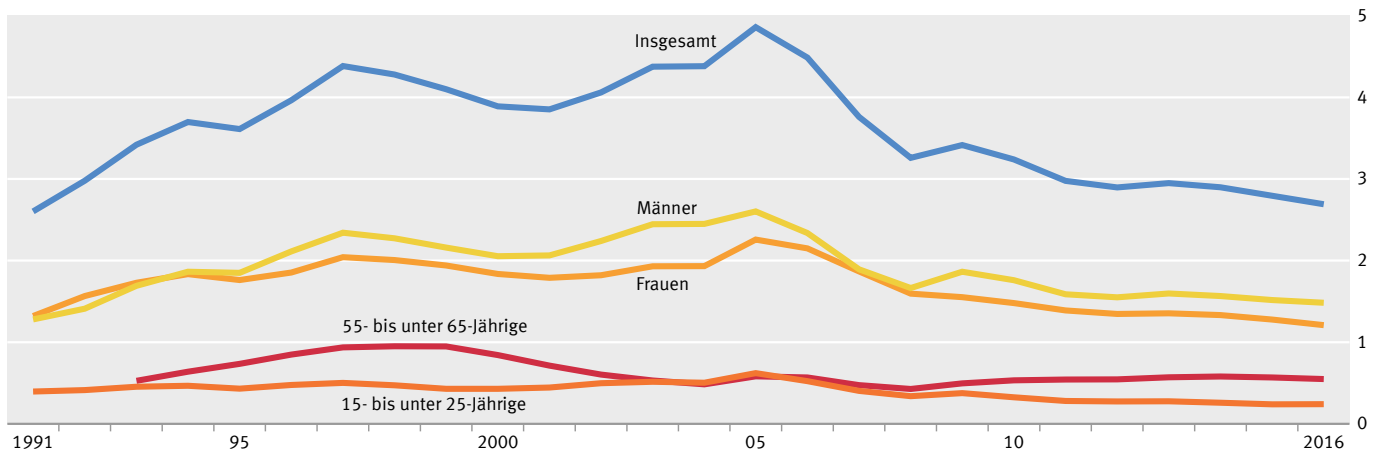
	Arbeitslose insgesamt	Und zwar						
		Frauen	im Alter von ... bis unter ... Jahren			Langzeit-arbeitslose ¹	Ausländer/-innen	Schwerbehinderte
			15 – 20	15 – 25	55 – 65			
Deutschland								
1991	2 602 203	1 321 649	95 800	395 739	.	.	221 884	.
1995	3 611 921	1 761 311	95 222	431 103	734 754	.	436 261	.
2000	3 889 695	1 836 317	101 342	428 510	842 115	1 454 189	465 660	184 097
2005	4 860 909	2 257 639	124 055	620 132	581 702	1 588 089	672 801	180 907
2010	3 238 965	1 478 924	55 300	325 548	532 012	1 140 368	500 904	175 381
2012	2 897 126	1 346 726	46 707	274 144	544 491	1 046 635	474 305	176 040
2013	2 950 338	1 353 232	46 523	276 278	570 736	1 069 721	504 470	178 632
2014	2 898 388	1 333 314	45 715	258 301	580 314	1 076 752	529 511	181 110
2015	2 794 664	1 277 452	45 674	238 547	568 491	1 039 281	563 447	178 809
2016	2 690 975	1 208 251	50 344	241 168	549 032	993 073	629 356	170 508
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin								
1991	1 596 457	753 491	51 579	230 959	.	.	191 064	.
1995	2 427 083	1 043 519	72 317	306 526	553 789	.	392 779	.
2000	2 380 987	1 068 861	63 864	257 016	558 901	936 570	401 916	140 463
2005	3 246 755	1 499 568	85 497	411 707	398 208	990 280	582 519	135 396
2010	2 227 473	1 022 250	40 773	223 337	354 103	783 029	428 688	129 246
2012	1 999 918	939 258	34 890	193 212	363 855	717 954	404 049	130 540
2013	2 080 342	962 604	35 312	203 235	385 433	753 949	432 583	133 845
2014	2 074 553	961 495	34 831	196 564	395 938	771 165	455 267	136 712
2015	2 020 503	928 421	34 687	185 525	392 245	754 130	483 634	135 914
2016	1 978 672	892 346	38 059	189 678	386 914	726 552	536 592	131 454
Neue Länder einschl. Berlin								
1991	1 005 745	568 157	44 221	164 780	.	.	30 820	.
1995	1 184 838	717 792	22 904	124 577	180 965	.	43 482	.
2000	1 508 707	767 457	37 478	171 494	283 215	517 620	63 744	43 634
2005	1 614 154	758 071	38 559	208 425	183 495	597 809	90 283	45 511
2010	1 011 492	456 673	14 527	102 211	177 909	357 339	72 215	46 135
2012	897 209	407 468	11 818	80 932	180 636	328 681	70 257	45 500
2013	869 995	390 629	11 211	73 043	185 303	315 772	71 888	44 787
2014	823 835	371 819	10 884	61 737	184 377	305 586	74 244	44 398
2015	774 162	349 032	10 987	53 022	176 246	285 151	79 813	42 896
2016	712 303	315 905	12 286	51 490	162 118	266 520	92 764	39 054

Jahresdurchschnitte. – Ab 2005 Änderung der Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II).

1 Ein Jahr und länger arbeitslos.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen
in Mill.



Jahresdurchschnitte. – Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist im Wesentlichen durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geprägt („Hartz IV-Effekt“).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2017-01-0272

13.6 Arbeitslose
13.6.2 Nach Ländern 2016

	Registrierte Arbeitslose			Arbeitslosenquoten ¹			Gemeldete Arbeitsstellen ²
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	Anzahl			%			Anzahl
Deutschland	2 690 975	1 482 720	1 208 251	6,1	6,4	5,8	655 490
Baden-Württemberg	226 421	122 670	103 750	3,8	3,9	3,7	92 333
Bayern	250 623	138 617	112 005	3,5	3,7	3,3	103 907
Berlin	181 018	101 541	79 477	9,8	10,5	9,0	25 506
Brandenburg	105 555	58 983	46 572	8,0	8,5	7,4	19 400
Bremen	36 393	20 244	16 149	10,5	11,0	10,0	6 382
Hamburg	70 666	39 112	31 554	7,1	7,6	6,5	15 663
Hessen	172 826	93 033	79 794	5,3	5,4	5,2	48 688
Mecklenburg-Vorpommern ..	80 389	45 597	34 792	9,7	10,6	8,7	12 974
Niedersachsen	252 574	138 936	113 638	6,0	6,2	5,8	62 703
Nordrhein-Westfalen	725 653	398 762	326 890	7,7	8,0	7,4	134 939
Rheinland-Pfalz	111 436	60 978	50 458	5,1	5,3	4,9	32 997
Saarland	37 103	20 902	16 201	7,2	7,6	6,7	7 182
Sachsen	157 862	87 568	70 294	7,5	7,8	7,0	31 818
Sachsen-Anhalt	110 263	60 401	49 862	9,6	9,9	9,2	16 554
Schleswig-Holstein	94 977	53 069	41 908	6,3	6,7	5,8	21 482
Thüringen	77 215	42 308	34 907	6,7	7,0	6,5	21 028

Jahresdurchschnitt.

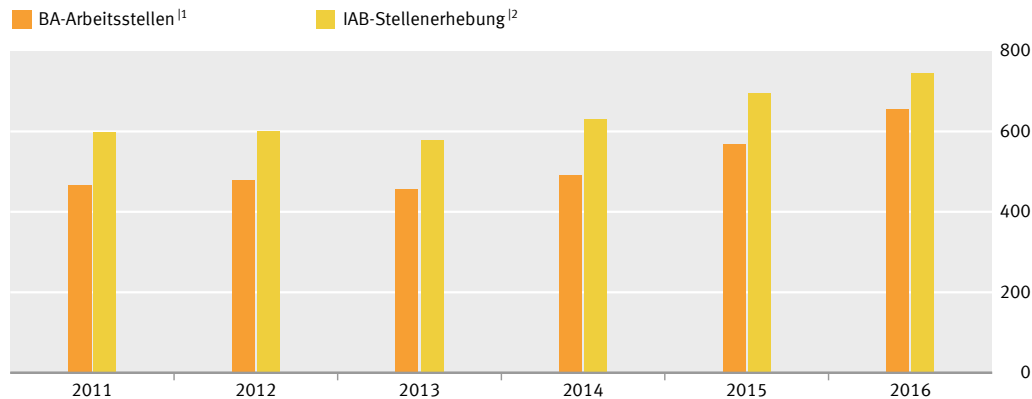
1 Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Die Angaben für Deutschland enthalten auch alle Arbeitsstellen, die der BA gemeldet sind, deren Arbeitsort jedoch im Ausland liegt. Somit ergibt die Summe aller Bundesländer nicht die Zahl für Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Stellenangebot

in 1 000



1 Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Gemeldete Arbeitsstellen.

2 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)-Stellenerhebung: Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot (sofort zu besetzende Stellen). Jahresdurchschnitt auf Basis der publizierten Quartalswerte.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-Stellenerhebung)

2017 - 01 - 0273

Methodik

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung/Erwerbstätige und Erwerbslose

Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden nationalen – und international vergleichbaren – Arbeitsmarktbeobachtung benötigt, zum anderen als Bezugszahl für weitere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen für Deutschland. Daneben publiziert der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) jährliche und vierteljährliche Durchschnittszahlen zur Erwerbstätigkeit für Länder sowie jährliche Zahlen für Kreise, die auf die Eckzahlen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes abgestimmt sind.

Gesamtwirtschaftliche Monatsdaten zur Erwerbstätigkeit nach dem Inländerkonzept als Ursprungswerte und saisonbereinigte Werte werden seit 2005 gemeinsam mit Erwerbslosenzahlen und -quoten (sowohl Ursprungswerte als auch mit Trendbereinigung) publiziert. Monatliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlands-konzept werden ebenfalls veröffentlicht. Die Erwerbslosenzahlen erhebt der Mikrozensus (siehe hierzu auch den Abschnitt „Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung“).

Zu den Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – unabhängig vom Umfang oder Ertrag dieser Tätigkeit. Hierbei liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst werden. Grundlage für die Definition bilden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), die im Einklang stehen mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Ergebnisse nach der ILO-Definition sind aufgrund ihrer großen Verbreitung und ihrer Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet.

Je nach Verwendungszweck wird die Zahl der Erwerbstätigen für Deutschland insgesamt und gegliedert nach Stellung im Beruf nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) oder nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Beide Konzepte unterscheiden sich durch den Pendlersaldo.

Die quartalsweise und jährlich veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen nach wirtschaftsfachlicher Gliederung weisen die VGR stets nach dem Inlandskonzept nach. Sie gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Berichtsperiode wird aus unterschiedlichen amtlichen und anderen erwerbsstatistischen Quellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft, Strichprobenerhebung oder Registerdaten. Insgesamt fließen zurzeit 60 erwerbsstatistische Quellen in die Erwerbstätigenrechnung der VGR des Bundes ein. Alle Quellen werden laufend beobachtet und analysiert. Zudem erfolgen laufend Konsistenzprüfungen mit anderen Aggregaten der VGR und der arbeitsmarktstatistischen Berichterstattung.

Vierteljährliche und jährliche Daten für Deutschland werden ab dem ersten Quartal 1991 ohne Brüche bereitgestellt. Für das frühere Bundesgebiet stehen bruchfreie Zeitreihen für den Zeitraum 1970 bis 1991 (mit Doppelnachweis für das Jahr 1991) zur Verfügung, die allerdings methodisch nicht mit den revidierten Angaben für Deutschland vergleichbar sind, da sie im Rahmen der VGR-Generalrevisionen 2011 und 2014 nicht an die neuen Klassifikationen und Konzepte angepasst wurden (hier gilt der alte Rechenstand von 2005). Darüber hinaus liegen unrevidierte jährliche Angaben für den Zeitraum von 1950 bis 1969 vor. Diese Zeitreihen enthalten allerdings Brüche aufgrund unterschiedlicher Gebietsabgrenzungen, Konzepte und

Definitionen. Sie werden auch in Zukunft nicht mehr revidiert. Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab 1991 für 64 Wirtschaftsabteilungen verfügbar.

Vorläufige gesamtwirtschaftliche monatliche Erwerbstätigenzahlen werden bereits 30 Tage nach Monatsende veröffentlicht. Somit liegen auch erste Quartalsergebnisse für die Gesamtwirtschaft mit Veröffentlichung des dritten Monatsergebnisses eines Quartals vor, d. h. ebenfalls nach rund 30 Tagen. Ausführliche Quartalsergebnisse werden etwa 45 Tage nach Quartalsende publiziert. Diese sind gegliedert nach Stellung im Beruf (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und zehn zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008). Erste vorläufige Jahresdaten werden wenige Tage nach Jahresablauf veröffentlicht.

Da die Ausgangsdaten, die für die Erwerbstätigenrechnung der VGR benötigt werden, nur sukzessive im Zeitverlauf anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten – und damit der Genauigkeitsgrad – mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Daten in mehreren Zeitabständen den jeweils aktuellen Erkenntnissen anzupassen. Mehrjährige Beobachtungen zeigen, dass die ersten vorläufigen Ergebnisse (Bundesrechnung) von den endgültigen Zahlen zur Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Letzte endgültige Zahlen werden in der Regel rund vier Jahre nach Jahresende publiziert.

Beim Vergleich mit anderen Statistiken ist zu berücksichtigen, dass es sich um zeitraumbezogene Ergebnisse handelt (Monats-, Quartals-, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte) und nicht um Stichtagsergebnisse oder Ergebnisse, die auf eine Berichtswoche bezogen sind. Indem sie umfangreiche erwerbsstatistische Informationen und aufwendige Kontrollverfahren einbezieht, gilt die Erwerbstätigenzahl der VGR als umfassendster und – vom Verlauf her – als sicherster Indikator für die Bestimmung der Gesamterwerbstätigkeit.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Seit 1957 – und für die neuen Länder seit 1991 – liefert er entsprechende statistische Informationen.

Bis 2004 bezogen sich die Fragen des Mikrozensus auf die Verhältnisse in einer einzigen Berichtswoche im Frühjahr. Seit 2005 wird der Mikrozensus als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform verteilt sich das gesamte Befragungsvolumen auf alle Wochen des Jahres, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ist es damit grundsätzlich möglich, neben Jahres- auch unterjährige Ergebnisse bereitzustellen.

Der Mikrozensus ist eine unverzichtbare Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft und die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Indem er sozioökonomische Eck- und Strukturdaten laufend bereitstellt, schließt er die Datenlücke zwischen den Bevölkerungszensens. Dabei ist er als Mehrzweckstichprobe konzipiert, die zahlreiche unterschiedliche Erhebungsteile als Ersatz für Einzelerhebungen umfasst. Für viele kleinere Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- oder Kontrollinstrument.

Die **Arbeitskräfteerhebung** (Labour Force Survey, LFS) ist seit 1968 Teil des Mikrozensus. Sie wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form durchgeführt. Der Europäischen Kommission dient der LFS als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in

den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit dem LFS gemessen.

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt in der Regel 1 % der Bevölkerung. Ab dem Berichtsjahr 2016 wurde die Stichprobe des Mikrozensus auf eine neue Grundlage umgestellt. Damit basiert diese erstmalig auf den Daten des Zensus 2011. Durch die Umstellung ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Mikrozensus 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Die Befragung erfolgt dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder mit Hilfe von Interviewerinnen und Interviewern, denen Laptops (CAPI - Computer Assisted Personal Interviewing) zur Verfügung stehen. Die Befragten (im Jahr 2016 waren es rund 744 000 Personen) haben auch die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen oder sich telefonisch befragen zu lassen.

Die meisten Erhebungsmerkmale unterliegen der Auskunftspflicht. Die Ausfallquote der Haushalte im Mikrozensus liegt daher bei maximal 5 %. Hierbei handelt es sich überwiegend um nicht erreichbare Personen. Die Quote der Nichtbeantwortung einer Frage bzw. eines Merkmals („Item-Nonresponse“) liegt in den meisten Fällen für wichtige Merkmale unter 3 %. In Einzelfällen – insbesondere bei sensiblen Merkmalen mit freiwilliger Auskunftserteilung – kann sie aber deutlich höher liegen.

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Hochgerechnete Jahresergebnisse unter 5 000 sollten wegen ihres geringen Aussagewertes für Vergleiche nicht herangezogen werden; bei Veröffentlichungen werden sie daher durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Der Mikrozensus liefert Informationen über die Erwerbsbeteiligung, den erlernten und ausgeübten Beruf sowie weitere arbeitsplatz- und betriebsbezogene Merkmale. Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur (Demografie), dem Haushalts- und Familienzusammenhang sowie über die Bildung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Merkmale der LFS, zu denen auch die zur Erwerbsbeteiligung gehören, werden für die EU-Mitgliedstaaten und eine Reihe weiterer Länder harmonisiert erhoben. Dies bedeutet, die Erhebungen sind europaweit vergleichbar.

Der Erwerbsstatus wird nach dem **Labour-Force-Konzept** erfasst. Dieses hat die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) entwickelt. In der EU wurde dieses Konzept konkretisiert. Das Konzept stellt die internationale Vergleichbarkeit der Merkmale sicher. Danach wird jeder Person der Bevölkerung ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben: Eine Person ist entweder erwerbstätig oder erwerbslos. Andernfalls zählt sie als Nichterwerbsperson. In die **nationale Berichterstattung** fließen die Erwerbslosenzahlen und -quoten ein, die auf Basis des Mikrozensus bestimmt wurden.

Die weitergehenden Strukturmerkmale des Mikrozensus und darauf basierende Analysen finden Eingang in Hauspublikationen wie dem Datenreport (gemeinsam herausgegeben mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem Sozio-oekonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung), der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und dem Online-Magazin „STATmagazin“. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt findet sich ab Berichtsjahr 2016 in der Fachserie 1, Reihe 4.1 („Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung“) wieder. Ausführliche methodische Erläuterungen sind im Qualitätsbericht zum Mikrozensus enthalten.

Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und aus dem Mikrozensus unterscheiden sich, obwohl beide im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept ermittelt werden. Dies ist vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen:

Der *Mikrozensus* ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet, dem Stichprobenzufallsfehler. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering.

Das *Labour-Force-Konzept* zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltsbefragungen z. T. nicht vollständig, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Die *Erwerbstätigenrechnung* greift dagegen im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur „Geringfügigen Beschäftigung“ zurück. Sie zielt generell darauf ab, ein möglichst umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit aus ökonomischer Sicht zu erlangen.

Die unterschiedlichen methodischen Ansätze implizieren unterschiedliche Anwendungsgebiete beider Erhebungen. Für die Betrachtung konjunktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen der Erwerbstätigkeit wird die Zahl aus der Erwerbstätigenrechnung herangezogen. Die Arbeitskräfteerhebung bzw. der Mikrozensus werden dagegen meist verwendet für europäische Vergleiche sowie für differenziertere Analysen von Teilpopulationen.

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Die Personalstandstatistik erhebt nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) Daten zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Der öffentliche Dienst umfasst hierbei das Personal von Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden (Kernhaushalte und Sonderrechnungen), die Sozialversicherungsträger (einschließlich der Bundesagentur für Arbeit) sowie die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Diese Statistik ist Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Sie bildet die Basis für Berechnungen im Zusammenhang mit künftigen Versorgungsausgaben und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Die Ergebnisse der Personalstandstatistik werden für Personalstruktur- und Organisationsuntersuchungen, der Aufstellung von Gleichstellungskonzepten oder auch von Ländern und Gemeinden für Vergleiche genutzt, um Rationalisierungspotenziale in der öffentlichen Verwaltung zu erkennen.

Zudem ist die Personalstandstatistik die einzige umfassende Datenquelle für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten) zur Ergänzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und fließt daher in Arbeitsmarktstatistiken und in die Erwerbstätigenrechnung mit ein.

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die **Beschäftigungsstatistik** der Bundesagentur für Arbeit (BA) beruht auf dem „Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“. Dieses wurde mit Wirkung vom 1.1.1973 im früheren Bundesgebiet eingeführt, nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine vollständige Überarbeitung und Neugestaltung des Verfahrens erfolgte zum 1.1.1999. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitliche Meldungen an die Sozialversicherungsträger über demografische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände. Die maschinelle Verarbeitung der anfallenden Betriebsmeldungen ermöglicht sowohl Auswertungen zur kurzfristigen, laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung als auch weitergehende Strukturanalysen und -vergleiche in größeren Zeitabständen.

Vierteljährliche Bestandsergebnisse zum Quartalsende für das frühere Bundesgebiet liegen seit dem Stichtag 30.6.1974 vor, für die neuen Länder und Berlin-Ost – von gewissen Einschränkungen der Merkmalsgliederungen abgesehen – seit dem 31.3.1992.

Die Daten werden in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren erhoben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber übermitteln ihre Meldungen in der Regel an die zuständigen Krankenkassen. Diese prüfen die Meldungen auf formale und inhaltliche Richtigkeit und nehmen – falls erforderlich – Korrekturen vor. Die von den Krankenkassen geprüften Daten werden an die Datenstellen der Rentenversicherung weitergeleitet.

Nach einer weiteren Prüfung werden die Daten, die für die Arbeitsverwaltung relevant sind, an die BA übermittelt. Diese führt für jede versicherte Person unter ihrer Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle eingehenden Meldungen in der Reihenfolge des Wirksamkeitsdatums gespeichert werden. Diese Versichertenkarte („Register“) bildet die Grundlage stichtagsbezogener Auszählungen für statistische Zwecke.

Der Beschäftigtenbestand wird monatlich durch eine automatisierte Auswertung der Versichertenkonten durchgeführt, jeweils sechs Monate nach dem Berichtsstichtag (jeweils letzter Tag eines Monats). Die Wartezeit von sechs Monaten zwischen Berichtsstichtag und Auszählungszeitpunkt ist ein Kompromiss zwischen größtmöglicher Aktualität der Ergebnisse und möglichst vollständiger Erfassung aller für den Berichtsstichtag relevanten Meldungen. Erfahrungsgemäß liegen der BA nach sechs Monaten etwa 95 % der Meldungen vor.

Die BA stellt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder über eine online zugängliche Datenbank das Datenmaterial zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten insbesondere für Auswertungen im Rahmen des erwerbsstatistischen Berichtssystems. Die Statistischen Ämter der Länder nutzen sie für vertiefte Regionalanalysen.

Als Registerauswertung ermöglicht die Beschäftigungsstatistik gegenüber den Stichprobenerhebungen eine weitaus tiefere Differenzierung in den Merkmalskombinationen, vor allem nach Regionen und wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe.

Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen laut Erwerbstätigenrechnung stellen die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anteil von knapp 72 %. Berücksichtigt man zusätzlich die geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die auch Sozialabgaben geleistet werden, erhöht sich dieser Anteil auf fast 83 %.

Abweichungen zu Ergebnissen anderer erwerbsstatistischer Quellen (z. B. dem Mikrozensus) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden. Diese betreffen u. a. den Berichtszeitraum (Stichtag, Zeitraum, Berichtswoche), den Berichtsweg (Betriebsmeldung, Selbstauskünfte von Haushalten) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (Arbeitsort, Wohnort).

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse sind bei der Bundesagentur für Arbeit erhältlich. Entsprechende Informationen im Internetangebot der BA finden Sie unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Die Statistik der geringfügigen Beschäftigung umfasst zum einen die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Seit dem 1.1.2013 liegt die Geringfügigkeitsgrenze bei 450 Euro (Minijobs). Eine Zeitgrenze (vormals weniger als 15 Stunden in der Woche) gibt es nicht mehr. Zum anderen zählt die kurzfristige Beschäftigung mit weniger als 50 Arbeitstagen pro Kalenderjahr (im Zeitraum vom 1.1.2015 bis 31.12.2018: 3 Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage) zur geringfügigen Beschäftigung.

Die Grundlage der Statistik der geringfügigen Beschäftigung bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Eine weitere Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung durch die Hartz-Gesetze erfolgte am 1.4.2003. Danach ist neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird. Der Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung bleibt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, wenn die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag entrichtet und die Einkünfte der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers zusammen monatlich 450 Euro nicht übersteigen.

Die Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in Essen ist seit April 2003 die zentrale Einzugs- und Meldestelle für alle Mini-Jobs (geringfügige Beschäftigungen).

■ Arbeitslose, Arbeitsuchende und gemeldete Stellen

Datengrundlage für die Erstellung der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** sind die Meldungen der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger). Diese Statistik ist damit eine Vollerhebung und umfasst alle bei den zuständigen Trägern gemeldeten Personen.

Grundlage für die **Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen** sind die bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern in gemeinsamer Einrichtung zur Vermittlung gemeldeten Stellenangebote.

Ergebnisse über Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und gemeldete Stellen/Arbeitsstellen sind für das frühere Bundesgebiet ab 1950 verfügbar. Für die neuen Länder liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor.

Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist, wie z.B. folgende:

Bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) abgegrenzt. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung und werden im Folgenden entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit der Einführung des SGB II ab dem 1.1.2005 in Deutschland geändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die BA im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Weitere Definitionen und Abgrenzungen hinsichtlich der dargestellten Personengruppen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ausgewiesenen Größen sind im Sozialgesetzbuch (SGB III und IV) festgelegt.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die BA monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten und gemeldeten

Methodik

Arbeitsstellen nach ausgewählten Merkmalen sowie die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter bzw. die von Kurzarbeit betroffenen Betriebe.

In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erfasst die BA die Zahl der Stellenangebote, die ihr von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestimmt durch die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Betrieben das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Seit 2006 erfolgt die Befragung quartalsweise und die Ergebnisse fließen u. a. in die EU-Statistik für offene Stellen ein.

Nach den Ergebnissen dieser Betriebsbefragung erfasst die BA mit den ihr gemeldeten Arbeitsstellen nur einen Teil des gesamten Stellenangebots. Insofern hat die BA-Monatsstatistik der gemeldeten Arbeitsstellen zwar ihre Bedeutung als Konjunkturindikator, ist aber zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet.

Die monatliche Arbeitsmarktberichterstattung über die Bestandsergebnisse der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten sowie deren Veränderung sind von höchstem politischem und öffentlichem Interesse. Diese hochaktuellen Arbeitsmarktdaten werden – gemeinsam mit den Erwerbstätigen- und Erwerbslosendaten des Statistischen Bundesamtes – als wichtigste Indikatoren für die Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Allerdings eignen sich die Daten der BA nur für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung. Wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist ihre Aussagekraft für internationale Vergleiche stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund werden für zwischenstaatliche Vergleiche die Daten der Erwerbslosen nach der ILO-Definition aus dem Mikrozensus bzw. der Arbeitskräftestichprobe in der Europäischen Union verwendet.

Ausführliche methodische Hinweise können Sie den Monats-, Methoden- und Qualitätsberichten der BA entnehmen.

Diese sowie weitere statistische Informationen finden Sie im Internetangebot der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Glossar

Abhängig Beschäftigte/abhängig Erwerbstätige/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die ihre Haupttätigkeit auf vertraglicher Basis für eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber in einem abhängigen Arbeitsverhältnis ausüben und hierfür eine Vergütung erhalten. Nicht von Bedeutung dabei ist der zeitliche Umfang der ausgeübten Tätigkeit oder ob aus dieser der überwiegende Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Altersteilzeit | Sie ermöglicht älteren Beschäftigten eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens (Blockmodell) oder einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (Teilzeitmodell). Während der Gesamtlaufzeit der Altersteilzeit wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Die Personalstandstatistik weist alle Altersteilzeitbeschäftigten als Teilzeitbeschäftigte nach – unabhängig davon, welches Modell gewählt wurde und in welcher Phase sie sich befinden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen in beruflicher Ausbildung einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre, Führungskräfte und Hauspersonal. Ebenfalls den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugeordnet werden geringfügig entlohnte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte einschließlich Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende sowie – nach Aussetzung der Wehrpflicht – Personen im freiwilligen Wehrdienst und Freiwilligendienst sowie Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, wenn sie in diesen Gesellschaften arbeiten. Auch dazu zählen Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiternehmer sowie Personen in Beschäftigungsprogrammen, z. B. von den Arbeitsagenturen geförderte Beschäftigungen. Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, gelten ebenfalls als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlaub, Krankheit, Streik, Elternurlaub, Altersteilzeit in Freistellungsphase usw.).

Personalstandstatistik | Das sind Beschäftigte in einem privatrechtlichen Arbeitsvertragsverhältnis. Hierunter fallen Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Dienstordnungsangestellte. Beamtinnen und Beamte sind nicht enthalten.

Arbeitslose | Als Arbeitslose nach § 16 SGB III zählen Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind,
- in der Bundesrepublik Deutschland wohnen,
- nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben,
- sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a (1) SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.

Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer | Nichtdeutsche Arbeitslose, die eine Arbeitnehmerfähigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden beim Merkmal Staatsangehörigkeit unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Arbeitslose Schwerbehinderte | Schwerbehinderte im Sinne des § 2 (3) SGB IX sind Personen, die über einen Grad der Behinderung von wenigstens 50 verfügen. Den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können.

Arbeitslosenquote | Sie zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Beziehung setzt. Der Kreis der Erwerbstätigen als ein Teil der Bezugsgröße kann unterschiedlich abgegrenzt werden:

- Alle zivilen Erwerbstätigen: Sie ergeben sich aus der Summe der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldatinnen und Soldaten) sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.
- Alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen: Sie ergeben sich aus der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender), der geringfügig Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten), der Personen in Arbeitsgelegenheiten und der auspendelnden Grenzarbeiterinnen und Grenzarbeiter. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition (seit 1950).

Aufgabenbereich | Die Untergliederung erfolgt in Abstimmung mit der Finanzstatistik auf der Grundlage des geltenden staatlichen Funktionenplans bzw. des kommunalen Gliederungsplans oder Produktrahmens. Die Zusammenfassung der staatlichen und kommunalen Aufgabenbereiche wird entsprechend dem Schlüssel der Finanzstatistik vorgenommen.

Auszubildende | Das sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen, einschließlich Trainee, Personen im Volontariat oder im bezahlten Praktikum.

Beamtinnen und Beamte | *Mikrozensus* | Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter und der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst), Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten. Ferner zählen auch Personen im freiwilligen Wehrdienst, Pfarrerinnen und Pfarrer, Priester und andere kirchlichen Würdenträgerinnen und Würdenträger dazu.

Personalstandstatistik | Bedienstete, die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, einschließlich der Beamtinnen und Beamten in Ausbildung und der Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt.

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) | Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Bundesbereich | Personal des Bundes sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes stehen, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit (Öffentlicher Dienst im Bundesbereich).

Einstufung | Die Beschäftigten sind bei den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nachgewiesen, die für die Auszahlung der Bezüge zum Zeitpunkt des Berichtsstichtags maßgeblich waren.

Erwerbstätigenquote | Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung derselben Altersgruppe.

Erwerbslose | Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 Jahren und mehr (in der Arbeitskräfteerhebung konkretisiert auf 15 bis 74 Jahren), die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Erwerbslosenquote | Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen derselben Altersgruppe.

Erwerbspersonen | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.

Erwerbstätige | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. In der *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* werden je nach Verwendungszweck die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept) oder mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) dargestellt.

Freie Berufe | Tätigkeiten, die wissenschaftlich, künstlerisch, schriftstellerisch, beratend, unterrichtend oder erziehend sind. Unterschieden werden können Selbstständige in Freien Berufen und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Freien Berufen. Die Definition der Selbstständigen in Freien Berufen regelt das Einkommensteuergesetz (EStG) gemäß § 18, Abs. 1. Nr. 1 (sogenannte „Katalogberufe“). Freiberufliche Tätigkeiten unterliegen nicht der Gewerbeordnung. Nach dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG) § 1, Abs. 2 haben Freie Berufe im Allgemeinen auf der Grundlage besonderer beruflicher Qualifikation oder schöpferischer Begabung die persönliche, eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Erbringung von Dienstleistungen höherer Art im Interesse der Auftraggeber und der Allgemeinheit zum Inhalt.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle effektiv geleisteten Arbeitsstunden von erwerbstätigen Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von deren Wohnort. Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereit. Zur Berechnung der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben, tarifliche Vorgaben (wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden, Arbeitszeitkontensalden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf sowie Teilzeitbeschäftigung (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) berücksichtigt. Als Quellen werden neben den Geschäftsstatistiken der BA Statistiken des Statistischen Bundesamtes, das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandstatistik des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und eigene Erhebungen des IAB verwendet.

Gemeldete Arbeitsstellen | Sozialversicherungspflichtige, geringfügige oder sonstige Stellen (z.B. Beamten-, Praktika-, Traineestellen) mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Tagen, die den Arbeitsagenturen und den gemeinsamen Einrichtungen (§ 44b SGB II) zur Besetzung gemeldet wurden. Da keine generelle Meldepflicht besteht, handelt es sich nur um einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot | Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erhebt im Rahmen einer repräsentativen Betriebsbefragung (IAB-Stellenerhebung) seit 1989 das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Die Daten über Anzahl und Struktur der offenen Stellen setzen sich zusammen aus den von den Betrieben der Bundesagentur für Arbeit zur Vermittlung gemeldeten Stellen, sowie allen anderen (nicht gemeldeten) Stellenangeboten.

Geringfügige Beschäftigung | Es werden zwei Arten von geringfügigen Beschäftigungen im Bereich der Beschäftigungsstatistik unterschieden:

- Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Seit dem 1.1.2013 liegt

die Grenze bei 450 Euro. Diese Beschäftigung kann ausschließlich oder als Nebenjob zu einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden.

- Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die innerhalb eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage (im Zeitraum vom 1.1.2015 bis 31.12.2018: drei Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage) nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.

Kommunaler Bereich | Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Kommunen stehen (Öffentlicher Dienst im kommunalen Bereich).

Landesbereich | Personal der Länder sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Länder stehen, ohne Sozialversicherungsträger (Öffentlicher Dienst im Landesbereich).

Langzeitarbeitslose | Alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern arbeitslos gemeldet waren.

Mithelfende Familienangehörige | Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb mithelfen, der von einem Familienmitglied als Selbstständige bzw. als Selbstständiger geleitet wird. Sie erhalten hierfür keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Für sie werden keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

Nichterwerbspersonen | Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Öffentlicher Dienst | Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Personal im öffentlichen Dienst | Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter) einschließlich des Personals in Ausbildung. Nicht enthalten sind geringfügig Beschäftigte, Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II („Ein-Euro-Jobs“) sowie Freiwilligendienste.

Richterinnen und Richter | Berufsrichterinnen bzw. -richter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes.

Selbstständige | Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter leiten (einschließlich selbstständiger Handwerkerinnen und Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeisterinnen und Zwischenmeister. Zu den Selbstständigen zählen auch von den Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige, z. B Empfängerinnen und Empfänger von Einstiegsgeld und Gründungszuschuss.

Soldatinnen und Soldaten | Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten. Freiwillig Wehrdienstleistende sind nicht enthalten.

Sozialversicherung | Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit. In Anlehnung an die Finanzstatistik und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dieser Bereich gesondert dargestellt, obwohl es sich um Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform handelt, die unter der Rechtsaufsicht von Bund und Ländern stehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) sind oder für die Beitragsanteile

zur gesetzlichen Rentenversicherungen oder nach dem Recht der Arbeitsförderung SGB III zu zahlen sind. Dazu gehören auch insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikantinnen und Praktikanten, Werkstudentinnen und Werkstudenten, Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden, behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen, Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe, Berufsbildungswerken oder ähnlichen Einrichtungen für behinderte Menschen sowie Personen, die ein freiwilliges soziales, ein freiwilliges ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst ableisten.

Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial | Die Summe aus Erwerbslosen, Unterbeschäftigten und Stiller Reserve.

Teilzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person beträgt (einschließlich aller Beschäftigten in Altersteilzeit, unabhängig vom gewählten Modell).

Vollzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt (bei Lehrkräften entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden). Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Arbeitsmarkt* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 13, Daten zum *Mikrozensus – Bereich Bevölkerung und Erwerbstätigkeit* > Themen, Code 122, Daten zum *Personal des öffentlichen Dienstes* unter Code 74

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung / Erwerbstätige und Erwerbslose

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

- Reihe 4.1 | Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung (ab Berichtsjahr 2016)
- Reihe 4.1.1 | Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (bis Berichtsjahr 2015)
- Reihe 4.1.2 | Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigkeit (bis Berichtsjahr 2015)

Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

- Reihe 6 | Personal des öffentlichen Dienstes

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/11 | Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte / Arbeitslose / Arbeitsstellen

Bundesagentur für Arbeit – Statistik (www.statistik.arbeitsagentur.de)

■ Themenübergreifend

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- Reihe 1.2 | Inlandsproduktberechnung – Vierteljahresergebnisse
- Reihe 1.4 | Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
- Reihe 1.5 | Inlandsproduktberechnung – Lange Reihen ab 1970

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/16 | Die Erfassung der Erwerbsbeteiligung durch unterschiedliche Erhebungsmethoden
- Heft 6/16 | Tatsächlich geleistete Arbeitszeit in Frankreich und Deutschland
- Heft 6/16 | Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in der Stillen Reserve
- Heft 5/16 | Sonderheft 2016 Arbeitsmarkt und Migration
- Heft 3/17 | Erwerbsarbeit in Deutschland und Europa im Zeitraum 1991 bis 2016

Broschüren

- | Qualität der Arbeit (2017)
- | Arbeitsmarkt auf einen Blick – Deutschland und Europa (2016)

■ STATmagazin

- | Berufspendler: Infrastruktur wichtiger als Benzinpreis (2014)
- | Erwerbstätigkeit 2014 weiterhin auf Wachstumskurs (2015)
- | Zuwanderer: Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zum Arbeitsmarkterfolg (2016)

IM FOKUS

- 12.5.2016 | Zeitarbeiter in erster Linie jung und männlich
- 23.8.2016 | Zuwanderer: Gute Deutschkenntnisse wichtig für Integration in den Arbeitsmarkt
- 10.1.2017 | Teilzeitbeschäftigung: Jede siebte Teilzeitkraft hat den Wunsch nach Mehrarbeit





14 Verdienste und Arbeitskosten

Vollzeitbeschäftigte verdienen durchschnittlich rund **49 000 Euro** brutto im Jahr | **Stundenverdienste** im **früheren Bundesgebiet** fast **ein Drittel höher** als in **neuen Ländern** | Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **in leitender Stellung** verdienen mehr als **drei Mal so viel** wie **Ungelernte** | Eine **Stunde Arbeit kostet** in Deutschland durchschnittlich **33,40 Euro** | **Nominallöhne** stiegen 2016 **stärker** als **Tarifverdienste** | Seit **1. Januar 2017** liegt in **Deutschland** der **flächendeckende gesetzliche Mindestlohn** bei **8,84 Euro**

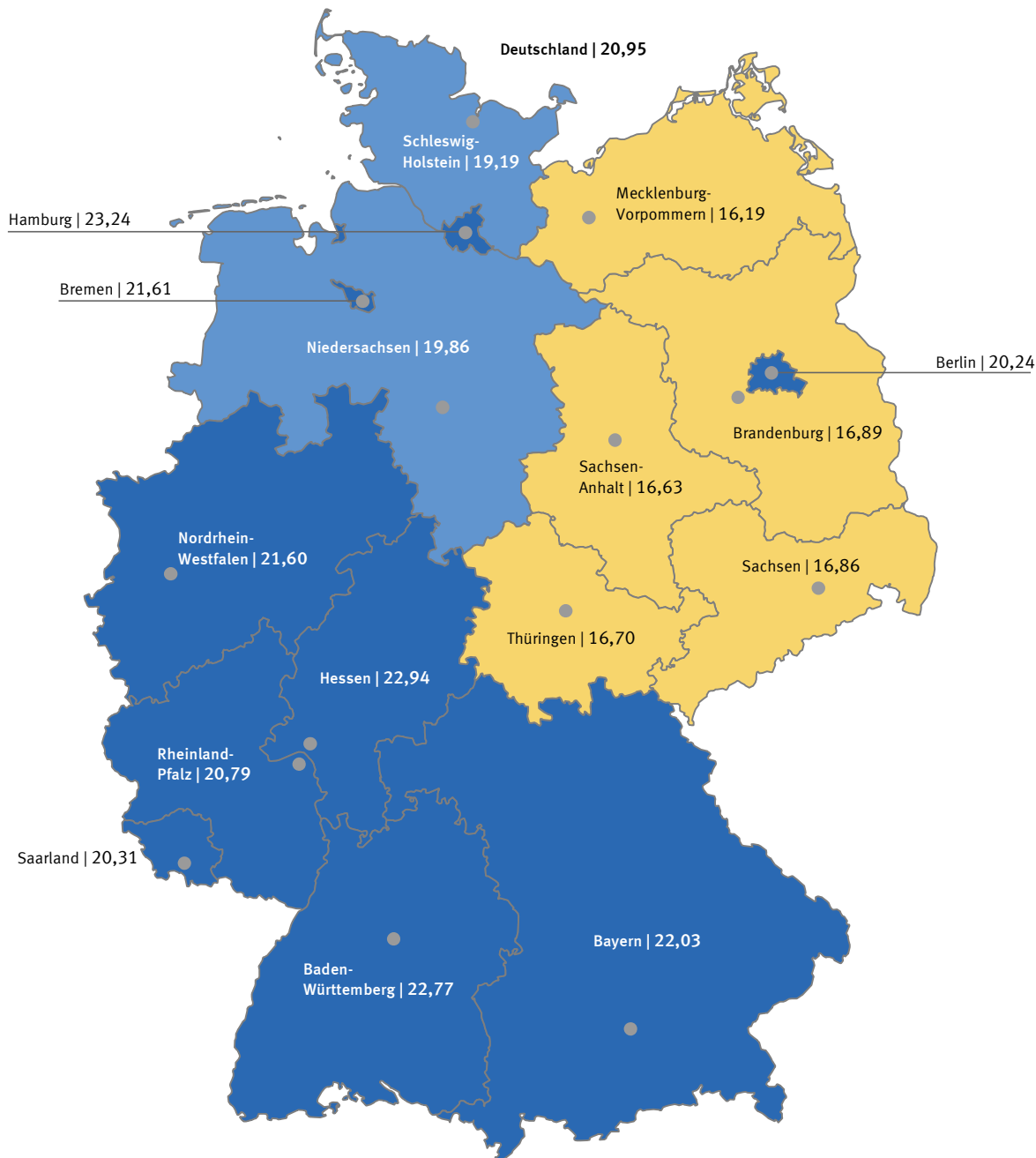
<i>Seite</i>	
383	Auf einen Blick
	Tabellen
384	Bruttoverdienste Nach Wirtschaftszweigen Nach Geschlecht Nach Beschäftigungsart Nach Betriebsgrößenklassen Nominallohnindex Verteilung der Beschäftigten nach Höhe des Bruttoverdienstes
388	Tarifverdienste und Mindestlöhne Index der tariflichen Monatsverdienste Tarifbindung Tarifverdienste Branchenspezifische Mindestlöhne in Deutschland
391	Verdienste im öffentlichen Dienst Besoldung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten Tarifverdienste der Beschäftigten bei Bund und Kommunen
391	Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde
392	Methodik
394	Glossar
395	Mehr zum Thema

14.0 Auf einen Blick

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2016

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (einschl. Beamtinnen und Beamte) im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, in EUR

■ unter 18
 ■ 18 bis unter 20
 ■ 20 und mehr



14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 2016

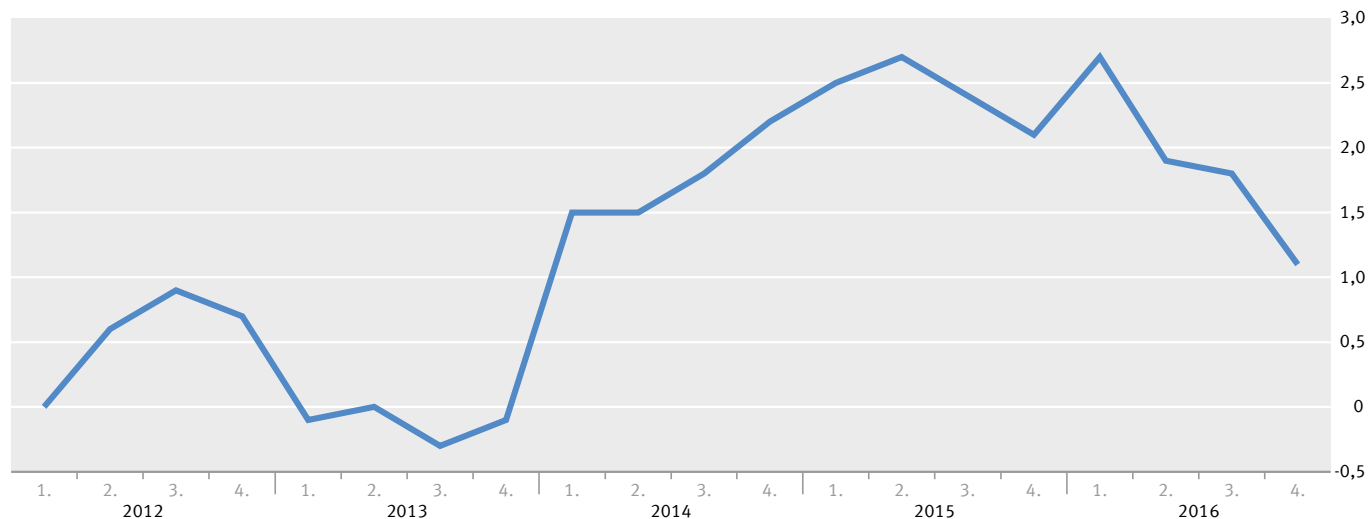
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst		
			insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Sonderzahlungen
			Stunden	EUR					
B – S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,1	23,98	21,77	4 078	3 703	48 936	44 434	4 501
B – N	Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen	39,0	24,33	21,77	4 120	3 686	49 438	44 228	5 209
B – F	Produzierendes Gewerbe	38,5	25,61	22,88	4 289	3 831	51 464	45 977	5 488
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,5	25,39	22,62	4 469	3 981	53 625	47 773	(5 853)
C	Verarbeitendes Gewerbe	38,3	26,80	23,77	4 462	3 957	53 550	47 484	6 066
D	Energieversorgung	38,5	32,99	28,66	5 523	4 797	66 270	57 561	8 709
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,4	20,32	18,77	3 564	3 293	42 767	39 515	3 253
F	Baugewerbe	39,2	19,54	18,35	3 331	3 128	39 972	37 539	2 432
G – S	Dienstleistungsbereich	39,5	23,04	21,14	3 955	3 628	47 456	43 532	3 924
G – N	Wirtschaftliche Dienstleistungen	39,4	23,15	20,74	3 960	3 548	47 520	42 574	4 946
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,4	22,06	19,85	3 780	3 401	45 363	40 817	4 546
H	Verkehr und Lagerei	40,5	18,47	17,06	3 249	3 000	38 989	36 004	2 985
I	Gastgewerbe	39,6	13,66	13,06	2 350	2 246	28 206	26 957	1 249
J	Information und Kommunikation	39,2	31,63	28,29	5 391	4 821	64 697	57 852	6 845
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,8	35,00	29,09	5 898	4 902	70 774	58 828	11 946
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	38,8	26,52	23,20	4 475	3 915	53 697	46 975	(6 721)
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	29,72	26,20	5 081	4 480	60 970	53 755	(7 215)
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,7	15,21	14,43	2 556	2 423	30 667	29 076	1 591
O – S	Öffentliche und persönliche Dienstleistungen	39,7	22,88	21,79	3 946	3 757	47 352	45 084	2 268
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	39,9	21,98	21,13	3 814	3 667	45 764	44 003	1 761
P	Erziehung und Unterricht	40,0	25,56	24,72	4 438	4 292	53 260	51 507	1 753
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	39,4	22,70	21,34	3 886	3 654	46 636	43 843	2 793
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,5	22,58	20,95	3 871	3 591	46 456	43 087	(3 369)
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,2	21,66	20,07	3 687	3 415	44 239	40 978	3 261

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Reallohnindex

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in %



Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

2017 - 01 - 0276

14 Verdienste und Arbeitskosten
 14.1 Bruttoverdienste
 14.1.2 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht 2016

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin			Neue Länder		
		Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen		
		Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst
		EUR		%	EUR		%	EUR		%
B – S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3 898	3 258	83,6	4 029	3 324	82,5	3 012	2 904	96,4
B – N	Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen	3 861	3 138	81,3	4 011	3 245	80,9	2 828	2 485	87,9
B – F	Produzierendes Gewerbe	3 949	3 243	82,1	4 109	3 385	82,4	2 923	2 538	86,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 995	3 844	96,2	4 086	3 823	93,6	3 688	3 883	105,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	4 125	3 222	78,1	4 281	3 374	78,8	2 986	2 423	81,1
D	Energieversorgung	4 969	4 095	82,4	5 087	4 189	82,3	4 225	3 805	90,1
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	3 301	3 238	98,1	3 414	3 359	98,4	2 826	2 966	105,0
F	Baugewerbe	3 132	3 087	98,6	3 257	3 183	97,7	2 577	2 656	103,1
G – S	Dienstleistungsbereich	3 857	3 261	84,5	3 966	3 309	83,4	3 088	3 004	97,3
G – N	Wirtschaftliche Dienstleistungen	3 759	3 085	82,1	3 901	3 178	81,5	2 704	2 450	90,6
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 642	2 910	79,9	3 747	2 971	79,3	2 698	2 379	88,2
H	Verkehr und Lagerei	3 018	2 918	96,7	3 115	2 975	95,5	2 497	2 645	105,9
I	Gastgewerbe	2 400	2 071	86,3	2 471	2 139	86,6	2 050	1 827	89,1
J	Information und Kommunikation	5 115	3 944	77,1	5 200	4 052	77,9	4 040	2 988	74,0
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5 491	4 029	73,4	5 546	4 080	73,6	4 427	3 504	79,2
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	4 276	3 404	79,6	4 488	3 475	77,4	3 226	3 155	97,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5 061	3 530	69,7	5 184	3 623	69,9	3 769	2 709	71,9
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 455	2 332	95,0	2 539	2 419	95,3	2 068	1 941	93,9
O – S	Öffentliche und persönliche Dienstleistungen	4 078	3 440	84,4	4 115	3 451	83,9	3 837	3 391	88,4
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 776	3 466	91,8	3 792	3 444	90,8	3 683	3 542	96,2
P	Erziehung und Unterricht	4 606	4 041	87,7	4 620	4 014	86,9	4 498	4 162	92,5
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 355	3 255	74,7	4 398	3 291	74,8	4 092	3 075	75,1
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 105	2 814	68,6	4 284	2 843	66,4	3 267	2 710	83,0
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 882	2 994	77,1	4 023	3 090	76,8	2 923	2 421	82,8

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.3 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen 2016

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Analyse Zwecken in verschiedene **Leistungsgruppen** eingestuft. Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnissen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende Fachkenntnisse erfordern. In der Regel ist hierzu ein Hochschulstudium erforderlich. In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. In der Regel erfordert dies eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fach Tätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist. Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber Fertigkeiten für spezielle, branchen- gebundene Aufgaben erforderlich sind. In der **Leistungsgruppe 5** werden „Ungeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammengefasst, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Geschlecht	Deutschland					Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin					Neue Länder				
	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
Stunden	EUR				Stunden	EUR				Stunden	EUR				
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ...	35,5	22,98	20,95	3 548	3 235	35,3	23,86	21,67	3 664	3 327	36,7	17,75	16,72	2 833	2 668
Männer ...	38,2	25,01	22,60	4 156	3 756	38,2	26,02	23,41	4 315	3 884	38,7	18,42	17,26	3 099	2 904
Frauen ...	32,1	19,93	18,49	2 783	2 581	31,7	20,52	18,96	2 825	2 611	34,6	16,96	16,06	2 547	2 413
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ...	39,1	23,98	21,77	4 078	3 703	39,1	24,89	22,50	4 224	3 819	39,6	18,38	17,27	3 165	2 974
1	39,6	45,18	39,21	7 769	6 742	39,5	46,34	39,97	7 962	6 868	39,9	35,96	33,09	6 229	5 732
2	39,2	28,55	25,87	4 858	4 402	39,1	29,35	26,50	4 987	4 503	39,6	22,58	21,14	3 887	3 638
3	39,1	19,50	18,05	3 313	3 067	39,0	20,23	18,67	3 429	3 165	39,7	15,59	14,73	2 687	2 539
4	39,1	15,86	14,81	2 694	2 515	39,0	16,41	15,27	2 781	2 588	39,6	12,73	12,17	2 193	2 096
5	38,5	13,44	12,67	2 246	2 118	38,4	13,71	12,90	2 288	2 154	38,8	11,57	11,09	1 951	1 869
Männer	39,2	25,34	22,86	4 320	3 898	39,2	26,34	23,67	4 483	4 029	39,7	18,64	17,45	3 217	3 012
1	39,6	48,01	41,17	8 251	7 076	39,5	49,05	41,86	8 423	7 188	39,9	38,29	34,81	6 631	6 029
2	39,2	30,11	27,11	5 126	4 615	39,1	30,89	27,73	5 251	4 715	39,6	23,10	21,49	3 978	3 700
3	39,2	20,17	18,66	3 438	3 180	39,1	21,00	19,36	3 569	3 291	39,8	15,65	14,80	2 705	2 558
4	39,3	16,35	15,26	2 792	2 605	39,2	16,91	15,73	2 880	2 679	39,8	13,05	12,48	2 258	2 160
5	38,7	13,74	12,98	2 308	2 180	38,6	14,01	13,21	2 352	2 217	38,8	11,80	11,32	1 992	1 911
Frauen	38,9	20,85	19,26	3 527	3 258	38,8	21,41	19,71	3 613	3 324	39,5	17,91	16,94	3 071	2 904
1	39,7	36,10	32,88	6 219	5 665	39,6	36,99	33,48	6 365	5 762	39,9	31,36	29,69	5 436	5 146
2	39,1	25,23	23,22	4 289	3 947	39,0	25,85	23,70	4 386	4 020	39,6	21,88	20,66	3 763	3 553
3	38,9	18,06	16,76	3 051	2 831	38,8	18,58	17,19	3 130	2 895	39,5	15,47	14,60	2 652	2 504
4	38,5	14,40	13,47	2 410	2 254	38,4	14,89	13,88	2 484	2 316	39,1	11,91	11,38	2 026	1 934
5	38,1	12,91	12,13	2 137	2 008	38,0	13,16	12,34	2 175	2 039	38,7	11,17	10,68	1 880	1 798
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ...	25,3	18,59	17,36	2 046	1 911	24,7	19,22	17,90	2 063	1 921	29,0	15,47	14,70	1 950	1 854
1	25,6	34,14	31,92	3 795	3 549	25,3	34,60	32,26	3 807	3 550	27,6	30,91	29,59	3 704	3 546
2	26,5	25,13	23,33	2 894	2 686	25,9	25,68	23,79	2 893	2 681	31,0	21,48	20,25	2 898	2 732
3	25,6	17,91	16,63	1 990	1 848	24,8	18,58	17,20	2 000	1 851	29,6	15,04	14,23	1 936	1 831
4	25,1	13,34	12,61	1 452	1 373	24,4	13,78	12,99	1 461	1 377	28,3	11,47	11,03	1 409	1 355
5	23,4	11,70	11,18	1 189	1 135	23,0	11,90	11,35	1 190	1 135	26,0	10,38	10,06	1 175	1 138
Männer	26,4	19,21	17,92	2 204	2 056	26,0	19,98	18,58	2 256	2 098	28,7	15,35	14,62	1 912	1 821
1	25,0	37,38	34,49	4 063	3 749	25,1	37,92	34,88	4 136	3 804	24,4	33,43	31,62	3 543	3 351
2	27,7	27,06	24,87	3 262	2 998	27,5	27,79	25,48	3 319	3 043	29,8	21,59	20,26	2 799	2 626
3	27,5	18,44	17,11	2 205	2 046	27,0	19,38	17,91	2 270	2 097	30,1	14,58	13,83	1 907	1 809
4	26,2	13,01	12,40	1 483	1 414	25,6	13,34	12,69	1 484	1 411	29,2	11,66	11,26	1 482	1 431
5	24,7	11,29	10,91	1 211	1 169	24,4	11,41	11,02	1 212	1 170	26,2	10,56	10,23	1 204	1 166
Frauen	25,1	18,47	17,24	2 016	1 882	24,4	19,07	17,76	2 025	1 886	29,1	15,49	14,72	1 958	1 860
1	25,8	32,81	30,87	3 682	3 465	25,4	33,23	31,17	3 670	3 443	29,0	29,95	28,82	3 778	3 635
2	26,3	24,79	23,05	2 832	2 634	25,7	25,29	23,48	2 822	2 620	31,2	21,46	20,25	2 914	2 749
3	25,3	17,83	16,57	1 963	1 823	24,5	18,47	17,10	1 967	1 821	29,5	15,11	14,29	1 939	1 835
4	24,7	13,44	12,68	1 444	1 362	24,1	13,91	13,07	1 455	1 367	28,0	11,41	10,96	1 388	1 333
5	23,0	11,84	11,26	1 182	1 125	22,6	12,06	11,45	1 184	1 124	26,0	10,32	10,00	1 164	1 129
nachrichtlich: Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ...	-	-	-	320	-	-	-	-	323	-	-	-	-	293	-
Männer ...	-	-	-	314	-	-	-	-	316	-	-	-	-	302	-
Frauen ...	-	-	-	324	-	-	-	-	328	-	-	-	-	286	-

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen bzw. -eigenschaften 2016

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin		Neue Länder	
	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	EUR					
Betriebe insgesamt	4 078	3 703	4 224	3 819	3 165	2 974
	nach Betriebsgrößenklassen					
mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen						
bis zu 49	3 374	3 118	3 521	3 243	2 648	2 504
50 – 99	3 590	3 286	3 729	3 404	2 868	2 674
100 – 249	3 877	3 510	4 040	3 643	2 961	2 769
250 – 499	4 281	3 836	4 429	3 954	3 257	3 017
500 – 999	4 801	4 236	4 903	4 309	3 777	3 499
1 000 und mehr	5 534	4 807	5 598	4 853	4 431	3 996
	nach Betriebseigenschaften					
Mit Handwerkseigenschaft	3 217	3 010	3 359	3 133	2 510	2 400
Ohne Handwerkseigenschaft	4 180	3 785	4 323	3 898	3 262	3 059

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14.1.5 Verteilung der Beschäftigten nach der Höhe des Bruttoverdienstes 2014

Ein x%-Perzentil ist eine Zahl, unter der (im Sinne von „kleiner oder gleich“) mindestens x % aller Werte liegen und über der (im Sinne von „größer oder gleich“) mindestens (100-x) % aller Werte liegen. Zum Beispiel lag im Jahr 2014 das 10%-Perzentil bei einem Bruttoverdienst von 7,67 EUR je Stunde. Das heißt: 10 % aller Beschäftigten verdienten brutto höchstens 7,26 EUR je Stunde, und 90 % aller Beschäftigten verdienten mehr als 7,67 EUR je Stunde.

Verteilungsparameter	Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen					Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen				
	insgesamt	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Auszu- bildende	geringfügig Beschäftigte	insgesamt	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Auszu- bildende	geringfügig Beschäftigte
	EUR									
... %-Perzentil										
10	7,67	10,08	8,55	2,95	6,25	399	1 758	650	503	100
20	9,29	12,14	9,80	3,45	7,29	706	2 112	890	593	160
25 (1. Quartil)	10,00	13,08	10,49	3,65	7,59	1 005	2 280	1 000	625	190
30	10,78	13,98	11,33	3,84	8,00	1 300	2 424	1 095	653	215
40	12,72	15,62	12,97	4,21	8,51	1 771	2 700	1 277	715	285
50 (Median)	14,65	17,35	14,50	4,66	9,12	2 196	2 990	1 473	791	343
60	16,68	19,48	16,14	5,12	9,42	2 593	3 319	1 706	862	396
70	19,20	22,13	18,32	5,57	10,00	3 017	3 757	1 990	924	400
75 (3. Quartil)	20,75	23,80	19,54	5,83	10,33	3 284	4 030	2 161	964	410
80	22,69	25,85	21,14	6,05	10,77	3 605	4 383	2 366	1 006	440
90	28,74	32,43	25,68	6,72	12,95	4 648	5 508	2 957	1 124	450
Arithmetisches Mittel	16,97	20,08	16,40	4,77	9,42	2 439	3 441	1 698	806	304
Standardabweichung	11,30	12,26	9,28	1,53	3,28	2 069	2 093	1 058	255	135
	%									
Variationskoeffizient	66,6	61,1	56,6	32,0	34,9	84,8	60,8	62,3	31,6	44,4

Verdienststrukturhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.6 Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex)

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Nominallohnindex							
		2015 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
B – S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	94,8	97,4	100	102,3	1,4	2,7	2,7	2,3
B – N	Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen	94,8	97,3	100	102,2	1,1	2,6	2,8	2,2
B – F	Produzierendes Gewerbe	94,5	97,1	100	102,1	1,7	2,8	3,0	2,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	95,9	96,8	100	100,5	3,0	0,9	3,3	0,5
C	Verarbeitendes Gewerbe	94,2	97,1	100	102,0	1,8	3,1	3,0	2,0
D	Energieversorgung	95,9	96,5	100	102,5	0,6	0,6	3,6	2,5
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	95,5	97,5	100	102,0	1,4	2,1	2,6	2,0
F	Baugewerbe	95,2	97,5	100	102,6	0,6	2,4	2,6	2,6
G – S	Dienstleistungsbereich	95,0	97,5	100	102,4	1,2	2,6	2,6	2,4
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	96,3	97,8	100	102,7	-0,4	1,6	2,2	2,7
H	Verkehr und Lagerei	96,4	97,9	100	101,8	0,9	1,6	2,1	1,8
I	Gastgewerbe	92,4	96,0	100	103,5	-0,2	3,9	4,2	3,5
J	Information und Kommunikation	94,5	98,0	100	102,3	-0,2	3,7	2,0	2,3
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	95,1	98,5	100	102,0	2,5	3,6	1,5	2,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	96,2	97,0	100	102,8	4,6	0,8	3,1	2,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	94,3	96,9	100	101,4	-0,2	2,8	3,2	1,4
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	93,7	96,6	100	102,8	3,2	3,1	3,5	2,8
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	94,2	97,4	100	102,5	1,8	3,4	2,7	2,5
P	Erziehung und Unterricht	95,5	97,8	100	102,6	2,2	2,4	2,2	2,6
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	95,2	97,2	100	102,6	2,4	2,1	2,9	2,6
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	92,8	96,0	100	101,9	1,1	3,4	4,2	1,9
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	94,5	97,7	100	102,7	0,4	3,4	2,4	2,7

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.1 Index der tariflichen Monatsverdienste

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Ohne Sonderzahlungen				Mit Sonderzahlungen			
		2010 = 100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		2010 = 100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
A – S	Gesamtwirtschaft	112,9	115,1	2,5	1,9	112,6	114,9	2,1	2,0
B – S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	112,9	115,1	2,5	1,9	112,6	114,9	2,1	2,0
B – N	Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen	113,5	115,9	2,5	2,1	113,1	115,5	2,6	2,1
B – F	Produzierendes Gewerbe	114,6	117,1	2,8	2,2	113,9	116,4	2,9	2,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	112,2	114,1	1,8	1,7	112,1	114,2	1,9	1,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	111,5	113,3	2,1	1,6	110,6	111,4	2,9	0,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	115,2	117,7	2,9	2,2	114,4	116,8	3,2	2,1
	darunter:								
	Chemische Industrie	114,9	117,1	2,4	1,9	113,3	115,5	2,4	1,9
	Metallgewerbe	115,6	118,3	3,1	2,3	114,8	117,5	3,4	2,4
D	Energieversorgung	112,5	114,0	2,0	1,3	111,6	114,6	1,5	2,7
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	113,2	114,9	2,4	1,5	113,3	115,4	1,4	1,9
F	Baugewerbe	112,5	115,1	2,4	2,3	112,5	114,8	2,5	2,0
G – S	Dienstleistungsbereich	112,2	114,3	2,2	1,9	112,1	114,4	1,8	2,1
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	113,0	115,9	2,1	2,6	112,6	115,4	2,0	2,5
H	Verkehr und Lagerei	111,9	113,6	2,3	1,5	112,3	113,7	2,7	1,2
I	Gastgewerbe	110,8	113,1	3,4	2,1	110,7	112,9	3,3	2,0
J	Information und Kommunikation	111,1	113,3	1,9	2,0	111,2	113,2	2,1	1,8
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	111,2	112,9	2,5	1,5	111,1	113,3	2,0	2,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	112,3	114,9	1,4	2,3	112,4	114,9	1,4	2,2
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	113,5	115,6	2,3	1,9	113,4	115,8	2,3	2,1
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	112,2	115,7	1,8	3,1	112,1	115,5	1,8	3,0
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	112,6	114,5	2,2	1,7	112,3	114,6	1,4	2,0
P	Erziehung und Unterricht	111,1	113,5	1,9	2,2	111,2	113,2	1,8	1,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	113,1	115,1	2,6	1,8	112,9	115,1	2,0	1,9
R	Kunst, Unterhaltung, Erholung	111,4	113,4	1,8	1,8	111,6	113,7	1,4	1,9
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	112,8	114,8	2,5	1,8	112,8	115,1	2,0	2,0

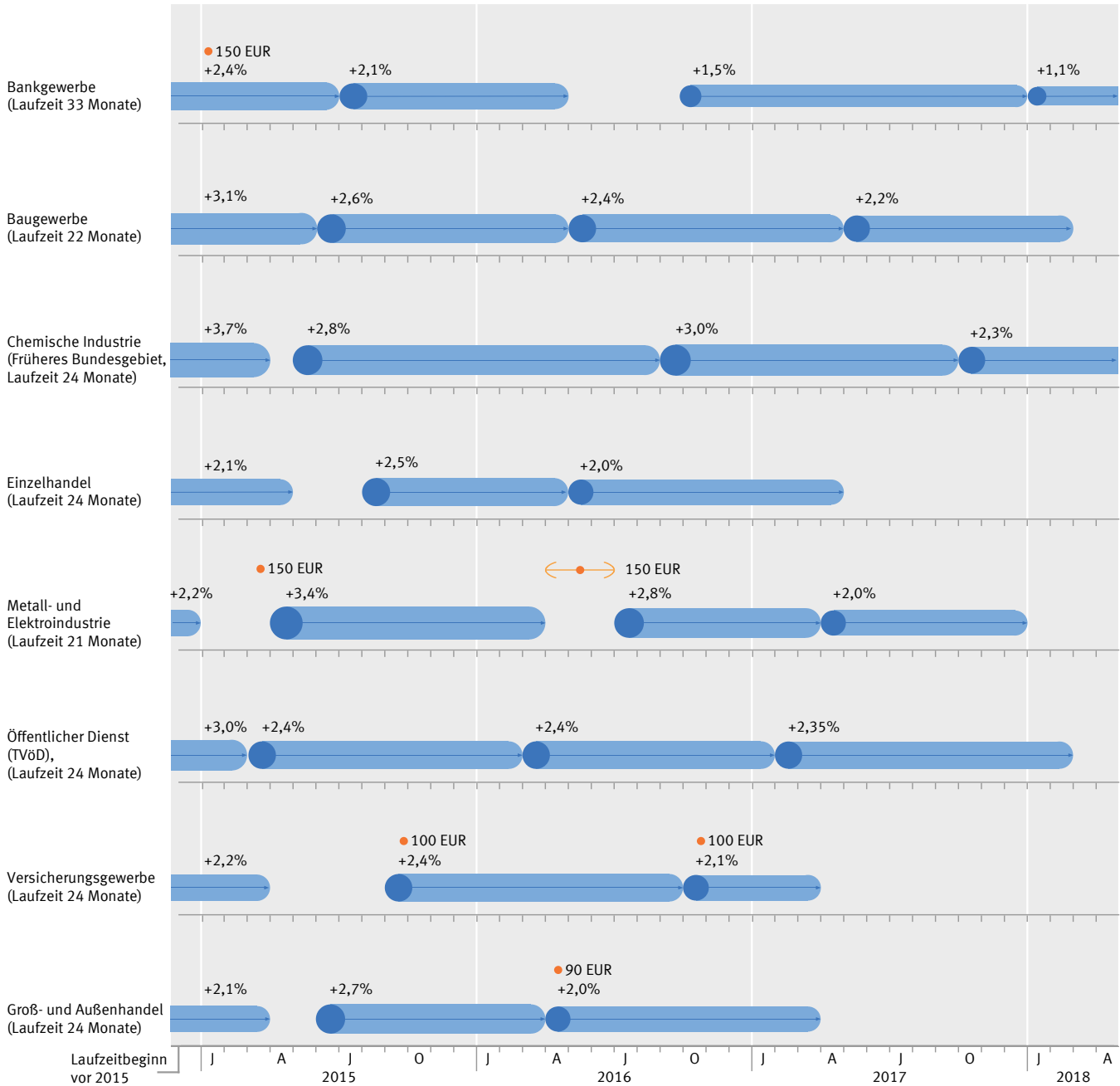
Vierteljährlicher Index der Tarifverdienste.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

Laufzeiten, Tariferhöhungen sowie Einmalzahlungen ausgewählter Tarifabschlüsse

- Tariferhöhungen
- Einmalzahlung
- ▬ Laufzeit des Tarifabschlusses
- ↔ Auszahlungszeitraum



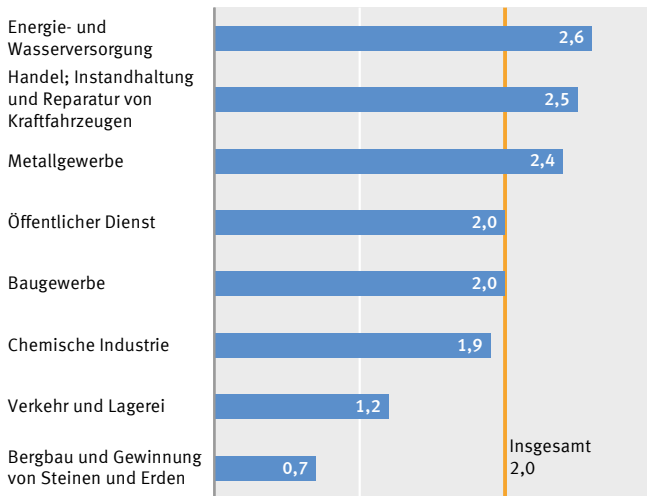
Quelle: Statistik der Tarifverdienste

2017 - 01 - 0278

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

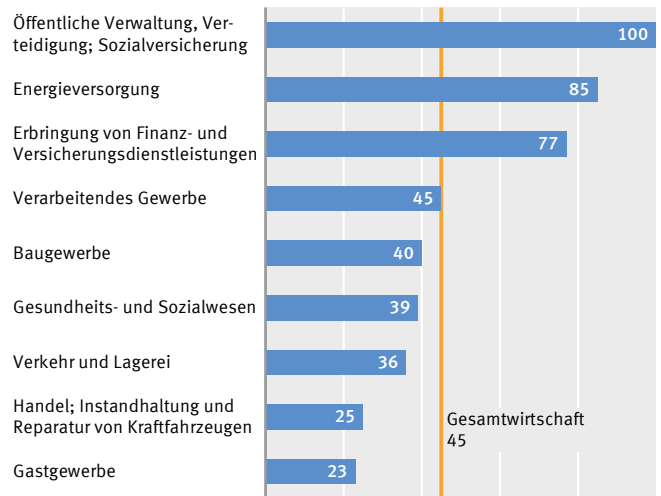
Index der tariflichen Monatsverdienste mit Sonderzahlungen 2016

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Quelle: Statistik der Tarifverdienste

Tarifbindung nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2014
in %



Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014. – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben.

2017 - 01 - 0277

14.2.2 Branchenspezifische Mindestlöhne in Deutschland

	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	Neue Länder
	EUR je Stunde	
Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit)	9,23 ¹	8,91 ²
Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen	14,60	14,60
Baugewerbe		
Werker/-innen, Maschinenwerker/-innen	11,30	11,30
Fachwerker/-innen, Maschinistinnen/Maschinisten, Kraftfahrer/-innen	14,70 (Berlin: 14,55)	11,30
Dachdeckerhandwerk	12,25	12,25
Elektrohandwerk	10,65 ¹	10,40 ²
Fleischwirtschaft	8,75	8,75
Gebäudereinigung	11,00	11,00
Innen- und Unterhaltungsreinigungsarbeiten	10,00	9,05
Glas- und Fassadenreinigungsarbeiten	13,25	11,53
Gerüstbauerhandwerk	11,00	11,00
Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau	8,60	8,60
Maler- und Lackiererhandwerk		
ungelernte Arbeitnehmer/-innen	10,35	10,35
gelernte Arbeitnehmer/-innen, Gesellinnen/Gesellen	13,10	11,85
Pflegebranche	10,20	9,50
Schornsteinfegerhandwerk	12,95	12,95
Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk	11,40	11,20
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	8,75	8,75

Seit dem Jahr 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender **gesetzlicher Mindestlohn** für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zum 1. Januar 2017 ist dieser von 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde gestiegen. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen. Neben dem gesetzlichen Mindestlohn existieren auch branchenspezifische Mindestlöhne. Bei diesen noch laufenden Verträgen sind bis zum 31.12.2017 auch Bruttostundenverdienste unter 8,84 Euro erlaubt. Sofern branchenbezogene Mindestlöhne ab Januar 2018 über 8,84 Euro liegen, können sie danach fortbestehen.

Am 1.6.2017 galten in 14 Branchen branchenspezifische Mindestlöhne.

Stand: 1.6.2017.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

Quelle: Statistik der Tarifverdienste

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst ab 2017

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.1 Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten

Zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen erhalten verheiratete Beamtinnen und Beamte einen **monatlichen Familienzuschlag** von 139,18 Euro. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 118,97 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 370,69 Euro. Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes.

Besoldungsgruppe lediger Beamter/Beamtinnen	Stufe 1	Stufe 4	Stufe 6	Stufe 8
	EUR			
A 2	2 065,59	2 194,27	2 267,48	2 340,67
A 3	2 144,69	2 280,46	2 358,37	2 436,30
A 4	2 189,57	2 351,30	2 443,39	2 531,94
A 5	2 206,07	2 392,63	2 507,17	2 619,31
A 6	2 253,30	2 487,07	2 619,31	2 753,91
A 7	2 365,47	2 638,20	2 835,38	2 984,14
A 8	2 502,43	2 846,02	3 062,06	3 240,35
A 9	2 700,77	3 070,34	3 304,33	3 498,92
A 10	2 890,86	3 365,12	3 670,40	3 920,94
A 11	3 304,33	3 861,33	4 116,72	4 372,14
A 12	3 542,71	4 204,28	4 508,32	4 814,81
A 13	4 154,43	4 773,45	5 059,26	5 341,39
A 14	4 272,40	5 072,62	5 441,13	5 809,63
A 15	5 222,21	5 830,30	6 196,37	6 559,99
A 16	5 760,97	6 463,92	6 887,16	7 307,95

Stand: 1.2.2017.

14.3.2 Tarifverdienst der Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6
	EUR			
1	–	1 780,97	1 852,79	1 941,97
2	1 953,10	2 214,44	2 412,58	2 555,04
3	2 109,19	2 387,86	2 561,25	2 629,35
4	2 142,59	2 511,69	2 685,09	2 735,85
5	2 249,11	2 598,39	2 802,74	2 864,67
6	2 343,24	2 709,84	2 908,02	2 988,53
7	2 387,86	2 796,54	3 013,29	3 099,99
8	2 543,89	2 932,80	3 168,10	3 246,12
9a ¹	2 711,10	3 143,33	3 636,31	3 865,28
9b ¹	2 711,10	3 143,33	3 865,28	4 120,39
9c ¹	2 965,63	3 523,40	4 091,71	4 239,46
9a ²	2 711,10	3 044,26	3 546,35	3 623,14
9b ²	2 711,10	3 143,33	3 865,28	4 120,39
10	3 056,61	3 635,65	4 375,54	4 490,35
11	3 168,10	3 763,23	4 700,83	4 955,97
12	3 279,57	4 145,91	5 166,46	5 421,59
13	3 657,34	4 273,50	5 281,25	5 523,65
14	3 967,32	4 656,17	5 625,72	5 944,61
15	4 380,63	5 038,90	6 161,47	6 480,39

Stand: 1.2.2017.

1 Entgeltgruppen 9a, 9b, 9c gelten nur für Beschäftigte der Kommune.

2 Entgeltgruppen 9a und 9b gelten nur für Beschäftigte des Bundes.

Quelle: Statistik der Tarifverdienste

14.4 Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	2000	2005	2010	2012	2015	2016
B – S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	25,00	27,00	29,00	30,70	32,60	33,40
B – N	Produzierendes Gewerbe und wirtschaftliche Dienstleistungen	24,90	27,10	29,10	30,90	32,60	33,40
B – F	Produzierendes Gewerbe	26,50	29,30	31,90	33,80	36,30	37,20
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30,80	32,50	37,60	40,90	44,10	44,20
C	Verarbeitendes Gewerbe	27,50	30,20	32,90	35,00	37,80	38,70
D	Energieversorgung	36,00	41,40	44,00	46,80	48,60	48,90
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	23,30	25,30	26,10	27,40	28,90	30,10
F	Baugewerbe	20,10	21,60	23,70	25,10	26,20	27,10
G – S	Dienstleistungsbereich	24,10	25,90	27,60	29,30	30,90	31,70
G – N	Wirtschaftliche Dienstleistungen	23,30	25,30	26,90	28,60	29,80	30,50
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,40	22,90	24,20	25,90	26,30	27,10
H	Verkehr und Lagerei	22,10	23,40	25,10	25,50	25,50	25,90
I	Gastgewerbe	13,00	13,90	14,60	15,80	16,90	17,40
J	Information und Kommunikation	32,40	36,20	38,80	41,30	44,30	43,90
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33,20	38,20	44,00	47,10	50,80	51,70
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27,10	28,60	30,70	32,80	34,00	35,40
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29,10	31,90	35,50	38,20	40,30	41,40
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	15,10	15,10	16,70	18,40	19,80	20,40
O – S	Öffentliche und persönliche Dienstleistungen	25,20	26,70	28,70	30,20	32,50	33,40
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	24,90	28,00	31,10	33,00	36,20	37,10
P	Erziehung und Unterricht	32,30	32,10	33,20	34,70	37,00	37,90
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	22,40	23,30	24,90	26,60	28,30	29,30
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24,60	24,00	25,70	26,50	29,00	28,40
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22,10	22,80	24,40	26,40	27,60	28,40

Jahresschätzung Arbeitskosten.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Verdienste sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen sie Kosten dar und sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um diese Kostenseite abzubilden, gibt es neben den Verdienststatistiken auch EU-weit vereinheitlichte Arbeitskostenstatistiken, die sowohl die Verdienste als auch die Lohnnebenkosten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erfassen. So lässt sich feststellen, welche Kosten der Arbeitgeberin und dem Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde entstehen. Im Jahr 2016 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 33,40 Euro. In der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verzeichneten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit 51,70 Euro die höchsten, im Gastgewerbe mit 17,40 Euro die niedrigsten Arbeitskosten.

Methodik

Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben Einblicke in die Kostensituation der Wirtschaft und ihre Veränderung. Damit bilden sie eine wichtige Informationsgrundlage, z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik.

Die amtliche Statistik über Verdienste und Arbeitskosten umfasst im Wesentlichen

- die Vierteljährliche Verdiensterhebung über Verdienste und Arbeitszeiten, Statistiken über Tarifverdienste sowie Dienstbezüge (jährlich),
- in mehrjährigen Abständen erstellte Statistiken über die Verdienststrukturen sowie die Arbeitskosten (Bruttoverdienste sowie Lohnnebenkosten).

■ Bruttoverdienste

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** beruht auf dem Verdienststatistikgesetz, das zum 1.1.2007 in Kraft getreten ist. Sie ersetzt seitdem die „Laufende Verdiensterhebung“. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst vierteljährlich Angaben zur Berechnung der bezahlten Arbeitsstunden sowie Bruttostunden-, Bruttomonats- und Bruttogehältern der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Merkmale werden zudem nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Betriebsgrößenklassen untergliedert dargestellt.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Stichprobe umfasst eine Auswahl von 40 500 Betrieben. Die Ergebnisse beziehen sich auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erstreckt sich die Erhebung auf die Abschnitte B bis S. In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ wird aufgrund der Nutzung bereits vorhandener Statistiken fast komplett auf eine Erhebung verzichtet. Nur in den Bereichen P 85.5 „Sonstiger Unterricht“ und P 85.6 „Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht“ werden Betriebe befragt.

Grundsätzlich umfasst die Erhebung Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst die Erhebung in den Wirtschaftszweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“, „Bauinstallation“ und „sonstiges Ausbaugewerbe“, „Einzelhandel“, „Gastgewerbe“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Ein Betrieb im Sinne dieser Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Die Verdiensterhebung enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stichprobenbetriebe. Eine Ausnahme bilden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, ehrenamtlich Tätige, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Im Gegensatz zu den Tarifverdiensten umfassen die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste auch die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht tarifgebundenen Betrieben und von außertariflich bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie spiegeln somit die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste wider.

Nicht nur die Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch die Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflussen die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Um die Verdienstenentwicklung unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen darzustellen, werden Indizes nach der Formel von „Laspeyres“ errechnet – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur.

Verdienststrukturerhebung

Die Verdienststrukturerhebung (VSE) wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt, zuletzt für das Berichtsjahr 2014. Die Stichprobe der VSE umfasst eine Auswahl von maximal 60 000 Betrieben, die unter Auskunftspflicht individuelle Angaben über zuletzt rund 1,0 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer melden. Die Angaben der Wirtschaftszweige „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ werden dabei nicht erhoben, sondern aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet. Ab Berichtsjahr 2014 sind auch Kleinstbetriebe in der Erhebung enthalten. Deshalb sind die Ergebnisse mit früheren Jahren nur bedingt vergleichbar.

Die Verdienststrukturerhebung und die Vierteljährliche Verdiensterhebung verwenden für gleiche Merkmale gleiche Abgrenzungen. Im Unterschied zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst die Verdienststrukturerhebung weitere Merkmale und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Der **Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten** informiert über die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste und tariflichen Arbeitszeiten für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der privaten Haushalte.

In den Index der Tarifverdienste fließen rund 500 ausgewählte Tarifverträge und Besoldungsordnungen aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ein. Die zur Berechnung des Tarifverdienstindex herangezogenen Tarifverträge und Besoldungsordnungen umfassen in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig mindestens 75 % der tarifgebundenen Beschäftigten sowie der nach Besoldungsordnung entlohnten Beamtinnen und Beamten. Die übrigen Tarifbeschäftigten werden proportional auf die ausgesuchten Tarifverträge verteilt.

Seit der Umstellung des Tarifindex auf Basis 2010 = 100 werden Tarifindizes sowohl ohne Sonderzahlungen als auch mit Sonderzahlungen berechnet. Die Tarifindizes ohne Sonderzahlungen messen die Entwicklung der tariflichen Grundvergütung, d. h. der Tarifverdienste und Besoldungsordnungen, die dauerhaft und regelmäßig zu zahlen sind. In die Tarifindizes mit Sonderzahlungen fließen dagegen auch tariflich festgelegte Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Beiträge zu vermögenswirksamen Leistungen und/oder zur betrieblichen Altersversorgung mit ein.

Die wesentliche Grundlage für das aktuelle Wägungsschema der Tarifindizes – also für die Auswahl der einbezogenen Tarifverträge und die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – sind die Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung (VSE) für den Berichtsmonat Oktober 2010, bei der rund 34 000 Betriebe des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs befragt wurden. Da die VSE 2010 die Landwirtschaft nicht umfasste, wurde für diesen Wirtschaftszweig auf die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft zurückgegriffen. Die VSE erfasst zudem keine Gebietskörperschaften. Die Angaben hierzu werden aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet.

Tarifindizes werden als sogenannte Laspeyres-Festbasis-Indizes berechnet. Dies bedeutet, dass die Entwicklung der in den Tarifverträgen geregelten Verdienste mit festen Gewichten in die Berechnung der Tarifindizes einfließt. Der Tarifindex umfasst voll- und teilzeit sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte.

Mindestlöhne

Seit dem Jahr 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zum 1.1.2017 ist dieser von 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde gestiegen. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat die Bundesregierung eine ständige Mindestlohnkommission berufen, zu deren Aufgaben unter anderem alle zwei Jahre der Beschluss zur

Methodik

Anpassung des Mindestlohns zählt. Das Gesetz sieht vor, dass sich die Kommission dabei nachlaufend an der Tarifentwicklung orientiert. Die Mindestlohnkommission hat daraufhin beschlossen, sich bei der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns am monatlichen Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen zu orientieren. Für die Anpassungen des Mindestlohns ab dem Jahr 2018 hat die Mindestlohnkommission entschieden, dass sie in der Regel die Tarifentwicklung der beiden vorhergehenden Kalenderjahre verwenden wird. Ausführliche Informationen zum Thema „Mindestlöhne“ finden Sie unter www.destatis.de > *Zahlen und Fakten* > *Verdienste und Arbeitskosten* > *Mindestlöhne*

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Die monatlichen Dienstbezüge, die in der Tabelle 14.3.1 nachgewiesen sind, beziehen sich auf die folgenden Besoldungsgruppen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nach der „Besoldungsordnung A“:

A16: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, A15: Regierungsdirektor/-in, A14: Oberregierungsrat/-rätin, A13: Regierungsrat/-rätin, A12: Amtsrat/-rätin, A11: Amtmann/Amtfrau, A10: Oberinspektor/-in, A9: Inspektor/-in, A8: Hauptsekretär/-in, Hauptwerkmeister/-in, A7: Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in, A6: Sekretär/-in, Werkmeister/-in, A5: Assistent/-in, A4: Amtsmeister/-in, A3: Hauptamtsgehilfe/-gehilfin, A2: Oberamtsgehilfe/-gehilfin.

Verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen einen monatlichen Familienzuschlag von 139,18 Euro. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 118,97 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 370,69 Euro (Stand: 1.2.2017). Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte.

Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes. Weitere Informationen finden Sie in der Veröffentlichung „Verdienste im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden“.

■ Arbeitskosten

Jahresschätzung der Arbeitskosten

Die Berechnung der Jahresschätzung der Arbeitskosten basiert auf dem Niveau der Arbeitskosten je geleistete Stunde der Arbeitskostenerhebung, die alle vier Jahre stattfindet. Die Fortschätzung des Niveaus für Zwischenjahre erfolgt anhand der jährlichen Veränderungsrate des Arbeitskostenindex. Revisionen des Arbeitskostenindex können die Ergebnisse der Jahresschätzung der Arbeitskosten vom aktuellen Rand bis zu jenem Jahr verändern, das auf das Berichtsjahr der letzten Arbeitskostenerhebung folgt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Jahresschätzung beruhen auf dem Rechenstand des Arbeitskostenindex vom vierten Quartal 2016.

Arbeitskostenerhebung

Die Arbeitskostenerhebung wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt, zuletzt für das Berichtsjahr 2012. Die Ergebnisse beschränken sich auf das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich (Abschnitte B bis S der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)) und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten. Die Stichprobe der Arbeitskostenerhebung umfasst eine Auswahl von maximal 34 000 Unternehmen, die unter Auskunftspflicht summierte Angaben über zuletzt rund 10,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer meldeten. Die Angaben der Wirtschaftszweige „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ werden dabei größtenteils nicht erhoben, sondern aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet.

Arbeitskostenindex

Der **vierteljährliche Arbeitskostenindex** basiert auf der Größe „Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde“. Er gibt an, wie sich die gesamten Arbeitskosten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt haben. Der Index ermöglicht es, die Arbeitskostenentwicklung in die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten zu unterteilen: nämlich in die Entwicklung der Kosten für Bruttoverdienste sowie der Lohnnebenkosten. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskostenindex werden zu jedem Veröffentlichungstermin überprüft. Neue Informationen werden eingearbeitet und die Ergebnisse bei Bedarf entsprechend revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ erfasst Angaben für folgende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- den größten Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne die unten aufgeführten Sozialversicherungspflichtigen),
- geringfügig und kurzfristig Beschäftigte,
- nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, die zumindest teilweise erfolgsunabhängige Verdienstbestandteile erhalten,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und im Inland arbeiten,
- Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Saisonarbeitskräfte sowie Aushilfskräfte, die als abhängig Beschäftigte eine bezahlte Leistung erbringen,
- Beamtinnen und Beamte in den Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und „Erziehung und Unterricht“.

Nicht einbezogen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Beamtinnen und Beamte außerhalb der oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Inland haben und im Ausland arbeiten, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Personen, die keinen Verdienst für ihre Leistung erhalten, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Die „Verdienststrukturerhebung“ und die „Arbeitskostenerhebung“ erfassen zusätzlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

Arbeitskosten | Sie umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten in Form von Geld- und Sachleistungen, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Arbeitsvolumen | Dieses umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige innerhalb Deutschlands eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit.

Arbeitszeit | Als bezahlte Arbeitszeit gelten die im Berichtszeitraum bezahlten geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Die bezahlten geleisteten Stunden sind in der Regel die „hinter der Stechuhr“ verbrachten Zeiten, d. h. innerhalb der Arbeitsstätten bzw. auf der Arbeitsstelle, abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie der Mittagszeit. Bezahlte Ausfallstunden umfassen z. B. bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, durch Arbeitszeitflexibilisierung im Berichtszeitraum abgefeierte und bezahlte Stunden, die entweder im vorangegangenen Zeitraum bereits vorgearbeitet wurden oder im Folgezeitraum noch zu leisten sind, bezahlte Arbeitspausen sowie bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen, z. B. Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u. Ä.

Bruttoverdienst | Er umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrechtlinien zuzüglich

- sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen),
- steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit,
- steuerfreier Beiträge der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG),
- steuerfreie Essenszuschüsse und
- pauschale Lohnsteuer nach §§ 40, 40a und 40b EStG, sofern sie von der Arbeitgeberin bzw. vom Arbeitgeber getragen wird.

Geleistete Arbeitsstunden | Die geleisteten Arbeitsstunden, die in die Berechnung der durchschnittlichen Jahresangaben der Arbeitskosten einfließen, beziehen sich auf den Teil des Arbeitsvolumens, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tatsächlich geleistet wird.

Leistungsgruppen | Diese werden für Analysezwecke gebildet. Sie stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach folgender Qualifikation dar: Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu gehören z. B. angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel erwerben die Personen ihre Fachkenntnisse in einem Hochschulstudium.

In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. Hierfür benötigen sie in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Sie führen die Tätigkeiten überwiegend selbstständig aus. In die Gruppe gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung.

Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten. Für die Ausführung der Tätigkeiten ist zwar keine berufliche Ausbildung erforderlich, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben die Arbeitskräfte in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren.

Die **Leistungsgruppe 5** fasst „Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten benötigen sie keine berufliche Ausbildung. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen innerhalb von maximal drei Monaten vermittelt werden.

Mindestlohn, gesetzlicher | Seit dem Jahr 2015 gilt in Deutschland ein flächen-deckender gesetzlicher Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zum 1.1.2017 ist dieser von 8,50 Euro auf 8,84 Euro pro Stunde gestiegen. Er gilt grundsätzlich für alle Branchen und Regionen. Neben dem gesetzlichen Mindestlohn existieren auch branchenspezifische Mindestlöhne. Bei diesen noch laufenden Verträgen sind bis zum 31.12.2017 auch Bruttostundenverdienste unter 8,84 Euro erlaubt. Sofern branchenbezogene Mindestlöhne ab Januar 2018 über 8,84 Euro liegen, können sie danach fortbestehen.

Dauerhaft vom Mindestlohn ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Auszubildende. Weiter gilt der Mindestlohn nicht für Personen, die ein Pflichtpraktikum oder ein freiwilliges Praktikum von bis zu drei Monaten während der Ausbildung oder des Studiums absolvieren sowie für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Tätigkeit.

Nominallohnindex | Dieser Index umfasst die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Der Nominallohnindex wird als sogenannter Laspeyres-Kettenindex berechnet, d. h. die Struktur der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dem jeweiligen Vorjahr entnommen.

Sonderzahlungen | Sie entsprechen den „sonstigen Bezügen“ gemäß den Lohnsteuerrechtlinien. Dies sind unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen.

Vollzeiteinheiten | Dazu zählen alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Verdienste und Arbeitskosten* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 62

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bruttoverdienste

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 1	Verdienste in der Landwirtschaft
Reihe 2.1	Arbeitnehmerverdienste – vierteljährliche Ergebnisse
Reihe 2.2	Indizes der Arbeitnehmerverdienste – lange Reihen
Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste – Jahresergebnisse
Reihe 2.4	Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen

Verdienststrukturen 2014

Heft 1	Ergebnisse für Deutschland
Heft 2	Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet
Heft 3	Ergebnisse für die neuen Länder

Fachberichte

Reallohnindex und Nominallohnindex
Verdienstindizes für Erbbauzinsberechnungen

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10	Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik. Ein Fazit aus Sicht der Vierteljährlichen Verdiensterhebung
Heft 1/11	Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen
Heft 7/12	Vierteljährliche Verdiensterhebung: Einführung der rollierenden Stichprobe
Heft 2/13	Methodik der Verdienststrukturerhebung 2010
Heft 2/13	Verdienststrukturerhebung 2010
Heft 8/13	Vierteljährliche Verdiensterhebung: neue Nutzer, neue Indizes, die neuesten Ergebnisse
Heft 1/15	Entgeltumwandlung in Deutschland – Eine Analyse auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010
Heft 4/15	Sonderzahlungen in Deutschland

STATmagazin

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich (2013)

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 4	Tarifverdienste
Reihe 4.3	Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Fachberichte

Tarifbindung in Deutschland 2010

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09	Tarifverdienste online
Heft 4/12	Bilanz der Tarifrunde 2011: Höhere Tarifabschlüsse, weniger Einmalzahlungen
Heft 4/13	Bilanz der Tarifrunde 2012: Höhere Tarifabschlüsse, Regelungen zur Zeitarbeit
Heft 10/13	Neuberechnung des Index der Tarifverdienste verbessert Kohärenz der Verdienststatistiken

Mehr zum Thema

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Zurzeit sind Tariffinformationen zu folgenden Branchen abrufbar:

- Bankgewerbe
- Baugewerbe
- Chemische Industrie
- Einzelhandel
- Gesundheitswesen
- Metall- und Elektroindustrie
- Öffentlicher Dienst der Länder
- Versicherungsgewerbe

Unter www.destatis.de/tarifdatenbank hat das Statistische Bundesamt eine Tarifdatenbank eingerichtet. Sie wird laufend um neue Tarifverträge und aktuelle Tariffinformationen ergänzt.

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Fachberichte

- Verdienste im öffentlichen Dienst für Beamte und Tarifbeschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden

■ Arbeitskosten

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Heft 1	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2012
Heft 2	Ergebnisse für Deutschland
Heft 3	Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet
	Ergebnisse für die neuen Länder

Fachberichte

- Aufwendungen und Anwartschaften betrieblicher Altersversorgung 2012

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 12/14 | Arbeitskostenerhebung 2012

■ Themenübergreifend

Broschüren

- Verdienste auf einen Blick (2017)

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 2.5 | Nettoverdienste (Modellrechnung)

IM FOKUS

2.6.2016	Mindestlohn: interaktive Karte zeigt besonders betroffene Regionen
2.1.2017	Mindestlohn zum 1. Januar auf 8,84 Euro gestiegen
15.3.2017	Equal Pay Day: Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei 21 %
27.3.2017	Verdienste im Zeitvergleich



15 Preise

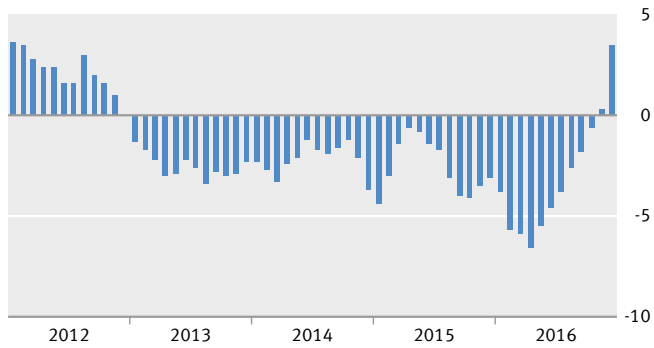
Preisentwicklung 2016 trotz überwiegend rückläufiger Jahresdurchschnittspreise von ansteigenden Trends im Jahresverlauf geprägt | **Einfuhrpreise** im Jahresdurchschnitt 2016 um **3,1 %** gegenüber 2015 gesunken | Rückgang der **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte mit **– 1,7 %** ähnlich wie im Vorjahr | Im **Großhandel** wurden um **1,0 % niedrigere** Preise als 2015 beobachtet | **Erzeugerpreise** für Dienstleistungen überwiegend moderat gestiegen | **Verbraucherpreise** erhöhten sich 2016 um **0,5 %**

<i>Seite</i>	
399	Auf einen Blick
	Tabellen
400	Energiepreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
401	Nahrungsmittelpreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
402	Einfuhrpreise Einfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
403	Ausfuhrpreise Ausfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
404	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten) Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten) Holzprodukte zur Energieerzeugung
405	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie
406	Erzeugerpreise für Dienstleistungen Verkehr und Lagerei Information und Kommunikation Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen
407	Großhandelsverkaufspreise Index der Großhandelsverkaufspreise Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik . . . mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör Sonstiger Großhandel Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt
408	Bau- und Immobilienpreise Baupreisindizes Preisindex für Bauland Baukostenindex für Wohngebäude Häuserpreisindex
409	Kaufwerte für baureifes Land Kauffälle Veräußerte Fläche Durchschnittlicher Kaufwert
410	Verbraucherpreise Verbraucherpreisindex Verbrauchsgüter Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer Langlebige Gebrauchsgüter Dienstleistungen Nettokaltmiete
411	Methodik
414	Glossar
415	Mehr zum Thema

15.0 Auf einen Blick

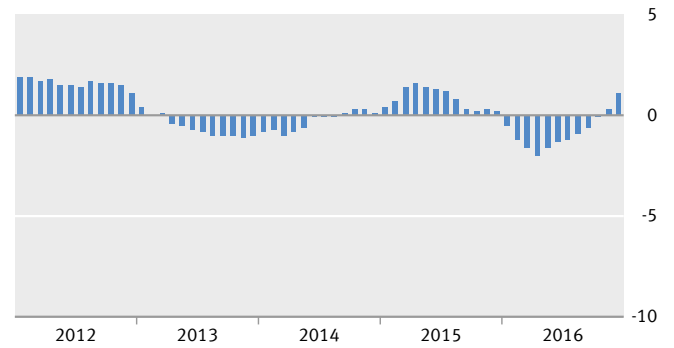
Index der Einfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



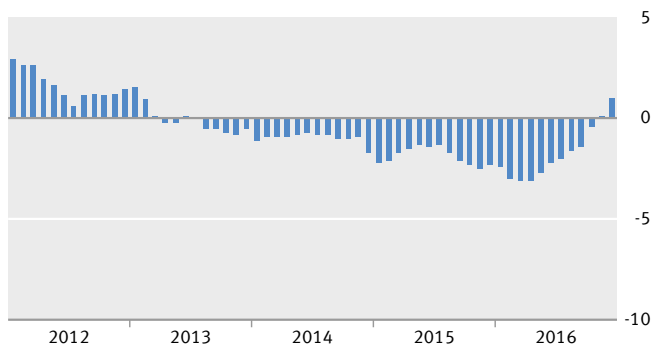
Index der Ausfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



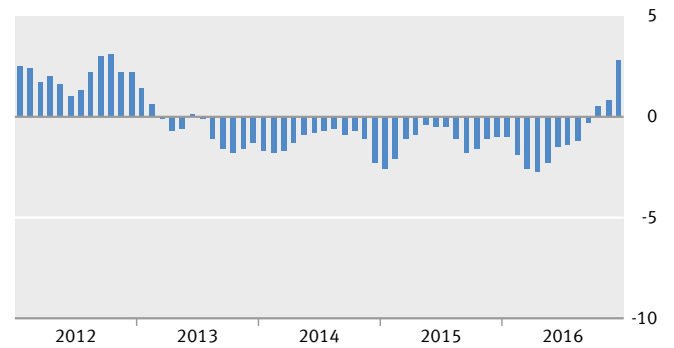
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



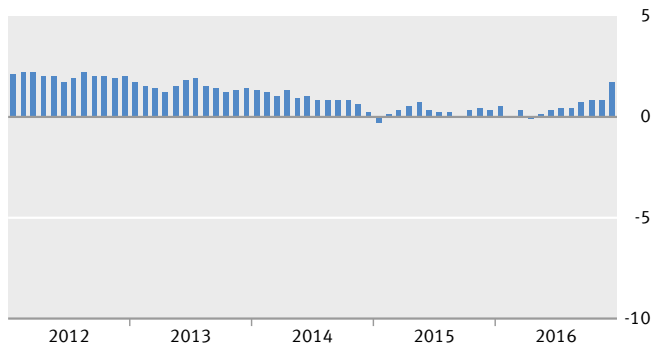
Index der Großhandelsverkaufspreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



Index der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



2017 - 01 - 0279

15.1 Energiepreise

	Anteil an Energie ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Energie	100	115,2	83,8	69,7	- 27,3	- 16,8
Primärenergieträger						
Erdöl	43,3	123,8	78,8	64,6	- 36,3	- 18,0
Erdgas, verflüssigt oder gasförmig	25,9	105,4	90,7	76,1	- 13,9	- 16,1
Kohle	4,0	85,7	86,4	80,5	0,8	- 6,8
Sekundärenergieträger						
Mineralölzeugnisse	23,5	121,1	86,8	70,1	- 28,3	- 19,2
Elektrischer Strom	2,2	69,9	67,6	65,7	- 3,3	- 2,8
Kokereierzeugnisse	1,3	79,6	78,9	74,9	- 0,9	- 5,1
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Energie	100	108,5	102,6	96,6	- 5,4	- 5,8
Primärenergieträger						
Erdöl und Erdgas	129,4	107,9	85,1	- 16,6	- 21,1
Kohle	113,0	111,3	110,7	- 1,5	- 0,5
Sekundärenergieträger						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	45,1	97,8	94,9	94,4	- 3,0	- 0,5
Erdgas (Verteilung)	27,8	121,8	116,2	102,9	- 4,6	- 11,4
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	110,7	94,4	85,5	- 14,7	- 9,4
Fernwärme	4,1	118,7	115,6	109,2	- 2,6	- 5,5
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	4,0	106,3	108,5	110,4	2,1	1,8
Verbraucherpreisindex für Energie	100	115,5	107,4	101,6	- 7,0	- 5,4
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	64,0	119,5	112,8	107,8	- 5,6	- 4,4
Strom	24,6	125,8	124,8	125,6	- 0,8	0,6
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	14,4	118,0	111,4	101,9	- 5,6	- 8,5
Gas	13,6	111,7	110,0	106,7	- 1,5	- 3,0
Flüssige Brennstoffe	10,4	117,5	90,4	75,1	- 23,1	- 16,9
Feste Brennstoffe	1,0	111,8	111,9	109,8	0,1	- 1,9
Kraftstoffe	36,0	108,5	97,7	90,6	- 10,0	- 7,3

Der **Einfuhrpreisindex** enthält vor allem Primärenergieträger wie Erdöl oder Erdgas. Weiterverarbeitete Energieträger wie Mineralölzeugnisse werden nur in geringem Umfang eingeführt.

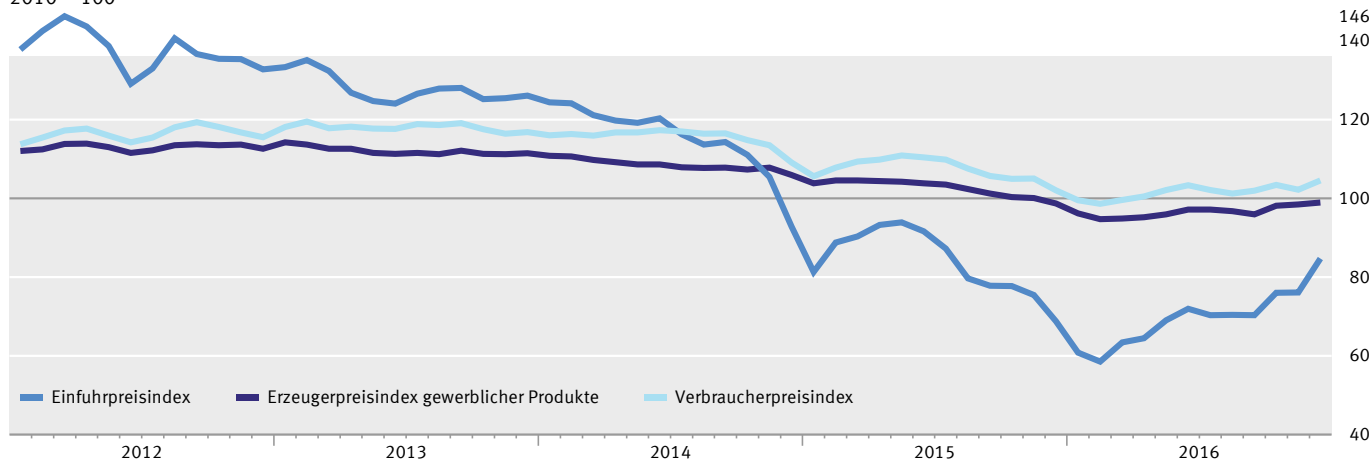
Die in Deutschland genutzte Sekundärenergie stammt größtenteils aus inländischer Produktion: Strom wird zu 93 % im Inland erzeugt. Die Kraftstoffe stammen zu 78 % und Benzin zu 74 % aus deutschen Raffinerien. Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** enthält daher überwiegend Sekundärenergieträger. Zu einem geringen Anteil wird auch Primärenergie in Deutschland gewonnen – insbesondere durch die Braunkohleförderung.

Der **Verbraucherpreisindex** enthält vor allem Sekundärenergieträger wie Kraftstoffe, Strom und Gas. Primärenergieträger sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher von geringer Bedeutung.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Preisindizes für Energie

2010 = 100



2017 - 01 - 0280

15.2 Nahrungsmittelpreise

	Anteil an Nahrungsmitteln	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
		2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel ¹	100	111,6	113,5	112,5	1,7	-0,9
darunter:						
Gemüse und Früchte	32,1	111,0	119,7	117,8	7,8	-1,6
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	14,6	106,0	110,6	111,4	4,3	0,7
Fleisch und Zubereitungen von Fleisch	14,1	108,6	106,7	106,6	-1,7	-0,1
Milch und Milcherzeugnisse, Eier	12,7	114,7	104,5	101,0	-8,9	-3,3
Getreide und Getreideerzeugnisse	9,0	113,5	110,8	107,7	-2,4	-2,8
Fische, Krebs- und Weichtiere und Zubereitungen daraus	8,1	122,6	126,7	132,7	3,3	4,7
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	111,1	106,9	106,6	-3,8	-0,3
darunter:						
Tiere	32,7	112,7	107,4	108,8	-4,7	1,3
Milch	25,5	120,7	94,8	87,3	-21,5	-7,9
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	106,4	106,8	95,3	0,4	-10,8
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	102,3	107,4	108,9	5,0	1,4
Handelsgewächse (z. B. Raps, Zuckerrüben)	7,3	89,4	97,6	98,2	9,2	0,6
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel	100	112,8	110,2	110,6	-2,3	0,4
darunter:						
Fleisch und Fleischerzeugnisse	29,4	111,0	107,3	107,7	-3,3	0,4
Milch und Milcherzeugnisse	17,8	116,5	106,7	104,2	-8,4	-2,3
Back- und Teigwaren	16,9	112,5	115,4	116,6	2,6	1,0
Obst- und Gemüseerzeugnisse	6,7	120,1	116,9	119,9	-2,7	2,6
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	3,4	108,0	105,9	106,1	-1,9	0,2
Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel	100	111,5	112,4	113,3	0,8	0,8
darunter:						
Fleisch und Fleischwaren	22,9	113,4	112,8	113,2	-0,5	0,4
Brot und Getreideerzeugnisse	19,2	110,6	112,3	113,0	1,5	0,6
Molkereiprodukte und Eier	15,8	116,9	111,9	108,3	-4,3	-3,2
Gemüse	12,4	100,6	105,9	109,8	5,3	3,7
Obst	9,7	116,8	122,6	127,0	5,0	3,6

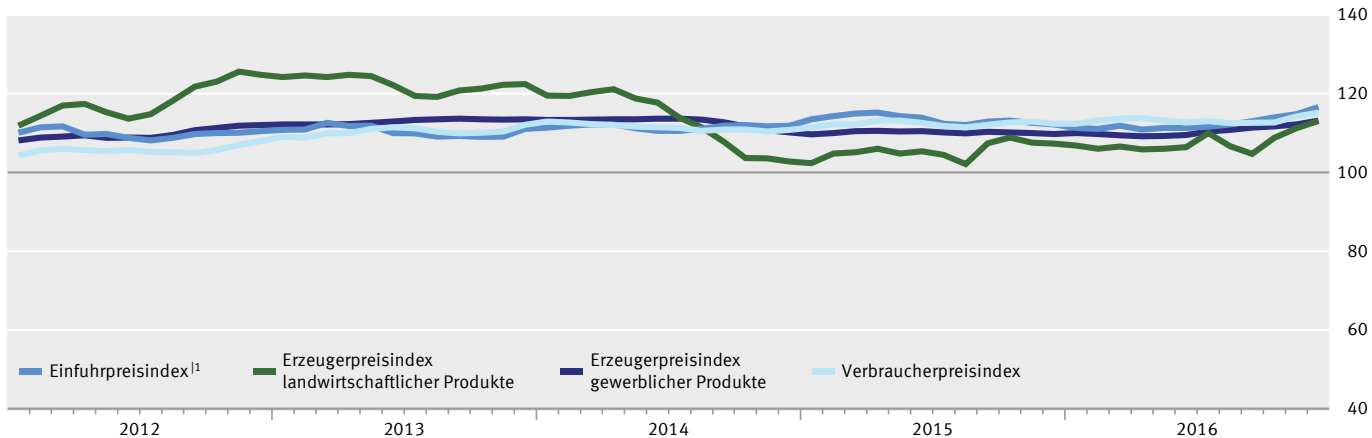
Der **Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel** umfasst sowohl unverarbeitete als auch weiterverarbeitete Nahrungsmittel. Er verläuft daher zwar stabiler als der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte, weist aber gleichzeitig mehr Schwankungen auf als der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte.

Der **Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte** misst die durchschnittliche Preisentwicklung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen spielen vor allem Angebotsschwankungen aufgrund klimatischer Faktoren eine große Rolle. Daraus resultierende Preisschwankungen wirken sich – bei einem globalisierten Markt – weltweit aus.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel** misst die durchschnittliche Preisentwicklung weiterverarbeiteter Nahrungsmittel. Hier spielen die Rohstoffkosten eine geringere Rolle als bei den landwirtschaftlichen Produkten, da der Verarbeitungsgrad höher ist. Stabileren Faktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten haben hier größeres Gewicht, sodass die Preise im Ernährungsgewerbe weniger stark schwanken.

1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

Preisindizes für Nahrungsmittel
2010 = 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

15.3 Einfuhrpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex	100	103,6	100,9	97,8	- 2,6	- 3,1
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,0	101,9	102,3	99,4	0,4	- 2,8
darunter:						
Metalle	6,8	97,1	96,8	91,0	- 0,3	- 6,0
Chemische Grundstoffe	5,5	111,4	107,7	101,9	- 3,3	- 5,4
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	3,6	84,0	89,0	86,2	6,0	- 3,1
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	27,4	97,1	99,2	98,5	2,2	- 0,7
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,3	102,1	103,5	103,3	1,4	- 0,2
Maschinen	8,6	104,0	106,9	107,0	2,8	0,1
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	20,6	107,0	110,0	109,9	2,8	- 0,1
Gebrauchsgüter	4,9	100,2	103,4	102,5	3,2	- 0,9
darunter:						
Geräte der Unterhaltungselektronik	1,5	90,9	91,9	89,4	1,1	- 2,7
Verbrauchsgüter	15,7	109,1	112,1	112,2	2,7	0,1
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	98,6	102,6	101,4	4,1	- 1,2
Energie	13,4	115,2	83,8	69,7	- 27,3	- 16,8
Erdöl und Erdgas	9,2	116,9	83,2	68,9	- 28,8	- 17,2
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	3,3	119,0	86,4	70,4	- 27,4	- 18,5
Kohle	0,5	85,7	86,4	80,5	0,8	- 6,8
Elektrischer Strom	0,3	69,9	67,6	65,7	- 3,3	- 2,8
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	3,6	107,8	112,3	110,1	4,2	- 2,0

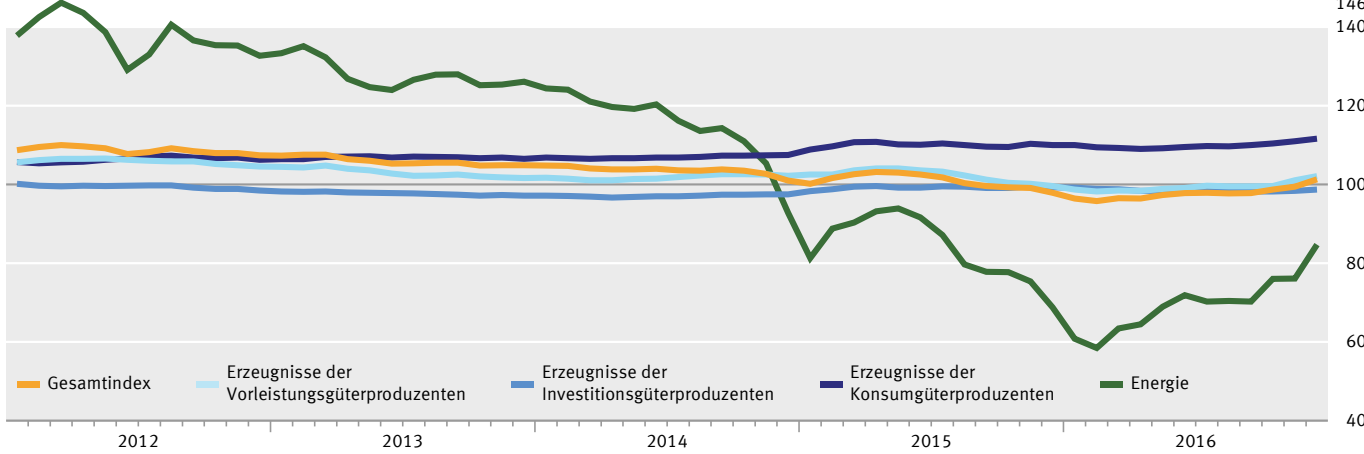
Vorleistungsgüter sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden.

Investitionsgüter werden vor allem für Unternehmen hergestellt und können dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Konsumgüter sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden.

Zur **Energie** zählen alle Energieprodukte, unabhängig davon, ob sie für Unternehmen oder Privathaushalte bestimmt sind.

Einfuhrpreisindizes
2010 = 100



2017 - 01 - 0282

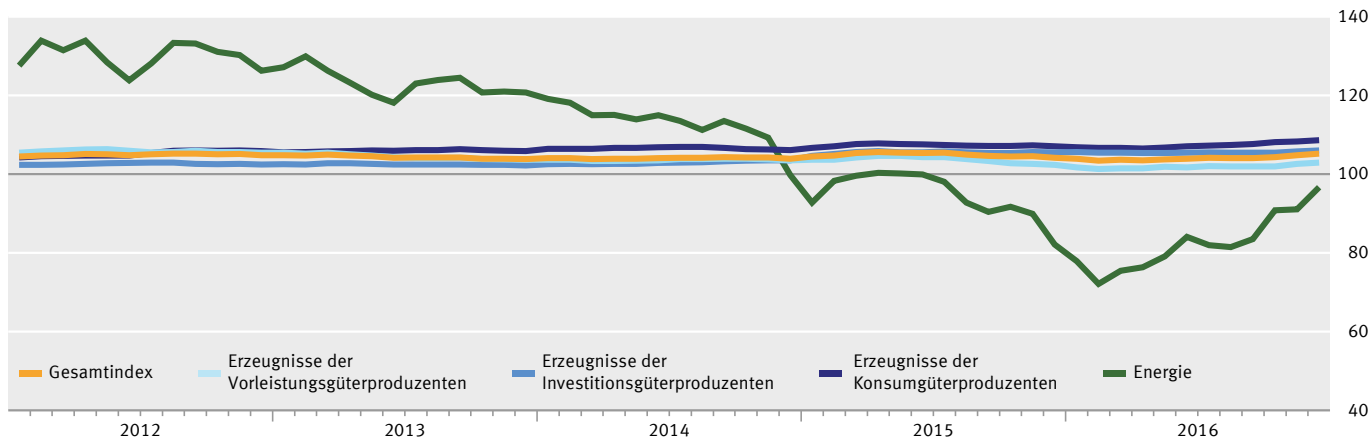
15.4 Ausführpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Ausführpreisindex	100	104,0	104,9	104,0	0,9	- 0,9
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,6	103,6	103,7	101,9	0,1	- 1,7
darunter:						
Chemische Grundstoffe	6,2	109,9	107,8	104,2	- 1,9	- 3,3
Metalle	5,1	98,6	98,4	94,2	- 0,2	- 4,3
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	44,8	102,9	105,4	105,5	2,4	0,1
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	17,7	103,0	106,6	106,1	3,5	- 0,5
Maschinen	16,4	106,0	107,8	108,6	1,7	0,7
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	16,4	106,5	107,3	107,3	0,8	0,0
Gebrauchsgüter	3,4	102,3	103,7	104,3	1,4	0,6
darunter:						
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	0,8	105,0	105,8	106,6	0,8	0,8
Verbrauchsgüter	13,0	107,6	108,2	108,1	0,6	- 0,1
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,6	103,1	105,0	104,9	1,8	- 0,1
Energie	2,3	112,9	94,6	82,5	- 16,2	- 12,8
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	1,4	119,9	94,2	82,7	- 21,4	- 12,2
Erdöl und Erdgas	0,5	117,2	107,9	86,9	- 7,9	- 19,5
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,0	109,0	110,7	111,6	1,6	0,8

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Ausführpreisindizes

2010 = 100



2017 - 01 - 0283

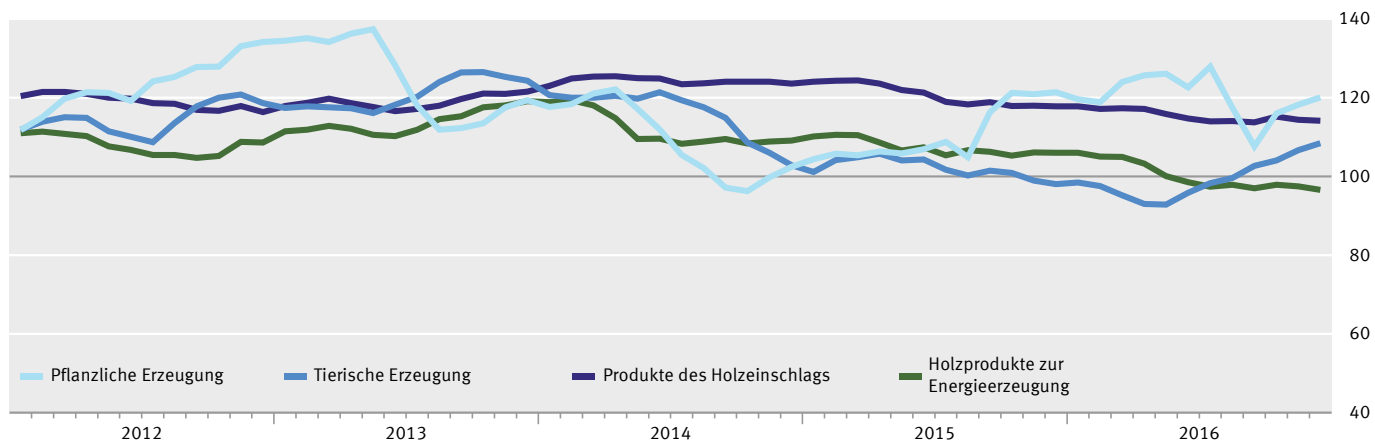
15.5 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten)

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	111,1	106,9	106,6	- 3,8	- 0,3
Pflanzliche Erzeugung	39,4	103,8	114,3	117,1	10,1	2,4
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	106,4	106,8	95,3	0,4	- 10,8
Getreide	14,9	106,2	106,7	95,1	0,5	- 10,9
Getreidesaatgut	0,3	117,5	112,4	105,6	- 4,3	- 6,0
Handelsgewächse	7,3	89,4	97,6	98,2	9,2	0,6
Raps	5,7	87,2	97,0	97,8	11,2	0,8
Zuckerrüben	1,7	96,9	99,7	99,7	2,9	0,0
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	3,6	129,5	208,5	277,4	61,0	33,0
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	102,3	107,4	108,9	5,0	1,4
Gemüse	5,1	102,7	113,7	119,9	10,7	5,5
Pflanzen und Blumen	7,1	102,0	103,0	101,0	1,0	- 1,9
Obst	1,1	96,5	96,7	108,2	0,2	11,9
Tierische Erzeugung	60,6	115,9	102,1	99,7	- 11,9	- 2,4
Tiere	32,7	112,7	107,4	108,8	- 4,7	1,3
Rinder	8,8	116,9	121,3	115,6	3,8	- 4,7
Schweine	18,6	109,5	98,4	105,3	- 10,1	7,0
Schafe und Ziegen	0,4	122,0	126,3	129,8	3,5	2,8
Geflügel	4,8	117,0	114,7	107,9	- 2,0	- 5,9
Milch	25,5	120,7	94,8	87,3	- 21,5	- 7,9
Eier	2,4	108,0	108,7	107,9	0,6	- 0,7
Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags	100	124,3	120,8	115,5	- 2,8	- 4,4
Stammholz und -abschnitte zusammen	74,3	125,5	121,1	116,4	- 3,5	- 3,9
Industrieholz	21,3	113,2	111,8	103,6	- 1,2	- 7,3
Brennholz	4,4	157,9	159,1	157,8	0,8	- 0,8
nachrichtlich:						
Holzprodukte zur Energieerzeugung	100	111,9	107,5	100,2	- 3,9	- 6,8
Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln ²	36,8	103,1	99,8	92,6	- 3,2	- 7,2
Pellets, Briketts, Scheiten o. ä. Formen aus Sägespänen u. a. Sägenebenprodukten	23,6	123,6	112,2	106,4	- 9,2	- 5,2
Industrieholz	39,6	113,2	111,8	103,6	- 1,2	- 7,3

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.
2 Ohne Waldhackschnitzel.

Erzeugerpreisindizes landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten)

2010 = 100



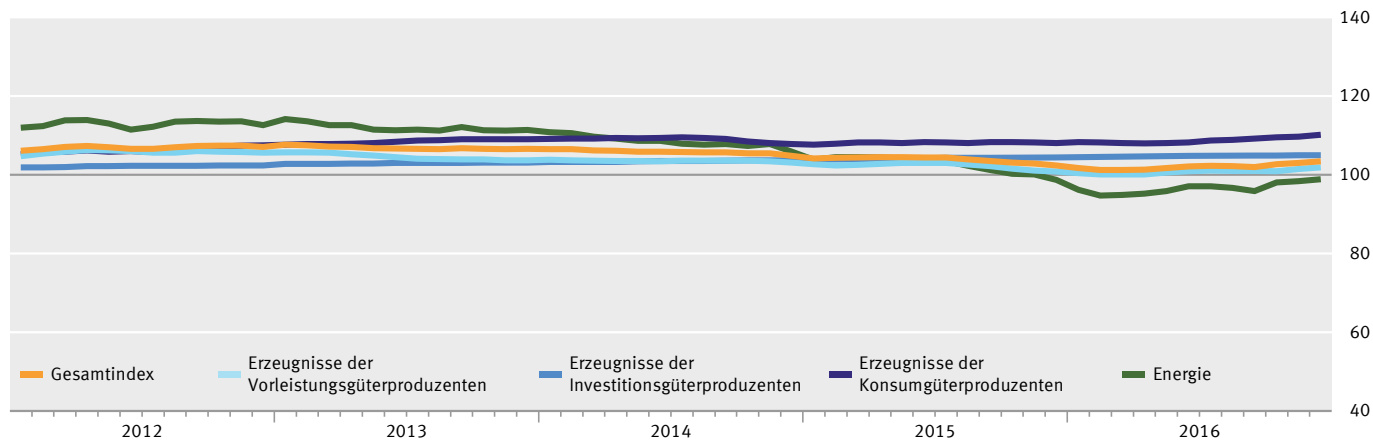
2017 - 01 - 0284

15.6 Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	100	105,8	103,9	102,1	- 1,8	- 1,7
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	31,1	103,5	102,3	100,8	- 1,2	- 1,5
darunter:						
Metalle	5,5	99,1	97,6	93,0	- 1,5	- 4,7
Gummi- und Kunststoffwaren	3,8	107,7	107,2	107,0	- 0,5	- 0,2
Chemische Grundstoffe	3,1	109,3	103,1	99,5	- 5,7	- 3,5
Papier, Pappe und Waren daraus	2,2	104,4	104,0	104,7	- 0,4	0,7
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	23,9	103,5	104,2	104,8	0,7	0,6
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,8	101,9	102,3	102,4	0,4	0,1
Maschinen	6,8	106,5	107,5	108,5	0,9	0,9
Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (einschl. Wartung)	2,6	106,8	108,7	110,6	1,8	1,7
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	1,4	105,1	105,8	105,8	0,7	0,0
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	18,1	109,0	108,1	108,8	- 0,8	0,6
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterproduzenten	15,8	109,5	108,3	108,8	- 1,1	0,5
darunter:						
Nahrungsmittel	9,3	112,8	110,2	110,6	- 2,3	0,4
Getränke	1,7	108,1	108,4	108,8	0,3	0,4
Erzeugnisse der Gebrauchsgüterproduzenten	2,3	105,7	107,1	108,4	1,3	1,2
darunter:						
Möbel	1,2	107,9	109,4	110,7	1,4	1,2
Energie	26,9	108,5	102,6	96,6	- 5,4	- 5,8
darunter:						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	12,2	97,8	94,9	94,4	- 3,0	- 0,5
Erdgas (Verteilung)	7,5	121,8	116,2	102,9	- 4,6	- 11,4
Kokerei- und Mineralölherzeugnisse	.	110,7	94,4	85,5	- 14,7	- 9,4
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	1,1	106,3	108,5	110,4	2,1	1,8
Erdöl und Erdgas	.	129,4	107,9	85,1	- 16,6	- 21,1

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)

2010 = 100



2017 - 01 - 0285

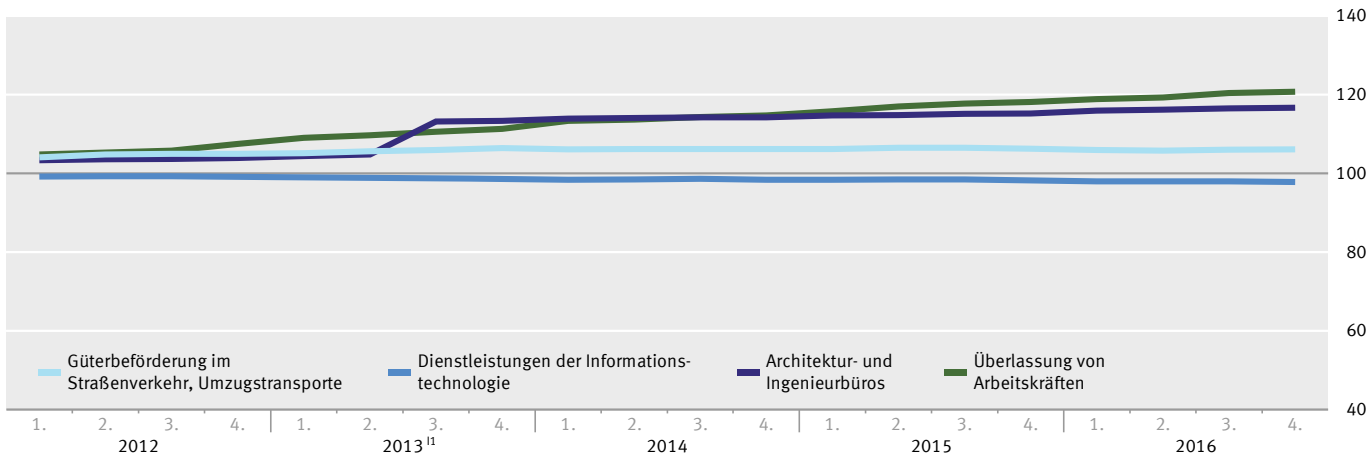
15.7 Erzeugerpreise für Dienstleistungen

	Umsatz ¹	Jahresdurchschnitt				Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2014	2015	2016	2015	2016	
	Mrd. EUR	2010 = 100			%		
Verkehr und Lagerei							
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34,5	106,2	106,4	106,0	0,2	-0,4	
Post-, Kurier- und Expressdienste	27,5	104,4	105,3	106,9	0,9	1,5	
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26,0	140,7	138,2	121,2	-1,8	-12,3	
Lagerei	7,5	104,1	105,0	105,5	0,9	0,5	
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6,0	110,7	112,5	112,9	1,6	0,4	
Luftfracht	4,2	131,3	127,1	122,1	-3,2	-3,9	
Frachtschlag	2,8	102,2	102,4	102,7	0,2	0,3	
Information und Kommunikation							
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80,8	98,5	98,4	98,0	-0,1	-0,4	
Telekommunikationsdienstleistungen (Fernmeldedienste)	72,7	93,1	92,1	91,1	-1,1	-1,1	
Datenverarbeitung, Hosting u. Ä.; Webportale	5,5	91,1	90,3	88,6	-0,9	-1,9	
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; Recherchedienste	3,1	104,2	107,5	107,1	3,2	-0,4	
Verlegen von Software (ohne Computerspiele)	0,7	99,7	100,1	100,2	0,4	0,1	
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen							
Architektur- und Ingenieurbüros	45,1	114,1	115,0	116,3	0,8	1,1	
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Buchführung	23,5	110,7	112,2	113,4	1,4	1,1	
Public Relations- und Unternehmensberatung	20,9	103,7	104,5	105,2	0,8	0,7	
Werbung	20,2	102,5	103,7	106,3	1,2	2,5	
Rechtsberatung	18,3	113,6	114,7	115,9	1,0	1,0	
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8,8	107,3	108,1	109,4	0,7	1,2	
Markt- und Meinungsforschung	2,2	102,0	103,0	104,0	1,0	1,0	
Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen							
Überlassung von Arbeitskräften	27,6	114,0	117,2	119,8	2,8	2,2	
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15,2	106,4	108,4	110,4	1,9	1,8	
Wach- und Sicherheitsdienste	4,2	110,4	113,9	117,1	3,2	2,8	
Personalvermittlung	1,7	116,5	119,3	122,3	2,4	2,5	

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

1 Quelle: Dienstleistungsstatistik, Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
2010 = 100



1 Drittes Quartal 2013: Anhebung der Gebührensätze als Folge der Einführung der neuen Honorarordnung für Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure.

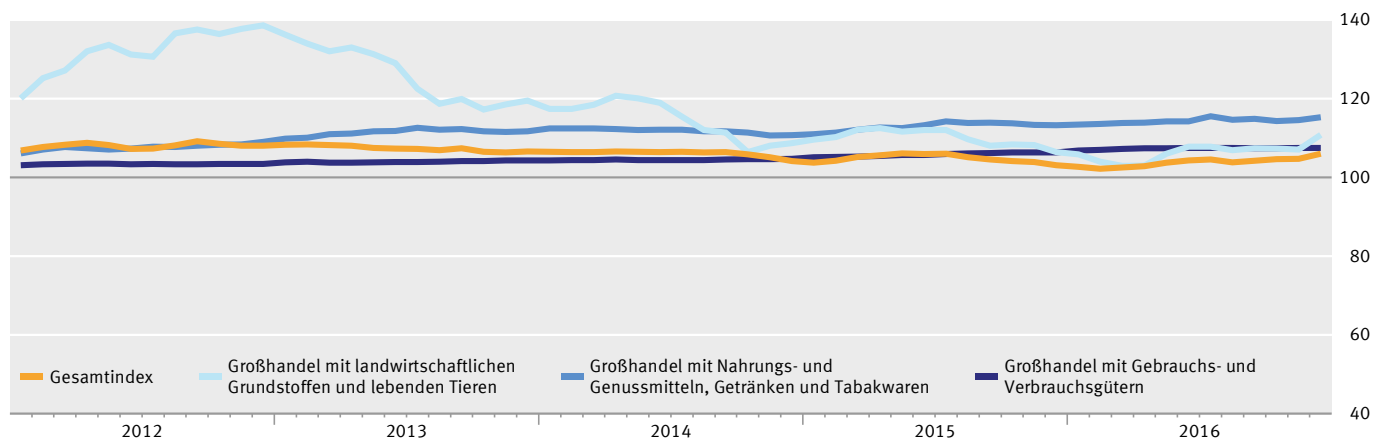
15.8 Großhandelsverkaufspreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Index der Großhandelsverkaufspreise	100	106,1	104,8	103,8	- 1,2	- 1,0
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	4,5	114,6	110,1	106,4	- 3,9	- 3,4
darunter:						
Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	2,9	117,5	111,9	104,3	- 4,8	- 6,8
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	16,0	111,8	112,9	114,4	1,0	1,3
darunter:						
Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,4	110,5	115,0	118,6	4,1	3,1
Großhandel mit Getränken	2,1	109,0	110,2	110,9	1,1	0,6
Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	1,4	111,1	109,3	108,8	- 1,6	- 0,5
Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	1,1	117,2	110,0	107,4	- 6,1	- 2,4
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ¹⁾	21,8	104,5	105,8	107,3	1,2	1,4
darunter:						
Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik	4,3	98,5	99,7	100,8	1,2	1,1
Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	8,2	86,3	89,1	89,0	3,2	- 0,1
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	8,9	107,9	108,9	109,7	0,9	0,7
Sonstiger Großhandel	35,1	107,0	101,7	97,7	- 5,0	- 3,9
darunter:						
Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	12,4	110,2	95,0	86,0	- 13,8	- 9,5
Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	7,4	99,8	98,9	97,2	- 0,9	- 1,7
Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	4,5	108,1	109,7	111,1	1,5	1,3
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,5	109,7	109,5	109,5	- 0,2	0,0

1 Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren zählt hier nicht zum Großhandel mit Verbrauchsgütern.

Indizes der Großhandelsverkaufspreise

2010 = 100



2017 - 01 - 0287

15.9 Bau- und Immobilienpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Baupreisindizes						
Konventioneller Neubau von Wohngebäuden	100	109,4	111,1	113,4	1,6	2,1
Rohbauarbeiten	45,5	108,7	109,9	111,7	1,1	1,6
darunter:						
Mauerarbeiten	11,0	106,4	107,4	108,7	0,9	1,2
Betonarbeiten	15,7	106,9	107,4	109,0	0,5	1,5
Zimmer- und Holzbauarbeiten	4,6	113,4	115,3	117,2	1,7	1,6
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten	4,8	111,3	113,4	115,2	1,9	1,6
Ausbauarbeiten	54,5	110,0	112,2	114,8	2,0	2,3
darunter:						
Putz- und Stuckarbeiten	4,1	108,6	110,0	112,0	1,3	1,8
Tischlerarbeiten	9,6	108,1	110,1	112,5	1,9	2,2
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen	7,0	113,2	116,1	119,2	2,6	2,7
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden	4,6	114,0	117,2	121,0	2,8	3,2
Konventioneller Neubau von Bürogebäuden	100	109,6	111,4	113,9	1,6	2,2
Konventioneller Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden	100	109,7	111,5	113,7	1,6	2,0
Straßenbau	100	110,3	111,4	112,4	1,0	0,9
Brücken im Straßenbau	100	107,7	108,5	109,6	0,7	1,0
Ortskanäle	100	108,0	110,1	111,9	1,9	1,6
Instandhaltung von Wohngebäuden ohne Schönheitsreparaturen	100	111,5	114,0	116,8	2,2	2,5
Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart	100	112,8	115,0	119,6	2,0	4,0
Preisindex für Bauland ¹	100	116,0	123,5	130,7	6,5	5,8
Baukostenindex für Wohngebäude	100	107,7	109,2	110,5	1,4	1,2
darunter:						
Materialkosten	58,8	108,4	108,6	108,7	0,2	0,1
Arbeitskosten	36,9	106,6	110,4	113,9	3,6	3,2
Häuserpreisindex ²	100	113,8	119,2	126,3	4,7	6,0
Neu erstellte Wohnimmobilien ²	13,0	113,4	119,6	125,0	5,5	4,5
Bestehende Wohnimmobilien ²	87,0	113,9	119,2	126,6	4,7	6,2

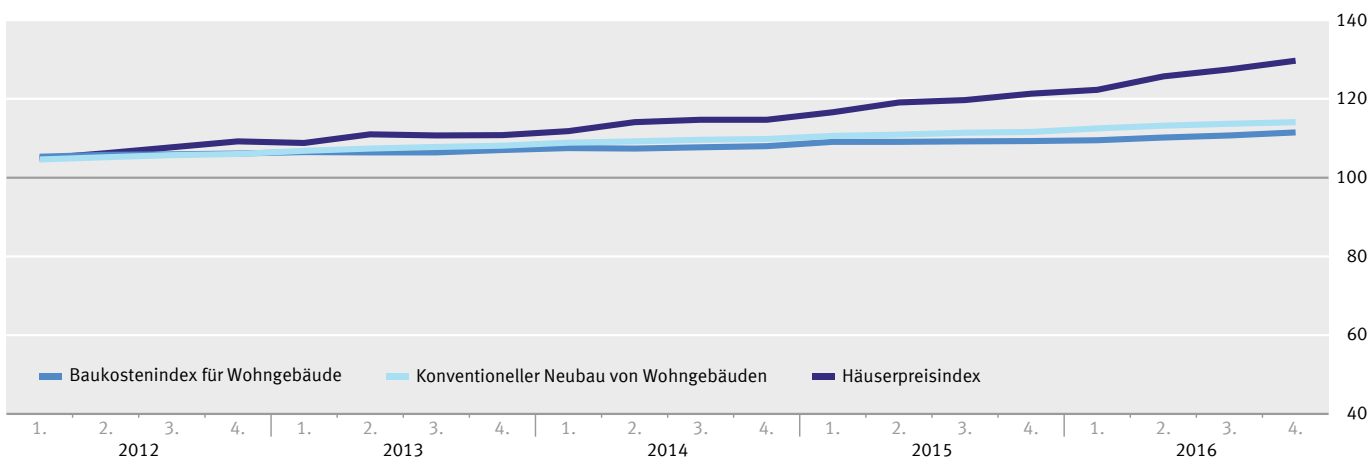
Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

Der **Baukostenindex** für Wohngebäude misst hingegen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte. Honorare für Architekten und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baukostenindex noch eines Baupreisindex.

Der **Häuserpreisindex** misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden.

1 Angaben ohne Bremen. Angaben für die Jahre 2015 und 2016 sind vorläufig.
 2 Originalbasis 2015 = 100, rechnerisch umbasiert auf 2010 = 100.

Bau- und Immobilienpreisindizes
 2010 = 100

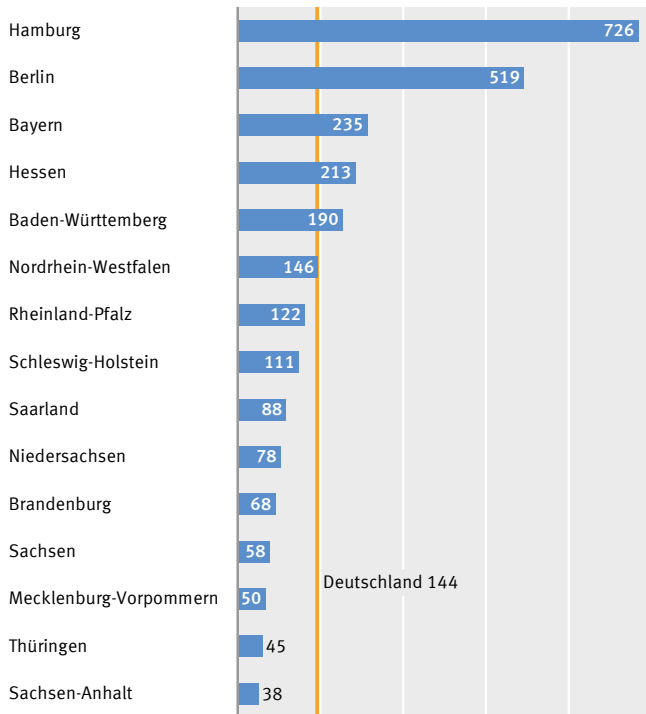


15.10 Kaufwerte für baureifes Land 2015

	Kauffälle	Veräußerte Fläche	Durchschnittlicher Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	EUR je m ²
Deutschland	79 743	80 782	144
Baden-Württemberg	7 051	5 453	190
Bayern	18 172	17 746	235
Berlin	948	1 288	519
Brandenburg	6 905	7 906	68
Bremen
Hamburg	826	999	726
Hessen	6 228	5 283	213
Mecklenburg-Vorpommern	1 547	2 038	50
Niedersachsen	14 589	15 650	78
Nordrhein-Westfalen	4 669	3 523	146
Rheinland-Pfalz	5 647	4 142	122
Saarland	891	762	88
Sachsen	5 051	9 062	58
Sachsen-Anhalt	2 315	2 430	38
Schleswig-Holstein	2 201	2 049	111
Thüringen	2 703	2 452	45

Die Kaufwerte für baureifes Land beziehen sich auf Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind. Es handelt sich nicht um einen Index, sondern um absolute Werte. Die Ergebnisse sind nicht über die Zeit vergleichbar.

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2015 in EUR je m²



Ohne Bremen.

2017 - 01 - 0289

15.11 Verbraucherpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2014	2015	2016	2015	2016
	%	2010 = 100			%	
Verbraucherpreisindex	100	106,6	106,9	107,4	0,3	0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	111,5	112,3	113,2	0,7	0,8
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8	110,3	113,4	116,0	2,8	2,3
Bekleidung und Schuhe	4,5	105,5	106,3	107,0	0,8	0,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	31,7	108,4	108,0	107,9	-0,4	-0,1
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	5,0	102,5	103,2	103,8	0,7	0,6
Gesundheitspflege	4,4	101,4	103,4	105,1	2,0	1,6
Verkehr	13,5	107,3	105,5	104,6	-1,7	-0,9
Nachrichtenübermittlung	3,0	92,3	91,2	90,3	-1,2	-1,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	104,4	105,0	106,1	0,6	1,0
Bildungswesen	0,9	93,1	92,8	94,4	-0,3	1,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,5	108,2	111,0	113,2	2,6	2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	106,1	107,2	109,2	1,0	1,9
Verbrauchsgüter	30,8	111,7	110,0	108,8	-1,5	-1,1
darunter:						
Nahrungsmittel	9,1	111,5	112,4	113,3	0,8	0,8
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	6,8	119,5	112,8	107,8	-5,6	-4,4
Kraftstoffe	3,8	108,5	97,7	90,6	-10,0	-7,3
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	9,1	104,8	105,5	106,3	0,7	0,8
darunter:						
Bekleidungsartikel	3,3	105,3	105,8	106,1	0,5	0,3
Schuhe und Schuhzubehör	0,8	105,5	106,7	107,4	1,1	0,7
Heimtextilien	0,4	105,9	107,7	109,4	1,7	1,6
Langlebige Gebrauchsgüter	8,1	96,9	97,3	98,4	0,4	1,1
darunter:						
Kauf von Fahrzeugen	3,3	101,2	102,2	103,7	1,0	1,5
Möbel und Leuchten	1,7	102,9	103,7	104,6	0,8	0,9
Informationsverarbeitungsgeräte	0,6	71,6	71,6	73,5	0,0	2,7
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	31,0	105,5	106,9	108,3	1,3	1,3
darunter:						
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	3,3	110,4	111,3	113,3	0,8	1,8
Telekommunikationsdienstleistungen	2,6	92,5	91,3	89,9	-1,3	-1,5
Versicherungsdienstleistungen	2,3	105,8	106,7	109,3	0,9	2,4
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	1,1	112,2	115,3	119,9	2,8	4,0
Nettokaltmiete	21,0	105,4	106,7	108,0	1,2	1,2

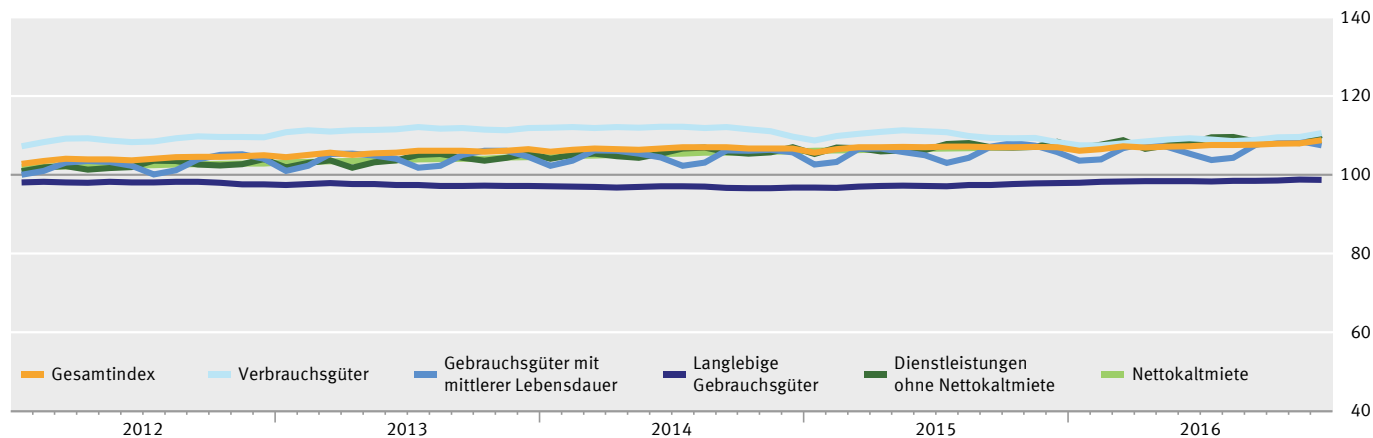
Verbrauchsgüter, z. B. Nahrungsmittel, werden relativ oft gekauft oder fast täglich konsumiert.

Gebrauchsgüter werden in der Regel seltener gekauft. Beim Verbraucherpreisindex sind Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer beispielsweise Bekleidungsartikel und Schuhe, langlebige Gebrauchsgüter sind u. a. Fahrzeuge, Möbel und Computer.

Bei den **Dienstleistungen** spielen die Wohnungsmieten eine wichtige Rolle. Aber auch andere Dienstleistungen, z. B. Versicherungsdienstleistungen, gehören hier dazu.

Verbraucherpreisindizes

2010 = 100



2017 - 01 - 0290

Methodik

■ Preisstatistik

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen Erzeugung, Außenhandel, Großhandel sowie privater Konsum. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden nur in wenigen Bereichen berechnet, als Kaufwerte für Bauland bzw. landwirtschaftliche Grundstücke sowie für ausgewählte Energieträger.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden z. B. zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die in privaten und gewerblichen Verträgen vorkommen. Solche Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten zu berechnen.

■ Berechnung von Preisindizes

Die meisten Preisindizes der amtlichen Statistik geben Auskunft über die Preisentwicklung im Zeitablauf. Sie zeigen an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Zusätzlich werden Veränderungsraten berechnet, welche die prozentuale Preisentwicklung zum Vorjahresmonat und zum Vormonat angeben. Die Berechnung von Preisindizes für den zeitlichen Preisvergleich kann in fünf Schritten dargestellt werden:

1. Schritt: Zunächst wird der Geltungsbereich der Preisstatistik festgelegt (z. B. sämtliche Konsumausgaben der privaten Haushalte oder sämtliche Verkäufe von Produktionsbetrieben bestimmter Wirtschaftsbereiche in Deutschland). Dann erfolgt eine Untergliederung aller im Geltungsbereich umgesetzten Waren und Dienstleistungen in einzelne Güterbereiche. Dabei werden in der Regel international abgestimmte Güterklassifikationen verwendet, z. B. in der Erzeugerpreisstatistik das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
2. Schritt: Anschließend wird der sogenannte „Warenkorb“ festgelegt. Damit ist die Güterauswahl gemeint, die sämtliche Waren und Dienstleistungen des jeweiligen Geltungsbereiches repräsentieren soll. Bei dieser Güterauswahl lassen sich zwei Ebenen unterscheiden. Auf der oberen Ebene ist der Warenkorb eine vollständige Zusammenstellung der jeweils relevanten Waren und Dienstleistungen zu Güterarten. Sie bleiben einschließlich ihrer Gewichte für fünf Jahre unverändert. Für jede dieser Güterarten des Warenkorbes werden anschließend konkrete Waren und Dienstleistungen für die Preismessung ausgewählt. Häufig werden in einem repräsentativen Stichprobenverfahren zunächst Berichtsstellen ermittelt (z. B. Geschäfte, Unternehmen, Betriebe). Aus deren Angebot werden dann die wichtigsten Produkte für die Preiserhebung bestimmt. Diese konkreten Einzelprodukte stellen die untere Ebene des Warenkorbes dar. Auf dieser Ebene der einzelnen Preisrepräsentanten wird der Warenkorb ständig angepasst, da wegfallende oder an Marktbedeutung verlierende Güter ersetzt oder neue Gütervarianten aufgenommen werden.
3. Schritt: Für die Produkte des Warenkorbes erfolgt eine monatliche oder vierteljährliche Preisbeobachtung, z. B. durch schriftliche Preismeldung, Onlinemeldung der ausgewählten Einheiten, Internetrecherche oder durch Preiserhebung in den Einzelhandelsgeschäften vor Ort. Letztere führen Erhebungsbeauftragte der amtlichen Statistik durch. Im Zuge der Preisbeobachtung wird der Warenkorb auf der unteren Ebene ständig aktualisiert. Konkrete Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden.

4. Schritt: Aus den erhobenen Preisdaten werden fortlaufende Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen erstellt. Beim Austausch von konkreten Produktrepräsentanten oder bei Veränderungen der Produkteigenschaften wird die Vergleichbarkeit der Preise durch Mengen- oder Qualitätsbereinigung rechnerisch hergestellt. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, wird dies in der Preisstatistik wie eine Preiserhöhung behandelt. Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Ohne Qualitätsbereinigung würden sich Verbesserungen oder Verschlechterungen der Güterqualität als Preisänderung in den Preisindizes niederschlagen. Damit wäre eine sinnvolle Interpretation der gemessenen Preisentwicklung erschwert. Daher ist es notwendig, qualitative Veränderungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und aus der Preisberechnung herauszurechnen. Die fortlaufenden Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen werden anschließend zu Teilindizes zusammengefasst.

5. Schritt: Schließlich wird der gesamte Preisindex als gewichteter Mittelwert der Teilindizes der einzelnen Güterbereiche berechnet. Die Gewichtungsinformationen für die obere Ebene des Warenkorbes sind im sogenannten Wägungsschema enthalten und spiegeln die Bedeutung der einzelnen Güterbereiche für die Grundgesamtheit aller Waren und Dienstleistungen in den jeweiligen Wirtschaftsstufen wider. Güterbereiche mit hohen Umsätzen bzw. Ausgaben gehen mit einem entsprechend hohen Gewicht in den Gesamtindex ein. Das Wägungsschema wird in der Regel nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung darstellen zu können, unbeeinflusst von Änderungen in der Zusammensetzung der Grundgesamtheit.

■ Außenhandelspreisindizes

Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Die Außenhandelspreise werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Import- und Exportunternehmen erhoben. In einigen Fällen werden auch internationale Börsennotierungen herangezogen. Zu den mit dem Ausland gehandelten Waren zählen u. a. Getreide, Rohkaffee, Erdöl, Erdgas, Erze, Fahrzeug- und Maschinenbauerzeugnisse. Beobachtet werden tatsächlich gezahlte Preise „frei deutsche Grenze“. Nicht enthalten in den Preisen sind öffentliche Abgaben wie Zölle und Einfuhrumsatzsteuer bei der Einfuhr oder Umsatzsteuer und Exporthilfen bei der Ausfuhr. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen in Euro umgerechnet. Die Indizes der Außenhandelspreise werden für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren sowie für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet und veröffentlicht. Die Waren werden gegliedert nach ausgewählten Positionen des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) sowie nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4). Räumlich erfolgt eine Gliederung nach dem Handel mit Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern.

■ Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps oder Rinder. Obwohl es sich um einen Erzeugerpreisindex handelt, werden die Preise überwiegend nicht bei den Erzeugerinnen und Erzeugern erhoben, da diese ihre Produkte aufgrund saisonaler Schwankungen nur sehr unregelmäßig verkaufen. Die Preise werden monatlich hauptsächlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland erfragt, die pflanzliche und tierische Erzeugnisse regelmäßig von den landwirtschaftlichen Betrieben kaufen, vermarkten oder hierüber Statistiken führen. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich gezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 35 landwirtschaftliche Erzeugnisse dargestellt, gegliedert nach pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

■ Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten)

Der Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten) misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Die Landesforstverwaltungen sind bedeutende Marktteilnehmer am Rohholzmarkt. Daher ist die Preisentwicklung des Rohholzes aus den Staatsforsten ein wichtiger Indikator für die Preisentwicklung am Rohholzmarkt insgesamt. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich gezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 20 Holzprodukte dargestellt, gegliedert nach Stammholz und Stammholzabschnitte, nach Industrieholz sowie nach Brennholz. Seit Januar 2010 wird zudem aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags der Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung berechnet. Dieser misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können.

■ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)

Der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe, Nahrungsmittel und Kraftwagen. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserversorgung sowie zum Bergbau. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Erzeuger gewerblicher Produkte dem Statistischen Bundesamt monatlich die mit ihren Abnehmern vertraglich vereinbarten Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), aber einschließlich Verbrauchsteuern und anderer gesetzlicher Abgaben, z. B. Umlagen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Die Ergebnisse des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für 1 260 Güterarten des Güterverzeichnisses der Produktionsstatistiken (GP 2009) dargestellt.

■ Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Berichtsfirmen dem Statistischen Bundesamt quartalsweise die Nettopreise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer einschließlich Ökosteuer, Tabaksteuer) und anderen gesetzlichen Abgaben (z. B. Luftverkehrsabgabe). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 25 Dienstleistungsbereiche der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) dargestellt. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

■ Großhandelsverkaufspreisindex

Der Großhandelsverkaufspreisindex misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind. Zu den abgesetzten Waren zählen z. B. Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut. Die Waren können sowohl im Inland produziert als auch nach Deutschland importiert worden sein. Direkte Verkäufe an den Endabnehmer bzw. ins Ausland werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Großhandelsunternehmen dem Statistischen Bundesamt monatlich die tatsächlich erzielten Preise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern wie der Tabaksteuer und anderer gesetzlicher Abgaben. Die Ergebnisse des Großhandelsverkaufspreisindex werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 64 Wirtschaftszweige der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) veröffentlicht.

■ Baupreisindizes

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden. In ihnen schlagen sich neben Veränderungen bei den Faktorkosten auch Veränderungen der Produktivität, der Gewinnmargen der Bauunternehmen sowie Änderungen bei der Umsatzsteuer nieder. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind dagegen nicht Bestandteil eines Baupreisindex. Erhoben werden die Preise vierteljährlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die als Auftragnehmer regelmäßige Bauleistungen erbringen für den Neubau von Wohn-, Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden, von Straßen, Brücken und Ortskanälen sowie für die Instandhaltung von Wohngebäuden. In der Regel sind dies Unternehmen des Baugewerbes. Es können jedoch auch Unternehmen anderer Wirtschaftszweige sein. Die Berichtsfirmen melden vierteljährlich vertraglich vereinbarte Preise für die Ausführung von Bauleistungen (keine Angebotspreise). Baupreisindizes werden von derzeit 177 repräsentativ ausgewählten Bauleistungen berechnet.

■ Baukostenindex für Wohngebäude

Der Baukostenindex für Wohngebäude misst die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren, insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte. Dieser Index wird daher häufig auch als Faktor- oder Inputpreisindex bezeichnet. Die Berechnung des Baukostenindex erfolgt auf der Grundlage bereits vorhandener, vorwiegend amtlicher Datenquellen und Informationen. Zur Abdeckung der Preisentwicklung für Baumaterialien sowie für die darüber hinaus berücksichtigten Kostenfaktoren Ausrüstungen, Energie, Betriebsstoffe und Bauhilfsstoffe werden die Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte herangezogen. Die Zeitreihen der Erzeugerpreisstatistik gelten dabei als Einkaufspreisindizes für die Bauunternehmen. In die Berechnung der Baukostenindizes fließen die Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ein. Für die Abdeckung der Arbeitskosten wird auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Arbeitskostenindex zurückgegriffen – speziell auf die Zeitreihen für den gesondert berechneten Wirtschaftszweig des Baugewerbes. Der Arbeitskostenindex enthält sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten. Neben dem Baukostenindex insgesamt werden auch die Indizes für die Materialkosten und die Arbeitskosten veröffentlicht.

■ Häuserpreisindex

Der Häuserpreisindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien. Zur Berechnung des Häuserpreisindex werden vierteljährlich von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte die in den Kaufverträgen angegebenen Preise (Transaktionspreise, keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer erhoben. Neben dem Häuserpreisindex insgesamt werden auch Preisindizes für neu erstellte sowie für bestehende Wohnimmobilien veröffentlicht.

■ Kaufwerte für Bauland

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe bzw. Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland vorgesehen sind (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland). Der Großteil der Verkäufe und Käufe bezieht sich hierbei auf baureifes Land. Ergebnisse werden nicht in Form von Preisindizes ausgewiesen, sondern als absolute Werte (in Euro pro m² Boden). Die ausgewiesenen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die den Durchschnittswerten jeweils zugrundeliegenden Grundstücke in ihrer Struktur ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein können.

Die Kaufwerte für Bauland werden vierteljährlich ermittelt, vor allem aus Meldungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, in wenigen Bundesländern aber auch aus Meldungen der Finanzämter. Veröffentlicht werden die Anzahl der Käufe bzw. Verkäufe, die Summe der Fläche sowie die Durchschnittspreise je m² („Kaufwert“) für die Baulandarten, für Gemeindegrößenklassen und Baugebiete.

■ Verbraucherpreisindizes

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Nach dem Inlandskonzept werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, d.h. neben den Ausgaben von beispielsweise Single-Haushalten, Ehepaaren, Familien oder Rentnerhepaaren auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat bzw. zum Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet. Für die Messung der Preisentwicklung der einzelnen Güter des Warenkorb notieren Preiserheberinnen und Preiserheber in ganz Deutschland monatlich die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchsteuern beobachtet. Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für rund 600 Positionen auf der Grundlage der „Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ in der für den Verbraucherpreisindex geltenden Fassung (SEA-VPI) sowie für unterschiedliche Zusammenfassungen dargestellt.

■ Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) berechnet das Statistische Bundesamt für europäische Zwecke den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser misst die Preisentwicklung in Deutschland nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren. Der HVPI für Deutschland wird aus der gleichen Datenbasis abgeleitet wie der VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich derzeit im Wesentlichen darin, dass der deutsche VPI zusätzlich Wohneigentum einbezieht, das die Eigentümerin bzw. der Eigentümer selbst nutzt. Außerdem berücksichtigt der deutsche HVPI im Gegensatz zum VPI keine Glücksspiele. Seit Januar 2012 werden die Gewichte des HVPI unter Verwendung von vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Vorvorjahr (t-2) jährlich neu berechnet, wobei eine Korrektur von Verganzenheitswerten nicht vorgesehen ist.

■ Berechnung von räumlichen Preisindizes

Für einen Preisvergleich müssen die Preise von gleichen oder vergleichbaren Gütern gegenüber gestellt werden. Beim zeitlichen Preisvergleich ist dies dadurch gewährleistet, dass immer die gleichen Güter in denselben Berichtsstellen beobachtet werden. Beim räumlichen Preisvergleich werden hingegen die Preisunterschiede gemessen, die zu einem Zeitpunkt in unterschiedlichen Berichtsstellen bestehen. Um hier einen reinen Preisvergleich zu ermöglichen, der nicht durch Unterschiede in der Güterauswahl und der Güterqualität beeinflusst ist, müssen die Güter sehr eng definiert werden. In allen Berichtsstellen müssen Güter ausgewählt werden, die der Definition entsprechen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die ausgewählten Güter in möglichst allen betrachteten Regionen repräsentativ sind, d. h. in allen betrachteten Regionen eine hohe Verbrauchsbedeutung haben.

Beim räumlichen Preisvergleich können sich die Berichtsstellen in unterschiedlichen Ländern befinden (internationaler Preisvergleich) oder in verschiedenen Regionen eines Landes (regionaler Preisvergleich). Für den internationalen Preisvergleich werden jährlich Preismessungen in Berlin durchgeführt, die in die Berechnung von

internationalen Kaufkraftparitäten und Preisniveauindizes durch das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) eingehen. Weitere Informationen zu den Preisniveauindizes finden Sie im Kapitel „Internationales“.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Baukostenindex für Wohngebäude | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren und sonstigen Kostenfaktoren, insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstungen, Energie sowie Transporte.

Baupreisindizes | Diese messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Ingenieurbaus sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

Deflationierung | Bereinigung von nominalen wirtschaftlichen Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zur Berechnung realer Wachstumsraten.

Ein- und Ausfuhrpreisindizes | Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Im Einfuhrpreisindex sind dies z. B. Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Rohstoffe und Getreide, im Ausfuhrpreisindex z. B. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Erzeugerpreisindizes | Sie messen die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten) | Dieser misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Dazu zählen Stammholz und Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kundinnen und Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

Erzeugerpreisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung | Dieser Index misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können. Er wird aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags berechnet und im Rahmen des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags als Sondergliederung veröffentlicht.

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau.

Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte | Dieser Index misst die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps oder Rinder.

Gebrauchsgüter | Dies sind Waren, die eine gewisse Zeit genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden, z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel. Im Verbraucherpreisindex unterscheidet man zwischen Gebrauchsgütern mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidungsartikel und Schuhe, und langlebigen Gebrauchsgütern, wie Schränke und Fernsehgeräte.

Großhandelsverkaufspreisindex | Er misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind, z. B. für Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut.

Häuserpreisindex | Dieser misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien.

Inflation | In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise allgemein und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von „Inflation“. Ist dies der Fall, kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor. Gemessen am Verbraucherpreisindex bedeutet „Inflationsrate“ dessen prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – also Vorjahresmonat oder Vorjahr.

Investitionsgüter | So bezeichnet man Erzeugnisse, die vor allem für Unternehmen hergestellt werden und dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden können, z. B. Produktionsmaschinen, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse, Schienen- und Kraftfahrzeuge.

Kaufwerte für Bauland | Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe beziehungsweise Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland) vorgesehen sind.

Konsumgüter | Das sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel und von Dienstleistern) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden. Zum Beispiel Haushaltsgeräte, Möbel sowie Unterhaltungselektronik, aber auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und pharmazeutische Erzeugnisse. Zu den Konsumgütern gehören auch Dienstleistungen, die private Haushalte erwerben, z. B. Handwerkerleistungen, Versicherungen und Gesundheitsleistungen.

Preisindizes | Die Preisstatistik veröffentlicht Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Indizes messen relative Unterschiede. Sie normieren Zahlen, indem ein Bezugswert auf 100 gesetzt wird. Zeitliche Preisindizes zeigen, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Liegt beispielsweise der Verbraucherpreisindex in einem Monat bei 120, sind die Preise in diesem Monat 20% höher als im Durchschnitt des Basisjahres. Räumliche Preisindizes geben die Relation des Preisniveaus einer Region zu einer Vergleichsregion an.

Primärenergieträger | Das sind weitgehend unverarbeitete Energieträger, wie Erdöl oder Erdgas.

Sekundärenergieträger | Das sind weiterverarbeitete Energieträger, wie Strom oder Kraftstoffe.

Verbraucherpreisindex | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Miete, Strom, Kraftstoffe und Friseurleistungen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat oder dem Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Verbrauchsgüter | Dazu zählen Waren, die im Zuge ihrer Nutzung verbraucht werden, z. B. Nahrungsmittel oder Putzmittel.

Vorleistungsgüter | Das sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel Metalle, Holz, chemische Grundstoffe, Gummi- und Kunststoffwaren, Papier und Karton sowie elektronische Bauelemente.

Wertsicherungsklauseln/Preisgleitklauseln | Von diesen Klauseln spricht man, wenn Zahlungen in privaten oder gewerblichen Verträgen mittels Preisindizes an die Preisentwicklung angepasst werden. Dies soll sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Preise* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 61

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Energiepreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)
- Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland
- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr
- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

Fachbericht

- | Daten zur Energiepreisentwicklung (monatlich)

■ Einfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Ausfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags (Staatsforsten)

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/10 | Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung

■ Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)

Fachserie 17 Preise

- Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/14 | Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2010

Mehr zum Thema

■ **Erzeugerpreise für Dienstleistungen**

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- | | |
|------------|--|
| Heft 12/05 | Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen |
| Heft 9/12 | Der Markt für technische, physikalische und chemische Untersuchungen
im Spiegel der Preis- und Dienstleistungsstatistiken |
| Heft 4/13 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen |

■ **Großhandelsverkaufspreise**

Fachserie 17 Preise

- | | |
|---------|-------------------------------------|
| Reihe 6 | Index der Großhandelsverkaufspreise |
|---------|-------------------------------------|

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- | | |
|-----------|--|
| Heft 8/14 | Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 2010 |
|-----------|--|

■ **Bau- und Immobilienpreise**

Fachserie 17 Preise

- | | |
|---------|------------------------------------|
| Reihe 4 | Preisindizes für die Bauwirtschaft |
| Reihe 5 | Kaufwerte für Bauland |

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- | | |
|------------|--|
| Heft 10/12 | Preisindizes für Wohnimmobilien |
| Heft 11/13 | Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2010 |

■ **Verbraucherpreise**

Fachserie 17 Preise

- | | |
|---------|---|
| Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland |
|---------|---|

Tabellenbände

- | | |
|--|--|
| | Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Jahresbericht (jährlich) |
| | Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Lange Reihen ab 1948 (monatlich) |
| | Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (monatlich) |

Fachberichte

- | | |
|--|---|
| | Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex (2013) |
|--|---|

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- | | |
|------------|---|
| Heft 12/12 | Berechnung eines regelbedarfsrelevanten Verbraucherpreisindex für die Fortschreibung der
Regelbedarfsstufen nach SGB XII |
| Heft 5/13 | Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2010 |
| Heft 11/14 | Sind ärmere Haushalte stärker von Inflation betroffen? |
| Heft 3/15 | Harmonisierter Verbraucherpreisindex: Jährliche Aktualisierung der Gewichtung |
| Heft 5/16 | Weiterentwicklung der Stichprobe in der Verbraucherpreisstatistik |
| Heft 5/16 | Die neue Mietenstichprobe in der Verbraucherpreisstatistik |

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachserie 17 Preise

Reihe 9.2 | Preise und Preisindizes für Verkehr

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/14	Internationale Preisvergleiche für den Kaufkraftausgleich der Auslandsbesoldung
Heft 2/14	Small-Area-Verfahren zur Schätzung regionaler Mietpreise
Heft 4/14	Automatisierte Preiserhebung im Internet
Heft 1/15	Ist ökologischer Konsum teurer?
Heft 2/17	Preisentwicklung 2016

STATmagazin

Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)
Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)

IM FOKUS

30.6.2017	Urlaub in der EU: Dänemark besonders teuer, Bulgarien am günstigsten
28.6.2017	Preisschwankungen bei Energie





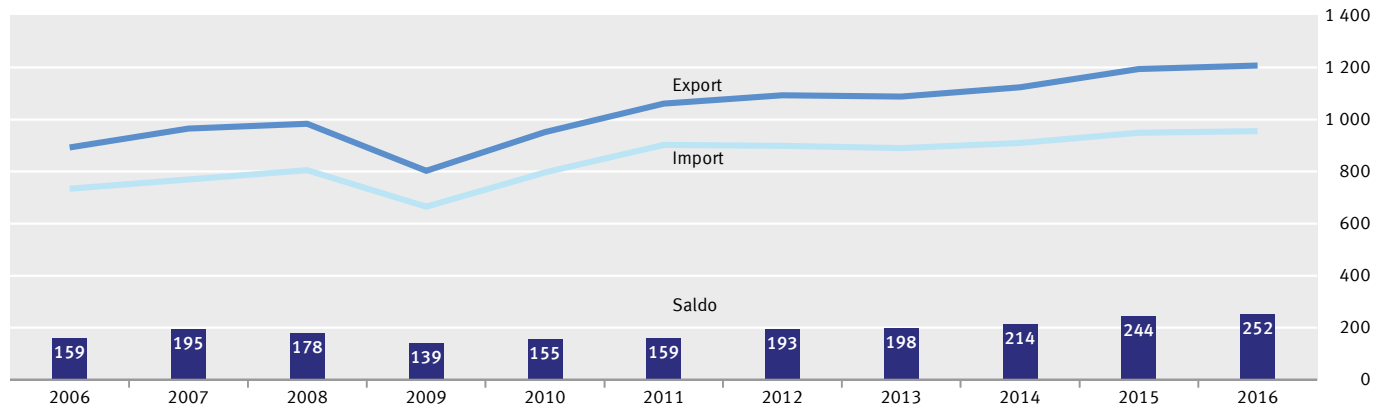
16 Außenhandel

Deutsche Wirtschaft in hohem Maße **exportorientiert** | **Ausfuhren** erreichten 1 207 Milliarden Euro im Jahr 2016 | **Wichtigste Empfängerländer** deutscher Waren sind die **Vereinigten Staaten**, Frankreich und das Vereinigte Königreich | **Wichtigste Exportgüter** sind **Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile**, gefolgt von Maschinen | **Importe** betragen 955 Milliarden Euro | **Außenbilanzsaldo** erreichte **Rekordüberschuss** von 252 Milliarden Euro

Seite	
421	Auf einen Blick
	Tabellen
422	Gesamtentwicklung Ex- und Import Ex- und Import je Einwohner/-in
423	Handelspartner Ex- und Import nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel
426	Handelswaren Ex- und Import nach Güterabteilungen, industriellen Hauptgruppen und Warengruppen
429	Ex- und Import nach Bundesländern Export Import
430	Handelskennzahlen Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote Außenhandelsbilanz Deutscher Export-Performance-Index Terms of Trade
431	Unternehmensstruktur Außenhandel nach Unternehmensgrößen Unternehmen nach Beschäftigten Anteil der Wirtschaftszweige am Ex- und Import
433	Methodik
434	Glossar
435	Mehr zum Thema

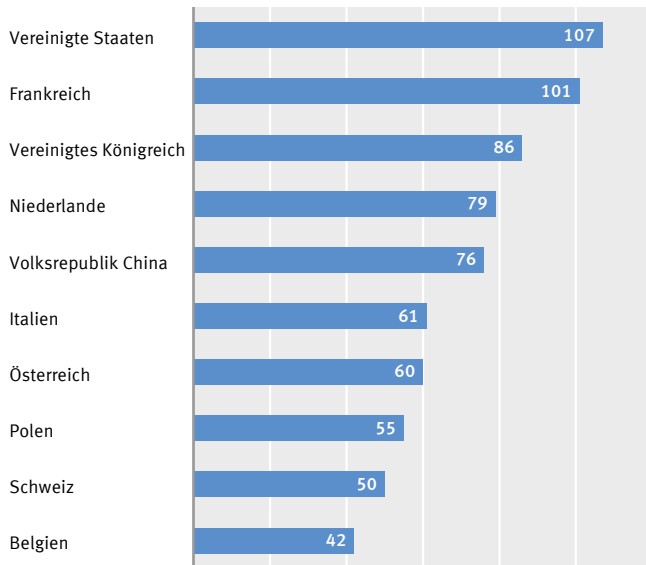
16.0 Auf einen Blick

Entwicklung des Außenhandels
in Mrd. EUR

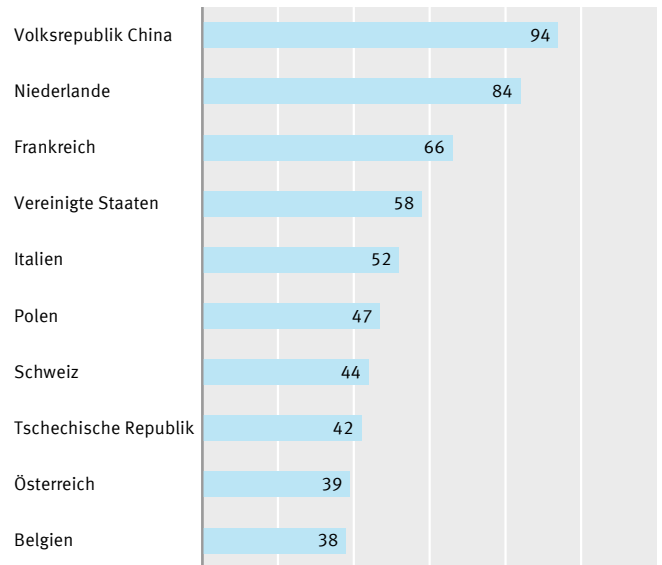


Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands 2016
in Mrd. EUR

Export



Import



2017 - 01 - 0291

16.1 Gesamtentwicklung

16.1.1 Export und Import

	Tatsächliche Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Export	Import	Außenhandels- bilanz	Export	Import	Außenhandels- bilanz
	Mill. EUR			%		
2000	597 440	538 311	59 128	17,1	21,0	- 9,3
2001	638 268	542 774	95 495	6,8	0,8	61,5
2002	651 320	518 532	132 788	2,0	- 4,5	39,1
2003	664 455	534 534	129 921	2,0	3,1	- 2,2
2004	731 544	575 448	156 096	10,1	7,7	20,1
2005	786 266	628 087	158 179	7,5	9,1	1,3
2006	893 042	733 994	159 048	13,6	16,9	0,5
2007	965 236	769 887	195 348	8,1	4,9	22,8
2008	984 140	805 842	178 297	2,0	4,7	- 8,7
2009	803 312	664 615	138 697	- 18,4	- 17,5	- 22,2
2010	951 959	797 097	154 863	18,5	19,9	11,7
2011	1 061 225	902 523	158 702	11,5	13,2	2,5
2012	1 092 627	899 405	193 222	3,0	- 0,3	21,8
2013	1 088 025	890 393	197 632	- 0,4	- 1,0	2,3
2014	1 123 746	910 145	213 601	3,3	2,2	8,1
2015	1 193 555	949 245	244 310	6,2	4,3	14,4
2016	1 207 019	954 642	252 377	1,1	0,6	3,3

Die Außenhandelsbilanz ist die Differenz zwischen Exporten und Importen.

16.1.2 Export und Import je Einwohner/-in

	Je Einwohner/-in		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Export	Import	Export	Import
	EUR		%	
2000	7 263	6 600	17,0	20,2
2001	7 742	6 628	6,6	0,4
2002	7 891	6 327	1,9	- 4,5
2003	8 051	6 517	2,0	3,0
2004	8 867	7 027	10,1	7,8
2005	9 538	7 660	7,6	9,0
2006	10 849	8 960	13,7	17,0
2007	11 740	9 407	8,2	5,0
2008	12 001	9 880	2,2	5,0
2009	9 820	8 159	- 18,2	- 17,4
2010	11 645	9 803	18,6	20,2
2011	13 211	11 304	13,5	15,3
2012	13 569	11 226	2,7	- 0,7
2013	13 471	11 093	- 0,7	- 1,2
2014	13 840	11 276	2,7	1,6
2015	14 524	11 618	4,9	3,0
2016	14 688	11 682	1,1	0,6

16.2 Handelspartner

16.2.1 Export nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	1 092 627	1 088 025	1 123 746	1 193 555	1 207 019	3,0	- 0,4	3,3	6,2	1,1
Europa	747 917	743 053	761 898	803 405	821 223	- 0,6	- 0,7	2,5	5,4	2,2
EU-Länder	619 535	618 383	648 446	692 493	707 692	- 1,7	- 0,2	4,9	6,8	2,2
davon:										
Eurozone	409 356	405 220	413 753	434 075	442 512	- 3,5	- 1,0	2,1	4,9	1,9
Belgien	43 799	42 438	42 005	40 901	41 751	- 6,8	- 3,1	- 1,0	- 2,6	2,1
Estland	1 582	1 687	1 718	1 589	1 643	1,9	6,6	1,9	- 7,5	3,4
Finnland	8 034	8 166	8 768	8 980	9 170	- 4,9	1,6	7,4	2,4	2,1
Frankreich	102 439	99 250	100 580	102 762	101 399	1,0	- 3,1	1,3	2,2	- 1,3
Griechenland	4 738	4 728	4 854	4 667	4 976	- 6,6	- 0,2	2,7	- 3,9	6,6
Irland	4 658	5 461	5 210	5 857	5 827	4,2	17,2	- 4,6	12,4	- 0,5
Italien	55 504	53 212	54 240	57 987	61 427	- 10,5	- 4,1	1,9	6,9	5,9
Lettland	1 433	1 426	1 515	1 619	1 663	8,4	- 0,5	6,3	6,9	2,7
Litauen	2 374	2 472	2 565	2 765	3 015	7,5	4,2	3,7	7,8	9,0
Luxemburg	5 578	5 517	5 340	5 295	5 349	- 9,8	- 1,1	- 3,2	- 0,8	1,0
Malta	323	359	578	667	596	0,0	11,0	61,1	15,4	- 10,6
Niederlande	70 280	70 975	72 736	79 191	79 102	1,2	1,0	2,5	8,9	- 0,1
Österreich	56 551	56 217	55 807	58 217	59 788	- 1,9	- 0,6	- 0,7	4,3	2,7
Portugal	6 154	6 364	7 094	7 532	7 967	- 12,4	3,4	11,5	6,2	5,8
Slowakei	10 340	10 637	11 251	12 222	12 759	- 0,4	2,9	5,8	8,6	4,4
Slowenien	3 851	4 096	4 101	4 553	4 774	- 2,6	6,4	0,1	11,0	4,9
Spanien	31 047	31 349	34 820	38 715	40 634	- 10,8	1,0	11,1	11,2	5,0
Zypern	669	865	572	555	671	- 9,8	29,3	- 33,9	- 3,0	21,0
Nicht-Eurozone	210 179	213 163	234 693	258 417	265 180	2,1	1,4	10,1	10,1	2,6
Bulgarien	2 688	2 646	3 283	3 452	3 477	13,4	- 1,5	24,0	5,2	0,7
Dänemark	14 875	15 827	16 783	17 588	18 209	0,7	6,4	6,0	4,8	3,5
Kroatien	2 200	2 042	2 248	2 634	2 952	- 2,4	- 7,2	10,1	17,2	12,1
Polen	41 823	42 473	47 692	52 163	54 798	- 3,9	1,6	12,3	9,4	5,1
Rumänien	9 160	9 637	10 759	12 221	13 571	4,1	5,2	11,7	13,6	11,0
Schweden	21 092	20 700	21 464	23 040	25 057	- 4,3	- 1,9	3,7	7,3	8,8
Tschech. Republik	31 287	31 054	33 469	36 480	38 281	1,5	- 0,7	7,8	9,0	4,9
Ungarn	16 207	17 504	19 832	21 822	22 764	2,7	8,0	13,3	10,0	4,3
Vereinigtes Königreich	70 847	71 280	79 163	89 018	86 071	8,0	0,6	11,1	12,4	- 3,3
Europa ohne EU	128 382	124 670	113 452	110 913	113 531	5,0	- 2,9	- 9,0	- 2,2	2,4
dar.: Norwegen	8 516	8 202	8 465	8 084	8 705	8,4	- 3,7	3,2	- 4,5	7,7
Russische Föderation	38 103	35 802	29 223	21 647	21 583	10,6	- 6,0	- 18,4	- 25,9	- 0,3
Schweiz	48 933	46 924	46 202	49 070	50 353	2,2	- 4,1	- 1,5	6,2	2,6
Türkei	20 100	21 372	19 246	22 284	21 947	- 0,1	6,3	- 9,9	15,8	- 1,5
Afrika	21 936	21 817	22 521	23 917	24 519	5,8	- 0,5	3,2	6,2	2,5
dar. Südafrika	8 813	8 528	8 299	9 626	8 810	1,7	- 3,2	- 2,7	16,0	- 8,5
Amerika	128 703	130 427	135 293	156 982	147 707	16,6	1,3	3,7	16,0	- 5,9
dar. NAFTA-Länder	104 751	107 116	113 618	134 678	127 467	18,1	2,3	6,1	18,5	- 5,4
dar. Vereinigte Staaten	86 971	89 348	95 928	113 733	106 919	17,9	2,7	7,4	18,6	- 6,0
Brasilien	11 727	11 287	10 384	9 865	8 548	5,1	- 3,8	- 8,0	- 5,0	- 13,4
Asien	179 630	179 038	190 973	196 297	200 459	7,2	- 0,3	6,7	2,8	2,1
dar.: ASEAN-Länder	22 746	22 005	22 372	22 990	23 391	16,2	- 3,3	1,7	2,8	1,7
China	66 746	66 912	74 369	71 284	76 109	2,9	0,2	11,1	- 4,1	6,8
Japan	17 138	17 076	16 910	16 968	18 354	13,4	- 0,4	- 1,0	0,3	8,2
Indien	10 421	9 146	8 894	9 734	9 802	- 4,0	- 12,2	- 2,8	9,4	0,7
Australien und Ozeanien	10 727	9 946	9 566	10 221	10 381	13,2	- 7,3	- 3,8	6,9	1,6
dar. Australien	9 362	8 585	7 796	8 422	9 001	12,2	- 8,3	- 9,2	8,0	6,9

16.2 Handelspartner

16.2.2 Import nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2012	2013	2014	2015	2016	2012	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	899 405	890 393	910 145	949 245	954 642	- 0,3	- 1,0	2,2	4,3	0,6
Europa	622 784	625 934	642 738	653 782	658 486	0,0	0,5	2,7	1,7	0,7
EU-Länder	502 579	509 738	527 117	543 334	552 431	- 0,7	1,4	3,4	3,1	1,7
davon:										
Eurozone	340 314	343 487	350 550	356 643	359 742	- 0,1	0,9	2,1	1,7	0,9
Belgien	37 671	38 978	39 507	36 864	37 892	- 1,7	3,5	1,4	- 6,7	2,8
Estland	491	499	529	565	622	- 8,0	1,7	5,9	6,8	10,1
Finnland	6 175	6 057	7 279	8 786	8 077	- 6,1	- 1,9	20,2	20,7	- 8,1
Frankreich	63 637	63 489	66 714	66 819	65 778	- 3,5	- 0,2	5,1	0,2	- 1,6
Griechenland	1 814	1 786	1 746	1 841	1 878	- 6,6	- 1,5	- 2,2	5,4	2,0
Irland	10 093	8 781	8 870	10 825	11 957	- 18,2	- 13,0	1,0	22,0	10,5
Italien	47 946	46 911	48 522	49 038	51 774	0,2	- 2,2	3,4	1,1	5,6
Lettland	679	636	642	646	723	3,3	- 6,3	1,0	0,5	12,0
Litauen	1 772	1 742	1 600	1 674	1 702	4,6	- 1,7	- 8,2	4,6	1,7
Luxemburg	2 736	2 987	3 041	3 252	3 192	- 8,0	9,2	1,8	6,9	- 1,8
Malta	331	483	330	318	386	- 20,8	45,9	- 31,8	- 3,5	21,5
Niederlande	85 765	88 698	87 796	87 889	83 590	4,8	3,4	- 1,0	0,1	- 4,9
Österreich	36 393	36 734	36 218	37 250	38 558	- 1,7	0,9	- 1,4	2,9	3,5
Portugal	4 875	5 107	5 206	5 525	5 728	3,6	4,8	1,9	6,1	3,7
Slowakei	12 015	12 253	12 834	13 616	14 398	12,0	2,0	4,7	6,1	5,7
Slowenien	4 582	4 589	4 820	5 184	5 571	3,3	0,1	5,0	7,5	7,5
Spanien	23 206	23 639	24 804	26 442	27 771	3,2	1,9	4,9	6,6	5,0
Zypern	132	117	93	109	143	- 44,0	- 11,4	- 20,9	17,2	31,7
Nicht-Eurozone	162 264	166 251	176 567	186 691	192 690	- 2,0	2,5	6,2	5,7	3,2
Bulgarien	2 227	2 727	2 589	2 905	3 184	6,7	22,5	- 5,0	12,2	9,6
Dänemark	11 313	11 559	11 832	11 792	11 643	- 7,1	2,2	2,4	- 0,3	- 1,3
Kroatien	876	906	978	1 201	1 407	3,4	3,5	7,9	22,9	17,1
Polen	33 027	36 013	39 648	44 708	46 522	2,2	9,0	10,1	12,8	4,1
Rumänien	8 619	9 171	10 217	10 733	12 494	3,1	6,4	11,4	5,1	16,4
Schweden	13 774	13 908	14 026	13 967	14 401	- 2,4	1,0	0,9	- 0,4	3,1
Tschech. Republik	32 493	33 010	36 760	39 193	42 404	- 0,6	1,6	11,4	6,6	8,2
Ungarn	18 467	19 491	21 972	23 777	24 987	1,4	5,5	12,7	8,2	5,1
Vereinigtes Königreich	41 469	39 466	38 545	38 414	35 647	- 7,3	- 4,8	- 2,3	- 0,3	- 7,2
Europa ohne EU	120 205	116 196	115 621	110 448	106 055	3,0	- 3,3	- 0,5	- 4,5	- 4,0
dar.: Norwegen	21 668	18 069	17 781	16 227	12 488	5,0	- 16,6	- 1,6	- 8,7	- 23,0
Russische Föderation	42 765	41 234	38 322	30 086	26 446	4,6	- 3,6	- 7,1	- 21,5	- 12,1
Schweiz	37 775	38 321	39 392	42 089	43 910	2,1	1,4	2,8	6,8	4,3
Türkei	12 071	12 298	13 389	14 532	15 347	2,4	1,9	8,9	8,5	5,6
Afrika	24 145	23 108	20 242	18 307	16 632	10,0	- 4,3	- 12,4	- 9,6	- 9,2
dar. Südafrika	5 106	4 767	4 901	5 902	6 199	- 17,9	- 6,6	2,8	20,4	5,0
Amerika	80 549	75 023	74 191	85 582	83 236	0,0	- 6,9	- 1,1	15,4	- 2,7
dar. NAFTA-Länder	59 851	56 931	56 648	68 658	67 069	2,9	- 4,9	- 0,5	21,2	- 2,3
dar. Vereinigte Staaten	51 070	48 582	49 207	60 217	57 823	5,2	- 4,9	1,3	22,4	- 4,0
Brasilien	10 615	8 885	9 067	8 418	7 841	- 5,7	- 16,3	2,0	- 7,2	- 6,9
Asien	167 873	162 960	170 050	188 621	193 292	- 3,0	- 2,9	4,4	10,9	2,5
dar.: ASEAN-Länder	26 789	27 186	29 299	34 447	35 469	2,9	1,5	7,8	17,6	3,0
China	78 529	74 544	79 828	91 930	93 757	- 1,3	- 5,1	7,1	15,2	2,0
Japan	21 910	19 492	19 007	20 180	21 952	- 7,1	- 11,0	- 2,5	6,2	8,8
Indien	7 022	6 968	7 087	7 584	7 616	- 6,8	- 0,8	1,7	7,0	0,4
Australien und Ozeanien	4 054	3 368	2 924	2 951	2 990	0,7	- 16,9	- 13,2	0,9	1,3
dar. Australien	3 025	2 527	2 035	2 048	2 146	1,9	- 16,5	- 19,5	0,6	4,8

16.2 Handelspartner

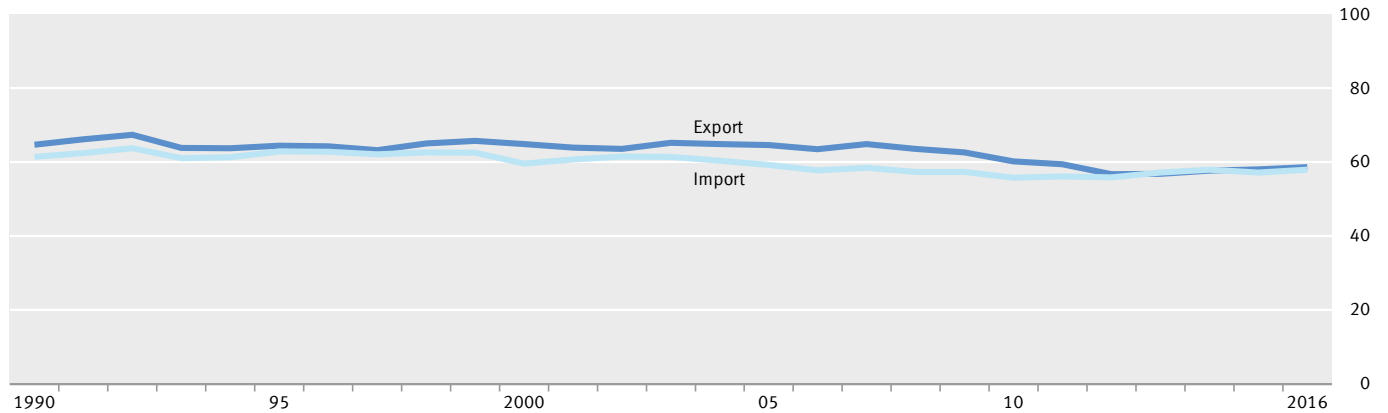
16.2.3 Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

	Export			Import		
	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone
	%					
2012	56,7	37,5	19,2	55,9	37,8	18,0
2013	56,8	37,2	19,6	57,2	38,6	18,7
2014	57,7	36,8	20,9	57,9	38,5	19,4
2015	58,0	36,4	21,7	57,2	37,6	19,7
2016	58,6	36,7	22,0	57,9	37,7	20,2

Als „Eurozone“ wird die Gruppe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung eingeführt hat. Die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung eingeführt haben, bilden die Ländergruppe „Nicht-Eurozone“.

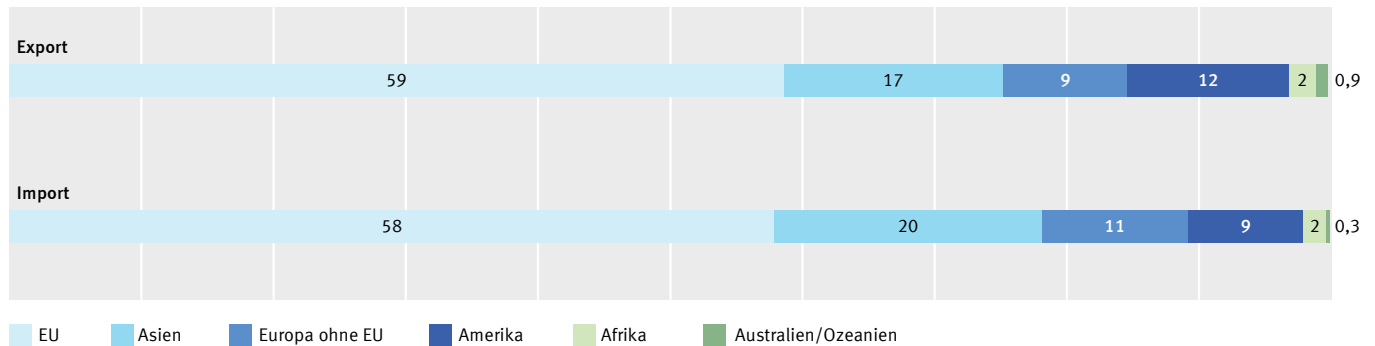
Anteil des EU-Handels am deutschen Außenhandel

in %



Außenhandel nach Ländergruppen 2016

in %



2017 - 01 - 0292

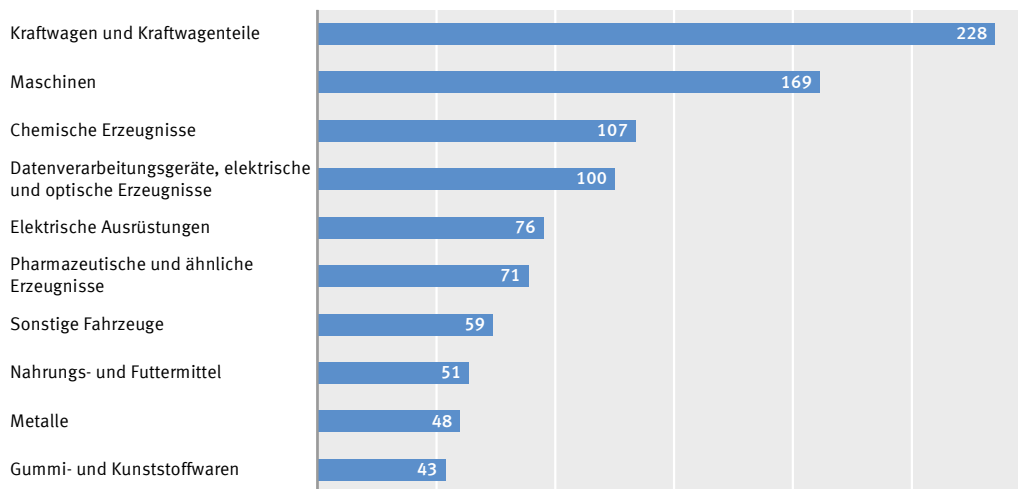
16.3 Handelswaren

16.3.1 Export nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export			
		2016		2015	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 207 019	100	1 193 555	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	9 605	0,8	10 109	0,8
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	386	0,0	393	0,0
03	Fische und Fischereierzeugnisse	324	0,0	283	0,0
05	Kohle	118	0,0	125	0,0
06	Erdöl und Erdgas	4 962	0,4	8 422	0,7
07	Erze	111	0,0	134	0,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 322	0,1	1 330	0,1
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	50 530	4,2	49 493	4,1
11	Getränke	5 453	0,5	5 240	0,4
12	Tabakerzeugnisse	3 992	0,3	3 853	0,3
13	Textilien	11 224	0,9	11 138	0,9
14	Bekleidung	15 364	1,3	15 147	1,3
15	Leder und Lederwaren	7 391	0,6	6 688	0,6
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	6 612	0,5	6 416	0,5
17	Papier, Pappe und Waren daraus	19 073	1,6	19 132	1,6
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	11 113	0,9	12 434	1,0
20	Chemische Erzeugnisse	106 664	8,8	108 211	9,1
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	70 776	5,9	69 943	5,9
22	Gummi- und Kunststoffwaren	42 863	3,6	41 837	3,5
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	14 610	1,2	14 262	1,2
24	Metalle	47 848	4,0	50 232	4,2
25	Metallerzeugnisse	40 834	3,4	40 879	3,4
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	99 949	8,3	97 618	8,2
27	Elektrische Ausrüstungen	75 695	6,3	72 211	6,1
28	Maschinen	169 182	14,0	170 162	14,3
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	227 695	18,9	226 730	19,0
30	Sonstige Fahrzeuge	59 468	4,9	58 239	4,9
31	Möbel	9 746	0,8	9 494	0,8
35	Energieversorgung	2 751	0,2	3 573	0,3
89	Sonstige Waren	91 362	7,6	79 825	6,7

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren des Exportes 2016 in Mrd. EUR



2017 - 01 - 0293

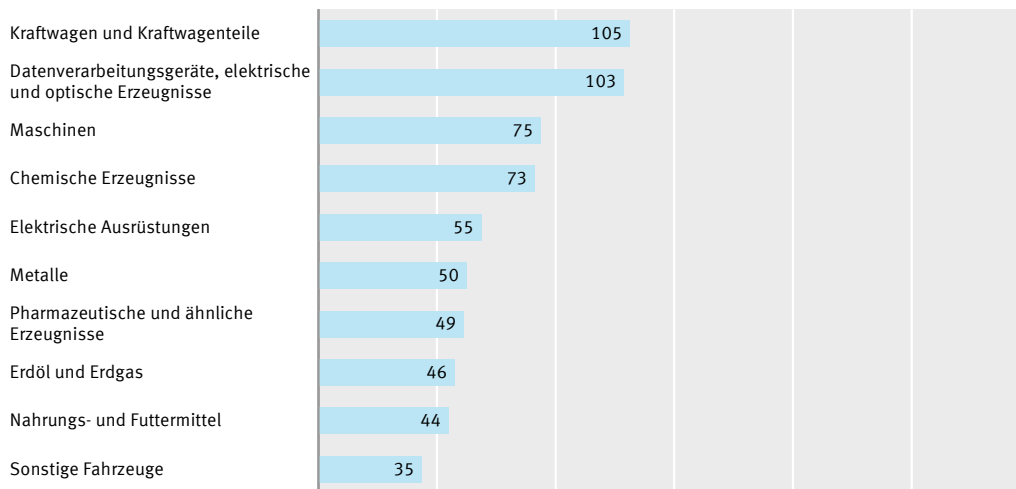
16.3 Handelswaren

16.3.2 Import nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Import			
		2016		2015	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	954 642	100	949 245	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	29 920	3,1	30 081	3,2
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	745	0,1	801	0,1
03	Fische und Fischereierzeugnisse	766	0,1	683	0,1
05	Kohle	3 429	0,4	3 903	0,4
06	Erdöl und Erdgas	46 265	4,8	61 129	6,4
07	Erze	5 373	0,6	6 195	0,7
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 436	0,2	1 467	0,2
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	43 564	4,6	43 364	4,6
11	Getränke	5 731	0,6	5 550	0,6
12	Tabakerzeugnisse	1 066	0,1	907	0,1
13	Textilien	10 642	1,1	10 753	1,1
14	Bekleidung	31 404	3,3	30 981	3,3
15	Leder und Lederwaren	13 293	1,4	12 984	1,4
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	6 184	0,6	6 112	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	14 552	1,5	15 042	1,6
19	Kokereierzeugnisse und Mineralerzeugnisse	17 028	1,8	20 395	2,1
20	Chemische Erzeugnisse	73 129	7,7	76 644	8,1
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	49 171	5,2	46 305	4,9
22	Gummi- und Kunststoffwaren	28 865	3,0	28 407	3,0
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	10 520	1,1	10 282	1,1
24	Metalle	49 770	5,2	53 121	5,6
25	Metallerzeugnisse	27 284	2,9	27 037	2,8
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	102 657	10,8	102 777	10,8
27	Elektrische Ausrüstungen	55 265	5,8	52 673	5,5
28	Maschinen	75 222	7,9	74 371	7,8
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	105 369	11,0	98 359	10,4
30	Sonstige Fahrzeuge	34 990	3,7	38 678	4,1
31	Möbel	12 125	1,3	11 808	1,2
35	Energieversorgung	1 001	0,1	1 510	0,2
89	Sonstige Waren	97 876	10,3	76 923	8,1

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren des Importes 2016
in Mrd. EUR



2017 - 01 - 0294

16.3 Handelswaren

16.3.3 Ex- und Import nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export				Import			
		2016		2015		2016		2015	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 207 019	100	1 193 555	100	954 642	100	949 245	100
11	Landwirtschaftsgüter	10 315	0,9	10 785	0,9	31 431	3,3	31 566	3,3
21	Vorleistungsgüter	353 114	29,3	352 482	29,5	277 299	29,0	282 389	29,7
22	Investitionsgüter	549 920	45,6	546 398	45,8	300 407	31,5	295 419	31,1
23	Gebrauchsgüter	35 456	2,9	34 185	2,9	41 842	4,4	41 608	4,4
24	Verbrauchsgüter	175 152	14,5	171 408	14,4	163 033	17,1	158 464	16,7
25	Energie	18 943	1,6	24 555	2,1	67 723	7,1	86 936	9,2
31	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	64 121	5,3	53 744	4,5	72 907	7,6	52 863	5,6

1 Gliederung nach den Main Industrial Groupings (MIGS).

16.3.4 Ex- und Import nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Export				Import			
		2016		2015		2016		2015	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 207 019	100	1 193 555	100	954 642	100	949 245	100
1 – 4	Ernährungswirtschaft	69 344	5,7	68 368	5,7	80 207	8,4	79 716	8,4
5 – 8	Gewerbliche Wirtschaft	1 099 231	91,1	1 097 037	91,9	815 219	85,4	831 591	87,6
7 + 8	Fertigwaren	1 035 958	85,8	1 025 861	86,0	691 665	72,5	683 848	72,0
1	Lebende Tiere	1 172	0,1	1 324	0,1	1 609	0,2	1 434	0,2
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	21 532	1,8	21 399	1,8	19 653	2,1	19 533	2,1
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	35 132	2,9	34 553	2,9	48 164	5,0	47 955	5,1
4	Genussmittel	11 507	1,0	11 092	0,9	10 782	1,1	10 794	1,1
5	Rohstoffe	11 428	0,9	15 196	1,3	61 838	6,5	78 181	8,2
6	Halbwaren	51 845	4,3	55 980	4,7	61 717	6,5	69 561	7,3
7	Vorzeugnisse	121 943	10,1	125 609	10,5	94 969	9,9	98 710	10,4
8	Enderzeugnisse	914 014	75,7	900 252	75,4	596 696	62,5	585 139	61,6
9	Andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	38 445	3,2	28 150	2,4	59 216	6,2	37 939	4,0

1 Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002 (EGW 2002).

16.4 Ex- und Import nach Bundesländern

16.4.1 Export

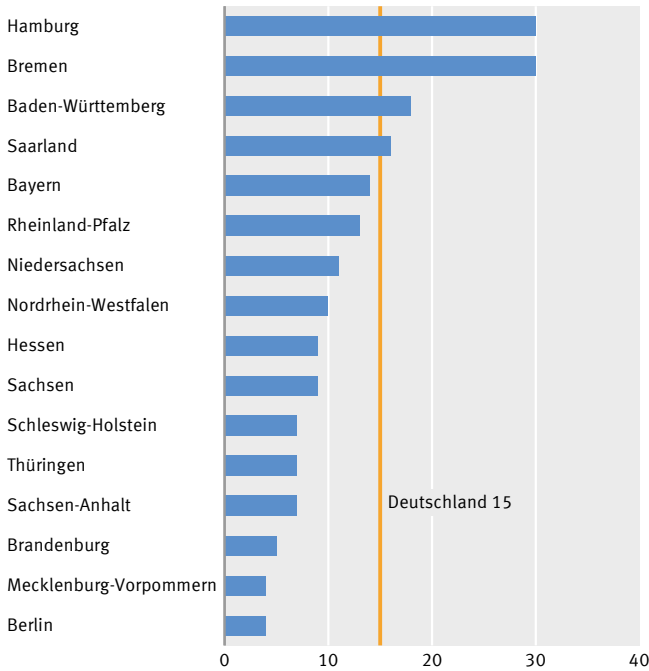
	2015		2016	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR			
Deutschland	1 193 555	1 207 019	100	1,1
Baden-Württemberg	195 988	191 711	15,9	-2,2
Bayern	178 427	182 832	15,1	2,5
Berlin	14 078	15 230	1,3	8,2
Brandenburg	14 156	13 176	1,1	-6,9
Bremen	17 771	19 903	1,6	12,0
Hamburg	54 417	54 012	4,5	-0,7
Hessen	60 007	58 569	4,9	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 954	7 203	0,6	-9,4
Niedersachsen	82 779	85 243	7,1	3,0
Nordrhein-Westfalen	180 930	180 000	14,9	-0,5
Rheinland-Pfalz	51 320	52 613	4,4	2,5
Saarland	15 280	15 467	1,3	1,2
Sachsen	38 350	36 779	3,0	-4,1
Sachsen-Anhalt	15 175	14 846	1,2	-2,2
Schleswig-Holstein	19 606	20 248	1,7	3,3
Thüringen	13 475	14 369	1,2	6,6
Waren ausländischen Ursprungs	231 755	242 751	20,1	4,7
Nicht ermittelte Bundesländer	2 089	2 066	0,2	-1,1

16.4.2 Import

	2015		2016	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR			
Deutschland	954 735	960 014	100	0,6
Baden-Württemberg	155 748	161 625	16,8	3,8
Bayern	161 523	165 998	17,3	2,8
Berlin	11 729	11 739	1,2	0,1
Brandenburg	16 529	15 449	1,6	-6,5
Bremen	13 623	13 260	1,4	-2,7
Hamburg	69 305	68 367	7,1	-1,4
Hessen	83 281	86 210	9,0	3,5
Mecklenburg-Vorpommern	5 411	5 353	0,6	-1,1
Niedersachsen	80 975	79 130	8,2	-2,3
Nordrhein-Westfalen	209 685	206 859	21,5	-1,3
Rheinland-Pfalz	34 212	34 528	3,6	0,9
Saarland	13 078	12 706	1,3	-2,8
Sachsen	22 115	21 836	2,3	-1,3
Sachsen-Anhalt	16 118	14 761	1,5	-8,4
Schleswig-Holstein	20 469	20 752	2,2	1,4
Thüringen	9 278	9 857	1,0	6,2
Für das Ausland bestimmte Waren	31 559	31 484	3,3	-0,2
Nicht ermittelte Bundesländer	96	99	0,0	3,2

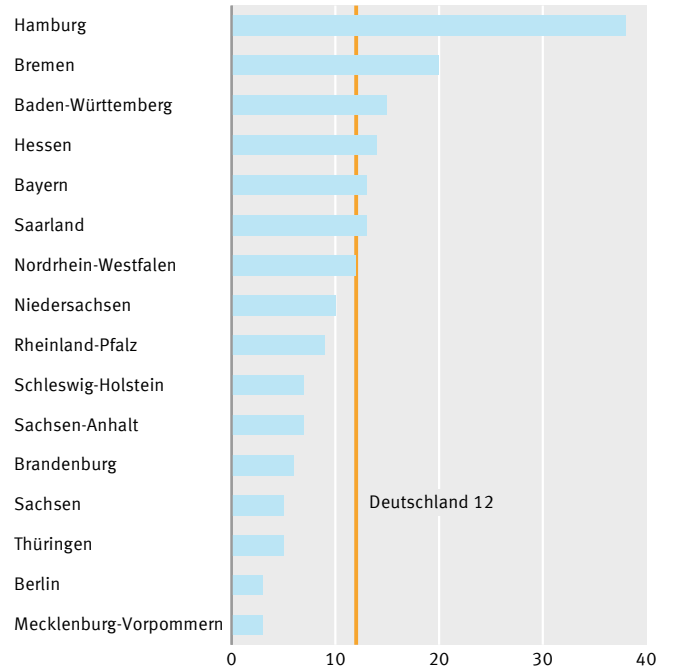
Export der Bundesländer 2016

pro Kopf, in 1 000 EUR



Import der Bundesländer 2016

pro Kopf, in 1 000 EUR



16.5 Handelskennzahlen

16.5.1 Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote

	Exportquote	Importquote	Importabhängigkeitsquote
	%		
2012	39,6	32,6	35,1
2013	38,5	31,5	33,9
2014	38,4	31,1	33,6
2015	39,4	31,3	34,0
2016	38,5	30,5	33,1

Export- und Importquote stellen das Verhältnis zwischen den Exporten/Importen und dem Bruttoinlandsprodukt dar (Exportquote = Export/BIP; Importquote = Import/BIP). Die **Importabhängigkeitsquote** bezieht die Importe auf die gesamte Inlandsnachfrage, d. h. auf das um den Außenhandelsaldo bereinigte Bruttoinlandsprodukt (Import/(BIP – Export – Import)).

16.5.2 Außenhandelsbilanz

	Außenhandelsbilanz	Normierte Außenhandelsbilanz	Außenbeitragsquote
	Mill. EUR	%	
2012	193 222	9,7	7,0
2013	197 632	10,0	7,0
2014	213 601	10,5	7,3
2015	244 310	11,4	8,1
2016	252 377	11,7	8,1

Die **normierte Außenhandelsbilanz** bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Export und Import) auf den gesamten Handel (Summe der Exporte und Importe). Die **Außenbeitragsquote** stellt das Verhältnis der Außenhandelsbilanz an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) dar.

16.5.3 Deutscher Export-Performance-Index

	Export-Performance-Index	Export-Performance-Index ohne Energieprodukte	Index der deutschen Exporte
	2010 = 100		
2012	93	96	111
2013	94	97	115
2014	97	97	118
2015	98	93	105
2016	99	92	106

Der **Export-Performance-Index** ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland, bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr. Die berechneten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Exporte in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Importen dieser Länder. Zur Methode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 4/2012, S. 338f.

Quelle: UN Comtrade und Berechnungen des Statistischen Bundesamts

16.5.4 Index des Volumens und der Durchschnittswerte, Terms of Trade

	Export		Import		Terms of Trade
	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	
2010 = 100					
2012	109,3	106,6	106,2	109,6	97,3
2013	109,4	106,0	107,3	107,5	98,6
2014	111,8	106,6	110,4	106,1	100,5
2015	115,8	109,0	113,5	107,4	101,5
2016	115,5	109,2	110,9	107,0	102,1

Der **Index des Volumens** (nach Laspeyres) stellt das Handelsvolumen in Preisen eines Basisjahres dar. Er gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Entwicklung des Außenhandels wieder.

Der **Index der Durchschnittswerte** (nach Paasche) gibt Auskunft über die Entwicklung der Durchschnittswerte der Im- und Exporte. Sie werden mit Mengen des aktuellen Berichtszeitraums gewichtet.

Die **Terms of Trade** geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat. Sie errechnen sich aus dem Durchschnittswertindex für Exporte, bezogen auf den Durchschnittswertindex für Importe.

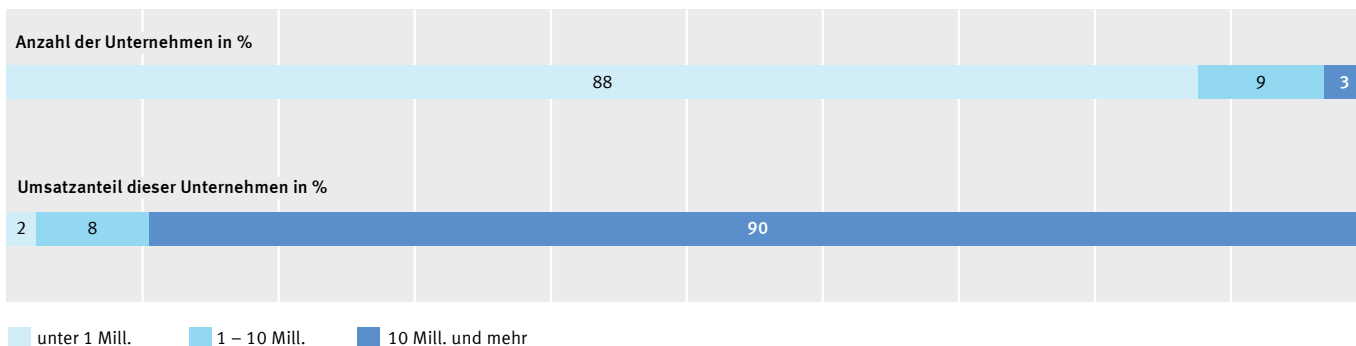
16.6 Unternehmensstruktur

16.6.1 Außenhandel nach Unternehmensgrößen 2016

Unternehmen mit ... bis unter ... EUR Umsatz	Export				Import			
	Unternehmen		Umsatz		Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%	Mrd. EUR	%
Insgesamt	317 188	100	1 207	100	743 026	100	955	100
unter 100 000	216 930	68,4	4	0,4	612 625	82,5	8	0,9
100 000 – 500 000	47 419	14,9	11	0,9	71 850	9,7	17	1,8
500 000 – 1 Mill.	13 632	4,3	10	0,9	17 542	2,4	13	1,4
1 Mill. – 10 Mill.	29 292	9,2	101	8,3	32 133	4,3	105	11,0
10 Mill. – 50 Mill.	7 296	2,3	165	13,7	6 662	0,9	148	15,5
50 Mill. – 100 Mill.	1 278	0,4	94	7,8	1 083	0,1	78	8,2
100 Mill. – 1 Mrd.	1 245	0,4	335	27,7	1 039	0,1	282	29,5
1 Mrd. und mehr	96	0,0	486	40,3	92	0,0	303	31,7

Unternehmen nach Größenklassen 2016

Export in EUR



2017 - 01 - 0296

16.6.2 Unternehmen im Außenhandel nach Beschäftigten 2015

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Export			Import		
	Unternehmen		Umsatz	Unternehmen		Umsatz
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	316 768	100	100	707 851	100	100
0 – 9	113 463	35,8	2,9	285 835	40,4	4,9
10 – 49	57 690	18,2	5,2	103 607	14,6	8,7
50 – 249	21 599	6,8	11,2	30 155	4,3	13,9
250 und mehr	6 610	2,1	67,1	9 235	1,3	55,1
Unbekannt	117 406	37,1	13,6	279 019	39,4	17,5

16.6 Unternehmensstruktur

16.6.3 Anteil der Wirtschaftszweige im Außenhandel am Export und Import 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Export	Import
		Wertmäßiger Anteil in %	
	Insgesamt	100	100
	darunter:		
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,2
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,0	0,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	68,8	43,0
10	H. v. Nahrungs- und Futtermittel	2,8	2,4
11	H. v. Getränken	0,2	0,2
13	H. v. Textilien	0,6	0,4
14	H. v. Bekleidung	0,2	0,4
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	0,2	0,2
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0,4	0,2
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1,2	0,8
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,2	0,2
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,8	2,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	5,6	3,6
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	3,2	2,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2,2	1,6
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1,0	0,4
24	Metallerzeugung und Metallbearbeitung	3,8	3,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	2,6	1,4
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	3,4	2,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4,2	2,2
28	Maschinenbau	11,0	4,4
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	19,4	9,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	4,2	3,0
31	H. v. Möbeln	0,4	0,2
32	H. v. sonstigen Waren	1,4	0,8
33	Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	0,2	0,4
D	Energieversorgung	1,0	2,2
E	Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,2	0,2
F	Baugewerbe	0,2	0,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	13,6	32,6
H	Verkehr und Lagerei	1,0	2,2
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen² ..	1,4	0,8
	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen³	13,8	18,2

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ enthält auch Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften (WZ 70.10.1).

3 Diese Position umfasst die Abschnitte J „Information und Kommunikation“; K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; L „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie N „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Methodik

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen und helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Sie sind auch eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der **grenzüberschreitende Warenverkehr** Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme stellen die Veredelungsgeschäfte dar: Diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen.

Die wichtigsten **Erhebungsmerkmale** der Außenhandelsstatistik sind die Lieferichtung (Ein- oder Ausfuhr), die Warenart, der Wert, die Menge, das Partnerland sowie das inländische Herkunfts- bzw. Zielbundesland.

Das **Erhebungsgebiet** umfasst das Gebiet Deutschlands nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebiets.

Die Außenhandelsstatistik ist eine vom Gesetzgeber angeordnete monatliche Erhebung, die der Auskunftspflicht unterliegt. Die Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik bilden Verordnungen des Europäischen Parlamentes und des Rates der EU. Dabei existieren Grund- und Durchführungsverordnungen sowohl für den Teilbereich Intrahandelsstatistik als auch für die Extrahandelsstatistik. Neben den EU-Rechtsgrundlagen stützt sich die Außenhandelsstatistik auf nationales Recht (Außenhandelsstatistikgesetz bzw. -durchführungsverordnung sowie das Bundesstatistikgesetz).

In der Außenhandelsstatistik wird erhebungstechnisch zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden.

Die **Extrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittländern (Länder außerhalb der EU).

Die **Erhebung der Extrahandelsdaten** erfolgt über die Zollverwaltung im Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- oder Ausfuhrförmlichkeiten. Die Statistikdaten werden überwiegend elektronisch im Rahmen des IT-Zollverfahrens „ATLAS“ an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Erhebungssystem im Extrahandel garantiert eine nahezu vollständige Erfassung aller grenzüberschreitenden Warenbewegungen.

Die **Intrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU, d. h. die Warentransaktionen innerhalb der Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um ein Erhebungssystem in Form einer Direktanmeldung durch die am Intrahandel beteiligten Unternehmen.

Das **Intrastat-System** ist durch eine enge Verknüpfung mit dem Umsatzsteuersystem gekennzeichnet, das eine (indirekte) Kontrolle der statistischen Meldungen über die monatlich von den Unternehmen bei den Finanzämtern abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen ermöglicht.

Ausgenommen von der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik sind u. a. Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut). Seit Januar 2007 sind auch Warenverkehre zur oder nach Reparatur von der Anmeldung befreit. Die Befreiungstatbestände sind in den jeweiligen Befreiungslisten für die beiden Erhebungssysteme aufgeführt.

Bei direkter Firmenbefragung (Intrastat-System) sind diejenigen Unternehmen von der Meldung befreit, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von derzeit 500 000 Euro bei der Versendung und 800 000 Euro bei den Eingängen nicht übersteigen (bis Ende 2015 betrug die Anmeldeschwelle 500 000 Euro je Verkehrsrichtung).

In den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind Zuschätzungen für befreite Warenverkehre sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten. In den endgültigen Ergebnissen werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle so weit wie möglich durch die nachträglich eingegangenen Meldungen ersetzt. Die Zuschätzungen im Intrahandel werden nach Partnerländern, Bundesländern und Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufgeteilt.

Erste monatliche Gesamtergebnisse werden in Form einer Pressemitteilung knapp 40 Tage nach Ende des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht. Rund zwei Wochen danach liegen vorläufige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung vor. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert. Endgültige Ergebnisse liegen etwa zehn Monate nach Ablauf eines Berichtsjahres vor.

Aufgrund unterschiedlicher Revisionsstände kann es zu Abweichungen zwischen dem im Statistischen Jahrbuch und den in GENESIS-Online veröffentlichten Außenhandelsergebnissen kommen.

Außenhandelsergebnisse der EU-Mitgliedstaaten werden auch von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlicht. Dabei gibt es aber methodische Unterschiede gegenüber den nationalen Veröffentlichungen. In den EU-Veröffentlichungen gilt im Intrahandel das **Versendungsland** bei den Einfuhren als Partnerland. Das ist das Land, aus dem die Waren versandt werden, ohne dass sie in anderen Ländern anderen als beförderungsbedingten Aufhalten oder Rechtsgeschäften unterworfen werden. Im Extrahandel ist dagegen – wie in den nationalen deutschen Außenhandelsergebnissen generell – das **Ursprungsland** maßgeblich.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Außenbeitragsquote | Sie stellt das Verhältnis des Außenhandelsaldos – d. h. der Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – zur gesamten Wirtschaftsleistung dar. In der Regel bezieht der Begriff „Außenbeitrag“ neben Waren auch Dienstleistungen ein. Die hier abgebildete Außenbeitragsquote umfasst jedoch ausschließlich Waren.

Außenhandelsbilanz | Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Außenhandelsbilanz, normierte | Die normierte Außenhandelsbilanz bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren).

Bestimmungsland | Dies ist das Land, in dem die Waren aus Deutschland ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt als Bestimmungsland das letzte zum Zeitpunkt der Ausfuhr bekannte Land, in das die Waren körperlich verbracht werden sollen.

Eurozone/Nicht-Eurozone | Die Eurozone umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, in denen der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Nicht-Eurozone beinhaltet alle übrigen Mitgliedstaaten der EU.

Exportquote | Sie stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Export-Performance-Index, deutscher | Der deutsche Export-Performance-Index ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland durch den Vergleich zwischen den Marktanteilen in einer bestimmten Periode gegenüber den Marktanteilen in einem Basisjahr. Die betrachteten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser 25 Länder. Der Index der deutschen Exporte gibt wieder, wie stark sich die tatsächlichen Werte für die 25 größten Partnerländer der deutschen Exporte bezogen auf ein Basisjahr verändert haben.

Importabhängigkeitsquote | Sie stellt das Verhältnis der Einfuhren zu dem um den Außenhandelsaldo – die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – bereinigten Bruttoinlandsprodukt dar.

Importquote | Sie stellt das Verhältnis der Importe zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Index der Durchschnittswerte (nach „Paasche“) | Er gibt Auskunft über die Bewegung der Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerte auf der Grundlage der statistischen Werte. Der Durchschnittswertindex ist kein echter Preisindex, weil Durchschnittswerte und nicht Einzelpreise seine Berechnungsgrundlage bilden. Die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt laufend berechneten echten Preisindizes (Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise) finden Sie im Kapitel 15 „Preise“.

Index des Volumens (nach „Laspeyres“) | Dieser gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder.

Länder | Die Bezeichnung der Länder richtet sich nach dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Partnerland | Als Partnerland wird in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich das Ursprungsland (bei der Einfuhr) bzw. das Bestimmungsland (bei der Ausfuhr) nachgewiesen.

Terms of Trade | Sie geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat.

Ursprungsland | Dies gilt als das Land, in dem eine Ware vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so gilt als Ursprungsland das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat. Werden Waren deutschen Ursprungs wiedereingeführt, tritt anstelle des Ursprungslandes grundsätzlich das Land, aus dem diese Waren körperlich nach Deutschland gelangen. Gleiches gilt für die Wiedereinfuhr von Waren nach Veredelung.

Warengliederung | Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW), nach Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) sowie nach den Industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS).

Wert (tatsächlicher Wert) | Den internationalen Standards entsprechend wird als Warenwert der Grenzübergangswert („Statistischer Wert“) zugrunde gelegt.

Der Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutsche Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die anlässlich der Einfuhr bzw. Ausfuhr erhoben wurden, sind nicht im „Statistischen Wert“ enthalten.

Bei Waren, die unentgeltlich oder im Rahmen eines Miet- oder Leasinggeschäftes geliefert werden, ist als statistischer Wert der Preis der Ware anzusetzen, der im Falle eines Kaufgeschäfts unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vermutlich berechnet worden wäre. Entsprechend wird bei (unentgeltlichen) Warenverkehren zur Veredelung verfahren.

Bei der Versendung/beim Eingang nach Veredelung entspricht der Wert dem Gesamtbetrag, der beim Verkauf der veredelten Waren berechnet worden wäre.

Wirtschaftszweig | Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Sie dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen, Betrieben und anderen statistischen Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Außenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 51000

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Außenhandel

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1 | Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel

Fachberichte

| Deutscher Außenhandel – Export und Import im Zeichen der Globalisierung (2017)
 | Außenhandel und Dienstleistungen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland 2012 – 2016

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 3/15 | Außenhandel mit Afrika im Jahr 2014
 Heft 3/16 | Neues vom Außenhandel: Redesign von Intrastat

IM FOKUS

25.7.2016 | Außenhandel: Türkei wichtigstes Abnehmerland für Kraftfahrzeuge und Maschinen
 31.10.2016 | Freihandelsabkommen CETA: Handel mit Kanada seit 2005 um rund 70 % gestiegen
 7.11.2016 | Präsidentschaftswahl: Vereinigte Staaten 2015 wichtigster Handelspartner Deutschlands
 20.1.2017 | Außenhandel: USA sind wichtigster Abnehmer für deutsche Autobauer
 27.3.2017 | Brexit: Vereinigtes Königreich ist wichtiger Handelspartner





17 Zahlungsbilanz

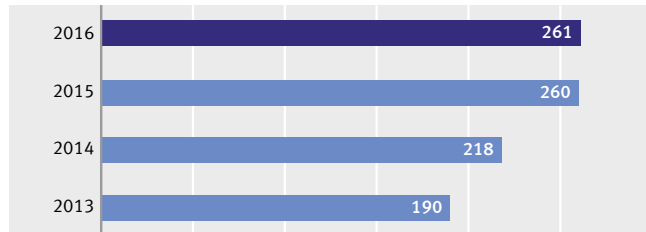
Die Zahlungsbilanz bildet alle wirtschaftlichen **Transaktionen zwischen Deutschland und der übrigen Welt** ab | In den letzten Jahren **Überschuss der Warenexporte über die -importe** | 2016 betrug er **272 Milliarden Euro** | Traditionell **mehr Dienstleistungsimporte als -exporte** | 2016 **Dienstleistungsdefizit von 22 Milliarden Euro – Hauptgrund: Deutsche tragen Geld durchs Reisen** ins Ausland

<i>Seite</i>	
439	Auf einen Blick
	Tabellen
440	Zahlungsbilanz Entwicklung Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren
442	Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen Deutsche Netto-ODA-Leistungen Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern
443	Direktinvestitionen Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweigen
445	Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland
446	Methodik
447	Glossar
448	Mehr zum Thema

17.0 Auf einen Blick

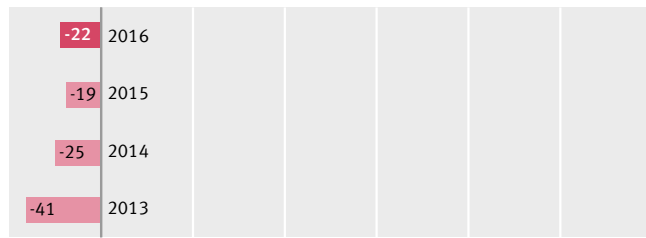
Leistungsbilanz

Saldo in Mrd. EUR



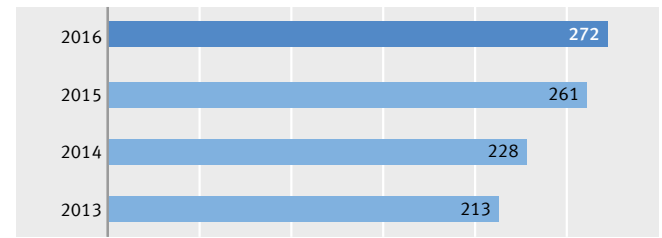
Dienstleistungsverkehr (fob-Werte)

Saldo in Mrd. EUR



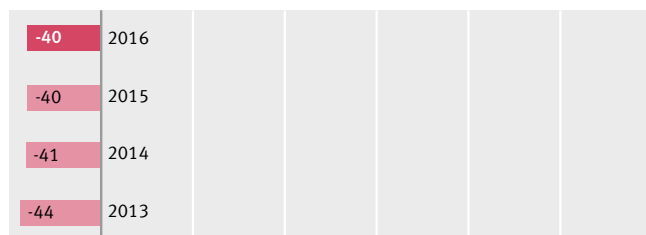
Warenverkehr (fob-Werte) ¹

Saldo in Mrd. EUR



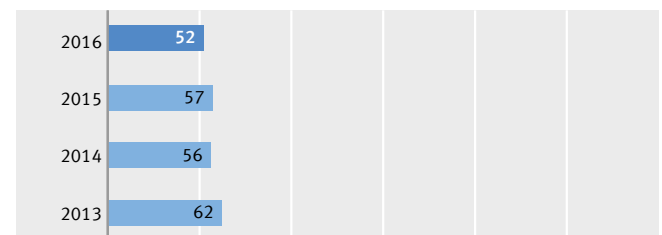
Sekundäreinkommen

Saldo in Mrd. EUR



Primäreinkommen ²

Saldo in Mrd. EUR



1 Außenhandel frei an Bord (fob) einschl. Ergänzungen.

2 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen, sowie sonstige Primäreinkommen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Vermögensänderungsbilanz** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Internetseite der **Deutschen Bundesbank** unter www.bundesbank.de

	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR							
Leistungsbilanz/Vermögensänderungsbilanz								
	Ausfuhr bzw. Einnahmen				Einfuhr bzw. Ausgaben			
Warenhandel (fob) ¹	1 080 212	1 115 751	1 179 210	1 195 050	867 550	887 390	918 028	923 434
Dienstleistungen (fob) ²	205 628	224 463	246 160	254 300	247 004	249 786	264 762	276 719
Fertigungsdienstleistungen ³	3 193	5 652	5 689	6 105	3 178	3 733	4 119	4 596
Transportleistungen	45 546	45 863	50 503	49 716	55 427	53 163	55 980	55 678
Reiseverkehr	31 081	32 609	33 265	33 818	68 794	70 261	69 861	73 286
Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen ⁴	6 490	7 999	8 583	8 804	3 198	4 366	4 598	4 950
Finanzdienstleistungen	19 909	19 369	21 443	20 980	11 853	12 361	12 113	11 791
Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	10 207	11 698	13 749	15 938	6 551	8 059	8 808	9 488
Instandhaltungs- und Reparaturdienstleistungen	4 503	5 499	7 127	7 583	9 229	6 497	7 576	8 372
Bauleistungen inländischer Firmen im Ausland (Saldo) ⁵	-	959	829	584	-	-	-	-
Bauleistungen ausländischer Firmen im Inland (Saldo) ⁵	-	-	-	-	-	-505	-459	-548
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	20 509	21 883	26 055	30 224	21 379	19 098	22 018	26 912
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	58 738	66 473	71 713	73 302	64 256	67 891	74 830	76 578
Forschung und Entwicklung	15 772	17 919	19 873	20 151	11 617	13 582	15 878	18 915
Freiberufliche Dienstleistungen und Managementberatungsleistungen	22 497	23 565	24 162	24 947	27 823	26 794	28 804	28 298
Technische Dienstleistungen, Provisionen und sonstige Dienstleistungen	20 470	24 990	27 677	28 203	24 816	27 515	30 147	29 364
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit	1 333	1 278	1 565	1 623	2 093	1 695	1 869	2 016
Regierungsleistungen ⁶	4 119	4 095	4 563	4 475	1 046	1 071	1 457	1 356
Primäreinkommen	190 437	189 380	192 837	188 852	128 468	133 204	135 467	136 716
Arbeitnehmerentgelt	12 330	13 070	14 543	15 087	11 790	12 619	13 759	14 436
Vermögenseinkommen	172 523	170 971	173 213	168 366	112 318	116 122	116 265	115 171
Sonstige Primäreinkommen ⁷	5 584	5 339	5 081	5 399	4 361	4 463	5 442	7 110
Sekundäreinkommen	60 095	61 951	65 207	65 014	103 734	103 139	105 193	105 037
Staat	10 662	11 901	14 882	13 962	39 585	40 007	39 807	40 201
Alle Sektoren ohne Staat ⁸	49 433	50 050	50 324	51 052	64 149	63 132	65 386	64 837
Leistungsbilanz insgesamt	1 536 372	1 591 545	1 683 413	1 703 216	1 346 756	1 373 519	1 423 450	1 441 907
Saldo der Leistungsbilanz	189 616	218 026	259 963	261 309	-	-	-	-
Vermögensänderungsbilanz	16 394	17 272	21 980	24 510	16 957	14 917	22 615	23 398
Nicht produzierte Sachvermögen	11 163	12 377	18 360	21 090	10 058	9 479	15 983	17 767
Vermögensübertragungen	5 231	4 896	3 620	3 420	6 899	5 438	6 632	5 631
Saldo der Vermögensänderungsbilanz	- 563	2 355	- 635	1 112	-	-	-	-
Saldo insgesamt	189 053	220 381	259 328	262 421	-	-	-	-
Kapitalbilanz								
	Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland				Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland			
Kapitalverkehr								
Direktinvestitionen	+ 70 633	+ 83 960	+ 101 357	+ 69 323	+ 50 525	+ 11 930	+ 47 284	+ 46 695
Wertpapieranlagen	+ 137 004	+ 146 979	+ 122 005	+ 96 602	- 21 096	+ 13 483	- 74 941	- 111 309
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen ⁹	+ 23 894	+ 31 896	+ 26 202	+ 32 792	-	-	-	-
Übriger Kapitalverkehr ¹⁰	- 169 718	+ 40 759	+ 1 750	+ 182 507	- 192 139	+ 36 987	+ 42 156	+ 216 272
Währungsreserven ¹¹	+ 838	- 2 564	- 2 213	+ 1 686	-	-	-	-
Kapitalverkehr insgesamt	+ 62 651	+ 301 030	+ 249 102	+ 382 910	- 162 709	+ 62 400	+ 14 499	+ 151 658
Saldo der Kapitalbilanz	+ 225 360	+ 238 630	+ 234 603	+ 231 252	-	-	-	-
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen¹²	+ 36 307	+ 18 248	- 24 725	- 31 169	-	-	-	-

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.

2 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels.

3 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden.

4 In den Prämienzahlungen enthaltene Dienstleistungskomponenten. Die Nettoprämien sowie die Versicherungsleistungen werden in den Sekundäreinkommen bzw. – im Fall der Lebensversicherung – in der Kapitalbilanz erfasst. Ab 2014 einschl. Provisionen für Versicherungsmakler.

5 Seit 2014 werden Baustellen, die weniger als ein Jahr bestehen, als Dienstleistungen ausgewiesen. Die Neuanlage und Liquidation von Baustellen, die länger als ein Jahr bestehen, werden unter Direktinvestitionen, die Gewinne unter Primäreinkommen erfasst. Bis einschl. 2013 wird keine Unterscheidung nach der Fristigkeit vorgenommen und der Ausweis erfolgt unter den Direktinvestitionen.

6 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

7 Enthält u. a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

8 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen).

9 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften.

10 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen.

11 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen.

12 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.2 Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren

	Monetäre Finanzinstitute ¹		Unternehmen und Privatpersonen ²		Staat		Bundesbank	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Mill. EUR								
Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme +)								
Aktiva								
Direktinvestitionen	+ 2 887	+ 3 318	+ 98 471	+ 66 005	-	-	-	-
Wertpapieranlagen	- 1 705	- 22 871	+ 127 315	+ 117 459	- 1 758	- 2 030	- 1 847	+ 4 044
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen ³	+ 20 304	+ 22 229	+ 5 899	+ 10 563	-	-	-	-
Übriger Kapitalverkehr	- 90 287	+ 18 747	- 19 122	- 7 932	- 12 205	+ 1 202	+ 123 364	+ 170 491
Währungsreserven ⁴	-	-	-	-	-	-	- 2 213	+ 1 686
Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme +)								
Passiva								
Direktinvestitionen	+ 819	+ 400	+ 46 465	+ 46 296	-	-	-	-
Wertpapieranlagen ⁵	- 17 245	+ 6 029	+ 34 866	- 6 914	- 92 562	- 110 425	-	-
Übriger Kapitalverkehr	- 41 166	+ 86 802	+ 10 459	+ 1 988	- 11 521	+ 1 796	+ 84 383	+ 125 686

Als **Direktinvestitionen** gelten Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, sofern dem Kapitalgeber 10 % oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar bzw. unmittelbar und mittelbar zusammen mehr als 50 % zuzurechnen sind; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch kurzfristige Finanz- und Handelskredite, Baustellen mit einer Dauer über einem Jahr sowie alle Anlagen in Grundbesitz.

1 Ohne Deutsche Bundesbank.

2 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften.

4 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen.

5 Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.3 Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst Leistungen an Entwicklungsländer (nach Definition des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Development Assistance Committee, DAC) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer, die von öffentlichen Stellen vergeben werden und bei denen jede Transaktion mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Für Instrumente der finanziellen Zusammenarbeit gelten zusätzliche Anforderungen an die Finanzierungsbedingungen („Konzessionalität“). Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert. **Bilateral** = deutsche bilaterale ODA-Leistungen, **multilateral** = deutscher Anteil an den ODA-Leistungen multilateraler Geber. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbesondere Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern sowie gewisse Kosten für Flüchtlinge aus Entwicklungsländern.

17.3.1 Deutsche Netto-ODA-Leistungen

	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	Mill. EUR	9 693	8 674	9 804	10 136	10 067	10 717	12 486	16 173
Bilateral	Mill. EUR	6 283	5 096	6 082	6 256	6 678	7 119	8 735	12 723
Multilateral	Mill. EUR	3 410	3 578	3 722	3 880	3 389	3 598	3 751	3 450
ODA-Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE)	%	0,38	0,35	0,39	0,39	0,37	0,38	0,42	0,52
BNE ¹	Mrd. EUR	2 532	2 444	2 535	2 620	2 708	2 814	2 982	3 091

1 Das Bruttonationaleinkommen (BNE) entspricht jeweils dem Berechnungsstand Mai des Folgejahres. Es können aber Abweichungen zu den aktuellen Rechenergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auftreten.

17.3.2 Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern 2015

	Mill. EUR		Mill. EUR		Mill. EUR
Insgesamt	12 722,8	Namibia	44,8	Asien	3 452,4
Europa	1 000,8	Niger	22,0	darunter:	
darunter:		Nigeria	30,9	Afghanistan, Islamische Republik	326,4
Albanien	56,1	Ruanda	30,1	Armenien	8,1
Belarus	10,8	Sambia	28,8	Aserbaidschan	10,5
Bosnien und Herzegowina	21,1	Senegal	17,2	Bangladesch	74,7
Kosovo	47,9	Sierra Leone	4,5	Bhutan	0,7
Mazedonien	1,2	Simbabwe	25,4	China	491,4
Moldau	9,3	Somalia	26,3	Georgien	14,4
Montenegro	9,4	Sudan	15,2	Indien	677,6
Serbien	45,9	Südafrika	349,0	Indonesien	280,8
Türkei	288,1	Südsudan	51,2	Irak	124,9
Ukraine	335,7	Swasiland	-0,6	Iran	52,8
Afrika	2 736,5	Tansania	84,0	Jemen	91,0
darunter:		Togo	30,8	Jordanien	61,3
Ägypten	126,9	Tschad	13,7	Kambodscha	26,0
Algerien	4,8	Tunesien	80,0	Kasachstan	11,2
Angola	2,0	Uganda	43,0	Kirgisistan	31,2
Äthiopien	44,3	Zentralafrikanische Republik	34,0	Korea, Demokratische Volksrepublik	3,1
Benin	34,6	Amerika	1 015,5	Laos	23,1
Botsuana	0,1	darunter:		Libanon	36,4
Burkina Faso	42,7	Argentinien	37,8	Malaysia	8,6
Burundi	15,7	Bolivien	27,3	Malediven	0,7
Cabo Verde	0,3	Brasilien	242,9	Mongolei	20,2
Côte d'Ivoire	14,3	Chile	6,6	Myanmar	16,7
Dschibuti	1,3	Costa Rica	15,8	Nepal	35,0
Eritrea	0,5	Dominikanische Republik	-0,3	Pakistan	89,2
Gabun	0,3	Ecuador	27,5	Palästinensische Gebiete	83,2
Gambia	0,2	El Salvador	4,8	Philippinen	29,3
Ghana	50,9	Grenada	1,8	Sri Lanka	-2,0
Guinea	11,5	Guatemala	10,1	Syrien	249,8
Kamerun	65,3	Guyana	0,1	Tadschikistan	27,9
Kenia	42,2	Haiti	14,4	Thailand	4,8
Kongo	0,4	Honduras	15,8	Timor-Leste	6,6
Kongo, Demokratische Republik	78,5	Jamaika	-1,8	Turkmenistan	0,9
Lesotho	4,3	Kolumbien	215,3	Usbekistan	8,2
Liberia	13,2	Kuba	1,9	Vietnam	118,3
Libyen	8,5	Mexiko	92,6	Ozeanien	23,9
Madagaskar	18,0	Nicaragua	10,5	darunter:	
Malawi	37,3	Panama	0,5	Fidschi	1,6
Mali	39,2	Paraguay	3,2	Papua-Neuguinea	0,8
Marokko	317,3	Peru	35,1	Salomonen	0,2
Mauritanien	15,4	Uruguay	0,7	Vanuatu	0,2
Mauritius	-0,5	Venezuela	8,3	Entwicklungsländer, nicht aufteilbar	4 493,7
Mosambik	70,1				

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

17.4 Direktinvestitionen

Der Stand der Direktinvestitionen in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 setzt sich zusammen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, und den Krediten und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber (Schwesterunternehmen) dem Unternehmen gewährt haben. Davon sind die Kredite an die Kapitalgeber und an Schwesterunternehmen abzuziehen. Die Berücksichtigung der Schwesterkredite richtet sich nach dem Sitz der Konzernspitze. Ausführliche methodische Erläuterungen enthält die Statistische Sonderveröffentlichung 10 der Deutschen Bundesbank „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2017“, S. 89 ff.

Hinweis: Erstmals ab dem Jahr 2014 wurden die Beteiligungsgesellschaften ohne Managementfunktion aus dem Wirtschaftszweig Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben ausgliedert und separat ausgewiesen.

17.4.1 Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Wirtschaftszweig der Investitionsobjekte	Stand am Jahresende								
	2014	2015	nach ausgewählten Kapitalgeberländern						
			Frankreich	Vereinigtes Königreich	Niederlande	Belgien	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
Mill. EUR									
Insgesamt	464 372	465 866	21 153	38 729	97 015	8 896	34 717	28 093	18 632
Verarbeitendes Gewerbe	115 237	114 661	5 032	7 177	32 711	3 361	12 984	4 746	5 937
darunter:									
Kokerei und Mineralölverarbeitung	11 397	9 585	, ¹	, ¹	6 282	–	, ¹	, ¹	–
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	14 155	13 981	735	1 200	3 208	1 125	569	1 499	873
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	10 231	10 425	1 475	1 377	2 411	, ¹	265	– 62	823
Herstellung von Mess- und Kontrollgeräten, Uhren und elektromedizinischen Geräten	7 694	8 627	756	347	746	186	1 709	2 857	303
Maschinenbau	18 111	17 743	475	541	3 158	481	3 806	1 609	1 631
Energieversorgung	14 629	16 491	1 681	436	970	, ¹	653	, ¹	, ¹
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	52 199	53 602	2 561	5 493	12 738	1 234	6 783	3 807	7 568
Information und Kommunikation	51 841	48 955	703	9 792	4 406	45	232	795	257
Banken	54 133	56 714	6 480	4 002	6 289	620	998	– 364	3 285
Beteiligungsgesellschaften ohne Managementfunktion	62 487	66 559	2 038	5 000	14 408	552	6 322	6 878	1 209
Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanz- institutionen; Sonstige Finanzierungsinstitutionen	27 724	25 757	2 770	3 234	10 609	– 3	276	1 751	–
Versicherungen und Rückversicherungen; Pensions- und Unterstützungskassen	7 327	5 974	– 1 622	11	– 850	, ¹	129	2 404	, ¹
Grundstücks- und Wohnungsbauwesen	28 628	30 933	1 492	1 258	5 604	765	3 045	1 859	27
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben (Beteiligungsgesellschaften mit Managementfunktion)	17 569	11 349	285	355	– 546	94	763	5 007	39
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3 778	3 300	208	577	1 281	43	796	– 666	78

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17 Zahlungsbilanz
 17.4 Direktinvestitionen
 17.4.2 Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach dem Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts

Anlageland	Stand am Jahresende 2015									
	Alle Wirtschaftszweige	darunter								
		Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Maschinenbau	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Banken	Beteiligungsgesellschaften ohne Managementfunktion	Treuhand- und sonstige Fonds und ähnliche Finanzinstitutionen; Sonstige Finanzierungsinstitutionen	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben (Beteiligungsgesellschaften mit Managementfunktion)
Mill. EUR										
Insgesamt	1 034 082	82 654	34 813	22 150	92 864	166 524	81 842	68 413	47 174	7 226
Europa	507 112	29 845	14 987	9 207	44 003	93 404	52 939	56 292	- 19 894	6 850
EU-Länder (EU-28)	429 842	25 823	10 828	7 821	40 673	71 241	49 984	53 311	- 26 032	6 111
darunter:										
Belgien	41 865	12 394	192	116	618	3 796	533	283	14 387	119
Dänemark	4 616	260	537	. ¹	79	1 325	-	88	356	157
Frankreich	38 499	2 101	1 797	867	1 850	9 508	1 224	4 115	- 1 071	27
Irland	12 111	791	. ¹	97	. ¹	1 212	1 644	1 324	335	. ¹
Italien	32 301	1 877	972	575	2 872	6 464	4 341	184	1 315	-
Luxemburg	63 170	. ¹	48	. ¹	. ¹	201	14 340	17 183	19 109	2 819
Niederlande	- 82 662	2 205	636	114	255	4 831	1 005	12 536	- 117 050	2 157
Österreich	25 914	473	705	1 800	1 173	7 319	457	818	1 239	276
Polen	28 069	646	645	273	2 307	4 819	3 105	-	576	-
Portugal	3 642	92	106	18	470	1 105	207	171	113	. ¹
Schweden	27 381	688	335	11	12 500	1 827	1 411	107	677	83
Spanien ²	25 201	879	572	1 313	1 562	4 462	1 336	2 527	1 007	329
Tschechische Republik	26 370	365	632	440	5 862	3 201	358	4 711	99	1
Ungarn	14 942	280	451	384	5 323	1 687	285	31	16	-
Vereinigtes Königreich	121 333	1 495	1 985	882	2 288	11 448	19 143	9 103	40 707	77
Andere europäische Länder	77 270	4 022	4 159	1 386	3 330	22 163	2 956	2 982	6 138	739
darunter:										
Norwegen	9 684	327	210	. ¹	85	2 306	. ¹	428	1 056	458
Russische Föderation	15 751	504	373	128	1 313	5 227	721	-	511	11
Schweiz	34 067	2 196	2 975	778	301	12 051	1 403	2 408	2 286	114
Türkei	9 238	579	590	361	1 391	1 631	. ¹	7	799	156
Afrika	8 648	748	164	185	2 241	1 135	.¹	232	190	19
dar. Südafrika	5 314	468	160	86	2 084	787	. ¹	81	65	-
Amerika	354 113	32 262	11 218	2 917	20 547	35 368	21 186	11 078	57 607	151
darunter:										
Argentinien	2 762	231	30	58	678	571	. ¹	. ¹	. ¹	-
Brasilien	18 429	2 718	1 030	851	5 195	1 402	. ¹	233	199	2
Kanada	14 838	1 221	216	396	284	2 228	. ¹	123	1 114	2
Mexiko	9 665	1 681	81	437	3 150	1 412	. ¹	5	255	-
Vereinigte Staaten	290 352	24 723	9 759	1 137	11 097	26 864	19 684	5 821	53 309	. ¹
Asien	144 593	18 573	8 201	9 641	25 943	31 443	6 967	560	6 690	201
darunter:										
China, Volksrepublik ³	69 591	8 027	5 673	6 832	20 584	12 399	1 554	32	2 751	30
Hongkong	4 192	181	106	- 6	-	2 835	- 870	282	492	45
Indien	12 721	1 257	1 035	1 798	2 146	939	. ¹	-	408	. ¹
Japan	11 574	1 194	192	-	2 074	3 646	107	29	1 409	-
Korea, Republik	9 999	1 853	733	336	527	2 704	. ¹	-	999	-
Malaysia	5 041	660	57	243	51	562	. ¹	-	129	-
Singapur	14 081	2 189	90	. ¹	. ¹	4 130	2 767	165	235	12
Vereinigte Arabische Emirate	3 091	282	47	78	. ¹	1 557	. ¹	8	4	-
Ozeanien und Polarregionen	19 617	1 227	243	201	130	5 174	.¹	251	2 581	6
dar. Australien	18 689	1 145	229	184	130	4 960	. ¹	240	2 533	6

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Einschl. der Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla

3 Ohne Hongkong.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.5 Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland

	Aktiva			Passiva			Saldo		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Mill EUR								
Insgesamt	7 647 841	7 881 721	8 262 190	6 452 800	6 373 414	6 557 147	1 195 041	1 508 307	1 705 043
Direktinvestitionen ¹⁾	1 633 887	1 796 065	1 880 103	1 196 899	1 261 683	1 319 459	436 988	534 382	560 644
Beteiligungskapital	1 230 743	1 350 872	1 426 240	516 857	545 094	567 904	713 886	805 778	858 336
Börsennotierte Unternehmen	44 529	48 415	48 267	31 616	33 507	34 872	12 913	14 908	13 395
Nicht-börsennotierte Aktiengesellschaften	590 243	651 134	689 897	41 770	56 715	70 826	548 473	594 419	619 071
Sonstige Anteilsrechte ²⁾	595 972	651 323	688 075	443 471	454 872	462 207	152 501	196 451	225 868
Direktinvestitionskredite (an)	403 144	445 193	453 863	680 042	716 589	751 555	- 276 898	- 271 396	- 297 692
Direktinvestitionsunternehmen	213 338	247 301	249 760	153 094	157 126	163 150	60 244	90 175	86 610
Direktinvestoren ³⁾	65 848	68 648	70 673	302 727	325 511	358 249	- 236 879	- 256 863	- 287 576
Schwestergesellschaften	123 958	129 244	133 430	224 221	233 952	230 156	- 100 263	- 104 708	- 96 726
Wertpapieranlagen	2 533 351	2 668 887	2 824 008	2 642 007	2 554 420	2 513 097	- 108 656	114 467	310 911
Aktien ⁴⁾	332 526	383 225	425 048	500 710	537 121	544 169	- 168 184	- 153 896	- 119 121
Investmentfondsanteile ⁵⁾	441 519	491 224	532 209	126 846	135 237	157 863	314 673	355 987	374 346
Schuldverschreibungen kurzfristig ⁶⁾	27 840	21 676	19 942	156 507	165 264	144 419	- 128 667	- 143 588	- 124 477
Schuldverschreibungen langfristig ⁷⁾	1 731 466	1 772 762	1 846 809	1 857 946	1 716 797	1 666 646	- 126 480	55 965	180 163
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	791 322	665 384	611 984	814 203	681 279	641 620	- 22 881	- 15 895	- 29 636
Übrige Kapitalanlagen	2 530 536	2 591 853	2 770 330	1 799 691	1 876 032	2 082 971	730 845	715 821	687 359
Finanzkredite ⁸⁾	585 201	594 121	618 518	329 859	327 247	312 934	255 342	266 874	305 584
dar. Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	414 978	423 991	451 242	-	-	-	414 978	423 991	451 242
Bargeld und Einlagen	1 723 369	1 773 688	1 920 348	1 218 018	1 287 096	1 502 321	505 351	486 592	418 027
dar. Monetäre Finanzinstitute ⁹⁾	898 652	843 715	835 027	836 085	820 643	910 117	62 567	23 072	- 75 090
Handelskredite und Anzahlungen ¹⁰⁾	90 168	87 964	90 643	98 974	103 543	107 409	- 8 806	- 15 579	- 16 766
Versicherungs-, Altersvorsorgeleistungen und Standardgarantiesysteme	42 511	43 603	44 183	124 984	127 688	129 586	- 82 473	- 84 085	- 85 403
Sonstige Anteilsrechte ¹¹⁾	67 154	69 458	72 426	5 739	5 880	5 542	61 415	63 578	66 884
Sonstige Forderungen/Verbindlichkeiten	22 133	23 019	24 212	7 737	9 229	9 808	14 396	13 790	14 404
SZR-Verbindlichkeiten	-	-	-	14 380	15 349	15 371	- 14 380	- 15 349	- 15 371
Währungsreserven	158 745	159 532	175 765	-	-	-	158 745	159 532	175 765

Maßgebend für die Wertansätze sind Marktpreise; bei den Positionen in Fremdwährung werden die Devisenkurse und bei den Wertpapierpositionen zusätzlich die Börsenkurse berücksichtigt. Die Werte für das Beteiligungskapital und für die Kredite im Rahmen der Direktinvestitionen beruhen im wesentlichen auf den Bilanzen der Investitionsobjekte.

Als „kurzfristig“ sind Aktiva und Passiva mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, als „langfristig“ mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr oder ohne Laufzeitbegrenzung bezeichnet.

Stichtag, soweit nicht anders angegeben, Jahresende.

- 1 Als Direktinvestitionen gelten Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, sofern dem Kapitalgeber 10% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar bzw. mittelbar und mittelbar zusammen mehr als 50% zuzurechnen sind; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch kurzfristige Finanz- und Handelskredite, Baustellen mit einer Dauer über einem Jahr sowie alle Anlagen in Grundbesitz.
- 2 Enthält Grundbesitz, Kapitalanteile an nicht-AGs und Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Bauleistungen.
- 3 Kredite, die entgegen der Richtung der Direktinvestitionsbeziehung vergeben werden, also vom Direktinvestitionsunternehmen an den Direktinvestor.
- 4 Einschl. Genussscheine.
- 5 Einschl. reinvestierter Erträge.
- 6 Ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr.
- 7 Ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen.
- 8 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä.
- 9 Ohne Bundesbank; näheres zur Sektorengliederung siehe „Glossar“ am Ende dieses Kapitels.
- 10 Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Anzahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.
- 11 Anteilsrechte, die nicht unter den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen auszuweisen sind.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Methodik

■ Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern (in Deutschland ansässige natürliche und juristische Personen) und Ausländern (im Ausland ansässige natürliche und juristische Personen) dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Vermögensänderungsbilanz** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter www.bundesbank.de

Zwischen den vorgenannten drei Teilbilanzen gibt es einen buchhalterischen Zusammenhang. Nimmt man Leistungs- und Vermögensänderungsbilanz zusammen, so geht ein dortiger Überschuss mit einer Zunahme von Auslandsforderungen beziehungsweise einer Abnahme von Auslandsverbindlichkeiten in der Kapitalbilanz einher. Ein Defizit in der Leistungs- und Vermögensänderungsbilanz bedeutet umgekehrt eine Abnahme von Forderungen beziehungsweise Zunahme an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

■ Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen

Angaben über die **Leistungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Organisationen** werden vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erfasst und zusammengestellt. Dies geschieht nach den Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC). Die Angaben sind mit den Angaben in der Zahlungsbilanz nicht voll vergleichbar, da sie teilweise auf anderen Unterlagen beruhen. Einerseits sind in der Zahlungsbilanz Leistungen enthalten, die nach den OECD/DAC-Richtlinien nicht berücksichtigt werden. Andererseits sind bestimmte in der DAC-Statistik zu erfassende Leistungen nach den Konzepten der Zahlungsbilanzstatistik nicht aufzunehmen. Weitere Informationen bietet die Homepage des BMZ unter www.bmz.de

■ Direktinvestitionen

Angaben über den Stand **deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland** ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank seit Ende 1976 jährlich. Sie geben Auskunft über den Stand der Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf der Grundlage internationaler Unternehmensbeteiligungen. Ausführliche methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen enthält die Statistische Sonderveröffentlichung 10 der Deutschen Bundesbank „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2017“, S. 89 ff.

Glossar

Direktinvestitionen | Sie setzen sich zum einen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens zusammen, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist. Dazu kommen die Kredite und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Bei den in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 gezeigten Bestandswerten der Direktinvestitionen werden die Kapitalbeziehungen innerhalb multinationaler Konzerne saldiert, Kredite an Kapitalgeber in Abzug gebracht und grenzüberschreitende Schwesterkredite nach dem Sitz der Konzernzentrale zugeordnet.

Forderungen | Das sind wirtschaftliche Rechte gegen das Vermögen ausländischer Volkswirtschaften. In der Tabelle 17.2 über den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden sie als inländische Nettokapitalanlagen im Ausland bezeichnet. Zu den Forderungen zählen insbesondere Finanzkredite, Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Gliederung des Kapitalverkehrs nach Sektoren | Diese folgt der Systematik der nationalen Zahlungsbilanzveröffentlichungen der Deutschen Bundesbank. Sie fasst Sektoren zusammen, die im Zuge der Überarbeitung des Methodenhandbuchs zur Erstellung der Zahlungsbilanz (BPM6) an die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nach ESVG 2010) angepasst wurden. Es werden folgende Sektoren unterschieden: Monetäre Finanzinstitute, Unternehmen und Privatpersonen, Staat, Deutsche Bundesbank. Unternehmen und Privatpersonen entsprechen den VGR-Sektoren Finanzielle Kapitalgesellschaften ohne Monetäre Finanzinstitute, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den Unternehmen rechnen auch die Unternehmen in öffentlichem Besitz, wie etwa die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG. Der Sektor „Staat“ umfasst den Bund einschließlich des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens (European Recovery Program), die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung.

Kapitalbilanz | Sie enthält alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen ändern (z. B. Finanzkredite, Bargeld und Einlagen, Wertpapiere oder Beteiligungen sowie die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank).

Leistungsbilanz | Diese umfasst alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, sowie die Primär- und Sekundäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen und laufende Übertragungen), die im Berichtszeitraum stattgefunden haben.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) | Es handelt sich hierbei um Leistungen an Entwicklungsländer (nach Definition des Development Assistance Committee, DAC) bzw. in Ausnahmefällen an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer. Öffentliche Stellen vergeben diese Leistungen. Jede Transaktion hat zum Hauptziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Für die Vergabe von Darlehen, Beteiligungen und anderen Instrumenten der finanziellen Zusammenarbeit gelten zusätzliche Anforderungen an die Finanzierungsbedingungen („Konzessionalität“), um sicherzustellen, dass die Kredite günstiger als am Markt angeboten werden. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert.

Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten) | In dieser Position schlagen sich alle Erfassungslücken sowie Ungenauigkeiten bei der periodengerechten Zuordnung nieder. Der Saldo wird gesondert ausgewiesen.

Sekundäreinkommen | Unter den Sekundäreinkommen werden – im Gegensatz zur Vermögensänderungsbilanz – regelmäßige Zahlungen verstanden, denen keine erkennbare Leistung der anderen Seite gegenübersteht. Beispiele hierfür sind die Überweisungen der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihre Heimatländer, Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen, aber auch Zahlungen des Staates an internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder Leistungen im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe.

Verbindlichkeiten | Das sind alle Anrechte auf Teile des deutschen Volksvermögens, die sich in der Hand von Ausländern befinden (Tabelle 17.2: Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland). Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere Finanzkredite, Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Vermögensänderungsbilanz | Sie umfasst die nicht produzierten Sachvermögen, wie den Erwerb bzw. die Veräußerung von Frequenzspektralen im Mobilfunk. Des Weiteren enthält sie Vermögensübertragungen, die im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen (Sekundäreinkommen) diejenigen unentgeltlichen Leistungen umfassen, die nicht direkt das Einkommen oder den Verbrauch der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass).

Warenhandel (fob-Werte) | Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel (Lagerverkehr auf inländische Rechnung u. a.). Die Einfuhr wurde umgerechnet von den cif-Werten (cost, insurance, freight = Kosten, Versicherungen, Fracht inbegriffen) der Außenhandelsstatistik auf fob-Werte (free on board = frei an Bord).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, deren Daten in diesem Kapitel überwiegend verwendet wurden. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Zahlungsbilanz* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben von der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de) stammen.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Zahlungsbilanz

| Statistisches Beiheft Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank

■ Direktinvestitionen

| Bestandserhebung über Direktinvestitionen (Statistische Sonderveröffentlichung 10, Deutsche Bundesbank, April 2017)

18 Umwelt



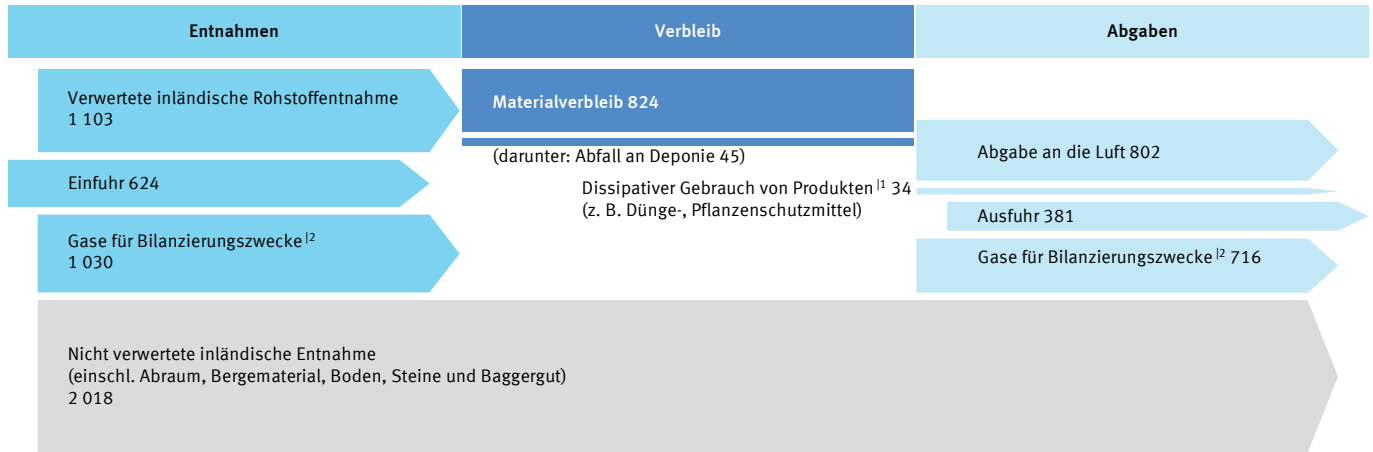
Gut **10 %** der Unternehmensinvestitionen 2014 für **Umweltschutzmaßnahmen** | 2014 wurden **1,1 Mrd. t Rohstoffe** aus der inländischen Umwelt entnommen und **verwertet** | Mehr als **zwei Drittel** des Abfallaufkommens **recycelt** | Gut **1,1 Million Tonnen** Klärschlamm im Jahr 2015 **thermisch entsorgt** | Bei **2 600 Unfällen** im Jahr 2015 wurden **15 488 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe** freigesetzt | **82 %** der Messstellen halten den Schwellenwert von **50 mg/l Nitrat** im Grundwasser ein | **CO₂-Emissionen von Pkw** der privaten Haushalte 2015 betragen **88,9 Mill. t**

Seite	
451	Auf einen Blick
	Tabellen
452	Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich Investitionen Laufende Aufwendungen Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz
455	Wasser und Abwasser Wassergewinnung nach Ländern, nach Wirtschaftsbereichen Öffentliche Wasserabgabe Öffentliche und nicht öffentliche Abwasserentsorgung Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation Klärschlamm Entsorgung Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallkriterien, nach Wassergefährdungsklassen
461	Abfallbilanz Abfallaufkommen Verwertungsquote Recyclingquote
462	Klimawirksame Stoffe Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe Nach Stoffarten Nach Wirtschaftszweigen
464	Straftaten gegen die Umwelt Straftaten Verurteilte
465	Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen Material- und Energieflüsse Primärenergieverbrauch Verwendung von Energieträgern im Inland Treibhausgasemissionen Luftschadstoffe Wasserentnahme Abgabe von Wasser
470	Umweltzustand – Waldschäden Nach Ländern Nach Baumarten und Altersstufen
471	Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit Umweltschutzausgaben Einnahmen ausgewählter umweltbezogener Steuern Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie
473	Methodik
476	Glossar
478	Mehr zum Thema

18.0 Auf einen Blick

Entnahmen und Abgaben von Material (ohne Wasser) 2014

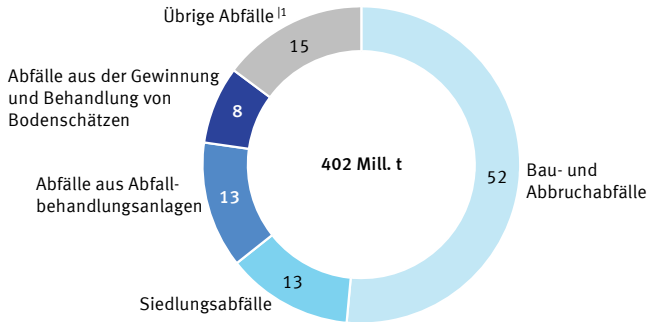
in Mill. t



1 Einschl. dissipativen Verlusten, ohne Emissionen im Wasser, Wirtschaftsdünger als Trockenmasse.
2 Insbesondere für bzw. aus Verbrennungsprozessen (O₂, N₂ bzw. H₂O).

Abfallaufkommen 2015

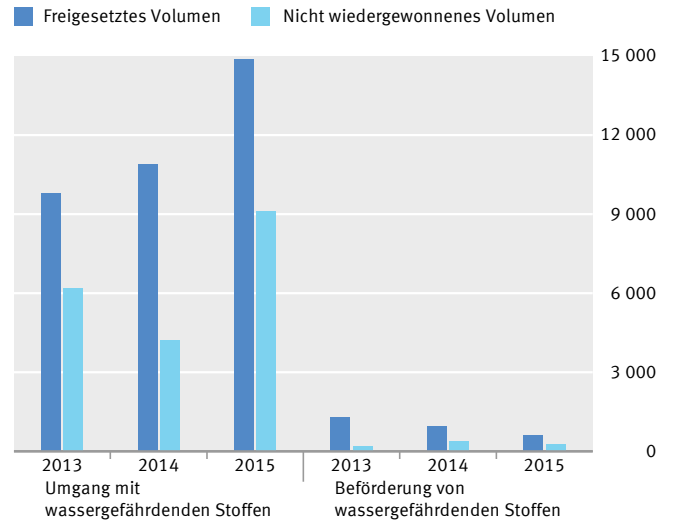
in %



1 Insbesondere aus Produktion und Gewerbe.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

in m³



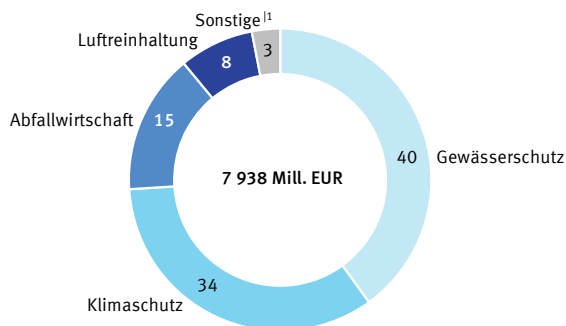
2017 - 01 - 0298

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
18.1.1 Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen ²	Investitionen								
			insgesamt ³	davon für den Umweltschutz							
				zusammen	Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR										
B – E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	44 509	76 795 388	7 938 382	1 152 019	3 209 771	95 779	624 119	92 050	58 515	2 706 129
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	411	1 284 025	129 447	5 377	78 086	5 295	19 329	9 618	16	11 725
	darunter:										
8	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	387	407 117	17 397	.	1 034	1 042	2 815	3 298	.	8 444
C	Verarbeitendes Gewerbe	36 644	56 462 383	2 218 176	184 231	439 602	81 210	528 822	20 625	35 628	928 059
	darunter:										
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	4 683	4 195 552	202 524	6 273	34 425	5 643	23 767	1 047	383	130 986
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 209	625 662	33 963	1 681	611	512	3 330	.	.	27 737
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	49	953 262	73 846	2 275	14 695	372	35 630	–	11 855	9 019
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 208	5 164 554	532 214	45 614	199 328	6 540	163 109	7 846	3 012	106 765
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 751	2 943 309	126 623	13 604	8 072	2 390	21 032	581	2 842	78 101
23	H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 500	1 718 440	109 649	26 845	7 280	3 486	37 723	1 624	881	31 809
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	889	2 697 023	175 129	9 081	21 610	9 989	70 677	94	1 342	62 335
25	H. v. Metallerzeugnissen	6 928	4 030 001	133 446	7 330	13 002	9 932	19 021	813	2 242	81 105
28	Maschinenbau	5 265	6 596 767	145 825	11 513	19 015	6 981	22 949	1 504	3 698	80 166
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 004	13 599 595	256 241	27 755	56 541	27 143	67 508	2 369	5 282	69 644
D	Energieversorgung	2 058	12 201 783	1 935 132	32 459	127 193	7 666	54 007	41 651	12 485	1 659 670
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 396	6 847 198	3 655 628	929 951	2 564 890	1 608	21 961	20 155	10 385	106 675
	darunter:										
36	Wasserversorgung	1 658	2 100 327	549 304	4 545	518 115	.	3 489	5 438	.	17 523
37	Abwasserentsorgung	1 418	3 248 283	2 171 111	102 544	2 006 535	48 350
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	2 245	1 484 122	924 913	815 536	39 858	1 343	12 011	7 822	7 779	40 564

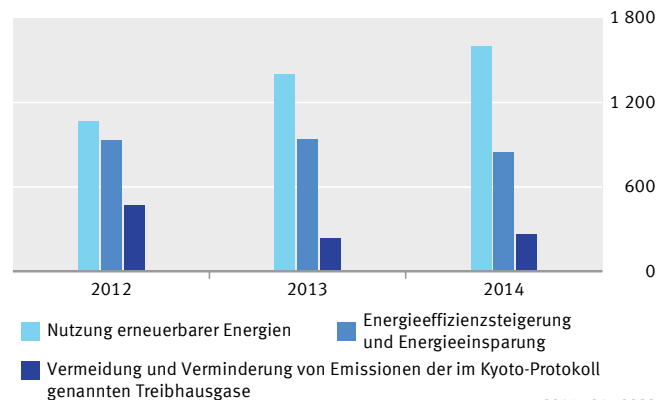
- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
- 2 Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr; in der Energieversorgung alle Unternehmen; in der Wasserversorgung werden Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr, in der Abfallbeseitigung ab 1 Mill. Euro Umsatz einbezogen.
- 3 Aktive Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Sachanlagen.

Umweltschutzinvestitionen 2014 nach Umweltbereichen, in %



1 Zu den sonstigen Umweltbereichen zählen Lärmbekämpfung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Bodensanierung.

Umweltschutzinvestitionen für den Klimaschutz 2014 in Mill. EUR



2017 - 01 - 0299

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

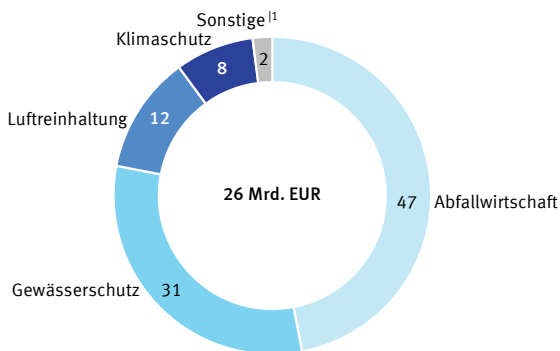
18.1.2 Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen ²	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz							
			insgesamt	davon						
				Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR									
B – E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	21 940	26 024 531	12 190 566	7 940 724	264 108	3 088 450	164 438	213 751	2 162 494
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	136	241 674	38 883	80 879	7 403	29 914	33 730	41 927	8 938
C	Verarbeitendes Gewerbe	20 337	9 065 656	2 772 023	3 018 329	210 845	2 253 067	46 452	124 443	640 497
	darunter:									
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	2 573	628 231	168 682	359 808	4 019	35 058	948	1 577	58 140
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	541	572 291	220 446	220 363	1 825	49 177	797	800	78 883
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	40	768 204	50 897	147 544	2 829	520 627	4 706	29 060	12 541
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	818	2 109 872	682 682	921 157	23 464	392 168	4 036	39 684	46 681
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	209	231 117	92 367	80 076	501	16 454	4 355	7 744	29 620
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1 683	(328 286)	X	46 762	(3 467)	43 891	X	4 423	X
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	812	341 027	116 050	56 831	9 014	127 844	10 036	1 327	19 924
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	648	1 548 387	341 438	429 020	107 872	620 928	1 576	6 112	41 442
25	H. v. Metallerzeugnissen	3 162	312 823	(142 158)	97 929	6 352	(41 452)	(2 177)	1 925	20 830
28	Maschinenbau	3 306	322 751	142 605	96 025	7 526	38 517	(4 225)	X	24 367
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	715	908 459	265 648	268 907	32 171	239 865	8 199	16 323	77 346
D	Energieversorgung	635	3 701 200	900 948	652 025	44 348	681 102	70 540	32 751	1 319 486
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	832	13 016 002	8 478 712	4 189 493	1 511	124 367	13 716	14 630	193 574
	darunter:									
36	Wasserversorgung	164	716 207	34 206	663 355	5	299	1 817	392	16 132
37	Abwasserentsorgung	113	3 787 057	378 573	3 353 398	(176)	11 570	9 481	3 725	30 134
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	543	8 429 553	7 987 250	171 688	1 330	110 433	2 408	9 137	147 307

Vorläufige Ergebnisse.

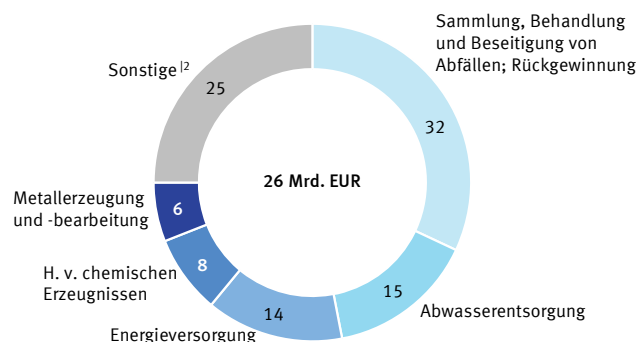
- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
- 2 Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr; ohne Baugewerbe.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2013 nach Umweltbereichen, in %



1 Zu den sonstigen Umweltbereichen zählen Lärmbekämpfung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Bodensanierung.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2013 nach Wirtschaftszweigen, in %



2 Zu den sonstigen Wirtschaftszweigen zählen alle übrigen Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes.

2017 - 01 - 0300

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
 18.1.3 Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2014

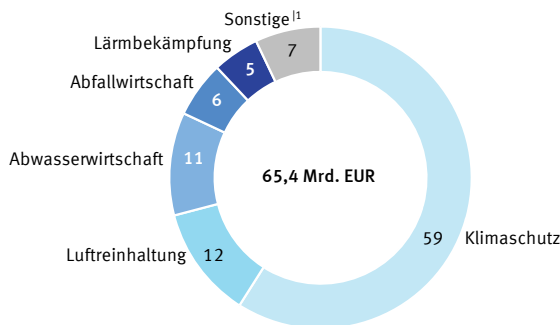
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz für den Umweltschutz						
		insgesamt	davon erzielt mit Umweltschutzgütern und -leistungen für					
			Abfallwirtschaft	Abwasserwirtschaft	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Klimaschutz	sonstige ²
1 000 EUR								
	Insgesamt	65 418 347	3 806 697	7 112 263	3 364 416	7 727 878	38 610 461	4 796 632
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	56 411	1 844	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	53 490 139	2 662 574	3 984 180	3 021 770	7 263 113	33 214 797	3 343 706
	darunter:							
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 787 533	25 489	95 125	36 206	1 069 293	1 243 763	317 657
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	4 784 326	355 642	1 242 071	523 412	20 549	2 484 443	158 210
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 957 261	59 183	425 844	215 190	486 823	1 684 436	85 787
25	H. v. Metallerzeugnissen	3 596 370	476 314	.	151 869	1 032 046	1 664 589	.
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2 662 012	20 240	451 784	.	445 048	1 664 132	.
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	5 778 970	144 508	16 313	.	138 005	5 351 196	.
28	Maschinenbau	19 728 848	968 377	1 378 785	277 485	2 234 099	13 908 561	961 540
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5 638 717	301 817	108 648	1 665 605	1 535 000	651 951	1 375 695
D – E	Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	443 222	42 892	.
F	Baugewerbe	6 071 125	370 396	2 435 760	245 158	27 468	2 529 458	462 885
	darunter:							
42	Tiefbau	2 430 506	182 050	1 770 209	145 941	187	166 904	165 215
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	2 711 858	159 653	378 570	46 482	27 018	1 870 214	229 920
B – F	Produzierendes Gewerbe	60 060 897	3 302 694	6 506 436	3 267 397	7 316 423	35 788 990	3 878 957
G – U	Sonstige Wirtschaftszweige	5 357 451	504 003	605 827	97 019	411 454	2 821 472	917 676
	darunter:							
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	3 948 259	383 684	504 556	82 653	218 027	2 083 723	675 617
	darunter:							
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	3 443 155	334 951	456 447	59 947	135 585	2 035 244	420 981

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

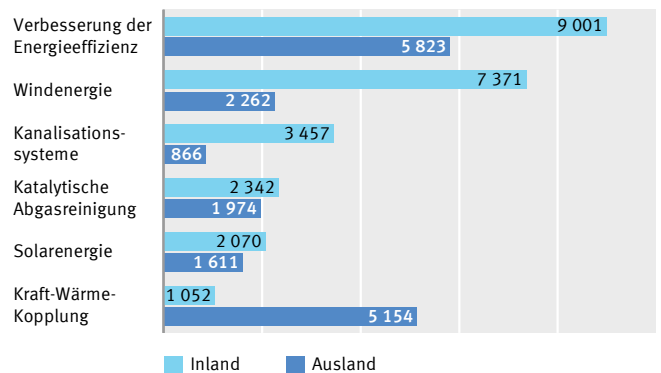
2 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2014 nach Umweltbereichen, in %



1 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

Die wichtigsten Umweltschutzgüter und -leistungen 2014 nach Umsatz im In- und Ausland, in Mill. EUR



2017 - 01 - 0301

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.1 Wassergewinnung nach Ländern 2013

	Insgesamt	Davon					
		Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	angereichertes Grundwasser	See- und Talsperrenwasser	Flusswasser
Mill. m ³							
Insgesamt							
Deutschland	25 327	5 438	477	883	565	1 997	15 966
Baden-Württemberg	4 062	467	143	33	6	185	3 228
Bayern	3 461	865	167	165	38	38	2 188
Berlin	537	62	–	124	26	39	286
Brandenburg	633	412	0	10	21	9	182
Bremen	1 105	16	–	0	–	0	1 090
Hamburg	508	123	0	3	0	67	315
Hessen	1 076	297	46	5	42	11	675
Mecklenburg-Vorpommern	141	101	0	3	1	18	19
Niedersachsen	2 952	704	15	5	4	817	1 407
Nordrhein-Westfalen	5 050	1 399	28	413	390	282	2 539
Rheinland-Pfalz	1 927	242	44	48	1	21	1 570
Saarland	203	86	2	–	–	–	115
Sachsen	587	266	12	60	15	168	67
Sachsen-Anhalt	361	131	2	6	22	57	144
Schleswig-Holstein	2 543	201	1	7	0	227	2 107
Thüringen	178	67	17	0	0	57	37
darunter: Öffentliche Wassergewinnung ¹							
Deutschland	5 053	3 077	422	436	444	614	61
Baden-Württemberg	653	333	130	6	3	147	34
Bayern	852	607	154	62	6	23	–
Berlin	207	57	–	124	26	–	–
Brandenburg	125	120	0	3	2	–	–
Bremen	12	12	–	–	–	–	–
Hamburg	113	113	–	–	–	–	–
Hessen	341	257	41	2	41	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	93	78	0	3	–	–	12
Niedersachsen	538	461	11	0	2	63	0
Nordrhein-Westfalen	1 179	465	23	146	348	185	12
Rheinland-Pfalz	245	175	32	28	–	9	–
Saarland	61	59	2	–	–	–	–
Sachsen	270	62	11	59	5	131	2
Sachsen-Anhalt	72	53	1	3	12	3	0
Schleswig-Holstein	175	174	–	–	–	0	–
Thüringen	119	49	17	–	0	53	0

Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Betriebes bzw. Wasserversorgungsunternehmens (WVU).

1 Einschl. WVU, die Wasser ausschließlich an andere WVU weiterverteilen.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.2 Wassergewinnung nach Wirtschaftsbereichen

	Wassergewinnung insgesamt		Nicht öffentliche Wasserversorgung					Öffentliche Wasserversorgung ¹	
			zusammen		darunter				
			Energieversorgung		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	
2010	33 036	27 955	7 126	20 656	187	6 783	4 534	5 081	4 663
2013	25 327	20 273	10 202	13 577	229	6 099	4 374	5 053	4 532
davon: 2013 nach Ländern									
Baden-Württemberg	4 062	3 409	1 721	2 977	30	390	700	653	863
Bayern	3 461	2 609	1 457	1 880	39	678	1 049	852	1 780
Berlin	537	330	58	325	11	4	32	207	1
Brandenburg	633	509	308	139	9	354	96	125	84
Bremen	1 105	1 093	45	1 035	7	56	13	12	2
Hamburg	508	395	92	155	1	198	39	113	1
Hessen	1 076	735	361	471	11	196	227	341	393
Mecklenburg-Vorpommern	141	48	437	7	8	18	64	93	52
Niedersachsen	2 952	2 414	1 455	1 844	21	416	377	538	225
Nordrhein-Westfalen	5 050	3 872	1 830	2 022	48	1 797	814	1 179	396
Rheinland-Pfalz	1 927	1 682	707	216	9	1 389	248	245	178
Saarland	203	143	112	98	9	43	49	61	38
Sachsen	587	317	390	66	7	247	273	270	75
Sachsen-Anhalt	361	290	557	48	4	197	127	72	39
Schleswig-Holstein	2 543	2 368	458	2 288	9	74	136	175	334
Thüringen	178	59	214	5	6	44	130	119	71

Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens (WVU).

1 Einschl. WVU, die Wasser ausschließlich an andere WVU weiterverteilen.

18.2.3 Öffentliche Wasserabgabe

	Wasserabgabe zum Letztgebrauch			Wasserwerks-eigengebrauch ³	Wasserverlust/Messdifferenz ³	Nachrichtlich: Wasserabgabe über Weiterverteilung
	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe ¹	durchschnittlicher täglicher Pro-Kopf-Verbrauch ²			
	Mill. m ³	%	l			
2010	4 500	79,5	121	145	474	2 002
2013	4 468	79,2	121	136	471	2 043
davon: 2013 nach Ländern						
Baden-Württemberg	561	80,3	116	12	77	463
Bayern	728	80,5	130	25	100	185
Berlin	189	74,4	114	5	9	4
Brandenburg	111	85,9	108	3	11	9
Bremen	37	80,8	121	1	2	1
Hamburg	104	92,8	138	3	5	6
Hessen	307	87,9	124	8	30	225
Mecklenburg-Vorpommern	86	70,8	105	2	6	3
Niedersachsen	461	77,4	126	18	31	151
Nordrhein-Westfalen	1 069	78,9	133	24	98	548
Rheinland-Pfalz	217	80,4	119	9	23	55
Saarland	52	80,0	114	2	7	25
Sachsen	190	66,7	86	11	26	224
Sachsen-Anhalt	104	72,8	93	3	16	45
Schleswig-Holstein	162	76,0	129	5	10	29
Thüringen	92	76,1	88	7	21	67

Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens (WVU).

1 Anteil bezogen auf die Wasserabgabe zum Letztgebrauch insgesamt.

2 Bezogen auf die angeschlossene Bevölkerung am 30.6. des Berichtsjahres. 2013: Bevölkerungsforschreibung nach Zensus 2011.

3 Einschl. WVU, die Wasser ausschließlich an andere WVU weiterverteilen.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.4 Öffentliche und nicht öffentliche Abwasserentsorgung

	Eingeleitete Abwassermenge			Davon nach Art des Abwassers			
	insgesamt	davon		häusliches und betriebliches Schmutz- wasser	Fremdwasser	Nieder- schlags- wasser	nicht öffentliches Abwasser
		behandelt	unbehandelt				
Mill. m ³	%						
2010	35 237	31,0	69,0	14,3	6,5	7,6	71,6
2013	29 674	36,8	63,2	17,0	7,5	8,7	66,8
davon: 2013 nach Ländern							
Baden-Württemberg	5 176	35,5	64,5	10,7	10,0	12,7	66,7
Bayern	4 585	43,6	56,4	21,7	7,9	10,8	59,7
Berlin	414	20,6	79,4	17,9	–	2,5	79,6
Brandenburg	357	74,7	25,3	59,6	2,3	4,5	33,5
Bremen	1 171	6,5	93,5	4,3	0,5	0,5	94,7
Hamburg	565	30,6	69,4	21,8	3,5	3,2	71,4
Hessen	1 757	54,5	45,5	16,9	18,0	16,9	48,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	133	74,7	25,3	55,1	7,4	6,7	30,8
Niedersachsen	2 930	24,5	75,5	15,5	3,0	1,2	80,3
Nordrhein-Westfalen	6 130	43,5	56,5	21,4	8,7	9,1	60,8
Rheinland-Pfalz	2 335	30,4	69,6	10,0	5,1	8,3	76,6
Saarland	307	62,9	37,1	20,2	18,1	22,5	39,2
Sachsen	527	86,1	13,9	36,0	20,1	23,5	20,4
Sachsen-Anhalt	439	51,7	48,3	27,5	6,7	6,4	59,4
Schleswig-Holstein	2 563	8,2	91,8	6,3	0,7	0,6	92,4
Thüringen	285	84,3	15,7	44,8	17,5	14,1	23,6

18.2.5 Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation

	Bevölkerung insgesamt		Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation						Bevölkerung ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation			
	1 000	% ¹	zusammen		mit Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		ohne Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		zusammen		darunter mit Anschluss an Kleinkläranlagen abflusslose Gruben	
			1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	
2010	81 751	78 950	96,6	78 239	95,7	711	0,9	2 801	3,4	2 205	575	
2013	80 586	78 058	96,9	77 489	96,2	568	0,7	2 528	3,1	2 034	489	
davon: 2013 nach Ländern												
Baden-Württemberg	10 598	10 532	99,4	10 531	99,4	1	0,0	65	0,6	42	23	
Bayern	12 549	12 187	97,1	12 162	96,9	25	0,2	362	2,9	317	45	
Berlin	3 394	3 382	99,6	3 382	99,6	–	–	13	0,4	1	12	
Brandenburg	2 447	2 146	87,7	2 146	87,7	–	–	301	12,3	81	220	
Bremen	655	653	99,7	653	99,7	–	–	2	0,3	0	2	
Hamburg	1 743	1 728	99,2	1 728	99,2	–	–	15	0,8	4	10	
Hessen	6 025	5 997	99,5	5 996	99,5	1	0,0	28	0,5	13	15	
Mecklenburg-Vorpommern	1 597	1 416	88,7	1 415	88,6	1	0,1	181	11,3	161	20	
Niedersachsen	7 789	7 359	94,5	7 359	94,5	0	0,0	430	5,5	423	6	
Nordrhein-Westfalen	17 546	17 191	98,0	17 190	98,0	1	0,0	355	2,0	317	36	
Rheinland-Pfalz	3 989	3 963	99,4	3 963	99,4	1	0,0	25	0,6	11	14	
Saarland	992	987	99,5	980	98,8	7	0,7	5	0,5	3	1	
Sachsen	4 042	3 701	91,6	3 584	88,7	117	2,9	341	8,4	290	51	
Sachsen-Anhalt	2 249	2 129	94,7	2 099	93,4	30	1,3	120	5,3	93	26	
Schleswig-Holstein	2 808	2 662	94,8	2 661	94,8	1	0,0	146	5,2	141	5	
Thüringen	2 164	2 023	93,5	1 640	75,8	383	17,7	141	6,5	138	2	

Stand: jeweils 30.6. – Einwohner/-innen am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung.

1 Anteil bezogen auf Bevölkerung insgesamt. 2013: Bevölkerungsfortschreibung nach Zensus 2011.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.6 Klärschlamm Entsorgung aus der öffentlichen Abwasserbehandlung

	Direkte Klärschlamm-entsorgung insgesamt	Davon							
		stoffliche Verwertung							
		zusammen		in der Landwirtschaft ¹		bei landschaftsbaulichen Maßnahmen		sonstige stoffliche Verwertung	
		t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴
2014	1 802 988	722 416	470 882	26,1	216 148	12,0	35 386	2,0	
2015	1 803 087	651 410	427 736	23,7	190 127	10,5	33 547	1,9	
davon: 2015 nach Ländern									
Baden-Württemberg	234 861	11 412	2 376	1,0	7 390	3,1	1 646	0,7	
Bayern	283 658	97 145	39 383	13,9	55 608	19,6	2 154	0,8	
Berlin	53 068	-	-	-	-	-	-	-	
Brandenburg	76 125	30 038	14 619	19,2	13 990	18,4	1 429	1,9	
Bremen	20 398	6 559	5 417	26,6	1 142	5,6	-	-	
Hamburg	50 480	-	-	-	-	-	-	-	
Hessen	151 769	67 767	50 771	33,5	14 221	9,4	2 775	1,8	
Mecklenburg-Vorpommern	32 774	25 962	22 166	67,6	2 314	7,1	1 482	4,5	
Niedersachsen	143 088	105 568	80 938	56,6	16 244	11,4	8 386	5,9	
Nordrhein-Westfalen	404 053	71 290	60 748	15,0	7 762	1,9	2 780	0,7	
Rheinland-Pfalz	90 417	64 188	60 633	67,1	801	0,9	2 754	3,0	
Saarland	18 878	11 840	6 604	35,0	5 236	27,7	-	-	
Sachsen	74 908	41 174	8 831	11,8	28 113	37,5	4 230	5,6	
Sachsen-Anhalt	57 217	38 751	16 370	28,6	17 960	31,4	4 421	7,7	
Schleswig-Holstein	72 712	51 349	50 239	69,1	211	0,3	899	1,2	
Thüringen	38 681	28 367	8 641	22,3	19 135	49,5	591	1,5	

	Davon									
	thermische Entsorgung							sonstige direkte Entsorgung ¹³		
	zusammen		Monoverbrennung ¹²		Mitverbrennung		unbekannt			
	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴	t Trockenmasse	% ¹⁴
2014	1 077 930	425 108	23,6	400 115	22,2	252 707	14,0	2 642	0,1	
2015	1 148 679	432 516	24,0	446 871	24,8	269 292	14,9	2 998	0,2	
davon: 2015 nach Ländern										
Baden-Württemberg	223 449	-	-	-	-	223 449	95,1	-	-	
Bayern	186 325	81 751	28,8	99 482	35,1	5 092	1,8	188	0,1	
Berlin	53 068	53 068	100	-	-	-	-	-	-	
Brandenburg	45 201	158	0,2	44 852	58,9	191	0,3	886	1,2	
Bremen	13 839	4 494	22,0	9 345	45,8	-	-	-	-	
Hamburg	50 480	50 480	100	-	-	-	-	-	-	
Hessen	84 002	55 049	36,3	21 357	14,1	7 596	5,0	-	-	
Mecklenburg-Vorpommern	6 812	186	0,6	6 626	20,2	-	-	-	-	
Niedersachsen	37 404	3 453	2,4	33 951	23,7	-	-	116	0,1	
Nordrhein-Westfalen	332 763	154 790	38,3	149 849	37,1	28 124	7,0	-	-	
Rheinland-Pfalz	26 229	6 088	6,7	20 073	22,2	68	0,1	-	-	
Saarland	7 038	-	-	7 038	37,3	-	-	-	-	
Sachsen	33 734	3 502	4,7	29 970	40,0	262	0,3	-	-	
Sachsen-Anhalt	17 295	9 507	16,6	6 149	10,7	1 639	2,9	1 171	2,0	
Schleswig-Holstein	20 726	9 990	13,7	7 865	10,8	2 871	3,9	637	0,9	
Thüringen	10 314	-	-	10 314	26,7	-	-	-	-	

Einschl. der von anderen Abwasserbehandlungsanlagen bezogenen Klärschlammmenge, ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen. Die regionale Zuordnung erfolgt jeweils nach dem Standort der Abwasserbehandlungsanlage.

1 Nach Klärschlammverordnung (AbfKlärV); im eigenen Bundesland und in anderen Bundesländern verwerteter Klärschlamm nach Bericht für die EU-Kommission.

2 Für 2014: Zum Teil revidierte Werte.

3 Hierzu zählt auch die Abgabe an Trocknungsanlagen, wenn die weitere Entsorgung nicht bekannt ist.

4 Anteil bezogen auf die „Direkte Klärschlamm Entsorgung insgesamt“.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.7 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und Flussgebietseinheiten 2015

Flussgebietseinheit	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³	% des freigesetzten Volumens	
Deutschland	2 600	15 488,0	9 384,6	60,6
Unfälle beim Umgang				
Donau	83	1 778,1	1 406,1	79,1
Rhein	323	3 808,6	2 262,2	59,4
Ems	43	230,8	145,4	63,0
Weser	110	274,0	54,8	20,0
Elbe	168	6 393,3	2 922,3	45,7
Oder	3	114,9	110,1	95,8
Maas	13	52,0	51,3	98,7
Eider	18	69,2	4,2	6,1
Schlei/Trave	19	2 011,9	2 002,0	99,5
Warnow/Peene	6	145,9	144,0	98,7
Unfälle bei der Beförderung				
Donau	175	44,1	18,5	42,1
Rhein	780	234,4	124,8	53,2
Ems	72	55,9	23,6	42,2
Weser	273	81,6	33,0	40,5
Elbe	362	137,7	45,0	32,7
Oder	–	–	–	–
Maas	87	32,0	25,2	78,7
Eider	18	8,5	0,9	10,5
Schlei/Trave	36	5,0	3,4	69,3
Warnow/Peene	11	10,3	7,8	75,7

18.2.8 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und betroffenen Gebieten 2015

Betroffenes Gebiet	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen
	Anzahl	m ³	
Unfälle insgesamt	2 600	15 488,0	9 384,6
Unfälle beim Umgang			
Unfälle zusammen	786	14 878,5	9 102,3
davon im:			
Wasserschutzgebiet	71	362,9	297,8
Heilquellenschutzgebiet	10	0,8	0,1
Überschwemmungsgebiet	13	212,3	20,3
Risikogebiet (Hochwasser)	14	28,8	6,9
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	21	447,3	384,6
anderen Gebiet ¹	657	13 826,4	8 392,6
Unfälle bei der Beförderung			
Unfälle zusammen	1 814	609,4	282,3
davon im:			
Wasserschutzgebiet	195	65,5	29,2
Heilquellenschutzgebiet	15	16,3	15,2
Überschwemmungsgebiet	22	9,9	1,4
Risikogebiet (Hochwasser)	21	8,6	6,9
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	47	6,6	3,6
anderen Gebiet ¹	1 514	502,6	226,0

1 Einschl. ohne Angabe.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.9 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Wassergefährdungsklassen
 und Unfallbereichen

	Unfälle insgesamt	Dabei		
		freigesetztes Volumen	nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
2014	2 539	11 861,4	4 588,9	38,7
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 130	270,0	56,7	21,0
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	122	6 968,3	2 272,9	32,6
2015	2 600	15 488,0	9 384,6	60,6
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 288	183,6	42,1	22,9
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	116	9 751,6	5 735,8	58,8
2015 nach Wassergefährdungsklassen (WGK) und Arten der freigesetzten Stoffe				
WGK 1	200	806,7	257,3	31,9
WGK 2	1 654	613,7	188,0	30,6
WGK 3	366	590,0	26,5	4,5
WGK unbekannt ¹	380	13 477,6	8 912,8	66,1
Mineralölprodukte zusammen	2 220	762,9	240,6	31,5
WGK 1	100	73,4	8,5	11,6
WGK 2	1 605	554,9	164,4	29,6
WGK 3	337	80,9	20,5	25,3
WGK unbekannt	178	53,8	47,2	87,7
Sonstige Stoffe zusammen	380	14 725,0	9 144,0	62,1
WGK 1	100	733,3	248,8	33,9
WGK 2	49	58,9	23,6	40,1
WGK 3	29	509,1	6,0	1,2
WGK unbekannt ¹	202	13 423,8	8 865,6	66,0
2015 nach Unfallbereichen und Wassergefährdungsklassen (WGK) der freigesetzten Stoffe				
Unfälle beim Umgang zusammen	786	14 878,5	9 102,3	61,2
WGK 1	109	710,6	216,4	30,5
WGK 2	438	368,7	121,0	32,8
WGK 3	66	569,2	19,2	3,4
WGK unbekannt ¹	173	13 230,0	8 745,8	66,1
Lageranlagen ¹	512	11 222,0	6 149,1	54,8
Abfüll- und Umschlaganlagen ¹	68	269,9	207,7	76,9
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen ¹	97	628,1	375,9	59,8
Innerbetriebliche Beförderung ¹	109	2 758,6	2 369,7	85,9
Unfälle bei der Beförderung zusammen	1 814	609,4	282,3	46,3
WGK 1	91	96,1	40,9	42,6
WGK 2	1 216	245,1	67,0	27,3
WGK 3	300	20,8	7,4	35,6
WGK unbekannt ¹	207	247,6	167,0	67,4
Straßenfahrzeuge ¹	1 690	520,4	215,8	41,5
Eisenbahnwagen	21	8,9	3,5	39,1
Schiffe	91	62,7	47,1	75,0
Rohrfernleitungen	1	15,0	15,0	100
Sonstige Beförderungsmittel	11	2,5	1,0	38,8

¹ Enthält auch Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärsubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe.

18.3 Abfallbilanz 2015

	Abfallaufkommen insgesamt	Davon Verbleib in Abfallentsorgungsanlagen mit							Verwertungsquote ¹	Recyclingquote ²
		Beseitigungsverfahren				Verwertungsverfahren				
		zusammen	Ablagerung	thermische Beseitigung	Behandlung zur Beseitigung	zusammen	energetische Verwertung	stoffliche Verwertung		
1 000 t									%	
Abfallaufkommen insgesamt	402 229	84 497	71 570	8 356	4 571	317 732	43 113	274 619	79	68
Gefährliche Abfälle ³	23 686	7 756	4 066	1 564	2 126	15 930	2 629	13 302	67	56
Nicht gefährliche Abfälle ³	378 543	76 741	67 503	6 793	2 445	301 802	40 484	261 318	80	69
Siedlungsabfälle⁴ insgesamt	51 625	5 104	104	3 917	1 084	46 521	12 068	34 453	90	67
davon:										
Haushaltstypische Siedlungsabfälle	45 930	4 303	4	3 421	878	41 626	10 339	31 288	91	68
davon:										
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle gemeinsam über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	14 147	3 859	–	3 068	791	10 288	7 845	2 443	73	17
Sperrmüll	2 495	270	–	195	75	2 225	791	1 434	89	57
Abfälle aus der Biotonne	4 232	–	–	–	–	4 232	85	4 147	100	98
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	5 771	3	1	0	2	5 768	145	5 623	100	97
Andere getrennt gesammelte Fraktionen	19 286	172	3	158	10	19 114	1 474	17 640	99	91
Glas	2 553	2	2	0	0	2 551	1	2 550	100	100
Papier, Pappe, Kartonagen	8 103	3	–	2	1	8 100	53	8 047	100	99
gemischte Verpackungen/Wertstoffe	5 952	140	1	135	4	5 811	886	4 925	98	83
Elektroaltgeräte	591	0	–	–	0	591	1	590	100	100
Sonstiges (Verbunde, Metalle, Textilien usw.)	2 087	26	1	21	5	2 060	532	1 528	99	73
Sonstige Siedlungsabfälle	5 695	800	100	495	205	4 895	1 729	3 165	86	56
davon:										
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, getrennt vom Hausmüll angeliefert oder eingesammelt	3 506	531	1	436	94	2 974	1 609	1 365	85	39
Straßenkehricht/Garten- und Parkabfälle (Boden und Steine)	986	215	90	42	83	770	53	717	78	73
Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	928	6	–	2	4	922	47	875	99	94
Marktabfälle	60	8	–	5	2	53	3	50	88	83
Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	11	0	0	0	0	10	0	10	96	96
Andere getrennt gesammelte Fraktionen ..	205	40	9	9	22	165	18	147	81	72
Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen	31 426	30 818	30 789	1	28	608	5	603	2	2
Bau- und Abbruchabfälle	208 997	23 836	22 725	126	985	185 161	1 459	183 702	89	88
darunter:										
Boden (einschl. Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut	120 978	18 197	17 577	11	609	102 781	3	102 778	85	85
Übrige Abfälle (insbesondere aus Produktion und Gewerbe)	59 218	17 780	13 075	3 042	1 663	41 438	13 911	27 527	70	46
Sekundärabfälle⁵	50 964	6 959	4 877	1 271	811	44 004	15 671	28 333	86	56

1 Anteil des Inputs aller mit einem Verwertungsverfahren eingestuftem Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.

2 Anteil des Inputs aller mit dem Verfahren „Stoffliche Verwertung“ eingestuftem Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.

3 Die Abfallarten sind durch die Abfallverzeichnisverordnung bestimmt. Gefährliche Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind dort mit einem Sternchen (*) versehen. Alle anderen gelten als nicht gefährliche Abfälle.

4 Siedlungsabfälle: Haushaltsabfälle und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehricht.

5 Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen ohne Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (EAV 1908), Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser (EAV 1909), Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser (EAV 1913) und Sekundärabfälle, die als Rohstoffe/Produkte aus dem Entsorgungsprozess herausgehen.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.1 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als							
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel	
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen		
	t									
Insgesamt	9 347	73	7 136	4 933	245	1 958	616	1 404	191	
	nach Stoffarten									
FKW	95	1	7	7	-	-	.	.	87	
darunter:										
R 14	54	2	7	7	-	-	.	.	46	
R 116	35	0	-	-	-	-	-	-	35	
R 318	6	0	-	-	-	-	-	-	6	
H-FKW	7 073	38	5 011	4 060	42	909	.	1 354	.	
darunter:										
R 23	20	2	12	7	.	.	-	-	8	
R 134	27	2	27	10	1	16	-	-	-	
R 134a	6 573	73	4 939	4 014	41	884	606	1 008	20	
R 143a	1	0	1	-	-	1	-	-	-	
R 152a	229	-10	-	-	-	-	.	.	.	
R 227ea	71	10	3	.	.	2	-	11	58	
R 245fa	31	-27	.	-	-	.	-	.	-	
R 365mfc	81	-32	-	-	-	-	-	81	-	
R 1234yf	23	9	23	22	-	1	-	-	-	
FKW und H-FKW zusammen	7 168	40	5 018	4 067	42	909	.	1 354	.	
Blends	2 179	33	2 117	867	203	1 048	.	50	.	
darunter:										
R 404 A	840	-63	840	288	48	505	-	-	-	
R 407 A	27	14	27	16	2	9	-	-	-	
R 407 C	500	-25	500	218	42	240	-	-	-	
R 407 F	49	13	49	19	17	13	-	-	-	
R 410 A	403	41	403	269	10	123	-	-	-	
R 417 A	21	0	21	12	3	6	-	-	-	
R 422 A	7	-1	7	-	2	5	-	-	-	
R 422 D	145	2	145	5	59	81	-	-	-	
R 437 A	6	0	6	-	1	5	-	-	-	
R 507 A	100	-6	100	36	6	57	-	-	-	
	nach Wirtschaftszweigen²									
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 316	31	.	.	.	19	159	1 121	.	
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ..	427	-42	3	1	-	2	.	.	-	
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	71	-3	66	51	0	15	-	.	.	
28 Maschinenbau	1 468	35	1 393	884	84	425	.	.	71	
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	3 265	12	3 263	3 237	1	24	-	.	.	
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	672	-48	672	311	47	314	-	-	-	
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ³	898	29	898	313	91	494	-	.	.	
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	448	35	433	-	-	433	.	-	.	
Übrige Wirtschaftszweige	782	23	386	134	21	231	33	279	85	

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.2 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen CO₂-Äquivalent 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als						
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr ²	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen	
1 000 t CO ₂ -Äquivalent									
Insgesamt	17 171	71	13 430	8 263	597	4 570	870	1 652	1 219
nach Stoffarten									
FKW	883	7	53	53	-	-	.	.	828
darunter:		0							
R 14	396	12	53	53	-	-	.	.	340
R 116	428	-2	-	-	-	-	-	-	428
R 318	60	-2	-	-	-	-	-	-	60
H-FKW	10 142	166	7 296	5 869	61	1 367	.	1 599	.
darunter:		0							
R 23	302	39	181	108	.	.	-	-	121
R 134	30	2	30	11	1	18	-	-	-
R 134a	9 400	105	7 063	5 739	59	1 264	867	1 442	28
R 143a	3	-1	3	-	-	3	-	-	-
R 152a	28	-2	-	-	-	-	.	.	.
R 227ea	230	34	9	.	.	5	-	34	188
R 245fa	32	-27	.	-	-	.	-	.	-
R 365mfc	64	-25	-	-	-	-	-	64	-
R 1234yf	0	0	0	0	-	0	-	-	-
FKW und H-FKW zusammen	11 026	174	7 348	5 921	61	1 367	.	1 599	.
Blends	6 146	-102	6 082	2 342	536	3 203	.	53	.
darunter:									
R 404 A	3 294	-246	3 294	1 128	187	1 980	-	-	-
R 407 A	58	31	58	34	4	19	-	-	-
R 407 C	887	-44	887	387	75	425	-	-	-
R 407 F	90	25	90	34	31	24	-	-	-
R 410 A	841	85	841	563	20	258	-	-	-
R 417 A	48	1	48	27	6	15	-	-	-
R 422 A	23	-1	23	1	6	16	-	-	-
R 422 D	397	6	397	13	162	222	-	-	-
R 437 A	10	-1	10	-	1	9	-	-	-
R 507 A	398	-23	398	145	25	229	-	-	-
nach Wirtschaftszweigen³									
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 899	88	.	.	.	74	225	1 558	.
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ..	613	-61	7	2	-	5	.	.	-
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	148	-1	131	99	1	31	-	.	.
28 Maschinenbau	3 228	27	3 010	1 651	196	1 163	.	.	212
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	4 649	3	4 646	4 603	3	41	-	.	.
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1 606	-120	1 606	735	115	756	-	-	-
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ⁴	2 281	4	2 280	745	231	1 304	-	.	.
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	754	46	643	-	-	643	.	-	.
Übrige Wirtschaftszweige	1 994	85	1 012	408	51	553	37	91	855

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Um die Vergleichbarkeit der CO₂-Äquivalente (GWP-Wert) darzustellen sind die Werte für das Berichtsjahr 2012 rückwirkend an den Stand der CO₂-Äquivalente nach IPCC-2007 angepasst worden.

3 H. v. = Herstellung von.

4 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.5 Straftaten gegen die Umwelt

	Insgesamt	Art der Straftat (§§ des Strafgesetzbuches)									
		Gewässerverunreinigung	Bodenverunreinigung	Luftverunreinigung	Verursachen von Lärm, Erschütterungen und nicht ionisierenden Strahlen	umweltgefährdende Abfallbeseitigung	unerlaubtes Betreiben von Anlagen	unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen u. a. gefährlichen Stoffen und Gütern	Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete	besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat	schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften
		(324)	(324a)	(325)	(325a)	(326)	(327)	(328)	(329)	(330)	(330a)
Straftaten ¹											
1995	35 643	7 075	1 602	377	66	24 619	1 526	124	62	108	84
2000	34 415	5 912	2 294	311	42	24 349	1 144	168	47	.	148
2005	18 376	3 759	1 748	176	45	11 909	559	115	15	.	50
2006	17 305	3 791	1 511	195	64	10 786	551	140	24	.	243
2007	16 528	3 439	1 639	198	68	10 357	517	117	28	.	165
2008	14 999	3 291	1 253	188	65	9 426	531	128	31	.	86
2009	14 474	3 119	1 135	211	18	9 227	534	145	29	.	56
2010	13 716	3 001	1 072	204	25	8 726	495	108	22	.	63
2011	13 342	2 912	999	256	24	8 486	469	113	36	.	47
2012	12 749	2 587	1 038	165	23	8 189	494	108	30	.	115
2013	12 333	2 561	960	139	25	7 907	455	102	34	.	150
2014	13 553	2 735	948	137	17	8 923	482	117	46	.	148
2015	12 485	2 661	941	119	17	8 115	402	108	28	.	94
Verurteilte ²											
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
1995	3 306	537	44	9	–	2 456	239	7	2	9	3
2000	3 417	284	123	10	1	2 873	112	9	2	1	2
2005	2 209	207	87	7	–	1 822	74	5	–	6	1
2006	1 873	214	66	5	–	1 525	56	4	–	3	–
Deutschland											
2007	1 807	182	108	2	–	1 417	91	5	–	2	–
2008	1 505	168	87	4	–	1 140	90	6	1	7	2
2009	1 334	167	71	7	2	1 014	66	3	–	3	1
2010	1 301	154	76	7	–	986	70	3	1	4	–
2011	1 163	164	63	3	–	870	49	5	1	7	1
2012	1 078	129	60	3	–	797	79	2	1	7	–
2013	1 094	108	51	3	1	864	57	1	–	6	3
2014	1 111	93	46	5	–	882	69	8	2	5	1
2015	1 100	115	37	1	1	892	48	2	–	3	1

1 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik).

2 Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Energie“

18.6.1 Material- und Energieflüsse – Entnahmen

	2005	2010	2013	2014
	Mill. t			
Verwertete inländische Entnahme ¹	1 082	1 021	1 060	1 103
Abiotische verwertete Rohstoffe	834	772	798	799
Energieträger	221	196	202	197
dar. Braunkohle	178	169	183	178
Mineralische Rohstoffe	613	576	596	602
Erze	0	0	0	0
Sonstige mineralische Rohstoffe	613	576	596	601
Baumineralien	550	511	535	543
dar. Feldsteine, Kiese, gebrochene Natursteine	343	322	338	338
Industriemineralien	63	64	61	59
Biotische verwertete Rohstoffe	248	249	262	304
Pflanzliche Biomasse aus der Landwirtschaft	221	223	234	276
Biomasse aus der Forstwirtschaft (Laub- und Nadelholz)	27	26	28	28
Biomasse von Tieren ²	0	0	0	0
Entnahme von Gasen	1 113	1 092	1 084	1 030
dar. Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	1 033	1 014	1 005	951
Einfuhr ³	564	593	607	624
Rohstoffe	326	323	333	340
Halbwaren	114	127	129	132
Fertigwaren	122	140	142	148
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme	2 183	2 115	2 043	2 018
dar. Abraum der Braunkohle	1 727	1 707	1 630	1 585

- 1 Summenbildung ohne Gase.
- 2 Beinhaltet ausschl. Jagdstrecke und Fischerei ohne Aquakulturen.
- 3 Einschl. importierter Abfall zur Endbehandlung und Entsorgung.

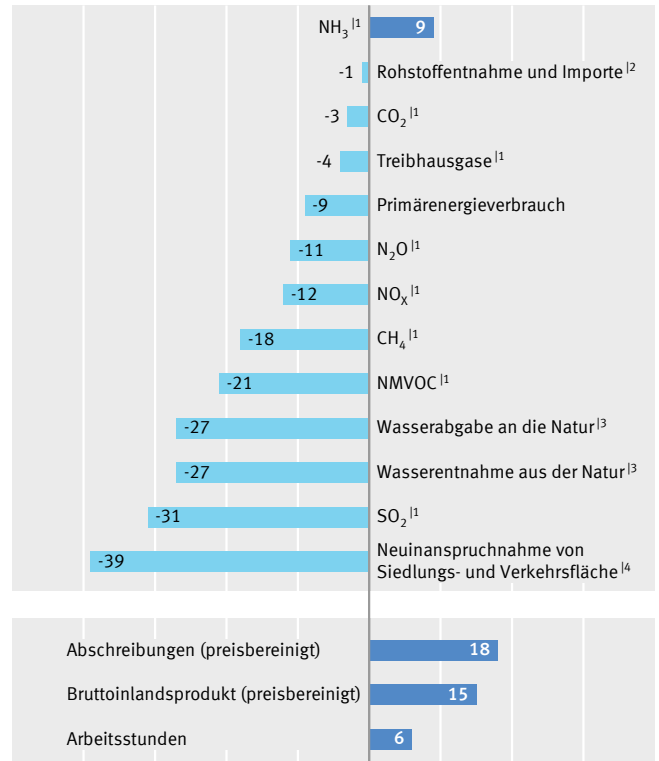
18.6.2 Material- und Energieflüsse – Abgaben

	2005	2010	2013	2014
	Mill. t			
Verwertete inländische Abgabe	1 649	1 629	1 626	1 553
Abgabe an die Luft (Treibhausgase ¹ und Luftschadstoffe)	877	842	845	802
dar. Kohlendioxid	866	832	836	793
Dissipativer Gebrauch von Produkten	35	36	35	34
dar. organischer Dünger	26	24	24	25
Dissipative Verluste (Brems- und Reifenverluste)	0	0	0	0
Abgabe von sonstigen Gasen	737	750	746	716
dar. Wasser aus Verbrennungs- prozessen	600	616	611	580
Ausfuhr	357	365	370	381
Rohstoffe	78	80	76	78
Halbwaren	130	120	125	130
Fertigwaren	149	164	169	173
Nichtverwertete inländische Abgabe ²	2 183	2 115	2 043	2 018
Saldo	753	712	755	824
dar. Abfall an Deponie	46	34	42	45

- 1 Ohne FCKW und Halone.
- 2 Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Die Tabelle zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie vermittelt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden an die europäischen Vorgaben angepasst.

Eingesetzte Umweltressourcen
Veränderungsrate 2015 gegenüber 2005, in %



- 1 2014.
- 2 Abiotisch, teilweise vorläufige Ergebnisse.
- 3 2013 gegenüber 2004.
- 4 2014. – Gleitendes Vierjahresmittel.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.3 Primärenergieverbrauch

	2005	2010	2011	2012	2013	2014
	PJ					
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	166	182	181	204	211	204
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	90	73	91	58	59	57
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	3 992	3 904	3 948	3 869	3 897	3 866
Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren	224	228	223	227	225	226
Papier, Pappe und Waren daraus	305	249	239	230	243	236
Chemische Erzeugnisse	1 400	1 442	1 450	1 414	1 399	1 416
Glas-, -waren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	255	280	292	280	278	279
Metalle	684	653	691	691	662	652
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	3 536	3 483	3 227	3 038	3 057	2 994
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	112	126	121	117	134	123
Bauarbeiten	231	226	241	214	215	219
Handelsleistungen, Instandhaltung- und Reparaturarbeiten an Kfz	435	414	390	389	405	389
Verkehrs- und Lagereleistungen	1 147	1 200	1 150	1 192	1 217	1 184
Beherbergungs- und Gastronomie-dienstleistungen	120	111	103	101	107	96
Informations- und Kommunikations-dienstleistungen	103	90	89	90	91	82
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	48	45	40	40	44	39
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	35	37	36	37	38	37
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	168	188	177	177	186	182
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	22	24	23	21	22	29
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	159	163	145	137	148	140
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	130	122	102	90	98	90
Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens	176	182	163	160	169	166
Sonstige Dienstleistungen	163	146	125	123	125	124
Alle Produktionsbereiche	10 834	10 716	10 352	10 058	10 219	10 020
Private Haushalte	3 948	4 016	3 700	3 775	3 914	3 542
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept) ¹⁾	14 781	14 732	14 052	13 833	14 134	13 562
Bunkerungssaldo ²⁾	- 498	- 567	- 537	- 558	- 539	- 511
Fackel- und Leitungsverluste/ Statistische Differenz ³⁾	275	37	69	172	227	129
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inlandskonzept) ⁴⁾	14 558	14 201	13 584	13 447	13 822	13 180

1 Kraftwerksverluste und Eigenverbrauch beim Energieerzeuger.

2 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

3 Differenz zwischen aufkommens- und verwendungsseitiger Berechnung.

4 Konzept der nationalen Energiebilanz.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

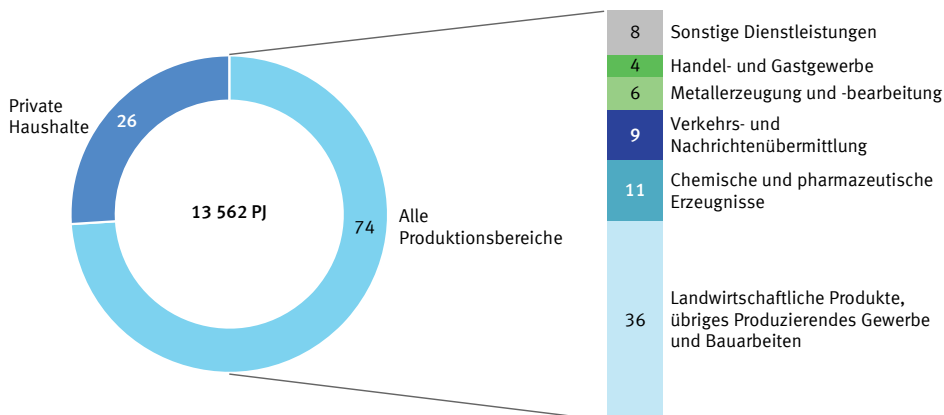
18.6.4 Verwendung von Energieträgern im Inland

	2005	2010	2011	2012	2013	2014
	PJ					
Steinkohle	2 108	2 004	2 007	1 969	2 063	1 993
Braunkohle	1 708	1 652	1 719	1 798	1 779	1 721
Erdöl (roh)	4 920	4 053	3 979	4 042	3 940	3 881
Ottokraftstoffe	1 245	987	996	925	902	900
Flugturbinenkraftstoff	386	384	386	391	405	389
Dieselmotorkraftstoff	1 294	1 404	1 442	1 450	1 500	1 521
Heizöl	1 778	1 571	1 360	1 440	1 459	1 277
Flüssiggas	149	157	153	157	162	133
Andere Mineralölprodukte	1 411	1 302	1 287	1 244	1 263	1 301
Erdgas, Erdölgas	3 111	3 245	2 960	2 941	3 003	2 718
Andere Gase	227	231	232	227	234	227
Erneuerbare Energien	1 061	1 783	1 840	1 608	1 705	1 742
Wasserkraft	70	75	64	78	83	71
Wind-, Photovoltaikanlagen	103	178	246	277	298	336
Holz, Stroh und andere feste Stoffe	338	532	511	458	525	479
Biodiesel und andere flüssige Stoffe	192	318	292	130	121	125
Klärgas einschl. Biogas	42	291	320	261	282	306
Siedlungsabfälle einschl. Deponiegas	88	106	110	114	127	131
Geo-/Solarthermie, Wärmepumpen	17	39	43	60	62	68
Nicht erneuerbare Abfälle, Abwärme und Andere	211	244	255	231	208	226
Strom	2 098	2 096	2 065	2 096	2 095	2 051
Kernenergie	1 779	1 533	1 178	1 085	1 061	1 060
Fernwärme	469	495	450	461	446	395
Energieträger insgesamt	23 741	22 899	22 054	21 833	22 019	17 767
– Ausstoß der Umwandlungsbereiche	8 959	8 167	8 002	8 000	7 885	7 747
+ Fackel- und Leitungsverluste ¹⁾ / Statistische Differenz ²⁾	275	37	69	172	227	129
– Bunkerungssaldo ³⁾	498	567	537	558	539	511
Primärenergieverbrauch insgesamt⁴⁾	14 558	14 201	13 584	13 447	13 822	13 180

- 1 Fackel- und Leitungsverluste werden nicht dem Verbraucher/der Verbraucherin zugeordnet.
- 2 Differenz zwischen aufkommenseitiger und verwendungseitiger Berechnung.
- 3 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.
- 4 Konzept der nationalen Energiebilanz (Inlandskonzept).

Primärenergieverbrauch 2014

in %



Umwandlungen werden den (End-)Abnehmern zugerechnet.

2017 - 01 - 0303

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.5 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Treibhausgasemissionen (einschließlich CO₂-Emissionen aus Biomasse)

	2005	2010	2014
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente		
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	74 341	75 404	80 791
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	12 946	7 771	6 712
Hergestellte Waren	190 403	182 496	172 218
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	402 732	417 803	407 229
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	37 592	32 871	30 541
Bauarbeiten	9 024	8 789	9 203
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz	19 515	19 183	17 626
Verkehrs- und Lagereleistungen	79 815	86 978	88 024
Dienstleistungen	46 406	45 903	41 466
Alle Produktionsbereiche	872 776	877 199	853 810
Private Haushalte	232 970	236 318	207 732
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 105 746	1 113 517	1 061 542
Übergangssaldo¹	- 49 339	- 57 367	- 56 099
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Brutto)	1 056 407	1 056 149	1 005 443
Emissionen/Absorptionen aus LULUCF ²	- 12 110	- 16 323	- 14 977
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Netto)	1 044 297	1 039 826	990 466

Die Treibhausgasemissionen umfassen die Emissionen an CO₂, N₂O, CH₄, SF₆ sowie die voll- und teilfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFCs und HFCs). Die Luftemissionen wurden gegliedert nach Produktionsbereichen einerseits und Energieträgern bzw. Prozessen andererseits. Die Daten basieren auf emissionsrelevanten Energieeinsätzen und sonstigen emissionserzeugenden Anlagen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Bei der Berechnung, die auf Daten des Umweltbundesamtes beruhen, wurden spezifische Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

- 1 Der Übergangssaldo bewirkt den Übergang vom Inländer- (VGR) zum Inlandskonzept, welches für das Reporting gemäß Kyoto-Protokoll verwendet wird.
- 2 Die Berücksichtigung des Saldos von Emission und Absorption von CO₂ durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) führt vom Brutto- zum Nettowert.

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2014
	t		
Schwefeldioxid (SO₂)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	2 015	2 673	2 979
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	5 769	4 443	4 615
Hergestellte Waren	166 794	144 591	128 796
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	218 740	207 836	201 173
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	339	194	367
Bauarbeiten	1 437	969	859
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	330 008	172 363	158 678
Alle Produktionsbereiche	725 101	533 069	497 466
Private Haushalte	47 564	50 006	34 341
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	772 665	583 075	531 807
Stickstoffoxide (NO_x)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	165 328	158 734	166 759
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	4 877	3 757	3 227
Hergestellte Waren	222 884	199 199	180 123
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	289 806	321 521	308 612
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	59 533	39 822	27 455
Bauarbeiten	62 300	45 947	40 506
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	802 095	834 216	778 741
Alle Produktionsbereiche	1 606 822	1 603 197	1 505 423
Private Haushalte	431 868	312 901	279 260
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	2 038 690	1 916 098	1 784 682
Ammoniak (NH₃)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	632 346	642 817	703 752
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	24	18	15
Hergestellte Waren	13 523	12 744	12 622
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	2 341	2 385	2 444
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 002	3 185	3 606
Bauarbeiten	121	112	105
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	2 923	2 959	2 763
Alle Produktionsbereiche	654 279	664 219	725 307
Private Haushalte	27 537	20 810	17 282
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	681 816	685 029	742 589

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2014
	t		
Flüchtige Kohlenwasserstoffe ohne Methan (NMVOC)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	228 543	218 232	219 746
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	1 650	1 215	1 268
Hergestellte Waren	529 812	615 823	500 936
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 878	14 053	12 419
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	2 823	1 432	819
Bauarbeiten	7 790	5 353	3 320
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	89 130	88 338	81 531
Alle Produktionsbereiche	871 626	944 448	820 040
Private Haushalte	519 849	353 935	279 747
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 391 474	1 298 383	1 099 787
Feinstaubemissionen (PM₁₀)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	50 167	51 682	56 101
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	16 799	15 224	15 975
Hergestellte Waren	28 161	19 418	18 742
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	12 071	11 678	11 002
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 094	2 146	1 474
Bauarbeiten	7 269	6 158	5 994
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	215 788	136 606	134 822
Alle Produktionsbereiche	333 349	242 913	244 109
Private Haushalte	64 553	71 266	58 511
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	397 902	314 179	302 619

18.6.7 Wasserentnahme und Wasserabgabe nach Produktionsbereichen 2013

	Entnahme von Wasser aus der Natur	Fremdbezug	Wassereinsatz (Sp. 1 + Sp. 2)	Wasserausbau	Wassereinbau in andere Materialien	Wasserabgabe (Sp. 3 + Sp. 4 – Sp. 5)	Abgabe an Abwasserbeseitigung	Abgabe von Wasser an die Natur (Sp. 6 – Sp. 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
	Mill. m ³							
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	385	159	543	0	251	292	20	272
Kohle	1 083	20	1 103	0	0	1 103	1	1 102
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse und Dienstleistungen	391	2	393	0	0	393	3	390
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	245	171	416	0	41	376	161	214
Textilien, Bekleidung, Leder und Lederwaren	15	15	30	0	0	30	15	16
Holz, Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)	3	5	8	0	0	8	2	6
Papier, Pappe und Waren daraus	427	34	461	0	0	461	47	414
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	82	36	118	0	0	118	6	112
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2 062	448	2 509	0	0	2 509	264	2 245
Gummi- und Kunststoffwaren	44	17	62	0	0	62	9	52
Glas, Glaswaren, Keramik; verarbeitete Steine und Erden	128	33	162	0	0	162	21	140
Metalle und Metallerzeugnisse	365	84	449	0	0	449	42	407
Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	34	23	57	0	0	57	21	36
Maschinen	26	12	37	0	0	37	12	25
Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie sonstige Fahrzeuge	53	20	73	0	0	73	19	54
Möbel und Waren a.n.g.	11	8	19	0	0	19	6	13
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	13 830	365	14 195	0	0	14 195	16	14 178
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung	5 605	- 4 997	608	0	0	608	97	510
Dienstleistungen der Abwasser-, Abfallentsorgung und der Rückgewinnung	4 819	3	4 822	0	0	4 822	- 4 174	8 997
Bauarbeiten und Dienstleistungen	54	597	651	0	0	651	563	88
Alle Produktionsbereiche	29 662	- 2 946	26 716	0	292	26 424	- 2 848	29 273
Privater Verbrauch	24	2 943	2 967	190	0	3 158	2 848	309
Produktionsbereiche und privater Verbrauch insgesamt	29 686	- 3	29 683	190	292	29 582	0	29 582

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.8 Abgabe von Wasser nach ausgewählten Produktionsbereichen 2013

	Insgesamt	Abwasser			Wasserverluste	Verdunstung	Fremd- und Regenwasser
		zusammen	direkt abgeleitet	indirekt abgeleitet			
Mill. m ³							
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	292	20	0	20	0	272	0
Kohle; Erdöl und Erdgas	1 103	1 082	1 080	1	0	21	0
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse und Dienstleistungen	393	364	361	3	0	29	0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakerzeugnisse	376	348	187	161	0	28	0
Papier, Pappe und Waren daraus	461	400	353	47	0	61	0
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2 509	2 409	2 144	264	0	101	0
Metalle und Metallerzeugnisse	449	371	329	42	0	78	0
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	14 195	13 914	13 898	16	0	281	0
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung	607	136	39	97	470	0	0
Dienstleistungen der Abwasser-, Abfallentsorgung und der Rückgewinnung	4 823	18	0	18	0	1	4 804
Übrige Produktionsbereiche	1 217	1 014	341	674	0	202	0
Alle Produktionsbereiche	26 424	20 075	18 732	1 344	470	1 074	4 804
Privater Verbrauch	3 158	3 068	219	2 848	0	90	0
Produktionsbereiche und privater Verbrauch zusammen	29 582	23 143	18 951	4 192	470	1 164	4 804

18.7 Umweltzustand – Waldschäden

18.7.1 Waldschäden nach Ländern

Die Erfassung der Schäden erfolgt nach den Schadstufen 0 bis 4. In der Schadstufe 0 (ohne Schadmerkmale) werden Bäume erfasst, deren Nadel- bzw. Blattverlust unter 10% liegt. Der Schadstufe 1 (Warnstufe; schwach geschädigt) werden Bäume mit einer Kronenverlichtung von 11% bis 25% zugeordnet. Erst ab der Schadstufe 2 (Nadel- bzw. Blattverlust über 25%) sind eindeutige Schäden festzustellen. Daher repräsentieren die zusammengefassten Schadstufen 2 bis 4 die geschädigte Waldfläche. Die Ergebnisse basieren auf den jährlichen Waldschadenserhebungen der Landesforstverwaltungen.

	Waldschäden der Probestämme der Schadstufe 2 – 4			
	2005	2010	2015	2016
	%			
Deutschland	29	23	24	28
Baden-Württemberg	43	35	36	37
Bayern	32	27	24	32
Berlin	41	24	13	11
Brandenburg	14	7	9	9
Bremen ¹	7	11	.	.
Hamburg ²
Hessen	33	25	29	40
Mecklenburg-Vorpommern	12	17	14	15
Niedersachsen	13	17	16	20
Nordrhein-Westfalen	25	23	26	29
Rheinland-Pfalz	31	26	25	27
Saarland	33	27	30	29
Sachsen	15	14	17	16
Sachsen-Anhalt	20	15	18	18
Schleswig-Holstein	33	26	19	19
Thüringen	34	32	31	37

1 Für 2015 und 2016 liegen keine Angaben vor.

2 Ab 2002 liegen keine Angaben mehr vor.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.7.2 Waldschäden nach Baumarten und Altersstufen

	Anteil der Schadstufen ¹ an den Probestämmen				
	Schadstufe 0	Schadstufe 1	Schadstufe 2 – 4		
	Bäume insgesamt		Bäume bis 60 Jahre	Bäume über 60 Jahre	
%					
2016					
Fichte	35	34	31	9	43
Kiefer	35	51	14	7	17
Sonstige Nadelbäume ²	42	35	23	10	36
Buche	12	36	52	19	57
Eiche	24	48	28	7	29
Sonstige Laubbäume ³	38	39	23	15	29
2005					
Fichte	27	42	31	8	45
Kiefer	34	47	19	10	26
Sonstige Nadelbäume ²	35	40	25	13	40
Buche	16	40	44	14	53
Eiche	15	34	51	17	62
Sonstige Laubbäume ³	44	40	16	14	20

1 Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 Vor allem Tanne, Lärche, Douglasie.

3 Hauptsächlich Esche, Ahorn, Birke, Erle, Hainbuche, Linde und Pappel.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.1 Umweltschutzausgaben

	2010 ¹	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹
	Mill. EUR				
Ausgaben für Umweltschutz	49 939	53 080	54 139	56 211	58 248
Staat	8 576	9 224	8 491	8 614	8 816
Unternehmen	28 548	30 887	32 649	34 477	36 236
private Haushalte	12 815	12 969	12 999	13 120	13 196
Investitionen für Umweltschutz	10 279	11 415	10 599	10 338	10 574
Staat	2 726	3 434	2 578	2 698	2 716
Unternehmen	7 553	7 981	8 021	7 640	7 858
Laufende Ausgaben für Umweltschutz²	39 660	41 665	43 540	45 873	47 674
Staat	5 850	5 790	5 913	5 916	6 100
Unternehmen	20 995	22 906	24 628	26 837	28 378
private Haushalte	12 815	12 969	12 999	13 120	13 196

1 Vorläufig und teilweise geschätzt. Ohne geleistete/erhaltene Umwelttransfers (zum Beispiel Subventionen), ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Kann Deckungsbeitrag für Investitionen enthalten.

18.8.2 Einnahmen ausgewählter umweltbezogener Steuern

	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Mill. EUR							
Umweltbezogene Steuern	55 672	55 227	58 502	58 058	57 736	57 652	58 528	58 268
davon:								
Energiesteuer	46 999	46 739	49 175	48 667	48 267	48 161	48 700	48 242
Energiesteuer ¹	40 101	39 838	40 036	39 305	39 364	39 758	39 594	40 091
Stromsteuer	6 462	6 171	7 247	6 973	7 009	6 638	6 593	6 569
Emissionsberechtigungen	–	390	653	528	321	773	863	868
Kernbrennstoffsteuer ²	–	–	922	1 577	1 285	708	1 371	422
Beitrag zum Erdölbevorratungs- verband	436	340	316	284	288	284	280	292
Verkehrssteuer	8 673	8 488	9 327	9 391	9 469	9 491	9 828	10 026
Kraftfahrzeugsteuer	8 673	8 488	8 422	8 443	8 490	8 501	8 805	8 952
Luftverkehrssteuer	–	–	905	948	978	990	1 023	1 074

1 Bis einschl. 2006 unter der Bezeichnung „Mineralölsteuer“ nachgewiesen.

2 Diese wurde nachträglich für verfassungswidrig erklärt und wird einschl. Zinsen zurückgezahlt.

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.3 Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

Seit 2002 gibt es eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für Deutschland. Diese wurde im Jahr 2016 durch die Bundesregierung zur **Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie** überarbeitet. Ein Großteil der bekannten Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist, teilweise leicht angepasst und mit neuen Zielen, auch wieder Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Das Statistische Bundesamt übernimmt die regelmäßige Berichterstattung in Indikatorenberichten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Tabelle zeigt Zeitreihen derjenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die Entwicklungen in den Bereichen Umwelt und Ökonomie abbilden. Die Nummer in Klammern entspricht der Nummer des jeweiligen Indikators in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nähere Informationen hierzu siehe www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de

	Einheit	2010	2012	2013	2014 ¹¹	2015 ¹¹
Stickstoffüberschuss (2.1.a) ¹²	kg/ha	96	95
Ökologischer Landbau (2.1.b)	%	5,6	5,8	6,0	6,2	6,3
Emissionen von Luftschadstoffen (3.2.a) ¹³	2005 = 100	91,8	87,3	87,5	83,9	...
Bevölkerung mit erhöhter Feinstaubexposition (3.2.b) ¹⁴	Anzahl in Mill.	28,9	12,2	14,3	12,4	...
Phosphor in Fließgewässern (6.1.a)	Anteil in % ¹⁵	31,9	35,4	35,9	34,8	...
Nitrat im Grundwasser (6.2.b)	Anteil in % ¹⁶	81,7	81,0	81,4	81,8	...
Endenergieproduktivität (7.1.a) ¹⁷	2008 = 100	96,6	105,0	102,3	109,7	109,3
Primärenergieverbrauch (7.1.b) ¹⁷	2008 = 100	98,9	93,5	96,1	91,7	92,4
Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch (7.2.a) ¹⁸	%	10,9	12,8	13,1	13,6	14,9
Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch (7.2.b) ¹⁸	%	17,0	23,5	25,1	27,3	31,6
Gesamtrohstoffproduktivität (8.1) ¹⁹	2000 = 100	116,8
Staatsdefizit (8.2.a) ¹⁰	%	4,2	0,0	0,2	-0,3	-0,7
Strukturelles Defizit (8.2.b) ¹¹	%	2,2	0,1	-0,1	-0,8	-0,9
Schuldenstandsquote (8.2.c) ¹²	%	81,0	79,9	77,5	74,9	71,2
Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (8.3)	%	19,4	20,1	19,7	20,0	19,9
BIP (preisbereinigt) je Einwohner (8.4)	1 000 EUR	32,1	33,4	33,5	33,9	34,2
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (11.1.a) ¹³	ha pro Tag	87	74	73	69	...
Veränderung der Freiraumfläche je Einwohner (11.1.b) ¹⁴	m ² pro Jahr	-4,0	-3,8	-3,6	-3,5	...
Siedlungsdichte [Einwohner je km ² SuV] (11.1.c) ¹⁵	2000 = 100	92	89	89	89	...
Endenergieverbrauch durch Güterbeförderung (11.2.a) ¹⁶	2005 = 100	103,3	103,5	104,4	107,2	...
Endenergieverbrauch durch Personenbeförderung (11.2.b) ¹⁶	2005 = 100	97,4	97,2	96,9	97,6	...
Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen (12.1.a) ¹⁷	%	-	3,8	4,5	6,0	...
Energieverbrauch des Konsums (12.1.b)	2005 = 100	101,9	96,6	99,1
EMAS-Organisationsstandorte (12.2) ¹⁸	Anzahl	1 913	1 834	1 877	1 925	2 031
Treibhausgasemissionen (13.1.a) ¹⁹	1990 = 100	75,4	74,2	75,7	72,3	72,8
Deutsche Zahlungen zur Klimafinanzierung (13.1.b) ²⁰	Mrd. EUR	-	1,66	1,95	2,34	...
Nährstoffeinträge in die Ostsee (14.1.aa) ²¹	mg/l	4,5	4,2	4,0	3,9	...
Nährstoffeinträge in die Nordsee (14.1.aa) ²²	mg/l	3,9	3,8	3,8	3,8	...
Anteil der nachhaltig befischten Fischbestände in Nord- und Ostsee (14.1.b) ²³	%	48,1	42,9	57,1	53,6	...
Artenvielfalt (15.1) ²⁴	2030 = 100	68	70	68
Eutrophierung der Ökosysteme (15.2) ²⁵	%	54
Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern (15.3) ²⁶	Mill. EUR	20,0	24,9	36,3	31,0	15,7

1 Vorläufige Ergebnisse (teilweise geschätzt). Stand: Indikatorenbericht 2016.

2 Gleitender Durchschnitt aus dem Gesamtsaldo von fünf Kalenderjahren, bezogen auf das mittlere Jahr. – Quellen: Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Julius Kühn Institut und Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement, Universität Gießen.

3 Gemittelter Index der Messzahlen für SO₂, NO_x, NH₃, NMVOC und PM_{2,5} – Quelle: Umweltbundesamt.

4 Quelle: Umweltbundesamt.

5 Anteil der Messstellen, an denen der Orientierungswert des guten ökologischen Zustands nach Anhang 7 der Novelle der Oberflächengewässerverordnung eingehalten wird. – Quelle: Umweltbundesamt nach Angaben der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser.

6 Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg/l nach Grundwasserverordnung eingehalten wird. – Quellen: Umweltbundesamt und Länderinitiative Kernindikatoren auf Basis von Daten der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser.

7 Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

8 Quellen: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

9 Dargestellt ist der Wert der letzten Verwendung (preisbereinigt) im Verhältnis zu Rohstoffentnahme und Importen in Rohstoffäquivalenten.

10 Das Staatsdefizit wird mathematisch in Form eines positiven Wertes ausgedrückt, da es ein „negatives Defizit“ nicht geben kann. Ein positiver Wert (mit „-“ Vorzeichen) kennzeichnet demzufolge einen Überschuss.

11 Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen.

12 Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

13 Gleitender Vierjahresdurchschnitt, Bezug auf das betreffende Jahr und die drei Vorjahre.

14 Berechnet als gleitender Vierjahresdurchschnitt. – Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

15 SuV = Siedlungs- und Verkehrsfläche. – Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

16 Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Institut für Energie- und Umweltforschung.

17 Quellen: Gesellschaft für Konsumforschung, Kraftfahrt-Bundesamt, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft, Verkehrsclub Deutschland, Umweltbundesamt.

18 Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management and Audit Scheme). – Quellen: Deutscher Industrie und Handelskammertag e. V., Geschäftsstelle des Umweltgutachterausschusses, Umweltbundesamt.

19 Treibhausgase = CO₂, CH₄, N₂O, SF₆, NF₃, H-FKW/HFC und FKW/PFC. – Quelle: Umweltbundesamt.

20 Zahlungen vorrangig an Entwicklungs- und Schwellenländer zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel. – Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

21 Stickstoffeintrag über die Zuflüsse Trave, Peene und Warnow in die Ostsee. – Quellen: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt nach Angaben der Länder bzw. Flussgebietsgemeinschaften.

22 Stickstoffeintrag über die Zuflüsse Elbe, Weser, Ems und Eider in die Nordsee. – Quellen: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt nach Angaben der Länder bzw. Flussgebietsgemeinschaften.

23 Quelle: International Council for the Exploration of the Sea.

24 Quelle: Bundesamt für Naturschutz.

25 Ökosysteme mit Überschreitung der Belastungsgrenzen für Eutrophierung durch Stickstoffeinträge, Anteil der bewerteten Fläche empfindlicher Ökosysteme. – Quelle: Europäische Umweltagentur.

26 Zahlungen an Entwicklungs- und Schwellenländer. – Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Methodik

Umweltdaten spielen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, sei es zu Fragen der Treibhausgase, der Energiegewinnung und -verwendung oder der Waldschäden.

Die Tabellen dieses Kapitels sind gegliedert in die Bereiche **Umweltstatistiken** und **Umweltökonomische Gesamtrechnungen**. Bei den „Umweltstatistiken“ werden Ergebnisse der Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) veröffentlicht. Demgegenüber stellen die „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ ein methodisch abgestimmtes Gesamtbild von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt dar, in das sowohl die umweltstatistischen Ergebnisse als auch andere Quellen als Grundlage einfließen.

■ Umweltstatistiken

Es werden insbesondere die Ergebnisse der Statistiken über die Investitionen für den Umweltschutz dargestellt, die laufenden Aufwendungen sowie die Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die Abfallwirtschaft sowie die Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe. Diese Statistiken liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Die rechtliche Grundlage für diese Erhebungen bildet das Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16.8.2005 (BGBl. I S. 2446), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.7.2016 (BGBl. I S. 1839) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), neugefasst durch Bekanntmachung vom 20.10.2016 (BGBl. I S. 2394).

■ Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

Die jährliche Erhebung der **Investitionen für den Umweltschutz** erfasst bei Unternehmen und dazugehörigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes Bestandszugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Die Angaben werden seit 1975 jährlich erhoben. Bei den Investitionen für den Umweltschutz wird unterschieden zwischen den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz (seit 2006). Seit dem Berichtsjahr 2003 werden neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben.

Die dreijährliche zentrale Erhebung über **laufende Aufwendungen für den Umweltschutz** liefert seit 1996 Informationen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Hierbei werden alle laufenden Aufwendungen für Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der Umwelt dienen, nach Arten erhoben. Das sind zum einen Aufwendungen für den Betrieb von Anlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen (u. a. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie) und zum anderen Aufwendungen für nicht anlagenbezogene Maßnahmen (Gebühren und Beiträge, insbesondere für die kommunale Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung).

Die jährliche dezentrale Erhebung der **Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** wird bei repräsentativ ausgewählten Betrieben des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs durchgeführt. Sie liefert Informationen über den Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gegliedert nach Art der Waren und Leistungen und nach Absatzgebieten. Des Weiteren gibt sie die Anzahl der Beschäftigten an, die in den Betrieben für den Umweltschutz tätig sind. Aus dem Dienstleistungsgewerbe sind in die Erhebung Institute und Einrichtungen einbezogen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen, Gutachten, Projektbetreuungen und ähnliche Dienstleistungen durchführen. Entsorgungsleistungen sind nicht Gegenstand der Erhebung.

■ Wasser und Abwasser

Die Statistik der **öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung** erfasst u. a. Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser, die Zahl der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung betreiben. Zusätzlich werden jährlich seit 2006 bei den Betreibern von öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen die Mengendaten über die Verwertung und den Verbleib des Klärschlammes aus der öffentlichen Abwasserbehandlung erhoben.

Die Statistik der **nicht öffentlichen Wasserversorgung und nicht öffentlichen Abwasserentsorgung** enthält u. a. Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung von Wasser sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind alle Betriebe des nicht öffentlichen Bereichs, die im Berichtsjahr mindestens 2 000 m³ Wasser gewinnen oder mindestens 2 000 m³ Wasser/Abwasser in ein Gewässer einleiten und nicht öffentliche Betriebe, die im Berichtsjahr aus Fremdbezug mindestens 10 000 m³ Wasser beziehen.

Die Erhebungen der **Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe** finden jährlich statt. Auskunftspflichtig sind die Dienststellen, die nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständig sind. Dies sind in der Regel die Unteren Wasserbehörden oder Polizeidienststellen.

■ Abfallbilanz

Die Angaben aus den abfallstatistischen Erhebungen werden mit Hilfe eines Rechenmodells zur **Abfallbilanz** (Tabelle 18.3) für Deutschland zusammengeführt. Die Aufbereitung der Erhebungen in Form einer Bilanz wird durch § 6 Abs. 1 UStatG angeordnet. Sie zeigt das inländische Abfallaufkommen nach Abfallkategorien und Verwertungs- bzw. Beseitigungspfaden und weist Verwertungs- und Recyclingquoten auf Bundesebene aus. Damit macht sie die Zielerreichung der Vorgaben aus der EU-Abfallrahmenrichtlinie für Recyclingquoten messbar und vergleichbar. Die Berechnung der Abfallbilanz erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem Bruttomengenprinzip. Ausgehend vom Input aller registrierten Abfallentsorgungsanlagen werden je im Inland erzeugter Abfallart die behandelten und beseitigten Abfallmengen zusammengefasst. Errechnet wird dies über den Input der Anlagen abzüglich des Imports und zuzüglich der Exporte. Mehrfach behandelte Abfallströme erhöhen in gewissem Umfang das Abfallaufkommen. Deshalb werden die erneut behandelten Abfälle, die bereits aus einer Behandlung entstanden sind, separat ausgewiesen.

■ Klimawirksame Stoffe

In dieser dezentralen Erhebung werden bundesweit ca. 14 000 Unternehmen befragt. Die jährliche Erhebung richtet sich an Unternehmen, die bestimmte **klimawirksame Stoffe** herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung, Wartung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Erhebung liefert Ergebnisse über die verwendeten Stoffe sowohl in metrischen als auch in GWP/CO₂-Äquivalent (Global Warming Potential) gewichteten Tonnen (Tabelle 18.4.1 und 18.4.2), wobei Letzteres die aussagekräftigere Zahl für die Interpretation des Emissionspotenzials liefert, da sie die klimaschädigende Wirkung der Stoffe darstellt.

■ Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten gegen die Umwelt gefährden nicht nur die Gesundheit von Menschen. Sie schädigen oft nachhaltig die Pflanzen- und Tierwelt. Zu den „klassischen“ Umweltdelikten zählen Verunreinigungen von Gewässern, Boden und Luft, ferner illegale Behandlung, Lagerung und Transport von Abfällen in größerem Ausmaß. Bei der Bewertung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der registrierten Fälle abhängig ist vom sogenannten Kontroll- und Anzeigeverhalten. Die „Dunkelziffer“ kann hoch sein. Die Angaben zu den „registrierten Fällen“ basieren auf der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, die Angaben zu „gerichtlich Verurteilten“ auf der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

■ Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen verfolgen das Ziel, Zusammenhänge zwischen der Inanspruchnahme von Natur und Umwelt und den verursachenden sozioökonomischen Aktivitäten darzustellen.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen gliedern sich in die vier Themenbereiche:

- Material- und Energieflussrechnungen
- Nutzung von Fläche und Raum
- Umweltzustand
- Umweltschutzmaßnahmen

Die Gliederung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – diesen Themenbereichen.

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen Umwelt und Ökonomie. Die Tabellen 18.6.1 und 18.6.2 geben einen Überblick über die betrachteten Materialströme und die wichtigsten Parameter. Sie zeigen, stark zusammengefasst, die Entnahmen und Abgaben von Materialien, bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands.

Die **Entnahmen** sind gegliedert in:

- Verwertete inländische Entnahme (einschließlich Gewinnung biotischer Rohstoffe)
- Entnahme von Gasen
- Einfuhr an Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Rohstoffentnahme (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)

Die **Abgaben** sind gegliedert in:

- Abgabe an die Luft (Treibhausgase und Luftschadstoffe)
- Dissipativer Gebrauch von Produkten (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Saatgut und Streusalz) sowie dissipative Verluste
- Abgabe von sonstigen Gasen
- Ausfuhr von Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Abgabe (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)

Die aktivitätsbezogenen Material- und Energieflussrechnungen (Tabellen 18.6.3 ff.) stellen die Material- und Energieflüsse als Aufkommen und Verwendung der jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung dar. Die Untergliederung der Tabellen folgt der durch EG-Verordnungen verbindlich eingeführten statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Die Tabellen zeigen die jeweils durch spezifische ökonomische Aktivitäten verursachten mengenmäßigen Belastungen, z. B. Luftemissionen. Um zu solchen gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen zu gelangen, sind neben der Nutzung von Daten aus Primärerhebungen der amtlichen

Statistik, in der Regel weitere Berechnungen erforderlich (z. B. Umschlüsselungen, Ergänzungen fehlender Daten etc.). Die Ergebnisse der Material- und Energieflussrechnungen weisen deshalb in vielen Fällen Abweichungen von den ursprünglichen Daten der verwendeten Basisstatistiken auf.

Die Daten über **Emissionen** von Treibhausgasen und sonstigen Luftschadstoffen werden auf der Grundlage des „zentralen Emissionsinventars“ (ZES) des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit Energiebilanz, Energiestatistik, Verkehrsstatistik und den internationalen Emissionsreports Deutschlands (Kyoto-Report) erstellt.

■ Umweltzustand – Waldschäden

Waldschäden (Tabellen 18.7.1 und 18.7.2) werden seit 1984 einheitlich nach den Vereinbarungen ermittelt, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und die Forstverwaltungen der Länder getroffen haben. Alle Länder wenden dabei ein Stichprobenverfahren (Probebäume) an, das flächenbezogene Aussagen über den Waldzustand liefert. Als wichtigster Vitalitätsweiser wird dabei die Verlichtung der Baumkronen erfasst (= Nadel-/Blattverlust).

Für die Waldschadenserhebungen werden die Erhebungspunkte durch die Knotenpunkte eines Gitternetzes festgelegt, dessen Linienabstand bei einer Vollerhebung höchstens 4 km und bei einer Teilstichprobe höchstens 16 km beträgt.

Die Informationen, die zur Beschreibung des Waldzustandes auf Bundesebene notwendig sind, wurden 1998 erstmals unmittelbar aus den von den Ländern bereitgestellten Einzelbaumdaten des 16 x 16 km-Stichprobennetzes ermittelt (EU-weit vorgegebene Netzdichte).

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Die Angaben über die **gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für den Umweltschutz** beim Staat, in den Unternehmen sowie bei den privaten Haushalten werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt. Sie umfassen Ausgaben für die folgenden Umweltbereiche: Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Klimaschutz, Schutz und Sanierung von Boden sowie Grund- und Oberflächenwasser, Lärm- und Erschütterungsschutz, Strahlenschutz, Arten- und Landschaftsschutz, Forschung und Entwicklung für o. g. Bereiche sowie sonstige Umweltschutzaktivitäten.

Mit dem Berichtsjahr 2010 wurden die Berechnungen auf die Konzepte und Vorgaben der EU-Verordnung Nr. 691/2011 in Verbindung mit Nr. 538/2014 umgestellt. Die gesamtwirtschaftlichen Umweltschutzausgaben liegen deutlich höher als bislang ausgewiesene Ergebnisse. Neben methodischen Unterschieden ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, dass Umwelt- und Wirtschaftsbereiche einbezogen sind, die bislang nicht in die Darstellung einbezogen waren.

Die Definition von **Umweltsteuern** basiert auf einem auf internationaler Ebene erarbeiteten Konzept einer Statistik über umweltbezogene Steuern. Sie orientiert sich an der Besteuerungsgrundlage – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist danach, dass die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. Konkret sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr oder Düngemittel und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland quantitativ am bedeutsamsten sind somit bei den Steuern die Energiesteuer (früher Mineralölsteuer) und die Stromsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1.7.1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage).

Die hier präsentierten Ergebnisse (Tabelle 18.8.2) beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Die Mehrwertsteuer auf Kraftfahrzeuge, Mineralöl oder Strom ist nicht einbezogen.

Die Ergebnisse zu den Umweltsteuern werden ein halbes Jahr nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht.

Die Zunahme der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** ist in Deutschland ein bedeutsames strukturelles Umweltproblem. In den Jahren 2012 bis 2015 hat sie um durchschnittlich 66 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität.

Weitere Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche finden Sie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2) sowie im Kapitel 1 „Geografie und Klima“ (Tabelle 1.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

Die **Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie** (Tabelle 18.8.3) sind Teil des Indikatoren-satzes der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Dargestellt werden hier diejenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden. Die Ausgangsdaten zu den Indikatoren stammen teils vom Statistischen Bundesamt und teils aus anderen Quellen, desgleichen auch die Methodik der Berechnung. In den Indikatorenberichten zur Nationalen Entwicklung in Deutschland befinden sich weitere Informationen zu den Indikatoren, die soweit möglich ergänzende Rechenergebnisse aus den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen enthalten.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken bzw. Rechnungssysteme sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Abfallbeseitigung | Jedes Entsorgungsverfahren, das keine Verwertung ist, z. B. Ablagerung, Abfallverbrennung oder Behandlungsverfahren, mit denen Abfälle für ein solches Verfahren vorbereitet werden.

Abfallentsorgung | Hierzu zählen Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Zuordnung der Abfallmenge in der Bilanz erfolgt nach dem jeweiligen anlagenpezifischen Entsorgungsschwerpunkt.

Abfallverwertung | Jedes Verfahren, durch das Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie unmittelbar oder mittelbar andere Materialien ersetzen. Man unterscheidet zwischen der energetischen und der stofflichen Verwertung. Unter stofflicher Verwertung (Recycling) versteht man die Aufbereitung von Abfällen zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen. Die Aufbereitung von Abfällen zu Materialien für die Verwendung als Brennstoff zählt zur energetischen Verwertung.

Abfüllanlagen | Abfüllen bezieht sich hier auf das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden.

Ablagerung | Ablagerung von Abfällen in oder auf dem Boden (z. B. Deponien oder Lagerung in Behältern in einem Bergwerk), Verpressung in Hohlräumen.

Additive (oder End-of-Pipe) Maßnahmen | Dies sind im Umweltschutz in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen, die z. B. der Entsorgung von Abfällen (Beispiel Verbrennungsanlage), dem Schutz von Gewässern (Beispiel Kläranlage), der Lärmbekämpfung (Beispiel Lärmschutzwand) oder der Luftreinhaltung (Beispiel Luftfilter) dienen. Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

Angereichertes Grundwasser | Es besteht überwiegend aus planmäßig versickertem Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und gegebenenfalls Uferfiltrat.

Anlagen | Das sind selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Komponenten (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen). Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Aufwendungen für Umweltschutz | Sie beinhalten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, die Entsorgungskosten von Emissionen. Hinzu kommen die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für getätigte Umweltschutzinvestitionen.

Beförderung wassergefährdender Stoffe | Dies bezeichnet den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung). Nicht zur Beförderung (sondern zum Umgang) zählen Übernahme und Ablieferung, Ver- und Auspacken sowie Be- und Entladen wassergefährdender Stoffe.

Behandeln von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Einwirken auf wassergefährdende Stoffe, um deren Eigenschaften zu verändern.

Behandlung zur Beseitigung | Physikalische, thermische, chemische oder biologische Verfahren, die die Beschaffenheit der Abfälle verändern, um ihr Volumen oder ihre gefährlichen Eigenschaften zu verringern oder ihre Handhabung zu erleichtern. Die entstehenden Abfälle können mit einem Beseitigungsverfahren entsorgt werden.

Blends | Das sind Gemische bzw. Zubereitungen aus zwei und mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie werden zunehmend als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW eingesetzt – vorwiegend als Kältemittel. Die GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der Blends werden mittels der GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der in ihnen enthaltenen Stoffe ermittelt und fallen daher unterschiedlich aus.

Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) | Darunter fällt der gesamte energetische Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte zuzüglich des nicht energetischen Verbrauchs von Energieträgern. Bei den Umwandlungsbereichen ergibt sich der Energieverbrauch aus der Differenz zwischen der Menge der eingesetzten Energieträger (überwiegend Primärenergieträger) und der erzeugten Energieträger (Sekundärenergieträger). Mit Ausnahme der nicht energetischen Verwendung von Energie wird die eingesetzte Energiemenge bei ihrer Nutzung vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben.

Fremdwasser | Hierunter ist das in die Kanalisation abfließende Wasser zu verstehen, welches weder durch häuslichen oder gewerblich-industriellen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt wurde (Schmutzwasser) noch aus Niederschlägen stammt. Es ist der unerwünschte Abfluss in einem Entwässerungssystem. Im Einzelnen sind dies insbesondere Drainage- und Sickerwasser, in die Kanalnetze eindringendes Grundwasser, über einen Schmutzwasserkanal (z. B. über Schachtabdeckungen) zufließendes Oberflächenwasser oder unerlaubt eingeleitetes Wasser und Wasser von Baustellen.

Grundwasser | Das ist die Bezeichnung für unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erde zusammenhängend ausfüllt (ohne Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser).

GWP-Wert/CO₂-Äquivalente (Global Warming Potential) | Dieser Wert zeigt die klimaschädigende Wirkung eines Stoffes. Er gibt das Treibhauspotenzial eines Stoffes an, also seinen potenziellen Beitrag zur Erwärmung der bodennahen Luftschichten relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂), dessen Wert mit 1,0 definiert wird. Das bedeutet, dass sich die Treibhauspotenziale anderer Stoffe relativ zum CO₂ bemessen.

Haushalte und Kleingewerbe | Diese Abnehmergruppe umfasst die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und sonstige Kleinabnehmer, bei denen die Wassermenge für gewerbliche und private Nutzung nicht durch getrennte Wasserzähler erfasst, sondern über einen Hauszähler zusammen abgerechnet wird, wie zum Beispiel Bäckereien, Metzgereien, Arztpraxen oder Rechtsanwaltskanzleien.

Herstellen von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen wassergefährdender Stoffe.

Integrierte Maßnahmen im Umweltschutz | Sie sind definitionsgemäß immer ein integrierter, d. h. in der Regel nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Ihr Kennzeichen ist außerdem, dass sie Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen lassen. Als Beispiele seien hier die Kreislaufführung von Stoffen oder die Nutzung von Reaktionswärme (Wärmetauscher, Kopplung mit anderen Prozessen) genannt.

Klärschlamm | Das ist die Bezeichnung für den bei der Abwasserbehandlung angefallenen und beseitigten Stoff, einschließlich der zugegebenen Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel.

Klimawirksam | Fluoriderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu zehn Kohlenstoffatomen sind im Sinne der Erhebung klimawirksam. Diese Stoffe werden in vollhalogenierte (FKW) und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (H-FKW) und deren Blends unterschieden. Die FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratom ersetzt sind, während bei den H-FKW die Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratom ersetzt werden.

Lageranlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem regelmäßigen Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.

Lagern | Das ist die Bezeichnung für das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung.

Quellwasser | Das ist ein örtlich begrenzter und natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, ohne Überlaufwasser.

R-Bezeichnung | Die sogenannte Kältemittel-Kurzbezeichnung wurde als Kurzzeichen-System anstelle der chemischen Benennung oder Formel zur Bezeichnung der Kältemittel eingeführt (DIN 8962). Durch Kleinbuchstaben (z. B. R 134a) werden Reinstoffe gekennzeichnet, Großbuchstaben stehen für Blends (z. B. R 410A).

Rohrleitungsanlagen | Dazu zählen außer den Rohren insbesondere die Formstücke, Armaturen, Flansche und Pumpen.

Rohrleitungen | Feste oder flexible Leitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Schmutzwasser | Durch Gebrauch verändertes Wasser.

Siedlungs- und Verkehrsfläche | Sie umfasst Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe Siedlungsfläche und versiegelte Fläche dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Thermische Abfallbeseitigung | Teilweise oder vollständige Beseitigung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch Verbrennen in Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur thermischen Zersetzung brennbarer fester oder flüssiger Stoffe unter Sauerstoffmangel (Pyrolyseanlagen) sowie in Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen (z. B. Anlagen zur Veraschung von Leiterplatten). Hauptzweck ist die Beseitigung des Schadstoffpotenzials des Abfalls.

Trockenmasse | Das ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil.

Uferfiltrat | Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | Der Umgang mit diesen Stoffen findet statt in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) oder zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen). Zum Umgang zählt auch das innerbetriebliche Befördern wassergefährdender Stoffe.

Umschlaganlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

Umschlagen | Darunter fällt das Laden und Löschen (Entladen) von Schiffen sowie das Umladen von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

Umweltschutzinvestitionen | Bestandszugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen). Als Sachanlagen für den Umweltschutz gelten alle Sachanlagen, deren Zweck der Schutz vor schädlichen Einflüssen auf die Umwelt ist. Es sind nur produktionsbezogene Sachanlagen zu melden. Diese begrenzen oder vermeiden Emissionen, die (potenziell) bei der Produktionstätigkeit entstehen. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen für Zwecke des Umweltschutzes (einschließlich der noch im Bau befindlichen Sachanlagen). Nicht enthalten sind Kosten der Finanzierung, des Erwerbs von Beteiligungen, Wertpapieren usw., des Erwerbs von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. sowie des Erwerbs von ganzen Unternehmen.

Unfall | Als Unfall gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen beziehungsweise das Austreten bei deren Beförderung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Verwenden | Dazu zählt das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Wassergefährdende Stoffe | Das sind überwiegend feste und flüssige Stoffe (einschließlich Zubereitungen), die geeignet sind, dauernd oder in einem nicht nur unerheblichen Ausmaß nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit herbeizuführen.

Wassergefährdungsklassen (WGK) | Wassergefährdende Stoffe werden gemäß ihren physikalischen, chemischen oder biologischen Stoffeigenschaften in folgende Kategorien eingestuft:

1 = schwach wassergefährdend

2 = wassergefährdend

3 = stark wassergefährdend

Die Stoffart JGS (Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärsubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe) ist in keine Wassergefährdungsklasse eingestuft. Bei entsprechend großen freigesetzten Mengen oder besonderen örtlichen Verhältnissen kann JGS jedoch zu einer Gefahr für Gewässer und Boden werden. Unfälle mit JGS werden daher seit 1998 sowohl beim Umgang als auch bei der Beförderung mit erfasst.

Wasserverlust/Messdifferenz | Hierbei handelt es sich um die Menge des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Sie setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z. B. durch Rohrbrüche, undichten Rohrverbindungen oder Armaturen sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte oder unkontrollierte Entnahmen.

Wasserwerkseigenverbrauch | Das ist der betriebsinterne Wasserverbrauch innerhalb der Versorgungsanlage, z. B. für Filterspülung, Rohrnetzspülung oder den Sozialbereich.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Umwelt* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 32, Daten zu den *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* unter Code 85 und zu den *Nachhaltigkeitsindikatoren* unter Code 911

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Investitionen für den Umweltschutz

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 3 | Umweltökonomie

■ Wasser und Abwasser

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 2 | Wasserwirtschaft

Fachberichte

| Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung – Klärschlamm (Ergebnisbericht)

■ Abfall(bilanz)

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 1 | Abfallentsorgung

Fachberichte

| Abfallbilanz
| Erhebung über die Abfallerzeugung

■ Klimawirksame Stoffe

Fachberichte

| Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2015

■ Straftaten gegen die Umwelt

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3 | Strafverfolgungsstatistik

Bundeskriminalamt – Statistik (www.bka.de)

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/12 | Berücksichtigung von sekundären Rohstoffen bei der Berechnung von indirekten Importen
Heft 6/12 | Umweltökonomische Analyse des Güterverkehrs 1995 bis 2010
Heft 8/12 | Luftemissionen
Heft 6/14 | Direkte und indirekte CO₂-Emissionen in Deutschland 2000 bis 2010
Heft 3/15 | Lohnen sich umweltfreundliche Personenkraftwagen?
Heft 5/15 | Energiegesamtrechnungen – Konzepte und Analysen

Mehr zum Thema

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

STATmagazin

- Trend zum spritsparenden Auto bremst Kraftstoffverbrauch (2010)
- Weniger Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte (2011)
- T-Shirts, Jeans, Blusen: So viel Wasser steckt in unserer Kleidung (2013)
- Leistungsstarke Autos bremsen Erfolge beim Umweltschutz (2015)

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/16 Sustainable Development Goals – Indikatoren für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
- Heft 1/17 Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

■ Themenübergreifend

Fachberichte

- Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – 2014

Broschüren

- Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht (2016)

IM FOKUS

- 8.11.2016 UN-Klimakonferenz: Treibhausgasemissionen seit 1990 um 27% gesunken





19 Land- und Forstwirtschaft

14 % der Bodenfläche sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | Über die **Hälfte** der Bodenfläche ist **Landwirtschaftsfläche** | **275 000 Betriebe** bewirtschaften **16,7 Millionen Hektar** landwirtschaftlich **genutzte Fläche** | Auf über **einem Viertel** des Ackerlandes wird **Weizen** angebaut | **34 %** der rund 12,5 Millionen **Rinder** sind Milchkühe | **6 400 Betriebe** bewirtschaften eine Anbaufläche von **121 000 Hektar** Freilandgemüse | **1,5 Millionen Tonnen Geflügelfleisch** aus gewerblichen Schlachtungen | **1,2 Milliarden Eier** ökologisch erzeugt

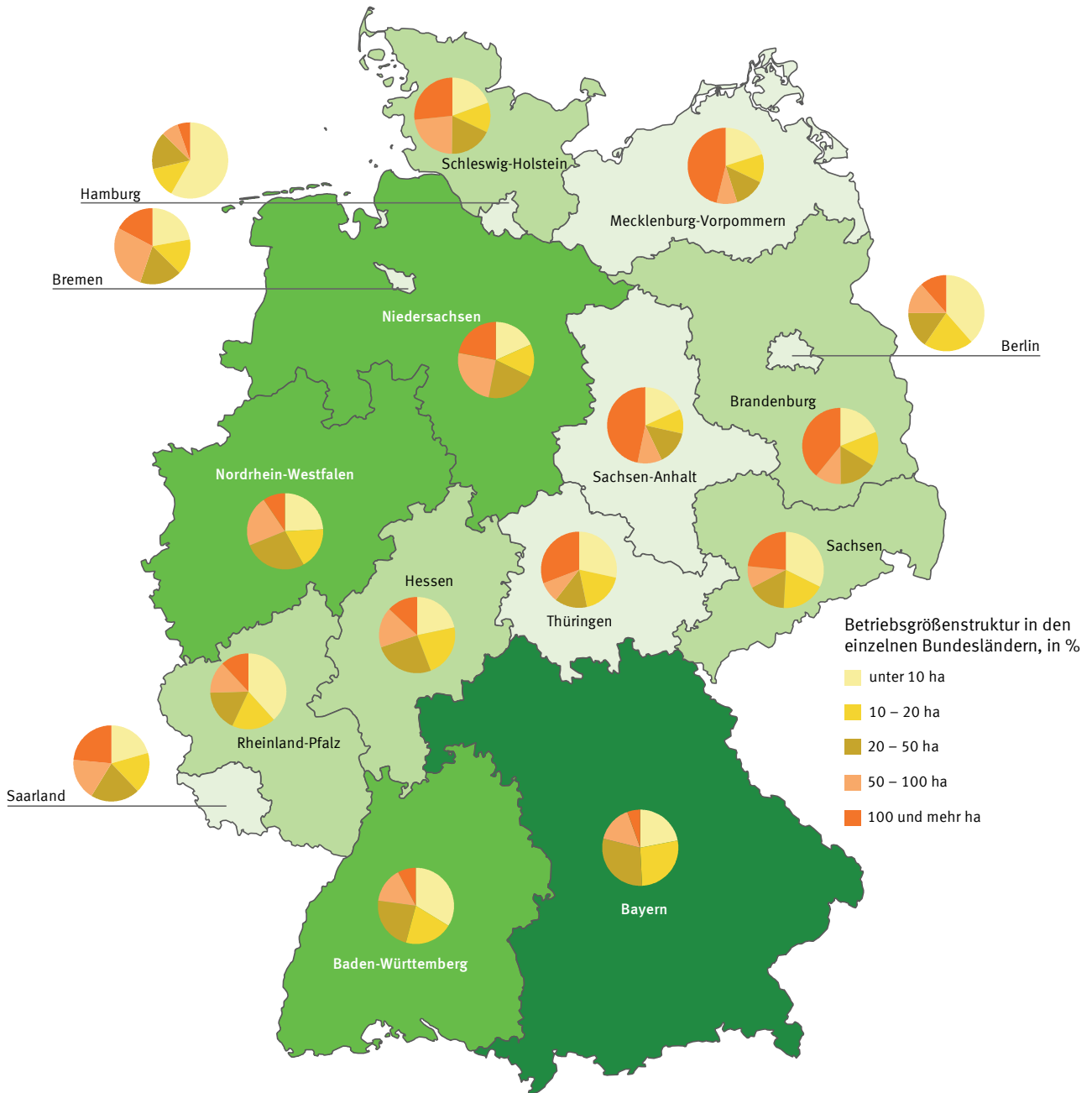
<i>Seite</i>	
483	Auf einen Blick
	Tabellen
484	Flächennutzung Boden-, Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten
485	Landwirtschaftliche Betriebe Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten Betriebssysteme Viehhaltung Einkommenskombinationen Rechtliche und sozialökonomische Gliederung Arbeitskräfte
489	Pachtentgelte und Kaufwerte Pachtflächen und Pachtentgelte Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
490	Ökologischer Landbau Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche Viehbestand
491	Düngemittel Inlandsabsatz nach Nährstoffen und Düngerarten
492	Forstbetriebe und Forstwirtschaft Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen Holzeinschlag
493	Anbau und Ernte Feldfrüchte Gemüse Strauchbeeren Baumobst und Erdbeeren Speisepilze
498	Weinanbau und Weinerzeugung Bestockte Rebflächen Weinmosternte Weinerzeugung
500	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung Viehbestand (Rinder, Schweine, Schafe) Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung Geflügel Haltung von Legehennen Schlachttier- und Fleischuntersuchung
504	Aquakultur Erzeugung aus Aquakultur
505	Methodik
507	Glossar
509	Mehr zum Thema

19.0 Auf einen Blick

Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 2016

Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, in 1 000¹

■ unter 5
 ■ 5 bis unter 30
 ■ 30 bis unter 50
 ■ 50 und mehr



¹ Einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

19.1 Flächennutzung

Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. – Die Bezeichnungen wurden dem „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen“ (Stand: 1991) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) entnommen.

19.1.1 Bodenfläche nach Nutzungsarten 2015

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Landwirtschaftsfläche		Waldfläche		Wasserfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	357 409	49 066	13,7	184 332	51,6	109 515	30,6	8 552	2,4	
Baden-Württemberg	35 751	5 159	14,4	16 235	45,4	13 700	38,3	392	1,1	
Bayern	70 550	8 399	11,9	33 063	46,9	25 721	36,5	1 235	1,7	
Berlin	892	626	70,2	38	4,3	164	18,4	60	6,7	
Brandenburg	29 654	2 800	9,4	14 607	49,3	10 534	35,5	1 022	3,4	
Bremen	420	236	56,2	122	29,1	9	2,1	52	12,3	
Hamburg	755	448	59,3	185	24,4	56	7,5	63	8,4	
Hessen	21 115	3 324	15,7	8 845	41,9	8 488	40,2	295	1,4	
Mecklenburg-Vorpommern	23 213	1 902	8,2	14 442	62,2	5 086	21,9	1 445	6,2	
Niedersachsen	47 616	6 660	14,0	28 459	59,8	10 532	22,1	1 110	2,3	
Nordrhein-Westfalen	34 113	7 828	22,9	16 464	48,3	8 878	26,0	662	1,9	
Rheinland-Pfalz	19 854	2 836	14,3	8 243	41,5	8 399	42,3	277	1,4	
Saarland	2 570	538	20,9	1 100	42,8	874	34,0	26	1,0	
Sachsen	18 449	2 432	13,2	10 095	54,7	5 033	27,3	427	2,3	
Sachsen-Anhalt	20 452	2 248	11,0	12 547	61,3	5 069	24,8	479	2,3	
Schleswig-Holstein	15 803	2 042	12,9	11 009	69,7	1 672	10,6	806	5,1	
Thüringen	16 202	1 588	9,8	8 880	54,8	5 300	32,7	203	1,3	

19.1.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten 2015

	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ¹		Erholungsfläche, Friedhof		Verkehrsfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	49 066	26 126	53,2	4 832	9,8	18 108	36,9	
Baden-Württemberg	5 159	2 832	54,9	352	6,8	1 975	38,3	
Bayern	8 399	4 544	54,1	552	6,6	3 303	39,3	
Berlin	626	376	60,0	118	18,8	133	21,2	
Brandenburg	2 800	1 406	50,2	292	10,4	1 102	39,3	
Bremen	236	146	62,0	38	16,1	52	22,0	
Hamburg	448	294	65,6	64	14,3	90	20,2	
Hessen	3 324	1 648	49,6	241	7,2	1 435	43,2	
Mecklenburg-Vorpommern	1 902	862	45,3	347	18,2	693	36,4	
Niedersachsen	6 660	3 659	54,9	514	7,7	2 487	37,3	
Nordrhein-Westfalen	7 828	4 584	58,6	790	10,1	2 455	31,4	
Rheinland-Pfalz	2 836	1 253	44,2	362	12,8	1 221	43,1	
Saarland	538	345	64,1	32	6,0	161	29,9	
Sachsen	2 432	1 348	55,4	277	11,4	808	33,2	
Sachsen-Anhalt	2 248	916	40,8	539	24,0	793	35,3	
Schleswig-Holstein	2 042	1 151	56,4	192	9,4	699	34,2	
Thüringen	1 588	763	48,0	124	7,8	702	44,2	

1 Ohne Abbauland.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016

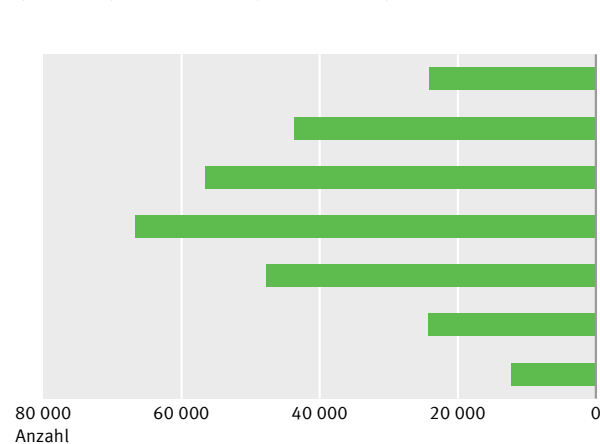
	Insgesamt ¹	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5 ¹	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Zahl der Betriebe in 1 000								
Deutschland	275,4	24,1	43,7	56,6	66,7	47,7	24,3	12,3
darunter:								
Baden-Württemberg	40,6	6,6	7,0	8,4	9,3	6,1	2,7	.
Bayern	90,2	3,7	16,2	24,5	26,8	14,1	4,2	0,7
Brandenburg	5,3	0,3	0,7	0,8	0,9	0,6	0,6	1,5
Hessen	16,3	0,9	2,7	3,6	4,2	2,8	1,6	0,5
Mecklenburg-Vorpommern ...	4,9	0,4	0,6	0,6	0,6	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	37,8	2,1	4,8	5,3	7,9	9,4	6,2	2,1
Nordrhein-Westfalen	33,7	3,7	4,5	6,0	9,1	7,3	2,8	0,5
Rheinland-Pfalz	17,5	3,9	2,9	3,2	3,1	2,4	1,6	.
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,5	0,8	1,3	1,2	1,1	0,6	0,6	1,0
Sachsen-Anhalt	4,3	0,4	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	12,7	0,7	1,7	1,6	2,3	2,9	2,5	0,9
Thüringen	3,6	0,3	0,7	0,7	0,5	0,3	0,3	0,8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1 000 ha								
Deutschland	16 658,9	42,1	318,7	847,5	2 228,0	3 367,8	3 294,3	6 560,6
darunter:								
Baden-Württemberg	1 416,0	11,6	51,4	123,6	308,7	427,8	361,3	.
Bayern	3 125,4	7,0	117,7	374,3	893,2	962,2	554,2	216,8
Brandenburg	1 315,5	0,5	4,9	11,3	28,1	41,6	81,2	1 147,8
Hessen	767,3	1,7	19,6	54,1	136,5	199,4	224,5	131,5
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 347,6	0,6	4,3	8,6	20,9	31,5	77,0	1 204,7
Niedersachsen	2 598,2	3,4	35,1	78,4	271,9	685,4	843,4	680,6
Nordrhein-Westfalen	1 440,5	4,4	32,8	88,5	307,5	510,6	362,0	134,6
Rheinland-Pfalz	698,8	8,3	20,8	47,2	100,3	171,8	222,9	.
Saarland	77,8	0,1	1,3	3,1	8,3	15,7	29,4	19,8
Sachsen	903,5	1,3	9,3	17,3	33,9	43,3	80,6	717,9
Sachsen-Anhalt	1 174,5	0,5	3,1	6,6	20,3	32,4	70,2	1 041,5
Schleswig-Holstein	990,4	1,7	12,4	23,4	78,4	217,6	336,0	320,8
Thüringen	779,0	0,4	5,1	9,4	15,7	22,3	44,4	681,6

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

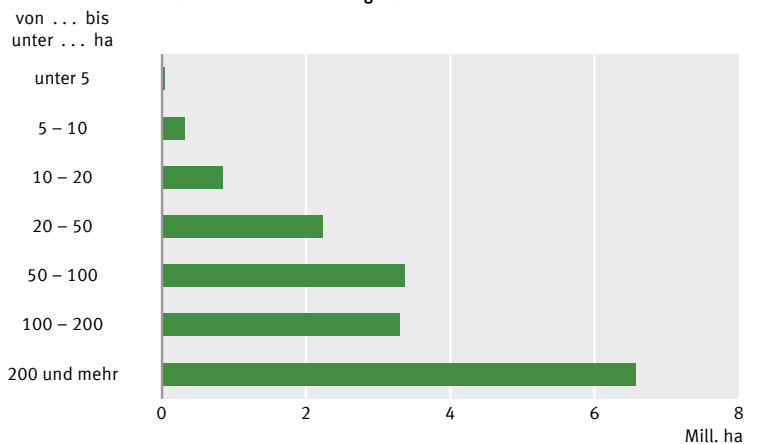
1 Einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2016

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größe der Fläche



Fläche dieser Betriebe insgesamt



2017 - 01 - 0305

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten

	Insgesamt	Darunter										
		Ackerland								Dauerkulturen zusammen	Dauergrünland	
		zusammen	darunter						zusammen		darunter	
			Getreide zur Körner- gewinnung ¹		Handelsgewächse		Pflanzen zur Grünernte				Wiesen	Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)
	zusammen	dar. Weizen	zusammen	dar. Winter- raps ¹	zusammen	dar. Silomais/ Grünmais						
	1 000 ha											
2015	16 730,7	11 846,4	6 529,2	3 282,7	1 374,4	1 281,8	2 746,2	2 100,4	204,7	4 677,1	1 844,0	2 651,0
2016	16 658,9	11 763,0	6 325,0	3 201,7	1 393,1	1 322,7	2 790,5	2 137,6	199,7	4 694,5	1 876,8	2 630,6
	darunter: 2016 nach Ländern											
Baden-Württemberg	1 416,0	819,6	491,4	230,6	54,5	48,5	196,3	134,4	50,8	545,3	360,1	151,0
Bayern	3 125,4	2 048,1	1 123,3	534,6	133,6	110,0	596,0	435,3	13,8	1 063,3	717,2	306,2
Brandenburg	1 315,5	1 014,9	523,2	172,1	148,5	133,7	254,3	179,7	4,3	296,2	69,3	216,2
Hessen	767,3	466,8	292,1	161,7	62,5	60,8	61,9	46,3	6,2	294,2	134,5	143,7
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 347,6	1 076,1	555,5	342,1	230,6	228,1	190,7	151,0	3,0	268,4	61,4	200,2
Niedersachsen	2 598,2	1 887,8	888,3	410,5	125,4	121,5	595,8	524,7	19,3	690,9	77,6	594,0
Nordrhein-Westfalen	1 440,5	1 035,2	603,5	268,6	60,8	58,7	235,2	196,7	12,9	392,0	211,0	155,1
Rheinland-Pfalz	698,8	400,9	231,0	118,1	47,2	45,1	58,7	33,5	69,9	227,8	65,7	156,8
Saarland	77,8	36,6	21,5	9,7	4,1	3,9	8,3	4,5	0,3	40,8	.	.
Sachsen	903,5	707,2	384,2	195,8	133,0	129,6	118,3	79,2	5,3	191,0	61,3	124,3
Sachsen-Anhalt	1 174,5	996,1	551,4	340,2	175,8	170,5	156,8	128,0	2,6	175,8	39,2	124,3
Schleswig-Holstein	990,4	655,8	303,7	188,7	93,6	92,8	222,8	165,2	6,6	327,8	26,6	295,6
Thüringen	779,0	609,4	351,9	227,3	122,7	118,7	93,3	57,8	2,4	167,1	29,5	134,1

2015: Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung. – 2016: Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung.

1 Einschl. Saatguterzeugung.

19.2.3 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013

	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Standardoutput		Arbeitsleistung	Viehbestand
	1 000	1 000 ha	Mill. EUR	1 000 EUR/Betrieb	1 000 AK-E	1 000 GV
Insgesamt¹	285,0	16 699,6	46 205,3	162,1	522,7	13 088,8
Ackerbaubetriebe ¹	80,6	5 761,0	9 362,8	116,2	110,3	253,9
Gartenbaubetriebe	7,1	57,7	2 917,8	410,7	44,3	/
Dauerkulturbetriebe	21,1	207,9	2 031,4	96,2	40,7	6,8
dar. Weinbau (Rebanlagen)	14,2	114,3	1 096,4	77,2	25,1	(1,3)
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	117,8	5 943,4	14 587,8	123,8	201,6	7 701,2
dar. Milchvieh	59,0	3 967,1	11 486,4	194,8	132,8	5 599,9
Veredlungsbetriebe	17,6	907,0	8 501,9	482,4	33,1	2 705,9
Pflanzenbauverbundbetriebe	3,5	174,4	728,1	207,5	12,4	19,3
Viehhaltungsverbundbetriebe	7,7	554,9	1 947,3	253,4	16,5	768,6
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe ...	29,6	3 093,3	6 128,3	206,9	63,9	1 628,3

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. nicht klassifizierbare Betriebe.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.4 Viehhaltung nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 2016

	Betriebe mit Viehhaltung insgesamt		Darunter Betriebe mit							
			Rindern				Schweinen		Geflügel	
	(GV = Großvieheinheit)		zusammen		darunter mit Milchkühen					
	Betriebe	GV	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
	1 000									
Insgesamt	185,2	12 954,4	121,0	12 354,0	69,1	4 276,5	40,3	27 977,5	49,1	173 573,9
	Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha									
unter 5	9,2	803,2	2,9	127,5	0,7	17,0	2,8	4 990,2	2,7	65 622,2
5 – 10	25,3	217,4	11,0	152,2	2,4	21,1	3,4	195,8	9,7	3 989,1
10 – 20	36,5	641,6	22,7	611,6	9,8	154,1	6,1	678,4	12,4	6 918,1
20 – 50	49,1	2 177,5	35,7	2 196,2	21,9	699,5	10,7	4 104,1	12,7	18 683,2
50 – 100	38,3	3 682,6	28,7	3 651,6	20,5	1 292,8	10,4	8 313,4	7,5	33 173,9
100 – 200	19,0	2 863,9	14,1	2 863,5	10,1	1 067,4	5,1	5 821,4	3,1	26 801,0
200 – 500	5,4	1 182,2	3,9	1 148,0	2,3	413,1	1,4	2 361,8	0,8	12 036,1
500 – 1 000	1,2	497,5	1,0	544,3	0,6	194,0	0,2	611,1	0,1	4 655,3
1 000 und mehr	1,1	888,4	1,0	1 059,1	0,8	417,5	0,2	901,3	0,1	1 695,0
	Größenklassen der Großvieheinheiten von ... bis unter ... GV									
unter 50	114,7	1 895,2	66,9	1 880,7	26,0	418,8	19,6	2 090,4	37,3	8 718,2
50 – 100	31,1	2 232,0	24,6	2 313,0	18,7	777,1	7,7	4 100,1	6,0	13 211,6
100 – 200	26,4	3 679,6	19,8	3 552,4	16,4	1 310,5	8,6	9 127,9	3,9	30 285,0
200 und mehr	13,0	5 147,6	9,7	4 607,9	7,9	1 770,0	4,4	12 659,1	1,8	121 359,2

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

19.2.5 Rechtsformen der landwirtschaftlichen Betriebe 2016

	Insgesamt		Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha					
			unter 20		20 – 50		50 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha	Anzahl	1 000 ha
Insgesamt	275 392	16 658,9	124 413	1 208,3	66 746	2 228,0	84 233	13 222,6
Einzelunternehmen	244 212	10 682,4	115 963	1 156,6	62 326	2 074,9	65 923	7 451,0
Personengemeinschaften ¹	25 703	3 091,3	6 793	42,1	3 939	137,1	14 971	2 912,1
Juristische Personen	5 477	2 885,3	1 657	9,6	481	16,1	3 339	2 859,6

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

1 Einschl. Personengesellschaften.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.6 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

	Arbeitskräfte			Davon							
	insgesamt	und zwar		Familienarbeitskräfte ¹			ständige Arbeitskräfte ¹			Saisonarbeitskräfte ¹	
		voll- beschäftigt	männlich	zusammen	und zwar		zusammen	und zwar		zusammen	dar. männlich
					voll- beschäftigt	männlich		voll- beschäftigt	männlich		
1 000											
Insgesamt	1 020,5	303,9	634,5	505,6	180,5	331,2	200,7	123,4	136,9	314,3	166,4
Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha											
unter 5	103,1	20,5	55,7	38,3	9,0	24,0	27,2	11,5	13,9	37,6	17,8
5 – 10	103,1	13,6	66,3	72,9	9,5	49,5	10,6	4,1	6,1	19,6	10,7
10 – 20	148,5	28,0	96,0	107,3	22,6	71,6	12,3	5,5	7,6	28,9	16,7
20 – 50	210,1	65,8	132,1	136,2	55,8	89,1	20,6	10,0	13,6	53,3	29,3
50 – 100	173,8	67,1	108,0	97,0	51,8	62,0	28,2	15,2	19,8	48,6	26,2
100 – 200	123,3	41,3	73,8	42,3	24,7	27,2	27,2	16,6	20,5	53,7	26,2
200 und mehr	158,6	67,6	102,6	11,5	7,1	7,7	74,5	60,5	55,3	72,7	39,6
Rechtsformen											
Einzelunternehmen	777,2	208,9	483,2	505,6	180,5	331,2	59,3	28,4	39,1	212,4	112,9
Haupterwerbsbetriebe	477,4	178,1	286,2	257,5	153,6	163,3	49,5	24,5	32,7	170,4	90,2
Nebenerwerbsbetriebe	299,9	30,8	197,0	248,0	26,9	167,9	9,8	3,9	6,4	42,0	22,7
Personengemeinschaften ²	164,2	48,2	98,9	X	X	X	79,5	48,2	54,8	84,7	44,1
Juristische Personen	79,1	46,8	52,4	X	X	X	61,9	46,8	43,0	17,2	9,4
darunter: nach Ländern											
Baden-Württemberg	181,6	31,1	106,3	81,1	22,0	52,0	21,4	9,2	13,7	79,1	40,6
Bayern	241,6	79,5	152,4	184,0	67,3	118,1	24,5	12,2	15,7	33,2	18,6
Brandenburg	39,4	16,5	25,3	5,7	2,1	3,9	17,9	14,4	12,1	15,9	9,2
Hessen	52,7	11,5	32,2	30,7	7,9	20,8	7,2	3,5	4,9	14,8	6,5
Mecklenburg-Vorpommern	25,0	13,4	17,0	4,4	1,6	3,0	14,5	11,8	10,9	6,2	3,1
Niedersachsen	140,2	42,2	88,5	65,2	27,9	43,9	26,5	14,2	18,6	48,5	25,9
Nordrhein-Westfalen	116,4	31,3	72,0	58,8	22,7	39,3	19,0	8,5	13,4	38,7	19,2
Rheinland-Pfalz	90,5	18,0	53,9	32,6	11,3	21,0	11,5	6,7	7,7	46,4	25,2
Saarland	3,5	1,0	2,2	2,3	0,6	1,5	0,7	0,3	0,4	0,5	0,3
Sachsen	34,8	17,5	21,9	8,5	2,9	5,8	18,7	14,5	12,1	7,6	4,0
Sachsen-Anhalt	23,8	12,7	16,1	4,2	1,7	3,0	13,9	11,1	10,0	5,8	3,1
Schleswig-Holstein	44,6	15,5	29,7	22,3	10,2	14,9	10,4	5,3	7,6	12,0	7,2
Thüringen	22,3	12,5	14,4	4,2	1,4	2,9	13,7	11,1	9,1	4,5	2,4

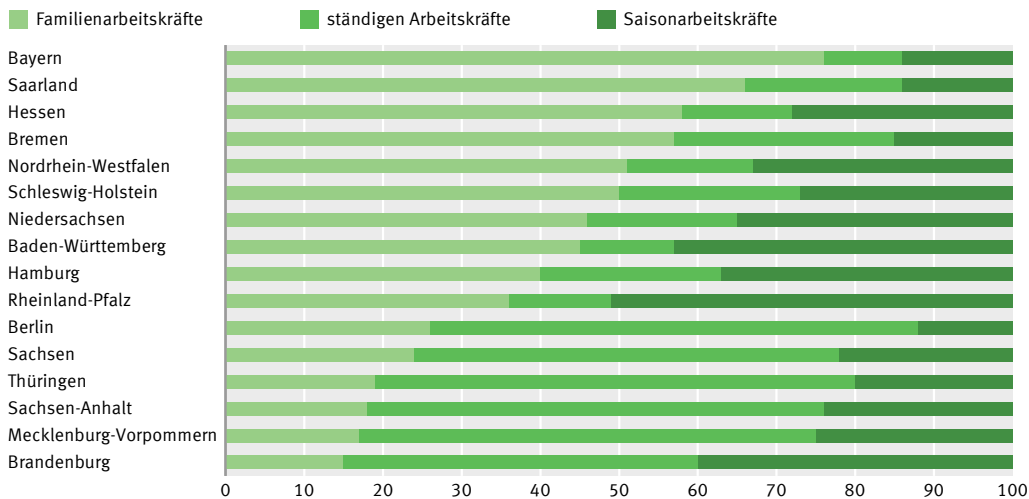
Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Im Betrieb beschäftigt.

2 Einschl. Personengesellschaften.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

Anteil der ... an den Arbeitskräften insgesamt, in %



2017 - 01 - 0306

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte

19.3.1 Pachtflächen und Pachtentgelte in landwirtschaftlichen Betrieben 2016

	Landwirtschaftliche Betriebe mit Angabe des Jahrespachtentgeltes											
	insgesamt				und zwar mit							
					Ackerland				Dauergrünland			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt
1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	
Deutschland	179,1	14 182,5	8 588,1	288	124,7	12 100,7	5 683,5	328	116,7	9 814,6	2 247,4	175
darunter:												
Baden-Württemberg	28,0	1 266,4	781,1	237	18,5	1 067,1	461,2	270	18,1	969,4	270,7	141
Bayern	55,9	2 467,0	1 304,9	338	40,3	2 032,2	826,7	396	38,9	1 797,7	401,1	221
Brandenburg	3,6	1 244,5	863,3	145	2,7	1 139,6	626,7	157	2,6	982,8	196,8	105
Hessen	12,2	686,4	424,9	176	8,3	559,0	237,3	220	8,5	498,7	147,0	97
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,6	1 039,8	632,6	245	1,9	938,2	457,0	271	1,9	772,8	135,6	137
Niedersachsen	26,4	2 216,3	1 159,3	460	20,3	1 940,0	776,3	539	16,1	1 314,8	302,9	270
Nordrhein-Westfalen	18,7	973,3	529,9	452	13,9	811,6	338,9	546	10,8	550,7	149,1	231
Rheinland-Pfalz	12,1	629,7	393,9	233	6,2	512,6	239,2	227	5,8	414,6	124,1	101
Saarland	0,9	67,5	42,2	92	0,5	48,1	16,7	102	0,6	51,6	17,9	79
Sachsen	3,6	826,5	596,1	173	2,3	732,5	435,7	191	2,7	683,8	112,6	96
Sachsen-Anhalt	3,1	1 125,0	819,9	278	2,1	894,6	565,8	313	1,6	613,8	97,1	128
Schleswig-Holstein	9,2	879,0	444,7	428	6,2	768,3	271,8	506	7,1	629,5	166,3	298
Thüringen	2,4	741,5	582,4	166	1,4	645,8	.	190	1,7	519,7	.	83

Repräsentative Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.2 Jahrespachtentgelt der landwirtschaftlichen Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken

	2003	2007	2010	2013	2016
	EUR je ha Pachtfläche				
Deutschland	174	183	203	243	288
darunter:					
Baden-Württemberg	183	189	197	216	237
Bayern	232	235	251	290	338
Brandenburg	74	80	98	121	145
Hessen	137	140	148	153	176
Mecklenburg-Vorpommern ..	113	125	152	202	245
Niedersachsen	268	279	307	376	460
Nordrhein-Westfalen	310	312	337	385	452
Rheinland-Pfalz	185	192	199	214	233
Saarland	87	85	86	89	92
Sachsen	108	116	128	146	173
Sachsen-Anhalt	160	172	198	231	278
Schleswig-Holstein	265	261	294	363	428
Thüringen	114	120	130	144	166

Repräsentative Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 sowie der Agrarstrukturerhebungen 2003, 2007, 2013 und 2016. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.3 Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke 2015

	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche ¹	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar ²
	Anzahl	ha	EUR
Deutschland	44 110	114 157	19 614
darunter:			
Baden-Württemberg	5 251	3 976	24 698
Bayern	5 007	6 786	48 835
Brandenburg	3 593	32 491	12 458
Hessen	4 331	3 720	14 326
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 799	15 587	20 107
Niedersachsen	5 599	12 747	30 713
Nordrhein-Westfalen	2 579	3 605	38 720
Rheinland-Pfalz	4 397	3 679	12 786
Saarland	893	437	9 972
Sachsen	1 924	6 382	10 871
Sachsen-Anhalt	3 537	13 110	15 283
Schleswig-Holstein	929	3 998	26 494
Thüringen	4 271	7 636	10 450

Ergebnisse der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke. – Ohne Stadtstaaten.

- 1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.
- 2 Summe der Kaufpreise bezogen auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

19.4 Ökologischer Landbau

19.4.1 Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betrieben mit ökologischem Landbau 2016

	Insgesamt			Und zwar mit			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche		ökologisch bewirtschaftetem Ackerland		ökologisch bewirtschaftetem Dauergrünland	
		insgesamt ¹	dar. ökologisch bewirtschaftet	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha		Anzahl	ha	ha	ha
Deutschland	19 901	1 161 879	1 135 531	12 048	478 487	18 009	639 017
darunter:							
Baden-Württemberg	3 446	138 500	131 861	2 033	48 480	3 117	79 676
Bayern	7 433	260 973	258 108	4 564	110 885	6 965	145 945
Brandenburg	666	137 643	137 008	572	83 437	570	52 579
Hessen	1 781	89 661	88 965	1 001	27 724	1 659	60 331
Mecklenburg-Vorpommern ..	814	126 302	126 211	517	45 517	740	79 678
Niedersachsen	1 286	90 467	83 516	814	33 567	1 115	48 142
Nordrhein-Westfalen	1 428	61 885	60 828	687	19 595	1 313	40 635
Rheinland-Pfalz	1 241	61 266	61 023	576	16 174	899	39 003
Saarland	152	11 767	11 578	82	3 066	143	8 423
Sachsen	501	42 320	41 453	368	23 553	452	16 952
Sachsen-Anhalt	387	60 085	58 429	304	33 415	348	24 661
Schleswig-Holstein	460	41 442	40 049	331	18 958	420	20 944
Thüringen	248	36 664	33 605	168	13 542	225	19 897

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

1 Einschl. Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.4.2 Viehbestand in Betrieben mit ökologischem Landbau 2016

	Insgesamt ¹		Dar. mit ökologischer Wirtschaftsweise in der Viehhaltung		
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Anteil Tiere in ökologischer Haltung
	1 000				%
Rinder	121,0	12 354,0	10,5	700,4	5,7
Schweine	40,3	27 977,5	1,5	196,1	0,7
Schafe	19,6	1 834,3	2,3	225,5	12,3
Ziegen	9,8	138,8	1,5	46,1	33,2
Hühner	47,2	158 648,6	3,9	6 535,1	4,1
Gänse, Enten, Truthühner	8,3	14 925,3	0,7	242,5	1,6
Einhufer (z. B. Pferde)	42,1	442,0	4,0	33,7	7,6

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

1 Sowohl konventionelle als auch ökologische Wirtschaftsweise in der Viehhaltung.

19.5 Düngemittel

19.5.1 Inlandsabsatz nach Nährstoffarten

Wirtschaftsjahr	Insgesamt				Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
	1 000 t Nährstoff				kg Nährstoff			
2005/06	1 785	274	426	1 897	105,3	16,2	25,1	106,0
2010/11	1 786	286	434	2 276	106,9	17,1	26,0	130,7
2011/12	1 640	247	386	2 398	98,1	14,8	23,1	138,1
2012/13	1 649	284	421	2 539	98,9	17,1	25,3	146,3
2013/14	1 675	284	457	2 871	100,3	17,0	27,4	166,3
2014/15	1 823	301	460	2 761	108,8	18,0	27,4	159,8
2015/16	1 711	288	398	2 429	102,3	17,2	23,8	141,2

1 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, einschl. Brache.

19.5.2 Inlandsabsatz nach Düngerarten

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)						Phosphat (P ₂ O ₅)			
	zusammen	Kalkammonsalpeter	Ammonnitrat-Harnstoff-Lösung	Harnstoff	andere Einnährstoffdünger ¹	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Superphosphat ²	andere Phosphatdünger ³	Mehrnährstoffdünger
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	1 785	805	230	301	276	173	274	23	8	243
2010/11	1 786	728	200	377	325	156	286	20	9	258
2011/12	1 640	682	173	311	332	142	247	12	7	228
2012/13	1 649	631	171	357	337	153	284	16	5	263
2013/14	1 675	619	174	357	374	151	284	17	6	261
2014/15	1 823	649	172	459	384	159	301	16	5	280
2015/16	1 711	586	170	437	373	144	288	16	6	266

Wirtschaftsjahr	Kali (K ₂ O)					Kalk (CaO)				
	zusammen	Kaliohsalz ⁴	Kaliumchlorid ⁵	Kaliumsulfat ⁶	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Kohlensaurer Kalk ⁷	Branntkalk ⁸	Konverterkalk ⁹	andere Kalkdünger ¹⁰
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	426	8	215	25	178	1 897	1 352	76	148	321
2010/11	434	12	253	27	142	2 276	1 656	59	219	343
2011/12	386	7	255	22	101	2 398	1 720	67	227	383
2012/13	421	7	276	21	117	2 539	1 824	78	271	366
2013/14	457	9	301	24	123	2 871	2 108	92	276	395
2014/15	460	9	307	25	119	2 761	2 044	83	217	416
2015/16	398	6	269	25	98	2 429	1 869	88	175	297

1 Z. B. Stickstoff-Magnesia, Ammoniumnitrat, Ammonsulfat, Ammonsulfatpeter und andere Salpetersorten, Kalkstickstoff.

2 Auch Triple-Superphosphat.

3 Weicherdiges Rohphosphat, teilaufgeschlossenes Rohphosphat, Dicalciumphosphat, Rohphosphat mit wasserlöslichem Anteil, Thomasphosphat, Rohphosphat mit kohlensaurem Kalk.

4 Einschl. Rückstandkali.

5 Einschl. Kaliumchlorid mit Magnesium.

6 Einschl. Kaliumsulfat mit Magnesium.

7 Einschl. kohlensaurer Magnesiumkalk.

8 Einschl. Magnesium-Branntkalk.

9 Einschl. Hüttenkalk.

10 Einschl. Misch-, Carbo- und Rückstandkalk.

19.6 Forstbetriebe und Forstwirtschaft

19.6.1 Landwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen 2016

	Insgesamt		Wald		Kurzumtriebsplantagen	
	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha
Deutschland	146,0	1 384,3	145,6	1 378,6	1,5	5,7
Baden-Württemberg	22,6	139,9	22,5	139,6	0,2	0,3
Bayern	74,1	586,7	74,1	585,6	0,7	1,1
Brandenburg	2,4	81,1	2,4	78,9	0,1	2,2
Hessen	4,0	52,9	4,0	52,6	0,1	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	45,1	1,5	45,1	0,0	0,1
Niedersachsen	13,5	169,3	13,4	168,7	0,2	0,6
Nordrhein-Westfalen	12,9	132,7	12,9	132,6	0,1	0,2
Rheinland-Pfalz	5,5	30,9	5,5	30,8	0,0	0,1
Saarland	0,3	1,7	0,3	1,7	0,0	0,0
Sachsen	3,1	41,5	3,1	41,2	0,0	0,2
Sachsen-Anhalt	1,4	36,7	1,4	36,4	0,0	0,3
Schleswig-Holstein	3,6	53,0	3,6	53,0	0,0	0,1
Thüringen	1,0	11,5	1,0	11,4	0,0	0,1
Berlin, Bremen, Hamburg	0,0	1,3	0,0	1,1	0,0	0,2

Kurzumtriebsplantagen sind bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt (z. B. Pappeln, Weiden). Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts. Landwirtschaftliche Betriebe können sowohl Wald als auch Kurzumtriebsplantagen besitzen. Deshalb addieren sich zwar die Flächen auf insgesamt, nicht aber die Anzahl der Betriebe.

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016.

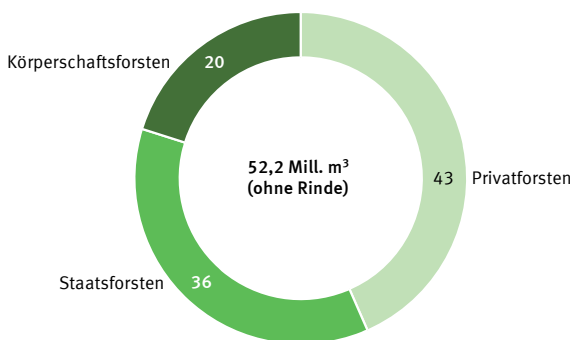
19.6.2 Holzeinschlag

Der jährliche **Holzeinschlag** wird stark von den jeweiligen Witterungsbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen bzw. Wetterphänomenen (z. B. Orkane) beeinflusst. Die Einordnung der jährlichen Holzeinschlagszahlen ist daher nur anhand mehrjähriger Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Insgesamt	Laubholz				Nadelholz					
		zusammen	Eiche		Buche und sonstiges Laubholz		zusammen	Kiefer und Lärche		Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz	
			Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen	Industrie-, Energieholz ¹
1 000 m³ ohne Rinde											
2004/08 D	61 167	12 045	886	1 299	2 872	6 987	49 122	5 887	5 790	26 953	10 492
2009/13 D	52 836	13 124	596	1 398	2 395	8 735	39 711	5 865	6 635	18 687	8 524
2014	54 356	14 229	623	1 588	2 574	9 444	40 128	6 420	6 873	18 497	8 337
2015	55 613	13 563	645	1 434	2 712	8 772	42 050	6 248	6 316	20 776	8 709
2016	52 194	13 141	725	1 410	2 746	8 260	39 051	6 111	6 463	18 601	7 876

1 Einschl. nicht verwertetes Holz.

Holzeinschlag nach Waldeigentumsarten 2016 in %



Staatsforsten bezeichnen Wald im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes, **Körperschaftsforsten** umfassen Gemeindeforsten (einschließlich Kreisforsten sowie Forsten von Gemeinde- und Kreisverbänden) und Forsten sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist, gilt als **Privatwald**.

2017 - 01 - 0307

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

Anbau und Ernte von Feldfrüchten ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Ackerland									
	insgesamt	Getreide zur Körnergewinnung (einschl. Saatguterzeugung) ¹								
		zusammen	Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	Sommer- weizen ²	Roggen und Wintermeng- getreide	Wintergerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale ³	Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)
Anbaufläche in 1 000 ha										
2010/15 D	11 857,7	6 516,8	3 122,5	83,0	663,3	1 209,0	404,8	135,2	413,1	485,7
2015	11 846,4	6 517,5	3 210,4	72,2	616,0	1 252,9	368,9	125,7	415,8	455,5
2016	11 763,0	6 316,4	3 131,2	70,5	570,9	1 267,2	337,8	115,5	406,9	416,3
darunter: 2016 nach Ländern										
Baden-Württemberg	819,6	490,7	225,2	5,4	9,3	91,3	53,1	18,4	24,4	63,6
Bayern	2 048,1	1 122,2	524,3	10,3	35,4	238,1	90,2	21,8	76,7	125,4
Brandenburg	1 014,9	520,6	169,3	2,8	175,8	91,2	7,6	13,1	41,7	19,2
Hessen	466,8	291,7	159,0	2,6	14,8	67,7	14,9	8,0	19,1	5,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 076,1	555,0	331,0	11,1	55,6	121,6	12,8	7,2	12,7	3,0
Niedersachsen	1 887,8	887,5	404,3	6,2	121,4	149,0	49,8	9,9	82,2	64,7
Nordrhein-Westfalen	1 035,2	602,8	265,4	3,3	16,6	140,2	11,9	7,3	69,6	88,6
Rheinland-Pfalz	400,9	230,7	114,8	3,2	8,9	38,5	33,7	4,3	18,0	9,4
Saarland	36,6	21,4	9,4	.	3,0	3,3	1,2	1,5	2,7	.
Sachsen	707,2	383,6	193,2	2,6	27,5	93,7	23,4	8,4	18,6	16,3
Sachsen-Anhalt	996,1	550,9	328,9	11,3	67,5	97,5	7,0	4,4	18,5	15,8
Schleswig-Holstein	655,8	303,5	183,8	.	27,0	62,5	7,2	7,8	9,5	1,0
Thüringen	609,4	351,8	220,8	6,5	7,4	72,1	24,9	3,3	13,0	3,8
Ertrag in dt je ha										
2010/15 D	X	71,7	77,6	57,5	53,6	68,8	53,9	46,9	61,0	98,4
2015	X	75,1	81,5	52,5	56,6	76,9	54,2	45,1	64,0	88,8
2016	X	71,8	76,9	53,0	55,6	70,7	52,4	46,4	60,0	96,5
darunter: 2016 nach Ländern										
Baden-Württemberg	X	66,6	66,1	47,3	55,6	67,4	49,6	45,6	52,3	96,1
Bayern	X	72,3	73,6	53,2	58,3	70,4	52,9	46,8	59,5	102,4
Brandenburg	X	55,5	66,9	33,3	45,9	58,4	33,8	30,8	46,9	76,1
Hessen	X	69,2	72,9	46,7	57,6	68,5	51,5	52,5	64,8	99,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	X	62,3	67,7	47,9	52,0	58,7	41,7	40,3	44,4	79,2
Niedersachsen	X	76,7	83,3	55,6	65,5	74,1	57,0	50,5	65,9	97,3
Nordrhein-Westfalen	X	78,4	80,7	62,1	60,5	73,1	51,5	53,3	67,1	98,6
Rheinland-Pfalz	X	63,0	65,7	42,6	59,4	67,7	49,8	44,0	55,5	92,4
Saarland	X	51,4	54,7	46,6	44,5	60,0	39,9	37,7	49,2	78,6
Sachsen	X	75,6	81,2	52,9	58,9	77,9	54,7	51,3	59,3	89,8
Sachsen-Anhalt	X	77,3	84,8	56,4	54,8	77,3	58,9	41,2	55,5	75,1
Schleswig-Holstein	X	82,1	89,8	64,3	67,8	75,9	51,9	63,0	64,6	/
Thüringen	X	80,7	84,9	61,5	71,7	81,4	60,3	42,6	66,4	88,7

1 Ab 2010 ohne anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2 Einschl. Hartweizen (Durum).

3 Einschl. Sommergetreide.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

	Ackerland										Dauerwiesen und Mäh- weiden ¹³
	Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹		Hackfrüchte		Raps und Rüben ¹	Pflanzen zur Grünernete				alle anderen Ackerflächen	
	Erbsen (ohne Frisch- erbsen)	Acker- bohnen	Kartoffeln ¹	Zuckerrüben		Legumino- sen zur Ganz- pflanzen- ernete ¹² ¹³	Feldgras/ Grasanbau auf dem Ackerland ¹³	Silomais/ Grünmais einschl. Lieschkol- benschrot ¹⁴	Getreide zur Ganz- pflanzen- ernete ¹⁵		
Anbaufläche in 1 000 ha											
2010/15 D	52,8	20,7	245,9	367,8	1 373,5	264,9	357,7	2 015,3	75,7	.	4 445,9
2015	79,1	37,6	236,7	312,8	1 285,5	258,4	267,8	2 100,4	106,6	644,1	4 495,0
2016	87,5	38,8	242,5	334,5	1 325,7	261,8	279,3	2 137,6	99,5	639,5	4 507,5
darunter: 2016 nach Ländern											
Baden-Württemberg	7,4	2,3	5,4	15,6	48,6	38,2	10,9	134,4	12,7	53,5	511,1
Bayern	16,3	6,3	40,2	59,6	110,2	97,8	21,1	435,3	35,2	103,9	1 023,4
Brandenburg	8,0	0,3	9,5	7,8	134,0	29,2	35,9	179,7	8,4	81,5	285,5
Hessen	2,8	3,6	3,9	13,4	60,9	4,1	11,3	46,3	0,1	28,7	278,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	5,6	2,9	11,5	24,2	228,5	12,8	22,0	151,0	4,8	57,7	261,6
Niedersachsen	2,9	5,3	107,9	86,4	122,3	8,9	59,9	524,7	2,2	79,8	671,6
Nordrhein-Westfalen	3,0	4,4	31,0	48,4	59,0	4,2	30,0	196,7	3,7	52,0	366,1
Rheinland-Pfalz	1,6	0,3	6,7	16,7	45,2	8,2	14,2	33,5	2,4	41,4	222,5
Saarland	0,0	0,1	-	3,9	1,0	2,1	4,5	.	2,5	.
Sachsen	8,8	3,4	6,3	12,7	129,8	18,7	17,4	79,2	2,9	44,4	185,6
Sachsen-Anhalt	17,3	2,8	12,7	34,8	170,6	13,0	9,3	128,0	4,8	51,9	163,5
Schleswig-Holstein	0,5	3,3	5,4	7,1	93,0	7,5	33,6	165,2	15,1	21,6	322,1
Thüringen	13,1	3,8	1,8	7,8	118,8	17,8	11,0	57,8	6,6	19,1	163,6
Ertrag in dt je ha											
2010/15 D	32,4	36,6	435,7	706,1	38,1	72,6	71,2	436,0	250,3	X	66,3
2015	35,0	35,4	438,1	721,7	39,0	66,9	74,5	413,6	263,7	X	62,9
2016	33,1	39,7	444,2	762,3	34,5	78,4	75,5	430,8	261,2	X	68,3
darunter: 2016 nach Ländern											
Baden-Württemberg	32,9	41,7	365,6	775,2	38,8	68,7	75,8	427,1	288,1	X	59,0
Bayern	30,1	36,3	456,2	799,4	39,4	95,5	87,5	467,4	237,1	X	77,5
Brandenburg	28,2	31,9	333,5	667,4	27,1	53,9	46,6	324,1	168,3	X	49,2
Hessen	31,5	38,1	350,2	744,6	37,4	64,2	65,9	488,8	318,4	X	60,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	31,9	35,0	383,7	738,0	26,6	38,0	45,8	393,6	270,5	X	43,3
Niedersachsen	35,2	42,4	468,0	803,7	36,7	80,4	94,8	465,0	335,4	X	86,1
Nordrhein-Westfalen	42,0	44,5	469,5	749,3	38,5	54,9	61,1	428,8	216,2	X	56,2
Rheinland-Pfalz	34,6	34,3	348,0	789,1	34,3	74,7	60,0	408,2	262,4	X	57,5
Saarland	30,7	28,7	217,2	-	30,5	68,3	69,3	386,1	298,3	X	61,1
Sachsen	31,2	38,2	422,6	713,5	37,1	89,5	93,6	429,7	298,7	X	75,5
Sachsen-Anhalt	36,4	37,4	415,3	680,3	.	47,2	39,4	352,2	300,0	X	44,7
Schleswig-Holstein	33,4	54,1	434,7	756,0	31,3	92,1	103,7	449,0	323,5	X	92,7
Thüringen	35,4	30,8	407,1	669,6	39,8	90,4	85,0	382,1	258,3	X	60,5

1 Einschl. Saat- bzw. Pflanzguterzeugung.

2 Z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80% Leguminosen.

3 Ertrag in Trockenmasse berechnet (Raufutterernte einschl. Grünfütter- und Weidenutzung).

4 Ertrag in Grünmasse (35% Trockenmasse).

5 Einschl. Teigreife.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.2 Gemüse 2016

Anbau und Ernte von Gemüse ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen.

	Gemüse im Freiland									Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen insgesamt ^{3 4}
	insgesamt	darunter								
		Kohlgemüse		Blatt- und Stängelgemüse		Wurzel- und Knollengemüse		Fruchtgemüse zusammen ¹	Hülsenfrüchte zusammen ²	
	zusammen	dar. Blumenkohl	zusammen	dar. Spargel (im Ertrag)	zusammen	dar. Möhren und Karotten				
Zahl der Betriebe in 1 000										
Deutschland	6,4	2,7	1,3	4,0	1,9	3,2	1,8	2,5	1,6	1,8
Anbaufläche in ha										
Deutschland	120 930	18 802	3 269	48 244	22 274	32 047	11 209	9 783	9 617	1 220
darunter:										
Baden-Württemberg	11 640	1 404	120	5 532	2 307	2 202	1 005	2 167	148	418
Bayern	16 205	2 365	265	5 581	3 088	4 663	1 191	2 879	249	253
Brandenburg	5 952	105	8	4 524	3 345	418	258	775	11	48
Hessen	7 652	1 111	75	3 294	1 877	1 832	216	740	657	31
Mecklenburg-Vorpommern	1 709	555	.	887	219	151	109	25	31	16
Niedersachsen	19 293	2 911	742	9 120	4 929	5 482	1 949	411	846	71
Nordrhein-Westfalen	23 156	3 756	620	9 411	3 725	4 446	2 869	1 146	4 120	154
Rheinland-Pfalz	19 496	2 028	837	6 882	1 180	8 350	1 909	1 218	434	54
Saarland	158	24	.	109	47	12	3	8	1	4
Sachsen	3 999	252	102	528	237	632	52	40	2 530	33
Sachsen-Anhalt	4 219	143	52	1 022	607	2 515	696	.	371	18
Schleswig-Holstein	6 044	3 791	284	596	400	1 183	946	135	212	32
Thüringen	964	304	94	430	315	142	6	.	6	39
Erntemenge in t¹⁵										
Deutschland	3 516 305	838 041	92 695	636 503	120 014	1 527 979	641 628	369 805	76 692	156 355
darunter:										
Baden-Württemberg	262 275	59 668	(2 327)	64 760	10 947	92 267	48 049	39 656	1 482	29 136
Bayern	635 162	138 987	6 687	80 571	19 495	223 546	65 884	173 642	2 917	35 349
Brandenburg	85 343	3 948	129	21 224	19 565	20 997	14 535	37 729	35	14 867
Hessen	199 489	58 099	1 933	35 061	10 420	86 391	10 452	13 947	5 415	2 165
Mecklenburg-Vorpommern	33 949	10 507	.	13 553	917	8 060	6 453	633	287	3 144
Niedersachsen	471 220	70 695	20 683	92 478	26 465	274 379	119 634	11 042	9 113	17 524
Nordrhein-Westfalen	681 706	176 238	21 037	165 782	18 174	250 021	171 815	45 192	35 986	21 746
Rheinland-Pfalz	614 814	69 467	25 903	134 042	5 801	354 412	100 215	35 268	3 581	2 985
Saarland	2 634	738	.	1 176	205	386	96	213	12	190
Sachsen	53 021	8 610	2 402	5 986	924	23 300	2 106	708	14 194	3 632
Sachsen-Anhalt	141 853	4 664	1 378	9 611	2 956	120 579	42 598	.	2 659	8 582
Schleswig-Holstein	297 691	219 771	6 721	4 164	1 750	67 585	59 530	2 383	964	4 091
Thüringen	29 245	15 344	1 806	2 665	2 396	5 595	244	.	35	10 863

1 Einlegegurken, Salatgurken, Speisekürbisse, Zucchini, Zuckermais.

2 Buschbohnen, Stangenbohnen, Dicke Bohnen, Frischerbsen.

3 Feldsalat, Kopfsalat, sonstige Salate, Paprika, Radies, Salatgurken, Tomaten, sonstige Gemüsearten.

4 Einschl. Gewächshäusern.

5 Ohne Spargel (nicht im Ertrag) und Chicorée.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.3 Strauchbeeren 2016

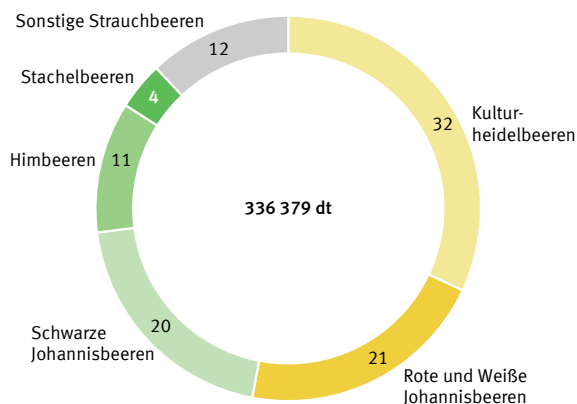
	Betriebe	Anbaufläche	Ertrag je ha	Erntemenge ¹
	Anzahl	ha	dt	t
Deutschland	1 285	8 459	X	36 095
darunter:				
Baden-Württemberg	456	1 601	X	8 199
Bayern	145	1 123	X	5 591
Niedersachsen	239	2 195	X	9 403
	und zwar:			
	im Freiland			
Rote und Weiße Johannisbeeren	518	791	91	7 185
Schwarze Johannisbeeren	407	1 542	44	6 808
Himbeeren	505	793	45	3 596
Kulturheidelbeeren	440	2 714	40	10 710
Schwarzer Holunder	130	583	X	X
Holunderbeeren	100	X	X	1 367
Holunderblüten	55	X	X	25
Sanddorn (abgeerntet)	17	290	20	573
Sanddorn (nicht abgeerntet)	26	437	X	X
Stachelbeeren	298	266	55	1 475
Brombeeren	248	144	50	726
Aroniabeeren	99	556	20	1 111
Sonstige Strauchbeeren	56	85	X	88
Zusammen	1 261	8 201	X	33 638
	unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern			
Himbeeren	114	222	91	2 022
Sonstige Strauchbeeren	57	36	X	435
Zusammen	137	257	X	2 457
dar. in Betrieben				
mit vollständig ökologischer Erzeugung	250	2 331	X	4 488
mit teilweise ökologischer Erzeugung ²	5	10	X	39
Zusammen	255	2 342	X	4 528

Anbauflächen und Erntemengen nach Strauchbeerenarten werden jährlich erfasst. Die Anbaufläche umfasst auch die Flächen, auf denen noch nicht ertragsfähige Junganlagen stehen.

1 Bei den Angaben zur Erntemenge sind die Holunderblüten nicht enthalten.
 2 Hier wird nur die Anzahl der Betriebe mit teilweise ökologischer Erzeugung nachgewiesen; Angaben zu Fläche und Erntemenge beziehen sich auf die gesamte Strauchbeerenfläche (konventionell und ökologisch).

Strauchbeerenernte im Freiland 2016

in %



2017 - 01 - 0308

19.7 Anbau und Ernte

19.7.4 Ernte von Baumobst und Erdbeeren 2016

Anbau und Ernte von Obst ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen.

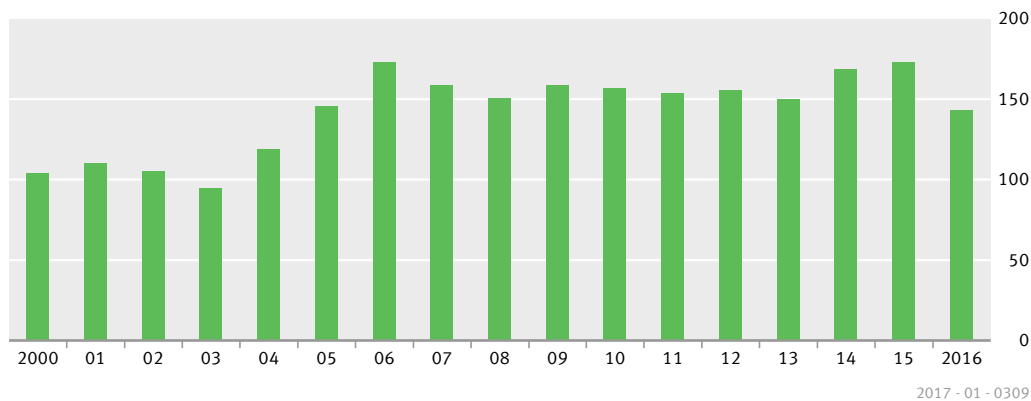
	Baumobst						Erdbeeren			
	insgesamt	davon					insgesamt	davon		darunter
		Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen aller Art ¹		im Freiland	unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen ²	
t										
Deutschland	1 154 936	1 032 913	34 625	29 373	15 969	42 057	143 221	129 472	13 749	3 352
darunter:										
Baden-Württemberg	317 496	282 471	9 178	10 859	1 073	13 916	24 733	21 184	3 549	/
Bayern	47 407	36 224	4 767	2 649	443	3 324	12 595	11 824	771	1 619
Brandenburg	27 999	327	920	603	.	3 551	3 278	273	.
Hessen	11 404	678	974	366	.	7 955	6 484	1 471	199
Mecklenburg-Vorpommern ..	.	43 677	62	34	157	.	7 983	7 249	734	4
Niedersachsen	332 473	319 683	6 830	3 504	117	2 337	38 873	36 905	1 969	.
Nordrhein-Westfalen	73 144	64 073	4 502	927	587	3 055	27 189	23 827	3 362	622
Rheinland-Pfalz	50 635	28 344	3 180	3 045	4 889	11 177	4 630	4 108	522	.
Saarland
Sachsen	101 667	92 343	3 177	717	4 136	1 294	2 780	2 585	195	34
Sachsen-Anhalt	28 484	592	2 694	948	.	991	903	88	.
Schleswig-Holstein	13 107	212	340	195	.	9 996	9 560	437	110
Thüringen	47 442	39 957	168	2 325	2 368	2 624	.	1 356	.	.

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden.

2 Einschl. Gewächshäusern.

Erntemengen von Erdbeeren im Zeitvergleich

in 1 000 t



2017 - 01 - 0309

19.7 Anbau und Ernte

19.7.5 Speisepilze

Ernteflächen und Erntemengen nach den bedeutendsten Speisepilzarten in Betrieben ab 0,1 ha Produktionsfläche werden seit dem Jahr 2012 jährlich ausgewiesen.

	2016		2015	
	Speisepilze insgesamt	Darunter Champignons	Speisepilze insgesamt	Darunter Champignons
Zahl der Betriebe				
Deutschland	37	32	36	31
Erntefläche in 1 000 m²				
Deutschland	3 030	2 931	2 794	2 679
darunter:				
Niedersachsen	1 426	.	1 441	.
Nordrhein-Westfalen	554	554	489	489
Erntemenge in dt				
Deutschland	721 405	706 028	625 943	615 594
darunter:				
Niedersachsen	310 353	.	315 942	.
Nordrhein-Westfalen	154 954	154 954	133 863	133 863

19.7.6 Ökologische Produktion von Gemüse im Freiland und Speisepilzen 2016

Ökologische Produktion von Gemüse und Speisepilzen in Betrieben, die gem. Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau, Verordnung (EG) Nr. 834/2007 vollständig auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt haben.

	Betriebe	Anbaufläche	Erntemenge ¹
	1 000	ha	t
Gemüse im Freiland insgesamt	1,1	12 399	283 879
davon:			
Kohlgemüse	0,7	1 458	39 453
Blatt- und Stängelgemüse	0,8	2 902	35 141
dar. Spargel (im Ertrag)	0,1	1 043	5 090
Wurzel- und Knollengemüse	0,9	4 015	159 082
Fruchtgemüse	0,8	1 587	30 883
Hülsenfrüchte	0,6	1 899	10 219
Sonstige Gemüsearten	0,5	539	9 100
Speisepilze insgesamt²	0,0	39	6 946

1 Erntemengen ohne Chicorée und Spargel (nicht im Ertrag).
2 Die dargestellten Flächen sind Ernteflächen.

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

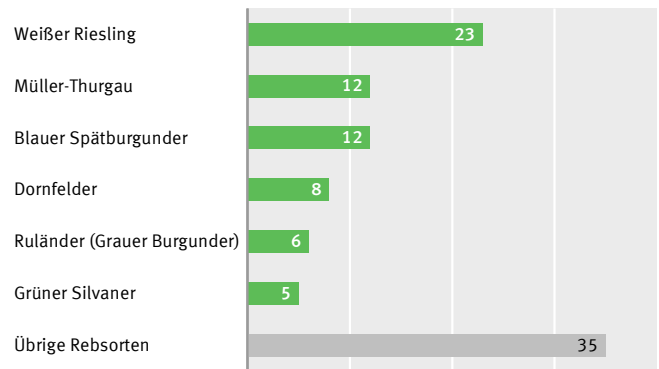
19.8.1 Bestockte Rebflächen nach Rebsorten

	2009 ¹	2015 ¹	2016
	ha		
Bestockte Rebfläche (Keltertrauben)	102 276	102 544	102 493
Weißer Sorten			
Bacchus	1 977	1 732	1 715
Burgunder, Weißer	3 944	4 973	5 161
Chardonnay	1 228	1 764	1 884
Elbling, Weißer	572	521	513
Faberrebe	551	348	316
Gutedel, Weißer	1 132	1 138	1 138
Huxelrebe	613	478	459
Kerner	3 585	2 792	2 702
Morio-Muskat	488	385	381
Müller-Thurgau	13 632	12 736	12 623
Ortega	622	495	475
Riesling, Weißer	22 637	23 596	23 700
Ruländer	4 577	5 947	6 179
Scheurebe	1 656	1 414	1 407
Silvaner, Grüner	5 213	4 977	4 926
Traminer, Roter (Gewürztraminer)	848	936	965
Sonstige weiße Sorten	2 162	2 842	2 974
Rote Sorten			
Dornfelder	8 001	7 868	7 741
Limberger, Blauer	1 749	1 846	1 859
Müllerrebe (Schwarzriesling)	2 307	2 058	1 995
Portugieser, Blauer	4 203	3 246	3 064
Spätburgunder, Blauer	11 744	11 784	11 787
Trollinger, Blauer	2 431	2 280	2 230
Sonstige rote Sorten	6 404	6 387	6 298

1 Grunderhebung der Rebflächen.

Wichtigste Rebsorten in Deutschland 2016

in %



2017-01-0310

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.2 Weinmosterne nach ausgewählten Ländern und Anbaubereichen

	Weinmost insgesamt				Weißmost		Rotmost	
	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	durchschnittliches Mostgewicht	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge
	ha	hl	1 000 hl	°Oechsle ¹	ha	1 000 hl	ha	1 000 hl
2015	99 906	88,8	8 873	83	64 873	5 477	35 033	3 396
2016	100 039	90,7	9 069	80	65 453	5 729	34 586	3 341
	darunter: 2016 nach Ländern und Anbaubereichen							
Baden-Württemberg	26 566	91,8	2 438	83	12 413	1 079	14 153	1 358
Baden	15 477	83,5	1 293	86	9 047	792	6 430	501
Württemberg	11 089	103,2	1 145	79	3 366	288	7 723	857
Bayern	6 057	77,7	471	84	4 906	394	1 151	77
Franken	5 998	77,8	467	85	4 867	391	1 132	76
Hessen	3 564	64,9	231	79	3 009	201	555	31
Hessische Bergstraße	445	70,8	31	81	352	24	92	8
Rheingau	3 119	64,1	200	78	2 656	177	462	23
Rheinland-Pfalz	62 472	93,4	5 837	79	44 047	3 982	18 426	1 855
Ahr	547	72,4	40	81	90	7	457	33
Mittelrhein	438	54,6	24	86	372	21	65	3
Mosel	8 491	82,3	698	77	7 682	633	810	65
Nahe	4 113	74,9	308	81	3 093	223	1 020	85
Pfalz	22 998	96,1	2 209	79	14 679	1 351	8 319	859
Rheinhessen	25 886	98,8	2 557	79	18 131	1 748	7 756	809
Saarland	113	69,4	8	.	99	7	13	8
Sachsen	466	57,6	27	82	380	22	86	4
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	761	73,1	56	82	568	42	192	14

1 °Oechsle (Grad Oechsle) ist eine Maßeinheit für das Mostgewicht des Traubenmostes.

19.8.3 Weinerzeugung nach ausgewählten Ländern und Anbaubereichen

	Wein und Most		Weißwein und -most zusammen	Rotwein und -most zusammen
	insgesamt	dar. Anteil an Wein mit g. U. ¹		
	1 000 hl	%	1 000 hl	
2015	8 819	96,9	5 395	3 424
2016	9 013	96,3	5 643	3 370
	darunter: 2016 nach Ländern und Anbaubereichen			
Baden-Württemberg	2 434	99,8	1 079	1 355
Baden	1 292	99,8	792	501
Württemberg	1 141	99,8	287	854
Bayern	449	99,5	365	85
Franken	445	99,5	362	83
Hessen	231	99,7	200	31
Hessische Bergstraße	31	99,7	24	8
Rheingau	200	99,7	177	23
Rheinland-Pfalz	5 807	94,5	3 928	1 879
Ahr	50	91,4	14	36
Mittelrhein	24	95,3	21	3
Mosel	1 205	96,8	945	260
Nahe	226	99,1	163	62
Pfalz	1 710	96,6	1 066	645
Rheinhessen	2 593	91,7	1 719	873
Saarland	6	99,8	5	1
Sachsen	27	97,4	23	5
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	55	99,7	41	14

1 g. U. = geschützter Ursprungsbezeichnung.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.1 Rinder

	Rinderbestand						Durchschnittlicher Bestand je Haltung	
	insgesamt	davon					Rinder insgesamt	Milchkühe
		Kälber und Jung- rinder bis einschl. 1 Jahr	männliche Rinder über 1 Jahr	Färsen	Milchkühe	sonstige Kühe		
Anzahl								
3. Mai 2015	12 653 071	3 845 908	1 076 107	2 762 391	4 286 651	682 014	84	57
3. November 2015	12 635 456	3 836 207	1 042 529	2 790 741	4 284 639	681 340	84	58
3. Mai 2016	12 563 177	3 804 992	1 050 958	2 750 139	4 272 126	684 962	85	60
3. November 2016	12 466 586	3 794 839	1 044 048	2 740 469	4 217 700	669 530	85	61
am 3. November 2016 nach Ländern								
Baden-Württemberg	991 773	285 609	73 268	228 356	343 720	60 820	59	46
Bayern	3 178 657	942 242	218 632	747 562	1 198 397	71 824	67	37
Berlin	762	174	116	131	129	212	25	14
Brandenburg	542 926	157 295	29 398	112 791	151 808	91 634	125	224
Bremen	9 765	2 429	474	2 631	3 739	492	107	78
Hamburg	6 592	1 721	950	1 616	1 149	1 156	63	55
Hessen	448 935	124 847	34 457	105 811	140 212	43 608	52	47
Mecklenburg-Vorpommern ..	548 397	161 905	30 043	116 787	172 132	67 530	165	218
Niedersachsen	2 632 461	882 657	288 549	529 211	860 932	71 112	123	86
Nordrhein-Westfalen	1 441 532	484 886	201 741	272 076	417 214	65 615	83	68
Rheinland-Pfalz	350 884	93 782	21 475	82 381	113 621	39 625	69	59
Saarland	47 852	12 836	3 691	11 026	14 230	6 069	67	68
Sachsen	492 094	136 434	19 297	111 298	173 376	41 689	70	144
Sachsen-Anhalt	340 924	97 201	13 985	79 351	119 751	30 636	110	198
Schleswig-Holstein	1 103 561	312 291	90 143	268 149	393 686	39 292	144	94
Thüringen	329 471	98 530	17 829	71 292	103 604	38 216	80	166

19.9.2 Schweine

	Schweinebestand						Durchschnittlicher Bestand je Betrieb		
	insgesamt	davon					Schweine insgesamt	Mastschweine	Zuchtschweine
		Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine mit 50 kg Lebendgewicht und mehr	Zuchtschweine mit 50 kg Lebend- gewicht und mehr				
					Zuchtsauen	Eber zur Zucht			
1 000							Anzahl		
3. Mai 2015	28 099,5	8 290,9	5 604,3	12 160,0	2 024,3	19,9	1 087	559	207
3. November 2015	27 652,4	8 100,9	5 554,0	11 998,9	1 973,2	25,4	1 077	553	208
3. Mai 2016	27 146,4	8 099,8	5 341,3	11 766,7	1 917,0	21,4	1 109	574	215
3. November 2016	27 376,1	7 998,2	5 189,4	12 255,1	1 908,4	25,0	1 121	595	220
am 3. November 2016 nach Ländern ¹⁾									
Baden-Württemberg	1 776,6	658,6	309,5	649,7	156,6	/	742	328	145
Bayern	3 349,7	899,1	619,5	1 590,8	237,2	/	624	349	103
Brandenburg	789,8	345,8	138,9	216,7	87,2	1,2	4 292	1 464	941
Hessen	584,9	159,7	116,6	268,2	39,6	/	598	306	114
Mecklenburg-Vorpommern ..	828,6	323,3	141,9	271,0	91,9	0,5	4 932	2 101	1 113
Niedersachsen	8 595,2	2 141,8	1 720,7	4 253,6	471,6	/	1 384	779	236
Nordrhein-Westfalen	7 227,1	1 925,3	1 311,1	3 563,2	420,8	/	979	596	205
Rheinland-Pfalz	183,3	52,8	38,0	81,0	11,4	0,2	674	337	97
Saarland	4,3	0,8	1,2	2,1	0,2	0,0	241	119	35
Sachsen	649,8	237,6	138,0	203,0	70,8	0,3	3 845	1 461	847
Sachsen-Anhalt	1 177,6	531,6	209,0	293,3	142,9	0,7	5 608	1 893	1 294
Schleswig-Holstein	1 469,0	358,9	331,0	688,4	89,4	/	1 630	888	281
Thüringen	740,1	363,1	114,0	174,1	88,7	0,3	4 354	1 262	1 023

1 Seit Mai 2010 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schweinebestände mehr erhoben.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.3 Schafe

	Schafbestand			Durchschnittlicher Schafbestand je Betrieb
	insgesamt	darunter		
		weibliche Schafe zur Zucht	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr	
1 000				Anzahl
3. November 2015	1 579,8	1 111,4	428,4	159
3. November 2016	1 574,3	1 101,8	431,8	163
am 3. November 2016 nach Ländern ¹				
Baden-Württemberg	214,8	152,0	58,2	163
Bayern	266,6	184,5	74,9	128
Brandenburg	72,5	50,8	19,8	278
Hessen	114,4	80,9	31,3	132
Mecklenburg-Vorpommern ..	70,8	46,2	22,6	260
Niedersachsen	168,4	109,2	52,7	176
Nordrhein-Westfalen	133,5	96,2	33,1	119
Rheinland-Pfalz	68,0	47,5	18,8	133
Saarland	6,5	4,8	1,5	94
Sachsen	69,7	50,3	17,6	164
Sachsen-Anhalt	74,6	53,8	19,1	281
Schleswig-Holstein	194,8	131,3	58,6	173
Thüringen	119,7	94,3	23,6	318

1 Seit 2011 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schafbestände mehr erhoben.

19.9.4 Eingelegte Bruteier und geschlüpfte Küken

	Eingelegte Bruteier					Geschlüpfte Küken ¹				
	Hühnerküken		Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken	Hühnerküken		Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken
	Legerassen	Mastrassen				Legerassen	Mastrassen			
	zum Gebrauch									
1 000										
2012	121 347	775 967	28 813	1 399	62 087	46 556	647 520	22 827	975	47 682
2013	111 403	778 514	24 344	1 613	61 655	44 213	654 165	19 208	1 044	47 866
2014	114 687	798 142	26 316	1 597	64 272	44 762	673 572	19 983	1 059	51 127
2015	121 738	803 626	25 527	1 532	65 094	48 007	682 853	19 463	1 054	52 322
2016	111 141	800 474	20 371	1 594	68 749	44 097	680 321	16 344	1 081	56 379

Endgültige Ergebnisse. – Erhebungseinheiten sind Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von mindestens 1 000 Eiern.

1 Ohne aussortierte Hahnenküken.

19.9.5 Geflügelfleischerzeugung nach Geflügelarten

	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr
	2016	2015		2016	2015	
	1 000			%	Schlachtmenge (t)	%
Insgesamt ¹	689 451	715 688	- 3,7	1 526 774	1 520 443	0,4
darunter:						
Jungmasthühner	600 990	627 776	- 4,3	958 360	972 171	- 1,4
Suppenhühner	31 857	31 316	1,7	40 710	41 326	- 1,5
Enten	18 610	19 471	- 4,4	41 245	42 843	- 3,7
Gänse	619	601	3,0	3 074	2 954	4,1
Truthühner	37 366	36 517	2,3	483 263	461 031	4,8

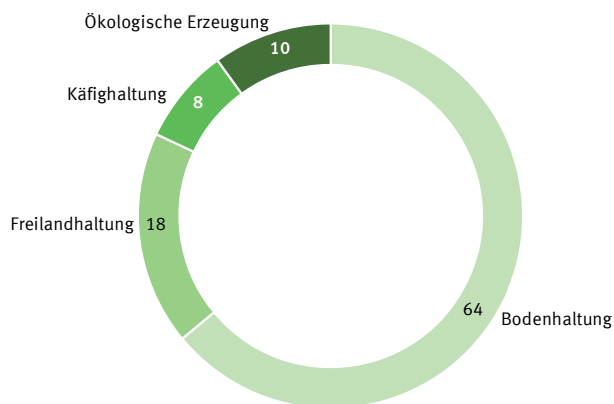
1 Einschl. Perlhühner, Strauße, Fasane, Wachteln und Tauben.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.6 Eiererzeugung 2016

	Erzeugte Eier ¹				
	insgesamt	davon in			
		Bodenhaltung	Freilandhaltung	ökologische Erzeugung	Kleingruppenhaltung und ausgestaltete Käfige
	1 000				
Insgesamt ..	11 978 685	7 575 941	2 185 408	1 208 068	1 009 267
	nach Monaten				
Januar	986 070	628 557	182 931	94 617	79 965
Februar	969 324	617 796	173 710	93 273	84 545
März	1 032 333	659 689	184 035	101 488	87 121
April	959 858	609 042	171 825	97 977	81 014
Mai	995 568	633 011	181 808	100 688	80 061
Juni	963 346	610 008	176 425	96 232	80 680
Juli	991 592	634 988	177 470	100 194	78 940
August	993 660	628 513	184 672	101 358	79 118
September ..	976 902	612 767	181 050	100 651	82 435
Oktober	1 021 737	640 637	186 024	105 409	89 666
November ..	1 028 788	640 590	188 051	104 885	95 262
Dezember ..	1 059 508	660 344	197 408	111 296	90 460

Erzeugte Eier nach Haltungsform 2016 in %



2017-01-0375

Endgültige Ergebnisse. – In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen.

1 Einschl. Bruch-, Knick- und Junghenneneier. – Für den menschlichen Verzehr erzeugte Eier (Konsumeier).

19.9.7 Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung

	Geschlachtete Tiere					Schlachtmenge					
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	zusammen ¹	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	1 000					1 000 t					
2014	3 573	321	58 814	992	9	6 671	1 133	45	5 516	20	2
2015	3 549	320	59 325	1 017	9	6 722	1 133	46	5 566	20	2
2016	3 612	337	59 393	1 057	8	6 752	1 147	49	5 581	21	2
	2016 nach Ländern										
Baden-Württemberg	530	12	5 036	178	1	601	176	1	421	3	0
Bayern	927	17	4 874	113	1	789	318	2	468	2	0
Brandenburg	37	1	1 173	70	0	121	10	0	109	1	0
Bremen	85	0	617	1	0	86	28	0	58	0	0
Hamburg	0	–	–	0	–	0	0	–	–	0	–
Hessen	35	1	426	295	0	57	12	0	40	6	0
Mecklenburg-Vorpommern ..	129	7	341	12	0	70	37	1	32	0	0
Niedersachsen	591	139	19 525	62	2	2 011	174	21	1 836	1	1
Nordrhein-Westfalen	738	144	19 417	116	2	2 098	225	22	1 870	2	0
Rheinland-Pfalz	78	1	1 220	19	1	139	23	0	115	0	0
Saarland	2	0	9	3	0	2	1	0	1	0	0
Sachsen	15	3	128	12	0	17	4	0	12	0	0
Sachsen-Anhalt	4	0	4 886	5	0	455	1	0	454	0	0
Schleswig-Holstein	344	11	686	167	0	177	109	2	64	4	0
Thüringen	96	1	1 056	5	0	128	29	0	99	0	0

1 Einschl. Ziegen.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.8 Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung 2016

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004 ¹	Rinder ²	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
Zur Schlachtung im Schlachthof vorgesehene Tiere	3 292 794	337 539	59 544 887	1 057 466	21 034
Zur Schlachtung angenommene bzw. notgeschlachtete Tiere ...	3 290 508	337 511	59 536 609	1 057 434	21 030
Als genussuntauglich beurteilte Schlachtkörper	27 402	768	158 774	851	22
darunter aufgrund von:					
Allgemeinerkrankung	6 640	257	20 589	174	4
Generalisierten Tumoren und Abszessen ...	7 295	92	46 709	95	4
Abmagerung	1 285	126	5 320	175	1
Organbefunde					
darunter:					
Veränderung an der Lunge	121 547	9 703	5 716 103	72 039	491
Veränderung am Brustfell	68 097	1 060	4 270 542	8 052	11
Veränderung am Herz/Herzbeutel	29 599	550	2 015 987	5 382	21
Veränderung der Leber nach Parasitenbefall	162 122	1 068	5 407 405	45 166	200
Andere als genussuntauglich beurteilte Teile des Tierkörpers ..	214 754	9 150	5 468 401	2 588	14
Hausschlachtungen i.V.m. Tier-LMHV³ und Tier-LMÜV⁴	25 402	2 914	86 861	36 746	2 263

Erfasst werden die Ergebnisse der amtlichen Überwachung der **Schlacht-tier- und Fleischuntersuchungen**. Diese vermitteln einen Überblick über Art und Umfang der Untersuchungen, die Zahl der Beanstandungen und die Beanstandungsgründe und liefern Informationen, inwieweit das für den menschlichen Verzehr vorgesehene Fleisch den Anforderungen an Genussfähigkeit entspricht. Die Kenntnisse hierüber sind eine Grundlage für den vorbeugenden Verbraucherschutz.

1 Verordnung mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs.

2 Ohne Kälber.

3 Verordnung über Anforderungen an die Hygiene beim Herstellen, Behandeln und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

4 Verordnung zur Regelung bestimmter Fragen der amtlichen Überwachung des Herstellens, Behandelns und Inverkehrbringens von Lebensmitteln tierischen Ursprungs.

19.9.9 Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchung 2016

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004 ¹	Hühner ²	Suppenhühner	Truthühner	Enten	Gänse
	Anzahl				
Zur Schlachtung im Schlachthof vorgesehene Tiere	604 706 200	32 131 421	37 676 694	18 676 046	619 851
Zur Schlachtung angenommene bzw. notgeschlachtete Tiere	604 692 574	32 131 393	37 676 692	18 676 026	619 848
	Kilogramm				
Gesamtmenge Geflügelfleisch der geschlachteten Tiere	1 017 432 715	49 783 420	599 135 536	28 428 125	2 643 411
Als genussuntauglich beurteiltes Geflügelfleisch	13 627 057	1 982 715	6 214 102	1 135 206	14 058
darunter aufgrund von:					
Allgemeinerkrankung	913 221	19 722	685 991	177	315
Generalisierten Tumoren und Abszessen ...	10 913	262 943	187	3 825	2 527
Abmagerung	722 860	76 428	725 258	92 524	985
Entzündungen der Gelenke	377 942	3 726	882 990	157 286	103
Hämatomen, Verletzungen, Vernarbungen ...	684 336	87 108	746 109	9 447	1 526
Tiefer Dermatitis, infizierten Brustbeulen ...	3 647 920	63 564	1 126 841	113 673	728

1 Verordnung mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs.

2 Ohne Suppenhühner.

19.10 Aquakultur

	Erzeugung aus Aquakultur insgesamt	Und zwar					Muscheln
		Fische	und zwar				
			karpfenartige Fische	dar. Gemeiner Karpfen	forellenartige Fische	dar. Regenbogenforelle ¹	
Zahl der Betriebe							
2015 ^{1,2}	3 285	3 261	2 170	2 142	1 493	1 350	11
2016 ^{1,2}	2 957	2 935	1 980	1 955	1 291	1 169	11
darunter: 2016 nach Ländern							
Baden-Württemberg	106	106	17	17	98	91	–
Bayern	2 123	2 118	1 658	1 641	737	654	–
Brandenburg	37	37	29	29	12	11	–
Hessen	54	54	13	13	48	45	–
Mecklenburg-Vorpommern	19	17	8	8	8	6	–
Niedersachsen	128	124	27	23	100	90	4
Nordrhein-Westfalen	148	146	11	10	140	132	–
Rheinland-Pfalz	28	28	3	.	28	28	–
Saarland	2	2	–	–	1	1	–
Sachsen	192	192	155	152	54	49	–
Sachsen-Anhalt	15	15	7	7	9	9	–
Schleswig-Holstein	35	26	20	20	9	8	7
Thüringen	69	69	32	32	47	45	–
Erzeugte Menge in t							
2015 ^{1,2}	26 947	18 953	5 206	4 916	10 706	7 021	7 907
2016 ^{1,2}	32 417	19 237	5 568	5 238	10 804	7 039	13 077
darunter: 2016 nach Ländern							
Baden-Württemberg	2 525	2 525	40	32	2 482	1 891	–
Bayern	5 571	5 555	2 118	1 967	3 198	1 822	–
Brandenburg	958	958	614	609	298	212	–
Hessen	598	590	23	19	477	366	–
Mecklenburg-Vorpommern	1 100	.	205	204	156	75	–
Niedersachsen	5 021	2 826	132	107	1 472	439	2 127
Nordrhein-Westfalen	1 315	1 314	.	.	1 265	1 016	–
Rheinland-Pfalz	317	317	.	.	303	261	–
Saarland	.	.	–	–	.	.	–
Sachsen	2 528	2 528	2 054	1 947	161	139	–
Sachsen-Anhalt	.	421	64	58	.	.	–
Schleswig-Holstein	11 197	243	81	68	134	101	10 949
Thüringen	820	820	213	205	511	403	–

Ergebnisse ohne Aquarien- und Zierarten, ohne Brut- und Aufzuchtanlagen.

1 Ohne Lachsforelle.

2 Einschl. Stadtstaaten.

Aquakultur ist die kontrollierte Aufzucht von Wasserlebewesen wie Fischen, Krebstieren, Weichtieren und Algen. Traditionell ist die Aquakultur in Deutschland geprägt durch klassische Karpfenteichwirtschaften und Forellenzuchten. Dabei sind die bedeutendsten Fischarten die „Regenbogenforelle“ und der „Gemeine Karpfen“.

Methodik

Die Land- und Forstwirtschaft prägt insbesondere die ländlichen Regionen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: Über 80% des Nahrungsbedarfs kann aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dabei dient die Landwirtschaft nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Vielmehr erhalten landwirtschaftliche Betriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum und prägen die Kulturlandschaft. Ihnen kommt damit eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu.

Statistiken über die Landwirtschaft und ihre Produkte sind eine wesentliche Grundlage, um Aufkommen und Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungs- und Futtermittel) darzustellen. Zudem zeigen sie den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft auf. Für wirtschaftliche und politische Entscheidungen stellen diese Informationen eine wichtige Datenbasis dar – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

■ Flächennutzung

Die allgemeine **Flächenstatistik** liefert Grundlageninformationen zur Bodennutzung der gesamten Fläche Deutschlands, insbesondere für raumordnungs- und umweltrelevante Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Die Flächennutzung durch die Landwirtschaft wird damit in einen größeren Flächennutzungsrahmen gestellt. Die allgemeine Flächenstatistik basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster, während sich die Erhebung der landwirtschaftlichen Bodennutzung auf die Befragung landwirtschaftlicher Betriebe stützt.

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Die Ergebnisse zur Land- und Forstwirtschaft beruhen auf Erhebungen über Strukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Viehbestand und tierische Erzeugung und der Lebensmittelsicherheit, Weinanbau und Weinerzeugung sowie der Forstwirtschaft. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – im Agrarstatistikgesetz angeordnet. Erhebungseinheiten sind in der Regel landwirtschaftliche Betriebe. Dies sind nach dem Agrarstatistikgesetz technisch-wirtschaftliche Einheiten mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Tätigkeiten als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführen. Sofern keine speziellen Erfassungsgrenzen gelten, gehören landwirtschaftliche Betriebe zur Grundgesamtheit, wenn sie eine der folgenden Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten: a) 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), b) 10 Rinder, c) 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen, d) 20 Schafe, e) 20 Ziegen, f) 1 000 Haltungplätze für Geflügel, g) 0,5 ha Hopfenfläche, h) 0,5 ha Tabakfläche, i) 1 ha Dauerkulturlfläche im Freiland, j) jeweils 0,5 ha Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstanbaufläche, k) 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, l) 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, m) 0,1 ha Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, n) 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze.

Die **Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben** umfassen die im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen und die sie ergänzenden **Agrarstrukturerhebungen**. Diese sind zurzeit alle drei bis vier Jahre durchzuführen.

Die **Agrarstrukturerhebung (ASE) 2016** wurde als Kombination einer allgemeinen Erhebung und einer Stichprobenerhebung durchgeführt. Zudem fand die ASE im Jahr 2016 mit stark reduziertem Merkmalskatalog als allgemeine Erhebung bei Forstbetrieben statt. Die Angaben zur Bodennutzung entsprechen denen der Bodennutzungshaupterhebung 2016, die in die ASE integriert war.

■ Kaufwerte

Die **Statistik der Kaufwerte** für landwirtschaftliche Grundstücke liefert Angaben über veräußerte Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden. Erfasst werden Verkäufe, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 1 000 m² groß ist. Die Daten werden bei Finanzämtern und Gutachterausschüssen für Grundstückswerte erhoben. Aus den Summen der erzielten Kaufpreise werden jährlich durchschnittliche Kaufwerte, bezogen auf die Summe der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung berechnet. Da sich die durchschnittlichen Kaufwerte jeweils auf andere Grundstücke beziehen, bringt ein Zeitvergleich der Kaufwerte nicht die reinen Preisveränderungen zum Ausdruck. Auch der allmähliche Übergang des Berichtswegs von den Finanzämtern zu den Gutachterausschüssen schränkt die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein.

■ Forstwirtschaft

In der **Holzeinschlagstatistik** werden die Mengen des eingeschlagenen Holzes ohne Rinde nachgewiesen, differenziert nach vier Holzartengruppen sowie nach Holzsorten.

■ Anbau und Ernte, Weinanbau und Weinerzeugung

Zu den landwirtschaftlichen **Erzeugungsstatistiken** zählen diejenigen Erhebungen, mit deren Hilfe die Erzeugung an pflanzlichen und tierischen Produkten festgestellt bzw. unmittelbar oder mittelbar berechnet wird. Dazu zählen u. a. die Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestands-erhebung, Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik, Eier- und Geflügelstatistiken, Gemüse- und Speisepilzerhebung, Strauchbeerenerhebung, Zierpflanzen-erhebung, Baumschulerhebung und Baumobstanbauerhebung.

In der jährlichen **Bodennutzungshaupterhebung** wird die Nutzung der Flächen erhoben. Die Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie detaillierte Angaben zum Anbau auf dem Ackerland werden darin erfasst. Zusätzlich werden spezielle Erhebungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt: Der **Anbau und die Ernte von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren** wird jährlich erhoben, die **Baumschulflächen** und der **Anbau von Zierpflanzen** alle vier Jahre (einmalig fünf Jahre) sowie **Flächen und Bestände der Baumobstanlagen** alle fünf Jahre. Im **Weinbau** werden jährlich die bepflanzten Flächen aus der Weinbaukartei ermittelt. Alle fünf Jahre findet zudem eine sogenannte **Grunderhebung der Rebflächen** statt, in der weitere strukturelle Informationen über die Bewirtschaftung gewonnen werden.

Um die pflanzliche Produktion errechnen zu können, werden die Ernteerträge von landwirtschaftlichen Feldfrüchten, Grünland, Baumobst und Wein durch Berichtserstatter geschätzt oder von landwirtschaftlichen Betrieben gemeldet (**„Ernte- und Betriebsberichterstattung“**). Für einige Arten werden außerdem objektive Ertragsmessungen auf repräsentativer Basis durchgeführt, und zwar für Getreide, Kartoffeln und Raps unter der Bezeichnung **„Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung“**. Aus den geschätzten bzw. ermittelten Ernteerträgen werden die Erntemengen unter Zuhilfenahme der aus den oben dargestellten Erhebungen ermittelten Flächen berechnet. Für die Feststellung der endgültigen Weinmosternte werden wiederum Daten aus der Weinbaukartei genutzt. Die Weinbaukartei ist auch die Datenquelle für die Ermittlung der Bestände an Wein und Traubenmost in den Wein anbauenden Ländern sowie für die Weinerzeugung.

■ Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

Die **Erhebungen über die Viehbestände** finden jährlich im Mai und November statt. Dabei werden die Rinderbestände durch Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) erfasst. Die Schweinebestände werden in einer Stichprobenerhebung bei höchstens 20 000 Betrieben mit mindestens 10 Zuchtsauen oder 50 oder mehr Schweinen bestimmt. Seit 2011 werden die Schafbestände immer im November auf Basis einer Stichprobenerhebung bei 5 000 Betrieben mit 20 oder mehr Schafen errechnet.

Die **Fleischerzeugung** wird monatlich ermittelt. Die Merkmale sind die Zahl und das Schlachtgewicht der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde. In der halbjährlich durchgeführten **Fleischuntersuchungsstatistik** werden die Ergebnisse der Schlacht- und Fleischuntersuchungen sowie der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchungen dargestellt. Dabei werden die Gründe für die Beanstandungen der Tiere bzw. des Fleisches detailliert nachgewiesen.

Hinzu kommen monatliche **Geflügelstatistiken** über die Erzeugung von Geflügel mit Erhebungen in Brütereien (Bruteiereinlage, Kükenschlupf), Geflügelschlachtereien (geschlachtetes Geflügel) und Unternehmen mit Hennenhaltung (Zahl der Hennenhaltungsplätze und der legenden Hennen sowie die Zahl der erzeugten Eier nach Haltungsformen). Die Erhebung in Brütereien findet dabei in allen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes statt. Zur Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung werden alle Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen herangezogen. Auskunftspflichtig zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sind alle Geflügelschlachtereien mit EU-Zulassung.

■ Aquakultur

Die **Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben** wird jährlich für das jeweils abgeschlossene Kalenderjahr durchgeführt. Dabei werden Daten zur erzeugten Menge insgesamt, zur Erzeugung in Brut- und Aufzuchtanlagen sowie zur aus Wildfängen in die Aquakultur zugeführten Menge erhoben. Zusätzlich werden alle drei Jahre Daten zur Struktur der Aquakulturbetriebe sowie zur Vermarktung von Aquakulturprodukten erhoben.

■ Stichprobenergebnisse

Stichprobenergebnisse erfordern für die Beurteilung der Datenqualität eine statistische Bewertung durch eine Fehlerrechnung, da eine Stichprobe immer mit Fehlern behaftet ist. Als Maß für die Größe des Zufallsfehlers dient der „einfache relative Standardfehler“.

Der „einfache relative Standardfehler“ definiert ein Intervall, in dem der „wahre“ Wert mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. Beispiel: Im November 2016 wurden 27,376 Millionen Schweine in Deutschland gehalten (vgl. Tabelle 19.9.2). Bei einem relativen Standardfehler von 1% läge der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% zwischen 27,102 Millionen und 27,650 Millionen Schweinen.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Fehlerrechnungsergebnisse zu Fehlerklassen aggregiert und mit einem entsprechenden Kennzeichen in der Veröffentlichung dargestellt:

() = Einfacher relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 15 %. Der Aussagewert des angegebenen Zahlenwertes ist eingeschränkt, da er relativ unsicher ist.

/ = Einfacher relativer Standardfehler von 15 % und mehr. Die Angabe des Zahlenwertes ist wegen des hohen Fehlerwertes nicht sicher genug.

Durch diese Kennzeichnung soll die Nutzerin bzw. der Nutzer in die Lage versetzt werden, die Zuverlässigkeit der Ergebnisse für seine Zwecke abschätzen zu können.

Ausführlichere methodische Erläuterungen und ein detaillierter Ergebnismachweis sind den speziellen Veröffentlichungen innerhalb der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ zu entnehmen (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ackerland | Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstiger Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Ferner Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Anbauflächen | *Bodennutzungshaupterhebung* | Bestandsflächen zum Zeitpunkt der Erhebung mit ihrer Hauptnutzung.

Gemüseerhebung | Flächen – einschließlich Mehrfachanbau auf gleicher Fläche.
Strauchbeerenerhebung | Flächen einschließlich Jungpflanzen.

Aquakulturbetriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten mit Erzeugung in Aquakultur im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 762/2008, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen.

Arbeitskräfte | Im Berichtszeitraum (März des Vorjahres bis Februar des Berichtsjahres) im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) | Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb (landwirtschaftliche Arbeiten sowie Arbeiten in Einkommenskombinationen) vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person (Arbeitskraft).

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) | Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung des Betriebes. Sie untergliedert sich in Allgemeine, Haupt- und Einzel-BWA. Grundlage für die Zuordnung der Betriebe ist seit 2010 der Anteil des Standardoutputs (SO) der einzelnen Betriebszweige am Gesamtstandardoutput des Betriebes.

Dauergrünland | Grünlandflächen (Wiesen oder Weiden), die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung (einschließlich Abweiden) sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind; auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung sowie ertragsarme (Hutungen oder Heiden) und vorübergehend aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch.

Einkommenskombinationen | Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt und mit denen Umsätze erzielt werden. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten.

Ernteerträge | Für *landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland* | Eingebraachte Ernte, für Getreide auf 14 % Feuchtigkeit, für Hülsen- und Ölfrüchte auf 9 % Feuchtigkeit umgerechnet. Für Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Wiesen und Weiden werden die Ernteschätzungen in Trockenmasse angegeben.

Für *Gemüse und Obst* | Marktfähige Ernteware (Feldabfuhr), unabhängig davon, ob sie auf den Markt gelangt oder nicht (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste, die nach der Ernte auftreten).

Für *Wein* | Eingebraachte Ernte (Weinmosternte: Erntemenge der geernteten Trauben bzw. des Traubenmostes, angegeben in Hektoliter Wein).

Erwerbscharakter der Betriebe | Haupterwerbsbetriebe sind Einzelunternehmen, bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes mehr als 50 % beträgt. Alle Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

Familienarbeitskräfte | Betriebsinhaberin bzw. -inhaber, deren/dessen Ehegatte oder Ehegattin (bzw. eine gleichgestellte Person) sowie weitere Familienangehörige und Verwandte, die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb leben und arbeiten.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdN) | Im Gegensatz zur „landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ umfasst die FdN im Wesentlichen nur diejenigen Flächen des Acker- und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Nicht einbezogen werden Flächen, die einer Sonderbewertung unterliegen (z. B. garten- und weinbaulich genutzte Flächen) und alle Flächenverkäufe zu Sonderkonditionen.

Forstwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und keine der für landwirtschaftliche Betriebe geltenden Erfassungsgrenzen erreichen, aber über mindestens 10 ha Waldfläche oder Fläche mit schnell wachsenden Baumarten verfügen.

Großvieheinheit (GV) | Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutzvieharten bestimmt.

Inlandsabsatz von Düngemitteln | Lieferungen der Düngemittelproduzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Diese Mengen sind nicht mit dem tatsächlichen Verbrauch in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau identisch. Inlandsabsatz und tatsächlicher Verbrauch weichen z. B. durch die Lagerhaltung voneinander ab. Außerdem kann der Absatz in anderen Bundesländern erfolgen, wenn Absatzorganisationen die Düngemittel an die Endverbraucher liefern. Der Nährstoffaufwand je ha bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Erntejahres.

Kaufwert | Durchschnittlicher Preis eines Grundstücks in Euro je ha. Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden ermittelt, indem die für die Grundstücke gezahlten Preise auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bezogen werden. Die gezahlten Preise enthalten keine Grunderwerbsnebenkosten (Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten u. a.). Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der verkauften Grundstücke von Jahr zu Jahr sind die jeweiligen Kaufwerte nicht voll vergleichbar. Deshalb wird in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke auf die Berechnung von Veränderungsraten (insbesondere von Kaufwerten) verzichtet.

Landwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die über eine Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder über Mindesttierbestände oder Mindestbauflächen für Spezialkulturen verfügen, für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 genannten Tätigkeiten nach NACE Rev. 2 (pflanzliche Erzeugung, Tierhaltung, landwirtschaftliche Dienstleistungen) als Haupt- oder Nebentätigkeit ausüben.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Baum-, Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nussanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes und Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern.

Landwirtschaftsfläche | Ackerland, Grünland, Gartenland, Weingarten, Moor, Heide, Obstanbaufläche, landwirtschaftliche Betriebsfläche und Brachland. Die Datenerhebung basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster.

Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche | *Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)*, die vollständig oder teilweise auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt ist. Dies beinhaltet:

Umgestellte LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007

abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen bereits als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

In Umstellung befindliche LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 gegenwärtig in Umstellung befindet. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Ökologischer Landbau | Der landwirtschaftliche Betrieb produziert pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Pachtflächen | Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Hierzu zählt auch eine gepachtete landwirtschaftlich genutzte Fläche, die vorübergehend stillgelegt ist. Die Pachtfläche umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche aus Einzelgrundstücken und geschlossenen Hofpachten von Familienangehörigen und anderen Verpächterinnen und Verpächtern.

Rebfläche | Mit Reben bestockte Flächen, unabhängig davon, ob sie im Ertrag stehen oder nicht, sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Saisonarbeitskräfte | Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb. Hierzu zählen keine Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau land), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Ständige Arbeitskräfte | In einem unbefristeten oder für mindestens sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehende Personen. Hierzu rechnen auch Verwandte der Betriebsinhaberin oder des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben.

Standardoutput | Standardisierte Rechengröße, die den durchschnittlichen Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung eines landwirtschaftlichen Betriebes beschreibt. Er wird in der amtlichen Statistik für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung genutzt. Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Vieh- art aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Dabei werden durchschnittliche Erträge und Preise angesetzt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Wirtschaftsjahren berechnet werden. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken | Erfasst werden Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) mindestens 0,1 ha groß ist. Der Nachweis erfolgt in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zur *Land- und Forstwirtschaft* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 41, Daten zur *Flächennutzung* unter Code 33, Daten zur *Kaufwertestatistik* unter Code 615

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Flächennutzung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 5.1 | Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Heft 5 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010
Bodenbearbeitung, Bewässerung, Landschaftselemente

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4 | Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput

Reihe 2.1.5 | Rechtsformen und Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe (Haupt- und Nebenerwerb)

Reihe 2.1.7 | Einkommenskombinationen

Reihe 2.1.8 | Arbeitskräfte und Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer

Heft 1 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 2 | Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer

Heft 4 | Arbeitskräfte

Hofnachfolge

STATmagazin

| Idylle ade! Vom Bauern zum Unternehmer (2011)

■ Pachtentgelte und Kaufwerte

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.6 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

Reihe 2.4 | Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke

Heft 3 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Eigentums- und Pachtverhältnisse

■ Ökologischer Landbau

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.1 | Ökologischer Landbau

■ Düngemittel

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 8.2 | Düngemittelversorgung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 | Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft

Mehr zum Thema

■ **Forstbetriebe und Forstwirtschaft**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.1 | Betriebe mit Waldflächen
- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

■ **Anbau und Ernte**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung)
- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung
- Reihe 3.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- Reihe 3.1.3 | Gemüseanbau und -ernte
- Reihe 3.1.4 | Baumobstflächen
- Reihe 3.1.6 | Anbau von Zierpflanzen
- Reihe 3.1.7 | Baumschulerhebung
- Reihe 3.1.8 | Bodennutzung der Betriebe (Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten)
- Reihe 3.1.9 | Strauchbeerenanbau und -ernte
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte
- Reihe 3.3.1 | Forstwirtschaftliche Bodennutzung (Holzeinschlagsstatistik)

■ **Weinanbau und Weinerzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.2.3 | Betriebe mit Weinbau
- Reihe 3.1.5 | Rebflächen
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte – Weinmost
- Reihe 3.2.2 | Weinerzeugung
- Reihe 3.2.3 | Weinbestände

■ **Viehwirtschaft und tierische Erzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.3 | Viehhaltung der Betriebe
- Reihe 4 | Viehbestand und tierische Erzeugung
- Reihe 4.1 | Viehbestand
- Reihe 4.2.3 | Geflügel
- Reihe 4.3 | Schlacht tier- und Fleischuntersuchung
- Reihe 4.6 | Erzeugung in Aquakulturbetrieben

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/12 | Aquakultur – Ergebnisse und Methodik
- Heft 6/16 | Neukonzeption der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungsstatistik

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.S.5 | Methodische Grundlagen der Agrarstrukturerhebung
- Heft 6 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
Wirtschaftsdünger, Stallhaltung, Weidehaltung

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Wer produziert unsere Nahrungsmittel? – Aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/09 Betriebsregister Landwirtschaft
- Heft 3/10 Die Landwirtschaftszählung 2010
- Heft 2/11 Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft
- Heft 12/11 Schätzung regionaler Daten mithilfe von Small Area-Schätzmethoden
- Heft 12/11 Nacherhebung Bewässerung zur Landwirtschaftszählung 2010
- Heft 11/12 Aquakultur – Ergebnisse und Methodik
- Heft 12/12 Erhebung zum Nachwuchsmangel in der Nutztiermedizin
- Heft 8/13 Erhebungen zum Gemüseanbau in Deutschland neu konzipiert
- Heft 12/14 Ermittlung von Kreisergebnissen in der Agrarstatistik
- Heft 2/15 Bereitstellung harmonisierter Landnutzungs- und Landbedeckungsstatistiken – Pilotstudie zur Unterstützung der europäischen LUCAS-Erhebung
- Heft 6/16 Herausforderungen und Chancen der amtlichen Flächenstatistik
- Heft 1/17 Das statistische Berichtssystem der Agrarstatistiken in Deutschland

Broschüre

Landwirtschaft auf einen Blick (2011)

IM FOKUS

- 13.1.2016 Grüne Woche: Bio-Gemüse macht 7 % der gesamten Gemüseernte aus
- 12.4.2017 Spargelernte 2017: früher Start in die Spargelsaison

Gemeinschaftsveröffentlichung

Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt – Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)





20 Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen im Überblick

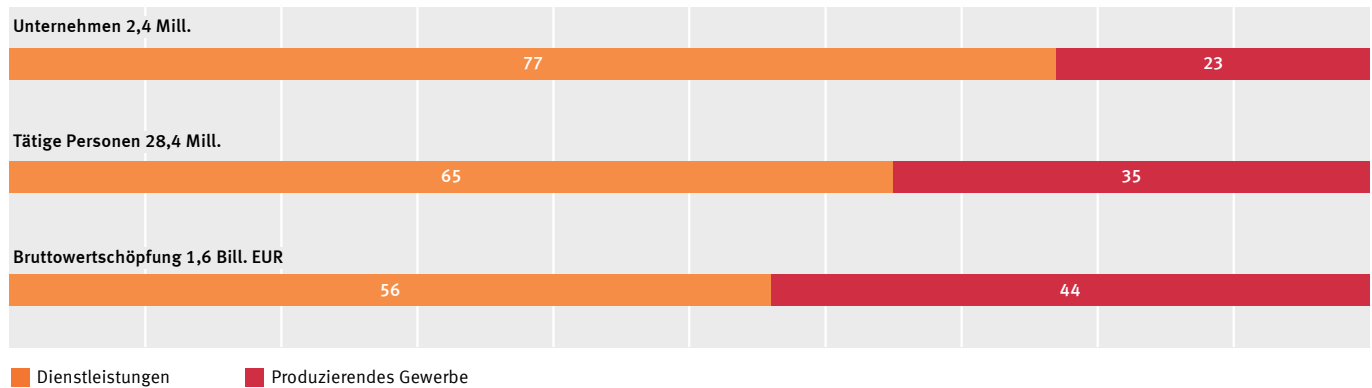
Fast 4 von 5 Unternehmen waren 2015 im Dienstleistungsbereich tätig | **61 %** aller **tätigen Personen** 2014 bei kleinen und mittleren Unternehmen | Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** 2016 auf rund **21 500 gesunken** | **61 %** der Unternehmen ermöglichen **mobiles Arbeiten** | 2014 rund **589 000 Handwerksunternehmen** | Rund **14 200 Betriebe** mit **250** und mehr sozialversicherungspflichtig **Beschäftigten 2015**

<i>Seite</i>	
515	Auf einen Blick
	Tabellen
516	Unternehmen im Überblick Anzahl Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Bruttoinvestitionen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen Kleine und mittlere Unternehmen
522	Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland Anteil Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Herkunft der Muttergesellschaft
523	Gewerbeanzeigen Nach Ländern Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Rechtsformen
526	Insolvenzen Zusammensetzung Unternehmensinsolvenzen nach Ländern, ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen Insolvenzhäufigkeit Insolvenzverfahren
530	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen Internetzugang Internetzugangart Datenübertragungsrate Social Media Cloud Computing IKT-Branche
534	Handwerksunternehmen Anzahl Tätige Personen Umsatz Nach Gewerbegruppen Nach Ländern Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezweigen
536	Betriebe im Überblick Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
537	Methodik
539	Glossar
541	Mehr zum Thema

20.0 Auf einen Blick

Unternehmen, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in Unternehmen 2015

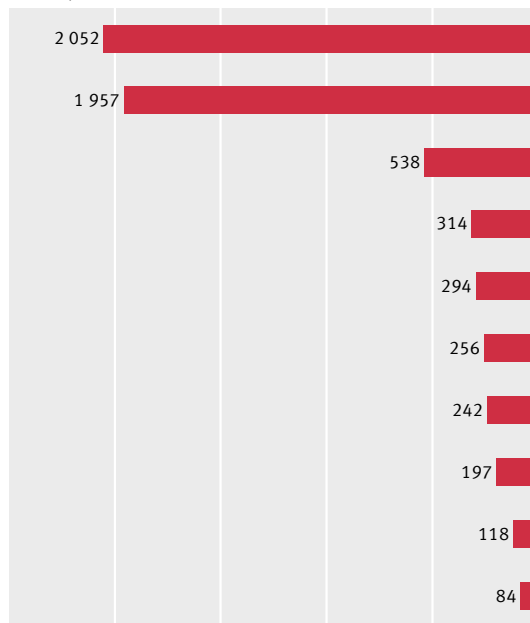
in %



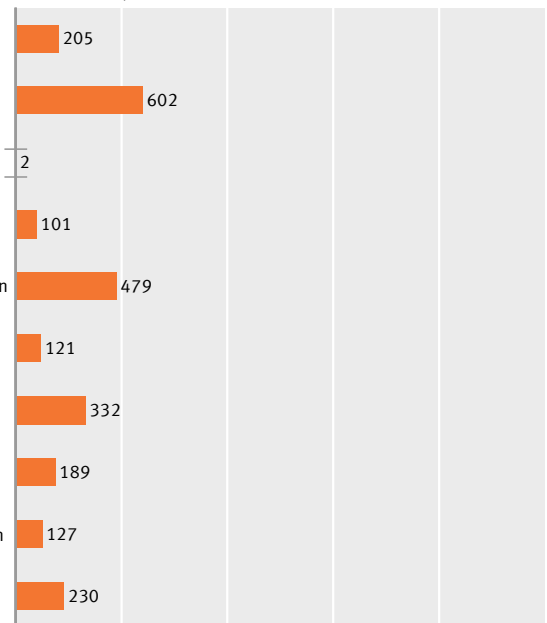
Strukturdaten der Unternehmen 2015

nach Wirtschaftsabschnitten

Umsatz, in Mrd. EUR



Unternehmen, in 1 000



2017 - 01 - 0311

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
	Insgesamt²⁾	2 409 710	28 414 505	6 393 182	1 590 166	217 685
B – F	Produzierendes Gewerbe	546 698	9 987 950	2 900 842	695 335	88 735
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 813	58 383	12 873	5 129	1 171
05	Kohlenbergbau	7	17 468	2 162	1 680	341
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	3 927	2 978	716	242
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 705	34 018	7 192	2 574	551
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	97	2 970	541	159	–
C	Verarbeitendes Gewerbe	205 028	7 273 011	2 051 998	534 932	62 042
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	25 768	789 499	166 845	33 015	4 891
11	Getränkeherstellung	2 142	68 951	20 227	5 390	1 476
12	Tabakverarbeitung	26	10 333	18 662	1 667	168
13	H. v. Textilien	4 055	77 858	12 788	3 880	417
14	H. v. Bekleidung	3 015	42 625	8 404	2 182	206
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 293	15 840	3 035	689	137
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	13 039	140 698	26 004	6 580	830
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 640	145 240	40 407	10 344	1 339
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	10 342	145 927	18 194	6 843	794
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	54	22 302	107 408	4 073	757
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 056	332 193	163 385	39 527	5 183
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	554	128 545	50 810	16 020	2 001
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	6 859	423 279	84 516	25 734	3 554
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	10 607	237 885	47 522	15 262	1 944
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 697	265 713	100 232	19 296	2 767
25	H. v. Metallerzeugnissen	43 289	878 252	128 125	49 571	5 010
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 207	338 879	82 972	29 590	2 543
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	5 950	483 680	113 410	37 101	2 780
28	Maschinenbau	15 717	1 111 086	258 548	85 317	7 058
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 583	850 817	462 108	94 811	14 329
30	Sonstiger Fahrzeugbau	1 094	132 818	42 166	12 168	1 179
31	H. v. Möbeln	10 475	142 001	21 670	7 087	578
32	H. v. sonstigen Waren	19 797	259 030	34 699	14 581	1 485
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	13 769	229 560	39 863	14 203	615
D	Energieversorgung	2 059	224 669	537 677	37 589	12 674
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 387	230 494	56 764	23 596	6 405
36	Wasserversorgung	1 630	35 051	9 881	4 528	2 016
37	Abwasserentsorgung	1 419	43 515	11 615	7 332	2 780
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung ..	2 257	147 654	34 606	11 417	1 578
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	81	4 274	662	319	31
F	Baugewerbe	332 411	2 201 393	241 530	94 089	6 443
41	Hochbau	25 308	291 873	58 080	17 682	1 500
42	Tiefbau	7 961	202 590	29 952	11 360	1 251
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	299 142	1 706 930	153 498	65 047	3 692

Fußnoten siehe nächste Seite.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
G – J, K 65, L – N, S 95^{1,2)}	Dienstleistungen	1 863 012	18 426 555	3 492 340	894 831	128 950
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	602 128	6 409 246	1 957 253	288 118	22 482
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	110 537	839 124	237 565	38 937	4 954
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	152 848	1 864 927	1 154 387	142 125	9 521
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	338 742	3 705 195	565 302	107 057	8 007
H	Verkehr und Lagerei	101 415	2 229 582	314 298	102 258	25 647
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	65 114	901 375	91 397	39 683	8 980
50	Schifffahrt	2 955	27 087	34 810	5 746	3 379
51	Luftfahrt	628	64 684	24 888	2 944	1 756
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	18 984	692 951	122 605	39 294	10 787
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	13 733	543 485	40 598	14 590	744
I	Gastgewerbe	230 413	2 173 316	83 605	39 707	3 729
55	Beherbergung	47 387	553 550	28 574	14 210	1 971
56	Gastronomie	183 026	1 619 766	55 031	25 497	1 758
J	Information und Kommunikation	120 857	1 199 785	255 894	115 777	20 499
58	Verlagswesen	8 610	186 648	32 971	12 592	479
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 232	72 353	11 998	5 694	579
60 ^{1,3)}	Rundfunkveranstalter	360	42 183	10 361	8 211	543
61	Telekommunikation	2 624	113 437	67 753	26 021	12 285
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	85 276	687 992	118 781	56 085	5 850
63	Informationsdienstleistungen	12 755	97 172	14 030	7 173	762
K^{1,4)}	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	1 358	156 095	268 378	24 137	.
L^{1,5)}	Grundstücks- und Wohnungswesen	127 155	407 928	118 136	67 445	31 729
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	478 857	2 518 236	294 128	148 853	10 269
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	118 979	678 165	52 690	38 115	1 006
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	107 932	534 475	94 190	34 325	3 990
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	128 545	668 295	76 316	43 924	2 094
72	Forschung und Entwicklung	6 823	174 171	18 405	11 153	2 050
73	Werbung und Marktforschung	33 498	250 108	28 383	10 478	543
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	72 935	163 890	20 998	9 047	469
75	Veterinärwesen	10 146	49 133	3 147	1 810	117
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	189 094	3 291 166	197 424	107 107	14 506
77	Vermietung von beweglichen Sachen	22 004	122 157	35 061	20 121	10 695
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	9 627	1 012 327	38 612	29 219	342
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	11 971	100 254	31 471	7 013	301
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 516	228 653	7 587	5 600	125
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	89 809	1 285 074	36 829	24 287	1 400
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	50 167	542 701	47 864	20 867	1 642
S^{1,4)}	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	11 735	41 201	3 224	1 429	89

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – In den Wirtschaftsabschnitten H, J, L, M, N und S 95 wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Ab dem Berichtsjahr 2015 werden die Rundfunkbeiträge nicht mehr den Umsätzen zugeordnet sondern den Subventionen.

4 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

5 In der Wirtschaftsgruppe 68.2 wird ab dem Berichtsjahr 2015 die Privatvermietung nicht mehr berücksichtigt.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
	Insgesamt¹²⁾	6 393 182	65,8	71,4	24,5	15,7	8,7
B – F	Produzierendes Gewerbe	2 900 842	89,6	74,7	24,0	16,9	7,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	12 873	88,2	68,1	39,8	27,5	12,3
05	Kohlenbergbau	2 162	100,1	80,9	77,7	62,3	15,5
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	2 978	67,4	71,6	24,0	15,8	8,3
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	7 192	94,4	63,3	35,8	21,4	14,4
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	541	71,6	60,8	29,3	35,1	– 5,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	2 051 998	88,2	72,1	26,1	19,1	7,0
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	166 845	91,7	79,8	19,8	13,5	6,3
11	Getränkeherstellung	20 227	96,0	64,1	26,6	17,9	8,7
12	Tabakverarbeitung	18 662	80,7	33,6	8,9	4,7	4,2
13	H. v. Textilien	12 788	95,0	69,8	30,3	23,0	7,3
14	H. v. Bekleidung	8 404	87,7	73,1	26,0	18,0	8,0
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	3 035	85,2	75,7	22,7	17,1	5,6
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	26 004	96,6	74,5	25,3	17,7	7,6
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	40 407	92,7	74,4	25,6	18,1	7,5
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	18 194	99,1	62,3	37,6	29,5	8,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	107 408	75,7	70,5	3,8	2,0	1,7
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	163 385	82,1	75,4	24,2	14,9	9,2
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	50 810	87,0	68,6	31,5	19,9	11,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	84 516	90,9	69,8	30,4	23,1	7,4
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden ..	47 522	91,6	67,5	32,1	23,2	8,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	100 232	96,5	80,5	19,3	15,7	3,6
25	H. v. Metallerzeugnissen	128 125	96,5	61,4	38,7	28,7	10,0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	82 972	92,2	64,7	35,7	25,3	10,4
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	113 410	88,2	67,9	32,7	27,2	5,5
28	Maschinenbau	258 548	92,4	67,8	33,0	26,7	6,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	462 108	80,2	79,6	20,5	14,1	6,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	42 166	102,2	75,1	28,9	23,5	5,4
31	H. v. Möbeln	21 670	95,3	67,2	32,7	24,2	8,5
32	H. v. sonstigen Waren	34 699	88,8	58,3	42,0	28,4	13,6
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	39 863	94,2	62,9	35,6	28,2	7,5
D	Energieversorgung	537 677	.	91,9	7,0	3,2	3,8
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	56 764	.	58,1	41,6	19,0	22,5
36	Wasserversorgung	9 881	.	51,7	45,8	18,6	27,3
37	Abwasserentsorgung	11 615	.	36,3	63,1	20,9	42,2
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung ..	34 606	.	67,1	33,0	18,3	14,7
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	662	.	63,9	48,3	29,6	18,6
F	Baugewerbe	241 530	101,3	62,2	39,0	27,6	11,4
41	Hochbau	58 080	103,9	74,7	30,4	19,9	10,6
42	Tiefbau	29 952	102,0	63,6	37,9	30,5	7,5
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	153 498	100,2	57,2	42,4	29,9	12,5

Fußnoten siehe nächste Seite.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	3 492 340	46,0	68,6	24,9	14,7	10,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 957 253	25,8	87,1	14,7	9,2	5,3
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	237 565	26,4	85,3	16,4	10,1	6,2
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 154 387	21,5	89,4	12,3	7,1	5,0
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	565 302	34,3	83,1	18,9	13,0	5,6
H	Verkehr und Lagerei	314 298	71,8	67,4	32,5	21,8	10,8
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	91 397	80,6	57,7	43,4	26,3	17,1
50	Schifffahrt	34 810	71,1	83,2	16,5	3,5	13,0
51	Luftfahrt	24 888	82,8	87,1	11,8	19,8	X
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	122 605	60,6	67,4	32,0	21,5	10,6
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	40 598	80,0	64,0	35,9	29,2	6,8
I	Gastgewerbe	83 605	101,6	54,1	47,5	30,1	16,4
55	Beherbergung	28 574	101,5	51,8	49,7	30,2	18,4
56	Gastronomie	55 031	101,6	55,3	46,3	30,1	15,4
J	Information und Kommunikation	255 894	75,3	58,0	45,2	25,2	20,0
58	Verlagswesen	32 971	83,4	61,0	38,2	23,4	14,8
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 998	77,0	53,8	47,5	17,4	30,0
60 ³⁾	Rundfunkveranstalter	10 361	64,0	99,3	79,3	30,3	48,9
61	Telekommunikation	67 753	70,6	62,1	38,4	10,9	27,5
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	118 781	75,4	52,8	47,2	33,8	13,5
63	Informationsdienstleistungen	14 030	84,6	49,4	51,1	29,5	21,6
K⁴⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	268 378	38,0	29,0	9,0	4,7	4,3
L⁵⁾	Grundstücks- und Wohnungswesen	118 136	83,6	41,6	57,1	8,9	48,2
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	294 128	83,0	49,8	50,6	32,3	18,3
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	52 690	95,3	27,1	72,3	37,0	35,4
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	94 190	85,6	61,3	36,4	30,8	5,6
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	76 316	83,0	42,7	57,6	33,8	23,7
72	Forschung und Entwicklung	18 405	90,6	55,8	60,6	51,3	9,3
73	Werbung und Marktforschung	28 383	61,5	62,6	36,9	22,6	14,3
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	20 998	62,4	60,2	43,1	18,9	24,2
75	Veterinärwesen	3 147	84,8	42,3	57,5	23,2	34,3
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	197 424	76,9	45,0	54,3	35,6	18,6
77	Vermietung von beweglichen Sachen	35 061	82,7	41,5	57,4	9,5	47,9
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	38 612	91,5	23,3	75,7	72,9	2,7
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	31 471	40,1	77,5	22,3	9,2	13,0
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	7 587	88,5	25,7	73,8	62,5	11,3
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	36 829	89,4	33,1	65,9	46,5	19,5
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	47 864	73,4	55,9	43,6	29,3	14,3
S⁴⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	3 224	77,4	54,7	44,3	25,2	19,1

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – In den Wirtschaftsabschnitten H, J, L, M, N und S 95 wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Ab dem Berichtsjahr 2015 werden die Rundfunkbeiträge nicht mehr den Umsätzen zugeordnet sondern den Subventionen.

4 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

5 In der Wirtschaftsgruppe 68.2 wird ab dem Berichtsjahr 2015 die Privatvermietung nicht mehr berücksichtigt.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2014

Als KMU definiert werden alle Unternehmen, in denen weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und deren Jahresumsatz einen Schwellenwert von 50 Mill. Euro nicht überschreitet. Als Kleinunternehmen gelten dabei alle Unternehmen, in denen weniger als 10 Beschäftigte tätig sind und deren Jahresumsatz unter 2 Mill. Euro liegt. Kleine Unternehmen sind all jene, die weniger als 50 tätige Personen umfassen und deren Jahresumsatz weniger als 10 Mill. Euro beträgt. Diese Definition basiert auf einer Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
B – N ohne K, S95	Insgesamt					
	KMU	99,3	61,0	32,7	47,5	44,0
	Kleinunternehmen	82,2	19,5	6,8	12,3	13,2
	Kleine Unternehmen	14,5	22,4	11,4	17,0	14,2
	Mittlere Unternehmen	2,7	19,0	14,6	18,3	16,6
	Großunternehmen	0,7	39,0	67,3	52,5	56,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	KMU	98,4	47,0	42,3	39,9	33,5
	Kleinunternehmen	47,6	5,4	3,2	4,1	1,8
	Kleine Unternehmen	43,5	23,0	19,6	19,7	20,3
	Mittlere Unternehmen	7,3	18,6	19,6	16,0	11,4
	Großunternehmen	1,6	53,0	57,7	60,1	66,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
C	Verarbeitendes Gewerbe					
	KMU	97,4	43,4	20,1	28,9	21,9
	Kleinunternehmen	64,4	6,9	1,8	3,1	2,0
	Kleine Unternehmen	25,1	14,4	5,5	8,9	5,8
	Mittlere Unternehmen	7,9	22,2	12,8	17,0	14,1
	Großunternehmen	2,6	56,6	79,9	71,1	78,1
	Zusammen	100	100	100	100	100
D	Energieversorgung					
	KMU	73,7	13,2	3,2	11,5	13,6
	Kleinunternehmen	18,9	0,3	0,1	0,3	1,2
	Kleine Unternehmen	25,0	2,0	0,5	1,8	2,9
	Mittlere Unternehmen	29,8	10,9	2,7	9,4	9,5
	Großunternehmen	26,3	86,8	96,8	88,5	86,4
	Zusammen	100	100	100	100	100
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen					
	KMU	95,8	56,6	51,7	55,9	63,3
	Kleinunternehmen	28,4	2,3	2,6	3,2	5,5
	Kleine Unternehmen	47,7	19,5	17,0	20,3	27,4
	Mittlere Unternehmen	19,8	34,8	32,1	32,4	30,4
	Großunternehmen	4,2	43,4	48,3	44,1	36,7
	Zusammen	100	100	100	100	100
F	Baugewerbe					
	KMU	99,9	93,2	85,0	88,5	85,8
	Kleinunternehmen	82,9	39,7	26,4	28,3	28,2
	Kleine Unternehmen	15,8	40,0	37,8	40,8	37,7
	Mittlere Unternehmen	1,2	13,5	20,8	19,3	19,9
	Großunternehmen	0,1	6,8	15,0	11,5	14,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	KMU	99,2	62,7	36,6	51,0	50,1
	Kleinunternehmen	79,8	21,8	6,8	12,4	10,9
	Kleine Unternehmen	16,2	24,2	13,4	19,6	16,6
	Mittlere Unternehmen	3,1	16,7	16,4	19,1	22,6
	Großunternehmen	0,8	37,3	63,4	49,0	49,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
H	Verkehr und Lagerei					
	KMU	98,9	50,6	36,2	45,1	29,8
	Kleinunternehmen	71,3	10,0	5,1	7,9	6,4
	Kleine Unternehmen	22,9	20,8	13,4	18,2	12,0
	Mittlere Unternehmen	4,7	19,8	17,7	19,1	11,4
	Großunternehmen	1,1	49,4	63,8	54,9	70,2
	Zusammen	100	100	100	100	100

Fußnoten siehe nächste Seite.

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2014

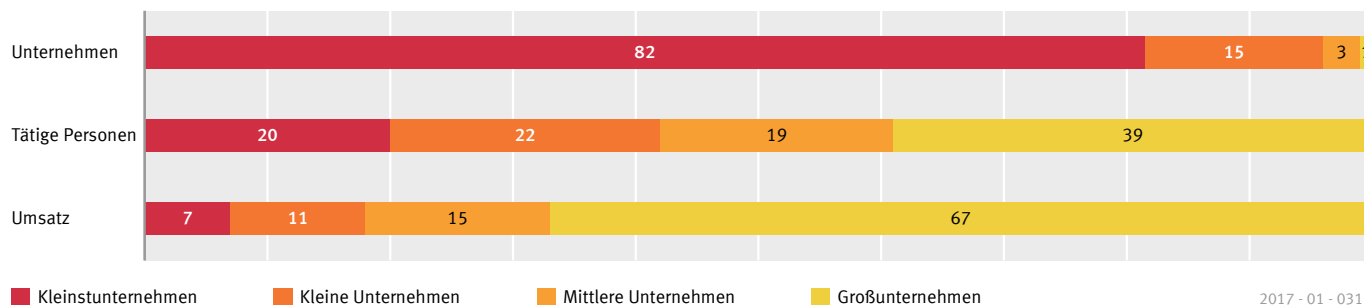
Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
I	Gastgewerbe					
	KMU	99,9	90,2	84,7	84,8	84,0
	Kleinstunternehmen	75,0	29,1	25,1	23,6	21,9
	Kleine Unternehmen	22,9	43,7	39,0	40,3	32,5
	Mittlere Unternehmen	2,0	17,5	20,6	21,0	29,7
	Großunternehmen	0,1	9,8	15,3	15,2	16,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
J	Information und Kommunikation					
	KMU	99,4	58,7	33,7	38,4	19,1
	Kleinstunternehmen	86,8	17,2	6,8	8,9	4,3
	Kleine Unternehmen	10,0	18,8	10,8	12,3	5,9
	Mittlere Unternehmen	2,6	22,6	16,1	17,2	8,9
	Großunternehmen	0,6	41,3	66,3	61,6	80,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
L	Grundstücks- und Wohnungswesen					
	KMU	99,9	87,6	72,5	77,1	84,2
	Kleinstunternehmen	95,8	64,8	31,0	35,6	39,2
	Kleine Unternehmen	3,6	13,9	21,2	21,8	23,4
	Mittlere Unternehmen	0,6	8,9	20,2	19,6	21,5
	Großunternehmen	0,1	12,4	27,5	22,9	15,8
	Zusammen	100	100	100	100	100
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen					
	KMU	99,8	77,6	61,0	72,1	66,0
	Kleinstunternehmen	90,8	36,7	21,9	28,9	27,1
	Kleine Unternehmen	8,0	25,8	21,2	25,3	21,2
	Mittlere Unternehmen	1,0	15,0	17,9	18,0	17,7
	Großunternehmen	0,2	22,4	39,0	27,9	34,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen					
	KMU	98,9	50,0	46,8	48,7	46,1
	Kleinstunternehmen	81,9	11,8	11,7	12,4	15,2
	Kleine Unternehmen	12,9	14,6	15,2	15,2	16,2
	Mittlere Unternehmen	4,1	23,6	19,9	21,2	14,7
	Großunternehmen	1,1	50,0	53,2	51,3	53,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern					
	KMU	99,9	87,7	75,7	85,5	89,9
	Kleinstunternehmen	95,7	57,6	38,6	46,7	55,4
	Kleine Unternehmen	3,7	18,6	19,5	21,6	23,1
	Mittlere Unternehmen	0,5	11,5	17,6	17,2	11,4
	Großunternehmen	0,1	12,3	24,3	14,5	10,1
	Zusammen	100	100	100	100	100

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Unternehmen, Umsatz und tätige Personen nach Unternehmensgrößenklassen 2014

in %



■ Kleinstunternehmen ■ Kleine Unternehmen ■ Mittlere Unternehmen ■ Großunternehmen

2017-01-0312

20.2 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2014

Auslandskontrollierte Unternehmen sind im Inland ansässig und werden von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland kontrolliert, das die Unternehmenspolitik bestimmt. Durch die Beobachtung auslandskontrollierter Unternehmen kann die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der globalisierten Welt abgebildet werden.

20.2.1 Nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen ^{1,2}	Umsatz ^{1,2}	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ^{1,2}
		%			
B – N ohne K, S95	Insgesamt	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,4	0,4	0,3	0,5
C	Verarbeitendes Gewerbe	20,8	43,1	44,0	35,9
D	Energieversorgung	1,7	0,6	7,4	4,1
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,6	0,4	0,3	0,6
F	Baugewerbe	2,5	2,5	1,4	2,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	29,6	19,9	32,9	22,9
H	Verkehr und Lagerei	4,5	4,4	2,6	4,2
I	Gastgewerbe	2,0	2,9	0,6	1,5
J	Information und Kommunikation	7,7	5,2	4,2	9,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	9,5	2,5	0,9	4,9
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	14,9	7,3	3,7	8,3
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5,7	10,5	1,8	5,5
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	0,1	0,1	0,0	0,1

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Werte zum Teil geschätzt.

20.2.2 Nach Herkunft der Muttergesellschaft

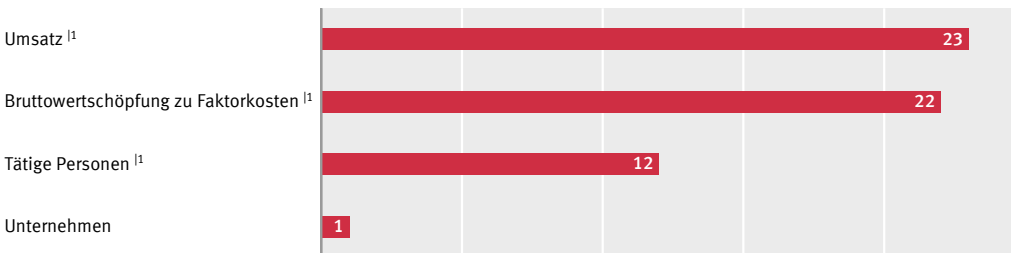
	Unternehmen	Tätige Personen ¹	Umsatz ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹
	%			
Welt (ohne Deutschland)	100	100	100	100
darunter:				
Europa (ohne Deutschland) ^{1,2}	75,5	70,0	66,7	69,1
Afrika	0,4	0,4	0,7	0,4
Nord- und Mittelamerika ^{1,2}	15,4	22,6	22,2	22,9
Südamerika	0,2	0,1	0,2	0,1
Asien	8,1	6,5	9,8	7,0
Australien und Ozeanien	0,4	0,4	0,4	0,5

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt.
- 2 Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.

Auslandskontrollierte Unternehmen 2014

Anteil an allen Unternehmen, in %



Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt.

2017 - 01 - 0313

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.1 Gewerbeanzeigen nach Ländern 2016

	Anmeldung			Abmeldung		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		Betriebsgründung	sonstige Neugründung		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung
Deutschland	685 373	126 164	428 272	651 739	105 212	416 550
Baden-Württemberg	88 461	14 697	52 928	84 054	11 180	51 761
Bayern	115 825	20 231	70 248	103 481	15 950	62 578
Berlin	42 443	9 145	29 766	34 819	6 727	24 371
Brandenburg	17 080	3 523	9 406	17 661	3 519	10 638
Bremen	4 194	779	2 673	3 935	660	2 595
Hamburg	19 798	4 085	13 289	16 329	2 232	11 767
Hessen	61 890	10 484	39 300	61 249	8 801	40 284
Mecklenburg-Vorpommern ..	10 152	2 216	5 854	11 448	2 499	7 017
Niedersachsen	57 247	10 700	35 467	50 624	8 720	31 198
Nordrhein-Westfalen	150 862	28 144	97 273	145 419	23 472	95 590
Rheinland-Pfalz	33 124	5 610	21 290	33 461	4 820	22 739
Saarland	6 721	1 208	4 418	6 577	1 122	4 454
Sachsen	28 177	5 831	16 873	29 771	5 661	18 614
Sachsen-Anhalt	11 562	2 673	6 823	13 307	3 148	8 096
Schleswig-Holstein	25 683	4 031	15 934	25 189	3 507	16 502
Thüringen	12 154	2 807	6 730	14 415	3 194	8 346

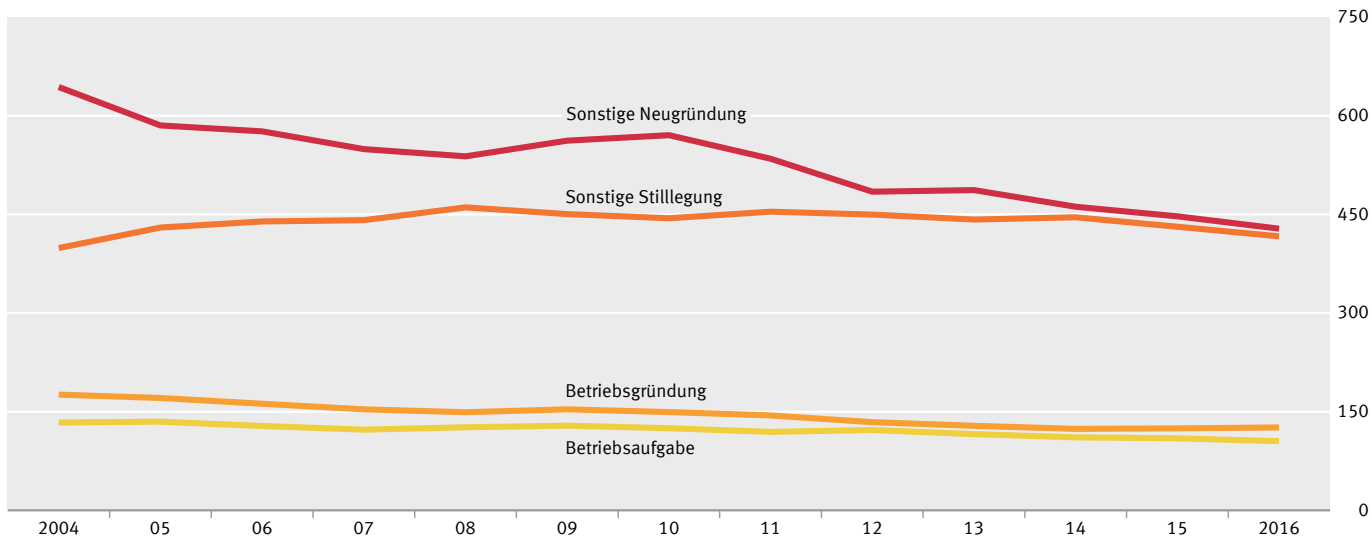
Eine **Gewerbeanmeldung** ist abzugeben bei Neugründungen, Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen von Betrieben. Die Neugründungen umfassen Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen (Neugründungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Eine **Gewerbeabmeldung** ist abzugeben bei vollständigen Aufgaben, Umwandlungen, Fortzügen und Übernahmen von Betrieben. Die vollständigen Aufgaben beinhalten Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen (Stilllegungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Neugründungen und vollständige Aufgaben

in 1 000



2017-01-0314

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.2 Gewerbeanmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2016

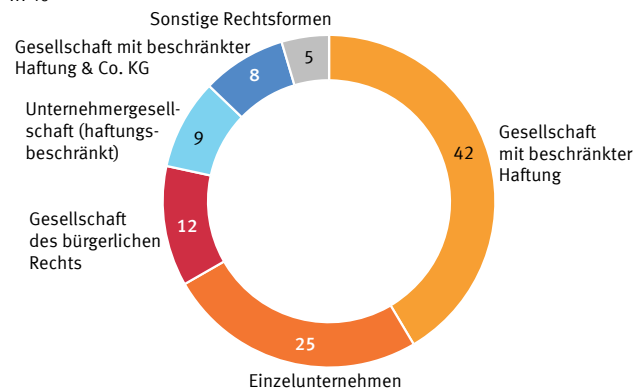
Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbeanmeldungen insgesamt	Neuerrichtungen				Zuzug	Übernahmen ²	
			Betriebsgründung		sonstige Neugründung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	685 373	126 164	89 786	428 272	249 915	3 065	76 854	51 018
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 982	517	446	3 567	2 565	13	487	398
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	28 044	6 217	4 399	15 457	11 703	317	3 527	2 526
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	7 737	2 024	1 444	4 122	3 491	136	667	788
F	Baugewerbe	88 714	13 920	12 688	58 385	12 213	163	10 781	5 465
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	153 504	31 045	17 227	93 630	62 632	1 107	15 279	12 443
H	Verkehr und Lagerei	19 716	4 604	3 042	11 489	4 500	122	2 222	1 279
I	Gastgewerbe	52 617	13 567	9 508	21 538	7 414	129	743	16 640
J	Information und Kommunikation	29 899	6 001	4 660	17 969	13 634	145	5 132	652
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	21 793	4 550	3 517	11 474	5 193	158	5 088	523
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	18 118	7 107	6 095	6 712	3 678	71	3 340	888
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	73 642	13 999	11 511	47 181	35 032	275	10 657	1 530
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	82 604	10 612	7 523	60 066	37 667	227	9 170	2 529
P	Erziehung und Unterricht	13 607	1 888	981	9 804	7 411	33	1 430	452
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	9 212	1 661	1 186	6 311	3 749	41	931	268
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 994	2 475	1 442	10 814	8 369	20	1 709	976
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	65 190	5 977	4 117	49 753	30 664	108	5 691	3 661
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	526 564	31 816	21 716	409 478	231 121	229	55 483	29 558
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	59 004	26 982	21 663	13 845	13 845	582	4 655	12 940
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	16 328	10 289	6 633	300	300	512	2 066	3 161
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	38 907	14 756	13 706	13 334	13 334	29	2 276	8 512
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	93 610	63 490	45 242	4 630	4 630	1 695	16 080	7 715
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	16 500	11 072	10 151	2 341	2 341	22	1 971	1 094
	Aktiengesellschaft	1 360	898	212	–	–	115	235	112
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	903	685	67	35	35	7	142	34
	Genossenschaft	339	196	108	–	–	92	27	24
	Eingetragener Verein	849	490	410	208	208	5	29	117
	Sonstige Rechtsformen	2 744	1 607	368	76	76	340	203	518

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

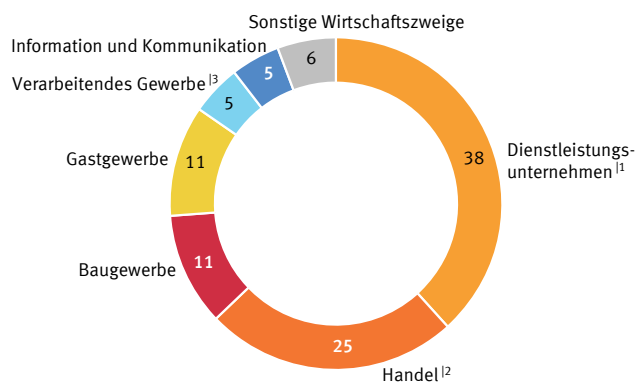
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf, Pacht.

Betriebsgründungen nach Rechtsformen 2016
in %



Betriebsgründungen nach Wirtschaftsabschnitten 2016
in %



1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2017 - 01 - 0315

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.3 Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2016

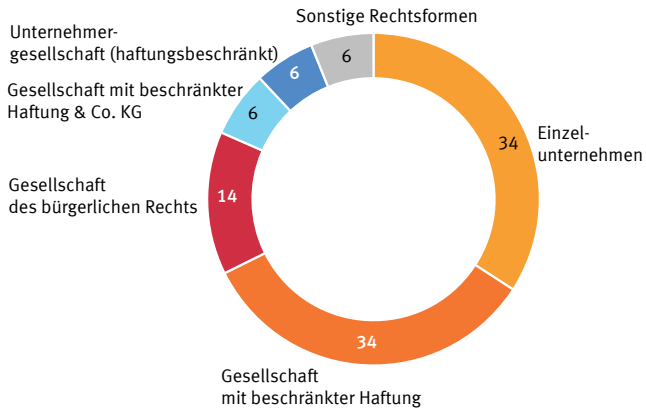
Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbeabmeldungen insgesamt	Aufgaben				Fortzug	Übergaben ²	
			Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	651 739	105 212	74 073	416 550	181 992	4 642	74 765	50 570
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 168	392	344	2 805	1 463	21	433	517
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	26 415	6 115	4 518	13 508	7 015	496	3 663	2 633
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 058	933	713	2 259	1 668	226	651	989
F	Baugewerbe	92 704	11 811	10 697	64 307	9 927	218	9 552	6 816
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	157 533	31 803	18 293	95 938	49 563	1 508	15 778	12 506
H	Verkehr und Lagerei	21 358	4 279	3 155	13 295	4 011	167	2 167	1 450
I	Gastgewerbe	54 217	13 799	10 396	26 859	6 761	134	910	12 515
J	Information und Kommunikation	24 511	3 527	2 633	14 742	8 869	227	4 957	1 058
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	24 323	3 418	2 086	15 039	4 993	230	4 977	659
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 436	3 964	3 335	6 481	2 553	211	2 828	952
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	59 491	8 102	6 545	38 939	23 799	545	10 103	1 802
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	77 758	8 346	6 007	57 101	27 603	372	8 935	3 004
P	Erziehung und Unterricht	9 669	1 345	694	6 337	3 857	32	1 416	539
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	7 638	753	544	5 598	2 718	38	932	317
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	12 176	1 683	1 018	7 729	4 595	25	1 686	1 053
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	60 284	4 942	3 095	45 613	22 597	192	5 777	3 760
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	523 883	35 896	25 546	405 401	170 843	406	54 176	28 004
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	54 741	23 542	19 256	9 003	9 003	646	4 626	16 924
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	11 361	6 749	3 970	144	144	507	1 931	2 030
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	39 086	14 632	13 679	8 717	8 717	70	2 362	13 305
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	66 109	41 485	28 194	1 918	1 918	2 948	15 348	4 410
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	9 834	6 206	5 583	985	985	90	1 885	668
	Aktiengesellschaft	2 222	954	198	–	–	263	254	751
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 293	1 009	118	70	70	7	138	69
	Genossenschaft	596	337	67	–	–	222	20	17
	Eingetragener Verein	553	352	295	101	101	2	19	79
	Sonstige Rechtsformen	2 342	1 637	399	57	57	148	184	316

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

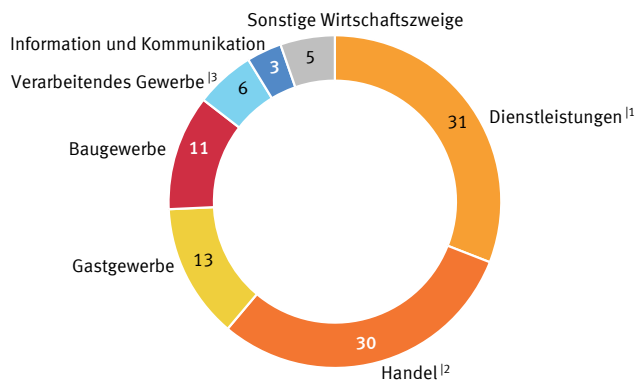
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt, Erbfolge, Verkauf, Verpachtung.

Betriebsaufgaben nach Rechtsformen 2016
in %



Betriebsaufgaben nach Wirtschaftsabschnitten 2016
in %



1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2017 - 01 - 0316

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.4 Insolvenzen

20.4.1 Zusammensetzung der Insolvenzen

Weitere Informationen zu Verbraucherinsolvenzen siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	2000	2010	2015	2016	2000	2010	2015	2016
	Anzahl				%			
Insgesamt	42 259	168 458	127 438	122 514	100	100	100	100
Unternehmen	28 235	31 998	23 101	21 518	66,8	19,0	18,1	17,6
Übrige Schuldner/-innen	14 024	136 460	104 337	100 996	33,2	81,0	81,9	82,4
davon:								
Natürliche Personen als Gesell- schafter u. Ä.	1 129	1 814	657	576	2,7	1,1	0,5	0,5
Verbraucher/-innen	10 479	108 798	80 146	77 238	24,8	64,6	62,9	63,0
Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	17 620	13 683	13 195	.	10,5	10,8	10,8
Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	5 445	6 882	6 932	.	3,2	5,4	5,6
Nachlässe und Gesamtgut	2 416	2 783	2 969	3 055	5,7	1,6	2,3	2,5

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

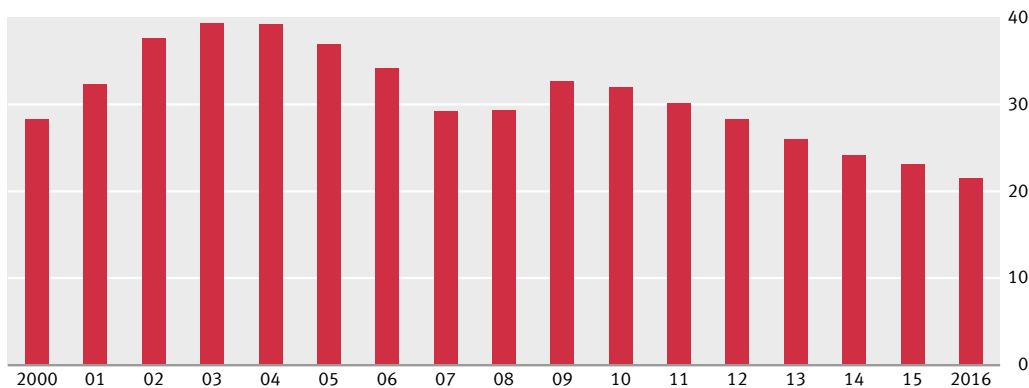
20.4.2 Unternehmensinsolvenzen nach Ländern 2016

	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Arbeitnehmer/ -innen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl				1 000 EUR
Deutschland	21 518	15 814	5 704	108 973	27 376 101
Baden-Württemberg	1 672	1 122	550	9 908	1 219 174
Bayern	2 738	1 932	806	10 711	1 518 715
Berlin	1 369	924	445	5 946	1 370 603
Brandenburg	522	404	118	2 050	219 067
Bremen	213	133	80	519	423 418
Hamburg	907	735	172	2 846	3 269 252
Hessen	1 421	931	490	5 777	6 191 304
Mecklenburg-Vorpommern	304	245	59	2 102	998 059
Niedersachsen	1 850	1 379	471	11 685	2 537 216
Nordrhein-Westfalen	6 547	4 982	1 565	35 164	6 559 750
Rheinland-Pfalz	777	565	212	4 583	366 855
Saarland	327	219	108	1 996	94 638
Sachsen	1 060	836	224	7 043	935 723
Sachsen-Anhalt	516	369	147	2 976	228 868
Schleswig-Holstein	956	797	159	4 059	1 277 707
Thüringen	339	241	98	1 608	165 753

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Unternehmensinsolvenzen im Zeitvergleich

in 1 000



2017 - 01 - 0317

20.4 Insolvenzen

20.4.3 Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen 2016

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EUR
A – N, P – S	Insgesamt	15 814	5 704	21 518	- 6,9	108 973	27 376 101
	nach Wirtschaftsabschnitten						
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	127	24	151	16,2	477	122 801
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 351	229	1 580	- 9,6	33 616	3 742 709
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	133	62	195	- 2,5	961	905 167
F	Baugewerbe	2 750	943	3 693	- 4,6	11 246	917 469
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	2 750	1 028	3 778	- 11,8	17 037	2 922 946
H	Verkehr und Lagerei	1 081	300	1 381	- 4,2	8 321	2 450 410
I	Gastgewerbe	1 786	553	2 339	- 2,1	6 969	421 235
J	Information und Kommunikation	442	203	645	- 5,1	2 456	407 768
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	372	226	598	- 12,7	429	1 506 875
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	482	233	715	- 6,8	791	2 744 480
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 594	879	2 473	- 9,2	4 931	10 034 025
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 450	554	2 004	- 3,2	11 614	602 661
P	Erziehung und Unterricht	189	49	238	- 0,8	690	46 315
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	410	65	475	- 2,5	6 366	338 072
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	322	117	439	- 14,4	1 199	95 219
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	575	239	814	- 6,4	1 870	117 948
	nach dem Alter der Unternehmen						
	unter 8 Jahren	6 820	3 351	10 171	- 7,4	40 031	5 877 264
	dar. bis 3 Jahre	3 232	1 638	4 870	- 7,9	22 176	2 108 183
	8 Jahre und mehr	5 837	1 582	7 419	- 9,0	65 345	20 626 714
	Unbekannt	3 157	771	3 928	- 0,9	3 597	872 122
	nach Rechtsformen						
	Einzelunternehmen	7 468	1 396	8 864	- 5,3	14 024	2 572 425
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 258	377	1 635	- 4,8	18 528	5 748 831
	darunter:						
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	1 007	257	1 264	- 1,3	15 754	5 469 370
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	153	69	222	- 11,6	789	69 714
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	6 752	3 688	10 440	- 8,8	71 627	12 167 349
	darunter:						
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	1 007	1 283	2 290	3,6	3 805	184 932
	Aktiengesellschaft, KGaA	108	43	151	- 14,7	2 090	6 567 244
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	81	90	171	17,1	243	51 805
	Sonstige Rechtsformen	147	110	257	- 0,4	2 461	268 446

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.4 Insolvenzen

20.4.4 Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmensinsolvenzen		Unternehmen ²	Insolvenzhäufigkeiten ³	
		2016	2015		2016	2015
		Anzahl				
A – N, P – S	Insgesamt	21 518	23 101	3 255 537	66	71
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	151	130	99 012	X	X
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 580	1 747	233 063	68	75
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	195	200	90 317	22	22
F	Baugewerbe	3 693	3 871	364 476	101	106
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 778	4 284	610 531	62	70
H	Verkehr und Lagerei	1 381	1 442	104 075	133	139
I	Gastgewerbe	2 339	2 390	221 309	106	108
J	Information und Kommunikation	645	680	123 473	52	55
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	598	685	25 153	X	X
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	715	767	302 264	24	25
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 473	2 724	479 777	52	57
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 004	2 071	187 893	107	110
P	Erziehung und Unterricht	238	240	45 594	52	53
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	475	487	51 663	92	94
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	439	513	102 820	43	50
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	814	870	214 117	38	41

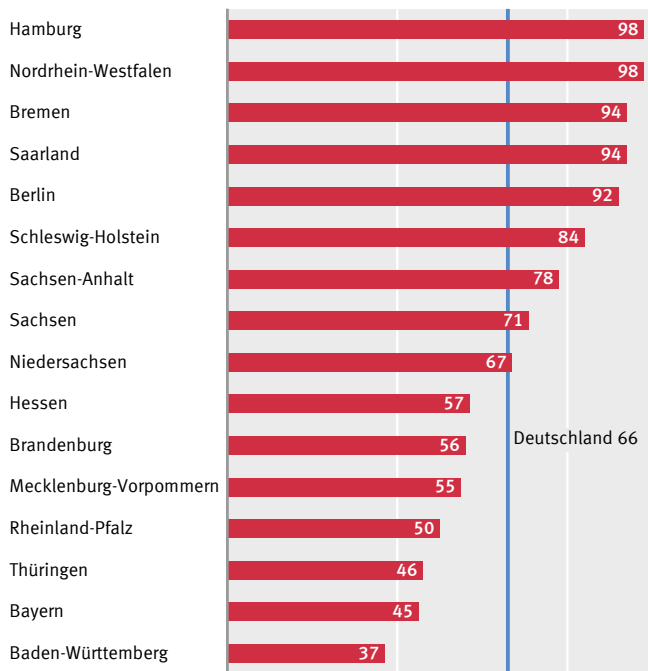
Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Umsatzsteuerstatistik 2015.

3 Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik 2015.

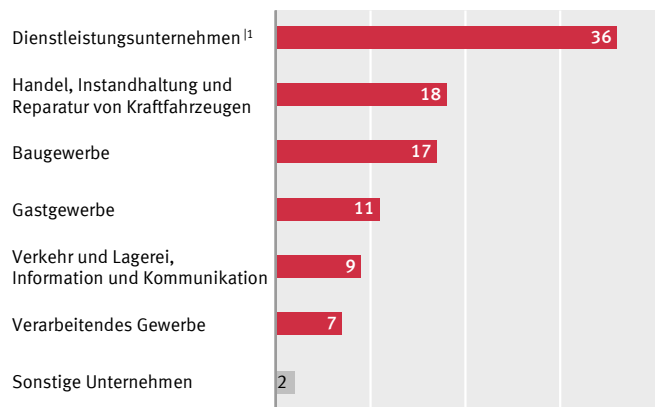
Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Ländern 2016



Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben der Insolvenzstatistik 2016 und der Umsatzsteuerstatistik 2015.

Insolvenzen von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten 2016

in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – Vorläufige Ergebnisse.

1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

20.4 Insolvenzen

20.4.5 Finanzielle Ergebnisse von Insolvenzverfahren 2015

Art des Schuldners	Eröffnete Insolvenzverfahren		Befriedigte Absonderungsrechte	Quotenberechtigte Forderungen	Zur Verteilung verfügbarer Betrag	Deckungsquote ¹	
	insgesamt	darunter bisher beendete Verfahren					
	Anzahl	%	1 000 EUR		%		
Insgesamt	143 674	126 147	87,8	234 317	9 707 097	212 660	2,2
Unternehmen	22 213	12 876	58,0	115 751	2 985 751	117 234	3,9
Natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	1 265	918	72,6	5 432	304 992	3 186	1,0
Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	14 368	12 101	84,2	32 451	2 012 687	19 971	1,0
Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	4 988	4 708	94,4	3 581	537 384	4 061	0,8
Verbraucher	99 485	94 486	95,0	66 277	3 709 101	56 912	1,5
Nachlässe und Gesamtgut	1 355	1 058	78,1	10 827	157 181	11 295	7,2

Insolvenzverfahren: eröffnet im Jahr 2011, beendet bis 31.12.2015. – Ergebnisse für Deutschland ohne Bremen.

1 Anteil des zur Verteilung verfügbaren Betrages an den quotenberechtigten Forderungen.

20.4.6 Insolvenzverfahren von Unternehmen nach Sanierungserfolg 2015

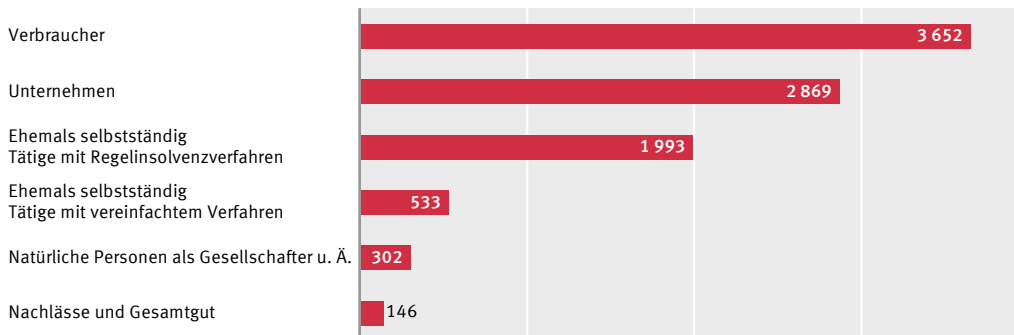
von ... bis unter ... EUR	Beendete Insolvenzverfahren von Unternehmen insgesamt	Erfolgte Sanierung		Sanierung nicht möglich oder nicht erfolgreich	Keine Angabe zur Sanierung möglich
		insgesamt	gesicherte Arbeitsplätze		
	Anzahl				
Forderungen ¹	12 876	463	6 443	10 708	1 705
unter 50 000	4 200	52	85	3 607	541
50 000 – 250 000	6 171	190	859	5 200	781
250 000 – 500 000	1 346	80	851	1 075	191
500 000 – 1 Mill.	647	65	884	509	73
1 Mill. – 5 Mill.	374	50	1 484	268	56
5 Mill. und mehr	64	20	2 017	43	1
Unbekannt	74	6	263	6	62

Insolvenzverfahren: eröffnet im Jahr 2011, beendet bis 31.12.2015. – Ergebnisse für Deutschland ohne Bremen.

1 Summe aus befriedigten Absonderungsrechten und quotenberechtigten Forderungen. Nicht befriedigte Absonderungsrechte sind in den quotenberechtigten Forderungen enthalten.

Verluste in Insolvenzverfahren nach Art des Schuldners 2015

in Mill. EUR



Insolvenzverfahren, eröffnet im Jahr 2011 und beendet bis 31.12.2015. – Ergebnisse für Deutschland ohne Bremen.
Verluste: Differenz zwischen den quotenberechtigten Forderungen und dem zur Verteilung verfügbaren Betrag.

2017 - 01 - 0317

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

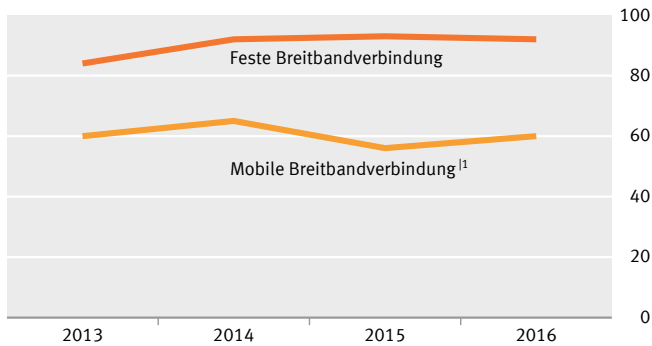
20.5.1 Kernindikatoren

Indikatoren	2013	2014	2015	2016
	%			
Unternehmen mit				
Einsatz von Computern	88	91	92	91
Internetzugang	87	89	89	89
Verkäufen über eine Website, App oder über EDI ^{1,2}	19	17	25	22
Unternehmen mit Internetzugang				
über eine feste Breitbandverbindung	84	92	93	92
über eine mobile Breitbandverbindung ³	60	65	56	60
und einer Website	66	67	66	70
und Nutzung von Social Media ⁴	37	24	31	36
Tätige Personen im Unternehmen, die für geschäftliche Zwecke				
einen Computer mit Internetzugang nutzten	55	54	55	54
mit einem mobilen Internetzugang über ein tragbares Gerät ausgestattet waren ..	15	21	18	20

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

- 1 Die Ergebnisse für dieses Merkmal beziehen sich auf das vorausgegangene Kalenderjahr.
- 2 Vor 2015 bezog sich die Fragestellung nur auf E-Commerce über Website oder EDI.
- 3 Vor 2015 bezog sich die Fragestellung auch auf andere mobile Verbindungen zum Internet (z. B. analoges Mobiltelefon).
- 4 Im Jahr 2014 beinhaltete die Fragestellung nicht die Social Media-Plattform „Wiki-Wissensmanagementsysteme“.

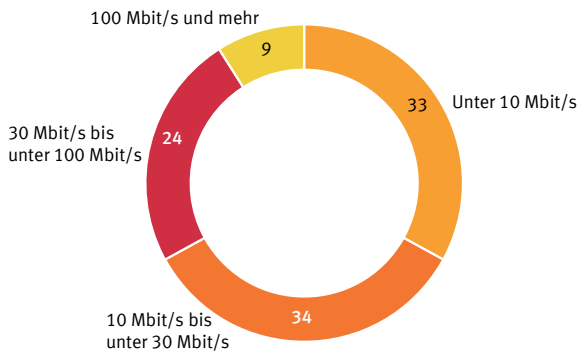
Internetzugangsarten von Unternehmen
in % an den Unternehmen mit Internetzugang



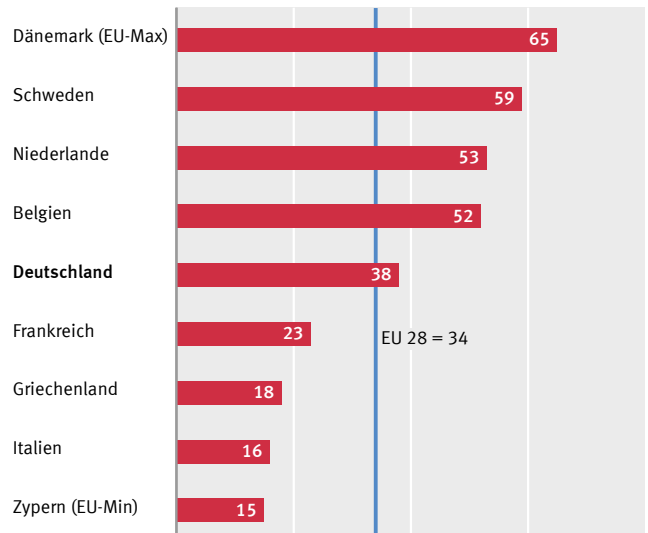
1 Vor 2015 bezog sich die Fragestellung auch auf andere mobile Verbindungen zum Internet (z. B. analoges Mobiltelefon).

Maximale Datenübertragungsrate der schnellsten Internetverbindung 2016
in % an den Unternehmen mit festem Breitband

in % an den Unternehmen mit festem Breitband



Schnelles Internet von 30 Mbit/s und mehr 2016
in Unternehmen ab 10 Beschäftigten, in %



Quelle: Eurostat

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.2 Unternehmen mit Nutzung von Social Media 2016

Unternehmen mit	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten			
		1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
% an den Unternehmen mit Internetzugang					
Nutzung von Social Media insgesamt (nicht ausschließlich für kostenpflichtige Werbung)	36	34	46	55	69
und zwar für folgende Plattformen					
Soziale Netzwerke (z. B. Facebook, LinkedIn, Xing, Google+)	32	30	42	50	60
Unternehmens-Weblogs oder Mikroblogging-Dienste (z. B. Twitter, Communote, identi.ca)	5	5	6	12	22
Multimedia-Portale (z. B. YouTube, Picasa, Slideshare, Podcast)	9	8	13	21	36
Wiki-Wissensmanagementsysteme	8	8	8	11	24

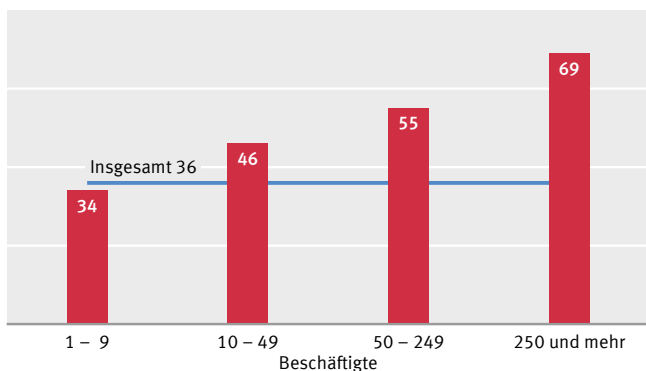
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

20.5.3 Unternehmen mit Nutzung von Cloud Computing (Cloud Services) 2016

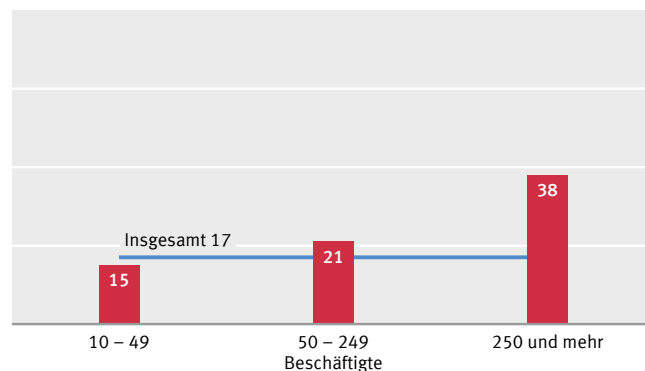
Unternehmen mit	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten		
		10 – 49	50 – 249	250 und mehr
% an den Unternehmen mit Internetzugang				
Nutzung von Cloud Computing insgesamt	17	15	21	38
und zwar für folgende Zwecke:				
E-Mail	49	52	45	29
Office-Anwendungen (Textverarbeitung, Tabellenkalkulation usw.)	31	32	28	26
Betrieb von Unternehmensdatenbanken	33	35	29	26
Speicherung von Dateien	63	65	59	56
Softwareanwendungen im Finanz- oder Rechnungswesen	26	27	26	17
CRM-Software	19	/	22	25
Rechenkapazität zur Ausführung unternehmenseigener Software	19	/	22	21

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Ohne Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten.

Unternehmen mit Nutzung von Social Media 2016
in % an den Unternehmen mit Internetzugang



Unternehmen mit Nutzung von Cloud Computing 2016
in % an den Unternehmen mit Internetzugang



Ohne Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten.

2017 - 01 - 0320

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
 20.5.4 Unternehmen mit Nutzung einer mobilen Internetverbindung 2016

Nutzungsmöglichkeiten für tätige Personen mit mobilem Internetzugang in Unternehmen	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten			
		1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
% an den Unternehmen mit Internetzugang					
Unternehmen, deren tätige Personen mit einem mobilen Internetzugang ausgestattet waren	61	60	65	83	94
und zwar mit folgenden Nutzungsmöglichkeiten					
Zugang zum unternehmenseigenen E-Mail-System	80	79	83	93	97
Zugriff auf und Abänderung von Unternehmensdokumenten	44	44	43	55	69
Zugang zur firmeninternen Geschäftssoftware (z. B. Vertriebsmanagement, ERP)	36	34	42	56	68

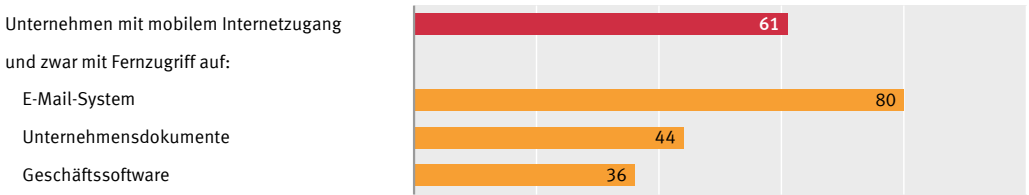
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

20.5.5 Unternehmen mit kostenpflichtiger Werbung im Internet 2016

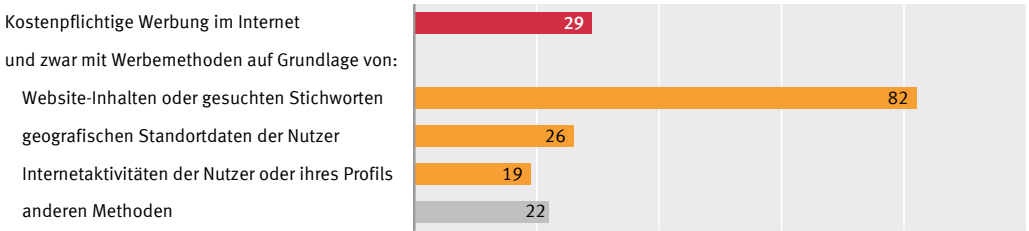
Unternehmen mit kostenpflichtiger Werbung im Internet (z. B. Anzeigen in Suchmaschinen, auf Social Media-Plattformen oder anderen Websites)	Insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten		
		10 – 49	50 – 249	250 und mehr
% an den Unternehmen mit Internetzugang				
Untersuchte Bereiche insgesamt	29	29	29	32
und zwar mit Werbemethoden auf Grundlage				
der Website-Inhalte oder der von Nutzern gesuchten Stichworte	82	80	87	86
der Ermittlung des geografischen Standorts der Nutzer	26	26	25	39
der Verfolgung vergangener Internetaktivitäten der Nutzer oder ihres Profils	19	17	26	33
anderer hier nicht aufgeführter Werbemethoden im Internet	22	21	27	33

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.– Ohne Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten.

Nutzung einer mobilen Internetverbindung 2016
 in % an den Unternehmen mit Internetzugang



Unternehmen mit kostenpflichtiger Werbung im Internet 2016
 in % an den Unternehmen mit Internetzugang



Ohne Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten.

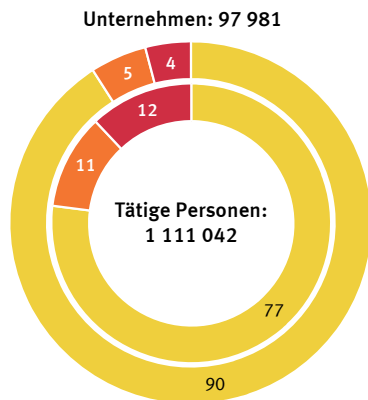
2017 - 01 - 0321

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
 20.5.6 Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2014

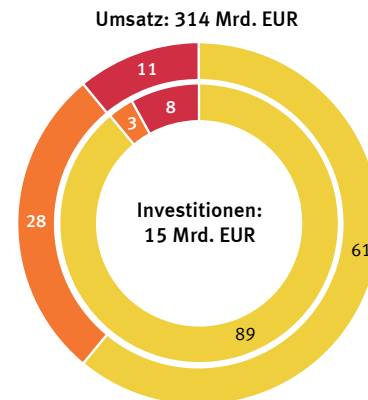
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsbereich	Unternehmen	Tätige Personen ²	Umsatz	Investitionen
		Anzahl		Mill. EUR	
IKT im Verarbeitenden Gewerbe³					
Herstellung von					
26.1	elektronischen Bauelementen und Leiterplatten	1 921	72 693	19 323	904
26.2	Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 225	22 482	5 748	70
26.3	Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	801	23 853	5 637	115
26.4	Geräten der Unterhaltungselektronik	273	12 112	2 974	48
26.8	magnetischen und optischen Datenträgern	111	662	86	2
	Insgesamt	4 331	131 802	33 768	1 139
Handel mit IKT-relevanten Waren⁴					
Großhandel mit					
46.51	Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software ..	3 208	77 838	53 173	302
46.52	elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	2 053	43 953	35 684	132
	Insgesamt	5 261	121 791	88 857	434
IKT-Dienstleistungen⁵					
58.2	Verlegen von Software	1 258	16 545	5 211	90
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	492	65 435	34 102	4 693
61.2	Drahtlose Telekommunikation	312	19 449	16 562	1 869
61.3	Satellitentelekommunikation	53	649	390	20
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 984	28 807	12 014	303
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie ..	79 900	665 197	112 826	5 531
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	2 956	50 761	9 076	676
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikations- geräten	1 434	10 606	1 448	16
	Insgesamt⁶	88 389	857 449	191 630	13 197
	IKT-Branche insgesamt	97 981	1 111 042	314 255	14 770
nachrichtlich:					
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ³	212 602	7 269 135	2 021 564	59 650
	Großhandel insgesamt ⁴	152 959	1 825 934	1 166 730	8 814
	Dienstleistungen insgesamt	1 130 164	9 660 494	1 165 149	97 214

1 Unterteilungen entsprechen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
 2 Anzahl der tätigen Personen zum Stichtag 30. September des Berichtsjahres.
 3 Ergebnisse der Strukturserhebungen und der Investitionserhebung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).
 4 Daten aus der Handelsstatistik.
 5 Daten aus der Strukturserhebung im Dienstleistungsbereich aus den Wirtschaftsabschnitten J und S/Abteilung 95; ab dem Berichtsjahr 2014 wurden auch Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von weniger als 17 500 EUR berücksichtigt.
 6 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Unternehmen und tätige Personen in der IKT-Branche 2014
 in % nach Wirtschaftsbereichen



Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2014
 in % nach Wirtschaftsbereichen



■ IKT-Dienstleistungen ■ IKT-Handel ■ IKT-Warenproduktion

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen 2014

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen im Jahres- durchschnitt		Umsatz	
		insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR
Handwerk insgesamt	588 781	5 126 277	9	519,2	101
I Bauhauptgewerbe	77 340	709 207	9	89,6	126
II Ausbaugewerbe	241 705	1 426 877	6	141,7	99
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	79 594	1 313 319	17	103,2	79
IV Kraftfahrzeuggewerbe	54 150	552 443	10	114,6	207
V Lebensmittelgewerbe	25 751	542 697	21	39,1	72
VI Gesundheitsgewerbe	21 278	193 520	9	14,4	75
VII Handwerke für den privaten Bedarf	88 963	388 214	4	16,6	43

Die Ergebnisse weisen **Handwerksunter-
nehmen** nach dem Verzeichnis der Gewerbe
lt. Anlage A (zulassungspflichtig) und
Anlage B Abschnitt 1 (zulassungsfrei) der
Handwerksordnung mit steuerbarem Umsatz
aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
im Berichtsjahr 2014 aus. Tätige Personen
umfassen sozialversicherungspflichtig und
geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie
(geschätzte) tätige Unternehmerinnen und
Unternehmer. Es sind auch diejenigen erfasst,
die nicht im handwerklichen Bereich tätig
sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungs-
personal). Die Umsatzergebnisse sind ohne
Umsatzsteuer.

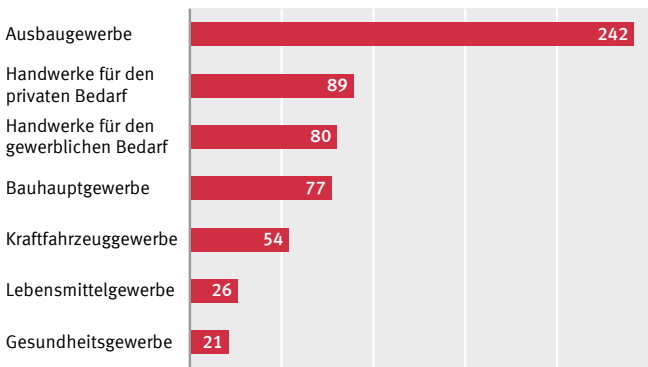
Ergebnisse der Handwerkszählung.

20.6.2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Ländern 2014

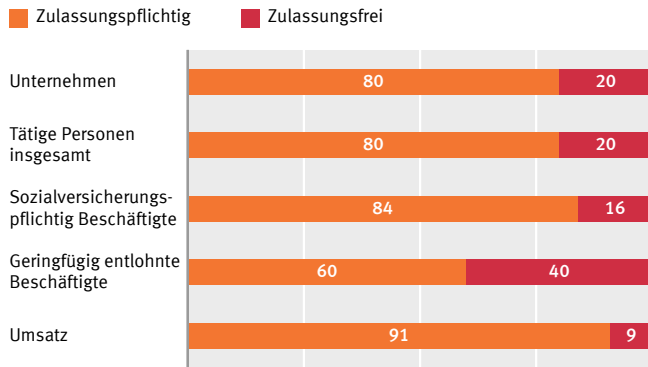
	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen im Jahresdurchschnitt		Umsatz		Tätige Personen	Umsatz
		insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person		
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR	%	
Deutschland	588 781	5 126 277	9	519,2	101	100	100
Baden-Württemberg	79 848	738 677	9	85,9	116	14,4	16,6
Bayern	107 140	911 490	9	101,3	111	17,8	19,5
Berlin	16 797	166 060	10	12,4	75	3,2	2,4
Brandenburg	23 659	149 033	6	12,6	84	2,9	2,4
Bremen	3 065	31 533	10	2,9	91	0,6	0,6
Hamburg	8 545	89 783	11	9,7	108	1,8	1,9
Hessen	41 976	332 826	8	30,8	92	6,5	5,9
Mecklenburg-Vorpommern	13 245	93 620	7	8,3	89	1,8	1,6
Niedersachsen	48 256	503 537	10	49,8	99	9,8	9,6
Nordrhein-Westfalen	112 395	1 072 014	10	110,3	103	20,9	21,2
Rheinland-Pfalz	30 255	248 803	8	25,5	103	4,9	4,9
Saarland	7 261	64 194	9	5,5	86	1,3	1,1
Sachsen	39 085	284 269	7	24,2	85	5,5	4,7
Sachsen-Anhalt	18 192	143 253	8	12,6	88	2,8	2,4
Schleswig-Holstein	19 356	166 487	9	16,0	96	3,2	3,1
Thüringen	19 706	130 698	7	11,5	88	2,5	2,2

Ergebnisse der Handwerkszählung.

Handwerksunternehmen nach Gewerbegruppen 2014
in 1 000



Handwerk nach Zulassungspflicht 2014
in %



2017 - 01 - 0323

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.3 Beschäftigte und Umsatz in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezügen

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Gewerbegruppe/Gewerbebezug	Beschäftigte			Umsatz		
		2014 ²⁾	2015 ²⁾	2016 ²⁾³⁾	2014	2015	2016 ³⁾
		30.9.2009 = 100			2009 = 100		
	Insgesamt	98,3	98,0	98,1	107,3	109,9	113,2
	davon:						
	I Bauhauptgewerbe	96,7	95,8	96,0	111,7	111,6	113,9
	darunter:						
01, 05	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	95,4	94,5	94,7	109,7	110,0	112,2
03	Zimmerer	106,1	105,8	107,1	121,9	122,0	128,7
04	Dachdecker	97,4	96,0	95,4	110,8	108,4	108,4
	II Ausbaugewerbe	100,7	100,6	101,1	106,8	108,3	111,4
	darunter:						
09	Stuckateure	95,9	94,9	94,6	110,3	105,8	107,9
10	Maler und Lackierer	93,3	92,7	92,6	108,0	110,9	114,2
23, 24	Klempner; Installateur und Heizungsbauer	103,6	103,9	104,8	109,4	110,7	113,5
25	Elektrotechniker	102,8	102,8	103,7	103,3	104,8	108,1
27	Tischler	100,1	99,7	99,9	109,4	111,8	115,4
39	Glaser	99,6	97,8	97,3	101,7	100,6	101,3
	III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	102,3	102,5	102,3	119,6	121,0	122,8
	darunter:						
13	Metallbauer	98,8	98,2	98,0	109,9	111,4	113,1
16	Feinwerkmechaniker	106,3	107,0	107,4	131,3	134,7	137,2
19	Informationstechniker	91,4	90,1	88,5	91,6	91,6	92,2
21	Landmaschinenmechaniker	106,5	107,2	105,3	129,2	122,8	118,8
	IV Kraftfahrzeuggewerbe	98,3	98,0	98,6	97,7	103,6	109,0
	darunter:						
20	Kraftfahrzeugtechniker	97,9	97,4	97,9	96,7	102,6	107,9
	V Lebensmittelgewerbe	93,5	93,1	92,5	103,3	104,5	105,9
	davon:						
30	Bäcker	93,4	92,7	92,1	105,2	108,8	111,0
31	Konditoren	95,5	96,1	95,7	109,8	110,0	112,4
32	Fleischer	93,2	93,2	92,8	101,4	100,8	101,3
	VI Gesundheitsgewerbe	102,0	103,4	104,4	111,5	115,8	118,9
	darunter:						
33	Augenoptiker	99,8	100,7	101,8	109,3	113,4	116,2
35	Orthopädietechniker	113,4	117,4	120,4	116,8	122,8	128,2
37	Zahntechniker	97,7	97,0	96,4	100,7	103,3	104,2
	VII Handwerke für den privaten Bedarf	89,2	88,1	87,0	107,0	109,9	111,4
	darunter:						
08	Steinmetzen und Steinbildhauer	93,0	91,5	91,0	105,2	106,8	107,3
38	Friseur	87,8	86,6	85,3	103,0	105,6	107,1

Ergebnisse über das Handwerk werden vollständig aus Verwaltungsdaten gewonnen. Dies führt zu Abweichungen bei den Merkmalsdefinitionen.

Die **Beschäftigtenangaben** werden aus Daten der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte werden bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zusätzlich zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Die **Umsatzergebnisse** werden aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewonnen. Die Daten über die Umsatzsteuer-Voranmeldung werden von den Finanzverwaltungen der Länder an die amtliche Statistik gemeldet. Bei der Interpretation sind einige Besonderheiten zu beachten.

Die Umsätze einiger Unternehmen sind nicht in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten. So fehlen die Umsätze von Unternehmen mit Umsätzen bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr sowie von jenen Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht. Letzteres gilt nur, sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten.

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung. – Für das Ausüben eines zulassungspflichtigen Gewerbes ist der Meisterbrief nötig.

1 Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A der Handwerksordnung.

2 Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren.

3 Vorläufiges Ergebnis.

20.7 Betriebe im Überblick

20.7.1 Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Betriebe insgesamt	Mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	3 736 751	3 295 065	347 044	80 485	14 157
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 587	1 814	615	132	26
C	Verarbeitendes Gewerbe	253 128	184 540	46 475	17 507	4 606
D	Energieversorgung	70 455	68 340	1 232	683	200
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	13 494	9 329	3 079	973	113
F	Baugewerbe	396 537	356 878	36 002	3 468	189
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	738 269	645 177	78 567	13 220	1 305
H	Verkehr und Lagerei	128 694	102 014	20 749	5 119	812
I	Gastgewerbe	260 419	237 753	20 381	2 176	109
J	Information und Kommunikation	140 256	125 345	11 293	3 143	475
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	84 809	75 771	6 050	2 252	736
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	165 345	160 951	3 786	559	49
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	538 143	503 400	29 606	4 476	661
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	231 002	201 216	19 838	8 601	1 347
P	Erziehung und Unterricht	93 738	71 692	18 530	3 078	438
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	256 539	205 218	36 101	12 525	2 695
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	114 626	109 884	3 968	652	122
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	248 710	235 743	10 772	1 921	274

Zu den **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im August 2014 eine Revision der Beschäftigungsstatistik durchgeführt, die eine Erweiterung der Personengruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zur Folge hatte.

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.10.2016. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2015 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2015.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.7.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte insgesamt	In Betrieben mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	29 098 259	4 669 983	6 985 785	8 023 930	9 418 561
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	55 523	4 436	12 441	11 946	26 700
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 751 330	361 624	1 005 604	1 877 216	3 506 886
D	Energieversorgung	237 406	11 262	28 545	75 085	122 514
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	250 174	19 767	68 426	93 260	68 721
F	Baugewerbe	1 617 536	564 656	663 164	308 935	80 781
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 445 173	1 030 951	1 554 180	1 241 427	618 615
H	Verkehr und Lagerei	1 652 004	173 697	437 103	498 301	542 903
I	Gastgewerbe	975 546	348 885	393 393	188 828	44 440
J	Information und Kommunikation	958 053	118 516	237 414	315 461	286 662
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	991 716	117 726	126 646	246 108	501 236
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	255 754	107 843	72 603	53 020	22 288
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 893 923	474 590	564 457	445 170	409 706
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 196 221	229 291	435 653	884 615	646 662
P	Erziehung und Unterricht	1 203 135	121 672	370 817	292 587	418 059
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 512 649	621 605	735 060	1 233 797	1 922 187
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	281 154	84 723	73 975	65 511	56 945
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	820 962	278 739	206 304	192 663	143 256

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.10.2016. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2015 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2015.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Methodik

■ Unternehmen im Überblick

In den Wirtschaftsabschnitten B – J, L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) werden Strukturhebungen bei den Unternehmen und Betrieben durchgeführt. Die Europäische Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung, ABl EU L 97 S. 13) stellt hierfür den rechtlichen Rahmen.

In diesem Kapitel werden zusammenfassend die wichtigsten Angaben zur Struktur der Unternehmen aller abgedeckten Wirtschaftsabteilungen dargestellt. Detaillierte Ergebnisse und Informationen zur Methodik der einzelnen Wirtschaftsbereiche finden Sie in den Kapiteln 21 bis 27 dieses Jahrbuchs.

Kleine und mittlere Unternehmen

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle. Statistische Ergebnisse zu diesem Thema erfreuen sich einer großen Nachfrage. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen einer wirtschaftsbereichsübergreifenden Analyse ausgewählte Informationen über KMU zusammengestellt. Sie basiert auf Daten mehrerer Bereichsstatistiken, die das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Gastgewerbe sowie wesentliche Teile des Dienstleistungssektors abdecken. Bei diesen Bereichsstatistiken werden jährlich Angaben in der Regel mittels Stichprobenerhebungen direkt bei den Unternehmen erhoben.

■ Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

Struktur und Tätigkeit auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland bildet die sogenannte „**Inward Foreign Affiliates Statistics (Inward-FATS)**“ ab. Die Statistik basiert auf einer Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, jährlich und in einheitlicher Form qualitativ hochwertige Daten an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ziel der Statistik ist, Informationen über Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zu gewinnen sowie über deren Bedeutung für die Volkswirtschaft der Europäischen Union insgesamt. Ferner ermöglicht Inward-FATS, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten. Die Datenaufbereitung für Inward-FATS nimmt in Deutschland zentral das Statistische Bundesamt vor. Als Datenquellen dienen dabei das Unternehmensregister sowie bereits vorhandene Daten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken. Die Ergebnisse aus Inward-FATS umfassen lediglich den Bereich der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe, der Handel und das Gastgewerbe sowie der Dienstleistungsbereich, jedoch ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

■ Gewerbeanzeigen

Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbe-, -ab- und -ummeldungen. Eine **Gewerbeabmeldung** ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird, eine Übernahme erfolgt (sei es durch Kauf oder Erbfolge), eine Gesellschafterin bzw. ein Gesellschafter eintritt, eine neue Rechtsform gewählt wird oder der Betrieb in einen anderen Meldebezirk verlegt wird. Dementsprechend wird eine **Gewerbeabmeldung** bei Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Übergabe (Verkauf, Verpachtung, Eintritt der Erbfolge), bei Austritt einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Die **Gewerbeummeldung** die bei einer Änderung oder Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit, einer Verlegung innerhalb des Meldebezirks oder bei sonstigen Veränderungen erforderlich ist, wird statistisch nicht ausgewertet. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe ebenso wie für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

■ Insolvenzen

Seit Einführung der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wird zwischen **Regelinsolvenzverfahren** und **vereinfachten Insolvenzverfahren** für Verbraucherinnen und Verbraucher unterschieden. Das Regelinsolvenzverfahren kommt insbesondere für Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige in Betracht. Als Insolvenzen gelten alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Fälle, in denen ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Seit dem Jahr 2002 kommt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Diese Gesetzesänderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse. Die Statistik beruht auf Meldungen der Gerichte.

■ Informations- und Kommunikationstechnologien

Die **Statistiken zu Informations- und Kommunikationstechnologien** geben detaillierte Auskünfte über die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Informationstechnologien wie Computer, Netzwerke und Internet. Im Mittelpunkt der Erhebung stehen darüber hinaus insbesondere die verschiedenen Nutzungsaspekte des Internets, wie etwa Rechnungsstellung, E-Commerce, Social Media oder Cloud Computing. Ein sich jährlich in Teilen ändernder Merkmalskatalog gewährleistet die Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien. Er trägt so dem dynamischen Wandel der Informationsgesellschaft Rechnung.

Die IKT-Erhebung wird auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe als schriftliche Befragung bei maximal 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung EG Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft.

■ Handwerksunternehmen

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse stammen aus der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Die Tabellen 20.6.1 und 20.6.2 zeigen Ergebnisse zu tätigen Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen und Bundesländern für das Berichtsjahr 2014. Diese sind der **Handwerkszählung** entnommen. Tabelle 20.6.3 stellt Messzahlen zur Entwicklung der Jahre 2014, 2015 und 2016 für Gewerbegruppen und ausgewählte Gewerbezeige dar. Sie stammen aus der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung**.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die Handwerkszählung das statistische Unternehmensregister aus. Dadurch werden Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Bei der Handwerkszählung 1995 wurden noch Angaben bei ca. 563 000 Unternehmen erhoben.

Ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Verwaltungsdaten aus. Die zuvor durchgeführte Stichprobenerhebung bei rund 41 000 Handwerksunternehmen ist entfallen.

Methodik

■ Betriebe im Überblick

Durch Auswertungen aus dem statistischen **Unternehmensregister** zu Betrieben sowie zu deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten können wirtschaftliche Strukturen in Deutschland dargestellt werden. Die Auswertungen umfassen nahezu alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

Das statistische Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank der Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, z. B. aus den statistischen Rückläufen des Produzierenden Gewerbes, des Handels oder des Dienstleistungsbereichs. Die Statistischen Ämter der Länder pflegen das Unternehmensregister. Es dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die Auswertung des Unternehmensregisters für das Statistische Jahrbuch bezieht alle Betriebe ein, die im Berichtsjahr (hier 2015) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügten bzw. Einbetriebsunternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, aber mit steuerbarem Umsatz von mehr als 17 500 Euro.

Für Berichtsjahr 2015 werden erstmals die Betriebe der Privatvermietung (im Sinne privater Vermögensverwaltung) im WZ-Abschnitt „L“ (Gebäude- und Wohnungswesen), nicht mehr nachgewiesen.

Vor allem die Datenlage in den Verwaltungen bestimmt die Qualität der Angaben des Unternehmensregisters. Mit der Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen und der kombinierten Plausibilisierung verbessert sich die Qualität der Angaben im Unternehmensregister insgesamt.

Glossar

Absonderungsrechte | Ein Absonderungsrecht beinhaltet das Recht auf gesonderte und vorzugsweise Befriedigung eines Insolvenzgläubigers aus einem zur Masse gehörenden Gegenstand aufgrund eines ihm zustehenden Sicherungsrechts. Sofern die erzielten Verwertungserlöse zu einem Ausfall führen, können die nicht befriedigten Absonderungsrechte als ungesicherte Forderung angemeldet werden und sind dann in den quotenberechtigten Forderungen enthalten.

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Betriebsaufgabe | Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Betriebsgründung | Gründung eines Betriebes durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Hier wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Produktionswert minus Waren- und Dienstleistungskäufen insgesamt ermittelt.

Deckungsquote | In der Insolvenzstatistik werden zwei Deckungsquoten berechnet. Erstens die Deckungsquote im engeren Sinne, die als Anteil des zur Verteilung verfügbaren Betrages an den quotenberechtigten Forderungen berechnet wird. Die Deckungsquote im weiteren Sinne dagegen wird als Anteil der Summe aus den befriedigten Absonderungsrechten und dem zur Verteilung verfügbaren Betrag an den Forderungen berechnet. Die Forderungen entsprechen der Summe aus befriedigten Absonderungsrechten und quotenberechtigten Forderungen. Nicht befriedigte Absonderungsrechte sind in den quotenberechtigten Forderungen enthalten.

Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger oder es bestehen gegen sie Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger und es bestehen gegen sie keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Eröffnetes Insolvenzverfahren | Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen, oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Gewerbegruppe | Die Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerks werden zu Gewerbegruppen zusammengefasst. Ergebnisse für die Gewerbegruppen zeigen die Tabellen 20.6.1 und 20.6.3. Eine detaillierte Aufstellung der Gewerbegruppen und ihrer jeweiligen Gewerbebezüge finden Sie jeweils im Anhang der Fachserien der Handwerksstatistiken (Fachserie 4, Reihe 7.1 und 7.2).

Gewerbebezüge | Das sind die Handwerksberufe, die nach dem Verzeichnis der Gewerbe (Anlage A und B1 der Handwerksordnung in der gültigen Fassung) als zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Handwerksunternehmen | Das sind Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke betrieben werden können. Das Handwerk wird über bestimmte berufliche Tätigkeiten abgegrenzt. Es gibt Tätigkeiten, für deren berufliche Ausübung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Handwerksordnung regelt, welche Tätigkeiten dies sind und welche Voraussetzungen für deren Ausübung jeweils erfüllt sein müssen. In der Handwerksordnung werden zulassungspflichtige, zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe unterschieden, für deren Ausübung als stehendes Gewerbe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen. Die Ausübung zulassungspflichtiger Gewerbe ist nur den in der Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften gestattet. Wer demgegenüber den selbstständigen Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes beginnt, hat dies der Handwerkskammer anzuzeigen, in deren Bezirk seine gewerbliche Niederlassung liegt.

Insolvenzverfahren | Ziel eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. der Sanierung des Unternehmens. Den redlichen Schuldnerinnen und Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Es wird zwischen Regelinsolvenzverfahren und vereinfachten Insolvenzverfahren unterschieden.

Insolvenzantrag, mangels Masse abgewiesen | Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt seit 1.12.2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Glossar

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) | Der Begriff KMU umfasst Kleinunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen der Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003 wie folgt:

Größenklasse	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	bis 9 <i>und</i>	bis 2 Mill. Euro
Kleine Unternehmen	bis 49 <i>und</i>	bis 10 Mill. Euro <i>und</i> kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen	bis 249 <i>und</i>	bis 50 Mill. Euro <i>und</i> kein kleines Unternehmen
Großunternehmen	über 249 <i>oder</i>	über 50 Mill. Euro

Nachlassinsolvenzverfahren | Eine besondere Art des Insolvenzverfahrens und ein wichtiges Mittel zur Beschränkung der Haftung von Erbinnen und Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =

- Umsatz
- + selbsterstellte Anlagen
- + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
- +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
- +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
- Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen, Pensionskassen und -fonds gehören Erträge aus Kapitalanlagen zum Produktionswert explizit dazu.

Quotenberechtigte Forderungen | Die Gläubiger müssen ihre Forderungen bei dem Insolvenzverwalter zur sogenannten Insolvenztabelle anmelden. Die quotenberechtigten Forderungen entsprechen den tatsächlich zur Insolvenztabelle angemeldeten Insolvenzforderungen. In den quotenberechtigten Forderungen sind die nicht befriedigten Absonderungsrechte enthalten.

Regelinsolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei solchen natürlichen Personen, die selbstständig wirtschaftlich tätig sind. Dazu gehört u. a. auch die persönlich haftende Gesellschafterin bzw. der Gesellschafter einer OHG oder die Mehrheitsgesellschafterin bzw. der Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft. Das Regelinsolvenzverfahren findet auch Anwendung bei Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. die mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Sonstige Neugründung | Gründung der Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau). Dieses ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung.

Sonstige Stilllegung | Vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau), das nicht im Handelsregister eingetragen war und keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigte. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stilllegung.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Wirtschaftsabschnitt K | Hier werden Umsatzäquivalente verwendet, für Versicherungen sind dies die gebuchten Bruttobeiträge und für Pensionskassen und -fonds die Pensionsbeiträge.

Unternehmen | In der amtlichen Statistik wird ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Verluste | Die Verluste von Insolvenzverfahren werden als Differenz zwischen den quotenberechtigten Forderungen und dem zur Verteilung verfügbaren Betrag ermittelt.

Vereinfachte Insolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen wird hier der Wert der erhaltenen Rückversicherungsdienstleistungen plus Provisionen und sonstige externe Aufwendungen verstanden.

Zur Verteilung verfügbarer Betrag | Für die Schlussverteilung in einem Insolvenzverfahren wird eine Quote aus dem zur Verteilung verfügbaren Betrag und den quotenberechtigten Forderungen berechnet und auf dieser Grundlage erfolgt eine anteilige Auszahlung des zur Verteilung verfügbaren Betrages an die Gläubiger der quotenberechtigten Forderungen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Produzierenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42, Daten zu *Finanz- und anderen Dienstleistungen* unter Code 47, Daten zu *kleinen und mittleren Unternehmen* unter Code 48121, Daten zu *auslandskontrollierten Unternehmen* unter Code 48131, Daten zu *Gewerbeanzeigen* unter Code 523, Daten zu *Insolvenzen* unter Code 524, Daten zu *IKT* unter Code 52911, Daten zum *Handwerk* unter Code 53

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmen im Überblick

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2	Indizes für das Produzierende Gewerbe
Reihe 3	Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 5	Baugewerbe
Reihe 6	Energie- und Wasserversorgung

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Reihe 4.1	Verkehr und Lagerei
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.3	Grundstücks- und Wohnungswesen
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

Architektur- und Ingenieurbüros
Information und Kommunikation
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
Verkehr und Lagerei
Verlagswesen
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
Werbung und Marktforschung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/12	Unternehmen unter ausländischer Kontrolle
Heft 1/14	Die wirtschaftliche Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland
Heft 12/14	Die wirtschaftliche Bedeutung auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland 2012
Heft 2/16	Der deutsche Mittelstand im Zeichen der Globalisierung
Heft 2/16	Herausforderungen und Potenziale der Einzeldatenverknüpfung in der Unternehmensstatistik
Heft 3/16	Außenhandelsaktive Unternehmen in Deutschland: Neue Perspektiven durch Micro-data Linking (MDL)

STATmagazin

Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln (2011)
--

Mehr zum Thema

■ **Gewerbeanzeigen**

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5 | Gewerbeanzeigen

■ **Insolvenzen**

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1 | Insolvenzverfahren

Reihe 4.1.1 | Beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung

■ **Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen**

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 1/09 | Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

Heft 12/10 | Statistische Analyse des Einflusses von IKT auf die Produktivität von Unternehmen

Fachberichte

| E-Commerce in Unternehmen 2012

| IKT-Branche in Deutschland 2014

| Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen 2016

IM FOKUS

10.3.2016 | CeBIT: 31 % der Unternehmen in Deutschland nutzen Social Media

■ **Handwerksunternehmen**

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 7.1 | Beschäftigte und Umsatz im Handwerk – Messzahlen und Veränderungsraten

Reihe 7.2 | Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/08 | Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk

Heft 1/12 | Handwerkszählung 2008



21 Verarbeitendes Gewerbe

6,2 Millionen Personen waren 2016 in **46 000 Betrieben** tätig |

Erzeugnisse im Wert von rund **1 800 Milliarden Euro** umgesetzt |

48 % des Umsatzes **exportiert** | **Größte Bereiche** sind

Maschinenbau mit 1 Million Beschäftigten und **Herstellung von**

Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 828 000 Beschäftigten |

2016 Baumaschinen im Wert von **5,8 Milliarden Euro** hergestellt

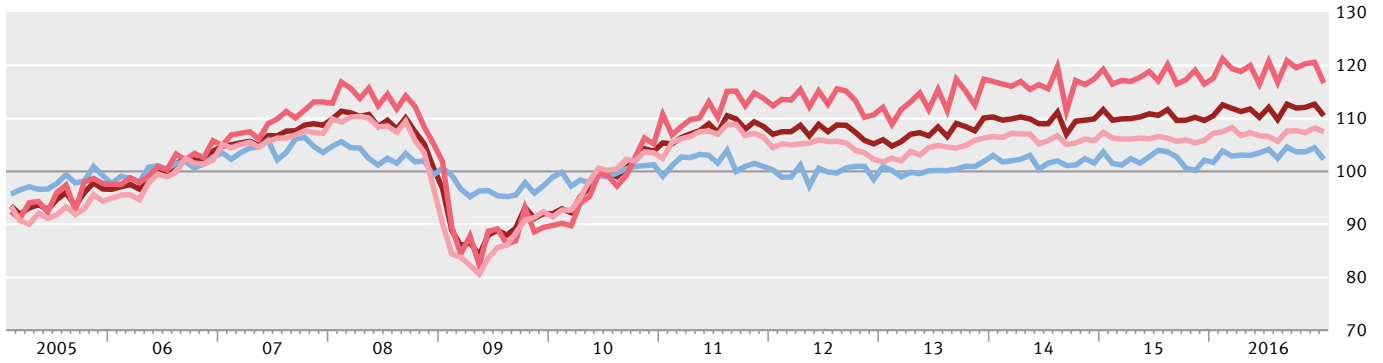
<i>Seite</i>	
545	Auf einen Blick
	Tabellen
546	Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach Beschäftigtengrößenklassen
549	Indizes Auftragseingang Produktion Umsatz
551	Auftragsbestand und Reichweiten im Verarbeitenden Gewerbe
552	Produktion ausgewählter Erzeugnisse
557	Material- und Wareneinkauf nach Wirtschafts- und Güterabteilungen
560	Methodik
561	Glossar
562	Mehr zum Thema

21.0 Auf einen Blick

■ Verarbeitendes Gewerbe
 ■ Vorleistungsgüter
 ■ Investitionsgüter
 ■ Konsumgüter

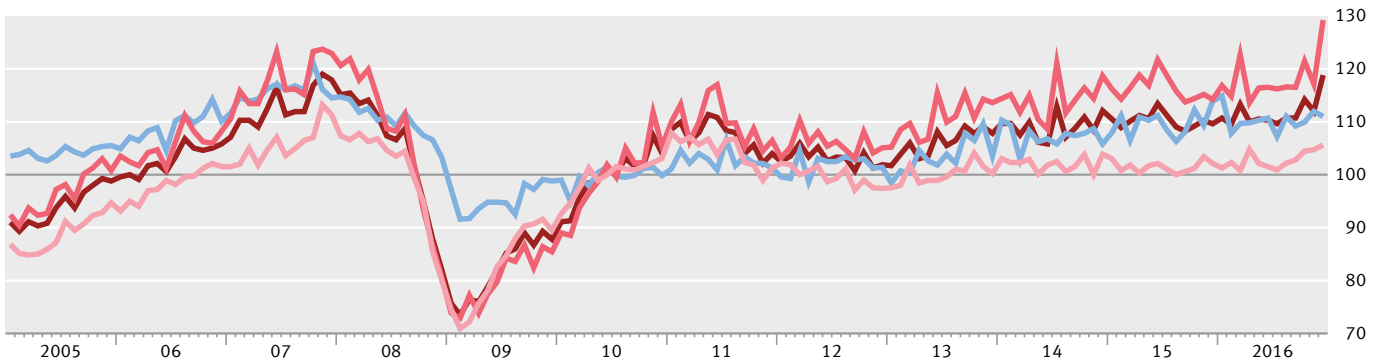
Produktionsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



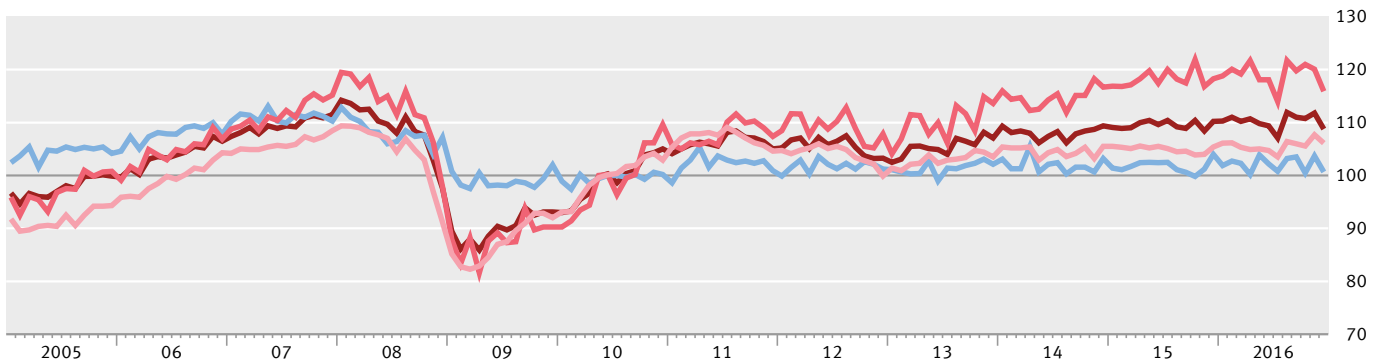
Auftragsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



Umsatzindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



2017 - 01 - 0325

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.1 Nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹	Entgelte	Umsatz ²	Exportquote ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR		%
2013	45 424	6 008	267 804	1 750 121	45,8
2014	45 253	6 075	277 599	1 760 139	46,3
2015	45 406	6 121	287 373	1 795 517	47,6
2016	45 876	6 168	295 094	1 799 872	47,7
davon (2016):					
Baden-Württemberg	8 265	1 260	65 217	349 553	55,1
Bayern	7 497	1 274	64 362	349 822	52,3
Berlin	714	90	4 582	24 718	57,5
Brandenburg	1 170	99	3 581	25 800	29,5
Bremen	247	52	2 853	27 744	61,1
Hamburg	444	86	5 296	68 567	31,4
Hessen	2 790	405	20 128	109 838	50,4
Mecklenburg-Vorpommern	695	57	1 790	14 611	31,1
Niedersachsen	3 767	545	25 924	204 671	45,9
Nordrhein-Westfalen	10 116	1 215	57 699	331 933	44,1
Rheinland-Pfalz	2 234	291	13 992	91 996	53,3
Saarland	482	90	4 216	27 506	48,2
Sachsen	3 060	277	9 684	63 793	37,0
Sachsen-Anhalt	1 421	132	4 497	39 193	28,5
Schleswig-Holstein	1 209	124	5 680	35 975	40,0
Thüringen	1 765	171	5 594	34 153	31,8

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

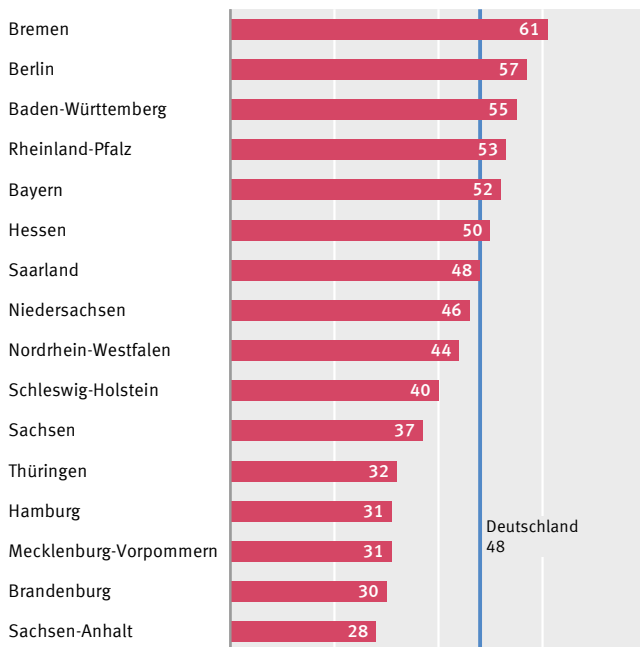
1 Stand: Ende September.

2 Ohne Umsatzsteuer.

3 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

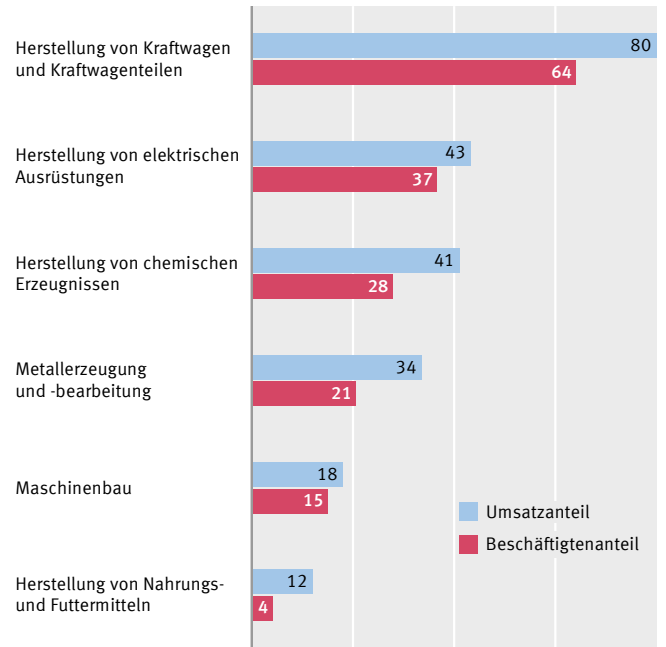
Exportquote 2016

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in %



Unternehmenskonzentration 2015

Anteil der zehn größten Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am Branchenumsatz und deren Beschäftigtenanteil, in %



2017 - 01 - 0326

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.2 Nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Betriebe ²	Tätige Personen ²	Entgelte	Umsatz ³	Exportquote ⁴	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		2016					2015
		Anzahl	1 000	Mill. EUR		%	Mill. EUR
	Insgesamt	45 876	6 168	295 094	1 799 872	47,7	58 583
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 088	50	2 443	9 155	11,7	1 259
05	Kohlenbergbau	26	20	1 118	2 182	.	562
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	29	3	246	1 870	.	231
07	Erzbergbau
08	Gew. von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 014	25	967	4 812	13,6	439
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 788	6 118	292 651	1 790 716	47,9	57 324
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 393	519	15 218	150 539	22,1	4 232
11	Getränkeherstellung	547	61	2 638	20 786	12,3	1 189
12	Tabakverarbeitung	25	10	604	12 388	12,5	160
13	H. v. Textilien	710	65	2 228	12 352	47,3	365
14	H. v. Bekleidung	252	30	1 053	7 248	35,6	166
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	125	19	676	3 549	27,5	51
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) ..	1 137	81	2 716	19 508	22,3	609
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	912	130	5 394	37 179	41,3	1 224
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1 302	97	3 354	14 832	13,4	559
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	66	18	1 307	62 171	9,8	707
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 645	331	19 375	136 499	59,4	5 575
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	353	116	6 965	48 162	66,5	1 565
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 254	392	15 235	77 848	37,8	3 089
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 199	188	7 515	38 959	25,2	1 649
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 063	252	12 353	92 155	42,6	2 735
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 806	664	26 157	111 047	30,9	4 254
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 924	294	15 723	76 905	59,3	2 324
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 238	412	20 663	91 487	50,1	2 642
28	Maschinenbau	6 203	1 025	53 527	240 300	61,0	6 419
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 327	828	52 180	406 716	63,1	14 418
30	Sonstiger Fahrzeugbau	332	128	7 999	46 390	68,0	1 206
31	H. v. Möbeln	1 009	102	3 716	19 952	30,2	478
32	H. v. sonstigen Waren	1 666	158	6 361	28 998	53,3	1 136
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 300	198	9 694	34 746	25,1	573

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

4 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.3 Betriebe, tätige Personen und Umsatz nach Beschäftigtengrößeklassen 2016

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Anzahl	%					
Betriebe¹²								
	Insgesamt	45 876	49,7	22,5	17,6	6,3	2,5	1,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	1 088	86,9	7,2	3,4	0,9	0,8	0,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 788	48,8	22,9	17,9	6,4	2,6	1,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 393	55,2	20,4	16,6	5,4	1,8	0,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 645	35,3	26,2	22,2	9,2	4,6	2,4
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 254	40,5	27,1	22,7	6,5	2,2	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 063	28,9	23,5	25,3	12,0	6,1	4,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 806	55,6	24,5	14,2	3,9	1,5	0,4
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 924	41,2	25,4	20,1	8,3	3,0	2,1
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 238	39,4	24,1	20,6	9,2	3,9	2,8
28	Maschinenbau	6 203	39,7	24,1	21,3	9,1	3,6	2,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 327	27,9	20,2	22,2	14,3	7,6	7,8

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		1 000	%					
Tätige Personen in Betrieben¹²								
	Insgesamt	6 168	10,8	11,8	20,2	16,2	12,8	28,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	50	30,0	10,4	11,2	7,8	12,6	28,0
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 118	10,6	11,8	20,3	16,2	12,8	28,3
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	519	16,9	15,1	26,6	19,5	12,8	9,2
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	331	5,4	9,5	17,0	15,9	15,5	36,7
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	392	11,0	15,9	29,0	18,6	12,6	12,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	252	3,9	7,0	17,3	17,0	17,1	37,7
25	H. v. Metallerzeugnissen	664	21,0	20,1	25,5	15,6	11,6	6,2
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	294	8,7	11,8	20,4	18,2	13,9	26,9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	412	6,9	9,1	17,4	17,6	14,8	34,2
28	Maschinenbau	1 025	7,4	10,3	20,1	19,2	15,1	28,0
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	828	1,5	2,3	5,5	8,1	8,6	74,0

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Mill. EUR	%					
Umsatz in Betrieben¹³								
	Insgesamt	1 799 872	6,1	7,9	16,1	14,9	13,6	41,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	9 155	41,9	13,7	9,3	9,5	10,6	15,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 790 716	5,9	7,8	16,2	14,9	13,6	41,6
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	150 539	11,1	13,5	30,9	21,6	15,1	7,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	136 499	4,9	9,8	17,5	14,4	15,1	38,3
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	77 848	9,1	13,7	27,8	20,0	14,6	14,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	92 155	2,5	4,9	13,9	15,6	19,1	44,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	111 047	15,5	17,4	25,4	18,5	15,3	7,8
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	76 905	4,8	7,7	14,5	18,8	14,3	40,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	91 487	4,6	7,1	15,0	17,0	15,5	40,8
28	Maschinenbau	240 300	4,7	7,4	16,7	18,7	18,2	34,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	406 716	0,6	1,7	2,9	4,5	5,4	84,9

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.1 Auftragseingang (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Auftragseingänge** aus dem Inland und aus dem Ausland bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		2010 = 100					
C	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	107,6	103,1	105,7	108,7	110,4	112,0
	Inland	107,2	100,8	101,4	103,1	105,5	106,3
	Ausland	107,8	105,0	109,1	113,4	114,4	116,7
	Vorleistungsgüter	104,9	99,6	99,7	101,7	101,7	103,1
	Inland	105,2	98,9	98,9	99,4	99,2	99,3
	Ausland	104,7	100,5	100,6	104,3	104,6	107,6
	Investitionsgüter	110,0	105,7	110,2	114,0	116,6	118,6
	Inland	110,1	103,2	104,5	107,4	112,4	114,5
	Ausland	110,0	107,2	113,8	118,1	119,2	121,1
	Konsumgüter	103,1	101,8	103,1	106,9	109,8	110,5
	Inland	102,5	97,0	97,4	98,9	101,6	99,4
	Ausland	103,6	105,9	107,9	113,7	116,9	120,1
	Gebrauchsgüter	105,3	98,6	100,0	100,2	104,5	109,5
	Inland	110,4	101,1	101,2	100,2	99,3	101,6
	Ausland	100,9	96,4	99,0	100,2	108,9	116,4
	Verbrauchsgüter	102,3	102,9	104,1	109,2	111,7	110,9
	Inland	99,8	95,5	96,1	98,5	102,4	98,6
	Ausland	104,5	109,2	111,0	118,3	119,6	121,4
13	H. v. Textilien	97,0	90,2	91,6	95,7	98,6	99,2
	Inland	96,2	87,9	87,0	88,8	90,0	88,4
	Ausland	97,9	93,0	97,0	103,8	108,9	112,0
14	H. v. Bekleidung	103,5	98,8	94,1	98,5	100,1	96,2
	Inland	103,3	97,3	93,0	96,2	101,1	97,8
	Ausland	103,6	101,2	95,8	102,2	98,5	93,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	98,6	96,7	96,2	95,5	96,6	95,9
	Inland	100,0	96,7	95,0	96,4	97,3	93,2
	Ausland	96,5	96,8	97,8	94,1	95,6	99,9
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	100,9	98,0	96,6	96,4	96,6	96,9
	Inland	101,9	97,9	96,9	95,3	93,6	91,2
	Ausland	100,1	98,0	96,4	97,3	98,9	101,3
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	102,9	105,6	108,7	115,5	118,6	118,7
	Inland	97,1	92,3	94,4	97,9	104,0	99,3
	Ausland	106,4	113,7	117,5	126,3	127,6	130,6
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	102,4	97,7	96,3	98,8	94,7	96,9
	Inland	101,4	96,0	95,5	93,7	92,7	93,7
	Ausland	104,1	100,2	97,5	107,0	97,9	102,1
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	111,0	107,4	108,8	110,9	113,6	115,2
	Inland	112,1	107,5	108,2	109,4	112,2	114,7
	Ausland	108,8	107,1	110,0	113,8	116,4	116,2
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	103,7	100,2	101,8	109,7	114,0	121,0
	Inland	106,2	102,5	102,5	111,0	111,8	117,3
	Ausland	101,9	98,5	101,2	108,8	115,5	123,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	111,3	102,3	103,8	102,7	104,6	102,9
	Inland	109,4	97,8	98,8	97,4	95,7	94,7
	Ausland	113,5	107,2	109,3	108,7	114,5	112,0
28	Maschinenbau	113,7	106,6	106,8	109,5	112,3	112,0
	Inland	115,3	106,4	106,9	109,0	111,6	108,2
	Ausland	112,9	106,7	106,8	109,9	112,7	114,2
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	106,1	105,9	109,4	116,6	119,3	122,6
	Inland	105,1	101,4	102,7	108,4	113,8	117,9
	Ausland	106,6	108,4	113,2	121,3	122,4	125,3
30	Sonstiger Fahrzeugbau	130,4	100,4	141,6	128,6	127,3	130,9
	Inland	132,2	95,1	108,0	98,3	124,5	137,6
	Ausland	129,6	103,1	158,2	143,5	128,6	127,6

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185 ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes (WZ 2008).

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.2 Produktion

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Produktionsleistung**, bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		2010 = 100					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	108,3	107,1	106,9	108,9	110,0	111,5
	Vorleistungsgüter	107,3	104,5	104,0	105,9	106,4	107,6
	Investitionsgüter	112,4	113,2	113,4	116,1	118,0	119,8
	Konsumgüter	102,2	99,8	100,2	101,6	102,3	103,8
	Gebrauchsgüter	104,6	100,5	99,6	100,0	103,1	106,4
	Verbrauchsgüter	101,7	99,6	100,3	101,9	102,1	103,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100,2	94,3	83,4	82,1	78,1	71,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	108,5	107,3	107,2	109,3	110,5	112,0
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	100,6	100,6	100,4	100,5	100,6	102,1
11	Getränkeherstellung	103,6	103,2	103,7	104,9	97,7	98,5
12	Tabakverarbeitung	96,1	81,6	76,7	72,6	74,0	74,9
13	H. v. Textilien	101,5	94,0	93,4	95,7	97,5	99,2
14	H. v. Bekleidung	98,8	89,5	86,8	91,4	86,7	86,7
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	106,2	96,7	96,3	110,1	117,5	115,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	116,2	115,6	113,7	111,8	110,7	112,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	100,6	98,5	97,0	96,1	96,8	95,7
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	101,2	98,1	93,8	94,0	91,9	89,9
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	99,9	101,6	98,8	98,1	100,7	101,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	101,0	98,1	98,6	97,3	96,9	96,9
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	104,8	102,4	107,8	113,4	118,4	121,5
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	105,8	103,7	105,2	105,7	108,1	110,5
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	108,1	103,3	102,8	105,1	105,1	108,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	104,7	100,8	100,2	103,0	103,1	102,5
25	H. v. Metallerzeugnissen	111,7	110,0	111,1	114,2	115,3	118,0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	114,1	112,0	111,5	115,6	120,4	124,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	108,6	105,0	101,7	103,5	103,1	104,4
28	Maschinenbau	113,7	115,1	113,2	114,6	115,1	115,4
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	113,2	112,7	114,1	119,0	119,7	122,1
30	Sonstiger Fahrzeugbau	113,4	119,7	124,4	126,4	135,0	144,0
31	H. v. Möbeln	103,3	101,6	96,8	97,4	100,7	100,9
32	H. v. sonstigen Waren	104,6	108,4	111,3	115,6	119,5	123,9
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	108,1	107,9	109,4	111,1	116,6	114,9

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185 ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.3 Umsatz (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten Umsätze, bezogen auf das Basisjahr 2010.

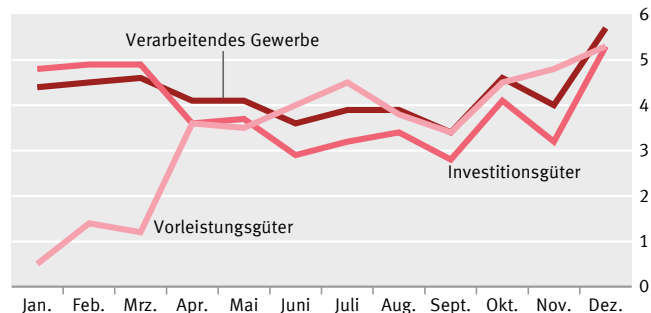
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		2010 = 100					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	106,6	105,2	104,8	107,3	109,6	110,4
	Vorleistungsgüter	107,4	104,0	102,5	104,2	105,2	106,0
	Investitionsgüter	108,3	108,8	109,4	114,2	118,7	119,6
	Konsumgüter	102,6	101,7	101,0	101,6	101,9	102,5
	Gebrauchsgüter	104,9	100,9	99,6	100,7	104,3	106,4
	Verbrauchsgüter	102,3	101,8	101,2	101,8	101,5	101,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	98,3	83,2	73,8	67,5	66,8	63,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	106,7	105,4	105,0	107,6	109,8	110,7
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	102,4	102,8	102,7	102,1	102,1	103,3
11	Getränkeherstellung	102,8	103,7	102,5	101,7	98,9	100,9
12	Tabakverarbeitung	88,7	76,0	68,4	74,8	76,1	75,1
13	H. v. Textilien	99,3	92,2	93,4	95,9	99,1	99,9
14	H. v. Bekleidung	102,7	99,6	93,9	95,2	98,5	94,6
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	108,3	101,6	99,5	109,5	93,8	97,4
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	103,7	102,8	101,4	103,3	104,1	107,7
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	101,0	98,4	97,3	96,3	97,2	96,8
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	100,3	97,2	93,6	93,5	91,3	92,2
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	98,4	95,6	96,2	90,8	88,7	89,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	101,9	98,9	97,8	98,7	99,1	98,7
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	103,6	106,7	110,1	113,9	114,1	112,4
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	106,2	104,5	105,8	106,5	108,8	111,6
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	105,7	101,3	101,1	102,6	102,0	103,3
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	108,9	105,6	102,3	102,9	102,1	100,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	112,2	111,5	112,5	113,8	114,8	117,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	110,9	106,4	107,4	113,9	120,3	125,5
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	112,6	107,3	102,6	102,8	103,7	103,9
28	Maschinenbau	116,0	117,3	114,7	117,4	118,8	119,0
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	107,5	106,8	108,4	115,2	121,7	121,9
30	Sonstiger Fahrzeugbau	92,6	98,1	102,0	119,4	123,7	131,0
31	H. v. Möbeln	103,2	101,4	96,8	97,4	101,2	101,5
32	H. v. sonstigen Waren	104,3	107,6	109,9	112,8	116,7	121,5
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	97,6	95,2	95,9	93,7	98,7	97,5

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185 ff.

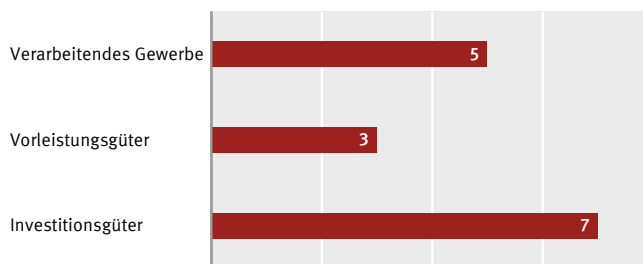
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe 2016

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat, in %



Reichweite des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe 2016, in Monaten



Stand: Dezember 2016.

2017-01-0327

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2016

	Einheit	Menge	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wert	
				Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Erdöl und Erdgas					
Rohöl	1 000 t	2 176	- 1,5	.	.
Erdgas	1 000 MWh	69 747	- 8,2	555	- 23,5
Steine und Erden					
Kalkstein (ohne gebrochene Kalksteine für den Tiefbau und ohne Naturwerksteine)	1 000 t	15 062	4,0	212	1,5
Bausand u. a. natürliche Sande	1 000 t	68 834	1,4	376	2,8
Feldsteine, Kies, gebrochene Natursteine	1 000 t	188 925	4,7	1 290	5,3
Nahrungsmittel					
Würste und ähnliche Erzeugnisse	1 000 t	1 533	0,4	7 073	- 1,6
Fischfilets, gefroren	1 000 t	39	- 12,9	149	2,6
Lachs, Heringe und andere geräucherte Fische	1 000 t	27	- 2,9	301	2,2
Frucht- und Gemüsesäfte (nicht gefroren)	Mill. l	2 714	12,5	2 154	10,5
Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und -pasten	1 000 t	241	0,8	527	3,7
Margarine (ohne flüssige Margarine)	1 000 t	349	- 5,4	339	0,1
Butter	1 000 t	524	2,0	1 734	4,0
Buttermilch, Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt u. a. fermentierte Erzeugnisse, flüssig	1 000 t	2 518	0,7	3 101	- 2,2
Speiseeis, auch kakaohaltig	1 000 l	514 972	- 4,7	608	- 2,2
Mehl von Getreide	1 000 t	6 005	- 0,6	1 651	- 5,2
Frisches Brot, Brötchen u. ä. ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten	1 000 t	4 943	0,4	9 995	2,4
Feine Backwaren, gesüßt, auch gefroren	4 879	3,8
Leb- und Honigkuchen u. ä. Kekse u. ä. Kleingebäck, gesüßt; Waffeln	1 000 t	647	- 0,3	1 847	- 0,9
Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt	1 000 t	263	- 2,5	.	.
Weißzucker	1 000 t	3 446	0,1	1 732	6,4
Schokolade u. a. kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln	1 000 t	.	.	5 650	1,5
Kaffee, geröstet	1 000 t	542	5,8	1 711	- 0,4
Fertiggerichte	1 000 t	1 274	5,5	3 629	9,2
Getränke					
Spirituosen	1 000 hl	.	.	1 035	5,7
Bier aus Malz (ohne alkoholfreies Bier)	1 000 hl	83 139	- 0,5	5 544	- 0,6
Mineral-, Tafel- und Heilwasser (ohne Quellwasser)	1 000 l	14 005 437	2,7	2 411	2,9
Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 l	8 785 682	0,6	3 508	1,1
Nektare	1 000 l	744 611	.	.	.
Andere nicht alkoholhaltige Getränke (ohne Milchfettgehalt)	1 000 l	2 380 453	2,2	1 560	5,3
Tabakerzeugnisse					
Zigarren, Stumpfen und Zigarillos, Tabak enthaltend	Mill. St	2 763	2,3	254	- 5,7
Zigaretten, Tabak enthaltend	Mill. St	167 750	- 9,7	1 710	6,9
Textilien					
Garne	1 000 t	67	- 9,6	425	- 0,7
Gewebe	1 000 m ²	873 460	- 0,3	1 380	2,7
Teppiche	1 000 m ²	86 524	8,8	623	- 3,6
Bekleidung					
Strumpfhosen	1 000 St	31 045	0,2	16	- 8,2
Herrn-, Damen-, Kinderstrümpfe u. a. Strumpfwaren	1 000 Paar	68 973	- 3,2	487	1,9
Pullover, Strickjacken, Westen u. ä. Waren	1 000 St	1 723	- 31,7	52	- 10,6
Oberbekleidung für Männer oder Knaben (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	5 875	2,2	259	- 0,3
Oberbekleidung für Frauen oder Mädchen (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 949	- 1,6	210	- 1,5
Sport-, Bade- und Strandbekleidung	1 000 St	1 266	9,6	46	10,8
Lederbekleidung	1 000 St	.	.	25	- 3,0
Unterwäsche für Männer oder Knaben	1 000 St	4 317	4,7	45	4,7
Unterwäsche für Frauen oder Mädchen	1 000 St	10 247	- 9,6	69	- 10,2
T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken	1 000 St	10 582	- 2,4	137	1,2
Leder und Lederwaren					
Rind- und Kalbleder, enthaart	t	16 818	12,1	350	- 5,4
Reisekoffer, Handkoffer, Kosmetikkoffer und Dokumentenkoffer, Aktentaschen, Schulranzen u. ä. Behältnisse	1 000 St	297	13,0	10	10,4
Schuhe mit Oberteil aus Leder (ohne Sportschuhe)	1 000 Paar	23 770	- 20,9	505	- 7,8
Schuhe mit einem Metallschutz in der Vorderkappe	1 000 Paar	5 711	6,4	306	12,1
Holz und Holzwaren					
Schnittholz (ohne Stäbe u. Friese für Parkett aus Eichenholz)	1 000 m ³

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2016

	Einheit	Menge	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wert	
				Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Laminatböden	1 000 m ²	177 636	- 3,0	891	0,0
Parkettböden	1 000 m ²	7 617	2,8	188	3,3
Fenster, Fenstertüren, Rahmen und Verkleidungen dafür	1 000 St	1 712	- 2,8	797	- 1,2
Türen und Rahmen, Türverkleidungen (auch Türschwellen)	1 000 St	12 821	7,4	1 281	6,0
Papier					
Zeitungsdruckpapier	1 000 t	2 191	- 0,2	893	- 0,2
Wellpapier u. -pappe	1 000 t	1 546	9,4	1 204	8,8
Verpackungsmittel aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen	1 000 t	6 884	2,5	.	.
Etiketten aus Papier und Pappe	1 000 t	154	- 12,1	1 389	- 0,8
Druckerzeugnisse					
Geschäftsdrucksachen und andere Drucke	1 862	1,5
Kataloge, Plakate, Werbedrucke, Kalender aller Art	5 294	- 2,8
Zeitungen und Zeitschriften	2 382	- 2,9
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse					
Koks u. Schmelzkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf	1 000 t-Trocken	8 251	6,5	771	17,4
Motorenbenzin (einschl. Flugbenzin)	1 000 t	20 556	6,1	3 415	- 15,9
Leichtöl, leichtes Rohbenzin	1 000 t	5 015	1,9	1 251	- 14,2
Flugturbinenkraftstoff aus Leuchtöl (Kerosin)	1 000 t	5 262	1,9	1 259	- 18,0
Dieselmotorkraftstoff	1 000 t	32 416	2,6	5 614	- 19,5
Heizöl, leicht	1 000 t	12 226	- 5,2	2 313	- 26,5
Schmieröle	1 000 t	2 302	- 6,9	3 453	7,9
Flüssiggas	1 000 t	2 950	6,7	411	- 2,4
Chemische Erzeugnisse					
Chlor	1 000 t	2 337	- 5,6	397	- 10,3
Ruß	1 000 t	.	.	406	- 11,1
Wasserstoff	Mill. m ³	1 518	- 2,8	195	- 7,6
Sauerstoff	Mill. m ³	.	.	327	- 2,2
Stickstoff	Mill. m ³	.	.	272	6,6
Schwefelsäure einschl. Oleum, ber. auf SO ₂	1 000 t	1 872	- 5,6	104	- 21,6
Ammoniak, ber. auf N	1 000 t	631	4,0	207	- 26,5
Natriumhydroxid, ber. auf NaOH	1 000 t
Aluminiumhydroxid, ber. auf Al ₂ O ₃	1 000 t	.	.	433	10,9
Ethylen	1 000 t	2 665	- 2,2	820	- 12,8
Propylen	1 000 t	2 796	1,8	908	- 20,9
Natriumcarbonat, ber. auf Na ₂ CO ₃	1 000 t	983	.	213	- 23,0
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	1 362	7,9	853	- 16,5
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Wirkstoffgewicht)	1 000 t	210	5,9	3 173	1,7
Kunststoffe	1 000 t	18 131	4,3	23 583	- 3,8
Synthetischer Kautschuk und Faktis	1 000 t	1 213	- 2,9	1 119	- 10,5
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	345	1,2	685	- 11,8
Texturierte Garne u. a. Garne, ungezwirnt	1 000 t	36	- 3,6	224	0,7
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Acryl oder Vinylpolymeren	1 000 t	1 030	- 1,2	1 887	1,9
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Alkydharzen	1 000 t	63	- 1,5	270	0,7
Organische Löse- und Verdünnungsmittel	1 000 t	210	- 3,1	327	- 2,7
Druckfarben	1 000 t	502	- 0,8	1 377	- 5,8
Arzneiwaren	20 427	- 3,9
Organische grenzflächenaktive Stoffe (ohne Seifen)	1 000 t	.	.	1 667	1,6
Seifen	1 000 t	.	.	236	.
Universalwaschmittel	1 000 t	251	- 21,9	280	- 38,7
Geschirrspülmittel	1 000 t	178	- 23,2	199	- 33,6
Photochemische Erzeugnisse	718	0,0
Duftstoffe und Körperpflegemittel	5 290	2,4
dar. Körperpflegemittel	4 734	2,1
Klebstoffe	1 000 t	916	11,7	1 658	1,9
Gummi- und Kunststoffwaren					
Gummiwaren					
Bereifungen, neu	1 000 St	73 238	- 1,1	3 457	- 2,0
dar. Luftreifen für Pkw, neu	1 000 St	60 484	- 0,9	2 550	- 1,1

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2016

	Einheit	Menge	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wert	
				Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Kunststoffwaren					
Rohre und Schläuche, nicht biegsam	1 000 t	507	-2,2	1 384	-4,2
Monofile	1 000 t	838	4,4	2 386	4,6
Verpackungsmittel, Lager- und Transportbehälter	.	.	.	4 180	4,3
Badewannen, Duschen und Waschbecken	1 000 St	1 233	16,1	175	11,2
Fenster, Fensterbänke	1 000 St	11 201	0,5	2 918	1,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden					
Mehrschichten-Isolierverglasung	1 000 m ²	22 056	0,1	1 096	5,1
Flaschen bis 2,5 l	Mill. St	9 223	5,5	986	3,4
Geschirr, aus Porzellan	1 000 t	40	0,0	437	1,9
Geformte feuerfeste keramische Bauteile	1 000 t	715	-4,1	733	-0,6
Fliesen, Boden- und Wandplatten	1 000 m ²	49 358	-0,5	529	3,1
Mauerziegel, Ziegel für Boden- u. Straßenbeläge	1 000 m ³	7 228	4,9	599	6,6
Dachziegel	1 000 St	617 116	-1,3	672	0,0
Zement	1 000 t	32 737	5,1	2 159	3,1
Kalk	1 000 t	6 973	-0,1	537	-1,5
Gips	1 000 t	3 090	7,6	300	4,4
Baublöcke und Mauersteine aus Kalksandstein	1 000 m ³	3 828	1,3	316	2,6
Dachsteine aus Beton	Mill. St	177	1,7	204	2,3
Gipskartonplatten, gem. DIN 18 180	1 000 m ²	226 611	1,0	313	-1,0
Transportbeton	1 000 m ³	37 597	8,0	2 547	7,7
Schleifkörper	1 000 t	64	1,3	570	1,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse					
Blöcke, Strangguss, Flüssigstahl, aus unlegiertem Stahl	1 000 t	5 350	-22,2	1 681	-29,9
Gewalztes Halbzeug	1 000 t	4 543	1,8	624	-12,6
Warmbreitband mit einer Breite von 600 mm oder mehr	1 000 t	8 731	0,1	3 558	-8,5
Breitflachstahl, Quartoblech	1 000 t	3 063	-4,2	1 814	-14,9
Walzdraht, warmgewalzt	1 000 t	5 070	-4,2	1 927	-6,9
Betonstahl in Stäben, warmgewalzt	1 000 t	2 510	-3,6	646	-7,4
Kaltgewalzte Bleche in Rollen oder Tafeln	1 000 t	2 522	1,7	1 653	-5,9
Schmelztauchveredelte Bleche	1 000 t
Rohre und Hohlprofile, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	53	15,7	180	-14,2
Präzisionsstahlrohre, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	331	-3,3	455	-6,6
Kaltgewalzter Bandstahl (ohne Elektrobund)	1 000 t	1 075	3,7	847	-1,9
NE-Metalle und -erzeugnisse					
Silber, in Rohform oder als Pulver	t	1 726	14,6	835	18,6
Gold, in Rohform oder als Pulver	t	50	-9,5	.	.
Aluminiumlegierungen, Primäraluminium	1 000 t	353	3,8	555	-8,9
Aluminiumlegierungen, Sekundäraluminium	1 000 t	1 253	33,3	1 165	1,4
Kupferlegierungen, in Rohformen	1 000 t	35	20,4	.	.
Gießereierzeugnisse					
Teile aus					
Gusseisen mit Kugelgraphit	1 000 t	1 393	-0,7	2 449	-2,9
Stahlguss	1 000 t	88	.	1 080	.
Leichtmetallguss	1 000 t	1 017	23,1	5 114	0,6
Buntmetallguss	1 000 t	81	-0,5	731	-3,7
Metallerzeugnisse					
Brücken und -elemente	1 000 t	66	8,4	209	12,4
Türme und Gittermaste	1 000 t	380	26,8	614	27,4
Andere Konstruktionen und Teile	1 000 t	.	.	5 847	3,3
darunter:					
Skelettkonstruktionen	1 000 t	396	1,9	930	2,9
Stütz- und Trägerkonstruktionen	1 000 t	604	-4,0	1 481	-3,0
Tore, Türen, Fenster, deren Rahmen und Verkleidungen aus Stahl	1 000 St	985	3,7	951	4,7
Zentralheizungskessel (ohne Dampfkessel)	1 000 St	.	.	782	-2,3
Blechformteile aus Stahl und NE-Metall	1 000 t	4 716	3,1	13 170	2,3
Drehteile aus Metall für Armaturen, Maschinenbau, Fahrzeuge	.	.	.	4 255	1,7
Drehteile aus Metall für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	.	.	.	2 804	0,4
Werkzeuge für die Holzbearbeitung	t	.	.	20	5,2
Haushaltswerkzeuge	t	2 514	1,6	45	2,6

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2016

	Einheit	Menge	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wert	
				Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Beschläge für Kraftfahrzeuge	1 000 t	205	- 3,8	1 673	0,9
Baubeschläge für Türen und Fenster	1 000 t	178	2,8	1 511	3,6
Abwasch- und Waschbecken aus Stahl (nicht rostend)	1 000 St	2 056	- 20,6	140	- 9,0
Koch-, Brat- und Backgeschirr aus Stahl (nicht rostend)	t	6 290	- 0,9	.	.
Briefkästen und Kastenanlagen	t	5 565	- 4,4	97	0,0
Maschinen					
Verbrennungsmotoren und Turbinen	1 000 St	285	0,5	8 041	1,4
Flüssigkeitspumpen	1 000 St	64 452	- 4,7	4 396	- 4,1
Luft- oder Gaskompressoren	1 000 St	13 973	2,9	4 537	0,5
Armaturen	1 000 t	464	4,8	8 021	3,8
dar. Sanitärarmaturen	1 000 t
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebs Elemente	1 000 t	1 070	- 2,1	12 141	- 2,1
Krane	1 000 St	211	280,5	.	.
Elektrokraftkarren u. a. mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren	1 000 St	.	.	3 196	3,9
Büromaschinen	1 000 St	.	.	68	- 4,8
Klimageräte	1 000 St	9 336	.	1 794	- 2,0
Verpackungsmaschinen	1 000 St	60	13,0	4 586	0,4
Haushalts-, Personenwaagen; Waagen für Stetigförderer, Absack-, Abfüll-, Dosier- u. a. Waagen	1 000 St	332	2,3	823	0,8
Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen	1 000 St	45	- 8,7	2 216	- 11,1
Erntemaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	56	- 6,4	2 278	- 3,3
Werkzeugmaschinen zur Span abhebenden Bearbeitung	1 000 St	86	- 18,2	8 218	- 3,3
dar. Drehmaschinen	1 000 St	6	- 14,2	1 409	- 15,8
Werkzeugmaschinen zur spanlosen Bearbeitung	1 000 St	51	- 4,1	.	.
Holzbearbeitungsmaschinen	1 000 St	.	.	2 311	.
Handgeführte Maschinen und Druckluftwerkzeuge	1 000 St	8 113	- 2,9	1 436	- 1,6
Löt- und Schweißmaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	2 131	8,9	.	.
Maschinen für die Metallerzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	St	2 420	156,9	1 518	16,2
Bau- und Baustoffmaschinen	1 000 St	192	4,7	5 766	2,8
Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung	1 000 St	391	2,2	3 676	5,0
Spinnmaschinen	1 000 St	18	.	1 015	- 20,8
Maschinen für das Papiergewerbe	1 000 St	.	.	1 227	32,0
Maschinen für das Druckgewerbe	1 000 St	32	- 1,3	2 440	5,6
Kunststoffmaschinen	1 000 St	47	8,2	5 211	6,0
Elektrische Haushaltsgeräte					
Kühl-, Gefrierschränke; Tiefkühltruhen	1 000 St	2 674	0,0	1 324	7,2
Haushaltsgeschirrspülmaschinen	1 000 St
Küchenherde, Kochplatten, Grill- und Bratgeräte, andere elektrische Öfen	1 000 St	5 488	0,3	1 642	10,0
Elektrische Durchlauferhitzer	1 000 St	.	.	192	7,5
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St	12 792	20,5	2 691	- 3,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.					
Elektromotoren und -generatoren	1 000 St	109 391	2,0	.	.
Transformatoren	1 000 St	89 258	8,6	1 680	2,1
Steckvorrichtungen u. a. Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektr. Stromkreisen	Mill. St	.	.	4 076	4,8
Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	1 000 St	168 182	8,8	7 418	- 1,2
Zusammengesetzte elektronische Schaltungen (Baugruppen)	.	.	.	6 528	5,3
Solarzellen	1 000 St	380 747	20,4	879	19,1
Starterbatterien	1 000 St	17 401	6,0	889	3,6
Glasfaserkabel	t	19 825	15,2	304	21,0
Bestückte Leiterplatten	Mill. St	660	1,9	990	0,5
Akkumulatorenladegeräte	1 000 St	590	21,2	208	14,6
Einbruchs- oder Diebstahlarmsgeräte, Feuermelder u. ä. Geräte (Hör- und Sichtsignalgeräte) für Gebäude	1 000 St	8 194	- 26,1	552	- 5,6
Nachrichtentechnik, Videotuner, Satelliten-Receiver u. Fernsehgeräte					
Mobiltelefone (Handys)	1 000 St
Videotuner, Satelliten-Receiver	1 000 St
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	192	10,1	183	11,4

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2016

	Einheit	Menge	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wert	
				Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren					
Röntgenapparate und -geräte für medizinische Zwecke	1 000 St	14	- 5,1	1 430	- 15,4
Elektrodiagnoseapparate und -geräte für medizinische Zwecke	.	.	.	859	1,1
Prüfstände für Kraftfahrzeuge	t	21 014	9,6	569	1,2
Ferngläser	1 000 St	.	.	55	- 4,6
Laser (ohne Diodenlaser)	1 000 St	123	37,4	703	14,6
Armbanduhrn, Taschen- u. ä. Uhren	1 000 St	286	- 11,8	306	- 3,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile					
Personenkraftwagen	1 000 St	5 678	- 0,2	158 211	2,1
Lastkraftwagen	1 000 St	384	1,6	10 980	5,2
Karosserien und Aufbauten für Kraftwagen	1 000 St	.	.	2 158	10,1
Wohnanhänger ab 750 kg	1 000 St
Anhänger zum Befördern von Gütern	1 000 St	295	11,8	4 073	11,1
Sonstige Fahrzeuge					
Boote und Jachten	1 000 St	10	- 5,7	1 019	- 14,1
Zweiräder u. a. Fahrräder mit Kugellager	1 000 St	1 295	11,5	505	41,7
Rollstühle	1 000 St	136	- 4,3	177	8,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse					
Sitzmöbel	1 000 St	12 236	4,1	2 156	1,4
Holzmöbel					
für Büros	1 000 St	5 317	0,7	1 101	6,8
für Läden	1 000 St	996	1,4	1 300	3,1
für Küchen	1 000 St	32 798	0,4	4 422	4,9
für Badezimmer	1 000 St	3 343	1,2	406	6,3
für Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer	1 000 St	531	- 3,1	230	2,7
Auflegematratzen	1 000 St	5 857	- 5,7	572	- 4,1
Schmuckwaren und Teile dafür aus Silber, Gold oder Platin	.	.	.	381	2,7
Klaviere und Flügel	1 000 St	5	- 4,2	101	- 2,2
Sportgeräte für Gymnastik	.	.	.	119	- 6,7
Puppen, nur Nachbildungen von Menschen darstellend	1 000 St	.	.	2	- 10,4
Spielfahrzeuge, zum Besteigen und Fortbewegen durch Kinder geeignet	1 000 St	1 842	- 3,9	79	- 10,8
Spielzeug, Tiere oder nichtmenschliche Wesen darstellend, Füllmaterial enthaltend, aus Holz und aus Kunststoff	1 000 St	16 553	6,1	63	- 10,1
Elektrische Eisenbahnen (einschl. Zubehör)	.	.	.	127	- 7,1
Schreiber und Markierstifte mit Filzspitze	1 000 St	724 856	15,0	218	12,1
Kinderwagen	1 000 St	120	- 10,0	39	- 1,5

21.4 Material- und Wareneinkauf nach Wirtschafts- und Güterabteilungen 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Güterabteilung	Wirtschaftsabteilungen (H. v. = Herstellung von), Nr. der Klassifikation ²									
		05 Kohlenbergbau	06 Gewinnung von Erdöl und Erdgas	07 Erzbergbau	08 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	09 Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	10 H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	11 Getränkeherstellung	12 Tabakverarbeitung	13 H. v. Textilien	14 H. v. Bekleidung
		Mill. EUR									
	Material- und Wareneingang insgesamt		1 557,3	–	1 870,4	91,3	110 002,0	7 696,0	4 984,5	6 006,0	3 752,2
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	–	–	–	–	–	43 501,6	514,3	543,7	74,9	5,9
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
03	Fische und Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
05	Kohle	–	–	–	–	–	80,6	–	–	–	–
06	Erdöl und Erdgas	–	1 305,6	–	–	–	–	–	–	–	–
07	Erze	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	–	–	–	618,0	0,9	73,3	–	–	–	–
10	Nahrungs- und Futtermittel	–	–	–	–	–	49 383,3	1 570,0	–	36,8	–
11	Getränke	–	–	–	–	–	283,1	2 313,4	–	–	–
12	Tabakerzeugnisse	–	–	–	–	–	1,3	–	3 817,9	–	–
13	Textilien	–	–	–	–	–	5,0	–	–	2 171,1	1 283,7
14	Bekleidung	–	–	–	–	–	–	–	–	73,3	2 092,4
15	Leder und Lederwaren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	53,8
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb- und Flechtwaren (ohne Möbel)	–	–	–	4,5	–	–	–	–	5,4	–
17	Papier, Pappe und Waren daraus	–	–	–	–	–	9,7	19,7	–	8,7	2,3
18	Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
19	Kokerei-, Mineralölerzeugnisse	–	–	–	95,8	–	54,6	–	–	–	–
20	Chemische Erzeugnisse	–	3,4	–	155,3	–	40,9	–	–	–	–
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	–	–	–	–	–	1 846,0	104,9	54,3	2 199,4	8,0
22	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	–	–	–	–	–	477,1	–	–	–	–
22	Gummi- und Kunststoffwaren	–	–	–	–	–	148,3	105,6	–	260,0	35,2
23	Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	–	–	–	200,9	9,7	1,4	160,5	–	48,9	–
24	Metalle	–	–	–	36,7	40,2	–	–	–	31,4	–
25	Metallerzeugnisse	–	–	–	1,6	–	1,5	48,4	–	271,7	28,8
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1,4
27	Elektrische Ausrüstungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
28	Maschinen	–	–	–	9,5	–	9,0	–	–	5,3	–
29	Maschinen	–	–	–	–	–	12,2	–	–	11,4	–
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
30	Sonstige Fahrzeuge	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
31	Möbel	–	–	–	–	–	–	22,1	–	3,5	–
32	Waren a.n.g.	–	–	–	–	–	37,6	–	–	14,0	94,8
35	Energieversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
36	Wasser; Dienstleistungen der Wasserversorgung sowie des Wasserhandels durch Rohrleitungen	–	–	–	–	–	1,1	49,1	–	–	–
	Übrige Material- und Wareneingänge	–	9,9	–	17,1	0,3	800,9	56,2	4,0	98,1	21,3
	Bezogene Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe)	–	–	–	204,0	9,5	9 487,3	2 202,5	111,2	290,8	63,5
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	169,9	71,0	–	514,5	14,5	3 724,5	527,8	51,7	381,7	52,0

Hochgerechnetes Ergebnis der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. – Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

1 Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 2009 (WE 2014).

2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

21.4 Material- und Wareneinkauf nach Wirtschafts- und Güterabteilungen 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Güterabteilung	Wirtschaftsabteilungen (H. v. = Herstellung von), Nr. der Klassifikation ²									
		15 H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	16 H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	17 H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	18 H. v. Druck-erzeug-nissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Daten-trägern	19 Kokerei und Mineral-ölverarbeit-ung	20 H. v. chemi-schen Erzeug-nissen	21 H. v. pharma-zeutischen Erzeug-nissen	22 H. v. Gummi- und Kunst-stoffwaren	23 H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeit-ung von Steinen und Erden	24 Metall-erzeugung und -bear-beitung
		Mill. EUR									
	Material- und Wareneingang insgesamt	1 700,1	12 307,0	22 831,3	6 408,5	88 735,2	94 352,7	17 584,9	42 773,9	19 753,0	66 659,7
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	–	–	–	–	–	897,9	172,4	384,6	.	–
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen	–	3 567,1	463,7	–	–	–	–	–	.	–
03	Fische und Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
05	Kohle	–	–	–	–	245,3	79,5	.	–	.	.
06	Erdöl und Erdgas	–	–	–	–	38 382,6	1 979,9	0,5	.	–	.
07	Erze	–	–	–	–	–	381,2	.	–	.	4 902,5
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	–	–	200,4	–	–	787,5	2,3	47,0	2 513,0	564,6
10	Nahrungs- und Futtermittel	295,5	–	21,5	.	.	1 425,5	183,1	22,5	5,9	.
11	Getränke	–	–	–	.	.	4,8	0,6	–	–	–
12	Tabakerzeugnisse	–	–	–	.	.	.	–	–	–	–
13	Textilien	77,7	43,0	196,8	43,9	.	76,0	75,9	843,1	277,1	1,6
14	Bekleidung	–	.	–	–	0,1	0,2	.	.	–
15	Leder und Lederwaren	1 048,2	.	.	–	–	2,8	.	.	.	–
16	Holz und Holz-, Korb-, Korb- und Flechtwaren (ohne Möbel)	5 130,7	81,2	1,3	–	9,2	–	320,3	135,8	5,9
17	Papier, Pappe und Waren daraus	334,8	14 044,4	4 019,1	–	560,0	55,2	646,1	145,6	36,6
18	Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	0,8	–	161,5	470,0	–	2,6	.	.	0,8	–
19	Kokerei-, Mineralöl-erzeugnisse	–	44 796,9	8 445,8	1,3	10,3	595,4	26,7
20	Chemische Erzeugnisse	76,8	844,3	2 491,9	756,3	1 784,3	58 124,7	1 060,4	17 915,0	1 812,1	1 020,5
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	–	–	.	–	–	967,3	11 309,4	–	.	–
22	Gummi- und Kunststoffwaren	81,4	409,2	950,3	213,8	.	1 151,9	433,8	11 503,2	398,4	104,1
23	Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	246,4	6,9	.	.	973,1	46,0	708,0	7 211,5	429,9
24	Metalle	1,1	137,1	148,1	86,2	.	5 100,4	13,5	1 840,6	906,8	49 581,5
25	Metallerzeugnisse	16,3	308,6	20,2	13,8	.	26,3	6,3	2 224,4	906,3	528,6
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	0,0	1,2	6,3	39,1	.	142,0	.	207,7	29,4	4,8
27	Elektrische Ausrüstungen	–	95,2	.	6,1	.	30,1	.	301,6	92,2	132,6
28	Maschinen	18,1	46,5	.	.	82,3	0,9	642,9	113,4	308,0
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	–	.	–	.	–	286,2	35,3	.
30	Sonstige Fahrzeuge	–	–	–	–	–	.	–	.	.	.
31	Möbel	33,4	.	.	.	0,3	–	.	30,9	–
32	Waren a.n.g.	21,7	.	18,9	1,1	–	43,3	20,0	.	11,8	.
35	Energieversorgung	–	–	–	–	.	.	–	.	–	–
36	Wasser; Dienstleistungen der Wasserversorgung sowie des Wasserhandels durch Rohrleitungen	–	–	3,6	.	.	14,2	.	0,8	1,2	.
	Übrige Material- und Wareneingänge	5,9	93,7	163,3	68,8	654,7	999,2	75,9	459,6	171,4	511,8
	Bezogene Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe)	49,8	359,3	1 360,8	243,8	426,1	5 252,4	2 055,3	1 734,8	1 325,7	2 511,2
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	23,4	670,6	2 335,5	427,0	1 000,3	6 780,8	574,4	2 219,7	2 971,5	4 710,1

Hochgerechnetes Ergebnis der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. – Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

1 Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 2009 (WE 2014).

2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

21.4 Material- und Wareneinkauf nach Wirtschafts- und Güterabteilungen 2014

Nr. der Klassifikation ¹	Güterabteilung	Wirtschaftsabteilungen (H. v. = Herstellung von), Nr. der Klassifikation ²									
		25 H. v. Metall-erzeugnissen	26 H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	28 Maschinenbau	29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteile	30 Sonstiger Fahrzeugbau	31 H. v. Möbeln	32 H. v. sonstigen Waren	33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	05 – 33 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt
Mill. EUR											
	Material- und Wareneingang insgesamt	47 287,8	.	58 643,0	124 514,8	282 633,6	20 785,2	8 653,1	11 147,8	12 083,9	1 106 289,7
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	–	–	.	.	–	–	14,4	.	–	46 111,3
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen	–	–	–	–	–	–	16,1	.	–	4 050,6
03	Fische und Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse	–	–	–	–	–	–	–	–	–	.
05	Kohle	–	–	–	–	–	–	–	–	–	.
06	Erdöl und Erdgas	–	–	–	–	–	–	–	–	–	42 034,6
07	Erze	–	–	40,4	–	–	–	–	–	–	5 327,7
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	2,2	21,1	12,4	.	.	.	–	57,8	.	4 923,9
10	Nahrungs- und Futtermittel	–	.	.	–	–	.	5,5	–	53 090,9
11	Getränke	–	.	–	.	–	–	.	.	–	2 736,1
12	Tabakerzeugnisse	–	–	–	.	–	–	–	–	–	4 753,6
13	Textilien	49,1	26,2	11,8	189,6	1 638,3	29,6	300,3	222,2	2,0	7 564,3
14	Bekleidung	2,5	–	.	.	.	1,2	–	0,9	0,3	2 182,9
15	Leder und Lederwaren	1,3	.	.	.	38,6	2,1	174,0	6,0	.	1 368,1
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb- und Flechtwaren (ohne Möbel)	265,2	2,5	9,2	12,1	231,5	123,3	1 735,3	113,5	29,9	8 217,7
17	Papier, Pappe und Waren daraus	13,9	145,6	288,2	28,0	.	0,1	19,1	74,9	0,3	20 863,4
18	Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	4,6	33,7	5,8	0,8	–	.	–	70,4	0,2	810,9
19	Kokerei-, Mineralölzeugnisse	6,4	32,4	73,8	22,0	10,5	13,6	–	50,8	6,4	54 405,0
20	Chemische Erzeugnisse	1 492,3	789,2	2 125,8	1 870,5	3 376,3	501,9	526,5	509,7	96,5	101 548,9
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	–	.	0,5	0,0	.	–	–	1,6	–	12 821,9
22	Gummi- und Kunststoffwaren	1 791,2	887,1	2 946,9	5 423,3	17 643,7	496,4	561,0	992,1	261,7	46 798,7
23	Glas und Glaswaren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	909,6	507,8	701,6	594,4	1 792,7	31,0	313,0	480,1	34,0	15 408,2
24	Metalle	21 462,6	1 206,5	8 781,0	21 721,2	26 825,2	2 049,2	774,4	885,7	1 522,5	143 152,3
25	Metallerzeugnisse	12 993,7	2 042,8	4 739,2	21 638,3	15 614,6	2 161,2	1 466,2	880,5	1 228,6	67 195,3
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse	252,3	19 327,5	10 618,4	6 175,3	11 280,7	1 836,3	–	584,5	863,9	53 063,0
27	Elektrische Ausrüstungen	1 367,1	2 518,7	21 392,7	15 865,8	20 214,6	1 321,5	757,5	855,4	2 079,5	67 091,3
28	Maschinen	1 229,5	988,0	2 873,5	37 898,6	7 731,4	2 020,7	17,6	46,2	3 127,1	57 194,7
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	74,0	10,9	507,0	4 709,6	159 739,7	27,3	.	.	62,0	165 489,8
30	Sonstige Fahrzeuge	5,5	.	.	13,8	229,7	9 101,7	–	31,0	1 864,8	11 375,8
31	Möbel	65,3	5,2	4,6	.	16,9	320,9	1 278,7	14,8	9,1	1 810,9
32	Waren a.n.g.	52,4	553,9	0,7	18,5	20,9	5,2	1,2	4 316,6	186,9	5 842,4
35	Energieversorgung	–	–	0,1	–	–	–	–	–	61,9
36	Wasser; Dienstleistungen der Wasserversorgung sowie des Wasserhandels durch Rohrleitungen	0,2	1,5	.	.	0,4	.	–	1,2	–	76,0
	Übrige Material- und Wareneingänge	494,6	295,8	462,1	1 733,0	5 120,6	128,1	80,8	170,0	72,1	12 769,2
	Bezogene Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe)	2 160,3	.	2 013,3	4 074,7	8 096,5	290,0	354,2	458,5	369,9	46 722,3
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	2 591,7	702,2	1 003,4	2 483,3	2 999,1	321,2	260,6	316,2	265,9	38 164,8

Hochgerechnetes Ergebnis der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. – Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

1 Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 2009 (WE 2014).

2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Methodik

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Herstellung von Waren sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Dies schließt sowohl die Tätigkeiten von Industrie- als auch von Handwerksbetrieben und -unternehmen ein. Das vorliegende Kapitel enthält ebenfalls Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Im oben beschriebenen Erhebungsbereich erstreckt sich der Berichtskreis der **Strukturhebungen** in der Regel auf Unternehmen/Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr, der Berichtskreis der **Konjunkturerhebungen** auf Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr. Die **Material- und Wareneingangserhebung** erfasst den Wert der im Berichtszeitraum bezogenen Materialien, die zum Zwecke der Produktion im Unternehmen verbraucht oder zur Be- oder Verarbeitung an andere Unternehmen weitergegeben werden. Der Berichtskreis der Erhebung ist identisch mit dem der Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe. Die Material- und Wareneingangserhebung wird alle vier Jahre zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Bei der **Vierteljährlichen Produktionserhebung** werden auch die kleinen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr befragt.

Der kurzfristigen Berichterstattung dienen die Monatsberichte und die Produktionserhebungen; diese liefern aktuelle Daten für die Konjunkturanalyse und das Ausgangsmaterial zur Berechnung von Indizes. Wichtigste Indikatoren für die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind der Index des Auftragseingangs (nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes), der Umsatzindex und der Produktionsindex sowie absolute Zahlen über Beschäftigte, Entgelte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze. Neu sind die Daten zum Auftragsbestand.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.3.2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 271 der Verordnung vom 31.8.2015 (BGBl. I S. 1474).

Glossar

Auftragsbestand | Seit Januar 2014 wird im Verarbeitenden Gewerbe das Merkmal „Auftragsbestand“ erhoben. Mit dem Auftragsbestand, als Indikator der noch nicht erledigten Aufträge, kann das Ausmaß der konjunkturellen Dynamik besser eingeschätzt werden. Der Auftragsbestand wird, wie der Auftragseingang, nur in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Die Entwicklung des Auftragsbestands wird anhand der Veränderung gegenüber dem Vorjahr betrachtet. Der Quotient aus Auftragsbestand und Umsatz kann als „Reichweite des Auftragsbestands in Monaten“ interpretiert werden. Die Reichweite gibt an, wie viele Monate die Betriebe bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragseingänge produzieren können oder müssen, um die vorhandene Nachfrage abzuarbeiten.

Auftragseingangindex | Der Auftragseingangindex misst die monatliche Entwicklung des neu eingegangenen Auftragsvolumens in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes. Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat von den Betrieben fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse. Für die Berechnung des Auftragseingangindex werden die monatlichen Auftragseingänge durch das Auftragsvolumen dividiert, welches im Basisjahr 2010 durchschnittlich eingegangen ist. Das Gesamtergebnis wird als gewichteter Mittelwert der Ergebnisse für einzelne Wirtschaftszweige berechnet. Die Gewichtung entspricht der Auftragseingangsbedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige im Basisjahr. Hiermit soll der Einfluss von strukturellen Verschiebungen zwischen den Wirtschaftszweigen auf die Entwicklung des Index ausgeschlossen werden. Zusätzlich wird ein Auftragseingangindex ohne Großaufträge berechnet. Die Ergebnisse stehen als Wertindex oder als (preisbereinigter) Volumenindex, jeweils auch kalender- und/oder saisonbereinigt zur Verfügung.

Auslandsumsatz | Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Betrieb | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Exportquote | Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von den Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden.

Produktionsindex | Der Produktionsindex misst die monatliche Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung des Produzierenden Gewerbes in Deutschland. Für die Messung wird die im Basisjahr 2010 gemessene Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten der betreffenden Wirtschaftszweige anhand von Indikatoren zur monatlichen Entwicklung des Produktionsvolumens fortgeschrieben. Als Fortschreibungsindikatoren kommen preisbereinigte Produktionswerte, Produktionsmengen sowie zum Teil preisbereinigte Umsätze und geleistete Arbeitsstunden (produktivitätsbereinigt) zum Einsatz. Der so berechnete Volumenindex steht auch kalender- und/oder saisonbereinigt zur Verfügung.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse | Die Ergebnisse erstrecken sich auf Güter bzw. Güterarten, die nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009“ gruppiert und zum Absatz bestimmt sind. In manchen Fällen (vor allem bei den Grundstoffen) wird die Gesamtproduktion ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Summe der zum Absatz und der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion. Als zur Weiterverarbeitung bestimmt gelten die selbst hergestellten Erzeugnisse, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem

anderen Erzeugnis verarbeitet oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden. Der Bewertung der für den Absatz bestimmten Erzeugung liegen die erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreise ab Werk, einschließlich Verpackung zugrunde. Nicht einbezogen sind die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sowie die den Kunden gewährten Rabatte.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatzindex | Der Umsatzindex misst die monatliche Entwicklung der Umsätze in allen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes und im Bergbau sowie in der Gewinnung von Steinen und Erden. Der Umsatz umfasst die Summe der Rechnungsbeträge (ohne Umsatzsteuer) aus Lieferungen und Leistungen an Dritte. Lieferungen und Leistungen zwischen Betrieben desselben Unternehmens werden nicht berücksichtigt. Die Indexberechnung erfolgt analog zur Vorgehensweise beim Auftragseingangindex. Auch für den Umsatzindex stehen Ergebnisse als Wertindex oder als (preisbereinigter) Volumenindex, jeweils auch kalender- und/oder saisonbereinigt zur Verfügung.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Verarbeitenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Struktur- und Konjunkturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.1.1 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes – Monats- und Jahresergebnisse
- Reihe 4.1.2 | Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen
- Reihe 4.1.4 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern
- Reihe 4.2.1 | Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 4.2.3 | Konzentrationsstatistische Daten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie für das Baugewerbe
- Reihe 4.3 | Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden

■ Auftragsbestand

| Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe – Veränderungsraten und Reichweiten (Tabellenband)

■ Indizes

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 2.1 | Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 2.2 | Auftragsingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes

■ Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 3.1 | Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 3.2 | Struktur der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

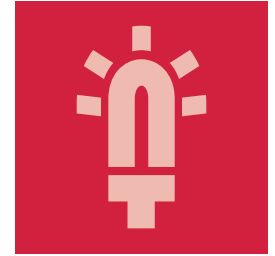
■ Themenübergreifend

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.2.4 | Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/10 | 150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
- Heft 3/13 | Umstellung der Konjunkturindizes im Produzierenden Gewerbe auf das Basisjahr 2010
- Heft 1/16 | Neue Statistik zum Auftragsbestand in der Industrie



22 Energie

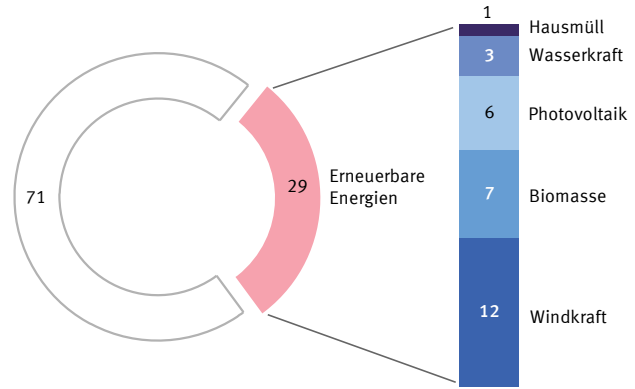
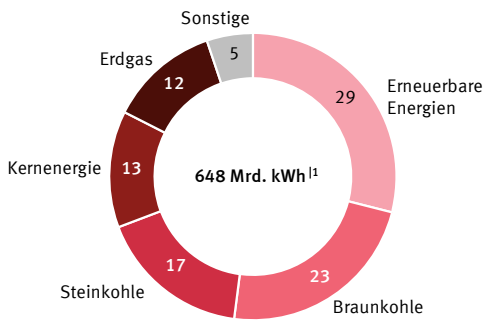
648 Milliarden Kilowattstunden Strom 2016 brutto erzeugt | Rund **29 %** davon stammen aus **erneuerbaren Energien** | **Vor 20 Jahren** lag dieser Anteil noch bei knapp **4 %** | 2016 rund **12 %** des Stroms allein aus **Windkraft** erzeugt | Knapp **13 %** der Stromproduktion entfallen auf **Kernenergie** | **Wichtigste Energieträger** zur Elektrizitätserzeugung sind nach wie vor **Braun- und Steinkohlen** mit rund **40 %** | Aus **Erdgas** rund **12 %** des Stroms hergestellt

<i>Seite</i>	
565	Auf einen Blick
	Tabellen
566	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie Nach Engpassleistung Nach Elektrizitätserzeugung Nach Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung
567	Wärme Erzeugung Bezug Verwendung Abgabe
568	Leitungsgebundenes Gas Aufkommen Verwendung Abgabe
568	Klärgas Aufkommen Verwendung
568	Flüssiggas Abgabe
569	Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe
570	Methodik
571	Glossar
572	Mehr zum Thema

22.0 Auf einen Blick

Bruttostromerzeugung 2016

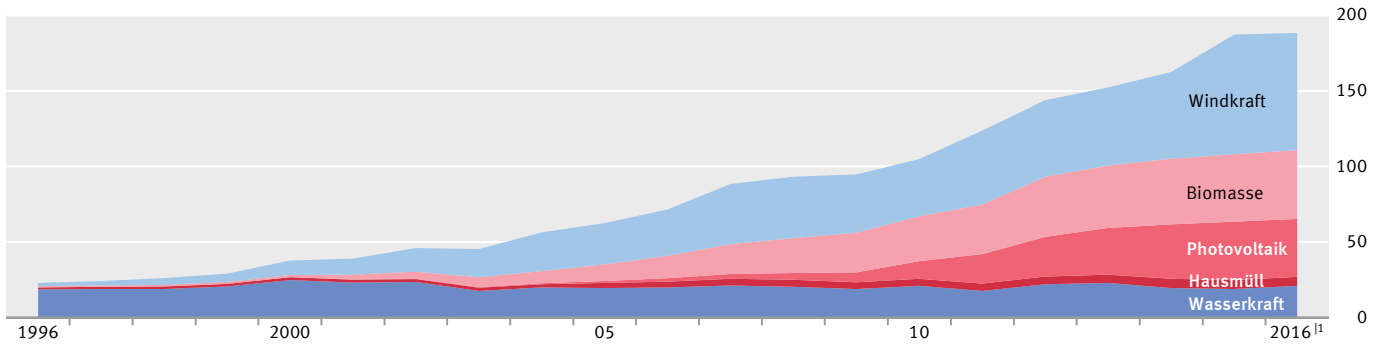
in %



1 Vorläufig.
Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien

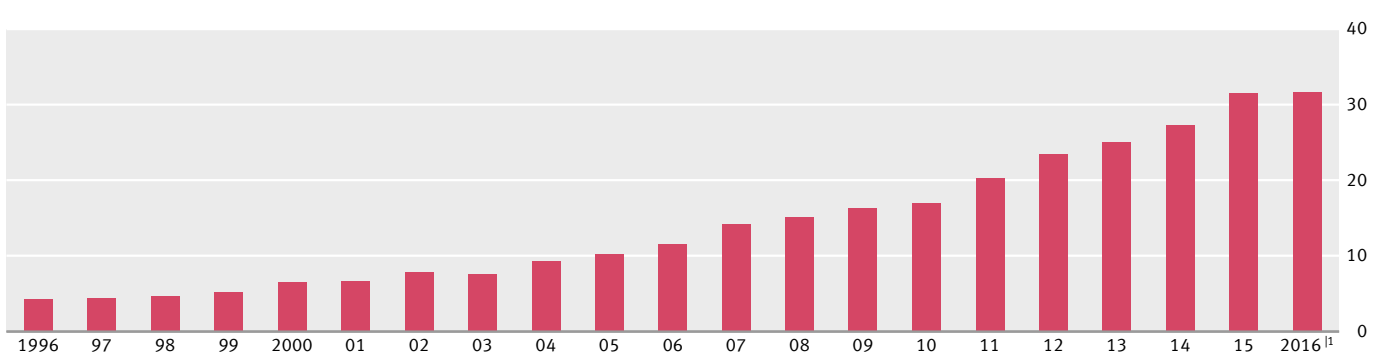
in TWh



Geothermische Bruttostromerzeugung aufgrund geringer Strommengen nicht dargestellt.
1 Vorläufig.
Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch

in %



1 Vorläufig.
Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2017 - 01 - 0328

22 Energie

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Umwelt“

22.1.1 Engpassleistung

Die **Engpassleistung** einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Energieträger ¹	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹²				Industrie			
	2016		2015		2016		2015		2016		2015	
	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%
Insgesamt	116 560	100	103 848	100	105 414	100	11 146	100
Wasser	10 329	8,9	10 234	9,9	10 297	9,8	32	0,3
Steinkohle ¹³ ¹⁴	33 281	28,6	31 879	30,7	32 907	31,2	374	3,4
Braunkohle ¹⁴	23 321	20,0	22 353	21,5	22 611	21,4	710	6,4
Heizöl ¹⁵	3 010	2,9	2 162	2,1
Erdgas	27 135	23,3	21 439	20,6	21 665	20,6	5 470	49,1
Sonstige Wärmekraft ¹⁶	8 562	7,3	3 512	3,4	4 370	4,1	4 192	37,6
Kernenergie	11 357	9,7	11 357	10,9	11 357	10,8	-	-
Sonstiges ¹⁷	65	0,1	46	0,0

1 Zuordnung nach dem Hauptenergieträger.

2 Ohne Einspeisung Dritter.

3 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

4 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

5 Einschl. Dieselkraftstoff.

6 Einschl. Biomasse.

7 Geothermie und sonstige Energie.

22.1.2 Elektrizitätserzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹¹				Industrie			
	2016		2015		2016		2015		2016		2015	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Insgesamt	484 612	100	432 430	100	434 397	100	50 215	100
Wasser	21 787	4,5	22 753	5,3	21 630	5,0	157	0,3
Steinkohle ¹² ¹³	117 736	24,3	108 833	25,2	116 803	26,9	934	1,9
Braunkohle ¹³	154 463	31,9	146 188	33,8	151 143	34,8	3 321	6,6
Heizöl ¹⁴	1 860	0,4	1 032	0,2	998	0,2	862	1,7
Erdgas	54 767	11,3	47 900	11,1	31 276	7,2	23 490	46,8
Sonstige Wärmekraft ¹⁵	41 538	8,6	20 875	4,8	20 594	4,7	20 944	41,7
Kernenergie	91 786	18,9	84 634	19,6	91 786	21,1	-	-
Sonstiges ¹⁶	674	0,1	214	0,0	168	0,0	507	1,0

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

22.1.3 Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2016		2015		2016		2015		2016		2015	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
Insgesamt	5 030	100	4 234	100	4 295	100	735	100
Wasser	87	1,7	91	2,1	86	2,0	1	0,1
Steinkohle ² ³	1 110	22,1	1 014	23,9	1 086	25,3	24	3,3
Braunkohle ³	1 494	29,7	1 380	32,6	1 428	33,2	66	9,0
Heizöl ⁴	30	0,6	12	0,3	12	0,3	18	2,4
Erdgas	652	13,0	452	10,7	333	7,8	319	43,4
Sonstige Wärmekraft ⁵	643	12,8	358	8,5	346	8,1	297	40,4
Kernenergie	1 001	19,9	923	21,8	1 001	23,3	-	-
Sonstiges ⁶	14	0,3	4	0,1	4	0,1	10	1,4

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.2 Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme

	2013		2014		2015	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Nettowärmeerzeugung	136 112 578	80,6	121 707 235	81,2	127 038 519	81,0
Bezug Inland	35 817 815	21,2	31 305 232	20,9	33 253 030	21,2
davon von:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	29 007 194	17,2	25 037 879	16,7	26 651 550	17,0
Verarbeitendem Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 535 779	2,1	3 467 903	2,3	3 667 482	2,3
sonstigen Lieferanten (einschl. Ausland)	3 274 842	1,9	2 799 451	1,9	2 949 857	1,9
Wärmebetriebsverbrauch	2 975 085	1,8	3 160 933	2,1	3 551 226	2,3
Zur Abgabe verfügbar	168 955 308	100	149 851 535	100	156 756 181	100
Abgabe Inland	157 258 938	93,1	137 687 205	91,9	144 378 198	92,1
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	29 250 340	17,3	24 528 918	16,4	28 738 129	18,3
Letztverbraucher	128 008 598	75,8	113 158 287	75,5	115 640 069	73,8
davon an:						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	53 191 995	31,5	50 193 970	33,5	47 079 206	30,0
Verkehr	243 304	0,1	223 153	0,1	246 345	0,2
Private Haushalte sowie Wohngebäude	51 246 232	30,3	42 595 075	28,4	47 334 365	30,2
Sonstige Letztverbraucher (einschl. Ausland)	23 327 066	13,8	20 146 089	13,4	21 036 259	13,4
Abgabe insgesamt (ohne Netzverluste)	157 302 997	93,1	137 726 402	91,9	144 434 304	92,1
Netzverluste	11 652 311	6,9	12 125 132	8,1	12 321 877	7,9

22.3 Aufkommen, Verwendung und Abgabe von leitungsgebundenem Gas

	2013		2014		2015	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Inlandsgewinnung	120 069	10,2	92 186	8,7	86 014	7,1
Einfuhr	1 058 928	90,0	973 578	92,0	1 110 265	92,2
Speichersaldo ¹⁾	- 2 646	- 0,2	- 7 098	- 0,7	8 422	0,7
Aufkommen	1 176 351	100	1 058 666	100	1 204 701	100
Eigen- und Betriebsverbrauch	7 831	0,7	7 835	0,7	7 885	0,7
Zur Abgabe an Letztverbraucher verfügbar	1 168 520	99,3	1 050 831	99,3	1 196 816	99,3
Abgabe an inländische Abnehmer	930 687	79,1	809 601	76,5	844 779	70,1
davon:						
Produzierendes Gewerbe	497 695	42,3	435 234	41,1	442 089	36,7
dar. Elektrizitätsversorgungsunternehmen	116 990	9,9	95 748	9,0	88 489	7,3
Haushalte	298 086	25,3	243 669	23,0	265 128	22,0
Sonstige Abnehmer	134 905	11,5	130 698	12,3	137 562	11,4
Ausfuhr	237 833	20,2	241 230	22,8	352 037	29,2

1 Einschl. Messdifferenzen und nicht erfasster Mengen.

22.4 Aufkommen und Verwendung von Klärgas

	2013		2014		2015	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gewinnung	5 725 425	100	5 842 112	100	5 990 540	100
Eigenverbrauch	5 154 769	90,0	5 297 784	90,7	5 388 270	89,9
davon:						
Zur Stromerzeugung	4 569 214	79,8	4 713 314	80,7	4 837 144	80,7
Zu reinen Heiz- und/oder Antriebszwecken	585 555	10,2	584 470	10,0	551 126	1,0
Verluste	309 259	5,4	279 264	4,8	296 798	5,0
Zur Abgabe verfügbar	261 397	4,6	265 065	4,5	305 473	5,0
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	195 601	3,4	208 561	3,6	213 720	3,6
Sonstige Endabnehmer	65 796	1,1	56 504	1,0	91 753	1,5
nachrichtlich:						
Eigenstromerzeugung aus Klärgas	1 291 383	100	1 347 545	100	1 395 457	100
Verbrauch an selbsterzeugtem Strom im Betrieb	1 198 104	92,8	1 246 108	92,5	1 288 936	92,4
Abgabe von selbsterzeugtem Strom insgesamt	93 279	7,2	101 437	7,5	106 521	7,6

22.5 Abgabe von Flüssiggas

	2013		2014		2015	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gesamte Abgabe	56 475 033	100	52 912 221	100	54 948 351	100
Abgabe an Wiederverkäufer	30 134 845	53,4	28 759 030	54,4	29 519 719	53,7
davon an:						
Verkaufsgesellschaften	30 060 922	53,2	28 694 663	54,2	29 456 454	53,6
Gasversorgungsunternehmen	73 923	0,1	64 367	0,1	63 264	0,1
Abgabe an Letztverbraucher	26 340 188	46,6	24 153 192	45,6	25 428 632	46,3
davon:						
Produzierendes Gewerbe	12 341 894	21,9	11 759 224	22,2	12 647 777	23,0
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	4 499	0,0	1 789	0,0	2 010	0,0
Private Haushalte	6 195 162	11,0	5 177 849	9,8	5 583 706	10,2
Sonstige Endabnehmer	7 798 633	13,8	7 214 329	13,6	7 195 139	13,1

22.6 Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt ²		Davon Energieträger ³					
		TJ	%	Kohle	Heizöl	Erdgas	erneuerbare Energien ⁴	Strom	sonstige ⁵
				%					
B – C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4 015 557	16,6	2,3	27,3	3,2	21,4	29,2	
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100 825	.	0,8	15,3	.	31,4	.	
05	Kohlebergbau	72 476	.	0,1	.	.	31,9	.	
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	12 155	–	.	81,1	–	18,6	.	
07	Erzbergbau	.	–	.	–	–	.	–	
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	16 140	16,0	4,2	30,9	.	38,7	.	
09	Erbringung von Dienstleistungen im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	41 430	–	3,8	.	–	40,3	.	
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 914 732	16,0	2,4	27,6	3,3	21,1	29,6	
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	199 339	5,0	3,2	57,6	1,2	28,6	4,5	
11	Getränkeherstellung	24 291	.	5,2	54,9	1,7	31,4	.	
12	Tabakverarbeitung	2 162	–	1,6	52,4	–	44,4	.	
13	H. v. Textilien	19 394	.	3,2	46,9	.	36,6	.	
14	H. v. Bekleidung	1 336	.	12,3	45,5	.	39,8	1,8	
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 179	–	9,0	39,2	1,4	42,0	8,5	
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	93 150	.	.	6,0	72,9	17,4	3,1	
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	270 516	7,1	0,5	39,0	14,8	25,3	13,3	
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	17 087	–	1,3	46,6	0,2	49,2	2,7	
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	355 506	.	10,7	15,5	.	6,4	.	
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 245 869	4,4	1,4	30,2	0,1	14,9	49,0	
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	23 828	–	1,2	40,4	.	31,1	.	
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	85 390	.	2,9	28,6	.	58,5	5,9	
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	276 644	20,5	2,4	37,9	1,3	16,0	21,8	
24	Metallerzeugung und -verarbeitung	917 352	52,5	.	13,7	.	16,5	16,8	
25	H. v. Metallerzeugnissen	88 201	.	3,9	38,1	.	52,6	3,8	
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	27 560	–	1,6	24,4	1,3	60,7	12,0	
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	29 709	.	3,3	29,0	2,8	57,2	.	
28	Maschinenbau	78 746	.	4,2	30,9	0,6	51,0	.	
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	117 095	.	1,1	33,9	0,2	52,5	.	
30	Sonstiger Fahrzeugbau	12 038	–	2,3	43,5	.	43,5	.	
31	H. v. Möbeln	10 189	–	5,2	16,8	34,0	41,6	2,4	
32	H. v. sonstigen Waren	10 995	.	4,1	44,7	.	46,8	2,2	
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	7 156	.	6,8	32,0	.	37,9	22,6	

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stromes erfassen.

3 Einschl. nichtenergetischem Verbrauch (ausgenommen Strom und Fernwärme).

4 Beinhaltet feste und flüssige biogene Stoffe, Bio-, Klär- und Deponiegas und sonstige erneuerbare Energien.

5 Fernwärme, sonstige Mineralölerzeugnisse, hergestellte Gase, Abfälle und Dampf.

Methodik

Der Wirtschaftssektor Energie umfasst die Bereiche „Elektrizität“, „Gas“ und „Wärme“. Die hier dargestellten Daten stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Daten liefern ein Grundgerüst für die Erstellung der nationalen Energiebilanzen und sind Bestandteil der internationalen Berichterstattung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur (IEA) verpflichtet hat.

Daten für die Bereiche „Elektrizität“ und „Erdgas“ auf der Erzeugungs- bzw. Gewinnungsstufe werden monatlich erfasst. Für die Wärmeerzeugung und das Aufkommen von anderen Gasarten, wie Flüssiggas oder Klärgas, liegen hingegen nur Jahresdaten vor. Aufgrund der derzeitigen Rechtsgrundlage (Energiestatistikgesetz) können bei der Elektrizitätserzeugung nur Anlagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie befragt werden, deren Leistung größer 1 Megawatt (MW) ist.

Neben der Erzeugungsseite liegen auch jährliche Angaben zur Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vor.

■ Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Die in den Tabellen 22.1.1 bis 22.1.3 nachgewiesenen Zahlen über Engpassleistung, Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch beziehen sich auf Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und auf Stromerzeugungsanlagen der Industrie. Berichtspflichtig sind Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

Die Angaben zur Engpassleistung beziehen sich auf die Werte am Jahresende. Der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung aus Wasserkraft und Kernenergie wurde nach der Wirkungsgradmethode bewertet.

■ Wärme

Die Tabelle 22.2 enthält Angaben zu Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme (Wärmebilanz). Berichtspflichtig sind hier Heizwerke mit größer oder gleich 2 MW thermischer Engpassleistung und Heizkraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

■ Leitungsgebundenes Gas

Das inländische Aufkommen (Gewinnung und Bezüge) von Erdgas und anderen leitungsgebundenen Gasen stellt Tabelle 22.3 dar. Sie zeigt auch die Abgabe nach Abnehmergruppen.

■ Klärgas

Die Tabelle 22.4 enthält Daten zum Aufkommen und zur Verwendung von Klärgas. Berichtspflichtig sind hier Kläranlagen, die Klärgas gewinnen. Im Klärgas kann auch Biogas aus Co-Vergärung enthalten sein.

■ Flüssiggas

Die Abgabe von Flüssiggas (ausschließlich Propan und Butan) zeigt die Tabelle 22.5. Berichtspflichtig sind Unternehmen, die Flüssiggas an Letztverbraucher und Wiederverkäufer abgeben.

■ Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

Die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stellt die Tabelle 22.6 dar. Neben dem Energieverbrauch (in Terajoule) insgesamt zeigt sie die Anteile der einzelnen Energieträger.

Glossar

Brennstoffverbrauch | Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitäts- und/oder Wärmeerzeugung.

Engpassleistung | Die Engpassleistung einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Elektrizitätserzeugung einer Erzeugungseinheit | *Brutto-Elektrizitätserzeugung* | Das ist die erzeugte elektrische Arbeit, gemessen an den Generatorklemmen.

Netto-Elektrizitätserzeugung | Das ist die um ihren Betriebs-Eigenverbrauch verminderte Brutto-Elektrizitätserzeugung.

Flüssiggas | Das sind Propan und Butan gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Klärgas | Es entsteht aus Klärschlamm, der bei der Reinigung von Abwasser in Kläranlagen gewonnen wurde.

Nettowärmeerzeugung | Das ist die gemessene nutzbare Wärme, die in einer Berichtszeit von einer Wärmeerzeugungsanlage (Heizwerks- oder Kraftwerksprozess) an Wärmeverbraucher außerhalb dieser Anlage mit Hilfe eines Trägermediums (z. B. Wasser oder Dampf) abgegeben wurde.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Energie* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 43

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Energie

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 6 | Energie- und Wasserversorgung

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 5/10 | Kraft-Wärme-Kopplung 2003 bis 2008

Heft 8/11 | Sich ständig wandelnde Energiemärkte – eine Herausforderung für die amtliche Energiestatistik

Heft 2/17 | Strategische Neuausrichtung der Energiestatistiken

IM FOKUS

15.3.2017 | 40 % des Stroms aus Braun- und Steinkohle in 2016

23 Bauen



Rund **781 000 Personen** in gut **74 000 Betrieben** des Bauhauptgewerbes tätig | 2016 baugewerblicher **Umsatz** von **107 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Davon **37 %** im **Wohnungsbau** erzielt | **Wohnfläche pro Kopf** lag 2015 bei **46,2 m²** | Im Schnitt **4 Räume** je Wohnung | 2016 gut **323 000 Neubauwohnungen genehmigt** | 2015 mehr als **220 000 Neubauwohnungen** mit einer Gesamtwohnfläche von 24 Millionen m² **fertig gestellt**

Seite

575 **Auf einen Blick**

Tabellen

576 **Strukturdaten der Betriebe**

Bauhauptgewerbe | Ausbaugewerbe | Nach Ländern | Umsatz | Nach Beschäftigtengrößenklassen

579 **Indizes**

Auftragseingang | Auftragsbestand | Produktion

579 **Bautätigkeit**

Wohnungsbestand | Baugenehmigungen | Baufertigstellungen

582 **Methodik**

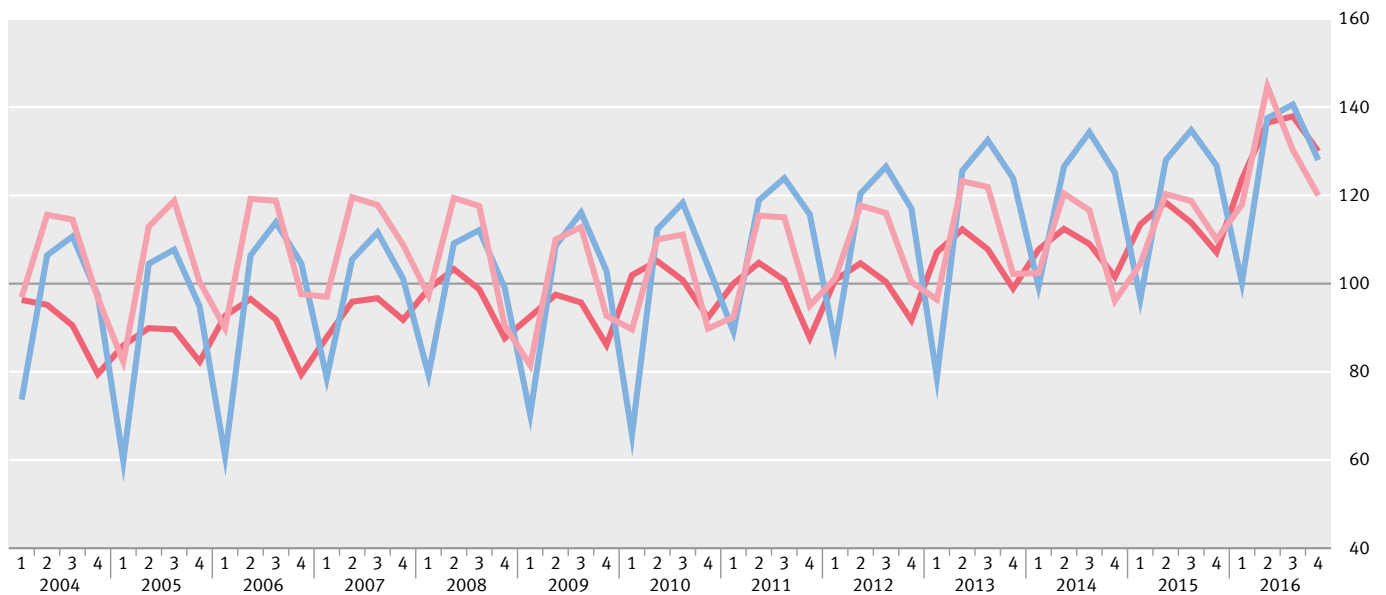
583 **Glossar**

584 **Mehr zum Thema**

23.0 Auf einen Blick

Entwicklung im Bauhauptgewerbe
preisbereinigt, 2010 = 100

— Produktion — Auftragseingang — Auftragsbestand



2017 - 01 - 0329

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.1 Im Bauhauptgewerbe nach Ländern

	Betriebe	Tätige Personen ¹	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ²
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2013	75 332	756	21 421	892	95 478
2014	74 018	757	22 321	930	99 429
2015	73 664	763	23 024	924	100 988
2016	74 223	781	24 096	944	107 325
2016 nach Ländern					
Baden-Württemberg	7 141	96	3 230	118	14 572
Bayern	12 980	145	4 623	167	21 048
Berlin	2 307	21	634	24	3 400
Brandenburg	4 825	34	892	42	4 373
Bremen	282	4	138	5	656
Hamburg	820	9	326	10	1 977
Hessen	5 843	56	1 646	68	7 004
Mecklenburg-Vorpommern	1 200	15	414	20	1 948
Niedersachsen	6 121	84	2 697	103	12 078
Nordrhein-Westfalen	12 532	132	4 285	163	17 662
Rheinland-Pfalz	3 950	39	1 224	47	5 080
Saarland	805	9	288	10	1 069
Sachsen	6 995	57	1 472	69	6 673
Sachsen-Anhalt	2 763	29	778	36	3 297
Schleswig-Holstein	2 762	25	768	31	3 324
Thüringen	2 897	26	681	32	3 164

Alle Betriebe.

1 Durchschnitt aus zwölf Monatswerten.

2 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.2 Im Ausbaugewerbe nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ^{1 2}	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2013	8 165	327	9 929	411	38 018
2014	8 239	333	10 340	418	39 923
2015	8 416	341	10 854	427	40 405
2016	8 497	348	11 328	436	41 953
2016 nach Ländern					
Baden-Württemberg	1 131	48	1 722	56	6 378
Bayern	1 446	63	2 026	76	7 915
Berlin	300	15	453	19	1 792
Brandenburg	276	10	270	13	1 067
Bremen	57	2	81	3	266
Hamburg	158	7	278	9	1 033
Hessen	620	25	870	31	3 296
Mecklenburg-Vorpommern	156	6	159	7	644
Niedersachsen	886	38	1 209	47	4 102
Nordrhein-Westfalen	1 708	67	2 232	86	7 661
Rheinland-Pfalz	421	16	513	20	1 829
Saarland	104	4	120	5	391
Sachsen	507	20	574	26	2 427
Sachsen-Anhalt	257	11	302	14	1 228
Schleswig-Holstein	224	8	260	11	935
Thüringen	247	9	257	12	989

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Durchschnitt aus vier Vierteljahreswerten.

2 Einschl. gewerblich Auszubildender.

3 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz						
		zusammen	Gewerblicher Bau		Wohnungs- bau	Öffentlicher Bau und Straßenbau		
			Hochbau	Tiefbau		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
Mill. EUR	Anteil am baugewerblichen Umsatz in %							
2013	96 603	95 478	22,7	13,4	35,3	6,2	12,6	9,7
2014	100 547	99 429	22,6	13,3	36,0	5,8	12,6	9,6
2015	102 103	100 988	22,1	13,5	36,5	5,7	12,4	9,7
2016	108 508	107 325	21,4	13,4	37,3	5,7	12,3	9,8

Alle Betriebe.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.4 Umsatz im Ausbaugewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz		
		insgesamt	Baainstallation	sonstiger Ausbau
Mill. EUR				
2013	38 968	38 018	78,4	21,6
2014	40 828	39 923	78,4	21,6
2015	41 302	40 405	78,3	21,7
2016	42 871	41 953	77,5	22,5

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.5 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe im Juni 2016

	Insgesamt	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)	Errichtung von Fertigteilbauten	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	Brücken- und Tunnelbau; Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	Sonstiger Tiefbau	Abbrucharbeiten, vorbereitende Baustellenarbeiten, Test- und Suchbohrungen	Dachdeckerei und Zimmerei	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, a. n. g.
Betriebe insgesamt	74 223	18 840	616	3 123	2 535	2 367	4 499	25 185	17 058
	mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	89,0	84,6	85,7	66,5	62,6	74,9	93,2	95,4	93,3
20 – 49	7,9	11,3	8,4	18,3	23,7	16,0	5,2	4,2	4,9
50 – 99	2,1	2,7	3,2	8,3	9,7	5,9	1,1	0,4	1,3
100 – 199	0,8	1,0	1,6	4,7	3,0	2,6	0,4	0,0	0,4
200 und mehr	0,3	0,4	1,0	2,2	1,0	0,6	0,1	0,0	0,1
Tätige Personen insgesamt	788 790	249 542	9 990	95 717	66 757	46 879	32 954	163 867	123 084
	in Betrieben mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	44,4	40,2	24,3	16,0	18,1	24,6	56,3	77,1	51,8
20 – 49	22,1	25,5	15,4	18,4	28,3	24,9	20,9	18,0	19,9
50 – 99	13,3	14,1	13,7	18,5	25,6	20,7	9,8	3,6	12,0
100 – 199	9,8	9,7	14,1	21,2	15,0	17,6	7,2	0,8	7,6
200 und mehr	10,4	10,5	32,4	25,9	13,0	12,2	5,8	0,5	8,6
	Art der tätigen Personen (in %)								
Tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	6,8	4,6	4,7	1,6	1,7	2,9	11,1	12,2	11,5
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer/-innen, Kaufmännische/technische Auszubildende	20,3	21,3	31,1	21,1	20,4	21,9	19,8	17,2	20,1
Facharbeiter/-innen einschl. Polieren/Polierinnen und Meistern/Meisterinnen	52,6	59,5	51,8	45,5	48,3	48,2	38,5	56,5	46,8
Fachwerker/-innen und Werker/-innen	16,3	10,7	10,2	28,4	26,7	24,0	29,4	7,0	19,4
Gewerblich Auszubildende und Umschüler/-innen	4,0	4,0	2,2	3,4	2,9	3,0	1,3	7,1	2,2

Alle Betriebe.

23.1.6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe Ende Juni 2016

	Einheit	Insgesamt	Elektroinstallation	Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	Sonstige Bauinstallation, a. n. g.	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	Bautischlerei und -schlosserei	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	Malerei und Glaserei	Sonstiger Ausbau, a. n. g.
Betriebe insgesamt ¹	Anzahl	20 812	5 067	7 056	835	628	739	1 678	1 450	3 165	194
dar. mit 20 tätigen Personen und mehr	%	41,9	47,1	42,7	43,5	54,6	39,4	33,7	30,0	39,1	46,9
Tätige Personen insgesamt ¹	Anzahl	528 046	148 128	178 055	22 065	23 387	16 578	33 828	28 027	70 481	7 497
dar. in Betrieben mit 20 tätigen Personen und mehr	%	68,4	75,2	68,2	70,7	83,4	62,7	55,2	51,0	62,2	80,8

¹ Betriebe von Unternehmen mit 10 tätigen Personen und mehr.

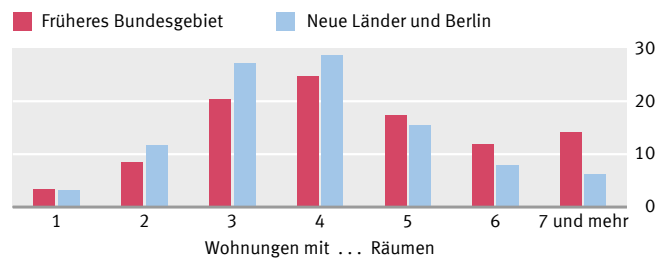
23.2 Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestands und der Produktion im Bauhauptgewerbe

	Gewichtung	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Auftragseingang, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	100	108,8	110,9	108,9	113,3	128,3
Hochbau	49,97	100	115,4	117,9	116,8	121,7	137,9
Tiefbau	50,03	100	102,3	104,0	100,9	105,0	118,7
Auftragsbestand, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	100	99,4	106,5	107,7	113,2	132,0
Hochbau	47,23	100	108,6	116,3	119,8	125,5	146,4
Tiefbau	52,77	100	91,2	97,9	96,8	102,1	119,2
Produktion, 2010 = 100¹²							
Bauhauptgewerbe ..	100	100	112,6	115,2	121,3	121,5	126,6
Hochbau	62,10	100	115,4	118,7	124,9	125,5	131,5
Tiefbau	37,90	100	108,1	109,3	115,6	115,0	118,5

Preisbereinigt.

- 1 Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr, Werte preisbereinigt.
- 2 Berechnungsmethode 2010 = 100 in „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185 ff.

Struktur des Wohnungsbestandes 2015
in %



Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

2017 - 01 - 0330

23.3 Bautätigkeit

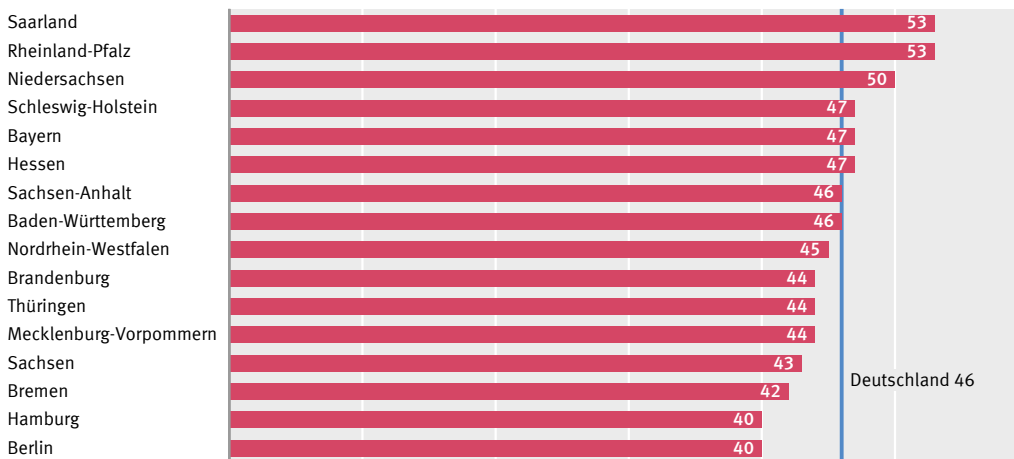
23.3.1 Strukturdaten zum Wohnungsbestand

	Einheit	2000	2010 ¹	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹	2014 ¹	2015 ¹
Wohnungen								
Insgesamt	Anzahl	38 383 645	40 479 270	40 630 302	40 805 805	40 995 141	41 221 210	41 446 271
Je 1 000 Einwohner/-innen ..	Anzahl	467	495	506	507	508	508	504
Wohnfläche								
Insgesamt	1 000 m ²	3 245 487	3 680 628	3 699 480	3 720 884	3 743 543	3 769 376	3 794 976
Je Wohnung	m ²	84,6	90,9	91,1	91,2	91,3	91,4	91,6
Je Einwohner/-in	m ²	39,5	45,0	46,1	46,2	46,3	46,5	46,2
Räume								
Insgesamt	Anzahl	167 636 286	177 813 831	178 563 517	179 410 436	180 298 583	181 306 356	182 295 713
Je Wohnung	Anzahl	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2

Fortschreibungsergebnisse bis 2009 auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost). Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Ohne Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen. – Stand: jeweils Jahresende.

1 Ab 2010 Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin bzw. Einwohner 2015
in m²



Wohnfläche in Wohn- und Nichtwohnegebäuden. – Ergebnisse auf Grundlage der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011, einschl. Wohnheime.

2017 - 01 - 0331

23.3 Bautätigkeit

23.3.2 Baugenehmigungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2013	141 902	339 388	242 149	35 424	25 967	63 357
2014	138 375	327 463	251 175	33 052	26 499	63 937
2015	147 304	345 761	271 916	34 723	28 510	69 596
2016	154 258	384 699	323 042	38 232	31 805	81 617
davon (2016):						
Wohngebäude insgesamt	125 157	168 206	316 550	8 135	31 342	50 897
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	76,3	46,3	30,2	46,1	45,9	45,6
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	9,1	8,1	7,2	8,3	8,1	8,1
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	13,9	43,0	54,6	42,9	43,2	43,3
Wohnheime	0,7	2,7	8,1	2,7	2,8	3,0
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	7,3	22,2	26,1	23,0	22,3	22,4
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	1,3	3,6	7,5	3,3	3,7	4,0
Wohnungsunternehmen	17,5	31,9	39,4	29,9	32,5	32,1
Immobilienfonds	0,2	0,7	0,9	0,7	0,6	0,6
Sonstige Unternehmen	3,5	5,9	7,3	6,3	5,8	5,7
Private Haushalte	77,5	57,9	45,0	59,8	57,4	57,6
Nichtwohngebäude insgesamt	29 101	216 493	6 492	30 097	464	30 720
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	5,0	3,7	23,9	4,8	12,6	10,4
Büro- und Verwaltungsgebäude	7,3	8,2	13,5	10,6	16,4	17,8
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	18,4	11,2	2,2	12,2	3,4	4,1
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,1	19,9	5,7	17,6	9,7	16,9
Handelsgebäude	5,7	9,8	25,5	10,3	27,1	10,3
Warenlagergebäude	21,6	32,5	4,5	25,1	6,7	13,1
Hotels und Gaststätten	2,5	2,0	2,0	2,8	2,2	4,8
Sonstige Nichtwohngebäude	26,3	12,8	22,6	16,6	21,8	22,7
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	15,7	13,0	36,2	14,5	25,4	29,3
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	11,8	9,4	12,7	11,0	8,7	22,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18,0	11,0	2,1	12,0	3,0	4,1
Produzierendes Gewerbe	16,5	24,9	4,9	22,1	7,4	19,1
Dienstleistungen ³	32,3	49,3	65,0	48,1	60,0	48,5
Private Haushalte	21,5	5,4	15,4	6,8	20,9	5,6

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

23.3 Bautätigkeit

23.3.3 Baufertigstellungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2012	128 458	295 905	180 611	31 615	20 475	47 673
2013	130 914	303 447	192 276	32 540	21 478	52 491
2014	135 733	313 032	220 293	32 327	24 072	56 077
2015	130 691	306 137	220 197	31 198	23 892	57 331
davon (2015):						
Wohngebäude insgesamt	105 568	127 305	216 727	6 121	23 613	35 455
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	80,1	54,1	39,0	54,8	53,5	53,9
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,6	8,4	8,4	8,5	8,4	8,4
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	11,1	36,4	48,5	35,4	36,9	36,3
Wohnheime	0,2	1,2	4,1	1,3	1,2	1,4
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	6,6	21,6	27,2	21,6	22,0	21,4
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	0,7	2,0	3,7	2,2	2,0	2,3
Wohnungsunternehmen	16,4	28,8	36,5	26,5	29,5	28,3
Immobilienfonds	0,2	0,5	0,7	0,4	0,5	0,6
Sonstige Unternehmen	3,2	5,4	6,8	5,1	5,3	5,2
Private Haushalte	79,6	63,4	52,3	65,8	62,7	63,7
Nichtwohngebäude insgesamt	25 123	178 833	3 470	25 077	279	21 876
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	1,9	2,4	22,2	3,2	10,5	7,1
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,7	8,0	17,8	10,2	19,2	20,1
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	24,9	16,3	4,8	17,4	5,6	6,6
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,0	20,1	8,4	17,2	12,2	15,8
Handelsgebäude	5,4	10,0	22,2	10,5	24,9	10,8
Warenlagergebäude	22,0	30,4	6,3	23,5	9,3	14,5
Hotels und Gaststätten	1,6	1,2	2,8	1,8	2,4	3,3
Sonstige Nichtwohngebäude	24,4	11,6	15,4	16,2	15,8	21,7
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	13,2	10,1	34,8	12,0	23,5	24,6
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	10,7	8,3	21,9	9,9	10,9	21,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	25,0	16,3	4,6	17,4	4,9	6,7
Produzierendes Gewerbe	17,0	27,2	6,5	23,6	8,9	22,4
Dienstleistungen ³	26,9	42,8	42,3	42,4	47,7	43,7
Private Haushalte	20,5	5,4	24,6	6,6	27,6	6,1

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

- 3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Methodik

Die Baustatistiken (Baugewerbestatistik und Bautätigkeitsstatistik) stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar.

■ Baugewerbe

Die Baugewerbestatistik, die in das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe integriert ist (siehe hierzu Kapitel 20), liefert wichtige Konjunkturindikatoren und Strukturdaten über die Bauwirtschaft (Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden). Diese Daten werden bei den Betrieben von Unternehmen des Baugewerbes erhoben.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung.

■ Bautätigkeit

Die Angaben der **Bautätigkeitsstatistik** (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, Bauabgänge und Bauüberhang) beziehen sich auf Gebäude und werden beim Bauherrn bzw. bei der Bauaufsichtsbehörde erfasst. Sie ergänzen die Konjunkturindikatoren durch Informationen über die Struktur des Baugeschehens. Die **Bautätigkeitsstatistik** erstreckt sich auf alle genehmigungspflichtigen bzw. ihnen gleichgestellten Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Erfasst werden Baugenehmigungen und Baufertigstellungen nach ausgewählten Merkmalen, wie Nutz- und Wohnflächen sowie Kosten. Die Erhebung des Bauüberhangs stellt die am Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben fest.

Die **Wohnungsbestandsdaten** beschreiben den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes wurde auf Grundlage der Daten durchgeführt, die in der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.5.1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. vom 30.9.1995 (neue Länder und Berlin-Ost) erhoben wurden. Ab dem Berichtsjahr 2010 basieren die Daten auf der Gebäude- und Wohnungszählung vom 9.5.2011, die im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt wurde.

Rechtsgrundlage für die Durchführung dieser Statistiken ist das Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) vom 5.5.1998 (BGBl. I S. 869) in der jeweils gültigen Fassung.

Baufertigstellungen | Zeitpunkt der Bezugsfertigstellung, zu dem die Arbeiten am Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und zu dem das Gebäude bzw. die Wohnung bezogen oder – bei leer stehenden Gebäuden – bezugsfertig wird.

Baugenehmigungen | Erteilung von bauamtlichen Genehmigungen zur Bauausführung – gleichgültig ob vorläufig, endgültig oder mit Einschränkungen.

Baujahr | Jahr der Bezugsfertigstellung des Gebäudes.

Bauüberhang | Die Statistik des Bauüberhangs stellt das Bindeglied zwischen den Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsmeldungen dar. Sie erfasst am Jahresende genehmigte, aber noch nicht begonnene bzw. bereits im Bau befindliche Gebäude.

Betrieb | Als Einheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbstständige Betriebe behandelt.

Eigentumswohnungen | Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBI. I S. 175) – in der jeweils gültigen Fassung – begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Gebäude | Selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Teil als selbstständiges Gebäude, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist. Nicht zu den Gebäuden zählen Unterkünfte.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Inhaberinnen und Inhabern, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Auszubildenden auf Baustellen im Bundesgebiet tatsächlich geleisteten Stunden (nicht die bezahlten).

Gewerblicher Bau | Überwiegend gewerblichen Zwecken dienende Bauten, auch der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, Pipelines, Kinos, Hotels, Bürogebäuden, Lager- und Kühlhäusern, Markthallen, Ställen, Scheunen usw.

Hochbauten | Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z. B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind (z. B. Zivilschutzanlagen, Tiefgaragen).

Index des Auftragsbestands | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser auf der Basis 2010 = 100 vierteljährlich preisbereinigt (Volumenindex). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsbestandsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Auftragseingangs | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser Index auf der Basis 2010 = 100 monatlich preisbereinigt (Volumenindex). Als Auftragseingänge aus dem Inland gelten die im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Nichtwohngebäude | Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (gemessen an der Gesamtnutzfläche). Zu den Nichtwohngebäuden zählen z. B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, wie Fabrikgebäude, Hotels und dergleichen.

Öffentlicher Bau und Straßenbau | Bauten, die überwiegend für die Ausübung staatlicher und kommunaler Funktionen benötigt werden (z. B. Gerichte, Finanzämter, Kasernen, Kanalisation, Sportanlagen, Schulen) sowie Straßenbauten (z. B. Straßen, Autobahnen und Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze), unabhängig vom Auftraggeber.

Räume | Wohn- und Schlafräume mit 6 m² und mehr sowie alle abgeschlossenen Küchen (ohne Rücksicht auf die Größe).

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie aus Nebengeschäften. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen sind nicht einbezogen. Es handelt sich hierbei um den steuerlichen Umsatz. Das sind die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge im Bundesgebiet. Die Umsätze werden in der Regel nach den vereinbarten Entgelten besteuert und ohne Umsatzsteuer erfasst. Seit dem 1.1.1980 werden auch Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen versteuert und damit in die Meldungen einbezogen.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Die Anteile der Unternehmen an Arbeitsgemeinschaften werden im Baugewerbe in die Unternehmensdaten einbezogen.

Veranschlagte Kosten des Bauwerkes | Kosten der Baukonstruktion (einschließlich Erdarbeiten), die Kosten aller fest verbundenen Einbauten und die Kosten für besondere Bauausführungen. Die veranschlagten Kosten werden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung ermittelt. Sie schließen die Umsatzsteuer ein.

Wohnungsbau | Bauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sowie der Umbau oder die Erweiterung bisher anderweitig genutzter Gebäude und Räume zu Wohnungen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Wohnhäusern oder Wohnungen.

Wohnfläche | Fläche aller Wohn- und Schlafräume sowie aller Küchen und Nebenräume. Unberücksichtigt bleiben dabei die nicht zum Wohnen bestimmten Boden-, Keller- und Wirtschaftsräume.

Wohngebäude | Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (gemessen an der Gesamtnutzfläche).

Wohnheime | Wohngebäude, die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheime, Seniorenwohnheime). Wohnheime besitzen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Gemeinschaftsräume). Die in Wohnheimen lebenden Personen führen einen eigenen Haushalt.

Wohnung | Gesamtheit der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Bauen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 44 sowie 31

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 5 | Baugewerbe

■ Bautätigkeit

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1 | Bautätigkeit

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

STATmagazin

| Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)

IM FOKUS

8.5.2017 | Niedrige Zinsen – mehr Baugenehmigungen



24 Binnenhandel

6,4 Millionen Personen in **602 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der **tätigen Personen** im **Einzelhandel**, knapp **ein Drittel** im **Großhandel** | **2015 Umsatz** von **2,0 Billionen Euro** erwirtschaftet | Davon setzte **Großhandel** mit 1,2 Billionen Euro deutlich **mehr als Hälfte** um | **Einzelhandel** tätigte mit 565 Milliarden Euro **weniger als ein Drittel** | **Kfz-Handel** erzielte Umsatz von **238 Milliarden Euro** | **Weihnachtsgeschäft** bringt im **Spielwarenhandel** **27 %** des Jahresumsatzes ein

Seite

587 **Auf einen Blick**

Tabellen

588 **Strukturdaten der Unternehmen im Handel**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

589 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung |
Personalaufwendungen | Bruttobetriebsüberschuss

591 **Aufwendungen im Handel**

592 **Methodik**

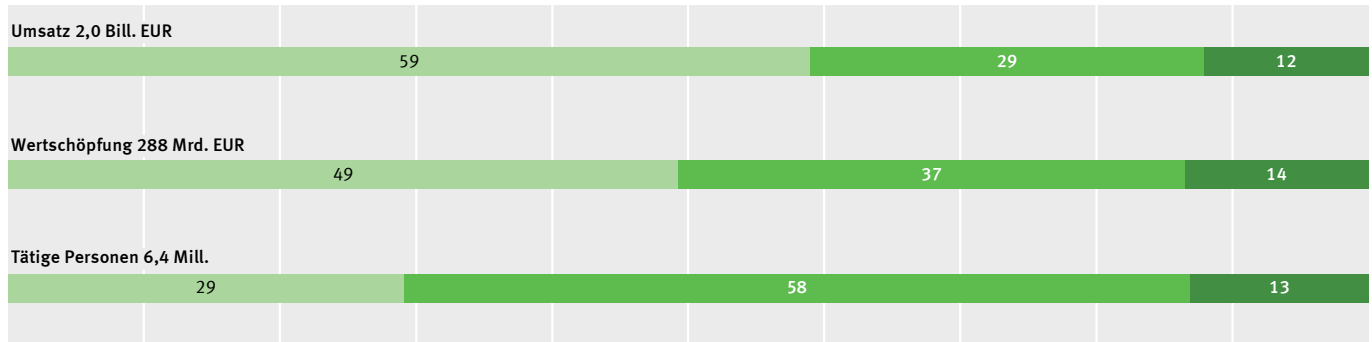
593 **Glossar**

594 **Mehr zum Thema**

24.0 Auf einen Blick

Umsatz, Bruttowertschöpfung und tätige Personen im Handel 2015

in %



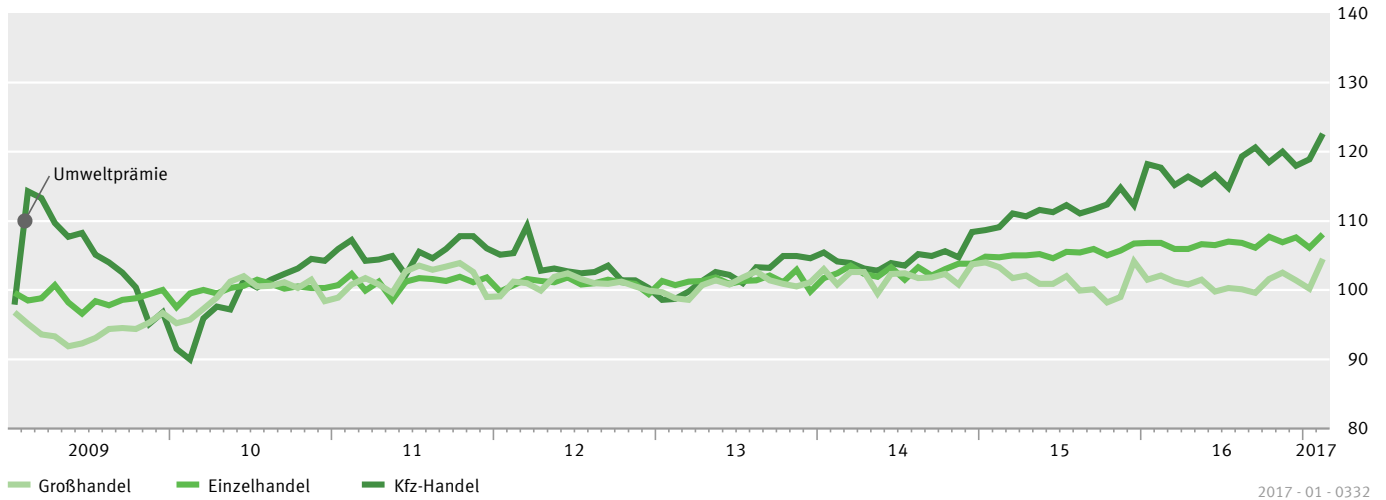
■ Großhandel¹
■ Einzelhandel¹
■ Kfz-Handel²

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Reale konjunkturelle Entwicklung im Handel

Kalender- und saisonbereinigte Werte, 2010 = 100



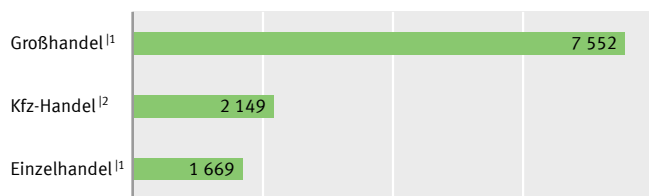
24.1 Strukturdaten der Unternehmen im Handel 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl			Mill. EUR		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	602 128	801 540	6 409 246	1 957 253	288 118	22 482
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	110 537	125 548	839 124	237 565	38 937	4 954
45.1	Handel mit Kraftwagen	39 424	46 791	401 665	163 002	21 685	3 466
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	49 235	53 184	283 701	27 660	9 688	940
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	16 432	19 983	132 359	42 859	6 777	491
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	5 445	5 591	21 399	4 044	787	57
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	152 848	189 947	1 864 927	1 154 387	142 125	9 521
46.1	Handelsvermittlung	38 497	40 015	99 737	10 211	6 783	317
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	6 440	8 757	65 283	58 314	3 632	456
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	14 416	17 737	257 656	191 189	16 260	1 406
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	30 770	38 885	473 716	246 396	40 880	1 934
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	5 649	7 775	126 924	96 100	13 595	417
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	22 062	28 219	292 286	112 134	22 030	1 875
46.7	Sonstiger Großhandel	29 231	39 622	455 686	363 769	32 969	2 788
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5 783	8 937	93 638	76 274	5 976	328
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	338 742	486 045	3 705 195	565 302	107 057	8 007
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	37 727	69 265	1 170 876	225 309	33 762	2 781
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	36 753	52 194	257 120	22 834	5 189	404
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	7 218	9 412	82 309	14 947	1 987	157
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	17 384	22 212	106 973	20 126	3 956	204
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	49 339	59 505	419 314	63 591	14 876	975
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	24 748	31 076	149 542	16 142	3 502	297
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	124 047	196 648	1 284 198	140 603	33 207	2 559
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	5 953	6 624	23 704	1 311	337	26
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	35 572	39 109	211 159	60 440	10 241	606

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Umsatz je Unternehmen 2015

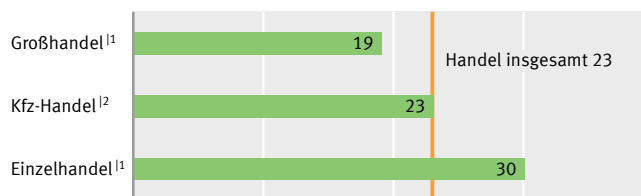
in 1 000 EUR



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Rohertragsquote 2015

Anteil des Rohertrags am Umsatz, in %



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2017 - 01 - 0333

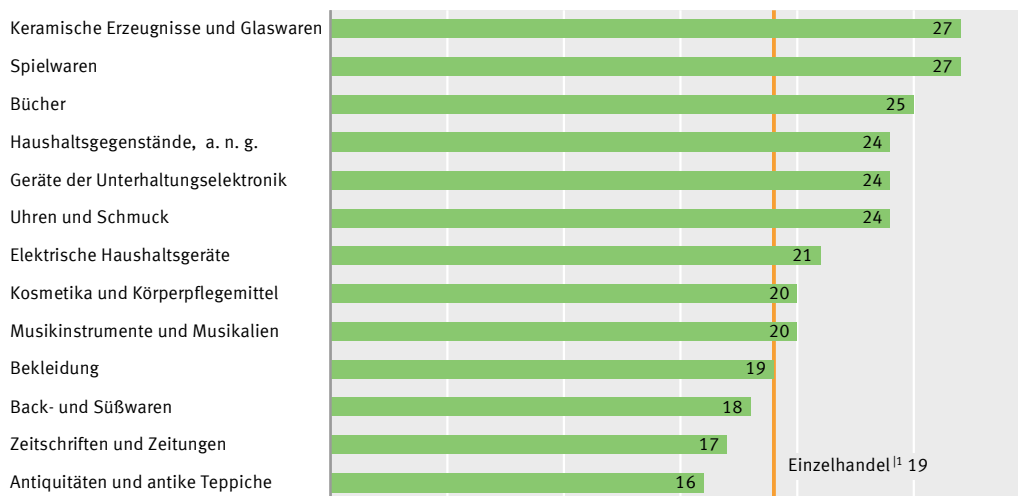
24.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Rohertragsquote	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	Personalaufwendungen	Brutto-betriebs-überschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %					
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 957 253	22,7	25,8	87,1	14,7	9,2	5,3
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	237 565	23,3	26,4	85,3	16,4	10,1	6,2
45.1	Handel mit Kraftwagen	163 002	18,8	21,0	88,7	13,3	8,0	5,3
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	27 660	47,4	56,7	65,1	35,0	22,6	12,2
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	42 859	24,3	26,9	85,6	15,8	10,1	5,4
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraft-rädern	4 044	28,6	30,5	80,9	19,5	10,0	9,4
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 154 387	18,8	21,5	89,4	12,3	7,1	5,0
46.1	Handelsvermittlung	10 211	89,3	93,0	34,4	66,4	35,7	29,7
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	58 314	9,5	10,9	94,3	6,2	3,4	2,7
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	191 189	14,5	17,2	93,2	8,5	4,8	3,4
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	246 396	26,6	30,7	86,5	16,6	8,9	7,4
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	96 100	19,1	21,6	88,4	14,1	8,4	5,5
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	112 134	26,9	30,2	82,1	19,6	12,5	6,9
46.7	Sonstiger Großhandel	363 769	13,9	16,1	91,7	9,1	5,4	3,5
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	76 274	12,4	14,0	93,7	7,8	4,8	2,8
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	565 302	30,4	34,3	83,1	18,9	13,0	5,6
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	225 309	22,3	27,0	88,0	15,0	10,8	4,0
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	22 834	33,9	37,8	78,2	22,7	14,6	7,9
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	14 947	19,2	21,5	87,1	13,3	7,2	6,1
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	20 126	30,2	34,8	83,1	19,7	13,6	6,0
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	63 591	39,8	43,2	78,8	23,4	16,2	6,3
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	16 142	35,4	38,9	79,7	21,7	14,9	6,7
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	140 603	38,1	41,1	76,9	23,6	17,3	6,2
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	1 311	40,1	43,3	73,8	25,7	12,8	12,8
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	60 440	32,8	36,9	86,3	16,9	8,4	8,2

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Weihnachtsgeschäft in ausgewählten Branchen 2016

Anteil am Gesamtumsatz, in %



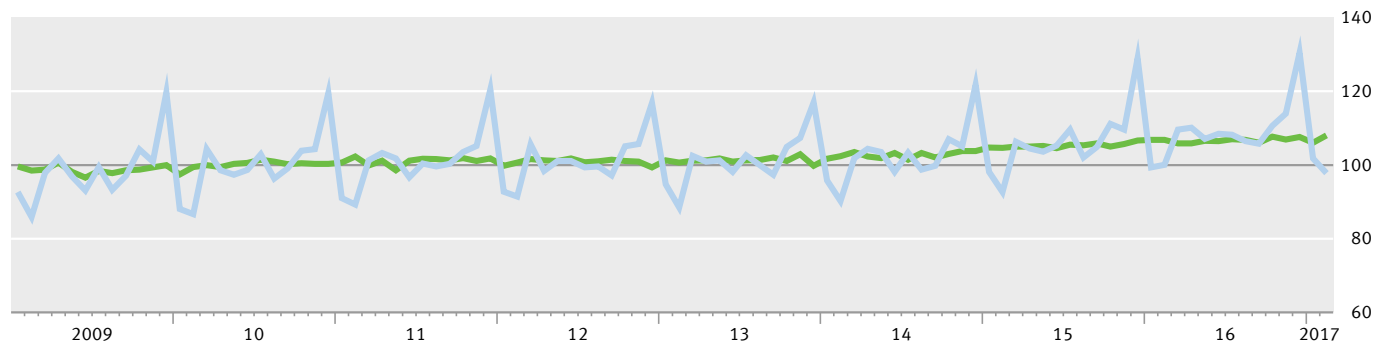
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Reale konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt

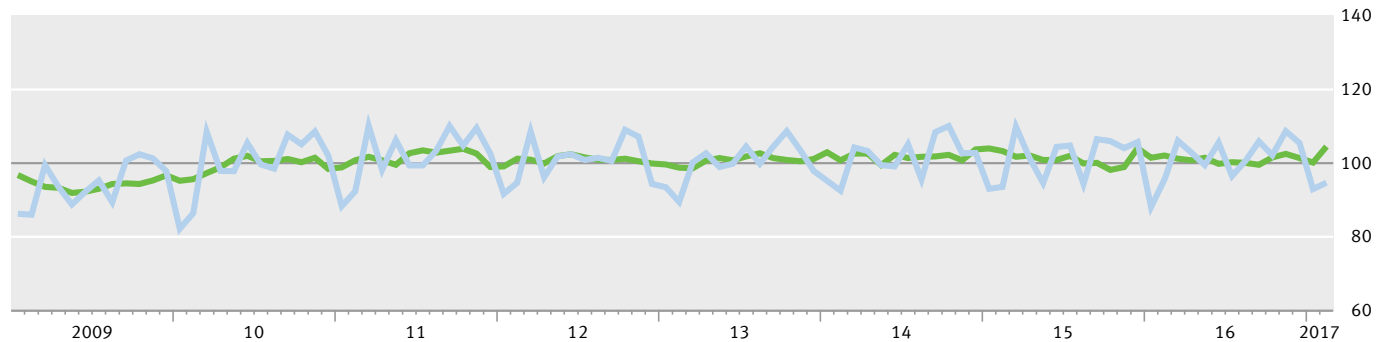


Reale konjunkturelle Entwicklung im Großhandel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt

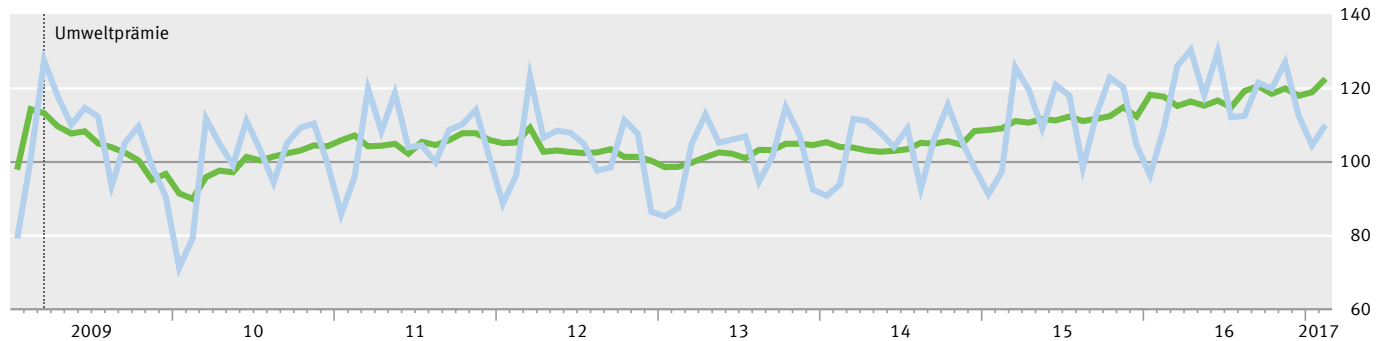


Reale konjunkturelle Entwicklung im Kfz-Handel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt



2017 - 01 - 0335

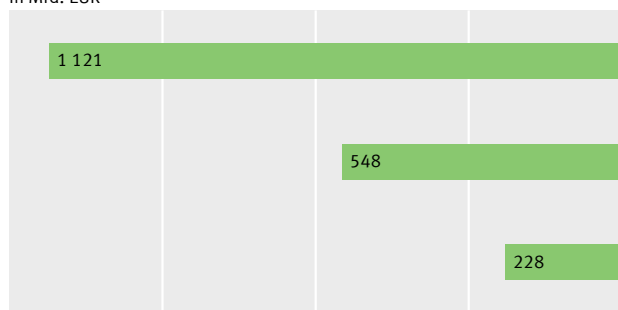
24.3 Aufwendungen im Handel 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Aufwendungen				
		insgesamt	davon			
			Bezüge von Handelswaren	Entgelte und Sozialabgaben	Leistungen	Sonstige
Mill. EUR						
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 896 786	1 495 212	180 046	144 446	77 083
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	227 883	179 746	23 978	14 693	9 466
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 121 214	930 061	82 369	80 402	28 382
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	547 689	385 404	73 699	49 351	39 235

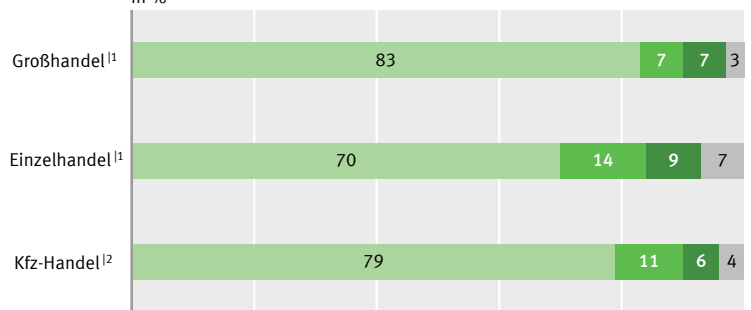
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Aufwendungen 2015

in Mrd. EUR



in %



Bezüge von Handelswaren Entgelte und Sozialabgaben Leistungen Sonstige

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2017 - 01 - 0336

Methodik

■ Binnenhandel

Die **Handelsstatistik** umfasst monatliche Vollerhebungen im Kraftfahrzeug- und Großhandel, eine monatliche Stichprobenerhebung im Einzelhandel und jährliche Stichprobenerhebungen über den gesamten Binnenhandel. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) bestimmt den Erhebungsbereich der Handelsstatistik: Der Abschnitt G dieser Klassifikation umfasst alle Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Zum Abschnitt G gehören die Abteilungen 45 „Kfz-Handel“, 46 „Großhandel (und Handelsvermittlung)“ und 47 „Einzelhandel“. Die jährliche Stichprobe wählt aus dem Handel höchstens 8,5 % der Unternehmen mit Sitz in Deutschland aus. In der monatlichen Vollerhebung im Kfz-Handel sind alle Unternehmen auskunftspflichtig, die mindestens 10 Millionen Euro Jahresumsatz erwirtschaften oder mindestens 100 Beschäftigte haben. Für die monatliche Großhandelsstatistik besteht Auskunftspflicht bei mindestens 20 Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten. Informationen unterhalb dieser Grenzen gewinnen die Statistiken aus Verwaltungsdaten. Die monatliche Einzelhandelsstatistik ist dagegen eine dreifach geschichtete Stichprobenerhebung. Auskunftspflichtig sind Stichprobenunternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 250 000 Euro. In der Stichprobe sind 24 900 Unternehmen enthalten.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Handelsstatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

■ Konjunktur- und Strukturdaten sowie betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

Zum Erhebungsprogramm der Monaterhebungen im Handel gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Handelsstatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monaterhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung im Handel** stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Handelsstatistiken dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Handel vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben. Schließlich erfolgt eine Aufgliederung des Gesamtumsatzes nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Neben dem jährlichen Erhebungsprogramm gibt es in mehrjährlichem Abstand wiederkehrende zusätzliche Merkmale (z. B. „Verkaufsfläche“ im Einzelhandel).

Nach §11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird für die Bereiche Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen. Für den Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) erhebt zentral das Statistische Bundesamt die Daten.

In der monatlichen Einzelhandelsstatistik stellt die Aktualität ein herausragendes Qualitätskennzeichen dar. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf seiner Homepage unter Konjunkturindikatoren erste vorläufige Ergebnisse für ausgewählte

Wirtschaftszweige gut 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Wirtschaftlich tief gegliederte Ergebnisse stehen rund 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse für die monatlichen Kraftfahrzeughandels- und Großhandelsstatistiken stehen nach 60 Tagen in GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Handelsstatistik – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt wegen ihres großen Stichprobenumfangs und der geringfügigen Antwortausfälle. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Handelsstatistik nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsraten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das in der Jahreserhebung angewandte Stichtagsprinzip. Im Einzelhandel werden ferner in der monatlichen Statistik nur Unternehmen einbezogen, die mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz haben, wogegen in der Jahreserhebung auch Angaben von Unternehmen mit weniger als 250 000 Euro Jahresumsatz berücksichtigt werden.

Die in der Jahreserhebung erhobenen **Merkmale** überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen anderer Erhebungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Handelsstatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Handelsstatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Einzelhandel | Wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt, betreibt Einzelhandel. Als Tätigkeiten des Einzelhandels zählen auch die der Apotheken und der Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte.

Großhandel | Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmerinnen und Abnehmer als private Haushalte absetzt (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler). Zum Großhandel zählen in der Regel der Absatz an Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und wirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sowie der Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen, Bürobedarf, Dental- und Laborbedarf usw.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Rohertrag | Bruttoumsatz minus Umsatzsteuer minus Wareneinsatz ergibt den Rohertrag.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zum *Binnenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Binnenhandel

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

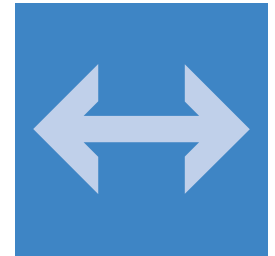
Reihe 4 | Verkaufsflächen im Einzelhandel, Warensortiment im Handel

Fachberichte

| Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneingang, Wareneinsatz, Rohertrag im Handel 1994 bis 2009

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken



25 Transport und Verkehr

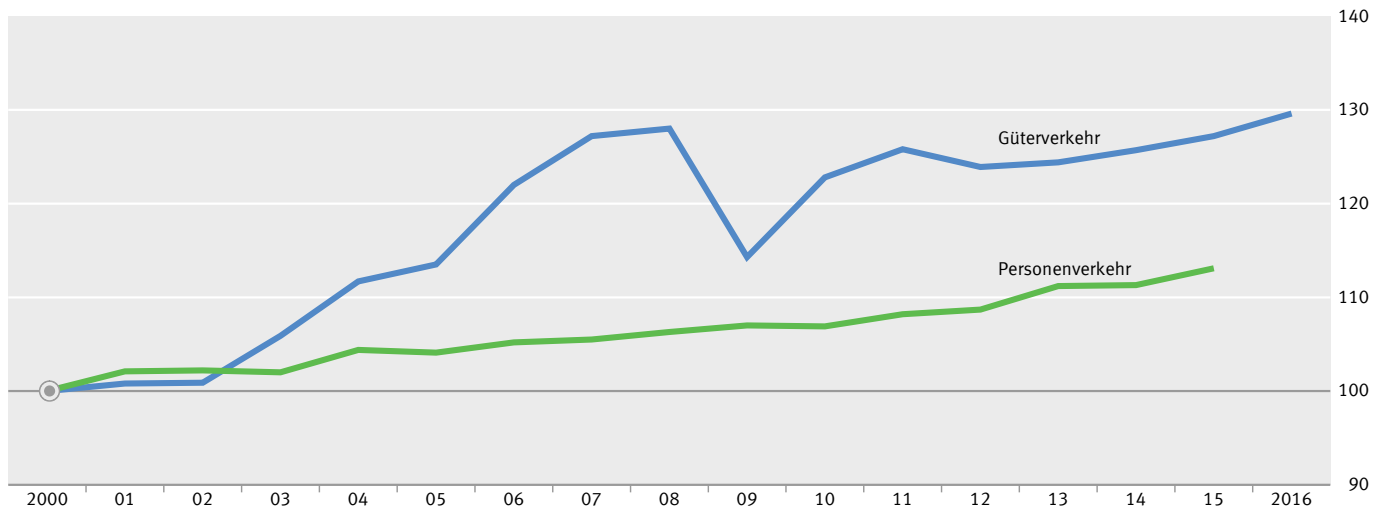
2015: **2,2 Millionen** Personen in **101 000 Unternehmen** tätig |
Umsatz von **314 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **79% der Güter**
2016 auf **Straßen** befördert | Länge der **Autobahnen** beträgt **13 000 km** |
45,8 Millionen Pkw sind zugelassen | **3 206 Menschen starben** 2016 im
Straßenverkehr | Rund **61 Millionen** Passagiere starteten oder landeten
am **größten** deutschen **Flughafen Frankfurt/Main** | **Duisburg** ist
bedeutendster **Binnenhafen**, **Hamburg** bedeutendster **Seehafen**

<i>Seite</i>	
597	Auf einen Blick
	Tabellen
598	Unternehmensdaten im Verkehr Strukturdaten Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
599	Personenverkehr Straßenverkehr Eisenbahnverkehr Seeverkehr Luftverkehr
601	Güterverkehr Eisenbahnverkehr Straßenverkehr Binnenschiffsverkehr Seeverkehr Luftverkehr Rohrleitungen
607	Infrastruktur und Fahrzeugbestände Straßen Schienenstrecken Bundeswasserstraßen Rohölleitungen Kraftfahrzeuge Bestand an Schiffen Bestand an Luftfahrzeugen
609	Straßenverkehrsunfälle Nach Art der Verkehrsbeteiligung Nach Altersgruppen Nach Schwere der Verletzung
611	Methodik
613	Glossar
614	Mehr zum Thema

25.0 Auf einen Blick

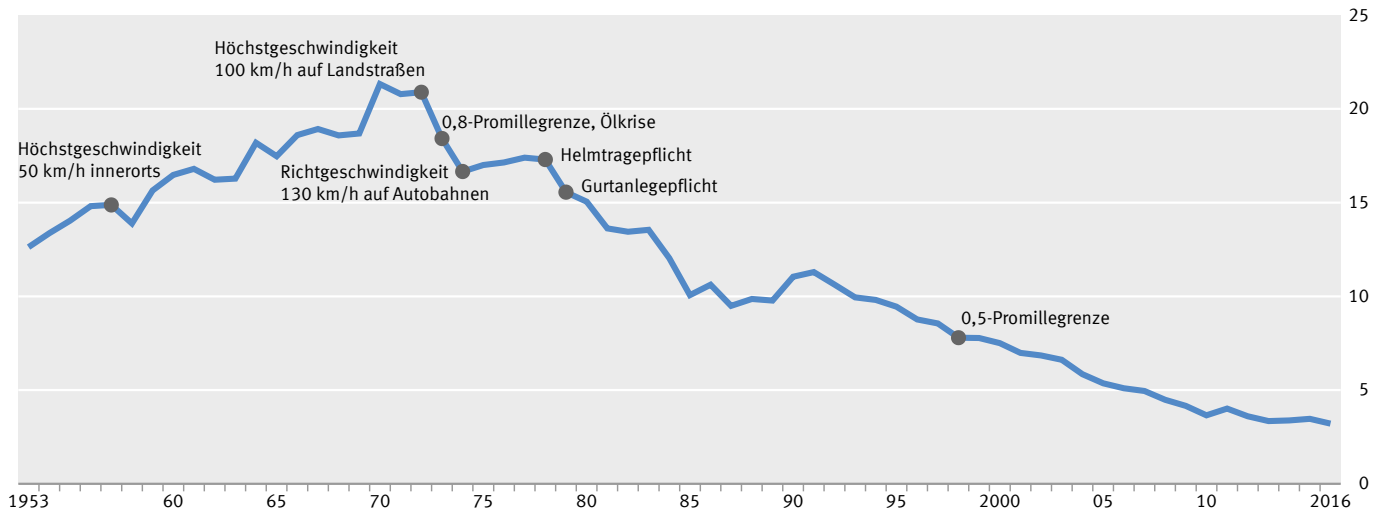
Beförderungsleistung im Güter- und Personenverkehr

2000 = 100



Getötete im Straßenverkehr

in 1 000



2017-01-0337

25.1 Unternehmen in Verkehr und Lagerei

25.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
H	Verkehr und Lagerei	101 415	2 229 582	314 298	102 258	25 647
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	65 114	901 375	91 397	39 683	8 980
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	28 002	423 307	33 286	16 212	4 463
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	36 921	427 089	42 040	18 324	3 249
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	35	3 240	3 946	1 844	371
50	Schifffahrt	2 955	27 087	34 810	5 746	3 379
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	111	3 048	2 305	932	1 489
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	1 739	13 924	29 962	4 120	1 812
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	469	5 819	483	224	19
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	636	4 296	2 060	470	59
51	Luftfahrt	628	64 684	24 888	2 944	1 756
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	552	58 382	20 226	2 180	1 573
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	76	6 302	4 662	764	183
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	18 984	692 951	122 605	39 294	10 787
52.1	Lagerei	1 407	99 375	13 974	4 074	475
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	17 577	593 576	108 632	35 220	10 312
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	13 733	543 485	40 598	14 590	744
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	-	-	-	-	-
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	13 733	543 485	40 598	14 590	744

Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Im Wirtschaftsabschnitt H wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.

25.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
H	Verkehr und Lagerei	314 298	71,8	67,4	32,5	21,8	10,8
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	91 397	80,6	57,7	43,4	26,3	17,1
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	33 286	80,5	55,4	48,7	32,3	16,4
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	42 040	82,0	55,7	43,6	25,3	18,3
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	3 946	93,9	52,5	46,7	7,7	39,1
50	Schifffahrt	34 810	71,1	83,2	16,5	3,5	13,0
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	2 305	73,4	59,9	40,4	6,4	34,0
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	29 962	71,4	86,0	13,7	2,6	11,1
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	483	87,7	52,8	46,4	24,9	21,6
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	2 060	61,2	76,7	22,8	7,6	15,2
51	Luftfahrt	24 888	82,8	87,1	11,8	19,8	X
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	20 226	82,2	87,9	10,8	21,7	X
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	4 662	85,3	83,5	16,4	11,4	4,9
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	122 605	60,6	67,4	32,0	21,5	10,6
52.1	Lagerei	13 974	68,7	68,0	29,2	21,1	8,0
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	108 632	59,6	67,3	32,4	21,5	10,9
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	40 598	80,0	64,0	35,9	29,2	6,8
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	-	-	-	-	-	-
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	40 598	80,0	64,0	35,9	29,2	6,8

Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Im Wirtschaftsabschnitt H wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.

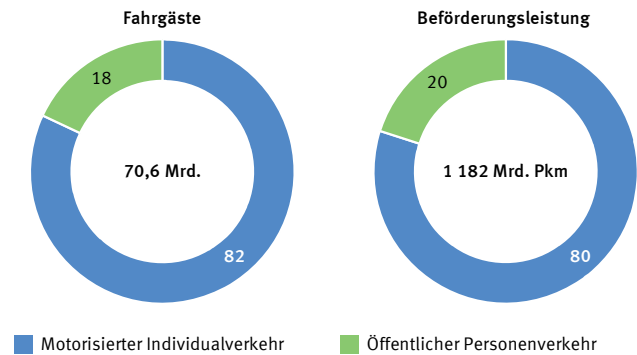
25.2 Personenverkehr

25.2.1 Personenverkehr im Überblick

	Insgesamt	Öffentlicher Personenverkehr				Motorisierter Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) ¹
		Straßenpersonenverkehr (Busse und Straßenbahnen)		Eisenbahnverkehr	Luftverkehr	
		Linienverkehr	Gelegenheitsverkehr			
Beförderte Personen in Mill.						
2005 ..	67 698	9 010	90	2 159	146	56 293
2010 ..	68 381	9 201	79	2 431	167	56 503
2013 ..	69 492	9 306	74	2 613	181	57 318
2014 ..	69 906	9 364	76	2 693	187	57 586
2015 ..	70 639	9 379	82	2 708	194	58 276
Beförderungsleistung in Mrd. Pkm						
2005 ..	1 088	56	27	77	53	876
2010 ..	1 117	56	22	84	53	902
2013 ..	1 162	58	19	90	56	939
2014 ..	1 163	61	18	91	58	935
2015 ..	1 182	62	20	92	61	947

1 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Personenverkehr 2015 in %



2017 - 01 - 0338

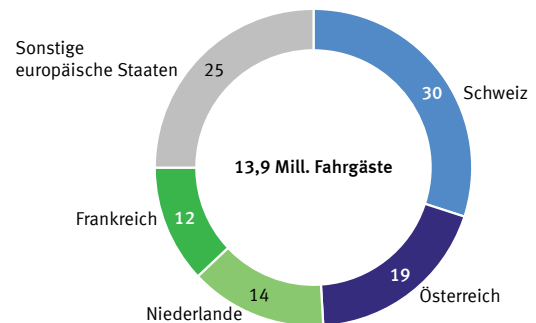
25.2.2 Linien- und Gelegenheitsverkehr von Bussen und Bahnen 2015

	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	Mill.	Mill. Pkm	Mill. Fahrzeug-km	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	11 462	173 484	4 552	0,2	2,2	2,1
Linienverkehr	11 380	153 908	3 870	0,2	1,6	1,3
Liniennahverkehr	11 226	109 766	3 501	0,1	-0,2	0,4
Eisenbahnen	2 576	54 848	662	0,5	-0,1	-0,2
Straßenbahnen	3 887	16 697	306	1,0	0,8	0,6
Omnibusse	5 469	38 221	2 533	-0,6	-1,0	0,6
Linienfernverkehr	154	44 142	369	6,2	6,5	9,8
Eisenbahnen	131	36 861	138	1,9	2,1	-3,6
Omnibusse	23	7 281	231	46,5	36,2	19,5
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen ..	82	19 572	682	7,0	7,1	6,7
Gelegenheitsnahverkehr	30	1 063	63	12,1	17,9	14,4
Gelegenheitsfernverkehr	51	18 509	618	4,1	6,5	6,0
Nahverkehr zusammen	11 257	110 829	3 564	0,1	-0,1	0,7
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	75	25 791	849	14,4	13,5	9,3

25.2.3 Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr nach und von Deutschland

Staat des Ein- bzw. Ausstiegs	Fahrgäste vom Ausland nach Deutschland		Fahrgäste von Deutschland ins Ausland	
	2016	2015	2016	2015
	1 000			
Insgesamt	7 639	8 951	6 293	9 329
Schweiz	2 231	2 688	1 896	2 631
Österreich	1 434	1 370	1 263	1 581
Niederlande	1 037	1 497	908	1 469
Frankreich	922	836	689	1 121
Sonstiges Europa	2 014	2 559	1 536	2 527

Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr 2016 nach und von Deutschland (ein- und aussteigende Fahrgäste), in %



2017 - 01 - 0339

25 Transport und Verkehr
 25.2 Personenverkehr
 25.2.4 Ein- und aussteigende Fahrgäste im Seeverkehr
 nach Fahrtgebieten

	2016	2015	Veränderung 2016 gegenüber Vorjahr
	1 000		
Insgesamt	30 849	30 087	2,5
Verkehr innerhalb Deutschlands ..	17 953	17 402	3,2
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	12 895	12 686	1,7
dar.: Europa	12 890	12 684	1,6
davon:			
Europäische Union	11 481	11 323	1,4
darunter:			
Dänemark	8 410	8 263	1,8
Schweden	1 724	1 940	- 11,1
Vereinigtes Königreich	289	170	69,8
Niederlande	223	135	64,6
Polen	198	173	14,5
Sonstiges Europa	1 409	1 361	3,5

25.2.5 Luftverkehr auf Flugplätzen 2016

	Starts		Fluggäste			Fracht (einschl. Post)		
	insgesamt	dar. im gewerblichen Verkehr	einsteigende	aussteigende	Durchgang	Einladung	Ausladung	Durchgang
	1 000					1 000 t		
Insgesamt	1 187	1 043	111 902	112 485	479	2 413	2 167	95
Berlin-Schönefeld	48	45	5 798	5 831	16	4	4	1
Berlin-Tegel	92	90	10 584	10 661	3	24	19	0
Bremen	20	16	1 281	1 287	4	0	0	-
Dortmund	13	9	946	969	1	0	-	-
Dresden	15	11	828	829	7	0	0	-
Düsseldorf	109	106	11 740	11 756	11	53	40	0
Erfurt	7	3	114	111	6	1	1	2
Frankfurt am Main	229	228	30 186	30 483	101	1 099	1 012	39
Friedrichshafen	14	4	234	233	-	0	0	-
Hahn	10	9	1 251	1 264	94	34	28	9
Hamburg	80	73	8 072	8 121	30	19	16	0
Hannover	47	34	2 689	2 696	14	10	9	1
Karlsruhe/Baden-Baden ..	17	9	551	551	3	1	0	0
Köln/Bonn	68	62	5 950	5 930	14	395	373	15
Leipzig/Halle	32	30	1 089	1 087	12	540	505	4
Memmingen	8	5	493	501	0	-	0	-
München	197	193	21 023	21 136	87	213	141	21
Münster/Osnabrück	27	9	385	386	3	0	0	0
Niederrhein	7	6	926	928	0	-	-	-
Nürnberg	29	21	1 726	1 724	16	3	2	1
Paderborn/Lippstadt	16	9	343	343	8	0	0	-
Rostock-Laage	18	4	110	109	0	-	-	-
Saarbrücken	7	5	201	198	27	0	0	0
Stuttgart	67	59	5 315	5 284	22	16	15	0
Sylt-Westerland	7	4	66	66	-	-	-	-

25.2 Personenverkehr

25.2.6 Grenzüberschreitender Luftverkehr nach Staaten

	Starts		Einsteigende Fluggäste		Fracht (einschl. Post)			
					Einladung		Ausladung	
	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr	2016	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000 t	%	1 000 t	%
Insgesamt	748	2,6	88 166	3,6	2 294	3,0	2 051	3,5
Europa	646	3,2	69 158	4,5	721	3,1	682	8,7
Frankreich	45	3,2	3 594	2,5	98	4,9	71	5,1
Italien	68	7,9	6 558	6,6	74	2,9	84	6,9
Spanien	89	9,8	13 669	10,2	65	1,6	41	4,7
Türkei	46	- 12,1	6 438	- 16,6	58	2,8	70	5,0
Vereinigtes Königreich	72	5,1	6 941	4,0	122	7,4	94	10,0
Afrika	16	- 14,8	2 386	- 17,0	67	- 3,2	46	- 8,0
Ägypten	6	- 28,7	823	- 33,1	16	- 11,2	13	- 23,6
Marokko	3	- 6,2	390	- 4,5	0	14,4	0	28,5
Nigeria	1	- 3,2	97	- 1,4	4	4,5	1	14,8
Südafrika	1	4,0	369	- 2,6	30	32,3	11	4,1
Tunesien	2	- 21,4	247	- 27,9	1	86,1	1	14,0
Amerika	36	4,7	8 065	4,3	515	1,1	372	- 3,3
Brasilien	2	- 1,6	431	0,5	31	4,0	25	5,8
Dominikanische Republik	1	11,4	334	12,6	1	- 28,1	3	- 33,7
Kanada	4	2,6	1 003	3,4	41	- 8,0	24	6,3
Mexiko	1	14,1	323	11,0	30	38,5	14	21,0
Vereinigte Staaten	26	4,1	5 349	2,7	391	- 0,7	291	- 4,2
Asien	49	1,3	8 557	3,0	991	4,4	951	3,3
China ¹	9	4,1	1 454	3,0	347	11,8	331	6,1
Indien	3	- 1,7	654	- 0,8	67	- 3,3	125	6,6
Israel	5	1,9	629	4,6	15	22,5	11	5,3
Japan	3	- 2,6	665	- 7,2	78	22,7	66	1,7
Thailand	2	18,8	494	26,3	35	3,4	15	15,5
Vereinigte Arabische Emirate	9	- 0,8	2 009	3,6	147	- 2,8	163	1,9
Australien und Ozeanien	0	- 33,3	0	X	1	X	-	X

1 Einschl. Hongkong.

25.3 Güterverkehr

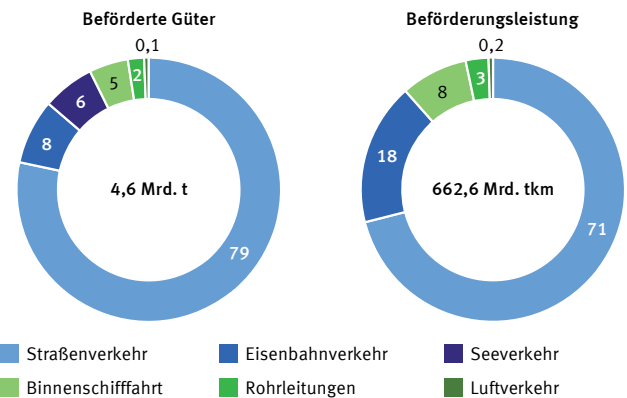
25.3.1 Güterverkehr im Überblick

	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenverkehr ¹	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Rohrleitungen	Luftverkehr
Beförderte Güter in Mill. t							
1991 ..	3 795	416	2 919	230	150	79	1,5
2000 ..	4 126	309	3 244	242	238	89	2,4
2005 ..	3 996	317	3 062	237	281	95	3,0
2010 ..	4 076	356	3 125	230	273	89	4,2
2015 ..	4 515	367	3 539	221	292	91	4,4
2016 ..	4 567	364	3 593	221	292	92	4,5
Beförderungsleistung in Mrd. tkm							
1991 ..	398	82	246	56	X	14	0,4
2000 ..	511	83	346	66	X	15	0,8
2005 ..	580	95	403	64	X	17	1,0
2010 ..	628	107	441	62	X	16	1,4
2015 ..	650	117	459	55	X	18	1,4
2016 ..	663	116	472	54	X	19	1,5

1 Deutsche und ausländische Lkw; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, TCI Röhling im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Güterverkehr 2016

in %



2017 - 01 - 0340

25.3 Güterverkehr

25.3.2 Eisenbahn-Güterverkehr 2016

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	363 512	234 833	49 226	57 888	21 565
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3 535	2 753	599	134	50
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	38 973	28 126	442	10 400	6
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	49 697	37 823	3 436	8 179	258
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	11 602	4 940	2 198	2 964	1 500
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	42 944	35 568	4 624	2 219	533
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	39 317	30 788	4 076	3 553	900
Metalle und Metallerzeugnisse	59 232	44 546	5 537	6 863	2 285
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	14 592	9 041	2 830	1 925	796
Sekundärrohstoffe, Abfälle	13 362	10 582	1 792	900	88
Sonstige Produkte	90 259	30 668	23 692	20 751	15 148

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik NST-2007.

25.3.3 Kombiniertes Verkehr der Eisenbahn 2016

	Insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
Beförderte Einheiten in 1 000 ¹					
Container und Wechselbehälter	3 906	2 028	734	744	400
Kraftfahrzeuge	1 027	82	331	322	292
Sattelzuganhänger	930	82	281	275	292
Lkw/Sattelzug	97	–	50	47	–
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container und Wechselbehälter	64 323	30 132	14 084	11 954	8 152
Kraftfahrzeuge	27 437	2 370	9 570	8 467	7 030
Sattelzuganhänger	24 233	2 370	7 894	6 939	7 030
Lkw/Sattelzug	3 204	–	1 676	1 528	–

Tonnagedaten sind Bestandteil der Werte von Tabelle 25.3.2.

1 Beladene und unbeladene Einheiten.

Kombiniertes Verkehr: Der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) wird mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

25.3 Güterverkehr

25.3.4 Güterverkehr deutscher Lastkraftwagen 2016

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Darunter			Durchgangsverkehr
		Verkehr innerhalb Deutschlands	grenzüberschreitender Verkehr		
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	3 110 523	2 984 678	64 190	45 727	1 910
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	163 643	154 624	3 735	3 893	/
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	(7 286)	(6 505)	/	/	/
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	937 214	925 581	6 941	3 421	/
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	452 650	426 299	13 606	9 231	667
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	94 268	91 509	1 207	1 354	/
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	502 150	474 947	15 278	9 240	(240)
Metalle und Metallerzeugnisse	132 338	122 196	5 148	3 822	/
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	154 564	143 770	5 166	4 032	(186)
Sekundärrohstoffe, Abfälle	255 984	249 607	3 109	2 544	/
Sonstige Produkte	410 426	389 640	9 338	8 088	287

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.3.5 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt 2016

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
		1 000 t			
Insgesamt	221 349	55 192	49 172	102 561	14 423
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15 359	4 141	2 798	5 985	2 435
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	34 114	5 035	112	28 381	587
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	54 865	13 606	10 048	30 467	744
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	12 162	3 353	3 598	4 268	942
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	37 328	13 579	7 640	13 039	3 069
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	26 085	6 862	8 992	9 096	1 135
Metalle und Metallerzeugnisse	11 395	1 750	4 442	4 175	1 028
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	2 203	679	1 132	367	26
Sekundärrohstoffe, Abfälle	11 227	4 896	3 276	1 354	1 701
Sonstige Produkte	16 612	1 291	7 134	5 430	2 757

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.6 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2016 – die 20 umschlagstärksten Häfen

	Umschlag insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr	
			Versand	Empfang
			1 000 t	
1 Duisburg	55 576	6 696	8 363	40 517
2 Hamburg	11 291	10 986	102	203
3 Köln	10 976	4 564	3 644	2 769
4 Mannheim	8 693	2 023	1 786	4 884
5 Neuss	7 666	1 937	1 819	3 910
6 Ludwigshafen am Rhein	6 650	2 347	1 765	2 537
7 Karlsruhe	6 283	2 560	1 469	2 254
8 Frankfurt am Main	4 611	2 012	627	1 972
9 Gelsenkirchen	4 344	2 364	1 286	694
10 Hamm	4 276	868	262	3 146
11 Berlin	3 733	3 189	4	541
12 Bremen	3 587	3 208	261	118
13 Kehl	3 478	1 755	549	1 175
14 Marl	3 434	791	926	1 716
15 Mainz	3 198	897	815	1 486
16 Krefeld	3 171	1 316	542	1 313
17 Bottrop	3 149	878	830	1 441
18 Magdeburg	3 082	2 423	423	236
19 Saarlouis	3 013	297	518	2 199
20 Brunsbüttel	2 837	2 834	3	–

25.3.7 Containerumschlag in der Binnenschifffahrt – die 20 umschlagstärksten Häfen

	2016		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹		
		%	
1 Duisburg	515		8,2
2 Gernersheim	158		3,2
3 Wörth am Rhein	128		1,5
4 Mainz	126		13,2
5 Hamburg	121		7,2
6 Mannheim	117		– 13,0
7 Emmerich am Rhein	108		– 8,1
8 Neuss	102		– 4,7
9 Köln	100		– 4,4
10 Ludwigshafen am Rhein	97		– 0,3
11 Bonn	91		– 2,4
12 Düsseldorf	78		0,3
13 Bremerhaven	71		8,8
14 Frankfurt am Main	71		7,0
15 Bremen	61		25,2
16 Braunschweig	53		47,3
17 Voerde (Niederrhein)	43		15,4
18 Koblenz	37		0,4
19 Gernsheim	36		– 1,5
20 Andernach	35		– 15,6

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

25.3.8 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	2016			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	296 347	121 182	175 165	0,0	– 1,2	0,9
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	23 639	10 924	12 715	– 7,4	– 6,6	– 8,0
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	34 649	545	34 104	– 7,0	68,0	– 7,7
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	28 745	2 698	26 048	3,1	– 0,7	3,5
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	43 160	21 684	21 476	– 5,3	– 2,0	– 8,4
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	18 055	3 917	14 138	10,6	– 14,7	20,6
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	29 653	17 570	12 084	– 7,4	– 8,2	– 6,2
Metalle und Metallerzeugnisse	12 461	6 833	5 628	– 29,3	– 38,6	– 13,6
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	24 409	13 773	10 636	– 22,4	– 23,4	– 21,1
Sekundärrohstoffe, Abfälle	5 027	2 259	2 769	– 12,9	– 19,7	– 6,4
Sonstige Produkte	76 549	40 978	35 568	34,8	35,8	33,7

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25.3 Güterverkehr

25.3.9 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr nach Fahrtgebieten

	2016			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	296 347	121 182	175 165	0,0	- 1,2	0,9
Verkehr innerhalb Deutschlands	8 533	4 359	4 174	4,3	- 1,2	10,7
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ..	287 814	116 823	170 991	- 0,1	- 1,2	0,7
darunter:						
Afrika	13 461	6 310	7 151	- 17,6	- 22,0	- 13,3
Amerika	41 510	17 695	23 814	- 2,0	- 0,6	- 3,0
darunter:						
Vereinigte Staaten	14 533	7 848	6 686	- 3,5	1,3	- 8,7
Brasilien	9 733	2 638	7 095	- 7,7	- 10,8	- 6,4
Asien	59 701	32 477	27 224	- 0,7	- 3,3	2,5
darunter:						
China	22 837	9 239	13 598	4,6	7,8	2,5
Singapur	5 668	3 886	1 782	- 4,3	4,2	- 18,8
Europa	170 464	59 113	111 351	1,9	1,9	1,9
Europäische Union	116 729	49 345	67 385	0,8	4,0	- 1,4
darunter:						
Schweden	24 361	10 483	13 878	- 1,8	- 4,4	0,3
Vereinigtes Königreich	18 653	7 302	11 351	5,4	18,2	- 1,5
Finnland	17 055	5 690	11 365	3,0	1,6	3,7
Dänemark	12 587	6 628	5 959	3,5	5,5	1,5
Niederlande	8 021	3 279	4 743	- 14,5	- 22,8	- 7,6
Sonstiges Europa	53 734	9 768	43 966	4,4	- 7,3	7,4
darunter:						
Russische Föderation	30 074	4 637	25 437	6,6	- 21,5	14,0
Norwegen	19 600	2 999	16 601	0,2	7,9	- 1,1
Ozeanien und Polargebiete	1 450	371	1 079	- 16,8	- 43,6	- 0,6
Unbekannt	1 229	856	373	519,1	621,6	366,7

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.10 Güterumschlag im Seeverkehr
 – die 20 umschlagstärksten Häfen

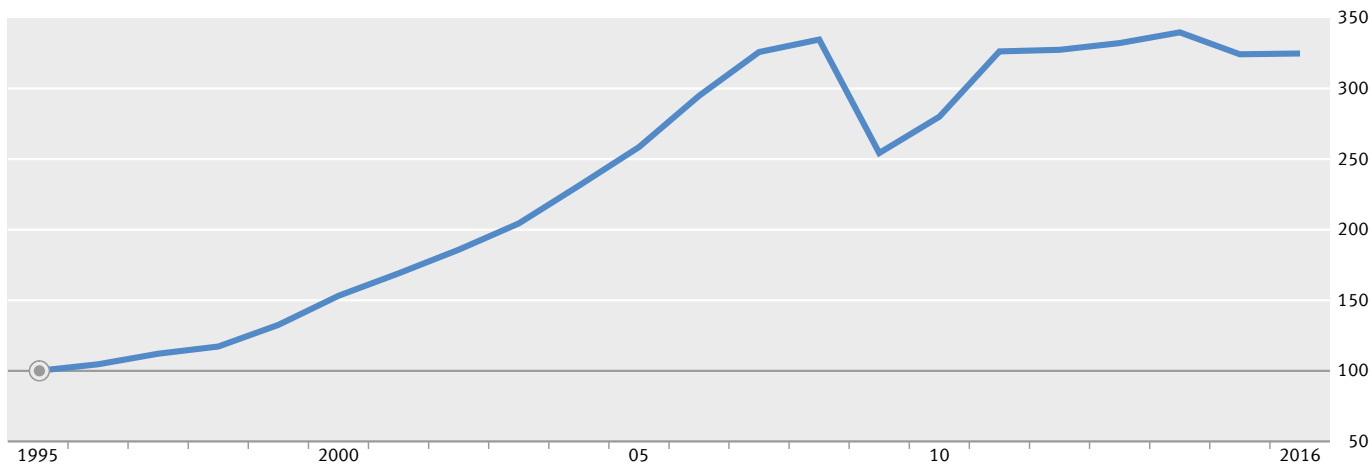
	2016	
	1 000 t	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1 Hamburg	120 319	0,1
2 Bremerhaven	52 294	5,1
3 Rostock	20 959	3,1
4 Wilhelmshaven	20 181	-13,0
5 Lübeck	15 510	-4,9
6 Bremen	12 174	-4,2
7 Brunsbüttel	8 847	6,9
8 Brake	6 324	-3,7
9 Bützfleth	5 625	2,8
10 Puttgarden/Fehmarn	5 209	10,1
11 JadeWeserPort	4 293	2,4
12 Kiel	4 263	10,8
13 Emden	4 249	1,8
14 Wismar	3 243	-12,4
15 Cuxhaven	2 685	6,2
16 Nordenham	1 827	-11,3
17 Sassnitz	1 339	23,1
18 Duisburg	1 107	17,2
19 Stralsund	865	-7,3
20 Vierow	599	-19,5

25.3.11 Containerumschlag im Seeverkehr
 – die 5 umschlagstärksten Häfen

	2016	
	1 000 TEU ¹⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1 Hamburg	8 929	0,9
2 Bremerhaven	5 510	0,8
3 JadeWeserPort	495	19,0
4 Lübeck	157	13,6
5 Cuxhaven	48	6,7

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Containerumschlag im Seeverkehr
 1995 = 100 (bezogen auf TEU)



Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe.
 Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

2017-01-0341

25 Transport und Verkehr

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.1 Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1991	2000	2010	2015	2016
	1 000 km				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	230,7	231,0	230,1	230,1
dar. Autobahnen	10,9	11,5	12,8	12,9	13,0
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	44,1	41,7	37,9
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,4
Bundeswasserstraßen	7,3	7,5	7,7	7,7	7,7
Rohrleitungen	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4

25.4.2 Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1.1.2016

	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Land(es)-, Staatsstraßen	Kreisstraßen
	km				
Deutschland	230 082	12 993	38 303	86 850	91 936
Baden-Württemberg	27 404	1 054	4 367	9 907	12 076
Bayern	41 887	2 515	6 106	14 409	18 857
Berlin	246	77	169	-	-
Brandenburg	12 233	805	2 751	5 707	2 970
Bremen	114	80	34	-	-
Hamburg	190	81	109	-	-
Hessen	16 093	988	3 001	7 184	4 920
Mecklenburg-Vorpommern . .	10 005	568	1 935	3 357	4 145
Niedersachsen	28 056	1 444	4 671	8 241	13 700
Nordrhein-Westfalen	29 554	2 222	4 454	13 102	9 776
Rheinland-Pfalz	18 383	877	2 881	7 248	7 377
Saarland	2 048	240	310	872	626
Sachsen	13 442	567	2 307	4 820	5 748
Sachsen-Anhalt	10 959	416	2 145	4 074	4 324
Schleswig-Holstein	9 873	538	1 544	3 667	4 124
Thüringen	9 595	521	1 519	4 262	3 293
	%				
Anteil an Straßen des überörtlichen Verkehrs	100	5,6	16,6	37,7	40,0

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

25.4.3 Schienen-Infrastruktur 2010

	Insgesamt	Eisenbahnen	Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	Industrieanschlussstrecken
	km			
Insgesamt	41 303	37 877	2 407	1 019
Schmalspur	874	358	501	15
Normalspur	40 430	37 520	1 907	1 003
dar. für Hochgeschwindigkeitsverkehr	2 369	2 369	-	-

Bei der **Normalspur** beträgt die Spurweite des Gleiskörpers 1,435 m. Kleinere Spurweiten werden als **Schmalspur** bezeichnet.

Eigentum sowie gepachtete oder regelmäßig betriebene fremde Strecke.

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände
25.4.4 Eisenbahn-Infrastruktur nach Ländern

	Streckenlänge in km			
	2005	2010	2013	2014
Insgesamt	38 206	37 877	37 860	37 775
Baden-Württemberg	4 110	4 098	4 105	4 105
Bayern	6 154	6 235	6 308	6 310
Berlin	607	601	580	580
Brandenburg	2 774	2 730	2 739	2 691
Bremen	168	164	164	163
Hamburg	282	356	350	347
Hessen	2 625	2 573	2 573	2 573
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 543	1 670	1 671	1 665
Niedersachsen	4 194	4 102	4 100	4 098
Nordrhein-Westfalen	5 910	5 423	5 373	5 356
Rheinland-Pfalz	2 062	2 052	2 057	2 057
Saarland	365	365	370	361
Sachsen	2 339	2 416	2 409	2 409
Sachsen-Anhalt	2 192	2 214	2 190	2 190
Schleswig-Holstein	1 283	1 278	1 278	1 277
Thüringen	1 598	1 601	1 594	1 594

25.4.5 Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

	Bestand am 1.1.			Neuzulassungen		
	2017	2016	Veränderung 2017 gegen- über Vorjahr	2016	2015	Veränderung 2016 gegen- über Vorjahr
	1 000		%	1 000		%
Krafträder	4 314,5	4 228,2	2,0	182,1	158,5	14,9
Pkw	45 803,6	45 071,2	1,6	3 351,6	3 206,0	4,5
Kraftomnibusse einschl. Obussen ...	78,9	78,3	0,8	6,7	6,1	8,9
Lkw	2 911,9	2 800,8	4,0	295,8	274,8	7,6
Zugmaschinen	2 170,3	2 141,5	1,3	78,5	80,8	-2,8
Übrige Kraftfahrzeuge	289,0	282,4	2,4	17,9	16,3	9,7
Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zusammen	55 568,3	54 602,4	1,8	3 932,5	3 742,5	5,1
Kraftfahrzeuganhänger	7 050,6	6 854,2	2,9	294,4	280,0	5,1

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.4.6 Bestand an Schiffen am 31.12.

	Binnenschiffe		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
	Frachtschiffe	Fahrgastschiffe	Frachtschiffe	Fahrgastschiffe
2000	2 448	924	689	131
2005	2 457	1 000	603	112
2010	2 357	980	571	92
2015	2 029	998	351	87
2016	330	83

Quellen: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

25.4.7 Bestand an Luftfahrzeugen am 31.12.

	Insgesamt	Flugzeuge mit einem Startgewicht			Hubschrauber
		bis 2t ¹	über 2t bis 20t	über 20t	
2000 ...	12 272	9 950	907	595	820
2005 ...	12 249	9 961	804	680	804
2010 ...	13 445	10 696	949	799	1 001
2015 ...	13 098	10 739	797	767	795
2016 ...	13 145	10 743	844	794	764

1 Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).
Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

25.5 Straßenverkehrsunfälle

25.5.1 Verunglückte 2016

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Darunter Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						Fußgänger/-innen ^{1,4}	Sonstige
		Krafträdern mit Versicherungs-kennzeichen ^{1,1}	Krafträdern mit amtl. Kenn-zeichen ^{1,2}	Pkw	Bussen	Güterkraftfahr-zeugen	Fahrrädern ^{1,3}		
Getötete									
Anzahl									
Insgesamt	3 206	68	536	1 531	4	133	393	490	51
unter 15	66	–	–	33	–	–	5	27	1
15 – 18	83	5	40	23	–	–	7	8	–
18 – 25	435	3	89	280	–	14	14	34	1
25 – 35	376	7	90	225	–	14	15	24	1
35 – 45	298	2	71	160	–	23	16	23	3
45 – 55	485	9	127	204	–	37	51	45	12
55 – 65	411	13	86	172	2	29	52	50	7
65 und mehr	1 049	29	33	433	2	16	232	278	26
Ohne Angabe	3	–	–	1	–	–	1	1	–
%									
Anteil an Getöteten insgesamt	100	2,1	16,7	47,8	0,1	4,1	12,3	15,3	1,6
Verletzte									
Anzahl									
Insgesamt	396 666	14 413	28 901	222 252	5 528	9 350	80 881	31 303	4 038
unter 15	28 481	125	150	11 054	990	79	9 232	6 573	278
15 – 18	19 281	3 141	4 738	4 870	219	75	4 666	1 465	107
18 – 25	65 473	2 258	4 604	45 583	349	1 047	8 151	3 023	458
25 – 35	70 436	1 882	4 308	45 614	556	2 169	11 891	3 438	578
35 – 45	52 295	1 572	3 118	32 758	543	1 988	8 989	2 804	523
45 – 55	64 364	2 393	5 841	35 605	834	2 300	12 938	3 699	754
55 – 65	45 871	1 703	4 361	23 402	735	1 388	10 556	3 214	512
65 und mehr	49 198	1 203	1 612	23 211	1 285	299	13 912	6 879	797
Ohne Angabe	1 267	136	169	155	17	5	546	208	31
%									
Anteil an Verletzten insgesamt	100	3,6	7,3	56,0	1,4	2,4	20,4	7,9	1,0

1 Einschl. E-Bikes und drei- und leichten vierradrigen Kfz.

2 Einschl. drei- und leichten vierradrigen Kfz.

3 Einschl. Pedelecs.

4 Einschl. Fußgänger/-innen mit Sport- und Spielgeräten.

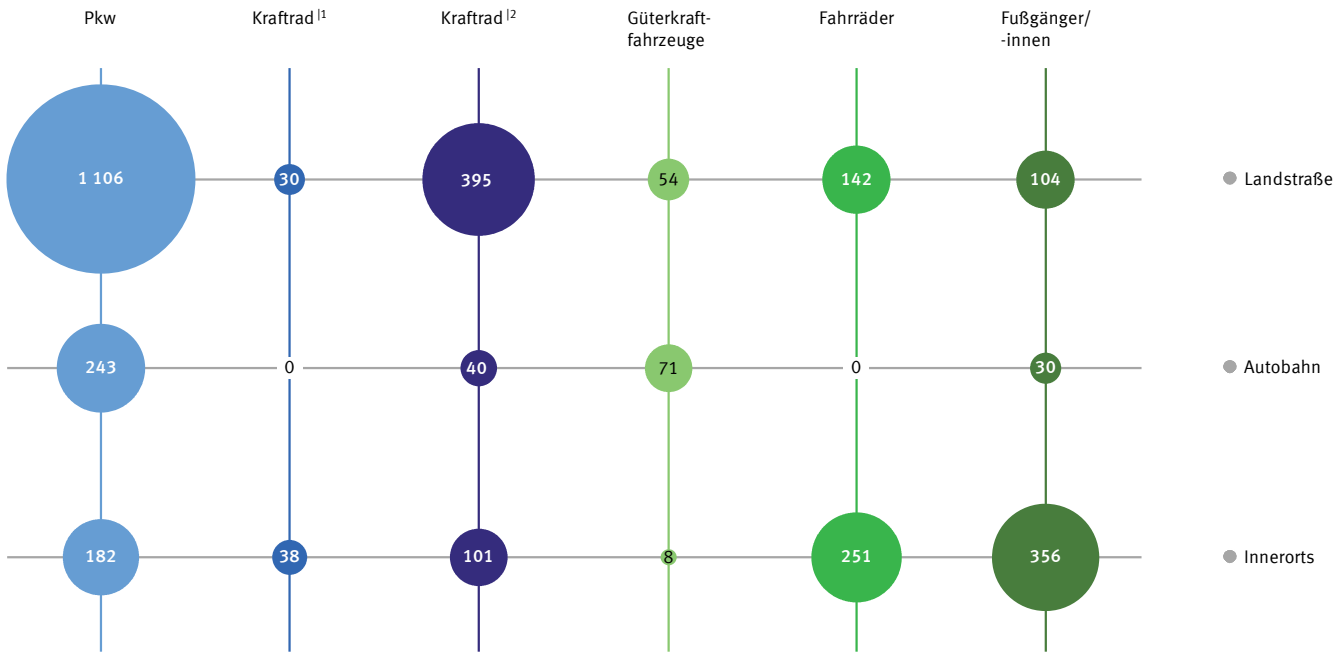
25.5.2 Unfälle und Verunglückte im Zeitvergleich

	1970	1990	2000	2010	2015	2016	Veränderung 2016 gegenüber Vorjahr in %
Polizeilich erfasste Unfälle	1 392 007	2 010 575	2 350 227	2 411 271	2 516 831	2 585 327	2,7
davon:							
Unfälle mit Personenschaden	377 610	340 043	382 949	288 297	305 659	308 145	0,8
davon:							
Innerorts	254 198	218 177	245 470	195 833	209 821	211 686	0,9
Außerorts ohne Autobahnen	107 762	97 559	111 901	73 635	75 725	75 266	-0,6
Auf Autobahnen	15 650	24 307	25 578	18 829	20 113	21 193	5,4
Unfälle mit Sachschaden	1 014 397	1 670 532	1 967 278	2 122 974	2 211 172	2 277 182	3,0
davon:							
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne ¹	X	X	107 582	92 107	68 776	71 638	4,2
Sonstige Sachschadensunfälle	X	X	1 859 696	2 030 867	2 142 396	2 205 544	2,9
Verunglückte insgesamt	550 988	456 064	511 577	374 818	396 891	399 872	0,8
davon:							
Getötete	19 193	7 906	7 503	3 648	3 459	3 206	-7,3
Schwerverletzte	164 437	103 403	102 416	62 620	67 706	67 426	-0,4
Leichtverletzte	367 358	344 755	401 658	308 550	325 726	329 240	1,1

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

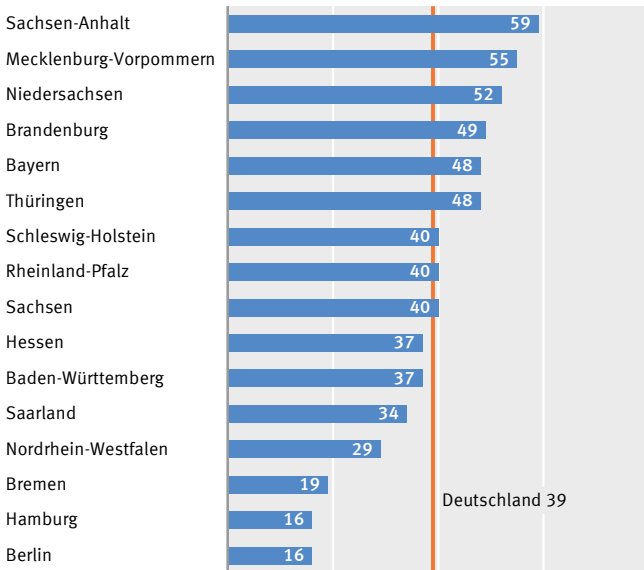
1 Bis 1994 Abgrenzung der Unfälle nach Schadenshöhe, ab 1995 Unfälle in Verbindung mit einem Straftatbestand oder einer Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. – Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sind in „sonstige Sachschadensunfälle“ enthalten.

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach ausgewählten Verkehrsbeteiligungsarten und Unfallort 2016



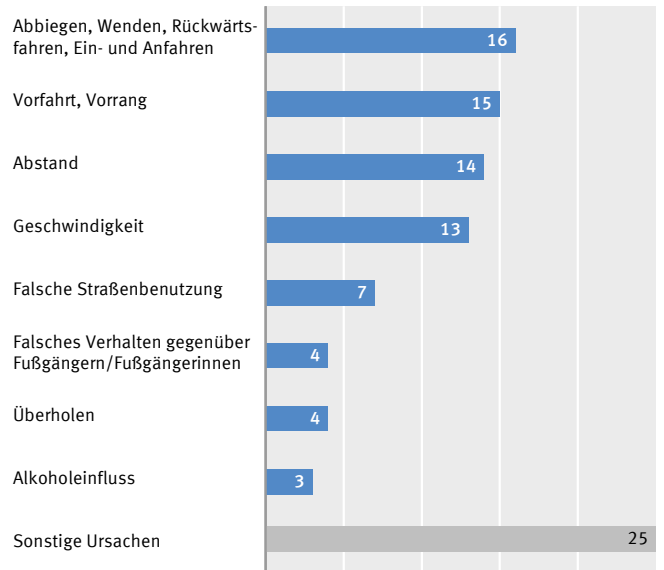
1 Mit Versicherungskennzeichen.
2 Mit amtlichen Kennzeichen.

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Ländern 2016
je 1 Mill. Einwohner/-innen



Bevölkerungsstand: 31.12.2015, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Fehlverhalten der Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer bei Unfällen mit Personenschaden 2016
in %



Methodik

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Berufstätigen, Reisenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern) gewährleistet arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über Verkehrsunternehmen und das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Der Verkehrssektor kann institutionell und funktional abgegrenzt werden. In der **institutionellen** Darstellung liegen Informationen zu Unternehmen vor, die mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Verkehrsbereichen tätig sind. Das sind diejenigen Unternehmen, die als Haupttätigkeit Güter- oder Personenbeförderung ausüben oder die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr (z. B. Betrieb von Häfen, Flughäfen, Lagerei). Dabei werden Angaben für das gesamte Unternehmen ausgewiesen. Die Angaben umfassen also auch z. B. die Umsätze und tätigen Personen in Nebentätigkeiten außerhalb der Verkehrstätigkeiten, ohne dass der Verkehrsanteil erkennbar wäre. Unternehmen, die Verkehrstätigkeiten als Nebentätigkeit betreiben, sind anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet. Sie sind daher nicht in den Ergebnissen enthalten. Den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 liegt eine institutionelle Abgrenzung zugrunde.

Die weiteren Tabellen dieses Kapitels orientieren sich an der Tätigkeit „Transport“ (**funktionale** Darstellung) und den dafür erforderlichen unmittelbaren Voraussetzungen bzw. den Auswirkungen, die sich durch den Verkehr ergeben. Sie umfassen dabei alle wichtigen Angaben, insbesondere zu Verkehrsleistungen (beförderte Personen und Güter), zur Verkehrsinfrastruktur und den Verkehrsmittelbeständen sowie zum Unfallgeschehen. In die funktionale Darstellung der Verkehrsleistungsstatistiken werden diejenigen Unternehmen einbezogen, die eine bestimmte Transporttätigkeit ausüben – unabhängig davon, ob diese Transporttätigkeit die Haupttätigkeit, eine Nebentätigkeit oder eine Hilfstätigkeit (z. B. Werkverkehr von Unternehmen des Handels) der Unternehmen darstellt. In der funktionalen Darstellung geht es auch bei der Verkehrsinfrastruktur, den Verkehrsmittelbeständen und den Unfällen immer um eine Gesamtabbildung dieser Tatbestände in Deutschland, unabhängig von eventuellen institutionellen Zuordnungen.

■ Institutionelle Verkehrsstatistik

Unternehmensdaten im Verkehr

Die Angaben zu den Unternehmen in den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 dieses Kapitels stammen aus der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 27 „Weitere Dienstleistungen“.

■ Funktionale Verkehrsstatistik

Die verkehrszweigspezifisch konzipierten amtlichen funktionalen Statistiken des Verkehrs – von Eisenbahnen, auf Straßen, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Luftverkehr und in Rohrleitungen – bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Verkehrspolitik. Dies umfasst z. B. die Planung infrastruktureller Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplanung), die Verkehrssicherheitspolitik sowie die Vorbereitung und Durchführung internationaler Verhandlungen. Außerdem erfüllen die amtlichen Verkehrsstatistiken internationale Verpflichtungen zur Datenlieferung. Sie sind ebenfalls Bestandteil der politischen Arbeit von verkehrswirtschaftlichen Verbänden, von Tarifparteien, von wissenschaftlichen Instituten sowie von anderen Forschungsinstitutionen.

Die **Verkehrsleistungsstatistiken** bilden den Schwerpunkt der amtlichen funktionalen Verkehrsstatistik. Sie werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt sowie für den Straßengüterverkehr vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die Verkehrsleistungsstatistiken weisen die Beförderungsmenge bzw. das Beförderungsaufkommen im Güter- und Personenverkehr (Tonnen/Personen) nach sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer/Personenkilometer). Dies

geschieht in regionaler Gliederung sowie im Güterverkehr in güterspezifischer Gliederung. Die Leistungsstatistiken des Personenverkehrs erfassen grundsätzlich beförderte Personen als Beförderungsfälle. Dies bedeutet, dass eine Person mehrfach gezählt wird, wenn sie im Berichtszeitraum mehrere Fahrten unternommen hat. Die beförderten Güter werden mit ihrem Gewicht nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen der durchgeführten Beförderungen. Eine wichtige Untergliederung der veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistiken bilden die Hauptverkehrsverbindungen.

Die Angaben der amtlichen Statistik zum Personen- und Güterverkehr entstammen einem in sich abgestimmten System von Erhebungen, auch wenn die verkehrstatistischen Daten für die einzelnen Verkehrszweige getrennt erfasst, aufbereitet und dargestellt werden. Insbesondere die gleiche Rechtsgrundlage, die Erhebung vergleichbarer Merkmale sowie die Anwendung einheitlicher Güter- und Regionalsystematiken (z. B. des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) stellen die Einheitlichkeit der Darstellung in Bezug auf verkehrszweigübergreifende Fragestellungen und die zeitliche Vergleichbarkeit sicher. Die Ergebnisse der monatlichen oder vierteljährlichen Verkehrsleistungsstatistiken stehen mit hoher Genauigkeit ca. 30 bis 60 Tage nach Ende des Berichtszeitraums zur Verfügung. Rechtsgrundlage für die Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrstatistikgesetz – VerkStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Angaben zum motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern ermittelt nicht die amtliche Statistik, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Unter der Zielsetzung der funktionalen Verkehrsstatistik sind auch die **Registerstatistiken** einzuordnen, vor allem die Statistiken zu den Kraftfahrzeugen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) durchführt. Auch in anderen Bereichen ergänzen Auswertungen von Verwaltungsregistern die Erhebungen, insbesondere zur Infrastruktur und zum Verkehrsmittelbestand. Zu erwähnen sind hier die Angaben zum Bestand an Binnenschiffen, Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs.

■ Personenverkehr

Das Berichtssystem über den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen besteht aus vierteljährlichen, jährlichen und fünfjährigen Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und Erhebungen im Schienenfernverkehr andererseits. Methodisch sind die Statistiken in den beiden genannten Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr werden Unternehmen befragt, die Personennahverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) oder mit Straßenbahnen (einschließlich Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) betreiben bzw. Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibussen und Obussen). Die Erhebungen umfassen nicht nur die Unternehmen, die eine Konzession für die Personenbeförderung haben. Sie enthalten auch die Subunternehmen, die im Auftrag eines anderen Unternehmens, das über eine Konzession verfügt, Personen befördern. Erhebungsbereich und Fragenprogramme sind – abhängig von der Größe der Unternehmen – unterschiedlich abgegrenzt, um kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. So umfasst die jährliche Erhebung alle Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen und eine Stichprobe der kleineren Unternehmen. Im Schienenfernverkehr werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.

Die hier dargestellte Verkehrsleistungsstatistik der **Luftfahrt** erfasst die Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen, die mindestens 150 000 Passagiere pro Jahr aufweisen (Inlandskonzept). Für diese Hauptverkehrsflughäfen werden außerdem für Luftfahrzeuge, Personen und Güter

(Fracht und Post) die Herkunfts- und Zielflugplätze ermittelt. Die Darstellung des Personen- und Güterverkehrs ist auf den gewerblichen Luftverkehr beschränkt. Überflüge über das Inland werden nicht erhoben.

Im Seeverkehr wird der Personenverkehr seit dem Jahr 2000 erhoben und ausgewertet. Weitere Informationen zum Erhebungssystem finden Sie unter *Güterverkehr*.

Die Angaben zum **motorisierten Individualverkehr** mit Pkw und Zweirädern (MIV) berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich in einem Personenverkehrsmodell. Für die Ermittlung der beförderten Personen und der Beförderungsleistungen wird dabei eine Vielzahl von Datenquellen ausgewertet.

■ Güterverkehr

Die Angaben zum **Eisenbahngüterverkehr** entstehen aus einem in sich abgestimmten System von Erhebungen. Erhoben werden monatlich und jährlich Angaben vor allem zur Beförderungsmenge und Beförderungsleistung. Kleinere Unternehmen werden dabei nur jährlich mit einem verkürzten Erhebungsprogramm einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen, die auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs eine jährliche Verkehrsleistung von mindestens 10 Millionen Tonnenkilometern oder von einer Million Tonnenkilometern im „Kombinierten Verkehr“ aufweisen.

Für den **Straßengüterverkehr** erfasst eine Stichprobenerhebung die Verkehrsleistungen deutscher Lastkraftfahrzeuge laufend. Die Ergebnisse werden monatlich und jährlich veröffentlicht. In die Erhebung einbezogen sind sowohl der gewerbliche Straßengüterverkehr als auch der Werkverkehr. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt die Erhebung durch. Von der Erhebung des KBA grundsätzlich ausgenommen sind die Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- oder Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Tabelle 25.3.4 dieses Kapitels zeigt daher die Transporte deutscher Lkw im In- und Ausland (Inländerkonzept). Auch die übrigen Staaten der Europäischen Union sind verpflichtet, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) entsprechende Ergebnisse für ihre nationalen Lkw zu liefern. Unter Heranziehung dieser Daten sowie weiterer Quellen für Nicht-EU-Staaten (z. B. aus der Mautstatistik) ermittelt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auch Angaben zum Verkehr in- und ausländischer Lkw in Deutschland (Inlandskonzept). Diese stellt Tabelle 25.3.1 dar.

Die Statistik des **Güterverkehrs der Binnenschifffahrt** umfasst Umschlag und Transporte in- und ausländischer Schiffe auf Binnengewässern des Inlandes (Inlandskonzept). Auskunftspflichtig sind die Fracht- bzw. Schiffsführerinnen und -führer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen bei allen Be- und Entladevorgängen in deutschen Binnenhäfen. Nicht einbezogen ist der Verkehr der Binnenfischerei, der Nassbaggerei, Fähr- und Hafenverkehr sowie Transporte für den Schiffsbetrieb (Treibstoff, Proviant u. Ä.). Der Durchgangsverkehr wird den Meldungen der Wasserstraßenverwaltung des Bundes entnommen.

Die **Seeverkehrsstatistik** umfasst sämtliche Ankünfte und Abgänge von deutschen und ausländischen (See-) Schiffen in Häfen, wenn die Fahrt ganz oder teilweise auf See stattfindet (Inlandskonzept). Somit enthält sie auch den Seeverkehr der Binnenhäfen. Die See wird dann befahren, wenn die Fahrt nicht ausschließlich auf Binnenwasserstraßen (Flüsse und Kanäle) im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes stattfindet. Auskunftspflichtig zur Statistik des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See sind die Verfrachterinnen und Verfrachter, die Schiffsführerinnen und Schiffsführer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen. Das Jahrbuch weist für den Seeverkehr generell die Bruttogewichte der Güter nach, also die Nettogewichte einschließlich der Verpackung der Güter, jedoch ohne die Gewichte der Ladungsträger (z. B. Container), in denen die Güter befördert werden.

Die Statistik der **Transporte in Rohrleitungen** weist den Eingang von Rohöl in Raffinerien nach. Diesen übermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

dem Statistischen Bundesamt in monatlicher und jährlicher Periodizität. Der Transit und andere Beförderungsmengen, die nicht zu Raffinerien befördert werden, bleiben unberücksichtigt.

■ Infrastruktur und Fahrzeugbestände

Die Statistik der **Straßen des überörtlichen Verkehrs** erstellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Straßen des überörtlichen Verkehrs sind Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Nicht enthalten sind Gemeindestraßen. Deren Länge wurde zuletzt 1993 ermittelt und betrug damals 413 000 Kilometer.

Die **Schieneinfrastrukturstatistik** führt das Statistische Bundesamt bei Unternehmen durch, die Schienenstrecken des öffentlichen Verkehrs im Inland betreiben (Infrastrukturunternehmen). Streckenneubauten und -stilllegungen werden jährlich erfragt, weitere Infrastrukturangaben (Streckenlängen, Bahnübergänge, Bahnhöfe etc.) fünfjährlich.

Bestand und Neuzulassungen von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern** werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt. Das Zentrale Fahrzeugregister basiert seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Erfasst werden zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland.

Der **Binnenschiffsbestand** entstammt der Binnenschiffsbestandsdatei deutscher Schiffe, die die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest führt. Die Datei enthält keine Schiffe, die von deutschen Unternehmen eingesetzt werden, aber im Ausland registriert sind. Zum **Seeschiffsbestand** gehören nur die Schiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Die im Ausland registrierten Schiffe deutscher Schiffsgeberinnen und -geber sind somit nicht darin enthalten. Die Zahlen ermittelt das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Den **Luftfahrzeugbestand** ermittelt das Luftfahrt-Bundesamt aus der bei ihm geführten Luftfahrzeugrolle. In dieser Luftfahrzeugrolle sind Luftfahrzeuge inländischer Eigentümerinnen und Eigentümer (Unternehmen und Privatpersonen) eingetragen. Der Bestand umfasst auch in das Ausland vermietete Luftfahrzeuge.

■ Straßenverkehrsunfälle

Als **Straßenverkehrsunfälle** werden alle Unfälle erfasst, die von der Polizei registriert wurden und bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen entweder Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstanden ist. Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamtinnen und Beamte den Unfall aufgenommen haben. Unfälle, zu denen die Polizei nicht hinzugezogen wurde, werden folglich nicht nachgewiesen. Die Polizeidienststellen melden die Daten an die amtliche Statistik. Nachgewiesen werden die Straßenverkehrsunfälle nach dem Inlandskonzept. Dies bedeutet, es werden – unabhängig von der Nationalität der Unfallbeteiligten – nur die Unfälle registriert, die sich auf deutschen Straßen ereigneten, bzw. nur die Verunglückten erfasst, die hier zu Schaden kamen.

Dieses Kapitel weist nur das Unfallgeschehen für die Straßenverkehrsunfälle nach. Angaben zu Schienenverkehrsunfällen (Erhebung des Statistischen Bundesamtes) sowie zu Unfällen im Luftverkehr (Angaben der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung) liegen ebenfalls vor. Sie finden diese in der Fachserie „Verkehrsunfälle“ (siehe auch „Mehr zum Thema“) sowie unter www.destatis.de > Transport und Verkehr > Verkehrsunfälle.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Beförderte Personen | Die Zahl der beförderten Personen (Fahr- oder Fluggäste) spiegelt in der Verkehrsstatistik im Regelfall die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt.

Beförderungsleistung im Güterverkehr | Dies ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr | Diese wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reisedistanzen). Fahren z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Beförderungsmenge im Güterverkehr | Als Beförderungsmenge wird das Gewicht der beförderten Güter bezeichnet. Das Beförderungsgewicht wird einheitlich in allen amtlichen Güterverkehrsstatistiken einschließlich Verpackungsgewicht erhoben. Mit Ausnahme der Seeschifffahrt wird zudem das Gewicht von Ladungsträgern (z. B. Containern) in die Gesamttonnage einbezogen.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Containerumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Container, die üblicherweise in der Einheit TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) angegeben wird. Hierbei werden Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach. Über die Einheit TEU können unterschiedliche Containergrößen vergleichbar gemacht werden. Ein TEU entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40'): 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Gütergliederung | Die Gütergliederung sämtlicher amtlicher funktionaler Verkehrsstatistiken basiert ab Berichtsjahr 2008 auf dem „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007)“. Es umfasst 20 Güterabteilungen und 81 Gütergruppen. Für Querschnittspublikationen wie das Statistische Jahrbuch gibt es daneben Zusammenfassungenpositionen der NST-2007-Abteilungen. In dieser Publikation werden die Ergebnisse nach 10 zusammengefassten Güterabteilungen nachgewiesen.

Güterumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Güter. Im Unterschied zur Güterbeförderung werden beim Güterumschlag Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach.

Hauptverkehrsverbindungen | Innerdeutscher Verkehr (Verkehr innerhalb Deutschlands), grenzüberschreitender Verkehr (Empfang oder Versand) und Durchgangsverkehr (Transit) bilden die sogenannten Hauptverkehrsverbindungen, auch Hauptverkehrsbeziehungen oder Hauptverkehrsrelationen genannt. Generell werden beim innerdeutschen Verkehr die Transportvorgänge innerhalb Deutschlands nachgewiesen. Grenzüberschreitender Verkehr ist der Verkehr Deutschlands mit dem Ausland, Durchgangsverkehr der Verkehr zwischen Gebieten außerhalb Deutschlands durch Deutschland.

Kfz-Bestand | Zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland zählen zum Kfz-Bestand. Nicht einbezogen sind Fahrzeuge der Bundeswehr, Fahrzeuge mit rotem bzw. Kurzzeitkennzeichen sowie Ausfuhrkennzeichen und – ab Berichtsjahr 2000 – vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge.

Kfz-Neuzulassungen | Hierunter ist die erstmalige Registrierung eines fabrikneuen Fahrzeugs zu verstehen, das in Deutschland ein amtliches Kennzeichen erhalten hat und somit berechtigt ist, am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen.

Kombinierter Verkehr | Dabei wird der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik | Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Transport und Verkehr* finden Sie hauptsächlich unter dem Menüpunkt > Themen, Code 46, Strukturdaten zu *Unternehmen* daneben unter Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmensdaten im Verkehr

Fachserie 9 Dienstleistungen

Reihe 4.1 | Strukturserhebung im Dienstleistungsbereich – Verkehr und Lagerei

Fachberichte

| Verkehr und Lagerei

■ Personenverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 3.1 | Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

■ Güterverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.3 | Kombiniertes Verkehr

Reihe 1.4 | Gefahrguttransporte

Reihe 2 | Eisenbahn

Reihe 4 | Binnenschifffahrt

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 10/12 | Gefahrguttransporte 2010

Heft 3/14 | Kombiniertes Verkehr 2012

Heft 1/16 | Güterverkehr in Deutschland 2015

■ Straßenverkehrsunfälle

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 7 | Verkehrsunfälle

Fachberichte

| Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2015 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 12.7.2016)

| Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln im Straßenverkehr

| Kinderunfälle im Straßenverkehr

| Unfälle von 15- bis 17-Jährigen im Straßenverkehr

| Unfälle von 18- bis 24-Jährigen im Straßenverkehr

| Unfälle von Frauen und Männern im Straßenverkehr

| Unfälle von Güterkraftfahrzeugen im Straßenverkehr

| Unfälle von Kraftomnibussen im Straßenverkehr

| Unfälle von Senioren im Straßenverkehr

| Unfallentwicklung auf deutschen Straßen

| Verkehrsunfälle – Zeitreihen

| Zweiradunfälle im Straßenverkehr

Mehr zum Thema

■ Straßenverkehrsunfälle

WISTA – Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/10 | Unfallstatistik – Verkehrsmittel im Risikovergleich
- Heft 1/15 | Welche Rolle spielt das Fahrzeug bei einem Verkehrsunfall?

■ Themenübergreifend

Broschüre

- | Verkehr auf einen Blick (2013)

Fachserie 8 Verkehr

- Reihe 1.1 | Verkehr aktuell
- Reihe 1.2 | Verkehr im Überblick
- Reihe 2.1 | Betriebsdaten des Schienenverkehrs
- Reihe 5 | Seeschifffahrt
- Reihe 6 | Luftverkehr
- Reihe 6.1 | Luftverkehr auf Hauptverkehrsflughäfen
- Reihe 6.2 | Luftverkehr auf allen Flugplätzen

IM FOKUS

- 11.2.2016 | Zugunglück: 2014 insgesamt 492 Zugunfälle mit Personenschaden
- 27.4.2016 | Besonders viele Alkoholunfälle am 1. Mai und an Vatertag
- 29.8.2016 | Schulkinder im Verkehr: Jungen verunglückten häufiger als Mädchen
- 29.12.2016 | Silvesternacht: 2015 die meisten Alkoholunfälle zum Jahreswechsel
- 12.1.2017 | Verkehrsunfälle: Freitag, der 13. ist ein Freitag wie jeder andere





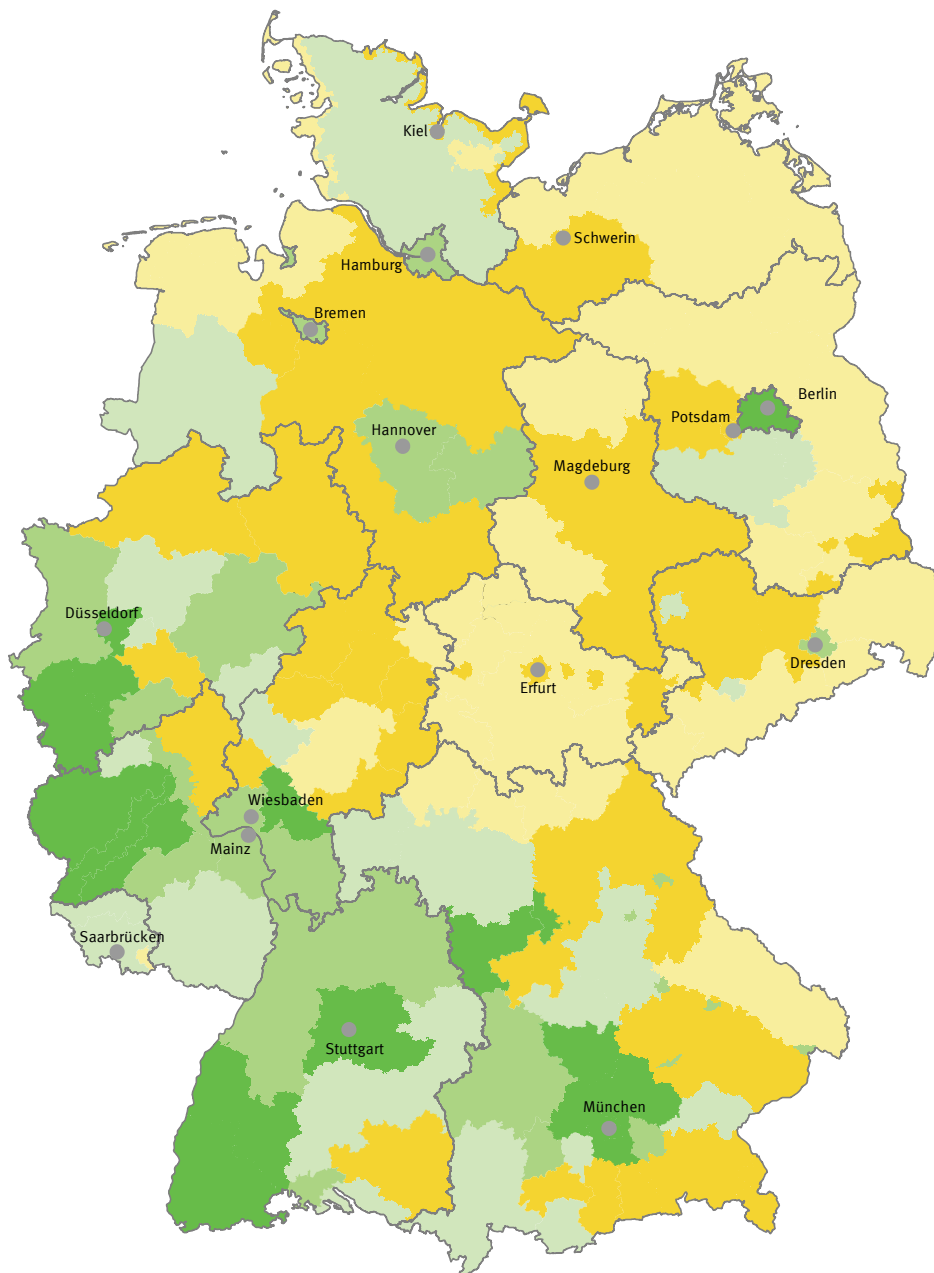
26 Gastgewerbe und Tourismus

2,2 Millionen Personen in **230 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der Personen in **Teilzeit** | **2015 Umsatz** von **84 Milliarden Euro** erzielt, davon **zwei Drittel** in der **Gastronomie**, ein **Drittel** im **Beherbergungsgewerbe** | **2016** übernachteten **172 Millionen Gäste** in Beherbergungsbetrieben | Im Durchschnitt blieben sie für **2,6 Nächte** | Jeder **fünfte Gast** stammte aus dem **Ausland**, jeder **achte ausländische Gast** aus den **Niederlanden**

<i>Seite</i>	
619	Auf einen Blick
	Tabellen
620	Gastgewerbe Strukturdaten der Unternehmen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen
621	Tourismus Beherbergungsbetriebe Ankünfte und Übernachtungen Die Top 50 im Städtetourismus Herkunftsländer der Gäste
624	Methodik
626	Glossar
628	Mehr zum Thema

Übernachtungen ausländischer Gäste in den Reisegebieten 2016
 Anteil an allen Übernachtungen, in %

0,5 bis 6
 über 6 bis 12
 über 12 bis 18
 über 18 bis 25
 über 25 bis 50



26.1 Gastgewerbe

26.1.1 Strukturdaten der Unternehmen im Gastgewerbe 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
I	Gastgewerbe	230 413	2 173 316	83 605	39 707	3 729
55	Beherbergung	47 387	553 550	28 574	14 210	1 971
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	35 667	484 472	25 592	12 712	1 673
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	8 892	51 346	2 130	1 038	169
55.3	Campingplätze	1 473	10 540	523	281	67
56	Gastronomie	183 026	1 619 766	55 031	25 497	1 758
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	131 845	1 136 031	38 675	17 636	1 309
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	15 354	259 428	10 618	5 351	283
56.3	Ausschank von Getränken	35 828	224 307	5 738	2 511	165

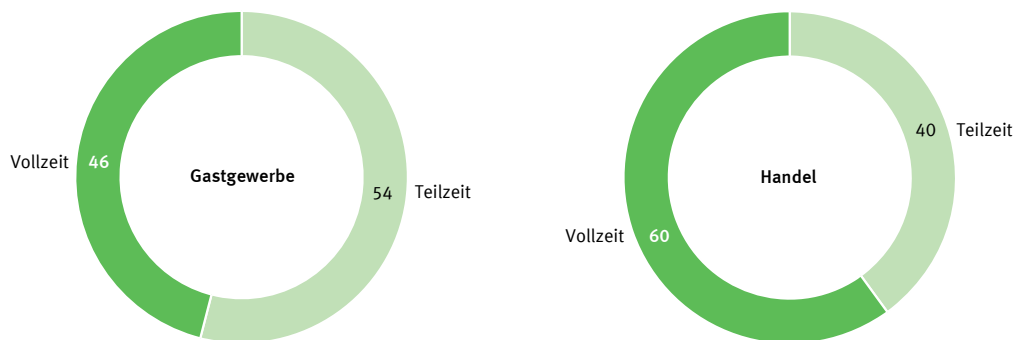
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

26.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Gastgewerbe 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
I	Gastgewerbe	83 605	101,6	54,1	47,5	30,1	16,4
55	Beherbergung	28 574	101,5	51,8	49,7	30,2	18,4
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	25 592	101,5	51,6	49,7	30,6	17,9
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	2 130	101,9	53,0	48,7	26,6	21,6
55.3	Campingplätze	523	98,9	45,7	53,7	25,0	28,3
56	Gastronomie	55 031	101,6	55,3	46,3	30,1	15,4
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	38 675	101,6	55,6	45,6	29,5	15,6
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	10 618	102,2	54,0	50,4	35,8	12,3
56.3	Ausschank von Getränken	5 738	100,7	55,7	43,8	23,4	20,0

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten im Vergleich zum Handel 2015 in %



2017 - 01 - 0344

26.2 Tourismus

26.2.1 Beherbergungsbetriebe, Schlafgelegenheiten und Kapazitätsauslastungen 2016

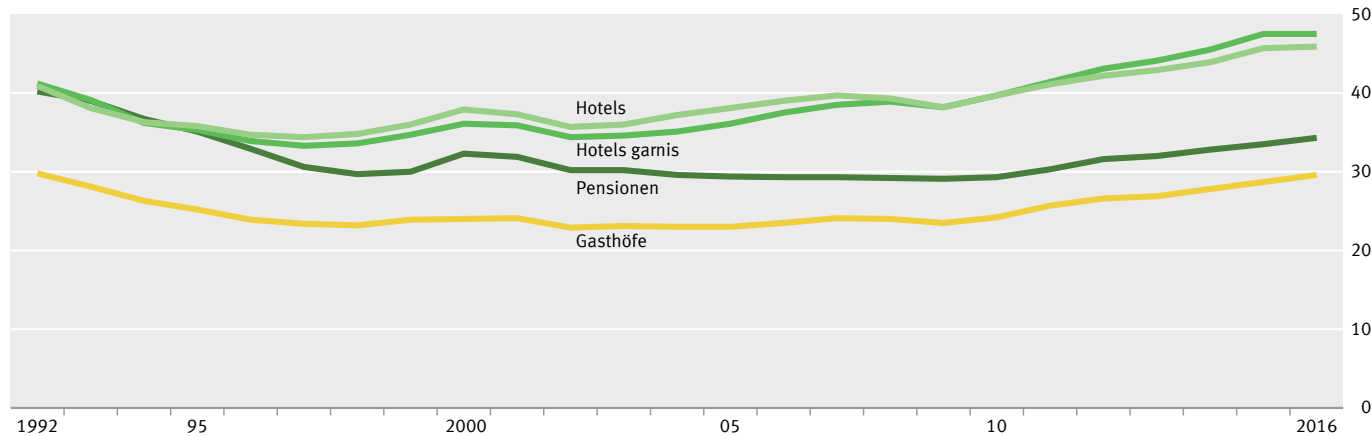
	Geöffnete Beherbergungsbetriebe ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Angebote Schlafgelegenheiten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ²
Insgesamt	50 728	- 1,0	3 566 749	- 0,2	37,9
nach Ländern					
Baden-Württemberg	6 644	- 0,9	396 111	0,4	39,2
Bayern	12 107	- 0,7	697 566	- 0,8	38,0
Berlin	789	- 3,1	143 765	2,0	59,7
Brandenburg	1 650	- 0,3	125 253	- 0,2	33,3
Bremen	115	- 3,4	14 746	- 1,0	44,6
Hamburg	362	2,8	60 769	2,9	60,2
Hessen	3 414	- 2,0	252 904	0,6	37,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 782	- 2,4	276 258	- 0,8	35,8
Niedersachsen	5 570	2,7	391 006	0,4	33,3
Nordrhein-Westfalen	5 110	- 2,2	368 127	- 1,6	37,9
Rheinland-Pfalz	3 481	- 1,6	232 188	0,4	29,4
Saarland	263	4,4	24 291	1,9	38,2
Sachsen	2 069	- 2,5	145 027	- 2,5	38,6
Sachsen-Anhalt	1 091	- 3,8	73 644	- 0,3	31,7
Schleswig-Holstein	3 952	- 2,9	256 594	- 0,5	37,0
Thüringen	1 329	- 0,1	108 500	1,4	34,1
nach Betriebsarten					
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	32 252	- 1,8	1 784 654	0,4	43,9
Hotels (ohne Hotels garnis)	12 940	- 1,6	1 112 836	0,4	45,9
Hotels garnis	7 123	- 1,6	372 866	2,2	47,5
Gasthöfe	7 075	- 2,9	176 610	- 2,1	29,6
Pensionen	5 114	- 1,3	122 342	- 1,8	34,3
Ferienunterkünfte und ähnliche					
Beherbergungsstätten	13 829	0,4	672 377	- 0,5	34,7
Erholungs- und Ferienheime	1 616	- 3,8	123 405	- 2,5	33,6
Ferienzentren	111	- 1,8	63 797	- 3,2	48,3
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	10 254	1,9	323 883	1,6	31,2
Jugendherbergen und Hütten	1 848	- 3,3	161 292	- 2,0	37,2
Campingplätze	2 919	1,6	879 176	- 0,8	13,1
Sonstige tourismusrelevante					
Unterkünfte	1 728	- 1,8	230 542	- 1,6	69,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	875	- 1,1	153 866	- 1,2	85,0
Schulungsheime	853	- 2,5	76 676	- 2,5	38,9

1 Stand: Juli.

2 Rechnerischer Wert (Übernachtungen/Bettentage) x 100.

Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten in der Hotellerie

in %

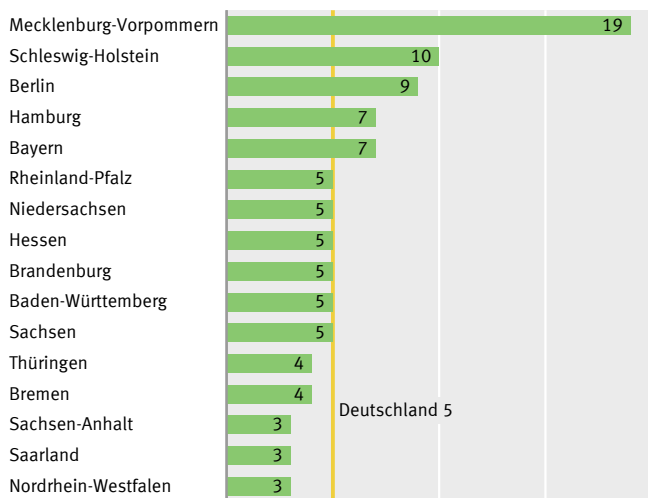


26.2 Tourismus

26.2.2 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2016

	Ankünfte		Darunter von Auslandsgästen		Übernachtungen		Darunter von Auslandsgästen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	171 564	2,9	35 555	1,7	447 178	2,5	80 788	1,4
nach Ländern								
Baden-Württemberg	20 982	3,0	4 929	1,4	52 043	2,5	11 207	0,7
Bayern	35 402	3,5	8 535	0,1	90 812	3,1	17 505	-0,3
Berlin	12 732	2,9	5 044	3,7	31 068	2,7	14 179	3,9
Brandenburg	4 780	2,6	422	1,1	12 880	2,9	970	1,0
Bremen	1 281	1,8	248	-1,2	2 403	1,2	486	-2,8
Hamburg	6 566	4,6	1 459	4,4	13 331	5,5	3 280	5,5
Hessen	14 517	1,4	3 727	1,7	32 591	1,3	7 283	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	7 566	2,3	380	1,1	30 292	2,8	1 034	1,2
Niedersachsen	14 097	4,9	1 529	3,3	42 767	3,5	3 696	1,2
Nordrhein-Westfalen	22 148	2,0	4 950	3,4	49 597	1,9	10 417	2,7
Rheinland-Pfalz	8 667	2,0	1 860	-1,2	21 889	0,6	5 288	-1,4
Saarland	1 021	3,8	165	2,1	3 020	1,3	469	1,1
Sachsen	7 492	1,2	874	0,6	18 750	0,1	1 891	-0,8
Sachsen-Anhalt	3 213	2,2	261	0,1	7 792	2,4	557	1,0
Schleswig-Holstein	7 352	4,6	917	-0,4	28 204	4,1	1 945	-1,5
Thüringen	3 748	1,0	257	3,9	9 739	-0,2	581	-0,5
nach Betriebsarten								
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	135 479	2,9	31 208	1,7	279 597	2,8	65 861	1,5
Hotels (ohne Hotels garnis)	91 586	2,7	22 229	1,6	183 724	2,8	45 349	1,3
Hotels garnis	30 051	4,1	7 038	2,5	62 991	3,5	15 883	2,2
Gasthöfe	8 763	1,5	1 203	-0,3	18 398	1,4	2 517	0,0
Pensionen	5 080	1,1	738	-0,2	14 484	1,1	2 112	1,5
Ferienunterkünfte und ähnliche								
Beherbergungsstätten	21 105	2,9	2 649	3,0	78 793	2,6	9 787	2,4
Erholungs- und Ferienheime	4 054	-0,6	101	-6,9	13 660	-0,6	424	-6,2
Ferienzentren	2 725	5,9	552	3,1	10 661	1,8	2 509	-1,3
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	6 365	7,0	649	6,5	34 463	5,3	3 418	6,5
Jugendherbergen und Hütten	7 961	0,7	1 347	2,1	20 009	0,8	3 436	2,6
Campingplätze	9 040	3,7	1 548	-1,3	30 462	4,3	4 299	-1,9
Sonstige tourismusrelevante								
Unterkünfte	5 940	0,8	150	8,2	58 326	0,2	841	-0,6
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 304	1,2	40	2,6	47 632	0,3	400	9,3
Schulungsheime	3 636	0,5	111	10,4	10 693	-0,2	441	-8,1

Tourismusintensität 2016
Übernachtungen je Einwohner/-in



Bevölkerung Stand 31.12. zum jeweiligen Vorjahr (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

2017 - 01 - 0346

26 Gastgewerbe und Tourismus

26.2 Tourismus

26.2.3 Die Top 50 im Städtetourismus 2016 – Ankünfte und Übernachtungen ab 100 000 Einwohner

	Ankünfte ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%
1 Berlin	12 732	2,9	31 068	2,7
2 München	7 042	1,3	14 041	-0,1
3 Hamburg	6 566	4,6	13 331	5,5
4 Frankfurt am Main	5 204	1,9	8 807	1,5
5 Köln	3 346	-2,9	5 775	-3,5
6 Düsseldorf	2 747	3,1	4 605	4,6
7 Dresden	2 092	0,5	4 273	-0,8
8 Stuttgart	1 998	5,4	3 706	4,1
9 Nürnberg	1 761	4,4	3 219	6,8
10 Leipzig	1 572	2,4	2 899	2,5
11 Hannover	1 326	1,4	2 240	0,4
12 Bremen	1 073	1,0	2 005	0,5
13 Rostock	759	2,1	1 967	1,8
14 Lübeck	732	-0,9	1 720	1,9
15 Bonn	818	4,0	1 539	2,9
16 Freiburg	761	0,8	1 438	-0,7
17 Heidelberg	716	-1,1	1 413	1,7
18 Essen	685	-1,1	1 384	-1,8
19 Münster	626	-1,6	1 323	-2,5
20 Mannheim	590	3,9	1 300	4,7
21 Wiesbaden	590	0,5	1 223	2,0
22 Dortmund	726	2,4	1 215	7,0
23 Potsdam	480	1,0	1 139	3,1
24 Karlsruhe	639	2,9	1 101	0,4
25 Regensburg	590	6,7	1 064	9,2
26 Aachen	511	4,1	989	1,6
27 XXX 2)	638	5,3	946	5,2
28 Würzburg	585	2,8	916	2,7
29 Kassel	500	-1,3	880	-2,7
30 XXX 2)	499	7,0	876	8,1
31 XXX 2)	441	1,0	814	2,6
32 XXX 2)	398	-1,3	771	0,8
33 Augsburg	430	-2,5	759	-0,6
34 Darmstadt	349	1,4	715	6,5
35 XXX 2)	361	3,8	685	-1,0
36 Bochum	374	0,9	642	2,0
37 Magdeburg	371	3,0	630	3,4
38 Bielefeld	333	8,9	620	8,2
39 Wuppertal	247	2,4	618	-1,0
40 Braunschweig	367	13,3	615	5,9
41 Ulm	380	2,2	611	1,0
42 Saarbrücken	324	2,4	545	1,3
43 Wolfsburg	324	-0,9	543	-2,3
44 Erlangen	265	5,2	526	1,7
45 Duisburg	242	13,0	516	12,8
46 Ingolstadt	295	4,2	513	1,1
47 Göttingen	286	7,6	503	4,4
48 Chemnitz	260	2,4	494	-5,9
49 Osnabrück	294	19,3	470	19,7
50 Oberhausen	220	8,1	465	4,2

1 In Beherbergungsbetrieben.

2 In dieser Stadt sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegt sie der statistischen Geheimhaltung.

26.2.4 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben nach dem Herkunftsland der Gäste 2016

Herkunftsland (Ständiger Wohnsitz)	Ankünfte	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	% ¹	%
Insgesamt	171 564	2,9	447 178	100	2,5
Deutschland	136 009	3,2	366 390	81,9	2,8
Ausland	35 555	1,7	80 788	18,1	1,4
Europa	26 245	2,4	59 581	73,7	1,9
dar.: Belgien	1 424	5,2	3 173	3,9	4,5
Bulgarien	96	2,0	292	0,4	4,7
Dänemark	1 593	2,5	3 320	4,1	0,9
Estland	51	1,2	101	0,1	2,5
Finnland	286	-2,5	616	0,8	-3,8
Frankreich	1 726	5,3	3 446	4,3	5,7
Griechenland	150	9,3	417	0,5	12,4
Irland	206	8,1	476	0,6	9,3
Island	40	12,9	103	0,1	10,9
Italien	1 652	-3,7	3 663	4,5	-3,2
Kroatien	100	11,0	330	0,4	14,6
Lettland	65	-2,5	136	0,2	-4,0
Litauen	88	-2,3	185	0,2	0,9
Luxemburg	272	2,3	610	0,8	1,9
Malta	25	25,8	66	0,1	19,0
Niederlande	4 477	3,5	11 255	13,9	0,7
Norwegen	419	-1,3	852	1,1	-2,8
Österreich	1 819	2,1	3 739	4,6	2,0
Polen	961	3,3	2 639	3,3	5,4
Portugal	160	10,4	397	0,5	4,4
Rumänien	271	7,5	883	1,1	10,1
Russische Föderation	607	-10,2	1 487	1,8	-12,1
Schweden	971	0,6	1 791	2,2	0,0
Schweiz	3 115	2,9	6 563	8,1	3,3
Slowakei	147	19,7	420	0,5	10,5
Slowenien	96	5,7	285	0,4	2,0
Spanien	1 209	5,2	2 798	3,5	5,5
Tschechische Republik	507	3,7	1 119	1,4	3,6
Türkei	341	10,9	795	1,0	9,8
Ukraine	136	14,7	320	0,4	11,6
Ungarn	264	-1,1	707	0,9	0,0
Vereinigtes Königreich	2 551	-0,3	5 599	6,9	1,0
Zypern	19	-13,9	52	0,1	-11,6
Sonstige europäische Länder zusammen	399	2,4	945	1,2	0,1
Afrika	263	-4,2	722	0,9	-6,4
dar.: Südafrika	77	-11,8	179	0,2	-5,8
Asien	4 346	-1,4	9 962	12,3	-1,1
dar.: Arabische Golfstaaten	673	-3,5	2 040	2,5	-6,9
China (einschl. Hongkong)	1 364	-2,2	2 582	3,2	1,6
Indien	231	8,8	749	0,9	8,1
Israel	323	3,7	1 002	1,2	0,9
Japan	545	-15,8	1 070	1,3	-11,8
Korea, Republik	320	8,1	618	0,8	5,8
Amerika	3 509	0,6	8 037	9,9	1,2
dar.: Kanada	277	-4,3	624	0,8	-4,3
Vereinigte Staaten	2 558	1,0	5 743	7,1	2,5
Mittelamerika/Karibik	126	6,5	305	0,4	-0,4
Brasilien	267	-13,8	670	0,8	-15,6
Australien, Ozeanien	370	-0,8	884	1,1	0,1
dar.: Australien	314	-1,0	757	0,9	-0,1
Ohne Angaben	823	4,0	1 602	2,0	2,8

1 Deutschland und Ausland: Anteil am „Insgesamt“; andere Länder bzw. Ländergruppen: Anteil am „Ausland“.

Methodik

Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann grundsätzlich aus institutioneller oder aus funktionaler Sicht betrachtet werden. Institutionell bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, deren Haupttätigkeit die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit ist. Dabei fließen in die Ergebnisse alle Angaben dieser Einheiten ein, also auch die Angaben aus anderen Tätigkeiten. Funktional bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, die diese Tätigkeit überhaupt ausüben, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um die Haupttätigkeit der Einheit handelt. Dabei fließen in die Ergebnisse nur die Angaben ein, die aus der zu untersuchenden Tätigkeit stammen.

In diesem Kapitel enthalten die Tabellen zum Gastgewerbe eine institutionelle Sicht, die Tabellen zum Tourismus dagegen eine funktionale.

■ Gastgewerbe

Die **Gastgewerbestatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweikklassifikation (NACE) definiert den Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik (Abschnitt I). Er untergliedert sich in die Abteilungen 55 „Beherbergungsstatistik“ und 56 „Gastronomie“. Die Statistik erfasst alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit anbieten (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbetätigkeiten überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, „Café-Konditorei“). Die Erhebung wird als Stichprobe bei höchstens 5 % der Unternehmen des Gastgewerbes durchgeführt. In der monatlichen Stichprobenerhebung sind rund 8 400 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz von 150 000 Euro repräsentiert.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Gastgewerbestatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung** im Gastgewerbe gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Gastgewerbe ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Gastgewerbestatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung** im Gastgewerbe stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Warenbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Die Erhebung erfasst weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben.

Nach § 11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da erfahrungsgemäß die Unternehmen die meisten der Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Monatserhebung im Gastgewerbe – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt aufgrund des großen Stichprobenumfangs. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Gastgewerbestatistik aufgrund der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsdaten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das Stichtagsprinzip, das in der Jahreserhebung angewendet wird. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgenannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Gastgewerbestatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

■ Tourismus

Die **Monatserhebung im Tourismus** ist die zentrale statistische Informationsquelle zum Inlandstourismus in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine Totalerhebung mit einer sogenannten Abschneidegrenze. Es werden also nur Betriebe betrachtet, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen.

Zweck der monatlichen Erhebung im Tourismus ist zum einen die kurzfristige Information über die konjunkturelle Entwicklung im Beherbergungsgewerbe. Darüber hinaus liefert sie aber auch Informationen über Strukturen des Inlandstourismus. Ihre Ergebnisse dienen als Grundlage für tourismuspolitische Entscheidungen, für infrastrukturelle Planungen sowie für Maßnahmen der Tourismuswerbung und der Marktforschung. Mit den Ergebnissen, die aus der Monatserhebung im Tourismus gewonnen werden, werden auch Datenlieferungsverpflichtungen gegenüber der EU erfüllt.

Rechtsgrundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Berichtspflichtig sind demnach alle Beherbergungsstätten und Campingplätze sowie die entsprechenden fachlichen Betriebsteile, die zehn und mehr Schlafgelegenheiten bzw. bei Campingplätzen zehn und mehr Stellplätze aufweisen.

Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab dem Berichtsjahr 1992 verfügbar und bis einschließlich dem Berichtsjahr 2010 vergleichbar. Ab dem Berichtsjahr 2011 weist die Zeitreihe einen Bruch auf. Grund ist die Einführung der EU-Verordnung über die europäische Tourismusstatistik. Dadurch musste ab dem Berichtsjahr 2012 die Abschneidegrenze für die Auskunftspflicht von 9 auf 10 Betten bzw. von 3 auf 10 Stellplätze erhöht werden. Damit die Ergebnisse des Jahres 2012 mit dem Vorjahr verglichen werden können (Stichwort „Veränderungsraten“), hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse des Jahres 2011 nachträglich auf die neue

Methodik

Abschneidegrenze umgerechnet. Dies hat zur Folge, dass der Bruch in den Zeitreihen, die seit 2012 (Monatsergebnisse) bzw. 2013 (Jahresergebnisse) veröffentlicht werden, schon ab dem Jahr 2011 und nicht erst ab 2012 auftritt.

Die Erhebung erstreckt sich auf die Gruppen 55.1 „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“, 55.2 „Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten“ und 55.3 „Campingplätze“ sowie auf Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (Wirtschaftsunterklasse 86.10.3) und auf Schulungsheime (Wirtschaftsklassen 85.53 und 85.59) der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008).

Erhebungsmerkmale der Monatserhebung im Tourismus sind die Zahl der Ankünfte und der Übernachtungen von Gästen. Bei Gästen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort außerhalb Deutschlands liegt, werden diese Angaben auch in der Unterteilung nach Herkunftsländern erfasst. Erhoben werden bei Betriebsstätten außerdem die Zahl der angebotenen Schlafgelegenheiten, bei Campingplätzen die Anzahl der Stellplätze und bei Betrieben der Hotellerie zusätzlich die Zahl der Gästezimmer am 31. Juli. Für Hotelleriebetriebe mit 25 und mehr Zimmern wird außerdem monatlich die Auslastung der Gästezimmer erhoben. Im Bereich des Campings wird nur das Urlaubscamping erhoben, nicht jedoch das Dauercamping.

Die Aktualität der Ergebnisbereitstellung ist ein wesentliches Qualitätskriterium für die monatliche Tourismusstatistik. Ein erstes vorläufiges Bundesergebnis wird als Pressemitteilung innerhalb von 40 Tagen nach Ablauf des Berichtsmonats veröffentlicht. Die über das Internet verbreitete Fachserienveröffentlichung mit tief gegliederten, endgültigen Ergebnissen erscheint jeweils vor dem Ende des zweiten Monats, der auf den Berichtsmonat folgt. Das Jahrbuch weist einen Teil der Jahresergebnisse der Monatserhebung im Tourismus in den vorliegenden Tabellen nach.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Angebotene Schlafgelegenheiten | Anzahl der Schlafgelegenheiten, die am letzten Öffnungstag eines Beherbergungsbetriebes im Berichtsmonat tatsächlich angeboten wurden.

Ankünfte | Zahl der Anmeldungen von Gästen in einem Beherbergungsbetrieb innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt eine Schlafgelegenheit belegten.

Beherbergungsbetriebe | Örtliche Einheiten, die Gästen im privaten oder geschäftlichen Reiseverkehr eine Übernachtungsmöglichkeit bereitstellen. Man unterscheidet dabei zwischen Beherbergungsstätten mit einem Angebot an Schlafgelegenheiten (z. B. Hotels und Pensionen) und Stellplätzen (Campingplätze). Zu den Beherbergungsbetrieben zählen auch Unterkünfte, die die Gästebeherbergung nur als Nebenerwerb betreiben.

Beherbergung im Reiseverkehr | Unterbringung von Personen, die sich nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeitaktivitäten veranlasst sein, aber auch aufgrund geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder sonstige Gründe.

Beherbergungsstätten | Betriebe der Hotellerie, Pensionen, Ferienunterkünfte, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken und Schulungshome. Zusammen mit den Campingplätzen bilden sie die Gesamtheit der Beherbergungsbetriebe.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Campingplätze | Abgegrenzte Gelände, die zum vorübergehenden Aufstellen von Wohnwagen, Wohnmobilen und Zelten allgemein zugänglich sind. In der Monaterhebung im Tourismus werden nur Campingplätze berücksichtigt, die Urlaubscamping anbieten, nicht aber sogenannte Dauercampingplätze. Die Unterscheidung zwischen Urlaubs- oder Dauercampingplätzen bezieht sich auf die vertraglich vereinbarte Dauer der Campingplatzbenutzung. Im Urlaubscamping wird der Stellplatz in der Regel für die Dauer von Tagen oder Wochen gemietet, im Dauercamping dagegen zumeist auf Monats- oder Jahresbasis.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | Verhältnis der Übernachtungen zur Anzahl der Ankünfte (Übernachtungen/Ankünfte). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kann zum Beispiel in Orten mit Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rechnerisch höher sein, als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums, da sich in solchen Beherbergungsstätten manche Gäste und Patienten mehr als einen Kalendermonat aufhalten.

Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten | Rechnerischer Wert, der die Inanspruchnahme der Schlafgelegenheiten in einem Berichtsmonat ausdrückt. Die prozentuale Angabe wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die sogenannten „Bettentage“ geteilt wird. Letztere sind das Produkt aus angebotenen Schlafgelegenheiten und der Zahl der Tage, an denen ein Betrieb im Berichtszeitraum tatsächlich geöffnet hatte. Berechnung: (Übernachtungen/angebotene Bettentage) x 100.

Erholungs- und Ferienheime | Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen, zum Beispiel Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern, Betreuten sozialer Einrichtungen, zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nur an Hausgäste abgegeben.

Ferienhäuser, -wohnungen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nicht abgegeben, aber eine Kochgelegenheit ist vorhanden.

Ferienzentren | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und die dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs sowie von Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen, zum Beispiel Massagieinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur, und zur aktiven Freizeitgestaltung, wie beispielsweise Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-Dich-Anlagen.

Gastgewerbe | Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten. Zum Gastgewerbe gehören auch Kantinen und Catering-Unternehmen. Unternehmen mit Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen bieten entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit an (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder sie geben Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle ab. Nicht zum Gastgewerbe zählen Trink- und Imbisshallen, die Zeitungen, Süßwaren, Tabakwaren, Andenken und dergleichen verkaufen. Sie zählen zum Einzelhandel.

Gasthöfe | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen, außer einem auch für Passanten zugänglichen Gastraum, in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Herkunftslander | Erhebungs- und Gliederungsmerkmal für die Ergebnisse der Monaterhebung im Tourismus. Maßgebend für die Zuordnung zum Herkunftsland ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Gastes, nicht aber dessen Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität.

Hotels | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen auch für Passantinnen und Passanten ein Restaurant vorhanden ist. In der Regel stehen weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke (Konferenzen, Seminare, Sport, Freizeit, Erholung) zur Verfügung.

Hotels garnis | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen als Mahlzeit höchstens ein Frühstück angeboten wird.

Jugendherbergen und Hütten | Beherbergungsstätten, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen und Familien oder Angehörigen der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein) zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke werden im Allgemeinen nur an Hausgäste abgegeben.

Pensionen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Reisegebiete | Regionen, die auf Bundeslandebene abgegrenzt werden und sich im Wesentlichen an den Zuständigkeitsbereichen der regionalen Tourismusverbände und an naturräumlichen Gegebenheiten orientieren. In Bayern heißen die entsprechenden Regionen Tourismusregionen. Für die Stadtstaaten sind keine Reisegebiete definiert.

Schlafgelegenheiten | Gästebetten in einer Beherbergungsstätte. Doppelbetten zählen dabei als zwei Schlafgelegenheiten. Klappbetten (Schlafcouch), die regulär als Schlafgelegenheit angeboten werden, gehören auch dazu. Behelfsmäßige Schlafgelegenheiten (z. B. Zustellbetten, Kinderbetten) werden nicht berücksichtigt. Im Campingbereich wird gemäß einer Vorgabe der Europäischen Kommission ein Stellplatz mit vier Schlafgelegenheiten gleichgesetzt. Auf diese Weise ist es möglich, für alle Beherbergungsbetriebe eine Aussage zur Anzahl der Schlafgelegenheiten oder ihrer Auslastung treffen zu können.

Schulungsheime | Beherbergungsstätten, die dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten. Sie dienen überwiegend der Erwachsenenbildung.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Übernachtungen | Die Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum in einem Beherbergungsbetrieb ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken | Beherbergungsstätten, die ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- und ähnliche Krankenhäuser. Im Rahmen der Monatserhebung im Tourismus werden nur Übernachtungen von dort untergebrachten Personen erfasst, die in der Lage sind das Tourismusangebot der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Gastgewerbe*, *Tourismus* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gastgewerbe

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

■ Tourismus

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 7.1 | Tourismus

Fachberichte

| Tourismus in Zahlen



27 Weitere Dienstleistungen

2015: **7,5 Millionen Personen** in **928 000 Unternehmen** beschäftigt | **Umsatz** von **869 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Mehr als **ein Drittel** davon durch die **Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen** erzielt | Jobmotor **Freie Berufe: 573 000 Personen** arbeiteten in **Architektur- und Ingenieurbüros**, **403 000** in **Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung** sowie **Buchführung** und **275 000** in **Rechtsberatung**

Seite

631 **Auf einen Blick**

Tabellen

632 **Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

634 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen |
Bruttobetriebsüberschuss

637 **Arztpraxen nach Fachgebieten**

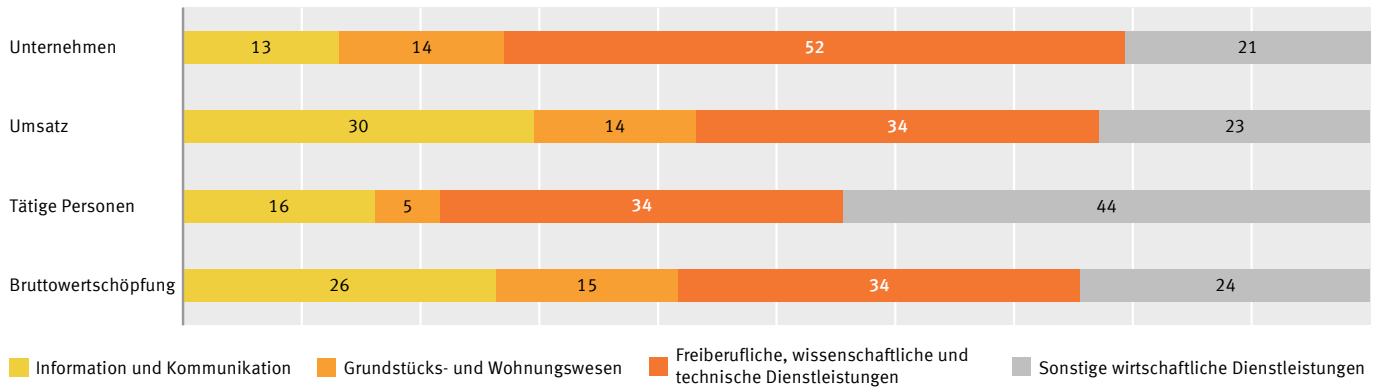
638 **Methodik**

639 **Glossar**

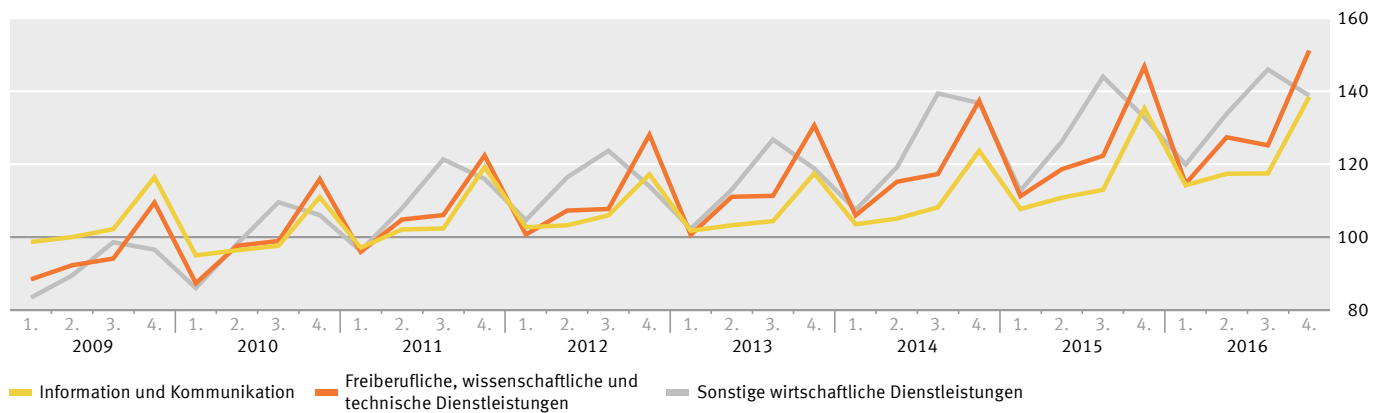
640 **Mehr zum Thema**

27.0 Auf einen Blick

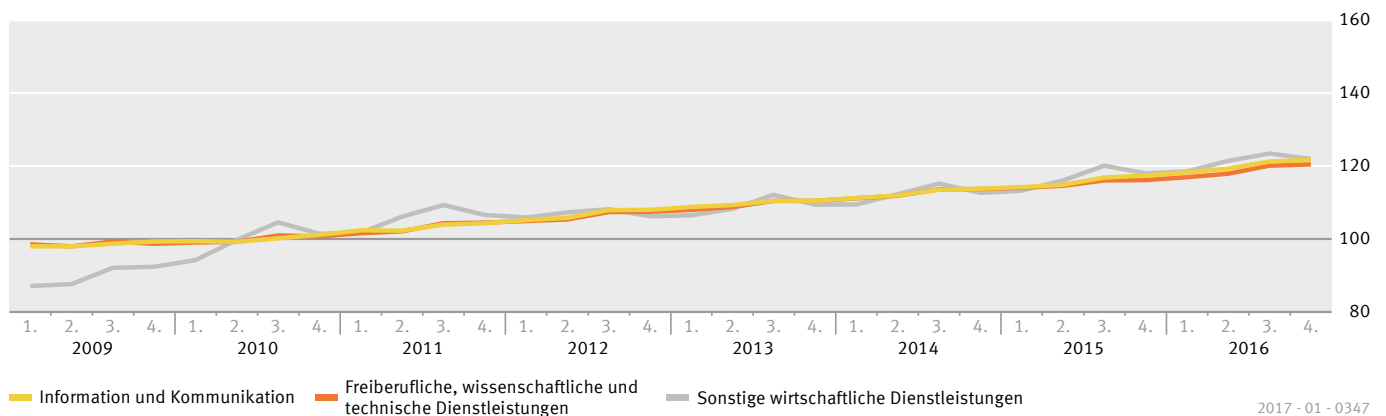
Unternehmen, Umsatz, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015
in %



Umsatzindizes in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2010 = 100



Beschäftigtenindizes in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2010 = 100



2017 - 01 - 0347

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
J, L, M, N, S 95	Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	927 698	7 458 317	868 807	440 612	77 092
J	Information und Kommunikation	120 857	1 199 785	255 894	115 777	20 499
58	Verlagswesen	8 610	186 648	32 971	12 592	479
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	7 388	169 219	27 294	10 384	358
58.2	Verlegen von Software	1 222	17 428	5 677	2 209	121
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 232	72 353	11 998	5 694	579
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	9 176	64 296	9 309	3 968	494
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	2 056	8 057	2 689	1 726	85
60 ¹²⁾	Rundfunkveranstalter	360	42 183	10 361	8 211	543
60.1	Hörfunkveranstalter	239	11 955	1 194	1 839	78
60.2	Fernsehveranstalter	121	30 228	9 167	6 372	465
61	Telekommunikation	2 624	113 437	67 753	26 021	12 285
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	479	66 263	35 308	15 947	7 131
61.2	Drahtlose Telekommunikation	340	20 919	19 181	4 924	4 778
61.3	Satellitenkommunikation	50	634	380	130	27
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 754	25 621	12 884	5 020	349
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	85 276	687 992	118 781	56 085	5 850
63	Informationsdienstleistungen	12 755	97 172	14 030	7 173	762
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 134	55 276	9 919	5 062	640
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	9 620	41 897	4 112	2 111	121
K¹³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	1 358	156 095	268 378	24 137	.
65.1	Versicherungen	1 142	143 319	199 612	15 679	.
65.2	Rückversicherungen	30	11 623	59 268	6 956	.
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	186	1 753	9 498	1 502	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	127 155	407 928	118 136	67 445	31 729
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	127 155	407 928	118 136	67 445	31 729
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	6 608	21 225	13 689	4 387	1 737
68.2 ¹⁴⁾	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Immobilien	70 034	206 045	83 156	51 272	27 213
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	50 512	180 658	21 292	11 786	2 780
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	478 857	2 518 236	294 128	148 853	10 269
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	118 979	678 165	52 690	38 115	1 006
69.1	Rechtsberatung	60 296	274 875	23 241	17 114	341
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	58 683	403 290	29 448	21 001	664
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	107 932	534 475	94 190	34 325	3 990
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	27 000	292 051	65 066	17 081	3 416
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	80 932	242 424	29 124	17 244	575
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	128 545	668 295	76 316	43 924	2 094
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	122 662	572 606	65 772	37 312	1 657
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 884	95 689	10 543	6 612	437
72	Forschung und Entwicklung	6 823	174 171	18 405	11 153	2 050
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	5 637	164 866	17 942	10 775	2 035
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	1 185	9 305	463	379	15
73	Werbung und Marktforschung	33 498	250 108	28 383	10 478	543
73.1	Werbung	31 829	228 490	25 608	9 326	489
73.2	Markt- und Meinungsforschung	1 669	21 618	2 775	1 152	54

Fußnoten siehe nächste Seite.

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	72 935	163 890	20 998	9 047	469
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	26 170	48 842	3 639	1 960	91
74.2	Fotografie und Fotolabors	10 678	24 324	1 844	948	109
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	8 519	14 200	1 037	606	17
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	27 567	76 523	14 479	5 534	252
75	Veterinärwesen	10 146	49 133	3 147	1 810	117
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	189 094	3 291 166	197 424	107 107	14 506
77	Vermietung von beweglichen Sachen	22 004	122 157	35 061	20 121	10 695
77.1	Vermietung von Kraftwagen	4 609	29 943	10 027	5 399	5 033
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	4 048	33 944	4 025	1 922	820
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	12 836	54 732	14 980	8 531	4 304
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	511	3 537	6 028	4 270	539
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	9 627	1 012 327	38 612	29 219	342
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	2 864	36 706	3 507	1 555	27
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	5 577	812 080	29 090	22 345	285
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	1 186	163 540	6 014	5 319	30
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	11 971	100 254	31 471	7 013	301
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	10 866	88 617	29 747	6 432	241
79.9	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	1 105	11 637	1 724	581	60
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 516	228 653	7 587	5 600	125
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	3 843	210 537	6 819	5 105	101
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	579	13 290	633	410	18
80.3	Detekteien	1 094	4 826	136	85	5
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	89 809	1 285 074	36 829	24 287	1 400
81.1	Hausmeisterdienste	25 382	122 375	5 771	3 028	199
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	34 717	993 521	20 636	15 502	541
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	29 709	169 178	10 423	5 757	659
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	50 167	542 701	47 864	20 867	1 642
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	8 943	21 145	1 146	644	37
82.2	Call Center	1 220	128 109	6 425	3 626	86
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	7 345	47 787	7 193	2 331	299
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	32 659	345 660	33 100	14 266	1 221
P ³	Erziehung und Unterricht					
85.53 ¹⁵	Fahr- und Flugschulen	10 604	39 241	1 665	–	–
Q ³	Gesundheits- und Sozialwesen					
86.21 ¹⁶	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	26 639	189 126	10 788	–	–
86.22 ¹⁶	Facharztpraxen	45 572	372 703	25 827	–	–
86.23	Zahnarztpraxen	41 261	363 437	24 499	–	–
86.90 ^{15,17}	Gesundheitswesen a. n. g.	54 969	321 739	12 429	–	–
86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	16 761	28 457	1 558	–	–
S ³	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	11 735	41 201	3 224	1 429	89
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	1 454	10 847	1 321	534	20
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	10 281	30 354	1 904	895	69
96.01 ¹⁵	Wäscherei und chemische Reinigung	4 694	68 815	2 987	–	–
96.02.1 ¹⁵	Frisörsalons	50 144	238 510	5 719	–	–
96.02.2 ¹⁵	Kosmetiksalons	15 866	31 718	927	–	–
96.03.1 ¹⁵	Bestattungsinstitute	4 256	26 835	1 481	–	–

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – In den Wirtschaftsabschnitten J, L, M, N und S 95 wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.

2 Ab dem Berichtsjahr 2015 werden die Rundfunkbeiträge nicht mehr den Umsätzen zugeordnet sondern den Subventionen.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

4 Ab dem Berichtsjahr 2015 wird die Privatvermietung nicht mehr berücksichtigt.

5 Berichtsjahr 2014.

6 Ohne fachübergreifende Berufsausübungsgemeinschaften und Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

7 Ohne WZ 86.90.1.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
J, L, M, N, S 95	Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	868 807	79,4	50,1	50,7	27,7	23,0
J	Information und Kommunikation	255 894	75,3	58,0	45,2	25,2	20,0
58	Verlagswesen	32 971	83,4	61,0	38,2	23,4	14,8
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	27 294	83,8	61,0	38,0	23,2	14,8
58.2	Verlegen von Software	5 677	81,2	60,8	38,9	24,3	14,6
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	11 998	77,0	53,8	47,5	17,4	30,0
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	9 309	74,9	58,8	42,6	19,5	23,2
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	2 689	84,1	36,5	64,2	10,3	53,9
60 ²⁾	Rundfunkveranstalter	10 361	64,0	99,3	79,3	30,3	48,9
60.1	Hörfunkveranstalter	1 194	83,9	84,6	154,1	69,3	84,7
60.2	Fernsehveranstalter	9 167	61,4	101,3	69,5	25,2	44,3
61	Telekommunikation	67 753	70,6	62,1	38,4	10,9	27,5
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	35 308	80,5	55,7	45,2	12,1	33,1
61.2	Drahtlose Telekommunikation	19 181	59,3	74,6	25,7	8,1	17,6
61.3	Satellitenkommunikation	380	52,3	68,4	34,1	11,7	22,4
61.9	Sonstige Telekommunikation	12 884	60,9	60,6	39,0	11,8	27,2
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	118 781	75,4	52,8	47,2	33,8	13,5
63	Informationsdienstleistungen	14 030	84,6	49,4	51,1	29,5	21,6
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	9 919	87,4	49,4	51,0	28,0	23,0
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	4 112	77,9	49,4	51,3	33,3	18,1
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	268 378	38,0	29,0	9,0	4,7	4,3
65.1	Versicherungen	199 612	33,7	25,8	7,9	5,0	2,8
65.2	Rückversicherungen	59 268	55,1	43,4	11,7	4,1	7,7
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	9 498	23,0	7,2	15,8	1,3	14,6
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	118 136	83,6	41,6	57,1	8,9	48,2
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	118 136	83,6	41,6	57,1	8,9	48,2
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	13 689	57,6	62,3	32,0	5,1	26,9
68.2 ⁴⁾	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasten Immobilien	83 156	87,5	38,1	61,7	6,1	55,5
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	21 292	84,9	42,0	55,4	22,2	33,1
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	294 128	83,0	49,8	50,6	32,3	18,3
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	52 690	95,3	27,1	72,3	37,0	35,4
69.1	Rechtsberatung	23 241	95,3	26,0	73,6	25,8	47,9
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	29 448	95,3	28,0	71,3	45,8	25,5
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	94 190	85,6	61,3	36,4	30,8	5,6
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	65 066	86,3	71,1	26,3	29,7	X
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	29 124	84,0	39,3	59,2	33,3	25,9
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	76 316	83,0	42,7	57,6	33,8	23,7
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	65 772	82,4	43,7	56,7	31,9	24,9
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	10 543	86,6	36,6	62,7	46,1	16,6
72	Forschung und Entwicklung	18 405	90,6	55,8	60,6	51,3	9,3
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	17 942	90,5	56,0	60,1	50,9	9,2
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	463	94,0	45,3	81,8	69,2	12,6

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
73	Werbung und Marktforschung	28 383	61,5	62,6	36,9	22,6	14,3
73.1	Werbung	25 608	60,5	63,1	36,4	21,5	14,9
73.2	Markt- und Meinungsforschung	2 775	70,2	57,6	41,5	33,0	8,5
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	20 998	62,4	60,2	43,1	18,9	24,2
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	3 639	83,2	45,9	53,8	20,0	33,8
74.2	Fotografie und Fotolabors	1 844	90,9	48,6	51,4	19,5	31,9
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	1 037	81,5	40,7	58,5	18,7	39,8
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	14 479	52,2	66,6	38,2	18,6	19,6
75	Veterinärwesen	3 147	84,8	42,3	57,5	23,2	34,3
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	197 424	76,9	45,0	54,3	35,6	18,6
77	Vermietung von beweglichen Sachen	35 061	82,7	41,5	57,4	9,5	47,9
77.1	Vermietung von Kraftwagen	10 027	85,5	47,2	53,8	7,7	46,1
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	4 025	82,0	51,2	47,7	19,6	28,2
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	14 980	81,9	42,3	56,9	10,3	46,6
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	6 028	80,4	23,7	70,8	3,7	67,2
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	38 612	91,5	23,3	75,7	72,9	2,7
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	3 507	60,3	55,1	44,3	29,3	15,0
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	29 090	94,2	22,0	76,8	76,9	X
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	6 014	96,6	11,0	88,4	79,3	9,2
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	31 471	40,1	77,5	22,3	9,2	13,0
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	29 747	38,6	78,2	21,6	8,6	13,0
79.9	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	1 724	66,2	65,7	33,7	20,5	13,2
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	7 587	88,5	25,7	73,8	62,5	11,3
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	6 819	88,7	24,6	74,9	64,4	10,4
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	633	86,6	35,2	64,8	48,1	16,7
80.3	Detekteien	136	84,5	33,6	62,8	34,0	28,8
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	36 829	89,4	33,1	65,9	46,5	19,5
81.1	Hausmeisterdienste	5 771	79,5	46,8	52,5	31,7	20,8
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	20 636	93,8	23,8	75,1	58,3	16,8
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	10 423	86,2	44,1	55,2	31,3	24,0
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	47 864	73,4	55,9	43,6	29,3	14,3
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	1 146	85,6	43,3	56,2	27,6	28,7
82.2	Call Center	6 425	85,7	43,4	56,4	53,3	3,1
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	7 193	62,8	67,1	32,4	20,2	12,2
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	33 100	73,0	56,3	43,1	26,7	16,4
P ³⁾	Erziehung und Unterricht						
85.53 ¹⁵⁾	Fahr- und Flugschulen	1 665	-	-	-	27,4	-
Q ³⁾	Gesundheits- und Sozialwesen						
86.21 ¹⁶⁾	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	10 788	-	-	-	25,7	-
86.22 ¹⁶⁾	Facharztpraxen	25 827	-	-	-	25,4	-
86.23	Zahnarztpraxen	24 499	-	-	-	25,5	-
86.90 ^{15) 17)}	Gesundheitswesen a. n. g.	12 429	-	-	-	38,1	-
86.90.1	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	1 558	-	-	-	4,1	-
S ³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	3 224	77,4	54,7	44,3	25,2	19,1
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	1 321	73,1	58,9	40,4	28,0	12,4
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	1 904	80,4	51,8	47,0	23,3	23,7

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2015

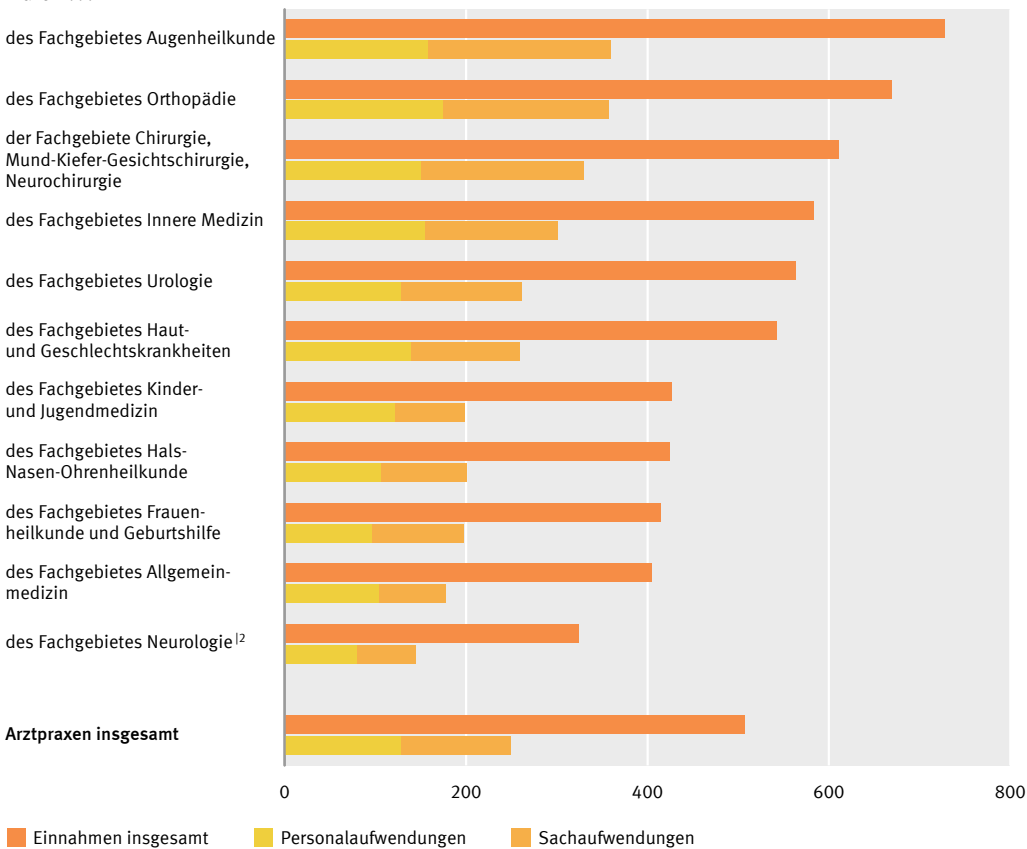
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
96.01 ¹⁵	Wäscherei und chemische Reinigung	2 987	–	–	–	38,9	–
96.02.1 ¹⁵	Frisörsalons	5 719	–	–	–	41,3	–
96.02.2 ¹⁵	Kosmetiksalons	927	–	–	–	16,6	–
96.03.1 ¹⁵	Bestattungsinstitute	1 481	–	–	–	26,9	–

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – In den Wirtschaftsabschnitten J, L, M, N und S 95 wurden ab dem Berichtsjahr 2014 auch Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 17 500 Euro berücksichtigt.
- 2 Ab dem Berichtsjahr 2015 werden die Rundfunkbeiträge nicht mehr den Umsätzen zugeordnet sondern den Subventionen.
- 3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.
- 4 Ab dem Berichtsjahr 2015 wird die Privatvermietung nicht mehr berücksichtigt.
- 5 Berichtsjahr 2014.
- 6 Ohne fachübergreifende Berufsausübungsgemeinschaften und Medizinische Versorgungszentren (MVZ).
- 7 Ohne WZ 86.90.1.

Kostenstruktur bei Arztpraxen 2015

Einnahmen und Aufwendungen nach Aufwandsarten bei ausgewählten Fachgebieten¹ je Praxis, in 1 000 EUR

Praxen ...



Ohne fachübergreifende Berufsausübungsgemeinschaften und Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

- 1 Für bestimmte Praxen erfolgt keine Darstellung, weil die Zahlenwerte zumindest teilweise nicht sicher genug sind.
- 2 Praxen des Fachgebietes Neurologie umfassen die Praxen der Fachgebiete Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie.

2017 - 01 - 0348

27.3 Arztpraxen nach Fachgebieten 2015

	Praxen ¹	Praxisinhaber/ -innen	Einnahmen aus selbstständiger ärztlicher Tätigkeit je Praxis		Aufwendungen je Praxis		Reinertrag je Praxis	
			Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median
	Anzahl	1 000 EUR						
Praxen des Fachgebietes Allgemeinmedizin								
Insgesamt	26 639	36 355	405	353	178	150	227	192
davon: Einzelpraxen	19 062	19 062	319	292	147	135	172	163
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	7 577	17 293	621	570	(254)	(220)	366	352
Praxen des Fachgebietes Innere Medizin								
Insgesamt	11 383	15 605	583	402	301	184	282	218
davon: Einzelpraxen	8 424	8 424	418	342	209	156	209	189
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	2 960	7 181	1 054	771	564	354	489	386
Praxen des Fachgebietes Frauenheilkunde und Geburtshilfe								
Insgesamt	7 054	8 809	415	344	198	154	217	171
davon: Einzelpraxen	5 632	5 632	344	310	166	142	179	152
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(1 421)	(3 176)	694	551	(327)	(230)	368	300
Praxen des Fachgebietes Kinder- und Jugendmedizin								
Insgesamt	3 829	5 268	427	387	199	181	228	193
davon: Einzelpraxen	2 690	2 690	332	325	161	146	171	162
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(1 139)	(2 579)	653	600	(291)	(291)	362	357
Praxen des Fachgebietes Augenheilkunde								
Insgesamt	3 392	4 914	728	387	358	178	370	233
davon: Einzelpraxen	2 499	2 499	477	338	229	158	249	178
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(893)	(2 415)	1 430	712	(720)	(279)	710	440
Praxen des Fachgebietes Hals-Nasen-Ohrenheilkunde								
Insgesamt	2 745	3 346	424	328	201	159	223	169
davon: Einzelpraxen	2 274	2 274	350	302	170	152	180	150
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(471)	(1 072)	781	607	(353)	(242)	428	386
Praxen des Fachgebietes Orthopädie								
Insgesamt	3 496	5 079	669	484	358	250	311	223
davon: Einzelpraxen	2 453	2 453	462	403	258	225	205	163
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(1 042)	(2 626)	(1 157)	(758)	(595)	(405)	562	376
Praxen der Fachgebiete Chirurgie, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurochirurgie								
Insgesamt	3 157	4 248	611	454	330	240	281	211
davon: Einzelpraxen	2 426	2 426	476	425	263	219	213	198
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(731)	(1 822)	1 059	874	(551)	(414)	508	434
Praxen des Fachgebietes Haut- und Geschlechtskrankheiten								
Insgesamt	2 523	3 188	543	408	259	206	284	216
davon: Einzelpraxen	1 962	1 962	441	375	213	166	227	181
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(561)	(1 225)	902	769	(420)	(307)	482	395
Praxen der Fachgebiete Radiologie, Nuklearmedizin, Strahlentherapie								
Insgesamt	(878)	(2 001)	(2 343)	(1 609)	/	/	(850)	(603)
davon: Einzelpraxen	(398)	(398)	(1 480)	(1 185)	/	/	/	/
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(481)	(1 603)	/	/	/	/	/	/
Praxen der Fachgebiete Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie								
Insgesamt	3 861	4 320	324	265	144	106	180	151
davon: Einzelpraxen	3 533	3 533	282	244	127	101	155	141
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(328)	(787)	(772)	(506)	/	/	444	360
Praxen des Fachgebietes Urologie								
Insgesamt	1 832	2 640	564	442	262	206	302	237
davon: Einzelpraxen	1 269	1 269	436	384	210	174	227	198
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(563)	(1 371)	852	694	(381)	(297)	471	433
Praxen sonstiger Fachgebiete ^{1,2}								
Insgesamt	1 422	2 290	(709)	(321)	/	/	(293)	(183)
davon: Einzelpraxen	(1 055)	(1 055)	(367)	(296)	/	/	178	164
Fachgleiche Berufsaus- übungsgemeinschaften ...	(367)	(1 235)	/	/	/	/	(625)	(620)

1 Ohne fachübergreifende Berufsausübungsgemeinschaften und Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

2 Praxen der Fachgebiete Anästhesiologie, Arbeitsmedizin, Humangenetik, Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie, Pathologie, Physikalische und Rehabilitative Medizin.

Methodik

■ Weitere Dienstleistungsbereiche

Strukturdaten der „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ werden durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ermittelt. Unter die „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ fallen die Wirtschaftsabschnitte J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Repräsentative Bundesergebnisse liegen 18 Monate nach Ende des Berichtszeitraumes vor. Damit stehen ökonomische Kerndaten für diese Dienstleistungsbereiche nach Wirtschaftsklassen und Unternehmensgrößenklassen zur Verfügung.

Wirtschaftsabschnitte J, L, M, N, S 95

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte J, L, M, N und S 95 werden jährlich durch die **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich** ermittelt. Erhebungs- und Darstellungseinheiten dieser Erhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit aus den oben genannten Wirtschaftsabschnitten. Bundesweit sind höchstens 15 % dieser Unternehmen und Einrichtungen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe aus allen aktiven Unternehmen und Einrichtungen des Unternehmensregisters, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt wird.

Rechtsgrundlage für die Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich ist das Dienstleistungsstatistikgesetz (DIStatG) vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765) in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder vor.

Wirtschaftsabschnitt K

Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Bereich der Versicherungswirtschaft bildet die **Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds** wichtige Strukturmerkmale ab. Zur Ermittlung dieser Merkmale wird im Wesentlichen auf Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegriffen. Diese Daten werden dort im Rahmen der Versicherungsaufsicht erhoben. Da fast alle im Versicherungsbereich tätigen Unternehmen berücksichtigt werden, handelt es sich nahezu um eine Vollerhebung. Erhebungsmerkmale sind Aufwands- und Ertragsmerkmale sowie Angaben zu den Beschäftigten.

Rechtsgrundlage für die Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EU Nr. L 97 S. 13) in der jeweils gültigen Fassung.

Weitere Informationen zu „Finanzdienstleistungen“ erhalten Sie über die Deutsche Bundesbank (www.bundesbank.de). Detaillierte Informationen zu „Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds“ sind abrufbar über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter www.bafin.de

Wirtschaftsabschnitte P, Q, R, S 96

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte P, Q, R und S 96 werden vierjährlich durch die Stichprobenerhebungen **Kostenstrukturerhebung in sonstigen Dienstleistungsbereichen** sowie **Kostenstrukturerhebung im medizinischen Bereich** ermittelt. Bundesweit sind höchstens 5 % der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Praxen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt – wie in der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich – ebenfalls durch eine geschichtete Zufallsstichprobe. Unternehmen und Praxen mit einem Jahresumsatz bzw. mit Jahreseinnahmen von 17 500 Euro bzw. 12 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgamtheit der Kostenstrukturerhebungen ein und werden auch in den Ergebnissen nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturerhebungen bildet das Kostenstrukturstatistikgesetz (KoStrukStatG) vom 12.5.1959 (BGBl. I S. 245) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ergebnisse der Erhebungen vermitteln ein Bild über den Zusammenhang zwischen dem erwirtschafteten Umsatz bzw. den Einnahmen und dem dafür erforderlichen Aufwand in den Unternehmen und Praxen.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arithmetisches Mittel | Das arithmetische Mittel ist ein Mittelwert, der sich als Quotient aus der Summe einer Reihe von Zahlen und der Anzahl der Zahlen ergibt.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte der Einnahmen, Aufwendungen und des Reinertrages je Praxis).

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Daten zu *Weiteren Dienstleistungen (Finanz- und andere Dienstleistungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

	Kostenstrukturerhebungen
Reihe 1.6.1	Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten
Reihe 1.6.3	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä. Fitnesszentren
Reihe 1.6.4	Frisör- und Kosmetiksalons
Reihe 1.6.5	Fahr- und Flugschulen
Reihe 1.6.6	Einrichtungen des Gesundheitswesens
Reihe 1.6.7	Bestattungsinstitute
Reihe 1.6.8	Wäschereien und chemische Reinigungen

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

	Architektur- und Ingenieurbüros
	Information und Kommunikation
	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
	Verlagswesen
	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
	Werbung und Marktforschung

■ Weitere Dienstleistungen

WISTA – Wirtschaft und Statistik

Heft 3/09	Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis
Heft 3/10	Umstellung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen auf die Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 2
Heft 4/10	Kostenstrukturen bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten 2007
Heft 5/10	Kostenstrukturen in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2006



A Internationales

Weltbevölkerung wuchs 2016 auf über **7,4 Milliarden** Menschen |
Deutschland mit niedrigster Jugenderwerbslosigkeit in der EU | In Japan
ist bereits jede 4. Person älter als **65 Jahre** | In Finnland kommen auf
100 Personen nur noch **8 Festnetzanschlüsse** | Inflationsrate betrug
2016 in der **Türkei** 7,8% | 17 der 19 Euroländer hielten **3 %-Defizitgrenze**
in 2016 ein | 30% des Energieverbrauchs in Kanada mit **erneuerbaren**
Energien gedeckt, in den Vereinigten Staaten 6% | Israel gibt **4,3%**
des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung aus

Seite

643 **Auf einen Blick**

Tabellen

646 **Gesellschaft und Staat**

Geografie und Klima | Bevölkerung | Bildung | Gesundheit | Wohnen | Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen | Kultur, Medien, Freizeit | Soziales | Finanzen und Steuern | Wahlen | Justiz

666 **Gesamtwirtschaft und Umwelt**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | Arbeitsmarkt | Verdienste und Arbeitskosten | Preise | Außenhandel | Zahlungsbilanz | Umwelt

682 **Wirtschaftsbereiche**

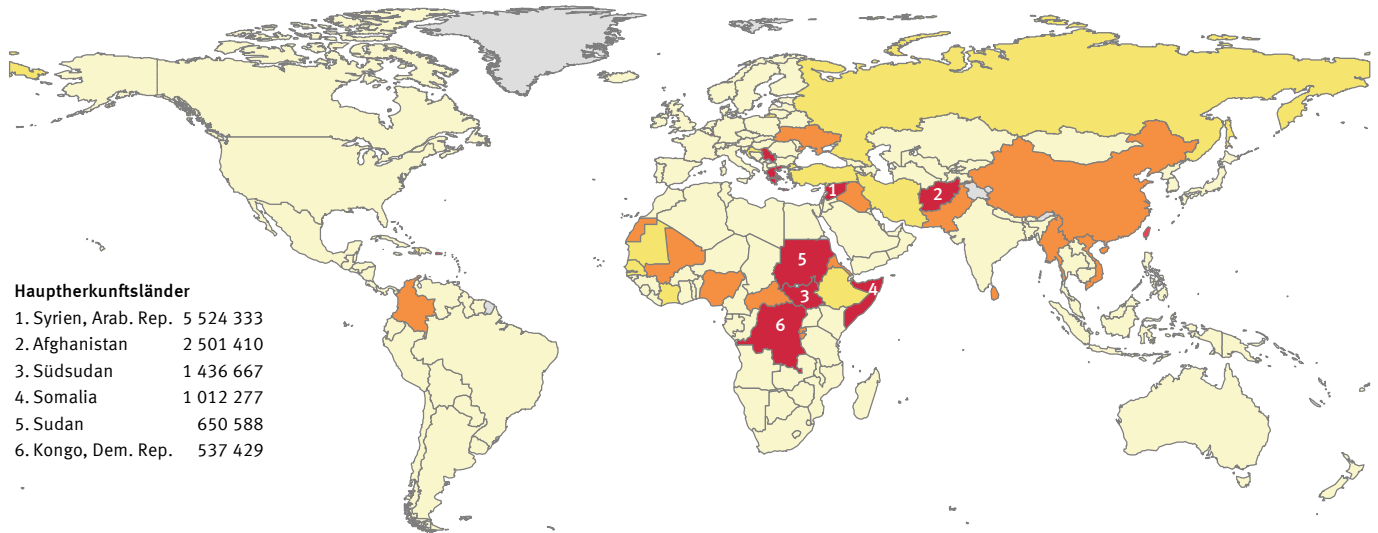
Land- und Forstwirtschaft | Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick | Verarbeitendes Gewerbe | Energie | Baugewerbe | Binnenhandel | Transport und Verkehr | Gastgewerbe, Tourismus | Weitere Dienstleistungen

694 **Methodik**

696 **Mehr zum Thema**

Anzahl Geflüchtete nach Herkunftsländern 2016

■ unter 20 000
 ■ 20 000 bis unter 100 000
 ■ 100 000 bis unter 500 000
 ■ 500 000 und mehr
 ■ Keine Werte



Hauptherkunftsländer

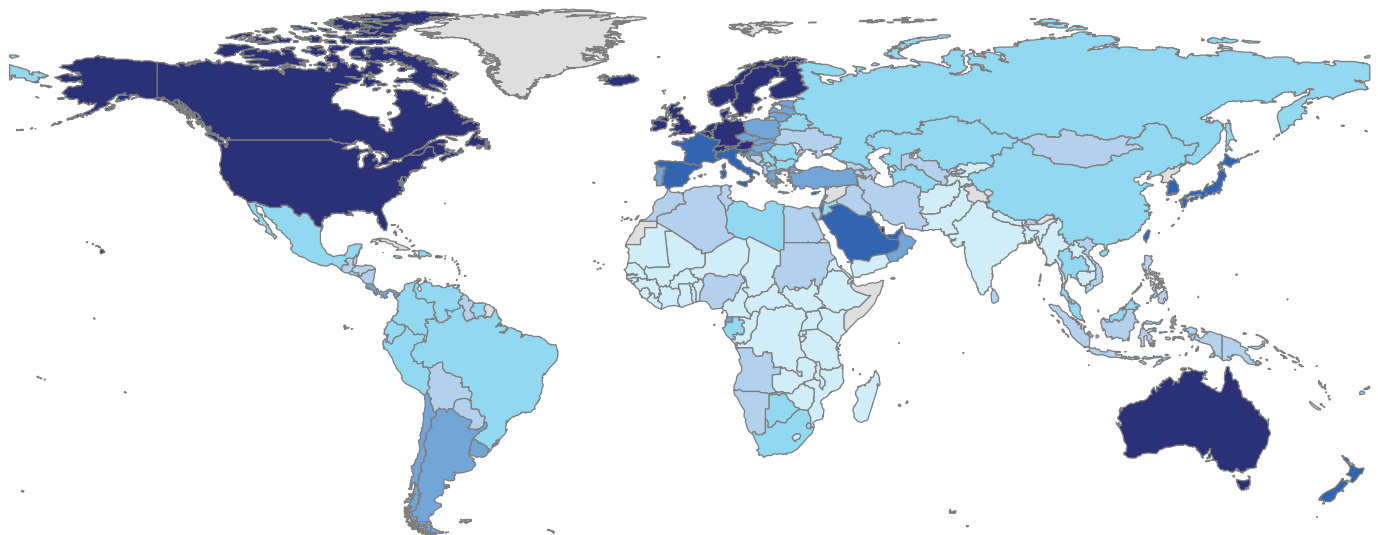
1. Syrien, Arab. Rep. 5 524 333
2. Afghanistan 2 501 410
3. Südsudan 1 436 667
4. Somalia 1 012 277
5. Sudan 650 588
6. Kongo, Dem. Rep. 537 429

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)

Bruttoinlandsprodukt 2016

je Einwohner/-in, US\$, jeweilige Preise

■ unter 2 000
 ■ 2 000 bis unter 5 000
 ■ 5 000 bis unter 10 000
 ■ 10 000 bis unter 20 000
 ■ 20 000 bis unter 40 000
 ■ 40 000 und mehr
 ■ Keine Werte



Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF)

2017 - 01 - 0350

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2016			
	1 000	%	US\$	%
Welt	7 442 136	8,5	.	+ 3,1
Europa				
Europäische Union	511 497	19,5	.	+ 2,0
Albanien	2 876	12,7	4 203	+ 3,4
Andorra	77	.	.	.
Belarus	9 507	14,2	5 143	- 3,0
Belgien	11 348	18,5	41 283	+ 1,2
Bosnien und Herzegowina . .	3 517	16,0	4 308	+ 2,5
Bulgarien	7 128	20,4	7 369	+ 3,4
Dänemark	5 731	19,3	53 744	+ 1,1
Deutschland	82 668	21,4	41 902	+ 1,8
Estland	1 316	19,0	17 633	+ 1,6
Finnland	5 495	21,0	43 169	+ 1,4
Frankreich	66 896	19,5	38 128	+ 1,2
Griechenland	10 747	21,6	17 901	.
Irland	4 773	13,5	62 562	+ 5,2
Island	334	14,1	59 629	+ 7,2
Italien	60 601	22,7	30 507	+ 0,9
Kroatien	4 171	19,3	12 095	+ 2,9
Lettland	1 960	19,5	14 060	+ 2,0
Liechtenstein	38	.	.	.
Litauen	2 872	18,8	14 890	+ 2,3
Luxemburg	583	14,1	103 199	+ 4,0
Malta	437	19,7	25 214	+ 5,0
Mazedonien, eh. jug. Rep. . .	2 081	12,7	5 263	+ 2,4
Moldau, Republik	3 552	10,3	1 901	+ 4,0
Monaco	38	.	.	.
Montenegro	623	14,1	6 629	+ 2,4
Niederlande	17 018	18,7	45 283	+ 2,1
Norwegen	5 233	16,6	70 392	+ 1,0
Österreich	8 747	18,9	44 498	+ 1,5
Polen	37 948	16,1	12 316	+ 2,8
Portugal	10 325	21,2	19 832	+ 1,4
Rumänien	19 705	17,8	9 465	+ 4,8
Russische Föderation	144 342	13,6	8 929	- 0,2
San Marino	33	.	46 447	+ 1,0
Schweden	9 903	20,2	51 165	+ 3,3
Schweiz	8 372	18,3	79 242	+ 1,3
Serbien ¹³	7 057	17,6	5 376	+ 2,8
Slowakei	5 429	14,3	16 499	+ 3,3
Slowenien	2 065	18,4	21 320	+ 2,5
Spanien	46 444	19,1	26 609	+ 3,2
Tschechische Republik	10 562	18,6	18 286	+ 2,4
Türkei	79 512	7,7	10 743	+ 2,9
Ukraine	45 005	15,6	2 194	+ 2,3
Ungarn	9 818	18,2	12 778	+ 2,0
Vereinigtes Königreich	65 637	18,0	40 096	+ 1,8
Zypern ¹⁴	1 170	13,1	23 352	+ 2,8
Afrika				
Ägypten	95 689	5,3	3 685	+ 4,3
Algerien	40 606	6,1	3 944	+ 4,2
Angola	28 813	2,3	3 502	.

	Bevölkerung insgesamt ¹	Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2016			
	1 000	%	US\$	%
Äquatorialguinea	1 221	3,0	14 174	- 10,0
Äthiopien	102 403	3,5	795	+ 8,0
Benin	10 872	2,9	771	+ 4,0
Botsuana	2 250	3,7	6 972	+ 2,9
Burkina Faso	18 646	2,4	646	+ 5,4
Burundi	10 524	2,5	325	- 1,0
Cabo Verde	540	4,5	3 078	+ 4,0
Côte d'Ivoire	23 696	3,0	1 459	+ 7,5
Dschibuti	942	4,3	1 908	+ 6,5
Eritrea	5 110 ¹⁵	2,6 ¹⁵	823	+ 3,7
Gabun	1 980	5,1	7 587	+ 2,3
Gambia	2 039	2,3	469	+ 2,5
Ghana	28 207	3,4	1 569	+ 4,0
Guinea	12 396	3,1	515	+ 5,2
Guinea-Bissau	1 816	3,2	694	+ 5,2
Kamerun	23 439	3,2	1 238	+ 4,4
Kenia	48 462	2,9	1 516	+ 6,0
Komoren	796	2,8	753	+ 2,2
Kongo	5 126	3,7	1 784	- 2,7
Kongo, Dem. Republik	78 736	3,0	495	+ 2,4
Lesotho	2 204	4,2	1 170	+ 2,9
Liberia	4 614	3,0	480	- 1,2
Libyen	6 293	4,6	5 193	- 4,4
Madagaskar	24 895	2,9	391	+ 4,1
Malawi	18 092	3,4	295	+ 2,3
Mali	17 995	2,5	830	+ 5,4
Marokko	35 277	6,3	3 063	+ 1,5
Mauretanien	4 301	3,2	1 243	+ 1,5
Mauritius	1 263	10,0	9 424	+ 3,6
Mosambik	28 829	3,4	392	+ 3,4
Namibia	2 480	3,6	4 630	+ 0,1
Niger	20 673	2,6	411	+ 4,6
Nigeria	185 990	2,7	2 211	- 1,5
Ruanda	11 918	2,9	729	+ 5,9
Sambia	16 591	2,9	1 275	+ 3,0
São Tomé und Príncipe	200	3,0	1 687	+ 4,0
Senegal	15 412	2,9	960	+ 6,6
Seychellen	95	7,1	14 938	+ 4,4
Sierra Leone	7 396	2,7	618	+ 4,9
Simbabwe	16 150	3,0	977	+ 0,5
Somalia	14 318	2,8	.	.
Südafrika	55 909	5,1	5 261	+ 0,3
Sudan	39 579	3,4	2 384	+ 3,1
Südsudan	12 231	3,5	233	- 13,8
Swasiland	1 343	3,7	3 330	- 0,4
Tansania, Ver. Republik	55 572	3,2	970	+ 6,6
Togo	7 606	2,8	590	+ 5,0
Tschad	14 453	2,5	852	- 6,4
Tunesien	11 403	7,8	3 730	+ 1,0
Uganda	41 488	2,5	638	+ 4,7
Zentralafrik. Republik	4 595	3,9	364	+ 4,5

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2016							
	1 000	%	US\$	%				
Amerika								
Antigua und Barbuda	101	7,3	15 488	+ 3,7				
Argentinien	43 847	11,1	12 503	- 2,3				
Bahamas	391	8,6	24 272	.				
Barbados	285	14,5	16 363	+ 1,6				
Belize	367	3,8	4 636	- 1,0				
Bolivien, Plurinatl. Staat	10 888	6,6	3 197	+ 4,1				
Brasilien	207 653	8,1	8 727	- 3,6				
Chile	17 910	11,3	13 576	+ 1,6				
Costa Rica	4 857	9,2	11 835	+ 4,3				
Dominica	74	.	7 356	+ 0,6				
Dominikanische Republik	10 649	6,8	7 160	+ 6,6				
Ecuador	16 385	6,9	5 930	- 2,2				
El Salvador	6 345	8,4	4 343	+ 2,4				
Grenada	107	7,2	9 585	+ 3,1				
Guatemala	16 582	4,9	4 089	+ 3,0				
Guyana	773	5,2	4 475	+ 3,3				
Haiti	10 847	4,7	761	+ 1,4				
Honduras	9 113	5,0	2 609	+ 3,6				
Jamaika	2 881	9,3	4 931	+ 1,5				
Kanada	36 286	16,6	42 210	+ 1,4				
Kolumbien	48 653	7,3	5 792	+ 2,0				
Kuba	11 476	14,4	.	.				
Mexiko	127 540	6,6	8 555	+ 2,3				
Nicaragua	6 150	5,2	2 120	+ 4,7				
Panama	4 034	7,8	13 654	+ 5,0				
Paraguay	6 725	6,2	4 003	+ 4,1				
Peru	31 774	7,0	6 199	+ 3,9				
St. Kitts und Nevis	55	.	16 058	+ 2,9				
St. Lucia	178	9,1	7 940	+ 0,8				
St. Vincent u. d. Grenadinen	110	7,5	7 038	+ 1,8				
Suriname	558	7,0	6 333	- 10,5				
Trinidad und Tobago	1 365	9,7	15 342	- 5,1				
Uruguay	3 444	14,5	15 679	+ 1,4				
Venezuela, Bol. Republik	31 568	6,4	9 258	- 18,0				
Vereinigte Staaten	323 128	15,2	57 436	+ 1,6				
Asien								
Afghanistan	34 656	2,5	565	+ 2,0				
Armenien	2 925	11,1	3 511	+ 0,2				
Aserbaidschan	9 762	5,8	3 956	- 3,8				
Bahrain	1 425	2,5	24 183	+ 2,9				
Bangladesch	162 952	5,0	1 411	+ 6,9				
Bhutan	798	5,2	2 674	+ 6,2				
Brunei Darussalam	423	4,7	26 424	- 3,2				
China ¹⁶	1 378 665	10,0	8 113	+ 6,7				
Georgien	3 719	14,1	3 842	+ 2,7				
Indien	1 324 171	5,8	1 723	+ 6,8				
Indonesien	261 115	5,3	3 604	+ 5,0				
Irak	37 203	3,1	4 631	+ 10,1				

	Bevölkerung insgesamt ¹¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2016							
	1 000	%	US\$	%				
Iran, Islamische Republik	80 277	5,2	4 683	+ 6,5				
Israel ¹⁷	8 547	11,5	37 262	+ 4,0				
Japan	126 995	26,9	38 917	+ 1,0				
Jemen	27 584	2,9	938	- 9,8				
Jordanien	9 456	3,8	5 554	+ 2,1				
Kambodscha	15 762	4,3	1 230	+ 7,0				
Kasachstan	17 797	6,8	7 453	+ 1,1				
Katar	2 570	1,3	60 787	+ 2,7				
Kirgisistan	6 083	4,3	1 073	+ 3,8				
Korea, Dem. Volksrepublik	25 369	9,5	.	.				
Korea, Republik	51 246	13,6	27 539	+ 2,8				
Kuwait	4 053	2,0	26 005	+ 2,5				
Laos, Dem. Volksrepublik	6 758	3,9	1 925	+ 6,9				
Libanon	6 007	8,3	11 309	+ 1,0				
Malaysia	31 187	5,9 ¹⁸	9 360	+ 4,2				
Malediven	417	4,7	9 554	+ 3,9				
Mongolei	3 027	4,1	3 660	+ 1,0				
Myanmar	52 885	5,5	1 269	+ 6,3				
Nepal	28 983	5,7	733	+ 0,6				
Oman	4 425	2,7	15 964	+ 3,1				
Pakistan	193 203	4,5	1 468	+ 4,7				
Philippinen	103 320	4,7	2 924	+ 6,8				
Saudi-Arabien	32 276	3,0	20 150	+ 1,4				
Singapur	5 607	12,3	52 961	+ 2,0				
Sri Lanka	21 203	9,7	3 887	+ 4,3				
Syrien, Arabische Republik	18 430	4,1	.	.				
Tadschikistan	8 735	3,0	800	+ 6,9				
Thailand	68 864	10,9	5 899	+ 3,2				
Timor-Leste	1 269	5,5	2 102	+ 5,0				
Turkmenistan	5 663	4,3	6 622	+ 6,2				
Usbekistan	31 848	4,7	2 122	+ 7,8				
Ver. Arabische Emirate	9 270	1,2	37 678	+ 2,7				
Vietnam	92 701	6,9	2 173	+ 6,2				
Australien und Ozeanien								
Australien	24 127	15,3	51 850	+ 2,5				
Fidschi	899	6,0	5 182	+ 2,0				
Kiribati	114	3,8	1 437	+ 3,2				
Marshallinseln	53	.	3 338	+ 1,8				
Mikronesien, F. Staaten von	105	4,6	3 073 ¹⁸	- 0,2 ¹⁸				
Nauru	13	.	7 824	+ 10,4				
Neuseeland	4 693	15,2	38 345	+ 4,0				
Palau	22	.	16 222	+ 0,1				
Papua-Neuguinea	8 085	3,1	2 528	+ 2,5				
Salomonen	599	3,4	1 971	+ 3,2				
Samoa	195	5,4	4 035	+ 6,6				
Tonga	107	5,9	3 856	+ 3,5				
Tuvalu	11	.	3 157	+ 4,0				
Vanuatu	270	4,3	2 815	+ 4,0				

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF). Zum Teil IMF Schätzungen.

3 Ohne Kosovo.

4 Einschl. Nordzypem.

5 2014.

6 Ohne Taiwan, Macau, Hongkong.

7 Ohne Palästinensische Gebiete. Einschl. Ost-Jerusalem.

8 2015.

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²			Mittlerer Niederschlag ¹²		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durchschnitt- licher Jahres- gesamtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
2014	km ²		°C			Stunden			l/m ²		
Europa											
Europäische Union	4 238 213
Belgien	30 280	Brüssel	10,8	3,3 Jan	18,4 Jul	4,3	1,4 Dez	7,1 Jun	863	100 Aug	49 Apr
Bulgarien	108 560	Sofia	10,5	-0,6 Jan	21,5 Jul	6,1	1,9 Dez	10,1 Jul	629	73 Jun	35 Feb
Dänemark	42 262	Kopenhagen	9,2	1,4 Jan	18,1 Aug	.	.	.	539	78 Aug	26 Apr
Deutschland	348 900	Berlin	9,7	0,4 Jan	19,2 Jul	4,8	1,5 Dez	7,8 Jun	594	75 Aug	27 Apr
Estland	42 390	Tallinn	6,2	-4,2 Feb	17,8 Jul	5,2	0,7 Dez	9,8 Jul	672	99 Jul	31 Apr
Finnland	303 890	Helsinki	5,7	-5,7 Feb	18,3 Jul	5,0	0,8 Dez	9,2 Jul	666	87 Okt	30 Mrz
Frankreich	547 557	Paris	11,7	4,1 Jan	19,8 Jul	5,1	1,6 Nov	8,0 Jun	612	66 Aug	40 Sep
Griechenland	128 900	Athen	18,7	9,9 Jan	29,2 Jul	7,9	3,7 Dez	12,4 Jul	435	81 Dez	5 Jun
Irland	68 890	Dublin	9,6	5,1 Dez	15,2 Jul	4,1	1,8 Dez	6,6 Mai	780	85 Okt	45 Mrz
Island	100 250	Reykjavík	5,2	0,0 Feb	11,7 Jul	3,8	0,4 Dez	7,0 Mai	837	94 Dez	38 Jun
Italien	294 140	Rom	16,2	8,8 Jan	24,7 Aug	7,1	3,8 Dez	11,3 Jul	614	97 Dez	10 Jun
Kroatien	55 960	Zagreb	12,5	1,8 Jan	22,5 Jul	5,4	1,6 Dez	8,9 Jul	883	100 Sep	39 Feb
Lettland	62 180	Riga (Libau)	7,7	-2,3 Feb	18,3 Jul	5,4	0,7 Dez	10,1 Jun	.	.	.
Litauen	62 650	Wilna	6,9	-4,2 Jan	18,6 Jul	4,9	0,9 Dez	8,9 Jun	690	101 Jul	38 Mrz
Luxemburg	2 590	Luxemburg	9,6	0,8 Jan	18,2 Jul	5,0	1,4 Dez	8,4 Jun	864	84 Aug	53 Apr
Malta	320	Valletta	19,4	12,5 Feb	27,2 Aug	8,2	5,2 Dez	11,9 Jul	566	98 Nov	< 1 Jul
Niederlande	33 690	Amsterdam (De Bilt)	10,4	3,1 Jan	18,0 Jul	4,6	1,9 Dez	7,2 Jun	863	91 Aug	43 Apr
Norwegen	365 245	Oslo	5,2	-4,5 Jan	16,4 Jul	.	.	.	866	100 Okt	46 Feb
Österreich	82 523	Wien	10,7	0,1 Jan	20,8 Jul	5,6	1,7 Dez	8,7 Jun	698	84 Jul	40 Okt
Polen	306 190	Warschau	8,6	-2,3 Jan	19,5 Jul	6,3	1,1 Dez	11,5 Jul	558	91 Jul	29 Jan
Portugal	91 605	Lissabon	17,1	11,5 Jan	23,1 Aug	7,9	4,7 Dez	11,2 Jul	832	130 Dez	3 Jul
Rumänien	230 080	Bukarest	10,8	-1,7 Jan	23,0 Jul	6,0	1,8 Dez	10,0 Jul	632	79 Sep	33 Feb
Russische Föderation . . .	16 376 870	Moskau	6,1	-6,9 Feb	20,2 Jul	.	.	.	701	85 Jul	34 Apr
Schweden	407 310	Stockholm	7,7	-1,4 Feb	18,7 Jul	1,4	0,8 Mrz	2,2 Jul	523	67 Jul	25 Apr
Schweiz	39 516	Bern (Zürich)	9,6	0,5 Jan	18,5 Jul	4,5	1,4 Dez	7,1 Jun, Jul	1 133	132 Aug	52 Jan
Slowakei	48 086	Pressburg
Slowenien	20 140	Laibach	11,2	0,3 Jan	21,4 Jul	5,3	1,7 Dez	9,2 Jul	1 382	159 Sep	69 Feb
Spanien	500 210	Madrid	14,6	5,7 Jan	25,2 Jul	7,8	4,3 Dez	12,0 Jul	397	61 Okt	7 Jul
Tschechische Republik . .	77 210	Prag	8,6	-1,6 Jan	18,2 Jul	4,9	1,5 Dez	7,9 Jun	495	84 Jul	19 Feb
Türkei	769 630	Ankara	12,7	1,0 Jan	24,7 Jul	6,7	2,5 Dez	11,1 Jul	411	53 Apr	11 Aug
Ungarn	90 530	Budapest	11,2	-0,4 Jan	22,1 Jul	5,8	1,9 Dez	9,5 Jul	580	73 Jun	27 Feb
Vereinigtes Königreich . .	241 930	London	11,8	5,7 Dez	18,7 Jul, Aug	4,4	1,8 Dez	6,9 Jun	639	72 Nov	41 Mrz
Zypern	9 240	Nikosia	20,1	12,2 Jan	28,4 Aug	9,3	5,8 Dez	12,9 Jun	324	84 Jan	< 1 Jul, Aug

A Internationales

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ^{1,2}			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ^{1,2}			Mittlerer Niederschlag ^{1,2}		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durch- schnittlicher Jahresge- samtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
	2014	Referenzperiode 1996 bis 2010									
km ²	°C			Stunden			l/m ²				
Afrika											
Ägypten	995 450	Kairo	22,3	13,9 Jan	29,1 Jul, Aug	9,5	7,1 Jan	11,6 Jul	23	6 Dez	0 Jun–Sep
Äthiopien	1 000 000	Addis Abeba	17,0	15,5 Dez	18,9 Mai	7,3	3,8 Jul	10,0 Dez	1 225	294 Aug	12 Dez
Kenia	569 140	Nairobi	19,7	17,4 Jul	21,5 Mrz	6,5	3,6 Jul	9,5 Feb	749	140 Nov	10 Aug
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	Kinshasa	25,3	23,5 Jul	26,5 Mrz	.	.	.	1 365	220 Apr	< 1 Aug
Nigeria	910 770	Abuja (Lagos)	27,3	25,6 Aug	29,4 Mrz	.	.	.	1 574	314 Jun	5 Jan
Südafrika	1 213 090	Pretoria	18,9	11,9 Jul	22,9 Dez–Feb	8,6	7,8 Jan	9,4 Aug	684	134 Jan	1 Jul
Tansania, Ver. Republik	885 800	Dodoma	22,9	20,1 Jul	24,8 Nov	9,1	7,7 Feb	10,2 Okt	587	154 Dez	0 Jul, Aug
Amerika											
Argentinien	2 736 690	Buenos Aires	17,9	11,5 Jul	24,2 Jan	7,0	4,4 Jun	9,6 Jan	1 053	151 Jan	42 Jun
Brasilien	8 358 140	Brasília	21,4	19,3 Jun	23,0 Okt	6,7	4,4 Dez	9,0 Aug	1 482	246 Dez	2 Jul
Chile	743 532	Santiago de Chile	14,8	8,5 Jul	21,4 Jan	7,0	3,5 Jun	10,6 Jan	342	97 Jun	< 1 Dez
Kanada	9 093 510	Ottawa (Montreal)	7,3	– 9,0 Jan	21,4 Jul	5,9	2,4 Dez	8,7 Jul	1 020	99 Okt	62 Feb
Kolumbien	1 109 500	Bogotá	13,3	12,9 Jan	13,7 Apr, Mai	4,2	3,3 Apr, Mai	5,6 Jan	901	119 Mai	33 Jan
Mexiko	1 943 950	Mexiko-Stadt	17,1	14,4 Dez	19,6 Mai	7,0	4,7 Sep	8,6 Apr	803	190 Aug	3 Feb
Vereinigte Staaten	9 147 420	Washington, D.C.	14,6	2,6 Jan	26,2 Jul	.	.	.	1 046	118 Jun	63 Feb
Asien											
Bangladesch	130 170	Dhaka	26,0	18,6 Jan	29,2 Mai	.	.	.	2 101	417 Jul	4 Dez
China	9 424 701	Peking	13,1	– 3,0 Jan	27,2 Jul	6,7	5,5 Dez	8,5 Mai	470	128 Jul	2 Dez
Indien	2 973 190	Neu-Delhi	25,3	13,8 Jan	32,8 Jun	5,8	3,8 Dez	7,9 Apr	785	212 Aug	5 Nov
Indonesien	1 811 570	Jakarta	27,5	26,8 Feb	27,9 Mai	.	.	.	1 743	374 Feb	30 Dez
Iran, Islamische Republik	1 628 760	Teheran	18,5	4,6 Jan	31,1 Jul	8,2	5,1 Dez	11,1 Jun	239	40 Mrz	1 Aug
Israel	21 640	Jerusalem (Tel Aviv)	20,9	13,5 Jan	27,9 Aug	.	.	.	498	145 Jan	0 Jul, Aug
Japan	364 560	Tokio	16,6	6,4 Jan	27,5 Aug	5,2	4,2 Jun	6,2 Jan	1 582	221 Okt	52 Feb
Korea, Republik	97 480	Seoul	12,9	– 1,9 Jan	25,8 Aug	5,3	3,3 Jul	6,4 Mai	1 550	424 Jul	18 Dez
Myanmar	653 080	Naypyidaw (Rangoon)	27,1	24,6 Jan	30,4 Apr
Pakistan	770 880	Islamabad	22,3	10,6 Jan	31,4 Jun	.	.	.	1 179	283 Aug	14 Nov
Philippinen	298 170	Manila	27,5	25,7 Jan	29,3 Mai	.	.	.	2 631	505 Sep	19 Feb
Saudi-Arabien	2 149 690	Riad	26,3	13,8 Jan	36,3 Aug	8,7	7,1 Jan	10,5 Jul	125	28 Apr	0 Jun, Jul
Thailand	510 890	Bangkok	29,0	27,4 Dez	30,8 Apr	6,5	4,6 Sep	8,3 Feb	1 706	326 Sep	9 Dez
Ver. Arab. Emirate	83 600	Abu Dhabi	28,1	18,9 Jan	35,9 Aug	9,7	8,1 Dez	11,3 Jun	47	12 Jan	0 Jun–Sep
Vietnam	310 070	Hanoi	24,5	17,4 Jan	29,8 Jun, Jul	3,6	1,4 Mrz	5,4 Jun	1 639	317 Jul	19 Jan
Australien und Ozeanien											
Australien	7 682 300	Canberra	13,4	5,8 Jul	20,9 Jan	8,0	5,6 Jun	9,8 Dez	582	68 Nov	27 Apr
Neuseeland	263 310	Wellington (N. Plymouth)	13,8	9,9 Jul	18,3 Feb	5,8	4,5 Mai, Jun	7,5 Jan	1 368	147 Jun	71 Mrz

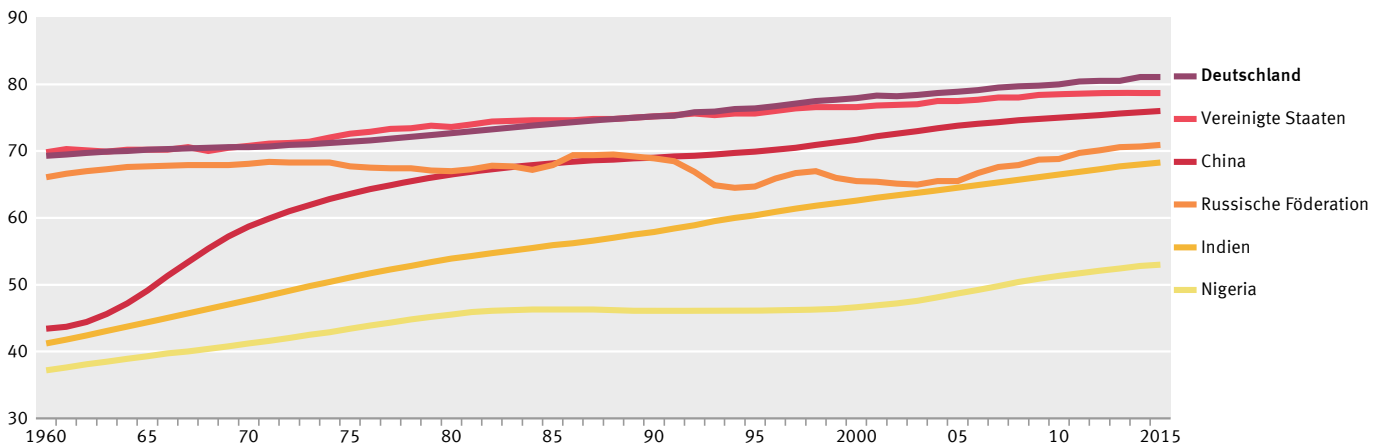
1 Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen.

2 Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD).

A.2 Bevölkerung

	Bevölkerung insgesamt ¹	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) ¹	Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) ¹	Bevölkerungszunahme (+) bzw. abnahme (-) ¹	Bevölkerungsvorausberechnung ²	Lebenserwartung bei Geburt ³		Zusammengefasste Geburtenziffer ³	Asylbewerber/-innen ¹	
						Frauen	Männer		insgesamt	Anteil der unter 18-Jährigen ⁴
	2016					2050	2015		2016	
1 000					Jahre	Kinder je Frau		Anzahl	%	
Europa										
Europäische Union	510 279	- 16	+ 1 539	+ 1 523	502 763 ¹⁵	83,9	78,5	1,58	1 260 350	32
Belgien	11 311	+ 14	+ 41	+ 55	12 488	83,9	78,8	1,74	18 325	31
Bulgarien	7 154	- 43	- 9	- 52	5 424	78,0	71,1	1,53	19 420	34
Dänemark	5 707	+ 9	+ 33	+ 42	6 314	83,2	79,1	1,69	6 195	39
Deutschland	82 176	- 150	+ 774	+ 624	79 238	83,6	78,7	1,50	745 265	36
Estland	1 316	- 1	+ 1	0	1 145	82,1	72,4	1,54	175	37
Finnland	5 487	- 1	+ 17	+ 16	5 866	84,1	78,8	1,71	5 625	31
Frankreich	66 760	+ 199	+ 66	+ 265	70 609	86,0	79,5	2,01	84 270	18
Griechenland	10 784	- 26	- 1	- 26	9 982	84,2	79,1	1,30	51 110	39
Irland	4 725	+ 34	+ 17	+ 50	5 801	83,5	79,6	1,94	2 245	26
Island	333	+ 2	+ 4	+ 6	390	84,5	81,3	1,93	1 125	24
Italien	60 666	- 142	+ 66	- 76	55 093	86,0	81,1	1,37	122 960	9
Kroatien	4 191	- 14	- 22	- 36	3 461	80,4	74,3	1,46	2 225	21
Lettland	1 969	- 7	- 12	- 19	1 517	79,4	69,1	1,64	350	36
Litauen	2 889	- 10	- 30	- 41	2 407	80,6	69,9	1,63	430	38
Luxemburg	576	+ 2	+ 9	+ 12	796	85,2	79,4	1,50	2 160	29
Malta	434	+ 1	+ 5	+ 6	419	84,2	79,8	1,42	1 930	24
Niederlande	16 979	+ 24	+ 79	+ 102	17 518	83,5	80,0	1,71	20 945	30
Norwegen	5 214	+ 18	+ 26	+ 44	6 802	84,2	80,1	1,75	3 520	36
Österreich	8 690	+ 7	+ 76	+ 83	8 878	84,2	79,6	1,47	42 285	42
Polen	37 967	- 6	+ 12	+ 6	32 390	82,2	74,4	1,32	12 305	48
Portugal	10 341	- 23	- 8	- 32	8 995	84,8	78,4	1,23	1 465	25
Rumänien	19 760	- 68	- 54	- 122	16 397	78,7	71,4	1,52	1 880	28
Russische Föderation	144 342 ¹³	.	.	.	132 731	76,6	65,5	1,75	.	.
Schweden	9 851	+ 26	+ 118	+ 144	11 626	84,6	80,6	1,88	28 860	38
Schweiz	8 327	+ 23	+ 68	+ 91	9 880	85,4	81,1	1,54	27 195	34
Slowakei	5 426	+ 5	+ 4	+ 9	4 965	80,9	73,7	1,37	145	24
Slowenien	2 064	+ 1	+ 1	+ 2	1 942	84,1	78,2	1,58	1 310	33
Spanien	46 440	+ 0	+ 89	+ 89	44 395	86,3	80,6	1,32	15 755	24
Tschechische Republik	10 554	+ 5	+ 20	+ 25	10 054	82,7	76,4	1,53	1 480	19
Türkei	78 741	+ 888	+ 186	+ 1 074	95 627	78,7	72,3	2,05	.	.
Ungarn	9 830	- 32	- 1	- 33	8 279	79,7	72,4	1,44	29 430	29
Vereinigtes Königreich	65 383	+ 178	+ 248	+ 426	75 381	83,5	79,8	1,81	38 870	24
Zypern	848	+ 4	+ 2	+ 6	1 383	82,6	78,2	1,44	2 940	23

Lebenserwartung bei Geburt in Jahren



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2017 - 01 - 0351

A.2 Bevölkerung

	Bevölkerung insgesamt ^{1,3}	Bevölkerungsvorausberechnung ^{1,2}	Lebenserwartung bei Geburt ^{1,3}		Zusammengefasste Geburtenziffer ^{1,3}
			Frauen	Männer	
	2016	2050	2015		
	1 000		Jahre		Kinder je Frau
Afrika					
Ägypten	95 689	153 433	73,6	69,2	3,31
Äthiopien	102 403	190 870	66,6	62,7	4,28
Kenia	48 462	95 467	64,1	60,3	4,26
Kongo, Dem. Republik	78 736	197 404	60,5	57,6	5,91
Nigeria	185 990	410 638	53,4	52,7	5,59
Südafrika	55 909	72 755	59,5	55,5	2,34
Tansania, Ver. Republik	55 572	138 082	66,9	64,1	5,08
Amerika					
Argentinien	43 847	55 229	80,2	72,6	2,31
Brasilien	207 653	232 688	78,5	71,0	1,78
Chile	17 910	20 718	84,7	79,0	1,75
Kanada	36 286	44 949	84,1	80,2	1,60
Kolumbien	48 653	54 733	77,8	70,7	1,88
Mexiko	127 540	164 279	79,4	74,6	2,21
Vereinigte Staaten	323 128	389 592	81,2	76,4	1,84
Asien					
Bangladesch	162 952	201 927	73,3	70,7	2,14
China	1 378 665	1 364 457	77,5	74,5	1,57
Indien	1 324 171	1 658 978	69,9	66,9	2,40
Indonesien	261 115	321 551	71,2	67,0	2,44
Iran, Islamische Republik	80 277	93 553	76,7	74,5	1,69
Israel	8 547	12 577	84,1	80,1	3,09
Japan	126 995	108 794	87,1	80,8	1,46
Korea, Republik	51 246	50 457	85,5	79,0	1,24
Myanmar	52 885	62 359	68,2	64,0	2,18
Pakistan	193 203	306 940	67,4	65,4	3,55
Philippinen	103 320	151 293	71,9	65,0	2,94
Saudi-Arabien	32 276	45 056	75,9	73,2	2,71
Thailand	68 864	65 372	78,0	71,3	1,50
Ver. Arab. Emirate	9 270	13 164	78,7	76,5	1,77
Vietnam	92 701	114 630	80,6	71,2	1,96
Australien und Ozeanien					
Australien	24 127	33 187	84,5	80,5	1,83
Neuseeland	4 693	5 711	83,3	79,7	1,99

Bevölkerungsvorausberechnungen liefern Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl entwickeln würde, wenn bestimmte Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Migration einträfen. Die Vereinten Nationen (UN) berechnen hierzu verschiedene Varianten. Die vorliegenden Daten entsprechen der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsvorausberechnung. Weitere Informationen unter esa.un.org/unpd/wpp

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** eines Kalenderjahres ist ein Maß dafür, wie viele Kinder durchschnittlich je Frau zur Welt kamen. Sie charakterisiert das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird auch als durchschnittliche Kinderzahl beschrieben, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären würde, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr (Alter 15 bis 49) gelten würden. Die altersspezifische Geburtenziffer zeigt für jedes einzelne Altersjahr zwischen 15 und 49 Jahren die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Gesamtzahl der Frauen dieses Alters. Durch die Addition der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt sich die zusammengefasste Geburtenziffer.

Die Daten zum Bevölkerungsstand der europäischen Länder in Tabelle A.2 stammen von Eurostat. Aufgrund des unterschiedlichen Veröffentlichungsstandes können sie leicht von den Daten der Weltbank zum Bevölkerungsstand in Tabelle A.0 abweichen.

- 1 Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Union (Eurostat).
- 2 Quelle: World Population Prospects – The 2017 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA). Mittlere Variante.
- 3 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.
- 4 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
- 5 Eigene Berechnungen basierend auf UN DESA Daten.

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft (Sekundarstufe) ¹¹	Anteil der 20- bis 24-Jährigen ohne Erwerbstätigkeit und nicht in Ausbildung ¹²	PISA-Studie: Vergleich der Schülerleistungen im Bereich ¹³			Studierende und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs		Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss ¹³	Öffentliche Bildungsausgaben ¹¹	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung ¹¹
			Mathematik	Naturwissenschaften	Lese-kompetenz	je 100 000 Einwohner/-innen ¹⁴	Frauenanteil, in % ¹¹			
	2015	2016	2015			2015		2014	2015	
Anzahl	%	Durchschnittliche Punktzahl					%	% des BIP		
Europa										
Europäische Union	17	
Belgien	9 ¹⁵	15	507	502	499	4 477	55,9	44,2	6,6	2,5
Bulgarien	13 ¹⁵	23	441	446	432	3 886	54,6	.	4,1 ¹⁵	1,0
Dänemark	11 ¹⁵	9	511	502	500	5 520	57,1	42,1	8,6 ¹⁵	3,0
Deutschland	12	10	506	509	509	3 645	47,9	28,4	5,0	2,9
Estland	8 ¹⁶	13	520	534	519	4 197	58,8	40,4	5,5	1,5
Finnland	13 ¹⁵	15	511	531	526	5 520	53,6	40,3	7,2	2,9
Frankreich	13 ¹⁶	18	493	495	499	3 601 ¹⁵	54,5 ¹⁵	44,1 ¹⁶	5,5 ¹⁶	2,2
Griechenland	8 ¹⁵	23	454	455	467	6 219 ¹⁵	48,7 ¹⁵	38,7	.	1,0
Irland	17	504	503	521	4 589	50,9	50,8	5,3 ¹⁶	1,5 ¹⁵
Island	5	488	473	482	5 898 ¹⁶	62,2 ¹⁶	40,6	7,8 ¹⁶	2,2
Italien	11	29	490	481	485	3 008	56,3	24,2	4,1	1,3
Kroatien	7	20	464	475	487	3 854	56,5	.	4,6 ¹⁶	0,9
Lettland	8	18	482	490	488	4 343	59,6	39,4	5,3	0,6
Litauen	8	15	478	475	472	4 841	57,6	52,6	4,6 ¹⁶	1,0
Luxemburg	9 ¹⁵	9	486	483	481	1 146 ¹⁷	52,1 ¹⁷	52,9	4,1	1,3
Malta	8	8	479	465	447	3 060	55,9	.	7,8 ¹⁶	0,8
Niederlande	14	7	512	509	503	4 974	52,3	44,3	5,5	2,0
Norwegen	9	8	502	498	513	5 170	57,9	49,0	7,4 ¹⁶	1,9
Österreich	10	10	497	495	485	4 934	53,2	38,4	5,5	3,1
Polen	9 ¹⁵	17	504	501	506	4 637 ¹⁵	59,4 ¹⁵	42,6	4,9	1,0
Portugal	10	17	492	501	498	3 258	53,3	31,4	5,1	1,3
Rumänien	12	24	444	435	434	2 733	53,7	.	3,1	0,5
Russische Föderation	9 ¹⁷	.	494	487	495	4 575	53,4	58,2 ¹⁶	3,9 ¹⁷	1,1
Schweden	13	9	494	493	500	4 373	59,2	46,0	7,7	3,3
Schweiz	9 ¹⁷	8	521	506	492	3 555	49,8	46,0	5,1	3,0 ¹⁷
Slowakei	11	17	475	461	453	3 651 ¹⁵	59,7 ¹⁵	29,8	4,2	1,2
Slowenien	10 ¹⁶	12	510	513	505	4 395 ¹⁵	57,8 ¹⁵	38,1	5,5 ¹⁶	2,2
Spanien	12	21	486	493	496	4 228	53,1	41,5	4,3	1,2
Tschechische Republik	12 ¹⁶	11	492	493	487	3 750	57,3	29,9	4,1 ¹⁶	1,9
Türkei	19 ¹⁵	33	420	425	428	7 746	46,0	24,8	4,8 ¹⁶	1,0 ¹⁵
Ungarn	10	15	477	477	470	3 126	54,5	32,1	4,7	1,4
Vereinigtes Königreich	16 ¹⁵	15	492	509	498	3 642 ¹⁵	56,0 ¹⁵	49,2	5,7	1,7
Zypern	10	23	437	433	443	3 201	56,8	.	6,1	0,5

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft (Sekundarstufe) ¹	PISA-Studie: Vergleich der Schülerleistungen im Bereich ¹³			Studierende und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs		Öffentliche Bildungsausgaben ¹¹	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung ¹¹
		Mathematik	Naturwissenschaften	Lese-kompetenz	je 100 000 Einwohner/-innen ¹⁴	Frauenanteil in % ¹¹		
	2014	2015			2014	2015		
	Anzahl	Durchschnittliche Punktzahl					% des BIP	
Afrika								
Ägypten	14	.	.	.	3 059	48,0	.	0,7
Äthiopien	40 ¹⁷	.	.	.	778 ¹⁵	32,1 ¹⁵	4,5 ¹⁶	0,6 ¹⁶
Kenia	41 ¹⁷	5,3	.
Kongo, Dem. Republik	15	.	.	.	621 ¹⁶	31,2 ¹⁶	2,2 ¹⁶	.
Nigeria
Südafrika	1 881 ¹⁵	58,1 ¹⁵	6,0	0,7 ¹⁶
Tansania, Ver. Republik	26 ¹⁷	.	.	.	313 ¹⁶	35,0 ¹⁶	3,5	0,5 ¹⁶
Amerika								
Argentinien	6 676 ¹⁵	61,1 ¹⁵	5,3	0,6 ¹⁵
Brasilien	17	377	401	407	4 023	57,1	6,0 ¹⁶	1,2 ¹⁵
Chile	21 ¹⁶	423	447	459	6 878	51,9	4,8	0,4
Kanada	.	516	528	527	.	.	.	1,6 ¹⁵
Kolumbien	25	390	416	425	4 756	52,9	4,7	0,2
Mexiko	16	408	416	423	2 753 ¹⁵	49,4 ¹⁵	5,3	0,6
Vereinigte Staaten	15	470	496	497	6 087	56,2	5,4	2,8
Asien								
Bangladesch	35 ¹⁶	.	.	.	1 298 ¹⁵	41,7 ¹⁵	2,0 ¹⁶	.
China	14	.	.	.	3 163	51,5	.	2,1
Indien	32	.	.	.	2 453	47,2	3,8 ¹⁶	0,6
Indonesien	15	386	403	397	1 979	52,2	3,3	0,1 ¹⁶
Iran, Islamische Republik	18	.	.	.	6 052	45,8	3,0	0,3 ¹⁷
Israel	12	470	467	479	4 464	56,8	5,8	4,3
Japan	12 ¹⁷	532	538	516	3 035 ¹⁵	46,9 ¹⁵	3,6	3,3
Korea, Republik	15	524	516	517	6 406	40,8	4,6 ¹⁷	4,2
Myanmar	32	.	.	.	1 244 ¹⁷	55,3 ¹⁷	.	.
Pakistan	21	.	.	.	988	45,2	2,5	0,2
Philippinen	27 ¹⁶	.	.	.	3 560 ¹⁵	55,1 ¹⁵	.	0,1 ¹⁶
Saudi-Arabien	11	.	.	.	4 841	49,1	.	0,8 ¹⁶
Thailand	30	415	421	409	3 256	58,3	4,1 ¹⁶	0,6
Ver. Arab. Emirate	13	427	437	434	1 711	54,9	.	0,9
Vietnam	.	495	525	487	2 690	48,9	5,7 ¹⁶	0,4 ¹⁶
Australien und Ozeanien								
Australien	.	494	510	503	6 196 ¹⁵	56,8 ¹⁵	5,2	2,2 ¹⁶
Neuseeland	14	495	513	509	5 877	56,5	6,3	1,2 ¹⁶

Der Anteil junger Erwachsener ohne Erwerbstätigkeit und nicht in Aus- oder Fortbildung wird international auch als NEET-Rate (Not in Education, Employment or Training) bezeichnet.

Das Programme for International Student Assessment (PISA) ist die internationale Schulleistungsstudie der OECD. An der 2015 durchgeführten Studie nahmen insgesamt 540 000 Schülerinnen und Schüler in 72 Ländern teil. Der OECD-Durchschnittswert liegt in jedem Kompetenzbereich (bzw. Fach) bei 500 Punkten, die Standardabweichung bei 100 Punkten.

Bei den Studierenden und Schüler/-innen an Einrichtungen des Tertiärbereichs werden die Bildungsstufen ISCED 5 (z. B. berufsspezifische tertiäre Bildung), ISCED 6 (Bachelor und vergleichbare Abschlüsse), ISCED 7 (Master und vergleichbare Abschlüsse) und ISCED 8 (Promotion und vergleichbare Abschlüsse) berücksichtigt. ISCED ist die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen.

Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung umfassen alle zur Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Inland verwendeten Mittel, ungeachtet der Finanzierungsquellen. Eingeschlossen sind auch Mittel aus dem Ausland sowie Mittel internationaler Organisationen für im Inland durchgeführte Forschungsarbeiten.

1 Quelle: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), teilweise Schätzungen bzw. vorläufige Daten.

2 Quelle: Eurostat.

3 Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

4 Eigene Berechnungen basierend auf UNESCO und Weltbank Daten.

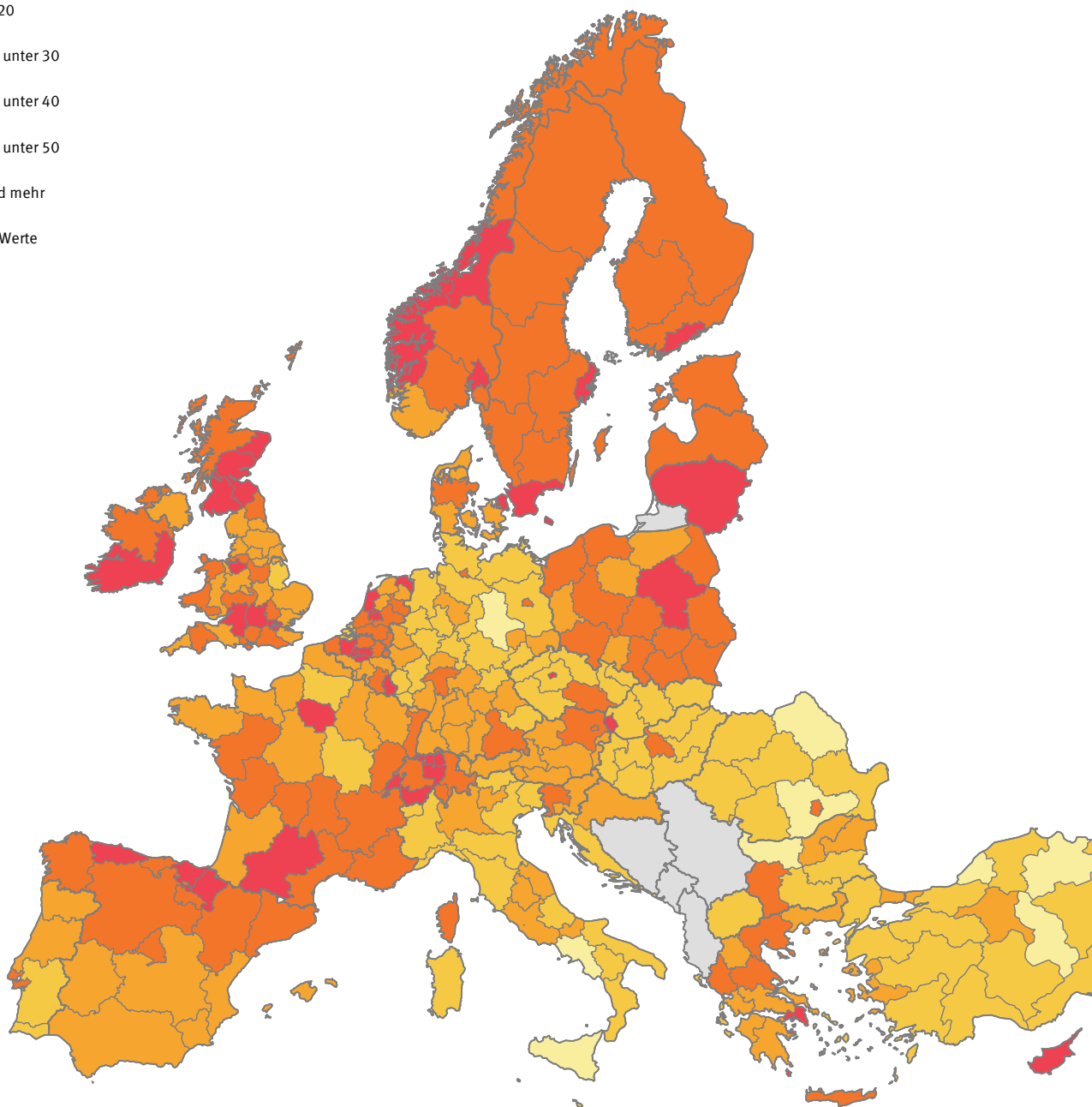
5 2014.

6 2013.

7 2012.

Anteil der 30- bis 34-jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss nach Regionen 2016
in %

- unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 bis unter 40
- 40 bis unter 50
- 50 und mehr
- Keine Werte

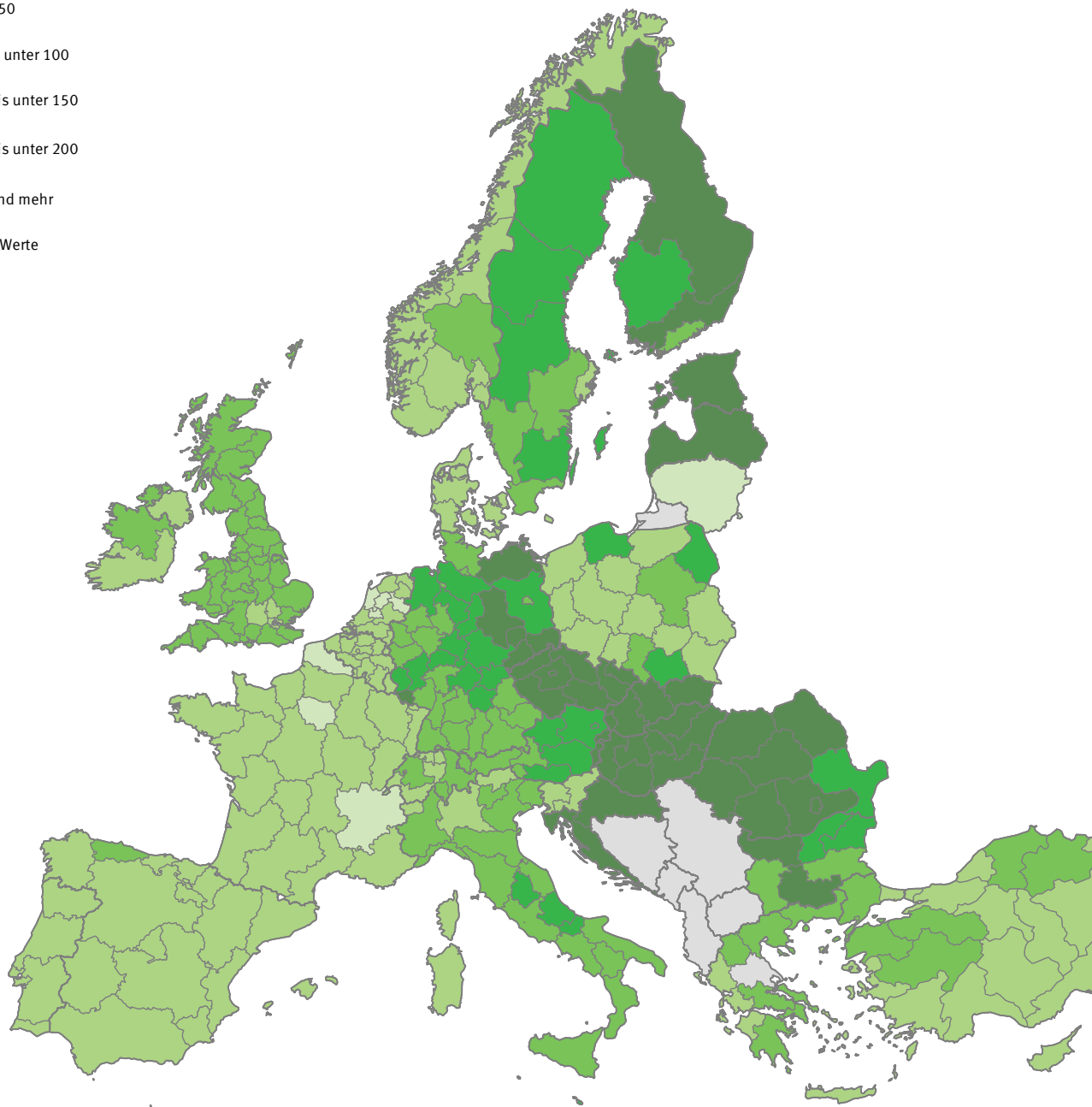


Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Eurostat

2017 - 01 - 0352

Todesursache Ischämische Herzkrankheiten nach Regionen 2014
Bruttosterbeziffer je 100 000 Einwohner/-innen

- unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 150
- 150 bis unter 200
- 200 und mehr
- Keine Werte



Daten für die Türkei beziehen sich auf das Jahr 2013.
Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Eurostat

2017 - 01 - 0353

A Internationales

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren ¹⁾	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	Anteil der Erwachsenen mit erhöhtem Blutdruck	Anteil der Erwachsenen mit Adipositas (BMI > 30)	Anteil der Personen ab 15 Jahre, der täglich raucht
	2014		2012 – 2015 ²⁾	2009 – 2010 ³⁾	2014	2015		2014	2013	
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in	je 10 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%		
Europa										
Europäische Union
Belgien	10,6	4 884	30	65	11	4	7	17,8	20,2	19,7
Bulgarien	8,4	662	40	66	33	10	11	28,4	23,2	30,0
Dänemark	10,8	6 463	36	35	9	4	6	20,0	19,3	15,6
Deutschland	11,3	5 411	41	82	8	4	6	19,5	20,1	24,2
Estland	6,4	1 248	33	54	25	3	9	31,7	22,6	26,1
Finnland	9,7	4 612	30	62	7	2	3	19,9	20,6	16,8
Frankreich	11,5	4 959	32	69	12	4	8	21,0	23,9	23,5
Griechenland	8,1	1 743	63	48	6	5	3	18,4	22,9	35,2
Irland	7,8	4 239	28	.	9	4	8	18,1	25,6	19,2
Island	8,9	4 662	38	.	4	2	3	20,1	22,8	13,1
Italien	9,2	3 258	39	36	7	4	4	19,6	21,0	22,0
Kroatien	7,8	1 050	31	54	16	4	8	27,8	23,3	31,1
Lettland	5,9	921	32	64	57	8	18	29,8	23,7	30,0
Litauen	6,6	1 063	43	68	83	5	10	29,3	25,9	23,6
Luxemburg	6,9	8 138	29	56	8	2	10	21,2	23,1	18,8
Malta	9,7	2 471	39	45	15	6	9	19,8	26,6	20,7
Niederlande	10,9	5 694	34	47	7	4	7	18,1	19,8	19,6
Norwegen	9,7	9 522	44	33	10	3	5	18,4	23,1	17,2
Österreich	11,2	5 580	52	77	10	4	4	18,8	18,4	.
Polen	6,4	910	23	67	26	5	3	28,1	25,2	23,2
Portugal	9,5	2 097	44	33	29	4	10	22,1	20,1	17,7
Rumänien	5,6	557	27	66	99	11	31	27,4	21,7	25,7
Russische Föderation	7,1	893	33	.	109	10	25	28,7	24,1	33,4
Schweden	11,9	6 808	41	28	9	3	4	19,4	20,5	11,8
Schweiz	11,7	9 674	41	52	8	4	5	17,8	19,4	19,5
Slowakei	8,1	1 455	34	65	9	7	6	27,3	25,7	22,0
Slowenien	9,2	2 161	28	46	10	3	9	28,0	25,1	17,7
Spanien	9,0	2 658	38	32	15	4	5	19,0	23,7	25,7
Tschechische Republik	7,4	1 379	.	71	6	3	4	27,0	26,8	24,7
Türkei	5,4	568	17	25	22	14	16	23,0	29,5	22,4
Ungarn	7,4	1 037	33	71	15	6	17	28,6	24,0	25,1
Vereinigtes Königreich	9,1	3 935	28	33	15	4	9	15,2	28,1	20,3
Zypern	7,4	1 819	25	.	7	3	7	19,7	23,8	.

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren ¹	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	Anteil der Erwachsenen mit erhöhtem Blutdruck	Anteil der Erwachsenen mit Adipositas (BMI > 30)	Anteil der Personen ab 15 Jahre, der täglich raucht
	2014		2012 – 2015 ²	2009 – 2010 ³	2014	2015		2014	2013	
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in	je 10 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%			
Afrika										
Ägypten	5,6	178	8	17	26	24	33	26,0	28,9	20,3
Äthiopien	4,9	27	.	63	200	59	353	31,2	4,0	3,3
Kenia	5,7	78	2	14	266	49	510	28,1	7,0	9,8
Kongo, Dem. Republik	4,3	19	.	.	532	98	693	31,8	4,4	.
Nigeria	3,7	118	.	.	330	109	814	27,8	11,0	7,0
Südafrika	8,8	570	8	.	696	41	138	28,2	26,8	16,1
Tansania, Ver. Republik	5,6	52	0	7	528	49	398	28,9	7,1	11,9
Amerika										
Argentinien	4,8	605	38	45	30	13	52	21,9	26,3	18,1
Brasilien	8,3	947	19	24	52	16	44	23,3	20,0	12,7
Chile	7,8	1 137	.	21	20	8	22	21,4	27,8	27,5
Kanada	10,4	5 292	25	32	7	5	7	13,3	28,0	11,9
Kolumbien	7,2	569	.	.	39	16	64	21,9	21,0	8,1
Mexiko	6,3	677	21	16	27	13	38	21,0	28,1	8,3
Vereinigte Staaten	17,1	9 403	26	30	4	7	14	13,4	33,7	14,3
Asien										
Bangladesch	2,8	31	4	.	404	38	176	25,6	3,6	19,6
China	5,5	420	.	42	89	11	27	18,8	6,9	22,4
Indien	4,7	75	7	.	195	48	174	25,4	4,9	10,7
Indonesien	2,8	99	2	6	647	27	126	23,3	5,7	33,1
Iran, Islamische Republik	6,9	351	15	17	33	16	25	23,7	26,1	10,4
Israel	7,8	2 910	36	35	7	4	5	17,7	25,3	23,3
Japan	10,2	3 703	23	137	23	3	5	16,9	3,3	18,1
Korea, Republik	7,4	2 060	22	103	101	3	11	10,8	5,8	25,7
Myanmar	2,3	20	6	.	457	50	178	23,7	2,9	15,8
Pakistan	2,6	36	8	6	341	81	178	27,9	5,4	18,6
Philippinen	4,7	135	.	5	417	28	114	22,1	5,1	20,6
Saudi-Arabien	4,7	1 147	26	22	16	15	12	26,6	34,7	14,5
Thailand	4,1	228	.	21	236	12	20	21,3	8,5	18,2
Ver. Arabische Emirate	3,6	1 611	16	.	3	7	6	24,3	37,2	.
Vietnam	7,1	142	12	31	198	22	54	22,2	3,6	19,2
Australien und Ozeanien										
Australien	9,4	6 031	34	38	8	4	6	15,4	28,6	13,7
Neuseeland	11,0	4 896	29	23	9	6	11	16,1	29,2	15,5

1 Quelle: Inter-Agency Group for Child Mortality Estimation (UN-IGME), Vereinte Nationen.

2 Aktuellster verfügbarer Wert innerhalb des Berichtszeitraums 2012 bis 2015.

3 Aktuellster verfügbarer Wert innerhalb des Berichtszeitraums 2009 bis 2010.

Quelle: Global Health Observatory und Global Health Expenditure Database, Weltgesundheitsorganisation (WHO)

A.5 Wohnen

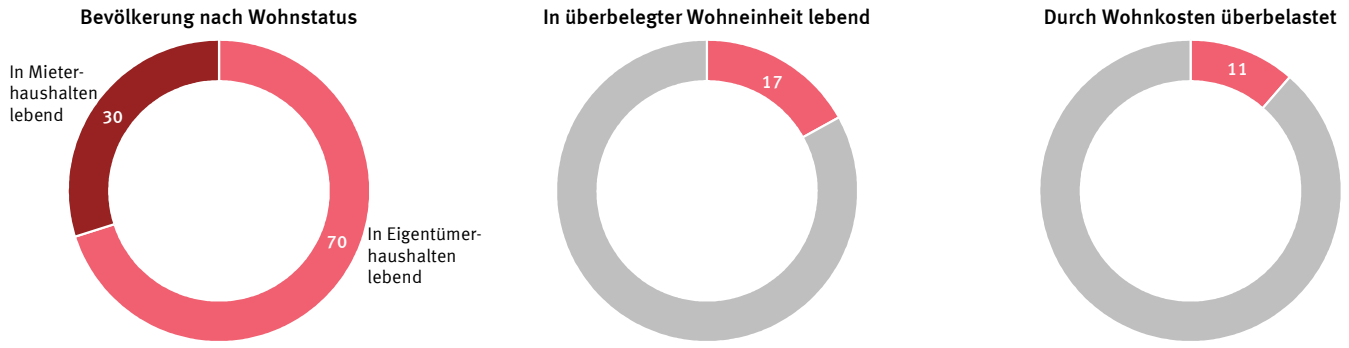
	Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt	In Mieterhaushalten lebende Personen	In Eigentümerhaushalten lebende Personen	In überbelegten Wohneinheiten lebende Personen	Durch Wohnkosten überbelastete Personen
	2015				
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung insgesamt			
Europa					
Europäische Union	2,3	30,5	69,5	17	11
Belgien	2,3	28,6	71,4	2	9
Bulgarien	2,5	17,7	82,3	41	15
Dänemark	2,0	37,3	62,7	8	15
Deutschland	2,0	48,1	51,9	7	16
Estland	2,2	18,5	81,5	13	7
Finnland	2,0	27,3	72,7	7	5
Frankreich	2,2	35,9	64,1	7	6
Griechenland	2,6	24,9	75,1	28	41
Irland	2,7	30,0	70,0	3	5
Island	2,5	22,2	77,8	8	10
Italien	2,4	27,1	72,9	28	9
Kroatien	2,8	9,7	90,3	42	7
Lettland	2,4	19,8	80,2	41	8
Litauen	2,3	10,6	89,4	26	9
Luxemburg	2,4	26,8	73,2	7	6
Malta	2,6	19,2	80,8	4	1
Niederlande	2,2	32,2	67,8	3	15
Norwegen	2,0	17,2	82,8	5	9
Österreich	2,2	44,3	55,7	15	6
Polen	2,8	16,3	83,7	43	9
Portugal	2,5	25,2	74,8	10	9
Rumänien	2,7	3,6	96,4	50	16
Russische Föderation
Schweden	2,1	29,4	70,6	12	8
Schweiz	2,2	56,6	43,4	6	12
Slowakei	2,8	10,7	89,3	38	9
Slowenien	2,5	23,8	76,2	14	6
Spanien	2,5	21,8	78,2	6	10
Tschechische Republik	2,4	22,0	78,0	19	10
Türkei
Ungarn	2,3	13,7	86,3	41	9
Vereinigtes Königreich	2,3	36,5	63,5	7	13
Zypern	2,7	27,0	73,0	1	4

Eine **Wohneinheit** gilt als **überbelegt**, wenn sie nicht mindestens folgende Kriterien erfüllt: ein Gemeinschaftszimmer, ein Zimmer je Paar im Haushalt, ein Zimmer für jede alleinstehende Person im Alter von 18 Jahren oder älter, ein Zimmer für bis zu zwei alleinstehende Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren, ein Zimmer je alleinstehende Person im Alter von 12 bis 17 Jahren (sofern nicht in der vorherigen Kategorie erfasst) sowie ein Zimmer für bis zu zwei Kinder unter 12 Jahren.

Personen gelten als **durch Wohnkosten überbelastet**, wenn sie in Haushalten leben, die mehr als 40% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden.

Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat

Wohnsituation in der Europäischen Union (EU-28) 2015
Anteil an der Wohnbevölkerung insgesamt, in %



Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat

2017 - 01 - 0354

A.6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

	Median- äquivalenz- einkommen ¹	Armutsgefährdungs- grenze ¹		Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers) ¹			Konsum- ausgaben für Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke ²	Konsumaus- gaben für Wohnung, Wasser, Strom und Gas ²
		Allein- lebende	Haushalte mit 2 Erwachse- nen und 2 Kindern unter 14 Jahren	insgesamt	Personen unter 18 Jahren	Personen ab 65 Jahren		
2015								
EUR			%		% der Konsumausgaben insgesamt			
Europa								
Europäische Union	16 153	.	.	17,3	21,1	14,1	12,3	24,4
Belgien	21 654	12 993	27 285	14,9	18,0	15,2	13,3	24,4
Bulgarien	3 332	1 999	4 198	22,0	25,4	31,7	18,7	18,6
Dänemark	28 364	17 019	35 739	12,2	10,4	9,1	11,3	29,7
Deutschland	20 668	12 401	26 041	16,7	14,6	16,5	10,5	24,0
Estland	7 889	4 733	9 940	21,6	20,0	35,8	20,7	18,0
Finnland	23 763	14 258	29 942	12,4	10,0	13,8	12,4	28,2
Frankreich	21 415	12 849	26 983	13,6	18,7	8,0	13,3	26,3
Griechenland	7 520	4 512	9 475	21,4	26,6	13,7	16,6	20,6
Irland	21 688	13 013	27 327	16,3	17,9	14,2	9,5	24,6
Island	23 696	14 218	29 857	9,6	10,9	9,0	14,2	22,0
Italien	15 846	9 508	19 966	19,9	26,8	14,7	14,3	23,8
Kroatien	5 453	3 272	6 871	20,0	20,9	26,3	.	.
Lettland	5 828	3 497	7 344	22,5	23,2	34,6	18,8	22,0
Litauen	5 180	3 108	6 527	22,2	28,9	25,0	23,4	15,8
Luxemburg	35 270	21 162	44 441	15,3	21,5	7,9	9,2	23,9
Malta	13 493	8 096	17 001	16,3	23,4	21,0	12,4	10,1
Niederlande	21 292	12 775	26 828	11,6	14,0	5,6	11,7	23,8
Norwegen	41 483	24 890	52 269	11,9	11,3	8,9	11,9 ¹³	20,6 ¹³
Österreich	23 260	13 956	29 308	13,9	17,8	13,2	9,9	22,7
Polen	5 556	3 333	7 000	17,6	22,4	12,1	16,9	21,5
Portugal	8 435	5 061	10 628	19,5	24,8	17,0	17,0	18,8
Rumänien	2 315	1 389	2 917	25,4	38,1	19,4	29,4	21,5
Russische Föderation
Schweden	26 640	15 984	33 567	14,5	12,9	18,2	12,5	26,0
Schweiz	39 586	23 752	49 878	15,6	18,4	26,5	.	.
Slowakei	6 930	4 158	8 732	12,3	20,1	5,6	17,8	24,9
Slowenien	12 332	7 399	15 538	14,3	14,2	17,2	15,4	18,8
Spanien	13 352	8 011	16 823	22,1	29,6	12,3	13,4	23,0
Tschechische Republik	7 423	4 454	9 353	9,7	14,7	7,4	16,6	25,9
Türkei
Ungarn	4 556	2 734	5 741	14,9	22,7	4,6	18,2	19,1
Vereinigtes Königreich	20 945	12 567	26 391	16,7	19,8	16,4	8,4	25,7
Zypern	13 793	8 276	17 380	16,2	16,7	17,3	14,7	16,6

Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Das **Medianäquivalenzeinkommen** wird wie folgt ermittelt: Um das mittlere Einkommen zu bestimmen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr Einkommen zur Verfügung, die andere weniger.

Die **Armutsgefährdungsgrenze** liegt bei 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Personen werden als (relativ) einkommensarm bezeichnet, wenn deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei den hier aufgeführten Quoten wurden bei der Ermittlung des Einkommens auch Sozialtransfers (z. B. Wohngeld, Kindergeld, Rente, Pension, Pflegegeld) berücksichtigt.

1 Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat.
 2 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat.
 3 2014.

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

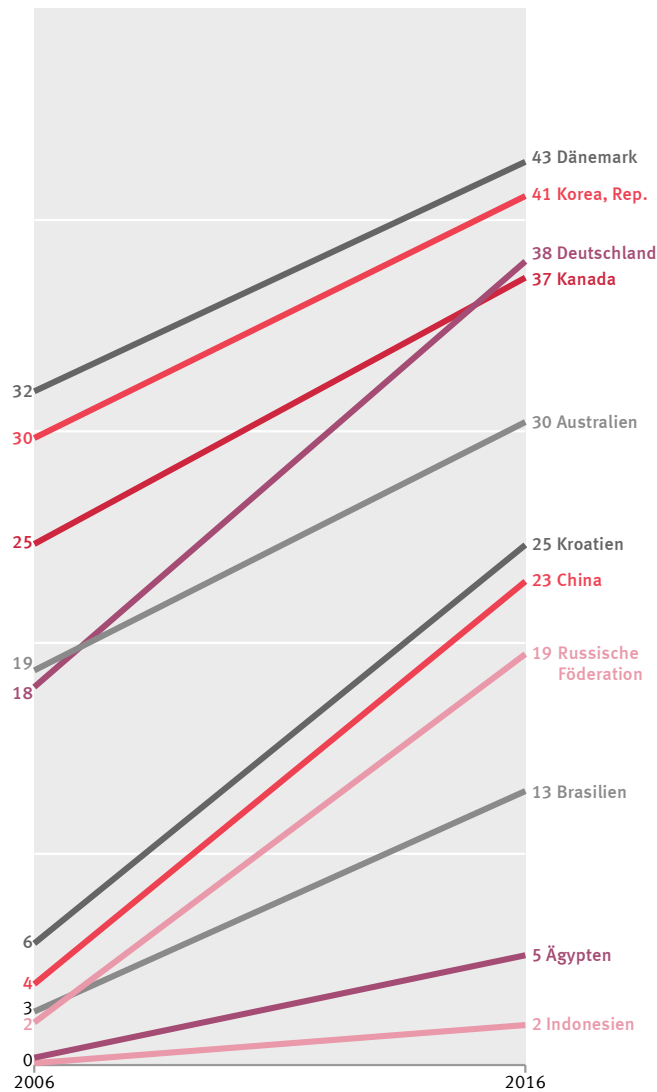
	Kultur		Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Beschäftigte im Kultursektor ¹¹	Kinobesuche ¹²	Haushalte mit eigenem Computer	Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Festnetzanschlüsse	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	18- bis 64-jährige, die mind. 150 Minuten pro Woche für Sport/Bewegung aufwenden
	2015	2016							2014
1 000	je Einwohner/-in	%			je 100 Einwohner/-innen				%
Europa									
Europäische Union	6 448	32
Belgien	144	1,70	82	85	39	111	38	67	.
Bulgarien	70	0,77	60	64	21	127	23	88	11
Dänemark	106	2,35	95	94	27	123	43	124	55
Deutschland	1 215	1,47	91	91	54	115	38	80	49
Estland	26	2,50	90	86	29	149	31	125	25
Finnland	97	1,58	85	85	8	134	31	153	57
Frankreich	720	3,19	82	86	60	103	42	82	25
Griechenland	75	0,93	72	69	46	113	33	51	20
Irland	52	3,39	84	87	40	104	28	98	.
Island	9	4,27	99	97	48	118	38	104	.
Italien	614	1,80	65	69	33	140	25	87	20
Kroatien	41	1,02	79	77	34	104	25	80	21
Lettland	30	1,28	78	77	18	131	26	77	26
Litauen	45	1,27	70	72	18	141	29	77	21
Luxemburg	11	2,20	96	96	51	148	37	90	42
Malta	6	.	82	81	54	125	40	71	36
Niederlande	318	2,01	90	92	40	130	42	88	.
Norwegen	88	2,52	98	97	17	110	40	102	.
Österreich	133	1,72	83	85	42	166	29	88	51
Polen	417	1,37	80	80	24	146	19	59	19
Portugal	107	1,44	73	74	45	109	32	61	20
Rumänien	100	0,61	74	72	19	106	21	74	9
Russische Föderation	1,31	74	75	23	163	19	75	.
Schweden	197	1,79	88	92	34	127	36	125	55
Schweiz	194	1,61	89	87	48	136	46	104	.
Slowakei	49	1,05	81	81	15	128	24	79	33
Slowenien	32	1,16	78	78	35	115	28	62	42
Spanien	440	2,16	77	82	41	110	29	87	36
Tschechische Republik	145	1,48	76	76	16	115	28	76	33
Türkei	466	0,74	58	76	14	97	14	67	.
Ungarn	120	1,48	76	79	32	119	28	44	31
Vereinigtes Königreich	1 129	2,58	90	91	52	122	39	91	39
Zypern	10	0,87	72	74	38	134	33	97	26

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Medien: Telekommunikation und Internet ^{1,3}				
	Hauhalte mit eigenem Computer	Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Festnetzanschlüsse	Mobilfunkverträge	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement
	2016		je 100 Einwohner/-innen		
	%				
Afrika					
Ägypten	53	43	7	114	53
Äthiopien	5	15	1	51	5
Kenia	15	22	0	81	26
Kongo, Dem. Republik	3	3	0	39	14
Nigeria	11	15	0	82	22
Südafrika	24	53	7	142	59
Tansania, Ver. Republik	4	8	0	74	9
Amerika					
Argentinien	68	64	23	151	81
Brasilien	51	52	20	119	90
Chile	64	61	19	127	69
Kanada	87	89	41	84	66
Kolumbien	45	46	14	117	45
Mexiko	46	47	15	88	59
Vereinigte Staaten	87	84	37	127	120
Asien					
Bangladesch	10	15	0	78	18
China	53	56	15	97	67
Indien	15	23	2	87	17
Indonesien	19	47	4	149	67
Iran, Islamische Republik	61	62	38	100	34
Israel	81	76	42	132	93
Japan	81	97	51	130	132
Korea, Republik	75	99	56	123	111
Myanmar	14	24	1	89	48
Pakistan	16	22	2	71	20
Philippinen	34	39	4	109	46
Saudi-Arabien	69	95	12	158	79
Thailand	28	60	7	173	95
Ver. Arabische Emirate	91	94	23	204	157
Vietnam	24	26	6	128	47
Australien und Ozeanien					
Australien	86	88	34	110	130
Neuseeland	87	86	39	125	101

1 Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat. Beschäftigte im Kulturbereich gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige (NACE Rev. 2) und des Bildungswesens ISCED (2011).
 2 Quelle: MEDIA Salles.
 3 Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU), Vereinte Nationen.
 4 Quelle: Europäische Gesundheitsumfrage EHIS, Eurostat. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt für 18- bis 64-Jährige mindestens 150 Minuten Bewegung pro Woche.

Festinstallierte Internet-Breitbandanschlüsse
im Abonnement, je 100 Einwohner/-innen



Quelle: Internationale Fernmeldeunion (ITU), Vereinte Nationen

2017 - 01 - 0355

A.8 Soziales

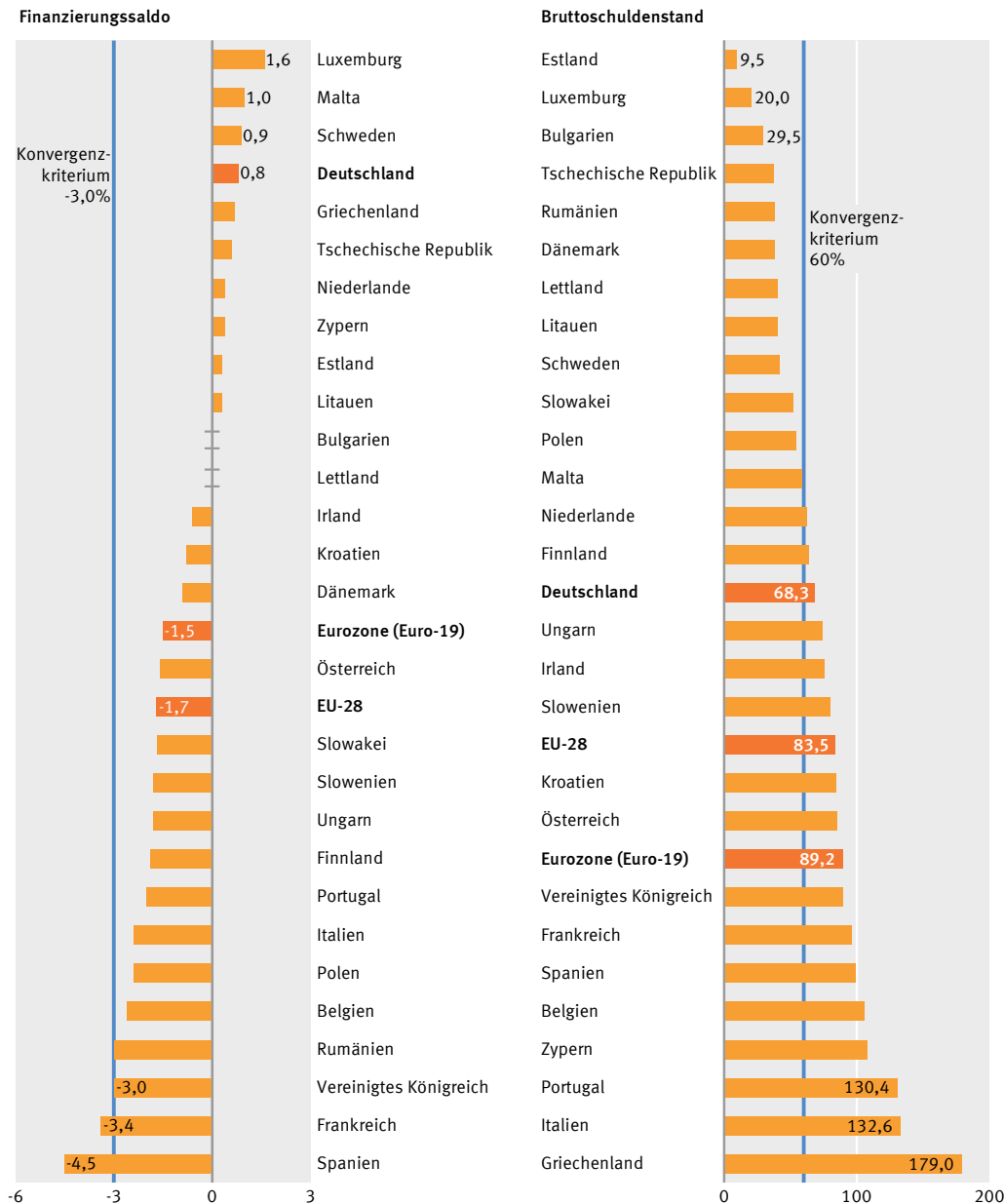
	Ausgaben für Sozialschutzleistungen									Zahl der Rentenbezieher/-innen ¹	Lohnersatzquote der Rentenbezieher/-innen ¹²
	Sozialschutzleistungen			Leistungen nach Funktion							
				Alter, Hinterbliebene	Gesundheitsversorgung	Invalidität, Gebrechen	Familie, Kinder	Arbeitslosigkeit	Wohnen und Sonstiges		
2014											2015
	Mill. EUR	% des BIP	EUR je Einwohner/-in	% aller Sozialschutzleistungen						je 100 Einwohner/-innen	%
Europa											
Europäische Union	3 862 959	27,6	7 610	45,9	29,2	7,3	8,6	5,1	4,0	.	57
Belgien	116 266	29,0	10 373	40,3	28,9	8,3	7,5	11,6	3,3	25	47
Bulgarien	7 663	17,9	1 061	49,5	27,6	7,8	10,6	2,9	1,7	30	41
Dänemark	83 900	31,6	14 867	44,3	20,0	12,9	11,2	5,2	6,5	26	45
Deutschland	812 680	27,8	10 035	39,2	34,8	8,1	11,3	3,9	2,8	29	46
Estland	2 952	14,9	2 246	44,3	29,3	11,8	10,9	2,8	0,9	31	43
Finnland	63 916	31,1	11 703	41,7	24,0	10,9	10,4	8,2	4,8	28	52
Frankreich	689 830	32,2	10 436	45,4	28,4	6,6	7,8	6,2	5,5	29	69
Griechenland	45 371	25,5	4 165	65,0	19,6	6,5	4,4	4,3	0,2	25	61
Irland	37 350	19,3	8 089	29,8	34,6	6,0	13,1	13,8	2,7	20	38
Island	3 069	23,7	9 373	28,1	35,3	16,2	11,5	3,1	5,8	20	53
Italien	467 147	28,8	7 685	58,3	23,5	5,9	5,4	6,0	0,9	27	66
Kroatien	9 113	21,2	2 151	43,7	33,6	12,2	7,2	2,3	1,1	29	40
Lettland	3 370	14,3	1 690	52,0	24,2	9,1	9,1	4,0	1,6	30	42
Litauen	5 108	14,0	1 742	49,3	28,5	9,4	7,5	2,3	3,0	32	46
Luxemburg	11 025	22,4	19 818	37,7	25,3	11,4	15,6	6,5	3,6	31	80
Malta	1 519	18,0	3 555	51,7	32,8	3,8	6,6	2,9	2,2	20	54
Niederlande	191 827	28,9	11 374	42,5	34,6	7,7	3,1	5,6	6,4	21	52
Norwegen	95 704	25,5	18 629	35,9	30,2	16,0	12,4	2,3	3,2	25	61
Österreich	96 627	29,2	11 313	50,7	25,3	7,0	9,5	5,6	2,0	28	62
Polen	76 821	18,7	2 021	59,9	21,3	8,3	8,2	1,3	1,0	.	62
Portugal	44 104	25,5	4 240	57,5	23,9	7,4	4,6	5,8	0,9	29	61
Rumänien	21 712	14,4	1 091	55,1	26,9	7,5	8,3	1,0	1,3	27	63
Russische Föderation
Schweden	125 409	29,0	12 934	43,3	26,1	12,0	10,6	3,8	4,2	27	58
Schweiz	129 533	24,4	15 819	48,3	29,5	9,3	6,0	3,6	3,3	37	43
Slowakei	13 661	18,0	2 521	45,6	30,9	9,0	9,3	2,9	2,3	26	62
Slowenien	8 830	23,7	4 282	49,0	30,8	6,1	7,9	3,0	3,1	31	46
Spanien	258 355	24,9	5 558	49,1	26,1	7,4	5,3	10,8	1,4	20	66
Tschechische Republik	29 910	19,1	2 842	47,2	31,4	6,6	8,7	3,0	3,1	28	51
Türkei	83 576	11,9	1 083	60,2	30,2	3,8	3,1	1,3	1,4	16	.
Ungarn	20 656	19,7	2 094	52,1	24,7	7,3	11,9	1,9	2,1	22	65
Vereinigtes Königreich	613 942	27,2	9 502	43,1	31,8	5,4	10,4	1,7	7,7	24	50
Zypern	3 894	22,2	4 568	55,5	20,1	3,2	6,3	8,6	6,4	16	43

1 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.

2 Die Lohnersatzquote ist definiert als das Verhältnis vom Median-Renteneinkommen der Altersklasse 65 bis 74 Jahre zum Median-Bruttoeinkommen der Altersklasse 50 bis 59 Jahre ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen.

Quelle: Eurostat, zum Teil vorläufige Werte

Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates 2016
im Rahmen des EU-Defizitverfahrens, EU-Staaten, in % des BIP



Der **Finanzierungssaldo des Staates** ergibt sich aus der Differenz zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, spricht man von einem Finanzierungsdefizit. Ein positiver Saldo wird als Finanzierungsüberschuss bezeichnet.

Der **Bruttoschuldenstand des Staates** ist im Vertrag von Maastricht definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand des gesamten Staatssektors zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung. Der Staatssektor umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Konsolidierung ist ein Verfahren, bei dem statistische Daten für eine Gruppe von Einheiten wie institutionelle Sektoren so dargestellt werden, als wäre diese Gruppe eine einzige Einheit. Die Zahlen für den Staatssektor sind zwischen den Teilsektoren auf Ebene des Gesamtstaates konsolidiert.

Das **Defizitverfahren** wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein EU-Mitgliedstaat mit seinem Haushalt die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze überschreitet. Entsprechend dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, im Anhang zum Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion, sollen die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende Kriterien einhalten: Das **jährliche Haushaltsdefizit** des Staates soll 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und der **konsolidierte Bruttoschuldenstand** nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschul- denstand des Staates (konsolidiert) ^{1,3}	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschul- denstand des Staates (konsolidiert) ^{1,3}
	insgesamt ¹	darunter ²		insgesamt ¹	darunter Sozial- ausgaben ²					
		Steuern	Sozialbeiträge							
	2015							2015	2016	
Mrd. US\$	%		Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP				
Europa										
Europäische Union	-2,4	84,9	-1,7	83,5
Belgien	233,7	59,1	32,2	245,1	47,0	-11,5	-2,5	106,0	-2,6	105,9
Bulgarien	17,5	53,8	20,1	19,0	37,4	-1,4	-1,6	26,0	0,0	29,5
Dänemark	161,1	87,8	1,9	165,2	34,2	-4,0	-1,3	39,6	-0,9	37,8
Deutschland	1 502,5	52,1	37,0	1 479,3	54,1	23,2	0,7	71,2	0,8	68,3
Estland	9,1	55,3	28,5	9,1	35,1	0,0	0,1	10,1	0,3	9,5
Finnland	126,0	57,4	23,7	132,4	40,0	-6,4	-2,7	63,7	-1,9	63,6
Frankreich	1 293,5	54,4	35,4	1 378,3	45,6	-84,9	-3,6	95,6	-3,4	96,0
Griechenland	93,2	53,6	28,8	99,8	41,8	-6,5	-5,9	177,4	0,7	179,0
Irland	78,2	71,9	16,1	83,5	37,8	-5,3	-2,0	78,7	-0,6	75,4
Island	7,1	78,7	8,6	7,2	15,3	-0,1	-0,8 ¹	68,1 ¹	11,3 ¹	53,2 ¹
Italien	871,6	62,9	27,9	920,7	45,0	-49,1	-2,7	132,1	-2,4	132,6
Kroatien	21,2	.	.	22,8	.	-1,6	-3,4	86,7	-0,8	84,2
Lettland	9,8	57,7	24,2	10,2	30,9	-0,4	-1,3	36,5	0,0	40,1
Litauen	14,2	50,3	34,0	14,2	36,6	-0,1	-0,2	42,7	0,3	40,2
Luxemburg	24,8	61,4	28,0	23,9	49,4	0,9	1,4	21,6	1,6	20,0
Malta	4,1	65,9	16,1	4,2	28,5	-0,1	-1,3	60,6	1,0	58,3
Niederlande	324,5	53,4	34,0	339,1	48,5	-14,6	-2,1	65,2	0,4	62,3
Norwegen	207,5	51,3	18,9	185,5	36,0	22,1	5,7 ¹	33,2 ¹	2,9 ¹	33,2 ¹
Österreich	190,6	57,1	30,3	194,5	45,3	-3,9	-1,1	85,5	-1,6	84,6
Polen	185,8	50,7	34,8	198,0	41,0	-12,2	-2,6	51,1	-2,4	54,4
Portugal	87,6	57,9	26,3	96,3	39,5	-8,7	-4,4	129,0	-2,0	130,4
Rumänien	58,3	56,8	23,1	60,9	35,6	-2,6	-0,8	38,0	-3,0	37,6
Russische Föderation . . .	434,8	50,4	17,6	480,9	37,7	-46,2	-3,4 ¹	15,9 ¹	-3,7 ¹	17,0 ¹
Schweden	243,4	80,0	7,3	242,5	34,8	0,9	0,3	43,9	0,9	41,6
Schweiz	219,3	.	.	219,0	.	0,3	0,0 ¹	45,8 ¹	-0,1 ¹	45,4 ¹
Slowakei	37,1	42,5	32,8	39,5	44,2	-2,4	-2,7	52,5	-1,7	51,9
Slowenien	17,4	49,0	32,8	18,9	39,4	-1,4	-2,9	83,1	-1,8	79,7
Spanien	460,9	58,5	31,8	522,0	42,1	-61,2	-5,1	99,8	-4,5	99,4
Tschechische Republik . .	76,6	47,4	35,1	77,7	37,6	-1,2	-0,6	40,3	0,6	37,2
Türkei	265,8	55,2	27,8	276,2	40,9	-10,4	-1,2 ¹	27,6 ¹	-2,3 ¹	29,1 ¹
Ungarn	58,8	53,3	27,2	61,2	32,4	-2,4	-1,6	74,7	-1,8	74,1
Vereinigtes Königreich . .	1 023,5	70,0	20,3	1 148,1	38,9	-124,7	-4,3	89,0	-3,0	89,3
Zypern	7,6	63,1	21,4	7,9	35,0	-0,3	-1,2	107,5	0,4	107,8

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungssaldo des Staates ¹		Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹	Finanzierungs-saldo des Staates ¹	Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹
	insgesamt ¹	darunter ^{1,2}		insgesamt ¹	darunter Sozialausgaben ^{1,2}	Mrd. US\$	% des BIP			
		Steuern	Sozialbeiträge							
2015								2016		
	Mrd. US\$	%		Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP			
Afrika										
Ägypten	69,3	.	.	105,7	.	- 36,3	- 11,4	88,5	- 12,0	97,1
Äthiopien	- 1,9	54,6	- 2,4	54,9
Kenia	12,2	.	.	17,4	.	- 5,2	- 8,2	52,4	- 7,3	54,4
Kongo, Dem. Republik	6,1	.	.	6,2	.	0,0	- 0,1	18,8	- 0,8	21,5
Nigeria	37,5	.	.	55,0	.	- 17,4	- 3,5	12,1	- 4,4	18,6
Südafrika	93,1	.	.	104,4	.	- 11,2	- 3,6	49,8	- 3,5	50,5
Tansania, Ver. Republik	6,6	.	.	8,1	.	- 1,5	- 3,3	36,9	- 3,8	39,0
Amerika										
Argentinien	215,1	.	.	250,7	.	- 35,6	- 5,6	52,0	- 5,8	51,3
Brasilien	562,2	52,9 ¹⁴	24,2 ¹⁴	747,3	26,2 ¹⁴	- 185,1	- 10,3	72,5	- 9,0	78,3
Chile	55,7	.	.	60,8	.	- 5,1	- 2,1	17,4	- 2,9	21,2
Kanada	607,6	70,1	12,2	625,0	24,4	- 17,4	- 1,1	91,6	- 1,9	92,3
Kolumbien	76,9	.	.	87,0	.	- 10,1	- 3,5	50,7	- 3,4	47,6
Mexiko	266,1	67,2 ¹⁴	11,6 ¹⁴	312,2	17,3 ¹⁴	- 46,1	- 4,0	53,7	- 2,9	58,1
Vereinigte Staaten	5 733,0	63,3	21,1	6 364,0	41,1	- 631,0	- 3,5	105,6	- 4,4	107,4
Asien										
Bangladesch	19,3	.	.	26,8	.	- 7,5	- 3,9	33,9	- 3,4	33,1
China	3 203,4	.	.	3 516,2	.	- 312,8	- 2,8	42,6	- 3,7	46,2
Indien	434,6	.	.	585,4	.	- 150,8	- 7,1	69,6	- 6,6	69,5
Indonesien	128,1	.	.	149,5	.	- 21,5	- 2,5	26,9	- 2,5	27,9
Iran, Islamische Republik	61,8	.	.	68,6	.	- 6,8	- 1,8	42,4	- 2,8	35,0
Israel	110,6	.	.	118,6	.	- 8,0	- 2,7	64,1	- 2,5	62,2
Japan	1 451,6	.	.	1 605,6	.	- 154,0	- 3,5	238,0	- 4,2	239,2
Korea, Republik	294,0	.	.	289,3	.	4,7	0,3	37,8	0,3	38,6
Myanmar	11,7	.	.	14,4	.	- 2,8	- 4,4	34,9	- 4,6	35,8
Pakistan	38,8	.	.	52,8	.	- 14,0	- 5,2	63,6	- 4,3	66,9
Philippinen	56,7	.	.	54,9	.	1,8	0,6	36,3	- 0,4	33,7
Saudi-Arabien	163,3	.	.	266,4	.	- 103,1	- 15,8	5,0	- 16,9	12,4
Thailand	88,5	84,8 ¹⁴	.	88,0	9,5 ¹⁴	0,5	0,1	42,7	0,5	42,2
Ver. Arabische Emirate	106,6	.	.	114,4	.	- 7,8	- 2,1	18,1	- 3,9	19,3
Vietnam	45,9	.	.	57,9	.	- 12,0	- 6,2	58,3	- 6,6	62,4
Australien und Ozeanien										
Australien	424,3	80,4	.	457,5	31,0	- 33,2	- 2,7	37,6	- 2,7	41,1
Neuseeland	60,2	.	.	59,1	.	1,1	0,6	29,6	0,6	29,5

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF, eigene Berechnungen. Zum Teil vorläufige Werte.
 2 Quelle: International Financial Statistics, IMF.
 3 Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat.
 4 Wert bezieht sich nur auf den Zentralstaat.

A.10 Wahlen zum Europaparlament

	Wahlbeteiligung		Mandate	Davon								Frauenanteil an den Mandaten
	2009	2014		EVP	S&D	EKR	ALDE	GUE/NGL	Grüne/EFA	EFDD	Fraktionslose	
	%		Anzahl									%
Europäische Union	43,0	42,6	751	221	191	70	67	52	50	48	52	37
Belgien	90,4	89,6	21	4	4	4	6	-	2	-	1	29
Bulgarien	39,0	35,8	17	7	4	2	4	-	-	-	-	29
Dänemark	59,5	56,3	13	1	3	4	3	1	1	-	-	38
Deutschland	43,3	48,1	96	34	27	8	4	8	13	-	2	36
Estland	43,9	36,5	6	1	1	-	3	-	1	-	-	50
Finnland	38,6	39,1	13	3	2	2	4	1	1	-	-	54
Frankreich	40,6	42,4	74	20	13	-	7	4	6	1	23	42
Griechenland	52,6	60,0	21	5	4	1	-	6	-	-	5	24
Irland	58,6	52,4	11	4	1	1	1	4	-	-	-	55
Italien	65,1	57,2	73	17	31	-	-	3	-	17	5	40
Kroatien	-	25,2	11	5	2	1	2	-	1	-	-	45
Lettland	53,7	30,2	8	4	1	1	-	-	1	1	-	37
Litauen	21,0	47,4	11	2	2	1	3	-	1	2	-	9
Luxemburg	90,8	85,6	6	3	1	-	1	-	1	-	-	33
Malta	78,8	74,8	6	3	3	-	-	-	-	-	-	67
Niederlande	36,8	37,3	26	5	3	2	7	3	2	-	4	42
Österreich	46,0	45,4	18	5	5	-	1	-	3	-	4	44
Polen	24,5	23,8	51	23	5	19	-	-	-	-	4	24
Portugal	36,8	33,7	21	7	8	-	2	4	-	-	-	38
Rumänien	27,7	32,4	32	15	16	-	1	-	-	-	-	31
Schweden	45,5	51,1	20	4	6	-	3	1	4	2	-	55
Slowakei	19,6	13,1	13	6	4	2	1	-	-	-	-	31
Slowenien	28,4	24,6	8	5	1	-	1	-	1	-	-	37
Spanien	44,9	43,8	54	17	14	-	8	11	4	-	-	41
Tschechische Republik . .	28,2	18,2	21	7	4	2	4	3	-	1	-	24
Ungarn	36,3	29,0	21	12	4	-	-	-	2	-	3	19
Vereinigtes Königreich . .	34,7	35,6	73	-	20	20	1	1	6	24	1	41
Zypern	59,4	44,0	6	2	2	-	-	2	-	-	-	17

EVP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), **S&D:** Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, **EKR:** Europäische Konservative und Reformisten, **ALDE:** Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, **GUE/NGL:** Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, **Grüne/EFA:** Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, **EFDD:** Europa der Freiheit und der direkten Demokratie.

Zuordnung der deutschen Parteien zu den europäischen Fraktionen: CDU/CSU (EVP-Fraktion), SPD (S&D), AfD und FAMILIEN-Partei Deutschlands (EKR), FDP und FREIE WÄHLER (ALDE), DIE LINKE und Tierschutzpartei (GUE/NGL), GRÜNE, PIRATEN, ÖDP (Grüne/EFA), Die PARTEI und NPD (fraktionslos).

Weitere Informationen zu den Europawahlen siehe Kapitel 10.

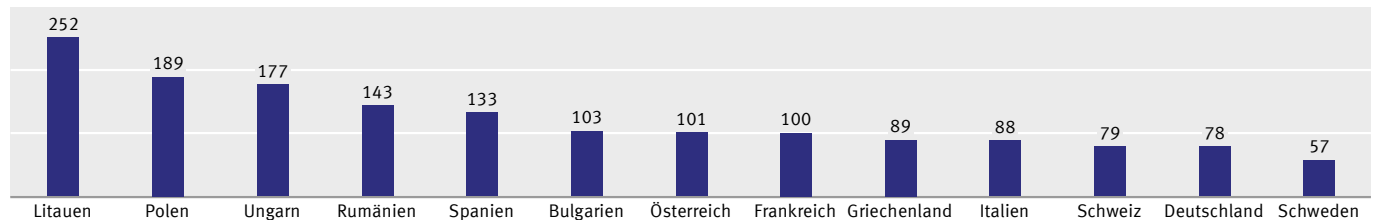
Quelle: Europäisches Parlament

A.11 Justiz

	Tötungsdelikte	Raubdelikte	Wohnungseinbrüche	Diebstahl	Darunter Kfz-Diebstahl	Polizisten/Polizistinnen ¹	Strafgefangene
2015							
je 100 000 Einwohner/-innen							
Europa							
Europäische Union
Belgien	2,0	197	591	1 660	132	342	98
Bulgarien	1,8	27	62	532	56	312	103
Dänemark	0,8	36	808	3 436	4	186	57
Deutschland	0,8	55	206	1 647	70	304¹²	78
Estland	3,2	26	126	864	38	298	215
Finnland	1,6	28	109	1 781	123	141	57
Frankreich	1,5	158	351	1 847	254	322	100
Griechenland	0,8	40	221	924	244	478	89
Irland	1,3	56	.	1 501	139	278 ¹³	81
Island	0,9	16	122	1 225	21	196	47 ¹²
Italien	0,8	58	386	1 719	272	450	88
Kroatien	0,9	31	116	321	18	490	79
Lettland	4,1	39	13	976	75	441	222
Litauen	5,8	54	103	689	39	305	252
Luxemburg	0,9	98	479	1 651	60	320	123
Malta	0,9	56	166	2 015	53	504	132
Niederlande	0,7 ¹²	57	508	3 219	106	299	64
Norwegen	0,6 ¹³	21 ¹³	99 ¹³	2 340 ¹³	129 ¹³	168 ¹³	77 ¹²
Österreich	0,5	40	181	1 587	48	326	101
Polen	0,8	21	30	364	33	260	189
Portugal	1,0	149	156	833	116	452	139
Rumänien	1,5	17	76	546	23	263	143
Russische Föderation
Schweden	1,2	87	436	3 828	260	204	57
Schweiz	0,7	40	308	1 773	79	220	79
Slowakei	0,9	10	35	444	36	413	183
Slowenien	1,0	11	151	1 105	38	331	68
Spanien	0,7	139	195	443	67	366	133
Tschechische Republik	0,8	19	65	1 320	65	377	198
Türkei ¹⁴	2,4	14	73	321	42	506	192
Ungarn	1,0	15	206	1 032	32	90	177
Vereinigtes Königreich ¹⁵	0,9 ¹³	82 ¹³	339 ¹³	2 148 ¹³	129 ¹³	229	144
Zypern	1,4	11	161	108	113	581	65

1 Ohne Kommissarinnen und Kommissare.
 2 2013.
 3 2014.
 4 2012.
 5 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
 Quelle: Kriminalitätsstatistik, Eurostat

Strafgefangene 2015
 je 100 000 Einwohner/-innen



Quelle: Kriminalitätsstatistik, Eurostat

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹		Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²				
	nominal	je Einwohner/-in	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag	
	2016	2016								
	Mill. US\$	US\$	Internat. US\$ ³	% des BIP						
Europa										
Europäische Union	16 408 360	.	39 317	1,5	24,4	74,1	56,3	20,6	19,8	3,3
Belgien	466 960	41 283	45 047	0,7	22,3	77,0	51,2	23,6	22,7	2,4
Bulgarien	52 418	7 369	20 327	4,4	28,0	67,6	60,8	15,8	20,3	3,1
Dänemark	306 730	53 744	47 985	1,4	23,7	75,0	47,5	25,5	20,1	6,9
Deutschland	3 466 640	41 902	48 111	0,6	30,5	68,9	53,6	19,7	19,1	7,6
Estland	23 130	17 633	29 313	2,9	26,7	70,4	51,5	20,6	23,9	4,0
Finnland	236 883	43 169	42 165	2,5	26,9	70,6	55,0	24,2	21,9	- 1,2
Frankreich	2 463 220	38 128	42 314	1,5	19,4	79,2	55,2	23,8	22,8	- 1,7
Griechenland	194 248	17 901	26 669	4,0	15,8	80,2	70,5	19,6	10,5	- 0,7
Irland	293 605	62 562	69 231	1,0	41,5	57,5	34,1	12,7	30,0	23,2
Island	20 047	59 629	49 136	6,3 ¹⁴	22,7 ¹⁴	71,0 ¹⁴	49,0	23,1	21,3	6,6
Italien	1 850 740	30 507	36 833	2,1	24,1	73,8	60,6	18,9	17,0	3,5
Kroatien	50 441	12 095	22 795	4,0	26,5	69,5	58,3	19,6	18,9	3,2
Lettland	27 684	14 060	25 710	3,2	21,9	74,9	62,0	17,5	19,9	0,5
Litauen	42 749	14 890	29 972	3,3	28,7	68,0	65,1	17,7	16,4	0,8
Luxemburg	59 468	103 199	104 003	0,2	12,3	87,4	29,2	16,3	18,0	36,4
Malta	10 953	25 214	39 834	1,3	14,4	84,3	49,0	16,8	22,3	11,9
Niederlande	771 163	45 283	51 049	1,8	19,7	78,5	44,4	25,0	19,7	10,9
Norwegen	370 449	70 392	69 249	2,5	31,7	65,8	45,2	24,4	29,1	1,2
Österreich	386 752	44 498	48 005	1,3	28,0	70,7	52,5	19,9	23,7	3,8
Polen	467 591	12 316	27 764	2,4	33,3	64,2	58,6	17,9	19,6	3,9
Portugal	204 761	19 832	28 933	2,2	22,4	75,3	65,8	18,0	14,9	1,2
Rumänien	187 039	9 465	22 348	4,3	32,4	63,3	61,8	14,1	25,0	- 0,9
Russische Föderation	1 280 730	8 929	26 490	4,7	32,4	62,8	53,4	18,1	23,4	5,2
Schweden	511 397	51 165	49 836	1,3	26,0	72,7	44,4	26,1	24,8	4,6
Schweiz	659 850	79 242	59 561	0,7 ¹⁴	25,5 ¹⁴	73,8 ¹⁴	53,9 ¹⁴	11,3 ¹⁴	23,0 ¹⁴	11,7 ¹⁴
Slowakei	89 525	16 499	31 339	3,8	34,8	61,4	55,3	19,5	21,5	3,7
Slowenien	44 009	21 320	32 085	2,3	32,4	65,4	51,7	18,9	19,7	9,6
Spanien	1 232 600	26 609	36 416	2,6	23,3	74,1	57,8	18,9	20,4	2,9
Tschechische Republik	192 991	18 286	33 232	2,5	37,7	59,8	47,0	19,4	26,2	7,4
Türkei	857 429	10 743	24 912	6,9	32,4	60,7	59,5	14,7	28,7	- 3,0
Ungarn	125 675	12 778	27 482	4,5	30,4	65,1	50,4	20,2	19,1	10,3
Vereinigtes Königreich	2 629 190	40 096	42 481	0,6	19,2	80,2	66,0	19,0	17,0	- 1,9
Zypern	19 810	23 352	34 970	2,3	11,0	86,7	69,2	15,2	16,0	- 0,4

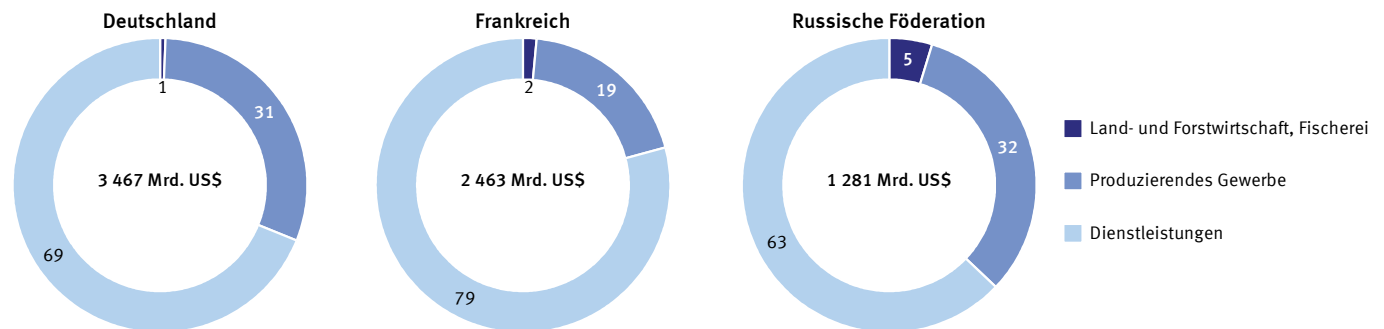
Daten zum **Wirtschaftswachstum** bzw. zur jährlichen Veränderungsrate des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** sind der Tabelle A.0 auf den Seiten 644 und 645 zu entnehmen.

Der **internationale US-Dollar** – auch **US\$ purchasing power parity (US\$ PPP)** genannt – ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Preisniveau-Unterschiede zwischen den Ländern weltweit ausgeglichen werden. Die Kaufkraft eines internationalen Dollars entspricht dabei der Kaufkraft von 1 US\$ in den Vereinigten Staaten. Die Angaben in dieser Währung ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich des Wohlstandsniveaus weltweit. Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen zusammen. Als Bruttoanlageinvestitionen gelten Käufe neuer Anlagen sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Die Vorratsveränderungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Anfangs- und Endbestand von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet werden.

Der **Außenbeitrag** entspricht dem Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Staaten, die einen Exportüberschuss erzielen, weisen demnach einen positiven Außenbeitrag aus.

Weitere Erläuterungen zu diesen und anderen Begriffen aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 12.

Bruttowertschöpfung nach Sektoren 2016
in % des BIP



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2017 - 01 - 0349

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹		Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²				
	nominal	je Einwohner/-in	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag	
2016										
	Mill. US\$	US\$	Internat. US\$ ³	% des BIP						
Afrika										
Ägypten	332 349	3 685	12 554	11,9	32,9	55,2	82,8	11,4	15,0	-9,2
Äthiopien	72 523	795	1 946	37,2	21,3	41,5	70,2	9,7	39,8	-19,8
Kenia	68 919	1 516	3 361	35,6	19,0	45,4	77,9	13,6	17,2	-8,8
Kongo, Dem. Republik	41 615	495	773	21,1	32,7	46,3	76,8	11,9	15,3	-3,9
Nigeria	405 952	2 211	5 942	21,2	18,5	60,4	78,4 ¹⁴	5,9 ¹⁴	15,5 ¹⁴	0,1 ¹⁴
Südafrika	294 132	5 261	13 225	2,4	28,9	68,6	60,0	20,5	19,4	0,1
Tansania, Ver. Republik	47 184	970	3 080	31,1	27,2	41,8	81,7	12,7	7,2	-1,6
Amerika										
Argentinien	545 124	12 503	20 047	7,6	26,7	65,8	66,1	18,4	16,2	-0,7
Brasilien	1 798 620	8 727	15 242	5,5	21,2	73,3	64,0	20,2	15,4	0,4
Chile	247 025	13 576	24 113	4,3	31,3	64,4	64,0	13,5	21,6	0,8
Kanada	1 529 220	42 210	46 437	1,8 ¹⁵	28,8 ¹⁵	69,3 ¹⁵	58,3	21,2	22,9	-2,4
Kolumbien	282 357	5 792	14 130	7,1	32,6	60,3	62,7	18,4	25,5	-6,6
Mexiko	1 046 000	8 555	18 938	3,8	32,7	63,5	66,3	12,2	23,3	-1,8
Vereinigte Staaten	18 569 100	57 436	57 436	1,1 ¹⁴	20,0 ¹⁴	78,9 ¹⁴	68,1 ¹⁴	14,4 ¹⁴	20,3 ¹⁴	-2,9 ¹⁴
Asien										
Bangladesch	227 901	1 411	3 891	14,8	28,8	56,5	69,1	5,9	29,7	-4,7
China	11 218 280	8 113	15 399	8,6	39,8	51,6	37,1 ¹⁴	14,0 ¹⁴	45,4 ¹⁴	2,2
Indien	2 256 400	1 723	6 616	17,4	28,8	53,8	59,4	11,7	30,4	-1,5
Indonesien	932 448	3 604	11 720	13,5	39,3	43,7	55,5	9,4	34,3	0,8
Iran, Islamische Republik	376 755	4 683	18 077	10,8 ¹⁴	24,5 ¹⁴	55,4 ¹⁴	50,3 ¹⁴	12,7 ¹⁴	36,5 ¹⁴	0,5 ¹⁴
Israel	318 386	37 262	35 179	.	.	.	55,2	22,1	20,4	2,3
Japan	4 938 640	38 917	41 275	1,1 ¹⁴	28,9 ¹⁴	70,0 ¹⁴	56,6 ¹⁴	19,9 ¹⁴	23,9 ¹⁴	-0,3 ¹⁴
Korea, Republik	1 411 250	27 539	37 740	2,2	38,6	59,2	48,8	15,2	29,2	6,8
Myanmar	66 324	1 269	5 832	28,2	29,5	42,3	.	.	.	-10,0
Pakistan	284 185	1 468	5 106	25,2	19,2	55,6	80,1	11,8	15,2	-7,1
Philippinen	304 696	2 924	7 728	9,7	30,8	59,5	73,6	11,1	24,3	-9,0
Saudi-Arabien	639 617	20 150	55 158	2,7	43,3	54,0	42,7	25,8	31,0	0,5
Thailand	406 949	5 899	16 888	8,3	35,8	55,8	46,2	17,1	22,0	14,7
Ver. Arabische Emirate	371 353	37 678	67 871	0,7 ¹⁶	55,1 ¹⁶	44,3 ¹⁶	58,5	14,0	25,1	2,4
Vietnam	201 326	2 173	6 429	18,1	36,4	45,5	64,4	6,5	26,6	2,6
Australien und Ozeanien										
Australien	1 258 980	51 850	48 899	2,6	24,3	73,1	57,8	18,9	25,5	-2,2
Neuseeland	181 991	38 345	37 294	6,8 ¹⁶	21,8 ¹⁶	71,4 ¹⁶	57,8 ¹⁴	18,6 ¹⁴	22,8 ¹⁴	0,7 ¹⁴

1 Quelle: World Economic Outlook, Internationaler Währungsfonds (IMF). Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 Weitere Informationen zu dieser Währungseinheit siehe Erläuterungen auf Seite 666.

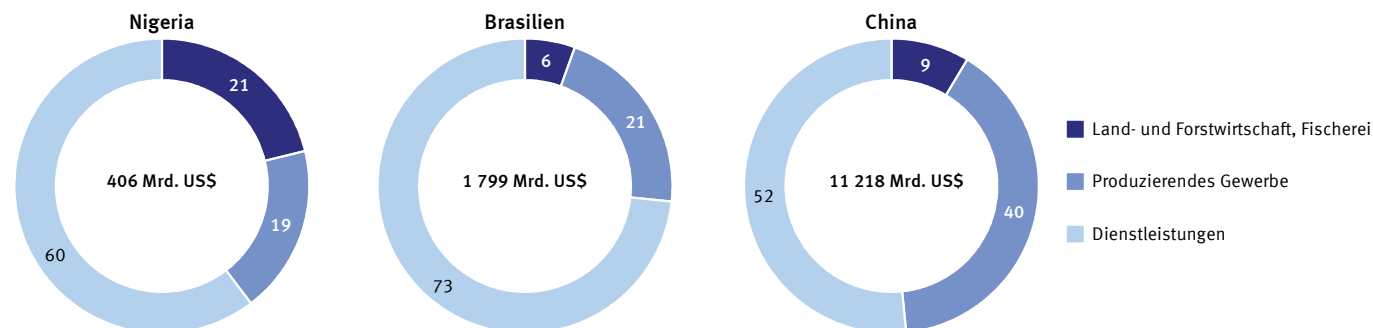
4 2015.

5 2013.

6 2014.

Bruttowertschöpfung nach Sektoren 2016

in % des BIP

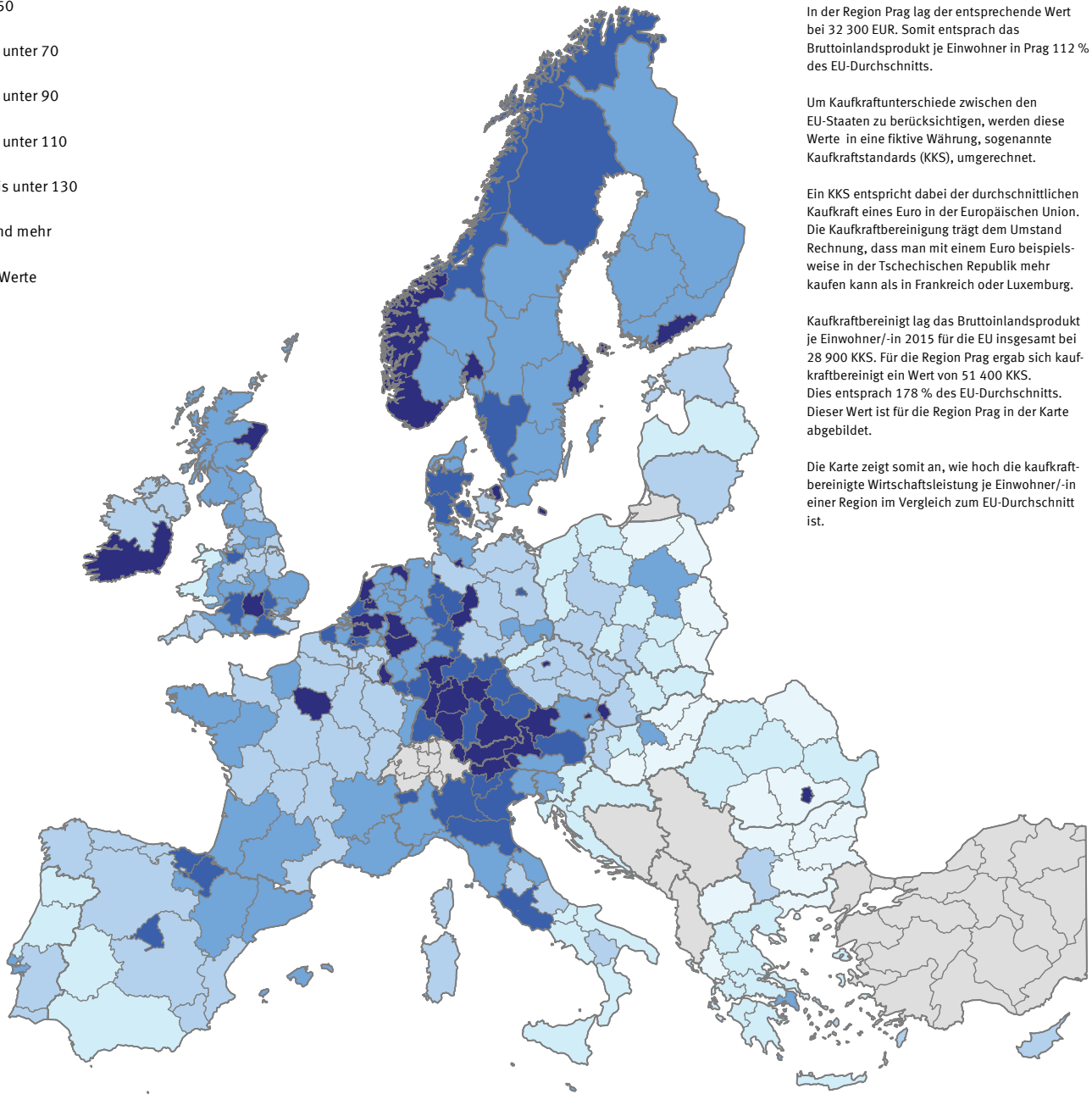


Quelle: World Development Indicators, Weltbank

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in nach Regionen 2015

Kaufkraftbereinigt, in % des EU-Durchschnitts (EU = 100)

- unter 50
- 50 bis unter 70
- 70 bis unter 90
- 90 bis unter 110
- 110 bis unter 130
- 130 und mehr
- Keine Werte



Beispiel zur Interpretation der Karte:
 Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in** lag 2015 für die EU insgesamt bei 28 900 EUR. In der Region Prag lag der entsprechende Wert bei 32 300 EUR. Somit entsprach das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Prag 112 % des EU-Durchschnitts.

Um Kaufkraftunterschiede zwischen den EU-Staaten zu berücksichtigen, werden diese Werte in eine fiktive Währung, sogenannte Kaufkraftstandards (KKS), umgerechnet.

Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Kaufkraftbereinigung trägt dem Umstand Rechnung, dass man mit einem Euro beispielsweise in der Tschechischen Republik mehr kaufen kann als in Frankreich oder Luxemburg.

Kaufkraftbereinigt lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in 2015 für die EU insgesamt bei 28 900 KKS. Für die Region Prag ergab sich kaufkraftbereinigt ein Wert von 51 400 KKS. Dies entsprach 178 % des EU-Durchschnitts. Dieser Wert ist für die Region Prag in der Karte abgebildet.

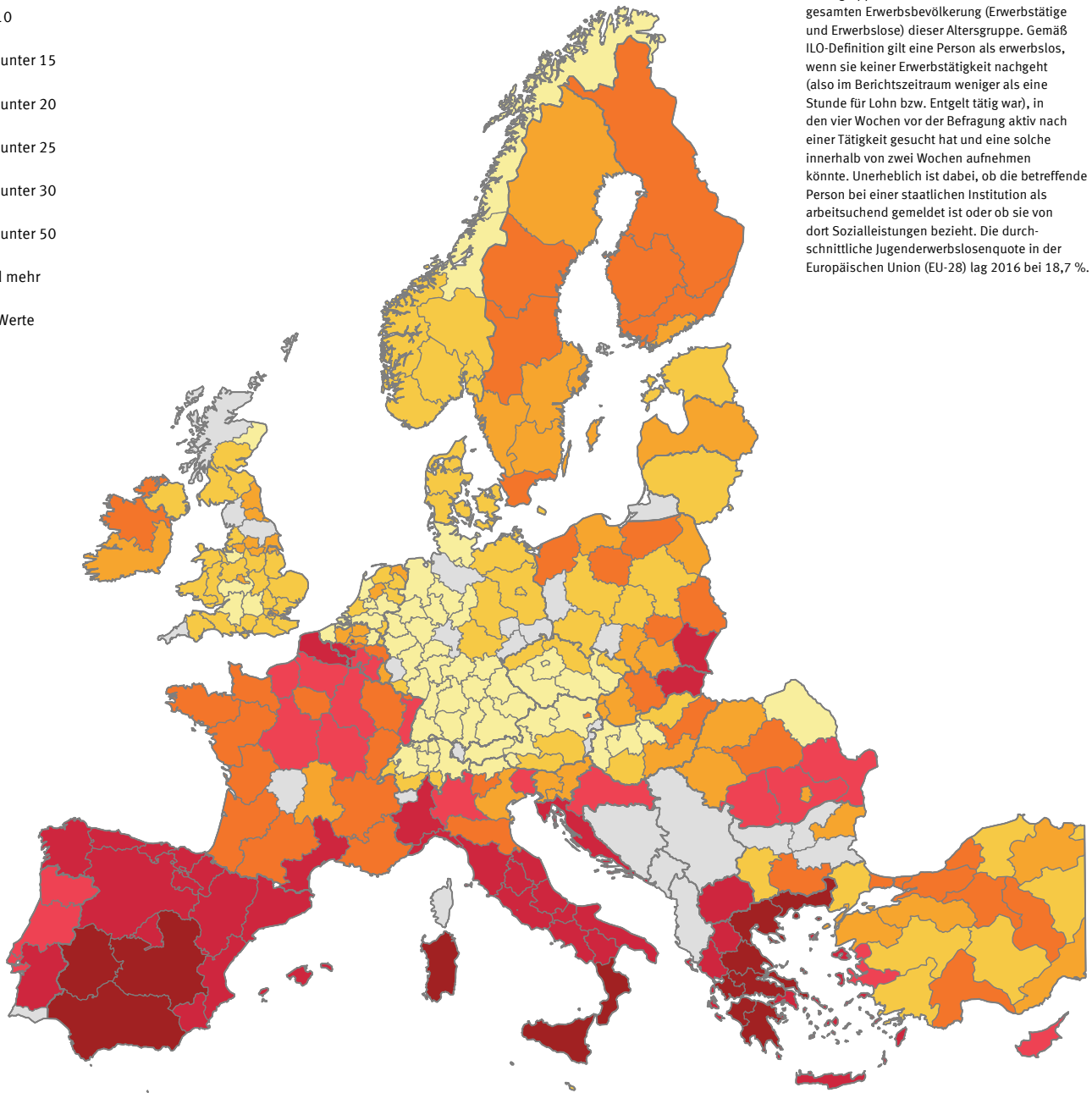
Die Karte zeigt somit an, wie hoch die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner/-in einer Region im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist.

Daten für norwegische und irische Regionen beziehen sich auf das Jahr 2014.
 Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

Jugenderwerbslosenquote nach Regionen 2016
in % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren

- unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 bis unter 25
- 25 bis unter 30
- 30 bis unter 50
- 50 und mehr
- Keine Werte



Die **Jugenderwerbslosenquote** entspricht dem prozentualen Anteil der Erwerbslosen in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren an der gesamten Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige und Erwerbslose) dieser Altersgruppe. Gemäß ILO-Definition gilt eine Person als erwerbslos, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (also im Berichtszeitraum weniger als eine Stunde für Lohn bzw. Entgelt tätig war), in den vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat und eine solche innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnte. Unerheblich ist dabei, ob die betreffende Person bei einer staatlichen Institution als arbeitssuchend gemeldet ist oder ob sie von dort Sozialleistungen bezieht. Die durchschnittliche Jugenderwerbslosenquote in der Europäischen Union (EU-28) lag 2016 bei 18,7 %.

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbspersonen ¹⁾	Erwerbstätigenquote ¹⁾		Teilzeitquote ¹²⁾		Selbstständige ¹⁾	Erwerbstätige ¹⁾			Erwerbslosenquote	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ¹²⁾	15 – 24 Jahre ¹¹⁾
	15 – 64 Jahre										
2015											
	1 000	%	% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbstätigen	% ¹³⁾			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe		
Europa											
Europäische Union	238 494	70,8	60,4	7,5	27,1	.	.	.	9,6	20,3	
Belgien	4 921	65,5	58,0	6,6	30,0	15,2	1,2	21,4	77,4	8,6	22,1
Bulgarien	3 276	65,9	59,8	1,2	2,1	12,1	6,9	29,9	63,3	9,2	21,7
Dänemark	2 859	76,6	70,4	13,9	25,3	8,7	2,5	19,2	78,0	6,3	10,8
Deutschland	41 117	78,0	69,9	7,6	36,5	10,8	1,4	27,7	70,9	4,7	7,2
Estland	654	75,3	68,5	4,4	10,6	9,4	3,9	30,6	65,3	6,3	13,1
Finnland	2 619	69,3	67,7	9,0	15,3	14,3	4,2	21,6	73,8	9,6	22,5
Frankreich	29 164	67,1	60,6	6,4	22,0	11,6	2,7	20,1	75,9	10,4	24,7
Griechenland	4 738	59,3	42,5	7,2	16,2	35,0	12,9	14,9	72,2	25,1	49,8
Irland	2 102	68,7	57,9	11,8	34,9	17,3	5,6	19,0	75,1	9,6	20,9
Island	181	87,1	82,3	11,3	23,7	12,4	4,2	17,8	77,7	4,2	8,8
Italien	24 997	65,5	47,2	8,0	32,7	24,4	3,8	26,6	69,7	12,1	40,3
Kroatien	1 865	60,3	51,6	3,7	6,0	15,6	9,2	26,7	64,0	16,4	42,3
Lettland	965	69,9	66,4	3,8	8,7	12,7	7,9	23,6	68,4	10,1	16,3
Litauen	1 434	68,0	66,5	3,7	8,7	12,3	9,1	25,1	65,9	9,3	16,3
Luxemburg	274	71,3	60,8	4,8	26,5	9,8	1,0	11,4	78,9	6,7	17,4
Malta	193	76,2	51,0	4,5	21,1	14,1	1,6	19,8	78,6	5,5	11,8
Niederlande	8 719	79,0	69,2	17,8	60,3	16,9	2,1	15,2	74,9	6,9	11,3
Norwegen	2 662	76,5	73,0	10,8	26,8	7,1	2,0	20,1	77,7	4,4	9,9
Österreich	4 319	75,1	67,1	7,3	34,3	13,0	4,5	25,8	69,7	5,8	10,6
Polen	17 112	69,3	56,6	3,3	9,0	21,2	11,5	30,4	57,8	7,6	20,8
Portugal	4 949	66,9	61,1	5,5	11,0	18,4	7,5	24,4	68,1	12,9	32,0
Rumänien	8 858	69,5	53,2	2,6	4,5	29,0	25,6	28,5	46,0	7,0	21,7
Russische Föderation	75 660	74,5	64,6	2,7	5,3	7,2	6,7	27,2	66,1	5,6	16,0
Schweden	5 044	77,0	74,0	8,6	16,6	10,3	2,0	18,2	79,2	7,6	20,4
Schweiz	4 597	83,6	74,7	11,0	45,5	14,2	3,3	21,4	75,3	4,9	8,8
Slowakei	2 719	69,5	56,0	3,8	7,6	15,2	3,2	36,1	60,7	11,5	26,5
Slowenien	992	69,2	61,0	6,1	11,5	16,5	7,0	31,6	60,2	9,1	16,3
Spanien	22 767	62,9	52,7	7,0	23,0	17,3	4,1	19,9	76,0	22,2	48,3
Tschechische Republik	5 201	77,9	62,4	1,8	6,4	17,4	2,9	38,0	59,0	5,1	12,6
Türkei	28 903	69,8	30,4	5,4	18,6	32,9	20,4	27,2	52,4	10,4	18,5
Ungarn	4 483	70,3	57,8	2,7	5,6	10,9	4,9	30,3	64,7	6,9	17,3
Vereinigtes Königreich	31 742	77,6	67,9	10,2	36,5	15,1	1,1	18,5	79,7	5,4	14,6
Zypern	413	66,7	59,0	7,2	12,8	15,2	4,0	16,2	79,8	15,2	32,8

Zu den **Erwerbspersonen** zählen alle Personen einer bestimmten Altersgruppe, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

Die **Erwerbstätigenquote** beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe.

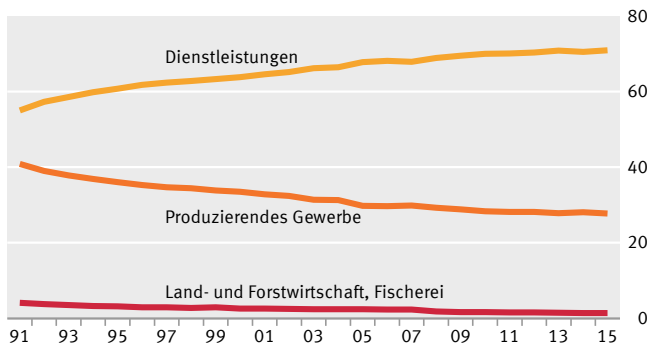
Die **Teilzeitquote** der OECD entspricht dem Anteil der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen, deren reguläre Wochenarbeitszeit weniger als 30 Stunden beträgt.

Alle hier aufgeführten Indikatoren entsprechen dem **Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**. Nähere Informationen hierzu sowie weitere Begriffserläuterungen zum Thema Arbeitsmarkt siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 13.

Erwerbstätigkeit nach Sektoren

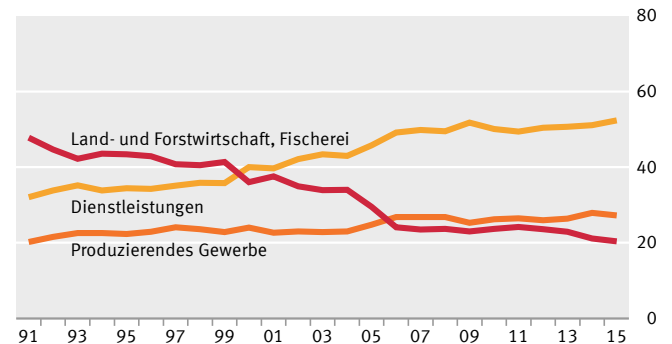
Anteil in %

Deutschland



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Türkei



2017 - 01 - 0361

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbspersonen ¹		Erwerbstätigenquote ¹		Teilzeitquote ²		Selbstständige ¹	Erwerbstätige ¹			Erwerbslosenquote	
	15 – 64 Jahre		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ²	15 – 24 Jahre ¹
2015	1 000	%	% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbstätigen	% ³			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe			
Afrika												
Ägypten	28 055	66,5	17,9	.	.	37,4	25,8	25,1	49,1	13,0	31,3	
Äthiopien	35 856 ¹⁴	88,4 ¹⁴	74,4 ¹⁴	.	.	89,9	8,7 ¹⁵	24,1 ¹⁵	67,3 ¹⁵	17,9 ¹⁵	26,7 ¹⁵	
Kenia	58,1	
Kongo, Dem. Republik	74,0	
Nigeria	39,4	7,7	
Südafrika	21 087	49,9	37,7	5,5	12,8	14,3	5,6	23,8	70,6	25,4	50,1	
Tansania, Ver. Republik	21 159 ¹⁵	87,9 ¹⁵	79,8 ¹⁵	.	.	86,5	.	.	.	5,4 ¹⁵	9,4 ¹⁵	
Amerika												
Argentinien	16 278 ¹⁵	73,6 ¹⁵	50,1 ¹⁵	.	.	23,4	2,0 ¹⁵	24,6 ¹⁵	72,8 ¹⁵	7,2 ¹⁵	18,3 ¹⁵	
Brasilien	97 338	74,1	52,7	10,5	25,3	29,6	10,2	22,2	67,6	8,6	19,9	
Chile	8 022	73,0	51,9	10,2	23,1	27,1	9,4	23,3	67,3	6,8	16,1	
Kanada	18 538	75,6	69,4	11,0	25,5	15,4	1,6	19,9	78,4	7,0	13,2	
Kolumbien	22 831	80,1	56,7	8,3	25,9	50,9	15,8	19,6	64,6	8,5	16,6	
Mexiko	50 273	78,3	44,7	11,4	26,7	32,1	13,3	24,7	61,4	4,5	8,6	
Vereinigte Staaten	148 329 ¹⁶	74,2 ¹⁶	63,4 ¹⁶	.	.	9,7	1,6	18,5	77,8	5,4 ¹⁶	11,6 ¹⁷	
Asien												
Bangladesch	57 872 ¹⁴	81,4 ¹⁴	32,7 ¹⁴	.	.	77,0	45,1 ¹⁴	20,8 ¹⁴	34,1 ¹⁴	4,6 ¹⁴	9,9 ¹⁴	
China	34,8	28,3	29,3	42,4	.	.	
Indien	81,1	
Indonesien	117 119	79,5	47,6	.	.	60,5	32,9	22,2	44,9	6,5	22,6	
Iran, Islamische Republik	24 127	66,1	12,4	.	.	44,1	18,0	32,5	49,4	11,3	26,1	
Israel	3 671	72,1	64,6	8,4	21,9	12,0	1,0	17,4	79,8	5,3	9,3	
Japan	58 530	81,8	64,6	8,5	34,7	11,1	3,6	25,5	69,4	3,5	5,5	
Korea, Republik	24 826	75,7	55,7	5,2	13,5	25,9	5,2	25,1	69,7	3,7	10,5	
Myanmar	21 476	83,8	55,2	.	.	68,0	51,5	16,7	31,3	0,8	1,6	
Pakistan	61,4	
Philippinen	39 778	73,9	48,7	.	.	40,7	29,2	16,2	54,7	6,5	15,0	
Saudi-Arabien	12 016	77,5	17,6	.	.	4,8	6,1	22,7	71,2	5,7	28,5	
Thailand	37 011 ¹⁵	83,7 ¹⁵	68,4 ¹⁵	.	.	54,9	32,3	23,7	43,9	0,9 ¹⁵	4,4 ¹⁵	
Ver. Arabische Emirate	4,8	
Vietnam	51 787	84,5	77,3	.	.	60,7	43,6	23,1	33,3	2,2	7,0	
Australien und Ozeanien												
Australien	12 075	77,5	66,8	13,1	37,3	17,2	2,7	19,5	77,9	6,2	13,1	
Neuseeland	2 350	79,6	69,2	9,6	31,7	14,8	6,1	21,9	71,5	5,6	13,7	

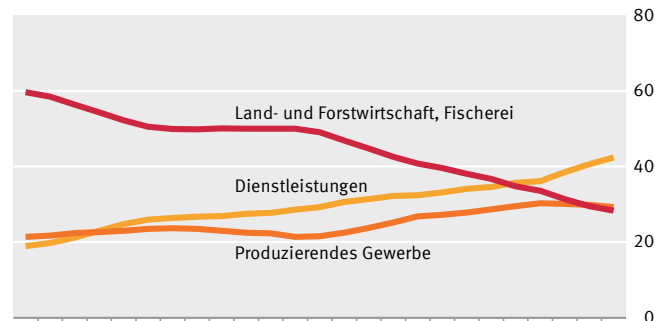
1 Quelle: ILOSTAT, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der OECD.
 3 Aufgrund fehlender Angaben zum Wirtschaftsbereich ergibt die Summe der Erwerbstätigenanteile nicht in allen Fällen 100 %.

4 2013.
 5 2014.
 6 Altersklasse 16 bis 64 Jahre.
 7 Altersklasse 16 bis 24 Jahre.

Erwerbstätigkeit nach Sektoren

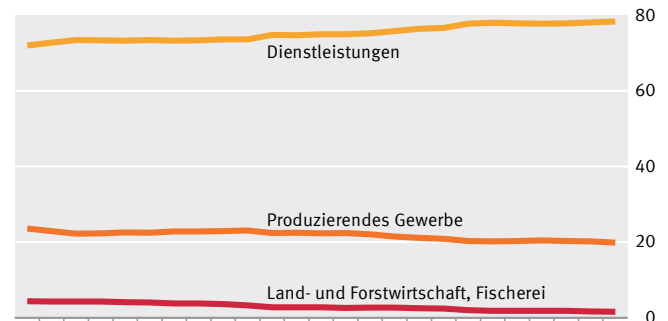
Anteil in %

China



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Kanada



2017 - 01 - 0362

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst		Lohnnebenkosten	Arbeitskosten			Gesetzlicher, branchenübergreifender monatlicher Mindestlohn	Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern
	Privatwirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe				
	Vollbeschäftigte in Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten		je 100 EUR Bruttoverdienst ¹	je geleistete Stunde	Veränderung zum Vorjahr ¹	je geleistete Stunde		
	2014		2016				2017	2015
	EUR	KKS ²	EUR	%	EUR	EUR/Monat	%	
Europa								
Europäische Union	2 560	2 560	31	25,70	1,6	26,40	-	16
Belgien	3 216	2 959	44	41,20	0,1	43,30	1 563	7
Bulgarien	431	900	18	4,40	7,8	3,70	235	15
Dänemark	4 194	3 014	16	43,40	1,9	43,40	-	15
Deutschland	3 045	3 001	28	33,40	2,5	38,70	1 498	22
Estland	1 066	1 409	36	11,30	5,4	10,60	470	27
Finnland	3 232	2 642	27	33,70	0,7	37,00	-	17
Frankreich	2 775	2 577	47	36,30	1,6	37,60	1 480	16
Griechenland	1 562	1 829	39	13,90	-1,5	14,60	684	.
Irland	3 778	3 090	18	29,20	1,6	31,30	1 563	14 ¹³
Island	3 094	2 622	-	18
Italien	2 458	2 388	37	27,00	-0,7	27,30	-	6
Kroatien	18	8,70	-9,6	7,60	442	10 ¹³
Lettland	806	1 149	26	8,00	7,6	7,10	380	17
Litauen	706	1 125	40	7,50	8,4	7,10	380	14
Luxemburg	4 206	3 492	16	36,50	0,9	31,10	1 999	6
Malta	1 720	2 127	9	12,50	-1,8	12,60	736	11 ¹³
Niederlande	2 988	2 721	30	33,40	0,9	35,10	1 552	16
Norwegen	5 031	3 435	-	15
Österreich	2 806	2 652	36	32,90	0,8	35,50	-	22
Polen	980	1 755	22	8,40	4,1	7,70	473	8
Portugal	1 249	1 528	27	13,10	-0,1	11,30	650	18
Rumänien	521	980	25	5,40	10,6	4,70	319	6
Russische Föderation
Schweden	3 578	2 850	49	40,90	3,3	41,90	-	14
Schweiz	6 011	4 038	-	18
Slowakei	930	1 372	36	10,70	2,8	10,60	435	20
Slowenien	1 582	1 938	19	16,00	1,8	15,90	805	8
Spanien	1 985	2 150	35	21,10	0,1	22,80	826	15
Tschechische Republik	925	1 452	37	10,40	2,8	10,10	420	23
Türkei	761	1 272	443	.
Ungarn	811	1 410	29	8,40	4,9	8,20	413	14
Vereinigtes Königreich	3 151	2 594	19	26,10	1,5	25,40	1 397	21
Zypern	1 840	2 043	20	15,70	1,0	12,90	-	14

Der **Bruttomonatsverdienst** enthält alle Zahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich aller Zuschläge und Prämien. Enthalten sind Arbeitnehmeranteile, jedoch nicht Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Hauptbestandteil der **Lohnnebenkosten** sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Vollbeschäftigte sind Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte, wobei der Verdienst der Teilzeitbeschäftigten so hochgerechnet wird, als würden sie Vollzeit arbeiten.

Die Einteilung der **Wirtschaftsbereiche** entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Abschnitte B bis N: Privatwirtschaft.

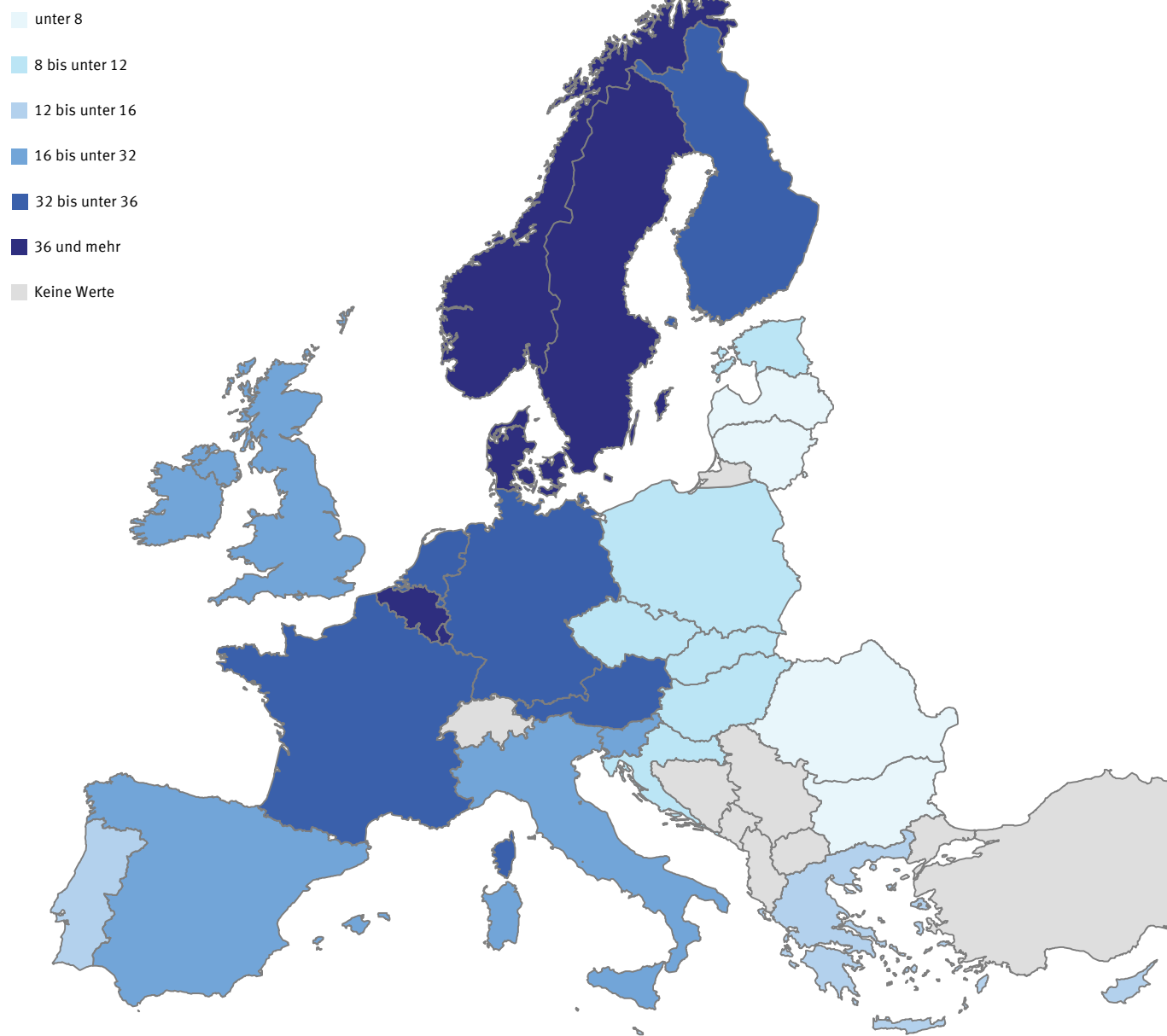
Der hier aufgeführte **Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern** entspricht dem unbereinigten Gender Pay Gap. Während der unbereinigte Wert die vorhandenen Einkommensunterschiede von Frauen und Männern misst ohne mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, werden beim bereinigten Gender Pay Gap Verzerrungseffekte (z. B. geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Qualifikation, Berufswahl oder Häufigkeit von Teilzeitarbeit) herausgerechnet. Der Verdienstunterschied wird angegeben in Prozent des durchschnittlichen männlichen Verdienstes. Ein Wert von 5 % bedeutet, dass Frauen durchschnittlich 5 % weniger verdienen als Männer.

KKS oder **Kaufkraftstandard** ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Staaten ausgeglichen werden. Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Angaben in Kaufkraftstandards ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich der Verdienste in Europa.

1 Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
 2 Weitere Informationen zur Einheit KKS (Kaufkraftstandard) siehe Erläuterungstext neben der Tabelle.
 3 2014.

Quelle: Eurostat

Arbeitskosten je Stunde 2016
Privatwirtschaft, in Euro



Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Eurostat

2017 - 01 - 0363

A.15 Preise

	Verbraucherpreise			Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾		Preisniveauvergleich ²⁾
	insgesamt ³⁾		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ⁴⁾	insgesamt		Index
	2016	2015		2016	2015	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					Deutschland = 100
Europa						
Europäische Union	97
Belgien	2,0	0,6	1,2	-1,4	-5,0	107
Bulgarien	-0,8	-0,1	0,4	-3,1	-1,9	42
Dänemark	0,3	0,5	1,0	-1,4	-3,7	134
Deutschland	0,5	0,2	0,7	-1,7	-1,9	100
Estland	0,1	-0,5	-0,5	-0,7	-2,0	70
Finnland	0,4	-0,2	-1,9	-1,6	-3,2	119
Frankreich	0,2	0,0	0,4	-2,2	-1,6	103
Griechenland	-0,8	-1,7	1,8	-5,4	-5,8	81
Irland	0,0	-0,3	-2,2	.	.	121
Island	1,7	1,6	2,8	.	.	146
Italien	-0,1	0,0	1,1	-1,9	-2,7	99
Kroatien	-1,1	-0,5	0,4	-3,9	-3,9	61
Lettland	0,1	0,2	-1,3	-2,4	-1,0	64
Litauen	0,9	-0,9	-0,9	-4,9	-8,9	57
Luxemburg	0,3	0,5	0,8	.	.	133
Malta	0,6	1,1	.	.	.	79
Niederlande	0,3	0,6	0,7	-3,6	-7,2	109
Norwegen	3,6	2,2	2,9	-8,0	-8,1	145
Österreich	0,9	0,9	0,8	-2,3	-3,5	107
Polen	-0,6	-1,0	-1,4	0,0	-2,2	48
Portugal	0,6	0,5	0,9	-1,8	-3,0	79
Rumänien	-1,5	-0,6	-4,0	-1,8	-2,2	45
Russische Föderation	7,1	15,5	17,4	4,2	12,4	.
Schweden	1,0	0,0	2,3	-1,7	-0,9	129
Schweiz	-0,4	-1,1	-0,8	-1,3	-3,7	164
Slowakei	-0,5	-0,3	-0,3	-4,0	-3,0	62
Slowenien	-0,1	-0,5	0,9	-1,4	-0,5	78
Spanien	-0,2	-0,5	1,1	-3,1	-2,4	89
Tschechische Republik	0,6	0,3	1,1	-3,3	-3,2	59
Türkei	7,8	7,7	10,0	4,3	5,3	53
Ungarn	0,4	-0,1	0,9	-1,7	-1,0	53
Vereinigtes Königreich	0,6	0,1	-2,6	0,4	-1,7	118
Zypern	-1,4	-2,1	0,0	-3,7	-5,0	86

Der **Verbraucherpreisindex** misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (z. B. die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen oder Reparaturen). Die hier angezeigte Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird auch als **Inflationsrate** bezeichnet.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** misst die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise für Produkte einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeugerinnen und Erzeuger.

Die aufgeführten Verbraucher- und Erzeugerpreisdaten sind **nationale Indizes**, die vom Internationalen Währungsfonds (IMF) bzw. von der Welternährungsorganisation (FAO) berechnet werden. Um einen direkten Vergleich der EU-Staaten zu ermöglichen, veröffentlicht Eurostat auch **harmonisierte Preisindizes**, die zum Teil leicht von den nationalen Indizes abweichen. Mehr zu diesem Thema auf der Eurostat Website unter ec.europa.eu/eurostat/product?code=teicp000

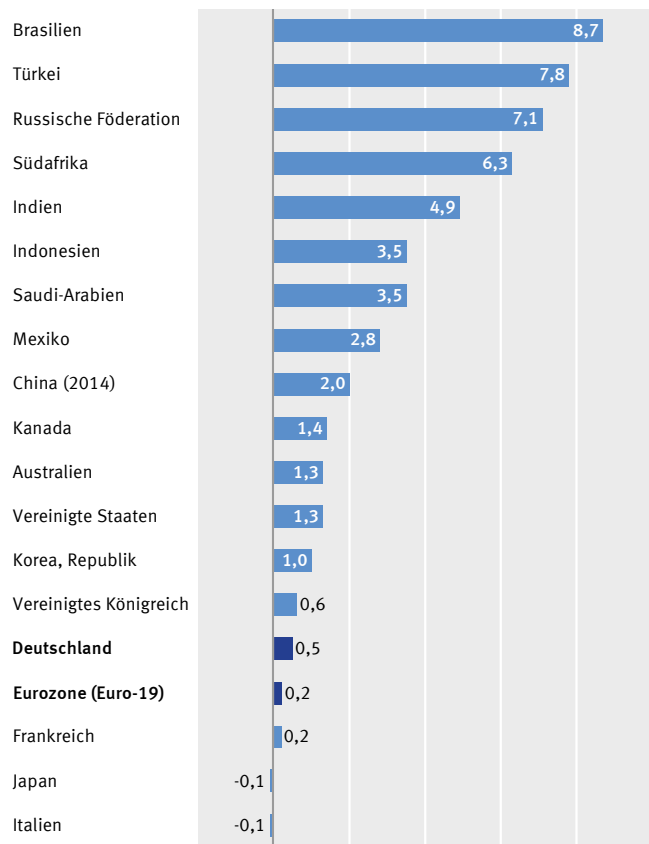
Preisniveauindizes liefern eine Messgröße für die Preisniveauunterschiede zwischen Staaten. Liegt beispielsweise der Index in Österreich im Vergleich zu Deutschland (Bezugsgröße = 100) bei 107, so sind die Lebenshaltungskosten in Österreich 7 % höher als in Deutschland.

A.15 Preise

	Verbraucherpreise		Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		
	insgesamt ³		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ⁴	insgesamt	
	2016	2015		2016	2015
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Afrika					
Ägypten	13,8	10,4	.	.	.
Äthiopien	7,3	10,1	.	.	.
Kenia	6,3	6,6	.	.	.
Kongo, Dem. Republik
Nigeria	15,7	9,0	.	.	.
Südafrika	6,3	4,6	4,7	6,6	4,0
Tansania, Ver. Republik	5,2	5,6	.	.	.
Amerika					
Argentinien
Brasilien	8,7	9,0	8,9	11,5	6,0
Chile	3,8	4,3	6,6	-3,7	-6,9
Kanada	1,4	1,1	3,6	-0,2	-0,8
Kolumbien	7,5	5,0	6,9	6,9	6,6
Mexiko	2,8	2,7	3,8	5,7	2,9
Vereinigte Staaten	1,3	0,1	1,2	-2,7	-7,2
Asien					
Bangladesch	5,5	6,2	.	.	.
China	2,2	.	.
Indien	4,9	4,9	.	1,9	-2,7
Indonesien	3,5	6,4	6,6	7,9	4,7
Iran, Islamische Republik	8,6	13,7	2,2	.	.
Israel	-0,5	-0,6	0,1	-3,6	-5,9
Japan	-0,1	0,8	3,0	-3,5	-2,3
Korea, Republik	1,0	0,7	1,6	-1,8	-4,0
Myanmar	7,0	9,5	.	.	.
Pakistan	3,8	2,5	.	1,7	-2,5
Philippinen	1,8	1,4	2,5	-4,9	-6,6
Saudi-Arabien	3,5	2,2	1,6	3,1	-1,0
Thailand	0,2	-0,9	1,1	-1,2	-4,1
Ver. Arabische Emirate
Vietnam	3,2	0,9	.	.	.
Australien und Ozeanien					
Australien	1,3	1,5	0,9	-0,6	0,3
Neuseeland	1,1	0,3	0,2	1,7	-1,4

1 Eigene Berechnungen basierend auf IMF Daten.
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
 3 Quelle: International Financial Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF).
 4 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten des Monthly Bulletin of Statistics (MBS), Vereinte Nationen.

Inflationsraten der G20-Staaten 2016
 Veränderung des nationalen Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr, in %



Für Argentinien liegen keine verlässlichen Daten vor.
 Quelle: International Financial Statistics, Internationaler Währungsfonds (IMF)

2017 - 01 - 0364

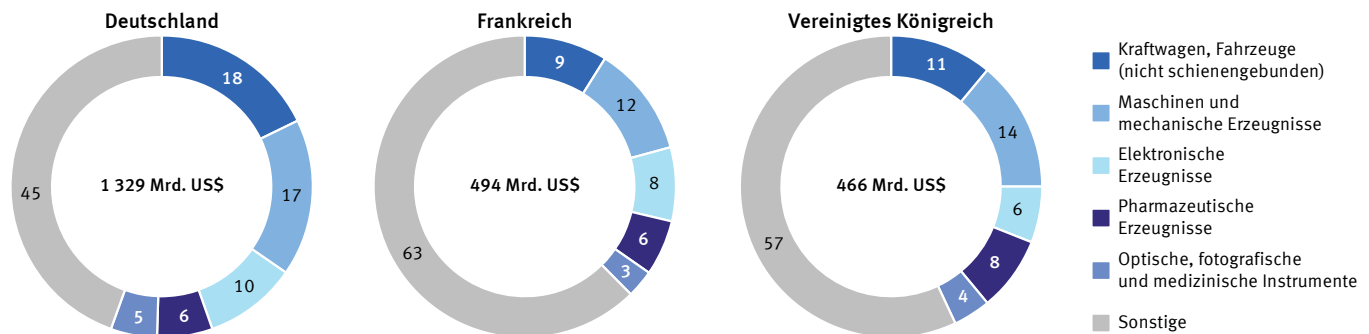
A.16 Außenhandel

	Exporte von Waren ¹	Importe von Waren ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Wertindex der Warenexporte ^{1,2}	Wertindex der Warenimporte ^{1,2}	Warenexporte je Einwohner/-in ^{1,3}	Anteil der Warenexporte nach Deutschland ^{1,4}	Anteil der Warenimporte aus Deutschland ^{1,4}
	2015			2000 = 100		US\$	%	
	Mill. US\$							
Europa								
Europäische Union ^{1,5} ...	2 041 196	1 947 831	93 366	220	207	4 006	X	X
Belgien	397 739	371 025	26 714	212	212	35 356	16,8	12,7
Bulgarien	25 779	29 265	- 3 486	530	448	3 591	12,4	12,9
Dänemark	94 619	85 327	9 291	186	188	16 648	16,5	20,5
Deutschland	1 328 549	1 057 616	270 933	242	212	16 265	X	X
Estland	13 897	15 747	- 1 850	337	287	10 571	4,8	9,7
Finnland	59 682	60 174	- 492	129	175	10 892	13,6	14,9
Frankreich	493 941	563 398	- 69 457	155	169	7 423	16,0	17,1
Griechenland	28 289	47 264	- 18 975	244	145	2 614	7,3	10,6
Irland	124 671	77 760	46 911	156	140	26 847	6,7	8,4
Island	4 722	5 285	- 563	250	205	14 274	7,4	8,6
Italien	456 989	410 933	46 055	191	171	7 525	12,3	15,5
Kroatien	12 844	20 580	- 7 737	291	259	3 055	11,3	15,5
Lettland	11 491	13 850	- 2 359	645	447	5 811	6,4	11,2
Litauen	25 411	28 176	- 2 765	671	518	8 748	7,8	11,5
Luxemburg	12 626	19 296	- 6 671	207	208	22 166	27,1	24,0
Malta	3 915	6 788	- 2 873	105	169	9 066	9,5	6,2
Niederlande	473 834	424 851	48 983	244	232	27 971	23,2	17,2
Norwegen	104 800	77 193	27 607	175	222	20 192	17,8	11,3
Österreich	145 277	147 935	- 2 658	226	215	16 818	29,5	36,3
Polen	194 461	189 696	4 765	624	393	5 119	26,9	22,6
Portugal	55 259	66 871	- 11 612	227	167	5 335	11,8	12,9
Rumänien	60 605	69 858	- 9 253	582	531	3 058	19,8	19,8
Russische Föderation ...	343 908	182 782	161 126	324	433	2 387	4,6	10,4
Schweden	140 001	138 365	1 635	161	189	14 287	9,9	17,9
Schweiz	291 959	253 152	38 807	360	305	35 255	14,2	20,6
Slowakei	75 051	72 958	2 094	639	576	13 837	22,4	15,9
Slowenien	26 587	25 870	717	364	293	12 884	20,6	17,2
Spanien	278 122	305 266	- 27 144	245	199	5 988	10,8	13,1
Tschechische Republik ...	155 678	137 486	18 192	544	439	14 754	32,5	26,2
Türkei	143 850	207 207	- 63 356	518	380	1 829	9,3	10,3
Ungarn	100 297	90 761	9 536	350	288	10 190	27,3	26,2
Vereinigtes Königreich ...	466 296	630 251	- 163 955	162	180	7 160	10,0	15,0
Zypern	1 931	5 666	- 3 735	192	145	1 657	1,7	7,4

Der Wertindex der Warenexporte bzw. -importe setzt den Wert der Warenexporte bzw. -importe im Jahr 2015 ins Verhältnis zum entsprechenden Wert im Basisjahr 2000. Beträgt der Index der Warenexporte beispielsweise 220 repräsentiert dies einen Wertanstieg der gehandelten Waren von 120 % im Zeitraum 2000 bis 2015. Diese Indexwerte orientieren sich ausschließlich am Wert der gehandelten Waren und nicht an der Menge.

Export ausgewählter Warengruppen 2015

Anteil an den Warenexporten insgesamt, in %



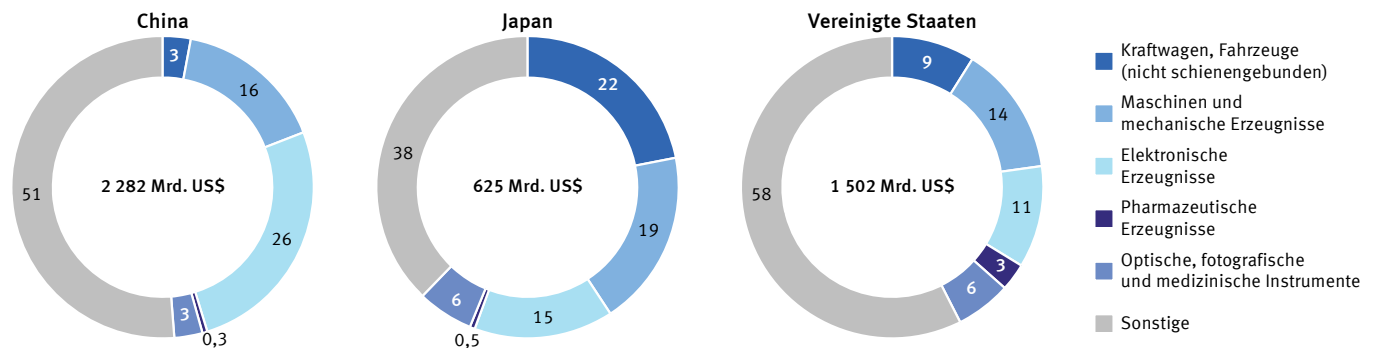
A.16 Außenhandel

	Exporte von Waren ¹	Importe von Waren ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Wertindex der Warenexporte ²	Wertindex der Warenimporte ²	Warenexporte je Einwohner/-in ³	Anteil der Warenexporte nach Deutschland ⁴	Anteil der Warenimporte aus Deutschland ⁴
2015								
	Mill. US\$			2000 = 100		US\$	%	
Afrika								
Ägypten	21 967	74 361	- 52 394	380	415	240	2,5	7,8
Äthiopien	5 028	25 815	- 20 788	1 035	2 048	51	6,4	1,5
Kenia	5 537 ¹⁶	16 394 ¹⁶	- 10 858 ¹⁶	341	518	127 ¹⁶	1,7 ¹⁶	2,7 ¹⁶
Kongo, Dem. Republik	.	.	.	726	753	.	.	.
Nigeria	102 878 ¹⁷	46 532 ¹⁷	56 346 ¹⁷	245	550	580 ¹⁷	1,7 ¹⁷	3,8 ¹⁷
Südafrika	69 631	79 591	- 9 960	272	304	1 266	6,1	11,8
Tansania, Ver. Republik	5 854	14 706	- 8 852	798	708	109	3,9	1,1
Amerika								
Argentinien	56 788	59 757	- 2 969	215	238	1 308	2,4	5,2
Brasilien	191 127	171 446	19 681	347	305	920	2,7	6,1
Chile	63 360	63 038	322	330	341	3 530	1,3	3,8
Kanada	408 804	419 693	- 10 889	148	178	11 404	0,7	3,2
Kolumbien	35 691	54 036	- 18 345	274	468	740	1,4	4,2
Mexiko	380 601	395 232	- 14 631	229	226	2 996	0,9	3,5
Vereinigte Staaten	1 501 846	2 313 425	- 811 579	192	183	4 673	3,3	5,5
Asien								
Bangladesch	31 734	48 059	- 16 325	507	444	197	14,7	1,8
China	2 281 856	1 681 671	600 185	913	747	1 664	3,0	5,2
Indien	264 381	390 745	- 126 364	630	761	202	2,7	3,0
Indonesien	150 366	142 695	7 671	230	327	584	1,8	2,4
Iran, Islamische Republik	130 544 ¹⁸	68 319 ¹⁸	62 225 ¹⁸	220	301	1 736 ¹⁸	0,3 ¹⁸	5,7 ¹⁸
Israel	64 062	62 068	1 994	204	172	7 645	2,2	6,1
Japan	624 874	625 568	- 695	130	171	4 922	2,6	3,2
Korea, Republik	526 753	436 487	90 266	306	272	10 407	1,2	4,8
Myanmar	.	.	.	685	738	.	.	.
Pakistan	22 089	43 990	- 21 901	246	407	117	5,2	2,2
Philippinen	58 648	70 153	- 11 505	154	189	582	4,5	3,7
Saudi-Arabien	201 492	163 821	37 671	261	562	6 388	0,1	7,2
Thailand	210 883	202 019	8 864	311	327	3 103	2,0	2,7
Ver. Arabische Emirate	333 362	287 025	46 338	623	565	36 405	0,2	4,2
Vietnam	162 017	165 776	- 3 759	1 119	1 062	1 767	3,5	1,9
Australien und Ozeanien								
Australien	187 792	200 114	- 12 322	295	291	7 894	0,6	4,6
Neuseeland	34 357	36 528	- 2 171	258	263	7 476	1,4	4,7

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.
 2 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.
 3 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten von UN Comtrade und Weltbank.
 4 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf UN Comtrade Daten.
 5 Extra-EU-Handel (Gesamthandel mit allen Staaten, die nicht Mitglied der Europäischen Union sind).
 6 2013.
 7 2014.
 8 2011.

Export ausgewählter Warengruppen 2015

Anteil an den Warenexporten insgesamt, in %



Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz				Saldo der Vermögensänderungsbilanz	Saldo der Kapitalbilanz	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo insgesamt	Saldo des Waren- u. Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen			
2016							
	% des BIP	Mill. US\$					
Europa							
Europäische Union
Belgien	-0,4	- 1 913	10 024	- 3 768	- 8 167	- 296	- 3 084
Bulgarien	4,3	2 238	1 797	- 1 319	1 760	1 184	3 792
Dänemark	8,1	24 837	21 051	8 210	- 4 424	94	21 765
Deutschland	8,3	289 159	276 095	57 164	- 44 100	1 257	255 397
Estland	2,7	617	963	- 350	5	201	611
Finnland	- 1,1	- 2 551	- 2 295	1 894	- 2 150	194	- 5 676
Frankreich	- 0,9	- 22 749	- 29 155	54 078	- 47 673	1 246	- 35 927
Griechenland	- 0,6	- 1 131	- 1 286	814	- 659	1 130	- 85
Irland	4,9	14 349	68 636	- 51 303	- 2 985	- 6 129	6 228
Island	8,1	1 632	1 344	425	- 136	- 12	2 431
Italien	2,6	47 705	63 281	2 902	- 18 479	- 2 327	70 055
Kroatien ¹⁾	5,1	2 492	1 390	- 301	1 403	345	2 123
Lettland	1,5	403	148	61	194	275	590
Litauen	- 0,9	- 398	355	- 1 618	866	620	- 126
Luxemburg	4,7	2 788	19 181	- 17 084	691	- 806	2 032
Malta	7,9	864	1 309	- 731	286	87	2 185
Niederlande	8,4	64 754	83 654	- 8 793	- 10 109	- 1 957	67 919
Norwegen	4,9	18 069	4 548	20 095	- 6 574	- 101	32 295
Österreich	1,7	6 618	11 156	- 702	- 3 836	- 696	7 445
Polen	- 0,3	- 1 395	17 344	- 17 571	- 1 168	4 926	953
Portugal	0,8	1 708	4 536	- 4 462	1 633	1 772	3 467
Rumänien	- 2,3	- 4 385	- 1 749	- 5 361	2 724	4 704	1 807
Russische Föderation	1,9	25 006	66 136	- 34 693	- 6 436	- 767	21 363
Schweden	4,6	23 653	22 660	7 859	- 6 866	- 408	- 13 269
Schweiz	10,7	70 632	72 362	8 230	- 9 960	- 99	84 158
Slowakei	- 0,7	- 641	2 984	- 2 113	- 1 512	1 801	360
Slowenien	6,8	2 991	4 235	- 699	- 545	- 346	1 039
Spanien	2,0	24 076	36 530	737	- 13 191	2 044	33 423
Tschechische Republik	1,1	2 139	14 424	- 11 169	- 1 117	2 208	4 760
Türkei	- 3,8	- 32 626	- 25 424	- 8 991	1 789	23	- 21 335
Ungarn	4,9	6 054	12 854	- 4 858	- 1 942	631	4 210
Vereinigtes Königreich	- 4,4	- 115 527	- 50 203	- 32 357	- 32 966	- 2 428	- 142 399
Zypern	- 5,2	- 1 023	15	- 531	- 507	41	- 1 180

A Internationales

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz				Saldo der Vermögensänderungsbilanz	Saldo der Kapitalbilanz	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt	Saldo des Waren- u. Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen				
	2016							
	% des BIP	Mill. US\$						
Afrika								
Ägypten ¹	- 5,0	- 16 787	- 29 954	- 5 034	18 202	- 148	- 21 682	- 4 748
Äthiopien ²	- 6,9	- 2 985	- 8 136	- 97	5 248	.	- 345	2 640
Kenia ³	- 10,3	- 6 339	- 9 434	- 682	3 777	24	- 5 398	917
Kongo, Dem. Republik ¹	- 4,3	- 1 546	- 2 142	- 807	1 403	252	- 1 458	- 165
Nigeria ¹	- 3,3	- 15 763	- 23 381	- 12 975	20 593	.	1 050	16 813
Südafrika	- 3,2	- 9 479	515	- 8 137	- 1 857	16	- 10 881	- 1 419
Tansania, Ver. Republik ¹	- 7,3	- 3 312	- 3 071	- 726	484	421	- 3 795	- 904
Amerika								
Argentinien ¹	- 2,9	- 16 806	- 4 312	- 12 122	- 372	51	- 18 085	- 1 330
Brasilien	- 1,3	- 23 530	14 590	- 41 080	2 960	274	- 16 466	6 790
Chile	- 1,4	- 3 574	2 119	- 7 117	1 424	7	- 2 955	612
Kanada	- 3,3	- 51 195	- 36 399	- 12 477	- 2 319	- 68	- 49 066	2 196
Kolumbien	- 4,4	- 12 541	- 13 281	- 4 910	5 650	.	- 12 764	- 223
Mexiko	- 2,7	- 27 858	- 20 911	- 33 598	26 650	.	- 36 008	- 8 150
Vereinigte Staaten	- 2,6	- 481 210	- 500 561	180 588	- 161 237	- 59	- 406 463	74 806
Asien								
Bangladesch ¹	1,4	2 687	- 10 474	- 2 710	15 871	418	2 186	- 919
China	1,8	196 380	249 914	- 44 013	- 9 520	- 344	- 26 672	- 222 708
Indien ¹	- 1,1	- 22 457	- 63 249	- 23 360	64 153	37	- 22 880	- 460
Indonesien	- 1,8	- 16 347	8 904	- 29 681	4 430	9	- 17 099	- 762
Iran, Islamische Republik
Israel	3,8	12 260	7 094	- 4 335	9 501	303	7 096	- 5 467
Japan	3,8	187 265	40 328	166 550	- 19 613	- 6 580	265 324	84 639
Korea, Republik	7,0	98 677	102 838	1 459	- 5 620	- 37	100 386	1 745
Myanmar ¹	- 4,0	- 2 494	- 2 353	- 2 674	2 533	.	- 4 252	- 1 759
Pakistan ¹	- 0,6	- 1 603	- 19 019	- 4 687	22 103	307	- 1 834	- 538
Philippinen	0,2	601	- 26 955	2 594	24 962	102	528	- 175
Saudi-Arabien	- 3,9	- 24 914	3 183	15 245	- 43 342	- 897	- 87 307	- 61 496
Thailand ¹	8,1	32 149	46 082	- 20 622	6 690	.	22 961	- 9 189
Ver. Arabische Emirate
Vietnam ¹	0,5	906	3 096	- 9 925	7 735	.	- 7 607	- 8 513
Australien und Ozeanien								
Australien	- 2,7	- 32 893	- 10 490	- 21 159	- 1 244	- 435	- 33 255	74
Neuseeland	- 2,8	- 5 152	1 109	- 5 676	- 585	463	- 3 692	996

1 2015.

2 2012.

3 2014.

Quelle: World Development Indicators, Weltbank

A.18 Umwelt

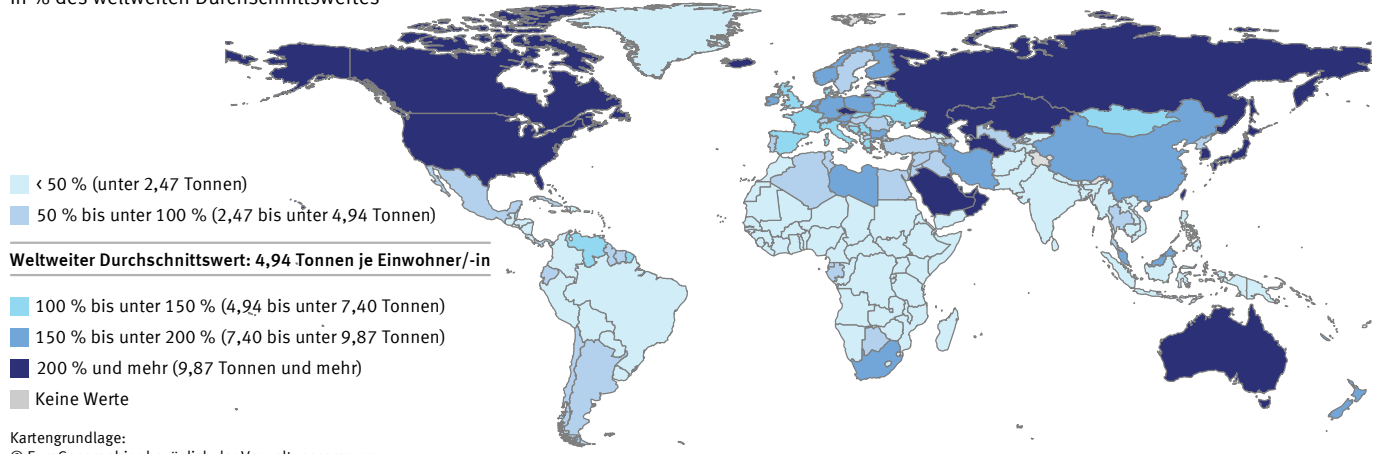
	Kohlendioxidemissionen durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹¹			Treibhausgasemissionen ¹¹	Erneuerbare Wasserressourcen ¹²	Siedlungsabfälle ¹³	Schutzgebiete ¹⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in				Anteil an der Landfläche
	2015			2012	2014	2015	2014
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	kg	%
Europa							
Europäische Union	3 469,7	- 20,9	6,9	.	.	476	25
Belgien	97,0	- 16,4	8,6	12,1	1 620	418	23
Bulgarien	53,4	- 34,4	7,5	9,3	2 979	419	41
Dänemark	36,9	- 30,4	6,5	9,6	1 058	789	18
Deutschland	777,9	- 23,7	9,6	11,5	1 909	625	37
Estland	29,3	- 20,9	22,3	18,1	9 756	359	21
Finnland	48,5	- 14,3	8,8	12,8	19 989	500	15
Frankreich	327,8	- 14,1	5,1	7,8	3 277	501	25
Griechenland	68,3	- 12,6	6,2	9,0	6 244	485	35
Irland	36,6	13,1	7,8	13,6	11 092	.	14
Island	3,9	66,1	11,8	16,9	516 090	583	17
Italien	352,9	- 17,7	5,9	7,9	3 199	486	21
Kroatien	20,5	- 18,1	4,8	7,1	24 882	393	38
Lettland	8,0	- 60,8	4,0	6,8	17 736	404	18
Litauen	12,5	- 64,3	4,3	9,7	8 513	448	17
Luxemburg	10,2	- 12,2	18,0	24,1	6 172	625	35
Malta	2,4	1,4	5,6	4,5	121	624	23
Niederlande	165,3	3,5	9,8	11,7	5 377	523	12
Norwegen	43,1	19,3	8,3	12,7	75 417	422	29
Österreich	74,2	19,6	8,7	10,7	9 093	560	28
Polen	294,9	- 19,0	7,6	10,9	1 567	286	30
Portugal	50,8	17,9	4,9	6,8	7 478	.	22
Rumänien	81,2	- 56,3	4,2	5,6	10 866	247	24
Russische Föderation	1 760,9	- 26,5	12,3	19,6	31 543	.	11
Schweden	42,5	- 26,1	4,3	6,9	17 793	447	15
Schweiz	40,3	- 12,2	4,8	6,8	6 447	725	10
Slowakei	36,3	- 40,2	6,7	8,5	9 233	329	37
Slowenien	15,6	1,4	7,5	10,2	15 411	449	54
Spanien	262,7	14,3	5,7	7,5	2 418	434	28
Tschechische Republik	111,1	- 35,4	10,5	13,0	1 247	316	21
Türkei	357,2	132,4	4,5	6,0	2 690	400	.
Ungarn	48,2	- 32,6	4,9	6,3	10 553	377	23
Vereinigtes Königreich	398,5	- 31,3	6,2	9,3	2 271	485	28
Zypern	6,2	36,3	5,3	6,6	670	638	18

Kohlendioxid (CO₂) ist das bekannteste Treibhausgas. Es gibt jedoch auch andere, wie zum Beispiel Methan und Lachgas. Um die Klimawirksamkeit der unterschiedlichen Treibhausgase hinsichtlich ihres Potentials zur Erwärmung der Atmosphäre miteinander vergleichbar zu machen, werden diese in **Kohlendioxidäquivalente (CO₂-Äquivalente)** umgerechnet. Methan ist etwa 21-mal so klimawirksam wie Kohlendioxid; eine Tonne (t) Methan entspricht somit 21 t CO₂-Äquivalente.

Zu den **erneuerbaren Wasserressourcen** zählen insbesondere Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) sowie das Grundwasser.

In dem von den Vereinten Nationen (UN) initiierten Übereinkommen über die biologische Vielfalt ist ein **Schutzgebiet** definiert als ein geografisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird. Hierzu zählen Naturreservate, Nationalparks, Naturmonumente, Biotope, geschützte Landschaften bzw. marine Gebiete sowie Ressourcenschutzgebiete.

Kohlendioxidemissionen je Einwohner/-in 2015
in % des weltweiten Durchschnittswertes



A Internationales

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹			Treibhausgasemissionen ¹	Erneuerbare Wasserressourcen ¹²	Schutzgebiete ¹⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in			Anteil an der Landfläche
	2015			2012	2014	
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	%
Afrika						
Ägypten	227,0	151,5	2,5	3,7	637	11
Äthiopien	9,9	312,4	0,1	2,0	1 227	18
Kenia	15,2	137,2	0,3	1,3	667	12
Kongo, Dem. Republik	4,9	48,6	0,1	12,2	16 605	12
Nigeria	86,9	26,1	0,5	1,8	1 571	14
Südafrika	417,2	47,6	7,7	8,6	942	9
Tansania, Ver. Republik	10,8	428,1	0,2	4,9	1 800	32
Amerika						
Argentinien	191,2	75,4	4,4	9,3	20 181	7
Brasilien	486,2	120,6	2,3	15,1	41 603	28
Chile	81,1	143,6	4,5	6,9	51 432	18
Kanada	555,4	23,7	15,5	29,5	80 746	9
Kolumbien	81,0	53,9	1,7	3,6	48 933	23
Mexiko	472,0	62,8	3,7	5,5	3 637	13
Vereinigte Staaten	5 172,3	3,4	16,1	20,0	9 538	14
Asien						
Bangladesch	71,4	422,0	0,4	1,2	7 621	5
China	10 641,8	364,0	7,7	9,0	2 018	17
Indien	2 455,0	278,2	1,9	2,4	1 458	5
Indonesien	503,0	214,7	2,0	3,2	7 839	15
Iran, Islamische Republik	633,7	213,5	8,0	7,2	1 732	7
Israel	65,7	86,8	5,2	11,0	221	20
Japan	1 252,9	8,2	9,9	11,6	3 397	19
Korea, Republik	617,3	128,9	12,3	13,7	1 386	8
Myanmar	11,6	162,2	0,2	10,0	21 671	7
Pakistan	174,8	177,2	0,9	2,1	1 306	11
Philippinen	113,0	169,3	1,1	1,7	4 757	11
Saudi-Arabien	505,6	201,5	16,0	19,4	76	31
Thailand	279,3	201,5	4,1	6,6	6 454	19
Ver. Arabische Emirate	199,3	253,3	21,8	22,3	16	19
Vietnam	206,0	913,2	2,2	3,4	9 461	7
Australien und Ozeanien						
Australien	446,3	60,4	18,6	33,0	20 527	15
Neuseeland	33,7	41,9	7,4	17,5	72 201	33

1 Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL, EDGAR. Bei diesen Werten werden Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. Wiederaufforstung) nicht berücksichtigt.

2 Quelle: Aquastat, Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen.

3 Quelle: Abfallstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.

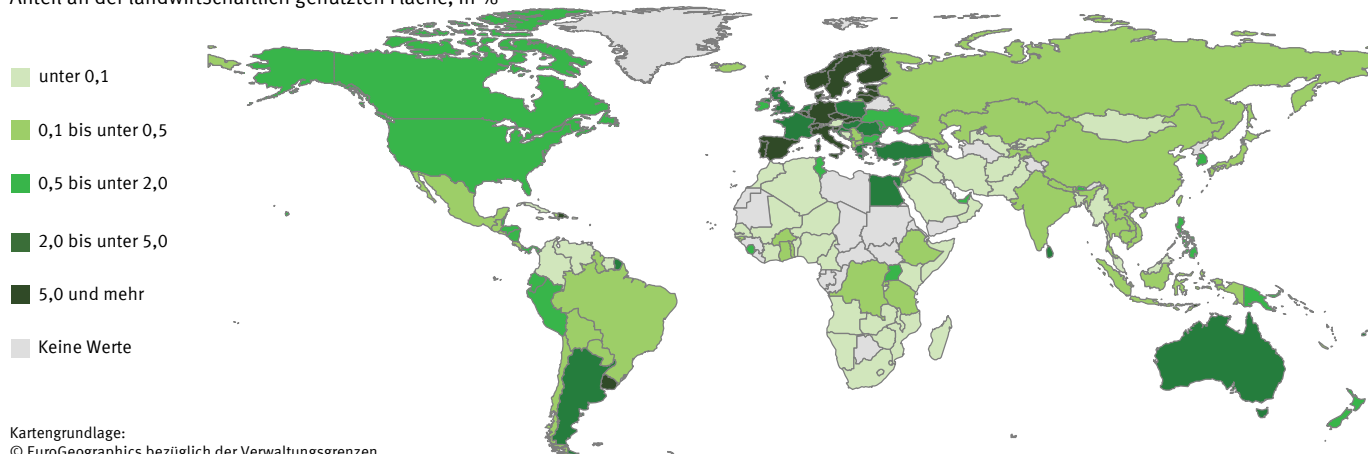
4 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹				Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹		
	insgesamt	darunter ²				Rind- und Büffelfleisch	Schweinefleisch	Kartoffeln	Getreide	
		Waldfläche	landw. genutzte Fläche (LF)	davon Ackerland und Dauerkulturen						Dauergrünland
2014	km ²	% der Landfläche			%	1 000 t				
Europa										
Europäische Union	4 238 213	38	44	28	15	.	7 426	22 628	60 687	334 710
Belgien	30 280	23	44	28	16	5,0	258	1 118	4 381	3 198
Bulgarien	108 560	35	46	33	13	1,5	18	67	133	9 530
Dänemark	42 262	14	62	58	5	6,3	126	1 594	1 733	9 796
Deutschland	348 900	33	48	35	13	6,3	1 143	5 528	11 607	52 010
Estland	42 390	53	23	15	8	16,0	10	41	117	1 222
Finnland	303 890	73	7	7	.	9,3	83	186	600	4 131
Frankreich	547 557	31	53	35	17	3,9	1 411	2 130	8 085	73 331
Griechenland	128 900	31	63	29	35	4,4	46	96	583	4 305
Irland	68 890	11	65	15	49	1,2	582	254	383	2 600
Island	100 250	.	19	1	17	0,4	3	6	8	.
Italien	294 140	31	45	31	14	10,5	709	1 328	1 365	19 368
Kroatien	55 960	34	27	16	11	3,3	44	96	161	2 997
Lettland	62 180	54	30	20	11	10,9	18	37	506	2 227
Litauen	62 650	35	47	38	9	5,6	40	85	469	5 123
Luxemburg	2 590	33	51	25	26	3,4	9	12	19	169
Malta	320	1	32	32	.	0,1	1	6	13	17
Niederlande	33 690	11	55	32	22	2,5	376	1 371	7 100	1 701
Norwegen	365 245	33	3	2	.	5,1	79	129	358	1 239
Österreich	82 523	47	33	17	16	20,3	223	527	751	6 022
Polen	306 190	31	47	37	10	4,6	413	1 865	7 689	31 945
Portugal	91 605	35	40	21	20	5,7	80	382	540	1 333
Rumänien	230 080	30	60	40	20	2,1	108	460	3 519	22 071
Russische Föderation	16 376 870	50	13	8	6	0,1	1 654	2 974	31 501	103 136
Schweden	407 310	69	7	6	1	16,6	128	236	822	5 775
Schweiz	39 516	32	39	11	28	8,8	143	242	504	964
Slowakei	48 086	40	40	29	11	9,4	12	63	179	4 708
Slowenien	20 140	62	31	12	19	6,7	32	30	97	653
Spanien	500 210	37	53	34	19	6,3	585	3 556	2 544	20 604
Tschechische Republik	77 210	35	55	42	13	11,3	66	246	698	8 784
Türkei	769 630	15	50	31	19	2,2	883	.	4 166	32 708
Ungarn	90 530	23	59	51	8	2,3	26	408	567	16 613
Vereinigtes Königreich	241 930	13	71	26	45	3,0	877	863	5 911	24 469
Zypern	9 240	19	12	12	.	3,6	5	43	115	7

Ökologische Anbaufläche 2014

Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, in %



Kartengrundlage:

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten der Welternährungsorganisation (FAO)

2017 - 01 - 0368

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹					Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
	insgesamt	darunter ²					Rind- und Büffelfleisch	Schweinefleisch	Kartoffeln	Getreide
		Waldfläche	landw. genutzte Fläche (LF)	davon						
			Ackerland und Dauerkulturen	Dauergrünland						
2014										
		km ²	% der Landfläche		%	1 000 t				
Afrika										
Ägypten	995 450	.	4	4	.	2,3	801	1	4 611	23 804
Äthiopien	1 000 000	12	36	16	20	0,4	365	2	922	23 608
Kenia	569 140	8	49	11	37	.	426	18	1 626	4 345
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	67	12	4	8	0,3	15	25	100	1 541
Nigeria	910 770	8	78	44	33	.	381	262	1 185	25 803
Südafrika	1 213 090	8	80	11	69	.	1 001	234	2 247	16 620
Tansania, Ver. Republik	885 800	52	45	18	27	0,5	309	14	1 738	10 734
Amerika										
Argentinien	2 736 690	10	54	15	40	2,0	2 674	442	1 362	51 026
Brasilien	8 358 140	59	34	10	23	0,2	9 723	3 192	3 690	101 402
Chile	743 532	23	21	2	19	0,1	224	520	1 061	3 479
Kanada	9 093 510	38	7	6	2	1,4	1 099	1 962	4 589	51 301
Kolumbien	1 109 500	53	40	3	37	0,1	837	263	2 158	4 054
Mexiko	1 943 950	34	55	13	42	0,5	1 827	1 291	1 679	36 527
Vereinigte Staaten	9 147 420	34	45	17	27	0,5	11 453	10 368	20 057	442 849
Asien										
Bangladesch	130 170	11	70	65	5	0,1	200	.	8 950	55 759
China	9 424 701	22	55	13	42	0,4	6 908	55 390	95 570	559 315
Indien	2 973 190	24	60	57	3	0,4	2 572	350	46 395	295 360
Indonesien	1 811 570	51	31	25	6	0,2	533	759	1 348	89 855
Iran, Islamische Republik	1 628 760	7	28	10	18	.	172	.	4 717	17 646
Israel	21 640	8	25	18	6	.	120	16	628	359
Japan	364 560	68	12	12	.	0,2	502	1 264	2 456	11 603
Korea, Republik	97 480	64	18	17	1	1,0	317	1 197	591	5 852
Myanmar	653 080	45	19	19	.	.	280	834	542	28 780
Pakistan	770 880	2	47	41	6	0,1	1 694	.	2 901	38 394
Philippinen	298 170	26	42	37	5	0,9	301	1 691	119	26 739
Saudi-Arabien	2 149 690	.	81	2	79	.	54	.	445	859
Thailand	510 890	32	43	42	2	0,2	192	949	99	37 804
Ver. Arabische Emirate	83 600	4	5	1	4	1,1	15	.	7	77
Vietnam	310 070	47	35	33	2	0,4	387	3 331	322	50 178
Australien und Ozeanien										
Australien	7 682 300	16	53	6	47	4,2	2 586	363	1 171	38 423
Neuseeland	263 310	39	42	2	40	1,0	626	48	446	1 101

1 Quelle: Welternährungsorganisation (FAO), Vereinte Nationen. Teilweise Schätzungen der FAO.
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf FAO Daten.

A.20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

	Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹				Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹			
	Produzierendes Gewerbe ²	Handel ³	Gast-gewerbe	Verkehr und Lagerei	Produzierendes Gewerbe ²	Handel ³	Gast-gewerbe	Verkehr und Lagerei
	2014							
	Anzahl				Mill. EUR			
Europa								
Europäische Union	2 292 440	6 266 780	1 869 854	1 158 089	2 095 873	1 242 562	230 504	515 312
Belgien	37 885	135 675	49 136	17 221	58 827	41 377	5 102	15 414
Bulgarien	33 221	137 975	26 312	20 304	7 550	4 362	612	1 814
Dänemark	19 581	42 037	13 689	11 048	38 893	24 464	2 950	13 078
Deutschland	221 972	593 510	226 196	91 397	588 462	269 149	36 063	98 630
Estland	7 261	15 008	2 492	4 842	3 625	1 998	259	1 161
Finnland	24 248	44 342	11 687	21 580	29 150	14 735	2 108	7 753
Frankreich	274 718	802 304	272 994	106 036	243 847	168 435	36 258	76 626
Griechenland	58 781	251 734	90 565	63 833	13 339	14 772	3 756	4 962
Irland	16 497	45 618	17 790	24 595	41 355	18 049	3 925	6 931
Island
Italien	418 284	1 123 134	312 013	125 688	245 962	118 739	27 455	54 787
Kroatien	21 737	37 886	19 532	8 642	7 569	3 879	1 414	2 011
Lettland	10 916	27 502	3 589	6 951	2 759	2 281	232	1 587
Litauen	19 935	60 825	5 487	11 595	4 380	3 690	242	2 036
Luxemburg	973	7 737	2 823	957	3 098	5 401	677	1 467
Malta	9 040	2 242	1 335	.	802	319	406
Niederlande	64 539	240 667	53 971	38 351	77 930	72 274	9 237	27 852
Norwegen	20 398	50 337	11 276	21 066	96 047	24 394	3 663	18 626
Österreich	30 193	78 084	47 476	14 311	57 585	32 602	8 235	13 231
Polen	192 134	497 562	48 977	140 736	80 950	35 523	2 362	13 424
Portugal	69 496	221 846	84 122	21 876	23 687	14 624	3 414	6 111
Rumänien	53 864	176 206	25 111	39 666	24 179	10 442	923	4 436
Russische Föderation
Schweden	58 563	127 747	31 354	29 529	63 790	39 699	6 028	14 422
Schweiz	22 745 ⁴	35 065 ⁴	17 990 ⁴	4 888 ⁴	98 721	79 390	9 971	22 451
Slowakei	66 767	109 281	16 352	14 350	14 158	5 555	407	2 643
Slowenien	20 643	25 823	10 364	8 313	8 118	3 303	582	1 696
Spanien	188 470	705 301	269 883	190 480	127 547	92 506	24 494	41 505
Tschechische Republik	187 066	242 804	59 008	38 610	41 058	12 932	1 524	5 600
Türkei	341 395	.	.	.	76 482	.	.	.
Ungarn	50 511	132 804	29 285	26 137	22 717	8 270	890	4 552
Vereinigtes Königreich	137 565	358 459	132 065	76 775	260 733	221 114	50 060	90 451
Zypern	15 869	5 339	2 931	.	1 585	977	727

Die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** ist ein Maß zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und umfasst die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Nähere Angaben zur Berechnung siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 20.

Der **Produktionsindex** ist ein Maß für die Leistung eines bestimmten Wirtschaftsbe-reichs. Er misst Veränderungen in der Leistung (Outputvolumen, Aktivität) des jeweiligen Wirtschaftssektors. Er ist aufgrund seiner Periodizität und seiner schnellen Verfügbarkeit ein zentraler und aktueller Indikator für die konjunkturelle Entwicklung.

Der **Umsatzindex** berücksichtigt den Wert aller im Berichtszeitraum von Betrieben des jewei-ligen Wirtschaftsbereichs über die an Dritte gelieferten eigenen Erzeugnisse und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Summe der Rechnungsendbeträge ohne Umsatz-steuer). Auch dieser Indexwert zählt zu den wichtigsten Indikatoren für die Beobachtung und Analyse der Konjunktorentwicklung.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

3 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

4 Daten beziehen sich nur auf Unternehmen mit 2 oder mehr Beschäftigten.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

A.21 Verarbeitendes Gewerbe

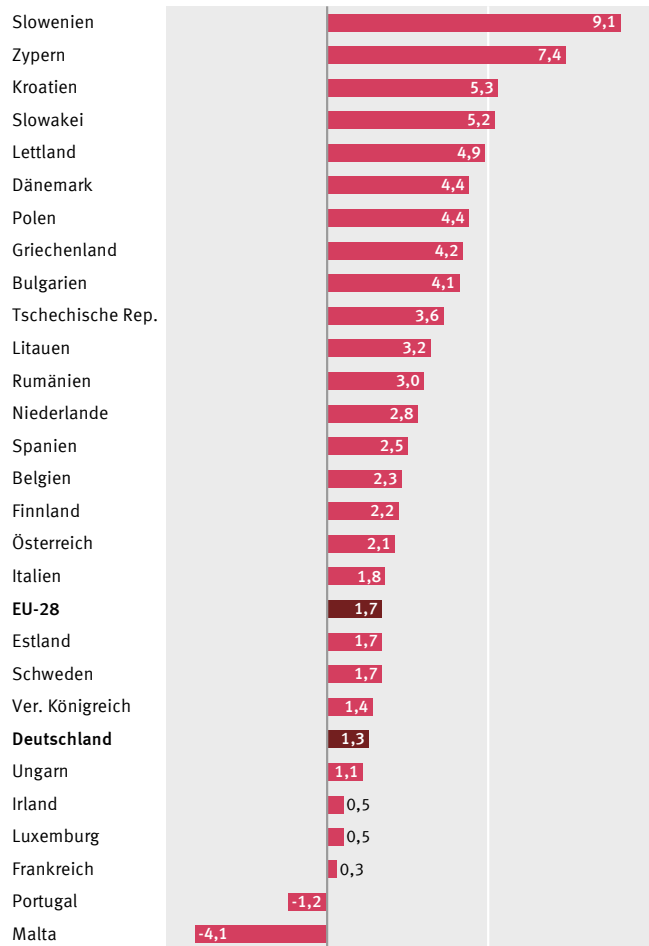
	Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe				
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Produktionsindex ¹	Umsatzindex ¹
	2014		2016		
	Anzahl	Mill. EUR	2010 = 100		
Europa					
Europäische Union	2 110 000 ^{1,2}	29 900 000 ^{1,2}	1 710 000 ^{1,2}	108	111
Belgien	35 747	504 879	49 919	112	100
Bulgarien	30 374	536 216	5 315	119	130
Dänemark	15 007	360 983	29 797	121	121
Deutschland	212 602	7 269 135	519 793	112	115
Estland	6 613	107 870	2 660	140	147
Finnland	21 042	347 713	24 611	97	97
Frankreich	235 092	3 014 251	201 020	102	107
Griechenland	58 211	283 215	9 960	94	87
Irland	14 628	189 966	36 881	167	192
Island
Italien	396 422	3 654 887	204 054	95	99
Kroatien	20 087	254 850	4 647	103	100
Lettland	9 806	121 746	1 959	134	131
Litauen	17 975	207 060	3 280	133	129
Luxemburg	812	33 311	2 524	101	87
Malta	95	98
Niederlande	61 394	673 456	58 677	106	107
Norwegen	17 016	237 472	24 599	102	100
Österreich	25 524	620 993	49 257	114	114
Polen	180 639	2 425 350	57 725	129	134
Portugal	66 201	650 628	17 425	99	103
Rumänien	48 091	1 180 098	15 863	139	148
Russische Föderation
Schweden	53 896	622 950	51 824	96	99
Schweiz	21 302 ^{1,3}	679 619 ^{1,3}	89 302	.	.
Slowakei	64 975	467 686	11 456	149	138
Slowenien	18 561	188 697	6 888	117	114
Spanien	166 589	1 724 072	97 577	98	103
Tschechische Republik	170 041	1 230 099	33 590	126	130
Türkei	332 834	3 628 324	63 632	127	201
Ungarn	47 614	678 247	19 881	126	126
Vereinigtes Königreich	125 967	2 491 437	189 568	104	106
Zypern	5 076	27 680	824	78	79

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 Arbeitstäglich bereinigte Daten. Zum Teil vorläufige Werte oder Eurostat Schätzungen.
- 2 Abweichende Definition, geschätzt.
- 3 Abweichende Definition.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes 2016
Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber Vorjahr, in %



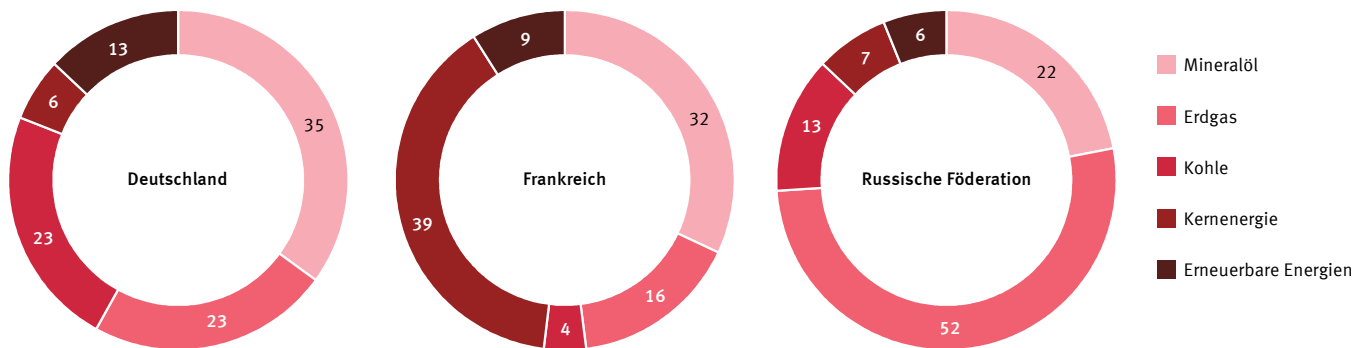
Zum Teil vorläufige Werte.
Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2017 - 01 - 0369

A.22 Energie

	Wirtschaftsbereich Energieversorgung ¹			Primärenergieverbrauch		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹⁴					Bruttostromverbrauch ¹⁵
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	insgesamt ¹²	je Einwohner/-in ¹³	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	Erneuerbare Energien	je Einwohner/-in
	2014			2016					2014		
	Anzahl	Mill. EUR	Mill. t RÖE	t RÖE	%						kWh
Europa											
Europäische Union	87 465	1 230 152	218 919	1 642,0	3,2	37,3	23,5	14,5	11,6	13,1	5 909
Belgien	693	20 907	5 874	61,7	5,4	51,5	22,5	4,8	16,0	5,3	7 709
Bulgarien	1 743	32 573	1 299	18,1	2,5	24,9	14,8	31,7	19,7	8,8	4 709
Dänemark	1 784	14 308	2 933	17,1	3,0	47,0	16,9	12,3	-	23,8	5 859
Deutschland	2 058	228 179	40 468	322,5	3,9	35,0	22,5	23,3	5,9	13,2	7 035
Estland	226	5 097	626	6 732
Finnland	849	13 645	3 539	27,1	4,9	33,2	6,6	15,1	19,6	25,6	15 250
Frankreich	24 883	190 297	30 302	235,9	3,5	32,4	16,2	3,5	38,7	9,2	6 938
Griechenland	28	21 598	2 439	25,9	2,4	59,3	9,9	18,1	-	12,7	5 063
Irland	483	8 496	3 540	15,2	3,2	46,4	28,3	14,3	-	10,9	5 722
Island	53 832
Italien	10 459	88 476	25 818	151,3	2,5	38,4	38,4	7,2	-	16,0	5 002
Kroatien	560	14 739	1 210	3 714
Lettland	506	10 624	574	3 507
Litauen	1 434	13 912	750	5,5	1,9	54,5	33,6	3,5	-	8,5	3 821
Luxemburg	82	1 470	434	13 915
Malta	5 007
Niederlande	1 191	27 153	6 386	84,5	5,0	47,3	35,8	12,2	1,1	3,7	6 713
Norwegen	1 117	15 947	5 539	48,6	9,3	21,4	9,0	1,7	-	67,9	23 000
Österreich	2 271	29 297	5 189	35,1	4,0	36,0	22,4	9,0	-	32,5	8 361
Polen	2 583	136 068	12 135	96,7	2,5	28,1	16,1	50,5	-	5,3	3 972
Portugal	941	8 703	4 494	26,0	2,5	43,0	17,9	11,1	-	28,1	4 663
Rumänien	1 501	76 016	3 942	33,1	1,7	28,7	28,8	16,3	7,7	18,4	2 584
Russische Föderation	673,9	4,7	22,0	52,2	13,0	6,6	6,3	6 603
Schweden	2 470	31 811	8 424	52,2	5,3	28,1	1,6	4,3	27,2	38,7	13 480
Schweiz	476 ¹⁶	29 126 ¹⁶	6 830	26,4	3,2	38,6	10,2	0,5	18,3	32,5	7 520
Slowakei	487	18 104	1 935	15,9	2,9	25,1	24,8	19,6	21,0	9,5	5 137
Slowenien	1 570	9 069	799	6 728
Spanien	14 244	38 514	19 593	135,0	2,9	46,3	18,6	7,7	9,8	17,5	5 356
Tschechische Republik	10 414	33 849	5 016	39,9	3,8	21,1	17,6	42,4	13,7	5,3	6 259
Türkei	1 513	86 303	5 652	137,9	1,7	29,9	27,5	27,9	-	14,8	2 855
Ungarn	668	24 782	1 929	21,9	2,2	32,4	36,7	10,4	16,6	3,8	3 966
Vereinigtes Königreich	3 285	129 335	28 970	188,1	2,9	38,9	36,7	5,8	8,6	10,0	5 130
Zypern	4 ¹⁷	2 470 ¹⁷	322 ¹⁷	3 625

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2016
in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2017, BP

A.22 Energie

	Primärenergieverbrauch		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹⁴					Bruttostromverbrauch ¹⁵
	insgesamt ¹²	je Einwohner/-in ¹³	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	Erneuerbare Energien	je Einwohner/-in
	2016							2014
	Mill. t RÖE	t RÖE	%					kWh
Afrika								
Ägypten	91,0	1,0	44,7	50,7	0,5	-	4,1	1 658
Äthiopien	70
Kenia	167
Kongo, Dem. Republik	109
Nigeria	144
Südafrika	122,3	2,2	22,0	3,8	69,6	2,9	1,6	4 229
Tansania, Ver. Republik	99
Amerika								
Argentinien	88,9	2,0	35,9	50,2	1,2	2,1	10,5	3 052
Brasilien	297,8	1,4	46,6	11,1	5,5	1,2	35,6	2 601
Chile	36,8	2,1	48,3	11,1	22,4	-	18,2	3 912
Kanada	329,7	9,1	30,6	27,3	5,7	7,0	29,4	15 542
Kolumbien	41,1	0,8	38,7	23,1	11,1	-	27,0	1 290
Mexiko	186,5	1,5	44,4	43,2	5,3	1,3	5,8	2 090
Vereinigte Staaten	2 272,7	7,0	38,0	31,5	15,8	8,4	6,3	12 987
Asien								
Bangladesch	32,4	0,2	20,3	76,4	2,5	-	0,8	310
China	3 053,0	2,2	19,0	6,2	61,8	1,6	11,4	3 927
Indien	723,9	0,5	29,4	6,2	56,9	1,2	6,3	806
Indonesien	175,0	0,7	41,5	19,4	35,8	-	3,3	812
Iran, Islamische Republik	270,7	3,4	31,0	66,8	0,6	0,5	1,1	2 986
Israel	26,4	3,1	44,0	32,9	21,6	-	1,5	6 601
Japan	445,3	3,5	41,4	22,5	26,9	0,9	8,3	7 820
Korea, Republik	286,2	5,6	42,7	14,3	28,5	12,8	1,7	10 497
Myanmar	217
Pakistan	83,2	0,4	33,0	49,2	6,5	1,5	9,8	471
Philippinen	42,1	0,4	47,4	8,2	32,1	-	12,3	699
Saudi-Arabien	266,5	8,3	63,0	36,9	.	.	.	9 444
Thailand	123,8	1,8	47,6	35,1	14,3	-	2,9	2 540
Ver. Arabische Emirate	113,8	12,3	38,2	60,6	1,1	-	0,1	11 264
Vietnam	64,8	0,7	31,0	14,9	32,9	-	21,2	1 439
Australien und Ozeanien								
Australien	138,0	5,7	34,6	26,8	31,7	-	6,8	10 078
Neuseeland	21,4	4,6	35,7	19,7	5,7	-	38,9	9 026

Erläuterungen zur **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** finden Sie bei Tabelle A.20.

Primärenergieträger sind Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind.

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Verbrauch von Primärenergie vor der Umwandlung in andere, für den Endverbrauch geeignete Brennstoffe. Dies entspricht der inländischen Produktion von Primärenergieträgern zuzüglich der Einfuhren und Bestandsveränderungen, abzüglich der Ausfuhren und der Brennstoffe für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr.

Die **Rohöleinheit (RÖE)** ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 **Tonne Rohöleinheit (t RÖE)** entspricht 11 630 **Kilowattstunden (kWh)**.

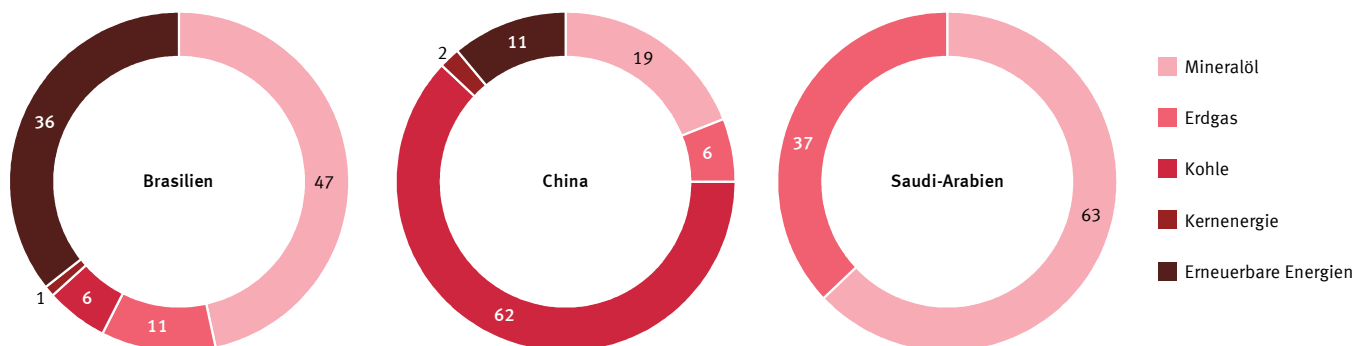
Zu den **erneuerbaren Energien** zählen Wasser- und Windkraft, geothermische Energie, Solarenergie sowie Biomasse.

Der **Bruttostromverbrauch** ist die inländische Bruttostromerzeugung (einschl. Eigenerzeugung) zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.
 2 Quelle: Statistical Review of World Energy 2017, BP.
 3 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistical Review of World Energy 2017, BP und World Development Indicators, Weltbank.
 4 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Statistical Review of World Energy 2017, BP.
 5 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.
 6 Abweichende Definition.
 7 2010.

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2016

in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2017, BP

A.23 Baugewerbe

	Wirtschaftsbereich Baugewerbe				
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Produktionsindex ¹	Baugenehmigungen von Wohnungen in Wohngebäuden ¹
	2014			2016	
	Anzahl		Mill. EUR	2010 = 100	
Europa					
Europäische Union	3 441 304	12 555 252	510 656	96	100
Belgien	105 998	323 140	16 518	99	101
Bulgarien	18 908	147 163	1 367	83	142
Dänemark	31 281	169 288	9 605	119	158
Deutschland	338 535	2 202 152	90 490	110	181
Estland	9 029	43 597	878	144	233
Finnland	41 827	189 792	9 326	116 ¹²	56
Frankreich	575 733	1 813 280	88 666	87	94 ¹²
Griechenland	84 672	196 024	3 695	52	14
Irland	47 349	99 860	4 759	125	89
Island
Italien	529 103	1 356 571	46 551	68	34 ¹³
Kroatien	18 359	102 296	1 593	70	69
Lettland	9 424	68 027	867	121	93
Litauen	27 543	103 200	1 327	129	202
Luxemburg	3 542	41 694	2 315	99	46
Malta	3 758	9 992	284	124	172
Niederlande	154 748	429 255	24 533	107	84
Norwegen	55 150	225 776	17 723	129	159
Österreich	34 227	288 074	15 663	103	139 ¹²
Polen	230 497	831 226	14 114	88	124
Portugal	77 844	294 458	5 189	53	47
Rumänien	47 813	365 320	4 715	102	92
Russische Föderation
Schweden	96 694	363 586	20 333	115	209
Schweiz	21 661 ¹⁴	329 758 ¹⁴	26 510	102	.
Slowakei	83 927	146 448	1 519	82	140
Slowenien	18 133	60 690	1 320	55	61
Spanien	346 822	991 202	31 708	97	47 ¹²
Tschechische Republik	170 806	368 547	5 463	87	97
Türkei	127 ¹³	110
Ungarn	56 765	194 532	2 757	89	181
Vereinigtes Königreich	270 770	1 337 324	104 608	111	131
Zypern	7 197	18 514	494	53	26

Als **Baugenehmigung** gilt die Erteilung einer bauamtlichen Genehmigung zur Bauausführung. Der Baugenehmigungsindex zählt zu den wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der konjunkturellen Lage und gibt Aufschluss über die zu erwartende Auftragslage im Baugewerbe. Die Bestimmungen und Verfahren für die Erteilung einer Genehmigung sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich.

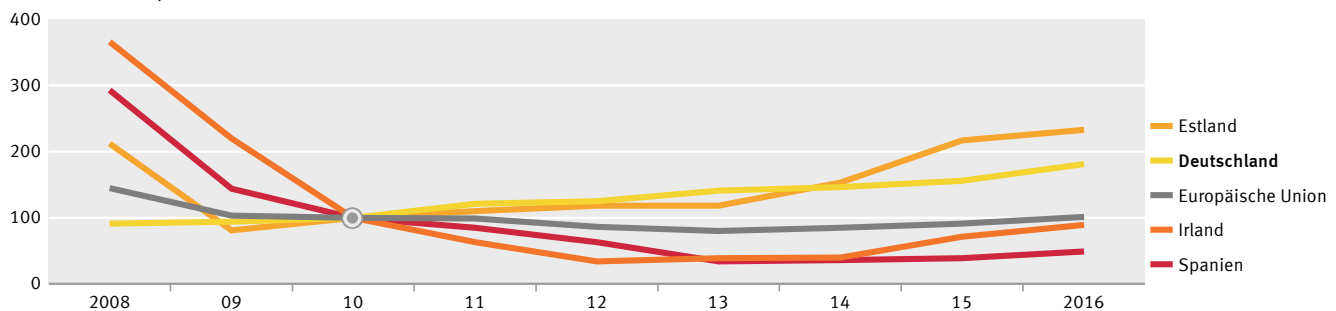
Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 Zum Teil vorläufige Werte.
- 2 Eurostat Schätzung.
- 3 2015.
- 4 Abweichende Definitionen.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Baugenehmigungen von Wohnungen in Wohngebäuden

Indexwert, Basisjahr 2010 = 100



Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2017 - 01 - 0372

A.24 Binnenhandel

	Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen			Tätige Personen nach Wirtschaftsbereichen			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach Wirtschaftsbereichen		
	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen
	2014								
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Europäische Union	3 621 066	1 814 919	830 795	18 656 965	10 291 314	3 732 321	479 611	616 113	146 838
Belgien	75 034	41 521	19 120	321 993	229 652	78 236	13 857	21 834	5 686
Bulgarien	97 728	27 404	12 843	298 955	155 432	45 571	1 397	2 588	377
Dänemark	19 105	15 295	7 637	178 731	186 147	52 878	7 265	14 328	2 870
Deutschland	333 002	152 959	107 548	3 488 584	1 825 934	825 119	96 268	136 961	35 920
Estland	5 722	6 367	2 919	48 115	29 799	11 778	696	1 055	247
Finnland	20 363	14 586	9 393	168 371	90 000	43 990	5 992	6 623	2 121
Frankreich	526 254	170 515	105 535	1 966 245	1 071 615	417 352	72 943	77 338	18 155
Griechenland	159 893	67 235	24 607	431 179	281 993	68 930	5 372	8 383	1 018
Irland	24 297	13 062	8 259	212 279	93 564	31 023	6 986	10 225	838
Island
Italien	616 915	390 963	115 256	1 819 749	1 123 506	359 056	46 665	60 305	11 770
Kroatien	17 736	15 253	4 897	140 084	71 194	21 370	1 859	1 679	341
Lettland	14 030	8 920	4 553	94 501	46 250	18 663	908	1 171	203
Litauen	39 156	10 055	11 614	137 555	76 353	37 725	1 195	2 094	402
Luxemburg	3 260	3 703	774	25 074	17 648	7 168	1 796	3 191	414
Malta	5 716	2 157	1 167	16 978	10 759	2 640	338	404	61
Niederlande	121 471	86 761	32 435	816 061	494 560	136 030	19 653	46 013	6 609
Norwegen	24 857	16 969	8 511	216 145	106 011	46 784	9 556	11 167	3 670
Österreich	42 028	25 468	10 588	363 805	206 866	80 730	12 609	15 899	4 094
Polen	293 355	116 941	87 266	1 228 734	708 719	245 560	13 883	18 303	3 337
Portugal	135 429	58 754	27 663	411 980	219 133	87 892	6 188	6 807	1 629
Rumänien	104 283	54 506	17 417	472 774	321 744	93 571	3 776	5 708	958
Russische Föderation
Schweden	60 208	46 315	21 224	318 098	251 577	83 407	13 354	21 482	4 864
Schweiz	16 618 ²	11 388 ²	7 059 ²	311 070 ²	212 065 ²	73 192 ²	20 682	53 539	5 168
Slowakei	55 288	45 507	8 486	172 787	129 689	28 475	2 232	2 855	468
Slowenien	7 780	13 575	4 468	55 902	42 012	14 307	1 392	1 467	444
Spanien	442 629	199 138	63 533	1 602 044	997 134	263 055	38 652	45 700	8 155
Tschechische Republik	123 747	87 356	31 701	349 490	272 933	82 787	4 549	6 943	1 440
Türkei
Ungarn	80 620	33 237	18 947	317 976	167 509	66 475	3 077	4 315	878
Vereinigtes Königreich	186 833	103 485	68 141	3 165 413	1 150 102	521 695	95 943	91 769	33 402
Zypern	9 184	3 881	2 804	33 508	19 490	6 838	768	676	141

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Abweichende Definition.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

A.25 Transport und Verkehr

	Wirtschaftsbereich Verkehr und Lagerei ¹			Personen- kraftwagen (Pkw) ^{1,2}	Getötete im Straßen- verkehr ^{1,2}	Güterverkehr nach Verkehrsträgern (ohne Pipelines, Luftverkehr) ^{1,3}			Personenverkehr nach Verkehrsträgern (ohne Luft- und Seeverkehr) ^{1,2,1,4}		
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowert- schöpfung zu Faktor- kosten			Eisenbahn	Straße	Binnen- schifffahrt	Pkw	Busse, Reisebusse, Straßenbahn und U-Bahn	Eisenbahn
2014											
	Anzahl		Mill. EUR	je 1 000 Einwohner/ -innen	je 1 Mill. Einwohner/ -innen	Anteil der Tonnenkilometer in %			Anteil der Personenkilometer in %		
Europa											
Europäische Union	1 158 089	10 491 057	515 312	491	51,2	18,0	75,5	6,6	81,9	10,8	7,4
Belgien	17 221	209 822	15 414	495	64,9	14,7	64,2	21,1	76,1	16,3	7,6
Bulgarien	20 304	157 287	1 814	418	91,5	9,5	76,6	14,0	79,5	18,0	2,5
Dänemark	11 048	160 003	13 078	412	32,2	13,2	86,8	0,0	79,6	10,3	10,1
Deutschland	91 397	2 103 986	98 630	547	41,7	23,4	64,4	12,3	84,5	7,3	8,2
Estland	4 842	38 452	1 161	497	59,3	34,0	66,0	0,0	80,6	17,5	1,9
Finnland	21 580	149 871	7 753	581	41,9	29,0	70,6	0,4	84,6	10,4	5,0
Frankreich	106 036	1 289 522	76 626	479	51,2	15,8	80,0	4,3	83,9	7,2	8,9
Griechenland	63 833	172 061	4 962	472	73,0	1,6	98,4	0,0	80,3	18,8	0,9
Irland	24 595	91 985	6 931	425	41,8	1,0	99,0	0,0	79,6	17,5	2,9
Island	661	.	0,0	100,0	0,0	88,6	11,4	0,0
Italien	125 688	1 073 322	54 787	610	55,6	14,6	85,4	0,0	80,1	13,7	6,2
Kroatien	8 642	84 712	2 011	349	72,7	17,3	76,8	5,9	83,5	13,5	2,9
Lettland	6 951	77 932	1 587	331	106,3	58,7	41,3	0,0	80,2	15,7	4,1
Litauen	11 595	111 692	2 036	413	91,1	33,8	66,2	0,0	88,2	10,8	1,0
Luxemburg	957	20 776	1 467	662	62,9	2,1	95,1	2,8	83,6	12,2	4,3
Malta	1 335	9 865	406	619	23,4	0,0	100,0	0,0	83,1	16,9	0,0
Niederlande	38 351	399 011	27 852	472	28,3	4,8	56,6	38,6	83,3	7,4	9,3
Norwegen	21 066	155 384	18 626	495	.	14,1	85,9	0,0	88,9	6,4	4,8
Österreich	14 311	194 132	13 231	547	50,3	43,6	51,7	4,6	72,4	16,2	11,3
Polen	140 736	733 273	13 424	526	84,2	16,6	83,3	0,0	78,7	15,6	5,7
Portugal	21 876	150 874	6 111	433	61,3	6,5	93,5	0,0	88,9	7,0	4,1
Rumänien	39 666	338 775	4 436	247	91,3	20,7	59,4	19,9	75,9	19,7	4,4
Russische Föderation
Schweden	29 529	265 832	14 422	470	27,8	33,7	66,3	0,0	83,2	8,0	8,8
Schweiz	4 888 ^{1,5}	212 506 ^{1,5}	22 451	532	.	48,5	51,5	0,0	76,9	6,0	17,1
Slowakei	14 350	99 329	2 643	360	53,7	21,5	76,3	2,2	76,9	15,8	7,3
Slowenien	8 313	43 668	1 696	518	52,4	20,2	79,8	0,0	86,3	11,6	2,1
Spanien	190 480	822 509	41 505	474	36,3	5,0	95,0	0,0	81,7	11,9	6,4
Tschechische Republik	38 610	264 532	5 600	459	65,4	21,2	78,7	0,0	66,1	26,2	7,6
Türkei	127
Ungarn	26 137	226 351	4 552	316	63,4	20,5	75,8	3,7	65,2	25,3	9,5
Vereinigtes Königreich	76 775	1 183 112	90 451	472	28,7	13,4	86,5	0,1	84,7	6,9	8,4
Zypern	2 931	18 371	727	565	52,8	0,0	100,0	0,0	81,8	18,2	0,0

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

2 Quelle: Transport in Figures 2016, Europäische Kommission.

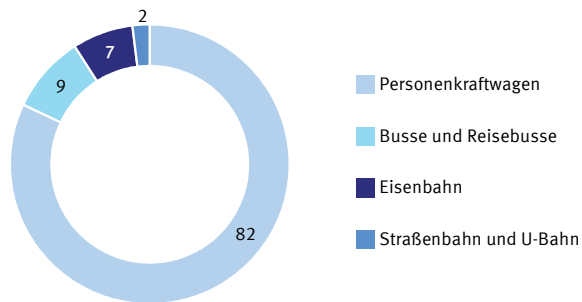
3 Quelle: Verkehrsstatistik, Eurostat.

4 Nicht berücksichtigt sind zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegte Wege.

5 Daten beziehen sich nur auf Unternehmen mit 2 oder mehr tätigen Personen.

Personen- und Güterbeförderung nach Verkehrsträgern in der EU
in %

Personenbeförderung 2014

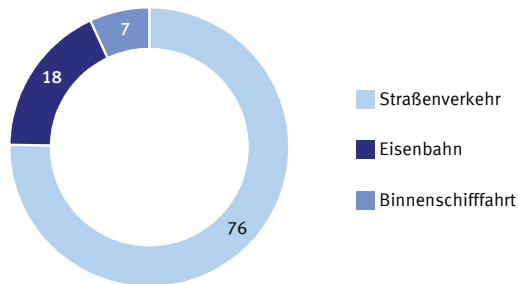


Nicht berücksichtigt sind im Luftverkehr und zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegte Wege.
Quelle: GD Mobilität und Verkehr der Europäischen Kommission

Die **Beförderungsleistung im Personenverkehr** wird in der Maßeinheit **Personenkilometer (Pkm)** gemessen. Sie berechnet sich durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern. Fahren beispielsweise 30 Personen in einem Bus eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Die **Beförderungsleistung im Güterverkehr** ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der zurückgelegten Transportstrecke. Die so ermittelte Beförderungsleistung wird in der Maßeinheit **Tonnenkilometer (tkm)** gemessen. Werden in einem Lkw beispielsweise 15 Tonnen (t) Güter über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Güterbeförderung 2014



Nicht berücksichtigt sind im Luftverkehr oder über eine Pipeline transportierte Güter.
Quelle: Verkehrsstatistik, Eurostat

2017 - 01 - 0373

A.26 Gastgewerbe, Tourismus

	Wirtschaftsbereich Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) ¹			Hotels, Gasthöfe und Pensionen ²		
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Beherbergungsbetriebe	Betten	Übernachtungen
	2014			2015		
	Anzahl		Mill. EUR	Anzahl	1 000	
Europa						
Europäische Union	1 869 854	10 807 897	230 504	186 890	13 522	1 801 568
Belgien	49 136	179 653	5 102	1 557	129	19 082
Bulgarien	26 312	136 459	612	2 180	279	19 655
Dänemark	13 689	72 812	2 950	525	89	14 402
Deutschland	226 196	2 085 047	36 063	33 635	1 778	272 018
Estland	2 492	22 581	259	414	33	4 747
Finnland	11 687	71 210	2 108	777	134	16 141
Frankreich	272 994	1 027 310	36 258	18 328	1 305	205 667
Griechenland	90 565	317 150	3 756	10 111	802	76 772
Irland	17 790	161 097	3 925	2 438 ³	151 ³	25 445
Island	402	28	4 109
Italien	312 013	1 295 869	27 455	33 202	2 251	262 951
Kroatien	19 532	97 649	1 414	938	165	22 156
Lettland	3 589	32 804	232	332	25	3 374
Litauen	5 487	40 572	242	418	29	3 613
Luxemburg	2 823	19 073	677	236	15	1 738
Malta	2 242	17 482	319	161	41	8 673
Niederlande	53 971	408 720	9 237	3 525	255	41 617
Norwegen	11 276	97 591	3 663	1 082	184	21 539
Österreich	47 476	291 003	8 235	12 625	600	87 266
Polen	48 977	238 257	2 362	3 723	302	38 805
Portugal	84 122	273 338	3 414	2 430	328	50 627
Rumänien	25 111	157 874	923	2 626	225	19 750
Russische Föderation
Schweden	31 354	189 299	6 028	1 992	237	33 518
Schweiz	17 990 ⁴	211 940 ⁴	9 971	5 055	274	35 628
Slowakei	16 352	56 465	407	1 509	97	8 427
Slowenien	10 364	34 215	582	681	45	6 592
Spanien	269 883	1 210 730	24 494	19 718	1 907	308 236
Tschechische Republik	59 008	162 276	1 524	5 992	314	34 260
Türkei	3 125 ³	805 ³	133 789
Ungarn	29 285	127 646	890	2 185	177	21 218
Vereinigtes Königreich	132 065	2 043 426	50 060	40 272 ⁵	2 018 ⁵	178 225 ⁵
Zypern	5 339	37 880	977	786	84	13 372

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Daten beziehen sich auf alle Unternehmen der Wirtschaftsgliederung „Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie“.

2 Quelle: Tourismusstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.

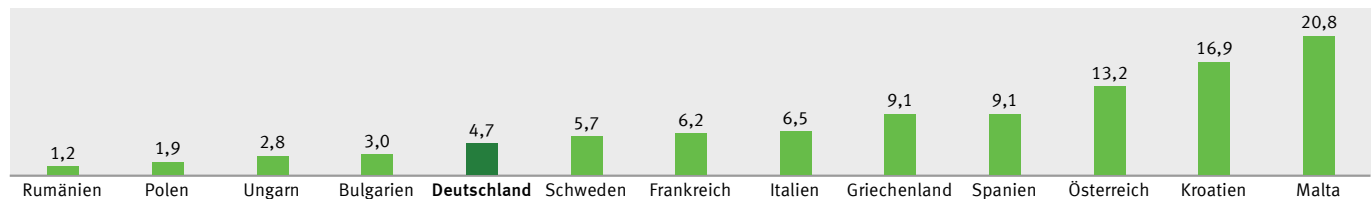
3 2014.

4 Daten beziehen sich nur auf Unternehmen mit 2 oder mehr tätigen Personen.

5 2013.

Tourismusintensität 2015

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ¹ je Einwohner/-in



1 Zu den Beherbergungsbetrieben zählen neben Hotels, Gasthöfen und Pensionen auch Campingplätze, Ferienunterkünfte (einschl. Jugendherbergen) und sonstige tourismusrelevante Unterkünfte (z.B. Schulungsheime).

Quelle: Tourismusstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen

2017 - 01 - 0374

A.27 Weitere Dienstleistungen

	Unternehmen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Tätige Personen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹		
	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen
2014									
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Europäische Union	1 091 563	1 369 456	4 244 511	6 315 880	2 841 981	12 121 100	552 110	272 236	667 468
Belgien	29 264	41 073	136 913	122 960	66 284	289 156	13 733	5 670	22 109
Bulgarien	10 739	20 204	38 935	79 414	34 863	96 056	1 831	478	1 195
Dänemark	16 105	27 461	33 082	115 562	34 985	161 008	10 000	9 621	12 220
Deutschland	114 859	257 986	460 004	1 180 249	614 919	2 452 208	113 004	80 898	148 445
Estland	4 047	5 310	11 462	20 424	10 704	25 956	744	610	604
Finnland	9 718	24 871	35 333	91 487	22 887	121 457	8 168	4 025	6 626
Frankreich	152 448	210 735	515 894	840 487	316 177	1 354 292	77 732	35 369	87 468
Griechenland	12 778	5 759	104 429	70 965	8 864	212 480	3 076	501	4 047
Irland	13 687	11 912	38 795	82 010	22 775	120 244	22 546	1 429	8 634
Island
Italien	96 997	239 134	705 895	531 567	287 508	1 186 817	45 605	16 971	52 274
Kroatien	6 147	3 899	23 236	38 409	11 852	74 682	1 487	423	1 440
Lettland	5 558	12 105	17 513	27 023	31 009	43 888	725	671	575
Litauen	4 919	9 982	25 144	28 504	22 327	59 177	799	572	868
Luxemburg	2 144	3 115	7 926	16 932	3 668	31 306	2 889	907	3 087
Malta	1 016	1 474	3 265	6 907	1 218	10 984	457	171	536
Niederlande	84 219	26 530	314 906	275 488	75 199	633 893	25 877	14 450	37 231
Norwegen	15 550	48 264	44 461 ¹²	92 832	27 864	130 892 ¹²	12 220	10 037	14 154 ¹²
Österreich	18 444	18 177	64 619	108 628	50 207	236 342	9 332	8 589	13 718
Polen	77 754	43 815	233 908	309 269	181 042	578 787	11 926	4 960	10 980
Portugal	14 834	29 561	113 358	85 508	46 701	224 668	4 869	1 248	5 026
Rumänien	19 499	13 842	56 886	157 362	44 199	198 376	4 259	1 461	3 020
Russische Föderation
Schweden	57 270	57 483	173 099	204 557	80 978	300 029	18 883	18 146	20 593
Schweiz	6 578 ¹²	4 531 ¹²	24 438 ¹²	139 937 ¹²	38 685 ¹²	281 372 ¹²	21 001	5 817	36 179
Slowakei	17 192	9 374	59 252	54 091	27 363	125 398	2 330	773	2 345
Slowenien	7 919	2 486	28 849	24 307	4 958	54 355	1 148	274	1 538
Spanien	54 654	129 420	335 165	408 882	189 709	938 616	30 664	12 734	38 214
Tschechische Republik	36 424	46 778	175 633	118 593	60 824	255 935	5 467	3 026	5 584
Türkei
Ungarn	35 039	30 593	112 823	118 359	65 290	221 782	4 012	1 777	3 570
Vereinigtes Königreich	186 847	85 629	413 222	1 188 804	523 817	2 095 257	129 796	46 533	174 771
Zypern	1 042	748	5 906	9 132	1 654	22 153	755	61	917

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Abweichende Definition.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Methodik

■ Datenquellen

Die im Kapitel „Internationales“ aufgeführten Statistiken stammen aus zahlreichen amtlichen internationalen Statistikquellen.

Um das Datenspektrum zu erweitern, wurden im Einzelfall auch nicht amtliche Quellen genutzt. Hierzu zählen BP und MEDIA Salles.

In vielen Fällen finden sich methodische Hinweise zu den Daten in den Erläuterungstexten direkt neben der jeweiligen Tabelle. Weitere methodische Hinweise zu den jeweiligen Indikatoren sind den folgenden Originalquellen zu entnehmen:

BP p.l.c.

> bp.com/statisticalreview

DWD – Deutscher Wetterdienst

> dwd.de

EuroGeographics

> eurogeographics.org

Europäisches Parlament – Ergebnisse der Wahlen 2014

> europarl.europa.eu/elections2014-results

Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union

> ec.europa.eu/eurostat

FAO – Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen

> faostat.fao.org

ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

> ilo.org/ilostat

IMF – Internationaler Währungsfonds

> imf.org/external/data.htm

> data.imf.org

ITU – Internationale Fernmeldeunion, Vereinte Nationen

> itu.int/ITU-D/ict

JRC – Europäische Kommission: Joint Research Centre – EDGAR Datenbank

> edgar.jrc.ec.europa.eu

MEDIA Salles

> www.mediasalles.it

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

> stats.oecd.org

UN Comtrade – Außenhandelsdatenbank der Vereinten Nationen

> comtrade.un.org

UNCTAD – Konferenz für Handel und Entwicklung, Vereinte Nationen

> unctadstat.unctad.org

UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

> data.uis.unesco.org

UN DESA – Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA):

Abteilung Bevölkerung, Vereinte Nationen

> un.org/esa/population

Weltbank – World Development Indicators

> databank.worldbank.org/wdi

WHO – Weltgesundheitsorganisation, Global Health Observatory

> who.int/gho/en

Hinweise zur Auswahl der Staaten und zur territorialen Abgrenzung im Kapitel „Internationales“

Einseitige Tabellen | Diese enthalten ausschließlich Daten zu europäischen Staaten. Aufgelistet sind alle EU- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie einige weitere bevölkerungsreiche europäische Staaten.

Zweiseitige Tabellen | Diese umfassen sämtliche EU-, G20- und OECD-Staaten, die sogenannten BRICS- und Next Eleven Staaten, alle NAFTA- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie die weltweit 30 bevölkerungsreichsten und 30 wirtschaftlich stärksten Staaten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt).

Daten zu allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen finden Sie in der Übersichtstabelle „Auf einen Blick“ (A.0). In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die zwei Staaten mit UN-Beobachterstatus – der Vatikan und die Palästinensischen Gebiete.

Hinsichtlich der territorialen Abgrenzung der Staaten gilt in der Regel: China ohne Hongkong, Macau und Taiwan. Dänemark ohne Färöer und Grönland. Frankreich einschl. Überseegebiete. Israel ohne Palästinensische Gebiete. Niederlande ohne Überseegebiete. Portugal einschl. Azoren und Madeira. Spanien einschl. Balearen und Kanarische Inseln sowie einschl. Ceuta und Melilla. Zypern nur Republik Zypern (griechischer Teil der Insel). Detaillierte Erläuterungen zur jeweiligen territorialen Abgrenzung sind den entsprechenden Quellen zu entnehmen.

■ Mitgliedstaaten internationaler Organisationen

Europäische Union | Die Europäische Union umfasst derzeit 28 Mitgliedstaaten (EU-28). Zuletzt trat im Jahr 2013 Kroatien der EU bei. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr zur Europäischen Union bzw. zu einer der Vorgängerorganisationen. Fünf Staaten haben derzeit offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten: Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei.

Belgien (1957)
 Bulgarien (2007)
 Dänemark (1973)
 Deutschland (1957)
 Estland (2004)
 Finnland (1995)
 Frankreich (1957)
 Griechenland (1981)
 Irland (1973)
 Italien (1957)
 Kroatien (2013)
 Lettland (2004)
 Litauen (2004)
 Luxemburg (1957)
 Malta (2004)
 Niederlande (1957)
 Österreich (1995)
 Polen (2004)
 Portugal (1986)
 Rumänien (2007)
 Schweden (1995)
 Slowakei (2004)
 Slowenien (2004)
 Spanien (1986)
 Tschechische Republik (2004)
 Ungarn (2004)
 Vereinigtes Königreich (1973)
 Zypern (2004)

Methodik

Eurozone | Die Eurozone (auch Euroraum genannt) umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, die den Euro als Landeswährung eingeführt haben. Derzeit besteht die Eurozone aus 19 Mitgliedstaaten. Jüngstes Beitrittsland ist Litauen, das am 1.1.2015 den Euro einführte. Im Folgenden sind sämtliche Mitgliedstaaten der Eurozone aufgelistet. In Klammern angegeben ist jeweils das Jahr der Einführung des Euro-Buchgelds. Die Bargeldeinführung erfolgte bei den Gründungsstaaten erst mit Zeitverzug. Bei den späteren Erweiterungen erfolgte die Buch- und Bargeldeinführung stets zeitgleich.

- Belgien (1999)
- Deutschland (1999)
- Estland (2011)
- Finnland (1999)
- Frankreich (1999)
- Griechenland (2001)
- Irland (1999)
- Italien (1999)
- Lettland (2014)
- Litauen (2015)
- Luxemburg (1999)
- Malta (2008)
- Niederlande (1999)
- Österreich (1999)
- Portugal (1999)
- Slowakei (2009)
- Slowenien (2007)
- Spanien (1999)
- Zypern (2008)

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) | Die Europäische Freihandelsassoziation wurde 1960 gegründet. Zielsetzung war die Förderung von Wachstum und Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten sowie die Vertiefung des Handels mit anderen westeuropäischen Staaten. Viele ehemalige EFTA-Staaten sind später der Europäischen Union beigetreten. Derzeit umfasst die EFTA noch vier Staaten. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr.

- Island (1970)
- Liechtenstein (1991)
- Norwegen (1960)
- Schweiz (1960)

Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen | Derzeit umfassen die Vereinten Nationen insgesamt 193 Staaten. Eine Auflistung dieser Staaten finden Sie nach Kontinenten gegliedert in der Tabelle A.0.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) | Die OECD ist ein Zusammenschluss von Industrienationen, der die Förderung von Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum zum Ziel hat. Die Organisation entstand 1961 aus der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die 35 Mitgliedstaaten sind den Prinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet. Am 1. Juli 2016 ist zuletzt Lettland der OECD beigetreten. Mit Costa Rica, Litauen und Kolumbien werden derzeit Beitrittsgespräche geführt. Aufgelistet sind die derzeitigen Mitgliedstaaten unter Angabe des jeweiligen Beitrittsjahres.

- Australien (1971)
- Belgien (1961)
- Chile (2010)
- Dänemark (1961)
- Deutschland (1961)
- Estland (2010)
- Finnland (1969)
- Frankreich (1961)
- Griechenland (1961)
- Island (1961)
- Irland (1961)
- Israel (2010)

- Italien (1962)
- Japan (1964)
- Kanada (1961)
- Korea, Republik (1996)
- Lettland (2016)
- Luxemburg (1961)
- Mexiko (1994)
- Neuseeland (1973)
- Niederlande (1961)
- Norwegen (1961)
- Österreich (1961)
- Polen (1996)
- Portugal (1961)
- Schweden (1961)
- Schweiz (1961)
- Slowakei (2000)
- Slowenien (2010)
- Spanien (1961)
- Tschechische Republik (1995)
- Türkei (1961)
- Ungarn (1996)
- Vereinigtes Königreich (1961)
- Vereinigte Staaten (1961)

G20-Staaten | Die G20 ist ein seit 1999 bestehender Zusammenschluss von 19 Staaten und der Europäischen Union und gilt als Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer. Bei den jährlichen Gipfeltreffen wird über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Finanzmarktregulierung und wirtschaftliche Reformen diskutiert.

- Argentinien
- Australien
- Brasilien
- China
- Deutschland
- Europäische Union
- Frankreich
- Indien
- Indonesien
- Italien
- Japan
- Kanada
- Korea, Republik
- Mexiko
- Russische Föderation
- Saudi-Arabien
- Südafrika
- Türkei
- Vereinigtes Königreich
- Vereinigte Staaten

BRICS, Next Eleven | Zu den BRICS-Staaten, einer Vereinigung von fünf aufstrebenden Volkswirtschaften, zählen Brasilien, die Russische Föderation, Indien, China und Südafrika. Der Begriff BRICS setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der Ländernamen zusammen und geht auf eine Abhandlung des Volkswirts Jim O'Neill zurück. 2005 identifizierte O'Neill eine weitere Gruppe aufstrebender Staaten und bezeichnete diese als Next Eleven (N11). Die N11-Staaten umfassen Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Korea (Republik), Türkei und Vietnam.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen weitere Veröffentlichungen unseres Hauses zum Thema „Internationales“. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Unter www.destatis.de/international gelangen Sie direkt zum Angebot der internationalen Statistik.

Unter www.destatis.de/europa finden Sie statistische Informationen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet die Haupt-Datenbank des Statistischen Bundesamtes eine Auswahl an internationalen Schlüsselindikatoren in Form von Zeitreihen an. Diese Indikatoren stammen aus unterschiedlichen Quellen der internationalen amtlichen Statistik (z. B. Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Weltgesundheitsorganisation). Daten zur *Internationalen Statistik* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 9 (Nationale und internationale Indikatorensysteme) und dort unter dem Code 999

Weitere Veröffentlichungen

Auf einen Blick

- G20 in Zahlen – Gipfel der G20-Staaten in Europa (2017)
- Arbeitsmarkt auf einen Blick – Deutschland und Europa (2016)
- Ältere Menschen in Deutschland und der Europäischen Union (2016)

Statistische Länderprofile

- Statistische Länderprofile zu allen G20-Staaten

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur die Seiten angegeben, auf denen innerhalb eines Abschnitts das Stichwort zum ersten Mal erscheint. Es empfiehlt sich daher, auch die nachfolgenden Seiten auf weitere Angaben zu diesem Stichwort durchzusehen. Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Anhang „Internationales“.

A

Abfälle, Abfallwirtschaft

- Abfallbilanz 461
- Abfallmenge 461
- Investitionen 452
- laufende Aufwendungen 453
- Recyclingquote 461
- Umsatz 454
- Verwertungsquote 461

Abgeordnete (Sitze)

- Deutscher Bundestag 295
- Europäisches Parlament 295
- Länderparlamente 301

Abgeurteilte 315

Abschreibungen 273, 325, 465

Abtreibungen *siehe Schwangerschaftsabbrüche*

Abwasser

- Entsorgung 457
- Klärschlamm Entsorgung 458

Adoptionen 48, 68

AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) 104

Alkohol 183

- Alkoholrausch (akute Intoxikation) 127
- Steuern 275
- Straßenverkehrsunfälle 610

Alleinerziehende 62

Alleinstehende 62

Ältere Erwerbstätige 364

Amtsvormundschaft 246

Anlagevermögen 273, 334

Aquakultur 504

Äquivalenzeinkommen 185, 657

Arbeitnehmer/-innen *siehe Beschäftigte*

Arbeitskosten 391, 672

Arbeitslose

- Arbeitslosenquote 371
- Personengruppen 370

Arbeitslosengeld 351

- Einnahmen der privaten Haushalte 174
- nach SGB II 240
- nach SGB III 235

Arbeitslosenversicherung 232

- Arbeitslosengeld nach SGB III 235
- Ausgaben, Einnahmen 235, 660
- Kurzarbeit 235

Arbeitsproduktivität 329

Arbeitsstunden 328, 465

- bezahlte Wochenarbeitszeit 384
- geleistete 356, 576

Archive, staatliche 205

Armutsgefährdung

- Äquivalenzeinkommen 185, 657
- Armutsgefährdungsgrenze 186, 657
- Armutsgefährdungsquote 185, 657

Ärzte/Ärztinnen 654

Asyl 48, 240

Asylbewerberleistungen 240

Atypisch Beschäftigte 351, 358

Auftragsbestand

- Verarbeitendes Gewerbe 551

Auftragsbestandsindex (Baugewerbe) 575

Auftragseingangindex

- Baugewerbe 575
- Verarbeitendes Gewerbe 545

Aufwendungen

- Forschung und Entwicklung 110
- Handel 591
- Umweltschutz 453

Ausbildung

- Ausbildungsberichterstattung 88
- Auszubildende 83, 95
- Berufe 96
- Berufsausbildung 88
- schulische Ausbildung 84

Ausfuhrpreise 399

Ausgaben

- an übrige Welt 339
- Bildung 106, 650
- der privaten Haushalte 174, 211
- des Staates 337
- Forschung und Wissenschaft 106
- Gesundheitswesen 146, 654
- Hochschulen 107
- Kinder- und Jugendhilfe 246
- Kultur 201, 212
- öffentliche Ausgaben 262, 661
- Sozialhilfe 238
- Sozialleistungen 232, 660
- Sozialversicherungen 232

Ausländische Bevölkerung 26, 47

- allgemeinbildende Schulen 90
- Arbeitslose 370
- Asyl 48, 240
- Bevölkerungsstand 26
- Eheschließungen 58
- Geborene 35
- Gestorbene 40
- Herkunftsländer 41
- Kindergeld 68
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 367
- Studierende 98
- Tourismus 619

Ausländische Bevölkerung 26, 47
Verurteilte 315
vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 245
Wanderungen 49

Außenbeitrag 325, 666

Außenhandel 421

Ausfuhr, Einfuhr 440, 676
Ausfuhr-, Einfuhrpreise 399
Außenhandelsbilanz 676
Einnahmen und Ausgaben an, aus übrige(r) Welt 339
EU-Handel 425
Export, Import 421
Handelspartner 421
Handelswaren 425

Ausstattung der privaten Haushalte 173, 178, 213

Auszubildende 83, 95

B

BaföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 104

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 580, 688

Bau- und Immobilienpreise 408

Beamte/Beamtinnen 365

Besoldung 391
Bruttostundenverdienste 383

Beförderungen (Verkehr)

Güter 602, 691
Personen 599

Beherbergung, Gaststätten *siehe auch Tourismus*

Ausgaben der privaten Haushalte 174
Verbraucherpreise 410

Behinderte Menschen

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 244
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 239
Paralympische Spiele 222
schwerbehinderte Menschen 130, 370
Schwerbehindertenquote 131

Bekleidung und Schuhe

Ausgaben der privaten Haushalte 174
Produktion 552
Verbraucherpreise 410

Berge 14

Berufe

Ausbildungsberufe 95
freie 277, 359
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 367

Beschäftigte 352

atypisch Beschäftigte 351, 358
ausländische 367
Baugewerbe 576
befristet Beschäftigte 358
Computer- und Internetnutzung 533
Energie 686
Gastgewerbe und Tourismus 620
geringfügig Beschäftigte 358, 367, 386
Handel 587

Beschäftigte 352

Handwerksunternehmen 534
Landwirtschaft 488
Mindestlöhne 390
Normalarbeitnehmer/-innen 351, 358
öffentlicher Dienst 365, 391
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 515
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 367, 536
Teilzeitbeschäftigte 358, 365, 368, 386, 620
Transport und Verkehr 598, 690
Unternehmensinsolvenzen 527
Verarbeitendes Gewerbe 546, 685
Verdienste 383
Vollzeitbeschäftigte 365, 368, 386, 620
weitere Dienstleistungen 631
Zeitarbeit 358

Betriebe

Baugewerbe 576
Betriebsaufgaben, -gründungen 523
Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 569
Forstwirtschaft 492
Gastgewerbe und Tourismus 621
Landwirtschaft 485
Verarbeitendes Gewerbe 546

Bevölkerung 14, 25

Alter, Altersgruppen 25, 32
ausländische 26
Bevölkerungsdichte 26
Bevölkerungsentwicklung 26, 649
Bevölkerungsstand 26, 648
Bildungsstand 84
Erwerbsbeteiligung 328, 351
gesundheitliche Lage 126
Kinder 64
Migration 41
Privathaushalte 56
Religionszugehörigkeit 70
überwiegender Lebensunterhalt 351
Vorausberechnung 54, 648

Bibliotheken 204

Bildung, Bildungswesen

Ausbildung 88
Ausgaben der privaten Haushalte 174
Auszubildende 83, 95
Benchmarks, nationale 83
Bildungsbeteiligung 83, 88
Budget 106
Hochschulen 97
Schulen 89
Studienberechtigten-, Studienanfänger-, Absolventenquote 650
Studium 88
Verbraucherpreise 410
Weiterbildung, berufliche 102

Bildungsabschlüsse

allgemeiner Schulabschluss 84

Bodensanierung

Investitionen 452
laufende Aufwendungen 453

Bruteier 501

Bruttobetriebsüberschuss

- Gastgewerbe und Tourismus 620
- Handel 589
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 518
- Transport und Verkehr 598

Bruttoinlandsprodukt 325, 331, 342, 471, 643, 666

Bruttonationaleinkommen 326

Bruttowertschöpfung 325, 684

- Baugewerbe 688
- Energie 686
- Gastgewerbe und Tourismus 620, 692
- Handel 587
- Landwirtschaft 666
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 515, 666
- Transport und Verkehr 598, 690
- Verarbeitendes Gewerbe 685
- weitere Dienstleistungen 631

Buchproduktion 204

Bundesfreiwilligendienst 218

Bundeskanzler/-in 295

Bundesrat 302

Bundesregierung 302

Bundestag, Deutscher 295

- Bundestagswahlen 296

Bundesverfassungsgericht 312

Bus- und Bahnverkehr 599

C

Chöre 207

Cloud Computing 531

Computer

- Ausstattung der privaten Haushalte 173, 178

D

Defizitquote 329

Demografie

- Bevölkerungsvorausberechnung 54, 648
- Geborene und Gestorbene 33
- Lebenserwartung 39, 648
- Migration 47
- Wanderungen 49

Deprivationsindikatoren 184

Direktinvestitionen 440

Düngemittel 491

E

E-Commerce 532

Ehe

- Ehelösungen, -scheidungen 59
- Eheschließungen 58

Ehe

- Familienstand, bisheriger 58
- Heiratsalter, durchschnittliches 58
- Heiratsziffern Lediger 58

Eiererzeugung 502

Eigentümerhaushalte 656

Einbürgerungen 48

Einfuhrpreise 399

Einkommen

- Bruttonationaleinkommen 326
- der privaten Haushalte 173
- Primäreinkommen 336
- verfügbares 328, 338
- Zurechtkommen mit dem Einkommen 184
- zu versteuerndes 276

Einkommensteuer 261, 275

- Ausgaben der privaten Haushalte 174
- Besteuerungsgrundlagen 276
- Einkommensteuerpflichtige 277

Einnahmen

- aus übriger Welt 339
- der privaten Haushalte 174
- des Staates 337
- Kinder- und Jugendhilfe 246
- öffentliche Einnahmen 262, 662
- Sozialversicherungen 234
- Steuern 261, 275, 471, 662
- umweltbezogener Steuern und Gebühren 471

Eisenbahnverkehr 690

- Eisenbahn-Infrastruktur 608
- Güterverkehr 602
- kombinierter Verkehr 602
- Personenfernverkehr 599

Elektrizitätserzeugung 566

Elterngeld 68, 232

Emissionen 465, 680

Energie 465

- Bruttostromerzeugung 565
- Elektrizitätserzeugung 566
- Energiepreise 400
- Energiesteuer 261, 275, 471
- Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 569
- erneuerbare Energien 565
- Erzeugerpreise 405
- Primärenergieverbrauch 466, 472, 686
- Strom- und Wärmeerzeugung 567
- Verwendung von Energieträgern 467

Engagement, bürgerschaftliches 218

Engpassleistung (Energie) 566

Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 442

Erbschaftsteuer 275, 281

Erneuerbare Energien 565

Ersparnis 338

- Sparquote 329

Erwerbsbeteiligung 328, 351
Erwerbsquote 329, 670
überwiegender Lebensunterhalt 354

Erwerbsformen 351
atypische 358

Erwerbslose 351
Erwerbslosenquote 329, 361, 670
Langzeiterwerbslose 370
Stille Reserve 362

Erwerbspersonen 351, 670

Erwerbstätige 351
Ältere Erwerbstätige 364
Arbeitsproduktivität 329
Erwerbstätigenquote 360
Kapitalintensität, -produktivität 333
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 670
Stille Reserve 362
Wirtschaftsbereiche 354

Erzeugerpreise 399, 674
Dienstleistungen 406
forstwirtschaftlicher Produkte 404
gewerblicher Produkte 405

Europäisches Parlament 295
Europawahlen 300

Exporte 339, 421, 440, 676
Ausfuhrpreise 399
Export-Performance-Index 430
Exportquote 430, 546, 676

F

Fachgerichte 314

Fahrgäste 599

Fahrverbote 316

Familien 62
Ausgaben (Sozialleistungen) 660
Familienformen 62
Migrationshintergrund 64

Familiengerichte 312

Familienstand
Bevölkerung 33
Gestorbene 40
Privathaushalte 57
vor Eheschließung 59

Feldfrüchte
(Anbau, Ernte) 493

Fernsehen
ARD und Landesrundfunkanstalten 216
Durchschnittliche Sehdauer 217
Marktanteile der Sender 216
ZDF 216

Fernseher 178

Filmwirtschaft 215

Finanzierungssaldo 261, 662

Flächen 14, 26
Arten 484
Bodenfläche 14, 26, 484, 646, 682
Naturschutzfläche 18
Siedlungs- und Verkehrsfläche 14, 472
Waldfläche 492, 682
Wohnfläche 579

Fluggäste 600

Flugplätze 16, 600

Flugzeuge 608

Flüsse, schiffbare 15

Flüssiggas 568

Forschung und Wissenschaft
Aufwendungen 110
Ausgaben 106, 650
Personal 109

Fortbildung (Handel, Handwerk) 103

Freiberufler/-innen 277, 359

Früchte 496

G

Gase 568

Gebietskörperschaften
Ausgaben, Einnahmen 264
Finanzierungssaldo 261
Schulden 269

Geborene

Alter der Mutter 35
häufigste Vornamen 37
Krankenhausentbindungen 140
Lebendgeborene 33
Staatsangehörigkeit der Eltern 37

Gebrauchsgüter der privaten Haushalte 178

Erzeugerpreise 405
Produktion 555
Verbraucherpreise 410

Geburtenziffern 35, 648

Gefährdung des Kindeswohls 244

Gefährdungseinschätzung 244

Gefangene

Art der Strafe 318

Gefängnisse siehe Justizvollzugsanstalten

Geflügel 487, 501

Gehalt siehe Verdienste

Gemeinden 29

Gemüse (Anbau, Ernte) 483, 495

Gerichte 312

Gestorbene 33

Altersgruppen 40
Familienstand 40

Gestorbene 33
Säuglinge 34, 134
Todesursachen 125, 134
Totgeborene 33

Gesundheitliche Lage der Bevölkerung 126

Gesundheitsversorgung
Krankenhäuser 138
Personal 141
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 139

Gesundheitswesen
Ausgaben 146, 654
Einrichtungen 138, 146
Leistungsarten 146
Patienten/Patientinnen 126
Personal 125
Sozialversicherungen 146, 232

Gewässer 15

Gewässerschutz
Investitionen 452
laufende Aufwendungen 453
Umsatz 454

Gewerbeanzeigen 523

Gewerbesteuer 261, 275

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 62
eingetragene Lebenspartnerschaften 63

Goethe-Institut 211

Grenzlängen 14

Großhandel 587
Großhandelsverkaufspreise 399, 407

Grunderwerbsteuer 275

Grundsicherung für Arbeitsuchende 232
Bedarfsgemeinschaften, Zahlungsansprüche 240

Grundsteuer A, B 275

Güterbeförderung, -umschlag (Binnenschifffahrt) 603

Güterbilanz 340
Informations- und Kommunikationstechnologien 341

Güterverkehr 597

H

Häfen 604

Handelspartner 421

Handelswaren 425

Handwerk
Fortbildungs- und Meisterprüfungen 103
Unternehmen 534

Hauptstädte 646

Haushalte 163
Einheitswert 163
Haus- und Grundbesitz 163
Hypothekenrestschuld 163
Restschuld 163

Haushalte, öffentliche *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Haushalte, private *siehe Privathaushalte*

Heirat *siehe Ehe*

Hochschulen
Absolventen/Absolventinnen 99
Arten 97
Ausgaben 107
Betreuungsrelation 99
monetäre Kennzahlen 108
Personal 99
Promovierende 99
Prüfungen 99
Studierende 83, 97

Holz einschlag 492

Hörfunk 217

I

Importe 339, 421, 440, 676
Einfuhrpreise 399
Importabhängigkeitsquote 430
Importquote 430

Inflationsrate 410, 675

Informations- und Kommunikationstechnologien
Ausstattung der privaten Haushalte 178, 213
Unternehmen 530

Infrastruktur 16, 607

Inseln 17

Insolvenzen
Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 528, 529
Unternehmensinsolvenzen 526
Verbraucherinsolvenzen 187, 526

Internet
mobile Nutzung 213
private Einkäufe und Bestellungen 215
private Nutzung 213, 658

Investitionen
Bruttoanlageinvestitionen 325, 332
Bruttoinvestitionen 325, 332, 516, 547, 588, 598, 620, 632, 666
Direktinvestitionen 440
Umweltschutz 452

J

Jahresabschlüsse 272

Jugendliche
Adoptionen 68
Kinder- und Jugendhilfe 242
Verurteilte 315

Jugendstrafrecht 316

Justizvollzug
Arten des Vollzugs 318
Justizvollzugsanstalten 318
Strafgefängene 318, 665

K

Kanäle 15

Kapitalbilanz 440, 678

Kapitalgesellschaften 278, 336

Kfz-Handel 587

Kinder

Adoptionen 68

Ausgaben (Sozialleistungen) 660

Elterngeld 68

Erwerbsbeteiligung der Eltern 65

Familienform 64

Kindergeld 68, 174, 232

Kinder- und Jugendhilfe 242

Sterbeziffern 654

Tagesbetreuung 65

überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 65

Kindergeld 68, 232

Einnahmen der privaten Haushalte 174

Kindertagesbetreuung

Betreuungsquote, -umfang 66

Einrichtungsarten 65

Personal 65

Kinder- und Jugendhilfe 232

Angebote Jugendarbeit 247

Ausgaben und Einnahmen der Träger 246

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 244

Gefährdungseinschätzung 244

Hilfen zur Erziehung 242

sozialpädagogische Familienhilfe 243

vorläufige Schutzmaßnahmen 245

Kino 215, 658

Kirchen 70

Kirchensteuer 70

Seelsorge 219

Kirchensteuer 70

Ausgaben der privaten Haushalte 174

Klärgas 568

Klima 18, 646

Investitionen für Klimaschutz 452

klimawirksame Stoffe 462

laufende Aufwendungen für Klimaschutz 453

Umsatz für Klimaschutz 454

KMU 520

Konsumausgaben

der privaten Haushalte 176, 332, 666

des Staates 325, 336, 666

Körperschaftsteuer 261, 275

Kraftfahrzeugsteuer 275, 471

Krankenhäuser 138

Behandlungen 139

Betten, Bettenauslastung 138, 654

Fachabteilungen 139

Kostenstruktur 148, 149

Patienten/Patientinnen 126

Personal 141

Verweildauer der Patienten/Patientinnen 138

Krankenversicherung 149

Krankenversicherungen 231

Krankenversicherung, gesetzliche

Arten 234

Ausgaben, Einnahmen 234

Versicherte 234

Krankheiten 126, 654

Kreise 29

Kriegsopferfürsorge 241

Kriminalität siehe Straftaten

Küken, geschlüpfte 501

Kultur

Ausgaben der privaten Haushalte 174, 211

öffentliche Ausgaben 201, 212, 267

Verbraucherpreise 410

Künstlersozialkasse 207

Kurzarbeit 235

L

Länderfinanzausgleich 263

Länderregierungen 302

Landessportbünde 219

Landtage 302

Landtagswahlen 301

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 485

Landwirtschaftsfläche 484

Langzeiterwerbslose 370

Lärmbekämpfung 453

Investitionen 452

laufende Aufwendungen 453

Umsatz 454

Lebenserwartung 39, 648

Lebensformen 62

Lebensgemeinschaften 62

Lebensunterhalt, überwiegender

der Eltern minderjähriger Kinder 65

Lebensunterhalt, überwiegender Bevölkerung 351

Lehrkräfte

allgemeinbildende Schulen 89

berufliche Schulen 93

Musikschulen 206

Leistungsbilanz 439, 678

Lohn siehe Verdienste 326

Lohnsteuer 261, 275

Luftreinhaltung 453

Investitionen 452

laufende Aufwendungen 453

Umsatz 454

Luftverkehr 599

M

Material- und Energieflüsse 451, 465

Material- und Wareneinkauf 557

Medien

Fernsehen 216

Hörfunk 217

Internet 178, 213, 530, 658

Mieterhaushalte 656

Mietwohnungen

Bruttokaltmiete 162

Mietkomponenten 162

Nebenkosten 162

Migration

Bevölkerung 41

Migrationshintergrund

Bildungsstand 84

erzieherische Hilfen 243

Familien 64

Mindestlöhne 390

Mindestsicherungsquote 231, 238

Mobiltelefone 178, 658

Produktion 555

Museen 202

Musikschulen

Schüler/-innen 205

N

Nachhaltigkeit 472

Nahrungsmittelpreise 401, 674

Nahrungs- und Genussmittel

Ausgaben der privaten Haushalte 176, 657

Erzeugerpreise 405

Handelswaren 428

Nahrungsmittelpreise 401

pflanzliche und tierische Erzeugnisse 183

Produktion 552

Tiefkühlkost 183

Verbrauch 183

Verbraucherpreise 410, 674

Naturparke 18

Naturschutz

Flächen, Gebiete 18

Investitionen 452

laufende Aufwendungen 453

Waldschäden 470

Nettokapitalanlagen 441

Nichterwerbspersonen 351

Normalarbeitnehmer/-innen 351

O

Obst (Ernte) 497

Öffentliche Finanzen *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Öffentlicher Dienst 231

Beschäftigte, Personal 365, 391

unmittelbarer und mittelbarer 237

Verdienste, Besoldung 365, 391

Versorgungssystem 237

Öffentlicher Gesamthaushalt

Ausgaben, Einnahmen 262

Finanzierungssalden der Körperschaften 261

Kassenergebnis 265

Nettoausgaben 268

Schulden 261, 268, 662

Steuereinnahmen 262, 265, 471, 662

Ökologischer Landbau 490, 682

Ökologische Viehhaltung 490

Operationen 129

P

Pachtflächen, -entgelte 489

Parlamente

Deutscher Bundestag 295

Europäisches Parlament 295

Frauenanteile an den Mandaten 664

Länderparlamente 301

Parteien 295, 301

Patente

Bundespatentgerichte 313

Patienten/Patientinnen

Krankenhäuser 126

Verweildauer in Krankenhäusern 138

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 128, 139

Pensionen 232

Einnahmen der privaten Haushalte 174

Personal

Forschung und Wissenschaft 109, 650

Gesundheitsversorgung 141

Gesundheitswesen 125

Hochschulen 99

Kindertagesbetreuung 65

öffentlicher Dienst 365, 391

Pflegedienste, -heime 143

Personalaufwendungen

Gastgewerbe und Tourismus 620

Handel 589

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 518

Transport und Verkehr 598

Personenverkehr 597, 690

Pflanzen 486, 494

Pflegebedürftige 132

Eingeschränkte Alltagskompetenz 132

Hilfe zur Pflege 239

Pflegequote 132

Versorgung durch Angehörige 132

Versorgung durch Pflegedienste 132

Versorgung in Heimen 132

Vorausberechnung 132

Pflegedienste, -heime 143

Pflegeversicherung, soziale 132, 232

Ausgaben, Einnahmen 235

Versicherte 235

Pkw

Ausstattung der privaten Haushalte 178

Bestand, Neuzulassungen 608

Personenverkehr 599

Produktion 556

Straßenverkehrsunfälle 610

Preisniveauvergleich 674

Primäreinkommen 336

Primärenergieverbrauch 466, 472, 686

Privathaushalte

Altersgruppen, Familienstand 57

Ausgaben, Einnahmen 174

Ausstattung mit Gebrauchsgütern 173, 178

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 580

Computer 658

Deprivationsindikatoren 184

Einkommen 173

Emissionen 468

finanzielle Kapazitäten 184

Haushaltsgröße 56, 656

Internet 213, 658

Konsumausgaben 176, 212, 332, 666

Primärenergieverbrauch 466

verfügbares Einkommen, Ersparnis 338

Wohngeld 161, 174

Wohnsituation 164

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 552

Produktionsindex

Baugewerbe 575, 688

Verarbeitendes Gewerbe 550, 685

Produktionswerte

Gastgewerbe und Tourismus 620

Handel 589

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 518

Transport und Verkehr 598

Vorleistungen 336

Professoren/Professorinnen 101

Prüfungen

Fortbildungs- und Meisterprüfungen 103

Hochschulen 99

R

Rauchen 183

Tabaksteuer 261, 275

Reallohnindex 384

Recyclingquote 461

Regierungen, Bundes- und Länder- 302

Regierungsbezirke 29

Rehabilitationseinrichtungen *siehe Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen*

Reisegebiete 619

Religionszugehörigkeit

Jüdische Gemeinden 70

Kirchen, evangelische und katholische 70

Renten 233, 351

der gesetzlichen Unfallversicherung 236

Einnahmen der privaten Haushalte 174

Rentenzahlbeträge, monatliche 233

Rentenversicherung, gesetzliche 231

allgemeine und knappschaftliche 233

Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 234

monatliche Rentenzahlbeträge 233

Richter/-innen 365

Rinder 487, 500

Rohertragsquote (Handel) 588

Rohstoffe 465

S

Säuglinge 33, 55, 63

gestorbene 34, 134

Schadstoffe 462

Schafe 501

Scheidungen 59

Ehedauer 60

Scheidungsziiffer 61

Schienen-Infrastruktur 16, 607

Schiffe 608

Schifffahrt

Binnenschifffahrt 601

Häfen 604

schiffbare Flüsse 15

Schifffahrtskanäle 15

Schlachtungen 502

Schulden

Arten der öffentlichen Schulden 269

Bruttoschuldenstände 661

öffentlicher Gesamthaushalt 662

öffentliche Schulden 261, 268

Überschuldung privater Haushalte 187

Schulen

Abschlüsse 84

allgemeinbildende Schulen 89

Arten 89, 93

Ausgaben 105

berufliche Schulen 93

Besuch nach Abschluss der Eltern 87

Förderschulen 92

Lehrkräfte 89, 93

Musikschulen 205

Schüler/-innen 90

Volkshochschulen 103

Schüler/-innen 83

allgemeinbildende Schulen 90

Ausgaben je Schüler/-in 105

berufliche Schulen 94

Schüler/-innen 83
Förderschwerpunkte 92
je Lehrkraft 650
Musikschulen 205
sonderpädagogischer Förderbedarf 92

Schwangerschaften
Abbrüche 133
Krankenhausentbindungen 140

Schweine 487, 500

Schwerbehinderte Menschen 130
Arbeitslose 370
Schwerbehindertenquote 131

Seelsorge 219

Seen, natürliche und Stauseen 16

Seeverkehr 600
Containerseeverkehr 606
Häfen 606

Selbstständige 351
Selbstständigigenquote 670

Sozialbudget 231

Sozialgeld
Einnahmen der privaten Haushalte 174

Sozialhilfe 232
Ausgaben 238

Sozialleistungen 232
Asylbewerberleistungen 240
Ausgaben 232, 660
Grundsicherung für Arbeitsuchende 240
Kinder- und Jugendhilfe 242
Kriegsopferfürsorge 241
Sozialhilfe 238
Sozialleistungsquote 231
Sozialversicherungen 146, 232, 262, 365
Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 237

Sozialversicherungen 146, 232, 262, 365

Sparquote 329

Sport
Mitgliedschaften 220
Olympische Spiele 221
Paralympische Spiele 221
Spitzenverbände 220

Staatsangehörigkeit
Adoptionen 48, 69
ausländische Bevölkerung 41
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 48

Städte 29
Hauptstädte 646
Städtetourismus 623

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 654

Sterbeziffern 40, 654

Steuern
Arten 70, 261, 275, 471
Einnahmen 262, 275, 471, 662
Steueraufkommen 261, 275

Stiftungen 218

Stille Reserve 362

Stipendiaten 104

Strafen- Strafverfolgung
Abgeurteilte, Verurteilte 315
Strafrecht 316
Straftaten im Straßenverkehr 317

Strafgerichte 313

Straftaten 313
Straßenverkehr 317
Umwelt 464

Strafverfahren 315

Straßen 16

Straßenverkehr
Fahrverbote 316
Getötete 597, 610
Straftaten, Verurteilte 317
Straßen des überörtlichen Verkehrs 607
Verunglückte, Unfälle 609

Strom
Bruttostromerzeugung, -verbrauch 565
Stromsteuer 471
Strom- und Wärmeerzeugung 567

Studierende 83, 97
ausländische Studierende, deutsche Studierende im Ausland 98
Studienbereiche 98

T

Tabaksteuer 261, 275

Tarifverdienste 388

Tätige Personen *siehe Beschäftigte*

Teilzeitbeschäftigte 358, 368
Bruttoverdienste 386
Gastgewerbe, Handel 620
öffentlicher Dienst 365

Theater 202

Tiere 683
Arten 487, 500
Ausgaben der privaten Haushalte 176
Nahrungsmittelpreise 401
Schlachtungen 502, 682
Viehbestand (ökologischer Landbau) 490
Viehhaltung 487

Todesursachen 136

häufigste 125
Säuglinge 134

Tourismus
Ankünfte, Übernachtungen 622
Betriebe, Schlafgelegenheiten, Kapazitätsauslastungen 621
Städtetourismus 623
Tourismusintensität 622
Übernachtungen ausländischer Gäste 619

Treibhausgasemissionen 468, 680

U

Überschuldung privater Personen 187

Umsatz 576

- Gastgewerbe und Tourismus 620
- Handel 587
- Handwerksunternehmen 534
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 515
- Transport und Verkehr 598
- Umsatzsteuer 261, 282
- Unternehmen im EU-Handel 431
- Verarbeitendes Gewerbe 546
- Weihnachtsgeschäft 589
- weitere Dienstleistungen 631

Umsatzindex (Verarbeitendes Gewerbe) 545, 551

Umsatzsteuer 261, 275

- Lieferungen und Leistungen 283
- Umsatzsteuerpflichtige 283
- Veranlagungen 282
- Voranmeldungen 283

Umwelt, Umweltschutz

- eingesetzte Umweltressourcen 465
- Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren 471
- erneuerbare Energien 565
- Investitionen 452
- laufende Aufwendungen 453
- Material- und Energieflüsse 451, 465
- Nachhaltigkeit 472
- Naturschutzflächen, -gebiete 18, 680
- Straftaten gegen die Umwelt 464
- Umsatz für den Umweltschutz 454

UNESCO-Welterbe 208

Unfälle

- Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-innen 610
- mit wassergefährdenden Stoffen 451
- Straßenverkehr 609

Unfallversicherung, gesetzliche 232, 236

- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 236
- Rentenbestand 236
- Versicherte 236

Universitäten siehe Hochschulen 97

Unternehmen siehe auch Betriebe

- auslandskontrollierte 522
- Außenhandel 431
- Baugewerbe 688
- Bruttowertschöpfung 516, 684
- Computer- und Internetnutzung 530
- Energie 566
- Gastgewerbe und Tourismus 620, 692
- Gewinne 336
- Handel 588, 689
- Handwerk 534
- Informations- und Kommunikationstechnologien 530
- Internetnutzung 530
- kleine und mittlere (KMU) 520
- mobile Internetverbindung 532
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 515, 684
- Social Media, Nutzung 531
- Transport und Verkehr 598, 690

- Umweltschutz 452
- Unternehmensinsolvenzen 526
- Verarbeitendes Gewerbe 685
- weitere Dienstleistungen 631

Unternehmenskonzentration (Verarbeitendes Gewerbe) 546

V

Verbrauch

- Nahrungs- und Genussmittel 183

Verbraucherpreise 399, 410, 674

Verbrauchssteuer 284

Verdienste

- Arbeitnehmerentgelt 326
- Bruttojahresverdienste 672
- Bruttolöhne und -gehälter 326
- Bruttostundenverdienste 383
- Bruttoverdienste 384
- Lohnquote 329
- Lohnstückkosten 329
- öffentlicher Dienst 391

Verkehr

- Arten 597
- Ausgaben der privaten Haushalte 174
- Beförderungen 599, 602, 691
- Verbraucherpreise 410
- Verkehrswege 607

Verkehr siehe auch Straßenverkehr

Verletzungen 126

- Straßenverkehr 609

Vermögensstatus 445

Vermögensteuer 275

Vermögensübertragungen 264, 678

Versicherungen siehe Sozialversicherungen 236

Versorgungsempfänger/-innen 237

Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 237

Verurteilte 311

- Deliktgruppen 317
- Jugendliche 315
- Strafen, Strafrecht 316

Vieh siehe Tiere 500

Volkseinkommen 325

Volkshochschulen 103

Vollzeitbeschäftigte 368

- Bruttoverdienste 386
- Gastgewerbe, Handel 620
- öffentlicher Dienst 365

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 139

- Patienten/Patientinnen 128
- Personal 141

W

Wahlen

- Deutscher Bundestag 295
- Europäisches Parlament 295
- Landtage 301
- nationale Parlamentswahlen 664

Waldfläche 492

Waldschäden 470

Wanderungen

- Herkunftsländer der Ausländer/-innen 53
- innerhalb Deutschlands 49
- Zielländer der Deutschen 53
- zwischen Deutschland und dem Ausland 49

Wärme

- Erzeugung, Bezug, Verwendung, Abgabe 567
- Strom- und Wärmeerzeugung 567

Wasser

- Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 451
- Wasserabgabe 469
- Wasserentnahme 469
- Wassergewinnung 455
- Wasserversorgung 456

Weinanbau, -erzeugung 498

Weiterbildung, berufliche 102

Welterbe (UNESCO) 208

Wirtschaftsbereiche 354

Wirtschaftswachstum 327, 644

Wissenschaftler/-innen 109

Wissenschaft *siehe Forschung und Wissenschaft*

Wohngebäude 162

- Größe 162
- Migrationsstatus 162
- Nutzungsart 162

Wohngeld 161, 232

- Einnahmen der privaten Haushalte 174

Wohnsituation

- Probleme im Wohnumfeld 164
- überbelegte Wohnungseinheiten 656
- Wohnkosten 164, 656

Wohnungen, Wohnungswesen

- Ausgaben der privaten Haushalte 174, 657
- Bau- und Immobilienpreise 408
- Belegung 162
- Eigentümerwohnungen 161
- Mängel 164
- Mieter-, Eigentümerhaushalte 656
- Mietwohnungen 162
- Verbraucherpreise 410
- Wohnfläche 579
- Wohnungsbestand 579

Z

Zeitverwendung 180

Zivilgerichte 312

Zu- und Fortzüge *siehe Wanderungen*

